Historisch-po... Blätter für das katholische Deutschland

Franz Binder,
Georg von Jochner


STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES

Historisch-politische
Blätter

für das

katholische Deutschland

herausgegeben

von

Edmund Jörg und **Franz Binder.**

(Eigenthum der Familie Görres.)

Hundertundvierter Band.



München 1889.
In Commission der literarisch-artistischen Anstalt.

Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrgangs 1889

Zweiter Band.

Inhaltsverzeichniß.

Seite

Seite

Seite

I.

Ein Wort über die sogenannten Pack'schen Händel und ihre Behandlung in der Geschichte.

I. Einfädelung und Entwickelung der Pack'schen Händel.

Ueber die Kriegsgefahr, welche im Jahre 1528 plötzlich von Hessen und Sachsen her die Fürsten und Bischöfe von Würzburg, Bamberg und Mainz bedrohte, ist seit jener Zeit nicht wenig geschrieben und veröffentlicht worden.

Der Erste, welcher unter Beifügung wichtiger Aktenstücke eine Darstellung dieses „Hessenkrieges“ verfaßte, war der würzburgische Rath Lorenz Frieß im Jahre 1544.[1]) Frieß theilt u. a. auch den Wortlaut des erdichteten Breslauer Bündnisses mit.

Die ausführlichsten Aktenstücke „von dem Packischen Aufstand und Ueberziehung auch Schätzung der Erzstift und Stifte Mainz, Würzburg und Bamberg“ gab der weimarische Hofrath Friedrich Hortleder heraus.[2]) Außer jener Bündnißformel und den Verantwortungen der katholischen Fürsten bringt er das Manifest Philipps vom 22. Mai 1528 und schließt mit vier Schriftstücken von Luther und Herzog Georg, welche, wie Hortleder sich ausdrückt, zeigen, wie dieser Fürst

1) Vgl. Ludewig, Joh. Peter, Geschicht-Schreiber von dem Bischoffthum Wirtzburg. Frankfurt 1713. S. 910—920.

2) Handlungen und Ausschreiben 2. Aufl. Gotha 1645. S. 774—808.

„der gedichten Bündniß halben von Martino Luthero in Schriften unerfindlich angezogen“. Ueber das Verhalten Luthers und der Wittenberger Theologen in diesen Händeln geben vor allem Luthers Briefe und die Gutachten bei de Wette[1]) recht ausführlichen Aufschluß. Eine sehr schätzenswerthe Ergänzung zu den Schriftstücken de Wette's hat in neuester Zeit Burkhardt veröffentlicht.[2]) Neudecker hat namentlich über Herzog Georgs Verhandlungen und Briefwechsel mit seinem Schwiegersohne Philipp reichliches Material herausgegeben, welches zugleich mit den „Acta von D. Ottens von Pack Abhörung in Cassel“[3]) ein recht ausführliches Bild liefert von dem, was zwischen Georg und Philipp in Betreff dieser Dinge vorgegangen. Einzelnes findet sich noch bei andern, so bei Ranke, Schwarz, Ehses. Letzterer benutzte für seine Arbeit zuerst die sehr umfangreiche Mannscriptsammlung Clarmann's aus dem Kreisarchiv zu Würzburg. So hat man denn in allen vier Jahrhunderten seit jener Verwicklung Quellenschriften an den Tag gebracht, welche geeignet waren, über diese dunklen Händel etwas mehr Licht zu verbreiten. Von ganz besonderer Bedeutung sind in dieser Hinsicht das Schreiben Philipps an Herzog Georg bei Rommel,[4]) die Aussagen Packs bei Gudenus,[5]) sowie die Melanchthons,[6]) zu welchen das schon von Seckendorf erwähnte Schreiben des Herrn Wildenfels eine bemerkenswerthe Ergänzung ist.

Zahlreicher noch, als die Aktenpublikationen, sind die

1) Bd. 3, 314 ff.; namentlich auch die Briefe an Amsdorf, Link, Heß.
2) In „Zeitschrift für kirchliche Wissenschaft und kirchliches Leben.“ 1882. S. 585—600.
3) Hoffmann Joh. Wilh., Sammlung ungedruckter Nachrichten. Halle 1736. S. 69—132.
4) Philipp der Großmüthige 3, 17—26.
5) Codex diplomaticus 4, 636—639.
6) Corpus Reformatorum 1, 976 sqq.

Bearbeitungen der Pack'schen Händel. Frieß, Cochläus,[1] Lauze, Sleidan, Surius, Maimburg, Seckendorf, Masenius,[2] Salig, Planck, Strauch,[3] Wideburg, Schmidt, Häberlin, Marheinecke, Rommel, K. A. Menzel, Ranke, Hassencamp und ungezählte andere haben die sog. Packschen Händel in ihren größeren Geschichtswerken oder auch in Sonderschriften behandelt.[4]) In neuester Zeit sind darüber Arbeiten von Ehses,[5] Schomburgk[6]) und Schwarz[7]) veröffentlicht worden.

Doch wollte trotz aller Arbeiten das Gewissen der Geschichtsforschung über die Pack'schen Händel nie recht zur Ruhe kommen. Die letzten Schriften, welche über diesen dunklen Punkt deutscher Geschichte handeln, gehen sogar noch weiter und schärfer auseinander, als irgendwelche in früherer Zeit. Es dürfte daher angezeigt sein, an der Hand unleugbarer Aktenstücke die Hauptposten der Rechnung Philipps und seiner Historiographen durchzugehen, um sich wo möglich zu überzeugen, auf welches Maß namentlich der Antheil Philipps an diesen sogenannten Pack'schen Händeln hinausgeht, da gerade über diesen Punkt die Ansichten am meisten auseinander gehen. Zu dem Ende ist aber unbedingt nothwendig, sich die Rolle zu vergegenwärtigen, welche Philipp von Hessen in dieser Sache thatsächlich gespielt hat.

---

1) Commentaria de Actis et scriptis M. Lutheri. Mogunt. 1549. p. 183—188.

2) Historia Caroli V. et Ferdinandi I. p. 163.

3) Dissertatio de tumultu Packiano. Frft. et Lips. 1680.

4) „De foedere, quod a Paccio confictum creditur, omnes illius temporis scriptores egerunt", sagt schon Seckendorf.

5) Ehses, Dr. Stephan, Geschichte der Pack'schen Händel. Freiburg i. B. 1881. — Derselbe: Landgraf Philipp von Hessen und Otto von Pack. Eine Entgegnung. Freiburg 1886.

6) Die Pack'schen Händel. Im historischen Taschenbuch 1882. S. 175—212.

7) Landgraf Philipp von Hessen und die Pack'schen Händel. Leipzig 1884.

Wichtig ist hier zunächst, zu wissen, wer in den sog. Pack'schen Händeln die Initiative ergriffen, und in welcher Weise er dieses gethan hat. Es steht fest, daß in den Kasseler Unterhandlungen zwischen Philipp und Pack diese Händel zuerst eingefädelt wurden.[1]) Die Verhandlungen darüber wurden unter vier Augen geführt. Nur Philipp und Pack konnten daher über dieselben Aufschluß geben. Sie haben es gethan: Philipp auf etwas allgemeine Weise in dem Schreiben, womit er sich gegen seinen Schwiegervater verantwortete; Pack genauer in seinem peinlichen Geständniß. Die Aussagen beider liegen vor.[2]) Ihre gegenseitige Uebereinstimmung, sowie unbestrittene geschichtliche Thatsachen schließen jeden vernünftigen Zweifel an der Wahrheit ihrer Behauptungen gänzlich aus. Mit Recht bemerkt daher auch Schomburgk: „Daß das Bekenntniß, welches Pack zuletzt ablegte, die Wahrheit enthielt, darüber kann heute nicht der mindeste Zweifel bestehen“.[3])

Es kommen also vor allem zuerst die Zeugnisse Philipps und Packs in Betracht.

Herzog Georg hatte seinen Vicekanzler Otto von Pack bekanntlich eine Zeit lang seinem Schwiegersohne Landgraf Philipp zum Austrag des nassauischen Streites überlassen. „Als der Landgraf“, so bezeugt der Vicekanzler Georgs,

---

1) 1528 im Februar. Vgl. Ehses 1, 12 und 2, 30. Der Kürze wegen werden hier und in der Folge die beiden bekannten Schriften von Ehses in dieser Weise als erste und zweite Schrift citirt.

2) Bei Rommel und bei Gudenus. Vgl. oben Seite 2, Note.

3) Vgl. Raumers „Historisches Taschenbuch“ 1882. S. 203. Wenn Pack in dem nebensächlichen Umstande, der Schreiber Caspar Warissin, „welcher stets in seinem Hause war“ (Gudenus 4, 639), habe die Copie abgeschrieben, irrt, kann dieses, wie immer man es auch erklären und deuten mag, der Wahrheit und Zuverlässigkeit der Zeugnisse von Philipp und von Pack in allem Hauptsächlichen einen Eintrag nicht thun.

„von einer Tauffeierlichkeit bei einem Fürsten nach seiner Stadt Kassel, wo Pack war, zurückgekehrt, habe er ihm, dem Doktor Pack, mitgetheilt, daß er von dem Abschluß eines Bündnisses zu Breslau zwischen König Ferdinand und einigen andern Fürsten gegen ihn, den Landgrafen, und gegen den Kurfürsten von Sachsen gehört habe".[1]) Das Selbstbekenntniß Philipps bestätigt diese Aussage seines Genossen: „Da mir Doctor Pack von dem Handel erst gesagt hat", so schreibt Philipp an Georg,[2]) „das hat er zu Cassel gethan und nit in E. L. Haus, und hat es uf mein Frage gethan, da ich gesagt habe, mir kommt allerlei vor, wie ezliche Practiken sollen gemacht sein über den Kurfürsten von Sachsen und mich".

Ueber die Art und Weise, wie Philipp nach diesem Anfange weiter verfuhr, gesteht Pack, daß „der Landgraf auf Aufschluß über dieses Bündniß dringend bei ihm bestanden" und „daß er dann endlich gesagt, es sei ein solches Bündniß gegen den Landgrafen und den Kurfürsten von Sachsen zu Breslau gemacht worden". Darauf aber habe der Landgraf eine Copie dieses Bündnisses verlangt, und habe gedroht, wenn er ihm eine solche Copie nicht gebe, so werde er dem Herzog Georg anzeigen, daß Pack ihm das Bündniß verrathen.[3]) Gebe er ihm aber eine Copie des Bündnisses, so werde er die Sache auf ewig geheim halten, auch keinem wegen dieses Bündnisses etwas zu Leide thun. So habe er denn dem Landgrafen versprochen, daß er ihm eine authentische Copie des Bündnisses geben wollte, wenn er nach Dresden käme.

Etwas zurückhaltend, aber in Anbetracht des Charakters

---

1) Gudenus 4, 637.

2) Bei Rommel 3, 18. Schreibweise und Interpunktion werden im Interesse des Lesers hier und in der Folge dem jetzigen Gebrauche in etwa angepaßt.

3) „Quod per ipsum Reum de hoc foedere admonitus esset."

des Landgrafen auch ohne die detaillirte Erklärung Packs verständlich, ist die Auslassung Philipps über diesen Punkt: „Darauf hat er (Pack) mit großer Bekümmerniß mir nichts sagen wollen. Da hab ich ihn gebeten, als billig, daß er mir sagen wollte, wie es ein Gestalt darum habe. Ich wollte gegen E. L. nichts thun (und) mit andern mehr Worten. Da hab ich es ihm zusagen müssen, wie obsteht. Da hab ich an seinen bloßen Worten nit wollen gesättiget sein, sondern begehrt, das Original zu sehen“. Die Art und Weise, wie der „nit gesättigte“ Landgraf näherhin „begehrt“ und sein Begehren durchgesetzt hat, läßt sich, wie gesagt, aus seiner Person und auch aus seiner Stellung Pack gegenüber unschwer ermessen. In der Aussage Packs wird sie offen vorgelegt. Aber außerdem versichert auch noch Philipp selbst mit allem Nachdruck, daß es nicht Geld gewesen, [1]) wodurch er seinen nächsten Zweck bei Pack erreichte und die Copie von dem erdichteten Breslauer Bündniß bekam: „Um dieser Rede Weisens und Warnens willen“, so fährt Philipp nach der Erzählung, daß Pack ihm zu Dresden die Copie vorgezeigt habe, fort, „hab ich Doctor Pack kein Heller oder Pfennig zugesagt, oder gegeben, und wer E. L. anders bericht, der sagt E. L. die Unwahrheit vor. Und ich sage, wer mir das nachsaget, daß ich Doctor Pack in E. L. Hausung zu einem Bösewicht gekauft habe, der sagt die Unwahrheit und ist erlogen“. Erst später „wol über drei oder vier Wochen hernach“, da man ihm „gerathen mit allem Fleiß nach solchem Original zu trachten“, habe er Pack 10,000 Gulden zusagen lassen, damit er ihm „solch Original wolle zu Wegen bringen“, und ihm auch „4000 Gulden herausgeben“. „Eine

---

1) Als die einzige wahrscheinliche Triebfeder, welche man einem Betrug von Seiten Packs unterlegen könnte, nennt Rommel (2, 203) den Eigennutz und neigt daher zu der Ansicht, daß kein Betrug, sondern die Wahrheit vorliege.

solche Gestalt hat es und kein andere", versichert Philipp.[1]) Mit diesen Versicherungen Philipps stimmt überein, was Pack zu Kassel unter den Augen Philipps aussagt, nur daß Pack noch ausdrücklich hinzufügt, er habe von Philipp auch kein Geld und überhaupt nichts gefordert und verlangt: „Hab auch derhalben", sagt Pack, „wijder Heller oder Pfennig Geld oder Gut, Gnad oder Ungnad nichts gefordert noch gebeten. E. F. G. haben mir auch derhalben nichts verheißen oder gegeben, des mich alles erfreie auf E. F. G. Und dennoch [danach] haben E. F. G. zu mir geschickt E. F. G. Secretarien [und] mit mir um das Original handeln lassen."[2]) „Dies hat Pack mündlich in die Federn geredt", sagen die Acta.

So war die erste Einleitung zu den Pack'schen Händeln fertig. Sie hatte Philipp „kein Heller oder Pfennig" gekostet. Und doch, mochte nun Pack zu Kassel oder Dresden sein, Philipp hatte ihn in seiner Gewalt.

Der Geheimrath und Vicekanzler Herzog Georgs hatte jetzt mit Meineid und Treulosigkeit gegen seinen Herrn jenes Schriftstück unverzüglich zu besorgen. Schon drei Tage nach seiner Rückkehr traf auch Philipp zu Dresden ein.[3])

---

1) Nach einer andern Behauptung Philipps wäre die Frage nach einer Vergütung für Pack doch schon in Kassel zur Sprache gekommen, und hätte also Philipp die Zusage verweigert. Vgl. Schwarz 25. Philipp hatte freilich eine andere Triebfeder in der Hand, die auf Pack besser wirken mußte als Geld. Dennoch verdient Philipp hier kaum Glauben, da diese Behauptung ihn selbst in besserem Lichte erscheinen lassen müßte und Pack schon im nächsten Monat in dem Verhör zu Kassel vor Philipp selbst das gerade Gegentheil aussagte. Ranke's Note (3, 42) läßt sich nicht mit Sicherheit hierher ziehen.

2) Hoffmann 105.

3) „Triduum postea" heißt es bei Gudenus 4, 637. „Daß ich nit mehr denn drei Tag vor E. F. G. zu Dresden bin ankommen", sagt Pack bei Hoffmann 121. Vgl. dazu Philipps Geständniß

Hätte Philipp hier seinem Schwiegervater, Herzog Georg, Mittheilung gemacht von der Unterredung, auf welche der vertraute Rath des Herzogs sich zu Kassel eingelassen, die entehrendste Infamie, die harten Strafen jener Zeit, ein völliger Ruin wären das Loos des unglücklichen Pack gewesen. In dieser thatsächlichen Lage befand sich Pack, als er, der doch in der größten Geldverlegenheit war und zu allen nur irgendwie möglichen Mitteln gegriffen hatte, um Geld zu bekommen, diese höchst gefährliche Manipulation der Urkundenfälschung gegen seinen eigenen Herrn vornehmen mußte, ohne dafür von Philipp „einen Heller oder Pfennig“ zu bekommen.

Am 18. Februar[1]) zeigte Pack dem Landgrafen, als dieser im herzoglichen Schlosse zu Dresden Morgens noch in seinem Schlafgemach war, das verlangte Schriftstück. Er war jedoch nicht gewillt, es aus den Händen zu geben. Er bemerkte, daß Georg „solche Copey umb fure, meher fursten darin [in das Bündniß] zu pringen“. Philipp sah also das Schreiben an jenem Morgen. Er ließ sich eine Copie von dieser Copie machen. Pack behielt seine Copie. Sie ist seitdem nicht mehr zum Vorschein gekommen.

Nach jenem Schriftstück nun sollten König Ferdinand, Erzbischof Albrecht von Mainz, Kurfürst Joachim von Brandenburg, Erzbischof Mathäus von Salzburg, die Bischöfe Wigand von Bamberg und Konrad von Würzburg, Herzog Georg von

---

bei Rommel (3, 18), welches auch hier die Neigung zum Unbestimmten und Verhüllenden zeigt: „Als es sich dermassen geschickt hatt, das ich d o c h a n d e r e r u r s a c h e n h a l b e r ghein Dressen zu E. L. geritten.“

1) „Ungeverlich umb den Dienstag nach Valentini“. Hoffmann 1, 87, vgl. Ehses 1, 14. Das „ungeverlich“ erscheint in der an Pack gestellten Frage als Andeutung, daß man bei dem Verhöre über das Datum nicht forschen wolle. Es berechtigt daher bei der Bestimmung des Tages wohl nicht zu einem ernsthaften Zweifel.

Sachsen und die beiden Herzoge Wilhelm und Ludwig von Bayern am 15. Mai 1527 in Breslau zu einem Bunde sich vereinigt und sich „mit Eidesleistung gelobt und zugesagt haben, zunächst für König Ferdinand Ungarn zu erobern, dann aber Kurfürst Johann von Sachsen und Landgraf Philipp von Hessen mit Krieg zu überziehen, falls diese nicht auf vorhergehende Mahnung und Befehl des Kaisers von ihrem Irrthum abstehen,[1] die Erzketzer und Gotteslästerer ausliefern und die katholische Religion in ihren Landen wieder herstellen wollten."[2])

Pack durfte das verlangte Schriftstück nicht so abfassen, daß es wie ein offenbarer Hohn auf sein Kasseler Versprechen scheinen konnte. Aber der gewandte Kanzleibeamte hatte demselben doch so viele und so grobe Verstöße einverleibt, daß sie jeden auch mit den Gepflogenheiten der Kanzleien weniger vertrauten Mann auf den Gedanken einer Fälschung bringen mußten. „Ist doch, derselbige Contrakt so nerrisch gestellt, daß ich nit glauben kan, das er von solchen mächtigen Königen und Fürsten solt sein aufgericht", sagt Pack selbst wenige Wochen später über diese seine Lieferung an Philipp.[3])

Als Beweis für die offenbare Falschheit dieser Vertragsformel hat schon Herzog Georg hervorgehoben, daß dieselbe zum größten Theil anonym ausgefertigt war, „weil der Geschickten keiner namhaft gemacht", sagt Herzog Georg. Aber auch die Titulaturen der zu Breslau persönlich anwesenden Fürsten waren zum Theil falsch aufgeführt, zum Theil verstümmelt. Nach der Bündnißformel sollte Brandenburg von den Ländern Johanns von Sachsen die „Fürstenthümer" Storkow und Beeskow erhalten. Und doch war es, wie Herzog Georg bemerkt, „öffentlich am Tage", daß diese Länder

1) Auf Grund dieser Copie hat man von dem Plane eines unversehenen Ueberfalls gesprochen.

2) Hortleder 1, 776—779.

3) Bei Hoffmann 98.



nicht im Besitze Johanns waren und keine „Fürstenthümer" sondern nur Herrschaften waren. Nicht weniger als acht Beweisgründe gibt Herzog Georg für die Falschheit jener angeblichen Copie in seinem Schreiben gegen Luther an. „Aus welchen allen", so schließt er dann, „und sonderlich, weil der Geschickten keiner namhaftig gemacht und doch angegeben, als wären sie gegenwärtig gewesen, männiglich scheinbarlich zu spüren, und gleich zu greifen gehabt, daß dies Bündniß nichts anders, denn ein falsch Gedicht ist". [1]) Herzog Georg wußte damals jedenfalls nicht so gut, als Philipp, wie weit die Bayernherzoge und der bekannte Kanzler von Eck davon entfernt waren, dem König Ferdinand Ungarn erobern zu helfen. Von der Art und Weise, wie sein Schwiegersohn, der Landgraf, zu jenem berüchtigten Schreiben gekommen, wußte er überhaupt noch gar nichts. Das wußte von allen damaligen Fürsten und Staatsmännern nur Philipp. Aber auch abgesehen von diesen beiden wichtigen Umständen kann man sich nicht wundern, wenn Pack selbst das Schriftstück einen „närrisch gestellten Contrakt" nennt. [2])

Indessen Philipp hatte zu Dresden bekommen, was er wünschte. Er hatte etwas Schriftliches in den Händen, die Copie von der Copie des angeblichen Contraktes. Mit diesem Schriftstück brach er eiligst nach Weimar auf.

Hätte Philipp hier nichts mehr gethan, als das erpreßte, offenbar falsche Schriftstück für seine Pläne gebraucht, müßte dadurch allein schon die Hauptschuld an diesen bösartigen

---

1) Hortleder 1, 805. „Aus acht merklichen Stücken", sagt Cochläus später, „hat mein Gn. Herr den Falsch und Trug erweiset, so klar und offenbar, daß auch wol ein grober Bauer vermerken mag, daß solche Schrift des erdichten Bündniß muß von nothen falsch sein." Ebenda 807.

2) „Hier verlieren wir allen Boden für die Annahme, daß Philipp überhaupt, selbst vor den einstimmigen Erklärungen der beschuldigten Fürsten die Urkunde für echt habe halten können", sagt Ehses 1, 114.

Händeln auf das Haupt des Landgrafen fallen. Er ging jedoch noch viel weiter. Daß die Sittlichkeit des Landgrafen nicht gerade auf hoher Stufe stand, ist bekannt. So machte er sich denn auch aus einer Unwahrheit nicht viel, wenn sie seinen Zwecken dienlich schien.

Nach Wiedereinsetzung des Herzogs Ulrich von Württemberg wollte Philipp diese That von Ulrich als reinen Freundesdienst, der zu besonderem Dank verpflichte, anerkannt wissen. Ulrich aber mochte diese Pflicht des Dankes etwas unbequem finden. Er erinnerte also Philipp daran, daß er nach seinen eigenen Worten den württemberger Zug aus „Nothwehr" und um seiner selbst willen gethan. „Ohne Zweifel", so schrieb Ulrich an Philipp, „haben sich E. L. zu erinnern, daß E. L. einmal selber zu uns gesagt: unsere Räthe rathen uns alle wider diesen Zug; wir wissen aber, wo wir solchen unterlassen, daß wir überzogen und gewißlich Land und Leute verjagt sind, darum wäre ein ertrunken Kalb gut zu wagen". Philipp gibt darauf eine in mehr als Einer Hinsicht beachtenswerthe Antwort: „Daß ich gesagt, mir komme glaubliche Warnung vor, gestehe ich, habs aber darum gethan E. L. mehr aus Treuen, denn daß ich mich so übel fürchtete, auf daß ich meine Räthe mochte bewegen, mir desto eher zum Zuge zu rathen. Daß aber E. L. mirs dahin deuten, als hätte ich aus Furcht solchen Zug, und Ueberziehens halber gethan, hätte ich mich zu E. L. nicht versehen, denn E. L. in ihrem Herzen es anders wissen. Und sage darum: habe ich nicht den Zug E. L. zu Freundschaft und allein darum, daß ich E. L. in ihr Land helfen wollen [gethan], so gebe Gott, daß ich diese Nacht, hat Gott Kraft und Macht, jählings sterbe und zum Teufel führe".[1])

Aehnlich wie Philipp hier nach seinem eigenen Geständ-

---

1) Vgl. Ehses 2, 21—22. Anderswo sagt Philipp trotzdem, „Lügen habe er nicht gelernt." Max Lenz führt diesen Ausspruch Philipps für Philipp an. Theol. Literaturzeitung 1883, Spalte 345.

niß mit seinen Räthen handelte, machte er es auch in den Pack'schen Händeln am Hofe von Weimar. Philipp hatte auch hier „sich übel zu fürchten“, daß er mit seiner Copie nicht viel ausrichten werde. Um nun den Kurfürsten und seine Räthe „desto eher zum Zuge zu bewegen“, versicherte er, ähnlich wie bei jenem württemberger Zuge, am Hofe zu Weimar, er habe mit eigenen Augen die Originalurkunde und ihre Siegel gesehen. So berichtet Melanchthon selbst, der mit den Vorgängen zu Weimar auf's beste bekannt war.[1]) Wenn es sich so verhielt, dann war ihm in der That „hohe, treffenliche und glaubhaftige Warnung geschehen“, sie würden „gewißlich mit großer Macht überzogen“ wegen „des Evangelii“.

Allein trotz dieses Bekräftigungsmittels wurde es Philipp nicht leicht, den Kurfürsten für den Plan eines unversehenen Ueberfalls der katholischen Nachbarfürsten zu gewinnen. Nahezu drei Wochen mußte er darauf verwenden.[2]) Bei der ungestümen Hast, mit welcher der Landgraf in dieser Sache voran drängte, gewiß eine sehr lange Zeit. Nur allmählig und mit zähem Widerstreben ließ man sich in Weimar bewegen. Am 1. März wurden die ersten Vorsichtsmaßregeln für eine etwaige Rüstung erlassen. Am 9. März endlich wurde der Plan Philipps durch den Weimarer Bund besiegelt.[3]) Kurfürst Johann und Landgraf Philipp verpflichteten sich „ein Heer von 20,000 Fußtruppen und 6000 Reitern zusammen zu bringen und 600,000 Gulden zur Bestreitung der Kriegskosten bereit zu halten, die Herzoge von Mecklenburg, Lüneburg und Pommern sollten um Hilfe angerufen, der König von Polen durch den Herzog Albrecht

---

1) Nam is [sein Namensvetter Philipp ,τοῦ ὄντος ὁμωνύμου ἐμοί.] affirmabat, se archetypon vidisse, commemorabat σφραγῖδας. Corp. Ref. 1, 986. cfr. Seckendorf 2, 95.

2) Am 19. Februar ritt Ph. von Dresden nach Weimar, am 9. März ward der Bund geschlossen. Hoffmann 1, 121; Ehses 1, 14.

3) Ehses 1, 27. Janssen Geschichte des deutschen Volkes. 7. Aufl. 3, 111.

von Preußen bewogen werden, die Länder Ferdinands und des Kurfürsten von Brandenburg anzugreifen. Philipp wollte den König von Dänemark zum Beitritt bewegen und die mächtigsten Reichsstädte vom Schwäbischen Bunde abzuziehen suchen und dadurch diesen Bund gänzlich entkräften. Auch die Wiedereinsetzung Ulrichs sollte gleichzeitig betrieben werden". So hatte Philipp den späteren dreißigjährigen Religionskrieg, so viel an ihm lag, schon damals fertig. Es war zu Weimar noch ein Beschluß gefaßt worden, der das Vorgehen der beiden Bundesfürsten zu einem bis dahin unerhörten machte. Es sollte der Einfall in das Land der „Feinde" unversehens und ganz ohne Weiteres geschehen. Von Unterhandlungen mit den katholischen Fürsten vor dem Ueberfall, von einer Anzeige des erdichteten Bündnisses mit dem Ersuchen um Aufschluß sollte keine Rede sein. Die Kriegserklärung, der Ueberfall und die Besetzung der „Feindesländer" sollten Eins und dasselbe sein.[1]) Zu einem solchen Vorgehen hatte sich der Kurfürst durch die falschen Behauptungen des Landgrafen und durch sein ungestümes Drängen verleiten lassen. Luther aber nannte es mit Recht „Gewalt vor Recht brauchen" und „aufrührerischer Weise die Unschuldigen angreifen".[2]) Um sich von dieser „Gewaltthätigkeit" vor der öffentlichen Meinung rein zu waschen, hatten die Fürsten ausgemacht, zugleich „viel und tapfere Ausschreiben" zu thun,

---

1) „Nam antea decreverant *μηδ' αἰτοῦντας εἰρήνην ἢ διαλλαγὰς ἐσβαλεῖν εἰς τῶν πολεμίων χώραν*", sagt Melanchthon. C. R. 1, 987. „Quorundam consilium erat statim indicere ac inferre bellum, et occupare hostium ditionem, priusquam ullae pacis conditiones offerentur." C. R. 1, 986. „*Τοῦτο δὲ ἄδικον ἐδόκει ἡμῖν, οὔτε δικάζειν, οὔτε φιλοκρινεῖν, οὔτε διαιτᾶσθαι, πρὸ τοῦ πολέμου.*" (An Stelle des Quorundam hatte Melanchthon zuerst ‚alius' geschrieben und damit, wie Druffel sagt, auf den Landgrafen hingewiesen. Das ‚alius' änderte er aber dann in *τούτων ἄνοων*.)

2) De Wette 3, 321. Vgl. C. R. 1, 987.

als ob die katholischen Fürsten den ganzen Krieg verschuldet hätten, sie selbst aber durchaus unschuldig wären und nur gezwungen zur Nothwehr gegriffen hätten.[1])

Nach Abschluß des Weimarer Bundes ritt Philipp am 10. März sofort über Coburg, wo „er sich nicht sonderlich hat kennen lassen wollen", nach Nürnberg. Er gewann auch diese Stadt für seinen Bund und kam über Ansbach nach Hessen zurück. Hier betrieb er mit dem größten Eifer nicht bloß die Rüstungen, sondern auch die zu Weimar beschlossene Werbung um Bundesgenossen, welche den ganzen Norden umfaßte.[2]) An den Aufrührer Zapolya ließ Philipp den Otto von Pack aus Dresden abgehen. Der „christliche Türke" war gegen König Ferdinand bald gewonnen. Er verpflichtete sich 100,000 Gulden zur Rüstung zu zahlen und außerdem für den Feldzug monatlich 20,000 Gulden beizutragen.[3]) Ein furchtbarer Krieg stand bevor.[4])

So war scheinbar alles im besten Gange, als dem Landgrafen plötzlich ein sehr böses Hinderniß in den Weg trat.

Eine feste Ueberzeugung von dem wirklichen Dasein des angeblichen Breslauer Bündnisses hatte er dem Kurfürsten

---

1) „Dan solten sein lieb vnd wir vil vnd dapfern ausschreiben thun, als ob vns von den Pundtfursten soliche beschwerung vnverschuldet vnd alleine vmb des gottlichen worts vnd Euangeli willen gedrawet vnd zugemessen werden", schreibt Kurfürst Johann. Neudecker Actenst. 1, 38. Dasselbe bestätigt von den Abmachungen zu Weimar Philipp selbst. Burkhardt 589. Kurfürst Johann fürchtet später gerade von dieser dreisten Heuchelei die größte Schande für ihre Sache: „So tetten wir", sagt er, „dem heiligen Euangelion, als ob es soliche fruchte bey vns wurkte, vnehre. wurd auch sonder zweiuel umb diser Handlung willen, mer dann zuuor hin ye gelestert werden." Neudecker, Actenstücke 1, 38.

2) Vgl. Ehses 1. 28 ff. Neudecker, Actenstücke 34—35.

3) Janssen 3, 113—114.

4) Quantum ego judicare possum horribile bellum fuit futurum, nisi Deus prohibuisset, sagt Melanchthon C. R. 1, 988.

in jenen dreiwöchentlichen Unterhandlungen zu Weimar doch nicht beibringen können. Freilich hatte der Kurfürst sich bestimmen lassen, die Vorkehrungen zu treffen, welche im Weimarer Bund ausgedrückt waren. Aber zur Vollständigkeit des Beweises für das Bündniß hatte er die Beschaffung der Originalurkunde verlangt. Der Kurfürst hat sich auch geweigert, mit Philipp bei den Verhandlungen desselben mit dem Beamten seines Schwiegervaters gemeinsame Sache zu machen. Philipp mußte Mühe, Kosten und Verantwortung für solche Schritte allein auf sich nehmen. Er schickte also wieder an Pack, und verlangte von ihm die Zusage, ein Original zu liefern. Eine Enthüllung Pack's über den erzwungenen Betrug hätte den Weimarer Bund sofort vernichtet. Philipp schlug daher jetzt mehr den Weg der Güte ein. Er ließ 10,000 Gulden für ein Original bieten, eine große Summe, 150—200,000 Mark nach unserm Gelde. Aber Philipp hatte sich verklausulirt. Es sollte nur ein Schadenersatz sein für den Fall, daß Pack um seine Güter käme.[1]) Wie dem auch sei, Pack wollte sich nicht auf die bloße Zusage einlassen, sondern suchte um wirkliche Zahlung nach. Philipp verstand sich also dazu, 4000 Gulden zu zahlen, aber nicht an Pack, sondern an seinen Bruder und zwar mußte dieser einen Schuldschein für sich und seine Erben ausstellen.[2]) Philipp hatte also nichts aus den Händen gegeben. Diese Dinge lassen erkennen, wie wenig der Landgraf Pack und Pack dem Landgrafen traute. Darin dürften beide am wenigsten Unrecht gehabt haben. Indessen hatten beide Theile wenig Interesse an dem Original. Die Verhandlungen wurden um Mitte März eingeleitet und zu Anfang April

---

1) So sagt wenigstens Philipp bei Rommel 3, 19.

2) Rommel 2, 203 u. 3, 19. Vgl. Ehses 273 ff. Philipp sagt allgemein und ungenau: „uf solchs hab ich Jme uf sein ansuchen vier tausend gulden herausgeben."

waren Pack und Philipp schon über etwas ganz anderes als die Lieferung des Originals übereingekommen. Pack ging als Gesandter Philipps an Zapolya ab. [1])

Philipp glaubte, es werde auch ohne „Original" mit Kurfürst Johann vorangehen. Darin hatte er sich jedoch arg verrechnet. Der Kurfürst von Sachsen fühlte sich nämlich bei dem Weimarer Bund gar nicht recht wohl. Wenige Tage nach Abschluß desselben schickte er einen eilenden Boten an Luther. In der Nacht des 16. März erhielt dieser den Befehl des Kurfürsten. Gleich am 17. März machte er sich auf die Reise nach Altenburg und eilte so schnell er konnte.[2]) Zweck und Ergebniß dieser Reise sind jedoch auch jetzt noch in ein gewisses Dunkel gehüllt.[3]) Kaum von dieser mühevollen Reise zurückgekehrt, wurde Luther schon am 26. März zum zweiten Male „durch einen eilenden Brief vom Hofe zu Torgau" zum Kurfürsten entboten und erhielt nun Befehl, ein schriftliches Gutachten in den vielgenannten Händeln abzugeben, welches noch vorhanden ist. [4])

Es war für Luther jedenfalls keine angenehme Aufgabe, dem Hessenfürsten in seinen Bestrebungen entgegenzutreten, den schon vollzogenen Weimarer Bund als unerlaubt zu

---

1) Am 12. April war Pack bereits in Breslau. Ehses 1, 31.

2) festinatum est quantum fieri potuit, schreibt Luther an Spalatin und bittet sein verspätetes Kommen zu entschuldigen. De Wette 3, 295.

3) Daß es sich hier um die Pack'schen Händel handelte, wagt selbst Schwarz S. 51 Note 3 nicht zu bestreiten. Und doch scheint er übersehen zu haben, was Luther bei de Wette sagt 3, 333, „wie ich Martinus für E. K. F. G. zu Altenburg bedingt, daß wir E. K. F. G. Land meiden und uns wegthon mußten." Zu Altenburg also soll diese feierliche Vorstellung und Bedingung gemacht sein. Doch wohl nicht auf der Durchreise. Vgl. Burkhardt 599.

4) De Wette 3, 319—321.

bezeichnen, die Rüstungen, welche schon ins Werk gesetzt waren, für unbegründet zu erklären. Die Sache war nicht mehr intakt. Heikler noch mußte es für ihn sein, einen Zweifel an den Behauptungen des Landgrafen über das Breslauer Bündniß und damit über die Originalurkunde, die Philipp gesehen haben wollte, durchblicken zu lassen. Luther entschloß sich dennoch zu diesem Schritt. Freilich geht er behutsam vor, und das war sicherlich geboten. In seinem Gutachten nimmt er zunächst die berufene Copie, wie sie vorliegt, und erörtert sie nach den verschiedensten Richtungen. Die katholischen „Rottenfürsten", „Pfaffenrotten" und „Rottenpfaffen" werden dabei gehörig hineingezogen. Er gesteht auch, daß sein Herr „ein sicher gut Gewissen habe, gegen der widerwärtigen Fürsten Frevel, wo es noth sein würde, sich zu wehren." Dann aber erlaubt er sich die Ansicht, daß die „Widersacher" nicht „frevelich angegriffen" werden dürften. Das sei „auf's allerhöchest zu meiden", weil, sagt er, „der Widersacher Schuld und That noch nicht überzeuget noch am Tage ist. Denn damit würden öffentlich gestraft, ja frevelich angegriffen, die doch nichts öffentlich gethan hätten noch überzeugt wären, und gewönnen damit allererst nicht allein den feinesten Schein, sondern auch allerdings Recht, sich als aus Noth zu wehren wider die, so ohn Kais. Maj. Befehl aufrührerischer Weise die Unschuldigen angriffen." Luther nennt das Vorgehen der Bundesfürsten geradezu einen Gräuel. „O behüt Gott vor dem Gräuel: das hieße freylich recht für dem Hamen fischen und Gewalt für Recht gebraucht. Kein größer Schande könnte dem Evangelio geschehen, denn hieraus würde nicht ein Baur-Aufruhr, sondern ein Fürsten-Aufruhr, die Deutschland zu Boden verderben würde, welches auch der Satan gern sähe." Luther sprach dann den Kurfürsten von allen Verbindlichkeiten dieses unmoralischen Weimarer Bundes los. „Wo aber mein gnädiger Herr der Landgraf nicht wollt folgen, sondern fortfahren: ist mein gnädigster

Herr nicht schuldig zu halten das Verbündniß; denn man muß Gott gehorsam sein mehr denn Menschen." [1])

So wurde des Landgrafen Plan durchkreuzt, als er alles im besten Gange wähnte. Gerade um diese Zeit hatte Philipp Pack an Zapolya abgeschickt. Das Original, welches Pack sonst für den Kurfürsten hätte besorgen sollen, konnte er bei Zapolya jedenfalls nicht finden. Das Gutachten Luthers wurde von dem Kurfürsten noch vor dem 3. April an den Landgrafen abgeschickt. Kurfürst Johann fügte noch eine Instruktion hinzu. [2]) In dieser Instruktion zählt er zunächst seine Bemühungen um Bundesgenossen auf. Dann erinnert er daran, daß Philipp zu Weimar ein Original versprochen, und kommt endlich auf den Punkt, daß er Luther den Handel „Gewissens halber" angezeigt [3]) und dessen Gutachten überschicke. Die Worte, welche dann folgen, bedeuten eine Auflösung und Vernichtung des Weimarer Bundes von Seiten des Kurfürsten und zwar, wie die Worte lauten, von Grund aus und Gewissens halber. „Derselbig Doctor Luther", sagt der Kurfürst, habe „Bericht gethan und Antwort gegeben, das sich der Angriff oder Anfahen fur Got nit fügen soll." „Dieweil denn sein Lieb [Philipp] weiß und eben sowohl und besser, denn wir verstehen, wie sorglich, erschrecklich und hoch beschwerlich der zeitlichen und ewigen Wohlfahrt es sein wollt, mit dem Anfahen wider Gott und Gewissen zu handeln, zu dem auch unser beider Gemüth zu Weimar nit anders gewest ist, auch nimmer sein soll, dann hierin mit Gott und nach schuldiger Pflicht zu verfahren, so haben wir seiner Lieb [Philipp]

---

1) De Wette 3, 321.

2) Neudecker Actenstücke 33—40. „Freitag nach Judica schirstkunfftig" heißt es in demselben S. 34.

3) „Das wir, etliche Tag vor Graff Albrechts ankunst, vmb versicherung willen unser beider gewissen In Rath befunden, Doctor Luther den Handel anzuzeigen", sagt der Kurfürst.

solches nit zu verhalten wissen [nämlich das Gutachten Luthers] in freundlicher Zuversicht, sein Lieb werde solche Anzeige neben uns zu Herzen und Gemüth nehmen und betrachten, daß das Angreifen und Anfahen nach Anzeigung des Luthers von uns dergestalt, wie zu Weimar davon geredt, zu unterlassen und nach bleibe." So der Kurfürst Johann.

Der Landgraf war weder von der Instruktion des Kurfürsten noch von dem Gutachten Luthers sehr erfreut. Was ihn aber am meisten in Aufregung brachte, war die Ansicht Luthers, daß die katholischen Fürsten des angeblichen Breslauer Bündnisses noch nicht überwiesen seien. „Ich hab Luthers Rathschlag gehört", antwortet Philipp[1]), „und im Eingang gefält er mir wohl. Ich vermerk aber so viel, daß Doctor Martinus des Handels nit genugsam bericht, da er schreibt, daß es noch nit vergewissert und unbewiesen sei. Auf den Punkt ist Noth, zu Bericht des Handels das anzuzeigen, daß ich es gesehen und gelesen habe, dazu auch verhoffe, es wollt denn Gott nit, das Original zu meinen Handen zu bringen.[2]) Aus diesem Grund", sagt Philipp weiter, „kann Doctor Martinus schließen, daß die Sach gewiß ist. Auch aus diesem Grunde", so fügt er noch hinzu, „was wollt ich mich zeihen, gegen dem ein Solchs ufzubringen, der mein nechster Freund ist von wegen meiner Schwester und seiner Dochter, wann ich nit die gewisse Wahrheit wüst." [3])

---

1) Burkhardt 587.

2) So schreibt Philipp am 11. April 1528, nachdem er Pack, der angeblich nicht einmal die Copie anderswo, als in Dresden besorgen konnte, an Zapolya abgeschickt. „Got wolt es freilich nit", daß Philipp dies Original zu Handen brachte.

3) Philipp kam also von der objektiv gehaltenen Ansicht Luthers, daß die Sache „nit vergewißt" sei, sogleich auf das Gefühl einer ihm vorgeworfenen Erdichtung und „Aufbringung"

Allein diese Auslassungen brachten den Kurfürsten nicht zur Ruhe und beschwichtigten Luther nicht. Das Schicksal von Thomas Münzer und seines Genossen Pfeifer im Jahre 1525 stand noch zu lebhaft vor den Augen Luthers und Melanchthons, der bald ebenfalls in das Geheimniß des Weimarer Bundes eingeweiht wurde. Waren es doch erst drei Jahre, seitdem diese beiden Häretiker und Aufrührer die Strafe, zu deren Execution auch Philipp beigetragen, ereilt hatte. Thomas Münzer hatte auf Grund göttlichen Wortes zum Morde der Fürsten und Herren aufgefordert. „Dran, dran“, hatte er u. A. gesagt, „weil das Feuer noch heiß ist. Lasset euer Schwert nicht kalt werden vom Blut.“ — Aber der „Baur-Aufruhr“ Münzers wurde aufs Haupt geschlagen. Münzer verkroch sich zu Frankenhausen in ein Bett. Er wurde entdeckt, vor die Fürsten geführt, gefoltert und hingerichtet. Sein Genosse Pfeifer starb ebenfalls durch Henkers Hand.[1])

Luther hatte schon 1520 eine nicht minder blutige Sprache gegen die katholischen Bischöfe geführt und sogar den Muth gehabt, solche Dinge drucken zu lassen. Er hatte unter andern geschrieben: „So wir Diebe mit Strang, Mörder mit Schwert, Ketzer mit Fewr straffen, Warumb greiffen wir nicht vielmehr an diese schedliche Lerer des verderbens als Bepste, Cardinal, Bischoue vnd das gantze Geschwürm der Römischen Sodoma, mit allerley Woffen, Vnd wasschen vnsere Hende in jrem Blut; Als die wir beide vns vnd vnsere Nachkommen aus dem allergrösten fehrlichsten Fewer gern wollten erretten“.[2]) Solche blutigen Worte Luthers waren in offenem Druck ausgegangen, waren unwiderrufen und sind es heute noch. Luther wie auch seine Mithelfer hatten daher wohl Grund wegen der Pläne Philipps für sich besorgt zu

1) Vgl. Janssen 2, 522—535.

2) Luther's Werke. Jena 1575 Thl. 1, 60b.

sein. Sie wollten, man solle „für allen Dingen Friede und Mittel suchen, die Sachen zu vertragen.“[1])

Sie bezeugen nach Anführung mancher frommer Bibelstellen selbst mit ausdrücklichen Worten, „solchs zu rathen zwinget uns unser Gewissen, denn wir uns trostlich besorgen, der Satan versuche uns mit dieser Anfechtung, ob er mocht aus uns neue und ärger Münzer und Pfeifer machen.“[2]) Schon gleich in seinem ersten Gutachten hatte Luther sich auf den „Bauern-Aufruhr“ und auf des Satans Wohlgefallen an diesem „Fürstenaufruhr“ bedacht. Auch Melanchthon wollte für seine Person das wichtige „Gewissensbedenken“ gar nicht mehr aus dem Sinn. Noch am 18. Mai kommt er nach dringenden Mahnungen an den Kurfürsten in bescheidenen Wendungen auf sein Leben und auf seinen „Kopf“ zurück und versichert: „Dies zu schreiben bin ich aus großem Kummer und Sorgen bewegt. Gott weiß, daß ich mein Leben nicht so hoch achte; bedenke aber neben anderm, was Schmach dem heiligen Evangelio daraus erfolgen würde.“ Dem Kanzler Brück wird in der Nachschrift zu diesem Briefe von Melanchthon versichert, daß der Beweggrund „der Furcht für seinen Kopf bei ihm nicht stärker wirke, als die Furcht um den Kurfürsten und den Ruhm des Evangeliums.“[3])

Luther, Melanchthon, Bugenhagen und der Kurfürst, welcher ein wenig in die Rolle des Rathlosen hineingekommen, entwickelten damals eine ungewöhnliche Rührigkeit.

---

1) De Wette 3, 317.

2) De Wette 3, 318.

3) Ego non magis discrimine mei capitis quam optimi Principis et gloriae Evangelii moveor. C. R. 1, 980. Solche Zeugnisse wären auch ohne das oben angeführte gemeinsame Zeugniß deutlich genug. Es gehörte eine gewisse Selbstverleugnung dazu, diese Angst zu bekennen; namentlich, da das Motiv der Furcht ihnen, wenigstens bei Philipp, gar nichts nützte.

Eilboten gingen hin und her und rasteten auch die Nacht nicht. Es wurde gereist, berathen, begutachtet.[1]) Der Kernpunkt dieser Gutachten bleibt der Sache nach stets derselbe, nämlich daß man nicht „aufrührerischer Weise die Unschuldigen angreifen“, sondern den katholischen Fürsten Mittheilung von dem angeblichen Bündnisse machen, Aufschluß verlangen, den Frieden suchen solle. So sehr bestanden sie auf dieser Forderung, daß sie, wie Luther schon „zu Altenburg bedingt“, schließlich drohten, sie würden sich aus Kursachsen flüchten.[2]) Nulla salus bello, pacem te poscimus omnes,[3]) war ihre einmüthige Parole. Sie gingen in ihrer Besorgniß so weit, recht deutlich auf das Teufelskind hinzuweisen, wodurch Satan sie versuchte. „Selig sind die Friedsamen“, sagen sie, „denn sie werden Gottes Kinder heißen. Ohn Zweifel unselig werden sein, dazu auch des Teufels Kinder, so zu Krieg und Unfriede Lust haben.“[4])

Das war die Opposition, welche Philipp entgegentrat, als er seinen ganzen Plan schon im Sichern zu haben glaubte, als er mitten in den Rüstungen stand. Mit aller Energie und nicht ohne Klugheit begegnet ihr Philipp. Vor allem greift er sie in ihrem Fundament an, daß „der Handel noch nit vergewissert sei“. Seine ganze Person setzt er ein, um dieses zu erschüttern und der Wiederholung solcher Zweifel von Seiten Luthers vorzubeugen. Zunächst kommt er auf seine falsche Behauptung von Weimar zurück, daß er nämlich die Originalurkunde gesehen. Er habe „es gelesen und gesehen,“ zeigt er „zu Bericht des Handels“ an. Dann setzt er mit tiefer sittlicher Entrüstung sein beispielloses Benehmen gegen Herzog Georg ein und verwahrt sich mit neuer Unwahrheit gegen seine eigene alte Unwahrhaftigkeit.

1) Vgl. darüber Burkhardt 593—600.

2) De Wette 3, 333.

3) C. R. 1, 983.

4) De Wette 3, 317.

„Was wollt ich mich zeihen, gegen den ein solches aufzubringen, der mein nächster Freund ist, von wegen meiner Schwester und seiner Tochter, wenn ich nicht die gewisse Wahrheit wüßt. Denn ich muß ja öffentlich bekennen, daß er mir mehr geholfen hat, als der Kurfürst." Gewiß durfte der Hessenfürst hiernach wohl erwarten, daß der Theologe von Wittenberg es nicht mehr wagen würde, noch einmal auf diesen dunklen Punkt zurückzukommen, daß dieses von jetzt an für den Kreis der Berather begraben und den Zweifeln Luthers der Mund verschlossen war. Er hat diese Erwartung auch an geeigneter Stelle ausgesprochen. In einem Schreiben an den Kurprinzen Johann Friedrich „gedachte er," wie Burkhardt[1]) mittheilt, „seines ‚in Eile' hingeworfenen Gutachtens gegen Luther, von dem er sich aber versah, daß er es gern hören werde, falls er nicht auf seinem Standpunkte beharren wollte, mit dem er, der Landgraf, ‚für einen Lügner und Buben' (so lauten die Worte des Landgrafen) gehalten werden müsse."

Philipp sucht dann in seinem Schreiben gegen das Gutachten Luthers diesem und dem Kurfürsten Muth zu machen. „So stehet itzt die Luft," sagt er, „das mans kan uszrichten mit Gots Hilf. So wir warten, wirt unser Volck verjaigt, so haben wir all nit einen festen Flecken." Auch die Bibel führt Philipp gegen Luther ins Feld, wie es dieser gegen ihn gethan. Philipp beruft sich auf Josua, David und Goliath. Er bemerkt, daß „Paulus sagt zum Romern XIII, desgleichen Johannes, wir sollen das Leben vor die Bruder lassen." Philipp macht noch einen sehr gut berechneten und verklausulirten Vorschlag.[2]) Aber über alles dieses verliert

1) S. 591.

2) Wie wenig ernst es Philipp mit dem Vorschlage, „zuvor dem Anzuge" an den König u. s. w. zu schreiben, gewesen, zeigt nicht bloß die Verklausulirung, sondern auch sein späteres Verhalten bei Absendung der Gesandtschaften an die Bischöfe. Vgl. weiter unten.

er den Hauptpunkt, den mißlichen Zweifel Luthers an der Wahrheit des angeblichen Bündnisses, nicht aus dem Auge. Er unterläßt es nicht, noch einmal auf seine energische Verwahrung gegen diesen Zweifel zurückzukommen und aufs neue seine ganze Person für die Wahrheit des erdichteten Bündnisses von Breslau einzusetzen. „Das wir des Handels sein innen worden," sagt er, „das weis ich am besten".[1])

Philipp greift auch noch zu einem andern Mittel, um sich zu halten. Er stellt dem Kurfürsten den Vorwurf der Treulosigkeit in Aussicht, wofern er den Weimarer Bund aufgeben würde. In dem „sehr erregten Schreiben" an den Kurprinzen weist er auf „die ungerechtfertigte Stellung seines Vaters" hin. Er spricht die Hoffnung aus, „daß der Vater des Kurprinzen sich seiner Zusage und Verpflichtung gemäß halte", und stellt die Alternative, „entweder hält der Kurfürst, was er versprochen, oder er thut es nicht, und dann tritt ein, ‚was folgen muß: er, Du und ich sind alle verjagt'".[2])

Allein mit diesem Appell an ein falsches Ehrgefühl richtete Philipp bei dem Kurfürsten nicht mehr viel aus. Er mußte sich dazu verstehen, mit dem Kurfürsten den Weimarer Bund in Gegenwart von Luther und Melanchthon aufs Neue zu besprechen, mußte „den Handel noch einmal mit seinen Umständen erzählen und ihr Bedenken darauf anhören." [3])

(Schluß folgt.)

---

1) Burkhardt 590.
2) Burkhardt 591. Vgl. dazu den würtemberger Zug oben S. 11.
3) Burkhardt 591.

II.

Dr. Roman Stelzer.

Ein preußisches Culturkampf-Opfer aus Hohenzollern.

Am 27. Februar dieses Jahres war ein Decennium verflossen, daß zu Würzburg ein stilles und bescheidenes, aber an fruchtbarer und segensvoller Thätigkeit reiches Leben zu Ende ging. Es war der vormalige Rektor des Gymnasiums Hedingen bei Sigmaringen, Dr. Roman Stelzer, der über 31 Jahre an dieser Studienanstalt gewirkt. Zur Zeit des preußischen Culturkampfes, der auch das friedliche Hohenzollernländchen nicht verschonte, wurde von Seiten des Ministeriums der als entschiedener Katholik bekannte, wahrhaft religiöse Mann aufgefordert, seinen Abschied aus dem Staatsdienste zu nehmen. Nach langen Verhandlungen blieb ihm nichts übrig, als, gezwungen durch unerträgliche Kränkungen aller Art von Seiten der Behörde, wirklich seine Quiescirung nachzusuchen — im wahren Sinn des Wortes ein Opfer des Culturkampfes.

Stelzer war geboren am 9. August 1822 zu Trillfingen in Hohenzollern und hatte, bevor er auf das Landesgymnasium Hedingen kam, eine Thierarzneischule besucht. Dieses Studium sagte ihm aber in keiner Weise zu und so faßte er den Entschluß, Philologe zu werden. Sein Vater, obwohl mit Leib und Seele Oekonom, ließ ihm völlig freien Willen und gab sogar auf des Sohnes Verlangen den ihm zufallenden Vermögensantheil noch vor seiner Volljährigkeit

heraus. Stelzer hatte in Rücksicht auf seine Geschwister darum gebeten. — Auf dem Gymnasium, sowie auf den verschiedenen Hochschulen, die er besuchte, München, Tübingen, Berlin oblag er mit größtem Eifer den Studien und bestand seine Examina mit Auszeichnung. Im Jahre 1844 begann er am damals fürstlich Hohenzollernschen Gymnasium Hedingen seine Wirksamkeit als Lehrer und nach 4 Jahren schon, zu Ostern 1848, verlieh ihm Se. K. Hoheit Fürst Karl Anton von Hohenzollern provisorisch das Rektorat und definitiv am 20. September des folgenden Jahres. Ein Anerbieten von Seiten des Hofes, die fürstlichen Kinder zu erziehen, lehnte er dankend ab. Die Lehrthätigkeit an öffentlicher Schule und der größere Wirkungskreis entsprachen mehr seinen Neigungen. Deßungeachtet unterrichtete er durch mehrere Jahre den Erbprinzen, jetzigen Fürsten Leopold von Hohenzollern und Prinzessin Stefanie, nachmalige Königin von Portugal, und bewahrte sein ganzes Leben hindurch die wärmste Anhänglichkeit und Treue gegen das angestammte Fürstenhaus. Für Königin Stefanie insbesondere hegte er eine unbegrenzte Verehrung. Ihren frühen Tod (1859) betrauerte er auf's tiefste, und wenn er von ihr sprach, wurden stets seine Augen feucht. Diese hohe Dame zeigte aber auch ihrerseits dem Lehrer die freundlichste Gewogenheit, wie aus verschiedenen mit ihm gewechselten Briefen hervorgeht, und vor ihrer Abreise nach Lissabon als Portugals Königin sandte sie ihm als letztes Andenken ein werthvolles Geschenk.

Als die Fürstenthümer Hohenzollern eine preußische Provinz geworden (1850), gingen selbstredend große Wandlungen vor in allen Zweigen der Verwaltung, ganz besonders auch im Schulwesen. Das Landesgymnasium wurde im Jahre 1851 einer eingehenden Revision unterworfen und dem rheinischen Provinzial-Schul-Collegium zu Coblenz unterstellt (1852). Von da an nahm ein k. preußischer Commissarius alljährlich die Maturitätsprüfung vor und in verschiedenen Zeiträumen Revisionen der ganzen Anstalt. Jedesmal fielen

von dieser Seite die günstigsten Urtheile über die Leistungen derselben und die Amtsführung des Direktors. Stelzer war ein vortrefflicher Pädagoge von umfassendsten Kenntnissen namentlich in der lateinischen, griechischen und deutschen Sprache und Literatur, sowie in der Geschichte. Ueber 28 Jahre gab er diese Fächer in den oberen Gymnasialklassen zum größten Vortheil seiner Schüler und zur besten Zufriedenheit der Behörde. Sein Unterricht war stets vom christlichen Geiste getragen. Er war bestrebt, die heidnischen Schriftsteller des Alterthums im Lichte der christlichen Wahrheit zu betrachten und seinen Schülern die richtige Beurtheilung des Unterschiedes zwischen heidnischer und christlicher Tugend zu lehren.

Für Stelzer war das Gymnasium nicht allein Lehr- sondern auch Erziehungs-Anstalt. Wie die Religion seinem ganzen Handeln als Richtschnur diente, so war sie es ganz besonders, auf der sich seine pädagogischen Grundsätze aufbauten. In der Ueberzeugung, daß nur eine wahrhaft religiöse Erziehung gediegene Charaktere zu schaffen und den Menschen seinem ewigen Ziele zuzuführen vermag, sah er mit großer Strenge darauf, daß die Schüler den Religionsunterricht gewissenhaft besuchten, täglich der hl. Messe anwohnten und zu den vorgeschriebenen Zeiten die hl. Sakramente empfingen. Da er sich vor Gott für das Seelenheil eines jeden Schülers mit verantwortlich wußte, so war er mit größtem Eifer darauf bedacht, die Zöglinge vor allen Gefahren zu bewahren, die ihre Sittlichkeit bedrohen konnten. Auf jeden hatte er ein wachsames Auge und ließ es an väterlicher Fürsorge nicht fehlen; selbst für leibliche Bedürfnisse der einzelnen war er, wo nöthig, liebevoll besorgt. Wohl wissend, wie sehr die religiöse Uebung den sittlichen Lebenswandel fördert und dieser hinwiederum den Schüler zu ernstem Studium befähigt und anhält, gestattete er den Gymnasiasten die Theilnahme an der marianischen Congregation im nahen Jesuiten-Colleg in Gorheim.

Die Frucht dieser wahrhaft religiösen und strengen Erziehung am Gymnasium Hedingen war einerseits, daß die katholische Bevölkerung von Hohenzollern und über dessen Grenzen hinaus ein unbedingtes Vertrauen zu der Anstalt und deren Leiter hatte und ohne Bangen ihre Söhne ihm übergab, anderseits, daß eine große Anzahl braver Jünglinge, aus deren Reihen sich nahezu der ganze Klerus eines Vierteljahrhunderts für die Provinz Hohenzollern rekrutirte, aus seiner Leitung hervorging. Darum kann es auch nicht Wunder nehmen, wenn Stelzer seinerzeit der populärste Mann in Hohenzollern war. Bei seinem Amtsantritt betrug die Zahl der Gymnasiasten 79 und bis zum Jahr 1872 war sie auf 198 gestiegen. Im Jahre 1868 fand die 50jährige Jubelfeier der Gründung des Gymnasiums Hedingen statt. Stelzer erhielt bei diesem Anlaß den rothen Adlerorden und von Seiten der Behörde wurde ihm bei der öffentlichen Festfeier in Gegenwart Sr. k. Hoheit des nun verewigten Fürsten Karl Anton von Hohenzollern, des Oberpräsidenten der Rheinprovinz, weiland Herrn von Pommer-Esche, und eines großen und ausgewählten Publikums bezüglich seiner Amtsführung und Lehrthätigkeit großes Lob gespendet. Herr von Pommer-Esche hat damals die Anstalt als den preußischen Gymnasien völlig „ebenbürtig" bezeichnet und nicht lange zuvor theilte Fürst Karl Anton Stelzer eine Aeußerung des damaligen Ministers von Mühler mit, nach welcher Hedingen „zu den besseren Anstalten dieser Kategorie" in Preußen gehöre. Am 20. September 1874 feierte Stelzer sein 25jähriges Dienstjubiläum als Gymnasialdirektor und dieses gestaltete sich zu einem wahren Freudenfeste. Kostbare Geschenke gingen ihm von Collegen und ehemaligen Schülern zu, Gratulationen und Telegramme aus weitester Ferne, sogar aus Amerika, Gedichte und Compositionen feierten seinen Ehrentag.

Da berührte der Culturkampf auch das kleine Hohenzollern. Die Ordensleute mußten in Folge der Maigesetze

ihre Klöster verlassen. Als die Patres Jesuiten ihren nördlich von Sigmaringen gelegenen Wohnsitz Gorheim geräumt hatten, machte einer der liberalen Heißsporne des Culturkampfes die folgende wörtliche Aeußerung: „Das eine schwarze Nest hätten wir glücklich ausgenommen, nächstens kommt das andere an die Reihe". Damit deutete er auf die Südseite der Stadt, wo das Gymnasium Hedingen lag. Daß der Leiter desselben manchen Leuten ob seiner entschieden katholischen Richtung ein Dorn im Auge war und daß seit langer Zeit schon gegen ihn agitirt wurde, galt als offenes Geheimniß. Stelzer war sich dessen auch wohl bewußt, glaubte aber nicht, daß seine Gegner ihm schaden könnten, da er weder seine Amtspflichten noch die Staatsgesetze in irgend einer Weise verletzte. Im Juni des Jahres 1875 erschien ein k. Commissarius aus Coblenz, um das Gymnasium „einer durchgreifenden Revision" zu unterwerfen, und bezeichnete Stelzer als Grund derselben eine Menge von Beschwerden, welche wegen seiner Haltung namentlich in kirchlicher Beziehung eingelaufen seien. Welcher Art diese „Beschwerden" seien, wurde nicht gesagt, obgleich Stelzer ausdrücklich darum bat, um sich zu rechtfertigen. Die Revision dauerte vom 8. bis 11. Juni. Schon während des Verlaufes derselben wurden von Lehrern und Schülern Stimmen laut, daß der Commissarius den Direktor schmählich behandelt und besonders die von ihm in Prima gegebenen Disciplinen in strengstem Ton angesichts der Schüler getadelt habe. Bei dieser (gelinde gesagt) Rücksichtslosigkeit hatten jene sämmtlich den Eindruck bekommen, als sollte Stelzer gereizt und zu einem Subordinationsfehler verleitet werden. Mit Indignation sprachen sie allerwärts davon. Allein die vielen unzufriedenen Aeußerungen des Commissarius vermochten nicht, sein Ansehen zu vermindern. Man schrieb die abnorme Behandlung auf Kosten der kirchlichen Gesinnung, aber Niemand konnte ahnen, was diese scheinbare Revision im Gefolge habe.

Am 3. September 1875 erging ein Erlaß des k. preußischen Ministeriums (Falk) an das Regierungspräsidium zu Sigmaringen mit dem Auftrage, den Dr. Stelzer aufzufordern, seine Pensionirung freiwillig nachzusuchen, denn [1]) „die jüngst vorgenommene Revision des ihm unterstellten Gymnasiums habe in wissenschaftlicher Hinsicht für die meisten Klassen und Fächer höchst unbefriedigende Resultate ergeben". Ferner „habe die ganze Behandlung der (von Stelzer) gegebenen Disciplinen einen solchen Mangel von Verständniß, methodischer Behandlung, Sicherheit und Gewandtheit des Lehrers bekundet, daß ein großer Theil des Mißerfolges bei den Schülern demselben zuzuschreiben sei . . . Die Behandlung disciplinarischer Dinge bekunde seit Jahren eine so engherzige und beschränkte Auffassung des Berufes eines Erziehers und Leiters einer Anstalt, daß bei der vorgesetzten Dienstbehörde schon längst Zweifel an der Befähigung für die jetzige Stelle aufgestiegen seien". Endlich „sei die (seitens der Behörde von Stelzer verlangte) protokollarisch abgegebene Erklärung über seine Stellung zur Verbindlichkeit der Staatsgesetze eine so verklausulirte und limitirte, daß dieselbe in dem Munde eines leitenden Beamten die allerschwersten Bedenken hinsichtlich der Zuverlässigkeit des Betreffenden erregen müsse".

Wie ein Donnerschlag traf dieses Rescript den ahnungslosen Mann. Er, der über 28 Jahre seines Amtes mit unermüdlichem Eifer und einer Pflichttreue gewaltet, die bisher niemals von irgend einer Seite konnte angefochten werden, wurde plötzlich für unfähig erklärt, seine Stellung weiter zu versehen. Durch ganz Hohenzollern ging eine tiefe Entrüstung beim Bekanntwerden dieser Aufforderung! Kein Mensch und am wenigsten die zahlreichen Schüler, die Stelzer in den drei vorhergehenden Decennien unterrichtet und pädagogisch geleitet, wollten auch nur an die Möglichkeit seiner Entfernung glauben. In dem ominösen Aktenstück

1) Diese und alle folgenden Citate sind wörtlich den bezüglichen Akten entnommen.



wurde ihm nebst der Aufforderung, seinen Abschied zu nehmen, ein Ruhegehalt bestimmt, der nicht einmal zwei Drittel seines bisherigen Einkommens ausmachte. In seiner Ehre und seinen Rechten auf das bitterste und tiefste gekränkt, sollte er auch noch eine so bedeutende pekuniäre Einbuße erleiden. Er hatte zwei Söhne gleichzeitig auf der Hochschule und eine fortwährend kranke Frau. Selbst seine principiellen Gegner in Hohenzollern mißbilligten das gegen ihn eingeleitete Verfahren und wurden gerade auch von dieser Seite Stimmen laut, daß man wohl den katholischen Standpunkt Stelzers verwerfen könne, nicht aber seine Amtsführung, und sollte er wirklich seine Stellung niederlegen, gehöre ihm sein volles Gehalt.

Stelzer wandte sich an die Regierung, an das ihm vorgesetzte Provinzial-Schul-Collegium in Coblenz und an den Cultusminister selbst. Er widerlegte aktenmäßig die gegen ihn vorgebrachten Anschuldigungen und konnte vom Jahre 1851 an, wo die erste Revision der Anstalt durch einen kgl. preußischen Commissarius stattfand, bis zum Jahre 1875 die günstigsten Berichte vorweisen, ebenso die anerkennendsten Urtheile der „wissenschaftlichen Prüfungs-Commission" zu Bonn über seine didaktischen Leistungen. Am besten sprachen wohl auch die Resultate der Maturitäts-Prüfungen. Noch sei an dieser Stelle bemerkt, daß von Seite der Behörde jederzeit karg mit Anerkennungen verfahren wurde; denn wer in Norddeutschland bekannt ist, wird wissen, wie viele Vorurtheile gegen die Süddeutschen bestehen, und gerade auch in dieser Hinsicht hatte Stelzer es nicht leicht. Die ihm gemachten Vorwürfe bezüglich der letzten Revision des Gymnasiums im Juni widerlegte er in eingehendster Weise, berührte aber auch völlig wahrheitsgetreu das Benehmen des Commissarius seiner Person gegenüber, wohl wissend, daß dadurch seine Sache nicht verbessert würde, denn der Commissarius war Kläger und Richter in Einer Person.

Der Zweifel der Behörde „an der Zuverlässigkeit" Stelzers im Dienste, der den Schluß des Rescriptes bildete, drückte dem ganzen Verfahren noch das Siegel auf. Eine so schwere Kränkung seiner Ehre hat wohl selten ein Mann hinnehmen müssen, der sich sein ganzes Leben hindurch nicht das geringste Vergehen hat zu Schulden kommen lassen. Im November 1875 wandte er sich in einem längeren Schreiben an den Cultusminister selbst, da seine „Rechtfertigung" über die ihm zur Last gelegten Punkte vom Provinzial-Schul-Collegium ungünstig aufgenommen worden, und berief sich namentlich auf eine Aeußerung des Ministers in der Kammerverhandlung vom 16. Januar 1874, die wörtlich heißt, daß „wegen ultramontaner Gesinnung niemand in allen Rechten, die ihm sein Amt gibt, gekränkt werden darf, so lange nicht in seinem Auftreten eine besondere Verletzung der Amtspflicht liegt." Niemand konnte Stelzer eine solche nachweisen. Er enthielt sich in jener Zeit des Kampfes auch jeglicher „Agitation", besuchte nichteinmal mehr den „Borromäus-Verein", der gewiß harmlos war, lebte überhaupt sehr zurückgezogen nur seinem Berufe und seiner Familie. In seinem religiösen Leben aber ließ er sich durch alle Zeitereignisse nicht beirren. Er besuchte täglich die heilige Messe und stärkte sich oftmals durch andächtigen Empfang der Sakramente. Seine wissenschaftlichen Arbeiten vor und nach dieser Epoche sind von einem tief religiösen Geiste durchweht und zeugen von eingehendem Studium selbst theologischer Schriftsteller alter und neuer Zeit. (Vergl. Freiburger kath. Kirchenblatt, Jan. 1861.)

Unterm 5. November 1875 erging vom Provinzial-Schul-Collegium neuerdings ein Erlaß an Stelzer, in welchem es wörtlich heißt: „Der Herr Minister der geistlichen Angelegenheiten hat uns durch Rescript vom 27. v. Mts. angewiesen, Ihnen vorläufig 16 wöchentliche Lehrstunden möglichst auf die m i t t l e r e n Klassen zu übertragen." In jenem Herbste mußte nämlich wegen Lehrerwechsel ein neuer

Lektionsplan gemacht werden. Stelzer hatte seit 28 Jahren als Ordinarius der obersten Klasse, der Prima, gewirkt und seine Erfolge sind stets von der Behörde als durchaus befriedigend anerkannt worden. Nun sollte er vor den Augen seiner Collegen und Schüler degradirt werden und die mittleren Klassen übernehmen. Er verlangte daher von der Behörde die Bekanntgabe der maßgebenden Gesetze, welche sein bisheriges Verhalten und seine Vergangenheit einer solchen Behandlung zu unterziehen berechtigten, und erklärte, ohne Kenntniß derselben sich nicht degradiren zu lassen. Der Beamte steht seinen Vorgesetzten gegenüber doch auch nicht rechtlos da oder ist zu stummem, blindem Gehorsam verpflichtet, wenn er in so unerhörter Weise mißhandelt wird, wie dieß hier geschehen? Dafür ging ihm aus Coblenz der strengste Verweis zu, in dem es wörtlich heißt: „Wir eröffnen Ihnen, daß wir im Falle einer nochmaligen Nichtbefolgung unserer bestimmten Weisungen in Bezug auf Unterrichtsvertheilung und Aehnliches disciplinarisch gegen Sie vorgehen und ein gleiches Verfahren anwenden werden, falls Sie sich fernerhin in Erwiderung der an Sie von uns ergangenen Verfügungen den ganz ungemessenen und Ihrem Verhältnisse zu uns widersprechenden Ton der kritisirenden Erörterung erlauben sollten, dem wir neuerdings in Ihrer Berichterstattung begegnet sind." Kränkung häufte sich auf Kränkung, und bei all dieser Ungerechtigkeit sollte das gequälte Opfer noch nichteinmal den Mund öffnen dürfen.

Stelzer wandte sich in seiner Bedrängniß an Se. k. Hoheit den Fürsten Karl Anton. Dieser edle und hochherzige Fürst gewährte ihm verschiedene Audienzen und versprach seine Vermittlung bei den Behörden. Am 9. Dezember 1875 erhielt Stelzer von Hochdemselben einen Brief, worin ihm eröffnet ward, daß er (der Fürst) ein Schreiben vom k. Commissarius aus Coblenz empfangen, in dem wörtlich folgender Passus enthalten ist: „daß von einer unfreiwilligen Pensionirung des Rektors Stelzer keine Rede sein

kann, da er sich kein Dienstvergehen hat zu Schulden kommen lassen. Dagegen erheischt es das Interesse des Dienstes, daß derselbe sobald als möglich mit gleichem Rang und Gehalt an eine Anstalt in Norddeutschland versetzt werde, wo seine Richtung unschädlich ist. Ob ihn das nicht noch härter trifft, als eine Pensionirung, weiß ich nicht. Auf eine Erhöhung der gesetzlichen Pension geht leider der Finanzminister nicht ein." Da war denn doch endlich einmal die reine volle Wahrheit gesagt: der christlich katholische Mann sollte weg von seinem Posten und dahin versetzt werden, wo „seine Richtung unschädlich ist" — also an eine protestantische Anstalt in Norddeutschland. Darum mußte er die unerhörten Mißhandlungen erdulden und fand nirgends Schutz und Recht.

Da Stelzer einsah, daß jeglicher Ausweg ihm versperrt wurde, entschloß er sich unterm 13. Dezember 1875, sein Abschiedsgesuch einzureichen. Er zweifelte nämlich, ob man ihm noch länger die Wahl zwischen Pension und Versetzung lassen würde, und der erhaltenen Privatnachricht durch Se. k. Hoheit den Fürsten durfte eine alsbaldige amtliche Meldung folgen. An einem protestantischen Gymnasium würde wohl die Behandlung fortgesetzt worden sein, wie er sie in diesem herben Winter hat erdulden müssen. Bezüglich des Ruhegehaltes war auch Se. k. Hoheit der Fürst der entschiedenen Ansicht, daß im Falle einer Pensionirung das bisherige volle Gehalt nicht könnte versagt werden. Da Stelzer mit seiner Vorstellung bei den Behörden abgewiesen wurde, entschloß er sich an den Stufen des Thrones Schutz zu suchen, und auch hier sicherte Fürst Karl Anton seine Fürsprache zu, schrieb wirklich an Se. Majestät den deutschen Kaiser Wilhelm I. und schloß Stelzers Bittgesuch seinem Briefe bei. Diesem Gesuch wurde allerdings auch nicht entsprochen, wohl aber bewilligte der Kaiser einen widerruflichen Pensionszuschuß für die Söhne. Am 10. April 1876 erhielt Stelzer durch das Regierungs-Präsidium in Sigmaringen

das officielle Dekret seiner Dienstentlassung. Er hatte sich zuletzt gesehnt, die traurige Lage beenden und sein Amt niederlegen zu können; denn über 7 Monate dauerte der fast unerträgliche Kampf um sein gutes Recht, seine Ehre und seine Existenz.

Er wählte seiner Söhne wegen Würzburg als künftigen Wohnsitz und verließ am 3. Mai 1876 die Hohenzollernsche Heimath und seinen langjährigen Wirkungskreis. Von allen Seiten wurden ihm beim Abschied noch die wärmsten Sympathien zu Theil. Insbesondere widmeten ihm die sämmtlichen Schüler des Gymnasiums, nach ihren Klassen geordnet, kostbare Geschenke zur Erinnerung. Diese letzte Anerkennung bereitete ihm eine überaus große Freude und hielt er namentlich diese Andenken hoch bis an sein Ende. In Würzburg lebte er meist in stiller Zurückgezogenheit, arbeitete längere Zeit an einem katholischen Tagblatt und beschäftigte sich viel mit Literatur und den Fragen der Politik. Er schrieb treffliche wissenschaftliche Abhandlungen für katholische Zeitschriften und hielt wiederholt wissenschaftliche Vorträge. Sein ganzes Herz aber hing an der geliebten Heimath, in der er so viele treue Herzen und dankbare Schüler hinterlassen. Sein früherer Beruf war ihm zur zweiten Natur geworden, alle andere Beschäftigung konnte ihn nie ganz zufrieden stellen.

Als ihm im Jahre 1877 von Stuttgart aus wiederholt die Redaktion des „Deutschen Volksblattes“ angeboten wurde, glaubte er darin einen Wink von oben zu erkennen, entschloß sich zur Uebernahme der neuen Thätigkeit und reiste dorthin, die Angelegenheit zu ordnen. Zwei Tage nach der Rückkehr wurde er vom Hirnschlag gerührt und verlor für längere Zeit die Sehkraft, Sprache und Gedächtniß. Nach Ausspruch der Aerzte mußte der Gedanke an eine Uebersiedlung nach Stuttgart vollständig aufgegeben werden. Diese neue, so überaus harte Prüfung beugte die Familie tief nieder, denn die Aussichten auf gänzliche Genesung des verehrten

Gatten und Vaters waren sehr gering. Sein Zustand besserte sich wohl ein wenig, so daß er zeitweise geistig arbeiten und auch kleine Ausflüge zur Erholung machen konnte. Im Jahre 1878 hatte er noch die große Freude, dem ersten hl. Meßopfer seines zweiten Sohnes im Kloster Schwarzenberg in Mittelfranken beiwohnen zu können. Von da an nahm sein Leiden, Herzwassersucht, stetig zu und bald war er für immer ins Zimmer gebannt. Trotz seiner vielen Beschwerden, die er mit bewunderswerther Geduld ertrug, brachen sich seine natürliche Heiterkeit und gewinnende Liebenswürdigkeit oftmals wieder Bahn und nie gab er ganz die Hoffnung auf, gesund zu werden. Doch war auch hier die Devise seines ganzen bisherigen Lebens: „wie Gott will" seine Richtschnur. Während dieser letzten Krankheit machte sich ihm das erlittene Unrecht hinsichtlich seiner Pensionirung weit mehr fühlbar, als in gesunden Tagen. Seine Familie überraschte ihn häufig in die Pensionirungsakten vertieft und mit schmerzlicher Stimme ausrufend: „Ich bringe es doch noch vor das Abgeordnetenhaus, das Unrecht war zu groß." Lange beschäftigte ihn auch in Wirklichkeit dieser Gedanke, doch glaubte er dann wieder aus Rücksicht für die Zukunft seiner Söhne schweigen zu müssen. Der oftmalige Empfang der hl. Sakramente beruhigte und stärkte ihn immer von neuem in allen seelischen und körperlichen Leiden. Am 27. Febr. 1879 klagte er über außerordentliche Müdigkeit, vermochte auch nicht aufzustehen und wünschte zu schlafen — „recht lange", wie er ausdrücklich sagte. Gegen halb 3 Uhr Mittags bemerkte seine Gattin, wie er sich veränderte, und kaum daß sie ihm näher trat, senkte er das Haupt und war verschieden. Ein Herzschlag entrückte ihn sanft und kampflos in ein besseres Jenseits. Seine sterbliche Hülle ruht nun schon seit 10 Jahren im Friedhof zu Würzburg und sein Denkstein trägt die Inschrift: „Selig sind, die Verfolgung leiden um der Gerechtigkeit willen. Matth. 5, 11." Sein Andenken aber blieb bei allen, die ihn kannten, im Segen.

III.

Die neuesten Jahresberichte der Geschichtswissenschaft.[1])

Die Vorzüge dieses großartigen Unternehmens, das der deutschen Wissenschaft zur besonderen Zierde gereicht, sind schon von dem Recensenten des VI. Jahrgangs dieser Blätter (Bd. 101, p. 119—130) gebührend hervorgehoben worden. Daß deutsche Forschungen weit mehr berücksichtigt sind als außerdeutsche, ist ganz natürlich, ebenso daß deutsche Leistungen oft über Verdienst gelobt werden. Es ist das keineswegs die Schuld der Redaktion, die sich Mühe gegeben hat, für jeden einzelnen Wissenszweig die besten Fachgelehrten zu gewinnen, und die Berichterstattung über die Literatur des Auslandes Gelehrten des Auslandes übertragen hat. Cipolla und Morsolin haben das Referat über Italien im Mittelalter und der Neuzeit, Desplanque und Kohler aus Paris über Frankreich. Leider umfaßt das französisch geschriebene Referat nur die Jahrgänge 1883—84. Die Herren Hubert in Lüttich, Beckman in Upsala, Schiöth in Christi-

---

1) Jahresberichte der Geschichtswissenschaft im Auftrage der historischen Gesellschaft zu Berlin herausgegeben von J. Jastrow.

VII. Jahrgang 1884, Berlin 1888. Alterthum 248 S., Mittelalter 385 S., Neue Zeit 279 S., Register 280—395 (26 M.)

VIII. Jahrgang 1885, Berlin 1889. Alterthum 195 S., Mittelalter 343 S., Neue Zeit 294 S., Register 295—399.

ania, Horcicka in Prag erstatten Bericht über Belgien, Schweden, Norwegen und Dänemark, Böhmen; über letzteres fehlt leider der Bericht des Jahres 1885. Ebenso kann man es nur billigen, daß die Geschichte einzelner Länder Deutschlands wie Elsaß-Lothringen, Baden, Württemberg, Mittelrhein, Bayern, Niederrhein 2c. Gelehrten anvertraut ist, welche durch Geburt oder Aufenthalt in diesen Provinzen die nöthige Lokalkenntniß haben. Spanien und Portugal mit ihren Colonien, England und seine so zahlreichen und wichtigen Colonien sind entweder sehr stiefmütterlich bedacht oder ganz übergangen worden. Dr. Ludwig Mangold in Budapest hat zwar ein Referat über die Literatur Englands in der Neuzeit geliefert, aber über das wichtige Mittelalter, über die englischen Colonien fehlt es noch immer an einem Referat. Es ist dieß nicht die Schuld des Herausgebers. Was uns in den letzten Bänden ganz besonders anspricht, ist das Streben nach Unparteilichkeit, das Bemühen auch katholischen Leistungen gerecht zu werden. Wenn auch nicht alle Mitarbeiter sich derselben Objektivität und Mäßigung beflissen haben, so darf man doch getrost behaupten, daß kein ähnliches protestantisches Unternehmen sich in demselben Maße von Absprecherei, gehässiger Verdächtigung und kleinlicher Nörgelei ferngehalten hat. Die Referate sind fast durchgängig trefflich gearbeitet. Wir heben ganz besonders hervor die zahlreichen Artikel über Deutschland und seine Provinzen, Loß Geschichte der Juden, Grünwedel Indien, Schiller Rom und Italien, Cipolla Italien im Mittelalter. Dagegen verrathen die Referate Zöcklers über Kirchengeschichte, Papstthum und Kirche Flüchtigkeit und Oberflächlichkeit.

Im Interesse dieses großen Unternehmens wäre eine Ausschließung aller Bücher, die kein weiteres Verdienst beanspruchen können, als längst Richtiggestelltes zu wiederholen, oder zu popularisiren, jedenfalls wünschenswerth. Ein Jahresbericht soll doch etwas Höheres bezwecken als eine Bibliotheca historica. In einer solchen werden neue Auflagen



von wichtigen sowohl als unwichtigen Werken am Platze sein, nicht so in einem Jahresbericht, der sich von einem Bücherverzeichniß und einem Literaturblatt dadurch unterscheiden muß, daß er nur vollgiltige Münze in Umlauf bringt. Recensionen in Literaturblättern, längere Aufsätze über die betreffende Literatur, Einleitungen von tüchtigen Werken werden den Referenten in der Regel in der Auswahl des wahrhaft Gediegenen gute Dienste leisten. In diesem Punkte läßt der Jahresbericht noch zu wünschen übrig.

Im Folgenden wollen wir kurz einige Punkte berühren, in denen wir mit den Urtheilen einzelner Mitarbeiter nicht einverstanden sind. Wir beginnen mit der Reformationsgeschichte, und zwar mit dem Manne, der sich um die Kenntniß dieser Periode die weitaus größten Verdienste erworben hat: Johannes Janssen. Ueber den vierten Band, der die Periode vom Augsburger Religionsfrieden 1555 bis zur Verkündigung der Concordienformel 1580 umfaßt, wird folgendermaßen geurtheilt. „Mit umfassender aber durchaus tendenziös-einseitiger Benutzung des von katholischer und protestantischer Seite vorliegenden gedruckten Quellenmaterials, insbesondere der polemisch-theologischen Literatur entwirft Janssen ein mit sichtlichem Behagen gezeichnetes Bild der Streitigkeiten der verschiedenen protestantischen Richtungen untereinander: der strengen Lutheraner, der Melanchthonianer, Flaccianer, Wiedertäufer“. Worin liegt da das Tendenziöse? Was konnte Janssen anders thun, als diese Zwistigkeiten beschreiben und die Ursachen derselben namhaft machen? „Sehr geschickt, heißt es weiter, stellt er mit Vorliebe aus protestantischen Quellen die für seine Ansicht sprechenden, aus dem Zusammenhang losgelösten Stellen zusammen, verschweigt aber geflissentlich alles in denselben Quellen Enthaltene, was für die Protestanten sprechen könnte“.

Der gesunde Menschenverstand lehrt uns, daß Geständnissen eines Gegners besondere Beweiskraft innewohnt; darum sucht der Forscher mit großem Eifer nach Ausdrücken

und Stellen, in welchen eine der leitenden Persönlichkeiten sich die Wahrheit entschlüpfen läßt, frei von Vorurtheilen seine Meinung äußert. Die Erfahrung lehrt, daß die Wahrheit in manchen Fällen über das Vorurtheil siegt und den Parteimann zwingt, Zeugniß gegen sich selbst abzulegen. Wir sehen dieß in Luther und den übrigen Reformern, welche in dieser Weise den Katholiken die besten Waffen zur Bekämpfung der Reformation in die Hände gedrückt haben. Nicht Janssen und die Katholiken verdienen Vorwürfe der Protestanten, sondern Luther und die andern Reformer. Doch nein, der wahre Historiker wird einem Luther, Melanchthon, einem Papst Hadrian VI. und so vielen andern dankbar sein, weil sie entweder freiwillig oder unfreiwillig die Wahrheit sagten.

Wenn Protestanten die Zeugnisse von schlechten Katholiken oder Apostaten gegen die katholische Kirche ausbeuten, warum sollen Katholiken die Zeugnisse hochgestellter, gesinnungstreuer Protestanten, ja der Häupter der Reformation gegen den Protestantismus nicht anführen dürfen? Wenn sich in den protestantischen Werken, aus denen Janssen ungünstige Urtheile über die Reformation ausführt, auch andere Stellen finden, welche die Segnungen der Reformation hervorheben, so beweist dieß zunächst nur, daß die Protestanten nach Gründen suchten, weßwegen sie in ihrer dem Katholicismus feindlichen Stellung verharren sollten. Wenn selbst ein Nippold die Meisterschaft Janssens in Beherrschung des riesigen Stoffes anerkennt, dann sollte doch der Jahresbericht nicht verschweigen, daß Janssen uns die beste Culturgeschichte Deutschlands geschenkt, daß er als geschickter Baumeister die Bausteine, welche andere hervorgegraben, mit kunstreicher Hand zu einem großartigen Bau zusammengefügt hat. Janssen steht hierin über Ranke, dessen starke Seite Beschreibungen von Staatsaktionen, und weit über Baumgarten, W. Nitzsch und dem oberflächlichen Egelhaaf. — Herr Winter, der doch wohl gläubiger Protestant ist, nennt III p. 18 den bekehrten Juden Pfefferkorn einen Renegaten. Identificirt er sich etwa

mit den Juden? Das Werk Dittrichs über Contarini wird als werthvolle Bereicherung unserer Kunde bezeichnet, dagegen solle Eck's Ehrenrettung durch Wiedemann mißlungen sein. Einer der nach Bossert angeführten Gründe ist: „Eck bekam schon als Knabe von seinem Oheim lascive Schriften italienischer Humanisten zu lesen". Jeder Pädagoge weiß, daß Lesung solcher Schriften an und für sich nichts beweist. Im 16., 17. ja noch im 18. Jahrhundert nahm man an solchen Schriften weniger Anstoß als heutzutage. Jhg. 1884, III p. 6 heißt es: „Als entscheidend für die kirchliche Reformation auf katholischer Seite wurde und wird das Concil von Trient angesehen. Katholische Schriftsteller werden nicht müde zu behaupten, daß auf diesem Concile alle wirklich erforderlichen und segensreichen Reformen von der Kirche selbst vorgenommen worden seien. Dem gegenüber war es ein sehr dankenswerthes Unternehmen, daß die wichtigste und schneidendste gleichzeitige Kritik, die des Martin Chemnitz, durch eine Uebertragung und Bearbeitung in deutscher Sprache weiteren Kreisen zugänglich gemacht worden ist". Es steht Protestanten frei, die Behauptungen der Katholiken, die jedoch auch von vielen Protestanten getheilt werden, zu bestreiten, aber die Waffen, welche der ebenso polternde und unehrliche als unwissende Chemnitz gebrauchte, sollte man doch in der Rüstkammer, in der sie so lange verborgen waren, lassen. Die historische Methode eines Flaccius, eines Chemnitz ist hoffentlich veraltet, gerade so gut als die dogmatische Lehre, welche derselbe vorgetragen hat. Die Fortschritte des Katholicismus, das Zurückdrängen des protestantischen Princips werden wahrlich durch Chemnitz nicht erklärt. Die Bemerkungen über Herings „Liebesthätigkeit der deutschen Reformation" hätten füglich unterbleiben können; dieselbe über die katholische zu stellen, ist wahrlich lächerlich. Jedermann weiß aus Luthers Schriften, daß das christliche Haus, namentlich das Pfarrhaus, keine Freistatt der Liebe wurde; die Liebesthätigkeit konnte unter den Protestanten nicht erhöht werden, weil

nach Luther die guten Werke „eine freie Erwiederung der empfangenen Rechtfertigungsgnade“, während die Katholiken in den guten Werken ein Verdienst erblickten.

Mehr Anlaß zur Klage bietet das Referat von D. Zöckler über Papstthum und Kirche. Die Abfertigung, welche derselbe der Wicliff-Biographie des Jesuiten Stevenson angedeihen läßt, dürfte kaum anständig genannt werden. Eine Arbeit des Nestors der englischen Geschichtschreiber, wahrscheinlich des besten Kenners der englischen Geschichtsquellen, „einen giftigen Ausfall wider den größten Vorläufer der Reformation“ zu nennen, konnte Zöckler nur wagen, weil er in der englischen Geschichte ganz unbewandert ist. Stevenson zeigt den Wankelmuth und die Inconsequenz Wiclifs, die übrigens auch von Lane-Poole getadelt wird, und erblickt in der Thatsache, daß der Reformator trotz seiner grundstürzenden Irrlehren, z. B. seiner Verwerfung des Priesterthums, seine priesterlichen Funktionen ausübte, einen Beweis seiner Unehrlichkeit. Man kann über Einiges im Buche Stevensons anderer Meinung sein, aber Selbständigkeit der Forschung muß man jedenfalls anerkennen. Die Becket-Biographie von John Morris, in der die große Sammlung aller Schriften über Becket in der Roll Series zum ersten Mal ausgiebig benutzt worden ist, hätte jedenfalls eine Besprechung verlangt. Im Interesse der Wissenschaft ist es nur zu beklagen, daß deutsche Gelehrte sich nicht eingehender mit der englischen Geschichtsliteratur beschäftigen. So hat z. B. Hauck über Rules treffliche Biographie des hl. Anselm nur zu berichten: In der Biographie wird die Darstellung der politischen Thätigkeit Anselms mehr gerühmt, als die Untersuchung seines theologischen Systems, obgleich eine eingehende Besprechung am Platze gewesen wäre.

Man kann freilich von Gelehrten, die in Deutschland verweilen, nicht die genaue Kenntniß der englischen Geschichtsliteratur erwarten, die nur durch den Aufenthalt im Lande ermöglicht ist, noch viel weniger der Redaktion einen Vor-



wurf machen, wenn sie in der Wahl eines ihrer Mitarbeiter fehlgegriffen hat; auf der andern Seite wäre es nicht ein Freundschaftsdienst, sondern strafbare Nachsicht, wenn man Fehler eines Referates ungerügt ließe, welche nicht wiederholt werden können, ohne dem großen Unternehmen zu schaden. Von diesem Gesichtspunkte wollen wir unsere Bemerkungen über Dr. Mangolds Referat beurtheilt sehen. Schon die vielen Druckfehler berühren unangenehm: Poole statt Pole, Shaip statt Shairp, Gipin statt Gilpin, Colebrook statt Colebrooke, Kayl statt Kaye. Bisweilen findet sich in den Anmerkungen die richtige Schreibart. Noch schlimmer sind die Verwechslungen von Personen. So wird z. B. der Advokat Barry O'Brien mit dem Parlamentsmitglied William O'Brien verwechselt. Der schlimmste Verstoß ist jedenfalls die Stelle, an welcher Sir John Fortescue, der berühmte Staatsmann und Schriftsteller, welcher gegen Ausgang des 15. Jahrhunderts lebte, mit dem Herausgeber des Werkes, Mr. Plummer verwechselt wird. Der Titel, der in der Anmerkung citirt wird, konnte, wenn man Fortescue's Werke nicht vorher kannte, in die Irre führen, bei der Verwechslung der Gebrüder James und William Forbes hätten Herrn Mangold schon die von ihm abgedruckten Büchertitel belehren können.

Viele der Mitarbeiter des historischen Jahresberichtes machen es sich zur Pflicht, alle die Bücher, über die sie recensiren, selbst einzusehen und zu bemerken, wenn sie ein Buch aus eigener Einsicht nicht kennen. Solch eine Methode erweckt Vertrauen. Aber was soll man dazu sagen, wenn Recensionen zu Gunsten der eigenen Ansicht angeführt werden, die das Gegentheil sagen?

Dr. Mangold hat klug daran gethan, daß er sich oft auf die Recensionen der tüchtigsten Literaturblätter Englands, Academy und Athenaeum, bezieht, hätte aber viele Irrthümer, in die er gefallen ist, vermieden, wenn er die Recensionen ganz durchgelesen hätte. Die Bemerkungen über

das epochemachende Werk des großen Entzifferers von Chiffre-depeschen, Paul Friedmann, wird viel besser im Athenaeum und der Academy gewürdigt, als von Mangold, der offenbar das Werk selbst und die Recension Gairdners nur flüchtig gelesen hat; sonst würde er nicht behaupten, nach Friedmann verdiene Anna Boleyn keine Sympathie. Gairdner gibt eine Stelle aus Friedmann, welche das Gegentheil beweist. Friedmann hat, wie die englische Kritik fast einstimmig anerkannt hat, nicht nur Licht über die politischen Verhältnisse Englands verbreitet, sondern zum erstenmal den Schleier gelüftet, der bisher die Zügellosigkeit, fast unglaubliche Roheit und Gemeinheit Heinrichs VIII. verhüllt hatte. Friedmann bringt Thatsachen, daß Heinrich VIII. auch nach der Vermählung mit Anna Boleyn Maitressen hielt, daß er mit Jane Seymour cokettirte, war darum vollkommen gerechtfertigt, wenn er an die Gewissensskrupel Heinrichs nicht glaubt. Die Behauptungen Friedmanns, welche Widerspruch gefunden haben, sind folgende. Anna Boleyn sei die ältere Tochter gewesen, ihre Schwester Maria, die schon vorher die Maitresse des Königs war, die jüngere; Bischof Fisher sei nach seiner Gefangensetzung durch den König aus dem Kerker für einige Zeit entlassen worden; die Königin Katharina sei durch Anna Boleyn mit Vorwissen des Königs vergiftet worden; Heinrich sei ein Feigling gewesen ohne hohe Geistesgaben, der es jedoch verstanden habe, einen seiner Höflinge und Minister gegen den andern auszuspielen und zu stürzen, der dann nach Art der Schwächlinge an denen, die ihn einige Zeit beherrscht hatten, Rache genommen, indem er Unbilden auf Unbilden über seine armen Opfer häufte. Die erste und zweite Behauptung sind widerlegt worden, über die zwei letzten Punkte wird wahrscheinlich immer Meinungsverschiedenheit herrschen.

Die nationale Tendenz der Geschichte des irischen Volkes von O'Conor, heißt es III, 189 Jhrg. 1884, hat die englischen Kritiker ganz aus dem Häuschen gebracht, welche

das Buch geradezu als eine schwere Beleidigung der englischen Nation erklärten. Die Kritik in der „Academy“ nennt das Buch ein Meisterwerk. Nachdem die Werke O'Sullivans, Lecky's so günstig von dem englischen Volke aufgenommen worden, war es unwahrscheinlich, daß O'Conors Buch die englischen Kritiker so geärgert habe. Hätte der gelehrte Professor aus der Recension in der Academy wenigstens die Hauptgedanken im Auszug gegeben, ebenso eine kurze Analyse der überaus wichtigen Werke von Sir Gavan Duffy Jungirland, und Barry O'Briens Fünfzig Jahre von Zugeständnissen an Irland, dann hätte er auf Dankbarkeit rechnen können. Vielen Lesern ist mit Verweisungen auf Literaturblätter, die er nicht besitzt, wenig gedient. Gleich auf der nächsten Seite wird die Einleitung in das Studium der englischen Geschichte von Gardiner und Mullinger ein vortreffliches, seinem Zweck entsprechendes Buch genannt. Wie kann der Leser wissen, daß Gardiner in elf Kapiteln in großen Zügen die einzelnen Perioden schildert, p. 1—207, daß Mullinger im zweiten Theil die bibliographischen Notizen, d. h. Titel der Hauptwerke und ganz kurze Charakteristik derselben gibt, 207 — 404? Ein Vergleich mit dem weit praktischer eingerichteten Buche von Dahlmann-Waitz oder Wattenbach läge nahe. Seite 188 wird neben einer neuen Ausgabe Lingards eine andere reich illustrirte englische Geschichte angeführt, für deren Güte „der Name des Herausgebers, Gardiners, bürgt.“ Nun, diese Geschichte ist nichts weiter als ein Lesebuch für niedere Schulen, wie schon der Titel English History Reading Series zeigt.

Mit etwas mehr Sorgfalt wäre das Referat brauchbar geworden, so erweckt der Berichterstatter in dem Leser ein nur zu begründetes Mißtrauen. Wir wählen ein Beispiel aus demselben Bande III, 179. Hierher gehört das von J. Froude edirte wichtige Werk der Miß Hickson, welche „als glaubwürdige Augenzeugin die Geschichte der Verfolgung der irländischen Protestanten in den Jahren 1641/42 beschrieb.“

Die Miß Hickson ist bekanntlich eine Protestantin, die katholisch wurde, und später zum Protestantismus zurückkehrte. Die materiellen Wohlthaten (die geistigen waren leider an sie verschwendet) suchte sie zu lohnen durch gehässige Ausfälle gegen Priester, welche sie anklagt, Urheber des Blutbades vom Jahre 1641 gewesen zu sein, natürlich ohne einen Beweis hiefür zu erbringen. Gardiner nennt sie eine Novizin, die nicht wisse, wie man Urkunden edirt, und eine Parteigängerin. Nach Mangolds Darstellung sollte man glauben, Gardiner sei mit Miß Hickson einverstanden. Dieß ist keineswegs der Fall, denn er widerspricht ihr in den wichtigsten Punkten. Gleich Lecky macht er geltend, daß nie eine Nation in demselben Maße gereizt worden, wie die irische, daß der Aufstand selbst ein Akt der Verzweiflung gewesen, daß die protestantische Partei mit Niedermetzelung von Wehrlosen den Anfang gemacht; endlich setzt er die Zahl der Ermordeten auf 4000 herab, während Miß Hickson dieselben auf 27,000 berechnet. Der Protestant Gilbert ist bekanntlich der verläßlichste Kenner dieser Epoche der irischen Geschichte, wie Gardiner der englischen Geschichte. Brosch in seiner Cromwell-Biographie, einem nach dem Urtheil englischer Kritiker sehr oberflächlichen Buche, hat seine Quellen noch weniger verstanden als Mangold, denn er läßt Miß Hickson sagen, 27,000 Protestanten seien binnen zweier Monate der Wuth der Katholiken zum Opfer gefallen, während Miß Hickson doch bestimmt sagt, innerhalb dreier Jahre seien 27,000 umgekommen.

„Unter den darstellenden Werken ragt die Geschichte Cromwells von Picton hervor.“ Dieses Urtheil muß befremden, um so mehr, da Picton in der Vorrede sich entschuldigt, weil er neues Material nicht beigebracht habe. Der Standpunkt Pictons ist der apologetische, hinter dem Lobredner tritt der Geschichtschreiber ganz in den Hintergrund. Wir erwarten von dem Referenten eine kurze Charakteristik der Bücher, die er anführt; wir wollen erfahren,

welche Periode dieselben behandeln, ob sie neue Gesichtspunkte geben. An solchen Fragen geht jedoch Hr. Mangold mit vornehmer Gleichgültigkeit vorbei. So sagt er z B. p. 181: „Unter den darstellenden Werken von O. Hart, Moran und Murphy — das wichtige Quellenwerk Spicilegium Ossoriense bleibt unerwähnt —, welche sämmtlich Cromwells blutiges Regiment in Irland und die Leiden der Katholiken Irlands schildern, ragt des Jesuiten Murphy Buch durch gemäßigten Ton hervor.“ Dieß ist äußerst ungenau, denn Murphy schildert nur den Feldzug Cromwells in Irland, wie schon der Titel sagt, während Cardinal Moran in ziemlich loser Aneinanderreihung Notizen über die Katholikenverfolgungen während der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts gibt. Murphy hat über diese Periode viel Licht verbreitet, was der Verfasser hätte anerkennen sollen.

In dem Referat über Döbners Memoiren der Königin Maria, Gemahlin Wilhelms III., spricht er von dem Gemüth dieser „edeln und gottesfürchtigen Fürstin, welche in dem schweren Conflikte zwischen ihrem Vater und Gatten Partei nehmen mußte.“ Die Jakobiten nannten diese edle Königin Tullia, und hatten jedenfalls Recht, ihr diesen Namen beizulegen. Welches auch immer die Fehler Jakobs II. gewesen sein mögen, er war ein zärtlicher Vater. Weder die Anhänglichkeit an die protestantische Lehre, noch die Liebe für ihren Gatten, der Maitressen hielt und seine Gemahlin vernachlässigte, gaben ihr das Recht, die Pflichten der Pietät mit Füßen zu treten. Plumptre in seiner Biographie Ken's berichtet, wie sehr Bischof Ken betrübt war über das herzlose ausgelassene Benehmen Maria's, welche in dem königlichen Palast, aus dem ihr Vater kurz vorher vertrieben worden, die ausgelassenste Freude an den Tag legte und von Zimmer zu Zimmer eilte und sich auf die Betten warf. Sie entschuldigte sich später damit, ihr Gemahl hätte ihr anempfohlen, recht heiter zu sein, und da sie sich hätte Gewalt anthun müssen, sei sie ins andere Extrem verfallen.

Wen soll man mehr verabscheuen, den König, der solche Anforderungen an seine Frau stellt, oder die Königin, welche, um ihrem Gatten zu gefallen, sich dermaßen erniedrigt? Ihre Betheuerungen, sie zöge die niedrigste Stellung der königlichen Herrschaft vor, verdienen wenig Glauben. Der Ausdruck des Schmerzes bei der Entdeckung, daß der eigene Vater den Meuchelmord ihres Gatten gebilligt, zeigt wiederum nicht kindliches Gefühl, sondern Herzlosigkeit, denn wie Cham anstatt die Blöße des Vaters zu bedecken, seine Brüder zu Zeugen machen will, so stellt die eigene Tochter lange Reflexionen darüber an, wie Meuchelmord des Gatten von Seite ihres Vaters ein abscheuliches Verbrechen sei, wie sie kaum noch jemand ins Angesicht blicken könne, wie sie sich ihres Vaters schämen müßte. Jakob II. verließ England mit solcher überstürzter Eile, weil man ihn, nicht ohne Vorwissen Wilhelm III., glauben gemacht, sein Leben sei in Gefahr seitens Meuchelmörder. Er konnte sich mit Recht beklagen, daß sein Schwiegersohn und die eigene Tochter den Gesetzen der Ehrlichkeit und Menschlichkeit zuwider gehandelt. Eine Tochter, welche ihren Vater beschuldigt, ein Kind unterschoben zu haben, welche die eigene Schwester Anna gegen den Vater aufreizt, kann sicher auf Edelmuth keinen Anspruch machen. Wilhelm III. war ein herzloser kalter Politiker, dem jeder Weg, der zum Ziele führte, recht war; aber der weitaus größere Vorwurf trifft seine Gemahlin Maria.

Herr Mangold hat überhaupt nicht gleiches Maß und Gewicht für Freund und Feind, denn die edle und fromme Königin Maria nennt er gewöhnlich die „blutige Maria“. Schon die Kirchengeschichte Colliers, noch mehr das epochemachende Werk von Maitland „Essay's über die Reformation“, hätte ihn eines Bessern belehren können. Einer der tüchtigsten jüngeren Historiker J. S. Lee gibt zu, Maria sei sehr gewissenhaft und sehr besorgt um das Wohl ihrer Unterthanen gewesen und habe in den letzten Jahren gewiß nicht um die Grausamkeit ihrer Beamten gewußt. Es ist

auffallend, daß die Männer, welche unter Eduard VI. eifrige Protestanten gewesen und unter Elisabeth ein zweites Mal vom katholischen Glauben abfielen, die grausamsten Verfolger der Protestanten unter Maria waren. Maria handelte, das müssen auch ihre erbittertsten Feinde zugeben, aus Ueberzeugung, sie suchte die Glaubenseinheit herzustellen, weil sie in der Einheit und Verbindung mit Rom das einzige Heilmittel erblickte gegen die moralische Verderbtheit, welche unter ihrem Bruder so reißende Fortschritte gemacht hatte. Sie ließ sich nicht von rein politischen Gründen bestimmen, wie ihre Schwester Elisabeth. Die Protestanten hatten sich gegen Maria erhoben, sie predigten Aufruhr in Wort und Schrift, sie griffen die Priester an, verunehrten das Altarssakrament, zertrümmerten die Altäre, kurz, verweigerten der weltlichen Obrigkeit den Gehorsam. Hätte die Königin die Häretiker als Rebellen und Hochverräther verurtheilen lassen, anstatt die Gesetze gegen die Ketzer in Anwendung zu bringen, so hätten fast alle mit Ausnahme von Hooper und einiger anderer ihr Leben gleichfalls verwirkt. Die Verfolgungen unter Elisabeth waren wirkliche Verfolgungen um des Glaubens willen, denn die Katholiken machten keine Revolution bei ihrem Regierungsantritt. Bei ihr fallen alle mildernden Umstände, welche religiöse Verfolgung entschuldigen können, weg: Ueberzeugung von der Wahrheit ihres Glaubens, Feindseligkeit der religiösen Partei, Unbotmäßigkeit.

Wir können hier nicht auf die noch immer viel ventilirte Frage über die Schuld oder Unschuld der unglücklichen Maria Stuart eingehen; aber so viel ist sicher, die Aechtheit der Kassettenbriefe ist mit nichten erwiesen. Auch Harry Breßlau hat über die bis jetzt noch dunklen Punkte kein neues Licht verbreitet. Wir wissen noch nichteinmal, welche Copien der Kassettenbriefe den englischen Commissären vorgelegt worden, noch weniger läßt sich der Beweis führen, daß die Briefe ächt seien. Gerade der zweite Brief ist nach dem Urtheil englischer Kritiker ein Mosaik von verschiedenen

Stellen aus ächten oder unächten Briefen Maria's. Selbst wenn wir für jedes Stück die Aechtheit urkundlich nachweisen könnten, wäre noch nichts gewonnen, denn im Zusammenhang würden manche Stellen, die gegen Maria zeugen, ganz unverfänglich sein. Die Art, in welcher deutsche Kritiker über Hosack und Skelton urtheilen, ist doch sehr anmaßend. Beide sind nicht bloß tüchtige Rechtsgelehrte (Hosack ist leider gestorben), sondern auch gründliche Forscher; ihre Autorität fällt deßhalb weit schwerer ins Gewicht als die eines deutschen Gelehrten, der vielleicht während eines kurzen Aufenthalts in Schottland in den Urkunden geblättert hat. Die schottischen Ankläger Maria Stuarts zählen zu den verlogensten Männern, die je gelebt.

Wir schließen unsere Besprechung des Mangold'schen Referates mit seiner Kritik von Dixon's Kirchengeschichte. Hier hat Dr. Mangold sich selbst übertroffen. „Unter den zahlreichen Beiträgen zur englischen Kirchengeschichte, heißt es III, 191 Jahrg. 1885, erregte das Werk Dixons das meiste Aufsehen. Verfasser desselben, ein englischer Canonikus, beurtheilt die englische Reformation vom Standpunkt eines Zeitgenossen Eduard VI., während er für Bonner und Gardiner als Männer seines Herzens schwärmt, findet er für Heinrich VIII., Eduard VI. und Wolsey nur Worte des Tadels. Die anglikanische Kritik hat das immerhin interessante Buch als eine Persiflage der englischen Reformation beurtheilt."

Pocock, der Herausgeber der Kirchengeschichte Burnets, steht nicht an, Dixon's Werk die beste Darstellung der Geschichte der Reformation vom anglikanischen Standpunkte aus zu nennen. Creighton rühmt Dixon nach, daß er es verstanden habe, die Resultate seiner tiefen und geduldigen Forschung in glänzender Darstellung zu geben. Die Partie, welche über die Aufhebung der Klöster handelt, wird von demselben berufenen Kritiker als epochemachend bezeichnet. Perry in der English Historical Review greift Dixon an,

weil er die Reformer herabgesetzt und die Mönche in Schutz genommen; in keiner der mir zugänglichen Kritiken jedoch wird Dixon's Werk eine Persiflage genannt. Bittere Ironie, beißender Witz, wie ihn der tiefe Unwille über die feilen Creaturen Heinrichs VIII. eingibt, findet sich wohl in Dixon's Werk, aber keine Persiflage. Da Dixon Wolsey sehr lobt, so müssen wir annehmen, daß Herr Mangold Wolsey mit Cromwell, und Eduard VI. mit seinen Ministern, den Herzögen von Somerset und Northumberland verwechselt habe. Wie konnte auch Dixon das „Königskind“, den unreifen Knaben, verantwortlich machen für die Mißbräuche, für die Fehler seiner Minister. Uebrigens verurtheilen Friedmann, James Gairdner, der oft mit S. R. Gardiner verwechselt wird, und andere Historiker Cromwell, Heinrich VIII. eben so sehr als Dixon, da letzterer in den gehaltreichen Vorreden zu den Calendar of Letters and Papers und seinen gediegenen Artikeln in Stephens Dictionary of national biography Dixon beistimmt. Dieses große Unternehmen, welches rüstig voranschreitet, ist den deutschen Biographien mehr als ebenbürtig.

Es wäre sehr zu wünschen, daß die deutschen Gelehrten sich auch nur eine annähernd ähnliche Kenntniß der englischen Leistungen auf dem Gebiete der Geschichte erwürben, welche wir bei den tüchtigern englischen Historikern finden. Dieselben glauben, der deutsche Forscher kenne gründlich alles, was über irgend eine Periode geschrieben, bevor er ein neues Werk schreibe. Wir schulden es deßhalb unserm guten Namen, die Achtung, welche große Historiker uns erworben, nicht durch Flüchtigkeit oder Unkenntniß zu verscherzen, nicht, wie es bisweilen geschieht, von vornherein die Leistungen fremder Nationen zu ignoriren.

Ein Unternehmen wie der historische Jahresbericht ist am besten geeignet, die Nationen enger unter sich zu verknüpfen, die politischen und religiösen Parteien einander näher zu bringen, einen neutralen Grund zu schaffen, die vereinte

wissenschaftliche Forschung, auf dem sie friedlich zusammentreffen können. Anerkennung der Leistungen des Auslandes, Mäßigung und Objektivität wird deutschen Gelehrten die Achtung, die sie bisher im Auslande genossen, erhalten und vermehren. Möge es dem verdienten Herausgeber doch gelingen, die übrigen Jahrgänge bald zu liefern, und in dem neuen Bande dem idealen Ziel, das ihm stetig vorgeschwebt hat, noch näher zu kommen. A. Z.

IV.

Zur ältesten Kirchengeschichte Deutschlands.

Es darf nicht vergessen werden, daß zwei Jesuiten zuerst die Idee einer Kirchengeschichte Deutschlands angeregt, den Plan zu einer solchen entworfen und auch die ersten Ausführungen gebracht haben. In der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts, als die Benediktiner-Congregation von St. Martha die „Gallia christiana“, Ughelli seine „Italia sacra“ herausgab, faßte der österreichische Jesuit Marcus Hansiz den Gedanken zur Abfassung einer „Germania sacra“, von welcher die beiden ersten Bände in den Jahren 1727 und 1729 zu Wien erschienen. Dieselben behandeln die Geschichte der Kirchen von Lorch, Passau und Salzburg und sind von bleibendem Werth. Dreißig Jahre später gab ein anderer österreichischer Jesuit, Sigmund Kalles (Calles) seine „Annales eccl. Germ.“ in sechs Foliobänden (Wien 1756—69) heraus, welche trotz ihrer annalistischen Form als der erste und sehr schätzenswerthe Versuch, Deutschlands Kirchengeschichte als Ganzes und in ihrem Zusammenhange zu erfassen, bezeichnet werden kann.

In unserm Jahrhundert folgte dann ein Protestant, der Marburger Professor Fr. W. Rettberg mit seiner „Kirchengeschichte Deutschlands" in zwei Bänden (Göttingen 1846—48), welche ihrer fleißigen und scharfen Forschung willen damals und später sehr geschätzt, von gewisser Seite aber eben wegen des einseitigen Standpunktes und der überscharfen Kritik sehr überschätzt wurde. Rettberg ist auf dem Gebiete der ältesten Kirchengeschichte Deutschlands das, was die Baur-Tübinger Schule auf demjenigen des Urchristenthums: der Vertreter der angeblich unbefangenen und vorurtheilslosen modernen Kritik, welche aber mehr zerstörend als aufbauend wirkt und bei ihrem thatsächlich protestirenden und protestantischen Standpunkt all' die Gegensätze der Gegenwart in der Lehre und im Leben schon in jene Urzeit hineinträgt.

Es erschien darum doppelt verdienstlich, als ein Katholik, der Münchener Professor Friedrich (der spätere „Altkatholik") zwanzig Jahre später unter Benutzung der inzwischen neu erschlossenen Quellen die ersten Abtheilungen seiner „Kirchengeschichte Deutschlands" (Bamberg, 1867 I. Band I. Theil; 1869 II. Theil 1. Hälfte) zur Veröffentlichung brachte. Das war doch ein auf fleißiger, gesunder Forschung beruhendes, vom katholischen Standpunkt geschriebenes Werk, dem freilich auch an einzelnen Stellen die moderne Kritik unliebsame Spuren aufgedrückt.

Nunmehr ist wiederum ein Protestant, der Erlanger Professor Dr. Albert Hauck mit einer „Kirchengeschichte Deutschlands" [1]) auf den Plan getreten, und es entsteht angesichts des Gesagten allsogleich die Frage, in welchem Verhältniß steht dieser Autor zu den vorhin Genannten? Mit der Antwort darauf ist zugleich auch im Ganzen seine Schrift charakterisirt.

Hauck ist, soweit ersichtlich, überall auf die Quellen zurückgegangen, hat aber augenscheinlich und mit Recht den Sammel- und Forscherfleiß seiner Vorgänger für seine Zwecke ausgenützt und über sie hinaus durch meist klug abwägende Kritik und vernünftige Combination, sowie durch Benutzung der neuen,

1) Erster Theil. Leipzig. J. C. Hinrich'sche Buchhandlung 1887.

gerade in den letzten Jahrzehnten zahlreich an's Tageslicht geschaffenen Quellen-Editionen (Breysig, Böhmer-Mühlbacher, Jaffé-Wattenbach, Will), Monographien (Alberdingk-Thijm, Buß-Scherer, Dünzelmann, Müller, Oelsner, Pfahler) und sonst einschlägiger Werke (Baxmann, Fehr, Hefele, Körber, Meurer, Mommsen u. A.) manches Irrthümliche berichtigt, bisher dunkle Punkte in das rechte Licht gestellt und dankenswerthe neue Gesichtspunkte dargeboten. Nach dieser Seite und eben aus diesem Grunde überragt er alle seine Vorgänger, insbesondere den alten Hansiz, dessen Fleiß aber und Scharfsinn und dessen Verdienste zumal er freilich nicht in den Schatten stellt, dann auch Kalles, dessen streng annalistische Methode von vornherein manche Fehler mit sich bringen und die Geschichte in ihrem eigentlichen Zusammenhange zu erfassen zu sehr behindern mußte. Indeß haben beide, abgesehen davon, daß sie dem Späteren die Wege bahnten, vor diesem den großen Vorzug, daß sie als Katholiken den Geist der vergangenen Zeit ohne Vorurtheil und richtig erfaßten und die dem Geschichtschreiber so nothwendige vernünftige Pietät gegen das Alte wahrten, während er, der moderne Protestant und Kritiker, vor manchen großartigen dem Katholiken leicht zu erfassenden Personen und Erscheinungen jener Zeit dasteht, wie ehedem der Wanderer vor der räthselaufgebenden Sphinx, ohne so glücklich wie Oedipus zu sein. Darin theilt er seines Collegen Rettberg Geschick, nur daß der Erlanger Theologe bei weitem weniger radikal, vielmehr in Vergleich zu diesem als Kritiker der conservativen Richtung erscheint, einer bissigen Polemik gegen das Katholische fast ausnahmslos (vergl. indeß S. 260 Note 2, S. 287, 517) sich begibt und darum auch zu viel positiveren, mehr befriedigenden Resultaten durchdringt. Das würde in noch erheblicherem Maße der Fall gewesen sein, wenn er wie Friedrich ohne confessionelle Vorurtheile mit ein wenig mehr Pietät gegen alte, in ihrem Kern gewiß historische, nur durch legendäre Arabesken umhüllte Traditionen, deren wir nachfolgend einige anführen werden, vorgegangen wäre und sie dann mit allen Mitteln einer vernünftigen Kritik auf ihre geschichtliche Wahrheit hin geprüft hätte. In dieser Beziehung steht er seinem unmittelbaren Vorgänger unseres

Erachtens entschieden nach, und aus demselben Grunde sind auch gewisse Schilderungen von Personen und Zuständen bei Friedrich viel klarer, durchsichtiger und bestimmter als bei Hauck, der beispielsweise in der Darstellung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat im Merowingerreiche, in der Charakteristik des hl. Martin von Tours oder des damaligen Mönchthums bei all seiner Technik und geschickten Farbenmischung gleichwohl nicht im Stande gewesen, ein klares anschauliches Gemälde von einheitlicher und befriedigender Wirkung zu schaffen. Es wird nicht schwer halten, diese allgemeine Charakteristik des Buches an der Hand der Inhaltsangabe durch Einzelbelege zu stützen.

Wie schon Rettberg hatte auch Friedrich über Plan und die Anlage seines Werkes dahin sich ausgedrückt, daß er die kirchliche Geschichte „nicht etwa bloß jedes deutschen Volksstammes und jeder kirchlichen Provinz, sondern geradezu jeder Stadt, jeder geistlichen Stiftung wenigstens in kurzen Zügen vorzuführen beabsichtige". Nach dieser Seite erinnert seine Kirchengeschichte an Hansiz „Germania sacra", während sie mit den Jahrbüchern von Kalles den Reichthum an Daten, freilich verbürgteren, theilt. Hauck hat sein Werk ohne Vorrede ausgehen lassen und über Plan und Anlage des Näheren im voraus nicht sich ausgesprochen. Aus dem Buche selber aber ist zu ersehen, daß er nicht so wie Friedrich in's Detail geht, nicht nach territorialen und lokalen Gesichtspunkten seine Eintheilung bemißt, sondern unter große allgemeine Gesichtspunkte seinen Stoff vertheilt. Dort ist, richtig verstanden, die Materie, hier mehr die Idee vorherrschend. Friedrich bietet ein reiches stoffmäßig geordnetes Repertorium kirchengeschichtlicher Daten, Hauck liefert in's Große gehende geschichtsphilosophische Bilder. Beides hat seine Vorzüge. Jedoch wird der Leser des Hauck'schen Werkes Mancherlei vermissen, was er bei Friedrich vorfindet, überdieß nicht selten zur Orientirung zu einem Handbuch der Profangeschichte greifen müssen. Hauck theilt seinen Stoff in drei Bücher: das erste führt uns in die Geschichte „des Christenthums in den Rheinlanden während der Römerzeit", das zweite handelt über die „Fränkische Landeskirche", das dritte bespricht „die Thätigkeit der angelsächsischen Missionäre in Deutschland und das Verhältniß zu Rom" bis

zum Tode des hl. Bonifatius. Jedes Buch hat eine Anzahl Kapitel, welche als ebenso viele Gruppenbilder sich zu einem großen Gemälde einheitlich zusammenfügen. Da nach Hauck die deutsche Kirchengeschichte erst mit dem Uebertritt der Franken zum Christenthum beginnt, indem die christlichen Städte und Gemeinden im Rheinlande fast rein römischen Charakters gewesen seien, so gibt er den Inhalt des ersten Buches nur in gedrängter Kürze, als Einleitung zum Ganzen. Darin mag denn auch der Grund liegen, warum der Verfasser gewisse uns sehr interessirende Fragen in sonst unverzeihlicher Kürze behandelt und abthut. So kann es uns nicht genügen, wenn er (S. 6) die viel umstrittene alte Ueberlieferung von Creszenz, Eucharius, Valerius und Maternus als Apostelschülern und Stiftern der ältesten rheinischen Bisthümer so kurzer Hand als unhistorisch abweist und auf die „immer noch mustergiltige Kritik Rettbergs" hinweist, während uns Friedrichs Gegenkritik (K.-G. Deutschlands I. 86 ff.) in ihren Hauptresultaten durchaus den Vorzug vor jener zu verdienen scheint. Ganz dasselbe müssen wir behaupten bezüglich der Hauck'schen Abweisung der „unmöglichen Legende von der thebaischen Legion" (S. 9) sowie der Tradition von der hl. Ursula und ihrer Genossinen als „visionären Gestalten" (S. 24 Note 1). Er beruft sich wiederum vornehmlich auf Rettberg unter Verwerfung der Friedrich'schen Resultate. Aber gerade des letzteren Untersuchung über das Martyrium der thebaischen Legion erscheint uns in ihren Hauptzügen sehr glücklich und der Nachweis des historischen Charakters dieser Begebenheit wird schwerlich zu erschüttern sein. Bezüglich seiner Untersuchung der Ursula-Legende dürfte das freilich weniger gesagt werden können, wenngleich er darin Recht hat, daß auch sie entschieden auf geschichtlicher Grundlage ruht.

Gerade hier und in verwandten Punkten macht sich Haucks Standpunkt und Kritik unliebsam geltend. So sind ihm jene heroischen Gestalten der Tradition lediglich „ein Erzeugniß der gesteigerten Martyrer- und Reliquienverehrung" (S. 25). Und die wenig zweideutigen Bemerkungen über den Wunderglauben und die Wunderthaten in der fränkischen Zeit, sowie die leise an Spott anklingenden Aeußerungen über die „Zuversicht auf Gebetserhörungen" und die „gewohnte Waffe des Gebets" bei

Männern, die wir als Heilige verehren (S. 184, 189, 297 u. a.), lassen nicht zweifeln, daß auch er an der Wunderscheu, dieser Krankheit der Modernen, noch zu leiden hat.

Im ersten Kapitel des zweiten Buches berichtet der Verfasser über die Bekehrung der Alemannen, Burgunder und Franken. Die Darstellung aber, welche der Verfasser von Chlodwigs Bekehrung gibt (S. 107 ff.), kann unseres Erachtens nicht befriedigen. Warum dann sollen wir hier von dem Berichte Gregor's von Tours absehen? Weil darin, wie er meint, „zwei einander ausschließende Ueberlieferungen“, einerseits der Bericht von der Einwirkung der Königin Chlotilde, anderseits die Nachricht von der Einwirkung in der Normannenschlacht mit einander verbunden sind? Aber das Eine schließt das Andere ja keineswegs aus; im Gegentheil beides fügt sich sehr wohl und ungezwungen zu einem Ganzen und ist psychologisch durchaus vereinbar und glaublich: die fromme Gemahlin hatte dem heidnischen Gemahl, um ihn für das Christenthum zu gewinnen, viel und oft von der Macht und Güte des Christengottes erzählt, aber bisher vergeblich. Da aber inmitten der Schlacht, von feindlicher Uebermacht mehr und mehr bedrängt, in der Noth des Augenblicks erinnert sich der König dieses mächtigen Gottes, inbrünstig fleht er zu ihm um Hilfe und macht das Gelöbniß, im Falle des Sieges die Taufe zu empfangen. Der Sieg erfolgt und damit auch Chlodwigs Bekehrung. Daß diese keine den inneren Menschen durchdringende und unwandelbare war, sei zugegeben. Sehr gut urtheilt ein anderer Prostetant, Professor Arnold, der an Verständniß der religiösen und kirchlichen Verhältnisse dieser Zeit den Theologen Hauck bei weitem überragt, hierüber in seiner „Deutschen Geschichte“ (II. 111) also: „Chlodwig sah das Licht des Christenthums von ferne brennen, aber er empfand nur seinen Glanz, nicht seine Wärme, und das letzte Geheimniß desselben, die stille Herrlichkeit des Kreuzes, ist ihm gewiß ganz unverständlich geblieben“.

Das zweite Kapitel schildert „Kirche und Staat“ im Merowingerreiche, aber es ist ein wirres, unklares Bild mit ineinander gelaufenen Farben. Das eine Mal stellt er das Abhängigkeitsverhältniß der Kirche und ihrer Bischöfe vom Staate



fast als ein vollendetes dar, ein ander Mal möchte man aus seiner Darstellung die gegentheilige Ansicht gewinnen. Bald schildert er uns die Bischöfe, selbst den hl. Remigius als im unbeschränktesten Dienstverhältnisse zum Könige stehend (S. 139, 140), bald aber erzählt er selbst von allgemeinem Widerspruch der Bischöfe wider königliche Eingriffe (S. 146, 148, 151). Eine gleiche Unklarheit herrscht in der Darstellung des ersten Kapitels im dritten Buche bezüglich desselben Verhältnisses. Zu Anfang (S. 381) heißt es: „Nicht als Glied einer Universalkirche, sondern als Landeskirche constituirte sich die fränkische Kirche"; und wiederum zum Schluß (392) spricht er von der „fränkischen Reichskirche", die er (S. 391) „in gewissem Maße für eine ‚romfreie'" hält. Dazwischen berichtet er selbst von Beziehungen zu Rom, von Einsprüchen und Forderungen der Päpste, von ihrem „moralischen Ansehen", von ihrem „Wächter"= und „Hüter"=Amte u. dgl. (S. 381, 382, 384, 386, 387, 388 u. a.), so daß wir unserseits des Hinweises auf die Correspondenz Gregors des Großen und andere Quellen mit ihren vielen Belegen für die Verbindung des fränkischen Reiches mit Rom uns begeben können. Daß das kirchliche Recht, das doch auch ein Produkt des geschichtlichen Werdens ist, und bezüglich der Gerechtsame des Papstes damals noch nicht in die Einzelnbestimmungen der späteren Zeit sich ausgewachsen hatte, daß einzelne oder viele Rechtsverletzungen seitens mächtiger, halbbarbarischer Herrscher das Recht selber nicht durchbrechen, wird doch auch Hauck zugeben. Aber warum denn dieses Zögern und Zaudern, die Thatsache des römischen Primates auch über das Frankenreich anzuerkennen? Warum vielmehr das je nach Befund der gerade vorliegenden Dinge bald mehr bald minder starke Bestreben, an der Fiktion festzuhalten, daß „in gewissem Maße das fränkische Reich ‚romfrei'" gewesen? Die Antwort liegt nahe. Es ist ja eben die Eigenthümlichkeit der modernen protestantischen Kritik, die religiösen und kirchlichpolitischen Ideen der Gegenwart in die Vergangenheit zu übertragen, also hier die territorialen, landeskirchlichen Gebilde, wie sie die Reformation im bewußten Gegensatz zu Rom geschaffen, wenigstens in ihren Keimen schon in grauer Vorzeit zu vermuthen und aufzudecken.

Das dritte Kapitel entwirft ein düsteres Bild von den sittlichen und religiösen Zuständen des Frankenreiches. Ein erfreuliches konnte es nicht sein, wo der Hintergrund ein Tummelplatz wildester Leidenschaften und (nach Chlodwigs Tod) grimmer Bruderkriege war. Aber wir müssen doch beanstanden, was der Verfasser hier über die dogmatischen Anschauungen eines Gregor von Tours (S. 194) und Venantius Fortunatus (S. 197) sagt, noch mehr aber die Charakteristik abweisen, welche das folgende Kapitel über „das Mönchthum" bietet.

Hier zumal vermochte der Verfasser seinen protestantischen Standpunkt nicht zu verleugnen, darum aber auch das Wesen und den Geist des „Asketenthums", das er schon im ersten Buche (S. 50 f.) schildert, als etwas ihm gänzlich Fremdes nicht zu erfassen. So ward sein Bild ein Zerrbild, seine Darstellung selbst im Ausdrucke matt und platt. Man höre nur! Gregor von Tours erzählt, ein alter Einsiedler habe einem Jägersmann gerathen, der Welt zu entsagen und in die Dienste dessen zu treten, der da gesagt: „Kommet alle zu mir" u. s. w. Wir finden darin nichts Auffallendes; Hauck aber declamirt ganz wie die modernen Gegner des Ordenslebens also: „Es ist der alte, unversöhnliche Gegensatz des Asketenthums gegen das ganze diesseitige Leben, das sich hier ausspricht. Wenn das Christenthum nicht mit asketischem Leben verbunden war, so verdiente es nach der Ueberzeugung des Asketen seinen Namen kaum: denn nur die Askese ist Dienst Gottes. . . Die Askese führt zur Vollendung: sie überwindet den ‚Feind' und erwirbt die ewige Freude. . . Sie verkündigten, daß man die weltlichen Sorgen lasse, die Finsterniß der Begierden fliehe und dem wahren Gott folge, durch den alles geschaffen ist." Alles ganz richtig, ganz katholisch, jetzt wie damals und zu unseres Erlösers Zeiten, der ja selber die Befolgung der „evangelischen Räthe" durch Wort und Beispiel angerathen (Matth. 19, 16 ff. Marc. 10, 17 ff. Luc. 18, 18. 30) und dem reichen Jüngling die Entsagung seiner Reichthümer und des eigenen Willens als die „Vollendung" angepriesen hat. Freilich, wer mit den Reformatoren die evangelischen Räthe theoretisch und praktisch verwirft, weil darin nur die so leidenschaftlich angegriffene „Werkheiligkeit", oder, nach Kantischer Philosophie,

etwas Unmögliches gesehen wird, der vermag auch das katholische „Asketen- und Mönchthum“ nimmer zu begreifen und deren Erscheinungen in der Geschichte nicht entfernt zu würdigen.

Darum auch läßt der Verfasser (S. 53) zu der falschen und ungerechten Aeußerung sich hinreißen: „Konnte es anders sein, als daß die Männer, welche das ganze Leben von diesem Punkte aus beurtheilten, unfähig wurden, die rechte sittliche Stellung im Leben zu finden?“ Ja es ist, als hörten wir einen Gegner der Klöster und des Ordenswesens aus der Aufklärungsperiode oder des Culturkampfes, wenn wir den sonst maßvollen Verfasser also reden hören: „Vor allem war den gebildeten Heiden die Frömmigkeit der Mönche fremdartig und unverständlich.“ Man muß festhalten, „daß den Uebergang der Gebildeten zur christlichen Religion nichts so sehr hinderte als das Mönchthum. Man sieht aus Namatian: ‚die lichtscheuen Männer, die sich mit griechischem Beiwort Mönche nennen‘, waren ihm ein Räthsel, und sie stießen ihn ab. . . Nicht nur bei Heiden begegnet dieses völlige Nichtverstehen, dieses entschiedene Ablehnen des mönchischen Ideals, sondern auch bei Christen. . . Die Gebildeten dachten zum Theil kaum anders als Namatian: Ambrosius von Mailand zeichnet nicht ohne einen Zug von Humor das Entsetzen, das die vornehme Verwandtschaft befiel, als Paulinus von Nola — der ‚Millionär‘ — Mönch ward.“ (S. 54 f.) Die Wunder- und Großthaten Gottes im Leben großer Heiligen, namentlich Martin's von Tours, des größten und gepriesensten der damaligen Asketen, „nahmen die Weltleute mit ziemlich geringschätziger Skepsis auf; sie waren sehr geneigt, sie einfach für Lügen zu erklären; von diesen konnte man beinahe verächtliche Urtheile über den heiligen Mann hören, und was schlimmer war, in den Augen mancher Gebildeten war zwischen ihm und dem, was man eine komische Figur nennt, kein großer Unterschied“ (56). Die Mönche „waren auf dem Wege, eine kleine engherzige Sekte zu werden, ohne Sinn für den Weltberuf der Kirche. Gerade dadurch wurden die Gebildeten ihnen und ihrem Glauben abgeneigt: er erschien ihnen wie eine Versündigung an der Cultur.“

Und doch muß H. später (S. 222) zu seiner Verwunderung constatiren: „Wenn auch das Leben vieler Bischöfe sehr wenig

asketisch war, principiell wurde die asketische Lebensanschauung von keinem verworfen; wenigstens in der Theorie erkannte jedermann ihr Recht an.“ Das Mönchthum nahm einen „raschen Aufschwung“ im fränkischen Reich; „Förderung durch Fürsten und Bischöfe, durch Geistliche und Laien wirkte dabei zusammen“ (229); namentlich zeigte in hohem Maße „das Volk Empfänglichkeit für die mönchischen Anschauungen.“ (S. 227, 69). Natürlich, weil sie urkatholisch waren. Ebenso katholisch ist der Gedanke von der Nothwendigkeit einer fortdauernd bußfertigen Gesinnung; es wirkt darum nicht anders als komisch, wenn der Erlanger Theologe diesen für uns selbstverständlichen Gedanken mit den hochtönenden Worten einführt: „Beinahe ein Jahrtausend vor Luther hat Eligius die berühmte erste These Luthers ausgesprochen: Das ganze Christenleben muß allezeit bestehen in Buße und Zerknirschung“ (S. 289).

Wir haben mit Absicht die obige Besprechung weiter ausgedehnt, um zu zeigen, wie schwer, ja fast unmöglich für nichtkatholische Historiker die Aufgabe ist, trotz gewollter Objektivität die katholische Vergangenheit gerade in ihrem innersten Sein richtig aufzufassen und geschichtlich treu darzustellen. Das fällt um so mehr auf, je größer sonst ihre Kunst ist, alles concret in die Erscheinung Tretende und das allgemein Menschliche: Personen, Institutionen und Zustände lebenswahr zu gestalten und anschaulich zu schildern. Das ist auch von Hauck zu rühmen. Seine Schilderung der Greisenhaftigkeit der Literatur Galliens im 4. und 5. Jahrh. (S. 19 ff.), die Erläuterung der St. Benedikts-Regel (S. 283 f.), die Charakteristik der hl. Columban (S. 252), Severin (S. 331) und Bonifatius (S. 529 ff.) sind prächtige Belege seiner historischen Darstellungskunst.

Anläßlich der Erwähnung Columbans sei noch hervorgehoben, daß der Verfasser gegen Ebrard und dessen Imaginationen über die „Iro-schottische Nationalkirche“ in schärfster Weise sich erklärt. Er findet dessen Auffassung der Verhältnisse von den seinigen „durchaus verschieden“, einen Streit mit ihm „zwecklos“ und jegliche Polemik überflüssig, da die „Methode der Benützung der Quellen eine grundsätzlich verschiedene“ und so „die Möglichkeit der Verständigung ausgeschlossen“ sei (S. 240,

184, 260 Note). Ebrards unkritische und phantastische Methode ist übrigens von Friedrich eingehend nachgewiesen worden (Vgl. K.-G. D. II. 135 ff.).

Nachdem in den beiden Schlußkapiteln des zweiten Buches über die Fortschritte der Bekehrung Deutschlands, namentlich in Friesland, Alamannien, Rätien, Noricum, Bayern und Thüringen, sowie über den Kampf der Kirche mit den Großen im niedergehenden Merowingerreiche berichtet worden, schildern die sechs Kapitel des dritten Buches die großartige Missionsthätigkeit der angelsächsischen Missionäre in Deutschland, namentlich seines Apostels, des hl. Bonifatius. Es scheint uns die bestgelungene Partie des Buches zu sein, wenngleich auch hier der oben charakterisirte Standpunkt des Verfassers in Einzelfragen wiederum unliebsam sich geltend macht. Um ein Beispiel herauszugreifen, wenden wir uns zu der Beurtheilung der Persönlichkeit jenes berüchtigten Ketzers Aldebert (Adalbert), den Bonifatius in einem Briefe vom August 743 als falschen Propheten und gefährlichen Demagogen und der Papst Zacharias als den neuen Simon bezeichnet, der das Volk verführe und gegen die Kirche hetze. Während dieses Urtheil katholischerseits allgemein getheilt wird, lautet dasjenige der protestantischen Schriftsteller bezeichnender Weise fast durchgehends milder oder gar anerkennend. Nur Hahn (Jahrbücher des fränkischen Reichs S. 68) nennt ihn einen betrogenen oder in Selbsttäuschung lebenden Betrüger, sowie Fischer in seiner Bonifatius-Biographie (S. 150) einen unklaren Schwärmer und eitlen Wicht. Dagegen ist er nach Rettberg (K.-G. D. I. S. 316 f.) ein talentvoller Mann von spiritueller Ueberspanntheit, nach Oelsner (Jahrbücher des fränkischen Reichs S. 104) ein hervorragender Gegner Roms und der römischen Kirchenverfassung, nach Ebrard (Iro-scottische Missionskirche S. 431) ein eifriger „Culdeer", und nach Werner (Bonifatius S. 283 ff.) der Führer der national-fränkischen Partei und Vertreter des evangelischen Glaubens. Hauck nimmt eine Mittelstellung ein: „er hatte das Zeug zu einem frommen Volksprediger und zu einem frechen Betrüger und war doch keines von beiden" (S. 508). Willibalds, des Zeitgenossen, Vorwurf der Geldgier will er nicht gelten lassen: „Dergleichen

Beschuldigungen gegen Ketzer sind zu gewöhnlich, als daß irgend welches Gewicht auf sie gelegt werden könnte". Sonderbare Zurückweisung! Sodann der Schluß: „Man kann deßhalb Aldebert nur als ein Beispiel für jene Krankheitserscheinungen des religiösen Lebens betrachten, die man unter dem Namen der Schwärmer zusammenfaßt" (S. 508, 510). In dem zweiten ketzerischen Gegner, dem Bischof Clemens, sieht er mit Hahn (Jahrbücher S. 71) „einen mehr wissenschaftlichen, theoretischen Opponenten gegen das Römische" (S. 512), der gegen die „allgemein herrschende Ueberzeugung von der Nothwendigkeit des Priestercölibats principiellen Widerspruch erhob: er selbst lebte offen in der Ehe und er behauptete, das hindere ihn nicht, ein christlicher Bischof zu sein". Hauck hat nur vergessen anzuführen, daß dieser „christliche Bischof" zugleich mit mehreren Frauen im Concubinat lebte.

Alberdingk-Thijm hat in seiner Schrift „Karl der Große" die Thatsache nachgewiesen, das die genannten beiden Ketzer von Karlmann eifrig unterstützt worden seien und daß damit dessen Eintritt in's Kloster eng zusammenhinge. Hauck scheint diesen Nachweis nicht zu kennen, er leugnet wenigstens die Thatsache bezüglich des Aldebert (S. 512); andernfalls würden ihm Karlmann's Beweggründe hierzu nicht so sehr ein „Räthsel" (S. 529) gewesen sein.

Sehr bemerkenswerth ist des Verfassers Stellung zu der Persönlichkeit und dem Wirken des hl. Bonifatius, von dem insbesondere der Ausspruch gelten kann, daß seit der Reformation sein Charakterbild, von der Parteien Haß verwirrt, in der Geschichte hin und hergeschwankt. Abgesehen von den Reformatoren, den Centuriatoren und deren Nachtretern haben auch die meisten protestantischen Historiker der Neuzeit an dem gesegneten Andenken dieses großen Mannes sich arg versündigt. Bunsen, Neander und Rettberg suchten seine Bedeutung nach Möglichkeit herabzumindern und ihm allerlei Schlimmes anzuhängen, mehr noch der Prediger Werner; Ebrard aber nennt ihn gar einen beschränkten Fanatiker, der keineswegs durch Geistes- und Seelengröße, wohl aber durch Haß, Heimtücke, Kriecherei und Schmeichelei sich ausgezeichnet und daneben allerdings einige praktische, oft an abgefeimte Pfiffigkeit grenzende

Lebensklugheit an den Tag gelegt habe. Eine rühmenswerthe Ausnahme dagegen bildet der holländische Mennoniten-Pastor Müller, der in seiner Bonifatiusbiographie mit großem Wohlwollen, ja mit Wärme von ihm spricht, ebenso Arnold, einer der objektivsten Historiker unserer Zeit, der eine glänzende Schilderung seiner Persönlichkeit mit den Worten beschließt: „So steht er da in seiner erhabenen Größe, eine leuchtende Gestalt, die in der That an die ersten Glaubensboten erinnert, die der Herr selbst erweckt und ausgesandt hat“ (Deutsche Geschichte II. 193). Hauck schwingt sich nicht zu solchem Lobe empor: sein Urtheil über den Heiligen ist kühl abgemessen, hie und da vielleicht kleinlich, in manchen Punkten unrichtig, im Ganzen aber gerecht und darum auch geschichtlich wahr. Er unterscheidet zwischen seiner Person und seinen Erfolgen. Bonifatius steht ihm „als sittliche Persönlichkeit sehr hoch: er war ein gerader und wahrer Mann, der bei seiner Arbeit sich nicht selbst suchte, sondern dem es auf die Sache ankam, der er diente. Dem, was er für Pflicht hielt, ging er nie aus dem Wege, auch wenn er eigenen Wünschen deßhalb entsagen mußte. Stets entsprach sein Verhalten seinen Ueberzeugungen. Mit der Festigkeit einer durch keinen Zweifel erschütterten Ueberzeugung, der Treue des Pflichtgefühls und dem Muthe der Gewissenhaftigkeit verband sich bei ihm die natürliche Gabe zu leiten und die angeerbte Zähigkeit des angelsächsischen Wesens. Er war ein Talent“, aber „sein Charakter war größer als sein Talent“ (S. 145). So will es ihm auch „scheinen, daß sowohl die Ankläger als die Vertheidiger des Bonifatius geneigt sind, ihn als politische Größe zu überschätzen“ (S. 530). Gleichwohl, behauptet er, „wird man Bonifatius stets zu den großen Männern der Kirchengeschichte rechnen; aber seine Größe beruht mehr auf dem, was er leistete, als auf dem, was er war“ (S. 544). Eben diese seine Leistungen und Erfolge sind der Grund zu den weit auseinandergehenden Urtheilen über ihn: vorab die durch ihn bewirkte „Ausdehnung der päpstlichen Macht über die deutsche Kirche“ oder, wie Bunsen in den „Zeichen der Zeit“ sich ausdrückt, die Thatsache, daß „der Bonifacius“ durch seine enge Verbindung mit Rom der eben erstehenden deutschen Kirche ihre Unabhängigkeit und freie Bewegung ge-

nommen. Dem gegenüber nimmt Hauck nüchtern Stellung durch folgende Frage und Antwort: „Ist, was er that, zu tadeln? Wer vom Standpunkte der confessionellen Polemik aus die Geschichte der Vergangenheit betrachtet, kann annehmen, daß ohne Rom die Entwicklung der mittelalterlichen Kirche eine gradere, gesündere (?) Richtung inne gehalten hätte, als sie es wirklich that. Doch wer so denkt, sollte sich wenigstens darüber nicht täuschen, daß er von Möglichkeiten träumt, bei denen Wahrscheinlichkeit und Unwahrscheinlichkeit sich mindestens die Wage halten. Wir fragen lieber nach den Folgen, welche die kirchliche Einheit der mittelalterlichen Welt wirklich hatte. Und hier ist nicht zu verkennen, daß die Einheit der Kirche die Einheitlichkeit der abendländischen Cultur möglich gemacht hat. Was ist aber die abendländische Cultur anders als die Weltcultur? Wer sie in ihrem Werthe zu schätzen weiß, wird schwerlich geneigt sein, den Erfolg zu beklagen, welchen die Thätigkeit des größten angelsächsischen Missionars in Deutschland gehabt hat".

Dieß offene Bekenntniß des Verfassers ehrt ihn selber und stellt ihn hoch über die Mehrzahl seiner auf dem „Standpunkt der confessionellen Polemik" stehenden Vorgänger. Damit schließt er auch den ersten Band seines in vieler Beziehung trefflichen Werkes, dessen Fortsetzung wir mit Interesse entgegensehen.

Der Mangel oder aber auch das Schweigen, das Dunkel und der Widerspruch der Quellen zur ältesten deutschen Kirchengeschichte hat hier der Forschung und Kritik ein weites Feld zur Arbeit belassen. Es wird vielleicht nicht unerwünscht sein, nachfolgend die Resultate der neueren und neuesten Forschung über einige der hauptsächlichsten strittigen Daten mitzutheilen. Die Echtheit der Akten der Kölner Synode von 346 und die darin ausgesprochene Absetzung des Bischofs Euphrates bestreitet Hauck nach dem Vorgange von Hartzheim, Binterim, Rettberg und Hefele, während Viktor de Buck S. J. und Friedrich sie vertheidigen. — Die Geburt des hl. Columban setzt Hauck auf etwa 540, während Hefele für 545 eintritt; derselbe läßt seine Ankunft in Gallien „zwischen 585 bis 90" und Hergenröther „vor 594", Hauck schon um 584 erfolgen.

Als Todesjahr bezeichnet letzterer in Uebereinstimmung mit den Meisten das Jahr 615. — Den Tod des hl. Gallus setzt Mabillon auf 646, Rettberg auf 650, Hergenröther auf 640 und Hauck nach 645; dagegen Gelpke und Friedrich schon zwischen 625 bis 27. — Die Wirksamkeit des hl. Rupert fällt nach der älteren Tradition, der auch Kerz, Döllinger u. A. folgen, in die Jahre 580 bis 620; während Mittermüller, Al. Huber und Friedrich, der inzwischen seine Ansicht aufgegeben, sie in noch frühere Zeit, in die erste Hälfte des 6. Jahrhunderts setzten. Dagegen haben schon Mabillon, Pagi und Hansiz, später Damberger, Ritter, Gfrörer, Dümmler und namentlich Wattenbach, denen auch Hauck zustimmt, Ruperts Wirken gegen 100 Jahre später (696) angesetzt und damit dem Heiligen den Ruhm genommen, einer der ersten Apostel Bayerns zu sein. — In Betreff des hl. Bonifatius herrschten gar viele Differenzen und Controversen. Die Chronologie der Jugendzeit des Heiligen liegt noch völlig im Dunkeln. Hergenröther, Kraus, Kessel lassen ihn 680 geboren werden, dagegen Fischer und Hauck „kurz vor 675". Die erste Reise nach Friesland setzen die Meisten übereinstimmend auf 715 bis 16. Bezüglich des Datums der Bischofsweihe hat man entgegen der älteren, auch durch Rettberg vertretenen Meinung statt 723 neuerdings nach dem Vorgange Jaffé's das J. 722 angenommen. So Will, Müller, Dünzelmann und auch Hauck. Desgleichen schließt er sich der jetzt gewöhnlichen, auch von Jaffé, Hefele und Mühlbacher vertretenen Meinung an, wonach die Synode von Lestinnes (Liftinae, Leptinae) in das Jahr 743 fällt, entgegen der noch von Hahn vertretenen Ansicht, der dieselbe, mit einer anderen Synode sie identificirend, a. 745 stattfinden läßt. Bedeutungsvoll ist die noch immer umstrittene Frage betreffend den Antheil des hl. Bonifatius an Pipins Erhebung auf den fränkischen Königsthron. Ein Doppeltes ist hier zu unterscheiden: einmal die Absetzung des Merowingerkönigs Childerich, sodann die Salbung Pipins. Die ältere Meinung, von Luden u. A. vertreten, behauptete des Bonifatius' Antheilnahme in beiden Beziehung. Im vollen Gegensatz hiezu leugnen Eckart und Rettberg, neuerdings auch Hauser, Pfahler, Uhrig, Alzog, Kraus, Kessel u. A. das Eine wie das Andere. Allerdings

[Ri]ssim dagegen entscheidet sich für eine thätige Antheilnahme [d]es Heiligen an der Abdankung Childerichs, beziehungsweise [d]er Erhebung Pipins, bestreitet jedoch dessen Krönung und [S]albung durch Bonifatius. Wieder Andere leugnen im geraden [G]egensatz hiezu des Bonifatius' Antheil an Childerichs Ab[d]ankung und Pipins Erhebung, behaupten aber unter Berufung [a]uf die Lorscher und auf Einhards Annalen, daß der Heilige „als der päpstliche Vicar an der Spitze der fränkischen Bischöfe" [d]ie Salbung Pipins vorgenommen habe. So Seiters, Oelsner, [W]armann, Möhler-Gams, Hergenröther, Mühlbacher, sowie [au]ch Hauck. Der Unterzeichnete stimmt nach eingehender Prüfung [d]er Frage gleichfalls der letzten Ansicht zu. Hefele, Friedrich [u]. A. lassen die Sache in beider Beziehung unentschieden. — [A]ls Todestag des Heiligen gilt allgemein der 5. Juni. Das [T]odesjahr jedoch ist strittig. Die meisten Forscher, wie Rett[b]erg, Seiters, Pfahler, Buß-Scherer, Will und nach ihnen Hefele, [H]ergenröther, Rohrbacher, Alzog, Brück, Kraus, Kessel ent[sc]heiden sich für 755, dagegen ist neuerdings Sickel, und nach [i]hm Oelsner, Hahn und Kellner für die frühere Annahme des [J]ahres 754 eingetreten. Hauck hält „755 für wahrscheinlich [r]ichtig".

[S]onderbarerweise war den seitherigen Darstellungen der „[K]irchengeschichte Deutschlands" ausnahmslos das Schicksal be[sc]hieden, Fragmente zu bleiben. Hansiz brachte es trotz seiner [rei]chen Materialien und seines hohen Alters nur auf zwei Bände [ne]bst dem Prodromus zum dritten, in denen die Geschichte bloß [de]s südöstlichen Theiles von Deutschland berichtet wird. Kalles [hat] noch, was den Umfang angeht, das Meiste geliefert und ist [au]ch bezüglich der Zeit in seiner Darstellung am weitesten, bis [zu]m Jahre 1152 gelangt. Rettberg wiederum lieferte nur [z]wei Bände und schloß sein unvollendetes Werk mit dem Tode [de]s großen Karl, während Friedrich gar im zweiten Theile [de]s ersten Bandes stecken blieb und nur bis auf Bonifatius [ge]langte. Hauck endlich hat in einem ersten weniger umfangreichen [B]ande seine Aufgabe bis zum Tode des genannten Heiligen [ge]führt, und eine baldige Fortsetzung steht wohl zu erhoffen. [V]on Friedrich erwarten und wünschen wir jetzt eine solche [F]ortsetzung nicht. Um so mehr drängt sich die Frage auf: Wer

schreibt uns vom katholischen Standpunkte aus eine vollständige Kirchengeschichte Deutschlands? Es wäre das ein freilich mühevolles, aber sehr verdienstreiches und wohl auch nothwendiges Unternehmen.

Münster. Dr. Jos. Galland.

V.

Zeitläufe.

Der Toast des Czaren und das Serbische Echo.

Am 25. Juni 1889.

Nachdem der deutsche Kanzler in seiner großen Rede vom 6. Februar v. Js. noch einmal den Ton von der „thurmhohen Freundschaft" angeschlagen hatte; nachdem die Tochter Kaiser Friedrich's gezwungen war, ihre Verbindung mit dem Exfürsten von Bulgarien auf dem Altare dieser erblichen Freundschaft zu opfern; nachdem dann der junge Kaiser in seiner ersten Thronrede, getreu dem Auftrage des sterbenden Großvaters, vor Allem die russische Freundschaft zu pflegen, seine Befriedigung ausgesprochen hatte, daß „die bestehenden Verabredungen mit Oesterreich und Italien ihm die sorgfältige Pflege seiner persönlichen Freundschaft für den Kaiser von Rußland und der seit hundert Jahren bestehenden friedlichen Beziehungen zu dem russischen Nachbarreiche gestatteten"; nachdem endlich Wilhelm II. seinen ersten Antrittsbesuch nicht einem Mitglied des Dreibundes, sondern dem Hofe von St. Petersburg gemacht hatte: mußte die Welt allerdings erstaunt seyn, jetzt den Czaren in seinem festlichen und auf

Reichl sofort veröffentlichten Toast auf den Fürsten von Montenegro sagen zu hören, daß dieser „der einzige aufrichtige und treue Freund Rußland's sei."

In welchem Lichte demnach die anderen politischen Freundschaften Rußlands, insbesondere die persönliche und traditionelle Preußens, im Geiste des Czaren erscheinen, bedarf keiner buchstäblichen Uebersetzung. Es muß in Berlin wie ein Schlag in's Gesicht empfunden worden seyn. Auch die Auslegung, daß der Czar in seinem Toast die vollständige Isolirung Rußlands, also auch Frankreich gegenüber, eingestanden habe, ist nicht haltbar. Denn die französische Republik ist eine Weiblichkeit. Ihr „Freund" seyn zu wollen, würde sich für einen Czaren nicht schicken, aber ihr Schutzpatron kann und will er seyn. Er hat ja auch den königlichen Schwiegervater von Dänemark nicht genannt, und doch hält er diesen sicherlich nicht für falsch und unaufrichtig. An andere Potentaten, die sich getroffen fühlen könnten, hat der Czar überhaupt nicht gedacht; die Adresse ist vielmehr ohne Zweifel und beabsichtigt nach Berlin gerichtet, wo man sich als den „Freund" ohne Gleichen aufgespielt hat.

Was ist denn aber geschehen, daß der wortkarge Beherrscher aller Reussen die preußische Freundschaft so plötzlich und schroff vor der vollen Oeffentlichkeit gekündet hat? Nach den Auslassungen der russischen Presse zu urtheilen, war der deutsche Besuch an der Newa wirklich nicht ohne Einfluß auf die dortige Stimmung geblieben. Er hatte verschiedene Hoffnungen geweckt nicht allein, aber zunächst, in der Richtung auf den Orient, die in der Presse ungenirten Ausdruck fanden. Diese „Blätter" haben die vom Kanzler beliebte Stellung zwischen Oesterreich und Rußland wiederholt als die Politik der zwei Achseln bezeichnet; solches „Balanciren", sagten sich nun die Russen, sei jetzt aufgegeben; zwei Parteien könne man auf solchem Wege nicht gleich gefällig seyn. Die in Berlin selbst erfundene Fiktion von den „vitalen Interessen Oesterreichs" auf der Balkanhalbinsel sei nun aufgegeben,

und Deutschland habe jetzt durch Thaten zu zeigen, daß es Rußland aufrichtig freundschaftlich gesinnt sei: kurz gesagt, es habe dem österreichischen Bundesgenossen die neue Freundschaft zu kündigen. Derlei Verträge führten überhaupt immer nur zur Entzweiung der Staaten und verbänden die Völker nicht: so räsonnirte man nunmehr in Rußland.

Alle deutschen Zeitungen haben damals über diese Sprache der russischen Presse berichtet; aber unsere Mitwelt ist vergeßlich, sonst könnte sie über den czarischen Toast nicht so sehr außer Fassung gerathen seyn. Der Czar hatte ruhig zugewartet, was nun alles kommen würde, und auch der Grund, weshalb ihm dann plötzlich die Geduld gebrochen ist, rührt vom „Dreibund" her. Es war die lärmende Beflissenheit, mit welcher der italienische Besuch in Berlin gefeiert wurde, was dem Faß in Petersburg den Boden ausgeschlagen hat. Allerdings mag es in Berlin nicht so gemeint gewesen seyn, aber es glich einer Demonstration, bei der selbst Oesterreich in den Hintergrund gedrängt schien. Namentlich war auch des Rühmens kein Ende, daß das neue deutsche Reich und das revolutionäre Italien brüderlich vereint seien durch gleiche Politik, gleiches Geschick und gleiches Glück zur „nationalen Einheit." Und was diesen Deutschen und Italienern Recht war, soll uns nicht erlaubt seyn: sagte sich das Russenthum und sagte sich die ganze Slavenwelt. Ueberdieß hatte ja Italien noch vor zehn Jahren mit seiner „Politik der freien Hand" gerade auf Rußland spekulirt, so lange ein gutes Trinkgeld in den adriatischen Provinzen der Türkei von des Czaren Gnade zu hoffen war, und bis der deutsche Kanzler durch Eröffnung irgendwelcher sicherern Aussichten die italienische Begehrlichkeit sich selber zu Nutzen machte.

Bekanntlich hat der Kanzler seit Jahr und Tag, unter Hinweis auf die seit drei Jahren von Rußland in colossalem Maßstabe betriebenen Rüstungen, die beiden Bundesgenossen gedrängt auch ihrerseits ihre Kriegsbereitschaft zu erhöhen.

früher in Bezug auf Oesterreich, so ist bei dem italieni-
Besuch in Berlin überdieß das Gerücht ausgegangen,
zwischen den zwei Mächten eine geheime Militärcon-
ion abgeschlossen worden sei. Es muß wohl überhaupt
lei nach St. Petersburg durchgesickert haben, was den
ren bewog, sogar den Erfolg des letzten großen Finanz-
äftes daran zu wagen, um seinem Groll gegen die
marck'sche Allianzmacherei Luft zu machen. In dieser
tung ist dem Kanzler wirklich ein böser Streich wider-
en, und das Sprüchwort sagt: wer den Schaden habe,
che für den Spott nicht zu sorgen.

Es ist wohl noch Jedermann erinnerlich, mit welchem
r die conservativen und officiösen Blätter in Preußen
Jahre 1887 gegen den russischen Staatscredit zu Felde
en und das Publikum dringend warnten, diesem, dem un-
bleiblichen Bankerott entgegengehenden, Reiche neuerdings
d zu leihen. In der That schienen die Anleiheversuche
lands geraume Zeit hindurch hoffnungslos. Noch vor
Monaten wurde officiös aus Berlin geschrieben: „Es
s in den letzten Tagen auf dem Gebiet der internationalen
itik etwas aus der Reihe gekommen seyn, was hier zu
tem Mißtrauen Rußland gegenüber anregt; es hieß
ngs bestimmt, man werde die Emission der Anleihe
ben, und jetzt wird plötzlich in schärfster Weise Front
en dieselbe gemacht, und zwar mit specifisch politisch-mili-
ischen Gründen, während bei der früheren Campagne
en die russischen Werthe nur finanzielle Gefahren als
nde angegeben wurden.“[1] Der Wind drehte sich indeß
bald wieder. Selbst die „Kreuzzeitung“ gab den Kampf
en die großartigen russischen Convertirungsanlehen auf;
zend mußte sie gestehen: „die Umwandlung von mehr
einer Milliarde russischer Werthe errege nicht das min-

1) Aus Berlin in der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ vom 20. Nov. 1888.

deste Aufsehen, werde vielmehr als eine Finanzoperation harmlosester Art angesehen, obwohl sie sich im Zusammenhang mit den von Niemand geläugneten, ununterbrochen ihren Fortgang nehmenden militärischen Vorbereitungsmaßregeln an unserer Ostgrenze als das Gegentheil darstelle." [1])

Die letzte russische Emission war eben zwanzigfach überzeichnet, als der Czaren-Toast auf den Rubelcurs fiel. Aber die Kuh war aus dem Stalle entkommen bis auf den Schweif. „In Rußland weiß man gut, wem die glatte Durchführung der Conversion zu danken ist; ohne die stillschweigende Mitwirkung des deutschen Capitals wären diese Milliarden-Geschäfte nie und nimmer zu Stande gekommen": so wurde officiös aus Berlin geschrieben. Preußen war seit langen Jahren das Hauptreservoir für die russischen Papiere; im Jahre 1887 wurden über zwei Milliarden derselben in preußischem Besitz gerechnet. Damals wurde auch das Verbot der Belehnung russischer Werthe bei der Reichsbank über eine gewisse Grenze hinaus erlassen. Es ist räthselhaft, wie das ungeheure neue Geschäft, bei dem durch die Herabsetzung des Zinses die Besitzer Millionen verloren, dennoch glänzend gelingen konnte. So viel aber ist klar, daß auch hiebei die vergeblichen Liebesmühen des Kanzlers ihre Rolle spielten, und dafür hat er nun den Dank. Man höre!

„Als Kaiser Wilhelm II. in seiner ersten Reichstagsthronrede seinen persönlichen Sympathien für den Kaiser Alexander so warmen Ausdruck gab, die Pflege guter Beziehungen zu Rußland ebenso den Traditionen, als den Interessen entsprechend bezeichnete, und diesen seinen Intentionen durch den bald darauf erfolgten Antritt seiner Reise nach Rußland eine unzweideutige Bekräftigung lieh, mußten die unmittelbaren Folgen dieser kaiserlichen Kundgebung in erster Linie den wirthschaftlichen Interessen zu Gute kommen. Rußland hat von diesem wärmeren Hauche, mit welchem der junge Kaiser die deutsch

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 19. Mai 1889.

russischen Beziehungen umgab, sofort einen nicht geringen Nutzen gezogen, der freilich dem Umstande wenig Rechnung trug, daß ein Interessenband doch nur dann dauernd vorzuhalten vermag, wenn beide Theile darin ihre Befriedigung finden. Mit der Kaiserreise erreichte der Rubelcurs eine seit fast zehn Jahren nicht mehr gekannte Höhe, das deutsche Capital stellte sich wieder willig in den Dienst russischer Zwecke und der russische Finanzminister schritt mit Hülfe desselben zu einer Reihe von Convertirungen, welche durch Herabsetzung des Zinsfußes die deutschen Obligationenbesitzer in dem Maße schädigten, als die russischen Finanzverhältnisse sich dadurch besserten, und — Rußland damit neue Mittel zu seinen ununterbrochen fortdauernden Rüstungen gewann. So hat sich denn seit Jahresfrist das Verhältniß zwischen Deutschland und Rußland dahin gestaltet, daß von deutscher Seite — auf Kosten von Deutschen — Rußland eine ganze Reihe von Freundschaftsdiensten erwiesen wurde, deren einziger Effekt jedoch darin bestand, Rußland kriegsfähiger zu machen." [1])

Der Toast des Czaren wurde, allen Nachrichten zufolge, von der gesammten Presse seines Landes mit einem wilden Freudengeschrei begleitet; der Deutschenhaß loderte von Neuem und mächtiger auf, als jemals zuvor. Freilich hatte das Czarenwort für die modernen Russen nicht bloß Eine einschmeichelnde Seite. Es ist eine Absage an den deutschen Westen und zugleich ein gellender Weckruf an den slavischen Osten. Vierzig Jahre lang hat Preußen seine Geschäfte mit Rußland gemacht; jetzt ist der kleine Fürst von Montenegro an die Stelle getreten, aber in den Augen des Czaren als Repräsentant des gesammten Südslaventhums. Alexander III. bekennt sich nun gleichfalls offen zur „nationalen Politik", wie Preußen und Piemont das gethan haben. Ueber diesen Erfolg seines Beispiels mag sich der Reichskanzler freuen und stolz darauf seyn. Aber revidiren wird er seine „Real-

1) Berliner Specialcorrespondenz der Münchener „Allgemeinen Zeitung" vom 14. Juni d. Js. A.-Bl.

politik" nun doch müssen. Man braucht sich nur an den Tag von Skierniewice zu erinnern, um den Grundirrthum zu erkennen. Diese „Blätter" haben zu Denjenigen gezählt, welche damals schon den wahren „Nationalfeind" des Reichs, neben dem französischen „Erbfeind", in Rußland erkannten, und der kanzlerischen Politik der zwei Achseln ein gründliches Fiasko prophezeiten. Jetzt ist es da. Der Czar hat klare Stellung gemacht, und das ist erfreulich für Alle, außer den politischen Kartenhaus-Künstlern in Berlin.

In Rumänien, das erst im vorigen Jahre eine von fremden Hetzern angestiftete Bauernrebellion zu bestehen hatte, hat ein neuer Ministerwechsel die russische Partei an's Ruder gebracht. Ihr ist auch der deutsche Fürst auf dem rumänischen Throne ein Dorn im Auge, und als in der Hitze des Kampfes um die Ministerstühle auch diese antidynastische Seite an's Licht trat, da äußerte das Kanzlerblatt in Berlin: auch Rumänien sammt dem Hohenzollern-König wäre für uns „Hekuba". Das war nur ein paar Monate vor dem Czaren-Toast. Damals begann man in Wien sich zu fragen: für was sich denn Deutschland noch interessire; am Ende nichteinmal für seine Verbündeten? Und jetzt, nach dem Toast, fragt man sich in Pesth, ob denn das deutsche Reich noch immer im Orient „kein Interesse" habe? In Rußland selbst glaubt man nicht daran. Man erinnert sich an den Rath des Herrn von Bismarck, den Schwerpunkt der Habsburgischen Monarchie von Wien nach Pesth zu verlegen (Februar 1863), und an die Aufforderungen, sich für das in Deutschland Verlorene durch den Einfluß auf der Balkanhalbinsel zu entschädigen; selbst die deutsche Unterstützung zur Erlangung solcher Compensationen in den Balkanländern sei von Berlin nach Wien in Aussicht gestellt worden.[1])

---

1) Aus den Petersburger „Nowoje Wremja" und der „Moskowskija Wjedomosti" in der Wiener „Neuen Freien Presse" vom 25. Decbr. 1888.

In der That ist sogar die nordschleswigische Frage mit der orientalischen schon in unmittelbarem Zusammenhang gestanden! Es ist freilich vergessen, wie vieles Andere, was an's Tageslicht treten wird, wenn die Dinge zum Brechen kommen. Als der junge Kaiser von der Petersburger Fahrt über Kopenhagen heimgekehrt war, brachte das russisch-officiöse Organ in Brüssel einen Bericht, wonach russische Fürsprachen im Sinne der Rückgabe Nordschleswigs an Dänemark eingelegt worden wären. Man hat die bald darauf erfolgte Trutzrede des Kaisers zu Frankfurt a. d. O. darauf zurückgeführt, und man konnte sich dafür auf die Officiösen berufen. Aus diesem Anlaß tauchte denn auch die Erinnerung an jenen merkwürdigen Zusammenhang wieder auf: Auf dem Berliner Congreß habe Fürst Bismarck den Antrag Oesterreichs, ihm ein europäisches Mandat zur Besetzung von Bosnien und der Herzegowina zu übertragen, kräftig unterstützt, und die Verdienste, welche sich der Fürst in dieser Angelegenheit um Oesterreich erwarb, hätten ihre Anerkennung in einem Vertrage vom 11. Okt. 1878 über Aufhebung des Artikel V des Prager Friedens gefunden. „Um einen Beweis seines Wunsches zu geben, die zwischen beiden Mächten bestehenden freundschaftlichen Beziehungen noch enger zu schließen, verzichtete der Kaiser von Oesterreich auf das Recht, eine Abstimmung im Wege des Plebiscits über das Verbleiben nordschleswig'scher Bezirke bei Deutschland oder über deren Rückfall an Dänemark zu beantragen.“ Dieser Dienst sei auch für Deutschland um so werthvoller gewesen, als bald darauf im Februar die Vermählung des Herzogs von Cumberland mit der dänischen Prinzessin Thyra erfolgte, mithin die Verschmelzung welfischer und dänischer Ansprüche.[1])

Der Kreis nichtdeutscher Verwandtschaften des Czar-

---

1) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 26. Juli 1888. — Münchener „Allg. Zeitung“ vom 22. August 1888.

thums erweitert sich mehr und mehr. Es war die Verlobung eines großfürstlichen Vetters mit einer Tochter des Fürsten von Montenegro, wobei der Czar seinen Toast ausbrachte. Eine andere Tochter ist mit Peter Karageorgiewic, dem serbischen Prätendenten, vermählt. Die Familie Njegusch gilt nicht als ebenbürtig, aber ihr hoffnungsvolles Haupt, der „einzige Freund" des Czaren, soll größer werden, und es heißt, daß er sogar in noch nähere Verwandtschaft zum Czarenhofe treten werde, jedenfalls solle für den russischen Thronfolger die Braut nicht an einem deutschen Hofe gesucht werden. Der neuerdings geforderte Uebertritt zur russischen Staatskirche wäre so diesen Prinzessinen auf die einfachste Weise erspart. Das Entzücken der ganzen slavisch-orthodoxen Slavenwelt ist gerechtfertigt. Nur für das Geschlecht der Obrenowic ist die Sache nicht ohne Bedenken. Sie haben vor bald fünfzig Jahren die Nachkommen des Kara Georg vom serbischen Fürstenstuhle verdrängt, und ihnen mag der Czaren-Toast wie ein Signalschuß zu neuer dynastischer Revolution in Serbien in die Ohren klingen. Aber was läge auch an dem Sohne des davongelaufenen Milan und an der verstoßenen Mutter, wenn der Karageorgiewic mit seinem Schwiegervater aus Cetinje die Anwartschaft auf Großserbien mitbrächte? Die Regierung in Belgrad läugnet bereits derlei Pläne ab, und das ist verdächtig. Die Gefahr bestand schon vor den unverzeihlichen Streichen König Milans, jedenfalls aber ist jetzt keine Täuschung mehr möglich: der Schwerpunkt der Situation liegt in Serbien; Bulgarien steht einstweilen in zweiter Reihe.

Mag die Regentschaft in Belgrad heucheln und läugnen, so viel sie will, die Dinge in Serbien sind rascher herangereift, als man glauben konnte.[1]) Seit einigen Wochen schlägt

1) Vgl. „Histor.-polit. Blätter" vom 16. April d. Js. S. 636 ff.: „Die Ueberraschung aus Serbien — zur Orientirung".

eine bedenkliche Nachricht von dort die andere. Garaschanin, der sieben Jahre lang an der Spitze der Regierung Milans gestanden war, als standhafter Vertreter der serbischen Selbständigkeit in den Russenkreisen der bestgehaßte Mann, hatte der kommenden Wahlen wegen einen Parteitag der „Fortschrittspartei" einberufen; die Versammlung wurde durch eine künstlich angezettelte Straßenemeute gewaltsam gesprengt und ihr Führer wegen eines in der Nothwehr abgefeuerten Revolverschusses verhaftet. Kurz nachher hielten die „Liberalen", die eigentlichen Stützen der Regentschaft und des Herrn Ristic's insbesondere, ihren Parteitag; sie stellten die „großserbische Idee" an die Spitze ihres Programms. Sie verlangen eine mit dem großen slavischen Kaiserreiche gemeinsame Politik und die Vereinigung aller zerstückelten Theile des Serbenthums unter einer nationalen Dynastie, die Wiederherstellung des serbischen Czarthums, „nach dem Beispiele anderer Völker, der Italiener und des deutschen Reichs, wonach den Serben das gleiche Recht zustehe".[1]) Der dritte Parteitag, der der „Radikalen", welchen die große Mehrheit der Volksvertretung und das Ministerium angehört, beschränkte sich auf innere Fragen. Ueber die äußeren brauchten sie auch nichts zu sagen; Jedermann weiß, daß die Radikalen die extrem russische Partei bilden. Schon unter Milan hatten sie, als sie die große Mehrheit in der Skupschtina errungen hatten, in einer Adresse, die sich indeß der König verbat, sagen wollen: „Serbien sei mit Rußland enge verknüpft nicht nur durch die Bande der Religion, des Bluts und der hundertjährigen geschichtlichen Tradition, sondern auch durch die Gemeinsamkeit und Gleichartigkeit der beiden Staaten bevorstehenden Zukunft".[2]) Beiden serbischen Parteien, den

---

1) Belgrader Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 17. Juni d. Js.

2) „Die russische Agitation in Serbien": aus Belgrad in der Wiener „Neuen Freien Presse" vom 28. December 1887.

Liberalen wie den Radikalen, wird es leicht seyn, in dem Fürsten von Montenegro mit oder ohne Schwiegersohn den „kommenden Mann“ zu erkennen.

Was den König Milan an jenem Adreßentwurf besonders erbitterte, war die Fürsprache der Skupschtina für den verbannten Exmetropoliten Michael. Jetzt, während der Mann, welcher zur Zeit der Ausweisung desselben an der Spitze des serbischen Kabinets stand, auf der Belgrader Festung gefangen saß, ist Michael, von dem russischen Gesandten bei der Landung feierlich empfangen, wirklich nach Belgrad zurückgekehrt. Er komme „als bloßer Privatmann“, hatte der Regent Ristic dem österreichischen Gesandten versichert; aber nach ein paar Tagen war der Metropolit Theodosius, der vor sieben Jahren aus Ungarn an die Stelle Michaels berufen war und durch die eigenmächtige Scheidung der Ehe Milans berühmt geworden ist, mit noch zwei Bischöfen abgedankt und Michael in die Metropolitanwürde wieder eingesetzt. Michael war am 29. Oktober 1880 wegen seiner Unbotmäßigkeit im Widerstande gegen das neue serbische Kirchengesetz und seiner panslavistischen Umtriebe des Amts entsetzt, unter ausgesprochener Mißbilligung Rußlands, und nachdem er trotzdem noch die Kanzel bestiegen und die Minister als „elende Ketzer“ gebrandmarkt hatte, wurde er des Landes verwiesen. Die neue Kirchenordnung für Serbien mißfiel auch in Petersburg, denn sie löste Serbien vom kirchlichen Verband mit Rußland los und schuf die serbische „autokephale“ Staatskirche. Michael verlangt jetzt wieder die „kanonische“ Revision. Während seiner Verbannung hat er von dem „slavischen Wohlthätigkeitsverein“ in Rußland eine Pension von 5000 Rubeln bezogen unter der Bedingung, daß er den von der serbischen Regierung ihm zugewiesenen Ruhegehalt ausschlage. König Milan hielt den Mann für so gefährlich, daß er sich vor seinem Scheiden von der Regentschaft das Versprechen geben ließ, daß sie Michaels Rückkehr nicht gestatten werde. Ueber die Folgen seiner früheren Thätigkeit

ist vor einem Jahre aus Anlaß cultusministeriellen Einschreitens wie folgt berichtet worden:

„Bekanntlich hat der gewesene, aus der russischen Schule hervorgegangene Metropolit Michael die serbische Geistlichkeit, die er für seine politischen Zwecke benützte, auf Bahnen geleitet, die zu einer Verwilderung des Klerus und zur vollständigen Zuchtlosigkeit dieses Standes führen mußten. Es war dieß eine schlechte Saat, der eine böse Ernte folgte. Die Weltgeistlichen, ja selbst die Mönche, statt der Kirche zu dienen, ergaben sich fast ausschließlich der Politik, und Michael selbst mußte es erleben, daß in der Zeit von 1875 bis 1880 der größte Theil der Geistlichen als Führer der radikalen Partei gegen ihn selbst mit jenen Waffen kämpfte, deren Gebrauch er sie gelehrt hatte. Auch später, als die radikale Partei ihren Kampf gegen die Fortschrittspartei fortsetzte und im Jahre 1883 selbst zu den Waffen griff, stand ein großer Theil der Geistlichkeit in ihren Reihen. Bekanntlich wurde einer der Anführer des Aufstandes, der Pope Marinko, kriegsrechtlich erschossen. Wer Gelegenheit hatte, die serbische Skupschtina in den letzten Jahren zu sehen, mußte erstaunen über die Menge von Geistlichen, die in den Bänken der Opposition saßen. Die Skupschtinas, namentlich die letzte, in welcher die Radikalen die Majorität hatten, glich eher einer Kirchenversammlung, als einer Volksvertretung. Die Popen, anstatt ihre Gemeinden über kirchliche und religiöse Dinge zu belehren, pflegten von den Dorfkanzeln herab politische Theorien zu entwickeln und das Volk gegen Regierung und Staatsgewalt aufzuwiegeln. Es ist daher begreiflich, daß man allgemein den Wunsch äußerte, es möge endlich einmal diesem zuchtlosen Treiben der Popen ein Ende gemacht werden“.[1])

Alle ruhigen Beobachter halten die Wiedereinsetzung dieses Mannes, und noch dazu die schamlose Eile, mit der sie geschehen, für ein sehr schlimmes Zeichen. „Rußland gewinnt einen mächtigen Bundesgenossen: in jedem Priester,

1) Aus Belgrad in der Wiener „Neuen Freien Presse“ vom 30. Juni 1888.

in jedem Dorfe hat nun der Erzbischof und hat durch ihn der Czar einen politischen Agenten." Ja, der zurückgekehrte Metropolit soll an den Regenten Ristic sofort Forderungen gestellt haben, welche auf die Erhebung des Fürsten von Montenegro auf den Thron eines durch Bosnien und die Herzegowina unter russischem Schutze vergrößerten Serbiens hinzielen. Der Czar hat offenbar nicht in den Nebel hinein toastirt; bezüglich Serbiens ist er seiner Sache sicher. „Die gesammte Presse Serbiens bezeichnet den Toast als die Ankündigung einer bevorstehenden Aktion Rußlands; wenn es dann zur Entscheidung komme, so werde Rußland erkennen, daß es auf der Balkanhalbinsel außer Montenegro noch andere treue und opferwillige Freunde habe".[1]) Und zu Berlin sollte man noch immer — „im Orient kein Interesse" haben, nichteinmal in der Erinnerung an Nordschleswig!

Es bedarf nur eines Blicks auf die Landkarte, um zu erkennen, was Serbien für Oesterreich bedeutet; wäre seine Unabhängigkeit nicht zu halten, so müßte es occupirt werden, wie Bosnien und die Herzegowina. Andernfalls wäre ein Großserbien auf österreichische Kosten nur eine Frage der Zeit. Man darf begierig seyn auf die nächsten Sitzungen der Delegationen in Wien. Denn diese Vertretungskörper haben das Recht, welches der deutsche Reichstag verspielt hat, noch gerettet, auch den auswärtigen Minister zu examiniren. Es gilt eine vernehmliche Antwort auf das freche Wort Ignatiews bei dem Feste zu Kiew: „Oesterreich sei die Null in der europäischen Gleichung".

1) Berichte aus London und Belgrad in der Münchener „Allg. Zeitung" vom 14. Juni 1889. M.-Bl.

VI.

Ein Wort über die sogenannten Pack'schen Händel und ihre Behandlung in der Geschichte.

I. Einfädelung und Entwickelung der Pack'schen Händel.
(Schluß.)

Am 28. April traf Philipp in Weimar ein.[1]) Ein genauer Bericht über diese Verhandlungen ist leider bis jetzt noch nicht veröffentlicht worden. Melanchthon nahm selbst seinem Freunde Camerarius gegenüber von einer eingehenden Darlegung Abstand, weil es „nicht rathsam sei, alles dem Papiere anzuvertrauen." [2]) Indessen ist außer Zweifel, daß es hier zu Weimar zwischen Philipp und den Theologen recht heiß herging. „Wir haben aus allen Kräften gegen den Krieg gesprochen," schreibt Melanchthon, „obwohl wir sahen, daß gewisse Leute durch unsern Entschluß aufs Höchste verletzt wurden". [3]) „Wie arg die Händel waren," sagt

1) Nach Burkhardt 599. Seckendorf setzt (2, 95) die „mitigatio" auf den 23. April.

2) C. R. 1, 983.

3) Summa contentione bellum dissuasimus, tametsi intelligebamus quorundam animos nostris sententiis mirabiliter offendi. C. R. 1, 985. Für wen das „quorundam" steht, siehe bei Druffel, Sitzungsberichte der k. b. Akademie der Wissenschaften. 1876. S. 497. Vgl. auch C. R. 1, 983 „Summa vi obstitimus ne inferretur bellum. Quorundam consilium erat statim indicere ac inferre bellum."

Melanchthon weiter,[1]) „welche wir des Friedens wegen zu bestehen hatten, habe ich Dir neulich verblümt angezeigt. Ich hätte auch gedacht, als ein vernünftiger Mann würdest Du leicht ermessen, wie schwierig diese Sache war, und welchen Streit sie hervorgerufen. Denn heftig entbrannt war dieser mein Namensvetter [Philipp] und er stand gleichsam in Flammen.“[2]) „Es kam zu einer ernstlicheren Prüfung der Beweismittel“, sagt Hassencamp, also vor allem auch zur Prüfung der Pack'schen Copie. Das muß um so eher angenommen werden, als der Kurfürst und Brück, die gegen den Weimarer Bund waren,[3]) sehr wohl wußten, daß Storkow und Beeskow weder zum kurfürstlichen Besitz gehörten, noch auch Fürstenthümer waren. — Kurz, was immer in diesem heißen Kampfe von beiden Seiten mit dem Aufgebot aller Kräfte vorgebracht wurde, die Gewissensangst Luthers und Melanchthons siegte mit Hülfe des Kurfürsten über das „Teufelskind, so zu Krieg und Unfriede Lust hatte.“ Nach einem langen, angstvollen Monat erlangte Luther alles, was nöthig schien, um den Frieden mit den harmlosen Nachbarn

---

1) Quantae nostrae contentiones fuerint ὑπὲρ εἰρήνης subobscure tibi nuper significavi. C. R. 1, 997.

2) Ardebat enim ὁμώνυμος ἐμοί et videbatur incensus ab illo tragico. Ebenda. Des Weiteren heißt es dann noch: Nam quidam vehementissimo contendebant ut sibi fides haberetur. Zu dem „quidam“ vgl. den „quorundam“ und τούτων ἀνδρῶν der Geheimsprache Melanchthons.

3) „Mich dunckt, der Kanzler fieder die Pfeil und Luther muß sie schießen“, sagt Philipp. Burkhardt 591. Die Untersuchung der Copie war gewiß auch früher schon vorgenommen. Man kann ja ohne der Ehre des Kurfürsten und seiner Räthe zu nahe zu treten nicht annehmen, daß sie nicht wußten, wem Storkow und Beeskow gehörten, oder ein so wichtiges und folgenschweres Schriftstück nicht auf seine Echtheit untersuchten. Es erklärt sich so auch leicht, daß Philipp sich vor allem auf seine eigene Gewißheit, auf das, was er gesehen und gelesen, nicht aber auf die Copie beruft.

aufrecht zu halten. Philipp mußte leiden, daß man den plötzlichen Ueberfall aufgab und statt dessen bestimmte, Friedensunterhandlungen anzuknüpfen.[1] „Es ward beschlossen, bei den verdächtigen Fürsten erst anzufragen und sich nach der Anfrage zu richten", sagt Rommel.[2] Philipp war jetzt, wo mit dem Wegfall der Klausel eines heimtückischen Ueberfalls sein ganzer Kriegsplan zu scheitern drohte, aufgeregter als je. „Jener Argiver", schreibt Melanchthon am 7. Mai, „ist rasend. Er rüstet und setzt den Himmel in Schrecken mit Waffengeklirr.[3] Wir suchen den Menschen, so viel wir können, von seinen gewaltthätigen Anschlägen abzumahnen. Alles würde gut gehen, wenn die heftige und unbändige (ἀδάμαστον) Natur dieses Menschen sich zügeln ließe."[4] In der That gelang es Philipp, die Ausführung jener zweiten Weimarer Abmachung in dieser überaus kritischen Zeit noch lange zu hintertreiben. Ebenso lange blieben die Wittenberger in ihrer Angst und Noth. „Ich bin seit meiner Abreise von Torgau fast aufgezehrt vor Sorge und Schmerz," schreibt Melanchthon am 17. Mai an Brück, „ich bitte, daß doch der erlauchte Fürst Mitleiden habe mit sich und seiner Seele[5]), mit seinen allerliebsten Kindern, mit seinem Volke endlich, und uns doch nicht in einen ungerechten Krieg hineinziehe wegen der Verwegenheit des Landgrafen". Auch Luther schreibe an den Kurfürsten, um ihn wiederum zu ermahnen, doch lieber auf jede mögliche Weise Frieden zu

---

1) Cunctari igitur Elector coepit et alia conventione 23. Aprilis (vgl. dazu oben) priorem mitigavit. Seckendorf 2, 95.

2) 1, 218. Vgl. C. R. 1, 986—987.

3) Am ersten Mai schickte Ph. zwei Gesandte an den Franzosenkönig und ließ ihm sagen: in vierzehn Tagen wolle er im Felde sein und verspreche Ferdinand mit Macht anzugreifen, wenn Franz I. ihm das dazu nöthige Geld auf's allerförderlichste zukommen lassen würde. Janssen 3, 112.

4) C. R. 1, 977.

5) respiciat se et animam suam C. R. 1, 978.

machen, als den Krieg anzufangen. Freilich hatte der Kurfürst es an sich nicht fehlen lassen, und auch den Wittenbergern in ihrer Besorgniß davon gnädigst Mittheilung gemacht. Melanchthon spricht davon in ihrem Namen gleich im Anfang seines Schreibens. Er drückt dem Kurfürsten den wärmsten Dank dafür aus, daß er sie von seinen eifrigen Bemühungen um den Frieden benachrichtigt habe. Sie und auch noch andere seien darüber aufs höchste erfreut. Leider waren diese Bemühungen bis dahin erfolglos geblieben, waren gescheitert an der „Verwegenheit des Landgrafen," der noch immer mit Hartnäckigkeit auf den Weimarer Bund pochte. „Der Bund", sagt Melanchthon, „worauf der Landgraf hinweist, darf den Frieden nicht im mindesten hindern. Denn ungerecht ist es, ein Bündniß zu halten, wodurch Krieg angefangen wird, obgleich man auf andere Weise Frieden haben könnte".[1]) Noch am 15. Juni war Melanchthon nicht frei von Noth und Sorge über den halsstarrigen Philipp. „Mit dem gewissenhaftesten Eifer," sagt er, „mahnt unser Fürst den Macedonier zur Ruhe und zum Frieden, aber dieser antwortet recht halsstärrig".[2])

Nicht minder lehrreich für die Beurtheilung Philipps, als die Friedensbemühungen des Kurfürsten und der Wittenberger, sind diejenigen, welche von den katholischen Fürsten ausgingen.

Die Rüstungen in Hessen und Sachsen blieben nicht lange verborgen. Aber man wußte an den katholischen Höfen nicht, wie man sie deuten sollte. Einige meinten, der Landgraf habe es auf einen Zug gegen Frankfurt abgesehen, um die Königskrone mit Gewalt an sich zu reißen. Andere

---

1) si bellum suscipitur, si pax constitui potest heißt es im Latein Melanchthons. C. R. 1, 979.

2) Ille satis contumaciter respondet. C. R. 1, 984. Melanchthon hatte damals sicher noch keine Kunde von dem Vertrage von Hitzkirchen am 11. Juni.

sagten, er habe sich kaiserl. Majestät zuwider in Besoldung und Dienst des Königs von Frankreich begeben. Wieder andere behaupteten, er wolle den Herzog von Württemberg wieder einsetzen. Bischof Konrad von Würzburg hielt anfangs dafür, die zahlreichen Reiter, von denen man ihm aus Hessen meldete, sollten zur Hochzeit nach Sachsen reiten, und sich bei Zeiten zum Aufbruch rüsten.[1]) Sehr bald und zu wiederholten Malen wurde dem Landgrafen Gelegenheit gegeben, sich über die Rüstungen auszusprechen und bei den verdächtigten Fürsten über das fingirte Breslauer Bündniß Anfrage zu thun. Schon um Mitte März, gleich nach seiner Rückkehr von dem Ritt nach Nürnberg bekam er durch Vermittelung Herzog Georgs ein Schreiben Ferdinands über seine Rüstungen. Am 24. März schrieb Ferdinand zum zweiten Male und zum dritten Male am 17. April.[2]) Philipp verneinte die Gerüchte von einem Zuge nach Frankfurt, Würtemberg oder Frankreich, aber von einer Anfrage über das Breslauer Bündniß oder auch nur von einer Erwähnung desselben ist keine Rede. Und doch wußte Philipp wohl schon bei Abfertigung des zweiten Schreibens, daß Kursachsen durchaus gegen einen Angriff „ohn alles vorgehendes Recht und Verhör" sei.[3]) Sicher wußte er nicht bloß dieses, sondern auch, daß Kursachsen die vorhergehende Anfrage bei den katholischen Fürsten um jeden Preis wollte, als er bei den Verhandlungen zu Weimar Ende April[4]) das dritte Schreiben Ferdinands erhielt.

Unterdessen war also hier zu Weimar der bekannte Be-

---

1) Vgl. Frieß bei Ludewig 910 und Ebses 1, 48.

2) Schwarz 59.

3) Das Schreiben Ferdinands ging aus Wien an Georg ab mit dem Datum 24. März. Die Instruktion, mit welcher Johann das Gutachten Luthers an Philipp schickte, ist jedenfalls nicht nach dem 2. April abgefaßt. Vgl. Neudecker Act. 1, 34.

4) Vgl. Burkh. 599; Schwarz S. 60.

schluß gefaßt worden. Es handelte sich nun um die Ausführung desselben. Alles drängte Philipp, den katholischen Fürsten die beschlossene Aufklärung zu geben. Luther und Melanchthon, der Kurfürst und seine Räthe, die katholischen Fürsten und die öffentliche Meinung in ganz Deutschland. Philipp hüllte sich nach wie vor in ein undurchdringliches Geheimniß. Die Bischöfe von Würzburg und Mainz ließen dem Landgrafen die Gelegenheit zur Ausführung der beschlossenen Anfrage thatsächlich ins Haus bringen mit der dringenden Aufforderung, von dieser Gelegenheit Gebrauch zu machen. Ferdinand hatte nämlich jetzt Kurfürst Ludwig von der Pfalz beauftragt, den Landgrafen Philipp in Person wegen seines beunruhigenden Verhaltens anzugehen. An diesen Abgesandten König Ferdinands wandten sich die Bischöfe von Würzburg und Mainz mit der Bitte, dem Landgrafen jede feindliche Absicht gegen die beiden Hochstifte auszureden. Sie erklärten zugleich, daß sie sich keiner Veranlassung zur Störung des Friedens bewußt, „aber sehr gern bereit seien, etwaigen Beschwerden des Landgrafen auf ordnungsmäßigem Wege Rede und Antwort zu stehen.“ [1]) Die Bischöfe erhielten keinen Aufschluß. Einer besondern Botschaft von Mainz ging es nicht besser. „Wir haben auf das gemein Gerücht“, so klagt später der Erzbischof von Mainz [2]), „und vielfältig glaublich Warnung so uns je länger je schwerlicher angelangt, unsere Botschaft zu unserm Oheimen, Landgraf Philipsen, mit Credenz und Instruktion geschickt und freundlich ersuchen und bitten lassen, uns zu verständigen, was wir uns auf solche seine Rüstung und gemein Landgerücht, und treffliche Warnung zu ihme versehen sollten. Unsern Gesandten hat aber über ihr heftig Anhalten kein lauter Antwort widerfahren mögen, darob Sicherung

1) Nach Briefen Ludewigs und Konrads bei Clarmann. Vergl. Ehses 1, 49.

2) Hortleder 1, 782.

des Ueberzugs hätt können gespürt werden. Viel weniger ist des Unfriedens einig Ursach angezeigt."

Philipp allein bemühte sich um diese Zeit mit der größten Hartnäckigkeit das Friedenswerk zu hintertreiben. Der kursächsische Hof suchte „mit hocherfreulichem Fleiß" den Frieden zu bewahren. Die Wittenberger thaten alles, um Philipp von seinen gewaltthätigen Plänen abzuhalten. Den Bund von Weimar hatten sie für eine gewissenlose und rechtlose Abmachung erklärt. Philipp pochte nach wie vor auf diesen Bund. Hatte er schon früher diese Sache mit großer Hitze und Aufregung betrieben, so bereitete er jetzt wie ein „Rasender" seinen „Raubanfall auf die katholischen Fürsten" vor. [1])

Am 14. Mai wurde eine Gesandtschaft an die Bischöfe abgefertigt. Aber Philipp widersetzte sich. Erst am 22. Mai ließ er sie mit Unwillen abgehen. Nur „mit großer Mühe und mit Gewalt", schreibt der sächsische Gesandte Wildenfels am 22. Mai, habe er die Handlung mit den Bischöfen „zu diesem Tag erhalten und mit großem Zorn dahin bracht."[2]) So lange hatte Philipp die Friedensunterhandlungen zu hintertreiben gewußt. Er stand jetzt vollständig gerüstet da und hatte seine Mannschaftten zum Handstreich bereit. Er war auch entschlossen, ihn sobald er konnte auszuführen, und brannte vor Begier, sich auf die fast ganz wehrlosen Bischöfe zu stürzen. Nur mit Mühe hielten Wildenfels und der Kurprinz von Sachsen, welche der Kurfürst an Philipp abgeschickt, um ihn zu bändigen,[3]) den Hessenfürsten von seinem Vorhaben zurück. „Wenn der Kurprinz abreise, ehe

1) Vgl. C. R. 1, 986 u. 977 Mirabiliter incensus erat. — Jam furit, conscribit exercitum.

2) Schwarz 66.

3) Filium Cassellas ablegavit qui ardorem Landgravii cohiberet. Cum vero nec Filio satis fideret, Wildenfelsium Baronem cum arctioribus mandatis ad Landgravium misit. Seckendorf 2, 95.

Antwort von den Bischöfen zurückkomme," schrieb Wildenfels an jenen 22. Mai, „so dürfe man sich eines sofortigen Losbrechens von Philipp versehen." [1]) Philipp säumte auch nicht mit den unmittelbaren Vorkehrungen für diesen Zug. An eben diesem 22. Mai erließ er eines jener „viel und tapfern Ausschreiben," welche die protestantischen Fürsten bei Ausführung des Weimarer Planes als die Unschuldigen hinstellen sollten. [2]) Der Landgraf zeigt sich zunächst nicht wenig entrüstet über „den Unglimpf", welcher über die Rüstungen „zum ärgsten und ganz nachtheiliger Weiß von Mißgönnern und Widerwärtigen ausgebreitet" worden. Er werde dadurch „schändlichen angelogen". Aber Gott der Allmächtige habe über etliche Bischöfe und Mönche den schweren Fall verhängt, „daß sie mit ihren Praktiken etliche große Fürsten zu sich in Bündniß wider das lebendig gnadenreich Wort Gottes und desselbigen Anhänger bewegt, daß sie zusammengeschworen und verbrieft haben, wie männiglich hiebei im Druck erbärmlich zu sehen findet." [3]) Ohne Zweifel durch Gottes Schickung, behauptete Philipp, sei er in Erfahrung dieses Bündnisses gekommen, das wider die christliche Liebe, wider alle Rechte und wider alle Billigkeit sei. Weil nun der Kurfürst von Sachsen und wir, sagte er, „des Backenschlags, Verjagung von Landen und Leuten täglich gewarten müssen, so achten wir ein jeder Frommer, der Verstand hat, werd nicht unbilligen können, gegen ein solch geschwinde Bündniß und Fürnehmen unser Noth und Gegenwehr in der Zeit (bei Zeiten) also fürzunehmen, daß wir den unchristlichen, unrechten Gewalt, der uns

1) „am frytag nach vozem joc. 1528". Schwarz 66, Note 5.

2) „am Freytag nach Vocem Jucunditatis 1528". Hortleder 1, 775—776.

3) Mit diesen Worten wies er auf die Copie, welche zugleich veröffentlicht wurde. Am Tage vorher war diese dem Herzog Georg zu Dresden zugekommen.



unerhörter Sach begegnen soll, aufhalten und die Unsern bei Gleich und Recht beschirmen mögen". Philipp protestirt, daß er „keine Lust und Willen habe, Aufruhr zu erwecken, sondern viel lieber in christlichem Frieden und Einigkeit leben wolle."

Philipp hätte also nun „losbrechen" können. Der Schein des Rechts und der abgedrungenen Nothwehr war durch das „tapfere Ausschreiben" vom 22. Mai gewahrt. Die Gesandten an Würzburg und Bamberg hatten überdies noch die Kriegserklärung in der Tasche und ihre Instruktionen waren so gestellt, daß sie die Kriegserklärung nothwendig abgeben mußten. Die Gesandten an Bamberg gaben die Kriegserklärung auch wirklich ab, die an Würzburg gaben sie ihrer Instruktion zuwider nicht ab. Allein der Kurprinz und Wildenfels hielten ihre Hand auf Philipp[1]) und sie bekamen mit jedem Tage mehr Stütze und Rückhalt. Schon hatten die Kurfürsten von Pfalz und Trier die Vermittlung thätig übernommen, das Reichsregiment gebot in strengen Mandaten allen Fürsten und Ständen, den Landfrieden nicht zu verletzen. Der Protest Georgs von Sachsen gegen das sogenannte Breslauer Bündniß war schon unterwegs und bald liefen von allen verdächtigten Fürsten die entschiedensten Verwahrungen ein. Der Grund, daß Philipp „die Flügel senkte" und andern Sinnes wurde, liegt nach Janssen darin, „daß der Kurfürst von Sachsen nicht weiter mitthun wollte, der Franzosenkönig nicht die geforderten Gelder schickte, und der schwäbische Bund zu rüsten begann."

Mit dem äußersten Nachdruck wiesen die Fürsten in diesen Verwahrungen das erdichtete Bündniß und den „närrisch gestellten Contrakt" Pack's von sich.

---

1) Noster princeps, et quod mireris, filius etiam valde abhorruerunt a bello. Et filius magna ex parte suis consiliis suoque labore, quod mihi affirmanti credere te velim, hanc qualemcunque tranquillitatem confecit. C. R. 1, 987.



„Weil diese erdichtete Copie, so mir Euer Lieb zugeschickt, so viel erlogener Unwahrheit in sich hat," schreibt Herzog Georg an Philipp,[1]) „trag ich nicht klein Verwundern, daß Euer Lieb dem Glauben gibt, und trag Mitleiden mit Euer Lieb, als meinem Blutsverwandten und Sohn, daß sich Euer Lieb mit solchen ungegründten unwahrhaftigen Lügenmährn verführen und in Aufruhr bewegen läßt." Er betheuert, daß er von keinem Bündniß wisse, daß, was von ihm und andern Fürsten in der Copie stehe, eine „öffentliche Unwahrheit" und „erlogen" sei. Derjenige, welcher behaupte, er habe das Original gesehen und gelesen, sei ein „verzweifelter, ehrloser, meineidiger Bösewicht". Philipp wolle auch den verlogenen Mann anzeigen, sonst möchte er veranlaßt werden, zu denken, Philipp erdichte es selber und wolle also „Ursach nehmen", wie Herzog Georg sich ausdrückt, seinen „unfreundlichen Willen gegen mir armen, alten Mann zu beginnen."

Albrecht von Mainz bedauert[2]), daß Philipp seinen Gesandten früher „über ihr heftig Anhalten" keine Auskunft gegeben, versichert mit den nachdrücklichsten Worten, daß er keinen Antheil an dem Bündniß habe und nichts darum wisse, weist auf die Anonymität der Copie hin und verweist Philipp sein heimtückisches Vorgehen. „Und so sagen wir darauf in Treuen und Glauben," heißt es in dem Schreiben des Erzbischofs Albrecht, „bei unsern churfürstlichen Ehren und Würden, daß uns solch Bündniß zu hören fremd und seltsam, und wir derselben gar kein Wissen tragen. Haben auch mit niemand hohen oder niedrigen Stands deshalb je einige Rede oder Handlung gehabt, noch jemand einigen Befehl brieflich oder mündlich gethan, auch niemand an dem Ort, da dann obgemeldte vermeinte Bündniß aufgericht sein

1) „am Tag der Himmelfarth Christi." (21. Mai.) Hortleder 1, 781—782.

2) Den 27. Mai; Hortleder 1, 782—785.

sollt, gehabt oder geordnet. Zudem sich nicht erfindet, daß derjenige, so deshalb von uns wie die Copey anzeigt, Befehl gehabt haben sollt, darin benennt sei. Können darum mit beständiger Wahrheit sagen, daß uns solcher Bezücht der Bündniß zu Unschulden zugemessen wird. Dann wir je solches in unserm Sinn und Gemüth nie genommen oder gedacht, will geschweigen der Gethaten". Die beiden Fürsten „sollten solches nicht dermaßen hinter sich gehalten und gehelet, sondern uns zuvor freundlicher Meinung, wie ihnen wohl angestanden, ersucht und sich des wahren Grunds erkundet haben. Oder zum wenigstens, als wir den Landgrafen durch unsere Räthe, wie obgemeldt, beschickt, und unsere Räthe sich aller Ansprüch und Forderungen, so der Landgraf zu haben vermeint, rechts erboten, sollten sie uns solcher Ursach ihres fürhabenden Ueberzugs Anzeig und Bericht gethan, oder je zum wenigsten das überflüßig Rechtsgebot angenommen haben. Darauf wollten wir mit fürstlicher freundlicher und gütlicher Antwort begegnet sein, wo ihnen anders der Fried geliebet und [sie] zu Handhabung des Landfriedens, auch kein Aufruhr im Reich zu erwecken, geneigt" gewesen. Es sei daher die Rüstung und Werbung ihrerseits ganz ohne Noth geschehen. Als aber sein freundlich Ersuchen und Rechtserbieten auch Einung und Verwandtniß und alles nichts helfen können, und der Landgraf sich je länger je mehr in Rüstung gesetzt, da sei auch er, der Erzbischof, zuletzt „genothdrängt" worden, mit nicht geringen Kosten und Beschwerung seiner armen Unterthanen sich in Gegenrüstung zu schicken.

Nach Gebühr begegnete dem Beginnen Philipps der Hohenzoller von Brandenburg.[1]) Er sagte dem Landgrafen, nachdem er ihm sein Vorgehen verwiesen, offen in's Gesicht, daß er sich vor ihm nicht fürchte und zum Kampfe bereit sei.

---

1) „am Montag nach Exaudi" (25. Mai). Hortleder 1, 785—786.

Wenn Philipp „nicht andere Bewegung" zu Aufruhr gehabt, so hätte es ihm wohl gebührt, ehe sich mit den Unkosten einer solchen Rüstung zu beladen, die Churfürsten und Fürsten zu beschicken und die Antwort zu hören. Er habe schon vorher mehrfach gehört, daß Philipp rüste, um seinen Bruder in Mainz zu überziehen. Jetzt vermerke er, daß es auch ihm gelten solle. Er sei zwar nicht zum Aufruhr geneigt, sondern wolle lieber Frieden haben, wenn es aber nicht anders sein könne, müsse er sich mit seinen Freunden zur Gegenwehr schicken und Rath finden. Auch er ersucht Philipp, ihm den verlogenen Mann zu nennen, der das Bündniß erfunden, sonst möchte er Ursache nehmen, zu denken, Philipp selbst habe es ersonnen und wolle „zu unfreundlichem Willen gegen ihn, den Kurfürsten, Ursache suchen".

Auch König Ferdinand,[1]) der Erzbischof von Salzburg[2]) und die Herzöge von Bayern[3]) erklärten ebenso entschieden als unzweideutig, daß sie keinen Theil an diesem Bündniß und kein Wissen um dasselbe hätten, daß sie nie an ein solches Bündniß gedacht hätten.

Den Herzögen von Bayern ließ Philipp nachträglich noch melden, er habe gehört, sie hätten das Bündniß schon bei Zeiten aufgegeben. Die Antwort Herzog Wilhelms von Bayern auf diesen Brief Philipps gehört zu den schärfsten, welche in dieser Sache vorliegen. Er begehre sein Thun und Lassen nicht geheim zu halten, sagt der Herzog, sondern möge das Licht wohl leiden. Er hätte sich auch zu Philipp gänzlich versehen, daß er dem unwahrhaften Bericht wider ihn nicht Glauben gegeben, sondern ihn zuvor erinnert hätte, um seine Antwort und die Wahrheit zu erfahren. Philipp solle wissen, daß er, der Herzog, so viel fürstlichen Sinn habe, daß er ihm auf

1) Am 24. Mai und am 1. Juni. Hortleder 1, 793—797.

2) „Am Mitwochen nach dem heiligen Pfingsttag." (3. Juni.) Hortleder 1, 792—793.

3) Am 28. Mai, am 3. und am 5. Juni. Hortleder 1, 797—800.



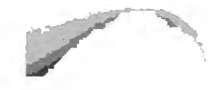
eine Anfrage die Wahrheit über diese Sache nicht verhalten hätte. Durch einen ehrlosen Mann, so zu Aufruhr, Krieg und Blutvergießen geneigt sei, müsse das Bündniß erdichtet sein. „Dann wir ein solche erdichte unwahrhafte Bündniß", fügte Wilhelm hinzu, „ganz kein Wissen, noch der von andern angesonnen worden, zu dem daß wir auch zu derselben oder andern Zeit, dieser unwahrhaften Bündniß, oder auch andere Bündniß oder Sachen halben, bei der königlichen Würde unsere Räthe und Botschaften zu Breslau nicht gehabt". Das angeregte Bündniß, heißt es weiter „ist unserthalben ein unmenschlich, wir geschweigen, unchristlich, unehrbar, erlogen Gedicht. Wollen uns auch allen Ehrbarkeiten nach verhoffen, obgenannte unsere Vetter und Oheim, der Churfürst von Sachsen und Landgraf von Hessen werden sich selbst, als ehrliche Fürsten des heil. Reichs, zu weisen wissen, den Erdichter und Anträger der oftgenannten erlogenen Bündniß anzuzeigen und die königliche Würde zu Ungarn und Böhmen (König Ferdinand) auch die andern Churfürsten, Fürsten und uns, dazu alle und jede ehrliebhabende Menschen, mehr vor Augen zu haben dann denselben unehrlichen, verlogenen Mann". „Und ob diese unsere Verantwortung", so schloß Herzog Wilhelm, „mit etwas hitzigen Worten geschärft sein von jemand geachtet [werden mag], bitten wir doch, deßhalb wolle dagegen unser fürstlich Herkommen und daß wir so gar unschuldiglich und mit Unwahrheit bei männiglichen berüchtigt und in Verhaß gebracht werden wollen und deshalb unser Ehren-Nothdurft nach [dieß] nicht umgehen haben mögen, wie auch jeder im gleichen Fall sein Ehr zu retten schuldig ist, bedenken".

Inzwischen hatten auch die Gesandten, welche „den fried zu suchen" nach Würzburg und Bamberg gekommen, dort vorgebracht, was in ihrer Instruktion stand. Das Friedensgesuch war freilich etwas recht eigenthümlicher Art. Von dem angeblichen Bündniß hatten die protestantischen Fürsten auf die unzuverlässigste Weise, nämlich durch die erzwungene

und offenbar falsche Copie Packs Kunde erhalten. Aber statt nun anzufragen, was Wahres an dem Bündniß sei, behaupten die Gesandten[1]) auf ihre Instruktion gestützt dreist, Kurfürst Johann und Landgraf Philipp seien „in gewisse Erfahrung gekommen", daß der Bischof sich „aller Billigkeit begeben", durch bevollmächtigte Räthe mit etlichen Fürsten ein Bündniß abgeschlossen, „ihre churfürstlichen und fürstlichen Gnaden von Land und Leuten elendiglich, erbarmlich, unverklagt und unbeschuldigt und ohne alles vorhergehende ordentliche Verhör zu verjagen dergestalt, daß dergleichen unfreundlich Fürnehmen kaum mehr erfahren". Nach einem solchen Anfange konnten die Friedensboten der protestantischen Fürsten mit Großmuth gegen die katholischen Bischöfe fortfahren. Obwohl der Kurfürst und Philipp berechtigt gewesen, sagten sie, „auf solche gelobte und verbundene Feindschaft die Gegen- und Nothwehr also vorzuwenden und zu gebrauchen, daß sie, wiederum ohn einige weitere Ersuchung, Gewalt mit Gewalt aufgehalten hätten", so hatten sie nichts destoweniger und unangesehen, wie unfreundlich gegen sie der Bischof gehandelt, sich doch, aus Rücksicht auf Gott und den Kaiser und, was vom Bischof wenig oder gar nicht in Betracht gezogen, der Nachbarschaft halben, entschlossen „auf Wege des Friedens" handeln zu lassen. Wenn also der Bischof, wie ihm das von Billigkeit wegen zu thun gebühre, von dem vielberührten Bündniß und Vornehmen abstehen und mit Capitel und Ständen diese Versicherung und Assecuration thun, überdieß auch dem Kurfürsten und Landgrafen den Schaden erstatten wolle, in welchen sie von vielberührter Fehdebündniß wegen mit Zurichtung und Rüstung der Noth und Gegenwehr jetzt gekommen, so hätten sie Vollmacht, auf Weiters zu verhandeln. — Mit diesem Ansinnen von erstaunlicher Dreistigkeit traten

---

1) Am 26. Mai „auf Dienstag nach Exaudi". Ludewig 912.



die Gesandten vor den Bischof hin, nicht anders als seien ihre Herren im vollsten Recht und in der vollsten Gewißheit und Sicherheit in Betreff ihres Vorgehens.

Der Bischof von Würzburg ließ auf diese „Friedensbotschaft" (durch seinen Kanzler) eine klare und entschiedene Antwort geben.[1] „Mein gnädiger Herr", heißt es darin, „sagt bei seinen fürstlichen Würden, daß seine fürstlichen Gnaden nicht allein kein Bündniß laut der vermeinten Copei angenommen oder gemacht, sondern auch solches nie in den Sinn genommen, noch zu thun bedacht und, was noch mehr ist, solches sei bei seiner fürstlichen Gnaden gar nicht gesucht worden". Auch der Bischof von Würzburg wies auf die Anonymität der Copie, so viel ihn betraf, sogleich hin. Nicht wenig befremdet den Bischof die Copie „zuvörderst auch und dieweil darinnen allein in einer gemein gesagt ist, daß S. fürstl. Gn. zu Breslau durch einen ihrer Räthe, der aber nicht benannt wird, die Einigung angenommen und beschworen haben sollen". Der Bischof zeigte sich geneigt, anzunehmen, daß Johann und Philipp sich hätten hinters Licht führen lassen. Die Zumuthung aber, ihnen deßhalb eine besondere feierliche Friedensversicherung zu geben oder gar den Schaden zu bezahlen, wies der Bischof zurück und verfehlte dabei nicht, sie auf ihr heimtückisches Vorgehen aufmerksam zu machen. Der Bischof wolle sich versehen, daß Hessen und Sachsen sich dem Landfrieden gemäß halten und ihn und seine Unterthanen unüberzogen und unbeschädigt lassen würden; überdieß auch „der Friedensversicherung und Assecuration halben, weil S. fürstl. Gn. den Frieden nicht verbrochen und noch viel weniger Verbruchs überwunden, desgleichen auch der begehrten Kriegskosten halben, von solcher angemaßten Forderung abstehen würden, nachdem Sein F. Gnad dazu kein

1) Dienstag nach Exaudi (26. Mai). Ludewig 912. Am Montag nach Exaudi kamen die Gesandten an. Die Verhandlungen gibt ausführlich Hortleder 1, 786—792.

Ursach gegeben und gar kein Schuld daran haben, auch den gnädigsten und gnädigen Herren von Sachsen und Hessen Seiner fürstl. Gnaden halben, denselben aufzuwenden unvonnöthen gewest". Denn Hessen und Sachsen hätten solche Sachen nur mit einem schlechten Brief an den Bischof gelangen lassen brauchen, um die gegenwärtige, wahrheitsgetreue Antwort und Versicherung zu bekommen, daß der Bischof keine andere Gesinnung hege, als Frieden zu halten und ihnen freundlichen, dienstlichen Willen zu erzeigen.

Darauf nahmen die Gesandten der protestantischen Fürsten Bedenkzeit und erklärten sich am folgenden Tage:[1]) Es sei zwar nicht ohn, sagten sie, daß sie Befehl hätten, ihrer Herren Gemüth ferner anzuzeigen, wofern der Bischof bei seiner Antwort verharre und sich auf die Artikel (von dem feierlichen Friedensgelöbniß und den Kriegskosten) nicht einlasse. Da sie aber glaubten, daß die Ausführung dieses Befehls zu Friede und Einigkeit wenig dienlich, hätten sie sich entschlossen, die Antwort des Bischofs ihren Herren anzuzeigen. Sie stellten in keinen Zweifel, diese würden „sich dagegen erzeigen und handeln, was sich gebührt und ihnen wohl anstünd, auch unverweislich sein würd".[2])

Die Verantwortungen der katholischen Fürsten waren

---

1) Mittwoch den 27. Mai, vgl. Ludewig 916.

2) So in der duplica bei Hortleder I, 792 „am Donnerstag nach Exaudi" (28. Mai). Den Befehlen entsprach das nicht. Diesen kamen die Gesandten au Bamberg nach. Da der Bischof ebenso wie der Bischof von Würzburg seine Unschuld und seine gänzliche Unwissenheit in Betreff des Bündnisses betheuerte und auf das gleiche Ansinnen ebensowenig einging, als der Bischof von Würzburg, verlasen sie gegen den Bischof von Bamberg, seines „aufrührerischen und ungerechten Bündnisses und thätlichen Vorgehens wegen" die Kriegserklärung. (Nach Clarmann bei Ebjes 1, 81.) Sie hatten überdies dem Bischof selbst die herkömmlichen Begrüßungsformeln verweigert. Das war eine Friedensbotschaft im Sinne Philipp's, und selbst eine solche hatte man nur nach wochenlangen Bemühungen und „mit großem Zorn" dem Landgrafen abzuringen vermocht.

also größtentheils noch im Mai abgegeben. In all diesen Schreiben herrscht nur eine Stimme, daß das angebliche Bündniß falsch, erdichtet, böswillig erlogen sei. Alle Fürsten erklären hoch und theuer, daß sie nichts mit dem Bündniß zu thun hätten, nichts darum wüßten, daß ihnen das Bündniß niemals in den Sinn gekommen. Nicht für die einzelnen galten also die einzelnen Erklärungen, jede Erklärung schloß zugleich alle übrigen verdächtigten Fürsten mittelbar oder unmittelbar ein. Jede zeugte zugleich für alle. Es stand daher jetzt erst recht fest, was schon früher keines Zweifels werth war, daß nämlich das sogenannte Breslauer Bündniß erdichtet und die Copie, welche Philipp von Pack erpreßt hatte, falsch war. Es dürfte schwer sein, in der Weltgeschichte überhaupt eine Thatsache aufzuweisen, welche so sehr beglaubigt ist und so fest steht, als diese Thatsache nach den Verantwortungen so vieler katholischer Fürsten und ihrer Räthe fest stand. Am wenigsten konnte Philipp an dieser Thatsache zweifeln. Auf sein Haupt kam ja der beste Theil von dem „ehrlosen Mann, so zu Aufruhr, Krieg und Christlichs Blutvergiessen geneigt",[1]) das Bündniß „etwan erdicht" hatte, und wer eigentlich der „verzweifelte, ehrnlose, meineidige Bösewicht" gewesen, der behauptet, „das Original gesehen" und „gelesen"[2]) zu haben, wußten außer dem Landgrafen auch Melanchthon und der sächsische Hof sehr wohl und haben diese es auch der Nachwelt hinterlassen.

Es liegt auf der Hand, daß bei der gänzlichen Unschuld der Bischöfe und ihrer Unterthanen die Urheber des Aufruhrs, Sachsen und vor allem Hessen von Rechtswegen verpflichtet waren, nicht bloß für ihre eigenen Rüstungen aufzukommen, sondern auch den „armen Unterthanen" der Bischöfe die „genothdrengt" waren, sich „in Gegenrüstung zu schicken", ihre Auslagen zu ersetzen. Dann hätten sie, um

[1]) Herzog Wilhelm von Baiern an Philipp. Hortleder 1, 798—799, vgl. Luther bei de Wette 3, 317 u. 321.

[2]) Herzog Georg an Philipp, Hortleder 1, 781.

den Ausdruck ihrer Gesandten in Würzburg zu gebrauchen, „sich erzeigt und gehandelt, wes sich gebührte und ihnen wohl anstund, auch unverweislich“ gewesen wäre.

Die Verhandlungen mit Würzburg und Bamberg begannen am 1. Juni zu Schmalkalden unter Vermittlung der Kurfürsten von Trier und Pfalz. Der Kurfürst erklärte doch wenigstens alsbald, daß er mit den von Pfalz und Trier vorgeschlagenen Friedensbedingungen zufrieden sei, aber durch seine Erklärung, hinsichtlich des Kostenpunktes dem Landgrafen nicht vorgreifen zu wollen, unterstützte er die unerhörte Ungerechtigkeit Philipps.[1]) Dieser bestand in schamloser Weise auf die „Friedensbedingungen“ seiner Gesandten in Bamberg und Würzburg, feierliche Friedensversicherung von Seiten der Bischöfe (als ob das Bündniß wahr gewesen und sie etwas Schlimmes verbrochen hätten) und überdieß Ersatz der Kriegskosten.[2]) Philipp beharrte bei dieser Forderung und fügte die äußerste Drohung hinzu. Werde ihm Beides verweigert, sagte er, „so müsse er es Gott befehlen und sein Heil in der Noth versuchen, bleibe er darob todt, so habe er wenigstens das Seine gethan“. Sein Heer stand gerüstet an der Würzburger Grenze. Es bedurfte nur eines Wortes von Philipp und ein verheerender Krieg brach über dieses Land und über die armen Unterthanen des Bischofs herein. Am 5. Juni kamen die Verhandlungen zum Abschluß. Würzburg mußte Philipp 40,000 Gulden für die Rüstungen zu dem „frevelichen“ Angriff zahlen, Bamberg 20,000 Gulden. Außerdem hatten die Bischöfe noch eine förmliche Friedensversicherung an Hessen und Sachsen zu geben.

Als Philipp dieß Geld von Würzburg und Bamberg erpreßt[3]) hatte, verlegte er sein Kriegsvolk von der Würz-

1) Einen Schadenersatz nahm er später, wie bekannt ist, allerdings nicht.

2) Ehses 1, 85 ff.

3) Alter sane odiose extorsit pecuniam nobis valde dissuadentibus. Sagt Melanchthon C. R. 1, 988.

burger Grenze nach Gelnhausen, in die Nähe des Mainzer Gebiets. Es gelang Philipp, auch dem Erzbischof von Mainz 40,000 Gulden abzuzwingen und überdieß noch die Verzichtleistung auf die geistliche Jurisdiktion in Sachsen und Hessen. So offenbarte Philipp, den weder die erzwungene Copie noch seine eigene unwahre Behauptung zu Weimar zum Ziele seiner eigentlichen Pläne geführt, hier am Ende des Aufruhrs noch seine wahre Natur, die eines gewaltthätigen Räubers. Mit einer gewaltthätigen Drohung gegen Pack hat Philipp diese Händel eingeleitet, mit einer dreisten Unwahrheit am sächsischen Hofe ihre Ausführung zu Stande gebracht, mit Gewaltthätigkeiten gegen die wehrlosen Nachbarfürsten sie beendigt. Die Gewalt hatte in dieser Sache gesiegt. Sie triumphirte nun und sprach dem Rechte Hohn. Philipps Adel und Hofgesinde ließ sich öffentlich hören, „sie hättens Glück in Händen und hofften, es sollt wieder dazu kommen, dann wollten sie die Geistlichen anders putzen". [1]) Pack wurde bekanntlich für den erzwungenen Dienst, den er Philipp geleistet hatte, 1537 mit dem Tode bestraft und geviertheilt, Philipp setzte die Beunruhigung des Reiches bis zur Schlacht bei Mühlberg fort. Es liegt eine gewisse Wahrheit in der Bemerkung Rommels über die Pack'schen Händel, „das Ganze", sagt er, „erscheint wie ein Blitzstrahl, der alle Begebenheiten seit jener Zeit bis zum Jahre 1547 [in unheimlicher Weise freilich] erleuchtet". [2])

1) Ebses 2, 137—138 nach Clarmann. „Ich wollte, daß der jüngste Tag hereinbräche", ruft dagegen ein Anderer in gerechtem Unwillen über diese Händel aus, „damit man nur dieser und anderer Gefahren überhoben würde." Ranke 3, 48.

2) Rommel 2, 204. Es dürfte Jeder leicht einsehen, daß die sogenannten Pack'schen Händel nicht so sehr Pack'sche Händel als Philipp'sche Händel sind. Die Bezeichnung Pack'sche Händel empfahl sich indessen auch insofern schon für den Gebrauch, als Philipp Urheber nicht bloß dieser, sondern auch noch anderer Händel in Deutschland gewesen.

VII.

Die confessionelle Frage in Oesterreich 1848.

Der vielgefeierte „Völkerfrühling“ des Jahres 1848 brachte in seinem Gefolge nicht nur Befreiung des niedern Volkes von mancherlei überererbten Lasten und Bedrückungen; er beseitigte nicht nur die morschen Einrichtungen eines vielfach unleidlich gewordenen Polizei- und Bureaukraten-Regiments in den mitteleuropäischen Staaten, sondern seine Stürme brausten auch verheerend dahin über Fürsten und Throne und erschütterten gar manchen für die Ewigkeit vermeinten Bau in seinen Grundfesten. Allein diese entfesselten Kräfte, welche eine unvernünftige Regierungsgewalt in den Tagen des Friedens zu zügeln und zu fruchtbarer Thätigkeit im Dienste des Privat- und Gemeinwohles zu verwenden verabsäumt hatte — diese Kräfte kannten in den Tagen des Umsturzes ebenfalls keinerlei Schranken. Sie wendeten sich mit blinder Leidenschaft ohne Rücksicht und Wahl gegen alles Bestehende in Staat und Gesellschaft. Die umstürzende Revolution, nicht die befreiende und aufbauende Reform war ihr Werk, und so wurden denn die frohbegrüßten Märztage des Jahres 1848 gar bald von Tagen des heftigsten Kampfes, des blutigen Krieges und der Zerstörung abgelöst.

Wenn wir heute nach vierzig Jahren auf jenes „tolle“ Jahr zurückblicken, so erfaßt Wehmuth und Trauer unser Herz. Denn neben so viel Schönem und Herrlichem, welches

edle begeisterte Männer in Staat und Kirche für der Menschheit und der Völker Heil erstrebt, errungen glaubten, offenbarte sich auch ebenso viel Abstoßendes, Niedriges und Gemeines und dieses letztere gewann nach der Erfahrung und gemäß der Lehre der Geschichte sogar die Oberhand. Nur zu wahr ist das Wort des Dichters, daß in solchen bewegungsreichen Zeiten „der Gute" leicht „dem Bösen den Platz räumt" und „alle Laster frei werden".

Das bestätigte sich buchstäblich in den schlimmen Wochen und Tagen der Wiener Revolution im Jahre 1848. Auch sie begann mit einer berechtigten Abschüttelung des ebenso unverständigen als ungerechten bureaukratisch-polizeilichen Regierungssystems, welches die Geister und Herzen nach beschränktem Kanzlei- und Wachstuben-Verstande in die engen Aktenrubriken pressen wollte, und mit einem erhebenden Aufschwunge der befreiten Gemüther zu idealer Anschauung und Auffassung des Lebens, seiner Güter und Ziele, um hierauf in den trüben Schlamm verschmitzter Parteigänger, böswilliger Umsturzmänner, Wühler und Volksverderber zu versinken, bis sie endlich im blutigen Straßenkampfe der gerechten Vergeltung unterlag.

Diese Feinde der gesetzlichen Freiheit und Ordnung waren schon in ihrer Natur ebenfalls haßerfüllte Gegner jener Institution, welche von Gott gesetzt ist, um die sündhafte Menschheit zu lehren, zu stützen und zu leiten, damit sie den schmalen Pfad der Tugend und der Selbstvervollkommnung wandeln und so das irdische Wohl und ewige Heil erlangen möge. Der gewaltthätige Umsturz erkannte in dem Felsen Petri, in der Kirche Christi das größte Hinderniß seines Sieges. Was Wunder, wenn er gegen dieses Bollwerk Gottes die Vollkraft seiner Angriffe richtete! Wußte er doch, daß das Gelingen dieses Sturmes für die Revolution den stolzesten Triumph bedeuten würde. Wir sehen deßhalb von Anbeginn der social-politischen Bewegung im Jahre 1848 die Feinde der christlichen Kirche überall in



den Vordergrund treten; sie stehen allerorten in der ersten Reihe und werden nicht müde, durch Aufwand aller ihrer Kräfte und Hülfsmittel das Werk der Zerstörung möglichst zu beschleunigen.

Eine historisch getreue Schilderung dieser offenen und geheimen Wühlarbeit der Kirchen- und Gottesfeinde in Oesterreich während des Umsturzjahres 1848 ist unfraglich ein hohes Bedürfniß gewesen; denn nur durch eine solche Geschichtsdarstellung gelangt man zur Erkenntniß der Verworfenheit dieser religionsfeindlichen Umtriebe. Aber die historische Wahrheit bietet zugleich den erhebenden Trost, daß inmitten der größten Noth und Gefahr, am Rande des Verderbens der lebendige Brunnquell christlicher Gesinnung und Ueberzeugung mit verdoppelter Kraft hervortritt und fruchtbringende Stärkung und Erquickung verbreitet.

Niemand konnte zur Darstellung dieser Kämpfe und Siege christlicher Lehre, christlicher Institutionen und christlicher Sitte im Sturmjahre 1848 mehr berufen sein als der berühmte Verfasser der von uns seinerzeit in diesen „Blättern" eingehend besprochenen, umfassend angelegten „Geschichte Oesterreichs vom Ausgange des Wiener Oktober-Aufstandes 1848" [1]), von welchem Werke wir nur abermals bedauern, daß es die Geschichtserzählung nicht bis zum völligen Erlöschen der Revolution in den Jahren 1848/49 geführt hat. Während der Arbeit an seinem Hauptwerke fand jedoch der unermüdlich schaffende Autor, Dr. Alexander Freiherr v. Helfert, noch Zeit und Gelegenheit zu nebenläufigen literarischen Schöpfungen, welche hier zwar nur als „Späne" vom großen Stamme erscheinen, in Wahrheit aber vortreffliche Leistungen von selbständigem Werthe sind. Es sei hier nur auf die überaus interessanten und höchst schätzbaren Specialarbeiten Helferts über die „Wiener Publicistik im

1) Vgl. „Histor.-polit. Blätter" Bd. 98, S. 489 ff.

Jahre 1848" und über die damalige Revolutions-Poesie in Wien hingewiesen.

An Umfang wie am Stoffe und in der Behandlung weit bedeutender ist jedoch die jüngstens zum Abschlusse gelangte historische Monographie v. Helferts über „Die confessionale Frage in Oesterreich 1848" (Wien, 1889, 940 S.), welche Schrift „zugleich ein Beitrag zur Tages- und Flugschriften-Literatur jener Zeit" sein will. Wir begegnen in diesem Werke derselben bewunderungswürdigen Gründlichkeit der Forschung, demselben Eifer in der Aufsuchung und Ausnützung der vorhandenen literarischen Quellen und Hülfsmittel, deren genaue Kenntniß geradezu verblüffend erscheint; derselben Unbefangenheit objektiver Gerechtigkeit und Wahrheitsliebe in der geschichtlichen Auffassung und Beurtheilung, sowie der hingebenden Wärme in der Darstellung. Dabei verfällt Baron Helfert niemals in den trockenen Ton chronikenhafter Mittheilung, sondern er bietet stets ein lebendiges Bild der Zeit, der Personen und Verhältnisse, indem er zugleich sehr häufig die Farben hiezu jenen geschilderten Tagen selbst entnimmt. Durch solche Vorführung zeitgenössischer Zeugen und Beweise gewinnt die Erzählung an Frische und Unmittelbarkeit und empfängt nicht selten ein geradezu dramatisches Gepräge. Der Verfasser steht in seinem Urtheile unentwegt auf christlich-conservativem Boden; das echte Oesterreicherthum und der lebendige Glaube an Christus und seine Kirche sind die beiden Leuchten seiner geschichtlichen Einsicht und Erkenntniß. Eben deßhalb vermag er nach jeder Seite hin Recht und Gerechtigkeit walten zu lassen; er anerkennt und würdigt das Gute auch beim Gegner, verschweigt aber auch den Tadel nicht, wenn er Mißbräuche, Irrthümer oder Fehler im Lager der eigenen Freunde treffen muß.

Und daß namentlich die katholische Kirche Oesterreichs vor und im Jahre 1848 in ihren Zuständen und Personen gar manche arge Schäden und Gebrechen aufwies, das wird

jedermann klar, wenn er die quellenmäßige Schilderung der kirchlichen Zustände und confessionellen Verhältnisse im ersten Abschnitte unserer Vorlage (S. 1—45) liest. Baron Helfert entwirft hier in großen, doch deutlichen Zügen eine Skizze über die Lage der katholischen Kirche, dann des Protestantismus und des „Volkes aus Palästina", welche einen tiefen Einblick in die socialen und culturellen Verhältnisse aller Länder Oesterreichs im Vormärz gewährt.

Oesterreich war vor 1848 ein „katholischer" Staat, die römisch-katholische Kirche galt als die herrschende, als die „Staatskirche". Diese „Herrschaft" hatte jedoch eine ganz eigenthümliche Natur; sie bestand wesentlich in dem physischen Uebergewicht, welches die Kirche schon dadurch ausübte, weil sie die Religion der weitaus überwiegenden Mehrzahl der Bevölkerung vertrat und weil ihr das Herrscherhaus und die große Mehrheit der höheren Stände angehörte. Das „Staatskirchenthum" bedeutete jedoch in Wahrheit für die Kirche keinen oder doch nur einen minimalen Vortheil, welcher mit großen Opfern erkauft werden mußte. In Oesterreich betrachtete die maßgebende Bureaukratie die Kirche noch immer nach dem Ausspruche des bekannten josefinischen Professors Josef v. Sonnenfels, der da lehrte: „Die Religion ergänzet das Mangelhafte der Gesetzgebung. Der Regent muß also diesen Leitriemen in seinen Händen nicht vernachlässigen." Darnach galt den österreichischen Bureaukraten und Staatslenkern die Kirche nicht mehr denn als eine sittenpolizeiliche Staatsinstitution, welche dem „Leitriemen" der Regierung zu folgen hatte. Baron Helfert hat Recht, wenn er sagt: „Die unfreieste und unselbständigste von allen Religionsgenossenschaften in Oesterreich war vor dem Jahre 1848 die katholische Kirche. Weder bei den protestantischen Bekenntnissen noch bei dem mosaischen Glauben hatte es die österreichische Gesetzgebung für nöthig befunden, in solchem Grade in alle inneren Verhältnisse regelnd einzugreifen, wie dieß beim innern Leben

der katholischen Kirche der Fall war." Diese Einmischung der staatlichen Bureaukratie erstreckte sich bis auf die Bestimmung der Lichter, welche auf dem Altar brennen durften; sie nahm sich heraus, durch weltliche Commission die im Gebrauche befindlichen katholischen Religionsbücher revidiren und mißliebige Stellen einfach ausstreichen oder verkleben zu lassen. Der unter Maria Theresia begonnene und durch Kaiser Joseph II. energisch fortgesetzte Staatsabsolutismus in kirchlichen Dingen artete unter den Kaisern Franz und Ferdinand in das ärgerlichste Polizeiregiment aus.

Unter dem Drucke dieses Regime's erstarrte und verkümmerte auch alles geistige Leben und Streben in der Kirche; die theologische Wissenschaft verfiel; der geistliche Nachwuchs wurde in der Abhängigkeit von der Staatsgewalt erzogen; diese bestellte auch die „gemäßigten" Männer des „Mittelwegs" auf die höheren kirchlichen Posten. Eine allgemeine Verweltlichung der Kirchenleitung und des Kirchenlebens trat ein, die katholische Kirche in Oesterreich war (nach der trefflichen Bemerkung Jarcke's) „in Staats-Regie genommen worden".

Gegen diesen unleidlichen Zustand erhob sich schon gegen die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts eine zunehmende Reaktion, und zwar nahm diese heilsame Gegenbewegung ihren Ausgangspunkt aus der Mitte des Klerus selbst, dessen jüngere Mitglieder (namentlich auch in Folge der Bolzano-Günther'schen wissenschaftlichen Bestrebungen) die staatliche Vorherrschaft in kirchlichen Dingen ernstlich bekämpften und eine bessere Gestaltung der theologischen Bildung und Wissenschaft herbeizuführen suchten. Von großem Einflusse auf die kirchlichen Anschauungen in Oesterreich waren die bekannten „Kölner Wirren" zu Ende der dreißiger Jahre; insbesondere die österreichischen Bischöfe konnten sich der gewaltigen Einwirkung dieses Ereignisses nicht entziehen und richteten ihre Aufmerksamkeit mit größerer Sorgfalt nach dem Mittelpunkt der Christenheit; auch die Regierung suchte jetzt wieder einen



lebhafteren Verkehr mit Rom. Allenthalben begann zum Mißfallen der Regierung ein erregteres kirchliches Leben, welches von den weltlichen Behörden (namentlich in Böhmen) als verpönter „Ultramontanismus" bezeichnet und polizeilich bekämpft wurde.

Wir können den höchst interessanten Entwickelungen dieses unterbundenen und trotz des Druckes kräftig aufstrebenden geistigen und sittlichen Lebens unter dem jüngeren Klerus Oesterreichs in dem letzten Decennium vor dem Jahre 1848 hier nicht weiter ins Einzelne folgen und müssen uns mit dem Hinweise auf die Ausführungen bei Helfert begnügen.

Der Protestantismus erfreute sich unter dem Polizeiregiment der Periode Metternich in Oesterreich einer allgemeinen Ruhe und mancherlei Förderniß von behördlicher Seite. In den ungarischen Ländern der österreichischen Monarchie genoß derselbe weitgehende gesetzliche Freiheit und eine Autonomie in Kirchen- und Schulsachen, um welche die „herrschende Kirche" ihn wahrlich mit Recht beneiden konnte. Diese hatte vielmehr wegen ihres materiellen Besitzes mancherlei Anfechtungen von Seite der Protestanten und des katholischen Aufkläricht zu bestehen; zu diesen Gegnern der Kirche gesellten sich dann noch die Söhne Israels, welche insbesondere in dem Sturm gegen einzelne kirchliche Institutionen, so z. B. gegen die Klöster, bald in erster Linie stehen.

Dieses „Volk aus Palästina" erfreute sich unter dem Scepter des Hauses Habsburg von jeher eines außerordentlichen Gedeihens. Zwar hatten die Juden noch unter der Kaiserin Maria Theresia Bedrängnisse und Einschränkungen zu ertragen; allein Kaiser Joseph II. beseitigte so ziemlich alle Ausnahmsgesetze und Speciallasten der Juden und erlaubte ihnen den ungehinderten Betrieb bürgerlicher Geschäfte und wissenschaftlicher Studien. In denselben Spuren wandelten auch die Nachfolger dieses Kaisers, ohne jedoch alle Reste früherer Schutzgesetze gegen jüdischen Wucher und jüdische

Ausbeutung der Christen aufzuheben. Die Juden waren besonders zahlreich in Böhmen, in Galizien und in Ungarn; sie beherrschten in den östlichen Ländern der Monarchie den gesammten Handel und Verkehr, denn das mobile Kapital, das Geld, befand sich größtentheils in ihren Händen. Ueberdieß wußten sie die andere Großmacht im modernen Staats- und Gesellschaftsleben, die Tagespresse, in ihre Gewalt zu bringen. Durch diese beiden Faktoren, durch das Geldkapital und durch die periodische Literatur, wurden sie gar bald die „Herren der öffentlichen Meinung", und die Bewegungen des Jahres 1848 sind sowohl auf politisch-socialem Gebiete wie in confessioneller Beziehung wesentlich auf jüdischen Einfluß und jüdische Umtriebe, Wühlereien und Verhetzungen zurückzuführen.

Die „Tage der ersten Freiheit", d. i. die Märztage des Jahres 1848 schildert Baron Helfert in anschaulicher Weise. Als der „Völkerfrühling" angebrochen war, da schien „alles vergangene Unrecht und Uebel wie vergessen zu sein und nur e i n Gefühl die Bevölkerung in allen Klassen und Schichten zu durchdringen: eine neue Aera gegenseitiger Anerkennung und Bruderliebe, allgemeinen Glückes und Wohlergehens zu begründen." Damals boten auch die Vertreter der „herrschenden" Kirche den bisher mehr oder weniger hintangesetzten Glaubensgenossenschaften die Gleichstellung an. Diese Bewegung zur „Gleichstellung aller Confessionen" ging von Prag (11. März) aus und fand in Wien sofortige Nachahmung in der großen Petition an den Monarchen vom 12. März, worin die „Gleichstellung der verschiedenen Glaubensgenossen in staatsbürgerlichen Rechten" gefordert wurde. Hier wie in Prag führten die Söhne Israels das große Wort und sie verstanden es gar wohl, den Tod des jüdischen Mediciners Heinrich Spitzer, der beim Auflaufe des 13. März von einer Musketenkugel getroffen wurde, zu Gunsten ihrer Emancipationsbestrebungen und Herrschaftsgelüste auszubeuten. „Es war eine Irreführung und Ausbeutung der öffent-

lichen Meinung, ein Kreuzfeuer von Lobhudelei, von gedruckten und lithographirten Hochrufen, ein Hindrängen und Hinstoßen der allgemeinen Aufmerksamkeit auf einen und denselben Punkt, als ob dieser jüngste Held des auserwählten Volkes Gottes die Wiener Revolution eigentlich allein gemacht, als ob am 13. März sich im Grunde Alles um Heinrich Spitzer gedreht hätte."

In der Hauptstadt der grünen Steiermark gab sich gleich bei Beginn der Revolution ein Zug verfolgungssüchtiger Kirchenfeindlichkeit kund. Denn die Petition der Grazer Bürgerschaft vom 15. März begehrte unter Anderem die Einziehung des Kirchengutes und die „Verweisung der Jesuiten und der denselben affiliirten Gesellschaften aus dem ganzen österreichischen Kaiserstaate". Dem Worte folgte auch sofort die That; denn noch am 15. März stürmte der aufgehetzte Pöbel das Gebäude der Jesuiten am Münzgraben in Graz, so daß die bedrohten Mitglieder der Gesellschaft Jesu noch in der Nacht heimlich die Flucht ergreifen mußten.

In Ungarn hatte die revolutionäre Bewegung fast ausschließlich national-politischen Charakter; das confessionelle Moment trat hier nur bei und gegenüber den Juden schärfer in den Vordergrund. Diese hatten sich der magyarischen Bewegung gleich zu Beginn angeschlossen, ohne jedoch besonders freundliche Aufnahme zu finden. Ihre auffallende und anmaßende Haltung erregte allgemeinen Unwillen, der in Preßburg zu heftigen Scenen und judenfeindlichen Ausschreitungen führte (17. bis 22. März). Auch in Tyrnau, in Temesvàr, Warasdin, Steinamanger, Stuhlweißenburg, Fünfkirchen, Agram, Neustadt a. d. Waag u. a. O. kam es zu mehr oder weniger ernsten Kundgebungen gegen die bürgerliche Gleichstellung der Söhne Israels.

Auch in Galizien spielte sich die März-Bewegung in ähnlicher Weise wie in Böhmen und Wien ab; es fehlte auch hier nicht die Adresse an den Kaiser mit dem Petitum: „Wir erachten es daher als dringend nothwendig, daß alle

im Lande bestehenden Volksklassen und Glaubensparteien in gerichtlicher, bürgerlicher und politischer Hinsicht vor dem Gesetze vollkommen gleichgestellt werden". Die Petition wurde von Vertretern aller Glaubensbekenntnisse, auch von drei katholischen Priestern und von dem Rabbiner unterzeichnet.

So war „der kennzeichnende Stempel der ersten Tage der Freiheit Glück und Freude, und weil der froh bewegte Mensch auch Andern Gutes wünscht und gönnt, gegenseitiges Wohlwollen. Der Jesuiten-Rummel in Graz, die Judenkrawalle in einigen ungarischen Städten waren garstige Zwischenfälle, und auch sonst mischten sich vereinzelte Mißklänge in das bunte und lärmende Treiben. Gleichwohl waren das nur Ausnahmen, und Ausnahmen bestätigen bekanntlich die Regel. In allen Kirchen und Bethäusern, Tempeln und Synagogen gab es Dankfeste und Dankreden, in allen Gemeinden frohe Aufzüge und wohlthätige Veranstaltungen, und in vielen Orten, deren Bevölkerung confessional gemischt war, begingen Katholik und Protestant, Lateiner und Grieche, Christ und Jude in brüderlichem Zusammengehen die Feier der Constitution und der freiheitlichen Errungenschaften".

„Warum war unter den ‚Volkswünschen' (fragt Baron Helfert) nirgends von Befreiung der Kirche aus der Bevormundung des Polizei-Staates etwas zu hören? Weil das Volk davon nichts wußte und die Bischöfe schwiegen". Von den letzteren richteten allerdings drei (der Fürstbischof von Seckau-Graz, dann die Erzbischöfe von Wien und Prag) Hirtenbriefe an den unterstehenden Klerus, dem vor Allem aufgetragen wurde, sich in diesen wirrvollen Zeiten ruhig, schweigsam und passiv zu verhalten. Die jüngere Geistlichkeit dachte indessen ganz anders; sie meinte, daß nun auch für die Kirche die Zeit der „Emancipation", der Befreiung von den Fesseln des polizeilichen Bureaukratismus gekommen sei. Deßhalb sollten die Geistlichen die Gewährungen auf weltlichem Gebiete auch für sich und die Kirche zu Nutze machen.

Mit dem ruhigen Dahinleben und dem geduldigen Geschehenlassen war es übrigens ohnehin bald vorbei. Denn der Jubelrausch über die neuen „Errungenschaften“ wurde gar bald unterbrochen durch giftig-feindselige Angriffe der radikalen Tagespresse gegen kirchliche Institutionen, namentlich gegen die Klöster und dann gegen den katholischen Klerus überhaupt. Wien erwies sich als die fruchtbare Geburtsstätte solcher Aktionen gegen Christenthum und Kirche. Die pilzähnlich emporschießenden Journale, welche freilich oft nur wirkliche Eintagsfliegen waren, überboten einander in der Regel hinsichtlich der heftigsten, beschimpfendsten Angriffe, Verdächtigungen, Beschuldigungen gegen die katholische Kirche und deren Geistlichkeit. Diese Sudelblätter hatten ferner in einer Broschüren-Literatur der schmutzigsten Sorte ihre Ergänzung gefunden. „Alle diese Drucksachen hatten es vorzüglich mit den Pfarrern und Meßnern, mit den Mönchen und der Geistlichkeit überhaupt zu thun, so daß bald kein Seelsorger in Wien unzerzaust blieb“. „Alle diese Schmähschriften, von ganz obskuren Skribenten meist anonym in die Welt geschleudert, fanden reißenden Absatz, erlebten mitunter wiederholte Auflagen“.

Von den Institutionen und Persönlichkeiten der Kirche kamen diese Feinde, Hetzer und Umstürzler auf den Klingelbeutel, auf die reichen Stolgebühren, auf die fetten Pfründen und auf die Besitzungen der Stifter, Klöster, Domkapitel und Bisthümer überhaupt. Die Güter „der todten Hand“ spielten in der Revolution des Jahres 1848 in Oesterreich eine bedeutende Rolle. Es wurde von Seite dieser Wühler die Einziehung der Kirchengüter und deren Verwendung zu „Staatszwecken“ ganz unverholen gefordert. „Der Staat habe ein unbestreitbares Recht auf das Kirchengut“, behaupteten die Kirchen- und Klosterstürmer. Wozu bedarf man überhaupt der Klöster? Diese „haben ja ihren Zweck und ihre Sendung erfüllt“, meinte ein Superkluger, und darum sei ihre Weiterbelassung nicht gerechtfertigt. „Sollte

der Staat sich neu erholen, die drückende Last der öffentlichen Schuld von sich abwälzen, so müßte er „jenen Quellen, die seit Jahrhunderten in stagnirende Behälter ausgelaufen, von neuem öffnen, d. h. jene materiellen Mittel in Circulation setzen, welche durch ihre Absperrung so wesentlich beigetragen haben, den großen nervus rerum gerendarum des Staatslebens zu lähmen".

Gegenüber solchen Anschauungen, welche zur Beraubung der Kirche entschieden aufmunterten, konnten sich vernünftige Stimmen zur gerechten Vertheidigung der Angegriffenen und Bedrohten kaum geltend machen; denn es fand sich kein journalistisches Organ, das eine solche Schutzrede aufgenommen und verbreitet hätte. Baron Helfert führt an, daß ein solch muthiger Vertheidiger des kirchlichen Besitzes, Namens Thurn, nur mit Mühe eine Zeitung gefunden hatte, die einen solchen Artikel in ihre Spalten aufzunehmen sich getraute, ihre Kühnheit vor den Lesern aber erst noch entschuldigte.

Hand in Hand mit den Angriffen der Aufklärlinge gegen die Institutionen der Kirche gingen dann die unberufenen und nicht minder beleidigenden und frechen Reformvorschläge dieser Kirchenfeinde. Die Abschaffung des Cölibats, die Aufhebung der geistlichen Seminarien und die Heranbildung des Klerus in Staats-Fakultäten, das Verbot der Wallfahrtsorte, der Klöster, Missionen, Bruderschaften und Andachten, die Besetzung der geistlichen Stellen durch freie Wahl u. dgl. m. waren die meist betonten Forderungen der antikirchlichen Reformfreunde. Dazu gesellte sich ein ungewöhnlicher Haß gegen den Papst und das Papstthum, wozu allerdings auch falsche politische Auffassungen und Nachrichten, als ob Pius IX. ein Feind Oesterreichs wäre und die italienischen Waffen gesegnet hätte, das Ihrige beigetragen hatten. Es erging deßhalb der Ruf: „Lostrennung der österreichischen Kirche von dem Supremat des römischen Stuhles! Eine unabhängige Staatskirche mit einem Patriarchen in Wien!"

Wie aber verhielten sich diesen Verunglimpfungen, diesen

unberufenen Eingriffen gegenüber die Katholiken, d. h. jene, die das Verständniß dessen hatten, um was es sich handelte?

Vorerst behaupteten die Gegner und Feinde der Kirche noch ziemlich unbestritten das Feld; ja sie gingen bald von dem Worte zur That über. Das erste Beispiel dieser Art lieferte die „Liguorianer-Hetze" in Wien. Ein abgefallener Katholik und ein protestantisch getaufter Jude standen bei dieser schamlosen Hetze und Verfolgung in der vordersten Reihe. In ihren Sudelschriften trugen sie alle Bosheiten und Gemeinheiten über die Jesuiten und deren „in Liguorianer umgetauften Nachwuchs" zusammen und fanden darin ebenso vielen Beifall als eifrige Nachahmung. Helfert gibt eine Blumenlese aus diesen Hetzschriften, bei deren Lektüre man erstaunt fragen muß: Was war größer, die bodenlose Gemeinheit und Schlechtigkeit der Verfasser oder die grenzenlose Leichtgläubigkeit und Dummheit der Leser, welche solchen Schmutz und Unsinn willig aufnehmen und für wahr halten konnten?

Zwar fehlte es nicht an Vertheidigern der Redemptoristen gegen die ebenso abgefeimten als abgeschmackten Anschuldigungen; allein was bewirkten diese Schutzreden? Daß die Lästerer nur um so ärger schrien. Und deren Flugschriften fanden reißenden Absatz. So heißt es, daß von einer der giftigsten und unverschämtesten dieser Broschüren, von dem „Armenseelenlichtl für Jesuiten, Liguorianer und Redemptoristen" (2 Blatt in 8°) des hirnwüthigen Glaser-Gesellen Friedrich Unterreiter in Wien, binnen wenig Tagen 10,800 Exemplare abgesetzt worden seien. Das Pamphlet erschien in fünf Auflagen, die fünfte als Doppel-Auflage.

Die Ausstreuungen solcher Literatur-Produkte fielen auf fruchtbaren Boden. In der Nacht des 5. April wurde zuerst dem Wiener Erzbischof ein „Katzenständchen" dargebracht und dann erscholl in der heulenden Menge der Ruf: „Zu den Liguorianern!" Dem Sturme in der Nacht durch den Straßenpöbel folgte am nächsten Morgen die nicht minder widerrechtliche Besetzung und Untersuchung des Redemptoristen-



Klosters durch Abtheilungen der Wiener Nationalgarde und der akademischen Legion; die Geistlichen und die Laienbrüder wurden zum Verlassen ihres Hauses gezwungen und hierauf ebenso gewaltthätig aus der Stadt gebracht. Aehnliche Schicksale erfuhren auch andere Klöster, und deren Insassen wurden gleich wilden Thieren gehetzt und verfolgt; die Armen fanden selbst auf dem Lande keinen Frieden. Die Wiener Studenten und Nationalgardisten betrieben diese empörende Verfolgung als beliebten Sport und wußten dabei die Volkswuth in geradezu unbegreiflicher Weise aufzustacheln und mit sich fortzureißen. Die legalen Behörden aber, darunter auch das Ministerium, dessen leitender Geist der liberale Freiherr von Pillersdorff gewesen, waren theils ohnmächtig und furchtsam, theils kokettirten sie mit den Aufklärlingen der Aula und der Straße. So hatte denn die Geistlichenhetze und Klosterstürmerei in Wien und Umgebung ungestörten Fortgang; ja sie ergriff gar bald auch die Provinzen.

In der Steiermark folgte der Jesuitenhetze im April die Agitation gegen die Minoriten, dann gegen die Carmeliten; auch in Linz, Salzburg u. a. O. kam es zu Kundgebungen gegen die Jesuiten, obgleich die Ausschreitungen nirgends die Dimensionen wie in Wien und Graz annahmen. Hier entarteten die Dinge schließlich in solcher Weise, daß die Studenten selber sich dieser „Heldenthaten" schämten und durch eine öffentliche Erklärung jede Gemeinschaft mit dieser „unwürdigen Demonstration" des Straßenpöbels ablehnten. Von der anfänglichen Mitschuld konnten sie jedoch nicht frei gesprochen werden.

An der Hetze gegen die Kirche, deren Institutionen und Priester nahmen indessen außer den verblendeten oder irregeleiteten und böswilligen Christen hauptsächlich die Söhne Israels wesentlichen Antheil. Baron Helfert bemerkt hierüber: „Es kann nicht stark genug betont werden, daß der erste Gebrauch, den jüdische Tagesschriftsteller von der jungen Preßfreiheit machten, hämische Ausfälle und Angriffe gegen die Religion derjenigen waren, in deren Mitte sie lebten und

von deren Großmuth sie das Geschenk bürgerlicher, politischer, aber auch religiöser Gleichstellung verlangten und erwarteten". An der Spitze dieser christusfeindlichen, ebenso frechen als unwissenden Wiener Tagespresse stand „Der Freimüthige" des Juden Moritz Mahler, dem bald eine ganze Fluth von Zeitungen sekundirte; die Redakteure und Mitarbeiter derselben gehörten vorwiegend dem semitischen Volksstamme an.

Gegen diese antichristliche Zeitungsfluth gab es für die Katholiken Wiens anfangs keine rechte Schutzwehr; denn der Josefinismus des Vormärz und die Censurverhältnisse hatten die Gründung und Entwicklung einer katholischen Tagesliteratur ebenso wenig gestattet, als sie dem kräftigen Aufstreben des katholischen Selbstbewußtseins günstig gesinnt waren. Das erkannten und fühlten denkende, aufrichtige Katholiken namentlich in den stürmischen Tagen der politischen und socialen Bewegung. Leider standen zu jener Zeit an der Spitze der kirchlichen Leitung in Oesterreich zumeist keine weitblickenden Männer, die zugleich mit apostolischem Muthe die Kirche, ihre Institutionen und Personen aus der Gebundenheit des Polizeistaates befreit und gegen die heftigen und böswilligen Angriffe der Christusfeinde energisch vertheidigt hätten. Die meisten Bischöfe in Oesterreich waren damals persönlich höchst achtbare Leute, denen auch Klarheit des Geistes und wissenschaftliche Bildung in manchen Disciplinen nicht abgesprochen werden konnte. Aber in Bezug auf die Stellung und Aufgabe der Kirche im Staate und in der Gesellschaft, sowie hinsichtlich des Verhaltens der Geistlichkeit gegenüber den staatlichen Faktoren und der öffentlichen Meinung waren sie „Josefiner, Bureaukraten und Absolutisten vom reinsten Wasser". Stramme Ordnung, stummer Gehorsam, unbedingte Nachgiebigkeit gegenüber der Regierung, aber ebenso unnachsichtige Alleinherrschaft in geistlichen Dingen — das galt diesen bischöflichen Staatsfunktionären als unbedingte Richtschnur.

„Angesichts der Kirchenfürsten von solchen Anschauungen

und Grundsätzen gehörten wahrhaftig Ereignisse von so außerordentlicher Kraft und Bedeutung dazu, um es Männern von höherem Streben möglich zu machen, ihre Ideen zum öffentlichen Ausdruck zu bringen. Sie thaten es mit dem Bewußtsein, muthig in die jetzt nach allen Seiten geöffneten Schranken treten zu müssen, die Kämpfe nicht scheuen zu dürfen, die ihnen von der einen Seite der hergebrachte Schlendrian, von der andern Kirchenfeindlichkeit bereiten würde. Dabei verlangten sie kein Vorrecht für ihre Kirche, sie verlangten für sie wie für alle andern nur Freiheit des Bekenntnisses, der Organisation, der Bewegung". Außerdem hatten sie ihre Absichten auf eine bessere Pflege der theologischen Studien, auf die Hebung derselben zu gleichem Rang mit den andern gerichtet.

Diese Mitglieder des katholischen Klerus in Oesterreich gehörten zumeist der jüngeren Generation an; es waren darunter der bekannte Philosoph Anton Günther, der berühmte Kanzelredner Emmanuel Veith, die Professoren Häusle und Zukrigl, die Docenten Joseph Fehr und Wilhelm Gärtner, und der erste und ausdauerndste der Vorkämpfer im Dienste einer freien Stellung der Kirche in Oesterreich, der muth- und charaktervolle Dr. Sebastian Brunner, den wir noch immer als rüstigen, geistesfrischen Streiter für Recht und Wahrheit und richtige Aufklärung in unserer Mitte verehren. Sebastian Brunner (geb. 10. Dezember 1814) hatte schon vor dem Jahre 1848 eine ungemein fruchtbare literarische Thätigkeit entfaltet und dadurch bei den damaligen leitenden Männern in Staat und Kirche manches, oft unliebsames Aufsehen erregt. Schon damals trug er sich mit dem Gedanken, ein kirchliches Blatt herauszugeben; aber die Verhältnisse der geistlichen und weltlichen Censur gestatteten ihm die Verwirklichung dieses Gedankens nicht. Jetzt, nach Gewährung der Preßfreiheit entschloß er sich, im Vereine mit gleichgesinnten Freunden zur Herausgabe einer täglich erscheinenden katholisch-constitutionellen Zeitung. (Schluß folgt.)

VIII.

Johann Georg Zimmer und die Romantiker.[1])

Mit einem Wort über den Neudruck von „Tröst Einsamkeit."

An der großen literarischen Bewegung, welche von den schöpferisch begabten Romantikern ausging, haben auch einige unternehmende Buchhändler einflußreich sich betheiligt, ja in einer Weise mitgewirkt, daß auch ein Theil der Ehre und des Verdienstes auf sie abfällt. Diese Einflußnahme übten sie dadurch, daß sie den neuen Geistesinteressen lebendiges Verständniß entgegenbrachten, daß sie nicht bloß mit ihrem geschäftlichen Interesse, sondern mit ihrer ganzen Gesinnung der von den Romantikern vertretenen Sache sich zugethan und verbunden fühlten. Ein Charakter wie Friedrich Perthes, einer der edelsten Vertreter seines Standes, konnte darum mit Erfolg sogar in das politische Leben eingreifen, indem er, dessen patriotisches Wort und Beispiel in den Tagen der Unterdrückung weithin belebend und stärkend wirkte, durch seine Rührigkeit und mannhafte Verläßigkeit

---

1) Ein Beitrag zur Geschichte der Romantik nebst bisher ungedruckten Briefen von Arnim, Böckh, Brentano, Görres, Marheineke, Fr. Perthes, Savigny, Brüder Schlegel, L. Tieck, de Wette u. A. Herausgegeben von Heinrich W. B. Zimmer. Mit J. G. Zimmers Bildniß. Frankfurt a. M. 1888.

die künftige Erhebung Deutschlands mit vorbereiten half. „Furcht vor Gott und Muth vor den Menschen sind ein und dieselbe Sache: so lautet meine Philosophie und mein Christenthum“, schrieb Perthes in der trübsten Zeit der Napoleonischen Gewaltherrschaft. In der That bewahrte dieser beherzte Patriot in allen Lagen jener wechselvollen Zeit den männlich freien Geist, der ihn auszeichnete, und jene temperamentvolle Energie, die mitten in dem Ruin des hamburgischen Gemeinwesens, unter dem auch sein eigenes Geschäft schwere Einbuße erleidet, keinen Augenblick den Muth verliert, und den Gang der Dinge unter einem höheren Gesichtspunkte aufzufassen vermag: „Ein eiserner Wagen rollt über die Welt“, schreibt er im Dezember 1806. „Die Gesinnung, woran doch Alles gelegen, die Gesinnung des Zeitalters war überrostet! Die Reinigungsglut ist heiß — sie wird noch heißer werden! Das alte Laub muß herunter, damit die verschlossene Knospe Luft und Licht fasse!“

Aus seiner Schule ging der aus einer Mühle bei Homburg gebürtige Johann Georg Zimmer (1777—1853) hervor, der, nachdem er in dem Hamburger Geschäfte von Perthes sich heraufgebildet, im Jahre 1805 im Verein mit dem Frankfurter Mohr zu Heidelberg eine Buchhandlung (Mohr und Zimmer) errichtete und von da an, zunächst durch das Entgegenkommen zweier befreundeter Poeten, Arnim und Brentano, veranlaßt, der Verleger der romantischen Dichterjugend und der mit ihr verbundenen Gelehrten wurde. Mit der Uebernahme der von Arnim und Brentano herausgegebenen berühmten Volksliedersammlung „Des Knaben Wunderhorn“, die man mit Recht eine der wichtigsten Urkunden der jüngeren Romantik und ihrer Bestrebungen genannt hat, begründete der junge Buchhändler sein Verlagsgeschäft. Sie erzielte, wie man weiß, eine überraschend folgenreiche Wirkung. „So waren wir,“ schrieb Zimmer nachmals, dankbar dieses Anfangs gedenkend, „auf eine glänzende Weise in den Kreis der Förderer der romantischen Schule



eingeführt, die, kaum begonnen, auf geraume Zeit zur Herrschaft in unserer Literatur gelangt war. In diesem Geiste fuhren wir nachher fort, Werke von Aug. Wilh. Schlegel, Friedrich Schlegel, Jean Paul Fr. Richter, Görres, Ludwig Tieck u. A. zu verlegen."

In seinem Hause richtete Zimmer eine Lesegesellschaft ein, welche die literarisch gebildeten Köpfe anzog. Arnim und Brentano waren eine Zeitlang auch seine Tischgenossen. Das eigentlich belebende Band der Vereinigung bildete dann die „Zeitung für Einsiedler" (1808) und die Heidelberger Jahrbücher, die beide in Zimmers Verlag erschienen. So kurz die von hier ausgehende Bewegung, diese poetische Blüthezeit Heidelbergs, währte, sie hat mächtig auf das nachwachsende Geschlecht und auf die Literatur, und von dieser auch auf die Politik gewirkt. Von dieser Periode gilt ja das Wort des Freiherrn von Stein, des im Jahre 1808 von Napoleon geächteten Staatsmannes: „In Heidelberg, wo die Tafelrunde der Patrioten, der Arnim und Görres, zusammensaß, habe sich ein gut Theil des deutschen Feuers entzündet, das später die Franzosen verzehrte."

Später, nach der Zeit der Befreiungskämpfe, ist Zimmer selbst vom Buchhandel zum Lehrberuf übergegangen; er wurde Prediger und theologischer Schriftsteller. Seine Bedeutung für die Literatur liegt aber in der Heidelberger Zeit: und in diese Periode werfen die vorliegenden, von einem Sohne Zimmers herausgegebenen Briefe einige Streiflichter. Mehr als Streiflichter sind es allerdings nicht.

Der Herausgeber dieser Correspondenz begnügte sich nicht mit einer Lebensskizze Zimmers und einer kurzen Charakteristik der Persönlichkeiten, von denen er Briefe mittheilt; er scheint es für nöthig gehalten zu haben, den mäßigen Inhalt der Briefe durch eine allgemein zeitgeschichtliche Beleuchtung wirksamer zu stärken, ein an sich mageres Bild durch einen breiten Rahmen zu heben. Zu dem Zwecke schickt er eine Darstellung der romantischen Schule und eine Schilderung

ihrer Hauptvertreter, Freunde und Nachfolger voraus, der Dichter sowohl wie der gesinnungsverwandten Männer der Wissenschaft, der Brüder Grimm, Görres, v. d. Hagen, Böckh, Savigny, der Vertreter der bildenden Künste wie Boisseree, Riepenhausen, Overbeck, Cornelius, Runge, Kestner, der Freiheitsjänger und anderer Ausläufer der Romantik. Was aber der Herausgeber hierüber aus Eigenem bietet, ist sehr wenig, der Hauptsache nach besteht es in einer Aneinanderreihung von Urtheilen der Zeitgenossen, eröffnet mit dem Aufsatz im Athenäum (1798), in welchem Fr. Schlegel das Programm der neuen Schule entworfen und derselben den zum Schlagwort erhobenen Namen verliehen hat, und gefolgt von zustimmenden und kritischen Kundgebungen der Jünger und Epigonen über Wesen und Ziel und Wirkung der Romantik — eine allerdings mit Sinn und Geschmack zusammengestellte Blumenlese, in der auch manches vergessene gute Wort zu Nutz und Frommen der Mitwelt wieder aufgefrischt wird. Die einschlägige neueste Literatur scheint dagegen dem Verfasser vielfach fremd geblieben zu sein.

Was uns näher interessirt, sind die Briefe der Freunde Zimmers selbst. Ist auch der Gesammtertrag aus denselben nicht bedeutend — der Inhalt bezieht sich vorwiegend auf die nächsten literarischen Unternehmungen — so sind es doch die bekannten, leuchtenden Gestalten der vaterländischen Dichtung und Literatur, die uns anziehen und auch durch kleine Züge in ihrer Eigenart sich zeigen. Den Vorantritt hat Achim von Arnim, der „Wunderhornist“, wie er sich gleich im ersten der sechs Briefe unterschreibt. Der gerade, warmherzige, ritterliche Ton, der Arnim eigen ist, sein „edel und treu verläßig Wesen“, wie es Görres in dem berühmten Nachruf geschildert, klingt auch in diesen kurzen, 1807 —1812 geschriebenen Briefen an. Sie beziehen sich auf das Wunderhorn, die Sammlung für den zweiten Theil, in dem er und Brentano um diese Zeit bereits „chaotisch sitzen“, namentlich auf den Anhang der Kinderlieder: „vielleicht nur

fünf Bogen, aber wie ich glaube einzig originell, wie es kein Volk als die Deutschen aufzuweisen, so ganz ohne vornehme Herablassung gegen die Kinder, so ganz Kind mit". Weitern Anlaß bieten seine Beiträge zu den Heidelberger Jahrbüchern, Recensionen über Zach. Werners „Attila", die er „mit Lust geschrieben", über Fr. Schlegels Gedichte und den von Brentano herausgegebenen „Goldfaden" Wickrams. Auch von dem kümmerlichen Dahinleben in Preußen, von der „fürchterlich knappen Zeit", welche die französische Occupation im Gefolge hatte, ist die Rede. Der Humor behält aber die Oberhand: „Ich lebe hier sparsam in einem kleinen Häuschen, und bin vergnügt. Wäre ich Goethe, so schrieb ich Sie in einem halben Jahre reich". (Berlin 1811.)

Von Clemens Brentano finden sich acht Briefe aus dem gleichen Zeitraum, von denen sich mehrere ebenfalls mit dem zweiten Bande des Wunderhorns beschäftigen, nebenbei aber viel Persönliches enthalten; so gibt er im ersten Brief, Kassel 29. November 1807, einige bemerkenswerthe Details über seinen Aufenthalt und Verkehr in Weimar und in Kassel, in der Zeit nach dem Tod seiner ersten Frau und der zweiten plötzlichen Heirath. Das Projekt der „Einsiedlerzeitung", das zu Kassel unter Grimms Einfluß damals entstand, das aber zur Zeit noch keinen Namen hat, wird bereits in den Hauptzügen entworfen und dem Buchhändler acceptabel gemacht:

„Ein zweiter Vorschlag, den ich mir in seiner Ausführung besonders reizend denken kann, wäre eine Zeitung in der Art des Morgenblattes, aber ganz als sei sie aus der Zeit des Mittelalters, oder vielmehr einer imaginären literarischen Zeit. Sie würde lauter reizende und kuriose Bruchstücke und ganz kleine Geschichten, Sagen, Begebenheiten, Sprüche, Lieder, seltsame Reisegeschichten, Züge aus alten Biographien und lauter homogene Dinge enthalten, die man in Bücher nicht bringen kann, und welche doch am Ende durch ein gutes Register die Zeitung zu einem einzigen herrlichen Buch, voller Kleinodien unserer alten poetischen und historischen Kunst machten; dann



wann einen trefflichen Holzschnitt oder ein altes Gebäude Umriß u. dgl. Nichts Modernes, nichts Gelehrtes, nichts nntes, nichts Langweiliges — eine schöne reizende Kunstner, welche sich selbst erklärt, und in welcher sowohl Alt Jung sich gern begeistern. Göthe gefiel auch dieser Plan wohl. Sagen Sie Ihre Meinung bald."

Bezeichnend für seinen Zustand bald nach seiner zweiten rathenen Heirath ist der Schluß des Briefes aus ssel 1808: „Ist Görres noch in Heidelberg? Ich bin schreiblich unglücklich, daß ich keinem Freunde, mit dem nicht gerade Geschäfte habe, zu schreiben wage." — Vier iefe vom Herbst 1808 und 1809 sind aus Landshut datirt, wo Brentano mit seinem Schwager Savigny lebte. Seine Schilderungen von den dortigen Universitäts- und Buchhändler-Verhältnissen lauten sehr unerfreulich. „Sie haben keine Idee, welche Armuth alle die gepriesenen hohen Anstalten hier haben. Die Buchhandlung ist elend; Krüll ist ein Mensch wie ein gefrorner Scheerenschleifer." Auch in der Correspondenz Savigny's ist von dem armseligen Stand des Buchhandels in München und Landshut wiederholt die Rede, weßhalb man ernstlich Versuche machte, einen unternehmenden Mann wie Zimmer nach München zu ziehen.

Mehr Interesse bietet Brentano's Brief vom 19. Januar 1809 bezüglich der Einsiedlerzeitung und des Wunderhorns, der mit den Worten beginnt:

„Goethe hat den Arnim unendlich freundlich in Weimar aufgenommen, ihm von seiner, des Herzogs und der Großfürstin Seite gedankt für den ‚Einsiedler', und ihm wörtlich erklärt: es sei ihm und Anderen nie ein so lebendiges Blatt erschienen; sie bedauerten Alle, daß er aufhöre, und hofften, daß mit der Zeit gewiß eine zweite Auflage erscheinen werde. Gegen Voß gibt er ihm in Allem gänzlich Recht, und bedauert nur, daß er ihm irgend je geantwortet. Die Recension vom Wunderhorn wird er ohne Zweifel wieder machen. Die des Görres (in den Heidelberger Jahrbüchern) habe ich mit Savigny sogleich durchgelesen. Wir finden sie beide so geistreich, so reich,

so fleißig und voll so herrlicher Gedanken, daß gewiß nach ihr Niemand mehr viel über das Buch zu sagen übrig bleibt. Savigny sagt, die Jahrbücher könnten stolz auf sie sein, wie er auch nicht mehr zweifelt, daß nach Creuzers Abzug von Heidelberg Ihres Journals bestes Leben mit ihm ziehen wird. Lassen Sie die Recension von Görres ja bald abdrucken. Ich fühle mich, nachdem ich sie gelesen, recht von neuer Ehrfurcht für diesen herrlichen Geist durchdrungen, und unabgesehen vom Wunderhorn, können an dieser Recension schon sich viele Menschen erquicken und laben. Ich schicke das Manuscript gleich zurück, denn es wäre eine Gewissenlosigkeit so etwas Treffliches und Treffendes der Oeffentlichkeit länger vorzuenthalten. Wenn Göthe's Recension des Buches Abgang auch mehr befördern wird, so wird sie doch nie über das Buch und seinen Werth etwas Besseres sagen können."

Und doch wurde der Abdruck dieser Görres'schen Recension durch Intriguen, namentlich von Seite Wilckens ungebührlich hingezögert, so daß der Schluß derselben erst ein halbes Jahr nach dem gedruckten Anfang erschien.[1])

Daß Görres mit dem Buchhändler Zimmer auf nicht minder freundschaftlichem Fuße verkehrte, wie die beiden vorgenannten Genossen, ist schon aus seinem eigenen Briefwechsel ersichtlich. Zimmer befand sich sogar unter seinen Zuhörern in Heidelberg. Bei Mohr und Zimmer erschien seine schöne und germanistisch bedeutsame Schrift: „Die teutschen Volksbücher" (1807), die auf die Brüder Grimm in Kassel einen so tiefen Eindruck machte, daß sie nun durch Vermittlung von Arnim und Brentano in direkte Verbindung mit Görres traten. Im gleichen Verlag erschien dann die Hauptfrucht seines Heidelberger Aufenthalts, seine „Mythengeschichte der asiatischen Welt." Von Görres sind nur fünf kurze Briefe an Zimmer mitgetheilt, der erste aus Coblenz 18. Sept. 1807, der letzte ebendaher vom 8. Juni 1812 datirt, wofern diese Angaben ganz verlässig resp. richtig copirt sind; denn mit den

1) Vgl. Görres Gesammelte Briefe II. 60. 89.

Jahresdaten will es nicht überall klappen. Das erste Billet, in humoristischer Ferienlaune am Rhein geschrieben, kündigt seine Wiederkunft aus Coblenz, wo Görres die Ferien verbrachte, in Heidelberg an, mit einer Einlage an den Pedell der Universität, welche augenscheinlich die für das schwarze Brett bestimmte Ankündigung seiner Vorlesungen für das Wintersemester 1807 bis 1808 enthielt; denn der Pedell soll „sie sogleich einsperren in die schwarze Höhle, wo die vielen anderen Gefangenen schmachten." — Ein zweiter Brief, vom 26. Juli 1811, handelt von den Buchhändler-Nöthen und Sorgen in diesen friedlosen Tagen des corsischen Welteroberers; zugleich schickt der längst wieder in Coblenz ansässige Gelehrte die erste Hälfte seiner großen, für die Heidelberger Jahrbücher bestimmten Recension über Jean Pauls sämmtliche Werke, die ihm unter der Hand stark angewachsen ist, weil ihm diese Werke ein ganzes „Gedankenheer" aufgewirbelt. Ein folgender Brief bringt dann den Schluß der Jean Pauls-Recension, „der vermuthlich an Kürze wieder einbringt, was der Anfang an Länge verbrochen hat. Der Mann hat zu großen Fuß, als daß Aschenbrödels Pantoffeln, wie sie Wilken mir zugemessen, ihm passen." Wilcken hatte sich nämlich bei Creuzer über „die Länge der Jean Paullina" beschwert,[1]) weil er alles nach der Elle maß. Es war keine Ueberhebung, wenn Görres hinzufügt: „Ich glaube, daß die Recension Ihre vortrefflichen Jahrbücher nicht verunzieren wird."

Dieser Brief (angeblich „Coblenz am 11. Mai 1812") muß übrigens um ein Jahr zurück (Nov. 1811) datirt werden. Denn die Recension „Ueber Jean Paul Fr. Richters sämmtliche Werke" erschien noch im 12. Hefte der Heidelberger Jahrbücher von 1811. Auch die folgende Stelle im gleichen Schreiben von Görres an Zimmer stimmt dazu: „Dann finden Sie die Recension über den Meteorcultus der Alten

---

1) Vgl. Görres Ges. Briefe II. 239.

(von F. v. Dalberg), auch in aller lobenswerthen Kürze, doch glaube ich, daß beinahe so viel darin ist, wie im Buche". Hätte der Herausgeber Heinrich Zimmer, wenn er nicht die Heidelberger Jahrbücher zur Controle vergleichen wollte, wenigstens in den Gesammelten Briefen von Görres nachgesehen, so wäre er von selbst auf die richtige Fährte gerathen. Denn dort (II. 256) findet sich ein kurzer Brief vom Buchhändler Zimmer abgedruckt, Heidelberg 23. Nov. 1811, der den Empfang des fraglichen Briefes vom 11. November mit den Recensionen über Jean Paul und F. v. Dalberg sowie die erfolgte Drucklegung dieser beiden Recensionen noch in dem gleichen Jahrgang meldet.

Auch an zwei andern Briefen erheben sich bezüglich der Datirung begründete Zweifel. In dem letzten der fünf Briefe, vom 8. Juni 1812, scheint wenigstens das Monatsdatum falsch gelesen zu sein; es muß offenbar Januar statt Juni heißen. Denn Görres beginnt sein Schreiben mit den Worten: „Meinen Neujahrsgruß zuvor, lieber Zimmer." Ein Neujahrsgruß im Monat Juni — käme doch etwas gar zu spät! Ebenso weist endlich der ganze Inhalt des an dritter Stelle eingereihten Briefes — „Coblenz 23. April 1812" – darauf hin, daß er in eine andere, spätere Zeit und zwar, wie ich vermuthe, in das Jahr 1815 zu versetzen sei. Im Frühjahr 1812 war Görres noch still für sich, ganz in gelehrte Arbeiten, in seine germanistischen und orientalischen Studien vertieft. Firdusi's herrlicher Schah Nameh und die Einleitung zum Lohengrin füllten damals seine Seele aus. In diesem Brief aber weht ganz andere Luft. Von gelehrten Dingen keine Spur. Fast jeder Satz deutet hier auf die erregte Zeit und Stimmung des Rheinischen Merkur, und zwar schon in die durch den Verlauf des Wiener Congresses getrübte und gespannte Periode der Anfechtungen und Denunciationen, der Verdächtigung und politischen Ueberwachung; der Brief liest sich wie eine Variation zu dem fast um die gleiche Zeit geschriebenen besorgten Warnungsruf

W. Grimms an Görres in der Briefsammlung des letztern.[1]) Görres konnte damals, wie er an Jakob Grimm schreibt, „kaum etwas anderes denken, als was mit meinem jetzigen Treiben zusammenhängt.“[2]) Das drückt sich auch ganz in dem fraglichen Briefe an den (um diese Zeit vom Buchhandel zurücktretenden) Freund Zimmer ab, der also lautet:

„Ich danke Ihnen, mein lieber Zimmer, für Ihren letzten Brief. Ich sehe daraus, daß Sie in besorgter Treue und Redlichkeit noch immer der Alte sind. Ich kann mir recht gut Ihr Gesicht denken, wenn Sie wieder ein Blatt von mir erhalten und sich wundern, wie das vom Maule spricht, ohne weder rechts noch links sich umzusehen. Es ist, wie Sie wissen, so ganz unbefangen meine Weise, und ich habe gefunden, daß es doch in der Welt bis zu einem gewissen Grade geht, wenn man es gleich für unmöglich hält. Die Schlechtigkeit ist unbeschreiblich feige, überdem verfängt sich alles so durcheinander, daß, geht man nur gerade drauf los, alles verdutzt und verwundert aus dem Wege geht. Sie haben mich jetzt unter die Censur gethan, indessen mache ich mir nicht viel daraus, es ist im Ganzen nur pro forma, auch muß ich freilich, wenn es ruhiger und stiller wird, mehr einlenken, um nicht zu verderben, wo ich gut machen möchte. Denunziationen habe ich genug auf dem Leibe; ich mache mir indessen nichts daraus, und weiß sie schon abzufangen. Leben Sie wohl und behalten Sie uns lieb. Ihr Görres.“

Zu den Mitarbeitern der Einsiedlerzeitung und der Heidelberger Jahrbücher gehörten ferner die Brüder Schlegel; auch sie kamen dadurch in Berührung und geschäftliche Verbindung mit dem Verleger derselben. August Wilhelm gab im Verlag von Zimmer seine in Wien 1808 gehaltenen berühmten „Vorlesungen über dramatische Literatur und Kunst“ heraus. Von Friedrich Schlegel erschien im gleichen Verlag sein epochemachendes Werk „Ueber die Sprache und

---

1) Vgl. Görres Gesammelte Briefe II. 463.
2) Ebendas. II. 455.

Weisheit der Indier", welches eigentlich das heute so hoch entwickelte sprachvergleichende Studium angeregt hat. Auch die ganze orientalische Richtung in der neuern Poesie ist, wie schon Gödeke hervorgehoben, wesentlich ihm anzurechnen. — Ludwig Tieck kam auf der Rückreise von Rom, wohin er 1805 mit Herrn v. Rumohr und den beiden Riepenhausen gereist war, im Herbst 1806 nach Heidelberg und in die dortigen Kreise, wo man ihn gerne für die Hochschule gewonnen hätte. Er lieferte als Beitrag für die Einsiedlerzeitung ein Bruchstück aus seiner Bearbeitung des „König Rother". Auf die Aufforderung, Vorlesungen über die Dichtkunst zu halten, bemerkt er in einem Briefe vom 20. Dezember 1807 an Zimmer:

„Mit dem Lehren ist es eine eigene Sache. Das Historische, die Gedächtniß-Sache ist leicht mitzutheilen, und jeder nimmt sie nothwendig aus seinem Standpunkte. Das ist aber nicht die Wissenschaft von der Poesie, sondern Alles, was in Poesie da ist, und Alles, was über diese Facta gesagt werden kann, sind nur fragmentarische Belege dazu. Die Einsicht in die Poesie ist die Einsicht in alle Kräfte der Welt, in Natur und Geschichte, die psychologia vera. Davon enthüllt sich in glücklichen Momenten ein Theil: es ist ein schneller Blick in diese unendliche Welt, ein Finden unser Selbst; aber dieß festzuhalten, ohne sich in mystische oder philosophische Formeln festzuspinnen, ist sehr schwierig. Das Wort, das ausgesprochene, wie es unserer inneren Seele den Spiegel vorhält, in welchem sie die eigene Figur erblickt, hat wieder die Kraft schwarzer Magie, daß es der Sprechende gar zu leicht lieber gewinnt, als was er aussprechen wollte".

Es wäre noch eine kleine Gruppe anderer Männer zu erwähnen, wie A. Böckh, de Wette, Marheineke 2c., welche sich in vorliegender Sammlung brieflich vernehmen lassen. Aber die Interessen, die sie berühren, liegen mehr abseits und fallen meist auch über die romantisch beglänzte Zeitperiode Alt-Heidelbergs hinaus. Wenige Jahre nach dem Abzug der Romantiker aus Heidelberg trat auch in Joh. G. Zimmers

Leben eine Wendung ein. Er nahm Unterricht im Latein und Hebräischen, ging zum Studium der Theologie über und bestand nach drei Jahren das Examen als Predigtamtscandidat. Er gab den Buchhandel auf und wurde Pastor in Schriesheim an der Bergstraße, nachher in Worms, und beschloß sein Leben 1853 in Frankfurt am Main.

Görres und Brentano bewahrten dem redlichen Manne auch in späteren Tagen die alte Freundschaft. Im Jahre 1818 besuchte ihn Görres auf einer Reise nach Nanzig in Worms und hörte ihn predigen. Auch Brentano kam in diesem Jahre nach Worms. Als Zimmer ihn seinem Amtsgenossen Graf vorstellte, und dieser meinte, Brentano sei ein Buchhändler, entgegnete der Dichter: „nein, ich bin einer von denen, welche die Buchhändler zu Grunde richten". Auf seiner Flucht nach Straßburg im Oktober 1819 ruhte Görres einen halben Tag bei Zimmer aus und gab von dort seiner Familie in Coblenz Nachricht von seinem Thun und Vorhaben, und Verhaltungsmaßregeln für ihre Zukunft.[1]) Noch zwei Jahrzehnte später, als so Vieles in den Weltverhältnissen und in den Gesinnungen der Menschen inzwischen anders geworden, am 11. März 1840, schrieb Clemens Brentano von München aus an den alten Freund Zimmer, der ihn um Ueberlassung der Märchen für den Verlag seines Sohnes angegangen hatte, in unveränderter Gesinnung. Die Antwort lautet:

„In der Stunde, da ich Ihren wohlwollenden Brief erhielt, reist mein Neffe Louis hier durch, und mißtrauisch auf meine Nachlässigkeit gebe ich ihm diese Zeilen mit, damit Ihr treues Freundschaftsgedenken an mir nicht zu Schanden werde. Leider habe ich die Märchen bereits Herrn Schmerber zugesichert, der sie einer armen Anstalt, der sie angehören, anständig honorirt. Also ist mir nicht möglich, Ihren mich so sehr unverdient ehrenden Freundes- und Vaterwünschen zu entsprechen. — Ihr Andenken ist mir immer unbefleckt lieb und theuer. Ein Buchhändler, wie Sie es waren, ist so ehrwürdig, wie eine unschuldige

1) Görres' Familienbriefe S. 97, vgl. 91.



Magd im Wirthshaus. Gott lohne Ihnen in Ihren Kindern, er mache alle seine Gnade an Ihnen voll. Grüßen Sie alle die lieben Ihrigen, die von mir wissen. Görres denkt Ihrer oft mit herzlicher Verehrung und grüßt Sie. Gott nehme alle die Seinen in seine väterliche Hut. Wir gehen schweren Zeiten entgegen. Adieu, liebste Seele. Ihr alter Clemens Brentano".

Der Zimmer'sche Briefwechsel bietet Anlaß, auf ein Werk zurückzukommen, das zwar schon vor einigen Jahren erschienen ist, das aber mit seinem Namen eng genug zusammenhängt, um in dieser Verbindung erwähnt zu werden: ich meine den Neudruck von „Tröst Einsamkeit".

Für unbefangene Gemüther wird das Heidelberger poetische Intermezzo jugend- und schaffensfreudiger Geister immerfort ein Gegenstand der Erquickung, ein Lichtpunkt in einer unsäglich düsteren und frostigen Zeitepoche sein. Und als Symbol, als Erkennungszeichen, als Feldruf aller jener edlen Bestrebungen wird in erster Linie immer „Tröst Einsamkeit" gelten, wie Arnim hernach in der Buchausgabe die Zeitung für Einsiedler getauft hat. Die merkwürdige Zeitung hat nicht lange gelebt, aber ihren Zweck hat sie, nach dem treffenden Ausdruck Eichendorffs, „als Leuchtkugel und Feuersignal" vollkommen erfüllt. Sie war ein Programm der Romantik und hat wunderbar erweckend auf die Zeitgenossen gewirkt. Heute ist das Buch eine antiquarische Seltenheit geworden. Die Zahl der Kenner und Liebhaber, welche diese literarische Merkwürdigkeit bewahrt, ist sicherlich sehr klein. Es war daher ein guter und löblicher Gedanke, einen genauen und wortgetreuen Neudruck zu veranstalten und das Buch einem weiteren Kreise von Literaturfreunden dadurch wieder zugänglich zu machen. Dieser Neudruck, von Fr. Pfaff besorgt, ist im Jahre 1884 erschienen.[1])

---

1) Arnims Tröst Einsamkeit. Herausgegeben von Dr. Fridrich Pfaff. Mit 10 Abbildungen. Freiburg i. B. und Tübingen 1884. Akademische Verlagshandlung von J. C. B. Mohr. XCVI u. 412 S.

Der Text dieses interessanten Denkmals kerndeutscher Poesie und Literatur ist mit musterhafter Sorgfalt und Treue behandelt — nur die Druckfehler, die dem Herausgeber Arnim, laut Görres' Bericht, so viel Schmerzen bereiteten, sind corrigirt — und Vieles mit Noten und literarischen Nachweisen erläutert. Sogar die Bilder sind beibehalten, weil sie zum Charakter des Buches gehören, und wer das Original kennt, muß bezeugen, daß die Nachbildungen durchaus gelungen sind.

Dr. Pfaff hat aber das Werk durch eine anziehende und gründliche (92 Seiten fassende) Einleitung noch besonders werthvoll gemacht, welche sich über die Geschichte und Bedeutung des Unternehmens, über die Persönlichkeiten und Mitarbeiter, die an demselben sich betheiligt, über den heftigen Streit, der im Lager der literarischen Gegner darob entbrannte, über das geistige Leben jener Zeit in der aufstrebenden Neckarstadt überhaupt verbreitet. Der Herausgeber zeigt sich mit seinem Gegenstand wohl vertraut; er ist den Quellen mit Umsicht nachgegangen und hat mit glücklichem Spürsinn manchen Fund gemacht, der über Dunkles aufklärt, Verschollenes auffrischt und die eigenthümliche Heidelberger Literaturperiode verständlich macht. In der Art der Beurtheilung ist sein Bestreben nicht zu verkennen, Licht und Schatten nach Billigkeit zu vertheilen, namentlich muß man anerkennen, daß er mit Verständniß und gutem Willen beflissen war, den drei Männern, „die berufen waren, der seit langer Zeit wenig genannten Neckarstadt eine ganz eigene Stellung in der literarischen Welt zu geben", nemlich den drei Verbündeten Arnim, Brentano und Görres Standpunkt aus nach Möglichkeit gerecht zu wer in dem, was sie für die Erweckung der äl Literatur geleistet haben.

Ueber das Wunderhorn und die Aufna den Zeitgenossen gefunden, ist hier in Kürze und Gutes gesagt. Von den über das Wunder

Recensionen erachtet auch Pfaff die von Goethe als die beim großen Publikum wirksamste, die von Görres in den Heidelberger Jahrbüchern aber als „entschieden am bedeutendsten“. Görres, meint er, fühlte sich wohl am ersten verpflichtet, bei Zeiten ein gutes Wort über das Buch zu sagen, da er sah, wie sehr es noch ringsum mit dem Verständniß für Volksthum und Volkspoesie im Argen lag. „In seiner Brust weckte der Eindruck jedes vollendeten schönen Werkes das Mitschwingen und Tönen gleichgestimmter Saiten, und sein lebhafter phantasievoller Geist führte dann die einfachen volltönenden Motive zur unendlichen Melodie aus. Allem Werden ging er mit Liebe und Begeisterung nach und entwickelte es dann im Ueberschwange seiner wundervollen Rede. Da war das Volkslied der rechte Stoff für ihn . . . Die fortlaufende Charakterisirung einer Reihe von Liedern aus dem Wunderhorn hält wohl den Vergleich mit der Goethes aus; ja sie hat sogar das sozusagen theoretische historische Verständniß für das Volkslied an sich vor der Goetheschen voraus, welche letztere mehr vom allgemeinen ästhetischen Standpunkte aus die Lieder betrachtet“.

Auch was zur Beurtheilung anderer Schriften, welche aus dem Kreise der Heidelberger Romantiker hervorgegangen sind, beigebracht wird, liest man mit Interesse. Von Bedeutung ist namentlich der Nachweis dessen, was Görres durch seine Schrift über „Die teutschen Volksbücher“ gewirkt (XII bis XXI). Daß es vor allem nöthig war, „ein allgemeines Interesse für das deutsche Alterthum zu wecken, und daß Schriften wie Görres Volksbücher dazu besonders geeignet sein mußten“, wird dem Einsichtigen klar. „Niemand“, heißt es weiter, „hat vor und nach ihm so schön über die Volksbücher geredet“; Görres ist in die Wahrheit alter Poesie hineingedrungen und „es gelingt ihm der Sache überraschende Gesichtspunkte abzugewinnen . . . Görres Buch war und ist der großartigste Versuch der Popularisirung dieser Literaturgattung“. Bezüglich seiner Abhandlung über

das Nibelungenlied (in der Einsiedlerzeitung) wird auch von Dr. Pfaff hervorgehoben, daß Görres die später von Holtzmann aufgegriffene und ausgesponnene Idee vom großen Gesammtepos, „in dem die Nibelungen nur ein Gesang gewesen sind", zuerst ausgesprochen hat. „Bemerkenswerth ist, daß Görres der erste war, der die nordische Prosa, der das persische Epos zur Vergleichung heranzog. Wir müssen Görres' riesenhafte Belesenheit bewundern, und zwar um so mehr, als zu seiner Zeit die Quellen durchaus nicht so bequem zur Hand waren wie jetzt, da wir doch noch großentheils von den Citaten und Vorarbeiten der Romantiker leben. Es wird schwer, richtig zu schätzen was es heißt, so ganz auf eigenen Füßen zu stehen, wie ein Görres mußte". Ebenso unbefangen lautet das Urtheil über dessen spätere Gelegenheitsschrift: „J. H. Voß und seine Todesfeier", das unser Autor in den Ausspruch faßt: nie seien über Voß treffendere Worte, wahrere in Lob und Tadel ausgesprochen worden, wie in dieser Schrift. „Görres' Schrift sollte jeder lesen, den Voß und seine Zeit anzieht. Mit Verwunderung wird er treffende Worte über Voß vernehmen, die, ohne daß Görres' Name dabei genannt würde, [heute] als allgemeingültig überall im Umlaufe sind. Mit dem größten Rechte hat man diese Schrift für eine der besten von Görres erklärt".

Daraus erhellt zugleich, unter welchem Gesichtspunkt der Herausgeber die Haltung der Streiter im gegnerischen Lager zu Heidelberg beurtheilt. Der Hauptgegner selbst — „der alternde Voß, der in seiner Einseitigkeit und Einsamkeit mehr und mehr versteinerte" — und sein Anhang wird gut charakterisirt, und der Kampf der Vossiden gegen die „Einsiedler" im Stuttgarter Morgenblatt und andern Zeitschriften erfährt die richtige Beleuchtung. Die blinde Parteiwuth, der sich das Morgenblatt zum Tummelplatz hergegeben, bildet ein dunkles Blatt in der Geschichte dieses Cotta'schen Organs. Die Plumpheit der Angriffe, und auch die Unwissenheit der

Angreifer wird nach Gebühr gezeichnet.[1]) Diesen Angriffen gegenüber blieben die streitbaren Männer der Einsiedlerzeitung ihrerseits nichts schuldig, aber ihre Kampfesweise ist anderer Art. Der Herausgeber läßt uns die Art der Polemik auf beiden Seiten an einer Reihe von Beispielen vergleichen, und schließt: „Das Urtheil, das wir aus dieser Vergleichung ziehen, fällt sicherlich bedeutend zu Gunsten der Romantiker aus. Bei ihnen ist überlegener Witz, Gestaltungsgabe, kurz dichterische Kraft. Und die Zwecke, die sie in der Zeitung für Einsiedler verfolgten, waren gut, rein und groß. Die Zeitung hätte wohl ein anderes besseres Loos verdient gehabt".

Im Uebrigen haben die „Einsiedler" durch einen schönen Ausspruch selber gezeigt, daß ihnen gerechter Sinn, ein weiter Blick und echt historische Anschauung innewohnte, indem sie in ihrer Zeitung das Facit zogen: „Der blinde Streit zwischen sogenannten Romantikern und sogenannten Classikern endet sich; was übrig bleibt, das lebt". Der gesunde, lebendige Grundgedanke, der jene beseelte, wird in der Literatur unvergänglich bestehen. Es ist ein unbestreitbar wahres Wort: Solange unerklärliche Sehnsucht die Herzen nach der Welt der Wunder zieht, so lange wird die romantische Poesie auf Erden walten.

---

1) Ein Recensent im Morgenblatt, der Görres' Abhandlung über das Nibelungenlied bekrittelt, weiß so wenig, wovon die Rede ist, daß er den „gehörnten Siegfried" für hörnerbegabt nimmt.

IX.

Zeitläufe.

Die „fortdauernd unsichere Lage" in Berlin und vor den Delegationen zu Wien.

Am 12. Juli 1889.

Die Friedenssonne hatte sich wieder einmal verfinstert, die Schatten waren auf Commando des deutschen Kanzlers so rasch wieder verflogen, wie gekommen, und jetzt beginnen die Wolken abermals aufzusteigen. Alles auf dem Papier der Zeitungen. Gott weiß, wie oft das Spiel schon dagewesen ist; aber dießmal hatte es doch einen eigenthümlichen Nachgeschmack hinterlassen. Man hat nämlich bei der Gelegenheit erfahren, daß sich in Berlin eine militärische Nebenregierung emporarbeiten möchte, welche die Zirkel des Reichskanzlers zu stören und durch die Presse, namentlich durch die „Kreuzzeitung", die öffentliche Meinung zu beeinflussen suche, auf dem Wege der Hintertreppen aber den Kaiser selbst.

Hienach wäre der Kanzler in den jüngsten Beängstigungswochen auf Seite der Börse gestanden, welche im Hinblick auf das neue russische Anlehen keinen Kriegslärm brauchen kann, während „die militärische Nebenpolitik Alles zusammentrage, was zum Kriege reize und beunruhige". Fürst Bismarck, versicherten die Officiösen, wisse nicht, wie derartige Artikel in die deutsche Presse kommen könnten; er selbst sehe

heute nicht mehr Anlaß zur Beunruhigung, als in den letzten Jahren überhaupt. Während namentlich die „Kreuzzeitung" unter Hinsweis auf die russischen Rüstungen sich über die preußischen Banken entsetzte, welche das neue russische Anlehen poussirten, verlautete über die Meinung des Kanzlers: ob die Russen Anlehen machten oder nicht, könne uns im Grunde gleichgiltig seyn, denn die Kriegsgefahr werde dadurch weder ferner noch näher gerückt; Rußland brauche zu einem Kriege keine Anlehen, da es in diesem Falle durch die uncontrolirbare Notenpresse seinen Geldbedarf herstellen könne; bedenklich sei nur der Umstand, daß beim Ausbruch des Kriegs die Zinszahlungen aufhören könnten.

Dieser Anschauung wäre also die „Kriegstreiberei" jener militärischen Nebenpolitik entgegengestanden, welche Alles zusammentrage, „was Unruhe erzeugt und Handel und Wandel lähmt". Es wurde sogar erzählt, die „politisch-militärischen Unterströmungen" seien so hoch angestiegen, daß der preußische Generalstab eine Denkschrift über die russischen Rüstungen an den Kaiser richtete, worin dargelegt wurde, diese Rüstungen hätten allmälig einen solchen Umfang angenommen, „daß die deutsche Reichsregierung sich kaum noch lange der Nothwendigkeit werde entziehen können, an das Petersburger Kabinet eine Anfrage zu richten, was es eigentlich mit diesen, einer Mobilisirung gleichzuachtenden, Rüstungen bezwecke". Die Denkschrift war angeblich noch vor dem trotzigen Czarentoast verfaßt, aber nach demselben überreicht; umsomehr soll sie den jungen Kaiser in heftige Erregung versetzt haben, mit deren Beschwichtigung sich der Kanzler zu befassen gehabt habe.[1])

Aus verschiedenen anderen Anzeichen geht allerdings hervor, daß der Militarismus in Preußen sich zu fühlen

---

1) Vgl. „Kölnische Volkszeitung" vom 21. Juni u. Berliner „Germania" vom 22. Juni d. Js.

und zu rühren beginnt. Die Anklage, daß aus militärischen Kreisen versucht werde, die officielle Staatspolitik zu durchkreuzen, erschien in demselben Hamburger Blatte, welches vor einem halben Jahre beauftragt war, darauf aufmerksam zu machen, „zu welchen unliebsamen staatsgefährlichen Consequenzen allzugroßes Vertrauen zu gewissen Persönlichkeiten in der nächsten Umgebung des Herrschers führen könne". Chef des Generalstabs, von welchem jene Denkschrift ausgegangen wäre, ist bekanntlich Graf Waldersee, Freund und Verwandter des jungen Kaisers. Augenscheinlich glaubt der Kanzler selber an einen „kommenden Mann", durch den die militärische Nebenregierung an die Stelle der civilen Regierung treten würde. Man sollte meinen, das wäre auch nicht mehr als logisch.

Zunächst ist aus den fraglichen Symptomen zu schließen, daß die Politik des Kanzlers doch nicht mehr überall für unfehlbar gehalten, und namentlich Rußland gegenüber kaum noch verstanden wird. Anderen Leuten ist es längst so ergangen. Wenn diese Politik der zwei Achseln, insbesondere in militärischen Kreisen als meisterhaftes Nichtsthun eines ruhebedürftigen Greises erscheint, so ist dieß am wenigsten zu verwundern. Bisher war das meisterhafte Nichtsthun eine angestammte Eigenthümlichkeit bei den Leitern der österreichischen Politik; jetzt hat es sich auf einmal ereignet, daß man aus Wien ein mannhaftes Wort vernimmt, während der deutsche Kanzler, selbst auf die Gefahr hin, in den Verdacht senilen Eigensinns zu gerathen, seine russischen Liebeswerbungen unentwegt fortsetzt. Das wißbegierige deutsche Publikum mag inzwischen mit der schweizerischen Katzbalgerei sich amusiren, die in St. Petersburg auch wieder ihren Zweck verfehlt hat.

Kaiser Franz Joseph hat in seiner Ansprache an die Vorsitzenden der Delegationen gesagt: „In Bulgarien herrscht Ordnung und Ruhe, und es ist erfreulich, die stetigen Fortschritte zu constatiren, welche dieses Land trotz seiner schwierigen

Lage macht". Man muß sich erinnern, was Alles gegen dieses Bulgarien seit mehr als vier Jahren von St. Petersburg und beziehungsweise von Berlin aus gethan, geschrieben und gesprochen worden ist, um das Schwergewicht der wenigen, aber wohlerwogenen Worte des Kaisers zu ermessen. Für Berlin war das mißhandelte Land bis heute noch weniger als „Hekuba"; der deutsche Consul durfte den erwählten Fürsten desselben nichteinmal auf der Straße grüßen. Der Czar erklärt Land und Regierung als revolutionär und den bestehenden Zustand als „Anarchie". Noch im Frühjahr 1888 machte er den Versuch, die europäischen Mächte zum gemeinsamen Einschreiten in Bulgarien zu bewegen. Die Pforte sollte gezwungen werden, den Fürsten Ferdinand aus dem Lande zu weisen, in Erfüllung der lehensherrlichen Verpflichtung des Sultans. Frankreich stimmte eilends zu, und Fürst Bismarck kehrte dem „Dreibund" thatsächlich den Rücken, um sich für den Fall dem Erbfeind und dem Nationalfeind anzuschließen.[1]) So versteht sich erst die allgemeine Ueberraschung, womit die Worte des Kaisers aufgenommen wurden, mit heller Freude in Bulgarien selbst, mit Genugthuung überall, außer an der Newa und an der Spree. Die kaiserlichen Worte sind eine Umschreibung der damaligen Erklärung Lord Salisbury's: „Die Unabhängigkeit Bulgariens ist ein europäisches Interesse"; sie kommen einer indirekten Anerkennung der Regierung in Sophia gleich.

Im vorigen Jahre war in der österreichischen Thronrede Bulgarien gar nicht erwähnt worden, und in die jetzige soll die Stelle erst im letzten Moment aufgenommen worden seyn. Sie ist die Antwort auf die immer rücksichtsloser auftretende panslavistische Agitation, auf die offenkundige Inschutznahme aller Umsturzversuche am Balkan durch Rußland, auf den unläugbar ungünstigen Umschwung in den Balkanländern, ausgenommen Bulgarien, und auf den das Alles zusammen-

1) Münchener „Allg. Zeitung" vom 14. Febr. u. 1. März 1888.

ſſenden Czarentoaſt. Auch der Miniſter Graf Kalnoky erklärte vor der ungariſchen Delegation: „Die Bulgaren verdienen es in der That, daß man Akt nehme von dem durch eine Reihe von Jahren gelieferten Beweis, daß ſie in hohem Grade die Eigenſchaften beſitzen, welche zur Begründung eines geordneten, vielverſprechenden Staatsweſens nothwendig ſind. Das Vertrauen in die Klugheit und in das patriotiſche Zuſammenwirken der Bulgaren iſt durch die Thatſachen gerechtfertigt und bekräftigt worden“. Der Miniſter iſt bekannt als Meiſter in der Kunſt des diplomatiſchen Eiertanzes. Bezüglich der „ſchwierigen Lage“ fügt er bei: daß die Bulgaren allerdings nicht ohne eigenes Verſchulden hineingerathen ſeien. Er meinte den Anſchluß Oſtrumeliens gegen die Beſtimmung des Berliner Vertrags, welcher Anſchluß ja in St. Petersburg hochwillkommen geweſen wäre, wenn an Stelle des Fürſten Alexander ein ruſſiſcher Satrap in Sophia gethront hätte. Bekanntlich lieſt auch der deutſche Kanzler aus jenem Vertrage ruſſiſche Vorzugsrechte in Bulgarien heraus, von welchen thatſächlich keine Sylbe darin ſteht.

Noch in den kaiſerlichen Anſprachen an die Delegationen von 1886 und 1887 iſt das Beſtreben erſichtlich, nur ja Rußland nicht durch Widerſpruch zu reizen. Erſtere ſpricht von „bedauerlichen Verwicklungen in Bulgarien, die neuerdings Anlaß zu ernſten Beſorgniſſen geben“; letztere ſtellt den „zuläſſigen Wünſchen der Bulgaren“, d. i. ihrem neugewählten Fürſten, die europäiſchen Verträge und Intereſſen entgegen, wie Rußland heute noch thut.[1]) In der ungariſchen Delegation entſpann ſich denn auch damals eine intereſſante Debatte über die Frage, wie dieſe Kluft zu überbrücken und der von der Thronrede gewünſchte „Einklang“ herzuſtellen wäre. Aus dem Vergleich der damaligen und der jetzigen Aeußerungen des Miniſters dürfte gleichfalls auf eine Er-

1) Wiener „Neue Freie Preſſe“ vom 1. November 1887.

muthigung der österreichischen Anschauung zu schließen seyn, und der Wechsel des Standpunktes klar werden.

Graf Julius Andrassy, bekanntlich einer der gewichtigsten Mitarbeiter am Berliner Vertrag, brachte die Frage von der Anerkennung der Wahl des Prinzen von Coburg zum Fürsten von Bulgarien zur Sprache. Er meinte, es müsse endlich ein Schritt zur Lösung geschehen, denn „in deren Ermangelung gingen Milliarden verloren und der gegenwärtige bewaffnete Zustand wäre kaum weniger schlimm, als der Krieg“. Der Graf erklärte erstens: „der Berliner Vertrag kenne keine Candidatur seitens der Mächte, sondern nur die freie Wahl seitens des bulgarischen Volkes; die Idee der Candidirung seitens irgend einer Macht (Rußlands) habe sich erst nachträglich eingeschlichen, habe aber im Vertrage selbst keine Berechtigung; seit die Wahl des Fürsten von Coburg vollzogen sei, müsse sie als legal betrachtet werden“. Damit war der Minister einverstanden; Rußland bestreitet dagegen die Legalität und die Rechtmäßigkeit der Sobranje, welche die Wahl vorgenommen hat, und der deutsche Kanzler steht auf seiner Seite. Graf Andrassy fragte zweitens, wie der Minister den Artikel 3 des Berliner Vertrags verstehe: ob „die Wahl des Fürsten, um rechtskräftig zu seyn, der Zustimmung aller Mächte bedürfe, und ob diese Zustimmung eine collektive seyn müsse oder von jeder Macht separat abgegeben werden könne?“ Ersteres behauptet Rußland, um so nach seinem Belieben den anderen Mächten die Hände binden zu können, und der deutsche Kanzler leistet dieser Politik ausgesprochener Maßen seinen Beistand. Auch Graf Kalnoky war damals der Meinung, jede Intervention einer einzelnen Macht in der bulgarischen Frage sei unbedingt ausgeschlossen, und der Artikel 3 nach Analogie ähnlicher Formulirung in anderen europäischen Verträgen zu verstehen. [1]) Jetzt sagt der Minister,

1) Graf Andrassy bemerkte ausdrücklich: der Artikel 3 sei wörtlich aus dem Vertrage von San Stefano (Art. 7) hinübergenommen

„das Recht der Anerkennung besitze allerdings jede Macht für sich, ein principielles Hinderniß sei also in dieser Beziehung nicht vorhanden; er müsse sich aber die Art und Zeit zur Regelung der Frage ganz vorbehalten". Der Eindruck dürfte ziemlich allgemein seyn, daß Rußland selbst die Zeit dazu überreif gemacht hat, wenn der Minister jetzt ein Nothrecht anerkennt, das er früher verneint hat.

Bei jenen Verhandlungen in der Delegation hat der ungarische Graf die weitere Aeußerung fallen lassen: er habe seinerzeit in Berlin befürchtet, diese Balkanvölker möchten durch eine lange Unterdrückung dahin gelangt seyn, das Joch nicht mehr erdulden, aber auch die Freiheit nicht mehr ertragen zu können; „Serbien und Bulgarien hätten nun aber glänzend das Gegentheil erwiesen". Leider hat sich der Graf in Serbien getäuscht. Sein Kaiser kann den Serben gleiches Lob nicht ertheilen, wie den Bulgaren; im Gegentheil spricht Sorge und Betrübniß aus den bezüglichen Worten der Thronrede. „Der bedauerliche Entschluß des Königs Milan von Serbien, dem Throne zu entsagen, hat während der Minorennität des Königs Alexander die Macht in die Hände einer Regentschaft gelegt, von welcher Mir in der förmlichsten Weise die Versicherung gegeben wurde, die bisherigen freundschaftlichen Beziehungen zu Oesterreich-Ungarn fortsetzen und pflegen zu wollen. Von wohlwollenden Gefühlen für das benachbarte Königreich erfüllt, wünsche Ich dieß auch Meinerseits und hoffe, daß die Klugheit und der Patriotismus der Serben das Land vor ernsten Gefahren bewahren werde."

---

worden, und dort von Rußland selbst als „Zeugschaft" (consentement) der Mächte bei dem Akte einer muselmanischen Macht gegenüber einem christlichen Lande, nämlich der Anerkennung der bulgarischen Fürstenwahl durch die Pforte, verstanden worden. S. Sitzungsbericht der Berliner „Germania" vom 8. November 1887.

Worin gründet der Unterschied zwischen der Entwicklung der beiden Länder? Die Bulgaren sind tatarischer Abkunft; sie stehen an sich schon allgemein in dem Rufe, daß sie der solideste und tüchtigste Volksstamm unter den Balkanvölkern seien. Sie haben keine Nationsgenossen, außer den noch unter der türkischen Herrschaft in Macedonien zerstreuten Stammverwandten, und seit der Vereinigung beider Bulgarien nördlich und südlich vom Balkan ist Großbulgarien eigentlich fertig, ein Staat doppelt so volkreich wie Serbien. Der nationale Chauvinismus, von dem alle südslavischen Stämme geplagt sind, hindert die Bulgaren nicht, sich vor Allem der Besserung ihrer inneren Verhältnisse, ihrer staatlichen Wiedergeburt zu widmen. Sie sind unmittelbar aus der türkischen Botmäßigkeit vor diese Aufgabe gestellt worden, und haben von dem russischen Einfluß nur die Peitsche gefühlt und nicht, wie ihre Nachbarn, vom russischen Zuckerbrod sich die Zähne verdorben.

Das Unglück der Rumänen ist ihr verdorbener Adel; das der Serben war der Widerstreit zweier dynastischen Geschlechter, welche sich überdieß abwechselnd um die Gunst einer fremden Großmacht bewarben und von Zeit zu Zeit den Bürgerkrieg herbeigeführt haben. Serbien, hat der abgedankte Milan gesagt, sei das Land zahlreicher Revolutionen, und daher rühre die Parteiwuth, welche das Volk zerreiße. Er soll noch bei der Abdankung vor Zeugen erklärt haben: er werde als Diktator wieder kommen, denn seine Serben würden bei den Freiheiten der von ihm selbst gegebenen neuen Verfassung „sich untereinander blutig zerfleischen und gegenseitig schlachten, und wenn sie sich genug zerfleischt hätten, würden sie ihn rufen, damit er ihnen die Wunden verbinde und Pflaster auflege; es würde dann wieder so seyn wie unter Milosch und Michael“, d. i. wie unter dem absolutistischen Regiment. Der Mann kennt ja seine Serben; aber bezüglich seiner Person ist man im Lande, wie in Rußland der Meinung: Herr Milan Obrenowic sei nun Privatmann,

und wenn irgend Jemanden zum Wohl des Landes der Eintritt in Serbien verwehrt seyn müsse, so sei dieß nicht Königin Natalie, sondern der Exkönig, welcher Serbien an den Rand des Untergangs gebracht habe.[1])

Sowohl in Serbien, als in Bulgarien mangelt es an einem Adel und Großgrundbesitz überhaupt; dem nur sehr dürftig ausgebildeten Städtewesen fehlt auch der eigentliche Bürgerstand, so daß es hier wie dort nur Einen politischen Stand gibt: die Bauerschaft in den zahllosen im Lande verstreuten Gemeinden. Das gemeinsame Kreuz der beiden Bauernrepubliken sind die sogenannten „Gebildeten", die Streber, welche mittelst der Parteiumtriebe sich zur Staatskrippe durchzuarbeiten suchen. Dieses professionelle Demagogenthum ist in Bulgarien noch jung, und der Volkscharakter ist dort widerstandsfähiger als in Serbien, wo die sogenannten „Intelligenzen" sich seit Jahrzehnten um den bäuerlichen Anhang streiten und durch überbietende Schmeicheleien die Landbevölkerung dem Radikalismus und Socialismus ausgeliefert haben. Die im Jahre 1869 unter der Regentschaft Ristics festgestellte Verfassung erkannte die Gefahr; sie wollte dem hereinbrechenden Unheil dadurch einen Damm setzen, daß sie die „Intelligenz" von der Wählbarkeit zu den Vertretungskörpern ausschloß. Kein Beamter, kein Offizier, kein Advokat, kein Pensionist, war er auch ein ehemaliger Minister, konnte anders in die von Bauern und Landpopen gewählte und bevölkerte Skupschtina kommen, außer durch Aufnahme in die Zahl der von der Regierung zu ernennenden Abgeordneten. Aber der Geist der „feindlichen Intelligenz" fuhr bald in die Bauern und Popen selbst.[2]) Die neue, von Milan zum Abschied gegebene, Verfassung schließt nun die Staatsdiener nicht nur nicht aus, sie verordnet sogar, daß durch besondere Nebenwahlen „Intelligenz" gewählt werden muß. Zuvor

---

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 18. April d. Js.

2) Belgrader Berichte der „Neuen Freien Presse" vom 26. Okt. 1887 und vom 10. November 1888.

schlich der Wolf um das Gehege, jetzt ist ihm der Stall geöffnet.

Eine eigentliche österreichische Partei hat es in Serbien nie gegeben. Der langjährige Ministerpräsident Herr Garaschanin, an der Spitze der sogenannten „Fortschrittspartei", hat gegen diese Verdächtigung stets protestirt. Die Partei wollte mit Rußland ebenso gute Beziehungen pflegen, wie mit dem österreichischen Nachbar, wenn es wie dieser die Unabhängigkeit und das Selbstbestimmungsrecht der serbischen Nation ohne jeden Hintergedanken respektiren würde; „aber die Wühlereien und Intriguen, die Rußland schon seit langer Zeit gegen Serbien und seine Existenz schmiede, bezeugten eben, daß das nordische Kaiserreich den Serben so wenig, wie sonst Irgendwem auf der Balkanhalbinsel das Selbstbestimmungsrecht gönne". Bezeichnender Weise feindete diesen Standpunkt auch die slavische Presse in Oesterreich selber an. Mit bitteren Worten wies das Organ der Partei, kurz vor deren Sturz, auf diese Ungeheuerlichkeit hin. „In der rein serbischen Politik des Königs Milan erblickt man die Freundschaft Oesterreichs und wirft diese Serbien vor, als ob alle diese Herren Slaven nicht in Oesterreich-Ungarn lebten, und als ob nicht gerade Rieger und Genossen eben in diesem Moment Alles daran setzten, um wo möglich Oesterreich in eine slavische Monarchie zu verwandeln. Unsere Voreltern haben den serbischen Staat gegründet und bereits die Aufmerksamkeit der Welt auf sich gelenkt, als man in Prag von einer nationalen Idee noch gar nichts wußte und sich kaum anschickte, eine nationale Sprache und Literatur zu creiren, zu einer Zeit, in der man in Böhmen für die eigene Selbständigkeit und für die große, ‚slavische Idee' nur Beseda's arrangirte und sich von Zeit zu Zeit mit nationalen Steinwürfen zufrieden gab." [1])

---

1) Aus dem Belgrader „Videlo" in der Wiener „Neuen Freien Presse" vom 19. December 1887 u. 1. Februar 1888.

Der hochgestiegenen Parteibewegung gegenüber hätte König Milan nur unter förmlicher Begnadigung durch Rußland fortregieren können. Als er lieber aus dem Wege ging, war auch seine Partei, die Partei des serbischen Selbstbestimmungsrechtes, vernichtet. Ihr Führer ist ausgewandert, ihr Organ eingegangen. Oesterreich hat kaum mehr einen offenen Freund in Serbien. Hatte zuvor das Vertrauen des Wiener Kabinets auf den Nachbar nur hinfällige Stützen, so muß es ihn nunmehr auf Schritt und Tritt mit mißtrauischen Blicken verfolgen. Und leider ist es nicht die slavische Idee allein, was Oesterreich die allgemeine Unpopularität in Serbien eingetragen hat. Mit Recht oder Unrecht wird auch der wahnsinnige Krieg Milans gegen Bulgarien dem österreichischen Einfluß auf die Rechnung geschrieben; aber schon vorher hatten mißliche Erfahrungen in finanzieller und wirthschaftlicher Beziehung das serbische Volk bis in die untersten Schichten erbittert. Wie das Großjudenthum sich überall an die politischen Demarchen Oesterreichs gleich einer Klette anhängt, so auch an das Verhältniß zu Serbien; und der stets geldbedürftige Milan war ganz der Mann, der jüdischen Spekulation die fettesten Weiden preiszugeben. Der nachstehende Bericht weist auf die Folgen hin, welche Oesterreich nun zu büßen hat, und die in den bei den jüngsten Tumulten in Belgrad zu Tage getretenen Ausbrüchen der Volkswuth bereits ersichtlich waren.

„Bekanntlich waren wir es, die zu einer Zeit, wo die Herrschaft Milans, mindestens nach den Mittheilungen der Börsenpresse Oesterreichs und Deutschlands zu schließen, absolut gefestet schien, auf den furchtbaren Sturm hinwiesen, der in Folge der unter österreichischem Schutz sich entwickelnden serbischen Finanzwirthschaft gegen den damaligen König, die Fortschrittspartei und Oesterreich-Ungarn im ganzen Lande sich zusammenzog. Das Treiben der Wiener Länderbank, welche als Nachfolgerin der Bontoux'schen Union générale die mehr als zweifelhaften Aktionen für die serbischen Staatsfinanzen durchführte, und

speziell durch das Tabakgeschäft und einzelne steuerpolitische Maßnahmen den Haß des ganzen Landes auf sich zog, wurde der österreichischen Gesandtschaft in Belgrad auf's Kerbholz geschrieben, der Haß gegen Oesterreich-Ungarn auf jede Weise geschürt, dasselbe für die Mißwirthschaft in allen Zweigen der Staatsverwaltung, ja selbst für die zerrütteten Familienverhältnisse des Königs verantwortlich gemacht, und der Oesterreicher, im Volksmunde ‚Svaba' genannt, war so der Inbegriff des intensivsten politischen Hasses im ganzen Lande. . . Bekanntlich war es eine der ersten Aufgaben des radikalen Kabinets, das nach der Thronentsagung König Milans die Zügel in Belgrad ergriff, eine Revision aller jener Finanzgeschäfte vorzunehmen, welche frühere serbische Regierungen mit der Wiener Länderbank und deren Vorgängerin abgeschlossen hatten. Man schien von Seite des radikalen Ministeriums nicht abgeneigt, mit voller Energie die materiellen Interessen des Landes zu wahren und einer Reihe von finanziellen Transaktionen, die von Seite früherer Ministerien ohne Genehmigung der Skupschtina mit der Länderbank abgeschlossen waren, auf Grund dieses Umstandes die Anerkennung zu versagen. Als nun das radikale Kabinet diese Absichten zur That werden lassen wollte, stieß es auf den entschiedenen Widerstand des österreichischen Gesandten in Belgrad, der von dem Vertreter einer Oesterreich befreundeten Großmacht hiebei unterstützt wurde. Das radikale Ministerium mußte also neuerdings vor der Wiener Länderbank den Rückzug antreten, und die Gefühle gegen Oesterreich-Ungarn, die es hiebei beseelen mochten, kann man sich leicht vorstellen. . . Das bisherige Verhalten des gegenwärtigen Kabinets macht den Eindruck, als ob man durch den Hinweis auf die Volksstimmung und die dadurch hervorgerufene kritische Situation dasjenige erzwingen wollte, was im Wege diplomatischer Verhandlungen bisher nicht zu erzielen war, nämlich die Ordnung der Staats-Finanzen ohne Rücksicht auf die ausländischen Gläubiger und Beseitigung jeder diplomatischen Einflußnahme zu Gunsten derselben. Das radikale Ministerium würde sich wohl hüten, bloß gestützt auf sich selbst und nur im Bewußtsein der Zustimmung des Landes in dieser Weise gegen Oesterreich aufzutreten, wenn es sich nicht der vollen Sympathien, eventuell

mindestens der diplomatischen Unterstützung Rußlands sicher wüßte. Hier liegt die Gefahr, die dem europäischen Frieden von Osten her drohen kann. Daß seitens der österreichischen Diplomatie manche Fehler gemacht sind, die sich jetzt furchtbar rächen, daß man es von dieser Seite geduldet hat, daß die Monarchie der Habsburger in den Augen eines ganzen Volkes, mindestens mit einem Scheine der Berechtigung, als die Protektorin einer jüdischen Finanz-Clique stigmatisirt werden kann, gegen die alle anständigen Leute in Serbien mit Recht erbittert sind, das trägt nunmehr böse Früchte. Man macht in Wien natürlich dieselben traurigen Erfahrungen, die man gerade mit Bezug auf den Orient auch schon zu Beust's Zeiten machen mußte, und die beweisen, welch verhängnißvolle Folgen die diplomatische Unterstützung des internationalen Großjudenthums bei dessen Raubzügen in den Balkanstaaten nach sich ziehen kann". [1])

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 1. Juni 1889. — Ueber die Zustände in Bosnien und der Herzegowina hat der betreffende Minister, ein Magyar, den Delegationen sehr befriedigende Erklärungen gegeben. Andere Berichte lauten anders. So hat ein paar Tage nach obiger Darstellung der Verhältnisse in Serbien ein Wiener Correspondent der Berliner „Germania" (vom 7. Juni d. Js.) ganz gleiche Behauptungen in Bezug auf Bosnien aufgestellt. „Aehnlich geht es jetzt in Bosnien. Reichsfinanzminister Kallay, ein Hauptgönner der Juden, hat in Bosnien ein wahres Schreckensregiment eingeführt, so daß der österreichisch-ungarische Name im ganzen Balkan verhaßt geworden ist. Seine Vertrauensmänner sind Juden; die Beamten dort stehen ungefähr auf dem Niveau, wie die Organe der ungarischen Administration, d. h. sie theilen sich mit den jüdischen Wucherern in die Beute. Und die Waldverwüstung in Bosnien ist himmelschreiend. Der einzige Jude Morpurpe in Triest erhielt die Erlaubniß, jährlich 80,000 Eichenstämme in Bosnien zu fällen. Diese Concession des Ministers Kallay an ein Triestiner Haus wurde von den Wiener Blättern euphemistisch mit der Begründung einer „rationellen" Waldwirthschaft gepriesen. Der Jude zahlt für jeden Eichenstamm dem Reiche

Neben der besonderen Sorge wegen des serbischen Nachbars hat die kaiserliche Ansprache auf die „fortdauernd unsichere europäische Lage" hingedeutet, freilich unter dem Ausdruck der Hoffnung, daß „die Segnungen des Friedens werden erhalten bleiben können trotz der allerorts fortgesetzten Steigerung der Kriegsmacht." Von dem auf „absehbare" oder „unabsehbare" Zeit gesicherten Frieden zu fabuliren, wie unter dem Kaiser Wilhelm I. üblich gewesen, wagt keine Thronrede mehr. „Schließlich lebt sich Alles zu Tode, sogar der Friede": hat Graf Andrassy am 5. April im ungarischen Oberhause gesagt; der jetzige europäische Friede hat überdieß immer nur eine Scheinexistenz geführt, die man nun von Tag zu Tag hinfälliger werden sieht. Als vor Kurzem verlautete, daß Rußland wieder anfange, wegen des Art. 61 des Berliner Vertrags und der Reformen in Armenien die Pforte in die Enge zu treiben, hat vorübergehend die Hoffnung aufgeleuchtet, daß es sich doch endlich seiner Culturmission in Asien zuwenden, und dann mit England in Folge der Verpflichtung des Cypernvertrages in die Haare gerathen werde. Aber es war wieder nichts, wie der Toast des Czaren und die drei Metropoliten in Serbien, Bulgarien und Rumänien verkünden. Rußland ist westlicher als je.

Das bemerkenswertheste Symptom der trostlosen Lage ist das Auftauchen der „militärischen Nebenpolitik" in Berlin. Die „Friktionen" gehören zwar zum Hausgebrauch des Kanzlers, aber sie beschränkten sich bisher auf das Civil. Wenn sich jetzt in hohen militärischen Kreisen Zweifel an diesem Frieden erheben und dem jungen Kaiser vernehmbar machen, so können sie nur aus der Gewißheit hervorgehen, daß ja der große Krieg doch unvermeidlich sei, und die Anschauung vertreten, welche der Kanzler selbst im Jahre 1874

---

die horrende Summe von 4 Gulden. Bosnien wird nun bald ebenso seinen Karst haben, wie Krain, Istrien und Dalmatien. Die Türken waren doch bessere Leute, als die ungarischen Juden!"

Frankreich gegenüber geltend gemacht hat.[1]) Auch hat nicht Jedermann das blinde Vertrauen auf seine Socialreform, wie ihr Schöpfer selbst, um sich Angesichts der täglich riesenhafter anschwellenden socialen Gefahr nicht zu fragen: wenn das noch einige Jahre so fortgehen soll, was wird dann werden? Wer das Alles in's Auge faßt, dem muß es allerdings pressiren, zunächst wenigstens die kleinere Aufgabe selbstthätig der Entscheidung zuzuführen, ehe das Unheil von allen Seiten hereinbricht. Vor Jahr und Tag hat sich das jetzige Organ der „militärischen Nebenpolitik" sogar auf eine Prophezeiung aus einer Zeit berufen, in der man nur erst politische Umwälzungen kannte und von einer socialen keine Ahnung hatte:

„Ein großer, genialer Publicist des vorigen Jahrhunderts bereits, W. L. Weckherlin, verkündete in einer prophetischen Anwandlung für das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts eine gänzliche Veränderung der Karte Europa's, und Gervinus bezeichnete in einem seiner Heidelberger Vorträge diese Verkündigung als einen Seherblick, auf dessen Bewährung im Ganzen man sich gefaßt halten dürfe." [2])

---

1) Der „kalte Wasserstrahl" war damals sprichwörtlich geworden.

2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 28. Mai 1888.

X.

Schweizer Skizzen.

VII. In die Urschweiz.

Unvergeßlich bleibt mir der sonnige Herbstabend, an welchem ich von Luzern aus den weltberühmten Vierwaldstädter-See zum erstenmal befuhr. Mein entzücktes Auge glaubte in einen Himmel hineinzufahren, ein Stück des verlorenen Paradieses gefunden zu haben. Dieses Gewässer mit seinen Ufern ist ein fortgesetzter Hymnus auf die Allmacht und Herrlichkeit Gottes, ein Hymnus, dessen rasch wechselnde Farbentöne uns überwältigen, so daß wir die Einzelnheiten gar nicht zu fassen vermögen, der zwischen den Riesenwänden des Urnersees in Molltönen von erschreckender Erhabenheit verklingt. Zur Rechten zunächst der finstere zackige Pilatus und dann die prächtigen Berge und Bergstöcke Unterwaldens, zur Linken aber die regina montium. Als eine ungeheuere Felsenpyramide steigt dieser weltbekannte Berg aus dem Zugersee empor, wird aber dann sofort zum Bergrücken, der mit seinen Alpen und Sennhütten, mit seinen Nagelfluewänden, malerischen Ausläufern und dunkeln Waldungen sich mehrere Stunden lang hinaufzieht bis in das Thal von Schwyz, wo die südliche Abdachung, der Urmiberg steil zu den Ufern der Muotta hinabsteigt. Die scheidende Sonne übergoß die ganze Gegend mit einem unbeschreiblichen Farbenmeer, namentlich mit einem wunderbaren Rosenroth, ihre letzten Strahlen blitzten und sprühten aus den Scheiben dieses oder jenes Prachthotels zu uns hernieder.

Während eine leise Dämmerung uns mit ihren Fittigen

...ung, erhob hoch über dem Gebirg die Königin der Nacht das mildschimmernde Antlitz. Unwillkürlich kamen mir die Prachtschlösser des unglücklichen Königs Ludwig II. von Bayern und die einsamen Nachtfahrten in den Sinn, welche derselbe auf diesem Gewässer unternommen. Nicht bloß prosaische Philister haben darob den Kopf geschüttelt und in mehr als einer Hinsicht wohl mit Recht. Mich aber haben die Bauten wie die Nachtfahrten überzeugt, der unglückliche Herr sei weit weniger ein König als eine tief dichterische Natur gewesen. Hoch über sich das Firmament, an welchem der Mond still dahinzieht und von wo die Sterne golden herabfunkeln; ringsum Berge und gewaltige Gebirgsstöcke, bald phantastisch beleuchtet, bald in tiefes Dunkel begraben; dazu die Einsamkeit, deren feierliche Stille durch das eintönige Geräusch der Schaufeln des Schiffes eher erhöht als beeinträchtigt wird, das Geflüster der Nachtluft, aus der Ferne der melancholische Ton eines Alphornes, dazu das geheimnißvolle Spiel der Schatten mit den wechselnden Lichtstreifen des Sees. Fürwahr, das muß eine Stunde bisher ungekannten Genusses sein. Die Welt erscheint von einer wenig bekannten Seite. Der Tag mit seinem Sonnenlichte macht uns alles Kleine und das Kleinste sichtbar, die Nacht dagegen verschlingt Vieles, sie läßt nur das Riesige und Großartige wahrnehmen, geeignet, die Seele mit Großem, aber auch mit finsteren Gedanken zu erfüllen. —

Diesmal war es heller Nachmittag. Schweigend saßen in meiner Nähe zwei barmherzige Schwestern, schweigsam spazierte auf dem Verdeck ein junger Kapuziner hin und her. Man forderte weder dem braunen Herrn noch den Schwestern ein Billet ab, denn Ordenspersonen haben auf der Eisenbahn wie auf dem Dampfschiff freie Fahrt. Neben mir saß ein freundlicher blondbärtiger Herr, ein Kaufmann aus Altorf, Namens Gyßler. Dieser Geschlechtsname bedeutet auf dem Schauplatze der Gewaltthaten des Landvogtes Geßler sonderbarerweise schier dasselbe, was bei uns Schmid oder Maier, Müller oder Schulze. Mehr und mehr entschwand Luzern, welches vom See aus einen imposanten Anblick darbietet, unsern Blicken, bald befanden wir uns auf dem sogenannten Schweizerkreuz und mein Nachbar äußerte seufzend den Wunsch, daß dieses Kreuz doch



das einzige seines Heimathlandes sein möchte. Bald hatte ich es heraus, daß er diesen Kreuzen in allererster Linie den vielgepriesenen Fremdenbesuch beizähle. Das Reislaufen habe allerdings sein Schlimmes gehabt und unter Anderm dem Gewerb und Ackerbau Arbeitskräfte oft recht fühlbar entzogen. Dafür habe es Geld in die Schweiz gebracht, viel Geld und Geld für viele Leute. Die Gemeinden hätten sich Strolche und Taugenichtse leicht vom Halse schaffen können und die militärische Zucht habe gar Manchen noch zu einem erträglichen Menschen gemacht. Die Schweiz habe waffengeübte Leute genug gehabt, und zwar ohne große Unkosten und ohne die Fuchserei der Rekrutenprüfungen. Gebildete Offiziere hätten durch ihre Verbindung mit dem Ausland dem Handel und der Industrie vielfach genützt und nach der Heimkehr sich durchgängig als wackere Bürger erwiesen. Heute sei aber der Fremdenbesuch eine Hauptsache, von welchem man vor hundert Jahren noch gar wenig gewußt. Freilich bringe er auch Geld ins Land, viel Geld sogar, aber keineswegs für viele Leute. Dem Volke bringe er einigen Lebensanstand und äußeren Schliff, aber noch weit mehr Lebsucht und Luxus, Gleichgültigkeit gegen das Arbeiten wie gegen das Beten. Welche Früchte der Fremdenbesuch selbst in materieller Hinsicht zeitige, könne man ohne besonderes Kopfzerbrechen im Berner Oberland sehen. Dieser Landstrich sei früher wohlhabend und in geachteter Stellung gewesen, heute aber befinde sich der wirkliche Reichthum in den Händen der großen Hotelbesitzer, das Volk dagegen sei ärmer und ärmer, religionslos und nichtsnutzig obendrein geworden. So komme es noch am Vierwaldstädtersee, im Bündnerland und anderwärts . . . .

Solcher Herzenserguß fiel mir keineswegs auf; ich habe dasselbe schon früher wie nachher von einsichtsvollen und braven Schweizern gehört. So wenig als Großstädte ein Segen der Menschheit sind, ebensowenig das Zusammenströmen von Touristen in schöne Gegenden und Luxusbäder.

Um von dem etwas trübseligen Thema abzukommen, lenkte ich das Gespräch auf die Gebirgsformation. Laut einer uralten Sage hat seine höllische Majestät die Steinmilliarden der Nagelfluefelsen mit höchst eigenen Klauen zusammengekratzt und dar-

aus den Rigi, den Ruffiberg und andere Höhenzüge gebildet. Eine flügelschnelle Minute hielt das Dampfboot vor dem netten Weggis mit seinem schmucken Kirchlein, gleich Vitznau und Gersau ein Stückchen Italien mitten in der Schweiz, der Obst- und Gemüsegarten der Luzerner. In dem ziemlich vornehm dreinschauenden Vitznau, am Fuße des gleichnamigen Gebirgsstockes, war es gerade, als müßte unser Schiff seinen zweibeinigen Inhalt vollständig ausspeien. Das rannte, stürzte, trippelte und wackelte dem kleinen Bahnhofe zu, als ob höchste Gefahr im Verzug wäre. Keine einzige Bassermann'sche Gestalt, dafür genug absonderliche Engländer, pustende Fässer aus verschiedenen Erdgegenden, satt aussehende und höchst selbstbewußt einherschreitende Juden. Außer einer ältern Dame, die von unten bis oben in blutrothes Gewand eingeschachtelt war, reizte unsere Lachlust ein noch junger Herr, der einen leibhaftigen Orden trug und sich auf diese Auszeichnung offenbar nicht wenig zu gute that. Ein „Piepvogel“ hier in der Urschweiz, der Anblick war drollig und selten zugleich. Mein Urner behauptete frischweg, dieser Ordensträger könne nur ein Geck aus Deutschland sein, und knüpfte daran einige etwas bissige Bemerkungen. Die Eitelkeit der Franzosen sei in aller Mund und stehe wirklich außer aller Frage, allein der Vorwurf würde gar zu oft von Leuten erhoben, welche zunächst vor der eigenen Thüre kehren sollten. Außer allerlei Denkmünzen habe man in Frankreich nur den Orden der Ehrenlegion, an welchem doch einige hundert Franken Einkommen hängen, das violette Band für Gelehrte und das grüne der Landwirthe. In Deutschland, Oesterreich und wohl auch in Rußland dagegen sei die Zahl der wandelnden Firmamente staunenerregend, wie man bei jeder öffentlichen Feierlichkeit und bei jedem Paradeaufzug wahrnehmen könne. Würde auch nur einem Bruchtheil der Orden ein wirkliches Verdienst entsprechen, so müßten diese Länder wahre Paradiese sein. Jetzt erlaubte ich mir die Bemerkung, auch die Herren Schweizer hätten keine Ursache, auf ihre Anspruchlosigkeit und Bescheidenheit zu pochen. Zwar hat man in der Schweiz keinen Orden, das Tragen von solchen ist Schweizern sogar verboten, wenigstens in der Bundesversammlung, dafür grassirt aber eine Titelwuth, wie vielleicht kaum



noch in den südamerikanischen Republiken, auffallend ist besonders die Vorliebe für militärische Titel. Und weiter ist auch in der Schweiz so gut wie in Deutschland und Oesterreich die Lächerlichkeit einheimisch, den Frauen den Rang und Titel ihrer Männer anzuhängen. Herr Gyßler lachte mir fröhlich ins Gesicht und gab alles gerne zu, ja er meinte, die Schweizer hätten vor den Franzosen, Oesterreichern und Preußen noch eine Specialität voraus. Diese Thatsache hätte erst kürzlich einer seiner liebsten Freunde, der Weltüberblicker von Nidwalden öffentlich gegeißelt. Ein richtiger Eidgenosse könne nämlich kaum sterben, ohne einmal in seinem Leben Präsident gewesen zu sein, wenn auch nur Präsident einer Zechgesellschaft: zuerst Präsident einer Studentenverbindung, eines Gesangvereines oder einer Blechmusik; hierauf Präsident der Theatergesellschaft oder des Krankenvereines; Präsident der Corporations- oder Einwohnergemeinde, Präsident des Concurs- oder Handelsgerichtes; Präsident des Cantonsrathes, Regierungs- oder Bankrathes, Präsident des National- oder Bundesrathes; Präsident einer Bahngesellschaft und zuletzt wenigstens Alterspräsident. Lachend schloß mein Urner dieses Kapitelchen mit den Worten: „Weil schon Altmeister Goethe behauptet hat, nur Lumpen seien bescheiden, so müssen Sie vernünftigerweise auch uns Schweizern verzeihen, daß wir uns nicht als rang- und titellose Lumpen betrachten lassen mögen!"

Von Vitznau kriecht eine Zahnradbahn hinan bis zum Kulm, bis eben dahin eine zweite von Arth aus. Die Vitznauerbahn wie ihre Kamerädin auf der entgegengesetzten Seite sind berühmt durch die Aussichten, welche sie erschlossen, wie durch ihre Kunstbauten. Die Schnurtobelbrücke wie die Kräbelwand sind beredte Zeugen für die Virtuosität unseres Jahrhunderts im Gebiete der Technik. Der Ruhm, das Zahnradsystem zum erstenmale für eine Bergbahn verwendet zu haben, gebührt übrigens doch nicht dem ausgezeichneten Schweizer Riggenbach, sondern dem Amerikaner Marsh aus Chicago, der eine solche Bahn unter enormen Schwierigkeiten auf die Höhen des Mount Washington in New-Hampshire bis 1868 fertiggestellt hat. Und was wollten bis jetzt alle Bergbahnen Europas im Vergleich zur Linie Callao-Lima-Oroya heißen? Diese

peruanische Bahn führt über die Anden und zwar bis in eine Höhe von 4769 Metern, folglich beinahe so hoch wie der Mont-Blanc und höher als bisher eine Lokomotive unseres Planeten gekommen. Gerade wie dereinst die Schiffleute schimpften und fluchten, als die Dampfboote aufkamen, oder die Fuhrleute, als das Dampfroß sie brodlos zu machen drohte, so waren auch die Bewohner von Weggis und Vitznau ob dem Bau der Rigibahn keineswegs entzückt, weil dadurch ja Fremdenführer, Maulesel und andere Esel überflüssig wurden. Ich selbst noch hörte gewaltig raisonniren, doch jetzt scheint die Zeit den Groll fortgeschwemmt zu haben.

Schon lacht uns die freundliche Fronalp bei Schwyz entgegen. Drüben am Fuß des Rigi in einem wahren Obstwald ein langgestreckter Ort mit stattlichen Gebäuden und schmucken Häusern, auf welchen Rigi-Scheideck ungefähr so hoch herabschaut wie etwa ein Landlord auf ein armes Veilchenmädchen. Das ist G e r s a u, einer der wohlhabendsten und schönsten Orte der Urschweiz. Jahrhunderte hindurch war Gersau ein Miniaturstaat für sich, das San Marino oder Andorra Helvetiens, bis es im großen Wendejahr 1798 ohne alles Plebiscit dem Kanton Schwyz einverleibt wurde. Aber nicht nur die Sonderrepublik Gersau hat ein Ende genommen, sondern seit den letzten Zwanzigerjahren ebenso die „Schelmenkilbi", zu welcher Bettler und anrüchiges Gesindel aus der weiten Umgebung zusammenströmten, weil sie unbehelligt und straflos drei Tage hindurch dem Spruche Ehre machen durften, „uns ist's ganz kannibalisch wohl, als wie fünfhundert Säuen". Die finstere Sage, welche sich an den Aufbau der nahegelegenen Kapelle Kindlismord knüpft, ist bekannter als sie verdient. Ungleich interessanter waren für mich die Aufschlüsse meines Altorfer Gefährten über die Industrie der Urschweiz. Auch in Uri haben vor Zeiten viele Frauen und Mädchen bis in die entlegensten Thäler hinein neben ihren Haus- und Gartengeschäften mit Baumwollspinnen und Seidenkämmen schöne Batzen verdient. Das nahm bald ein Ende, nachdem die Herren von Zürich ihre funkelnagelneuen und kunstfertigen Spinnmaschinen aufgestellt. Schon vor zweihundert Jahren wurde drüben in Gersau Floretseide fabricirt und hat es selbständige Fabrikanten gegeben. Ueberall zer-

malmt die moderne Maschine den kleinen Geschäftsmann. So fuhr auch den Gersauern die Maschine in alle Glieder, sie versuchten jetzt auf andere Weise ihr Glück, allein die kleineren Fabriken wurden von den größeren nach und nach aufgefressen. Derzeit gibt es in Gersau noch zwei Haupthäuser, von denen ungefähr 2400 Spindeln beschäftigt werden. In der Fabrik selbst sind wenigstens 220, auswärts aber im Kanton Schwyz für sie wohl 1500 Personen thätig, meist Mädchen und Frauen. Dazu kommt die Filiale in Buochs, welche einige hundert Töchter und Frauen Nidwaldens mit Seidenspinnerei und Kämmlerei Geld verdienen läßt. Einzelne wenige Fabrikarbeiter stellen sich täglich bis auf zehn Franken, weitaus die meisten aber müssen sich mit einem einzigen Franken, die geringsten sogar mit fünfzig Rappen begnügen; auswärtige Arbeiterinen erhalten für das Pfund gekämmter Seide 80 bis 90 Rappen. Solcher Lohn erscheint gering genug, allein die Leute stellen sich dabei doch besser als in den großen Fabrikbezirken. Die Arbeit ist leicht, neben den Haus- und Feldgeschäften für Töchter und Frauen eine liebgewordene Nebenarbeit. Man wohnt und lebt billig und die Arbeiterinen sind weit davon entfernt, den Wochenlohn an Sonn- und Feiertagen zu verjubeln oder gar Blauen zu machen. So kommt es, daß recht Viele ohne besondere Anstrengung mit der Zeit einen ganz erklecklichen Nothpfennig zurücklegen und recht froh sind, daß in Gersau und Buochs die Seidenindustrie noch vorhanden ist. Hier hat es vor Zeiten noch eine Industrie anderer Art gegeben. In Gersau hämmerten und klopften vom Morgengrauen bis in die sinkende Nacht nicht wenig Schmiede, man zählte allein über dreißig Nagelschmiedwerkstätten; aber auch da kamen die neuen Maschinen, wohlfeile Kohlen und wohlfeiles Eisen, und heute hämmert in Gersau nur noch ein einziger Nagler.

Wie aus der geheimnißvollen Tiefe des Sees plötzlich aufgetaucht rauschte und flog ein langgestrecktes Ungeheuer mit niemals gesehener Schnelligkeit an uns vorüber, zwei dunkle Rohre gleich riesigen Fühlhörnern in die Lüfte streckend. Es war der Schraubendampfer Viktoria, derselbe Dampfer, von welchem, falls ich nicht sehr irre, bei dichtem Nebel das Dampfboot Brünig spurlos in den Grund gebohrt wurde.

Mein Urner bemühte sich mich Fremden zu orientiren, allein ich hörte ihn fast nicht, meine Augen wurden förmlich trunken. Im Hintergrunde die Spitzen des Schwyzerhaken, die beiden Mythen, Felspyramiden so schrecklich kahl wie ihre künstlich aufgethürmten Kameraden im Nilthal, aber hier in der üppig grünen Gegend wohl noch phantastischer als dort sich ausnehmend. Der erste Anblick machte es mir glaubwürdig, daß in unvordenklicher Zeit noch eine dritte Pyramide himmelwärts geragt habe, welche am Eingang des Muottathales in sich selbst zusammenstürzte. Dann zur Rechten die freundliche Fronalp, das Axengebirg mit seinen Prachthotels, weiter unten das Institut Ingenbohl, welches das vielgenannte Brunnen überragt. Ihnen gegenüber als Grenzwall des Thales von Schwyz der Urmiberg, auf stolzer Höhe aber schauen in das Thal hinein Seelisberg und Sonnenberg, im Hintergrunde rechts der düstere Urnersee. Jetzt ein Ruck hinüber nach der Station Treib, denn einige Touristen und Pilger strebten hinauf nach Seelisberg, dann abermals eine rasche Wendung und nach wenigen Minuten waren wir bei der Anlände von Brunnen. Zum Abschiede wies Herr Gyßler nach einer Matte drüben am andern Seeufer, welche ein wenig ungeschichtlich mit dem Namen Wiege der schweizerischen Freiheit beehrt wird.

— Links am See, wenn man
Nach Brunnen fährt, dem Mythenstein grad' über,
Liegt eine Matte heimlich im Gehölz,
Das Rütli heißt sie bei dem Volk der Hirten,
Weil dort die Waldung ausgereutet ward.
Dort ist's, wo uns're Landmark und die eure
Zusammen gränzen, und in kurzer Fahrt
Trägt euch der leichte Kahn von Schwyz herüber.

So spricht Walther Fürst zu Melchthal und zu Stauffacher. Ich hatte die Stelle bei Schiller schon oft gelesen und trug trotzdem eine ganz falsche Vorstellung vom Rütli im Kopfe herum. Anstatt einer im dichten Gebirgswald wohlverborgenen Wiese ward mir nun der Anblick eines freiliegenden lauschigen Plätzchens am Seeufer unterhalb Seelisberg. Der Mythenstein ist ein aus dem See dunkelblau emporragender ungefähr 30 Meter hoher Felsobelisk, dem Gestade so nahe, daß man

ihn nur bei Hochwasser mit einem Kahne zu umschiffen vermag. Seit 1859 prangt auf dem Mythenstein in riesigen Goldbuchstaben die Inschrift: Dem Sänger Tells, Friedrich Schiller, die Urkantone. Das Rütli oder Grütli ist gerade deßhalb ein so heimeliges Plätzchen, weil es schmucklos in seiner Ursprünglichkeit erhalten blieb. Als im Jahre 1783 ein Franzose, ein Abbé Raynald hier der Freiheit ein Denkmal errichten wollte, meinte die Urnerregierung, solch Vorhaben sei ganz überflüssig, die Wiese sei bekannt genug und was auf ihr geschehen, in das Herz jedes Schweizers eingeschrieben. Der Franzose ruhte aber nicht, er errichtete den Stiftern der Eidgenossenschaft auf dem Felseninselchen bei Meggenhorn ein Denkmal, welches aber schon 1796 vom Blitz zerschmettert wurde. Der Gefahr der Verunstaltung durch ein großes Hotel oder dergleichen ist das Rütli nunmehr enthoben, indem es schweizerisches Nationaleigenthum geworden. Die gemeinnützige Gesellschaft nämlich veranstaltete eine Sammlung, zu der jedes Schulkind nicht über einen Batzen (10 centimes) beisteuern durfte. Das Ergebniß der Sammlung überstieg den Ankaufspreis der welthistorischen Matte um mehrere Tausend Franken. Jetzt wurde das Rütli durch eine einfache Weganlage verschönert, das alte Häuslein darauf niedergerissen und ein neues erbaut, von gleicher Größe und im ähnlichen Stil, mit Möbeln und Glasfenstern nach alter Väter Sitte etwas besser ausstaffirt. Der Pächter dieses Rütlihauses darf zwar Speise und Trank verabreichen, aber Niemanden anbieten, ganz unbehelligt soll der Besucher Haus und Umgebung besichtigen. Die Regierung von Uri hat das Rütli vergrößert, indem sie für ungefähr 5000 Franken die angrenzende „Schützenrüthi" hinzukaufte. Hier halten seit 1862 die Schützen der Urkantone am Mittwoch vor Martini jeweils ein kleines Preisschießen ab. Vor einigen Jahren erhielten die einheimischen Sänger des Rütli, der Arzt Krauert und des Tonsetzer Karl Greith von Rapperswyl, ein naher Verwandter der ausgezeichneten Bischofs von St. Gallen, am Südende desselben ein sehr einfaches Monument.[1])

1) Karl Greith ist als Domkapellmeister in München am 17. Nov. 1887 gestorben. Wir möchten nicht unterlassen, bei dieser Gelegenheit auf ein Büchlein aufmerksam zu machen, das unter



Wer die jonischen Inseln bereist, sollte die Odyssee bei sich haben, und wer den Urnersee besucht, Schillers Tell nicht vergessen; die geschichtlichen Schauplätze sind sehr treu geschildert, nicht Schiller selbst wohl, aber seinen Freunden Göthe und Johannes von Müller ist dieß zu verdanken. Wie schon früher überfielen mich jetzt bei der Erinnerung an das Meisterwerk spöttische Gedanken über die Inconsequenz der Menschenkinder. Schillers Tell ist ein glühendes Freiheitsgedicht, eine klassische Vertheidigung der Selbsthilfe des Volkes, eine donnernde Excommunikation fürstlicher Gewaltherrschaft. Ein körniger Ausfall überbietet den andern, ein hinreißender Satz überflügelt den andern und offenbaren den Dichter als entschiedenen Republikaner. Auch Göthe hat sich wenigstens in seinen alten Tagen zu diesem Lager stark hingeneigt, das beweist gar manche Stelle im zweiten Theile des Faust. Ueber solche Stellen pflegen die Erklärer aalglatt hinwegzuschlüpfen, dagegen ist Wilhelm Tell ein Zugstück für das Theater geblieben, auch für Hoftheater. Allerhöchste und hohe Herrschaften, Minister und Generale schauen gemüthsruhig zu, unerbittliche Richter und gestrenge Staatsanwälte klatschen mit dem übrigen Publikum Beifall. Wie steht es aber seit langen Menschenaltern mit der Oppositionspresse? Uns will bedünken, durch das bekannte quod licet Jovi non licet bovi werde der schreiende Widerspruch nicht entfernt genügend erklärt.

---

dem Titel: „Für Carl Greiths Freunde, ein Andenken aus seinen Briefen“, bei Herder in Freiburg 1888 erschienen ist. In dieser mit Greiths Bildniß geschmückten Freundesgabe ist dem Verewigten ein höchst ansprechendes Gedenkbüchlein gestiftet, das dem Leser einen Einblick gewährt in das Denken und Streben, Schaffen und Ringen eines edlen, kunst- und gottbegeisterten Tondichters, reich an schönen, allgemein anregenden Gedanken, sinnigen Betrachtungen und Aussprüchen voll Lebensweisheit. — Inzwischen hat seine Bedeutung als Musiker auch eine fachmännische Würdigung erfahren durch den Vorarlberger Geistlichen und Musikschriftsteller Fr. Jos. Battlogg, der in einer Reihe von Artikeln in der von ihm redigirten Monatsschrift „Der Kirchenchor“ (vom 15. April 1888 bis 15. Jan. 1889) Greiths Wirksamkeit als Dirigent und Componist mit kundiger Hand ausführlich schildert. Die liebevolle Studie verdiente in einer Separatausgabe verbreitet zu werden.

A. der Red.

XI.

„Der Liberalismus ist Sünde" —

unter diesem Titel ist vor Kurzem in deutscher Uebersetzung die Schrift eines spanischen Priesters Dr. Felix Sarda y Salvany, nach der achten Auflage des Originals, erschienen.[1]) Es war wohl dem ungenirten Vorstoß, der schon in dieser Ueberschrift ausgedrückt ist, zu danken, daß sogar die Münchener „Allgemeine Zeitung" von dem Büchlein Notiz nahm. In der That läßt es an rückhaltloser Offenheit und haarscharfer Logik nichts zu wünschen übrig. Namentlich geht es den sogenannten „liberalen Katholiken" energisch zu Leibe, wobei auch unter der spanischen Geistlichkeit sich mancher getroffen fühlte. Als aus diesen Kreisen vor vier Jahren eine Gegenschrift aus der Feder eines Domherrn zu Vich erschien, gelangte der Streit sogar vor die Indexcongregation. Dr. Sarda erhielt die Anerkennung „gesunder Lehre", der Domherr einen Verweis wegen persönlich verletzender Sprache, und den Auftrag, sein Libell zurückzuziehen.

Die deutsche Ausgabe ist von Professor Dr. Scheicher zu St. Pölten eingeleitet. In einem einzigen kurzen Satze deutet er den Inhalt der spanischen Schrift an: „Der Liberalismus ist kein indifferentes politisches System, dem man schmeicheln oder nachgeben dürfte". Er empfiehlt das Büch-

---

1) In Salzburg bei Mittermüller. Uebersetzer ist ein Deutscher zu Mailand, Herr Lampert.

lein insbesondere auch für die österreichischen Lande, denn in diesen Landen habe der Liberalismus furchtbar gewirthschaftet. „Es ist Rationalismus eingedrungen; man nimmt an, was man will, und nennt sich katholisch, ja man glaubt sich dazu berechtigt. In Letzterem liegt die Gefahr. Denn auch der Sünder fügt sich nicht; allein er weiß, daß er ein Sünder ist, für ihn ist Hoffnung. Wer aber Rationalist geworden und sich dabei Christ nennt, der hat das Fundament, den Glauben, rettungslos verloren.“

Der spanische Verfasser vertritt insbesondere den Satz, daß es nur Einen Liberalismus gebe, wie es nur Eine Menschengattung gibt, wenn er sich auch bei den verschiedenen Nationen äußerlich unterscheide. Gerade durch die scheinbare Mannigfaltigkeit sei er so gefährlich geworden, indem sie die falsche Vorstellung nährte, es gebe viele Gattungen von Liberalismus, darunter diese oder jene mit dem katholischen Gewissen verträgliche, während doch „sein innerster und wesentlicher Begriff, die Emancipation der Gesellschaft vom christlichen Gesetze oder der politische Naturalismus, überall Ein und derselbe ist.“ Der Vergleich zwischen dem ersten Emporkommen des französischen Liberalismus mit dem des spanischen zur Zeit des Congresses von Cadix ist allerdings schlagend. „Es war also sehr leicht möglich, daß ein oberflächlicher Beobachter sofort den Schluß machte, der sanfte spanische Liberalismus habe nichts zu schaffen mit dem rücksichtslosen, unverfrorenen, teuflischen Liberalismus, zu dem sich gleichzeitig unsere Nachbarn bekannten.“

In der Entwicklung hat indeß die Ausrede: „Wir sind doch nicht wie diese da!“ immer mehr Boden verloren. Vor vierzig und fünfzig Jahren hätte die Schrift des Herrn Sarda auch bei uns den Nagel auf den Kopf getroffen. Inzwischen ist die Scheidung der Geister vor sich gegangen. Nichteinmal in Frankreich gibt es mehr eine katholische Presse, wie sie hier geschildert wird: „Sie ist gemeiniglich unter dem Namen der liberal-katholischen bekannt. Dieser muß man noch weniger trauen, und sich nicht durch ihre Duckmäuserei und Frömmelei verführen lassen. Das bleibt ausgemacht, daß in jedem dringenden, kritischen Fall bei derselben das liberale Streben über das katholische die Oberhand gewinne, wenn sie auch mit bei-

den brüderlich zusammenzuleben behauptet. Man hat dieß jederzeit beobachten können, und so muß es folgerichtig kommen. Es ist weitaus leichter, der liberalen Strömung zu folgen; sie zählt mehr Anhänger und schmeichelt mehr der Eigenliebe. Die katholische hingegen, scheinbar abstoßender, hat weniger Anhang und Freunde, und verlangt ein beständiges Rudern und Steuern gegen den natürlichen verdorbenen Trieb der Ideen und Leidenschaften; daher ergibt es sich von selbst, daß in einem unentschiedenen, wankelmüthigen Herzen, wie sie es haben, in der Regel diese unterliege und jene obsiege" (S. 111).

Bis zu der großen Luftreinigung vor zwanzig Jahren war dieß auch der Zustand bei uns. Der „Laicismus", für dessen Berechtigung der spanische Verfasser heute noch streiten muß, hatte auch bei uns mit weit verbreiteter Scheu zu kämpfen; das hat sich namentlich bei der Gründung der katholischen Casino's vielfach gezeigt. Es bedurfte jener Luftreinigung, um das Vorurtheil zu überwinden. „Was man eine katholische Partei nennt, oder welchen andern Namen man ihr beilegen wolle, ist heutzutage eine Nothwendigkeit. Sie bedeutet einen Verein katholischer Kräfte, eine auserlesene Schaar Katholiken, eine Verbindung katholischer Arbeiten, um auf menschlichem Gebiete zu Gunsten der Kirche zu wirken, dort, wohin die hierarchische Kirche oftmals sich nicht herablassen kann."

Bei der großen Scheidung der Geister vor zwanzig Jahren ist die Unhaltbarkeit eines liberalen Katholicismus mehr oder weniger überall klar zu Tage getreten. Wer der schweren Versuchung nicht widerstand, wurde thatsächlich Schritt für Schritt zum Protestantismus hinüber gedrängt. Ein Protestant von Haus aus kann allerdings nicht behaupten, daß „der Liberalismus eine Sünde sei". Das ist der Unterschied und die Schwäche aller christlich-conservativen Stellungen in der protestantischen Gesellschaft.

XII.

Die confessionelle Frage in Oesterreich 1848.

(Schluß.)

Aber auch außerhalb Wiens, insbesondere in Böhmen, regte sich neues Leben unter dem Klerus; man wünschte die Wiederherstellung des Instituts der kirchlichen Synoden, die Abhaltung von Provinzial-Concilien; begehrte die gebührende Antheilnahme der Geistlichkeit an den verschiedenen politischen Vertretungskörpern u. s. w. In Prag plante P. Franz Seraph Náhlowsky, Präses des Wendischen Seminars, ein „Bolzanist und als solcher ein Priester von reinen Sitten und idealem Streben", die Bildung einer Vereinigung gleichgesinnter Berufsgenossen; in Wien kam dieser Gedanke zur Verwirklichung. Auf Anregung des Hrn. Anton Gruscha, damals Cooperator zum hl. Leopold in der Leopoldstadt, heute Feldbischof der österreichisch-ungarischen Armee, traten die Mitglieder der Wiener Geistlichkeit „als Gardisten der Kirche" in Conferenzen zusammen „zur Förderung des wissenschaftlichen Strebens, aber auch des kirchlich-asketischen Lebens, zur Besprechung von Tagesfragen soweit selbe in den Berufskreis des Priesters fielen, von Pastoralfällen und Gegenständen pfarrlicher Amtsführung" u. s. w. Auch aus den Kreisen der katholischen Laien, die durch das schmähliche Gebahren mit den Mitgliedern der Congregation vom hl. Erlöser, durch die Verunglimpfung ihres Kirchenfürsten, durch die Angriffe auf die Pfarrer, auf Klöster und Stifter auf das Aeußerste gereizt waren, wurden

Stimmen zu Gunsten einer kräftigen Vertheidigung der Rechte und Freiheiten der Kirche laut.

Unter solchen Vorgängen trat Sebastian Brunner um die Mitte April mit seinem journalistischen Unternehmen an die Oeffentlichkeit. Das neue Blatt war indessen kein kirchlich-politisches Tagblatt geworden, sondern die „Wiener Kirchen-Zeitung für Glauben, Wissen, Freiheit und Gesetz in der katholischen Kirche" und erschien dreimal in der Woche. Die „Aufgabe", welche dieses noch geraume Zeit nach 1848 fortwirkende Blatt sich gesetzt, erläuterte der Herausgeber in folgender Weise: „An der Zeit ist ein freies Wort für die Freiheit der Kirche in dem Augenblicke, wo Alles im feurigen Lichte der Freiheit wandeln will. Die Kirche hat unveräußerliche, unverjährbare, heilige Rechte von dem Staate, oder besser von der Bureaukratie zu fordern; sie will die volle, uneingeschränkte Autonomie zurück, die ihr auf ihrem Felde gebührt. Der Bureaukratismus hat der Kirche als Sakristan sich aufgedrungen im weltlichen Frack und ohne clerica. Kirche und Staat stehen nicht unter, nicht über, sondern neben einander, wie das Diesseits und Jenseits. Sie stehen mit und neben einander für das eine Menschen-Individuum, das auf dieser Erde lebt, um fortzuleben in alle Ewigkeit im jenseitigen Wohl oder Weh. An der Zeit ist ein freies Wort für den Glauben des Christen dem falschen Wissen gegenüber; ein freies Wort für die freie Entfaltung des christlichen, des kirchlichen Lebens, der Ungebundenheit des Radikalismus gegenüber, der alle Freiheit für sich allein begehrt und nichts gewähren läßt, das ihm nicht gleicht. An der Zeit ist der Wiederaufbau der zerstörten Mauern des typischen Jerusalem. An der Zeit ist es, daß wir gottbegeistert, gottgeweiht Alle für Einen und Einer für Alle dastehen, das Schwert in der einen, die Maurerkelle in der andern Hand. An der Zeit ist es zu kämpfen wie Israel unter dem Makkabäer kämpfte, ringend mit der Faust, im Herzen ein Gebet".

Zu diesem Kampfe mit geistigen Waffen, mit dem Schwert des Wortes war Sebastian Brunner der ganze Mann. „Er allein“, sagt Baron Helfert, „hatte das rechte Zeug, sich unter die Kläffer und Belferer des Radikalismus, der alle Freiheit für sich allein begehrt, mitten hinein zu stellen und ebenso scharfe als wuchtige Hiebe nach allen den Seiten auszutheilen, von welchen die Angriffe auf Religion und Kirche, auf Papst und Klerus, auf ihn selber ausgingen“ . . .

Am 17. April fand auch die erste große Versammlung der Wiener Geistlichkeit statt, an welcher bei 70 Priester theilnahmen, darunter auch der „Führer“ der Studenten, P. Füster, dem wir noch an anderen Orten begegnen werden. Es wurden Adressen beschlossen an den Erzbischof, an den Minister des Innern um Schutz und um Recht der Kirche, an die Bürger- und Studentenschaft Wiens um Achtung der Kirche und des geistlichen Standes und an den Stadt-Magistrat. In einem besonderen begeisterten Aufrufe wurde der gesammte Klerus des österreichischen Kaiserstaates aufgefordert, das Unternehmen nach Kräften zu unterstützen. Brunners „Wiener Kirchenzeitung“ wurde zum öffentlichen Organ des Wiener Klerus erklärt.

Der Wiener Erzbischof wendete dieser Bewegung unter seiner Geistlichkeit keine besonders günstige Gesinnung zu; wohingegen der Minister des Innern, Freiherr v. Pillersdorff, der Deputation bemerkte, daß er mit den in der Petition aufgestellten Punkten im Princip einverstanden sei, man möge ihm nur „bestimmte, ins Einzelne ausgearbeitete Vorlagen als Ausgangspunkt amtlicher Erhebungen und Berathungen übergeben“.

Wie wenig Erzbischof Milde das Vorgehen seines Klerus billigte, erfuhr dieser gar bald, als er im Interesse der Abhaltung einer kanonischen Diöcesan-Synode die ersten Schritte unternahm. Der Erzbischof erließ ein Rundschreiben an die gesammte Pfarrgeistlichkeit Wiens, worin er die Schritte, welche „einige irregeführte Priester“ unternommen, für ebenso

unkirchlich als der heiligen Religion verderblich erklärte und dem Klerus auftrug, „sich jeder ferneren Verhandlung zu enthalten und um so vertrauensvoller ihrem Bischofe anzuschließen, der seine Stimme zur rechten Zeit erheben werde.“ In Folge dessen unterblieben die weiteren Zusammenkünfte der Wiener Geistlichkeit, der es ja von Anbeginn nicht in den Sinn gekommen war, irgend etwas ohne den Bischof oder gar gegen dessen ausgesprochenen Wunsch zu unternehmen. Das Losungswort dieser geistlichen Berathungen war stets: Glaube, Recht, Freiheit und Leben der katholischen Kirche. Wenn vereinzelte Abtrünnige ihrer Pflicht vergaßen, so konnte dieß doch nicht der Gesammtheit des Wiener Klerus und seinen anerkannten Führern zur Last gelegt werden. Als unerschrockener Kämpfer für die Kirche blieb die „Wiener Kirchenzeitung“, deren kräftige, offene Sprache allerdings den Josefinern und geistlichen Bureaukraten ebensowenig gefiel, als den antichristlichen Kirchenstürmern, welche die scharfen Geißelhiebe empfinden mußten.

Die Osterzeit des Jahres 1848 war eine tiefbewegte und auch in Hinsicht der confessionellen Angelegenheiten in Oesterreich eine zum Theil äußerst stürmische. An der Hetze gegen die Kirche, deren Institutionen und Diener hatten, wie erwähnt, die Söhne Israels einen hervorragenden Antheil genommen, so daß es selbst den „liberalen“ Katholiken auffällig und ärgerlich erschien und man von dieser Seite her die Juden verwarnte, sie möchten durch ihr herausforderndes Benehmen nicht das Schicksal der Wiener Liguorianer über sich heraufbeschwören.

In der That gährte es in allen Theilen der habsburgischen Monarchie gegen das semitische Volk, dessen lärmendes Geschrei um „Emancipation“ vielfache Gegendemonstrationen hervorrief und dessen ungestümes, vordringliches Betragen und keckes Großthun die Gemüther erhitzte. Besonders in Ungarn nahmen die Juden eine durchaus provokatorische Haltung ein. Sie standen in erster Reihe unter den auf-

legenden Elementen, demonstrirten für die „rothe Republik“, verhöhnten die besonnenen, friedliebenden Bürger von Pest als „lederne Juchtenhelden“, „verdummte Finsterlinge“, „Kaiserverehrer“ u. dgl. Darob gab es heftige Auftritte und die Antipathie gegen die Juden nahm erheblich zu: es bedurfte nur eines geringen Anlasses, um den langverhaltenen Groll zum Ausbruch zu bringen.

Die Bewegung gegen die Juden wurde im Monat April 1848 in Oesterreich ganz allgemein. In Warasdin wurde am 8. April die unwiderrufliche Ausweisung aller Juden aus Stadt und Weichbild beschlossen und zwei Tage später mit der Durchführung dieses Beschlusses thatsächlich begonnen. Deßgleichen spukte in Böhmen und Mähren vielen Orts ein judenfeindlicher Geist. Man verweigerte ihnen die Aufnahme in die Nationalgarde, beschuldigte sie der absichtlichen Brandlegung, vertrieb sie hie und dort aus der Gemeinde. In deu Tagen vom 15. und 17. April kam es namentlich in Prag zu einigen antisemitischen Straßentumulten.

Ganz besonders ernsthaft gestaltete sich die Lage der Juden in Ungarn. Hier erfolgte in Pest der erste Zusammenstoß am 19. April; in allen Theilen der Stadt, wo Juden wohnten, gab es an diesem Tage Krawalle und das Losungswort: „Nieder mit den Juden!“ erscholl laut durch die Straßen. Die Angegriffenen vertheidigten sich, die Behörde war machtlos und mußte schließlich die Gewährung der von der christlichen Bürgerschaft geforderten Punkte zusagen. Darnach durften die Juden in die Nationalgarde nicht eintreten, sich auch nicht bewaffnen; die Ansiedlung neuer Juden in Pest ist verboten; die seit den letzten zehn Jahren eingewanderten seien auszuweisen; der Redakteur des „Ungar“ (Hermann Klein), der durch seine „frechen und aufreizenden Artikel“ die Bürger beleidigt hatte, ist zur Verantwortung zu ziehen und die weitere Ausgabe seines Blattes zu untersagen.

Weit schlimmer erging es jedoch den Juden in Preßburg, wo namentlich am 23. April, dem Ostersonntage, unter ihnen

ein wahres Blutbad angerichtet wurde. Wir müssen uns versagen, das von Baron Helfert (S. 202 ff.) in sorgfältiger Weise dargestellte bedauerliche Ereigniß hier des Näheren zu skizziren; nur die Quelle desselben wollen wir nach unserer Vorlage in aller Kürze andeuten. Darnach entsprang der blutige Auflauf in Preßburg in den Tagen vom 23. bis 26. April 1848 hauptsächlich drei Quellen: erstens dem Judenhaß, zweitens der Erbitterung gegen das Wohnen und Walten von Juden in der Christenstadt und drittens der rohen Zerstörungswuth und gemeinen Habgier. Aehnliche Auftritte gab es Ende April und Anfangs Mai in Prag, in einer Reihe oberungarischer Städte u. a. O.

Die antijüdische Bewegung hielt überhaupt bis tief in den Sommer des Jahres 1848 an und erzeugte noch manchen öffentlichen Tumult und vieles Bedrängniß für die Angegriffenen, von denen Viele theils die Taufe annahmen, theils auswanderten, theils durch ostentativen Anschluß an die nationalen und revolutionären Parteien sich Schonung, Duldung und Anerkennung zu erwerben suchten. Baron Helfert hat dieser in confessioneller und socialer Beziehung bedeutungsvollen Erscheinung mit Recht eingehende Aufmerksamkeit zugewendet, worauf wir verweisen. Ganz besonders heben wir den Abschnitt: „Frei Israel?“ (S. 523—630) hervor, in welchem der Verfasser auf Grund der Broschüren- und Zeitungsliteratur jener Tage in anschaulicher Weise Alles aneinandergereiht hat, was von der einen (Pro) und der andern (Contra) Seite vorgebracht wurde; daran schließt sich jene zumeist aus dem Schoße des Judenthums selbst hervorgegangene (Intra) Mittel-Meinung, welche die vollkommene Gleichstellung der Juden an den Eintritt gewisser Voraussetzungen zu knüpfen suchte. Angesichts der antisemitischen Strömungen und Bewegungen in unseren Tagen besitzt diese lichtvolle Zusammenstellung der Gründe für und gegen das Judenthum auch ein hervorragend aktuelles Interesse.

Der Mangel an Raum verbietet es uns, die überaus interessanten Mittheilungen und Ausführungen des gelehrten Verfassers über die im Bewegungsjahre in Oesterreich angestellten Versuche zur Herbeiführung heilsamer Reformen in der äußerlichen Kirchenverwaltung zu erörtern; ebenso können wir nur andeutungsweise aufmerksam machen auf die sicherlich dankenswerthen Partien des Werkes, welche sich mit den sonst wenig bekannten Verhältnissen innerhalb der griechisch-orientalischen Kirche in Oesterreich im Jahre 1848 beschäftigen.

Interessante Kapitel sind ferner jene über P. Franz Joseph Náhlovsky und über den Grafen Clemens Brandis. Ersterer trat, wie bereits erwähnt, als Führer des reformfreundlichen Klerus in Böhmen in den stürmischen Tagen des Jahres 1848 in den Vordergrund: er regte gemeinsame Berathungen der Geistlichen Prags an und erörterte als deren Präses die Aufgabe dieser Zusammenkünfte. Die Reformgedanken des P. Náhlovsky's hielten sich zum Theil nicht mehr strenge inner der kirchlich-hierarchischen Grenzen und wurden vom Prager Erzbischof abgelehnt. Sein Diöcesanbischof von Leitmeritz tadelte ganz entschieden das Auftreten sowie die „unkirchlichen Ansichten, Meinungen und Vorschläge" Náhlovsky's und forderte ihn zur Rechtfertigung auf. Dieser ließ sich jedoch weder mahnen noch warnen. Getrieben von leidenschaftlicher Ungeduld und ehrgeizigem Reformeifer sowie aufgestachelt von offenen Gegnern der Kirche und aufgemuntert von einzelnen „guten" Freunden betrat Náhlovsky die schiefe Ebene der sogenannten „Kirchenverbesserung", welche ihn sowohl in der Sache wie in der Form zu schweren Irrthümern verleitete. Nach heftigen Kämpfen starb der sonst achtenswerthe Mann am 11. Juni 1853. Helfert erörtert in lichtvoller Weise dessen Bestrebungen, seine Verirrungen und seinen sühnenden Ausgang.

Mit liebevoller Pietät zeichnet Herr v. Helfert die Persönlichkeit, den Charakter und die bedeutsame öffentliche Wirksamkeit des Grafen Clemens *Brandis*, des Gouverneurs von

Tyrol im Jahre 1848, der nach der Auffassung der Liberalen im Vereine mit dem Grafen Leo Thun in Prag und dem Baron Skrbensky in Linz das „aristokratische Zopfkleeblatt“ in Oesterreich bildete. Als Haupt und Führer der von der Umsturzpartei bestgehaßten „Ultramontanen“ war dieser „Vorkämpfer der Reaktion und des Jesuitenthums“ für das Land Tyrol, ja für Oesterreich und dessen schwer heimgesuchtes Kaiserhaus, welches bei dem treuen Tyroler Volk Zuflucht und Schutz gesucht und gefunden hatte, eine kräftige Stütze, den Gegnern aber ein Gegenstand der Furcht, der alle „liberalen“ Anschläge der „Liberalen“ zu Schanden machte; selbst dem Ministerium Pillersdorff gegenüber, das ja unter dem Commando der Wiener Aula und der radikalen Parteipresse stand, behauptete Graf Brandis sich und dem von ihm verwalteten Lande die berechtigte Selbständigkeit und wehrte geraume Zeit die unbefugte Einmischung entschieden ab.

Ein ungewöhnliches Interesse erregt ferner in dem Buche des Frhrn. v. Helfert die S. 481 ff. eingehende und quellenmäßige Darlegung über das Verhalten und die Beziehungen des Papstes Pius IX. zu Oesterreich im Jahre 1848. Dieser Abschnitt beruht zum Theil auf Akten der Archive des k. k. Ministeriums des Aeußern und der päpstlichen Nuntiatur in Wien und stellt Ereignisse klar, über welche von allem Anfang die verschiedenst lautenden Gerüchte und Deutungen in Umlauf gesetzt waren. Wir machen deßhalb auf diesen werthvollen Abschnitt des Buches mit besonderem Nachdrucke aufmerksam und führen nur an, daß Baron Helfert mit löblichem Freimuthe bei aller selbstverständlichen Ehrfurcht vor dem Oberhaupte unserer Kirche die Fehler und Mißgriffe aufdeckt, welche die damalige päpstliche Regierung verübt und wozu sie unter dem Drucke der aufgewühlten öffentlichen Meinung auch den hl. Vater genöthigt oder verleitet hatte. Es sind peinliche Verhältnisse, welche hier erörtert werden; aber die Geschichte darf auch an solchen

traurigen Erscheinungen nicht wort- und theilnahmslos vorübergehen. Man erhält da ernste Mahnungen für alle Zeiten.

Das Kapitel über die „Schwarzen“ und die „Schwarzgelben“ bietet eine Fülle des köstlichsten Humors in dem Gebahren der Kirchen- und Klosterstürmer vor dem Schreckgespenst der „Reaktion“, welches seit dem geschlosseneren Auftreten der Geistlichkeit und der besonnenen Laien-Elemente in der zweiten Hälfte des Monats Mai 1848 die Männer der Revolution in tausend Aengsten und Nöthen versetzte. Sie fabelten von einer „ganzen Verschwörung der Geistlichkeit“ und forderten zur Vertheidigung der hochgepriesenen „Errungenschaften“ auf. Die Versammlungen der Geistlichen und der Katholiken wurden ebenso ausspionirt wie die Prediger auf der Kanzel denuncirt und dem Hasse des Straßenpöbels preisgegeben. Nur ein Priester war der Liebling dieser Kirchenfeinde, der unglückselige Füster, dieser Führer und Verführer der akademischen Jugend. „O, warum nehmen die Pfaffen sich nicht ein Beispiel an dem herrlichen Professor Füster, diesem gottbegeisterten Priester, der erst neulich in einer trefflichen Rede bewiesen hat, daß unsere Freiheit nicht nur von Jesuiten und Liguorianern, sondern auch durch pfäffische Finsterlinge anderer Art gefährdet sei“; so stand zu lesen in einem der damaligen Wiener Schmutzblätter, welche schon durch ihre Titel, wie „Gassen-Zeitung“, „Katzenmusik“, „Allgemeine Straßen-Zeitung“ u. dgl. ihren Charakter und ihre Tendenzen deutlich kennzeichneten.

Es war nur eine natürliche Folge damaliger Zustände, daß der in Wien versammelte, seit 15. Mai „constituirende“ Reichstag sich gar bald mit confessionellen Fragen und Angelegenheiten ebenfalls zu schaffen machte. Schon bei den Wahlen in den Reichstag waren die radikalen Kirchenstürmer und deren jüdische Helfershelfer eifrig an der Arbeit; das [illegible]rale Ministerium Doblhoff-Dier besorgte ferner deren Geschäfte durch die Entfernung der mißliebigen Statthalter [illegible] Tyrol (Graf Brandis) und Böhmen (Graf Leo Thun).

Im Reichstage selbst kamen bald Anträge auf die Einziehung der geistlichen Güter und deren Verwendung zu Staatszwecken; sodann wurde durch Füster die Aufhebung der geistlichen Ritterorden und Klöster, mit Ausnahme der wahrhaften Humanitäts-Orden verlangt; Füster war es auch, der die Wahl der „Kirchenvorsteher aller Confessionen auf constitutionellem Wege durch das Volk und die Aufhebung des Ehehindernisses der Schwägerschaft“ in Antrag brachte; Andere forderten die Beseitigung des priesterlichen Cölibats u. s. w. Ungleich wichtiger, ja maßgebend waren indessen die Denkschriften der verschiedenen Kirchenprovinzen und Episkopate, die Gesammt-Petitionen der Geistlichkeit oder des Klerus und der Laien gewisser Diöcesen; denn darin wurde durch die competenten Autoritäten in Kirchensachen oder durch das katholische Volk all das gründlich und würdig zusammengefaßt, was die katholische Kirche Oesterreichs in der neuen Ordnung der Dinge zu erwarten sich berechtigt und um ihrer hohen Sache willen zu fordern sich verpflichtet glaubte.

Auch die österreichischen Protestanten beider Bekenntnisse hielten ihre besonderen Conferenzen ab und reichten beim Reichstag und beim Ministerium ihre Petitionen ein, worin sie einmal „völlige Rechtsgleichheit für jedes religiöse Bekenntniß“ und dann „Unabhängigkeit der Kirche vom Staate“ und vollkommene Selbständigkeit in Verwaltung ihrer kirchlichen Angelegenheiten forderten. Im übrigen beobachteten aber die Protestanten Oesterreichs in der ganzen Zeit des wirrvollen Umsturzes im Großen und Ganzen eine würdige Haltung.

Um so lauter und zudringlicher gebärdeten sich die Juden mit ihrem stürmischen Verlangen nach Emancipation; namentlich aus Galizien wurde der Reichstag mit einer wahren Fluth von Bittschriften in dieser Angelegenheit überschwemmt, denen jedoch eine noch größere Menge von Gegenpetitionen gegenübertraten, so daß die endliche Beschlußfassung des

Reichstags über die Aufhebung der Judensteuer, sowie der auf den Juden als solchen lastenden Paß- und sonstigen Orts-Polizeisteuern erst nach lebhaften Debatten am 6. October erfolgen konnte. Diese Aufhebung der Judensteuer wurde als „erster Akt der Judenemancipation“ bezeichnet; den zweiten durchgreifenden Akt, sowie die schließliche Entscheidung der confessionellen Frage überhaupt konnte nur das Verfassungswerk selbst bringen. Helfert gibt von den langwierigen und wechselreichen Verhandlungen des constituirenden Reichstages über diese Frage in seinem großen Geschichtswerke eine ausführliche pragmatische Darstellung.

Wenn die wahre Religion angegriffen und bekämpft wird, dann erscheinen auch jedesmal die falschen Propheten und lügenhaften Heilsverkünder, die im Gewande der „Religion, Sittlichkeit und Humanität“ die Geister und Herzen zu beirren suchen. So darf es denn nicht Wunder nehmen, wenn inmitten der Auflösung und Zersetzung der gesellschaftlichen und moralischen Zustände im Jahre 1848 in Oesterreich auch die „Dreipunkte-Brüder“, die Freimaurer, ebenfalls wieder auftauchen. In Pest und Wien wurden fast gleichzeitig Logen errichtet; das Regime Kossuth und jenes von Doblhoff harmonirten darin, daß sie die antichristliche Geheimbündelei gestatteten, ja der österreichische Minister bemerkte in seinem Bescheide vom 2. September sogar, „er gehe von der Voraussetzung aus, daß diese Verbrüderung staatsgefährlichen Zwecken wohl eher entgegenwirken (!?), als dieselben begünstigen werde“. So entstand in Pest die Loge „Kossuth zur Morgenröthe des höheren Lichtes“, in Wien zum „heiligen Joseph“; die bald ausgebrochene Oktober-Revolution verhinderte indessen eine weitere Ausbreitung des Geheimbundes.

Zu Anfang des Monats Juni 1848 sollte auch der „Apostel des Deutschkatholicismus“, Johannes Ronge, in die unterwühlte Kaiserstadt an der Donau kommen; seine bevorstehende Ankunft wurde von der radikalen und jüdischen Presse mit pomphaftem Lärme angekündigt; der Reichstags-

Abgeordnete Dr. Franz Schuselka hatte sich dem Breslauer Propheten früher angeschlossen, war aber seither dem Ronge-Schwindel abhold geworden und mußte deßhalb von Seite seiner politischen Gesinnungsgenossen manch harte Anfechtung erleiden. Trotz der schreienden Reklame konnte der Deutschkatholicismus in Wien und in Oesterreich überhaupt lange keinen Boden finden. Da versuchte es ein bedauernswürdiger Mann, der Cooperator Hermann Pauli in Wien, gleich Füster ein Verführer des Volkes zu werden. Die Schilderung dieses Menschen und seines unsittlichen gottlosen Treibens eröffnet einen schaudernden Blick in die Abgründe der Verworfenheit und Charakterlosigkeit. Pauli zieht als Mädchenjäger im Priesterkleide umher, verspottet öffentlich kirchliche Einrichtungen, religiöse Gebräuche, christliche Glaubenslehren. Wochenlang treibt er in Wirthshäusern und Herbergen sein Wesen, wird deßhalb von seiner Stelle und von den geistlichen Funktionen suspendirt und hält dann in verschiedenen Vergnügungslokalen öffentliche Vorträge über den Deutschkatholicismus. In einem solchen Vortrag heißt es unter Anderem: „Die deutsch-katholische Kirche wird so gewiß die römisch-katholische vernichten, als es kein Zweifel ist, daß ein junger Löwe einen alten Esel überwinden wird.“ Dieser Ausspruch kennzeichnet die Tiefe der Einsicht und die Höhe der Auffassung, sowie die stilistische Urbanität des abgefallenen Priesters.

Die „neiche“ Religion, d. i. die confusen Sätze Pauli's wurden von Ausrufern um einen Kreuzer auf der Straße ausgeboten. Sie fanden aber trotz dieser Wohlfeilheit und trotz der fortgesetzten Unterstützung von Seite der Radikalen in der Tagespresse bei dem Wiener Publikum nur wenige Anhänger. Im August 1848 gesellte sich den beiden Wiener Apostaten Füster und Pauli noch der Olmützer Priester Johann Hirschberger zu. Derselbe war zur Zeit Seelsorger im Wiener Garnisons-Hauptspitale. War Pauli „ein verschrobener Kopf, weder sich noch Andern klar“, so erscheint

der Charakter Hirschbergers als „ein Mittelding von Heuchler und Feigling, der es liebt, von den großen Gefahren zu sprechen, die er ‚um der Wahrheit willen‘ wage“. Seine „Fortschrittsideen“, welche er den versammelten Zuhörern vortrug, umfaßten folgende Punkte: Lossagung von Rom; keine Papal-, keine Episkopal-, keine Consistorial-, sondern eine volksthümliche, eine synodale Kirchen-Verfassung; Abschaffung der liturgischen Sprache und alles orientalischen Schaugepränges beim Gottesdienste; Aufhebung aller klösterlichen Institutionen; Aufhebung der „neunhundertjährigen schreienden Unnatur“ des Cölibats; Abschaffung aller Stolgebühren.

Pauli und Hirschberger machten durch ihre Vorträge über religiöse Fragen unablässig Propaganda im Sinne des Deutschkatholicismus; ihr Auditorium minderte sich aber augenscheinlich, wozu neben der Seichtigkeit und Oberflächlichkeit des Gebotenen und der wenig Achtung einflößenden Haltung der Kirchenneuerer auch die kräftige Abwehr der pflichtgetreuen Geistlichen mit Dr. Sebastian Brunner an der Spitze und der rührige Wiener Katholiken-Verein wesentlich beitrugen. Leider blieb die energische Bekämpfung des Uebels durch den kirchlichen Oberhirten Wiens noch immer aus. Anders benahm sich der Olmützer Ordinarius, der nach fruchtloser Ermahnung und Aufforderung zur Umkehr, zur Buße und Besserung am 13. September die feierliche Excommunication über Hirschberger aussprach.

Da es mit der Kirchenneubildung Pauli's und Hirschberger's nicht vorwärts gehen wollte, ja die Zuhörerschaft und damit auch die Tageseinnahmen der Winkelprediger stets geringer wurden, so erbarmte sich der „große“ Ronge endlich seiner Wiener Freunde und Anhänger und erschien um die Mitte September persönlich in Wien, wo mittlerweile in der Person des ehemaligen Predigers in Mannheim, Karl Scholl, dem deutschkatholischen Propheten ein weiterer Vorläufer erstanden war. Am 17. September trat Ronge

im Odeonsaale vor das Wiener Publikum. In seiner Gesellschaft befand sich außer Pauli noch Anton Wagner, der Prediger der deutschkatholischen Gemeinde in Breslau. Ronge sprach klar und verständlich, aber eintönig. Der Hauptgrundsatz des deutschen Katholicismus liege in dem Gebote: „Du sollst Gott im Geiste und in der Wahrheit anbeten!" Das Hauptgebet derselben sei die Liebe. „Dieses zu bewerkstelligen ist eine schwere Aufgabe; denn auch jetzt gibt es Verfolgungen mancher Art. Aber die gute Sache wird und muß siegen, trotz der Zollschranken und Sperren. Katholicismus und Protestantismus werden durch uns vereinigt werden." Noch am selben Tage bildete sich in Wien eine „freie christliche Gemeinde", welche dann am 24. September in dem „kirchlich hergerichteten" Musikvereins-Saale ihren ersten feierlichen Gottesdienst abhielt. Mittlerweile war auch die zweite Größe des Deutschkatholicismus, Eduard Duller, in Wien angelangt und die alte Kaiserstadt damit für einige Zeit der Mittelpunkt des deutschkatholischen Schwindels geworden.

Wir eilen zum Schlusse, obgleich der restliche Theil unserer Vorlage noch überaus interessante Mittheilungen und Erörterungen bringt. Der Abschnitt: „Der Kampf um die Kirche" behandelt in seinen drei Unterabtheilungen (Ecclesia patiens, E. militans und E. triumphans) in zusammenfassend übersichtlicher Weise die manigfaltigen Erfahrungen auf confessionellem Gebiete, wie solche nach der Eröffnung des constituirenden Reichstages zu Tage traten. Alle die kirchlichen Bewegungen hatten in dem Reichstage einen anderen Mittelpunkt gewonnen: die Kirchenstürmer und unberufenen Kirchenlehrer und Kirchenbesserer forderten das Einschreiten der verfassunggebenden Versammlung im Sinne ihrer Afterreform- und Umsturz-Ideen; die Diener und Gläubigen der Kirche verlangten den Schutz der Gesetze zur Ausübung verfassungsmäßiger Freiheit auf religiösem Gebiete: die Kirchenfürsten endlich faßten dem weltlichen Parlamente

gegenüber den Gesammtinhalt dessen zusammen, was der Kirche als seit nahezu neunzehn Jahrhunderten bestehender geschlossener Gemeinde und Körperschaft zugestanden und gewährleistet werden müsse.

Großes Interesse bietet in dieser lehrreichen Ueberschau die Schilderung des Kampfes um die Schule (S. 816) in den verschiedenen Ländern der österreichischen Monarchie, sowie das Kapitel über den im Jahre 1848 auftauchenden religiösen Aberglauben, der namentlich in der Form von Weissagungen und Prophezeiungen auftrat, große Verbreitung und zahlreiche Beistimmung fand. Baron Helfert macht dabei folgende Bemerkung: „Man würde indeß ein Unrecht begehen, wollte man Alles, was damals unter dem Titel ‚Prophezeiungen‘ der Oeffentlichkeit übergeben wurde, in die Kategorie frevelhaften oder wohl auch gut gemeinten Betruges reihen. Es haben in Zeiten übergroßer gemeinsamen Trübsal auch gelehrte und wahrhaft fromme Männer dieses Thema behandelt; doch waren das keine Offenbarungen, die sie selbst zu machen sich vermaßen, sondern es waren Rückblicke in eine vergangene Zeit, indem sie ihre Zuflucht zu jenen heiligen Schriften nahmen, die vor tausenden von Jahren unter göttlicher Eingebung abgefaßt für alle Zukunft der trostbedürftigen Menschheit den Weg rettenden Heiles weisen.“ (S. 843.)

Mit der Besiegung der Wiener Revolution (6. Oktober) ging auch die kirchliche Bewegung in der Kaiserstadt zu Ende. Ronge, Duller und Scholl hatten sich schon früher entfernt; der Afterapostel versuchte in Graz die Gründung einer „freien christlichen Gemeinde.“ Die beiden Wiener Wirthshausprediger Pauli und Hirschberger hielten sich versteckt; Füster flüchtete hinter die Unnahbarkeit des Reichstags-Abgeordneten. Die deutschkatholische Afterkirche wurde behördlich verboten, der Rongeaner Scholl ausgewiesen. Die beiden verirrten Priester Pauli und Hirschberger hatten ein verschiedenes Schicksal. Hirschberger beging am 24. November einen Selbst-

mordversuch, publicirte dann Ende März 1849 „aus eigenem Herzensdrang“ einen Widerruf seiner Verirrungen und kehrte voll Reue in den Schooß der Kirche zurück. Er lebte von da an zu Littau in Mähren. Am Morgen des 1. Juni 1860 fand man ihn erhängt; so war er dennoch zum Selbstmörder geworden. Pauli trieb sich noch einige Zeit in den Wiener Vorstädten als „deutschkatholischer“ Priester herum, nahm geistliche Handlungen vor und versuchte neuerdings öffentliche Vorträge zu halten. Er wurde wegen solcher Umtriebe von der Polizei eingezogen und da sich bei ihm Spuren von Geisteskrankheit zeigten, so brachte man ihn in das allgemeine Krankenhaus, von wo er im September 1849 in die Irrenanstalt nach Ybbs übergeführt wurde, wo er mehr und mehr verblödete. Hier lebt er auch noch heute. Er ist 76 Jahre alt, ziemlich rüstig und körperlich gesund, aber vollständig taub.

Bald konnte auch in den übrigen Theilen der österreichischen Monarchie (mit Ausnahme von Ungarn) die Hydra der Revolution gebändigt und die langentbehrte öffentliche Ruhe und Ordnung wieder hergestellt werden. Damit kehrte auf confessionellem Gebiete ebenfalls der Friede langsam zurück.

„Das Jahr 1848“, so schließt Baron Helfert sein werthvolles Buch, „hat viel geliebt und viel gesündigt, und es muß ihm darum, nach dem Worte der Schrift, viel vergeben werden. Allein wir dürfen doch nie aus den Augen lassen, daß wir ohne dieses ‚tolle Jahr‘ der Wildniß und Wirrniß heute nicht wären, wo und was wir sind. Es soll damit bei weitem nicht gesagt sein, daß wir den Himmel auf Erden gewonnen haben. O nein! In manchen Stücken sind wir ohne Frage heute entschieden schlechter daran, als wir es damals waren. Allein wenn man um jenes Bessern willen alles Andere mit in den Kauf nehmen müßte, wie zu jener Zeit die Dinge standen, niemand, weder Einzelperson noch Körperschaft oder Stand, würde den Handel eingehen wollen.

Am allerwenigsten die Kirche! Freiheit ist nicht Alles, aber Freiheit ist sehr viel. Kampf ist nicht begehrenswerth, aber ein frischer fröhlicher Krieg ist jedenfalls besser, als ein fauler, feiger, lendenlahmer Friede, und das war im Allgemeinen der Stempel der sogenannten guten alten Zeit. Vita bellum, bellum vita! Nur was du in ehrlichem Strauße erworben und errungen, ist im eigentlichen Sinne dein!"

„Das denkwürdige Jahr 1848 hat in Oesterreich in den verschiedensten Richtungen Zweifel in die Welt gesetzt, aber nicht deren endgiltige Entzifferung gebracht; Fragen aufgeworfen, aber nicht deren befriedigende Beantwortung geliefert; Aufgaben gestellt, aber nicht deren vollständige Lösung herbeigeführt. Allein es hat in jeder Beziehung Anfänge gemacht, deren Weiterführung die darauf folgende Zeit nicht umgehen konnte, so daß wir, was wir immer von öffentlichen Angelegenheiten in die Hand nehmen wollen, stets wieder auf jenen gewaltigen Umschwung zurückkommen, der alle vorangegangenen Zustände und Verhältnisse von der Stelle gerückt hat."

„Dies ist auch mit der confessionellen Frage der Fall, die im Jahre 1848 an die Tagesordnung gesetzt, aber nicht gelöst wurde; die heute noch in der mannigfaltigsten Form und Weise an der Tagesordnung steht, ohne gelöst zu sein; und die an der Tagesordnung bleiben und zu allseitiger Ruhe und Befriedigung nicht gelöst werden wird, so lange die Verheißung nicht in Erfüllung gegangen: es werde Ein Hirt und Eine Heerde sein. Diesen Zeitpunkt aber wird in seinem Erdenwallen wohl Keiner von uns erleben. . . . Finis — non finis!" Dr. S.



XIII.

Ein Wort über die sogenannten Pack'schen Händel und ihre Behandlung in der Geschichte.

II. Die geschichtliche Bearbeitung der Pack'schen Händel bis auf Ranke und Hassencamp.

Mit dem Vertrage von Hitzkirchen am 11. Juni waren die Pack'schen Händel im Wesentlichen beendigt. Sie gehörten nun der Geschichte an. Die Geschichte hat sich, wie gesagt, recht fleißig mit ihrer Erforschung und Beurtheilung befaßt.

Die ersten, welche einer gewissen historischen Auffassung darin die Wege bahnten, waren die Wittenberger Theologen. Aus zwei Gründen waren diese Händel in ihrer Entwickelung eine bittere Qual für sie gewesen, vor allem zunächst wegen der Gefahr für ihr eigenes Leben,[1]) dann aber auch, wie sie sagten, wegen der Schande, welche dieselben ihnen und ihren Anhängern bereiten konnten. Die Gefahr für Gut und Leben hörte mit dem Ausgange der Pack'schen Händel auf. Die Schande dagegen hätte Luther im Falle eines erfolgreichen Ueberfalls und einer Umkehr aller Dinge im Reich durch Philipp vielleicht nicht unschwer verschmerzen können. Nach der Art und Weise aber, wie jetzt der Aufruhr beigelegt worden, war „die Schande" recht unbequem. Sie

---

1) Vgl. oben S. 21.

mußte in die Geschichte übergehen, wenn man nichts that, sie zu verwischen oder Anderen aufzubürden. Dies letztere ist thatsächlich eine sehr bequeme und, namentlich unter gewissen Zeitumständen, sehr wirksame Art der Vertheidigung. Philipp hatte hier schon einen nicht zu verachtenden Anfang gemacht. Indem er die Bischöfe zwang, ihm Kostenersatz zu zahlen und jene Friedensversicherung zu geben, zwang er sie zugleich, einen Schein von Verdacht und Schuld vor der uneingeweihten Oeffentlichkeit auf sich zu nehmen. In Wittenberg muß man dies bald begriffen haben. Jedenfalls fing man hier schon an, diese günstige Gelegenheit auszunutzen, bevor es bekannt geworden, daß Philipp mit seiner Sache ganz fertig war. Die Wittenberger Theologen waren früher, wie bemerkt, aufs entschiedenste gegen das Vorgehen Philipps gewesen. Sie hatten namentlich in der letzten Zeit „sehr dringend" [1]) von den Geldforderungen abgerathen. Sie mußten fürchten, ein so ungerechtfertigtes und empörendes Ansinnen werde die beharrliche Weigerung der Bischöfe und dann den Krieg zur unausbleiblichen Folge haben. Sobald diese Befürchtungen durch unerwartete Thatsachen beseitigt wurden, änderte sich in Wittenberg die Sprache. Mit einem gewissen triumphirenden Uebermuth redet Luther über das gewaltthätige Vorgehen Philipps, wie es in den Verträgen von Schmalkalden und Hitzkirchen zu Tage tritt. „Die Bischöfe von Würzburg und Bamberg", schreibt er am 13. Juni an Amsdorf, „sind schon zum Frieden mit unserm Fürsten gebracht worden, die Einwilligung des Mainzer steht noch aus, auch diese wird der Landgraf leicht erzwingen." Gleich im folgenden Satze geht er dazu über, die Geschichte der Pack'schen Händel zu machen und Schuld und Schande nach Möglichkeit den katholischen Fürsten aufzubürden. „Die Entschuldigungen [der Bischöfe] wie auch des Herzogs Georg

---

1) Nobis valde dissuadentibus heißt es bei Melanchthon. C. R. 1, 988.

gelten bei mir nichts",[1]) sagt er. „Viele Gründe," heißt es dann weiter, „thun dar, daß Herzog Georg sich dieses blutdürstigen Bündnisses schuldig gemacht hat, oder gar dessen Urheber ist. Deshalb halte ich dafür, wenn diese, welche schon so häufig vergebens gemahnt sind, noch einmal wieder Anschläge machen, sie ganz und gar ohne alles Erbarmen zu behandeln. Denn sie können keinen Frieden ertragen, sondern dürsten nach Blut. Sie mögen also trinken." In der That kennt man hier den Luther der letzten Monate nicht mehr wieder. Damals hatte Luther das Vorgehen Philipps und Johanns für einen Gräuel vor Gott und für ein Schande, wie sie größer dem Evangelium nicht zustoßen könne, erklärt, jetzt will er selbst die katholischen Fürsten ohne Erbarmen behandelt wissen und sie „Blut trinken" lassen. Damals hatte er zum großen Verdrusse Philipps seine Zweifel über das Bündniß von Breslau ausgesprochen, jetzt, wo die zwingendsten Beweise für die Falschheit desselben von Tag zu Tag sich mehr anhäufen, gibt er sich den Anschein, als sei er von der Wahrheit des Bündnisses überzeugt. — „Und nun da der Friede geschlossen war, fing Luther erst recht einen Krieg wegen des Bündnisses an", sagt Plank.[2])

In gleichem Sinne wie an Amsdorf schrieb Luther am 14. Juni an Abt Friedrich zu Nürnberg, er sei ganz und gar überzeugt,[3]) daß der Landgraf nicht ohne Ursache sich gerührt habe. Satan habe etwas gewollt, aber Christus möge sich erbarmen und ihn zertreten. An Link schrieb er am selben Tage: „Herzog Georgs allerkälteste Entschuldigung lege ich ungefähr für ein Bekenntniß aus. Die gottlosen Fürsten mögen leugnen, entschuldigen, fingiren, ich weiß ganz gewiß (ego sciens scio ich bin eingeweiht in diese

1) „apud me nihil concludunt." De Wette 3, 338—339.
2) 2, 434.
3) Persuasissimus sum; de Wette 3, 339.

Dinge und weiß es), daß jenes Bündniß nicht ein bloßes Nichts oder eine Chimäre ist, obwohl es ein Ungeheuer und ungeheuerlich ist. — Beten wir gegen jene Menschenmörder. Und bis jetzt zwar mag ihnen Nachsicht zu Theil geworden sein. Wenn sie aber noch einmal etwas im Schilde führen, werden wir zu Gott beten. Dann werden wir die Fürsten mahnen, damit sie ohne Erbarmen zu Grunde gerichtet werden; denn diese unersättlichen Blutsauger wollen nicht ruhen, bis sie Deutschland von Blut triefen sehen".[1]) Luther gehörte zu den wenigen, welche in die Geheimnisse der Pack'schen Händel näher eingeweiht waren. Seine Worte hatten ein großes Gewicht zur Verdächtigung der katholischen Fürsten. Luther wußte das, und er stempelte sie zu Blutmenschen und angesichts ihrer Verantwortungen zu Lügnern. Für die Verbreitung seiner Aussprüche wurde gesorgt. Es wurde „diesem Mann", wie Herzog Georg sagt, „von vielen Glauben und Zufall gegeben". Von Schande für das Evangelium war nun keine Rede mehr.[2])

Luther nahm die verleumderischen Behauptungen gegen die katholischen Fürsten nicht zurück, selbst in dem bekannten Streite mit Georg nicht. Er hat bis in unser Jahrhundert hinein nicht wenige mehr oder minder getreue Nachfolger gefunden.

Sehr fromm äußerte sich schon Spalatin, der Beichtvater des Kurfürsten von Sachsen, über Pack und das Bres-

---

1) De Wette 3, 340. Vgl. 351.

2) Im Falle eines siegreichen Krieges der Weimarer Bundesfürsten hätte Luther noch viel weniger von Schande für's Evangelium gesprochen, sondern davon wie die Rottenpfaffen ihren verdienten Lohn bekommen, den sie jetzt nach seinem Dafürhalten bei nächster Gelegenheit haben sollten. Man darf daher gewiß sagen, Luther fürchtete die Schande nur im Fall einer Niederlage. Das ist bei Abwägung der Beweggründe für Luther's Friedensliebe vor Augen zu halten. Im Fall des Sieges von Philipp wußte Luther mit der Schande schon fertig zu werden.

lauer Bündniß: „Der arme Mann hat das Breslauische Bündniß teutscher Nation und der ganzen Christenheit zu Gute gemeldet zu seiner großen Beschwerung, darüber er endlich um Leib und Leben kommen."[1]) Sleidan meint: „Es gibt einige, die glauben, daß es ‚nicht ein bloßes Nichts' gewesen ist, was jener von dem Bündniß vorgebracht." Sleidan spielt hier ohne Zweifel auf die Worte Luthers an.[2]) Er weist auch, den Argwohn zu nähren, auf die Zusammenkunft der katholischen Fürsten zu Regensburg hin und sagt dann, er lasse in dieser Sache jedem sein Urtheil. Lauze, der vertraute Beamte und Historiograph Philipps, fühlt sich keineswegs veranlaßt, solchen falschen Gerüchten entgegen zu treten. Dagegen hebt er mit Nachdruck hervor, daß Pack in dem Kasseler Verhör „solcher Dinge, wie die im Ausschreiben angezeigt worden, one leugnen fur Inen allen [den Vertretern der Fürsten] gestanden."[3]) Auch der alte Chyträus führt, wo es sich um die Frage der Echtheit jenes Breslauer Bündnisses handelt, Luther und diejenigen, welche mit ihm gleichen Sinnes waren, ein. „Otto von Pack", sagt Chyträus, „konnte seine Anzeige freilich nicht mit genügenden Beweisen belegen. Aber nach dem Urtheile vieler, und zu diesen gehört auch Luther, hat es sich bei dieser Anzeige doch nicht um ein reines Nichts gehandelt."[4]) Secken-

---

1) Seckendorf 2, 100.

2) Itaque conceptum aliquid ejus generis non autem ad finem deductum neque plane decretum putatur, erklärte Sleidan. De statu religionis etc. Arg. 1557 f. 97 b. Schon Genney bemerkt, daß Sleidan der Behauptung von der Wahrheit des Breslauer Bündnisses Vorschub geleistet habe. Der Richtigkeit dieser Bemerkung kann der Ausfall Hortleders gegen Genney (1, 800) keinen Eintrag thun.

3) Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte. Suppl. 2, 162. Ueber das Verhältniß Lauze's zu Philipp vgl. ebenda, Vorwort.

4) Sed tamen non prorsus de nihilo fuisse hoc indicium multi judicarunt ac in his Lutherus. Saxonia Lips. 1611. p. 312.

dorf braucht gleich im Anfange seiner Darstellung Wendungen, wie „das Bündniß, das als eine Erfindung Pack's betrachtet wird."[1]) Deßhalb erscheint die Schlußbemerkung,[2]) daß der Landgraf von Pack „ohne Zweifel" betrogen worden, noch um so mehr als eine nackte allgemeine Redewendung, welche nicht geeignet war, den Verdächtigungen, die sich unter den Protestanten gegen die katholischen Fürsten eingebürgert hatten, einen wesentlichen Abbruch zu thun. So finden wir sie denn auch bei Salig mit einer gewissen Vollständigkeit wieder. „Es haben viele geglaubet", sagt Salig,[3]) „daß die Packische Eröfnung nicht ohne Grund gewesen, und daß die Conföderirten auch Ursach gehabt, den Bund zu läugnen, weil er von ihnen zwar concertiret, aber nicht zur Vollkommenheit gebracht. Spalatinus schreibt davon, als von einer gewissen Sache, Sleidanus aber überläßet einem jeden sein Urtheil, Lutherus selbst verwarf nicht alles, was Pack ans Tages-Licht gebracht." So schrieb Salig zum „andern Jubel-Jahr der Augsburgischen Confession."

Um dieselbe Zeit brachte ein anderer dasselbe vor und zwar mit einem gewissen Schein von Gründlichkeit und Vernünftigkeit. „Es hat meines Erachtens", schreibt Hoffmann,[4]) „noch bis diese Stunde niemand mit zureichenden Gründen gezeigt, daß das oftgedachte Bündniß von D. Otto von Pack ersonnen und unterschoben sei. Auch damals schon bestand D. Martin Luther darauf, daß er es vor kein bloßes Gedicht ansehe, und der Herr von Seckendorf hat aus des bekannten Spalatini geschriebenen Historie einige Worte angezogen, mit welchen dieser klagt, daß der arme Mann

1) 2, 94. 2) 2, 97.

3) Vollständige Historie der Augsburgischen Confession. Halle 1730. Th. 1, 119. Er verweist auf die bekannten Briefe Luthers an Heß, Amsdorf und Link.

4) Sammlung ungedruckter Nachrichten. Halle 1736. Th. 1, 74—77.

(Otto v. Pack) wegen der Entdeckung des Breslauischen Bündnisses, die doch zu der teutschen Nation und der ganzen Christenheit Nutz gereichet hätte, in den Niederlanden endlich um Leib und Leben kommen müssen. . . Daß die Fürsten, welche an der Verbindung Theil haben sollten, einhellig widersprochen, und so bald ihnen davon Eröffnung gethan, insgesammt die Sache vor ein ersonnenes Werk angesehen wissen wollten, ist vielleicht ebenso wenig zureichend, den Verdacht eines blossen Gedichtes auf das Bündniß zu bringen, als daß D. Otto von Pack vor seiner Hinrichtung zu Brüssel seinen begangenen Betrug unter der peinlichen Frage gestanden haben soll. Wann ein Bündniß durch eine zu frühe Entdeckung seine verhofte Würkung nicht thun kann, da ist vielleicht der beste Weg, daß man sich jemalen verbunden zu haben leugnet." Mit diesen ausdrücklichen Worten thut Hoffmann, was andere vor und nach ihm schweigend gethan, er schiebt die feierlichsten Erklärungen der katholischen Fürsten mit der Verdächtigung, daß diese wissentlich die Unwahrheit gesagt hätten, bei Seite.

Hoffmann hatte noch zum Schluß den Wunsch nach einer „gründlicheren Untersuchung" dieser Frage ausgesprochen. Diese ließ nicht allzu lange auf sich warten. Im Jahre 1751 gab Dr. Friedrich Wideburg zu Halle seine „Sammlung vermischter Anmerkungen" heraus. In dieser Sammlung veröffentlichte er eine Abhandlung unter dem Titel: „Ehren-Rettung Dr. Ottens von Pack." Als Probe seiner Auffassung kann die von ihm beliebte Abweisung der Verantwortungen der katholischen Fürsten dienen. „Daß die interessirten Fürsten einhellig widersprochen", sagt er (S. 215), „und die producirte Copey des Bündnisses vor eine nichtswürdige und boshafter Weise unterschobene Scharteke erkläret, stehet meines Bedünkens Otten von Pack eben so wenig entgegen [als seine Betrügereien]. Es war ein Glück für die Evangelischen, daß die Anschläge der Feinde eher ans Licht kamen, als man vermuthet hatte. Die Projecte der Catholischen waren

noch nicht zur Reife gediehen und durch die frühzeitige Entdeckung derselben gerieth alles mit einem Mal ins Stocken. In diesen Umständen war das beste Mittel zu Wiederherstellung des Friedens und guten Vertrauens, daß man von der Sache nichts wissen wollte und lieber alles über den Denunzianten ausgehen ließ." So werden von diesem protestantischen Parteihistoriker die katholischen Fürsten der Lüge und Heuchelei beschuldigt. Dagegen heißt es (S. 234) über Philipp: „Man würde vor erlauchte Fürsten des Reichs allzuwenig Achtung und Ehrerbietung beweisen, wenn man sich von dem großen Landgrafen Philipp vorstellen wollte, daß er unbedachtsamer und übereilter Weise, ohne genugsamen Grund zu haben, auf das bloße Angeben einer einzigen Privatperson zu einer so gewaltigen und kostbaren Rüstung sich hätte bewegen lassen." — Als letzten Beweis für die Ehrenrettung Pack's führt Wideburg (S. 237 ff.) Luther ein: „Was endlich Luther von dem Bündniß geglaubt und wie er fest darauf bestanden, daß es keine Erfindung sei, hingegen die vorgeschützten Entschuldigungen Herzog Georgs und anderer katholischen Fürsten keinen Stich hielten, ist aus dessen Handbriefen an Jo. Hessen zu Breslau, Wenzel Linken zu Nürnberg und den bekannten Nicol. Amsdorf zu ersehen." [1])

So haben also diese und andere Geschichtsschreiber das, was Luther zur Ehre des Evangeliums auf die Bahn gebracht, drei Jahrhunderte lang festgehalten. Dasselbe hat für das vierte Jahrhundert vor allem Rommel gethan. [2]) Pack erscheint bei ihm als eine Art von Märtyrer des Evangeliums. Nachdem Rommel ihn als ein „für das Evangelium eifrigen Mann" eingeführt, sagt er [3]:) „Ungeschmälert blieb

---

1) Es „ist nicht zu läugnen, daß man von der Unschuld des D. Packs verschiedene scheinbare Gründe angeben kann", sagt Häberlin, Welthistorie 11, 62.

2) Philipp der Großmüthige 1, 210 ff.

3) S. 226.

deßhalb das Verdienst des Angebers, sobald er keines Betrugs überführt ward; gegen den Landgrafen, weil er ihn zeitig gewarnt und von einer großen Gefahr gerettet; gegen die evangelische Sache, falls er aus redlichem Glaubenseifer für dieselbe seine zeitliche Wohlfahrt aufs Spiel gesetzt." Nach der Darstellung Rommels ist aber Pack eines Betruges nicht überführt „schmählich" hingerichtet worden. „Sein Andenken noch jetzt mit dem Namen eines Betrügers zu brandmarken, verbietet die Bescheidenheit", sagt Rommel (S. 232), „womit redliche Zeitgenossen [u. a. Luther und Spalatin] über ihn urtheilten". „Nirgends", so bemerkt Rommel, „findet sich bei Pack eine Spur von Eigennutz, die einzige Triebfeder, die man einem solchen Betrug unterlegen könnte." Außer dem Eigennutz gab es bekanntlich noch eine andere Triebfeder, welche thatsächlich dem „Betruge Packs" untergelegt wurde.[1])

So haben denn diese und andere Geschichtsschreiber die falsche und ehrenrührige Behauptung Luthers vom Breslauer Bündniß in mehr oder minder vorsichtiger Form zur Rettung Philipps und zur „Ehre des Evangeliums" bis in unsere Zeit aufrecht gehalten.[2]) Manche von diesen Schrift-

1) Vgl. oben S. 6 ff. Das peinliche Geständniß Packs war veröffentlicht und Rommel kannte es (vgl. 2, 211). Auch die Verantwortungen der kath. Fürsten kannte Rommel (vgl. 2, 206), sowie die Akten des Verhörs von Kassel (2, 207).

2) Trotzdem läßt sich in der „Theol. Literaturzeitung (1883 S. 345) eine Stimme dahin vernehmen: „Eine Ansicht, wie sie Rommel in seiner von Unkritik und Voreingenommenheit erfüllten Geschichte Philipps des Großmüthigen aufstellte, wonach Beide unschuldig und das Bündniß womöglich echt sein soll, war so singulär, daß sie von ernsthaften Historikern nie beachtet wurde." Die vorstehenden Thatsachen aus der Geschichtsschreibung auf protestantischer Seite dürften zur Beleuchtung dieser Aufstellung genügen. Damit fällt dann auch die Behauptung, daß „die Pack'schen Händel bisher zu den wenigen Fragen der deutschen Reformationsgeschichte gehörten, worin Katholiken und Protestan-

[..]len waren auch in der Lage, die Akten zu Kassel, Wei-[..]r und Dresden einzusehen. Trotzdem ist auch noch die [..] falsche Behauptung, daß nicht Philipp, sondern Pack [..] Einfädelung der Händel die Initiative ergriffen, bis auf [..]mmel zur Deckung Philipps stehen geblieben. Mit be-[..]derem Nachdruck findet sich diese Anschuldigung Packs [..] Lauze ausgesprochen[1]): „Einer, genannt Otto Pack, der [..]hten Doctor, Herzog Georgen zu Sachsen Diener, erbot [..] gegen der durchleuchtigen Fürstin und Frauen Elisabeth, [..] wollte ihrem Bruder dem Landgrafen in der nassauischen [..]chen dermaßen gerathen sein, daß es ihm und allen seinen [..]chkommen ewiglich zu Nutz gereichen sollt. Dieses Erbie-[..]n ließ sie an den Landgrafen gelangen, der brachte durch [..]n Schreiben zu Wege, daß ihm erlaubet ward, zu ihm zu [..]ommen. Als er [Pack] aber nun herauskam, gedachte er

---

[..]ten (die theolog. Literaturzeitung läßt mißbräuchlich den Ausdruck „ultramontane und wissenschaftliche Forschung" ausgehen) [..]n der Regel übereinkommen". Die Ansicht von Rommel ist keine Ausnahme von der Regel, nicht „singulär" bei den Protestanten. Sie schaut vielmehr aus fast jedem protestantischen Geschichtswerke, das die Packschen Händel berührt, irgendwie hervor, weil der erste, nach dessen „Voreingenommenheit" „das Bündniß womöglich echt sein sollte", Luther war. Es ist daher auch hier, insofern man auf protestantischer Seite, gestützt auf Luther, sich mit einer wahrhaft erstaunlichen, vielhundertjährigen Hartnäckigkeit der offenbaren Wahrheit verschlossen, „eine erfreuliche (!) Concordanz" niemals gewesen, insofern also auch nicht „zerrissen worden". Uebrigens wird doch kein Protestant einem Katholiken zumuthen, daß er sich mit ihm auf Grund von Falschheiten aus Luther in Concordanz halten oder setzen soll. Die Aufdeckung der Wahrheit ist ein Fortschritt der Wissenschaft. Niemand, auch kein Protestant, wird diesen hier bedauern, es sei denn, daß er „den Fürsten, dem der deutsche Protestantismus wie keinem andern sein Dasein verdanken" soll, der aber in Wirklichkeit für den deutschen Protestantismus keine allzu große Ehre bedeutet, über die Wahrheit setzen will.

[1]) Zeitschrift für hessische Geschichte. Suppl. 2, 156.

der nassauischen Sachen nicht mit einem Wort, sondern brachte dagegen nachfolgende Dinge an." Lanze läßt dann Pack den bekannten Inhalt der Copie bei Philipp anbringen.

Nicht lange nach Rommel schrieb Ranke über die Pack'schen Händel.[1]) Ranke hat wohl eingesehen, daß eine Vertheidigung der protestantischen Fürsten durch Vertheidigung Packs seinem Zweck nicht dienlich sei. Er schlägt daher einen andern Weg ein. Er nimmt Pack zu einem Sündenbock, dem er zu seinen eigenen Vergehen, trotz seiner und des Landgrafen Philipps Aussagen, die ganze Schuld an den unbequemen Händeln aufs Haupt legt. Pack schickt er in drastischer Weise der eigentlichen Darstellung dieser Händel vorauf (S. 36), mit Pack fängt er sie an, ihm widmet er am Schluß zwei lange Seiten, die geeignet sind, Pack in den größten Verruf zu bringen. Ranke stellt die Sache dar, als ob Pack schon gleich in Kassel die Zusage von 10,000 Gulden erhalten und zwar als Belohnung[2]), obwohl Philipps Brief bei Rommel schon seit einem Decennium vorlag und die Veröffentlichungen von Hoffmann und Gudenus schon in dem vorigen Jahrhundert. Indessen kommt diese Verschiebung Ranke für seinen Zweck zu Gute und er versäumt nicht, sie sehr bald auszubeuten. „Was für ein Mensch war doch

---

1) Deutsche Geschichte im Zeitalter der Reformation. 3. Bd. Berlin 1840. S. 35—48.

2) Thatsächlich wurde ihm „drei oder vier Wochen hernach" diese Summe bedingungsweise „zu erstattunge seiner gueter" zugesichert. Rommel 3, 19. Die Stelle bei Ranke heißt: „Pack seufzte und schwieg. Um so eifriger redete der Landgraf ihm zu. Pack erklärte endlich, ja es sei Bündniß wider die Lutherischen geschlossen. Er versprach, dem Landgrafen das Original der Urkunde zu verschaffen. Der sagte ihm dafür seinen Schutz und eine Belohnung von 10,000 Gulden zu. Landgraf Philipp war nun Feuer und Flamme geworden". Im Februar 1528 finden wir ihn zu Dresden.

dieser Pack!“ ruft Ranke aus (S. 44). „Im Dresdener Archiv finden sich Akten über ihn, in denen er höchst unzuverläßig, betrügerisch, ja eigentlich als ein schlechtes Subjekt erscheint. Er benutzte seine Stellung am Hofe um Geld zu erpressen.“ Es folgen dann mehrere Einzelheiten als Belege und dann heißt es bei Ranke wörtlich: „Genug, Pack war schon in Verfälschungen geübt, als sich ihm diese neue Gelegenheit grandioser, als jemals, darbot, Geld zu machen. Er benutzte sie, wie wir sahen, auf eine Weise, daß Deutschland darüber beinahe in innerlichen Krieg gerathen wäre.“ Das hätte Ranke nicht schreiben können, wenn er sich in der vorhergehenden Darstellung getreu an die Quellen gehalten hätte, welche ihm vorlagen. Für Pack war in Kassel etwas ganz anderes vorhanden, als eine Gelegenheit grandioser, als jemals, Geld zu machen. Allein ein Hinweis darauf hätte Philipp und der Sache, auf deren Vertheidigung Ranke studirt, wenig gefrommt. Da war es allerdings zweckmäßiger, auf Grund einer Mischung von wahren und falschen Behauptungen an Pack eine Art von Execution vorzunehmen.

Indessen, das Sittengemälde, welches Ranke von Pack entwirft, kann dem Landgrafen Philipp wenig helfen. Eine Parallele zu Ranke's Leistung, eine Gegenüberstellung des sittlichen Landgrafen Philipp mit dem sittlichen Otto von Pack, dürfte sogar sehr zu Ungunsten Philipps ausfallen. Was für ein Mensch war doch auch dieser Philipp! man braucht nicht erst die Archive durchzusuchen, was von ihm allbekannt ist, bezeugt, daß er u. a. heimtückisch und lügnerisch, treulos, ein Wollüstling und ein höchst gewaltthätiger Fürst gewesen. In wenig mehr als drei Jahren bekannte sich Philipp zu drei verschiedenen Religionen. In den Jahren 1525 und 1526 vollendete er seinen Abfall von der katholischen Kirche zum Lutherthum und ging, nachdem ihm Luther 1528 bei den Pack'schen Händeln entgegengetreten war, gleich darauf, 1529, unter die bei Luther höchst verrufenen Zwinglianer

und Sakramentirer.[1]) Im folgenden Jahre 1530 unterschrieb er wieder öffentlich den lutherischen Text der Augsburgischen Confession. Nachdem der sonst „sakramentirische“ Landgraf diese lutherische Unterschrift vollzogen, sagte er, das vom Sakrament gefalle ihm nicht, und später erklärte er: „Man habe die Confession nicht so für gewiß angenommen, sondern es dahin gestellt, wo man sie in einigen Dingen besser berichten könne.“[2]) Trotz dieser Gemüthsverfassung benahm er sich äußerlich wie ein frommer Eiferer und Vorkämpfer für Gott und für das sogenannte Evangelium und zwang auch 1526 seine Unterthanen in die lutherische Sekte hinein, die er doch selbst vor Ablauf von drei Jahren wieder aufgab. Die Unsittlichkeit seines Privatlebens ist bekannt. Schreibt doch Se. fürstl. Gnaden der Landgraf selbst an die Theologen, welche er um Einwilligung in die Bigamie ersuchte, daß er „in Zeit der Ehe mit ihrem Gemahl, sonsten auch, in Ehebruch und Hurerei gelegen, auch seine Ehe über die drei Wochen nicht gehalten und also für und für fortgefahren.“[3]) Genug, Philipp war in Treubruch und Vergewaltigungen selbst der heiligsten Rechte wohl geübt. Er hatte auch schon seit einigen Jahren[4]) dem Kurfürsten von Sachsen ausdrücklich erklärt, „er sei nicht gesonnen, so lange zu warten, bis er des Evangeliums willen verjagt und an den Bettelstab gebracht sei“, als sich ihm die Gelegenheit darbot, eine Scheinurkunde zu bekommen und damit

---

1) Vgl. Heppe, Heinr., Kirchengeschichte beider Hessen 1, 152 u. 212, besonders auch den Brief an seine Schwester S. 226—230. Ausdrücklich hatte Ph. noch 1528 von sich behauptet, daß er luthersich sei, so gut wie der Kurfürst von Sachsen. „Das aber E. L. und di andern nit gewust haben“, sagt er, „das der Churfürst und ich der Luterischen Sach anhengig, das dunket mich fremdt zu horen.“ Rommel 3, 19.

2) Heppe 1, 235—236.

3) Vgl. Hassencamp, Hessische Kirchengeschichte 1, 466 ff.

4) Im Jahre 1525, vgl. Ehses 1, 21.

unter der Maske des bedrohten Evangeliums den Kurfürsten und andere zu einem Raubkriege gegen die katholischen Nachbarfürsten zu bewegen. Er benutzte diese Gelegenheit auf eine Weise, daß Deutschland darüber beinahe in den furchtbaren Religionskrieg gerathen wäre. Selbst dann, als alles ihm entgegentrat, und alle sich aus allen Kräften bemühten, dieses Unglück zu beschwören, war er allein gegen alle und wandte alles an, um dieses Unheil über Deutschland heraufzubeschwören und unterdessen, wie Luther sich ausdrückte, „recht für dem Hamen zu fischen“.[1]) — So ungefähr hätte die Darstellung über Philipp lauten müssen, welche der einseitigen, in der Hauptsache falschen Hervorhebung der Schlechtigkeit Packs bei Ranke an die Seite zu stellen gewesen wäre, hätte Ranke zwischen Philipp und Pack Licht und Schatten richtig vertheilen und beiden gerecht werden wollen. Wollte man bei Philipp die Archive heranziehen, wie Ranke bei Pack gethan, die Rechnung Philipps würde wohl noch bedeutend größer werden.[2]) Doch ist sie ohnehin groß genug. War Pack ein Fälscher und Betrüger, so war er es aus Noth, wenn auch zum Theil aus selbstverschuldeter Noth. Philipp war ein Fürst des Reichs, den keine Noth zwang und kein Mensch zwingen konnte. Seine Thaten sind voll und ganz aus eigenem freien Willen und eigenster Initiative hervorgegangen. Er hat Pack mit Gewalt, den Kurfürsten mit List und Lüge und ungestümem Drängen in seine boshaften Händel mit hineingezogen. In diesen Händeln hat er den Beamten seines eigenen Schwiegervaters zur Treulosigkeit gegen diesen und zum Meineid förmlich gezwungen. Er hat dann, als dieser allem Anscheine

---

[1]) De Wette 3, 321; vgl. Seckendorf 2, 98: „Ut Landgravius suum quaerat commodum.“

[2]) Hassencamp beklagt sich, daß ihm der Abdruck aller hieher gehörigen Urkunden, die schon in seinem Besitze waren, nicht erlaubt wurde. 1, 459. Note.

nach nicht wußte, wohin er sich bei der unerwarteten Rüstung und Kriegsdrohung, die in Sachsen und Hessen wegen des angeblichen Bündnisses ins Werk gesetzt wurde, wenden sollte, eben diesen Beamten mißbraucht als Gesandten, um einen Krieg, der sich gegen dessen eigenen Herrn richtete, betreiben zu helfen.

Wenn Ranke ferner bei der Darstellung dieser Händel bemerkt, daß der Landgraf „keinen Augenblick an der Authentie des ihm vorgelegten Aktenstückes zweifelte, so ist das schon an sich eine ganz unbegründete und somit unwissenschaftliche Behauptung. Nicht minder ist auch die folgende Behauptung zurückzuweisen, daß am Hofe zu Weimar „das Ueberraschende, Bestimmte, Dringende der Gefahr betäubend und fortreißend wirkte“[1]) und „schon am 9. März ein Bund zwischen den Fürsten zu Stande kam“. So wenig ließ man sich in Weimar betäuben, daß man trotz des ungestümen Drängens des Hessenfürsten rund drei Wochen zögerte, ehe man sich erst am 9. März zu dem beklagenswerthen Bunde verstand. Und dieß geschah auch nicht einfach auf die bekannte Copie hin, sondern mit Rücksicht auf die anderen Urkunden[2]), nämlich die, welche Philipp gesehen zu haben vorgab und zu liefern versprach. Uebrigens muß selbst Ranke, so wenig er über die Entstehungsgeschichte der Copie zu wissen scheint, die Gewißheit der Ueberzeugung doch für eine gesunde nicht gehalten haben. Hätte doch Philipp, so sagt Ranke am Schluß, dieser Ueberzeugung (daß er betrogen worden)[3]) nur noch früher Raum gegeben, als er wirklich that.

---

1) Ranke 3, 40.

2) Movebantur nostri etiam aliis exemplis. C. R. 987.

3) Als nämlich dem Landgrafen später von Seiten seiner Religionsgenossen zum Vorwurf gemacht wurde, er habe bei seinem Unternehmen viel in Aussicht genommen, aber wenig ausgerichtet, erwiederte er: „Das geschah darum, daß wir fühlten, daß wir

Für eine beschönigende Darstellung des verbrecherischen Vorgehens Philipps ließ sich kaum mehr thun, als Ranke gethan hat. Er scheint aber doch gefühlt zu haben, daß dies seiner Sache nicht genüge. Er nimmt also seine Zuflucht zu Luther und führt diesen als sanftmüthigen Gottesmann in die Händel ein.

„Luther zweifelte so wenig wie die Fürsten an der Rechtmäßigkeit des Vertrages", sagt Ranke (3, 41). Das heißt, nach dem, was Ranke über Philipp behauptet, Luther zweifelte „keinen Augenblick", zweifelte nicht im geringsten. Aber es ist unwahr, daß die Fürsten nicht zweifelten, und unwahr ist es, daß Luther keinen Augenblick zweifelte, wie gleich aus dem ersten Gutachten Luthers, das auch Ranke kannte, sowie aus der Antwort Philipps klar hervorgeht. Außerdem bezeugt auch Melanchthon noch, daß „von Anfang an" die Wahrheit der Sache in Zweifel gezogen wurde.[1]) Ranke hat in seiner Geschichte der römischen Päpste eine seltene Findigkeit und Gewandtheit gezeigt, wirkliche oder vermeintliche Fehler derselben aus gedrucktem und ungedrucktem Material aufzubringen und seinen Lesern in neuen pikanten Wendungen vorzulegen. Er scheint es sogar nicht für unwürdig zu halten, auf alte Verleumdungen der niedrigsten Art, wie sie u. a. in Fischarts Bienenkorb zu lesen sind, verdächtigend hinzuweisen.[2]) Es ist recht auffallend, daß der so findige Geschichtsschreiber hier bei Luther eine solche Beschränktheit im Lesen und Verstehen der Quellen zeigt. Alte Vorurtheile mögen das zum Theil erklären. Uebrigens ist auch dieses wahr, daß die Sanftmuth und Friedensliebe, mit welchen Ranke hier Luther verherrlichen will, um so mehr hervorleuchten, je fester Luther von den Anschlägen der „Mords-

(bezüglich des Breslauer Bündnisses) betrogen waren." (Janssen 3, 118.) Mit diesen Worten hat Philipp die „Frage ob er bei den Gelderpressungen mit gutem Gewissen" gehandelt, wie jeder sieht, schon selbst entschieden.

1) De ea re initio etiam disputatum est. C. R. 1. 998.

2) Vgl. u. a. den Schluß über Julius III.

pfaffen" und „Rottenfürsten" überzeugt erscheint. Ranke fährt fort: „Dieß stürmische Zuschlagen widerstritt Luthers Begriffen von Recht und Sitte. Er meint, man müsse den Fürsten ihr Vorhaben vorhalten und sie bitten, davon abzustehen. Er wandte den Spruch: selig sind die Sanftmüthigen, die Friedfertigen, auch auf die politischen Verhältnisse an. Wer das Schwert nimmt, soll auch durch das Schwert umkommen. Der Krieg, sagt er, wagt alles, gewinnt wenig und verliert gewiß, aber Sanftmuth verliert nichts, wagt wenig und gewinnt alles." Unter solchen Wendungen setzt dann Ranke zu einem kräftigen Lobspruch auf Luther ein: „Luther", sagt er, „ist von allen, die sich jemals an die Spitze einer Weltbewegung gestellt haben, vielleicht derjenige, der am wenigsten von Gewalt und Krieg hat wissen wollen. Er hielt dafür, man könne sich vertheidigen, aber daß man die Waffen zuerst in die Hand nehme, zu einem Angriff schreiten wolle, das war über seine Vorstellung". So schwebt denn über allem „die hehre Gestalt des großen Reformators" und bedeckt die Packschen Händel mit seinem Glorienschein.

Allein man muß doch in der Geschichte die Wahrheit sagen. Diese Darstellung Ranke's aber ist ein Knäuel von Unwahrheiten. Die allgemeine Lobeserhebung Luthers ist ebenso falsch als die falsche Darstellung des einzelnen Falles, worauf Ranke sie stützt. Jener Luther, der damals mit Melanchthon einen klugen Rath zum Frieden gab, ist derselbe Luther, der auf die furioseste Weise zum Ausrottungskrieg gegen die Katholiken aufgefordert hat, der „seine Hände in ihrem Blute waschen" wollte, der dazu aufforderte, „dem Papste und seiner Abgötterei Gesindel die Zungen hinten aus dem Halse herauszureißen und an den Galgen anzunageln." So schrieb Luther und bald darauf wurde von Philipp und dem Kurfürsten von Sachsen zum schmalkaldischen Kriege gerüstet. Ranke aber sagt: „Luther ist von allen, die sich jemals an die Spitze einer Weltbewegung gestellt haben, vielleicht derjenige, der am wenigsten von Ge-

und Krieg hat wissen wollen; daß man die Waffen in die Hand nehme, zu einem Angriff schreiten solle, das war über seine Vorstellung.“ Es will scheinen, Ranke habe weder diese und ähnliche Blutreden Luthers noch überhaupt den Charakter dieses Mannes gekannt. Dann war er freilich auch sehr wenig berufen, über das Zeitalter der Kirchentrennung zu schreiben. Indessen hat Ranke doch unleugbar andere Stellen von Luther gekannt, welche ebenfalls in das Kapitel von Luthers Sanftmuth gehörten. Die Briefe Luthers lagen ihm vor. Er hat sie nach seiner Weise nicht ohne Geschick benutzt. Es ist schon erwähnt, welch blutige Sprache Luther in diesen Briefen gegen die katholischen Fürsten führt. „Ohne Erbarmen“ will er sie künftig behandelt wissen. Sie sollen „Blut trinken“. Er nimmt sich vor, durch eine Mahnung an seine Fürsten dafür zu sorgen, daß „sie ohne Barmherzigkeit zu Grunde gerichtet werden“.[1] Es gehört doch einige Dreistigkeit dazu, einen solchen Menschen als ein Muster von Sanftmuth und Friedensliebe, das in der ganzen Weltgeschichte Seinesgleichen kaum hat, hinzustellen.

Nach solchen Leistungen Ranke's wäre es wohl überflüssig, noch auf Weiteres einzugehen, wenn es nicht im Interesse größerer Klarheit über die Packschen Händel und über die handelnden Personen geschehen müßte.

So ist denn noch zu bemerken, daß auch die Stütze, welche sich Ranke für seine Glorificirung des „allersanftmüthigsten“ Luthers gewählt hat, in sich zusammenbricht. Ranke läßt Luther in den Packschen Händeln geleitet werden von den Beweggründen des Rechts, der Sitte, von einer wunderbaren Sanftmüthigkeit und Friedfertigkeit. Es ist ja richtig, daß Luther das Wort Recht neben vielen Bibelsprüchen von Sanftmuth und Friedfertigkeit bei den Packschen

---

[1] De Wette 3, 339—340. Vgl. oben die Stelle aus dem „Papstthum vom Teufel gestiftet“, wo er diese blutigen Vorsätze thatsächlich in offenen Schriften ausführt.

Händeln recht häufig und salbungsvoll im Munde führt. Allein als eine falsche Darstellung muß es zunächst bezeichnet werden, wenn jemand diese gewiß ehrenvollen Motive als die ganze Summe der Beweggründe Luthers in den Pack-schen Händeln hinstellt, um damit den ganzen glühenden Eifer, den Luther in dieser Sache entwickelte, heilig zu sprechen. Jedenfalls kommt noch ein Beweggrund bei Luther und Melanchthon hinzu, die Sorge um ihren „Kopf", daß Satan aus Luther einen „Münzer" und aus Melanchthon einen „Pfeifer" machen möchte.[1]) Dieser Beweggrund steht ausdrücklich in den Gutachten, welche Ranke mit gewandter Kunst für seine Darstellung benutzt hat. Wie Jedermann sieht, ist die Hinzufügung dieses Beweggrundes durchaus nothwendig, wenn der Leser nicht irregeführt und ihm keine falsche Auffassung von den Personen und den Thatsachen in den Packschen Händeln eingegeben werden soll. Ranke hat diesen Beweggrund fortgelassen und nur die frommen Motive, welche Luther auf der Zunge hatte, wiedergegeben und sie mit dem größten Nachdruck hervorgehoben. Ranke hat also schon allein deßhalb hier eine falsche Darstellung von Luther und seinem Verhalten in den Packschen Händeln gegeben.

Es bleibt aber noch die Frage offen, ob das Motiv der Furcht und die frommen Beweggründe, welche wir aus Luthers Munde hören, zugleich und gleichmäßig auf diesen einwirkten, oder aber, ob die Angst, welche bei ihm groß war, ihn nicht vielmehr antrieb, jene anderen Beweggründe vorzuführen, namentlich auch um Philipp zu bestimmen. Ohne Zweifel wußten die Wittenberger Theologen so gut, wie irgend ein anderer, daß der „verwegene" Landgraf sich durch Befürchtungen am allerwenigsten „bändigen" ließ. Es blieb ihnen also kaum noch etwas anderes übrig, als zu jenen frommen Worten zu greifen und die Bibel durchzu-

1) Vgl. die bekannten Stellen, de Wette 3, 318, und Melanchthons „discrimen capitis" C. R. 1, 980.

...en, Dinge, die ihnen ja auch ohnehin nicht so unge-
...lich waren. Allein auch Philipp kannte die Bibel und
...e, daß sie in aller Noth zu gebrauchen ist. So sehen
...denn, wie der allergläubigste Philipp und der allersanft-
...igste Luther sich gegenseitig mit Bibelstellen zu bearbeiten
...zu beeinflussen suchen. Im Uebrigen waren ja Sanft-
... und Friedfertigkeit nicht die Tugenden, worauf Luther
...verlegte. Was ferner den Rechtssinn Luthers angeht,
...eist er allerdings auf göttliches und menschliches Recht
... Allein wer bedenkt, daß er die tausendjährigen göttli-
... Grundrechte des Christenthums umzuwerfen bemüht
... Fürsten und Obrigkeiten in nie erhörter Weise lästerte
... u. a. die Bigamie gegen die wohlbegründetsten göttlichen
... menschlichen Rechte und Reichsgesetze für erlaubt erklärt
..., kann sich schwerlich veranlaßt fühlen, auf das Wort
...icht im Munde Luthers besonderes Gewicht zu legen. Man
wird daher nicht umhin können, für all den Friedenseifer
Luthers als entscheidenden Beweggrund die Furcht zu be-
zeichnen. Die Gelderpressungen Philipps am Schluß der
Packschen Händel waren ihrem Wesen nach ebenso weit von
den Begriffen des Rechts entfernt, als der geplante heim-
tückische Ueberfall, gegen welchen Luther sich so wehrte. Aber
sobald Luther, durch Thatsachen belehrt, wußte, daß mit
diesen Gelderpressungen keine Kriegsgefahr verbunden war,
mißfielen sie ihm nicht.[1]) Sobald Luther keine augenblick-
liche Kriegsgefahr mehr sieht, tritt er mit Worten hervor,
die sehr weit von der salbungsvollen Sanftmuth von gestern
verschieden sind. Die katholischen Fürsten sollen, wie schon
bemerkt, „Blut trinken". Es erscheint demnach klar, daß
sobald bei Luther die Furcht schwindet, auch seine Friedens-
liebe vergeht. Die „Begriffe von Recht und Sitte, von
Sanftmuth und Friedfertigkeit," welche Ranke allein in seine

1) Vgl. L. an Amsdorf; de Wette 3, 338. Luther will sogar gleich jetzt für einen künftigen ähnlichen Fall den Krieg „ohne Erbarmen."



Darstellung aufnimmt, sind bei Luther hinfällig, sind unvermögend ihn bei seiner Friedensliebe zu erhalten. Nur die Angst war dazu im Stande. Sie war demnach das einzig wirksame Motiv. Damit ist auch die Stütze für Ranke's falsche Glorificirung Luthers in den Pack'schen Händeln ganz und gar hinfällig.

Man hat endlich Ranke doch noch das Verdienst anrechnen wollen, daß er der völligen Verwerfung der Pack'schen Copie Bahn gebrochen.[1]) Allein es muß zunächst jedenfalls bemerkt werden, daß ihm dieses Verdienst höchstens für die protestantische Seite zufallen könnte. Bei den Katholiken war hier nichts mehr zu verdienen. Auf katholischer Seite hat man von Anfang an so viel gesunde Kritik gehabt, in dem „närrischen Contrakt" schon allein aus innern Gründen nichts anders, als ein gefälschtes Schriftstück zu sehen. Und schon Cochläus hat hervorgehoben, daß diese innern Gründe auch für weniger Unterrichtete vollständig genügen, um die Falschheit des Machwerkes zu erkennen. Auf katholischer Seite hat man vor allem auch den besten und vollgültigsten Beweisgründen für die völlige Nichtigkeit des Vorgebens von Philipp und Pack, den einhelligen Erklärungen der Fürsten gegenüber, niemals mit Hartnäckigkeit sich verschlossen, sie auf die Seite geschoben oder Ungläubigkeit gegen dieselben affektirt, wie es auf protestantischer Seite nach dem Vorgange Luthers[2]) vierhundert Jahre der Fall gewesen ist. Selbst Ranke nimmt diese entscheidendsten Gründe wohl aus „Pietät" gegen Luther nicht in seine eigentliche Beweisführung auf, wo er die Frage erledigen will, die ihm noch nicht erledigt schien, nämlich „was an dieser Sache, diesem Bündniß ist". Der Historiker holt namentlich einige neue Schriftstücke über die Schlechtigkeit Packs hervor und schließt dann ohne Schaden Luthers und Philipps, daß das Aktenstück Packs „ohne Zweifel" falsch sei. — Zwölf Jahre

1) Schwarz 3—4.

2) Vgl. oben S. 179 ff.

nach Ranke schreibt Hassencamp über eben diese Frage, welche Ranke endlich „erledigt" haben soll. „Im Juli [1528] wurde das Verhör zu Cassel angestellt. Da Pack in der Hauptsache bei seinen früheren Behauptungen blieb, die Fürsten aber noch immer jede Mitwissenschaft leugneten, so schwebt bis heute über dem Ganzen ein undurchdringliches Dunkel. Nach den neuesten Untersuchungen kann wenigstens das nicht geleugnet werden, daß Pack ein sehr unreiner Charakter war.[1]) Er hat sich öfters nicht nur Betrügereien überhaupt, sondern namentlich auch Schriftverfälschungen zu Schulden kommen lassen". Hier verweist Hassencamp ausdrücklich auf Ranke und fährt dann über Pack fort: „Mag derselbe aber auch noch so unehrlich gewesen sein, mag das Document einige verdächtige Stellen enthalten, keineswegs darf man daraus mit Bestimmtheit folgern, daß Pack sich auch in diesem Falle als einen Betrüger bewiesen habe. Abgesehen von allem Anderen muß schon das zu einem zurückhaltenden Urtheil bewegen, daß sich nicht einsehen läßt, welche Vortheile aus einem solchen Betruge für ihn zu ziehen gewesen sein."[2]) Also auch mit der Gelegenheit, grandioser als je Geld zu machen, ist es nach Hassencamp nichts. Und hierin hat er allerdings gegen Ranke recht. Aber Philipp hatte, wie oben gezeigt worden, noch ein anderes Mittel, Pack zu seiner Fälschung zu zwingen. Mit den Argumenten Ranke's, welche sich in den Ausruf: „was für ein Mensch war doch dieser Pack!" concentriren, hatte sich übrigens schon Wideburg ein Jahrhundert vor Ranke abgefunden. „Man hat dem sächsischen Vicekanzler Betriegereyen vorgeworfen, welche er sollte begangen haben, als er noch in Herzog Georgens Dienst gestanden. Gleichwohl", so antwortet darauf Wideburg, „gehören diese Beschuldigungen ganz nicht

---

[1]) Das stand schon vor dem Streit Luthers mit Herzog Georg durch das Kasseler Verhör, also über 300 Jahre fest.

[2]) Hassencamp F. W., Kgesch. 1, 167—168. Die Gedanken H.s weisen auf Rommel und auf eine Bemerkung Wideburgs zurück.



hieher, und ist demnach auch dieses alles nicht vermögend den Grund der Sache umzustossen".[1] So Wideburg. Und dabei bleibt endgiltig auch Hassencamp trotz der Verantwortungen der katholischen Fürsten und trotz des „Verdienstes" von Ranke, diese Frage endgültig erledigt zu haben, ohne sich auf die Verantwortungen der katholischen Fürsten zu stützen. Die Hoffnung des Herzogs von Bayern, Landgraf Philipp werde den König und die Fürsten des Reichs, dazu alle und jede ehrliebende Menschen mehr vor Augen haben, als jenen unehrlichen verlogenen Mann, hat sich weder an Philipp auf wirksame Weise erfüllt, noch auch sind Luther und die protestantischen Geschichtsforscher von vier Jahrhunderten dieser gerechten Erwartung nachgekommen. Uebrigens ist es ja wahr, daß diese aus einem so hartnäckigen Uebersehen der Wahrheit ein neues, wenngleich falsches und verwerfliches Argument machen und sagen können: Wie sollte denn Philipp in vier Wochen einsehen, was hundert Gelehrte aus dem vollen Beweismaterial in 400 Jahren nicht eingesehen haben?

Unter diesen Umständen läßt sich wohl kaum das Urtheil mildern, welches ein angesehener Geschichtsschreiber des vorigen Jahrhunderts ausgesprochen hat, als er auf die einmüthigen Verantwortungen der katholischen Fürsten in Betreff des Breslauer Bündnisses hinwies: „Nach so übereinstimmenden mit ihren eigenen Unterschriften und Siegeln versehenen Aussagen, wovon die Originalien noch vorhanden sind, muß man doch gewiß unverschämt sein, wenn man demungeachtet nur einen Verdacht auf diese Fürsten werfen will."[2]

---

1) Sammlung vermischter Anmerkungen S. 215.

2) Sagt Schmidt, Geschichte der Deutschen. Mannheim und Frankenthal 1784. Bd. 11, 301.

XIV.

Die nationale und politische Kleinarbeit der deutsch-liberalen Partei in Oesterreich.

Die liberale Partei und der Klerus. — Die Lehrer und die liberale Partei. — Haltung der Studenten. — Bauernvereine.

Gegen Ende des Jahres 1888 hielt der Abgeordnete Professor Kraus in einem Wiener Vereine einen Vortrag über die „nationale Erziehung" des deutschen Volkes in Oesterreich. Er legte deren „Nothwendigkeit" dar und wies auf die verschiedenen Mittel hin, selbe fortzubilden und zu vollenden. Was unter dieser „nationalen Erziehung" zu verstehen ist, sagt deutlicher die „Deutsche Zeitung" vom 5. März 1888. Dort charakterisirt sie die Thätigkeit für die von ihr gemeinte „nationale Erziehung" in nachfolgender Weise:

„Der deutsche Schulverein erstand und wuchs zu einem stolzen Bau. Nationale Vereine bildeten sich; für begränztere Zwecke setzten sich bald der Böhmerwaldbund und später der Bund der Nordmährer ein; die deutschen Landwirthe Böhmens sammelten sich in einem Centralverband; deßgleichen thaten die deutschen Handwerker und auch die deutschen Kaufleute sind daran. In engeren Kreisen wirken die Herbergsvereine, in weiteren wieder die Bildungsvereine; auch in den auf Kunstübung und Lebensführung gerichteten Gesangs- und Turnvereinen sproßte der Gedanke des Volks-

thums; einzelne nationale Zwecke und damit das Ganze förderten die Verbände zum Baue ‚deutscher Häuser‘ und der Prager deutsche Theaterverein. Gesellschaften finden sich zusammen zum Zwecke der Aufrechthaltung eines nationalen Schriftthums, nationaler Zeitungen. Das Schlußglied dieser Kette sollte der mit Freuden begrüßte deutsche Klub sein.“

Es ist ein förmliches Programm, zu dem sich hier in seltener Offenheit die „Deutsche Zeitung“ bekennt. Alle möglichen Verbände mit schönen Titeln für angeblich ideale Zwecke, wie Vereine für Volksbildung, für landwirthschaftliche Interessen, für Stärkung des Körpers (Turnvereine), reine Vergnügungsvereine (Gesangvereine), Vereine zur Hebung des Fremdenverkehrs: zahlreiche Vereine also, bei denen von rechtswegen Politik von vornherein ausgeschlossen sein sollte, sind nach dem Bekenntnisse der „Deutschen Zeitung“ begründet, forterhalten und geleitet in dem hoch politischen Sinne, um für den „Deutschen Club“,[1]) d. i. für eine Partei, bei welcher das Oesterreicherthum erst in zweiter Linie steht, Anhänger, Freunde und Gönner zu werben.

Angesichts dieser offen angestrebten Ziele im Leben der Vereine Oesterreichs ist es hoch an der Zeit, sich die nationale und politische Kleinarbeit der deutsch-liberalen Partei in Oesterreich genauer anzusehen und voll und ganz zu erfassen, was unter dem Schlagwort „nationale Erziehung“ geplant wird.[2]) Die Natur der Sache bringt

---

1) Zwischen dem März 1888 und heute ist der „Deutsche Club“ wieder von der Bildfläche verschwunden und hat sich mit dem früheren deutsch-österreichischen Club zu einem neuen parlamentarischen Club „Vereinigte Linke“ verbunden. Wo im Nachfolgenden in Citaten vom „deutschen Club“ die Rede ist, muß nunmehr die gesammte deutschliberale Partei, deren linken Flügel die Leute vom deutschen Club bilden, verstanden werden.

2) Das Leben des Volkes, sein Thun und Treiben wird meist viel zu wenig berücksichtigt. Die sogenannten Weltereignisse, Kriege und Friedensschlüsse, Thronreden, Fürsten- und Diplomaten-

es mit sich, daß Jeder, der über diese politische und nationale Wühlarbeit ein klares Bild erhalten will, sich zunächst die Mittel anzusehen hat, mit welchen seitens der deutsch-liberalen Partei in Oesterreich ganzen Ständen und einzelnen Personen gegenüber gearbeitet wird. Es empfiehlt sich demnach, erst nachzuforschen, wie die liberale Partei mit ihren Agitationsmitteln die verschiedenen Stände zu gewinnen versucht, und weiter, wie und welche Hebel sie ansetzt, um auf die Masse der Bevölkerung direkt und indirekt in der verschiedenartigsten Weise einzuwirken.

Spricht man von den alten Ständen, so ist zunächst der Wehrstand, der Lehrstand und Nährstand, der Bürgerstand also im Allgemeinen zu berücksichtigen.

Die liberale Agitationsarbeit diesen Ständen gegenüber läßt sich bündig wie folgt schildern. Soweit der Wehrstand in Frage kommt, ist durch die Eigenartigkeit der militärischen Verhältnisse der Parteiagitation eine gewisse Schranke gesetzt. Eine direkte Einwirkung auf die Armee ist den Liberalen nur insofern gegönnt, als sie durch ihre

---

besuche u. s. w. werden täglich ausführlich zur Kenntniß gebracht und nach allen Seiten hin besprochen, während die im Stillen wirkenden Kräfte nicht tagtäglich vor Augen treten. Wohl bringen die Blätter auch Notizen über diesen und jenen Verein, seine Einrichtungen, sein Wachsthum; dann aber schweigt die Geschichte wieder und selten erfährt man, wie ein Verein in das Rad der Zeit eingreift, am wenigsten dann, wenn dieses Eingreifen bedeutsam und wirksam zugleich ist. Geht man den Spuren der Thätigkeit der einzelnen Vereine nach, so kommt man zu interessantem Ergebniß; man trifft bei vielen das gleiche Ziel, Förderung des Liberalismus, das in allen möglichen Formen bald mehr bald minder offen angestrebt wird, und findet oft auch die gleichen Personen in verschiedener Thätigkeit am gleichen Ziele arbeiten. Die Namen Weitlof, Dr. Stingl, Pernerstorfer u. s. w. kehren im österr. Vereinsleben dieser Gattung immer wieder. Die Art der „stillen Arbeit" dieser Männer und ihrer Genossen zu schildern, ist Zweck dieser Zeilen.

Presse den Gedanken der Zusammengehörigkeit alle Völker Oesterreichs zu verflachen und mitten in d Reihen der Armee hinein den unseligen Nationalitätenha und die sorgfältig gepflegte Völkerverhetzung zu bringen si bestreben — bis heute glücklicherweise ohne den erwartete Erfolg.

Anders schon ist es mit dem Lehrstand. Der kath lische Klerus, der einen Theil des Lehrstandes ausmach hat am Liberalismus einen unversöhnlichen Feind, der j nach Lage der Dinge mit verführerischen Worten schmeicheln an ihn sich herandrängt, um bald darauf wieder seiner Hasse alle Zügel schießen zu lassen. Die Verfolgung un die Hetze gegen den Klerus wurde früher, namentlich in de Presse und in Vereinsversammlungen geradezu systematisc betrieben [1]). In neuerer Zeit haben sich die Ausbrüche diese

1) Msgr. Wiesinger, allzeit ein schneidiger Publicist, hat jüngs erst im Kapistran nachgewiesen, mit welcher Feindseligkeit noc vor Kurzem die Wiener Judenblätter Alles behandelten, was katho lisch ist. Hier seien nur einzelne Ausdrücke gegen den katholi schen Klerus, wie sie in diesen Blättern zu finden sind, hervor gehoben. Die Bezeichnung „Pfaffen" ist vielfach üblich. Die W. Allg. Ztg. nannte die kath. Priester „Bettler im Geiste und Bettler im Herzen", aber auch „Schurken und Streber", die nur „vom Ehrgeiz in der Kutte getrieben werden", nach dem Muster des vielberühmten Brehm, der in seinem „Thierleben" von den kath. Priestern als „heiligen Spitzbuben" und „nichtsnutzigen Strolchen und Tagedieben" redet. Die Deutsche Ztg. nennt sie „fromme Betrüger, welche unehrliche Geschäfte treiben"; der Neuen fr. Presse (Mai 1883, Nr. 6733) ist ein Bischof „ein gemä steter Herkules, der im heiligen Schweiß sein Domine plärrt und dem die Fettschwarten über die Stola quellen", und der „Deutschen Zeitung" (16. März 1875) gelten die Cardinäle als „rothe Füchse." Ueber weitere Beschimpfungen des kath. Klerus auf der Kanzel und im Beichtstuhl („geschorene Wüstlinge"), über verschiedene Verbrechen, die man dem Klerus andichtete, über die Hetze gegen die religiösen Genossenschaften siehe Wiesinger's Buch: „Feinde des Kreuzes Christi" S. 66 ff. u. 188. Dabei

...es in der Oeffentlichkeit wenigstens etwas gemildert und ... hauptsächlich deßwegen, weil zur Zeit der Antisemitis... den bittersten Haß der gesammten liberalen Presse auf ... concentrirt. Dämmert etwa in gewissen Redaktionsstuben ... Erkenntniß, daß, wenn die Autorität des katholischen ...rus fort und fort in der bislang üblichen Weise herunter...macht wird, demselben vielleicht eines schönen Tages nicht ... die Macht gegeben sein könnte, um von den Juden jene ...mmen Folgen des selbst verursachten Volkshasses abzu...ren, gegen welche auch Gegner zu schützen Pflicht ist? ...durch erklärt sich vielleicht die etwas veränderte Haltung ... liberalen Presse. Neuestens macht sich in derselben sogar ... Bestreben geltend, den katholischen Klerus zu dem, was ... „nationale Bildung“ zu nennen beliebt, heranzuziehen. ... Priester, welche in den verschiedenen Vereinen dieser ...ltung sich bewegen und thätig sind, finden sich von der ...mmten liberalen Presse mit Lobreden überschüttet. Leider fühlen diese selten die bittere Ironie, die in diesen Lobsprüchen verborgen liegt. In ihrer Art bekundet die liberale Presse ihr neuestes „Wohlwollen“ für den katholischen Klerus durch laute Rufe nach „deutschen Priestern“ und nach „deutschen Priesterseminarien“, wobei natürlich diese deutschen Priester die Zwecke des Liberalismus fördern helfen müßten, und gelegentlich sogar durch die Forderung einer Verbesserung der Finanzlage des niedern Klerus, unter der Voraussetzung, daß zwischen dem niedern und dem höhern Klerus im Interesse des Liberalismus ein trennender Keil eingeschoben werden kann. Wie die liberale Presse jüngst bei den Vorarbeiten für die Reform des Benediktiner-

muß festgestellt werden, daß die kath. Presse sich niemals an den jüdischen Cultusdienern revanchirte, obwohl deren Treiben vielfach die öffentliche Kritik herausfordert, und daß diese Rabbiner und Schächter selbst über antisemitische Blätter sich nicht beklagen können!

Ordens im angeblichen Interesse der Söhne des hl. [Be-]
nedikt sich gebärdete, ist noch in frischer Erinnerung; [das]
Traurigste an der Sache ist, daß Mitglieder dieses Ord[ens]
unzweifelhaft es waren, welche in dieser Angelegenheit [die]
Dienste der liberalen Presse anriefen und ihre Feder [in]
deren Dienst stellten, wenngleich auch festgestellt werden m[uß,]
daß die ungeheure Mehrzahl der Benediktiner Oesterre[ichs]
in kritischer Zeit ihre correkt kirchliche Haltung bewi[esen]
haben.

Die Lehrer in Oesterreich befinden sich fast vollzäh[lig]
im Banne des Liberalismus. Gewiß, es gibt noch sehr vi[ele]
Lehrer, welche in treukatholischer Ueberzeugung ihre Pfli[ch-]
ten in der Schule erfüllen und gemeinsam mit dem Kler[us]
für eine tüchtige Erziehung und Bildung der Jugend thä[tig]
sind. Die Verhältnisse, welche durch das confessions[lose]
Reichsschulgesetz von 1869 geschaffen worden sind, würd[en]
andernfalls geradezu unerträglich sein. Leider beschränk[en]
sich fast alle Lehrer dieser Richtung auf die stille, pflich[t-]
getreue Arbeit in ihrer Schule und in ihrer Gemeinde, und
überlassen die öffentliche Vertretung des Lehrerstandes i[n]
den Vereinen und in der Presse gemeinhin Leuten, welche
um so lauter vom Fortschritte reden, je mehr sie in ihren
Schulen den traurigsten Rückschritt zur Geltung bringen.
Der Lehrerstand ist zur Zeit in der Weise organisirt, daß
fast jeder Lehrer einem Bezirksvereine angehört, jeder Be-
zirksverein einem Landesverein angegliedert ist, und alle Lan-
desvereine in einem gemeinsamen Verbande stehen. Nebenbei
werden viele Fachzeitschriften entweder von Einzelnen oder
von Vereinen herausgegeben. Alle diese Schriften, wie fast
sämmtliche Lehrervereine, die einen mehr, die andern weniger,
vertreten liberale Grundsätze[1]) und gebärden sich als die

---

1) Wer sich davon überzeugen will, in welch fanatischer Weise dieser
Theil der Lehrerschaft dem Liberalismus und dem Unglauben
Frohndienste leistet, lese das verdienstvolle Werk vom Spiritual

Gefolgschaft der liberalen Partei. Die Liberalen die Gehalte der Lehrer ganz wesentlich erhöht, als Ruder kamen, und damit waren schon viele Lehrer diese Partei gewonnen, obwohl sie recht gut sehen konn- daß in Oesterreich keine Partei existirt, die nicht dem Lehrer in der Schule bei seiner beschwerlichen und wichtigen Aufgabe den gerechten Lohn geben wollte. Die liberale Partei hat indeß der Dankbarkeit der Lehrer nicht zu viel getraut und sich darnach eingerichtet.

Die Schulaufsichtsgesetze in den verschiedenen Kronlän-dern, die fast alle unter liberalem Einfluß zu Stande kamen, wurden so zugeschnitten, daß die Lehrer weit ärger, als dieß der alten Zeit vor 1869 geschehen ist, der politischen Abhängigkeit von den Aufsichtsbehörden verfielen. Die Wahl der Ortsschulräthe, der Bezirksschulräthe, jedes Landesschul-rathes vollzieht sich nämlich zur Zeit lediglich unter politi-schen Gesichtspunkten derart, daß hiebei nicht die Fähigkeit der einzelnen Candidaten, Ersprießliches für die Schule zu leisten, in Frage kommt, sondern nur der politische Stand-punkt. Dadurch drücken diese Aufsichtsbehörden auch auf die politische Gesinnung der Lehrer in einer Art und Weise, daß dieser Druck in Lehrerkreisen sehr lebhaft gefühlt wird, und bezüglich desselben bittere Klagen bereits erhoben wor-den sind. Früher wurden die Lehrer von der liberalen Partei geradezu dafür erzogen und dahin angewiesen, in ihren Gemeinden die Gegenpfarrer darzustellen. Auch hier ist jetzt eine Aenderung bemerkbar, indem die liberale Partei neuestens wiederholt betont hat, daß der Lehrer in der Schule politisch nicht agitiren solle. Indeß liegt darin absolut kein Zugeständniß an eine nichtliberale Anschauung. Die politische Agitation eines Theiles der Lehrerschaft war

---

Franz Stauracz in Wien: „Der Schlachtengewinner Dr. Dittes.“ Das letzte Ziel dieser Richtung ist Beseitigung jedes Unterrichts in der Religion.

hoch willkommen, so lange sie sich nur gegen die katholisc conservative Partei richtete, und wird jetzt nur darum ve urtheilt, weil einige Lehrer begonnen haben, vom extre nationalen und antisemitischen Standpunkt aus nunmel auch gegen die liberale Partei Front zu machen.

Mit dem Lehrstande stehen die Studenten wenig stens in der Verbindung, daß sie von ihren Lehrern lerne sollten; statt zu lernen, haben sie leider vielfach Gelüste ge spürt, lieber zu politisiren. Die Wiener Studenten habe im Jahre 1848 eine hervorragende Rolle gespielt, und di „Herrschaft der Aula“ ist Allen, welche die Geschichte de Revolution jenes Jahres kennen, in frischer Erinnerung. Ii den sogenannten „Reaktionsjahren“ beschränkten sich di Studenten nothgedrungen auf das Studium und die Pfleg der studentischen Gebräuche und traten erst dann wieder in die Oeffentlichkeit, als sie seitens der liberalen Partei als Hilfstruppen gegen die Regierung und die conservativen Elemente angeworben wurden. Man weiß sehr wohl, wie hervorragende liberale Parteimänner die Hilfe der Wiener Universitätsjugend in Anspruch nahmen, um die Stellung des Ministeriums Hohenwart zu erschüttern. Während der ganzen Regierungszeit des Ministeriums Lasser, genannt Auersperg, fehlten denn auch die Studenten niemals bei liberalen Demonstrationen und sie wurden selbst zu liberalen Parteitagen in hervorragender Weise als Stützen des Liberalismus herangezogen. Noch 1881 veranstalteten Studenten dem hochverdienten Abgeordneten Hofrath Lienbacher gegen seine parlamentarische Thätigkeit eine lärmende Katzenmusik und ebenso wurde 1883 Hofrath Professor Maassen in gleicher Weise durch einen Theil der Studentenschaft mit geheimer Zustimmung, theilweise unter Aufmunterung einzelner Professoren mit skandalösen und lärmenden Kundgebungen bedacht. Das waren schöne Zeiten für die liberale Partei! Plötzlich trat ein Umschwung ein und im Augenblick ist der Liberalismus auf die Studenten sehr schlecht zu sprechen,

nachdem die Mehrzahl derselben, soferne sie nicht dem Judentume angehören, sich in die Dienste der deutsch-nationalen Richtung und des Antisemitismus gestellt hat. Die liberalen Blätter widerhallen jetzt von Klagen über die „Verirrung und Verrohung“ der studentischen Jugend, und der Abgeordnete Dr. Kopp hat im niederösterreichischen Landtag 1888 geradezu getadelt, was seine eigene Partei früher lobenswerth gefunden hat. [1])

Im Nährstand muß hier vor Allem der Bauernstand, der Bürgerstand und die Arbeiterwelt unterschieden werden.

Der Bauernstand hat sich der Liebe und des Wohlwollens der liberalen Partei regelmäßig nur in den wenigen Wochen zu erfreuen, die zwischen der Ausschreibung einer Wahl und dem Wahltage selbst liegen. Allerdings rühmt sich der Liberalismus, daß er 1848 dem Bauernstande die Befreiung von Zehent und Robot gebracht habe, und im Sommer 1888 wurden thatsächlich in bäuerlichen Kreisen, insbesondere in Böhmen, eine Unzahl von Jubiläumsfesten abgehalten, welche den vierzigsten Jahrtag dieser Befreiung feierten. Hans Kudlich, der als Abgeordneter im damaligen österreichischen Reichstag einen der 65 Anträge einbrachte, welche die Robotbefreiung zum Zwecke hatten, sich aber wegen seiner Betheiligung an dem revolutionären Treiben jenes Jahres nach Amerika in Sicherheit brachte, ist eigens zu dem Zwecke aus Nordamerika herübergekommen, um sich von den Bauern als liberaler Götze verehren und anjubeln zu

---

[1]) Um einem „dringenden Bedürfniß“ abzuhelfen, hat sich im Winter in Wien wieder ein „österr. Studentenverein“ gegründet, der als Leibgarde der liberalen Partei gegen den bösen Antisemitismus erscheint. Die Mitglieder dieses Vereins sind zumeist Juden, und die Gegnerschaft gegen den Antisemitismus ist darum erklärlich. Politisch folgt der Verein demokratischen Grundsätzen mit socialistischen Anwandlungen. Als Pathen desselben erschienen die Abg. Kronawetter und Pernerstorfer und die bekannten jüdischen Socialistenvertheidiger.

lassen, trotzdem geschichtlich feststeht, daß die Robotbefreiung nicht ausschließlich sein Werk und noch weniger ein Erfolg des Liberalismus ist. Wollte man indeß dieß selbst zugeben, so hat der Liberalismus durch seine ganze Gesetzgebung während der Tage seiner Herrschaft dafür gesorgt, daß für den Bauernstand nunmehr schlechtere Tage angebrochen sind, als jene waren, da noch Robot und Zehnt gegeben werden mußten. Die Aufhebung der Wuchergesetze, die schrankenlose Freitheilbarkeit von Grund und Boden, die Einführung der Freizügigkeit u. s. w. hat den Bauernstand in eine Lage gebracht, die wahrhaftig dornenvoll genannt werden muß. Es ist ja richtig, daß der Ruin einzelner Bauern diesen selbst zugeschrieben werden muß, und zwar deßwegen, weil sie entweder mit zu geringem Vermögen sich bessere Güter kauften, oder durch zu hohe Abfindung der Nebenerben in Ueberschuldung geriethen, oder aber eine fehlerhafte und wenig sparsame Wirthschaft führten. Dieser Niedergang einzelner Bauern hat sich indeß zu jeder Zeit vollzogen und würde auch heute nicht so schwer ins Gewicht fallen, wenn nicht eine allgemeine, dauernde Krisis in der Landwirthschaft festgestellt werden müßte. Verschiedene Ursachen haben diese Verhältnisse herbeigeführt, aber eine Hauptursache bleibt die liberale Gesetzgebung, welche gerade wie das römische Recht nur das Kapital berücksichtigt und von der socialen Bedeutung des geschlossenen bäuerlichen Besitzthumes gar keine Ahnung hat. Daß Gesetze, die für das bewegliche Kapital gemacht sind, unendlichen Schaden bringen müssen, wenn sie auf den unbeweglichen Grundbesitz, auf den sie gar nicht passen, zur Anwendung kommen, sollte allgemein klar sein, wird aber von der liberalen Partei ganz und gar übersehen. Nur dadurch ist die Einführung der Wucherfreiheit durch die liberale Gesetzgebung erklärlich, wie auch nur dadurch die Einführung der freien Theilbarkeit sich erklärt, welche durch die Möglichkeit der Theilung ins Unendliche eine Hauptursache des landwirthschaftlichen Niedergangs

geworden ist, nachdem der Liberalismus wie das römische Recht keinen Zusammenhang zwischen Besitzthum und Eigenthümer anerkennt. Der rasche Uebergang, der sich durch Aufhebung von Robot und Zehnt, von der Natural- zur Geldwirthschaft vollzog, ist mit eine weitere Ursache der gegenwärtigen schlimmen Lage des Bauernstandes. Dazu kommen noch hohe Ausgaben für Steuern und Zinsen, insbesondere durch die endlosen Anforderungen des Militarismus und fast noch mehr durch das riesenhohe Wachsen der Zuschläge auf die ohnedieß hohen Staatssteuern für Rechnung der Bezirke und Gemeinden, unter gleichzeitigem Sinken der Preise für Getreide und Vieh. Faßt man alle diese Momente zusammen, so hat man streng genommen die ganze sogenannte Agrarfrage vor sich, eine Frage, die nicht auf landwirthschaftlichem, sondern auf volkswirthschaftlichem Boden gelöst werden muß, und zwar durch Selbsthilfe des Einzelnen, durch Selbsthilfe der Vereinigungen und endlich durch Staatshilfe.

Die Selbsthilfe des einzelnen Landwirthes muß darin bestehen, daß er zunächst die schlimme Lage erkennt, in welcher die Landwirthschaft im Allgemeinen sich befindet, daß er aber darüber nicht den Kopf und den Muth verliert, sondern in seinem Betriebe alle jene Verbesserungen einführt, welche ihm nach seinen Kräften und Verhältnissen ermöglicht sind, und endlich an allen Enden in richtiger Weise spart und rechnet. Die Vereinigungen von Standesgenossen sollen den persönlichen Credit erhöhen und Meliorationen, die Anschaffung guter und billiger Consumartikel, wie auch die Anschaffung und Benützung geeigneter landwirthschaftlicher Geräthe auf genossenschaftlichem Wege ermöglichen, den übertriebenen und unberechtigten Zwischenhandel einschränken und endlich im Wege der Versicherung gegen elementare Unfälle den richtigen Schutz anstreben. Wo die Vereinigungen nicht ausreichen, hat Staatshilfe einzuschreiten und zwar insbesondere als Schutz gegen die auswärtige

Concurrenz, durch Einschränkung der Differenz- und Termingeschäfte an der Fruchtbörse wie an der öffentlichen Börse, durch Steuerreformen, durch Gesetze gegen den Wucher, durch Beschränkung der Wechselfähigkeit auf eingeschriebene Firmen, durch Befreiung der bäuerlichen Besitzthümer von der bisherigen Verschuldung durch allmählige feste Schuldentilgung in Uebereinstimmung mit der gewöhnlichen Grundrente, durch Beschränkung der ferneren Grundverschuldung bis auf eine bestimmte Grenze und Belehnung des Reinertrages an Stelle der Substanz des Gutes. Heimstättengesetze, wie sie in Amerika bestehen, müßten unseren Verhältnissen angepaßt werden und an Stelle des Zwangsverkaufes die einfache Sequestration treten.

Alle diese Vorschläge zur Rettung des Bauernstandes aus seiner allgemeinen Nothlage erfreuen sich nur sehr bedingungsweise der Billigung des Liberalismus. Im Großen und Ganzen kennt die liberale Partei kein anderes Mittel für den Bauernstand als verlängerte Schulbildung, gleichviel ob die Kinder dadurch mehr lernen oder nicht.[1]) Mit den Aufgaben, welche nach dem obigen Programm die Bauernvereinigungen zum Zwecke der gemeinsamen Selbsthilfe sich setzen müssen, könnte er sich eher noch befreunden, niemals aber mit den Zielen, wie sie hier durch Staatshilfe erreicht werden sollen. Dieselben erscheinen dem Liberalismus geradezu verabscheuenswerth, weil sie seinen Grundsätzen direkt widersprechen. Denn nichts haßt der Liberalismus mehr, als die Bildung eines echten Bauernstandes mit eigenem Bauernrecht und mit einer Gesetzgebung, welche dem Bauer und seinen Bedürfnissen auf den Leib zugeschnitten ist.

1) „Mehr Bildung" ist das alleinige Recept des Liberalismus. Er geht beinahe schon so weit, in Gegenden, wo der Hungertyphus ausgebrochen ist, Professoren zu entsenden, um über den Hungertyphus Vorlesungen zu halten.

Bei dieser Lage der Dinge mußte der Liberalismus die größtmöglichste Vorsicht anwenden, um die Bauernschaft, welche genau weiß, wo sie der Schuh drückt, wenn sie auch ihren Gefühlen nicht immer in richtiger Weise Ausdruck geben kann, in seiner Gefolgschaft zu erhalten. Die Mittel, welche hiezu angewendet wurden, waren eigenartig und bestanden in Schaffung von **Bauernvereinen**, welche angeblich der liberalen Partei ebenso feindlich entgegenstehen sollten, als der conservativen. Als Schlagwort für eine Reihe solcher Vereine wurde die Phrase „**weder klerikal noch liberal**“ erfunden. Der erste Verein dieser Art entstand in **Oberösterreich**, und zwar zu einer Zeit, wo der Liberalismus und die Verhetzung eine reiche Ernte zu halten hofften.

(Ein zweiter Artikel im nächsten Heft.)

XV.

Zeitläufe.

Vatikan und Quirinal — aus Anlaß der Frevelthat vom Pfingstsonntag d. Js.

Am 24. Juli 1889.

Die beiderseitigen Stellungen lassen an Klarheit nichts mehr zu wünschen übrig. Ein protestantisch-liberales Blatt in Paris, der „Temps“, hat über die Ansprache Sr. Heiligkeit an die Cardinäle vom 30. Juni bemerkt, „die italienische **Regierung** habe durch tausend Kundgebungen und Belästigungen unter den Fenstern des Vatikans einen Zustand herbeigeführt, welche den politischsten der Päpste zwinge, eine Art von Bannfluch zu erlassen, und welcher die Frage



von dem Verlassen Roms durch das Papstthum wieder auf das Tapet bringe, und panischen Schrecken an der Börse verursache."

Unter Zulassung der Regierung und ihrer Mitwirkung unter der Hand galt es bei der Denkmal-Feier vom 9. Juni nicht mehr bloß einer Verhöhnung der weltlichen Ansprüche des heiligen Stuhls. Zu diesem Zwecke hätte ja auch die Enthüllung einer Statue des Fürsten Bismarck oder des österreichischen Reichskanzlers Beust auf dem großen Platze vor dem Vatikan hingereicht. Sondern auch gegen die geistliche Autorität des Papstthums sollte die großartige Demonstration aufgeführt werden, ja gegen das Christenthum selbst. Dazu war allerdings der geistig und sittlich verwilderte Streuner aus dem 16. Jahrhundert, eine Bestie in Menschengestalt, der rechte Mann, und das Cortege von Freimaurern und Freidenkern unter dem „Teufelsbanner" bildete die richtige Ehrengarde.

Schmerzbewegt und in flammenden Worten beschreibt der hl. Vater den unwürdigen Aufzug in seiner Ansprache vom 30. Juni, mit der unwidersprochenen Erklärung: „Die traurige That durfte, von langer Hand vorbereitet, nicht nur unter Mitwissen der Behörden, sondern auch mit Hülfe der von ihnen offen und wiederholt ausgegangenen Ermuthigungen in Scene gesetzt und vollendet werden." Auch aus dem deutschen Reich zogen die Logen und der „Protestantenverein", persönlich oder durch Huldigungsadressen, zur Verherrlichung der italienischen Schandthat herbei. Was würde wohl Kaiser Wilhelm I. dazu gesagt haben, in Erinnerung seiner Antwort auf die Adresse der preußischen Maltheser, Versailles 1871: „seine Gesinnungen für den Papst als dem kirchlichen Oberhaupt seiner katholischen Unterthanen seien noch stets dieselben; er sehe in der Occupation Roms einen Gewaltakt, sowie eine Anmaßung von Seite Italiens, und er werde nach Beendigung des Kriegs in Gemeinschaft mit den anderen Fürsten Schritte dagegen in Betracht ziehen."

Dieser Zusicherung gegenüber lese man nun die päpstliche Ansprache vom 30. Juni!

„Damit die Injurie größer und der Anlaß um so bekannter würde, beschloß man, das Inaugurationsfest mit großem Pompe und großem Zulauf zu halten. Rom sah während der Zeit innerhalb seiner Mauern eine nicht geringe von überall her aufgebotene Volksmenge. Es wurden ohne Scham religionsfeindliche Fahnen herumgetragen, ja, zum größten Greuel fehlte es sogar an solchen nicht, welche das Bild des Nichtswürdigen (Lucifers) trugen, der dem Allerhöchsten im Himmel den Gehorsam verweigerte, und der der Fürst der Aufständischen und der Anstifter jeglicher Zwietracht ist. Zu diesen Schandthaten gesellten sich schlechte Reden und Schriften, in denen das Heiligste auf unverschämteste und maßloseste Weise verhöhnt und jene ungezügelte Denkfreiheit auf's Höchste gepriesen wurde, welche alle Umsturzideen erzeugt und mit den christlichen Sitten zugleich auch die Fundamente der Zucht und der Gesellschaft erschüttert.“

Se. Heiligkeit deutet ausdrücklich darauf hin, daß „einzig aus Nützlichkeitsgründen“ den Frechlingen nicht auch die Freiheit gewährt worden sei, ihre nichtswürdigen Absichten sofort mittelst offener Gewalt in's Werk zu setzen. Während der Papst sich im Vatikan wie in einer belagerten Festung befand, mußte er sich fragen, was wohl geschehen würde, wenn den wüthenden Banden der geheimen Sekten einmal freie Hand gelassen wäre, gegen denjenigen vorzugehen, der von der Regierung selbst feindlicher und unversöhnlicher Gesinnung gegen Italien angeklagt werde. „Nicht weniger ist zu befürchten, daß die zu jeglichem Verbrechen geneigte Frechheit der verkommenen Menschen und die entfesselten Leidenschaften derselben nicht immer in gleicher Weise gezügelt werden können, wenn einmal schwerere und bewegtere Zeiten anbrechen sollten, sei es wegen innerer Wirren und des Umsturzes der politischen Verhältnisse, sei es wegen der Wechsel- und Unglücksfälle des Kriegs.“

Von der Abreise des Papstes aus Rom und der Verlegung des Sitzes der Kirchenregierung an einen Ort außerhalb Italiens, vielleicht nach Spanien, ist jetzt auch nicht zum ersten Male die Rede. Schon aus Anlaß der Beschlagnahme des Güterbesitzes der Propaganda und der Allokution vom 24. März 1884 wurde die Möglichkeit eines solchen Entschlusses ernstlich besprochen. Se. Heiligkeit hatte bei den katholischen Mächten Beschwerde erhoben und Hülfe gesucht. Damals schon hatte sich gezeigt, daß der Papst in Folge der neuen politischen Verhältnisse Europa's gegenüber der italienischen Regierung stets hülflos seyn werde. „Man weiß ja", so wurde damals aus Wien geschrieben, „in welchem Verhältniß Italien zu Oesterreich und Deutschland steht, und wie schwer es für Oesterreich wäre, für die Curie einzutreten, ohne daß es Deutschland an seiner Seite wüßte; nach Berlin hätte sich die Curie richtigerweise wenden müssen, aber freilich würde sie dort nichts ausgerichtet haben." [1]) Billigerweise wäre das dem „protestantischen Kaiserthum" auch nicht übelzunehmen gewesen.

Umgekehrt hat sich in der Hitze des preußischen Culturkampfes gezeigt, daß der Papst auch nie sicher ist, wegen eines rein kirchlichen, aber irgend einer kirchenfeindlichen Regierung mißliebigen Schrittes im Quirinal verklagt und zur Maßregelung empfohlen zu werden. Durch die bekannte Encyklica an die preußischen Bischöfe vom Frühjahr 1875 hat der hl. Stuhl sicher nur eine Pflicht seines oberstkirchlichen Amtes erfüllt, aber der preußische Gesandte klagte darüber beim italienischen Minister des Auswärtigen als über ein Attentat nicht bloß gegen Preußen, sondern gegen alle gesetzlich gegründeten Staaten, auch gegen Italien selbst. Ein preußischer Correspondent aus Rom bemerkte damals: „Die hiesige Regierung muß doch auch für die Thorheiten des Papstes Rede und Antwort stehen, wenn sie die Autor-

1) Münchener „Allg. Zeitung" vom 1. April 1884.

aft der Garantien als ein positives und unabänderliches rsprechen festhalten will."[1] Freilich sei auch, meinte der ann, die Sache für Italien schwierig, und „die Bildung n Nationalkirchen könnte allein aus allen Verlegenheiten lfen", mit anderen Worten: die Beseitigung eines inter-ationalen Papstthums.

Damals galt aber im Quirinal noch die sogenannte „Ver-öhnungstheorie"; die politische Neigung zog mehr zu Frank-ich und Rußland hin, und noch einige Jahre nachher sprach er deutsche Kanzler verächtlich von diesem Italien, das auf er schiefen Ebene des Parlamentarismus und Radikalismus ur Republik hinabgleite. Seitdem ist in Italien und in uropa Alles anders geworden. Nicht nur die Triplallianz erbindet Berlin und den Quirinal, sondern auch die per-önliche Freundschaft der beiden Herrscher, und der junge eutsche Kaiser hat bei seinem römischen Besuch auch im atikan keinen Zweifel hinterlassen, daß die Versailler Er-klärung des Großvaters nichteinmal mehr der Geschichte an-gehört.[2] Und nun tritt auch noch die ernste Erwägung der

---

[1] Augsburger „Allg. Zeitung" vom 23. März 1875.

[2] Ueber die damals vielbesprochenen Vorgänge bei dem Besuch im Vatikan ist uns aus Rom unter dem 20. Oktober 1888 geschrieben worden: „Man ist empört im Vatikan über diese Vorfälle, ohne sie ändern zu können. Der Eindruck ist in Folge dessen ein schlechter; ‚una impressione di fredezza et di disprezzo' habe der Kaiser gemacht. Prinz Heinrich, mit seinem recht wohlwollend dreinschauenden Gesichte, schien an diesem Tage, gerade wo er vor dem Priestergreise stand, einen steifen Hals und Rücken zu haben. Denn ein kaum merkliches Kopfnicken wird selbst der Correspondent der „Köln. Zeitung" nicht als inclinatio profunda ausgeben wollen. In Summa, man merkte allen betheiligten deutschen Herren an, daß sie mit gebundener Route marschirten, d. h. daß Bismarck sie vorher gegen die persönlichen, mächtigen Eindrücke, die nothwendig auf sie einstürmen mußten, künstlich verbarrikadirt hatte, so daß die ‚fredezza' zum vollen Ausdruck kam. Prinz Heinrich sollte



Kriegsgefahr hinzu, der sich heutzutage in Europa Niemand mehr entziehen kann. Vermöge des Dreibundes könnte Italien nicht neutral bleiben, es müßte denn eine franzosenfreundlich-irredentistische Bewegung den Sturz der Regierung und vielleicht der Dynastie herbeiführen. In jedem europäischen Kriege stünden wenigstens zwei „katholische Mächte" sich gegenüber, mit welchen das Papstthum im gleichmäßig freundlichen Verkehr verbleiben sollte. In welcher Lage müßte sich der hl. Stuhl mit dem Sitze zu Rom in dem Einen, wie im andern Fall befinden!

Was dieses Italien an die lästigen Bedingungen des „Dreibundes" kettet, ist einzig und allein die feindliche Stellung zum Papstthum seit dem am hl. Stuhle begangenen Raube. Das internationale römische Organ unter den die Rechte des Vatikan vertretenden Blättern hat vor Kurzem richtig bemerkt: „Die römische Frage, so lange sie nicht gelöst ist, bleibt der Strick am Halse Italiens; es genügt das Ende des Strickes anzuziehen, um im Quirinal gelehrig tanzen zu machen".[1]) In demselben Sinne hat sich der bekannte fran-

---

zuerst gar nicht mit nach Rom, dann aber erschien er als willkommenes Mittel, um die Unterhaltung zu stören. Darum kam er auch früher, wie angemeldet, in den Vatikan, und darum kam der Kaiser 5 Minuten später, als angemeldet, zum Papste. Auf diese Weise wurde an der knappen Frist noch mehr gekürzt. Herbert Bismarck hat sich unnöthiger Weise ...... haft betragen. Prinz Heinrich selbst machte gar keine Miene, sofort vorgelassen zu werden, da er ja auch nicht in der Anticamera warten, d. h. antichambriren sollte, sondern er eigens in den Gabinetto segreto geführt worden war, wo die hohen Würdenträger der Curie ihn unterhalten hätten. Die Worte Bismarcks waren: ‚Maintenant ou jamais, car un prince royal ne peut pas rester dans l'antichambre.' Die Worte wurden ganz unhöflich laut vor der Thüre des päpstlichen Gemaches herausgestoßen."

1) „Moniteur de Rome", 10. Juli 1889. — Das Blatt hat seine besondere Bedeutung, weil die Herausgeber weder ausschließlich italienisch, noch ausschließlich französisch sind.

...sche Publizist Eugen Rendu in einer Unterredung mit dem Minister Crispi vom vorigen Jahre geäußert: „Die ...ische Frage war in den Händen des Fürsten Bismarck eine wahre Zwangsjacke, ein Marterpfahl, an dem er Italien die Glieder ausrenkte, um es zur teutonischen Allianz herüberzuzerren. Hat er nicht noch dieses selbe Folterwerkzeug in seinen Händen? Hat nicht Italien unter der Drohung dieses Damoklesschwertes, das es selbst über seinem Haupte aufgehängt hat, auf seine natürlichen Ansprüche im adriatischen Meere verzichten müssen?“ [1])

Für die Thatsache, daß nicht Fragen der auswärtigen Politik, für welche ja Italien der Verständigung mit England zum Schutze seiner „Interessen im Mittelmeere“ sicher ist, sondern in erster Linie der Kampf gegen das Papstthum Italien in den „Dreibund“ geführt haben, beruft sich der „Moniteur von Rom“ noch auf das Zeugniß zweier bekannten Namen, der Senatoren Marquis von Alfieri und Jacini. Ersterer erklärte es als eine bekannte Sache, daß die Tripl-Allianz geschlossen und dann noch enger erneuert wurde, um den katholischen Bestrebungen für Wiederherstellung einer weltlichen Herrschaft des Papstthums entgegenzutreten, um Frankreich zu verhindern, bei guter Gelegenheit sich der Frage zu bemächtigen, und um den Umtrieben der revolutionären Partei mit ihrem Irredentismus und Socialismus eine Schranke zu setzen. Schon der Abschluß des „Zweibundes“ mit Oesterreich hatte Italien beunruhigt; man befürchtete, Deutschland möchte sich in Ansehung der römischen Frage eher Oesterreich anschließen, als Oesterreich an Deutschland; und als der deutsche Reichskanzler in offenem Parlament das Wort von der Nothwendigkeit „irgendeiner Souverainetät des Papstes“ fallen ließ, da erlahmte der bis dahin fast allgemeine Widerwille des italienischen Liberalismus gegen ein deutsches Bündniß.

---

[1]) „Augsburger Postzeitung“ vom 4. Mai 1888.



„Und doch vollzog sich in kurzer Zeit ein merkwürdiger Umschwung. Es bedurfte nur weniger Jahre, da bewerkstelligte das Ministerium Depretis durch den Minister des auswärtigen Amts, Mancini, den Anschluß Italiens an Deutschland und Oesterreich, und als Mancini über die Colonialpolitik gefallen war, machte Graf Robilant den Anschluß noch enger. Das Merkwürdigste aber war: als Crispi an's Ruder kam, setzte er diese deutsch- und österreichischfreundliche Politik energisch fort und bekräftigte sie sogar durch eine Reise nach Friedrichsruhe, er, der nämliche Crispi, der als Haupt der pentarchistischen Opposition nicht müde geworden war, die Allianzpolitik der Mancini und Robilant anzugreifen! Was war denn geschehen?" In seiner Budgetrede vom vorigen Jahre hat Hr. Crispi geantwortet: „Wir hatten fatti e documenti, Thatsachen und Schriftstücke in Händen, um zu beweisen, daß man jenseits der Alpen im Zuge war, die römische Frage wieder aufzuwerfen." [1])

Obwohl nun der „Dreibund" die ganze Macht des deutschen Protestantismus dem ministeriellen Italien gegen die Ansprüche des Papstes zur Verfügung stellt, hat die Allianz selbst unter dessen Gegnern an Liebe nicht gewonnen; vielmehr treten „die Umtriebe der revolutionären Partei mit ihrem Irrendentismus und Socialismus" täglich mehr in den Vordergrund. Sie werden gewaltig gefördert durch die volkswirthschaftlichen Mißverhältnisse, welche durch die Verfeindung mit Frankreich in Italien eingetreten sind. Ein neuer Handelsvertrag ist mit Frankreich nicht zu Stande gekommen, und die Hauptadern des italienischen Verkehrs von Sicilien bis Genua sind durch den Zollkrieg unterbunden. Seit Ende des vorigen Jahres häufen sich die Berichte über die Bewegung, die unter dem Namen des „Friedensbundes" gegen die innere und äußere Politik Italiens, welche „er der Liebedienerei gegen Deutschland und der absichtlichen Störung

1) „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung" v. 25. März 1888.

zu der Vernichtung der guten Beziehungen zu Frankreich andrängt," immer heftiger anstürme.[1]) Ja, das ganze, in Italien so mächtige Freimaurerthum soll sich mit den französischen Logen gegen den „Dreibund" verschworen haben: „Die Spitze dieser ganzen Agitation kehrt sich in erster Linie gegen Oesterreich, dann aber auch gegen das conservative Deutschland Kaiser Wilhelm II.; in Wien beobachtet man diese Vorgänge natürlich mit großer Aufmerksamkeit."[2])

An infernalischem Haß gegen das Papstthum gibt die ...gnerische Bewegung dem des Herrn Crispi selbstverständlich nichts nach. Aber sie meint, mit dem Vatikan fertig werden zu können ohne preußische Hülfe und ohne Verläugnung des italienischen „Nationalismus" gegenüber dem österreichischen Besitz in Trient, Triest und Istrien, den „unerlösten Provinzen". Was die deutsche Freundschaft der italienischen Begehrlichkeit etwa anderwärts in geheimen Abmachungen in Aussicht stellt, darf Herr Crispi freilich nicht kundgeben. Aber vom Beginn seiner Ministerpräsidentschaft an hat er sich den Vatikan als Schild vorgehalten, indem er die liberalen und radikalen Gegner durch feindselige Maßregeln gegen den heiligen Stuhl zu entwaffnen und mürbe zu machen suchte. Als im Herbste v. Js. der belgische Freidenker-Congreß ihn mit einer Adresse beehrte, durfte er, der erste Minister des Königs im Quirinal, in veröffentlichter Antwort erklären: die Adresse freue ihn um so mehr, als sie nach den klerikalen Kundgebungen für Wiederherstellung der weltlichen Macht der Päpste komme, dieses höchsten Ausdrucks des feudalen Regimes und der Knechtung des

---

1) Römische Correspondenz der Wiener „Neuen Freien Presse" vom 24. Dec. 1888. — Dem Organ fällt es schwer, den Aufschwung der Bewegung gegen die Politik Crispi's einzugestehen; „so erleichtern sie den ärgsten Feinden Italiens das Spiel": schreibt das Blatt am 5. Juli d. Js.

2) Wiener Correspondenz der Berliner „Kreuzzeitung" vom 29. December 1888.



menschlichen Geistes. Er schließt wörtlich: „Italien hat mit der Besitzergreifung von Rom, welches ihm durch nationales Recht zugehört, das letzte Ziel erreicht, welches seit dem 16. Jahrhundert die Revolutionen der großen europäischen Völker anstrebten." [1]) Die Feier an der Bruno-Statue war denn auch nichts Anderes als die öffentliche Besiegelung der wohlverstandenen Consequenzen dieser politischen Philosophie des Herrn Crispi, der ja auch sonst mit dem lüderlichen Exmönch von Nola eine verzweifelte Aehnlichkeit hat.

Als der „weißhaarige Heißsporn" am 18. November 1883 in einer großen Versammlung die Wiedervereinigung der alten Linken gegenüber dem Kabinet Depretis und gegen die Allianz der Moderirten mit der Rechten begründete, schrieb ein römischer Berichterstatter nach Augsburg: „Verglichen mit dem weise abgemessenen, homogenen, ideenreichen und präcis gefaßten Programm von Stradella (Depretis) ist das Crispi'sche Programm geradezu schülerhaft, und es ist schwer zu begreifen, wie die Dissidenten sich Hoffnung machen können, mittelst desselben Herrn Depretis aus dem Sattel zu heben." [2]) Man ahnte augenscheinlich noch nicht, welch großen Stein Hr. Crispi zu Berlin im Brette habe. Und doch gab er bereits merkwürdige Andeutungen: „Die Berliner Regierung war niemals eine Freundin der Rechten, welche den Krieg von 1866 nicht den getroffenen Vereinbarungen gemäß geführt hat; 1870 wollte die Rechte 100,000 Mann über die Alpen werfen, um das deutsche Heer zu bekämpfen, was uns die Besitznahme Roms unmöglich gemacht haben würde; die Haltung der Linken hat diese verhängnißvolle Politik gehindert, und wir würden zu den Barrikaden gegriffen haben, wenn die Regierung unseren Rathschlägen nicht gefolgt wäre." Auch den unerwiedert gebliebenen Besuch König Humberts in Wien zog Herr Crispi durch die Hechel: „Man hätte über Berlin nach Wien gehen müssen."

---

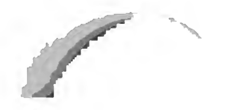
1) Berliner „Germania" vom 27. September 1888.

2) Augsburger „Allg. Zeitung" vom 23. Nov. 1883.

Wen Hr. Crispi als den „wahren Feind unserer Institutionen" ansehe, brauchte er damals nicht neuerdings zu sagen; und er war von Anfang an bemüht, seine Drohungen redlich zu erfüllen. „Der Priester mische sich nicht in die Politik; er bleibe in der Kirche und bete, denn das Gebet ist seine Aufgabe. Mit der Politik des gegenwärtigen Kabinets sind die Klerikalen in den Gemeinderath der Hauptstadt gelangt; neben der aufbauenden Kraft des Staats sehen wir nun die unterwühlende Kraft der Kirche; die religiösen Körperschaften reconstruiren sich; die todte Hand lebt unter mannigfacher Form wieder auf; die moderne Gesellschaft läuft schwere Gefahr ob solcher Nachlässigkeit". Auch die Einziehung des Capitals der frommen Stiftungen im Betrag von drei Milliarden wird bereits in Aussicht gestellt; mit dem Gelde sollten Versicherungsinstitute gegründet und, nach Berliner Muster, das „sociale Problem" gelöst werden: so sagte er damals.

Vor ein paar Jahren starb der „Alte von Stradella" und der König berief Hrn. Crispi ohne weiteres Besinnen zum Nachfolger. Den Wechsel hatte der Vatikan sofort zu empfinden. Der Vorfahrer hatte die gesetzliche Unterrichtsfreiheit nicht nur geachtet, sondern seinerzeit sogar verfügt, daß die privaten Bildungsanstalten, großentheils bischöfliche und Ordensschulen, ihre Commissäre zu den Absolutorial-Prüfungen schicken könnten. Im Lager der Crispianer war man außer sich: „Noch niemals, seit sie existirt, hat sich die staatliche Autorität des Königreichs Italien tiefer und schmählicher gebeugt vor ihrem furchtbarsten Feind, als sie es eben jetzt gethan." [1]) Die große That des Hrn. Crispi ist nun im Werk: die Verstaatlichung des gesammten Unterrichtswesens. Mit den italienischen Missionsschulen im Orient will er den Anfang machen, unter geifernden Schmähungen gegen den Cardinal Lavigerie, der nichts Anderes sei, als

1) Augsburger „Allg. Zeitung" vom 24. Mai 1877.



der politische Agent Frankreichs. Die andere Großthat ist bereits vollbracht durch das neue Strafgesetzbuch in seinen Bestimmungen gegen den Klerus. Jede unliebsame Meinungsäußerung ist ihm untersagt bei Zuchthaus- oder Gefängnißstrafe. [1]) Das kann sogar das Oberhaupt der Kirche selber treffen. Denn nach der Deutung, die Hr. Crispi aus Anlaß der jüngsten großen Straßenrevolte in Rom dem Garantiegesetz gegeben hat, ist der Vatikan thatsächlich weniger unverletzbar, als das nächste beste Gesandtschaftshotel in Rom; er ist der territorialen Gerichtsbarkeit Italiens unterworfen, eine gefällige Justiz steht bereits zu Gebote, und selbst die persönliche Unverletzbarkeit des Papstes ist nicht mehr gesichert.

Unter dem 15. Juni 1887 hat Leo XIII. eine Denkschrift an den Cardinalstaatssekretär zur Mittheilung an die Mächte gerichtet, worin er die Sorgen des Papstthums in der ganzen civilisirten Welt darlegt, und die unleidliche Lage schildert, welche dem hl. Stuhl in Rom bereitet sei. Seitdem scheint ihm jede Hoffnung auf diplomatische Beihülfe völlig erloschen zu seyn. Cardinal Manning in London hat vorlängst gesagt: von den Fürsten und Regierungen sei nichts mehr zu hoffen, an das Volk müsse man sich halten. Bei den Gläubigen und Hirten der katholischen Welt erweckte denn auch die Stimme des hl. Vaters überall ein tausendfaches Echo. Man gibt sich auf der Gegenseite die Miene, als ob um diese „papierenen Proteste“ und die Beschlüsse der katholischen Congresse Niemand in Italien sich kümmere; und doch sollten sie andererseits zur Rechtfertigung der gottlosen Massendemonstration vom 9. Juni dienen und dieselbe, obgleich sie lange vorher beschlossen war, herbeigerufen haben. Als vor Jahr und Tag der Episkopat Süditaliens und Toskana's, der politisch parteiloseste im Lande, einen geharnischten Protest gegen den Strafgesetzbuchs-Entwurf beim Par-

1) Bei Wörl in Würzburg ist ein Commentar zu den bezüglichen Paragraphen im Anschlusse an die päpstliche Allokution vom 1. Juni 1888 erschienen.



...at einreichte, da ließ sich das protestantische Hauptorgan Berlin aus Italien schreiben: „Die katholische Bewegung seit der Breschelegung in die Porta Pia im Jahre 1870 ... so mächtig gewesen wie heute. Es scheint dort vielfach ... Meinung verbreitet zu seyn, daß Katastrophen nicht mehr ... dem Bereich der Unmöglichkeit gehörten. Die klerikalen ...se sind bis zur Siedehitze aufgeregt; man sagt offen, ... sei das Maß voll, dem ‚Buzzurri-Regiment' müsse nun... ein ‚Bis hieher und nicht weiter' zugerufen werden. ... Sache ist viel bedenklicher, der Gegensatz hat sich weit ...r zugespitzt, als die Artikel ahnen lassen, die darüber in ... deutschen Presse zu lesen sind." [1])

Der letzte Schritt zur Katastrophe ist am 9. Juni ge...n, und das Maß ist voll geworden durch das Buzzurri-...nkmal auf dem Platze vor dem Vatikan. „Es wird immer ...r klar, daß die feindlichen Geister nach dem Sturze der ...tlichen Herrschaft nicht zur Ruhe gekommen sind, sondern ...s letztes Ziel etwas Anderes erstreben, nämlich die Ver...nichtung der Autorität der Päpste und die Zerstörung des ...ristlichen Glaubens": so sagt die Allokution vom 30. Juni. ...emand kann es läugnen, und die sogenannten Moderirten ...rsuchen es gar nicht zu läugnen. Ihr ehemaliger Unter...richtsminister, Abgeordneter Bonghi, sagt es gerade heraus: „Bruno ist nur ein Vorwand gewesen für die öffentliche Demonstration gegen die **geistliche** Autorität des Papstes; ...s war ein wirklicher Beginn der Revolution." Er fügt ...i: „Was wird das Ende seyn? Ich fürchte es, denn es ...rd voll Trauer und Jammer seyn. Gott wolle, daß ich ...ein Prophet sei!"

In dem berühmten Schreiben vom 15. Juni 1887 ermahnte der Papst den Quirinal:

„Wenn es von Seiten der Vorsehung ein Akt besonderer Vorliebe für Italien war, daß in seiner Mitte das große

[1]) Berliner „**Kreuzzeitung**" vom 11. Juni 1888.

Institut des Papstthums, durch welches jede Nation sich ho geehrt fühlen würde, errichtet wurde, so ist es auch gered und nothwendig, daß die Italiener keine Schwierigkeiten scheuen um demselben die ihm zukommende Stellung zu verschaffen Und das um so mehr, als Italien, wenn es im Frieden mi dem Papstthum lebte — um von anderen nützlichen und zeit gemäßen Eigenschaften und werthvollen Gütern abzusehen — di religiöse Einheit fest gekittet schauen würde, die Grundlage jede anderen und eine Quelle unendlicher, auch socialer Vortheile."

Kurz vorher hatte der „Moniteur" die Lösung ange deutet: „In einem großen Lande von 28 Millionen Ein wohnern einen kleinen Winkel freier Erde!"[1]) Aber das wollte der revolutionäre Nationalismus nicht; er ist Herr geworden über die alt=nationalliberalen Führer, wie die Azeglio, Capponi, Lamarmora, und über ihn sind Herr ge worden die Schaaren hinter dem Teufelsbanner.

Die Folgen liegen vor Augen und dürften auch in Berlin zu denken geben. Unter allen von Revolutionen heimgesuch ten Ländern ist Italien das elendeste geworden. Ein Garten an Fruchtbarkeit, treiben Hunger und Elend die Arbeiter in den Städten zur Revolte, die Bauern auf dem Lande zu Rebellion und Plünderung; Hunderttausende flüchten aus der vom Hungertyphus geplagten, sich entvölkernden Heimath über das Meer. Die furchtbare Steuerlast immer wieder steigend, und doch die Staatsfinanzen, trotz aller der Kirche gestohlenen Milliarden, von Deficit zu Deficit näher dem Bankerott. Durch ein zügelloses Parteiwesen zerrüttet, das noch vergiftet wird durch die räuberischen Gegensätze nach außen; ein parlamentarisches Regiment und ein König von der Parteien und der Straße Gnade — welcher Verlaß wird auf eine solche Macht seyn in der ernsten Stunde der Ent=scheidung, wenn der Dreibund aufhören muß, „dem Frieden zu dienen?" Und darauf hat der deutsche Kanzler in lang=jähriger Liebesmühe Eines seiner Häuser gebaut!

1) „Moniteur de Rome" vom 30. Mai 1887.

XVI.

Zur apologetischen Literatur der Gegenwart.[1])

1. Der Autor des unten an erster Stelle genannten Werkes bemerkt über die Anlage desselben: „Gewöhnlich legt die Apologetik das Hauptgewicht auf die Begründung der geoffenbarten Religion; dieß war in der Zeit des Deismus auch durchaus nothwendig. Gegenwärtig ist man aber in der Negation viel weiter fortgeschritten. Was die alte Apologetik als bewiesen in der Philosophie voraussetzte und darum compendiarisch behandelte: Gott und Unsterblichkeit, überhaupt die Wahrheiten der natürlichen Religion, das wird jetzt von dem Zeitgeiste zum vorzüglichsten Zielpunkte der Angriffe gemacht. Auf den Nachweis dieser Wahrheiten habe ich darum den Hauptnachdruck gelegt und ihm einen ganzen Band gewidmet." Referent ist hiemit ganz einverstanden, daß gegenwärtig die Vertheidigung der Wahrheiten der natürlichen Religion die wichtigste Aufgabe

---

1) 1. Lehrbuch der Apologetik von Dr. Constantin Gutberlet. Münster 1888. Verlag der Theissingschen Buchhandlung. 2 Bde. 256 u. 323 Seiten. ℳ 7.

2. Apologie des Christenthums auf dem Boden der empirischen Forschung von F. Duilhé de Saint-Projet, Professor der Apologetik am kath. Institut in Toulouse. Mit Zusätzen und einer Einführung von Dr. Carl Braig, Stadtpfarrer zu Wildbad. Freiburg bei Herder. LXXXVIII. 680 S. ℳ 6.

der Apologetik ist. Die moderne Philosophie, besonders di[e] durch Kants Kritik inaugurirte Entwicklung derselben, hat de[n] Glauben an die Grundwahrheiten der natürlichen Religion, a[n] einen persönlichen überweltlichen Gott und an die Unsterblich[-] keit der Menschenseele, in einem großen Theile der sogenannte[n] gebildeten Welt tief erschüttert, oder ganz zerstört.

Der wesentliche Unterschied zwischen natürlicher und ge[-] offenbarter Religion gibt bei der Eintheilung der Apologeti[k] Gutberlets den Haupteintheilungsgrund ab, indem der erst[e] Theil die natürliche, der zweite die geoffenbarte Religion d. i[.] die christliche vertheidigt. Der erste Theil behandelt zuerst das Wesen, dann die Existenz und Allgemeinheit der Religion, und bringt zuletzt im dritten Abschnitt die spekulative Begründung der Grundwahrheiten der natürlichen Religion: der Existenz eines persönlichen Gottes, der göttlichen Vorsehung, Unsterb[-] lichkeit der Menschenseele und Willensfreiheit. Im ersten Ab[-] schnitt, vom Wesen der Religion, hat den Referenten ganz be[-] sonders die Erörterung der Frage, welche Bedeutung dem reli[-] giösen Gefühle zukomme, angesprochen. Ohne denjenigen bei[-] zustimmen, welche die Religion lediglich als Sache des Gefühles gelten lassen oder dem Gefühl in Sachen der Religion den ersten Platz einräumen wollen, weist der Autor (S. 21) mit tiefeindringender Psychologie nach, welch ein wichtiger Faktor in der Religion das Gefühl besonders bei der Jugend und dem weiblichen Geschlechte sei. Im zweiten Abschnitt wird der Be[-] weis für den Satz, daß die Religion etwas allgemein Mensch[-] liches sei und ganz religionslose Völker nicht existiren, durch eine compendiöse Uebersicht über die Naturreligionen geführt. Dieser Abschnitt enthält eine kurze Geschichte und zugleich Kritik der Naturreligionen.

Der an Umfang größte und dem Inhalt nach wichtigste Abschnitt ist der dritte, die spekulative Grundlegung der Reli[-] gion. Allerdings hat der Autor die in diesem Abschnitte be[-] handelten Wahrheiten der natürlichen Religion schon in den früher erschienenen philosophischen Werken und Abhandlungen erörtert und begründet, aber was in jenen früheren Publi[-] kationen theilweise zerstreut ist, das finden wir in der Apolo[-]

vereinigt. Hiebei wurde Manches abgekürzt und mehr zusammengedrängt; in einigen Materien ist auch eine Erweiterung eingetreten, so insbesondere bei den Beweisen des Daseins Gottes, denn der S. 134 beginnende Beweis aus dem idealen Gebiete des Wahren, Guten und Schönen findet sich in der Theodicee noch nicht.

Es ist in Betreff des Verfahrens bei dem Beweise für Gottes Dasein von Dr. Carl Braig die Frage gestellt worden: Gottesbeweis oder Gottesbeweise? Die Frage hat den Sinn, ob für die Existenz eines persönlichen Gottes nur ein einziger Beweis, der jedoch mehrere Stufen durchläuft, geführt werden solle, oder mehrere Beweise, von denen jeder für sich vollständig und selbständig sein soll. Braig entscheidet sich für das erste Glied dieser Alternative, wogegen Gutberlet sowohl in der Theodicee als Apologetik mehrere vollständige Beweise gibt und in einem Artikel des philos. Jahrbuches der Görresgesellschaft Bd. I, wo er die von Dr. Braig gestellte Alternative discutirt, zu zeigen sucht, daß es möglich und auch nicht nutzlos sei, „den Nachweis der Existenz Gottes in eine Mannigfaltigkeit von Beweisen zu zerlegen.“ Er gibt daher auf die von Braig gestellte Frage die Antwort: „Gottesbeweis und Gottesbeweise“, d. h. er entscheidet sich für eine Mehrheit von vollständigen Beweisen, die jedoch unter einander in solcher Beziehung stehen, daß sie auch als e i n Beweis betrachtet werden können. Hierin folgt Gutberlet dem hl. Thomas, der nicht blos für Gottes Dasein, sondern in der Summa contra gentiles durchweg für die dort aufgestellten Sätze mehrere Beweise, von denen jeder selbständig ist, führt. Wir wollen hier nebenbei daran erinnern, daß in anderen Wissensgebieten nicht selten ein ähnliches Verfahren beobachtet wird; so hat z. B. die moderne Optik die Geschwindigkeit des Lichtes und die Länge der Lichtwellen durch verschiedene von einander unabhängige Methoden bestimmt, und man wird kaum in Abrede stellen können, daß die Gewißheit von der Richtigkeit des Resultates eine größere ist, wenn man auf verschiedenen von einander unabhängigen Wegen zum selben Ergebnisse gelangt, als wenn dieß nur auf einem einzigen geschieht. Es kommt noch hinzu, daß bei der individuellen Ver-

schiedenheit der Geister oft einer für eine bestimmte Art d
Beweisführung mehr Capacität und Empfänglichkeit besitzt al
für eine andere. Referent stimmt daher in diesem Punkte vol
kommen dem Verfahren Gutberlets bei, nur hätte er gewünsch
und zwar im Interesse der leichtern Uebersicht des Beweisgange
daß den ausgeführten Beweisen ein den Gang und die Grund
lagen derselben skizzirendes logisches Schema vorangestellt, od
am Schlusse beigefügt worden wäre. Die Einsicht in die Triftig
keit der Beweise wäre dadurch bedeutend erleichtert. Sovie
Referent beim vergleichenden Studium dieser Beweise gesehe
beruht jeder auf zwei Grundpfeilern; der erste sind Thatsache
die allgemein bekannt oder doch leicht erkennbar sind, der zweit
ist das Princip des zureichenden Grundes. Nach dem Hinwei
auf die betreffenden Thatsachen wird nämlich gezeigt, daß die
selben ihren letzten und zureichenden Erklärungsgrund nur i
einem persönlichen Gotte und Welturheber haben können.

Es war ein glücklicher Gedanke, daß in dieser Apologeti
auch der ästhetische Genuß oder die ästhetische Wirkung de
Schönen zur Construktion eines Gottesbeweises verwendet wor
den ist. Auch Dr. Braig hat in der Einführung, die er dem
von ihm übersetzten Werke vorangeschickt, auf das ästhetische
Gefühl und dessen apologetische Bedeutung Bezug genommen
(p. LXXVII ff.) und auf das teleologische Verhältniß zwischen
dem Schönheitssinn der Seele und der Beschaffenheit der ge-
schauten Objekte hingewiesen: „Das Schönheitsgefühl bezeugt
im Geiste die Vernunftidee des Schönen und in den Dingen
das Vorhandensein gewisser Form- und Werthverhältnisse, deren
Schaubarkeit Wohlgefühl weckt. So werden wir einer idealen
Voraus- und Füreinanderordnung der schauenden Seele und
der geschauten Gegenstände inne, einer Ordnung, welche ohne
Zuthun der Seele und ohne Zuthun der Dinge gewirkt, also
transcendent ist.“ Auf dieses teleologische Verhältniß zwischen
dem menschlichen Schönheitssinn und der Schönheit der Natur-
dinge ließe sich, wie Referent selbst in einer zum Druck ge-
gebenen Abhandlung gezeigt hat, ein ästhetischer Gottesbeweis
gründen.

Auf die Beweise für Gottes Dasein folgt eine sehr ein-

...nde, von allseitiger Sachkenntniß zeugende Kritik des Darwinismus, Pantheismus und Pessimismus.

Im zweiten Hauptteile, der die Vertheidigung der positiven geoffenbarten Religion und insbesondere des Christenthums enthält, ist ganz besondere Sorgfalt auf die Lehre vom Wunder überhaupt und auf die an und von Christus gewirkten Wunder insbesondere verwendet. Gewiß mit Recht. Das Wunder ist noch immer das große scandalum aller Rationalisten und Materialisten. Einer von G. in der Vertheidigung der Wunder gebrauchten Ausdrucksweise resp. Concession möchte der Recensent seine Zustimmung nicht geben. Theil II S. 104 wird gesagt: „Es liegt auf der Hand, daß durch ein Wunder nicht alle Naturgesetze aufgehoben werden. Nur aus den zwingendsten Gründen darf man in einem besonderen Falle die Aufhebung eines Naturgesetzes annehmen.“ Mir scheint hiemit den Wunderfeinden etwas eingeräumt zu sein, was man meines Erachtens nicht einzuräumen braucht, daß nämlich die Aufhebung eines Naturgesetzes in irgend einem besondern Falle gegeben sein könne. Schon vor mehreren Jahren hat in den Laacher Stimmen Bd. 8 Knabenbauer an einigen biblischen Wundern gezeigt, daß dieselben keine Aufhebung und keine Aenderung eines Naturgesetzes enthalten. Da jedoch ein auf einzelne Fälle begründeter Beweis nicht ohne weiters allgemeine Geltung beanspruchen kann, so möchte ich hier in Kürze darauf hinweisen, wie schon aus dem Begriffe der Gesetzesaufhebung und aus dem Fortbestand der Naturgesetze die Wahrheit folgt, daß von einer Aufhebung irgend eines Naturgesetzes durch Wunder nicht die Rede sein kann. Es liegt nämlich im Begriffe der Gesetzesaufhebung, daß das aufgehobene Gesetz in der ganzen Sphäre, worin es galt, und — wenn es nicht von neuem eingeführt wird — für immer seine Geltung und Kraft verloren hat. Aus diesem Begriffe der Gesetzesaufhebung folgt, daß, wenn je ein Naturgesetz durch ein Wunder aufgehoben würde, dieses Gesetz in der ganzen Natur und — wenn es nicht etwa durch Gott von neuem etablirt würde — für immer seine Geltung verloren hätte. Nun aber ist es unläugbare Thatsache, daß trotz aller Wunder, die schon geschehen sind, alle Naturgesetze

unangetastet fortbestehen, woraus eben folgt, daß keines aufgehoben worden ist. Wollte man aber sagen, es handle sich ja nicht um Aufhebung eines Naturgesetzes schlechtweg und für immer, sondern bloß um eine vorübergehende Aufhebung für einen bestimmten Fall, so kann ich auch mit einer solchen Redeweise nicht einverstanden sein aus dem schon angegebenen Grunde, weil ein aufgehobenes Gesetz in dem ganzen Gebiet, worin es gegolten, seine Kraft verloren hat. Es würde bei solcher Redeweise etwas als Gesetzesaufhebung bezeichnet, was in der That keine solche Aufhebung, sondern etwas anderes, nämlich bloß Aufhebung oder Beschränkung der Wirkung eines bestehenden Naturgesetzes in einem bestimmten Falle ist. Es kann nämlich sowohl bei politischen als physischen Gesetzen die Wirkung derselben in bestimmten Fällen aufgehoben oder beschränkt werden, ohne daß jedoch das Gesetz selbst aufgehoben wird. So wird in solchen Ländern, wo die Todesstrafe zu Recht besteht, die Wirkung dieses Gesetzes und des gefällten richterlichen Urtheiles durch Begnadigung des Verurtheilten aufgehoben, aber das Gesetz besteht fort. Ein anderes Beispiel dieser Art ist die Nachlassung oder Ermäßigung von Steuern in solchen Fällen, wo die Steuerpflichtigen wie z. B. Oekonomen von Unglücksfällen, etwa von Ueberschwemmungen oder Hagel getroffen worden sind. Wenn in solchen Fällen den Betroffenen eine bestimmte Steuer oder ein Theil derselben nachgelassen wird, so ist die Wirkung des Gesetzes, gemäß welchem die Steuer geleistet werden mußte, für die betreffenden Personen und für das treffende Jahr ganz oder theilweise aufgehoben, aber nicht das Gesetz. Diese Beispiele dürften genügend sein, um zu zeigen, daß jedenfalls bei politischen Gesetzen zwischen Gesetzesaufhebung und der Aufhebung der Wirkung eines Gesetzes in bestimmten Fällen ein wesentlicher Unterschied ist. Es frägt sich nur noch, ob diese Unterscheidung auch auf die Naturgesetze und das Verhältniß der Wunder zu denselben anwendbar ist. Allerdings. Auch bei Naturgesetzen kann ohne Aufhebung des Gesetzes selbst eine Wirkung desselben aufgehoben werden, und zwar kann dieses schon durch das Eingreifen des Menschen in den Gang der Natur geschehen. Obwohl der Mensch kein ein-

Naturgesetz aufheben kann, so hebt er doch in zahllosen
die Wirkung auf, welche ein oder das andere Naturgesetz
das Eingreifen des Menschen nach sich ziehen würde. So=
an dem Tage, wo ich dieses schreibe, berichten Zeitungen
München die Verhütung eines Eisenbahnunglückes, welche
lich dem Umstande zu verdanken ist, daß ein Zusammenstoß,
in Folge des Gesetzes der Beharrung hätte stattfinden
en und befürchtet wurde, durch die Geistesgegenwart eines
führers vermieden wurde. Als nämlich am 19. Juni Mit=
der von Augsburg herkommende Orientexpreßzug, welcher
Minuten Verspätung hatte, in die Halle des Münchner
ralbahnhofes einfuhr, war gerade auch die sogenannte
iebbühne in Bewegung gesetzt und fuhr quer über das
eise, auf welchem in raschem Tempo der Expreßzug daher=
m. Während die Passagiere keine Ahnung von der Gefahr
hatten, waren die den Zug erwartenden Fremden und Bahn=
amten starr vor Schrecken, weil der Zusammenstoß unver=
idlich schien. Aber der Führer des Expreßzuges, der die
Gefahr bemerkt hatte, gab im rechten Augenblicke Contredampf
und brachte mit Hilfe einer Bremse den Zug noch zum Stehen,
als er kaum noch 2 Meter von der Schiebbühne entfernt war.
Wäre der Expreßzug blos dem Natur=Gesetze der Beharrung
in der Bewegung, die er hatte, überlassen gewesen, so wäre
der Zusammenstoß unfehlbar erfolgt. Menschliches Eingreifen
im rechten Moment hat die verderbliche Wirkung, welche in
diesem Falle jenes Naturgesetz nach sich gezogen hätte, verhin=
dert, also aufgehoben, aber von einer Aufhebung jenes Gesetzes
selbst kann gar keine Rede sein. Es entsteht nun die Frage,
ob jene Aufhebung der Wirkung des Beharrungsgesetzes, welche
in diesem Falle durch die Geistesgegenwart eines Maschinisten
bewirkt wurde, aber keine Aufhebung eines Naturgesetzes war,
etwa zur Aufhebung eines Naturgesetzes werden kann dadurch,
daß an die Stelle des Maschinisten eine andere Ursache tritt,
welche denselben Effekt hervorbringt. Offenbar kommt es hier
nicht auf die bewirkende Ursache, sondern auf den Effekt an.
Wäre also jener Zusammenstoß, welchen das Gesetz der Be=
harrung hätte herbeiführen müssen, nicht durch einen Zugführer,

sondern durch ein Wunder verhütet worden, so wäre in diesem Falle ebenso wenig ein Naturgesetz aufgehoben, wie im ersten, denn das hier in Betracht kommende Naturgesetz der Beharrung würde im Falle des Wunders ebenso unangetastet fortdauern, wie es trotz des Eingreifens jenes Zugführers fortgedauert hat. — In Vergiftungsfällen hebt der Arzt bisweilen die naturgesetzliche Wirkung des Giftes durch Gegenmittel auf. Als St. Paulus auf der Insel Malta von einer giftigen Natter gebissen wurde, blieb die tödtliche Wirkung des Giftes aus in Folge der Verheißung Christi bei Marc. 16, 18. Wenn nun die erstere Aufhebung der naturgesetzlichen Wirkung eines Giftes durch natürliche Gegenmittel keine Aufhebung eines Naturgesetzes ist, so gewiß auch nicht die letztere, denn jene Gesetze, nach welchen Gift im Allgemeinen auf Organismen wirkt, bleiben in beiden Fällen bestehen.

Die immer wiederkehrende Behauptung der Wunderläugner, daß die Wunder mit dem Bestehen der Naturgesetze unvereinbar seien, möge es entschuldigen, daß ich bei diesem Punkte etwas länger verweilt bin. Uebrigens glaube ich, daß der Autor der besprochenen Apologetik mit der von mir proponirten Unterscheidung zwischen der Aufhebung eines Naturgesetzes und der Aufhebung von Wirkungen eines solchen Gesetzes in der Sache vollkommen einverstanden ist. Derselbe hat, was nur zu loben ist, auch bei dem Beweise für die Göttlichkeit der Kirche auf die in der Kirche fortdauernden Wunder und Charismen besonderes Gewicht gelegt.

Den Beschluß des zweiten Theiles macht der Abschnitt über das Verhältniß der Vernunft zum Glauben, wobei auch die schwierige Frage erörtert und beantwortet wird, wie der logische Denkproceß, durch welchen die Motive der Glaubwürdigkeit der Offenbarung erfaßt werden, zum übernatürlichen Glaubensakte selbst sich verhalte. Ueberhaupt muß bemerkt werden, daß der Autor den Schwierigkeiten, wo es solche gibt, nicht aus dem Wege geht, sondern sie zu lösen sucht.

---

3. Die Apologie des Christenthums von D u i l h é - B r a i g
scheidet sich von dem vorhin besprochenen Werke in mehr-
Beziehung. Sie besteht aus Vorträgen, denen der deutsche
beiter, der als philosophischer Schriftsteller bereits rühmlich
nnte Stadtpfarrer von Wildbad, eine Einführung vorange-
und Noten und Zusätze beigegeben hat. In der Ein-
rung wird die Frage beantwortet: „Was hat die Apologie
Christenthums heute zu leisten?“ Sehr eingehend wird in
Einführung jene Auffassung der Religion, welche das
en derselben ins Gefühl setzt und fixe Dogmen ausschließen
, geprüft und zurückgewiesen.

Die Vorträge selbst bilden vier Reihen, indem nämlich
en auf Methodologie, d. i. auf Fragen über Methode der
ubensvertheidigung, dann vier auf Kosmologie, fünf auf
ologie und sechs auf Anthropologie verwendet sind. Der
lußvortrag führt den Titel: „Am Fuße des Kreuzes“, und
hält eine oratorisch-schwungvolle Schilderung der Beziehun-
des Kreuzes d. h. des Erlösungswerkes zum Menschenleben,
Wissenschaft, Kunst, zum irdischen Leiden und zur Vollend-
ng. Schon aus dieser Inhaltsübersicht dürfte hervorgehen,
welchem Sinne der Titel „Apologie des Christenthums“ zu
ehmen ist. Da nämlich von den 23 Vorträgen nur einer,
Schlußvortrag, von Christus und dessen Werk, und zwar
mlich kurz handelt, so haben wir allerdings eine Apologie
uns, die auf dem Standpunkte des Christenthums steht und
che Wahrheiten vertheidigt, die von der christlichen Offenbar-
ng theils vorausgesetzt, theils bestätigt und in neues Licht
setzt worden sind; aber es ist nicht eine Apologie des Chri-
tenthums in dem Sinne eines strengen Beweises der Göttlich-
keit oder Wahrheit der specifisch christlichen Offenbarung, wie
sie in der Person und im Worte Christi erschienen ist. Um
eine Apologie des Christenthums in diesem letztern Sinne zu
sein, müßte das Werk offenbar mehr als einen Vortrag von
12 Seiten auf Christi Person und Werk verwenden. Hiermit
soll kein Tadel über das Werk ausgesprochen, sondern bloß für
jene, die dasselbe noch nicht kennen, gesagt sein, was sie darin
finden und was nicht, und wie der Titel zu verstehen ist. Ob

eine Apologie des Christenthums im engern Sinne nachfolgen soll, ist im Werke nicht gesagt.

Der Umstand, daß das Werk aus Vorträgen entstanden ist, und wohl auch die Nationalität des Autors haben auf die Darstellungsform, welche von jener Gutberlets stark absticht, einen bedeutenden und in gewisser Hinsicht günstigen Einfluß geübt. Während nämlich Gutberlet, wie er selbst im Vorwort erklärt, auf Ornamentirung durch Erudition, Literatur, elegante Diktion grundsätzlich verzichtet und bloß überzeugen, nicht aber gefallen oder begeistern will, hat dagegen der französische Apologet auf oratorischen Schmuck und Schwung viel Sorgfalt und Kunst verwendet und fast auf jeder Seite in seine eigenen Worte einen geistreichen Ausspruch irgend eines bedeutenden Schriftstellers eingeflochten, wobei übrigens nicht in einseitiger Weise etwa bloß Franzosen, sondern auch Autoren anderer Nationen, insbesondere auch deutsche berücksichtiget sind. In Folge dieser Darstellungsform, welche der deutsche Bearbeiter in glücklicher Weise und mit der Sicherheit vollkommener Sprachbeherrschung wiedergegeben hat, liest sich das Werk leicht und angenehm und mag wohl manchem Leser mehr zusagen, als die methodisch und logisch strengere, aber trockenere Apologetik Gutberlets.

Einige von denjenigen Fragepunkten der Apologetik, welche in beiden hier besprochenen Werken behandelt sind, haben in dem des französischen Autors eine ausführlichere Erörterung als in dem des deutschen erhalten, so z. B. die Frage, wie sich die Ergebnisse und Theorien der modernen Naturwissenschaft zur mosaischen Darstellung der Schöpfung verhalten, sodann die Frage der Urzeugung und des Darwinismus. Was die einzelnen Vortragsreihen und Vorträge betrifft, mag noch Folgendes bemerkt sein. Am ausführlichsten und gründlichsten sind die biologischen Fragen über Entstehung und Entwicklung des Lebens behandelt, wobei die Hypothesen der spontanen Zeugung und der darwinistischen Transformation widerlegt werden. In der anthropologischen Vortragsreihe finden sich interessante Mittheilungen und Schilderungen aus der geistigen Entwicklungsgeschichte solcher Persönlichkeiten, welche eines

...es oder sogar der beiden höheren Sinne, des Gesichtes
...des Gehöres beraubt waren. Mit besonderer Ausführlich-
und Anmuth ist die psychische Entwicklung eines blinden
zugleich taubstummen Mädchens, Martha Obrecht hieß sie,
...rieben (Braig S. 465—476).

Der Beweis für die Unsterblichkeit der Seele ist in den
...trag über die Bestimmung des Menschen aufgenommen und
...risch-schwungvoll gehalten, was in noch höherem Grade
... dem Schlußvortrage „Am Fuße des Kreuzes“ gilt.

Die zwei hier besprochenen Werke werden gerade in Folge
... großen Verschiedenheit der Darstellungsform einander nicht
... sehr Concurrenz machen, als vielmehr sich gegenseitig ergän-
... und jedes wird seinen Leserkreis finden. Es gibt Geister,
...lche die Wahrheit am liebsten in einem möglichst einfachen,
...mucklosen Gewande sehen, weil dann das logische Gefüge
...rer hervortritt, und solchen ist das an erster Stelle recensirte
...erk am meisten zu empfehlen. Es gibt aber auch Geister,
...lchen es lieber und sympathischer ist, wenn die Wahrheit in
...nem Schmuckgewande, welches die logische Strenge ein wenig
...rhüllt, auftritt. Diese werden mehr vom zweiten Werke —
das durch die geistvolle Einleitung und andere Zugaben des
...utschen Bearbeiters noch wesentlich gewonnen hat — sich an-
...sprochen fühlen.

Schrift die gebundene Rede gewählt, die aber nicht Zweck un
Ziel, sondern Mittel und Weg sein soll. „Dem Verfasser wa
nämlich der Gedanke gekommen, daß so viele schöne und tiefe, abe
zerstreute und oft schwer erreichbare Erklärungen, namentli
älterer Ausleger, durch eine solche schlichte und leicht fließend
wenngleich unvollkommene Fassung auch gebildeten Laien vi
zugänglicher gemacht werden könnten". Auch Geistliche dürfte
aus der Lektüre dieser Schrift manchen Nutzen schöpfen. Vo
ganz besonderem Werth sind die vielen Quellenangaben. Wi
hoffen, daß mancher Leser durch dieselben veranlaßt werde
möge, selbst zu den alten großen Exegeten zu greifen, vo
denen hier so viele herrliche Gedanken ausgehoben sind. Wi
sind der festen Ueberzeugung, daß der verehrte Herr Verfasse
für seine viele Mühe und Arbeit keinen angenehmeren Loh
erhalten könnte, als wenn seine Gedanken auf fruchtbaren Boden
fielen und da und dort Anregung zu einer tiefen Auffassung
der hl. Schrift hervorrufen sollten.

Den zweiten Theil der Schrift möchten wir namentlich
den Religionslehrern, gläubigen Philologen und Vertretern der
vergleichenden Religionswissenschaft empfehlen. „Der Verfasser
suchte und fand den Welterlöser und die Spuren seiner Offen-
barung und der Geschichte seines auserwählten Volkes auch in
den Mythen der Heidenwelt und namentlich in denen des klassi-
schen Alterthums, in dem man sie jetzt so wenig sucht und
sieht. Christus war ja der Erlöser und das ‚Licht der Welt'".
(S. VII). In einzelnen Fällen mag man die Behauptung des
Verfassers für nicht hinlänglich gesichert halten, aber vielfach
ist die Analogie zwischen Mythe und Offenbarung so auffallend,
daß sie kaum bestritten werden kann. Auch in diesem Theil
der Arbeit dürfte Herr Reinhard doch einen Anstoß gegeben
haben, in den Mythen des Heidenthums noch etwas Anderes
zu suchen, als es der moderne Humanismus zu thun pflegt.
Gerne schließen wir uns den Schlußworten des Verfassers an:
„Möge die noch am späten Lebensabende unternommene Arbeit
von Gott gewürdigt werden, die Verehrung seines hl. Wortes,
die in unseren Tagen so sehr beeinträchtigt wird, zu mehren".

B. Sch.

XVIII.

Isabella Clara Eugenia, Fürstin der Niederlande.

(Ein Charakterbild. [1])

Es hat drei Elisabeths oder Isabella's gegeben (die Katholiken halten Beides für denselben schönen Namen), deren Ruhm die ganze Welt erfüllte, ohne daß sie durch ihre Gefallsucht das Fegefeuer mit armen Sündern, noch durch ihren Blutdurst den Himmel mit Martyrern bevölkert haben. Man wird begreifen, daß ich unter diese drei nicht die Mörderin Maria Stuarts rechne. Die Eine gehört Ungarn und Thüringen an, die als Namenspatronin der beiden Andern gleichsam die drei Kronen auf ihrem Haupte vereinigt! Es ist dieß die liebliche und heilige Jungfrau, Gattin und Wittwe, die hochberühmte heilige Elisabeth, die Gemahlin des Landgrafen von Thüringen. Overbeck hat sie in seinem herrlichen Gemälde, und Montalembert in seinem poetischen Werke verherrlicht. Gläubige und Ungläubige bewundern sie als die personificirte Wohlthätigkeit. Die Andere ist die erlauchte Amazone, „das edelste Geschöpf," wie derselbe Montalembert sagt, „welches jemals einen Thron innegehabt hat," Isabella, welche im Südwesten Europas die h. Kirche vor dem Untergange bewahrte. Sie war Kriegsheldin, Staatsmann

---

[1]) Nach J. Alberdingk-Thijm's „Isabella Clara Eugenia, Vorstin der Nederlanden", aus seinen „Verspreide Verhalen". Amsterdam, Langenhuysen 1879. I. 119.

(muß ich wohl sagen), ein großer Charakter, in dem mit de innigen Zärtlichkeit der Gattin jene Willenskraft vereinig war, die sie befähigte, eine Einrichtung zu treffen, bei dere bloßem Namen Millionen Freigeister vor Empörung zitterr die spanische Inquisition. Isabella die Katholische war ein schöne, kräftige, edelmüthige Fürstin, die ihr Nadelgeld daz verwandte, Amerika zu entdecken. Sie drückte es Columbu stillschweigend und hinter Ferdinands Rücken in die Han (es betrug 16,000 Dukaten), und damit zog der groß Mann, der Martyrer des Genies, der Held Columbus nac dem Westen und machte der alten Welt die neue zun Geschenk.

Die dritte Elisabeth gehört den Niederlanden an, di Heldin unserer Erzählung. Sie war die Gattin jenes from men und weisen Albert, der sich als mannhafter Vertheidiger der katholischen Kirche in einer Zeit zeigte, wo seine Brüder größtentheils mit der Irrlehre liebäugelten. Sie ist auch dieselbe Dame, nach der eine gewisse Pferdefarbe ihren Na men hat.

Isabella Clara Eugenia war eine große Frau. War sie auch weniger Staatsmann, als ihre Namensschwester, die Großmutter ihres Großvaters, so war sie doch eine ebenso zärtliche Gattin, eine uneigennützige Regentin und mit noch mehr persönlicher Gefahr eine Heldin auf dem Schlachtfelde. Hat sie auch Amerika nicht entdecken lassen, so hat sie doch die große flämische Kunstschule eines Rubens und Van Dyck ins Leben gerufen, und als Christin für die Ausübung und den Sieg des Glaubens geeifert. Sie hat auch die herr lichsten Beispiele christlicher Sanftmuth und Demuth gege ben, hat die Krone einer Kaiserin ausgeschlagen, damit sie um so besser die Mutter des niederländischen Volkes sein könne; an ihr erstrahlte das Kleid franziskanischer Buße in königlichem Glanze und ihr ganzes Leben hindurch war sie im vollsten Sinne des Wortes eine eifrige Kranken schwester.

Nicht dem Rechte, aber der That nach, waren am Ende des 16. Jahrhunderts die Niederlande in zwei große, einander feindliche Parteien getheilt. Als der Fürst aus dem österreichischen Stammhause, dessen Herrschaft man in revolutionärem Widerstande verworfen hatte, Jahre lang seine hochgerühmte Staatskunst und seine besten Truppen umsonst gebraucht hatte, um die niederländischen Provinzen zum Gehorsam zurückzubringen, während gleichzeitig England und Frankreich Alles thaten, um König Philipps Bemühungen zu vereiteln, begegnete sich in seinem Geiste der Gedanke an diesen Zustand mit demjenigen für die Zukunft Isabella's, dem Gegenstande seiner liebreichsten Sorge.

Diese seine erstgeborene Tochter war eine Prinzeß, an deren Erziehung er Jahre lang die Weisheit seines Geistes und die ganze Liebe seines geheimnißvollen und verschlossenen Gemüthes verwendet hatte. Ihr nun beschloß Philipp das beste Stück seiner Reiche, die schönen Provinzen der Niederlande und Burgund, noch bei Lebzeiten zu schenken. Mit aller menschlichen Umsicht und sicherlich auch eifrigen Gebeten bemühte man sich, aus den Niederlanden eines der mächtigsten Reiche Europa's zu machen. Das Ehepaar, welches den Thron einnehmen sollte, war vom Könige selbst dazu vorbereitet worden: sein Neffe, Albert von Oesterreich, der, am spanischen Hofe erzogen, anfänglich zum Priester bestimmt, die niederen Weihen empfangen, aber als Unterkönig von Portugal und Anführer spanischer Heere dem Könige, dem Bruder seiner Mutter, schon bedeutende Dienste geleistet hatte, opferte den ihm verliehenen Cardinalshut auf, um des Königs geliebte und hochbegabte Tochter Isabella zu heirathen und mit ihr die herrlichen Niederlande in Besitz zu nehmen. Der König hoffte, durch diese Schenkung an seine Tochter den aufrührerischen Niederlanden den Hauptvorwand ihrer Unzufriedenheit zu nehmen, nämlich die Abhängigkeit von Spanien, und den starken katholischen und königstreuen Elementen einen kräftigen Rückhalt zu geben, so

daß Albert und Isabella bald unter ihrer milden Hand außer den treuen auch die empörten Provinzen würden vereinigen können.

Die Ehe Alberts und Isabella's blieb leider kinderlos und in Folge dessen mußten die Niederlande nach ihrem Tode unter den Gehorsam des spanischen Königs, des Lehensherrn, zurückkehren. Traumbilder blieben daher die glücklichen Folgen, mit denen Philipps Geist sich geschmeichelt hatte, und fruchtlos blieben all die Sorge und all die Arbeit, die er im Widerspruche mit Manchem in seinem Rathe auf die Befestigung dieses Planes verwendet hatte. Wie zum unheilvollen Vorzeichen war Philipp, ehe der Plan nur den Anfang einer Ausführung erlebt hatte, gestorben. Die besprochene Heirath kam nichtsdestoweniger zu Stande, und die Verfügung über die Niederlande, welche nun gleichsam des Königs Vermächtniß war, wurde zur Ausführung gebracht. Aber sie hat nichts zurückgelassen, als die Erinnerung an einen bedeutenden Abschnitt in der niederländischen Geschichte und das Gedächtniß an eine heiligmäßige Fürstin und einen der wenigen Fürsten, deren gute Eigenschaften nicht durch schamloses Sittenverderbniß befleckt wurden, das so manchen Fürstenmantel zernagt und das Wurmstichigwerden der Throne so sehr befördert.

Auf dem Landgute Valsano im Walde von Segovia wurde König Philipp's erster Sprößling dritter Ehe Montag den 12. August 1566 um zwei Uhr nach Mitternacht geboren. Ihre Mutter war Elisabeth von Frankreich, deren Ehe mit Philipp ein Unterpfand des Friedens zwischen beiden Kronen gewesen war, was ihr den Namen der Friedensehe erworben hat. Die Neugeborene empfing nach ihrer Mutter den in Spanien so hochgeehrten Namen Isabella. Die Heilige des Tages, die seraphische Jungfrau St. Clara, schenkte ihr den zweiten Taufnamen, und als der päpstliche Nuntius Giambattista Castagno, der später unter dem Namen Urban VII. Papst wurde, die junge Fürstin taufte, fügte der

König den Namen Eugenia hinzu und bestimmte für die feierliche Spendung des ersten Sakramentes den 15. November, den Festtag von Castiliens erstem Bischof, des hl. Eugenius, zu dem er eine große Verehrung hatte. Einige Schriftsteller melden sogar, daß dem Vater die Nachricht von der Geburt dieses Kindes gebracht worden, als er mitgeholfen habe, in einer Procession die Reliquien des hl. Eugenius auf den Schultern herum zu tragen. Ihre Pathen waren ihr Stiefbruder Don Carlos und ihre Tante Donna Juana, die Schwester ihres Vaters. Don Juan de Austria trug das Kind in die Kapelle und der König wohnte der heiligen Handlung bei, indem er sie von einem Fenster aus mit ansah. Er äußerte den fremden Gesandten gegenüber mehrfach seine ganz besondere Freude darüber, daß dieses Kind ein Mädchen sei.

Isabella war kaum zwei Jahre alt, als sie ihre Mutter verlor, die, wie man glaubt, ihr Leben dem lieben Gott für dasjenige Philipps geopfert hat, der zu dieser Zeit todkrank war, aber wie durch ein Wunder wieder gesund wurde, während die Königin ziemlich schnell starb. Der König gab ihr die Obersthofmeisterin seiner verstorbenen Gemahlin, die Herzogin von Alba zur Erzieherin, welche, aus schriftlichen Aeußerungen des Herzogs zu schließen, eine sehr entschiedene Dame gewesen sein muß. Zum Berather für die Erzieherin bestimmte der König den ehrwürdigen Augustiner Alfons de Orosco, der sein Hofprediger war. Dadurch wurde jedoch ihrer Erziehung keine einseitige Richtung gegeben, und von klein auf wechselten bei ihr die frommen Uebungen mit dem Gebrauche der ritterlichen Waffen und dem Vergnügen der Jagd. Auf diese Art wurden Körper und Geist gleicherweise gestärkt und sie wuchs zu einer ebenso frommen als schönen, gelehrten und kräftigen Jungfrau empor. Noch ehe sie die Kinderschuhe ganz ausgetreten hatte, berief sie ihr Vater zu sich, und sie bewohnte den Escurial, wo er sie, die er mehr liebte als irgend ein anderes seiner Kinder, in alle Geheim-



nisse staatsmännischer Wissenschaft einweihte, wie Eine, die bestimmt war, einst über schöne Länder und edle Völker zu herrschen. Philipp de Mendoza erzählt, daß sie schon in früher Jugend auf zwei Edelleute einen so tiefen Eindruck machte, daß der Eine von ihr sagte: „Sie ist ein Vorbild aller Tugenden und ein lebendiges Bild der Ehre.“ Der Andere rief, etwas enthusiastisch, aus: „Alles ist königlich an dieser Fürstin; ihre Augen und ihre Stirne sind königlich; ihre Haltung, ihr Gang und ihr Benehmen sind wirklich königlich; königlich ist ihr Schatten!“ Sie war unermüdlich in Staatsgeschäften und in allen Uebungen zu Fuß und zu Pferd. Ihre Tageseintheilung wurde indessen durch ihre „Tagzeiten“, ihren Rosenkranz und ihre guten Werke bestimmt.

Wiederholt ist von Ehebündnissen für Isabella die Rede gewesen, aber politische Gründe verhinderten die Ausführung derselben bis zu ihrem 31. Lebensjahre, so daß sie ihrem Vater bis zu seinem Tode (1598) als ein Engel zur Seite blieb. Als Philipp auf sein letztes Krankenlager gestreckt, an allen Gliedern von der Gicht ergriffen war und wünschte, immer und überall das Bild des leidenden Heilandes vor Augen zu haben, hat sie ihn bedient und gepflegt wie eine barmherzige Schwester und durch diese Liebe nicht wenig zu seinem, man kann sagen, heiligmäßigen Tode beigetragen. Es war damals, als, wie das Volkslied sagt, König Philipp die Worte sprach:

„Meine Seele befehle ich Christo,
Meinen Leib überlaß ich der Erde,
An Donna Isabel laß ich Flandern
Und an Don Philipp Hispanien.“

Als Christum zuletzt er empfing,
Sprach er: „O Jesus, ich sterbe
Lebt wohl, lebt wohl, meine Kinder,
Lebt stets mit reinem Gewissen.“[1])

---

1) A Cristo mando mi alma,
Mi cuerpo á la tumba dejo,
Y á Doña Izabel á Flándes
Y á Don Felipe mis reinos.

Al fin que le recibió,
Y dijo, „Jesus, yo muero,
A Dios, a Dios, hijos mios,
Le conciencia os encomiendo.“

Nach dem Tode ihres Vaters zog sich Isabella in das Kloster der hl. Clara zurück, um Gottes Willen zu preisen und für die Seelenruhe des Verstorbenen zu beten.

Unterdessen zeigte sich ihr Bruder Philipp III. bereit, den Willen des Vaters in aller Vollständigkeit zur Ausführung zu bringen. Albert hatte in dem Kriege zwischen Frankreich und Spanien zu Gunsten des letzteren verschiedene herrliche Waffenthaten vollbracht. Schier unter den Augen des Königs von Frankreich nahm er 1596 Calais und Ardres. Dann wandte er mit demselben Glücke seine Waffen gegen die getrennten Niederländer, wobei ihm Philipp Wilhelm von Oranien, des Schweigers ältester Sohn, treu zur Seite stand, während Moritz, der jüngere Sohn, an der Spitze der Aufständischen war und gerade damals mehrere Städte besetzte. Bei der zunehmenden Gefahr, dazu beseelt von dem Wunsche nach der ihn erwartenden Krone und der Liebe zu seiner Braut, beeilte Albert den Friedensschluß mit Frankreich. Nachdem er in Brüssel Eide der Treue mit den Ständen des Landes gewechselt hatte, begab er sich nach Hal im Hennegau, um mit Erlaubniß Papst Clemens VIII. daselbst seine Cardinalskleider auf den Altar Unserer Lieben Frau niederzulegen. Hierauf zog er in Gesellschaft seines treuen Kriegsgefährten, des obengenannten Prinzen von Oranien, am 14. September 1598 nach Deutschland, um die Erzherzogin Margarethe, seine Nichte und Verlobte des jungen Königs von Spanien, nach Italien zu geleiten, wo der Papst beide Ehen einsegnen sollte. Zu Ferrara wurde am 13. November seine Ehe mit Isabella, die durch den Herzog von Sesa vertreten war, geschlossen. Von da reiste er nach Spanien, um mit seiner Gemahlin die Reise in ihre Länder anzutreten.

„Die Augen von ganz Europa“, sagt der Legat, spätere Cardinal Bentivoglio, „waren auf sie gerichtet, da man sehr gespannt war zu sehen, wie sie empfangen werden und sich selbst den Niederländern zeigen würden.“ Sie wurden

von den gehorsamen Provinzen mit Zujauchzen und großer Freude empfangen, während die andern nach wie vor sich feindselig verhielten. Cardinal Bentivoglio, päpstlicher Gesandter am Hofe der Erzherzoge, wie Albert und Isabella immer genannt werden, entwirft von Beiden eine Skizze, die um so mehr Vertrauen verdient, als er sie in einem Privatbriefe an den Cardinal Borghese, Neffe Pauls V., nach Rom übersandte:

„Der Erzherzog Albert ist klein von Gestalt", schreibt der Cardinal, „und mager und hat dasselbe Temperament, wie die meisten Fürsten des österreichischen Hauses. Er hat ein reines Angesicht, blondes Haar, den österreichischen Mund und ausdrucksvolle Züge, ist aber von Natur eher zart als stark. Das einzige Leiden, welches ihn ab und zu plagt, ist die Gicht und doch ist er unglaublich mäßig in Speise und Trank. Was seine geistigen Eigenschaften angeht, so kann ich mit gutem Gewissen sagen, daß er ein tugendhafter, gottesfürchtiger Fürst ist. In seinem Auftreten zeigt er große Würde und eine solche Eingezogenheit, daß er darin nicht nur vielen Fürsten, sondern auch gewöhnlichen Menschen zum Vorbild dienen kann. Er ist gerecht, ehrlich, mäßig und bedachtsam. Niemals hat man ihn einen Augenblick unruhig gesehen. Nach Gewohnheit der österreichischen Fürsten spricht er wenig und nach seiner eigenen Gewohnheit langsam. Er versteht fünf Sprachen: deutsch, spanisch, lateinisch, italienisch und französisch. Er spricht die drei ersten und versteht die drei letzten vollkommen. Infolge seiner Erziehung für den geistlichen Stand hat er sich mit vielen Wissenschaften beschäftigt, besonders mit Mathematik. Er ist unermüdlich in der Arbeit und findet darin sein größtes Vergnügen. Bei den Audienzen, die er jeden Tag Morgens und Abends ertheilt, findet man ihn stets voller Aufmerksamkeit und Wohlwollen.

„Er ist ein Fürst von undurchdringlicher Verschlossenheit, der seine Empfindungen vorzüglich zu verbergen weiß.

Sein Aeußeres ist immer gemessen und freundlich. Nichts verräth bei ihm jemals eine Unruhe des Gemüthes. Mit viel Gleichmuth und Geduld hat er die vielen Mißgeschicke ertragen, die ihm im Kriege widerfahren sind. Nach allgemeiner Ansicht hat er den Fehler, etwas unschlüssig und träge zu sein, und ohne Zweifel ist er mehr für den Frieden als für den Krieg geeignet, da in letzterem Falle schnelles Beschließen unbedingt nöthig ist. Jedoch zeigt er in der Schlacht vielen Muth, wie er ja doch bei Nieuwpoort verwundet wurde, weil er mit offenem Visir ritt, um kenntlich zu sein.

„Sein gemessenes Benehmen entspricht theilweise seinem Charakter, theilweise hat er es sich durch den Umgang mit seinem Schwiegervater, König Philipp II., zur Gewohnheit gemacht. Diese bedachtsame Handlungsweise war wohl mit Philipps spanischem Wesen in Einklang, eignet sich aber sehr wenig für den Krieg im Felde. In den Niederlanden will das Volk seine Fürsten herzlicher, behender, leutseliger haben, und die Waffen verlangen energischere Thaten, als die, für welche der Erzherzog geeignet ist. Es wäre besser gewesen, wenn er, anstatt König Philipps Wesen zu folgen, sich Kaiser Karl V. zum Vorbilde nähme, der es ja auf ganz wunderbare Weise verstanden hat, sich in die Natur der verschiedenen Völker zu schicken, die er unter seiner Herrschaft hatte. Die Niederländer zeigen auch mehr Ehrfurcht als Liebe für den Erzherzog. Die Ehrfurcht ist eine Folge seiner hohen Tugenden, aber die Liebe fehlt, weil er es nie verstanden hat, so vertraulich mit dem Volke umzugehen, als dieses es wohl gewünscht hätte. Diese seine Zurückhaltung vereinigt sich mit einer wahrhaft königlichen Würde, die aber, um die Wahrheit zu sagen, nicht bei jeder Gelegenheit von Allen gutgeheißen wird. Was dem Erzherzog auch immer für menschliche Schwachheiten anhaften mögen, so ist er doch mit so vielen herrlichen Eigenschaften ausgestattet, daß ihn auch spätere Geschlechter für einen der größten Fürsten halten werden, die in unserer Zeit gelebt haben.

„Die Infantin Isabella, von welcher ich nun zu sprechen habe, ist sicher nicht minder würdig, im Gedächtnisse späterer Geschlechter fortzuleben. Der Charakter der Infantin ist dem des Erzherzogs sehr ähnlich, da auch bei ihr das Sanguinische die Oberhand hat. Sie ist eher groß als klein, wenn man die mittlere Größe der Frauen annimmt, und behält auch bei fortschreitenden Jahren in Augen und Angesicht die große Schönheit, mit der sie als aufblühende Jungfrau alle Andern in Schatten stellte. Ihr Benehmen hat eine unaussprechliche Anmuth, ihr Wesen eine Süßigkeit und Größe, durch die sie die Gemüther mit unwiderstehlicher Gewalt an sich zieht. Sie zählt in diesem Augenblicke (als der Cardinal schrieb) 46 Jahre und genießt eine vorzügliche Gesundheit und zeigt sich noch immer als große Liebhaberin von Leibesübungen. Die Jagd und das Feld liebt sie sehr und nicht selten zu Pferde läßt sie die Vögel fliegen und führt eine Jagdpartie an.

„Was die Gaben des Gemüthes betrifft, ist sie sicher eine der größten Fürstinen, die es je gegeben hat, und in königlichen Tugenden scheint sie der großen Isabella von Castilien gleich zu kommen, deren Namen sie trägt und deren Blut in ihren Adern fließt. Es ist nicht zu sagen, wie mitleidig sie ist, wie liebenswürdig im Gespräche, wie mildthätig, wie unverzagt, wie gerechtigkeitsliebend, aber vor Allem, wie innig ihre Frömmigkeit ist . . .“ und im Folgendem erzählt der menschen- und staatskundige Prälat Einzelheiten, die später im Verlauf dieser Lebensskizze ihren Platz finden werden.

Als das erzherzogliche Paar im Herbstmonat 1599 in den Niederlanden ankam, war es eine der ersten Handlungen Isabella's, eine Wallfahrt zu Unserer Lieben Frau von Hal zu machen, um ihre Länder und Völker der Königin des Himmels zu empfehlen. Als später Jemand einmal ihr gegenüber äußerte, ihre zarte Andacht zu Maria sei schlecht belohnt worden, da die meisten Unglücksfälle und Widerwär-

tigkeiten, wie die Uebergabe von den Bosch, Wezel u. s. w. an Marienfesten oder deren Oktaven sie betroffen hätten, äußerte sie: „Kann ich darum meine Liebe aufgeben? Nein, ich muß sie verdoppeln und meine Hoffnung erweitern: denn ich vertraue fest darauf, endlich doch von Gott und seiner heiligen Mutter erhört zu werden."

Am 24. November zog das fürstliche Paar von Brüssel nach Löwen, der alten Hauptstadt von Brabant, wo ihnen der Magistrat, die Professoren und die geistlichen Orden, unter Vortragung des Kreuzes, mit Fahnen und brennenden Fackeln entgegenkamen. Am Stadtthore wurden ihnen die Schlüssel der Stadt übergeben. Hierauf begaben sie sich in die Hauptkirche und beschworen dort die Rechte und Freiheiten des Klerus. Am andern Morgen wurde ihnen unter freiem Himmel gehuldigt. Die Vorrechte der Stadt wurden in lateinischer und niederländischer Sprache vorgelesen und als man zu den Worten: „So wahr mir Gott helfe und alle seine Heiligen" kam, knieten sich nacheinander die Erzherzogin und ihr Gemahl auf die Erde nieder und legten auf das Meßbuch in die Hände des Erzbischofs von Mecheln den Eid ab, der sich an die feierlichen Versprechungen des vorhergehenden Tages anschloß. Als sie ihren religiösen und staatlichen Pflichten genügt hatten, wandten sie ihre Aufmerksamkeit der Wissenschaft zu und besuchten die Vorlesung des beredten Justus Lipsius, welcher „Ueber Seneca und die Milde der Fürsten" vortrug.

In den hervorragendsten südniederländischen Städten wurden solche sogenannte „joyeuses entrées", „fröhliche Einzüge", gehalten. Es war dies eine alte niederländische Sitte, wonach der Fürst bei seinem Regierungsantritt in die Städte einzog, von ihnen ein Geschenk erhielt und ihre Rechte und Freiheiten beschwor. Man zeigt heute noch in der burgundischen Bibliothek in Brüssel das herrlich geschriebene Meßbuch, auf das Albert und Isabella den Eid abgelegt haben. Es war Winter und einige Schneeflocken

fielen auf das reich mit Blumenrändern geschmückte Pergament, und noch heute kann man, Dank dieser Befeuchtung, darauf den Abdruck der durchlauchtigsten Hände wahrnehmen.

Eines der bedeutendsten Ereignisse in Isabella's ersten Regierungsjahren war die für sie unglückliche Schlacht bei Nieuwpoort. Sie ist und bleibt die glänzendste Waffenthat des Grafen Moritz, der es weit besser verstand, Festungen zu belagern, als Feldschlachten zu liefern. Hier stand er zwischen See und Feind, und brachte den Feind zum Zurückweichen. In einer ihm zu Ehren verfaßten Schrift wird dieser Sieg als eine Rache des Hauses Nassau am Hause Habsburg angesehen dafür, daß am gleichen Tage, dem 2. Juli 1298, ein anderer Albert von Oesterreich den erwählten König Adolf von Nassau in der Schlacht bei Göllheim tödtete.

Isabella, die in Gent zurückgeblieben war, erfuhr das Schicksal der Ihrigen durch drei verschiedene Nachrichten. Zu allererst erfuhr sie, die Schlacht sei verloren, dann wurde ihr berichtet, der Erzherzog sei gefangen, und endlich, er sei entkommen, aber schwer verwundet. Beim Empfangen dieser Hiobsposten rief sie nur aus: „Für Alles haben wir Gott zu danken, sein Wille geschehe.“ Albert scheint nicht Schuld zu sein am Verluste dieser Schlacht, wohl aber die unkluge Kühnheit seiner Unterbefehlshaber, denen er anscheinend zu viel Vertrauen schenkte.

Unterdessen hatte auch Isabella nicht stille gesessen, im Gegentheil war es ihr zu danken, daß der Kern ihres Heeres erhalten blieb. Die Truppen drohten nämlich mit gänzlicher Auflösung, weil sie zu wenig oder gar keine Bezahlung erhalten hatten. Isabella erschien zu Pferde an der Spitze ihres Hofes vor den murrenden und meuternden Soldaten und redete folgendermaßen zu ihnen: „Niemals haben Kriegsleute eine gerechtere Sache als ihr vertheidigt. Viele von euch sind schon im Anfange des Krieges in dieses Land gekommen. Sie wissen es deßhalb, wie mein seliger Vater alle

ttel der Milde und Strenge angewandt hat, um die pörer zu ihrer Pflicht zurückzuführen. Jetzt haben die ederländer eigene Fürsten bekommen, sind von Spaniens one getrennt, und dennoch sind sie hartnäckiger denn je in er Widerspänstigkeit! Ihr führt den Krieg mehr für ott als für euere Obrigkeiten; haben ja doch die Feinde s Banner der Irrlehre erhoben. Der Erzherzog und ich nnen also nicht zweifeln, daß ein Heer, welches sich immer o treu und katholisch gezeigt hat, uns jetzt nicht verlassen rd. Euerer Bezahlung könnt ihr sicher sein, denn mein emahl und ich bürgen euch dafür, daß in nächster Zeit eld aus Spanien bei uns ankommen wird. Auch hoffen ir, daß die treuen Niederlande ihr Möglichstes thun werden, m uns in dieser Angelegenheit beizustehen. Sollten jedoch auch diese Hülfsmittel ausbleiben, so opfere ich euch mit Freuden alle meine Juwelen und all mein Silber!" Diese Worte riefen eine allgemeine Begeisterung hervor und vielleicht hat dieses energische Auftreten der Erzherzogin ihrem Gemahl die Truppen bis zum Waffenstillstand erhalten. Mit Hülfe seiner tapfern Soldaten zwang Albert den Grafen Moritz trotz des von ihm erfochtenen Sieges in den Dünen von der Belagerung abzustehen.

Unter diesen günstigen Umständen konnte Albert seine Kriegsmacht nach Ostende wenden und die ewig denkwürdige Belagerung der Stadt beginnen, welche auf beiden Seiten unzählige Beschwerden und Opfer forderte. Bei dieser Gelegenheit spannte die herrliche Fürstin alle ihre Kräfte an, um ihrem Lande und Volke nützlich zu sein. Manches Mal kämpfte sie mit Gebeten, Almosen und Wallfahrten für Albert und seine Truppen, während sie im Feuer standen. Sie sandte flammende Pfeile der Liebe und des Glaubens zum Himmel, damit der Herr der Heerschaaren denen den Sieg verleihen möge, die unter seinem Zeichen fochten. Andere Male nahm sie an Alberts Seite an der Belagerung Theil und sah mit Freuden, wie tapfer die Forts vertheidigt

wurden, die ihren und Alberts Namen trugen. Durch ihre Unerschrockenheit feuerte sie die Kriegsleute an und sprach ihnen in ihren verschiedenen Sprachen Muth zu. Mehrmals zeigte sie, daß sie in der Kunst der Geschützmeister erfahren war, und brannte mit der Lunte in ihrer schönen Hand mehrere Geschütze selbst auf den Feind ab. Als sie in ihrem Wittwenstande nach der Eroberung von Breda die Festungswerke dieser Stadt besichtigte, schützte sie viele ihrer Diener vor einer drohenden Gefahr, indem sie eigenhändig ein Geschütz löste. Welch eine sanfte, demüthige Prinzeß, die sich der Kraft der Grundsätze bewußt ist, für die sie kämpft, eine halbe Nonne, die eine treue unterwürfige Gattin und eine Heldin inmitten ihres Heeres ist, in deren Hand ebenso gut der Degen, als Scepter und Rosenkranz passen!

Nach der Schlacht von Fleurus ließ sie die Verwundeten ohne Unterschied in die Spitäler der benachbarten Städte bringen und sorgte, daß die Genesenen nicht ohne einen Zehrpfennig entlassen wurden. Bei der Belagerung von Ostende besuchte und tröstete sie persönlich die Verwundeten und Kranken und versprach den Sterbenden, ihr Leben lang für ihre Hinterbliebenen zu sorgen. Ja, sie half sogar die Todten begraben. Von allen Theilen Europas kamen damals kriegslustige hochgestellte Personen, um doch wenigstens eine Zeit lang an dieser denkwürdigen Belagerung Theil zu nehmen, welche eine Bildungsschule für Kriegs- und Seeleute wurde.

Der Widerstand der Stadt, die von der Seeseite aus immer von Neuem mit Lebensmitteln, Munition und frischen Truppen versehen wurde, hielt hartnäckig an. Prinz Moritz belagerte unterdessen Rijnberk, nahm es ein und wendete sich nach den Bosch, in der Hoffnung, das erzherzogliche Paar dadurch von Ostende abzuziehen. Aber de Bosch hielt ebenso Stand, wie Ostende. Unterdessen rückte Ambrosius Spinola mit 8000 Mann italienischer Fußtruppen heran und eroberte für seine Fürsten die ihnen von Moritz entrissenen

Städte zurück. Er schien der auf Isabella's Gebet von Gott gesandte Held zu sein, um Ostende zu erobern und ihr die Süd-Niederlande größtentheils wieder zu erkämpfen, wenn er auch seinem großen Plane nach nicht den Krieg in das Herz der Vereinigten Provinzen verlegen konnte.

Mit sehr gemischten Gefühlen zogen die Sieger in Ostende ein, da sie nichts als einen Schutthaufen vorfanden. Und doch freuten sie sich so über die Einnahme dieses Schutthaufens, daß sie sofort eine Wallfahrt zu U. L. Frau von Dünkirchen unternahmen, um ihr innig für den Sieg zu danken. Was übrigens im Gedanken an die vielen Opfer dieser Belagerung im Herzen der Erzherzogin vorgegangen sein mag, kann man aus Anstrengungen ersehen, die sie und ihr Gemahl unternahmen, um die Verluste dieser letzten Zeit in Flandern und Brabant wieder gut zu machen. Von dem Verluste von Ostende schreibt sich das Kriegsunglück der Vereinigten Provinzen her, denn die Eroberung von Sluis war damals des Prinzen Moritz letzte That.

Das erzherzogliche Paar und Spinola sahen das Wünschenswerthe eines Waffenstillstands mit den Vereinigten Provinzen ein, da ihre Geldmittel sehr erschöpft waren, der Krieg Tausende von Menschenleben verschlang, ohne den Gegner eigentlich zu schwächen. Die schönen südniederländischen Provinzen waren in jeder Beziehung durch diesen, man kann wohl sagen ungleichen Krieg erschöpft, während es den aufrührerischen Provinzen infolge ihrer zahlreichen Verbindungen im Auslande nie an Geld und Truppen fehlte. Zahlreiche Familien verließen das heimgesuchte Land, der Handel stockte, die Häfen waren geschlossen. Wissenschaft und Landbau lagen darnieder, denn Politik und Kriegswissenschaft nahmen alle Gedanken in Anspruch. Hoffnung und Muth begannen zu schwanken. Das Mißvergnügen der schlecht bezahlten spanischen Truppen übertrug sich auf Bauer und Bürger, die so oft die Opfer dieser Unzufriedenheit gewesen waren. Und wo die Glieder so unglücklich waren, mußte

es auch die Häupter berühren. Albert und Isabella brannten vor Verlangen, die vom Kriege durchwühlten Felder von den traurigen Erinnerungen der Schlachten zu reinigen und sie unter einer freundlicheren Sonne zu pflügen und zu besäen, als seit langer Zeit über den brabantischen und flämischen Auen geschienen hatte, Wissenschaft, Kunst und Handel zu beleben, Wohlfahrt und Zufriedenheit in Stadt und Land zu verbreiten. Da die Nordniederländer auch in politischer Beziehung ihre guten Gründe zum Frieden hatten, so kam der Waffenstillstand, wenn auch erst nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten, zu Stande. Beim Abschluß des Waffenstillstandes wird Isabella nicht besonders genannt, aber von Bentivoglio wissen wir es und schließen es zudem aus ihrem Charakter, daß, obwohl sie an geistiger Bedeutung Albert überragte, sie ihm doch vor der Oeffentlichkeit stets den Vorrang ließ, so daß es immer schien, als gingen alle Entscheidungen und Bestimmungen von ihm aus.

Trotz dieser geistigen Ueberlegenheit Isabella's stimmten Beide in ihrem Denken und Wollen so überein, daß es nach der Versicherung Bentivoglio's niemals vorkam, daß sie verschiedener Meinung waren: sie waren wirklich wie eine Seele in zwei Körpern. Obwohl Fürstin schöner Länder, unterwarf sie sich doch so streng den Geboten ihres Gatten, daß sie sich mit dem einfachen Titel „Frau" begnügte. Man konnte sich in der That kein besseres Fürstenpaar denken; die Charaktere Beider ergänzten sich auf das Schönste.

(Schluß folgt.)

XIX.

Die nationale und politische Kleinarbeit der deutsch-liberalen Partei in Oesterreich.

1. Die Bauernbewegung in Oberösterreich; im Herzogthum Salzburg; in Tyrol; in Kärnthen.

Im Jahre 1880 war in Oberösterreich, gerade so wie in Steyermark und Niederösterreich, eine große Beunruhigung über die Bauern gekommen, weil durch die neue Grundsteuerregulirung die Grundsteuer in diesen drei Ländern in ihrer Hauptsumme erhöht worden war. Die liberale Partei hatte nämlich im Jahre 1868 eine Grundsteuerregulirung beantragt, und für diese Arbeit eine parlamentarische Körperschaft, die Centralgrundsteuercommission eingesetzt, unter welcher Landes- und Bezirkscommissionen mehr als 10 Jahre zur Vergleichung der Ertragsfähigkeit der einzelnen Grundflächen und zur Erzielung möglichster Gleichförmigkeit arbeiteten und schließlich bei 26 Millionen Kosten verursachten. Würde man daran gegangen sein, einfach jene Grundstücke zur Versteuerung heranzuziehen, welche seit Regulirung des Katasters in jedem Lande meliorirt worden waren, so wäre die ungeheuere Kostensumme erspart und sehr viel Anlaß zur Unzufriedenheit überhaupt nicht gegeben worden. Trotzdem die liberale Partei bei Zusammensetzung der Bezirks- und Landescommissionen in den deutschen Alpen-

ländern und ebenso in der Centralcommission unbedingt d
Mehrheit für sich hatte, so versuchte man seitens der liberal
Partei zuerst in Oberösterreich aus der Erhöhung d
Grundsteuerhauptsumme für das Land gegen den hochverdient
Abgeordneten Doblhamer und gegen die ganze conservati
Partei Kapital zu schlagen und zwar deßwegen, weil d
Abgeordnete Doblhamer das Unglück hatte, als einzig
Mitglied der conservativen Partei in der Centralgrundsteue
Commission zu sitzen.

Den Angriff gegen die conservative Partei leitete ei
gewisser Kirchmair, ein verunglückter Student, der in de
verschiedensten Lagen und Verhältnissen es zu nichts bracht
und darum sich berufen fühlte, als Bauernführer aufzutreten
Kirchmair hatte 4½ Jahre ein Gymnasium besucht, betrie
dann Landwirthschaft, später ein Wirthsgewerbe und fan
schließlich im Dienste der Stadt Linz a. Donau eine Schrei
berstelle. Als solcher entwickelte er besonders in jene
Gegenden Oberösterreichs, wo die Bevölkerung confessionell
gemischt ist, eine fieberhafte Agitation, begründete mit Hilfe
und Unterstützung der liberalen Partei ein eigenes Blatt,
das „Sonntagsblatt", zur Verbreitung seiner Ideen und ver-
einigte sich mit Andern zur Gründung eines oberösterreichischen
Bauernvereines, der gegen die deutsch-conservative Partei
wirken sollte, aber auch liberal sich nicht nennen durfte, um
nicht von vorneherein in allen Kreisen der bäuerlichen Be-
völkerung dem vollsten Mißtrauen zu begegnen. Hier leistete
nun das von Kirchmair ausgegebene Schlagwort: „weder
klerikal, noch liberal" die besten Dienste. Mit aller Entschie-
denheit protestirte Kirchmair in allen Tonarten dagegen, daß
sein Verein, der oberösterreichische Bauernverein, irgendwie
liberale Ziele verfolge. „Wir protestiren", erklärte er auf einer
Generalversammlung des Vereins am 18. März 1882 in Wels,
„gegen die Behauptung des (kath.) Linzer Volksblattes und
der Führer der feudalultramontanen Adelspartei, daß unser
Bauernverein ein liberaler Verein sei, und erklären jede

che Behauptung als eine absichtliche und lügenhafte Ver-
drehung der Wahrheit."

Mittlerweile stellte sich unwiderleglich heraus, daß so-
wohl in Kirchmair's „Sonntagsblatt", wie auch in dem
Organe des von ihm begründeten Vereines, im „Bauern-
freund" Erzliberale mitarbeiteten und insbesondere der be-
kannte oberösterreichische liberale Reichstagsabgeordnete Dr.
Schaup Berichte über die Reichstagsverhandlungen aus Wien
lieferte, wie auch das von dem Israeliten Fischer geleitete
Preßbureau der Vereinigten Linken unter Vermittlung des
Abgeordneten Weitlof, Obmanns des deutschen Schulvereines,
auf Ersuchen eines der Führer des Bauernvereins, Scham-
berger, seine Artikel zur Verfügung stellte. In einem Briefe
vom 9. Oktober 1884 schrieb Dr. Schaup wirklich an den
„Bauernfreund": „Das wäre ein hübsches Halloh im Volks-
blatt — katholisches Organ für Oberösterreich — wenn dieses
erführe, daß der liberale Dr. Schaup Artikel für den Bauern-
freund liefert." Dr. Schaup, der bekannte millionärische
Bierbrauer von Zipf, scheint die gemeine Heuchelei selbst ge-
fühlt zu haben, die darin lag, daß die Führer des ober-
österreichischen Bauernvereins unter so bewandten Verhält-
nissen dem Volke vorschwindeln wollten, ihr Verein sei „weder
klerikal noch liberal", um so mehr als die Artikel, die über
die Aufgabe des Bauernvereins im „Bauernfreund" er-
schienen, ebenfalls von Dr. Schaup herrührten und derselbe
seinen Originalbriefen gemäß sich überhaupt sehr bemühte,
„die Klerikalen festzunageln".

Andere Mitarbeiter des „Bauernfreund" waren Dr.
Teutschmann, ein erzliberaler Advokatenconcipient in Linz,
Mitglied des deutschen Clubs, des liberalsten Linzer Vereins
und Schriftführer des deutschen Schulvereins, gegenwärtig
Advokat in Braunau, ebenso der frühere liberale Abgeordnete
Mayrzedt. Selbst als diese Beziehungen des Vereins durch
Bekanntgabe von Originalbriefen offen zu Tage lagen, hatten
die Führer des Vereins noch den traurigen Muth, sich „weder

klerikal noch liberal" zu nennen und nebenbei auch als gut und echte Katholiken sich aufzuspielen, die „in allen kirchlichen Dingen dem Klerus gehorsam seien und nur politisch eine selbständige Meinung hätten."

Auch diese Behauptung war nichts weiter als freche Heuchelei. Thatsächlich leiteten sie auf ihren Versammlungen und in ihrer Presse gegen die katholischen Priester bis zum letzten Kaplan herab eine förmliche Hetze ein. Die Priester waren ihnen nur „vaterlandslose, schwarze Römlinge". Auf einer Versammlung (Vöcklabruck 1883) wurde behauptet, daß „der Klerus eine römische Despotie anstrebe"; bei einer andern Versammlung (Kleinmünchen 84) fiel das Brandwort: „Von Rom hat der Bauer keine Hilfe zu erwarten." Selbstverständlich waren ihnen ganz besonders auch die freiwilligen Gaben für den heiligen Vater, der „Peterspfennig" verhaßt; der „Bauernfreund" meinte 1885: „Wenn wir überflüssiges Geld haben, müssen wir es zunächst den Armen geben; denn Noth und Elend gibt es bei uns allerorts genug. In der heiligen Schrift steht kein Wort, daß man dem Papst oder Klerus Zehent oder Robot leisten müsse." Dieser Liebe zum heiligen Vater entsprach die Haltung der Führer gegen den hochverdienten Bischof Rudigier (Linz), den doch im Tode selbst die judenliberale Presse als einen großen starkmüthigen Charakter anerkannte. Kirchmair nannte denselben den „Antichristen des Volkswohls" und ein anderer Führer schrieb in einem Briefe: „Schauen Sie dem Mondafoner Stier" — Bischof Rudigier war aus Vorarlberg gebürtig — „auf die Finger, dieser Rasse ist nichts zu schlecht." . . . „Alle Räuber und Mordbrenner der ganzen Welt haben der armen Menschheit nicht so tiefe Wunden geschlagen, als diese schwarzen Banditen. . . . Ja der leibhaftige Antichrist sind gerade diese verpesteten Kerle". Das letzte Kosewort galt dem gesammten Klerus, der anderseits wieder als „ehrgeizige und habsüchtige Geistlichkeit" beschuldigt wurde, daß er „sich die gewissenlosesten Auslassungen, Verlogenheiten, Täuschungen

und Schmähungen aller Art zu Schulden kommen lasse.“ (Bauernfreund 1885.) Diese Ausführungen genügen, um die Heuchelei und feindselige Stellung, welche die Führer des oberösterreichischen Bauernvereines gegenüber allen Stufen der kirchlichen Hierarchie einnahmen, genügend zu kennzeichnen.

Nichtsdestoweniger hatte der Verein die Stirne, sich mit Klagen gegen die pflichtgemäß abwehrende katholisch-conservative Presse Oberösterreichs an den Nachfolger des Bischofs Rudigier, Ernst Maria, zu wenden und die Antwort des Bischofs, die in schonendster Weise abgefaßt war, als eine gute Verheißung für den Bauernverein auszuschroten, so daß derselbe sich genöthigt sah durch ein eigenes Schreiben vom 1. Dezember 1887 hiegegen Protest zu erheben. Die bedeutsamste Stelle desselben lautet: „Ich habe mit Absicht an den Vorstand des oberösterreichischen Bauernvereins mit der schonendsten Liebe geschrieben, habe daher auch ohne auf dessen Vergangenheit, die allerdings in Anbetracht der Ausfälle auf den Papst, auf meinen hochseligen Vorgänger, auf den Klerus, auf die Kirche beklagenswerth ist, hinzuweisen, nur den lebhaften Wunsch ausgesprochen, er möge in Zukunft seiner Versicherung, daß er keine kirchenfeindlichen Tendenzen verfolge, stets im öffentlichen Leben entsprechen. In diesen Worten liegt für Verständige eine ernste Mahnung; wie aber daraus eine Gutheißung des Bauernvereins gefolgert werden könne, ist unerfindlich“.

Die Unaufrichtigkeit, in welcher dieser Bauernverein vom ersten Tage der Gründung an vorging, zwang ihn auch, in anderen Fragen vollständig grundsatzlos vorzugehen, wie dieß ganz besonders in seiner Haltung zur Schulfrage hervortrat. Im Jahre 1882 wurde im Programm des Vereins die Forderung aufgestellt, daß das 8. Schuljahr aufgehoben, im 7. Schuljahr eine Erleichterung des Schulbesuchs gewährt und für „arme“ Kinder die 6jährige Alltagsschulpflicht eingeführt werden solle. Später erklärten die gleichen Bauernführer jede Herabsetzung der achtjährigen

Schulpflicht gleichbedeutend mit Volksverdummung und zwar deßwegen, um ja nicht die Unterstützung der liberalen Partei zu verlieren. Ihr Organ, der „Bauernfreund", rief sogar Gott an, er möge verhüten, daß das „Kleinod der Neuschule" wieder jenem Stande ausgeliefert werde, der in der Volksverdummung und Volksknechtung seinen Vortheil erblickt und hiedurch die Volksbeherrschung zum größten Schaden der Menschheit ausgeübt hat." Für die Wahrung der Standesinteressen ließ der Haß gegen den katholischen Klerus und die conservative Partei keine Zeit übrig. Was der oberösterreichische Bauernverein in dieser Richtung geleistet, läßt sich bequem auf den kleinsten Nagel des kleinsten Fingers schreiben. Soweit die Bauernschaft den Geboten der Führer nicht unbedingt folgte und insbesondere für deren Privatleben nicht die genügenden Mittel beschaffte, fand sie nur Verachtung und Hohn. Ein Führer des Bauernvereins, Hopplicher, derselbe der späterhin dem oberösterreichischen Bauernstande das Wort „katholisches Rindvieh" ohne Widerspruch der leitenden Führer des Vereins an den Kopf schleuderte, erklärte in seiner drastischen Weise, „die oberösterreichischen Bauern seien entweder Pfaffenknechte oder denkfaul". Alles, was im Interesse der Bauernschaft geschaffen wurde, beschränkte sich auf die Einrichtung des „Bauernkredit" in Wels, einer kleinlichen Nachäffung des großen katholischen Institutes „Volkskredit" in Linz, welches der katholische Volksverein mit seinen 31,000 Mitgliedern in's Leben gerufen hat. Von irgendwelcher andern Thätigkeit im Sinne der Wahrung der land- und volkswirthschaftlichen Interessen, wie sie die katholischen Bauernvereine in Westfalen, der Rheinprovinz und Schlesien so glänzend und erfolgreich bethätigen, war absolut nicht die Rede. Der ganze oberösterreichische Bauernverein war nichts weiter als ein permanentes liberal bäuerliches Wahlcomité mit der Parole: „Bauern, wählet nur Bauern!"

Anfangs schien der Bauernverein große Fortschritte zu

en. Der Liberalismus allerorts hatte daran gewaltige
de und die bäuerlichen Führer wurden von der liberalen
eitpresse mit Dank und Anerkennung überschüttet. Unter
Führern machte sich besonders ein gewisser Hans Oehn,
Schamberger und endlich der bereits genannte Kirch=
bemerkbar. Hans Oehn vertrat im Vereine die deutsch=
onale Richtung mit einem gewissen Anflug von Anti=
tismus; er anerkannte, daß „der Liberalismus im Bunde
Juden und doktrinären Gründern dem Volke in 10 Jahren
an Werth und Geld herausfiloutirte, als durch Robot
Zehent in 100 Jahren dem Volke abgenommen worden
bekannte aber auch anderseits, daß er sammt dem Bau=
vereine nicht nach Wien gravitire, d. h. in richtiges Deutsch
ertragen, daß dem Bauernvereine an der Einheit und
röße des Staates nichts gelegen sei und die Hauptstadt
es Reiches mit dem Kaiser sie gleichgiltig lasse. Auch Scham=
berger hielt sich mehr weniger zur deutschnationalen Richtung.
Er spielte sich gerne als „kleiner Landwirth“ aus, fand aber
besonderes Vergnügen daran, von seiner Heimath, nahe am
Inn, zu den Festcommersen der deutschnationalen Burschen=
schaften in Wien zu eilen. Im Vereinsleben beschimpfte er
neben dem Klerus ganz besonders Advokaten der conservativen
Partei; auf den Kneipen schmeichelte er den deutschnationalen
Studenten als den „berufenen zukünftigen Führern des Volkes.“

Der gewandteste Führer des oberösterreichischen Bauern=
vereins war und blieb Kirchmair, trotzdem er nur Ehren=
mitglied war, nachdem nur Bauern Mitglieder desselben sein
konnten nach dem Grundsatz: „Alles für und durch die
Bauern!“ Schon bei seinem ersten Auftreten mußten ver=
ständige Leute sich sagen, daß derselbe unmöglich bei einer
Partei Vertrauen finden könne, nachdem damals schon poli=
zeiliche Beanstandungen wegen Betrügereien, verübt 1878 unter
dem angeblichen Namen Graf Blank von Eisenfels=Blankburg
aus Salzburg, in Wien, vorlagen. Nichtsdestoweniger traten
liberale Parteiführer mit ihm in intimen Verkehr und unter=

stützten ihn in der liberalen Presse in jeder Richtung. Bei der Generalversammlung in Wels (18. März 1882) wurde ihm seitens des Bauernvereins auf Antrag des Hans Oehn, auf Wunsch des Ausschusses und vieler Mitglieder als „dem Vorkämpfer für die Bauernsache, der zuerst die Losung zur Einigkeit gegeben, . . nach Recht und Billigkeit . . . für sein Wirken, insbesondere als Redner bei den Wanderversammlungen . . . der Dank und die Anerkennung“ ausgesprochen und sein Blatt, das Linzer „Sonntagsblatt“, als officielles Ankündigungsblatt für den Verein benützt. Hans Oehn meinte (19. April 1885) sogar, daß das längst bewährte „Sonntagsblatt“ das Universalblatt des Bauernstandes werden solle, da Niemand läugne, daß eben Kirchmair die Leiter des oberösterreichischen Bauernvereins zusammengerufen habe. Indeß ließ die Thätigkeit im oberösterreichischen Bauernvereine Kirchmair Zeit, die Legende von einer holländischen Erbschaft im Betrage von 38 Millionen holländischer Gulden zu erfinden und damit vertrauensvolle Seelen gründlich auszubeuten. Als auch dieser Schwindel durch die katholische Presse (Linzer Volksblatt 11. März 1883) bloßgelegt wurde, ging Kirchmair in der Achtung seiner Anhänger und in der Achtung der liberalen Partei trotzdem nicht zurück. Da er indeß zum vollen Genusse des Lebens seine Mittel nicht ausreichend fand, so wandte er sich vor den Landtagswahlen des Jahres 1884 an die von ihm bekämpfte conservative Partei, als an die Partei der Mehrheit des Landes, und bot ihr Einstellung aller Feindseligkeiten und treue Mitarbeiterschaft, wenn sie ihm bei der Wahlbewegung ein Mandat als Abgeordneter und überdieß eine Stelle im Landesausschuß sichern wollten, ein Antrag, der von allen conservativen Abgeordneten und Vertrauensmännern ohne weiters als geradezu lächerlich abgewiesen wurde. Kirchmair wollte sich versorgen und zugleich seinen Verein nicht der Probe der Wahlen unterwerfen, weil er offenbar befürchtete, daß dieselbe nicht bestanden würde.

Thatsächlich zeigten die Landtagswahlen von 1884 die ganze Schwäche des Bauernvereins, der nicht ein einziges Mandat und nicht 1/20 sämmtlicher Wahlmänner im Lande aufweisen konnte. Von da ab sank auch in liberalen Augen die Bedeutung dieses Vereins immer mehr, und die liberale Partei zog daher ihre weitere Unterstützung angesichts der vollen Aussichtslosigkeit zurück. Nebenbei verringerten sich die Einnahmen Kirchmairs aus seinem „Sonntagsblatt“ mehr und mehr, und so trat er langsam in den Hintergrund, bis auf einmal seine Verhaftung die allgemeine Aufmerksamkeit auf ihn zurücklenkte. Unter der Anklage, daß er eine Reihe von Personen durch listige Vorstellungen überhaupt, insbesondere aber durch die Vorstellung, er könne Militärbefreiungen erwirken, günstige Proceßentscheidungen, Erbschaftsregulirungen u. dgl. herbeiführen, getäuscht und betrogen habe, wurde er zu sieben Jahren schweren Kerkers verurtheilt.

Nach der Verurtheilung wollte der Bauernverein ihn allerdings von den Rockschößen abschütteln, aber der Versuch gelang nicht. Die liberale Partei, die mit Kirchmair so herzliche Beziehungen unterhalten hatte, brachte den Beschädigten, sämmtlich Anhänger Kirchmairs, nur Spott und Hohn entgegen. Die Linzer „Tagespost“ rief aus Anlaß dieses Processes „nach vermehrter Bildung und Aufklärung“; sie schrieb: „Die Beschädigten, welche ausschließlich dem Bauernstande angehören, bekunden ein solches Maß von Unbildung, Leichtgläubigkeit und Immoralität, daß man es wohl begreiflich finden muß, wenn ein großer Theil unseres Landvolkes jeder Art von Bauernfängerei nur allzu leicht zum Opfer fällt“. Das ehrenwerthe Blatt, das nebenbei von der „intellectuellen und moralischen Verwahrlosung eines Theiles der oberösterreichischen ländlichen Bevölkerung“ sprach, bedachte hiebei freilich nicht, welches Urtheil es damit über jenen Theil der Bauernschaft fällte, welcher den liberalen Führern in Oberösterreich Gehorsam leistete, obwohl es sehr gut wissen mußte,

daß unter den Geschädigten nicht Ein conservativer, sondern nur liberale Bauern mit einigen liberalen Gewerbsleuten sich befanden. Die Summe, die Kirchmair erschwindelte, wurde gerichtlich auf 21,672 Gulden angegeben, beträgt aber in Wirklichkeit viel mehr, weil eine große Anzahl von Geschädigten lieber finanzielle Nachtheile erlitten, als sich öffentlich dem Gerichtsverfahren anschlossen. So viel ist gewiß, die moralische Vernichtung Kirchmairs, der im Strafhause von Suben seine Strafe abbüßt, hat auch den oberösterreichischen Bauernverein tödtlich getroffen.

Nach Kirchmairs unfreiwilligem Abgang trat Schamberger in den Vordergrund, und damit gewann die deutschnationale, antisemitische Richtung in demselben die Oberhand. Schönerer ward Ehrenmitglied des Vereins und unterstützte denselben reichlich mit Geld. Das Organ des Vereins mußte hiebei manche Sprünge mitmachen. Nur Ein Beispiel! Im Jahre 1883 pries der „Bauernvereins-Bote“ den „wackern“ Krepek, „Landwirth“ in Nieder-Nöhel, als „ebenso rührigen als taktvollen Führer der deutsch-böhmischen Bauern“, und im Jahre 1889 sah der „Bauernfreund“ sich „veranlaßt“, dem nämlichen „wackeren“ Bauernführer „verwerfliche Redensarten ohne sachlichen Inhalt“ vorzuwerfen, wobei ihn nur tröstete, „daß Krepek kein — Bauer sei, da er sonst anders reden würde!“ Der Grund dieser Aenderung lag darin, daß Krepek das 1888 vom Reichsrath beschlossene „Erbfolgegesetz für mittlere Bauerngüter“ als waschächter Liberaler angriff, während die Richtung Schönerer dasselbe vertheidigte. Zu Anfang 1889 fühlte Schamberger das Bedürfniß, von der aufreibenden und aufregungsreichen Thätigkeit eines Bauernvereins-Obmannes auszuruhen, und an seine Stelle trat ein gewisser Krötzl.

Nunmehr wechselte neuerdings die Scenerie. Als der deutsch-österreichische Club und der deutsche Club im Vorjahre sich zur „Vereinigten Linken“ verschmolzen hatten, schienen die verschiedenen kleinen liberalen Vereine in Ober-

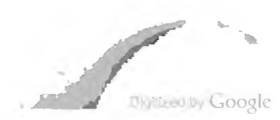
österreich, die bislang ein beschauliches Stillleben geführt hatten, plötzlich aufzuwachen. Der deutsche Verein in Linz faßte den Plan, die liberale Organisation in Oberösterreich neu aufzufrischen; der liberale Verein in Wels hielt fleißiger Versammlungen, und auch der deutsche Bürgerverein für das Innviertel (Ried) wurde munter. Es war, wie wenn von der Parteileitung eine allgemeine Probemobilisirung aller liberalen Elemente in Oberösterreich anbefohlen worden wäre.

Mitte Mai 1889 ging nachfolgende Mittheilung durch die liberalen Blätter: „Wien, 16. Mai. Der Vorstand des oberösterreichischen Bauernvereins, geführt vom Obmanne Grundbesitzer Krötzl, erschien dieser Tage in Wien, um mit den Führern der deutsch-liberalen Partei sich über die Mittel und Wege zur Unterstützung der liberalen Bauernschaft Oberösterreichs zu verständigen. Mit den genannten bäuerlichen Vertretern und mehreren liberalen Abgeordneten ländlicher Bezirke wurden unter dem Vorsitze des Herrn v. Chlumecky [1]) eingehende Berathungen gepflogen und die Unterstützung der gerechten und erreichbaren Wünsche der oberösterreichischen Bauernschaft sowie eine lebhafte Verbindung der Partei mit dem Bauernvereine in Aussicht genommen." Die Deutschnationalen im Bauernverein, Hans Oehn u. s. w., nahmen hiegegen sofort Stellung, ebenso der „Bauernfreund", der inzwischen aus dem Besitz des oberösterreichischen Bauernvereins in jenen des „Preßvereins deutscher Bauern" übergegangen war. Auch Schönerer verlangte telegraphisch seine sofortige Streichung als Ehrenmitglied des Vereins.

Krötzl behauptete indeß seine Stellung für die deutschliberale Partei. Mitte Juni fiel in Wels die Entscheidung, zu der eine Reihe von liberalen Abgeordneten, und zwar Adametz, Pirko, Weitlof und Schaup als Helfershelfer seitens

---

1) Vicepräsident des Abgeordnetenhauses, früher im Kabinet Lasser, genannt Auersperg, Handelsminister.



Kröẞl eingeladen worden waren. Adametz und **Weitlof** predigten den Mitgliedern des Bauernvereins, die zur Generalversammlung zusammentraten, das Heil des Liberalismus und wurden darin von dem früheren liberalen bäuerlichen Abgeordneten Mayrzedt und von dem „Landmann" Hoppichler unterstützt; letzterer bezeichnete bei diesem Anlaß ohne jede Störung seitens der liberalen Theilnehmer **die katholischen Bauern Oberösterreichs** als „katholisches Rindvieh". Die kleine deutschnationale und antisemitische Gruppe unterlag mit ihren Anschauungen.

Nochmals suchte die Verlogenheit der jüdisch-liberalen Presse die alte Maske „weder liberal noch klerikal" für den Verein zu retten. Die Linzer „Tagespost" meldete ganz unverfroren, die freien deutschen Bauern (des oberösterreichischen Bauernvereins) hätten sich von keiner Partei ins Schlepptau nehmen lassen, und andere Blätter versuchten ähnliche Flunkereien. Diese Lügen hatten kurze Beine.[1]) Zu bestimmt und zu deutlich hatte der Schriftführer des Vereins, Mayrzedt, unter stürmischem Beifall erklärt: „Die Devise ‚weder liberal noch klerikal' ist ein Geflunker, das ist ein Schlagwort, weiter nichts. Es ist eben nicht gut, wenn man weder kalt noch warm, weder Fisch noch Fleisch

1) Die judenliberalen Blätter haben hiebei vollständig vergessen, daß sie in den Mitgliedern des angeblich weder klerikalen noch liberalen oberösterreichischen Bauernvereins jederzeit „Parteigenossen" sahen. Am lebhaftesten trat dieß zur Zeit der Landtagswahlen 1884 hervor. Damals schrieb die „Deutsche Zeitung" (27. August): „Es ist durchaus nicht die Schuld unserer wackeren Parteigenossen in Oberösterreich, daß das Ergebniß in diesem Lande kein günstiges ist. Selten hat eine unterlegene Sache eine größere Lebenskraft gezeigt, als der Befreiungskampf des oberösterr. Landvolkes gegen die unwürdige Bevormundung durch die klerikale Partei." Am Tage vorher hatte die „Wiener Allg. Ztg." (Nr. 1615) ähnlich sich geäußert.

. Der Verein hat sich vollständig der liberalen Partei
geben.

Die deutsch = liberale Partei hielt an diesem Tage
. Juni) eine förmliche politische Volksmission in Wels.
mittags wurden die Bauern bekehrt, Abends die Bürger
andern Tages die der Frauengruppe des deutschen
ulvereins angehörenden Frauen und Mädchen (durch den
mann Dr. Weitlof). Die liberalen Bauern ließen ihre
holischen Standesgenossen ungestört „katholisches Rind=
h" beschimpfen, die liberalen Bürger demonstrirten durch
en Obmann Dr. Benak für — Giordano Bruno, den der
minister Bonghi „den gemeinsten und schmutzigsten unter
en gemeinsten und schmutzigsten Schriftstellern seiner Zeit"
genannt hat. Wie man sieht, der Haß gegen die katholische
Kirche vereinigte Bürger und Bauern. Da hatte Dr. Weitlof
freilich gut von der Nothwendigkeit des Zusammenstehens
von Bürgern und Bauern reden und konnte leicht voll Lob
für die „liberalen" Bauern auf die conservative Bauern=
schaft schmähen, als ob sie „in das Büßerhemd gekleidet,
an einem Stricke (vom Klerus) gegängelt würde"; schließlich
wurde „zur Sache des Deutschthums und der Freiheit" ge=
schworen. Diese Phrase beherrscht jetzt den Bauernverein
gerade so wie früher das Schlagwort „weder klerikal noch
liberal" — die politische Heuchelei, die früher getrieben
wurde, hat eine andere Nummer erhalten, weiter ist nichts
verändert. Die Landtagswahlen des nächsten Jahres, für
welche all dieser Eifer gilt, werden ebenso auch erweisen,
daß die liberale Bauernschaft des Landes an Macht und
Einfluß nichts gewonnen, sondern eher verloren hat.

Nicht umsonst ist der Bauernbewegung in Oberösterreich
in diesen Zeilen so viel Aufmerksamkeit geschenkt worden; sie
ist geradezu typisch für die Bewegung in den deutschen
Alpenländern überhaupt, wie sich auch dieselbe thatsächlich
von Oberösterreich aus in die anderen Kronländer ver=
pflanzt hat.

Zunächst wurde Salzburg in die Bewegung hinei
gezogen. Das Verdienst, in Salzburg einen liberalen Bauer-
verein gegründet zu haben, der wie jener in Oberösterrei
„weder klerikal noch liberal“ sein wollte, gebührt Kirchmai
Später gerieth auch der Salzburger Verein unter die Lei
ung des Georg Schönerer, der demselben seine deutschnatio
nalen und antisemitischen Ziele nahe legte. Da indeß de
Salzburger Bauernverein zu jeder Zeit nur ein Anhängs
des oberösterreichischen war und durchaus keine Selbständig
keit entwickelte, wie er niemals besonderen Einfluß gewann
so wurde von ihm auch die neueste Schwenkung des ober
österreichischen Vereins ins liberale Lager mitgemacht. Be
einer Versammlung, die am 30. Juni 1889 in Fischweng
abgehalten wurde, ermunterten die Obmänner des oberöster
reichischen und des salzburgischen Bauernvereins zu gemein
samem Vorgehen beider Vereine. Der Rest war Schimpfen
gegen den katholischen Klerus, der Religion und Politik ver-
quicke, Protest gegen die confessionelle Schule und Lobhude-
leien auf Kudlich, den liberalen Bauerngötzen. Der wackere
katholische Volksverein für das Herzogthum Salzburg ent-
wickelt eine ganz andere segensreiche Thätigkeit.

Ueber Salzburg suchte schon Kirchmair 1881 nach Tyrol
einzudringen, indem er in der hochliberalen Grenzstadt Kuf-
stein eine Versammlung zur Gründung eines weder klerikalen
noch liberalen Tyroler Bauernvereines veranstaltete. Da-
mals erwies sich indessen der Boden allzu ungünstig und
Kirchmair mußte unverrichteter Dinge wieder heimkehren. Was
Kirchmair in Tyrol nicht zu Stande gebracht hatte, gelang
später Schönerer, der im Jahre 1887 (18. Sept.) in Inns-
bruck einen Tyroler Bauernverein gründete. Diese Gründ-
ung vollzog sich in ganz eigenthümlicher Weise, indem die
Einladungen hiezu auf geheimem Wege, durch die Post er-
folgten, so daß die Sache nahezu mit Ausschluß der Oeffent-
lichkeit, insbesondere mit Ausschluß der Tyroler Bauern vor
sich gegangen wäre, wenn nicht zufällig einige kernfeste Bauern

darauf bestanden hätten, der Gründung eines Tyroler Bauernvereins auch ohne Einladung anwohnen zu können. Die Versammlung leitete Schönerer selbst, obwohl er nach den Statuten, wie er sie für den Verein ausgearbeitet hatte und wie sie angenommen wurden, nichteinmal Mitglied des Vereins sein könnte. Nach diesen Statuten erscheint als Zweck des Vereins die Förderung der Interessen des Bauernstandes nach jeder Richtung, insbesondere die Stärkung des deutschen Stammesbewußtseins, sowie die Besprechung nationaler, politischer und wirthschaftlicher Fragen; dem Vereine kann als Mitglied jeder unbescholtene, eigenberechtigte Mann beitreten, der, sei es nun in Städten, Märkten oder auf dem Lande, zugleich Grundbesitzer ist und nicht dem Stande der Advokaten, Beamten, des Adels, der Geistlichkeit, was immer für einer Confession, angehört. Die Mehrzahl der Theilnehmer an der Versammlung stellte Schönerers Leibgarde, die Burschenschaft Suevia, mit der eine große Anzahl von Parteigenossen Schönerers aus nichtbäuerlichen Berufskreisen erschienen; zum Worte gelangten lediglich Schönerer selbst und die Obmänner der Bauernvereine aus Oberösterreich, Salzburg und Steyermark, die mit ihm gekommen waren, also lauter Nichttyroler. Als Tyroler Bauern das Wort verlangten, insbesondere deßhalb, weil durch ein verlesenes „Begrüßungs-Telegramm" der Tyroler Adler und das Tyroler Volk verhöhnt worden war, wurde ihnen dasselbe verweigert. Dieß hatte zur Folge, daß Schönerer mit seinen Anhängern das Versammlungslokal verlassen mußte und in ein Gasthauszimmer sich zurückzog, wo Beitrittserklärungen angenommen wurden. Seitdem existirt der Tyroler Bauernverein[1]), ohne

---

1) Ein Jahr vorher (Ende 1886) wurde der katholisch-politische Volksverein für Tyrol (Nordtyrol) gegründet, der unter der verdienten Leitung des Dr. Wackernell schon im Okt. 1887 über 7000 Mitglieder zählte. Nach Vorarlberg ist die bäuerliche Bewegung überhaupt nicht vorgedrungen.

sich besonders bemerkbar zu machen. Nur in Lienz im Pu-
sterthale, in Wörgl (Dezember 1888) haben neuerdings
Versuche stattgefunden, Anhänger für denselben zu werben;
auf beiden Versammlungen wurde insbesondere vor dem
Klerus gewarnt und das Schlagwort ausgegeben: „Bauern,
wählet nur Bauern!“ Man wäre indeß sehr im Irrthume,
wenn man glauben wollte, daß die Anhänger Schönerers
in Tyrol im Geheimen nicht eine ausgedehnte Thätigkeit
entwickeln würden. — Die liberale Partei fand sich mit der
Gründung eines Tyroler Bauernvereins durch Schönerer
sehr leicht ab. Eines ihrer Blätter schrieb: „Lassen wir den
unternehmenden Mann an unseren Bauern herumexperimen-
tiren, wenn es ihn freut. Reißt er sie aus der Umarmung
der Klerikalen, so ist damit nur gewonnen, denn das Letzte,
was uns freuen kann, ist doch allemal die klerikale Herr-
schaft. Gelingt ihm dies nicht, dann bleiben eben die
Bauern klerikal wie bisher und die liberale Partei verliert
nichts. Sollte aber der edle Ritter selbst klerikal werden,
so wäre die liberale Partei um ein Kind des Schreckens in
ihren eigenen Reihen ärmer und auch das ist kein Unglück.
Es ist aber zu erwarten, daß die Anhängerschaft dieser ex-
tremen, confusen und eigentlich nur auf die Vergötterung
Schönerers angelegten Partei eine so geringe werde, daß
Herr v. Schönerer seine Bemühungen kaum lange fortsetzt.“

In Kärnthen existirt schon seit längerer Zeit ein
„Kärnthner Bauernbund“, der anfänglich wenigstens
in seinen öffentlichen Versammlungen dem Grundsatze treu
blieb, daß er keiner Partei zu Nutz oder Schaden arbeiten,
sondern nur die praktischen Interessen des Bauernstandes
fördern wolle. Jemehr indessen der Liberalismus obenauf
kam, desto weniger wurde dieser Grundsatz beobachtet und
schließlich ging die Vereinsleitung so weit, noch dafür zu
zahlen, daß Hetzer von Profession im Vereine das große
Wort führten und insbesondere gegen den Adel offen auf-
traten. Wie weit diese Richtung zu gehen wagte, zeigt die

tsache, daß ein Redner bei einer Auseinandersetzung das Jagdrecht unserer Tage der Versammlung das chen vorerzählte, ein Adeliger habe, um sich bei der d die Füße zu wärmen, einen Bauern erschossen, ihm Bauch aufgeschlitzt und seine Füße in die warmen Eineide hineingesteckt. Die kärnthnerischen Bauern dürften n diese Hetzer um so vorsichtiger sein, als die Dienstverhältnisse in diesem Lande ganz unglückliche sind. d kam es im „Kärnthner Bauernbund" noch besser, inderselbe ganz in liberales Fahrwasser einlenkte. Kärnn ist ja jenes österreichische Kronland, in welchem der ralismus ganz unbeschränkt herrscht; dafür zahlt es aber h die höchsten Landesumlagen. Auf der Jahresversammlung in St. Veit (29. April 1888) zählte der „Bund" 51 Mitglieder und verkündete als sein Ziel „die Einigung aller Bauern Deutschösterreichs". Dabei wurde gegen den Klerus, gegen die Jesuiten und die confessionelle Schule gewettert. Die Palme errang der Werksbeamte Smutny aus Treibach, der „gegen adelige und geistliche Herrschsucht" loszog, die Aufhebung des Cölibats empfahl und seine ganze Rohheit neben anderen Gemeinheiten in den Worten hervortreten ließ, daß „jede faule Dirne trachte, sobald als möglich auch gebenedeit zu werden unter den Weibern." Auf der dießjährigen Jahresversammlung in Arnoldstein (12. Mai 1889) wurde der Protest gegen die confessionelle Schule erneuert und eine Lanze für die Freitheilbarkeit der bäuerlichen Güter eingelegt; der katholische Klerus bekam dabei wieder sein vollgerütteltes Maß von Schmähungen.

Bei den besonderen Verhältnissen in Kärnthen — dem klassischen Lande der Branntweinpest — hat der katholische Volksverein dort gegen den „Bund" einen schweren Stand.

(Ein dritter Artikel folgt.)

XX.

Die Anfänge der Bettelorden in der Diöcese Passau.

Das 12. allgemeine Concil, das IV. lateranische, welches unter Papst Innocenz III. am 11. November 1215, am Martinsfeste, eröffnet und am 30. November, nachdem nur drei Sitzungen stattgefunden hatten, bereits wieder geschlossen wurde, hatte in Kanon 13 folgende Bestimmung getroffen: „Damit nicht allzu große Verschiedenheit der Orden Verwirrung in der Kirche veranlasse, verordnen wir, daß künftig Niemand mehr einen neuen Orden ersinnen darf. Wer Mönch werden oder ein neues Kloster gründen will, muß in einen bereits approbirten Orden treten oder eine schon genehmigte Regel annehmen".

Dem Concile hatte auch der heilige Dominikus angewohnt. Der Heilige war schon im Jahre 1206 in Begleitung seines Bischofs Diego von Osma in Rom. Auf der Heimreise traf er damals mit den päpstlichen Legaten und den südfranzösischen Bischöfen in Montpellier zusammen, wo eben eine Synode stattfand, um über die Mittel zur Bekehrung der Albigenser zu berathen. Bischof Diego und sein Begleiter ersahen bald, daß die bisherigen Missionen schon an dem äußeren Erscheinen der Prediger scheitern mußten. Die Häretiker wollten die apostolische Armuth wieder herstellen und rühmten sich ihrer Einfachheit und Bedürfnißlosigkeit. Sie spotteten über die Reiter (equites), welche

Christus, den armen Fußwanderer, predigen wollten. Bischof Diego entließ all' sein Gefolge, Ritter und Dienerschaft, und begann mit Dominikus in möglichster Einfachheit die Mission. Bald folgten ihnen andere Missionäre, im Gewande der Armuth und mit bloßen Füßen. Allein auch dieses Beispiel der Entsagung wirkte wenig auf die Häretiker, nachdem sonst in die Kirche nur allzuviel Prunk, Reichthum und Luxus eingedrungen waren. Der hl. Dominikus sah dieses wohl ein und dachte daran, das arme Leben Christi in einem eigenen Orden darzustellen, welcher der Predigt und der Mission sich widmen sollte. Und die Predigt sollte nicht bloß durch Worte, sondern auch durch das Beispiel der Entsagung wirken. Vorläufig trennte er sich von seinem Bischofe Diego, und gründete in Prouille bei Fanjaux mitten im Lande der Albigenser ein Erziehungshaus für Töchter armer Landedelleute. Später gründete er in der Stadt Toulouse eine Art Predigerkloster, und Erzbischof Fulko von Toulouse nahm ihn mit nach Rom zum Laterankoncil, um dem Papste Innocenz III. den Plan eines Predigerordens vorzulegen. Innocenz aber gab ihm den Befehl, eine bereits bestehende Ordensregel zu wählen. Dominikus nahm vorerst mit seinen Genossen die Regel der Augustinerchorherren mit Zusätzen des hl. Norbert an.

Allein die damalige Gestaltung der socialen Verhältnisse und die Bedürfnisse der Kirche nöthigten den Nachfolger Innocenz III., den 13. Kanon des 12. allgemeinen Concils außer Acht zu lassen und wenige Jahre nach dem Concile die Orden der Prediger (Dominikaner) und der minderen Brüder (Franziskaner) zu bestätigen. Beide Orden eroberten im Fluge die Welt und gaben der inneren kirchlichen Entwicklung der letzten Jahrhunderte des Mittelalters das eigenthümliche Gepräge.

Seit der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts stieg der Bodenwerth, die Arbeit wurde mehr begehrt und besser bezahlt, der Wohlstand steigerte sich, der Luxus entfaltete sich.

Mit dem leichteren Erwerbe wuchs die Habsucht und spottete nicht bloß der sittlichen Anforderungen des Christenthums, sondern auch der rechtlichen Schranken des weltlichen Gesetzes. Uebervortheilung in den Städten, Raub und Plünderung auf dem flachen Lande nahmen überhand. Rohheit und Gewaltthat triumphirten, der Wehrlose war allzu häufig auch rechtlos. Die Wildheit und Unbändigkeit drangen durch den gewaltthätigen Adel auch in kirchliche Kreise ein, indem der Reichthum der Kirche viele Adelige anlockte, welche an nichts weniger dachten, als Väter der Armen, Helfer und Tröster der Unterdrückten zu sein. Unter solchen Verhältnissen fanden Sektirer, welche unter dem Schilde apostolischer Armuth sich einführten, leichten Anhang. Mit Beginn des 13. Jahrhunderts tauchen überall starke Sekten auf, namentlich auch in der Passauer Diöcese, wie dies schon Papst Innocenz III. in einem Briefe an Bischof Manegold[1]) beklagte und damit auch die Errichtung eines neuen Bisthums in Wien befürwortete.

Die Dominikaner und Franziskaner suchten das arme Leben Christi in ihren Orden nachzuahmen innerhalb der Kirche und auf dem Grunde des Evangeliums. Sie arbeiteten damit nicht blos am nachhaltigsten der Häresie entgegen, sie gewannen auch rasch das vollste Vertrauen der Gläubigen. Die ärmere Bevölkerung drängte sich um die Predigtstühle der „Brüder", deren Armuth und Bedürfnißlosigkeit sie theilte. Die Reichen benutzten alsbald die Mitglieder der Bettelorden, um das Almosen durch die Hände der Brüder den Armen zu spenden. Auf diese Weise wurden die Brüder der Bettelorden die Vertrauensmänner der Reichen wie der Armen. Namentlich in den Städten und Märkten wurden die Bettelorden hoch geschätzt, wurde ihr Rath viel begehrt, ihre Vermittlung bei Streitigkeiten gesucht.

Sehr rasch breiteten sich die Dominikaner und Franzis-

1) Mon. Boic. 28^2, 274.

.. in der Diöcese Passau und zwar im östlichen Theile
..lben aus. Von Wien aus ging der Weg ihrer Verbreit-
.. Die Dominikanerklöster in Wien und Chrems errangen
..ald einen so mächtigen Einfluß, daß Bischof Rudiger
..glieder derselben zu seinen Vertretern an der päpstlichen
..ie wählte und daß Papst Innocenz IV. umgekehrt sie
.. Ausführung seiner Mandate gegen den Bischof benützte.[1])
Noch einflußreicher wurden die Franziskaner oder „min-
..n Brüder", wie sie damals hießen. Schon im Jahr 1235
..nen päpstliche Schreiben eine vollständig organisirte öster-
..ische Ordensprovinz [2]), so daß die Begründung der ersten
..ensniederlassungen noch ein Jahrzehnt früher zu datiren
.. dürfte. Ihre älteste Niederlassung war in Wien. Man
..rf sich nach Frieß ihre ursprünglichen Klöster nur als sehr
..nfach vorstellen. „Nichts als eine Scheune, ein leer stehen-
..des Haus, zumeist außerhalb der Stadtmauer, eine einfache
..hmucklose Kapelle mit den einfachsten kirchlichen Geräth-
..haften bildeten überall ihre ersten Wohnstätten." Erst im
..ahre 1247 begannen die Minoriten in Wien den Bau von
..losteer und Kirche für dauernde Zwecke. Papst Innocenz IV.
..erlieh durch Bulle von Lyon 15. Mai 1247 allen denjeni-
..gen, welche den Bau der Minoriten unterstützten, einen Ab-
..laß.[3]) Daran reihten sich in rascher Folge die Klostergrün-
..dungen in Stein an der Donau, Linz, Wiener-Neustadt,
..Wels, Tulln, Laa, Hainburg und Enns. Nach der Mitte
..des 13. Jahrhunderts konnte Abt Friedrich von Garsten
..schon den Bestand von mindestens sieben Minoritenklöstern

---

[1]) Vgl. Höfler, Albert Beham, S. 97, Nr. 14 und 15, S. 176, Nr. 340.

[2]) Vgl. Frieß: Geschichte der österreichischen Minoritenprovinz (Archiv für österreichische Geschichte, 62. Bd. S. 176—177, Nr. II u. III).

[3]) Frieß, S. 91 u. 182: ecclesiam cum aliis aedificiis, suis usibus opportunis coeperunt construere.

in der Passauer Diöcese constatiren.[1]) In Passau selb suchten sie frühzeitig eine Niederlassung zu gewinnen, ab vergeblich, indem Bischof Rudiger seine Zustimmung ve weigerte. Um diesen Widerstand zu brechen, wandten si die Minoriten um Hilfe an Papst Innocenz IV. Aus de Klage, welche der Landmeister der österreichischen Minoriter provinz, Bartholomäus, an den päpstlichen Stuhl bracht ist zu entnehmen, daß Passauer Bürger die Gründung ein Minoritenklosters aufs angelegentlichste betrieben und sic verpflichtet haben, Baugründe abzutreten und eine Kloster kirche zu bauen, daß aber die Einwilligung des Bischofs nich zu erlangen war. Papst Innocenz wies unterm 23. Ma 1247 von Lyon aus den Erzbischof von Salzburg an, zu erwirken, daß der Bischof die Bewilligung ertheile.[2]) Trotz dem dürfte die Gründung eines Klosters in Passau selbs nicht zu Stande gekommen sein. Man darf dieß wohl dar aus schließen, daß Rudigers zweiter Nachfolger, Bischof Otto, den Minoriten in Regensburg die Erlaubniß ertheilte, in der Passauer Diöcese zu predigen und Beicht zu hören[3]), eine Indulgenz, welche wohl überflüssig gewesen wäre, *wenn* in Passau selbst ein Kloster bestanden hätte. Auch ist urkundlich ein Franziskanerkloster in Passau erst im 16. Jahrhundert nachweisbar.[4]) Die Einweihung der Minoritenkirche in Wien, deren Bau 1247 begonnen wurde, durch Bischof Berthold im Jahre 1251, ist urkundlich erhalten. Die Kirche wurde zu Ehren des hl. Kreuzes geweiht und für die

---

1) Baumgartner, Formelbuch (Font. rerum austr. II, XXV, 351): quod in sola pataviensi dioecesi in septem locis aut pluribus sub tanta habendi penuria residet vester ordo. Friedrich war von 1262—1282 Abt in Garsten und war unter den fortwährenden Kämpfen um das babenbergische Erbe zu Verpfändungen von Klostergütern genöthigt.

2) Frieß, S. 183, Nr. 10.

3) Mon. B. 29[2], 203.

4) Erbaut durch Bischof Urban. Hansiz, I, 639.

Besucher derselben an den beiden Kreuzfesten (Auffindung 3. Mai und Erhöhung 14. September) ein vollkommener Ablaß ertheilt.[1])

Nicht bloß Bischof Rudiger war den Minoriten abhold, auch Herzog Friedrich der Streitbare von Oesterreich verfolgte sie mit seinem Hasse. Bei Beiden dürften politische Motive in erster Linie für die feindselige Haltung maßgebend gewesen sein. Die Ordensbrüder gewannen rasch die Gunst des unbändigen und habsüchtigen Adels, welcher schon lange mit scheelen Augen auf das ausgedehnte Kirchengut blickte und nicht selten unter den nichtigsten Vorwänden kirchliche Besitzungen überfiel und davon sich aneignete, was zu erreichen war. Der Adel war aber nicht blos den Kirchenfürsten gefährlich, er empörte sich nicht selten auch gegen die Landesfürsten. Herzog Friedrich hatte gleich bei Beginn seiner Regierung (1230) einen schweren Kampf mit dem mächtigen Geschlechte der Kuenringer und seinem zahlreichen Anhange zu bestehen. Gerade die Kuenringer aber waren besondere Gönner der Minoriten.[2]) Kein Wunder, wenn der Herzog die Brüder mit Mißtrauen betrachtete. Dazu kam, daß den Dominikanern und Franziskanern der Vorwurf gemacht wurde, daß sie das Beichtgeheimniß mißachtet und in den Predigten zu Anspielungen mißbraucht hätten. Der Herzog sah sich dadurch persönlich verletzt. Papst Gregor IX., ein besonderer Gönner der Bettelorden, wandte sich in einem Schreiben[3]) an Herzog Friedrich, um die Vorwürfe wegen Verletzung des Beichtgeheimnisses zu entkräften, den Schutz der Ordenspersonen ihm zu empfehlen und ihn in dieser Beziehung auf das Vorbild seines Vaters, Leopold des Glorreichen, zu verweisen.

---

1) Frieß, S. 187, Nr. 17.
2) Vgl. Adolf Ficker: Herzog Friedrich II., S. 14 ff. und Frieß, S. 133.
3) Datirt von Reate, 29. Juli 1234, bei Frieß, S. 175, Nr. 1.

Ganz anders wurden die Verhältnisse nach dem Tod des Herzogs Friedrich und nach der Absetzung des Bischof Rudiger. Bischof Berthold ertheilte den Minoriten durch Urkunde vom 22. Juni 1251 in Wien die Ermächtigung in allen Kirchen der Diöcese Passau Beicht zu hören und an bestimmten Hauptfesten allen denjenigen, welche ihre Predigten besuchten, vollkommenen Ablaß zu ertheilen.[1] Von Seiten des päpstlichen Stuhles aber wurden den Minoriten die ausgedehntesten Privilegien ertheilt, wovon die Aktensammlung des Bischofs Otto (von Lonstorf) aus den Jahren 1243—1258 eine Zusammenstellung enthält.[2] Werthvolle Privilegien erhielten die Minoriten im Jahre 1253 von dem päpstlichen Legaten Propst Conrad von St. Guido zu Speyer gelegentlich seines Aufenthaltes in Wien. Die Minoriten durften nicht blos in ihren Klosterkirchen, sondern in allen Kirchen predigen und Beicht hören. Sie erhielten die Vollmacht, in allen bischöflichen Reservatfällen zu absolviren, und erlangten das wichtige Privilegium, daß Jedermann frei in den Klosterkirchen seine Begräbnißstätte sich wählen durfte. Alle Verfügungen der Bischöfe, welche diese Vorrechte beeinträchtigten, wurden für nichtig und ungiltig erklärt.[3]

Zu diesen Vorrechten gesellte sich die Gewohnheit des mächtigen Adels, in den Schloßkapellen sich Gottesdienst durch Minoritenpriester halten zu lassen. Diese hatten das päpstliche Privilegium, auch in Gegenden, welche mit dem Interdikt belegt waren, Messe lesen zu dürfen. Mächtige Adelige wählten sich Ordenspriester als Beichtväter, eine

1) Frieß, S. 187, Nr. 16.

2) Mon. Boic. 29², 7—8. Kein Bischof durfte ihre Klöster visitiren, ihnen Befehle ertheilen oder in ihren Verrichtungen sie behindern. Sie standen ausschließlich unter dem päpstlichen Stuhle und waren von allen päpstlichen und weltlichen Abgaben befreit. Vgl. Frieß, S. 127.

3) Frieß, S. 187, Nr. 18.

Uebung, welche von den Päpsten besonders begünstigt wurde.[1]) Fast alle vornehmen Familien wählten sich in einem benachbarten Minoritenkloster die Grabstätte und dotirten die Klosterkirchen mit reichen Stiftungen für die Seelen derjenigen, welche dort ihre letzte Ruhestätte fanden.[2]) Von den Legaten, welche die Brüder erhielten, durften keine Abgaben erhoben werden; ihre Besitzungen wurden von der Zehentpflicht befreit.[3])

Im öffentlichen Leben fiel den Minoritenbrüdern alsbald die führende Rolle zu. Sie erscheinen schon bei ihrem ersten Auftreten als Kreuz- und Ablaß-Prediger; der päpstliche Stuhl benützte sie mit Vorliebe zu Legationsgeschäften, namentlich dann, wenn Collekten für die päpstliche Curie damit verbunden waren, weßhalb schon der bekannte Matthäus Parisius dem Papste Innocenz IV. den Vorwurf machte, die Minoriten aus Menschenfischern zu Goldfischern gemacht zu haben.[4]) Mit Vorliebe wurden Dominikaner und Minoriten als Inquisitoren gegen die Ketzer gewählt. In Streitigkeiten erscheinen sie häufig als Schiedsrichter, und in ihren Klöstern werden nicht selten Verträge vereinbart und Rechtsgeschäfte beurkundet.[5])

Diese ganz besonders privilegirte Stellung der Bettelorden rief eine mächtige Rivalität der älteren Orden und eine lebhafte Abneigung des weltlichen Klerus hervor. Das Volk strömte der zahlreichen Ablässe wegen in die Minoritenkirchen; der Adel bevorzugte die Ordenspriester wegen der vielen Vollmachten als Beichtväter; das Begräbniß bei den

---

1) Frieß, S. 184, Nr. 11 u. 12.

2) Urkundliche Belege bei Frieß, S. 143.

3) Belege Mon. B. 29[2], 8.

4) Innocenz IV. hatte am 12. Januar 1242 den Minoritenprovinzial von Oesterreich ausdrücklich von der entgegenstehenden Ordensregel dispensirt. Frieß, S. 129 u. 181, Nr. 8.

5) Frieß, S. 137 ff.



Brüdern wurde mit Vorliebe angestrebt. Es war dabe nicht zu verwundern, wenn der Weltklerus über Uebergriff in die Seelsorge und über Eingriffe in die pfarrlichen Ein nahmen klagte. Schon im Jahre 1231 kamen Beschwerde an den päpstlichen Stuhl, daß Pfarrer verlangten, die Or denspriester sollten Gottesdienst nur in den Pfarrkirche feiern und einen Theil der anfallenden Opfer den Pfarreien abliefern. Andere forderten von den Ordenskapellen bestimmte Abgaben an die Pfarrkirchen. In der Bulle: Nimis iniqua vicissitudine, verbot Papst Gregor IX. solche Forderungen und beauftragte die Erzbischöfe von Köln und Mainz, sowie den Bischof von Würzburg, zu wachen, daß Niemand die Minoriten hindere, in ihren Kirchen zu predigen, die Sakramente zu spenden und die Todten beizusetzen.

Mit den Minoriten- und Dominikaner-Klöstern waren theologische Schulen verbunden und der Aufschwung des Studiums von der Mitte des 13. Jahrhunderts an ist wesentlich auf diese Klosterschulen zurückzuführen. Die Ordensgeistlichen waren sich ihrer geistigen Ueberlegenheit wohl bewußt und sprachen dies nur zu häufig in einer Weise aus, daß der Weltklerus bei den Laien in Verachtung gerieth. Abt Friedrich von Garsten hob diesen Hochmuth der Brüder mit ernstem Tadel namentlich wegen des Aergernisses bei den Laien hervor. [1])

Den Klagen gegen die Brüder schloß sich kein Geringerer an, als der berühmte Bischof Bruno von Olmütz, aus dem Geschlechte der Grafen von Oldenburg. In seiner für die Berathungen des Concils von Lyon bestimmten Denkschrift [2]) an Papst Gregor X. führte der Bischof aus, daß der pfarrliche Gottesdienst durch die Dominikaner und Minoriten

---

1) l. c. S. 349: parum videretur, si latens destructio tamquam anguis non carperet in auribus laicorum.

2) Relatio episcopi Brunonis Olomuc., herausgegeben zuerst von Höfler: Sitzungsberichte der Münchener Akademie 1846, S. 28.

schwer beeinträchtigt sei. Das Volk ziehe die schnellen Messen der Mönche dem Pfarrgottesdienste vor; die gesammte Seelsorge, Beicht und Predigt, Krankenbesuch und selbst Beerdigung gehe auf die Klöster über. Die Stiftungen fallen ihnen zu. Die großen Ablässe ziehen immer mehr Volk an. Bischof Bruno machte den Vorschlag, die Zahl der Klöster einzuschränken und die Errichtung neuer Ordensniederlassungen von der Zustimmung des Diöcesanbischofs abhängig zu machen, die Bestimmung der Ordensprediger dem Bischofe zu überlassen, die Auferlegung von Bußen den Brüdern ganz zu entziehen. Die Strömung war gegen diese einschränkenden Vorschläge des Bischofs. Der Einfluß der Minoriten und Dominikaner war so groß, daß Bischof Bruno den Papst um Geheimhaltung der Denkschrift bitten zu sollen glaubte. Das Concil von Lyon und Papst Gregor X. gingen über die Olmützer Vorschläge zur Tagesordnung über. Unter Papst Martin IV. wurden die Privilegien der Minoriten und Dominikaner durch die im Jahre 1282 erlassene Constitution ad fructus uberes neu bestätigt und vermehrt. Ein Jahr zuvor war es in Wien zwischen dem Pfarrklerus und zwischen den erwähnten Orden zu heftigen Auseinandersetzungen in den Kirchen gekommen, bis der päpstliche Stuhl dem Aergerniß steuerte. Bald da, bald dort erneuerten sich Ausbrüche der Feindseligkeit, welche erst in den Stürmen der Reformation begraben wurden. Die neue Zeit brachte andere Aufgaben.

Bemerkenswerth erscheint, daß der Vorgänger des Bischofs Bruno von Olmütz, Bischof Robert (ein Engländer) die Stigmatisirung des hl. Franziskus bekämpft und verboten hatte, daß in den Kirchen der Olmützer Diöcese Bilder des Heiligen mit den Wundmalen des Herrn angebracht würden.[1]) Die Angelegenheit kam im Jahre 1237 zur Kenntniß des

---

[1]) Boczek: cod. dipl. Morav. II, 322.

Papstes Gregor IX., welcher den Bischof zurechtwies un ihm Widerruf und Buße zudiktirte. Ein ähnlicher Fall e eignete sich im Jahre 1260 in Wien. Ein Dominikan predigt e, daß die heilige Clara nicht zu den Heiligen gehö und daß die päpstliche Heiligsprechung nur eine irrthümlic gewesen sein könne. Unterm 3. Juni 1260 befahl Pap Alexander IV., daß der Dominikaner sofort die Predigt wide rufe und dann nach Rom geschickt werde, um dort der ge bührenden Strafe entgegenzusehen.[1])

Clarissenklöster, Töchter der hl. Clara, existirten damals (um 1260) in der Passauer Diöcese noch nicht. Da älteste Kloster der hl. Clara wurde erst 1289 zu Dürren stein an der Donau von dem reichen Leutold I. von Kuen ring unterhalb der Stammburg seines Hauses gegründet. Daran reihte sich St. Clara in Wien, um 1305 gegründet.[2])

Um die Mitte des 13. Jahrhunderts bestand die öster reichische Ordensprovinz der Minoriten nur aus zwei Custo dien: der österreichischen und der steyerischen. Die ersten u r k u n d l i c h nachweisbaren Provincialcapitel waren 1241 in Graz, 1257 in Judenburg. Von Vorständen kennen wir den Bruder Hartpennus zuerst als Custoden (1258), später als Landmeister (minister provincialis) von Oesterreich (1273).[3]) Neben den Custoden hatten die Lektoren einen wichtigen Be ruf. Sie hatten die Ordenscandidaten in das Studium der Theologie einzuführen. Die ersten urkundlich nachweisbaren Lektoren sind Bruder Marquard in Graz und Bartholomäus in Brünn (1257 und 1258).[4])

---

1) Frieß 194, Nr. 31: pollutis labiis praesumpserit exprimere, sanctam Claram Sanctorum non esse aggregatam collegio et apostolicae Sedis judicium in ascriptione praedicta erroneum extitisse.

2) Frieß, S. 117—18.

3) Frieß, S. 120 ff.

4) Frieß, S. 137 u. 138.

Als die Augustiner-Eremiten um die Mitte des 13. Jahrhunderts eine den Minoriten ähnliche Ordenstracht anzunehmen versuchten, verbot dieß 1256 Papst Alexander IV. ausdrücklich, damit den Almosensammlern der Minoriten daraus kein Nachtheil entstehe.[1]) Im gleichen Jahre (29. Juli 1256, dat. Anagni) gebot Papst Alexander allen Erzbischöfen, Bischöfen und Aebten von Oesterreich, Mähren, Steyermark und Kärnthen, Belästigungen der Minoriten zu unterlassen und von ihren Untergebenen solche Belästigungen in keiner Weise zu dulden.[2]) Im folgenden Jahre sah sich der Papst genöthigt (2. Februar 1257, dat. Lateran), den nämlichen Erzbischöfen und Bischöfen, Aebten und Kirchenvorständen zu verbieten, daß unter dem Vorwande des kanonischen Antheils von den Sammlungen der Minoriten die Hälfte, ein Drittel oder Viertel erpreßt werde.[3])

Und so war der Minoritenorden der Gegenstand bald der höchsten Auszeichnung, bald der bittersten Anfeindung. Die Einen sahen in den neuen Orden der Minoriten und Dominikaner die Elemente zur Reform der Kirche und drückten darüber ihre höchste Freude aus; die Andern erblickten in ihnen ein Ferment der Auflösung und brachen in die bittersten Klagen aus. Und beide schienen, wenn man das einseitige Lob oder den einseitigen Tadel hörte, Recht zu haben. Mit Recht bewunderten ja die Einen die göttliche Kraft der heroischen Tugend, welche Alles verließ, um Gott allein zu dienen, welche sich so tief demüthigte, daß sie selbst das tägliche Brod als Almosen erbat, während die großartigen Verdienste für Beicht und Seelsorge, für Unterricht und Pre-

---

1) ibid. S. 122.

2) ut a gravaminibus fratrum Minorum penitus desistant, subditos suos ab iis arctius compescendo. Frieß, S. 191, Nr. 23.

3) ibid. Nr. 24: ne mediam, tertiam aut quartam de bonis fratrum Minorum partem extorquere portionis canonicae praetextu praesumant.

digt den gerechten Anspruch auf Entlohnung hatten. Anderseits war es eine ganz neue Erscheinung, daß die Bettelorden nicht bloß außerhalb der Pfarrgemeinde, sondern auch außerhalb der bischöflichen Jurisdiktion stehend, nur ihren eigenen Ordensoberen gehorchend, direkt dem päpstlichen Stuhle untergeordnet waren und doch so vielfach in das Leben[1]) der Pfarrgemeinden in Predigt und Beichtstuhl und in den kirchlichen Verwaltungsorganismus als Kreuz- und Ablaßprediger, als Ketzerinquisitoren, als päpstliche Collektoren, als päpstliche Legaten mit den ausgedehntesten Vollmachten eingriffen. Welch große Rolle spielte z. B. der Minoritenbruder Velasco gerade als päpstlicher Legat in Oesterreich, als König Ottokar das österreichisch-steyermärkische Erbe der Babenberger antrat! Und welchen Einfluß entfalteten sie zur Begründung der habsburgischen Dynastie in Oesterreich![2])

Man muß diese Gegensätze wohl beherzigen, wenn man hier die Liebe und das Lob, dort die Abneigung und den Tadel verstehen will, welche die Bettelorden bei ihrem ersten Auftreten in Oesterreich, speciell im österreichischen Theile der Passauer Diöcese fanden.

München. Dr. R.

---

1) So klagte Abt Friedrich von Garsten: in messem alienam falcem mittentes, cum antiqua vestra paupertas, humilitas et devotio plus decerent, quam si quottidie in civitatibus et urbibus poneretis undique sedes vestras. l. c. p. 350.

2) Vgl. Frieß, S. 133, 139.

XXI.

Michael Veresmarti.

Ein ungarischer Convertit aus dem 17. Jahrhundert.

Die neuere Geschichte von Ungarn ist reich an interessanten Episoden. Die sogenannte Reformation hat auch hier alles Bestehende umgestürzt und sich die an zwei Jahrhunderte dauernde Türkennoth trefflich zu Nutzen gemacht. Im trüben Gewässer der politischen Wirren war gut fischen. Es fehlt bisher in der magyarischen Literatur ein Werk, welches die Geschichte der Reformation in Ungarn umfassend behandelt; doch mangelt es nicht an Arbeiten, welche einzelne Momente derselben recht lehrreich darstellen. Hieher zählt ein Buch unter dem Titel: „Leben und Werke Michael Veresmarti's, eines ungarischen Schriftstellers aus dem XVII. Jahrhundert. Ein Zeitbild aus der Reformationsperiode von Arnold Ipolyi." Budapest, Verlag des St. Stefansvereins, 1875.

Der selige hochwürdigste Verfasser (Ipolyi war Bischof von Großwardein) behandelt das Leben und die literarische Thätigkeit Veresmarti's (spr. Wereschmarti) im Rahmen der Zeitgeschichte und bietet eine große Zahl überraschender Details aus jener Periode, in welcher Veresmarti als calvinischer Prediger, dann als katholischer Priester und Canonicus lebte und wirkte.

Er folgt in seiner Arbeit der Autobiographie Veresmarti's,

welche dieser unter der Aufschrift: „Megtérésem historiája (Geschichte meiner Bekehrung) in seinem späten Alter au seinen Aufzeichnungen und Erinnerungen zusammenstellte. W wollen es versuchen, am Faden des ungarisch geschriebene Ipolyi'schen Werkes die Lebensschicksale Veresmarti's kurz z schildern. Wo in Folgendem Veresmarti als redend angeführ wird, geschieht es nach seiner eigenen Darstellung.

Geboren 1572 im Baranyaer Comitate als Kind ca vinischer Eltern (sein Vater dürfte der calvinische Superintende Elias Veresmarti gewesen sein), „wuchs ich im festen Ca vinismus heran". Mit Thränen der Rührung sang der ti religiöse Knabe beim Gottesdienste die Psalmen. Alle Vo urtheile der Neuerer wurden seiner Brust eingeimpft. „E grenzt an's Wunderbare, wie überaus hart ich in meine Religion und welch' ein Teufelsmensch ich gegen die katholisch Religion war. Denn auf das hin, was ich von Predigern Schulmeistern und anderen Menschen über die Papisten hörte meinte ich, könnte es kein verworfeneres Volk auf Erden gebe als die Papisten. Und so konnte kein altes Weib an eine katholischen Kirchenthüre vor mir ruhig beten."

Durch die Reformation waren die Herzen in zwei, ja mehrere Lager getheilt und darnach war das öffentliche Leben Kampf, Verfolgung, Unterdrückung. Der feurige Veresmarti war so gestimmt, daß, „wenn es mir nach Wunsch gelungen wäre, ich in der Wuth dem Saul nichts nachgegeben hätte". Seine Heimath war ganz in Händen der Türken, die den Protestanten den Katholiken gegenüber stets Vorschub leisteten. Der Apostel der Calviner in jenen Gegenden war Michael Sztáray, der in Padua gebildet, in allen Wissenschaften wohl bewandert, offen und geheim, mit Gewalt und List an der Ausbreitung der calvinischen Lehre thätig war. Er zog das Volk auf seine Seite und organisirte einen Vernichtungskrieg gegen den Klerus, was ihm derart gelang, daß er in poetischem Fluge sich rühmte, „die Pfaffen bis über die Donau und Theiß, ja bis über die Sauromaten und den Kaukasus hin

[..]gt zu haben". Nur im Geheimen konnten Priester noch [..]ren, wie ein Spottlied aus jener Zeit es andeutet:

> Pap van a teknönek alatta,
> Három asszony ül rajta.

[..] Pfaff steckt unter einem Trog, drei Weiber sitzen darüber.) [..]aray führte beim calvinischen Gottesdienste den Gesang [..] bearbeitete ältere Hymnen, dichtete neue; um den Pöbel [..]sseln, verfaßte er Komödien, in denen er öltriefende, glatz[..]ge, glatt rasirte Mönche und Priester als Dummköpfe [..] Betrüger auftreten läßt. So fromm und zum Herzen [..]gend Sztáray in seinen Liedern ist, so schneidend, roh, [..]lhaft wird er in seinen Komödien. Im Zauberkreise [..]es Mannes verlebte Veresmarti seine Jugend; der Geist [..]táray's beherrschte ihn später noch lange auf der Kanzel [..]d im Privatleben.

Nachdem Baranya „reformirt" war, zog Sztáray nach [..] benachbarten Tolna, wo er unter dem Beistande des [..]schas von Ofen die Reformation ebenfalls durchsetzte. Nach Tolna ging auch Veresmarti (1588) zur Fortsetzung seiner Studien. Unter seinen Lehrern erwähnt er hier Nikolaus Borégetö mit dem Beinamen „der Wittenberger" (weil er in Wittenberg studirte), „der uns beim Disputiren auf allerlei Zigeunerkniffe aufmerksam machte und darüber wohl an sechs Bogen Regeln diktirte". Uebrigens hatte Veresmarti schon [..] seiner Heimath und in Tolna Gelegenheit, öffentlichen Disputationen über Glaubenswahrheiten beizuwohnen und so praktisch zu lernen. Er erwies sich aber auch im Disputiren als einen Meister.

In der Zeit von 1590—96 finden wir Veresmarti an der damals schon blühenden höheren Schule der Calviner zu Debrezin. Den größten Eindruck auf ihn machte hier Johann Taraczk, der Professor der Kirchengeschichte. Und eben das eifrige Studium der Kirchengeschichte weckte in ihm hier die ersten Zweifel an der Wahrheit der calvinischen Lehren.

„Mein Herz entbrannte, als der Lehrer von den heilige[n] Martyrern, von Constantin, von St. Helena, von der Au[f]findung des Kreuzes, von den ersten Mönchen und Einsiedler[n], von den heiligen Vätern sprach und sie ‚heilig‘ nannte. D[a] dachte ich: Spricht er von ihnen als wahren Christen un[d] nennt er sie heilig? Und rühmt er von ihnen all die Ding[e], die rein papistisch sind? Also waren alle diese Papisten. Und sind wir die Ketzer? Wenn dem so ist, dann steht e[s] schlimm mit uns!“ Von nun an erkundigte er sich eingehende[r] über katholisches Leben; und je mehr er es that, desto leb[haf]hafter regten sich seine Zweifel.

1596 wurde er Schulmeister in Czegléd, bald darau[f] in Kecskemét, dann in Körös, wo man ihn zum Prediger wählte. Doch schon 1590 erscheint er in Irmely (heute Uerményi) im Mátyusland, wohin die Bewohner von Körös mit ihrem Prediger vor den Türken flüchteten. Irmely war wahrscheinlich durch einen der häufigen Türkenstreifzüge entvölkert, und s[o] waren die Flüchtlinge aus Niederungarn willkommene Colon[isten]isten. Also kam Veresmarti in die Gegend, wo er den Weg zur wahren Kirche betreten sollte.

Gegen den Ausgang des 16. Jahrhunderts entfalteten die Calviner in den Comitaten Preßburg und Neutra ein reges Leben. Sie hatten zwei Druckereien; ihre Prediger waren meistens im Auslande akademisch wohl geschulte, in der Controverse bewanderte Männer; unter ihren Superintendenten hielten sie jährlich auch öfters Synoden, wo die inneren Angelegenheiten verhandelt, Prediger geprüft und befähigt, öffentliche Disputationen gehalten wurden. Die ältesten und einflußreichsten adeligen Familien stunden auf ihrer Seite; so die Forgách, Balassa, Thurzó, Ungnad, Berényi, Nyári, Nádasdy, Révai, Zerdahelyi, Apponyi; und das will zur Zeit, wo es hieß: „cujus regio, illius et religio“, viel sagen.

Hingegen hatten die Katholiken hier kaum in einigen Gemeinden noch Priester. Die unter dem Primas Nikolaus Oláh (1553—1568) eingeleitete Gegenreformation wurde durch

langes Interregnum lahm gelegt. Ende des Jahrhunderts ...tet der Erzbisthumsverweser Telegdi über die ungarische ...he, daß sie am Rande des Unterganges stehe; alle Mühe, ... retten, sei umsonst; schon an der Residenz des Primas ...als Tyrnau) setzen sich die Irrlehrer fest und nehmen ...kirchen; von hier aus überschwemmen sie Städte, Dörfer ...Pußten, und es sei zu befürchten, daß man die katholische ...gion bald nicht mehr dem Namen nach kennen werde.

Daß unter solchen Verhältnissen die Prädikanten beson... rührig arbeiteten, ist begreiflich. Veresmarti gesteht, ... auch er mit allen gangbaren Schmähreden gegen die ...isten redlich mitgethan. Dabei erwachten aber auch wieder ... alten „Schwierigkeiten" (so nennt er seine Zweifel), aus ...n der offene Mann kein Hehl machte, was ihm von Seite ...s Freundes Suri (spr. Schuri) die Bemerkung einbrachte: ...„... wärest ein fester Papist, wenn Du ein Papist geworden ...rest!"

Aber auch für die katholische Kirche kamen wieder bessere ...age. Eben die Wegnahme der Kirchen in der Residenz des ...rimas und auch anderer Oberhirten scheint die Wendung ...beigeführt zu haben; der Kampf wurde auf's neue auf...kommen und leider oft mit roher Gewalt geführt. Das ...lk am Lande war noch größtentheils der Kirche zugethan, ... größere Theil der Bürger und Adeligen jedoch von der ...erung angesteckt. Um diese Zeit stellte sich die Regierung ... der König auf die Seite der Kirche und das entschied. ...ige Männer wurden zu Bischöfen ernannt; so Franz ...rgách (spr. Forgatsch) in Neutra. Dieser verhalf im Co...tate und auf seinen Gütern der katholischen Sache zu ihrem ...chte, ließ Missionen halten und ein durch Ungnad in Frei...dl verbranntes Franziskanerkloster wieder aufbauen und ...ndte, wo es nicht leicht ging, auch Gewalt an. Veresmarti ...rte auch trotzdem nicht auf, gegen die Papisten zu donnern. ...iederholt ließ ihn Forgách zur Ruhe mahnen, und da auch ...eses nicht nützte, nahm er ihn durch den Profosen der

Schloßbesatzung von Neutra hinter Schloß und Riegel (zu Erntezeit 1604).

Kaum im Kerker, erbat sich Veresmarti Dinte und Papier und schrieb an Forgách, weshalb er denn eigentlich gefangen sei? Auf der Rückseite der Anfrage erhielt er die lakonische Antwort: „Ursache deiner Haft ist die, daß du ein calvinischer Ketzer bist und die Schafe Christi verführst und den wahren Glauben vor deinen Zuhörern schmähest."

Forgách, später Kanzler, Statthalter, dann Erzbischof von Gran, Primas und Cardinal, war einer der größten Männer seiner Zeit. Seine Studien machte er in Padua und in Rom wo er mit seinem Lehrer, dem P. Bellarmin S. J., eine innige Freundschaft knüpfte. Schon Bischof, wollte er wiederholt in die Gesellschaft Jesu treten; seine Vorzüge jedoch waren die Hindernisse seiner Aufnahme; man sah, er könne als Bischof viel mehr zur Ehre Gottes wirken. Forgách war es, der den Riesenkampf mit den in Mehrzahl ihm gegenüberstehenden protestantischen Ständen am Reichstage in Preßburg aufnahm und geschlagen das Schlachtfeld nicht räumte. Durch seine felsenfeste Beharrlichkeit erhob er die katholische Sache aus dem Staube, sammelte er deren eingeschüchterte und zerstreute Anhänger, erwarb ihr neue Streiter und sicherte deren Bestand als herrschende Kirche in Ungarn. Er führte die Jesuiten wieder ins Land, errichtete ihnen Schulen und Missionshäuser. Auf solchem Grunde baute sein unsterblicher Nachfolger Pázmány weiter.

Die Festnahme Veresmarti's machte großen Lärm; der Reihe nach legten das Comitat, seine Gläubigen, die Adeligen für ihn Fürbitte ein; jedoch umsonst. Nach einiger Zeit schickte Forgách zu ihm in den Kerker den Canonikus Kereszteßi, einen ebenso gelehrten als liebevollen Mann, der das Gespräch bald auf Controverspunkte führte und Veresmarti aus den Vätern so in die Enge trieb, daß er alle Antwort schuldig blieb; in seiner Noth schrieb er an seinen Superintendenten Dobronoki und an seinen Freund Suri, sie möchten ihm

ken. Auf einigen Bogen schrieben diese ihm ihre Gegen-
de. Veresmarti las und las und fand darin „eine Masse
erheit"; und er fing nun an, „gegen calvinischen Ge-
" zu beten; allein auch beim Gebet quälten ihn seine
el derart, daß er oft in lautes Schluchzen ausbrach;
kam ihm der Gedanke: „du wirst wohl im Irrthum leben,
will dein Gebet nicht entgegennehmen, ohne wahren
ben ist es unmöglich, Gott zu gefallen".
Eines Tages ließ ihn Forgách rufen, und nachdem er
ihm liebevoll über sein Leben gesprochen, fragt er ihn,
r wisse, daß nach Calvin Gott der Urheber der Sünde
Trotzig antwortete Veresmarti: „Das weiß ich nicht!"
so wurden noch mehr Fragen gestellt und ebenso trotzig
ntwortet. Forgách wollte nun seine Behauptungen auch
Büchern nachweisen; Veresmarti wollte es nicht dulden,
„er habe schon genug Unruhe". Kurz hierauf sandte
Forgách zwei Bücher mit der Bemerkung, er möge die
chneten Stellen nachlesen. „Als ich sie sah, wallte das
Blut in mir heftig auf; der erschrockene Diener, der es bemerkte,
g also die Bücher wieder fort." Veresmarti fand sie indeß
jenem Schlafkabinet. Es waren die „Disputationes de
troversiis fidei" von P. Bellarmin. Gewiß wußte Veres-
marti von dem Werke; war ja eben darum von den Neuerern
kein Schriftsteller so gehaßt, wie Bellarmin. Vielleicht
deshalb ließ er die Folianten tagelang unangetastet;
letzt siegte doch die Neugierde und er griff zu, indem er
Gewissen damit beruhigte, daß ja „seine Religion die
schung erlaube, ihm also die Lektüre nicht schaden könne".
Schon beim Lesen des zuerst eingesehenen Punktes machte
Veresmarti gleich anderen die Erfahrung, daß P. Bellarmin
Lehre Calvins viel klarer darlegte, als selbst die calvin-
chen Autoritäten. Das reizte seine Neugierde noch mehr
und stärkte zugleich sein Vertrauen. Aber auch die Refutation
d er so schlagend, daß ihm kein Zweifel möglich war.
Damit hatte er auf einige Tage genug zum Reflektiren;

dann wiederholten sich die Stichproben. „Verwundet ab
und überwunden“ war das Herz Veresmarti's, als er i
Anhange des Werkes die Peroration Bellarmin's gegen Luth
las; er war von da an überzeugt, daß die Reformatore
nicht am Wege der Wahrheit gingen, verbarg aber trotz
seinen Seelenkampf.

Als im Herbste 1604 Bocskay Oberungarn beunruhigt
wurde Veresmarti entlassen. Im kommenden Frühjahre war
Forgách von den Rebellen belagert; Veresmarti erschien i
Lager derselben und nach der Einnahme von Neutra nahm
er daselbst die Stelle eines Predigers an „in der Hoffnung
die herrenlos gewordenen Werke Bellarmin's dort zu finden“
So kam es auch, und schon nach zwei Monaten verließ e
die Stadt mit der süßen Last der Disputationen Bellarmin's
dessen Kirchengeschichte und anderen guten Werken.

Wir finden Veresmarti nun als Prediger in Komjat;
sein Amt brachte ihm aber keine Lust und Freude mehr
sogar auf der Kanzel verräth er seine katholischen Studien
Sein Patron, Peter Forgách, bisher ein Hort der Calviner,
und dessen Bruder Gregor, nahe Verwandte des Bischofs
von Neutra, später beide Convertiten, erkannten dies und
besprachen sich gerne mit ihm über katholische Lehren. Vom
Jahre 1607 an hatte er über seine veränderten Ansichten häufige
Disputationen mit Amtsbrüdern; es hieß schon, er sei ein
geheimer Katholik. Offen wurde er deshalb angefeindet, als
Franz Forgách, der um diese Zeit Erzbischof von Gran wurde,
die calvinischen Prediger aus Tyrnau vertrieb und Suri in
Begleitung Michael Bozor's, eines Bürgers (später Convertit),
nach Komjati kam, wo sie bei Peter Forgách gastliche Auf-
nahme fanden. Nach damaliger Unsitte wurde gut getrunken
und die gelöste Zunge des Hausherrn verrieth seine katho-
lischen Ansichten. Suri und Bozor stellten hierüber Veresmarti
zur Rede, „woher denn in seiner Gemeinde derlei Ansichten
aufkämen? Herr Peter sei ja ein fertiger Papist!“ Der
aufrichtige Veresmarti verbarg seine Skrupel und Zweifel

nicht, wofür ihn Suri bald auch auf der Kanzel befehdete. Das verbitterte Veresmarti's Stellung noch mehr, und da er um diese Zeit auch Wittwer wurde, wollte er mit seinen quälenden Zweifeln nicht länger mehr Prediger sein. Er dankte ab und lebte in Komjati als Privatmann.

Da er nun Muße hatte, faßte er den Plan, der Reihe nach die verschiedenen Religionsbekenntnisse aus ihren Hauptvertretern zu studiren und das katholische, mit dem er am meisten Sympathie hatte, zuletzt vorzunehmen. In Ermanglung jedoch einer hinreichenden Bibliothek griff er wieder zu seinem Bellarmin, machte aber vorsichtshalber vor Gottes Angesicht den heiligen Vorsatz, ganz unparteiisch zu urtheilen. Bald jedoch kam er zur Ueberzeugung, „daß es keine Wahrheit mehr gebe, wenn die katholische Lehre nicht die wahre ist!" Dann nahm er die Kirchengeschichte zur Hand, aus welcher ihm wieder klar wurde, wie der Glaube, der Cultus, die Hierarchie, die Sakramente der römischen Kirche zu allen Zeiten bestanden, also nothwendig apostolisch sind; wie hingegen Luther und Calvin, am Wege aller Häretiker einherschreitend, die Väter verachteten und unmittelbar an die Apostel anknüpften, wenn und wie es ihnen beliebte.

Veresmarti hielt aber trotz dieser Ueberzeugung immer noch an seinem Bekenntnisse fest und deshalb beschloß er, seine Zweifel Amtsbrüdern vorzulegen, um von ihnen belehrt und beruhigt zu werden. Er that dies auch bei jeder Gelegenheit. Sein Amtsnachfolger Suri, ein fähiger, doch in der Theologie oberflächlich geschulter, schlauer Mann, „der mit Fuchsfell deckte, wenn die Löwenhaut nicht reichte", hörte nicht auf, gegen Veresmarti deshalb auf der Kanzel zu poltern. Letzterer führt ein Beispiel an, wie Suri einst, um die katholische Religion zu verdächtigen, mit großem Feuer demonstrirte, daß die Papisten die hl. Schrift wie einen Ketzer anklagten, verurtheilten, am Schweife eines Pferdes schleiften und endlich am Richtplatze verbrannten.

Veresmarti stand jetzt in der bittersten Periode seines

Lebens; es macht einen erschütternden Eindruck, zu sehe
wie der Mann Jahre hindurch unter Gebet und oft in Thräne
um die Wahrheit ringt; er ahnt, er sieht sie in der katholisch
Kirche, hängt aber mit ganzem Herzen an seiner Sekte u
setzt sich durch seine Einwürfe und Provokationen Verfol
ungen und Todesgefahren aus. Es würde zu weit führe
ihm Schritt für Schritt in dieser seiner Dornenbahn zu folgen
nur die Hauptmomente seien hervorgehoben. Sein Ringe
nach Wahrheit führte ihn dem katholischen Leben immer meh
entgegen. So flehte er gerne zur Muttergottes mit de
Worten des Hymnus: „Tu nos ab hoste protege et morti
hora suscipe!“ Auch pflegte er beim Angelusläuten zu beten
was damals übrigens auch noch beim protestantischen Vol
in Ungarn Gebrauch war, so fest wurzelte die alte katholisch
Gewohnheit. Veresmarti klagt wehmüthig, wie Gebet und
Andacht durch die Neuerer leider mehr und mehr verdrängt
würden. Er erzählt nicht ohne Bitterkeit, daß er um diese
Zeit „im Bade Pistyan eines Abends beim Läuten sah, wie
alle Männer und Frauen theils stehend theils knieend beteten,
und nur unser Superintendent lauscht unter ihnen, die Mütze
am Kopfe, den Stock in der Hand“.

Im Jahre 1608 kam er mit mehreren Prädikanten nach
Preßburg zum Krönungslandtag, um da für calvinische In-
teressen zu agitiren. Bei dieser Gelegenheit sah er in der
Franziskanerkirche das erstemal die hl. Messe; in der Jugend
hatte er hiezu nie Gelegenheit, als Prediger wich er ihr ge-
flissentlich aus. „Was machen die dort am Altare in den
Prachtgewändern?“ fragt er seinen Collegen Nemesnépi. „Sie
lesen die Messe!“ war die Antwort. Der erste Eindruck war
Staunen, sogar Entsetzen. Da fing er an zu reflektiren,
„daß die Katholiken gewiß auch in der Messe am rechten Wege
sein müssen, weil sie nie von der Kirche Christi abfielen, und
er werde dies durch Studien besser einsehen, jetzt müsse er
sein Entsetzen durch den Zügel der Vernunft wie einen hals-
störrigen Esel bändigen“.

Seine Freunde nahmen die Sache auch schon ernster; wollten ihn bewegen, eine neue Stelle anzunehmen. Der alte Superintendent Dobronoki berief ihn zu sich; fast wie im Beichtstuhl so offen gesteht ihm Veresmarti alle seine Zweifel und Kämpfe. Der alte Herr mühte sich ab, konnte ihn aber auch nicht beruhigen; der Schluß der Unterredung war: „Darum bist du so weit gekommen, weil du so allein bist; nimm ein Weib und werde wieder Prediger, und du wirst Alles vergessen!“ Ueber solchen Trost war Veresmarti empört. „Es handelt sich um mein ewiges Heil, und er weist mich an's Heirathen und Vergessen; wahrlich ein ungarischer ...bier“ (zum Unterschiede vom lateinischen, der mehr Kenntnisse hat)!

Auf vieles Drängen nahm endlich Veresmarti die Predigerstelle in Tyrnau an; da er aber schon beim Empfange seine neuen Schäflein tadelte, weil sie sich freuten, daß „der Türk“ ihre Religion schütze, verließen sie ihn und er sie.

Er beschloß nun, seine „Schwierigkeiten“ seiner Kirche schriftlich vorzulegen; vom 7. April 1609 datirt der lange Brief an den Superintendenten, worin er es thut. Er motivirt sein Schreiben mit der Sorge für seine Seele, bittet, man möge die gelehrtesten Prediger zu einer Disputation versammeln, er würde aus Bellarmin argumentiren, sie sollten es auch nicht mit eigenen Worten, sondern weil das Wasser aus der Quelle am besten schmeckt, aus den Schriften ihrer besten Lehrer thun und beiderseits sollten sie sich in Bezug auf den Sinn ihrer Behauptungen eidlich binden.

Als Thesen legte er folgende vor: „1) Wie kann man unter den vielen Lehrern die Lehrer des wahren Glaubens herausfinden? 2) Denn in den neuen Religionen ist nichts Sicheres; 3) Und die lutherischen, calvinischen und anderen Prediger können nicht wahre Lehrer sein; 4) weshalb das Lutherthum, das Calvinerthum Ketzerei ist.“ Dann wiederholt er die Bitte um schleunige Hilfe, damit „sein Lebenskahn

nicht etwa versinke. Und damit behüte Gott Ew. Gnade in bester Gesundheit".

Nach langem Zögern beauftragte der Superintenden den Prediger Suri mit der Refutation; Suri stellte gege Bellarmin Pareus, den Heidelberger Professor, ins Feld Pareus hatte in Ungarn großen Anhang und großes Ansehen seine Bücher waren in Sarospatak als Lehrbücher eingeführt Streitfragen wurden nicht selten ihm vorgelegt. Sein Einfluß erstreckte sich durch seinen Schüler Peter Alvinczi au die Höfe Bocskai's und Bethlen's, deren Hofprediger Alvinczi war. Veresmarti nahm den Pareus zur Hand, schrieb die auf die obigen Thesen bezüglichen Erörterungen heraus und stellte sie denen aus Bellarmin gegenüber und entrollte so „schwarz auf weiß die Verdrehungen, Lügen, Verleumdungen, deren sich Pareus Bellarmin gegenüber bediente." Seine Gegner wählten jetzt den Ausweg, durch zwei nach Heidelberg reisende junge Prediger seine Thesen Pareus vorzulegen. „Sie versprachen eine Antwort zu bringen, allein sie brachten keine, sondern nur einen grünen Zweig, wie Anton aus Buda."

Auf Veresmarti's Drängen wurde nun seine Angelegenheit für die im Sept. 1609 in Bars (am Granflusse) einberufene Synode auf die Tagesordnung gesetzt. An sechzig Prediger, mehrere Schulmeister und weltliche „Presbyter" erschienen. Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten mußten alle außer den Predigern die Kirche verlassen, und es begann die Vorberathung, von der auch Veresmarti ausgeschlossen wurde. Die Verhandlung fand im Chore der Kirche statt. Die Prediger saßen um ihren ergrauten Superintendenten Dobronoki in der Chorrunde; Veresmarti, eine hohe Gestalt mit schwarzem Vollbart, in seiner reichen schwarzen Toga eine stattliche Erscheinung, stand in der Mitte.

Der Superintendent stellt an Veresmarti die Frage, ob er „eine Disputation oder ein Heilmittel wünsche?" Veresmarti berief sich auf seinen Brief, worin er sich klar ausgesprochen habe. Und jetzt ging der Sturm los. Kaum

Einer einige Worte gesprochen, fiel ihm ein anderer die Rede, den Thesen aber wichen alle aus. Schon war Sonne untergegangen, Dunkel erfüllte die hohen Räume gothischen Kirche, erschöpft erhob sich einer nach dem andern, um sich zu entfernen. Und um den Schluß einzu-[leit]en, stimmt Dobronoki das „Veni Sancte“ an, das alle [m]it sangen. Bitter bemerkt Veresmarti: „Hätte er den heiligen Geist anfangs angerufen, würde die Disputation [eine]n glücklicheren Verlauf genommen haben.“

Nach dem Gebete nahm Veresmarti seinen Platz wieder der kommenden Dinge harrend. Da trat Suri vermittelnd [zu] ihm und sagte: „Nicht wahr, Du hast gesagt, wenn man dem Bellarmin nur 3 bis 4 Lügen nachweiset, verachtest Du ihn [un]d glaubst ihm nicht?“ Veresmarti: „Ja, das habe ich gesagt, [den]n ich habe einen ihm gleichen Autor noch nicht getroffen!“ [A]uf das rief Suri laut: „Also was verlangst Du? Sollen [wir] den ganzen Bellarmin widerlegen? Das wäre wohl zu [viel] Arbeit; doch wird es Dir sicher genügen, wenn wir ihm [au]f 3 bis 4 Bücher antworten?“

[V]erblüfft hört Veresmarti diese Rede. „Wie war das? Ist Suri ohne Wein trunken? Oder ist sein Verstand auf Reisen gegangen? Daß er noch nicht weiß, was ich begehre! Man möge die Grundpfeiler der Bücher des Bellarmin niederreißen, dann fällt ja der ganze Palast!“ Nun wandten sich alle zum Gehen. Als sie schon am Portale waren, rief ihnen Veresmarti, noch immer im Chore, flehend nach: „Hört doch noch ein Wort von mir!“ Und er sprach: „Ihr verlasset mich, ohne mich auf den rechten Weg geführt zu haben. Vor Gott, seinen heiligen Engeln und diesen Mauern protestire ich gegen ein so unwürdiges Verfahren. Ihr könnt nicht sagen, ich habe nicht alles gethan, was eine so wichtige Angelegenheit erheischt. Wenn ihr also die Wahrheit habt und sie mir nicht zeigt, und ich deßhalb in Irrthum und Verdammniß falle: sehet zu, wie ihr am Tage des Gerichts vor Gott und seinen heiligen Engeln und der ganzen Welt über den Unter-

gang meiner Seele Rechenschaft ablegen werdet.“ Auf da
hin wurde noch in aller Eile beschlossen, nach Michaeli i
Deáki eine neue Synode zu halten und die Verhandlung —
bei Verlust des Predigtamtes — geheim zu wahren. Di
Sache wurde dennoch ruchbar; man zeigte mit dem Finge
auf Veresmarti, und sagte: „Der will Papist werden!“ Un
wie Veresmarti, dem man vorwarf, er habe die Verhandlun
publik gemacht, seinem Superintendenten bemerkte, kam si
„durch den weiblichen Superintendenten“ (er zielt auf di
Gattin Dobronoki's) unter die Frauenwelt.

Die erbitterte Disputation machte schlimmes Blut. Selbst
der Senior Csene äußerte: Setzen wir ihn ab, und dann
mag er gehen; oder fangen wir ihn ein und er soll büßen
nach Verdienst! Und später gelegentlich: Dem soll man
mit einer Kugel helfen! — Gute Freunde referirten solche
Aeußerungen, Veresmarti warnend.

Die Synode in Deáki kam nicht zu Stande. Veresmarti,
der sich in Komjati nicht mehr sicher fühlte, zog indessen nach
Tyrnau. Auf sein Drängen wurde ein neuer Termin in
Komjati bestimmt und eingehalten, doch mit gleichem Erfolge;
nur wurde eine Commission zur Besprechung der von Veres-
marti aufgeworfenen Fragen entsendet. Veresmarti fand auf
dieser Synode einen mächtigen Beschützer in Peter Forgách.
Die Disputation war überaus erregt; die Drohungen gegen
Veresmarti wurden häufiger; sogar Suri meinte: Haben wir
ja Studenten genug, durch die wir mit ihm fertig würden.
Durch einen intimen Freund, Florian Gáspár, gewarnt,
fürchtete dieses Mal selbst Veresmarti ernstlich, man könnte
ihn in seiner einsamen Wohnung Nachts ergreifen und in die
Neutra werfen, „und diese könnte ich nicht wie einen Pokal
austrinken, und es wäre aus mit mir!“

Die Commission bestand aus Suri, Taksonyi und Pattó,
sie kamen auch am bestimmten Tage zusammen. Suri war
immer darauf bedacht, einen modus vivendi zu finden.
Taksonyi, in Wittenberg und Heidelberg gebildet, zeichnete sich

Kenntnisse aus, lebte aber im ehelichen Unfrieden und sich dem Trunk. Palkó war ein jüngerer Prediger, als noch von geringerer Bedeutung. Man kam überein, schriftlich und zwar lateinisch „zu tractiren.“ Veresmarti stellte Modalitäten auf, doch unmöglich war es, eine Verständigung erzielen, und deßhalb fing wieder das mündliche Tractiren an. Als erste These stellte Veresmarti auf: über die Kenntniß der wahren Lehrer. Nach einigen Wendungen schon brachte er die Commission zum Schweigen, indem er hinwies, Luther und Calvin sich gegenseitig verketzern, jeder aber als Gottgesandter auftrete. Als Suri auf das Zeugniß des Geistes Gottes hinwies, fing ihn Veresmarti mit den Worten: Woher weiß man denn, ob der Geist die Lutherischen oder die Calviner führe? Noch einmal traten die Vier zusammen; dieses Mal forderte Veresmarti, sie mögen ihm ihre göttliche Sendung beweisen; „ein Doktor hat ein Diplom, und womit zeigt ihr, daß ihr wahre Lehrer und Hirten seid?“ Er zweifle an ihrer Ordination, da sie ihre Succession kaum bis Luther und Calvin hinaufzuführen im Stande seien und von den wahren Hirten die Apostolicität verlangt werde. Taksonyi meinte: Wissenschaft sei höher zu stellen als Apostolicität und gesetzliche Ordination! Veresmarti zerriß den Faden dieser Objection und setzte die Nothwendigkeit der Apostolicität auseinander; mehrere Fragen wurden noch besprochen und mit demselben Erfolg.

Durch einen adeligen Calviner öffentlich bedroht, eilte Veresmarti nach Tyrnau zurück und schrieb über den Verlauf der Verhandlung an den Superintendenten. Vor Gottes Angesicht verwahrt er sich, als ob er im Geheimen Papist wäre, da er bisher mit keinem Papisten verkehrt habe, es jedoch in Zukunft thun werde, „da seine Collegen ihm die Wahrheit, die sie zu besitzen behaupten, vorenthalten; er habe es ihnen schon längst gesagt: nicht aus den Regenwasserpfützen ihrer eigenen Gedanken wolle er schlürfen, sondern aus den Quellen, aus welchen sie schöpfen, wünsche auch er seinen

Durst zu löschen; wenn sie nun meinen Durst nicht befr
digen, wird das eine große Schande für unsere Religi
sein."

Dieser Brief datirt vom 31. Dezember 1609; das Ja
1610 geleitete Veresmarti in die Arme der Mutterkirche. (
trat nun wirklich mit zwei katholischen Priestern in Verkehr;
nennt ihre Namen nicht, höchst wahrscheinlich waren es ab
Petrus Pázmány und Emerich Lósy, in der Folge bei
Zierden des erzbischöflichen Stuhles zu Gran. Denno
brach er mit seiner Sekte nicht. Als für den 23. März i
seiner Angelegenheit vom Superintendenten eine neue Synod
in Aussicht gestellt wurde, bat er brieflich die calvinisch
Gemeinde von Tyrnau, welcher er jetzt angehörte, um Beistan
auf der Synode. Sie war in Komjati; Veresmarti erschien
nicht. Die Synode sandte Patkó zu ihm, er möge von dem
Verlangen, die disputirenden Prediger seien über den inten-
dirten Sinn ihrer Behauptungen eidlich zu vernehmen, absehen.
Veresmarti bestand auf dem Eid, weil er schon als Student
erfahren, daß die Prädikanten unter sich uneins seien; weil
sie aber über die Katholischen am ärgsten schmähten, so meinte
er damals, es sei in jeder Religion Wahres und Falsches, und
es wäre eben Sache der Prediger, daß jeder die seinige vor-
kommenden Falls, auch mit „Zigeunerkniffen", vertheidige.
Deßhalb bestehe er jetzt, zur bessern Einsicht gelangt, auf dem
Eid, daß die Worte der Prediger ihrer Ueberzeugung ent-
sprächen. Pázmány habe ihm einen solchen Eid freiwillig
angeboten; weßhalb wollen sie ihn nicht leisten, wenn es
sich um das Heil einer Seele, um die Ehre ihrer Sekte
handelt?

Patkó zog ab, die Synode gab keinen Bescheid, sondern
bestimmte für den 9. Juni eine neuere, zu welcher Veresmarti
nicht mehr gerufen wurde. Von dieser wurden zwei Prediger,
Suri und Gregor Almási, nach Tyrnau entsendet, die Ge-
meinde vor dem im Abfall begriffenen Veresmarti zu warnen,
damit sie sich an dessen Beispiel nicht ärgere.

Kühn entschloß sich Veresmarti in die Predigt zu gehen [illegible] der Kanzel gegenüber Platz zu nehmen, um „durch meine [illegible]nwart und meinen offenen Blick dem Redner so den [illegible] zu nehmen, daß er nicht wisse, wo er rudert, was er [illegible]t, sagt, thut." Die Gesandten kamen jedoch nicht am [illegible]mmten Tag. Auf einmal hört Veresmarti, sie seien da, und [illegible] habe schon gegen ihn gepredigt. Da suchte er sie im [illegible]e des Predigers auf; sie reichten ihm aber weder die [illegible], noch wollten sie mit ihm sprechen. Suri verließ das [illegible]mer, Veresmarti ging ihm nach und versicherte ihn, „er [illegible]he keinen Papismus, nur mögen sie ihn, der mit Weinen [illegible] Wahrheit suche, beruhigen." So zwang er ihn zur Rede, [illegible] sich auf der Gasse fortspann, so daß die Leute auf sie [illegible]teten. Suri wies Veresmarti an größere Autoritäten nach [illegible]idelberg ꝛc. „Aber wie soll ich mich an die wenden, welche [illegible] selbst kritisirt?" meinte Veresmarti; so disputirend kamen sie zur Wohnung Suri's, welcher zum Thore hineinsprang und so seinen einstigen Freund auf immer verließ.

Noch einmal schrieb Veresmarti an den Superintendenten (2. Juli): entweder möge man ihn aufklären oder entlassen, „nicht aber gegen ihn hetzen und von der Kanzel herab ihn ausgaggern." Das war sein letzter Brief an seinen cal[illegible]vinischen Obern; und er blieb — so scheint es — ohne Antwort.

Veresmarti hatte alle seine Zeit zum Studium redlich benützt; fleißig besuchte er Pázmány, anfangs zur Nachtzeit. Pázmány erzählt (in einer Gelegenheitspredigt) — worüber Veresmarti bescheiden schweigt — Veresmarti habe sich ein volles Jahr in Gebet, Fasten und Lesung zur Conversion bereitet. Oefters drang er in Pázmány um Aufnahme in die Kirche; Pázmány hielt ihn immer noch ab. „Der spricht auch nicht aus einer calvinischen Seele! Die würden es anders machen, wenn Jemand in solcher Gesinnung zu ihnen käme": bemerkt Veresmarti. Mitunter fürchtet er selbst, nicht hinlänglich vorbereitet zu sein. Da drängte ihn ein uner-

warteter Fall zum letzten Schritt. Sein Freund Marti
Nagy von Kecskemét war eines Abends bei ihm auf Be
such; des Morgens hört Veresmarti, sein Freund sei noc
in der Nacht, kaum im Hause angelangt, umgefallen und tot
liegen geblieben. „Das könnte auch mir geschehen!" rie
Veresmarti, der immer bedauerte, daß seine Gattin frühzeiti
und auch im Irrthum gestorben war. Er ging zu Pázmán
und blieb bis Abend. „Von diesem Tag an," schrieb er in
Tagebuch, „wenn Gott meine Seele verlangt, übergebe ic
sie Seiner göttlichen Majestät in keiner andern Religion, al
im katholischen, römischen, d. i. papistischen Glauben, in den
auch unsere Altvordern selig wurden." Und von poetischen
Feuer erfaßt citirt er hierauf die Worte Ovid's: Nec piget,
haud unquam stulte elegisse videbor!

Aus Klugheitsrücksichten rieth ihm Pázmány, Tyrnau
zu verlassen, und so kam Veresmarti von Pázmány gesandt
oder auch geführt nach Wien, wo er am 15. August 1610
(wahrscheinlich im Jesuitencollegium) nach verrichteter heiliger
Beicht das katholische Glaubensbekenntniß vor Pázmány
ablegte.

Er zählte damals 38 Jahre; zehn Jahre war er cal-
vinischer Prediger gewesen.

(Schluß folgt.)

XXII.

Zeitläufe.

…e Arbeitercongresse in Paris; und auf der andern Seite?

Den 12. August 1889.

„Internationaler Arbeitercongreß": das war der richtige,
…agen amtliche Titel; nicht socialdemokratischer Congreß.
…erdings glänzten als Führer und Redner in den Ver-
…mlungen aus aller Herren Länder, aus dem deutschen
…che allein nicht weniger als 80 Bevollmächtigte, die be-
…ntesten socialdemokratischen Namen. Aber das läßt sich
…cht vermeiden, da aus den Reihen der Handarbeiter augen-
…cklich noch nicht ein entsprechender Vorrath von Clubrednern
…d politischen Celebritäten hervorgewachsen ist. Der Congreß
…er die beiden Theile desselben hätten sich trotzdem doch
…cht unter den Einen socialdemokratischen Hut bringen lassen,
…on nicht wegen der Mehrzahl der englischen Delegirten,
…d überhaupt nicht unter den Hut der deutschen Social-
…mokraten.

Nichtsdestoweniger war der Congreß im Ganzen mit
…inen 800 Abgeordneten aus 20 Nationalitäten eine glänzende
Machtprobe überhaupt, der letztgenannten insbesondere. Aus
…en „unteren Schichten" ist ein freies Arbeiterparlament her-
vorgegangen, das für die Gegenwart meteorgleich verschwindet,

aber seinen Schatten auf die Zukunft geworfen hat, gleich gültig, was zunächst aus der geplanten neuen „Internationalen werden wird. Die Thatsache läßt sich nicht mehr übersehen daß nur noch in jenen „unteren Schichten“ das Zeug vorhanden wäre zur Wiederherstellung der Gemeinsamkeit zwischen den Völkern und ihren Staatswesen — man kann leider nicht mehr sagen: in der ganzen Christenheit, aber in der ganzen civilisirten Welt — welche zur gesetzlichen Umgestaltung der verrotteten Gesellschaft unbedingt erforderlich gewesen wäre. Was von jenem gottgewollten Solidaritätsgefühl in der Menschheit noch übrig geblieben, hat sich in die Tiefen der Gesellschaft hinabgesenkt, und arbeitet eben deshalb von unten herauf an deren Vernichtung.

Der Begriff einer allgemeinen Humanität erscheint den legitimen Gewalten in ihrer nationalen Beschränktheit und Verbissenheit schon als eine hochverrätherische Zumuthung. Sie haben über ihre Grenzen hinaus nur ein Auge für neu ausgezirkelte und auszuzirkelnde Landkarten; eine magna charta der Menschheit ist ihnen eine feindliche Idee. Jede Nation ist Feind einer anderen geworden, und sieht sich gezwungen, zu ihrer Sicherung jeden Augenblick bis an die Zähne gerüstet zu seyn. Der auf's Höchste gesteigerte Militarismus aber verträgt sich von Natur aus nicht mit dem Gedanken einer socialen Gemeinsamkeit der Völker. Der nationale Parlamentarismus selber siecht überall dahin in dem engen und vertrockneten Wirkungskreis, den ihm die nationale Politik mit ihrem Militarismus bis auf Weiteres einräumt; und ihm gegenüber und gegenüber der interessirten Classe, die ihn noch trägt, erscheint nun das freie Welt-Arbeiterparlament in Paris als die beginnende Erhebung der Declassirten in der Menschheit, ein kosmopolitisches Parlament mit Diäten aus den Sammelgroschen seiner Wähler.

Ein tückischer Zufall hat zudem für ein Gegenstück gesorgt, wie es schneidender nicht erdacht werden konnte. Es war dieß der Antrag der Schweiz auf eine internationale Social-

ferenz. Schon Ende 1880 hatte der schweizerische Bundes-
rath, auf Ansuchen des Nationalraths, mit den größeren
dustriestaaten Unterhandlungen angeknüpft wegen Anbah-
ung einer internationalen Fabrikgesetzgebung. Hauptziel des
planten gesetzlichen Arbeiterschutzes, mit dem die Schweiz
allen Continentalstaaten vorangegangen war, wäre ge-
wesen: gleichmäßige Einschränkung der Arbeitszeit in allen
Ländern und strenges Verbot für die Fabrikanten, die Arbeits-
zeit nicht über das gesetzliche Maß auszudehnen: als das
nzig wirksame Mittel gegen das Unheil der industriellen
Überproduktion. Einige Jahre darauf empfahl das Berner
Regierungsorgan den Gedanken auf's Neue:

„Das ist's, was man mit allen Mitteln anstreben soll.
Abgesehen von der Entstehung neuer Fabriken und Erweiterung
der alten zu Zeiten guten Geschäftganges geht das Bestreben
dahin, immer vollkommenere Maschinen zu construiren, die bei
gleichzeitiger Mehrleistung auch menschliche Arbeitskraft ersparen
sollen; und der Fabrikant sieht sich so zu sagen gezwungen,
stets die besten davon anzuschaffen, um durch massenhafte Her-
stellung der Fabrikate mit wenig Arbeitskräften seine Con-
currenten in Billigkeit der Preise überbieten zu können. Schließ-
lich muß auch noch für diesen Zweck der Lohn der Arbeiter
mit herhalten, trotzdem diese ja schon manchenorts zu wenig
zum Leben haben. Wo soll das enden, wenn immer mehr
producirt wird und weniger Arbeiter gebraucht werden! Mit
der Zeit werden sich die Regierungen doch gezwungen sehen,
hier ein kräftiges Halt! zu gebieten, wenn die Menschheit nicht
an ihren eigenen technischen Fortschritten zu Grunde gehen soll.
Auf keine andere Weise dürfte das aber erfolgreicher geschehen
können, als daß man, je mehr die maschinelle Thätigkeit zu-
nimmt, auch die Arbeitszeit in der ganzen Welt entsprechend
verringert." [1])

Der schweizerische Schritt blieb damals fruchtlos. Nur

[1]) Aus dem Berner „Bund" in der „Augsburger Postzeitung"
vom 29. August 1885.

Oesterreich und Italien zeigten Entgegenkommen, Berlin und London lehnten unbedingt ab. Auf vielseitiges Andringen nahm nun der Bundesrath die Sache Ende Juni 1888 abermals auf, und zwar unter Vorlage eines knapp auf den nothwendigsten Arbeiterschutz beschränkten Berathungsprogramms. Ein paar Jahre vorher hatte selbst das jüdisch-capitalistische Organ in Wien eingestanden: „Gar oft, wenn wir das kleine Gezänk der Diplomaten, der Parteien und der Regierungen vernehmen, horchen wir auf das dumpfe Grollen, welches aus den tiefsten Schichten der Gesellschaft heraufsteigt, und da entsteht mit der Furcht auch die Hoffnung, daß die ungeheure Gefahr, der alle Staaten entgegengehen, auch wieder die Einigkeit der erhaltenden Mächte begründen werde.“ 1) In der That ließen sich die Aussichten für die vorgeschlagene Socialconferenz dießmal günstiger an. Abgesehen von Rußland, stimmten alle Mächte zu, nur Deutschland hielt sich hartnäckig zurück, so daß die Conferenz wenigstens vertagt werden mußte. Der Grund für die stillschweigende Ablehnung in Berlin wird derselbe gewesen seyn wie im Jahre 1881: die fragliche Materie sei wegen der besonderen Verhältnisse und abweichenden Interessen der verschiedenen Staaten zur internationalen Regelung nicht geeignet.

Auf den ersten Blick mag es verwunderlich erscheinen: wenn der Reichstag fast einstimmig gesetzliche Feststellung der Sonntagsfeier mit den anderen unerläßlichen Bedingungen des Arbeiterschutzes beantragt, so wendet der deutsche Kanzler ein: unmöglich, denn diese Verhältnisse könnten nur international geregelt werden. Wenn aber, wie die Schweiz zweimal gethan, zu dem Zwecke eine internationale Conferenz in Vorschlag kommt, entgegnet der Kanzler: die Verhältnisse in den einzelnen Industriestaaten seien zu verschieden und zur internationalen Regelung nicht geeignet. Sieht man jedoch der Sache auf den Grund, so erkennt man die Folgerichtigkeit

1) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 11. Febr. 1886.

er nationalen Isolirung Preußens bezüglich der socialen ge. Vor Jahren hat einmal verlautet, daß Fürst Bismarck st in Wien eine internationale Regelung angeregt habe;[1]) em aber das System der Arbeiterversicherung, mit „Ver-dung von Mitteln der Gesammtheit",[2]) den Sieg davontrug, ßten sich die Wege zur Lösung der socialen Frage zwischen ußen und allen anderen Staatswesen trennen. Bei der rathung des Altersversicherungsgesetzes im Reichstag wurde derholt gerühmt, der Gedanke sei „ohne Beispiel", und mand zweifelte, er werde auch ohne Beispiel bleiben.

Das gewählte System fordert seine folgerichtige Ent-klung, und so werden die Wege der preußischen Social-rm sich immer weiter von dem Vorgehen der anderen

[1]) In der Reichstagssitzung vom 26. April 1877 hat ein bayerischer Abgeordneter auf den Vorgang hingewiesen. Die Sache war auch damals bereits vergessen. Am 9. Februar 1872 hatte nämlich das *spanische* Kabinet, erschreckt durch die socialistischen Umtriebe in den Südprovinzen des Landes, ein Cirkular an die europäischen Regierungen erlassen, welches gemeinschaftliche Schritte gegen den „internationalen Arbeiterbund" beantragte. Von England ist bekannt geworden, daß es kühl und stolz ablehnte, weil die brittischen Arbeitervereine nicht revolutionärer Art seien. Dagegen hat sich der deutsche Reichskanzler eifrig der Sache angenommen, indem er sich zunächst an die österreichische Regierung wegen gemeinsamen Vorgehens wendete. Es sollten zwischen Oesterreich und Preußen socialpolitische Conferenzen veranstaltet werden, und zwar nicht bloß zu dem Zwecke, um Repressivmaßregeln zu vereinbaren, sondern um wirklich organisatorische Schritte in der Arbeiterfrage zu berathen; zu dem Ende waren in Berlin auch bereits eigene Commissionen niedergesetzt. Es wäre eine glückliche Wendung gewesen. Warum wurde Nichts daraus? In demselben Jahre bekam in Preußen der Geist des Culturkampfs die Oberhand, und dieser Geist konnte folgerichtig nur dem System des Staatssocialismus Bahn brechen. S. Näheres „*Historisch-polit. Blätter*". 1872. Bd. 69 S. 799 und Bd. 70 S. 797 ff.

[2]) Motive zum Gesetzentwurf über Unfallversicherung vom Jahre 1881.

Völker entfernen. Als unmittelbar nach Erlaß des Gesetz über die Altersversicherung der große Streik der preußisch Bergarbeiter die furchtbare Gefahr aufdeckte, welche a wiederholten Auflehnungen dieser Hunderttausende armer Leu über den Staat und die Gesellschaft hereinbrechen müßte, erklärte der Berliner Professor des Staatssocialismus, Ado Wagner: „Verwendung von Mitteln der Gesammtheit: da heißt und kann heißen nicht nur Verwendung von Finan mitteln des Reichs, des Staats u. s. w., nicht nur Hebun des allgemeinen Volksreichthums, sondern auch, wie es i Effekt die Versicherungsgesetzgebung thut, Uebertragung vo materiellen Mitteln, Einkommen- und Vermögenstheilen de wohlhabenden, reichen, der besitzenden, der höheren Classen an die unteren".[1]) Wohlgemerkt: nicht von den Socialdemokrate des Arbeitercongresses in Paris ist das gesagt worden, sondern in dem Hauptorgan der protestantisch-conservativen Partei in Preußen!

Der Arbeitercongreß und die Socialdemokratie in ihm feierte zugleich das Jubiläum der französischen Revolution Irrt sich die Partei aber nicht, wenn sie sich als das jüngste Kind der großen Bewegung von 1789 ansieht, und auch von anderen Leuten dafür ausgegeben wird? Man sollte unsererseits doch genauer darauf sehen, was dieser Revolution im katholischen Lande protestantischerseits Alles in die Schuhe geschoben wird. Jedenfalls war sie ein Gewitter, das sich 250 Jahre früher zusammengezogen hatte, und dann von England aus über Frankreich zum Ausbruch gekommen war.[2]) Insoferne die französische Revolution ein Rückfall in die antik heidnische Lebensanschauung und Staatsidee gewesen ist, könnte man viel eher sagen, daß sie die rechte Mutter des preußischen Staatssocialismus sei; jedenfalls könnte die ausgebeutete Ar-

---

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 13. Juli 1889.

2) Herr Hohoff sollte sein dickes Urkundenwerk über die „Revolution" doch nicht umsonst geschrieben haben.

...erwelt nur eine unnatürliche Mutter in ihr erblicken. Denn ... Werk war die Herrschaft der Bourgeoisie als der Inbegriff ... Capitalismus und das Dogma der „freien Concurrenz“, ... sich zur Fessel für die Freiheit des Arbeiters ausgebildet ... Aber auch dieses Werk der Revolution war nicht ein ...bel schlechthin. P. de Bresse in Paris hat erst vor an...thalb Jahren in Erinnerung gebracht, daß Papst Pius VII. ... Jahre 1801 die alten Zünfte in Rom aufhob und die ...dung neuer Genossenschaften mit Strafe belegte, unter ...ßen Lobsprüchen über die Vorzüge der freien Concurrenz, ... daß erst Pius IX. im Jahre 1852 besagtes Verbot auf...hoben habe.[1] Der hl. Stuhl ging eben von der Ansicht ..., daß der Mißbrauch sowohl des Capitalismus, als der ...reien Concurrenz gezügelt werden könne. Daß es nicht ...schah, das war es, was in allen civilisirten Ländern den Boden für das Anwachsen der Socialdemokratie zubereitet ... Und warum geschah es nicht, konnte es sogar nicht ...chehen innerhalb des Bereichs einzelner Staatswesen für sich allein?

Als vor vier Jahren in Nordamerika die große Arbeits...krisis ausbrach, die unfreiwillig Arbeitslosen nach Hundert...tausenden zählten und die Löhne um 10—30 Procent fielen, da begann ein Bericht aus Washington mit den Worten: „Die dämonischen Naturkräfte, welche der Mensch in seinen Dienst berufen hat, wachsen ihm über den Kopf“.[2] Das war die Herkunft der Arbeiterfrage, wie der Socialdemokratie, und ebenso die vis major, welche alles menschlichen Entgegenstemmens spottete. „Die Industrie, welche in Europa und Amerika durch Dampf und elektrische Maschinen eine enorme Summe von Arbeitskraft verwendet, liefert fort und fort mehr Waaren und Produkte, als für den Bedarf verbraucht werden.“ In Nordamerika war damals in sechs Monaten mehr producirt

1) „Augsburger Postzeitung“ vom 21. März 1885.
2) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 3. Februar 1885.

worden, als die Gesammtbevölkerung des Landes während des Jahres bedurfte.

Dieselben „dämonischen Naturkräfte", durch den modernen Erfindungsgeist ihrem Geheimniß entrissen, haben die Meere mit Dampferlinien bedeckt, die Erdoberfläche mit Eisenschienen beschlagen, sie ober- und unterirdisch, wie unterseeisch, mit elektrischen Drähten durch- und überzogen, und die Feuernahrung thurmtief im Schooße der Erde suchen gelehrt. Das Alles hat ungezählte Milliarden gekostet und ebenso viele Milliarden wieder geschaffen. Zu allem Unglück hat auch noch die revolutionäre Gewaltpolitik der neuen Aera den Militarismus und das Danaidenfaß seiner Rüstungen in's Leben gerufen; die Millionen wiegen ihm leichter, als vor Zeiten ein paar Tausende. So ist der moderne Capitalismus nicht etwa aus dem „Reichthum älteren Datums" herausgewachsen, sondern aus den neu entdeckten dämonischen Kräften der Natur und ihrer maßlosen Ausbeutung entstanden und im Begriff, Alles, was einst Reichthum und Wohlhabenheit hieß, in sich aufzusaugen. Die Natur selbst scheint sich ja in unerhörten Elementarereignissen gegen die ihr auferlegte Dienstbarkeit zu empören, warum nicht der Mensch gegen die neue Art von Sklaverei?

Die Arbeiterwelt bildet wenigstens noch eine bestimmte Vereinigung, die sich durch den Streik zu wehren vermag. Aber ringsum steigt die trübe Fluth des Proletariats immer höher an, die baare Vernichtung jeder socialen Existenz. Bei der Berathung der Handwerkerfrage im Reichstag vor vier Jahren hat der Abg. Hitze gesagt: „Fällt dieser Mittelstand, dann stürzt auch die bloß auf zwei Classen: Proletarier und Vermögende, reducirte Gesellschaft zusammen." Der socialdemokratische Redner erwiderte: „Ja, aber ihm ist nicht mehr zu helfen; die erste Maschine hat ihm das Grab gegraben."[1] Auch die andere „sociale Nothwendigkeit", um mit Hrn. Hitze

1) „Augsburger Postzeitung" vom 12. März 1885.

zureden, die Landwirthschaft, versinkt mehr und mehr in die Verschuldung. Weder der gesteigerte Brodbedarf der stark vermehrten Bevölkerung, noch der Gottessegen einer reichen Erndte kommt ihr mehr zu Gute.

Preußen hatte eine vortreffliche Erndte im Jahre 1887, trotzdem betrug die Neuverschuldung der ländlichen Bezirke in dem Jahre 133 Millionen. Früher hat Deutschland Getreide ausgeführt und fremder Bodenfrucht nicht bedurft. Seitdem die Bevölkerung gestiegen ist und der Eisenbahnbau Hunderttausende von Morgen Ackerlandes absorbirt hat, ist das Mißverhältniß erschreckend geworden. „Es vollzieht sich in dieser Aera der Weltwirthschaft eine Ausraubung Deutschlands und anderer Culturstaaten durch die überseeischen ackerbauenden Staaten, die allein genügt, uns in kurzer Zeit dem Bankerott entgegenzuführen. So überstieg von 1872 bis 1885 die Einfuhr nach Deutschland unsere Ausfuhr um 3067,800,000 M., eine Summe, die sich erst begreifen läßt, wenn man bedenkt, daß der Werth des gesammten, zur Grundsteuer eingeschätzten Landes des preußischen Staates nur 18,659 Millionen M. beträgt". [1]) Freilich traurig; aber andererseits, wenn diese Einfuhr nicht wäre, so hätten wir in jedem schlechten Erndtejahr, wie heuer, die Hungersnoth.

Die Leistungen der „dämonischen Naturkräfte" haben aber auch ihren moralischen Einfluß auf die weitesten Volkskreise ausgeübt. Wer heute um 50 Jahre zurückdenkt und die jetzige Lebenshaltung in allen Schichten, namentlich die der jüngeren Generation, damit vergleicht, der glaubt sein Volk nicht mehr zu erkennen. Der neue Verkehr hat die alte selbstgenügsame Ruhe in Stadt und Land gestört und Alles ineinander geschoben. Es ist, als wenn die engen kleinbürgerlichen Verhältnisse Niemand mehr genügen wollen, und Jedermann sozusagen aus der eigenen Haut fahren möchte. Ueberall stellen sich neue Bedürfnisse ein, während die Mittel zur Be-

---

[1]) Berliner „Kreuzzeitung" vom 19. November 1886.



friedigung für die große Menge immer weniger werden. Der Begriff einer menschenwürdigen Existenz überbietet sich vom Ackerknecht an stufenweise nach aufwärts. Der unerhörte Luxus der Höheren reizt die Begehrlichkeit der Niederen. Der Hang zum Massenvergnügen, die Festfeierwuth steigert alljährlich die Genußsucht. Die Genußsucht stumpft das religiöse Gefühl zusehends ab, und das Uebrige thut die sogenannte Bildung der modernen Schulmeisterei. Dem in baare Sinnlichkeit versinkenden Volke predigt man vergeblich von Zufriedenheit mit seinem Stande, aber Herz und Ohr stehen offen für die Eindrücke des Neides und Hasses gegen Jeden, der es besser hat. Das ist der Gährungsstoff, der sich in allen civilisirten Ländern niedergeschlagen hat, gerade in denen am meisten, die noch in der letzten Zeit äußerlich als die glücklichsten, reichsten und zufriedensten erschienen; und in dem Maße, als es geschah, strömt die socialistische Bewegung wie ein Feuerstrom unaufhaltsam durch die Gesellschaft.

Es ist eine neue Welt, die sich seit der französischen Revolution, aber nicht durch sie aufgethan hat. Ihrem Geiste konnte noch gewehrt werden, und ist je nach den Verhältnissen der einzelnen Länder Jahrzehnte lang gewehrt worden. Als aber die dämonischen Naturkräfte hinzutraten und der alten Gesellschaft ihre Welt unter den Füßen hinwegzogen, da war alles Sträuben der einzelnen Nationen ohnmächtig. Seit einem Jahrzehent sind in allen großen Centren dießseits und jenseits des Oceans sociale Explosionen erfolgt, nirgends konnte ihre Wiederkehr abgeschnitten werden. Als vor fünf Jahren in Frankreich die wirthschaftliche Krisis ausbrach, und in Paris allein an hunderttausend Arbeiter ihren Hunger anmeldeten, da fuhr das republikanische Regiment erschreckt in die Höhe. Der berühmte Redner Graf Albert de Mun schildert den Hergang: „Zehn Tage hindurch folgten Reden auf Reden, ohne daß ein praktischer Entschluß zur Beseitigung der Uebel der Gegenwart, noch ein Plan, den zukünftigen

zubeugen, zu Stande gekommen wäre. Die Mißstände lagen zu laut, als daß man sie hätte leugnen können; man konnte die Augen nicht mehr verschließen vor der erschöpften Industrie, der zerstörten Landwirthschaft, den auf's Tiefste beunruhigten produktiven Classen, die von Haß durchwühlt, von der Spekulation ausgesogen sind. Als man aber einen Schluß aus diesen Thatsachen ziehen wollte, da wußte man nichts Besseres, als sich gegenseitig der Schuld am allgemeinen Bankerott anzuklagen." [1])

Die „Arbeitslosigkeit" in Massen ist stets als das gefährlichste Uebel betrachtet worden, und hat sich seit mehreren Jahren, namentlich zur Winterszeit, bald da und bald dort in vulkanischen Ausbrüchen kundgegeben. Mit jeder Aufstellung einer neuen Maschine wird das Uebel bedrohlicher. Auch im deutschen Reich ist seinerzeit die Abwehr gegen unverschuldete Arbeitslosigkeit als eine Hauptaufgabe der Socialreform betrachtet, sogar das „Recht auf Arbeit" als landrechtlich in Preußen verkündet worden. Der dort betretene Weg führt aber nicht über diesen Berg; er könnte nur mit Hülfe internationalen Vorspanns bestiegen werden, also ist man lieber vor ihm still gestanden. Dafür ist ein internationaler Gedanke anderer Art laut geworden.

Die Landwirthschaft im Osten Preußens leidet sogar Mangel an „Händen", insbesondere seitdem die „nationale Politik" des Kanzlers die polnischen Arbeiter ausgetrieben hat und den Polen die Grenzen strenge verschlossen hat. So hat denn gegen Ende v. Js. die preußische „Chinesenfrage" plötzlich alle Welt überrascht. Die Agrarier in Westpreußen, Posen und Schlesien haben den Gedanken ernstlich erwogen, aber auch in Holstein, Schleswig und Hamburg hat man insbesondere für die Bemannung der Seeschiffe nach Chinesen und Negern an Stelle der theurer werdenden einheimischen „Hände" ausgeschaut. In Flensburg haben sogar schon Unterhandlungen mit drei aus England herübergereisten Chinesen statt-

[1]) „Augsburger Postzeitung" vom 31. Juli 1884.

gefunden. Daneben die Hunderttausende, die **vergeblich** nac Arbeit suchen, — das beleuchtet erst recht die **Unnatur** de modernen Zustände. Wenn die schwindelhaft in die Höhe ge triebene deutsche Industrie heute oder morgen **ihren** unaus bleiblichen Krach erlebt, dann wird die Eigenart der **deutsche**r Socialreform an der Arbeitslosigkeit in Massen **ihre** ver doppelte Schwierigkeit haben; denn gegen sie ist **gesetzlich** ga nichts vorgekehrt.

Auf dem Pariser Arbeitercongreß haben ohne **Frage** die deutschen Socialdemokraten die erste Rolle **gespielt**; **sie** ver-traten dort diejenige sociale Gemeinsamkeit **aller** Völker, welche deren Machthabern und vor allen ihrem **Vaterlande** verloren gegangen ist. Die neue Welt der **dämonischen** Natur-kräfte hat nirgends rascher als in Deutschland die Geister in den unteren Schichten geweckt und zur socialen Bewegung herangezogen. In den letzten Sechsziger Jahren **noch** klein, machtlos, verspottet, verfügt die socialdemokratische Partei jetzt über eine Million Stimmen bei den Reichstagswahlen. Damals zum größeren Theile noch in der „nationalen“ Richtung befangen, gibt sie jetzt den Engländern und Fran-zosen den internationalen Ton an. Selbst die **preußische** Staatsidee hat sie auf halbem Wege zum Socialismus hinübergezogen, und lehrt nun alle Völker die folgerichtige Ausbildung des Socialstaats ohne Gott, ohne König und Kaiser. Es ist nicht bloß der Geist der französischen Re-volution, der ihr entgegenkommt; sie kann ihren Stamm-baum, schon durch die Persönlichkeit ihrer Gründer, auf einen viel älteren Bruch mit der christlichen Tradition zurück-führen. „Ich bin“, hat Hr. Liebknecht mir einmal gesagt, „als Protestant geboren; aber ich weiß, wenn ich ein reli-giöses Bedürfniß hätte, müßte ich katholisch werden.“

Der Arbeitercongreß in Paris hat in zwei gesonderten Versammlungen getagt, deren eifrig angestrebte Vereinigung nicht zu Stande kam, außer inter pocula bei der Bewirthung im Pariser Stadthaus. Es waren einerseits die „Possibi-

" oder „Opportunisten" unter französischem, andererseits
Marxisten" oder „Collektivisten" unter deutschem Ueber=
-wicht. Die Spaltung wird, von persönlicher Eifersucht der
-rer abgesehen, darauf zurückgeführt, daß die letzteren
-ralistisch, die ersteren mehr föderalistisch gestimmt seien.
-leicht könnte man sagen, diesen hänge noch etwas von den
-tionalen" Eierschalen an den Flügeln, jene hätten sich
-rnational rein geputzt. Wer als Sieger aus dem Wider=
-t hervorgehen wird, ist nicht fraglich, wenn auch die endgül=
-e Lösung nicht von heute auf morgen zu erwarten ist.
Von den vier Sekten, welche sich unter die socialistischen
-eiter Frankreichs theilen, tagten zwei mit den Marxisten,
-i mit den Possibilisten. Letztere verloren auch noch aus
-deren Nationalitäten während des Congresses Ueberläufer
-n die Marxisten. Am auffallendsten aber war die Haltung
-er Engländer. Sie erschienen vier= und fünffach gespalten.
Die Oberleitung der berühmten Trade's unions, der „parla=
-mentarische Ausschuß", hatte Enthaltung beschlossen, und die
Mehrzahl der englischen Gewerkvereine blieb demgemäß fern
von Paris. Die Londoner „Socialdemokratische Föderation"
dagegen zählte zu den Possibilisten, und brachte durch ihre
Führer, welche auch in den Gewerkvereinen Einfluß haben,
einen Theil derselben mit in den Possibilisten=Congreß,
während wieder ein anderer Theil sich den Marxisten an=
schloß. Der allgemeine Eindruck war aber doch der, daß in
der stolzen brittischen Gewerksvereins=Organisation das soci=
-alistische Element immer weiter vordringe, und die alte Ab=
geschlossenheit derselben gegenüber der festländischen Social=
demokratie ihrem Ende entgegengehe. [1])

Das wäre von großer Bedeutung für die Geschichte der
socialistischen Bewegung überhaupt. Die Trade's unions sind
als streng wirthschaftliche Vereinigungen, mit Ausschluß aller

---

[1]) Berliner „Germania" vom 3. Juli 1889. — Wiener „Vater=
land" vom 17. Juni 1888.

politischen Programme, gegründet; mit einer Million Mitglieder verfolgten sie lediglich das Ziel, der vereinigten Capitalmacht die vereinigte Arbeitskraft entgegenzustellen. Ihr gesunder praktischer Sinn machte sie zu gebornen Gegnern alles Staatssocialismus im Begriff. Noch im vorigen Jahre war diese ihre Haltung so entschieden, daß die Deutschen vom „internationalen Arbeitercongreß“ in London lieber wegblieben. Der englische Präsident des Congresses, Hr. Shipton, gab die bedeutsame Erklärung: „die Deutschen hätten mit ihrer Vertretung Abgeordnete und Schriftsteller betraut, diese aber wolle der Vorstand der Gewerkgenossenschaften nicht anerkennen, weil er an dem Grundsatze festhalte: ‚die Arbeit solle die Sache der Arbeit regeln‘; Angehörige anderer Classen hätten damit nichts zu schaffen.“ [1]) Seitdem auf dem Genfer Congreß von 1873 die alte „Internationale“ an innerer Verfeindung und äußerm Drucke zu Grunde gegangen war, sind alle Versuche ihrer Wiederbelebung gescheitert und zwar hauptsächlich an dem Widerstande der Engländer. So noch bei dem Arbeitercongreß in Paris von 1886, wo die englischen Delegirten schon in der dritten Sitzung mit den Franzosen und Belgiern zusammenstießen und dann ihre Zustimmung versagten. [2]) Wie groß indeß immerhin die Verworrenheit innerhalb der Bewegung überhaupt noch seyn mag, jedenfalls waren die Deutschen wieder bei einem Congreß und zwar in Paris, ohne mit leeren Händen zurückzukehren.

Uebrigens gibt es, sobald der große englische Gewerkverein von seinem Standpunkt als streng wirthschaftliche Vereinigung abgedrängt ist, keine wesentliche Verschiedenheit mehr unter den Socialisten. Wenn man auf die „Anarchisten“ hinweist, die ja von letzteren selbst feierlich verläugnet sind, so handelt es sich im Grunde auch hiebei nur um die Fragen

---

1) Berichte der Münchener „Allg. Zeitung“ vom 22. Nov. 1888 und 1. April 1888.

2) Bericht der Münchener „Allg. Zeitung“ vom 10. Sept. 1886.

Taktik. Allerdings darf man der Socialdemokratie nicht
ganze krause Gesellschaft als ihren „fortgeschrittensten
[illegible]el" auf die Rechnung setzen. Einerseits rekrutiren sich
[illegible]mosen „Polizeispitzel" hauptsächlich unter den sogenannten
[illegible]chisten, anderntheils bedienen sich Diebe, Räuber und
[illegible]der der Flagge des Anarchismus, wie namentlich der
[illegible]'sche Club in London.[1]) Aber die Mittel der social-
[illegible]olutionären Partei können doch nicht unter allen Um-
[illegible]den bloß parlamentarische seyn; man kann sich dagegen
[illegible]ahren, daß davon voreiliger Gebrauch gemacht werde,
[illegible] dabei doch mit den Voraussetzungen des Anarchismus
[illegible]rstanden seyn.

Die „dämonischen Naturkräfte", welche der Mensch in
[illegible] Dienst stellen konnte, haben die Wunder des neuen
[illegible]kehrs ermöglicht und die capitalistische Produktion ge-
[illegible]ffen, aber sie haben auch die wirksamsten Methoden der
[illegible]nichtung enthüllt. Vor einigen Jahren war man schon
[illegible], unser Zeitalter als die Aera des Dynamits zu be-
[illegible]. Als damals die Dynamit-Explosionen in London
[illegible] ganze Welt aufschreckten, beschäftigte der Fall auch den
[illegible]damerikanischen Congreß. „Es liegt leider", so bemerkte
[illegible] Ohrenzeuge bei der Verhandlung, „wie Jeder mit bangem
[illegible]fühle zugesteht, in diesen Explosivstoffen eine große Gefahr
[illegible] Gesellschaft und Staaten; von Zeit zu Zeit immer mehr
[illegible]bessert und gefährlicher, machen sie die blutigen, gewaltigen
Revolutionen überflüssig, indem eine Conspiration von wenigen
[illegible]tremen Anarchisten genügt, um gewaltige Störungen und

---

1) S. Berner „Bund" in der Berliner „Germania" vom 9. September 1885. — Bezeichnend ist es auch, daß die Wiener „Neue Freie Presse" wiederholt (s. die Nummern vom 28. und 29. September 1887 und vom 17. Juli 1888) die eingehendsten Berichte, als wäre der Verfasser selbst dabei gewesen, über die anarchistische Bewegung im Allgemeinen und die „ausländischen social-revolutionären Organisationen in London" insbesondere zu bringen vermochte.

Veränderungen in den Staaten herbeizuführen." Im Senat aber erklärte ein Herr Ingalls: „Solche Dynamitakte sin allerdings eine Kriegserklärung gegen die menschliche Gesell schaft; aber innerhalb der menschlichen Gesellschaft befinde sich schlimmere Uebel als Dynamit, welche eben den Gebrauc oder Mißbrauch des Dynamits möglich machen. Armut und Elend der arbeitenden Classen, Unterdrückungen de Volkes, Unrecht und Dulden, seit Jahrhunderten schon ertragen, dieß alles ruft endlich nothwendig die furchtbaren Mittel der Zerstörung gegen die Unterdrücker auf." [1]) Solche Be gründung des liberalen Bundessenators könnte jeder Anarchist einem zimperlichen Socialdemokraten vorhalten.

Dämonische Naturkräfte gegen den Mißbrauch dämonischer Naturkräfte: der Anfangs- und Endpunkt des glänzenden Zeit alters der Bourgeoisie. Der bekannte englische Marxist, Hyndman, bekämpft entschieden die anarchistische Methode, durch isolirte Putsche die alte Gesellschaft zerrütten zu wollen; aber er sagt: was das Pulver gegen den Feudalismus war, das sei der Dynamit gegen den Capitalismus; „er sieht in dem Dynamit denselben unbekämpfbaren Todfeind der Bour geoisie, der einst im Schießpulver dem grundbesitzenden Adel entstand und dessen Herrschaft vernichtete." [2])

---

1) Aus Washington in der Münchener „Allg. Zeitung" vom 26. Februar 1885.

2) Münchener „Allg. Zeitung" vom 4. Juli 1884.

XXIII.

Ein Wort über die sogenannten Pack'schen Händel und ihre Behandlung in der Geschichte.

III. Die neuesten Forschungen über die sogenannten Pack'schen Händel und die Ergebnisse dieser Forschungen.

Auf katholischer Seite hat es seit Cochläus, Frieß, Surius fest festgestanden, daß das Bündniß erdichtet sei. Nach so vielen und so schwerwiegenden Beweisen lag das auch auf der Hand. Dagegen hat man Philipp trotz seines gewaltthätigen und sittenlosen Charakters in dieser Sache meist entschuldigt. Man nahm an, daß er betrogen sei. Doch hat u. a. Masenius nicht unterlassen, die Stellung Philipps in den Pack'schen Händeln auf recht bemerkenswerthe Weise zu kennzeichnen.[1]) Nach den Veröffentlichungen von Gudenus und von Rommel war es möglich, etwas weiter in das Dunkel dieser sogenannten Pack'schen Händel einzudringen. Ein junger katholischer Gelehrter nahm sie zum Vorwurf einer Erstlingsarbeit, die auf allseitige Vollendung keinen Anspruch erhob. Er machte den Versuch, dem Landgrafen den ihm gebührenden Platz in diesen Händeln anzuweisen. Dadurch hat er diese Geschichte mehr

1) Natus ad hanc rem (sc. vim et arma meditari ut bello haeresim suaderet) Philippus Hassorum Dominus inquieti audacisque ingenii leviculam ab aliena perfidia opportunitatem acceperat. Historia Caroli V. etc., p. 162—163.



gefördert, als seit langem geschehen. Ehses trägt kein Bedenken, die ganze Verantwortung für den Betrug und für die Folgen desselben dem Landgrafen Philipp zur Last zu legen. Otto von Pack hat, freilich durch eigene Schuld, dem Landgrafen als Werkzeug dienen müssen.[1] Das Urtheil des Verfassers über Philipp lautet dahin, „daß Philipp in den Pack'schen Händeln alle Gesetze des Völker- und Menschenrechtes, alle Gesetze der Wahrheit und Redlichkeit in einer Weise verletzt hat, die es unbegreiflich erscheinen läßt, wie ihm blinde Voreingenommenheit den ehrenden Beinamen des Großmüthigen geben konnte. Und diese Vorwürfe treffen ihn um so schwerer, da er, um sich persönlich zu decken, sein mißbrauchtes Werkzeug dem berechtigten Zorne der beleidigten Fürsten zum Opfer brachte. Die Strafe, die dieses Werkzeug zwar spät, aber doch noch zeitig genug ereilte, war immerhin eine wohlverdiente. Aber die Gerechtigkeit fordert gebieterisch, daß wir eine Verantwortung von seinen Schultern nehmen, die ganz und voll auf einem andern lastet. Philipp hat einem in der Hauptsache Unschuldigen die Sühne für die eigene Schuld aufgebürdet". (S. 220—21.)

Die Schrift von Ehses hat unter den Freunden und Vertheidigern des Hessenfürsten eine große Rührigkeit hervorgerufen. Gleich im folgenden Jahre erschienen zwei Abhandlungen über denselben Gegenstand. Die Archive wurden auf's Neue für Philipp durchforscht und es erschien für Philipp die Schrift „Landgraf Philipp und die Pack'schen Händel" von H. Schwarz. Am wenigsten ist Schwarz mit dem Endurtheil von Ehses zufrieden. Er scheint auch der Ansicht zu sein, dasselbe durch seine Arbeit umgestoßen zu haben. „Eine nähere Prüfung dieser Untersuchungen von Ehses," sagt er, „wird zu Ergebnissen führen, welche, wie ich hoffe, auch seinem ‚erschöpfenden Urtheil' gegenüber die vorliegende Arbeit nicht unberechtigt erscheinen lassen". Das könnte

1) Ehses 1, 5.

ziemlich bescheiden erscheinen. Etwas anders klingt der des Bevorworters von Schwarz: „Auch nach den en Arbeiten über die Geschichte der Pack'schen Händel", W. Maurenbrecher, „schien für eine neue Behand- der Frage noch immer Raum zu sein: es galt, noch al möglichst objektiv das Verhalten des Landgrafen pp von Hessen zu untersuchen. Daß diesem Fürsten dings in sehr tendentiöser Weise die ganze Schuld an 1528 vorhandenen Verwicklung beigelegt worden ist, gab weiteren Anstoß zu erneuerter Prüfung des Sachverhalts. Verfasser der hier eingeführten Arbeit hat, wie ich glaube, handgreiflicher Evidenz den Ungrund jener Anschuldigung sen und die Leichtfertigkeit der sogenannten historischen chung, wie sie heutzutage auf ultramontaner Seite be- en wird, in sehr helle Beleuchtung gesetzt. Gerade aus em Gesichtspunkt darf ich die fleißige, sorgsame und vor- tige Beweisführung dieser Arbeit der Beachtung aller chgenossen empfehlen."

Es scheint sich also hier zu handeln um eine erfolgreiche beit zu Gunsten Philipps, um eine siegreiche Beweisführung die Unschuld Philipps. Da ist es doch nothwendig, die htigeren Beweise von Schwarz ein wenig zu prüfen und sehen, was zu Gunsten Philipps geleistet ist und was sich ihn leisten läßt.

Auf S. 32 und 33 spricht Schwarz von den bekannten pfern Ausschreiben", mit welchen Philipp seinen „auf Ver- waltigung anderer gerichteten Anschlägen den Schein ab- rungener Nothwehr" geben wollte. Nachdem Schwarz eine zahl von Stellen angeführt, kommt er gegen Ehses zu dem hluß, daß es unglaublich erscheint, wenn Ehses S. 44 iese, wie wir klar sehen", so sagt Schwarz, „bereits am März beschlossenen Ausschreiben als ein Ende März oder fang April von Kurfürst Johann ausgesprochenes Ver- ngen hinstellt, dem Philipp ‚ungern genug' am 23. April chgegeben habe. (E. 47 f.)" „Natürlich ist auch Ranke 3, 31,

wonach erst auf Sendung des Kurprinzen nach Kassel
Landgraf sich endlich entschließen mußte, Luthers Rath
befolgen und vor allem das Bündniß bekannt zu ma
zu modificiren.“ So schreibt Schwarz, indem er von E
keinen einzigen Satz wörtlich anführt, von Ranke leider ge
das ausläßt, was das Ausschreiben, um welches es
handelt, unzweideutig kennzeichnet, das anführt, was in se
Verstümmelung nicht geeignet ist, dem Leser Klarheit zu ge

Es handelt sich, wie jedermann, der einigermaßen
den Pack'schen Händeln bekannt ist, weiß, in diesen Hän
um zwei Arten von Schreiben des Landgrafen und des K
fürsten an die andern Fürsten. Die Schreiben der er
Art sind die „tapfern Ausschreiben“, die Manifeste, we
unmittelbar vor dem heimtückischen Ueberfall ausgehen soll
Mit diesen Schreiben wollten die Weimarer Bundesfür
ihre That vor der Oeffentlichkeit beschönigen und rechtfert
ihr den Schein abgedrungener Nothwehr geben. Diese Schrei
verlangte Philipp und ein solches hat er bekanntlich am 22. M
als er im Begriffe stand, loszubrechen, aus eigenstem An
triebe auch wirklich erlassen.[1]) Die Schreiben dieser Art
waren beim Weimarer Bunde am 9. März ausgemacht.—
Die Schreiben der zweiten Art waren diejenigen, wod
den von Philipp verdächtigten katholischen Fürsten in ehrl
offener Weise das sogenannte Bündniß mitgetheilt werde
sollte, um daraufhin Friedensunterhandlungen anzuknüpfen
sich des Kriegs zu begeben und den „Frieden ernstlich z
suchen“.[2]) Diese Friedensschreiben stehen im schärfsten Gegen
satz zu jenen heuchlerischen Kriegsmanifesten, welche zu Weimar
im März geplant waren. Sie wurden Ende April bei der
sogenannten mitigatio in Weimar beschlossen.[3]) Von diesen

1) Vgl. Hortleder I, 776.

2) Vgl. de Wette 3, 318, 322, 323; auch Bugenhagen bei Burkhardt 595—596.

3) Vgl. Seckendorf 2, 95 „alia conventione d. 23. (28.) Aprilis priorem mitigavit“ und Melanchthon: „Hoc igitur obtinuimus,

reiben spricht Ehses S. 44 f., daß man nämlich ganz
Sinne Luthers zuvor alle Mittel vorkehren und darum
nächst den Breslauer Bundesfürsten in energischen Aus-
eiben das Rechtswidrige ihrer Handlungsweise vorhalten
e, und ist Hoffnung, sagt er, „danach die Leute wären,
die Antwort gerathen," d. h. im Sinne Luthers der
ug vermieden werden. Ebenso spricht Ehses S. 47 von
Unterhandlungen", die Philipp hatte versprechen müssen.
diesen und nicht von jenen „tapfern Ausschreiben" spricht
Ranke. „Der Landgraf", sagt er, „mußte sich endlich
schließen, Luthers Rath zu befolgen und vor allem das
ndniß bekannt zu machen, [nicht um dann, wie es auf die
nifeste geschehen sollte, loszubrechen, sondern] um die darin
nannten Fürsten zur Verantwortung aufzu-
dern." Diese letzten Worte, welche klarstellen, um welche
reiben es sich bei Ranke handelt, läßt Schwarz leider
. Diese „Friedensschreiben" nun wollte Philipp durchaus
. Er sträubte sich aus allen Kräften dagegen und wußte
Absendung derselben bis zum 22. Mai, wo er es „mit
ßem Zorn" geschehen ließ, zu hintertreiben.[1]) Um diese
den Arten von Schreiben und das, was mit ihnen noth-
ndig verbunden war, das Hereinbrechen des Kriegs oder
Anbahnung des Friedens drehten sich all' die aufgeregten
Unterhandlungen zwischen Philipp und den Sachsen. Das
rste, den in Weimar am 9. März beschlossenen und durch
ne Manifeste zu verhüllenden „Fürsten-Aufruhr", wünschte
sich Luther „wie eine Pest vom Leibe" und nahm keinen An-
stand, es einen „Gräuel" zu nennen. Das Zweite, vorher-
gehende Verhandlungen mit den katholischen Fürsten, bei

---

ut de pace agi paterentur. C. R. I, 986—987. Vorher war ein ungerechter Ueberfall beschlossen, wie Melanchthon ebendort mittheilt.

[1]) Mit diesem Handeln ist zur besseren Würdigung Philipps sein Reden (Burkhardt 590) zu vergleichen.

welchen Aufklärung und friedliche Beilegung der unheimlichen Sache, die ihm das Schicksal Münzers hätte bereiten können in sicherer Aussicht stand, wünschte Luther aus ganzer Seel herbei. „Selig sind die Sanftmüthigen, denn sie werden das Land erben", wiederholt er in seinem Schreiben. „Jag Friede nach, so wird Gott des Friedens mit euch sein." Es sei „widder alle weltliche Recht, welche doch von Gott und in der Schrift bestättigt sind, daß man jemand angreife oder strafe, ohne denn er verhöret, verklagt und Antwort geben hat". „Selig sind die Friedsamen, denn sie werden Gottes Kinder heißen. Ohn Zweifel unselig und unglückselig werden sein, dazu auch des Teufels Kinder, so zu Krieg und Unfriede Lust haben."[1])

Diese beiden für die Pack'schen Händel so elementaren Dinge nun, welche für Luther in seiner zweimonatlichen „Gewissensangst" so verschieden waren, wie Wasser und Feuer, und die in der That so verschieden sind, wie ein friedlicher Ausgleich verschieden ist von einem heimtückischen Raubanfall, wirft Schwarz an der angegebenen Stelle in einen Topf, um daraus einen vernichtenden Beweis für die „unglaubliche Leichtfertigkeit", mit welcher der ultramontane Ehses Geschichtsforschung treibt, herauszuholen. Und nachdem er diese nicht unbedeutende Confusion fertig gebracht, sagt er in seinem Ausruf über Ehses: „wir sehen klar". Maurenbrecher aber gibt ihm nach bestem Dafürhalten das Patent mit auf den Weg, daß er „zu handgreiflicher Evidenz die Leichtfertigkeit der sogenannten historischen Forschung, wie sie heutzutage auf ultramontaner Seite betrieben wird, in sehr helle Beleuchtung gesetzt hat".[2]) In der That aber scheint es evident, daß Schwarz weder Ehses noch Ranke richtig zu lesen wußte,

1) Vgl. de Wette 3, 317, 322, 323.

2) Nach der Deutschen Litteraturzeitung soll die Schrift von Schwarz auch noch eine „sorgfältige Aufdeckung der Arbeitsmethode" von Ehses sein.

sich nicht einmal über die primärsten Dinge in den Pack'schen Händeln klar geworden ist.

Wir dürfen daher wohl gerade „aus diesem Gesichtspunkte“, nämlich um sich zu überzeugen, auf welcher Seite „Leichtfertigkeit der sogenannten historischen Forschung“ ist, die Beweisführung von Schwarz mitsammt der Einführung von Maurenbrecher „der Beachtung aller Fachgenossen“ empfehlen. Sie fordern dazu auf, die feindseligen Pläne Philipps gegenüber den friedlichen Bemühungen von anderer und selbst protestantischer Seite zu untersuchen und so gebührend in den Vordergrund zu stellen.

Auf derselben Seite 33 führt Schwarz noch einen andern Beweis. Er will gegen Janssen zeigen, daß Philipp nicht bezweckte, „seinen auf Vergewaltigung anderer gerichteten Anschlägen den Schein abgedrungener Nothwehr zu leihen“. Als Beweis führt Schwarz an: „Von Vergewaltigung anderer ist weder im Weimarer Bunde, noch in dem Manifest, welches daraus hervorging, irgendwo die Rede“. Als ob Philipp dem Kurfürsten beim Weimarer Bunde offen gesagt haben sollte, er wolle die Vergewaltigung anderer. Und gar in dem Manifest, welches ja eigens zur Verhüllung und Bemäntelung der Gewaltthätigkeiten bestimmt war, hätte von Vergewaltigung die Rede sein sollen! Indessen fährt Schwarz fort, Philipp für Philipp zum Zeugen anzurufen. „Wir thun es nicht aus Lust, sondern aus gedrungener Noth“, schreibt Philipp. — Aber bei Luther kann jedermann sehen, daß Philipp, selbst nach Luthers Urtheil, unwahr von sich berichtet. Denn unter den Teufelskindern, so zu Krieg und Unfriede Lust haben, steht Philipp an erster Stelle, ist gerade Philipp und seine Gesinnungsgenossen gemeint. Luther und Melanchthon bezeichnen ja an einer anderen Stelle den Kampf, welchen man von Sachsen aus gegen Philipp um den Frieden zu führen hatte, als einen Kampf gegen die „Brunst zu kriegen“.[1]

[1] De Wette 3, 323.

Die Thatsachen sprechen laut für die Auffassung Luthers und Melanchthons gegen die Behauptung Philipps. Auf solche Behauptungen Philipps über sich und für sich stützt man eine Beweisführung, welche „der Beachtung“ empfohlen wird.

Nicht weniger beachtenswerth ist eine andere Beweisführung von Schwarz. Daß Philipp der Pack'schen „Urkunde“ Glauben schenkte, sagt er S. 28, „befremdet um so weniger, als mit ihm, wie wir sehen werden, nicht nur der alte bedächtige Kurfürst Johann und die Evangelischen insgesamt, sondern auch die kaiserlichen Regimentsräthe von deren Wahrheit und Echtheit überzeugt waren“. Zum Beweise für „dies alles“ verweist er auf Exkurs I. In diesem Exkurse kommt der Verfasser S. 132 auf diesen Punkt und behauptet wiederum, „daß außer Philipp noch eine ganze Reihe anderer Leute trotz jener Fehler die ‚Urkunde‘ für echt hielten. Weder nahm Kurfürst Johann daran Anstoß, noch — von Luther, Melanchthon, Spalatin nicht zu reden — die Regimentsräthe zu Speier, welche, nachdem ihnen die Urkunde zugegangen war, sogleich die darin genannten Fürsten durch strenge Mandate zur Auflösung ihres Bündnisses aufforderten.“ Für Spalatins „Gewißheit“ führte er dann die bekannten Worte, mit welchen dieser den Pack gleichsam als Märtyrer bedauert, an. Für Luther und Melanchthon verweist er auf Exkurs II. In diesem Exkurse kommt Schwarz S. 150 f. auf die „Gewißheit“ Luthers. Schwarz will hier gegen Ehses beweisen, daß Luther's Privatbriefe, in welchen er in so scharfer Weise die Ueberzeugung von der Wahrheit des Bündnisses zur Schau trägt, nicht mit seinen Gutachten in Widerspruch stehen. Er kommt zunächst auf den Brief an Amsdorf vom 13. Juni. Und nachdem er hervorgehoben, was keiner leugnet, daß Luther hier die Gewißheit des Bündnisses behauptet, fügt er (Schwarz) die Behauptung hinzu: „In diesem Brief findet sich also die Gewißheit des Bündnisses geradeso wie in allen Gutachten ausgesprochen“ (S. 151). Damit ist nach allen Verweisungen von einer Stelle auf die andere die Beweis-

ührung des Verfassers für die gewisse Ueberzeugung Luthers
und der übrigen von der Wahrheit des Bündnisses zu Ende.[1])
Sie scheint noch weniger empfehlenswerth zu sein, als die
übrigen. Der letzte Satz, worauf diese Beweisführung sich
stützt, daß sich nämlich in dem Brief Luthers an Amsdorf
die Gewißheit des Bündnisses gerade so wie in allen Gut-
achten ausgesprochen findet, ist eine offenbare Unwahrheit.
Im Brief an Amsdorf heißt es: „multa alia valde.. prae-
sertim Ducem Georgium accusant et **convincunt** huius
sanguinarii foederis esse reum vel autorem." Gerade so
heißt es in keinem einzigen Gutachten Luthers, geschweige
denn in allen. In keinem wird auch nur mit einem Wörtchen
erwähnt, daß Georg oder auch irgend ein anderer katholischer
Fürst des Bündnisses **überführt** sei. Aber mehr noch.
In **keinem Gutachten** hat Luther ausgesprochen, daß er
Gewißheit von der Existenz des Bündnisses habe. Schwarz
behauptet, es finde sich **in allen** ausgesprochen. Es kommt
aber noch hinzu, daß Luther gleich im ersten Gutachten aus-
drücklich sagt, es sei „der Widersacher Schuld und That noch
nicht überzeugt noch am Tage", und hinzufügt, die katho-
lischen Fürsten hätten deshalb „nicht allein den feinesten
Schein, sondern auch allerdinge Recht, sich als aus Noth zu
wehren wider die, so ohne kais. Maj. Befehl aufrührerischer
Weise die Unschuldigen angriffen". Diese Worte sind in
keinem andern Gutachten weder ausdrücklich noch durch gegen-
theilige Behauptungen zurückgenommen. Außerdem liegen
über den fraglichen Punkt noch die Auseinandersetzungen
Philipps in seiner Antwort auf das erste Gutachten Luthers
sowie das Zeugniß Seckendorfs, der die Weimarer Akten
reichlich durchgesehen, vor.[2]) Aus diesen drei Beweisgründen

1) Die andern bekannten Briefe von Luther, welche Schwarz noch anführt, enthalten wesentlich dasselbe, wie die an Amsdorf.

2) Vgl. Seckendorf 2, 95. „Lutherus vero aut plenam fidem famae de illa praeparatione non habendam, aut ipsum aggressionis actum expectandum esse statuebat."



steht fest, daß Luther, solange die Pack'schen Händel im Gange waren, die feste Ueberzeugung von der Wahrheit des Breslauer Bündnisses weder hatte, noch zur Schau trug. Damit ist die Beweisführung von Schwarz auch bei diesem Punkt hinfällig und verdient keine „Beachtung", es sei denn wegen ihrer Hinfälligkeit und Nichtigkeit.

Wenn nun aber Luther, sobald die Pack'schen Händel zu Ende gingen, eine andere Ansicht hervorkehrt und in der leidenschaftlichsten Sprache die gewisse Ueberzeugung von der Wahrheit des Bündnisses zur Schau trägt, so ist diese, welcher, wie bemerkt, so viele protestantische Historiker bis auf unsere Tage nach Möglichkeit folgten, jedenfalls falsch. Sie dürfte aber auch als eine förmliche Lüge und Verläumdung Luthers gegen die katholischen Fürsten zu bezeichnen sein. Es kamen gerade damals zu den früheren Gründen für die Unechtheit des Bündnisses noch die einmüthigen Erklärungen der katholischen Fürsten als ebenso viele durchschlagende Beweise hinzu. Durchaus unzulässig aber würde es sein, behaupten zu wollen, daß bei diesen vollgültigen Beweisgründen für die Unechtheit des Bündnisses ein zurechnungsfähiger Mensch seiner früheren Ansicht entgegen zur gewissen Ueberzeugung kommen konnte, daß an dem Breslauer Bündniß etwas Wahres sei. Wenn ein so unvernünftiger und monströser Meinungswechsel bei Luther auszuschließen ist, bleibt, soweit ersichtlich, nichts anderes übrig, als daß Luther, sobald die Gefahr vorüber war, in jenen leidenschaftlichen Briefen fälschlich seine gewisse Ueberzeugung von der Wahrheit des Bündnisses in dem angegebenen Sinne behauptet hat. Da aber bei dieser Behauptung zugleich die katholischen Fürsten der Lüge beschuldigt wurden, wird man nicht umhin können, jene Behauptungen Luthers als ebenso viele Lügen und Verläumdungen gegen die katholischen Fürsten zu bezeichnen. Ganz mit Recht hat schon Herzog Georg dies hervorgehoben und das böswillige Benehmen Luthers mit scharfen Worten gebrandmarkt.

„Wir sind aber", sagt der Herzog, „Gott Lob des gewiß,

Martinus Luther mit alle seinem Anhang nicht den allergeringsten Schein wird mögen oder wissen anzuzeigen, darauß wie mit Bestande abgenommen oder dafür geachtet und glaubwürdig gemacht werden, daß wir jemals von den Sachen, davon solch erdicht Bündnuß gesagt, gerahtschlagt und gehandelt, ja auch gedacht haben. Aber gleichwol ist dieser evangelische Mann also kühne und unverschampt und darf sich solche überschwengkliche Lügen vor eine gewisse Warheit ausschreiten und nemlichen also von uns schreiben: Hertzog Jörgens allerkälteste Entschuldigung lege ich auß fast als Bekenntnuß." Würde auch nur irgend etwas gegen ihn vorgebracht werden, fährt Herzog Georg fort, „so wollen wir sagen, daß Luther uns nicht unrecht gethan, daß er unsere Entschuldigung die allerkälteste thut nennen. Ohne das aber, erfordert unsere Ehren Nothdurft zu sagen, daß Luther der allerkeldeste Lügner sei, als uns je einer fürkommen und der seiner Lügen gar keine Wärme noch Gestalt geben kann, und ohn alle Ursach und Nothdurft dieselbigen allwege mit einmengen muß." „Darauß ein jeder wol hat zu spühren, wie viel dergleichen lügenhafftiger Deutung er in der Heiligen Schrifft dem einfeltigen Manne wird beybracht und eingebildet haben. Nachdem er jetzt auch hat lassen hören, er wolle Ecclesiasticam historiam schreiben, so mag er diese seine Lügen wol mit darein setzen." Da Luther nicht widerrufe, sagt Herzog Georg, „so müssen wir von ihm sagen und schreiben, daß der abtrünnige Münch uns anleugt, als ein verzweifelter, ehrloser, meineidiger Böswicht".[1])

Als weitere Zeugnisse für den guten Glauben Philipps führt Schwarz, wie bemerkt, noch an, daß auch Kurfürst Johann und Melanchthon und die Evangelischen insgesammt und sogar die katholischen Regimentsräthe von der Echtheit und Wahrheit der Urkunde überzeugt gewesen (S. 28 u. 132).

1) Hortleder 1, 802 – 803, vgl. Neudecker, Actenstücke 1, 47 Note.

Der Kurfürst zunächst war nach dreiwöchentlichem stürmischen Drängen Philipps so wenig von der Echtheit der Copie überzeugt, daß er trotz der unwahren Behauptung Philipps, er habe das Original gesehen, die Herbeischaffung eben dieses Originales nachdrücklich verlangte. — Was dann die Regimentsräthe betrifft, so könnte aus den Mandaten, welche sie an die Fürsten erließen, schon an sich auf ihre feste Ueberzeugung von dem Bündniß nicht geschlossen werden. Sie konnten diese Mandate aus mancherlei andern politischen Gründen ganz und gar ohne jene Ueberzeugung für nothwendig halten und ausgehen lassen. Zum Ueberfluß ist gerade aus dem Exemplar, welches Schwarz (S. 32) anführt, deutlich genug zu sehen, daß sie diese Ueberzeugung und Gewißheit trotz der dreisten Behauptung der Protestanten und ihrer ernsten Rüstungen nicht hatten. Sie sprechen von dem „Bündniß sofern die anderst angezeigter Maaß gemacht".[1] So lassen also auch diese Zeugen den Vertheidiger Philipps im Stich. — Noch auffallender ist, daß Schwarz auf Melanchthon und sogar auf „die Evangelischen insgesammt" hinweist. Es ist derselbe Melanchthon, welcher ausdrücklich hervorhebt, daß schon „von Anfang darüber gestritten worden, ob jene Angabe von dem Bündnisse Glauben verdiene".[2] Damit ist auch über die „Evangelischen insgesammt" genug gesagt.[3]

Es ist also Thatsache, daß trotz der „fleißigen, sorgsamen, vorsichtigen Beweisführung" von Schwarz bis jetzt bei keinem die feste Ueberzeugung von der Wahrheit und Echtheit des Pack'schen Schriftstücks, wohl aber das Gegentheil bewiesen ist.

---

1) Bei Clarmann fol. 98—100. Vgl. Ehses 2, 160.

2) Vgl. Ehses 1, 230.

3) Die sonderbaren Worte, welche Spalatin nach Pack's Hinrichtung ausgesprochen, gehören in die Krisis der Pack'schen Händel nicht hinein und verdienen überhaupt nicht mehr Berücksichtigung als die Ausfälle Luthers am Schluß der Pack'schen Händel.

Uebrigens würde es nicht so sehr befremden, wenn Kur- Johann, Luther, Melanchthon, die allezumal damals genau wußten, auf welche Weise Philipp sich das Aktenstück schafft hatte, bei den dreisten Behauptungen des Land- in Betreff des Originals, der bekannten Copie einen blick Glauben beigemessen hätten. Wenn selbst die mentsräthe zeitweise geglaubt hatten, Hessen und Sachsen für ihre fieberhaften Rüstungen irgend einen zuver- gen thatsächlichen Grund und Beweis in den Händen, so würde das erklärlich sein. Daß aber Philipp, der wußte, wie er zu dem Schriftstück gekommen, und an seinen Behauptungen und Versprechungen Wahres dieser seiner Copie geglaubt haben soll, befremdet sehr. weil keiner der Copie traute, befremdet das noch mehr. muß daher mit der Beweisführung von Schwarz zugleich seine Behauptung: daß Philipp ihr (der Copie) Glauben te, befremde um so weniger, als mit ihm nicht nur alte bedächtige Kurfürst Johann" und die Evan- lischen insgesammt sondern auch die kaiserlichen Regiments- räthe von der Wahrheit und Echtheit überzeugt gewesen, somit alles, was Schwarz hier vorbringt, — durchaus verworfen werden.

Auch auf die Initiative bei der ersten Einfädelung der Pack'schen Händel zu Kassel erprobt Schwarz seine Beweis- führung. Freilich sind die Kasseler Abmachungen für die Entwickelung der Pack'schen Händel von keiner entscheidenden Bedeutung gewesen. Denn diese Copie hat bei Abschluß des Weimarer Bundes vom 9. März, wie oben gezeigt, den Aus- schlag nicht gegeben, sondern die falschen Behauptungen und Zusicherungen, welche Philipp hinzufügte, und sein ungestümes Drängen. Auf diesem Weimarer Bund beruhen aber die eigentlichen Pack'schen Händel. — Größere Bedeutung haben die Kasseler Abmachungen für die Beurtheilung der Personen, Philipp und Pack, für die Frage nach Schuld und Urheber- schaft bei Fälschung der Copie. Hier aber steht aus den

übereinstimmenden Aussagen Philipps und Pack's zunächst so viel fest, daß nicht Pack, sondern Philipp und zwar ohne jede Veranlassung von Seiten Packs die Initiative bei den Kasseler Verhandlungen ergriffen hat. Es steht ferner fest, daß Pack selbst nach der Initiative Philipps sich geweigert hat, auf die Sache auch nur mit einem Worte einzugehen.[1] Endlich steht fest, daß Philipp, nachdem einmal Pack schließlich („tandem") auf sein Drängen eingegangen war, diesen in einer förmlichen Zwangslage zur Lieferung des verlangten Schriftstücks gefangen hielt. Daraus ergibt sich, daß Philipp in dem Hervorbringungsproceß des falschen Schriftstücks die Initiative ergriffen, daß Pack erst nach einer sehr zähen Verweigerung hineingedrängt worden und sich dann als gezwungenes Werkzeug brauchen lassen mußte, ohne für die höchst gefährliche Arbeit auch nur „einen Heller oder Pfenning" zu bekommen. Das alles steht fest und danach ist die Urheberschaft Philipps bei dieser Fälschung zu entscheiden. Rommel gesteht „nach der eigenen Erzählung des Landgrafen, die durch Pack's Aussagen bestätigt wird", wenigstens doch die Initiative des Landgrafen offen und ehrlich ein.[2]) Leider kann man dieses Lob der Arbeit von Schwarz nicht beilegen.

Gleich im Anfange macht Schwarz einen Winkelzug gegen Pack, um diesem eine allererste Initiative beizulegen. Er

---

1) „Darauf hat er mit grosser bekummernus mir nichts sagen wollen", sagt Philipp. „Da hab ich Jnen gebeten, als billich, das er mir sagen wolte, wie es ein gestalt darumb habe. Jch wolle gegen E. L. nicht thun mit andern mehr worten, da hab ich es Jme zusagen mussen, wie obsteet, da hab ich an seinen blossen worten nit wollen gesettiget sein". Rommel 3, 18. Vgl. dazu Pack: „Cum Landgravius dixisset ipsi Doctori quod intellexisset quoddam Foedus Vratislaviae initum, et quod valde institisset ipse Landgravius apud ipsum Reum, ut ei indicaret de hoc foedere." Gudenus 4, 637.

2) Rommel, Philipp der Großmüthige 1, 211. Frühere Historiker legen Pack die Initiative bei, selbst Lauze, dem doch wohl dieselbe oder noch bessere Auskunft als Ranke zu Gebote stand.

„die Mittheilung, welche Otto von Pack bei Landgraf
pp machte," mit dem Anerbieten Pack's in der nassau-
ı Sache zusammen und versichert dann mit Nachdruck:
erhellt aus dem Gesagten, daß in dieser Sache die ganze
ative der ersten Annäherung von Pack ausgegangen ist."[1])
uf gleitet Schwarz (S. 22) mit möglichster Leichtigkeit
die Initiative Philipps[2]) hinweg, um sich eine ganze
t auf die Initiative bei einer secundären Frage zu steifen,
lich, wer in den Kasseler Verhandlungen zuerst das Wort
lauer Bündniß auf die Zunge genommen und wer zuerst
der Existenz dieses Bündnisses gesprochen. Hier glaubt
varz in der That etwas bewiesen zu haben, und noch
s kommt er mit der Wendung, daß Pack „schon vorher
asse l aus freier Initiative auf Philipps geäußerte
orgniß allgemeiner Art diesem das angebliche Bündniß
theilte," auf die Sache zurück. — So hat denn Schwarz
die Kasseler Verhandlungen zwei Initiativen Packs auf-
funden und hebt sie als ganze Initiative (S. 20) und
eie Initiative hervor. Die erste Initiative, in der
ssauischen Angelegenheit, bringt Pack keine Schande und
der Philipp noch Schwarz große Ehre. Was die zweite
geht, so wäre nicht viel daran gelegen, wenn Schwarz
r einmal einen unwidersprechlichen Beweis geführt und
rgethan hätte, daß Philipp nach langem Drängen endlich
s Wort „Breslauer Bündniß" aus Pack herausgelockt
tte, ohne es ihm zuvor auf die Zunge zu legen. Aendern
irde das die Schuld Philipps in den Pack'schen Händeln
ır wenig.

Allein einen zuverlässigen Beweis hat Schwarz auch
er nicht geliefert und seine Beweisführung scheint auch hier
icht besonders empfehlenswerth. Philipp schreibt an Georg
ber die Art und Weise, wie er in Pack um Auskunft ge-

[1]) Vgl. dazu Lanze 156.
[2]) Vgl. oben S. 4.

drungen, in allgemeinen Ausdrücken; er habe gesagt, „es
kommt allerlei vor, wie ezliche Practiken sollen gemacht sein
über den Kurfürsten von Sachsen und mich“. Schwarz be-
hauptet darauf hin: „Philipp berichtet an Georg, er habe
Pack gegenüber von *allgemeinen Befürchtungen* ge-
sprochen“ (S. 22). Es ist doch offenbar ein sehr großer
Unterschied zwischen diesen beiden Dingen: über Befürcht-
ungen, die man ausgesprochen, *in allgemeinen Aus-
drücken* berichten, oder berichten, daß man *nur* „*allgemeine
Befürchtigungen*“ ausgesprochen. Ersteres hat Philipp
gethan, er hielt sich, wie schon bemerkt, gern an allgemeine
Ausdrücke. Schwarz hat jenen großen Unterschied übersehen
und damit fällt seine „sorgsame Beweisführung“ auch hier
zusammen. Dasselbe kann man auf die Berichte Packs an-
wenden, die Schwarz noch anführt. Aus den allgemeinen
Worten Pack's läßt sich die concrete Behauptung von der
Existenz des Breslauer Bündnisses, die Pack gemacht haben
sollte, nimmermehr herausdrücken. Pack hatte überdies allen
Grund, seinem Schutzherrn Philipp, in dessen Gewahrsam
er sich befand, mit concreten Aufschlüssen über die Sache
keinen Verdruß zu machen. Kurz, mit der „sorgsamen Be-
weisführung“ von Schwarz gegen „die Leichtfertigkeit der
sogenannten historischen Forschung auf ultramontaner Seite“
ist es auch hier nichts.

Vielleicht ließen sich aber für das gerade Gegentheil von
dem, was Schwarz vergebens zu beweisen gesucht, einige
nicht zu verachtende Gründe anführen, für die Behauptung
nämlich, daß der specielle Gedanke von einem Bündnisse in
Breslau bei den Kasseler Verhandlungen nicht von Pack,
sondern von Philipp zuerst vorgebracht sei. Und da ist
zunächst zu bemerken, daß dieser Gedanke sich bei Pack erst
nach den Kasseler Unterredungen nachweisen läßt, Philipp
dagegen hatte den Gedanken von einem Vertrage zu Breslau
schon *vor* den Kasseler Unterredungen mit Pack. „Es war
ihm verdächtig“, sagt Ranke, „daß einige eifrige katholische



rsten im Mai 1527 den König Ferdinand in Breslau
cht und ihm dann Hülfe in Ungarn geleistet hatten; er
abte nicht anders, als daß ein Bund seiner Nachbarn
er ihn im Werke sei." [1]) Es ist also sicher, daß Philipp
dem Gedanken eines Vertrages von Breslau die Kasseler
rredungen anfing. Und, um nur erst die allgemeinen
drücke Philipps zu erwähnen, sagte er: „mir kommt allerlei
, wie ezliche practiken sollen gemacht sein". Philipp bekam
r nicht sogleich Aufschluß. Er mußte drängen und, soviel
den Geständnissen Philipps und Packs zu sehen, längere
t sehr drängen. Es ist nicht anzunehmen, daß Philipp
in dieser Zeit vor Pack hingestellt und ineinemfort wieder-
t habe, „mir kommt allerlei vor", oder daß er stets nur
Allgemeinen die Worte „von ezlichen Practiken" gesprochen
be. Es dürfte doch selbstverständlich sein, daß Philipp
f concrete Practiken eingegangen und ihm das Wort Bres-
uer Verträge über die Lippen gekommen, als Pack noch
hwieg und viel eher an Regensburg, Zerbst, Dessau, als
n Breslau dachte. So findet man denn auch in den Kasseler
bmachungen den ganzen Gedanken Philipps von dem Ver-
age von Breslau wieder. Philipp kannte das Gerücht,
elches unter den Protestanten verbreitet war, daß zu Breslau
n Vertrag gemacht sei, daß man dort eine Urkunde gesehen
abe. [2]) Diesem Gerüchte konnte man durch Vorzeigung eines
chriftstücks über den sogenannten Vertrag von Breslau,
ie es schien, leicht eine Stütze geben. Daher ist das that-
chliche Ergebniß der Kasseler Abmachungen, die Herstellung
eses Schriftstücks, ganz in Uebereinstimmung mit dem Ge-

---

1) Ranke 3, 39, vergl. Rommel 3, 21. „Namentlich erregte der Convent in Breslau (Mai 1527) große Besorgniß", sagt Hassenkamp 1, 157.

2) „Das der Kanzler und ander den brief zu Preßla herausgetragen sehen habe, das solchs kein vermutunge soll geben haben uff andere handelunge di vorgemelt, ist leichtlich zu urteilen bei unparteischen." Philipp an Georg. Rommel 3, 21.

danken Philipps vom Breslauer Bündniß. Uebrigens lieg abgesehen von diesen Beweismomenten, noch die ausdrüclic Aussage Packs vor, wonach Philipp zuerst den Gedank ausgesprochen, daß ein „Bündniß zu Breslau gemacht sei, und Philipp eine Copie von diesem Bündniß gefordert, nic aber Pack sie angeboten habe.[1]) Diese Aussage Packs wi nicht bloß durch obige Beweismomente bekräftigt, sonder auch durch die Thatsache, daß sich die anderweitigen Aussage Packs vor seiner Hinrichtung als wahr erweisen. Und ist denn auch in diesem Punkte von der sogenannten freie Initiative Packs bei Hervorbringung der Existenz ein Breslauer Bündnisses sowohl die Beweisführung als d Behauptung des Verfassers nichtig und hinfällig.

(Schluß folgt.)

XXIV.

Die Sklaverei und der Islam.

(Von einem Augenzeugen.)

Der Islam ist, wenn nicht der einzige, doch einer der hauptsächlichsten Träger der heutigen Sklaverei. Im letzte Jahre bezeichnete Cardinal Lavigerie bei einer Conferenz i Belgien als eine der Hauptursachen der Sklaverei die Anschauung der Muselmänner von der Gesetzlichkeit und Erlaubtheit diese Einrichtung. Der Vertreter der Hohen Pforte glaubte in de Behauptung des Cardinals eine Beleidigung seiner Regierun zu erblicken und stellte ihr ein öffentliches Dementi gegenüber Jenes Dementi konnte jedoch die Ansicht derer, welche die re ligiösen Anschauungen des Islam in diesem Punkte kennen, nich beeinträchtigen. Damit ein solches Dementi Geltung bekäme

---

1) Gudenus 4, 637

ßte man beweisen können, daß der Koran die Sklaverei ent-
der verwirft oder gar nichts über dieselbe erwähnt; man
ßte zeigen können, daß die religiös gestimmten Muselmänner
e Sklaverei verdammen. Dies ist unmöglich.

Im ganzen Koran befindet sich keine Silbe, aus welcher
e Verwerfung oder das Verbot der Sklaverei sich ableiten
ße. Zwar mildert der Koran in manchen Beziehungen das
os der Sklaven und stellt die Freilassung eines Sklaven als
n Gott wohlgefälliges Werk dar, wodurch man Buße für die
gangenen Sünden thun könne. Wenn aber der Koran die
age der Sklaverei auch nicht direkt behandelt, so setzt er sie
ch voraus und autorisirt sie indirekt. Er spricht an vielen
ellen von Sklaven, deren Minderwerthigkeit gegenüber den
äubigen Freien und der Gewalt, die dem Herrn über sie zusteht;
r stellt den Sklaven nicht auf gleiche Stufe mit Gläubigen
nd Freien. In der 4. Sure Vers 28 heißt es: „Es ist euch
rboten, bereits verheirathete Frauen zu ehlichen, mit Ausnahme
ner, die als Sklavinen in euere Hände fallen; das ist für
ch das Gesetz Gottes". Hier setzt der Koran voraus, daß die
läubigen nach dem Gesetze Gottes Sklaven besitzen können,
nd räumt ihnen Gewalt über dieselben ein. Wollen oder nicht
ollen, die Frau eines Sklaven muß sich mit dem Herrn ver-
ehlichen, wenn es ihm beliebt.

Mohammed selbst gab seinen Anhängern ein Beispiel, wie
r diese Verhältnisse verstehe. Er hatte den Gläubigen vier
gesetzmäßige Frauen gestattet (ohne die Confubinen); für seine
eigene Person aber hatte er einige Verse vom Himmel hernieder-
kommen lassen, in denen ihm ausnahmsweise gestattet wurde,
außer den Sklavinen eine noch größere Anzahl Frauen zu eh-
lichen, ja jedes beliebige gläubige Weib zur Frau zu nehmen.
Da dieß jedoch zu sehr auffiel und Aergerniß erregen konnte,
ließ er einen anderen Vers kommen (33. Sure, Vers 52), worin
er sich von Gott sagen läßt: „Von jetzt an ist es dir nicht
gestattet, andere Frauen zu heirathen, noch gegen andere zu ver-
tauschen (früher konnte er es nach Belieben thun) . . . . mit
Ausnahme der Sklavinen, die du dir verschaffen kannst." Die
Anzahl der letzteren ist unbeschränkt, sowohl für ihn als seine
Anhänger, die einzige Schranke bilden die Leidenschaft und die

Vermögensverhältnisse. Wer sieht nicht ein, daß durch die
Zugeständnisse die Sklaverei nicht nur geduldet, sondern g
stattet und legalisirt ist? Auf das Beispiel des Propheten u
diese Autorisation stützten sich die Muselmänner aller Zei
und Länder.

Nach dem Unterschiede, welchen der Koran zwischen frei
Gläubigen und Sklaven macht, hat sich die Anschauungswei
der Muselmänner gebildet. Sie betrachten den Neger, der vo
zugsweise als Sklave gebraucht wird, als Geschöpf einer vo
ihnen verschiedenen Gattung, als ein Mittelding zwischen Men
und Thier. Die Muselmänner nennen die Neger nicht sudâ
d. h. Schwarze, sondern abid, d. h. Sklaven, und das Land d
Neger, den Sudân, nennen sie durchwegs „belâd el-abid
Länder der Sklaven. Der Muselmann sagt, der Neger
habe keinen Anspruch auf Freiheit, die er nicht verstehe, a
von Natur aus, von Gott selbst dazu bestimmt, ein Sklave z
sein, der Neger selbst sei davon überzeugt und strebe nicht
anders an.

Ich habe lange Stunden mit gebildeten Muselmännern
mit Scheiks und Fakirs über diesen Punkt gesprochen, sie war
nicht davon zu überzeugen, daß der Neger Anspruch auf Freiheit
habe. Ich setze hieher die Unterredung mit einem einflußreichen
Scheik, der viele Sklaven besitzt. „Ist die Sklaverei nicht u
erlaubt?" — Nein, sie bestand von Anfang der Welt; der
Prophet hatte Sklaven, mein Vater und mein Urgroßvater
hatten solche. — „Ist es nicht Unrecht, dem Neger seine Freiheit
zu nehmen?" — Er hat keinen Anspruch auf Freiheit, er kennt
sie nicht. — „Ist der Neger nicht ein Mensch, wie du?" —
Nein, der Neger hat keine Seele wie wir, er ist von verschie
dener Gattung und Natur, er ist zum Schlechten geneigt, sein
Geist und Herz ist verdorben. — „Wie kannst du dieß beweisen?"
— Höre! Vor einigen Tagen kaufte ich einen Sklaven für
40 Thaler; ich sandte ihn auf das Feld zur Arbeit; als er sich
unbeobachtet sah, entlief er hinter die Berge. Ist es nicht
schlecht, mir zu entlaufen, nachdem ich ihn für mein Geld als
mein Eigenthum erworben habe? Und so sind alle Neger von
Natur zum Schlechten geneigt, sie sind keine Menschen wie wir
Muselmänner. — „Auch unter den Muselmännern gibt es

...hte." — Es ist wahr, es sind aber Ausnahmen, die Neger ...ausnahmslos schlecht, wie jener, der mir entlief. — „Viel... hast du ihn schlecht behandelt?" — Keineswegs, er hatte ...en und zu trinken nach Belieben. — „Der Neger sehnte ...ch der Freiheit, die du ihm geraubt hattest, deßhalb entfloh ..." — Ich habe dir schon gesagt, er kennt die Freiheit nicht, ... zum Sklaven geboren, wie der Ochs zum Ziehen; wie ... Ochs mein ist, so ist der Neger mein Eigenthum, wenn ich ... Kaufpreis bezahle. — „Würdest du zufrieden sein, wenn ... dich verkaufen und zum Sklaven machen wollte?" — Wenn ... Gott hiezu geschaffen hätte, was könnte ich dagegen thun? Aus diesen Antworten erhellt zur Genüge, daß der Musel... in seinem Fatalismus den Stand des Sklaven als den ...gemäßen betrachtet. In den Augen des Muselmannes ist ... Sklaverei gerade so natürlich und gesetzmäßig, als sie uns ...natürlich und ungesetzlich ist; er betrachtet diese Institution ...gen als ein Stück seiner Religion. Zwar ist in der Türkei, ... in Aegypten, die Sklaverei und der Sklavenhandel gesetzlich ...boten; doch ist dieses Verbot nicht dem Geiste des Islam ...sprungen, es ist vielmehr die Folge des Druckes der europä... ... Mächte auf die muselmännischen Regierungen und Staaten. ... Europa von seiner Forderung abstehen, so würden jene ...aten sofort auf Sklaverei zurückgreifen. Trotz der europä... ... Sitte und Bildung, die ein großer Theil der höher ge... ... Muselmänner angenommen haben, trotz der europäischen ...chen, die sie reden, sind sie keineswegs von der Verwerf... ...it des Sklavenhandels überzeugt; nur die Furcht vor der ...päischen Controle und den gesetzlichen Strafen hält sie im ...me. Sie sind eben Muselmänner und in muselmännischen ...schauungen erzogen worden. Dieß gilt von den höchsten ...scha's und Bey's sowohl, wie von den niedrigsten Subaltern... ...mten. Das Gegentheil ist eine äußerst seltene Ausnahme.

Wir gehen noch weiter und behaupten, daß gerade die ...giösesten unter den Muselmännern jene sind, welche, wenn ... ihnen die Vermögensverhältnisse gestatten, der Sklaverei den ...sten Vorschub leisten und die meisten Sklaven besitzen, ohne ... hiedurch ihre islamitische Heiligkeit in den Augen des fa...tischen Publikums Einbuße erlitte.

Wenn es Gegenden gibt, in denen die islamitische Religi
noch mit Strenge beobachtet wird, so sind es zweifellos i
Provinzen des Hegiaz und insbesonders Mekka und Medi
jene heiligen Städte, welche ein Andersgläubiger nicht oh
Lebensgefahr betreten könnte. In diesen Städten bestanden st
die größten Sklavenmärkte und noch jetzt, nachdem sie weg
der gesetzlichen Abschaffung der Sklaverei nicht öffentlich sta
finden können, werden doch Sklaven in großer Anzahl importi
und gekauft.

Die Wallfahrt nach Mekka ist einer der vornehmsten A
der muselmännischen Religion; die Gläubigen eilen von den e
legensten Gegenden unter manigfachen Entbehrungen herbei, u
so ein sicheres Unterpfand auf das Paradies zu erlangen. D
Handel während der Reise ist gestattet. So ist es denn gera
diese Pilgerfahrt, die von den Pilgern aus Ostafrika, dem Suda
und Innerafrika dazu benützt wird, nebst anderen Waaren au
Sklaven nach Arabien zu bringen, um sie in der hl. Stadt zu
verkaufen. Diese frommen Pilger, die gewissenhaft die Gebets
zeiten verrichten, sich während der Pilgerfahrt vom Gebrauch
der Ehe enthalten, tragen kein Bedenken, ihre brutalsten Leiden
schaften mit Sklaven und Sklavinen zu befriedigen, mit dene
ja alles gestattet ist. Der Scherif von Mekka selbst, dieses ver
ehrteste Oberhaupt des Islam, gibt das Beispiel. Unlängst ver
sicherten mir in Djedda Einwohner von Mekka, daß er zahlreiche
Knaben für seine Gelüste besitze; die Zahl seiner Harembewohner
ist unbekannt. Wenn die islamitische Religion die Sklaverei
nicht autorisirt oder derselben fremd gegenübersteht, so sollten
zu allererst die religiösen Großhäupter hierin mit dem Beispiel
vorangehen. Aus ihrem Gebahren ergibt sich aber das Gegentheil.

Wie die einzelnen religiösen Oberhäupter, so fördern auch
die religiösen Sekten die Sklaverei. So hielt es die in Arabien
entstandene Sekte der Wahabiten, so hält es die Sekte des
Senussi in Tripolis mit ihren weitverzweigten Bruderschaften
in Nordafrika und der Sahara. Wie hielt es zuletzt noch der
berüchtigte Mahdi, der sich als von Gott gesandt erklärte, um
den degenerirten Islam zu seiner Reinheit zurückzuführen und
aus demselben alles auszumerzen, was sich von christlicher Bil-
dung in denselben eingeschlichen hatte, mit der Sklaverei? Man

zu sagen, daß eines der vornehmsten Motive, die ihm zur Aufwiegelung dienten, die von Europa angebahnte Abschaffung der Sklaverei und des Negerhandels war. Gerade das unter dem Einfluß Englands im Jahre 1875 von der ägyptischen Regierung veröffentlichte Verbot des Sklavenhandels, das auch für den ägyptischen Sudan Geltung haben sollte, empörte den Mahdi Mohammed Ahmed und trieb ihn und seine Anhänger, großenteils Sklavenhändler, zur offenen Rebellion gegen die Regierung. Gordon Pascha, der selbst am Zustandekommen jenes Verbotes mitgeholfen hatte, erkannte diesen Grund des Aufstandes. Als er im Jahre 1884 sich nach Chartum begab, um dem Aufstande Einhalt zu thun, hielt er die Wiederfreigebung des Sklavenhandels für das beste Versöhnungsmittel. Doch es war zu spät: der Mahdi erwiderte Gordon, daß er bereits selbst den Sklavenhandel freigegeben habe. Seit dem Beginn der mahdistischen Herrschaft blüht im Sudan der Sklavenhandel. In Omdurman, der neuen Hauptstadt des Reiches, befinden sich mehrere öffentliche Märkte für Sklaven der verschiedenen Stämme und Rassen; die durch Augenzeugen bestätigte Thatsache, daß dortselbst ein Sklave für 10 Thaler verkauft wird, während er früher 60 bis 80 und mehr Thaler kostete, beweist, daß die Zahl der Sklaven sehr gewachsen. Trotz alledem bekennen sich die Mahdisten oder, wie sie von den Eingebornen wegen ihrer lumpigen Kleidung und ihres Zelotenthums jetzt genannt werden, die Derwische, zur strengen Observanz des Islam und leben wenigstens äußerlich nach den Vorschriften ihrer Religion. Man beachte ferner, daß der gegenwärtige Nachfolger des Mahdi, der Kalif Abdullahi, früher ein mächtiger Sklavenhändler war und daß der berüchtigte Osman Digna, der mahdistische Emir im Ostsudan, ebenfalls ein reicher Negerhändler in Suakin war und aus Unwillen über eine ihm wegen Sklavenhandel zuerkannte Strafe in das Lager der Rebellen überging.

Gehen wir von den religiösen Sekten zu den Gelehrten und fragen wir: welcher gelehrte Muselmann, welcher islamitische Exeget und Rechtslehrer verwirft die Sklaverei? Wir begnügen uns mit dem Namen eines einzigen Gelehrten der Universität der Azhar in Cairo oder der Schulen in Constantinopel, Damaskus, Mekka, Medina! Man nenne uns nur einen Gadi

(Richter), der princ piell die Sklaverei verwirft! Während eines siebenjährigen Aufenthaltes in Aegypten, Nubien, Sudan, Arabien haben wir keinen kennen gelernt, obwohl wir viel mit derlei Personen verkehrt und gesprochen, um ihre religiösen und socialen Anschauungen kennen zu lernen; man wird auch schwerlich einen finden. Fragen wir ferner: welcher Religion gehören die Paschas und Großen in Constantinopel, Cairo u. s. w. an, die ihre Paläste und Harems mit Sklaven, Sklavinen und Eunuchen füllen? Es sind Muselmänner. Wenn es vorkommt, daß Andersgläubige sich den Luxus erlauben, Neger und Negerinen zu halten, so gehört dieß zu den Ausnahmen und geschieht in geringem Maße; bei den Muselmännern ist es Regel und Sitte, über die sich Niemand zu schämen braucht.

Noch mehr. Wer sind diejenigen, welche die Neger aus ihrer Heimath rauben, sie unter grausamen Mißhandlungen nach Nordafrika und an die Küsten des rothen Meeres treiben? Wer sind die Danakla in Ostafrika, die Baggara, Djellabba, Arab-Homr, Djaalîn im Sudan, welche den Negerraub und Sklavenhandel als Profession betreiben? Es sind sämmtlich fanatische Muselmänner!

Nachdem wir die Anschauungen der Mohammedaner in Bezug auf die Sklaverei kennen gelernt haben, gehen wir an die Betrachtung der hauptsächlichsten Gründe und Ursachen, welche die Sklaverei unter den Muselmännern aufrecht erhalten.

Die erste Ursache ist die Polygamie. Der Koran gestattet den Gläubigen vier gesetzliche Frauen, außer den Sklavinen, deren Zahl unbeschränkt ist; nur die Leidenschaft und die Vermögensverhältnisse bestimmen die Zahl der letzteren. Wer könnte da die Zahl der weißen und schwarzen Sklavinen angeben, die hinter den düstern Gittern der Harems aller Großen und Reichen des Islam ein menschenunwürdiges Dasein führen? Aber nicht nur die Großen und Reichen, die gewöhnlichen Mohammedaner geben sich diesem Luxus hin, und hier hauptsächlich ist es, wo die Sklaverei ungewöhnliche Proportionen annimmt. Für den Muselmann ist die Befriedigung der sinnlichen Gelüste das Wünschenswertheste auf Erden; hiefür geben sie alles hin, sie ziehen sich von Kleidung und Nahrung ab, um sich eine Sklavin verschaffen zu können. Wir haben oft beobachtet, wie bejahrte

ner, die bereits vier Frauen besaßen, mit größter Spar-
mit ihren Verdienst zusammenlegten, täglich ihr Vermögen
, um zu sehen, ob sie die nöthige Summe zum Kaufe
r Negerin besitzen. Einmal die Sklavin erworben, ist sie
Eigenthum des Herrn ohne eigenen Willen. Der Herr
cht und mißbraucht sie nach Belieben, ohne irgend Jemand
schaft abzulegen. Gefällt ihm die Sklavin nicht mehr,
kauft oder vertauscht er sie. Wie jeder einsieht, ist diese
Koran zugestandene Willkür eine dauernde Ursache der
verei. Da nun die Anzahl der Kinder nicht nach der Anzahl
Frauen sich bemißt, sondern oft im umgekehrten Verhältniß
, so ist für die Mohammedaner die Sklaverei so lange
wendig, als unter ihnen die ungezügelte Leidenschaft herrscht.
Außer der Polygamie ist der Luxus der orientalischen
selmänner eine Ursache der Sklaverei. Die wohlhabenden
ilien brüsten sich mit einer möglichst großen Anzahl von
ven. Die Dienerschaft, welche in Europa für den Stand
das Bedürfniß einer hohen Familie ausreichend wäre, ist
länglich für ein muselmännisches Hauswesen; für dieses ist
dreifache Anzahl Diener nöthig. Da sieht man denn an
Thoren und in den Höfen der Paläste Gruppen von Sklaven
Dienerschaft aller Hautschattirungen, die den größten Theil
Tages müssig verbringen und sozusagen nur als Zierde
giren. Für solchen Luxus eine besoldete Dienerschaft zu
erhalten, wäre zu kostspielig; so müssen Sklaven herbei, die,
mal gekauft, nur mehr Kost und Kleidung brauchen. Unter
ser Rubrik „Luxus" dürfen wir jene unglücklichen Wesen
nicht unerwähnt lassen, die man Eunuchen nennt. Sie sind eine
olge der mohammedanischen Haremwirthschaft. In Constan-
nopel und Cairo ist ihre Anzahl sehr bedeutend, da die Großen
mehrere derselben besitzen. Trotzdem sie fein gekleidet sind und
gut gespeist werden, so ist ihr müssiges Leben doch ein höchst
trauriges und elendes zu nennen. Sie sind Sklaven im trau-
rigsten und vollsten Sinne des Wortes.

Noch mehr als der Luxus ist die Indolenz und Arbeits-
scheu der Mohammedaner eine Quelle der Sklaverei. Der
größte Theil der Muselmänner verbringt sein Leben im süßen
Nichtsthun, auf einen Divan hingestreckt, die Pfeife oder den

Schibuk rauchend und den wohlriechenden arabischen Mokka i
langen Zügen schlürfend. Jeder Orientale ist ein kleiner Köni
umgeben und in seinen Launen bedient von einer Anzahl Sklave
Die Sklaven bereiten die Speisen, setzen sie vor und entfern
sie, reinigen und zünden die Pfeife an, serviren den Kaffee u
präsentiren das frische Wasser, breiten den Teppich für d
Gebetszeit aus, rollen ihn zusammen, gießen das Wasser b
den religiösen Waschungen und nach dem Mahle, schwingen de
Fächer, um den Herrn zu erfrischen, selbst wenn er schlaf
bereiten Pferd, Esel, Kameel und laufen vor und hinter de
Thiere her, überall den Herrn begleitend und bedienend. Wi
der Hausherr, so ist die ganze Familie indolent; während b
uns eine Familie mit Söhnen und Töchtern meistens sich selb
genügt oder höchstens ein bis zwei Diener hält, hat die orien
alische Familie mehrere Sklaven, um das Haus zu reinigen,
für Küche, Wäsche u. s. w. zu sorgen, Wasser zu tragen, während
die Hausfrauen auf dem Divan liegen, bald mit unterschlagenen
bald mit ausgestreckten Beinen, gähnend vor Langweile, dann
wieder mit den anderen Frauen sich unterhaltend und Mokka
schlürfend, sich gegenseitig die Haare flechtend, dann brütend sich
hinlehnend, während die Sklavin Luft fächelt oder die Glieder
streichelt. So lebt die orientalische Familie; die Arbeit im
Hause von Morgen bis Abend bleibt den Sklaven und Skla
vinen überlassen.

Endlich kommt die Arbeit auf dem Felde. Die Großgrundbesitzer
bedürfen hiezu vieler Arme, die sie unter den Religionsgenossen
an Ort und Stelle nicht finden und die, wenn besoldet, zu theuer
kämen. Es muß also wieder der Sklave herbei. Es gibt
Besitzer, welche ihre Sklaven nach Hunderten zählen. Nicht
nur die Großgrundbesitzer, sondern im Allgemeinen alle jene,
welche Felder und Heerden besitzen, bedienen sich der Sklaven.
Diese brauchen nach dem Ankaufe täglich nur einige Kreuzer
zum Unterhalt und als Kleidung einen Lumpen, der ihre Blöße
bedeckt. Eine Hauptaufgabe des afrikanischen Feldbaues ist die
Bewässerung. Zur Zeit des hohen Wasserstandes besorgt die-
selbe der Nil selbst. Nach dieser Periode geschieht sie durch
Menschenhände auf zwei Arten, mit sagghien und schadûf. Die
erstere Einrichtung besteht in einem Schöpfrad, welches von

führen, Ochsen, Eseln oder Kameelen in Bewegung gesetzt, das Wasser in Thongefäßen aus dem Nile an das Ufer befördert und in Gräben über die Felder leitet. Die Bedienung dieser Vorrichtung erfordert einen oder zwei Sklaven. In Oberägypten und Nubien kommen größtentheils die schadûf in Verwendung. Diese bestehen in einem Eimer aus Haut, an einer mit einem Gegengewicht versehenen Stange befestigt und das Ganze an einem Gerüste hängend; einer oder zwei Sklaven tauchen den Eimer in das Wasser, erheben ihn vom Gegengewicht unterstützt und leeren den Inhalt in die Gräben aus. Um jedoch das Wasser, besonders zur Zeit des niedrigen Wasserstandes d. h. vom Januar bis Juli, auf die Höhe der Felder zu erheben, werden zwei, drei und vier schadûf terrassenförmig über einander errichtet, deren jedes von einem oder zwei Sklaven bedient werden muß, so daß die Beförderung eines Eimers Wasser auf die erforderliche Höhe sechs bis acht Mann erfordert. Daraus kann man die Anzahl Sklaven bemessen, die längs der beiden Nilufer beschäftigt sind.

In anderen Gegenden Afrikas werden die Sklaven zu anderen Arbeiten verwendet. Im Centrum z. B. gebrauchen die Djelabba oder Händler anstatt der Lastthiere, die infolge der Sümpfe, Gebüsche und Flüsse am Marsche gehindert sind, zahlreiche Karawanen von Sklaven zum Tragen der Lasten und Waaren; andere werden als Kameelführer gebraucht; die Negerräuber und Sklavenhändler besitzen Truppen von Sklaven zum Zwecke des Negerraubes und Sklaventransportes. Man kann sagen, daß in Afrika die Mannesarbeit und häufig auch jene der Thiere durchwegs von Negersklaven verrichtet wird.

Interesse und Gewinnsucht bilden ebenfalls eine wichtige Ursache der Sklaverei und besonders des Sklavenhandels. Hier könnte ich Dinge berichten, die man in Europa zu glauben anstehen würde, deren Augenzeuge ich aber war. Der Sklave kostet wenig und bringt, namentlich in den Händen der Mohammedaner, viel ein. Einmal gekauft, bedarf es weniger Ausgaben für ihn; die Reste der Tafel des Herrn und manchmal nur eine einfache Hand voll rohen Durrah, die er im Wasser aufweicht und mit den Zähnen zermalmt nach Art der Wiederkäuer, sind seine Nahrung. Wenn es ihm nicht genügt, suche

er sich das Uebrige anderswo. Ein Stück Lumpen dient ihm als Kleidung, Dach und Bett. Der Herr verlangt, daß der Sklave zu allen Arbeiten fähig sei, und mittelst der Nilpferdpeitsche lehrt man ihn seine verschiedenen Verrichtungen. Er wird als Ackerbauer, Barkenführer, Ruderer, Steuerlenker, Kameel- und Eseltreiber, Wasserträger, Maurer, Tischler, Lastträger je nach dem Bedürfnisse verwendet. In den den unabhängigen Negerstämmen benachbarten Gegenden wie in Fazogl am blauen Nil, in Sennar, Cordofan u. s. w. werden die Negersklaven in Handhabung der Waffen geschult, man bildet aus ihnen eine Truppe, die unter Führung des Besitzers von Zeit zu Zeit auf Krieg auszieht, um den Eingebornen Vieh, Weiber und Kinder zu rauben. Der bekannte Zibér, jetzt als Pascha in Cairo ansässig, war ein förmlicher Sklavenkönig, seine Negertruppe zählte nach Tausenden, mit denen er Razzias in die Negergebiete unternahm.

Der Muselmann scheut vor keinem Verbrechen zurück, um aus seinem Sklaven Kapital zu schlagen. Es gibt verkommene Muselmänner, die eine Anzahl Sklaven und Sklavinen in reservirten Orten halten, wie eine Heerde Schafe, um aus dem Verkaufe ihrer Kinder Geld zu gewinnen; solche Sklavenzüchtereien sind im Sudan nicht selten. Andere treten ihre Sklavinen gegen eine fixe Taxe für eine bestimmte Zeit zum Zwecke schändlichen Mißbrauches ab. Der Muselmann schickt seine Sklaven in fremde Dienste zum Lasttragen und anderen Arbeiten, den Tageslohn steckt er in die Tasche, während der müde Neger hungert. Ja noch mehr; der Muselmann zwingt den Sklaven förmlich zum Verbrechen: er sendet ihn frühe Morgens aus mit dem Befehle, Abends eine bestimmte Quantität Korn u. s. w. nach Hause zu bringen; der Sklave muß sich auf den Diebstahl verlegen; wehe ihm, wenn er hiebei ertappt wird, der Herr weiß nichts von dem gegebenen Befehle; und wiederum wehe ihm, wenn seine Beute den habgierigen Herrn nicht befriedigt, die Nilpferdpeitsche legt sich furchtbar auf sein Fleisch!

Der Verkauf und Wiederverkauf dieser Elenden ist gewöhnlich, wenn nur der geringste Vortheil hiebei erzielt wird. So kommt es vor, daß arme Sklaven 8 bis 10 mal verkauft werden. Ist eine Negersklavin von hübschen Formen, so bereitet man sie für

dem Harem einer hohen Persönlichkeit vor, welche dieselbe theuer zahlen kann. Damit diese Unglücklichen besser gefallen, salbt und ölt man sie mehrere Tage vor dem Verkaufe. Oft vollzieht der grausame Besitzer auf ihrem Gesichte und an ihrem Körper eine Operation, die man Tätowirung nennt, er schneidet auf das Fleisch Zeichnungen, Blumen, Koranverse u. s. w. ein; um in der Operation nicht durch das Wehegeschrei und die Zuckungen des Opfers gestört zu werden, bindet er den Körper fest und zieht die Glieder auf einem Holzgestelle stramm an, schließt ihm den Mund mit einem Lumpen. Ja, noch mehr! Um den Werth des Negersklaven zu erhöhen, ergreift der Muselmann denselben, führt ihn an einen abgelegenen Ort und vollzieht an dem Unglücklichen eine furchtbare Operation, dann vergräbt er ihn unter den nöthigen Maßnahmen zur Hälfte im Sande; nach einigen Tagen zieht er ihn wieder heraus, der Preis des Negers ist um das zehnfache gestiegen: er ist zum Eunuchen geworden. Weit über ein Drittel erliegt dieser Operation; den Muselmann kümmert es nicht, wenn er nur gewinnt. Daß diese Grausamkeiten noch heute in großem Maßstabe verübt werden, besonders im Sudan, Abyssinien und Arabien, beweist das Heer von Eunuchen, welche die Großstädte des Islam bevölkern. So ist der Sklave in den Händen des Mohammedaners ein Ding zur Befriedigung seiner Gewinnsucht; kein Mittel ist ihm zu schlecht, um diesen seinen Zweck zu erreichen.

Nachdem wir die Anschauungen des Islam in Bezug auf die Sklaverei und die hauptsächlichsten Ursachen der letzteren kennen gelernt haben, werfen wir noch einen Blick auf die gegenwärtige Ausdehnung der Sklaverei in den islamitischen Gebieten. In Europa gibt man sich vielfach mit dem Troste zufrieden, mit der Türkei eine Convention gegen den Sklavenhandel abgeschlossen zu haben; man ist der Ansicht, daß die Sklaverei nur mehr in Afrika existire. Möge das Folgende dazu beitragen, über die wahre Sachlage aufzuklären.

Wiederholt wurden namentlich von England und Frankreich mit der Türkei Conventionen gegen den Sklavenhandel abgeschlossen; die letzten Sultane haben mehrere Iraden erlassen, worin den Unterthanen dieser Handel strenge verboten wurde. Gesetzlich ist der Sklavenhandel in der Türkei und deren Pro-



vinzen längst abgeschafft. Trotzdem besteht er nach wie vor, mit dem Unterschiede, daß er früher öffentlich, jetzt theils heimlich, theils mit schweigender Zustimmung der Regierungsbeamten betrieben wird. Im Folgenden gebe ich einige Thatsachen an:

Von Benghasi im nördlichen Theile der Sahara, unter türkischer Oberherrschaft, wurden nach der Statistik in den letzten drei Jahren circa 20,000 Sklaven nach Norden transportirt. Wenn man annimmt, daß drei von zehn auf dem Marsche aus dem Innern erliegen (nach Dr. Schweinfurth, Gessi u. a. erliegen neun von zehn, was uns übertrieben erscheint), so erhellt, wie bedeutend die Anzahl der aus dem inneren Sudan allein auf diesem Wege ausgeführten Sklaven ist.

In Djedda am rothen Meere, der Hafenstadt von Mekka, wurden im verflossenen Jahre circa 7000 Negersklaven, in den ersten drei Monaten dieses Jahres etwa 2000 Sklaven eingeführt; viele andere, deren Zahl unbekannt ist, werden in Hodeida gelandet und von der Küste direkt in das Innere der arabischen Halbinsel, besonders nach Mekka und Medina transportirt. Während meiner Anwesenheit in Djedda im April dieses Jahres langten dort an Einem Tage 300 Negersklaven beiderlei Geschlechtes an; eine andere Anzahl wurde in Hodeida an's Land gebracht. Djedda zählt circa 1760 Häuser, von denen jedes durchschnittlich mindestens drei Sklaven besitzt. Die Sklaven werden in eigenen Häusern zum Verkaufe ausgestellt; diese Plätze, die häufig gewechselt werden, sind den Einwohnern bekannt, den Europäern werden sie geheim gehalten aus Furcht vor den Consuln. Sinisare (Unterhändler), deren Namen und Wohnung bekannt sind, vermitteln den Verkauf. Durch Vermittlung der Unterhändler oder bekannter Araber kann sich auch der Europäer Sklaven und Sklavinen kaufen; diese werden ihm zur Ansicht und Auswahl in die Wohnung geführt. Aus der Thatsache, daß jetzt ein Sklave 40 bis 50 Thaler kostet, während er früher 80 bis 100 Thaler galt, ergibt sich, daß die Menschenwaare in Ueberfluß vorhanden ist. Ein Araber bot sich mir an, binnen einigen Stunden für 400 Thaler 10 Sklaven nach Auswahl zu liefern.

Der Import aus Afrika ist gut organisirt. Die Commissäre an der Ostküste Afrikas bestellen die Sklaven von den Räubern

an Händlern im Innern und liefern dieselben nach Arabien an ihre Agenten ab. Die Correspondenz und Handelsverbindung zwischen den afrikanischen und asiatischen Commissären und Agenten ist eine geregelte. Die Sklaven werden an sicheren Stellen der afrikanischen Küste in sambûk (große Barken) verladen, die bei gutem Winde in der Stunde zehn Seemeilen zurücklegen; bei drohender Gefahr flüchten sie sich in die Korallenriffe. An be-kannten Punkten der asiatischen Küste wird gelandet; solche Punkte sind im Norden von Djedda das Fischerdorf Ruês, im Süden die in der Nähe der Quarantäneinsel gelegene Ort-schaft Uasta, ebenso mehrere Ortschaften in der Nähe von Hodeida.

Wie dieß alles mir, einem Fremdling, in Djedda bekannt wurde, so ist es den Europäern, den Eingebornen und der Regierung bekannt. Nun die Frage: wie ist dieß möglich trotz der wiederholten europäisch-türkischen Conventionen, trotz des Verbotes des Sklavenhandels? Sehr einfach; die Convention steht auf dem Papiere, und der Sklavenhandel dauert fort. Theils werden die Sklaven geheim eingeschmuggelt, theils mit Wissen der Behörden durch Bestechung importirt. Was den ersten Punkt betrifft, so werden zwar von den englischen und italienischen Kreuzern im rothen Meere von Zeit zu Zeit Sklavenbarken abgefaßt, aber die Mehrzahl entgeht ihnen, da die Ueberwachung der Küsten unzureichend ist. Das Aergste aber ist die Gewissen-losigkeit und Bestechlichkeit der türkischen Behörden. Der ori-entalische Bakschisch spielt da eine ausgedehnte Rolle. Ist eine Sklavenladung an der arabischen Küste angekommen, so begibt sich der Unterhändler zu den Beamten, als: Gouverneur, Po-lizeichef, Zollbeamten, erkauft sich deren Schweigen gegen eine fixe Taxe und führt die Sklaven unbehelligt in die Stadt. Im Februar dieses Jahres entstanden Streitigkeiten unter den Be-amten Djedda's über die Vertheilung des für den Import von 40 Sklaven erlegten Bakschisch. Um der Sache ein Ende zu machen, confiscirte der Statthalter die Sklaven und vertheilte sie an türkische Freunde und Offiziere, die sie ihrerseits mit Gewinn verkauften. In Hodeida wurden vom dortigen Sani-tätsarzte vor einigen Jahren 150 Sklaven, Knaben und Mädchen, abgefaßt und der Regierung übergeben. Die türkischen Marine-

offiziere wählten sich acht aus, die übrigen verkaufte der Stat
halter. Auf den Bericht des Arztes an seine Generaladministratic
in Constantinopel erwiderte diese, der Arzt solle sie nicht m
Sklavensachen belästigen, da hiedurch die türkischen Mitglied
des Generalrathes verletzt werden könnten. Bemerkt sei, da
der Obersanitätsrath in Constantinopel ein internationaler i
Die Akten dieses Vorfalles liegen in der Kanzlei der Quarantä
in Hodeida. So ist das Verbot des Sklavenhandels eine Quel
reicher Einnahmen für die türkischen Beamten!

Diese Sachlage ist den europäischen Consuln am rothe
Meere bekannt; sie berichten hierüber an ihre Regierungen
diese erwidern ihnen mit der Aufforderung, sie nicht durch f
kitzliche Berichte in Verlegenheit zu bringen, nicht zu viel Eife
zu entwickeln, um sich nicht der türkischen Regierung gehässig
zu machen! Dieß sind Thatsachen, wofür ich Namen anführen
könnte!

Doch noch mehr! Nicht nur in Arabien, in der eigent-
lichen Türkei werden zahlreiche Sklaven eingeführt und heimlich
verkauft. Ich sah persönlich, daß Beamte in Djedda Sklavinen
kauften, um sie ihren Freunden in Stambul zu senden. Trotz
der Untersuchung, die in Suez und Portsaid durch die Sklaven-
Commission an Bord vorgenommen wird, bringt fast jedes
türkische Schiff aus dem rothen Meere Sklaven beiderlei Ge-
schlechtes theils unter manigfachen Vorwänden, theils geheim nach
Stambul.

Was nützen alle Conventionen gegen die Sklaverei, wenn
sie nicht beachtet werden? Dem Türken die Controle über die
Ausführung der Gesetze gegen Sklavenhandel und Sklaveneinfuhr
übertragen, heißt den Wolf zum Wächter des Geflügels aufstellen.
Die Controle müßte von gewissenhaften Europäern ausgeübt
werden. In Aegypten, wo dieselbe in europäischen Händen ist,
werden zwar noch immer heimlich Sklaven verkauft, wie die
Verhandlungen des Sklaventribunals in Cairo beweisen, doch
ist der Handel unverhältnißmäßig geringer als in der Türkei
und ihren Provinzen. Es ist Sache der europäischen Mächte,
hier energisch einzugreifen; es ist weniger kostspielig und ge-
fährlich, die Türkei zur Beobachtung der bestehenden Gesetze zu
veranlassen, deren Ausführung zu überwachen und die Einfuhr

[illegible] Sklaven zu hindern, als den Negerraub und Sklavenhandel [illegible] Innern Afrikas zu unterdrücken, ein Unternehmen, das große [illegible] an Geld und Menschenleben fordert und dessen Erfolg [illegible] problematischer ist so lange, als die Türkei, Arabien und die [illegible] islamitischen Länder die Absatzgebiete für die afrikanische [illegible]enwaare bilden.

Franz Xaver Geyer, apost. Missionär vom Sudan.

XXV.

[illegible]bella Clara Eugenia, Fürstin der Niederlande.

(Schluß.)

Während des Waffenstillstandes nahm die Bevölkerung des Landes rasch zu, der Handel wuchs und Handwerk und Landwirthschaft begannen wieder zu blühen. Albert und Isabella gaben dem Volke das herrlichste Beispiel des häuslichen Lebens. Ihre Schlösser und Paläste athmeten einen so frommen Geist, daß Cardinal Bentivoglio meinte, man glaube eher in einem Kloster als an einem Hofe zu sein. Und doch waren Vergnügungen in diesem Hause nicht verpönt; es wurden Jagdpartien und Stechspiele gehalten. Die Erzherzogin war eine große Liebhaberin der Musik. Die schöne Natur, besonders ihr Lustgarten Marienberg, gewährte ihr große Freude. Oft sogar betheiligte sie sich in Begleitung ihres Gemahls mit größter Leutseligkeit an den Spielen und



geselligen Vereinigungen der Bürger, und begab sich oft
zu Bauernhochzeiten, in katholischen wie in protestantisch
Dörfern. Sie schoß mit den Bürgern nach dem Papa
und mischte sich auch in andere Volksspiele mit einer Freun
lichkeit, die ihr alle Herzen gewannen. Sie sei hierin, sa
Vondel, dem Beispiele Karl V. gefolgt und habe das stre
bare Blut ihrer Familie durch Bogenschießen und zugle
durch den Strick des hl. Franciskus geehrt. Letzteres sag
er in Beziehung darauf, daß Isabella ein eifriges Mitgli
des dritten Ordens war. Rubens erzählt uns in eine
seiner Briefe von einem schönen Turnier, welches viele Herre
des Hofes zu Fastnacht gehalten hätten, und von einen
andern Zeitgenossen erfahren wir, daß der Graf von Camp
Lataro und der Prinz von Barbanson mit der Lanze ein
Jeder für die größere Schönheit der Frauen seiner Heimath
gefochten hätten.

Albert und Isabella waren auch erleuchtete Beschützer
der Künste. Ohne ihren edelmüthigen Kunstsinn wäre wohl
Rubens seiner flämischen Heimath verloren gegangen, da
sie ihn durch Geld, Ehre und Liebe an ihr Haus fesselten,
und auf diese Art verhinderten, sich dauernd in Italien
niederzulassen. Dieser große Meister war ihnen mehr als
ein bloßer Hofmaler. Er war ihr Schützling, wurde dann
ihr Vertrauter und leistete ihnen in staatlichen Angelegen-
heiten verschiedene Dienste. Der Erzherzog gab 1614 seinen
Namen Rubens' erstem Kinde und der prinzliche Pathe ge-
wann durch diese geistliche Verwandtschaft für seine Wittwe
einen der treuesten Verehrer und Freunde, den sie jemals
gehabt hat. Albert und Isabella hatten schon vorher dem
Maler Breughel die gleiche Gunst erwiesen: eine seiner
Töchter hieß Clara Eugenia auf Wunsch der Infantin. In
hochsinniger Auffassung ihres fürstlichen Berufes beschützte
das erzherzogliche Paar auch die anderen Künstler, die da-
mals in den Niederlanden kräftig emporstrebten: Van Dyck,
Jordaens, David Teniers, den frommen Erasmus Quellijn,

rchitekten und Bildhauer Faid'herbe. Auch der Leidener
van Veen, einer von Rubens' Lehrmeistern, hatte das
den besonderen Schutz der kunstliebenden Fürsten zu
en. Als nämlich die Erzherzoge ihre „joyeuse entrée“
twerpen hielten, waren sie über die Schönheit der mit
chen Darstellungen geschmückten Triumphbögen betroffen,
n nach dem Namen dessen, der sie entworfen — und
Veen war ein glückliches Alter gesichert. Noch andere
e Künstler erfreuten sich des Titels eines Hofmalers
Fürsten, nämlich der bekannte Sammetbreughel und der
maler Snijders.

Wie wir es schon haben durchblicken lassen, wurde Albert
aiserkrone verschiedene Male angeboten, aber 1612 nach
olf II. Tode verzichtete er darauf zu Gunsten seines
ers Matthias, und 1619 nach des Letzteren Tode zu
sten Ferdinands II., seines Neffen, der ein Sohn des
rzogs Karl von Steiermark war. Man konnte hoffen,
Philipp III. bei seiner verwandtschaftlichen Stellung —
atte eine Schwester Ferdinands zur Frau — sowohl
lbert als für den Kaiser ein werthvoller Bundesgenosse
würde. Leider bewahrheitete sich das nicht für die
rlande, denn Philipp brachte der Politik seiner Schwester
seines Schwagers gar kein Verständniß entgegen und
die Hauptschuld an der Vereitelung einer in Aussicht
nden Aussöhnung mit dem Prinzen Moritz. Nachdem
seinen großen Gegner Oldenbarneveldt nicht gebeugt,
ern vernichtet und dadurch in Holland alle Gewalt in
den hatte, suchte er in die Bahnen einer friedlichen Re-
ung einzulenken und scheint daher geneigt gewesen zu
mit Albert und Isabella über einen Friedensvertrag
verhandeln. Aber die von jeher berüchtigte Langsamkeit
spanischen Cabinets machte diese schönen Aussichten zu
e und zum Unglücke starb auch noch Philipp III. 1621,
daß die ganze Angelegenheit in's Stocken kam und unter
em Nachfolger Philipp IV. gar nicht wieder aufgenommen

wurde. Um das Unglück voll zu machen, starb auch Albe
bald nach seinem Schwager, 1622.

An seinem Krankenbette und bei seinem Tode zeigte si
Isabella als eine starke Frau, wie man es nicht ander
von ihr erwarten konnte. Die zärtliche Sorge, die sie ih
in seiner Krankheit widmete, bedarf wohl keiner Beschreibung
Die Nacht vor seinem Tode, als er ihr seine Sterbestund
als nahe bevorstehend ankündigte, sprach sie ihm Muth zu
ermahnte ihn zu einem heiligen Sterben und schloß mit de
Worten „hagase la voluntad de Dios", der Wille Gotte
geschehe. Hierauf ging sie mit kummervollem Herzen in ih
Zimmer, um dort im Gebete etwas Ruhe zu finden. Ihr
Unterwerfung unter Gottes Willen war aber nicht thatenlos
Während der Krankheit des Fürsten hielt sie viele Novenen
zu U. L. Frau von Laeken, wohin sie zu Fuß und von einer
einzigen Hofdame begleitet ging. Nach seinem Tode erfüllte
sie mit der größten Pünktlichkeit seine letzten frommen Wünsche.
Gleichzeitig ließ sie für ihn in der ganzen Welt innerhalb
einer festgesetzten Frist 40,000 heilige Messen lesen und hörte
selbst in den ersten dreißig Tagen nach seinem Tode täglich
zehn heilige Messen. Wie hatte sie ihn aber auch geliebt!
Nicht allein, daß sie ihm den Harnisch umschnallte, folgte sie
ihm in den Krieg, wie wir es ja gesehen haben. Sie fand aber
auch ihre größte Freude darin, ihm auf die Jagd zu folgen.
Der Klang der Hörner, das Bellen der Hunde und die Verfol-
gung des Wildschweines oder des Hirsches bereiteten ihr Ver-
gnügen. Bei einer solchen Gelegenheit war es, wo im Walde
von Marienberg ihr sonst so gehorsames Jagdpferd mit ihr
durchging, zum großen Schrecken ihres Gemahles. Unsere Prin-
zeß verlor ihre Geistesgegenwart nicht, es schien ihr nur eine
Probe für ihre Geschicklichkeit zu sein. Aber Albert sah schon
den Abgrund, den seine geliebte Frau auf dem Punkte war
hinunter zu stürzen, als die muthige Fürstin wie durch Hilfe
von Oben plötzlich gerettet wurde. Ein Mann im geistlichen
Gewande zeigte sich nämlich auf dem Wege und hielt das

gewordene Pferd auf. Sie dankte ihm für seine muthige
ǂkeit und lud ihn nach Marienberg ein. Der Erz-
ȷ vereinigte sich mit seiner Gemahlin in Thränen der
arkeit gegen Gott. Er suchte überall im Umkreise nach
Wohlthäter, aber Niemand konnte ihm eine Nachricht
denselben geben: sie erkannten nun in ihm Isabella's
engel.

Zu seinen Lebzeiten", erzählte der Franziskaner Peri,
te sich die fromme Frau niemals von ihrem Ehegatten;
var er einen Augenblick abwesend, dann rief sie ihn
r geistiges Auge, indem sie sein Bild betrachtete, seine
las, die Unterpfänder seiner Zuneigung in die Hand
Als dann ihr Held den Lohn seiner Tugenden
ngen hatte, als er in der Hauptkirche Brüssels in der
le des wunderbaren Sakramentes beigesetzt war, und
Volk einstimmig sein Gedächtniß mit dem Beinamen des
esfürchtigen" geehrt hatte, ein Ehrenname, den er wohl
nte und wäre es nur wegen seiner großen Verehrung
nem der Hauptheiligen des Landes, seinem Patron, dem
Albert: da beschloß Isabella, obgleich sie mit unge-
ichter Hand das Staatsruder lenkte, das Ordenskleid
hl. Franciskus aus den Händen ihres Beichtvaters,
Generals der Franciskaner Andreas del Soto, zu
angen.

Von diesem Augenblicke an konnte man ihrem Palaste
denn je das Zeugniß geben, daß er mehr einem Kloster
inem Hofe gleiche. Das Gefolge gewöhnlicher Fürstinen
an der Livree kenntlich sein, das ihrige erkannte man
der Sittsamkeit. Mit noch größerer Aengstlichkeit als
er wurden von ihrem Hofe die Bücher, Schauspiele und
er verbannt, in welchen der Sinnlichkeit der Renaissance
ehr gehuldigt war. Die Treue bewahrte sie ihrem ver-
benen Gemahle mit einer solchen Keuschheit, daß sie nie-
s, beim Ein- und Aussteigen aus dem Wagen, auf dem
aziergang, noch anderwärts, sich von der Hand eines

Mannes berühren lassen wollte. Im Jahre 1622 legte si
ihre Gelübde ab, unterwarf sich der Zucht des Ordens un
nannte sich Schwester Isabella. Ihre Frömmigkeit war wi
ein Magnetstein, der seine Kraft dem Metall um sich he
mittheilt. Nach ihrem Beispiele näherten sich ihre Hof- un
Kammerfräulein alle Sonntage dem heiligen Tische. Di
Fürstin hielt sie zum Fleiße an und sah jeden Sonntag di
Arbeit an, die eine Jede die Woche über gethan hatte, un
lobte oder tadelte, je nachdem sie fleißig oder lässig gewesen
Regelmäßig besuchte sie die Krankenhäuser und andere Stift
ungen, die im Umkreise des Ortes lagen, an dem sie sic
gerade befand. Nach den Schlachten und Gefechten ging si
hinaus auf das Feld oder in die Hospitäler, um die Sol
daten zu trösten und ihnen Wäsche und andere Kleidungs-
stücke mit zu bringen, die sie von ihren Damen hatte an-
fertigen lassen. Sie brachte sogar Leinwand und Verbandzeug
mit, und ließ jedem Verwundeten, den sie mit ihrer könig-
lichen Gegenwart erfreut hatte, ein reichliches Almosen als
Andenken zurück.

Schon zu Lebzeiten des Erzherzogs hatte Isabella den
Orden der Carmeliterinen in ihr Land berufen. Sie über-
trug der berühmten Klosterfrau Anna von Jesu die Stiftung
der Klöster und die Oberleitung derselben, und verfolgte dabei
auch den Zweck, ihre heiligen Gespräche oft genießen zu
können und durch die Berührung mit einem so reinen, schuld-
losen Leben getröstet zu werden. Nach dem Tode dieser
heiligen Klosterfrau ging sie mit allen ihren Hofdamen hin,
um ihre ehrwürdigen Füße zu küssen. Als sie nach Breda
zog, reiste sie eigens über Antwerpen, um sich Rath und
Erbauung bei der berühmten heiligmäßigen Mutter Anna
vom hl. Bartholäus zu holen, und als diese starb, bat die
Infantin sie um ihren Segen für sich und die Frauen und
Ritter ihres Gefolges. Sie baute den Carmeliterinen ein
schönes Kloster und versah dessen Kirche mit reichgeschmückten
Kniebänken und Chorstühlen, silbernem Altargeräth, verschie-

nstreich gearbeiteten Reliquaren und reichen Meß=
m aus Goldstoff. Sie hatte noch mit dem Erzherzog
ndstein zu diesem Kloster gelegt, wohnte dann seiner
ung bei und gab der Glocke ihren Namen. Dem
er Minimen zeigte sie sich auch als eine mildthätige
indem sie ihm in Brüssel an einem Orte, wo sich
as sittenloseste Volk aufhielt, ein Kloster schenkte.
Kirche, welches Kloster, welches Seminar ist nicht
herzoglichen Paare theils gestiftet, theils erweitert,
ert, bereichert oder ausgeschmückt worden! Wo ist
iligthum, das Albert und Isabella nicht mit Statuen
ildern beschenkt haben, wo das Gnadenbild, vor dem
t eine metallene Lampe angezündet, wo Reliquien,
nicht verehrt und mit schöner Goldschmiedearbeit ge=
aben? Unzählig sind die Heiligthümer in den Süd=
anden, die sie mit Werken der heiligen Kunst zierten.
och wird es wohl schon gar Mancher bedauern, daß
mmen Fürsten in diesem Punkte so eifrig waren. Wie
ßartiger würde z. B. die herrliche gothische Architektur
omes von Antwerpen oder St. Bavon in Gent wirken,
sie nicht die haushohen marmorenen Altäre und die
en Chorschranken hineingebaut hätten! Auch drama=
Vorstellungen, wiewohl fortan geistlicher Art, fehlten
an Isabella's Hof. Zur Weihnachtszeit ließ sie all=
lich ein Mysterium der Geburt Christi aufführen. In
em Maßstabe wurde die Kunst und Geschicklichkeit der
meister, Bildhauer, Maler, Sticker, Goldschmiede, Kupfer=
her, Leder=, Leinen=, Woll= und Seidenarbeiter im Dienste
Kirche verwendet, und noch heute kann man manches
öne Kunstwerk in Belgien sehen, das seine Entstehung
r frommen Fürstin verdankt.

Nach Alberts Tode hörte, wie schon gesagt ist, der
rieg mit den Vereinigten Provinzen nicht auf, da es leider
keiner Verständigung gekommen war. Isabella's Lage
war seitdem noch schwieriger, da ihr die Hände vollständig

gebunden waren und sie sich mit dem Titel einer Statthalterin begnügen mußte. Sie nahm sich aber die Angelegenheiten des Landes nicht weniger zu Herzen und beschloß, da der Friede unmöglich war, den Krieg fortzusetzen, soweit es die vorhandenen Mittel zuließen. Sie zog deßhalb mehrmals in Gesellschaft Spinolas nach Dunkirchen, um ihre Seemacht auf einen besseren Stand zu bringen. Aber auch hier war der Geldpunkt ein großes Hemmniß. Der Krieg hatte jetzt aber noch eine besonders traurige Seite. Was nämlich die Geusen schon fünfzig Jahre früher gethan hatten, verübten auch da noch die Nord-Niederländer, nämlich alle Gefangenen zu tödten, und so blieb den Heerführern Isabella's nichts übrig, als Vergeltungsrecht zu üben.

In diese Zeit fällt aber auch in Süd-Niederland die Abschaffung des Duells, wozu Isabella freudig ihre Hand bot. Ein großer Plan beschäftigte damals lebhaft die maßgebenden Kreise in Brüssel, nämlich der kühne Gedanke, den Rhein bei Düsseldorf ab- und in einen Arm der Maas zu leiten, um dadurch den Yssel und andere aus dem Rhein kommende Gewässer trocken zu legen und auf diese Art ungehemmten Durchzug durch Holland für Isabella's Truppen zu ermöglichen. Der Plan kam aber aus verschiedenen Gründen nicht zur Ausführung.

Indessen begann es in den südlichen Niederlanden wieder unruhig zu werden. Die vollständige Rückkehr unter spanische Herrschaft, die nahe bevorstand und theilweise schon vollzogen war, die Unlust, unter der Herrschaft einer Frau zu leben, der Neid auf den großen Fremdling Spinola, der Wunsch der Vornehmen, dem Einflusse des Staatsraths und Malers Rubens ein Ende zu machen, der Wunsch der Geistlichkeit, eine jansenistische Kirchenordnung in Belgien einzurichten: alle diese Bestrebungen hielten zusammen, um Isabella's Herrschaft wo möglich zu stürzen. Richelieu mischte sich natürlich sehr eifrig hinein und betrachtete die wallonischen Provinzen als seine Beute. Die belgischen Staaten ver-

melten sich in Brüssel dem Könige von Spanien zum
Troze, dessen kurzsichtige Politik des Abwartens zum zweiten
Male das Loos der Niederlande auf's Spiel setzte, und be-
lossen, mit Umgehung Spaniens über den Frieden zu ver-
ndeln. Der Erzbischof von Mecheln, Jakob Boonen, der
erzog von Aerschot und Andere standen an der Spitze der
wegung. Spinola war nach Spanien berufen worden,
ralisch geknickt, da er an der Möglichkeit verzweifelte, die
derlande für Spanien zu erhalten, und starb kurze Zeit
rauf in Casale, als er mit den letzten Kräften noch einen
dzug in Italien unternehmen mußte. So war denn
bella am Ende ihres Lebens verlassen und von ihren
len und vielen verrathen, die ihr, wie der Erzbischof von
echeln, den größten Dank schuldig waren.

Mit dem Gedanken eines republikanischen Staatenbundes
ter dem Schutze der nördlichen Provinzen vereinigte sich
Plan, die Kirche in Belgien frei zu machen. Das „Befreien“
ar aber hier wie überall ein Unterwerfen unter die weltliche
Macht, man war geneigt, das bisher in Belgien unbekannte
echt des Placet einzuführen, und die Irrlehren des Michael
ajus wurden im ganzen Lande verbreitet. Jansenius war
f dem Punkte, den Bischofsstab zu erhalten, und die Bi-
öfe von Mecheln und Gent unterwühlten die Kirche in
er Meinung, sie aufzubauen.

Der Staatsrath und Diplomat Rubens, Isabella's treuer
reund, wurde durch die Aufrührer seiner Stelle entsetzt.
ie Erzherzogin war machtlos gegen die wachsende Fluth.
re Ruhe verließ sie nicht. Sie hatte ihre Aufgabe erfüllt
d sollte bald den Lohn ihrer Mühen in der andern Welt
pfangen.

Ihre letzte Krankheit machte sich das erstemal auf einem
ittgang bei Nebel und Regen nach der St. Annakapelle
Laeken bemerklich. Ganz ergeben in den Willen Gottes,
r sie sich bewußt, daß dies der Anfang zu ihrem Ende
. Ganz entkräftet vom Fieber, kniete sie sich dennoch hin,

um ihren Heiland als Wegzehrung zu empfangen. Danach schien es, als sei sie verjüngt und strebe gleich einem wiedergeborenen Adler empor zu Gott dem Herrn. Ihr Mund athmete nichts als feurige Gebete, Akte der Liebe und Reue. Ihr Herz war wie Weihrauch, der in den Flammen der Liebe zerschmolz und seinen Wohlgeruch zum Himmel sandte. Im Voraus hatte sie schon alles für ihr Begräbniß angeordnet, und darüber mit der Geistlichkeit von St. Gudula und ihrem Baumeister verhandelt, hatte aus Ehrbarkeit verboten, ihren Leib einzubalsamiren, aus Demuth, an ihrem Grabe Reden zu halten. Nach dem Empfange der hl. Oelung baten sie der Herzog und die Herzogin von Orleans, sie möge ihnen ihren Segen geben. Die Demuth bewog sie, es ihnen abzuschlagen, aber die Liebe drängte sie, es zu thun. „Herr", sagte die demüthige Schwester des hl. Franciskus, „da ihr mich zwingt, euch zu segnen, so bitte ich Gott und die heilige Jungfrau, daß ihr mit himmlischen Gnaden erfüllt werden möget. Ich bitte euch auch um Verzeihung für Alles, wofür ich euch noch nicht genuggethan habe; ich hoffe es im Himmel durch meine Gebete zu ersetzen."

„Und für euch", sprach sie zur Herzogin, die ihr den Liebesdienst erwiesen hatte, ihr die Kerze bei der letzten Oelung zu halten und in Thränen gebadet am Bette ihrer „Mutter", wie sie die Infantin nannte, stand, „und für euch will ich Gott bitten, daß er euch den Segen gebe, den ich mir auch immer auf Erden gewünscht habe, und daß ihr danach die Krone empfangt, die euch von Ewigkeit her bereitet ist, im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes."

Auch Maria von Medicis, die Königin Mutter von Frankreich, wohnte ihren letzten Augenblicken bei, aber die beiden Fürstinen, die so viel durchgemacht hatten, fanden keine Worte für ihre Betrübniß.

So starb Isabella Clara Eugenia im 67. Jahre ihres Lebens, Freitag den 1. Dezember 1633. Ihr Leib blieb in dem Habit der Tertiarerinen drei Tage lang ausgestellt.

Volk erklärte sie für eine Heilige und kam in Schaaren, u sehen und etwas von dem zu erlangen, was sie am er hatte, um es als Heiligthum aufzubewahren.

Im zweiten Artikel ihres Testamentes bestimmte sie, daß bei ihrem Gemahl in der St. Gudulakirche in Brüssel aben sein wolle und zwar im Ordenskleide des hl. Franis und an dem vielbetretenen Eingang der Sakramentslle.

Zu ihren Lebzeiten hatte sie die Gewohnheit, wie viele ere Fürsten, am Gründonnerstag dreizehn armen Frauen Füße zu waschen. Zu Mariä Verkündigung empfing sie n Arme an ihrem Tisch zu Ehren der neun Feste Mariä, goß ihnen selbst das Wasser zum Händewaschen ein, bete sie, gab ihnen Almosen an Geld und Kleidern und armte sie herzlich. Ihr Leichenpomp sollte aus 300 Armen ehen, von denen 100 in Purpur, 100 in Himmelblau 100 in Arbeitergrau, zu Ehren Jesu, Mariä und Josephs eidet sein sollten. Um noch nach ihrem Tode ein sprechdes Zeugniß für ihre große Verehrung zum allerheiligsten kramente auszudrücken, bestimmte sie, daß für alle Pfarreien agbare Baldachine angeschafft werden sollten, um damit das lerheiligste Sakrament zu den Kranken zu geleiten.

Allgemein war die Theilnahme bei ihrem Tode. Ihre lischen Freunde schwiegen, aber durch die Schaaren ging er Ruf: „Sie ging heim zu ihrem Besten, aber zu unserm Nachtheil". Besonders die Armen, Wittwen, Waisen und Klosterleute riefen aus: „Jam non est mater," unsere Mutter ist nicht mehr. Sogar in Holland sang der damals noch protestantische Vondel ein herrliches Lied an sie. Wir können nicht besser schließen, als mit den letzten Worten dieses Gesanges:

„O Licht einer christlichen Frau, blick' herab in die Nacht, in der wir uns befinden, heile das tiefe Weh deiner Niederlande und bringe unsere Schwerter zur Ruh'; damit wir dir in dieser Welt einen herrlichen Altar des Friedens weihen können, an dem wir deinen Ruhm von Jahr zu Jahr

singen werden! O Mutter des Friedens in unserm armen Lande, o du Ehre der Niederlande, niemals möge das Lob deiner Friedensliebe verstummen! Du hast dich immer vergebens auf Erden nach Frieden gesehnt, empfange ihn nun für die Ewigkeit im Himmel!“ [1])

XXVI.

Die nationale und politische Kleinarbeit der deutsch-liberalen Partei in Oesterreich.

3. Die bäuerliche Bewegung in Steyermark; in Niederösterreich; in Böhmen. Die Deutschliberalen in Mähren und österreichisch Schlesien.

In dem angrenzenden Steyermark kam die Bauernbewegung ziemlich gleichzeitig mit Oberösterreich unter Benützung der gleichen Mittel in Fluß. Besonders in Obersteyermark gelang es dem Freunde Kirchmair's, dem Reichsrathsabgeordneten Posch, einen Bauernverein zu gründen, der wie der oberösterreichische „weder klerikal noch liberal“ sein wollte, während seine Führer und Gründer im Reichs-

1) O Christelyke lamp,
Sie neêr in onzen damp;
Versacht uw Neerlands wee,
En steeck is 't mogelijck eens het bloedigh swaerd in scheê.
Opdat men hier beneên,
Van witten marmersteen,
Uw wije een vredealtar,
Waarvoor men uw ten roem, magh singen, jaer op jaer.
O vredemoeder, eer
Van Neerland, nimmermeer
Verwelck uw vredelof!
Ghy stond na vrede in aerdsch, en sluytse in 't hemelsch hof!

Nähe auf der liberalen Seite saßen. Der Verein hat bei den Landtagswahlen in Steyermark 1884 ein paar Mandate für seine Anhänger errungen, seine Vertreter sind indessen in der Grazer Landstube ganz unbedeutende und einflußlose Leute. In neuerer Zeit mißtrauen die steyrischen Bauernvereinler dem Liberalismus viel mehr als früher. In den Tagen der Kudlichverehrung (1888) wandten sie sich an Kudlich und legten diesem ihre Beschwerden gegen den Liberalismus vor. In einem Brief d. d. 2. Nov. 1888 Hamburg verwies sie der „Bauernbefreier“ zum Schweigen. Er schrieb: „Ich habe mich nur um die allgemeinen Fragen bekümmern können. Einer kann in seinem Kopfe nicht alles besorgen. Die National- und Freiheitsfragen (!) haben mich vor allem interessirt, mehr als die Geld- und Magenfragen. Auch in meinem Privatleben bin ich zufrieden, wenn ich frei und unabhängig bin, und jage weniger dem Gelderwerbe nach.“ Dann sagte er ihnen an den Kopf, daß die Deutschen in Böhmen und Schlesien (seiner Heimath) „viel geweckter, lebhafter und intelligenter“ seien, als diejenigen an der Donau und in Tyrol, um bitterböse anzufügen: „Wenn die steierischen Bauern glauben, daß sie bei den Pfaffen und Grafen und wunderthätigen Muttergottessen mehr Glück haben, als bei den Liberalen — mögen sie es versuchen. Ich finde nicht, daß diese Bundesgenossenschaft mit Liechtenstein und Dunajewski ihnen etwas Vortheil bringt.“ Der Schluß des interessanten Briefes lautete: „Daß ich 1848 den Antrag auf Aufhebung von Zehent und Robot stellte, dafür bitte ich Sie nachträglich um Verzeihung. Ich konnte halt damals nicht anders. Wäre ich damals schon so erfahren und gescheidt gewesen, wie Sie es heute sind, ich hätte es wohl unterlassen, Naturalarbeit und Naturalabgabe abschaffen zu helfen. Uebrigens protestire ich gegen Ihre Behauptung, daß ich an dem jetzigen Elende der Bauern mitschuldig bin. Ich bin seit 1849 weit fort und für Euer Glück oder Unglück nicht verantwortlich. Selbst ist der Mann! Und wenn eine Klasse

von Menschen so zahlreich ist und stimmberechtigt, wie die Bauern und sie lassen sich das Fell doch über die Ohren ziehen — nun so mag man sie wohl bedauern, aber fürchten oder achten kann man sie nicht. Wenn Sie so fortfahren auf die Liberalen zu schimpfen, die Naturalarbeit, ja die Zustände vor 1848 zu preisen, so werden die mit solchen Lehren großgezogenen jungen Leute wohl noch erleben, daß bei Euch Robot, Zehent und Unterthänigkeit eingeführt werden. Es lebe der Liberalismus: d. h. die Herrschaft des Volkes für das Volk durch das Volk — freilich ist damit ein verständiges Volk gemeint."

Dieser Brief wirkte ernüchternd. Der „Bauernwille", ein in Graz von Bauern für Bauern geschriebenes Blatt, entgegnete damals in einem Artikel „Bauern und Kudlich" wie folgt: „Zuerst waren die Bauern, dann erst kam Kudlich. Ich muß das sagen, weil sonst Kudlich und seine Schmeichler-‚Freunde' sogar das übelnehmen könnten, daß man nicht den Namen Kudlich vor Bauern sagt. Bauern und Kudlich, wir kennen einander nicht mehr, wenn auch Bauern als Dank sogar Denkmale setzen. Hat Kudlich seit 1848 bis 1888 geschlafen?! Es wurde in der Zeit so alles anders — Kudlich aber blieb steinern der Liberale wie vor 1848, er blieb um vierzig Jahre zurück und redet noch immer wie die Liberalen vor 1848! Die Liberalen seit 1848, z. B. die Börsianer, Lieferanten, Spekulanten ... lachen heimlich über die Kindheit oder über das Alter der Reden des Kudlich." Diese Zurückweisung des liberalen Bauerngötzen ist energisch genug. Freilich empfinden auch die Anhänger des „Bauernwille" es bitter, daß „die liberale Geldwirthschaft, die Herrschaft des Kapitalismus sie mit Haut und Haar verzehrt und daß sie vor diesem unabweislichen Ende keine ruhige, sorgenfreie Stunde haben."

Auch in der Frage der Freitheilbarkeit haben die steyrischen Bauernvereinler einen andern Standpunkt eingenommen, als die liberalen Bauern in Böhmen, Kärnthen und Oberösterreich.

Bauernverein „Umgebung Marburg", der „weder klerikal
liberal" sein will, dankte dem Fürsten Alois Liechtenstein
1888 durch seinen Obmann brieflich für sein Eintreten
Gunsten des Höferechtes und der Einschränkung der Frei-
barkeit des bäuerlichen Besitzstandes, da, wenn auch das
Gesetz einen geringen Erfolg haben dürfte, man darin
igstens das Bestreben der regierenden Kreise, die Reste
österreichischen Bauernstandes zu erhalten, ersehe und dieß
neuen Hoffnungen erfülle." Die Herrschaft des Liber-
mus im steyrischen Bauernstande scheint demnach endgiltig
chen, nachdem der wackere steyermarkische katholische Volks-
in ohnedieß bereits die überwiegende Mehrheit der stey-
en Bauern unter seine Fahnen gesammelt hat.

In Niederösterreich bestand schon vor 1880 ein
ernbund unter dem Namen „Mittelstraße", der von einem
ssen Steininger in Gobelsburg geführt wurde. Schon
Name Mittelstraße deutet an, daß die leitende Idee dieses
eins darauf hinausging, zwischen der conservativen und
liberalen Partei eine gewisse Mittelstellung zu beobachten;
ächlich und praktisch wurde diese Idee in der Weise durch-
ührt, daß die Leitung des Vereins bald rechts bald links
wendete, ohne jemals eine entschiedene und feste Haltung
zunehmen. Der Schwerpunkt des ganzen Vereins lag in
m Blatte, gleichfalls „Mittelstraße" benannt, welches von
teininger herausgegeben, in Confusion das höchst Mögliche
stet. Steininger hat von jeher den Ehrgeiz besessen, Bauern-
önig in Oesterreich zu werden, ohne irgendwie die Fähigkeiten
nd die Mittel zu besitzen, eine derartige Stellung auszufüllen.
Darum sank auch der Verein in seiner Mitgliederzahl von
Jahr zu Jahr und hat heute kaum 300 zahlende Angehörige;
um so pomphafter werden die Versammlungen des Vereins,
die von Zeit zu Zeit in Wien, manchmal kaum bei anderthalb
Dutzend Theilnehmer, abgehalten werden, in der liberalen
Presse geschildert, und um so weltbewegender sind die Reso-
lutionen und Beschlüsse, die gefaßt werden. Nur Ein Beispiel!

1887 wurde beschlossen, dem Kaiser eine Denkschrift über die Lage des Bauernstandes zu unterbreiten und dieselbe durch eine Deputation von Bauern aus allen Kronländern zu überreichen, obwohl in der Versammlung nicht einmal so viele Bauern anwesend waren, als es Kronländer in Oesterreich (17) gibt. Ende 1888 „begrüßte" der Verein in einer Versammlung die Einigung der deutsch-liberalen Abgeordneten in der „Vereinigten deutschen Linken", obwohl derselbe bei den letzten Reichsrathswahlen 1885 grundsätzlich gegen den Liberalismus Stellung genommen hatte. Zur Zeit (Juli 1889) steht dieser Verein, der sich als Messer ohne Klinge darstellt, geradeso wie der oberösterreichische Bauernverein unter der Vormundschaft des früheren Handelsministers Chlumecky, der im Reichsrathe die liberalen Elemente des Großgrundbesitzes führt und auf dem rechten Flügel der nunmehr Vereinigten deutschen Linken steht, besitzt aber keinerlei politischen Einfluß. Eine plötzliche Wendung nach irgend einer andern Richtung ist durchaus nicht ausgeschlossen.

Im Westen Niederösterreichs, dort wo es an Oberösterreich angrenzt, wurde 1883—84 der Versuch gemacht, die oberösterreichische Bauernbewegung nach Niederösterreich zu lenken. Die braven Bauern des Viertels oberm Wienerwald waren indeß dafür nicht zu haben, so angelegentlich sich auch der liberale Reichsrathsabgeordnete Pirko darum bemühte. Ein niederösterreichischer Bauernverein, der im Sinne Kirchmair's und unter dessen gütiger Beihilfe und Mitwirkung gegründet wurde, entfaltete nur ein kurzes Leben. Kirchmair konnte nur ein paar Versammlungen abhalten und mußte auf jede fernere Thätigkeit verzichten, als seine Schwindeleien in Wien und seine Vorspiegelungen bezüglich einer „holländischen Erbschaft" aufgedeckt wurden. Er war in Niederösterreich lange schon unmöglich, als er in Oberösterreich gedeckt durch die liberale Partei noch eine hervorragende Rolle spielte. Erst in allerneuester Zeit (Juli 1889) hat der niederösterreichische Bauernverein unter dem Obmann Pirko, offenbar in Vor-

bereitung für die nächstjährigen Landtagswahlen, nach fast
...jähriger Ruhe wieder eine Versammlung in Hainfeld ab-
...lten, wobei der Abgeordnete Adametz (wie in Wels) den
...ern das Heil des Liberalismus verkündete und gegen
...el und Klerus loszog. Der Verlauf der Versammlung
... keinen Zweifel darüber, daß die liberale Partei demnächst
...sondere die bestehenden landwirthschaftlichen Vereine und
...inos für ihre Agitation ausnützen wolle. Unter dem Scheine
...iger Vertretung landwirthschaftlicher Interessen will der
...ralismus in Niederösterreich den Bauernstand wieder ge-
...nen, und darum hat auch der niederösterreichische Bauern-
...ein in Hainfeld sein ursprüngliches Schlagwort „weder
...ikal noch liberal“ ebenso fallen lassen, wie der oberöster-
...ichische.

Zur Zeit hat indeß der Liberalismus wenig Einfluß auf
... niederösterreichische Bauernbevölkerung, nachdem dieselbe
...weder zur conservativen Partei sich hält oder aber zur
...tsch-nationalen Fahne unter Führung Schönerer's schwört.
Schönerer's Anhang in bäuerlichen Kreisen ist groß und zwar
...niger in seiner Heimath, als vielmehr in jenen Bezirken,
...che gegen Mähren und Ungarn gelegen sind. Während
...deß Schönerer in Tyrol einen eigenen Bauernverein ge-
...ündet hat und die liberalen Bauernvereine von Oberösterreich,
...lzburg und Steyermark in seine Obhut zu nehmen bemüht
...ar, hat er es merkwürdiger Weise unterlassen, seine bäuer-
...chen Anhänger in Niederösterreich zu einer sichtbaren Or-
...nisation zu vereinigen. Irgend welche geheime Organisation
... aus dem Grunde vermieden, weil die von ihm und seinem
...tabe ausgegebenen Schlagworte sehr rasch in die Kreise
...iner Anhänger dringen und als Befehle geachtet werden.
Müßten nicht die Wahlen in den Landgemeinden in Nieder-
...sterreich noch indirekt, durch Wahlmänner vollzogen werden,
... würden auf dem Lande liberale Abgeordnete nicht mehr
...wählt werden.

In den anderen Kronländern ist eine eigentliche Bauern
bewegung in dem Sinne wie in den deutschen Alpenländern
nicht bemerkbar gewesen. Man spricht viel von einer bäuer
lichen Partei in Galizien, doch kommt sie bei Wahlen
nur zu spärlichen Erfolgen. In Mähren besteht eine Bau
ernpartei, welche 11 Vertreter zur Zeit im mährischen Landtag
sitzen hat und im „Selke Listy" (Bauernblatt) ein Organ
besitzt, doch liegen auch da die Verhältnisse ganz anders als
in den deutschen Alpenländern.

Eine sehr lebhafte Bewegung hat sich innerhalb der
Bauernschaft Böhmens entwickelt. Dort ist eine speciel
landwirthschaftliche Frage, nämlich die Zusammensetzung und
der Wirkungskreis des Landeskulturrathes zu einer
politischen aufgebauscht und zum Ausgangspunkt heftiger
und leidenschaftlicher Hetzereien gemacht worden, welche nichts
Anderes bezwecken, als die administrative Theilung Böhmens.
Diese Hetzereien begannen von dem Tage (15. Februar 1882)
an, wo der böhmische Landeskulturrath unter dem Vorsitz
des Fürsten Karl Schwarzenberg als berathendes Organ des
böhmischen Landesausschusses in bäuerlichen Fragen durch
ein Gutachten für die Einschränkung der Freitheilbarkeit ein
trat. Zwar hatten nur drei deutsche Delegirte gegen dieses
Gutachten Stellung genommen, so daß dasselbe nahezu ein
stimmig abgegeben war, aber was hinderte dieß die jung
deutschen radikalen Elemente, fortan mit aller Schärfe gegen
den Landeskulturrath aufzutreten? Die „Deutschen" in dieser
Körperschaft wurden demgemäß alsbald zum Austritt aus
derselben aufgefordert, suchten sich indeß dem Parteikommando
möglichst lange zu entziehen. Der hochliberale Abgeordnete
Dr. Pollak erklärte öffentlich: „Ein nationaler Landeskultur
rath (d. h. ein Landeskulturrath, wie die Jungdeutschen ihn
anstrebten) wird die Fragen der Landwirthschaft nur einseitig
behandeln können, dessen Resolutionen werden nie von so
großem Einflusse sein auf die Regierung und auf das Par
lament, daß sie Ausschlag geben könnten. Er wird also de

irthschaft und infolgedessen auch der Nation schaden." [1])
ich mußte er sich unterwerfen und ward daraufhin als
fälschter Vertreter des „Deutschthums" einer der wü-
sten Vertreter der Idee der Zerreißung des Landes-
rathes. Endlich gelang der Plan; im Juli 1884 gaben
utsch-liberalen Mitglieder des Landeskulturrathes ihre
ittserklärung ab und beriethen gleichzeitig über Grün-
eines neuen Interessenvertretungskörpers ausschließlich
den deutsch-liberalen Hausgebrauch. So entstand der
tsch-böhmische landwirthschaftliche Centralverband", der
Zeit (Juni 1889) 145 landwirthschaftliche Vereine mit
56 Mitgliedern umfaßt. Der nächste Zweck der Deutsch-
alen geht dahin, für diesen Centralverband die gleiche
liche Stellung, wie sie der böhmische Landeskulturrath
zu erlangen. Im Reichsrath wurde im März 1889 der
uch gemacht, dem Centralverband gewissermaßen als der

[1]) Im Parlamente hat sich diese Anschauung Dr. Pollak's in Bezug auf das gemeinsame Interesse der ganzen Bevölkerung am Wohle der Landwirthschaft schon Geltung verschafft. Im Juni 1888 hat sich nämlich auf Anregung des Hofrathes Dr. Lienbacher ein Agrarklub gebildet, dem Abgeordnete aller Parteien beigetreten sind, so: Posch, Stadlober, Türk, Fuß, Reicher, Richter, Garnhaft, Doblhamer, Gregorec, Ursin, Fiegl, Fürnkranz, Heinrich, L. Pollak, Pleva, Oelz, Vesely, Neumayer, Vitezić, Hayden, Bärnreither, Suklje, Moser, Spaček, Pirko, Bergani, Steinwender, Kielmansegg. Die Agrarfrage wird und muß in Angriff genommen werden und zwar ohne nationale Absonderung, von allen Parteien gemeinschaftlich. Auch die Jungdeutschen werden zu der Einsicht kommen, daß sie mit ihrer nationalen Rabulisterei auf dem Holzwege sind. Schon 1887 erklärte der deutschböhmische Abgeordnete Heinrich ganz offen und mit Recht: „Gäbe es eine deutsche Landwirthschaft für sich, so hätte der Verein (Landwirthschaftlicher Centralverein) auch eine Bedeutung; nachdem es die nicht gibt, so kann er für die Deutschen allein auch nichts thun." Alle Anzeichen, die aus den deutschen Kreisen Böhmens kommen, lassen unzweideutig erkennen, daß diese Ansicht immer mehr Boden gewinnt, und dasselbe muß von Allösterreich gelten.

deutschen Sektion des Landeskulturrathes die Anerkennun
zu verschaffen, so daß der bisherige böhmische Landeskulturrat
als czechische Sektion erschienen wäre. Daß im böhmische
Landeskulturrath auch nach dem Austritte der Deutschliberale
Deutsche verblieben sind, behinderte die liberalen Wortführe
gar nicht. Wer nicht liberal ist, dem wird von ihnen einfac
der deutsche Charakter abgesprochen. Dem gegenüber erklärt
der Ackerbauminister Graf Falkenhayn die Frage, ob de
Landeskulturrath getheilt werde oder eine Körperschaft fü
beide Nationalitäten wie bisher verbleiben solle, für ein
Frage der Landesgesetzgebung, weil es sich um cul
turelle Interessen handle, vertheidigte aber auch zugleich den
böhmischen Landeskulturrath dahin, daß derselbe seine Pflichten
gegen beide Nationalitäten in Böhmen jederzeit gewissenhaft
und unparteiisch erfüllt habe, wie auch jeder Beweis dafür
fehle, daß jemals bei Vertheilung von Subventionen durch
den Landeskulturrath czechische Vereine und Bezirke deutschen
vorgezogen worden seien. Liberalerseits versuchte man diesen
Beweis nicht einmal anzutreten, man erklärte einfach, man
wolle vom böhmischen Landeskulturrath nichts wissen. Da
seitens der Regierung wie der Czechen die Frage der Neu-
organisation des Landeskulturrathes der Landesgesetzgebung
überwiesen ist, die Deutschliberalen aber den Landtagsver-
handlungen fern bleiben, so ist die Schlichtung dieser Frage,
die an sich nicht zu viele Schwierigkeit böte, wohl bis zu
einer allgemeinen Verständigung aufgeschoben.

Selbstverständlich haben diese Streitigkeiten in der böh-
mischen Bauernschaft Wiederhall gefunden und Einfluß darauf
geübt, daß eine richtige Vertretung der bäuerlichen Gesammt-
interessen sehr erschwert wurde. Die Trennung in der Bauern-
schaft wurde auch äußerlich sichtbar. Es entstand der böh-
mische Bauernbund, der zwar die liberalen Ideen nicht
aufgegeben hat, aber doch Front macht gegen ein Vorgehen,
das die bäuerlichen Interessen entschieden schädigt, und über-
haupt mehr für die Interessen des Standes, als für die

nale Hetze, insbesondere wenn sie gegen die czechischen
ndesbrüder gerichtet ist, thätig sein will. Derselbe
t sein eigenes Organ „Der Bauernbote“ und hat auch
eigene Spar= und Vorschußkassa. Allerdings hat
be bisher bei den Wahlen Erfolge nicht zu erzielen
cht, hauptsächlich wohl deßwegen, weil sein politisches
ramm ungemein dehnbar ist. Die Vereinsleitung hat
isher nicht dazu verstehen können, dem Liberalismus,
n ungeheure Nachtheile volkswirthschaftlich voll und ganz
kannt sind, auch politisch und religiös den Abschied zu
, und schwankt darum wie ein Rohr zwischen verschie=
n Richtungen; am besten scheint sie sich in demokratischer
le zu gefallen.

Gegen den „Böhmischen Bauernbund“ wurde sofort nach
n Gründung eine maßlose Hetze eröffnet. Künstlich wurde
Art Bauernbewegung veranstaltet, welche gar nichts
es war, als eine lärmende Agitation von Hetzredakteuren,
ern, Advokaten und Güterschlächtern. Zahlreiche Bauern=
mmlungen wurden einberufen, aber auf denselben kam
richtiger Bauer zu Wort, da immer nur Lehrer, Advo=
n und verabschiedete Offiziere redeten. Diese verdienten
igstens das Zeugniß, daß sie den Rummel gründlich ver=
en und viel Lärm zu machen wußten.

Diesem Charakter getreu war die Hauptkraft dieser
gen Bewegung gegen den Versuch der Beschränkung der
itheilbarkeit mittlerer Bauerngüter gerichtet. Die Regierung
tte einen Gesetzesentwurf in Vorlage gebracht, dessen Haupt=
halt folgende Bestimmungen bilden:

1) Ein Hof kann nur an einen Erben übergehen;
die Landtage sind bevollmächtigt, gesetzlich zu bestimmen,
aß bei gerichtlicher Feststellung der Erbtheile dem Uebernehmer
es Hofes bis zu einem Drittheil von dessen lastenfreiem Werthe
eben seinem Erbtheil gutgeschrieben werden könne; 3) der
Uebernehmer braucht die seinen Miterben zukommenden Erbtheile
nicht vor Ablauf von drei Jahren auszuzahlen; 4) wenn die

Landesgesetzgebung für die Höfe mittlerer Größe Beschränkungen der Freitheilbarkeit festsetzt, oder Bestimmungen erläßt, wonach derartige Höfe von Personen, in deren Eigenthum solche Höfe oder größere landwirthschaftliche Besitzungen bereits stehen, gar nicht oder nur unter bestimmten Voraussetzungen oder Beschränkungen erworben werden sollen, so haben die Bestimmungen dieses Gesetzes mit der Maßgabe Anwendung zu finden, daß der Eigenthümer des Hofes in seiner Disposition über denselben durch die landesgesetzlichen Vorschriften beschränkt ist.

Gegen diesen Entwurf, der inzwischen Gesetz geworden ist, aber nur dann zur Anwendung kommt, wenn ein bäuerlicher Grundbesitzer ein Testament nicht hinterlassen hat, wurden alle möglichen und unmöglichen Einwände erhoben. Im Parlamente erhob sich dagegen die Vereinigte Linke, welche bei dieser Gelegenheit die Abschaffung der adeligen Fideikommisse als Programmpunkt erklärte, damit auch diese zum Gegenstand der Güterschlächterei und Güterjobberei gemacht werden können; sie fand indeß an der Bauernschaft der einzelnen Kronländer keine Hilfe und hatte Gegenliebe nur in Böhmen zu hoffen, wo seit 1882 der ganze politische Kampf in der Bauernschaft für oder gegen die Freitheilbarkeit hin- und her wogte. Führer in diesem Kampfe war auf deutsch-liberaler Seite der „Salonbauer" und Urgermane Krepek, der sein volles Verständniß bäuerlicher Verhältnisse durch die naive Frage bekundete: „Was ist denn so Eigenthümliches am Bauernstande, daß für denselben Specialgesetze nothwendig wären?" Mit einem Anhang jüdischer Advokaten, begleitet von jüdischen Güterschlächtern, als deren Freund er sich im Abgeordnetenhause öffentlich kennzeichnen lassen mußte, zog er Jahr für Jahr im Lande umher und predigte das Evangelium von der Freitheilbarkeit von Ort zu Ort, so zwar, daß er darüber, wie das Deutsche Volksblatt ihm vorwarf, seine Abgeordnetenpflichten vernachlässigte und im Parlamente nur erschien, um seine Diäten zu erheben oder als Salonbauer eine „große Rede" zu halten.

Wenn in den deutschen Alpenländern die Bauernbewegung Standesinteresse in den Vordergrund schob und angeblich Förderung suchte, ist sonach in Böhmen das Interesse Güterschlächter die leitende Triebfeder aller Vorgänge ...en, und zwar angeblich aus nationalen und landwirthschaftlichen Gründen. Die Maske „weder klerikal noch liberal“ ...s demselben Gesichtspunkte nicht zur Benützung gekommen.

Inzwischen haben ganz neuerlich in Böhmen auch die ...ngczechen sich auf Bauernfängerei eingerichtet, indem sie ...n czechischen Bauernverein gründeten, zu dem trotz der ...nten Kirchenfeindlichkeit der Jungczechen Skt. Johann ...omuk Pathe stehen mußte. Angeblich soll dieser czechische ...uernbund lediglich die Erwirkung politischer Rechte an die ...uern bezwecken, während er thatsächlich die Geschäfte der ...ngczechen zu besorgen hat. Seine erste That war ein ...licher Protest gegen die Einschränkung der Freitheilbarkeit ...erlicher Besitzungen, ein Beweis dafür, wie sehr seinen ...rern die Erkenntniß für die wahren bäuerlichen Bedürfnisse mangelt. Trotzdem hat der Verein den Jungczechen ...eits gute Dienste geleistet; ihre überraschenden Erfolge in ... Curie der Landgemeinden bei den letzten Landtagswahlen ...ären sich wesentlich dadurch, daß die Jungczechen den ...echischen Bauern durch diesen Verein goldene Berge verheißen, während die Altczechen vor lauter staatsrechtlichen ...d nationalen Fragen ganz darauf vergaßen, daß es in Böhmen Bauern gebe, die in einer Nothlage befindlich zuerst ...en und dann erst national fühlen und denken wollen. Der Hunger thut weh und läßt sich weder mit nationalen Phrasen, noch auch — die Jungczechen werden es erleben — mit liberalen Versprechungen abspeisen.

Vergegenwärtigen wir uns nochmals die ganze Bauernbewegung seit 1880 in Oesterreich, so sehen wir, daß die liberale Partei im Bewußtsein der ungeheuern Nachtheile, welche ihre Gesetzgebung dem Bauernstande gebracht hat, mit Ausnahme von Böhmen es überhaupt nicht mehr gewagt hat,

mit offenem Visir um die Gunst der Bauern zu werben, sondern daß sie sich hinter zweifelhafte Führer stecken mußte, um unter der Maske „weder klerikal noch liberal" wenigstens das Eine zu verhüten, daß die Bauernschaft voll in die Reihen der conservativen Partei eintritt und gegen den Liberalismus entschiedene Stellung nimmt. Die Dinge stehen heutzutage so, daß in allen deutschen Alpenländern (Kärnthen ausgenommen) eine rein liberale Candidatur in irgend einem ländlichen Wahlbezirk zur vollen Unmöglichkeit geworden ist, und daß ganz hervorragende liberale Parteimänner selbst bekennen, daß sie in der nächsten Zeit auf Verstärkung ihrer Reihen aus der Bauernschaft sich nicht Hoffnung machen dürften. Wenn in Böhmen die Verhältnisse etwas anders liegen, so ist der Grund darin zu finden, weil dort die nationalen Leidenschaften entflammt sind und diese Leidenschaft vielfach selbst ruhige Leute hindert, über die thatsächlichen Verhältnisse ein klares Urtheil abzugeben. Immerhin hat sich indeß auch in Böhmen unter der deutschen Bauernbevölkerung[1]) eine antiliberale Bewegung kundgegeben, welcher seitens der liberalen Partei die oben gekennzeichnete scheinfortschrittliche Agitation entgegengesetzt worden ist. In Mähren und Schlesien ist es indeß nicht einmal zu einer derartigen Bauernbewegung gekommen.

In Mähren steht bei den Czechen wie bei den Deutschen die nationale Frage im Vordergrund; gleichzeitig ist dort die Organisation der liberalen Partei so alt, daß die bäuerliche Bevölkerung deutschen Stammes zumeist von ihr umklammert ist, umsomehr nachdem weder von conservativer noch von deutsch-nationaler Seite zu deren Aufklärung und Erlösung aus dem liberalen Parteibanne irgend welche energische Schritte geschehen sind.

1) Nicht zu vergessen ist hier der brave „katholisch-politische Verein", für den insbesondere die Grafen Schönborn, Ledebur und Thun sowie Canonikus Borovy und Professor Drazd unermüdlich thätig sind.

Schlimmer fast noch lassen sich die Verhältnisse in Oesterreichisch-Schlesien an. Dort hat sich die liberale Partei 1887 ganz neu organisirt und besitzt nunmehr in jeder großen Ortschaft Vertrauensmänner, welche zusammen das Landeswahlcomité bilden. Dasselbe besorgt die Leitung der politischen Wahlen mit allen darauf bezüglichen Geschäften und hat im Uebrigen besonders auf die Ausgleichung von Gegensätzen, insoferne solche unter der deutsch-liberalen Bevölkerung sich zeigen sollten, hinzuwirken. Eine weitere Aufgabe dieser Vertrauensmänner ist, durch Sammlungen und Erwirkung stetiger Beiträge einen Parteifonds zu schaffen und von Zeit zu Zeit Parteitage einzuberufen. Ueberdieß sollen sie jährlich abwechselnd in den einzelnen Städten zu Berathungen zusammentreten und hiebei aus ihrer Mitte für je 2 Jahre ein Executivcomité von 15 Mitgliedern wählen. Im Uebrigen sind sie nach Landtagswahlbezirken gegliedert, so daß die Vertrauensmänner jedes einzelnen Landtagswahlbezirkes zugleich auch ein Bezirkswahlcomité mit dem Rechte eigener Leitung bilden.

Diese Organisation wurde auf einem Parteitage in Troppau 17. Juli 1887, der ausdrücklich als eine Art Probemobilisirung erklärt wurde, geschaffen. Hiebei besprach der Reichsrathsabgeordnete Superintendent Dr. Haase die Nothwendigkeit der Parteiorganisation in Schlesien, und dann berichtete Dr. Wilhelm Münz über die von ihm entworfene oben kurz geschilderte Organisation. Seine Ausführungen sind von mehrfachem Interesse. Ursprünglich wollte man einen politischen Verein deutsch-liberaler Färbung für Schlesien gründen, kam aber von diesem Plane ab, weil ein Verein nothwendiger Weise eine bestimmte Richtung hätte einschlagen müssen; damit fürchtete man aber in die deutsch-liberale Bevölkerung Schlesiens einen Zankapfel hineinzuwerfen, wie er in Böhmen und Mähren zwischen den Anhängern des deutsch-österreichischen und des deutschen Clubs bestand und trotz aller Verkleisterungen noch besteht. Um gleichwohl ein

festes Band um alle Deutsch-Liberalen in Schlesien zu schlingen und so „die Zerstreuten zusammenzuketten und die leicht Ueberwindlichen stark zu machen", faßte man den Gedanken, ein Vertrauensmänner-Collegium zu schaffen, schon deßwegen, weil diese Idee den Vortheil eines innigeren Zusammenhanges zwischen Stadt und Land und mit den einzelnen Klassen der Gesellschaft — besonders dem Arbeiter- und kleinen Handwerkerstande, welche bis dahin in den politischen Vereinen nur spärlich vertreten waren — für sich hatte. Man kann nicht umhin, dieses Vorgehen der schlesischen Liberalen klug zu nennen; statt durch Gründung eines Vereins die Angehörigen jedenfalls einer Richtung im liberalen Lager vor den Kopf zu stoßen — eine Wahrscheinlichkeit, an der in diesem Falle kaum vorüberzukommen war — vertagte man jede Entscheidung für oder gegen die eine oder andere Richtung und verzichtete durch die Wahl von (230) Vertrauensmännern doch nicht darauf, gegen die conservativen und nationalen Gegner vereint den Kampf zu führen, indem man es der Zukunft überließ, welche Richtung innerhalb der liberalen Partei Schlesiens im Verfolg mehr Anhänger um sich sammle.[1])

1) Trotz der neuen Organisation hat die deutsch-liberale Partei in Schlesien neuestens mehrere Niederlagen bei Reichsraths- und Landtags-Ersatzwahlen zu verzeichnen. Kürzlich erst, Anfangs Juli 1889, wurde im Landgemeindenbezirk Troppau anstatt eines Deutschliberalen ein Czeche (Dr. Stratil) gewählt. Die deutschliberale „Silesia" jammert darüber wie folgt: „Die Landeshauptstadt ist von czechischer Agitation umfluthet, aber man sieht Niemanden, der gewillt und befähigt wäre, dem Andrängen der deutschfeindlichen Elemente zielbewußt zu begegnen. Man glaubt vielleicht durch Turnen, Schlittschuhlaufen und Radfahren das bedrängte Deutschthum retten zu können, aber das ist eitler Wahn. Man glaubt vielleicht durch strenge Purificirung der deutschen Race und Sprache und durch den sogenannten ‚gesunden Egoismus' das Deutschthum zu retten, aber das sind belanglose Spielereien, und es ist begreiflich, daß der czechische Bauer aus Gilschwitz und Katharein, der früher deutschfreundlich gesinnt

Aehnlich sind die Deutsch-Liberalen in allen Kron-
dern organisirt, insbesondere dort, wo sie auf die
rliche Bevölkerung einzuwirken versuchen.[1]) Denn die
dung eigener liberaler Vereine für die bäuerliche Be-
kerung ist aus Gründen, die bereits berührt sind, nicht
sam, während die Aufstellung von Vertrauensmännern
t und lohnend zugleich ist. Die liberale Partei besitzt
hatsächlich fast in jeder Gemeinde am Lehrer oder an
end einem Gewerbsmanne einen Agenten, der sich durch
stolzen Titel „Vertrauensmann der liberalen Partei"
ndlich geehrt fühlt und darum alle seine Machtmittel für
selbe ins Feuer führt. Dabei gibt es auch einzelne liberale
reine, aber meistens in den kleineren Städten; von dort
s üben sie ebenfalls einen gewissen Einfluß auf die länd-

war und bei allen Gelegenheiten, wo es sich um die Sache der Freiheit, der Bildung und deutschen Cultur gehandelt hat, auf Seite der Deutschen zu finden war, jetzt anders gesinnt ist, wenn er sieht, wie man sich von ihm absondert, und wenn er weiß, daß er in der Landeshauptstadt nicht einmal Nachtwächter werden kann, weil der Gemeinderath beschlossen hat, nur echte Deutsche in Gemeindediensten anzustellen. Da wundere man sich nicht, daß der czechische Bauer in der Umgebung von Troppau bei der jüngsten Landtags-Ersatzwahl nicht für den deutschen, sondern für den czechischen Candidaten gestimmt hat. Die deutschnationale Idee hat in gewissem Sinne sicher ihre Berechtigung, aber es ist nicht gut, sie immer und überall, um jeden Preis, unter wüstem Lärm und unwürdigem Spektakel in den Vordergrund zu stellen." Wie es scheint werden die mit Ausgleichung von Gegensätzen betrauten Vertrauensmänner in Schlesien bald viel Arbeit erhalten.

[1]) In Oberösterreich wurde im November 1888 behufs Verbesserung der Organisation der deutsch-liberalen Partei ein Vollzugs-Ausschuß niedergesetzt, dem alle liberalen Abgeordneten des Landes, der Ausschuß des deutschen Vereins in Linz und Vertreter der Städte Vöcklabruck, Gmunden und Enns angehören. Solche „Verbesserungen" der Organisation wurden in der letzten Zeit fast in allen Kronländern vorgenommen.

liche Bevölkerung, insbesondere auf die in den einzelnen Gemeinden sitzenden Vertrauensmänner aus. Die Namen, welche derartige liberale Vereine führen, sind sehr mannigfach, auch dort, wo offen politische Zwecke verfolgt werden. Entschieden wirksamer ist indeß die Agitation der Liberalen durch Vereine, welche an sich ganz harmlose Zwecke verfolgen, aber gleichwohl in tendenziösem Sinne mißbraucht werden, wie dieß vielfach bei Ortsgruppen des deutschen Schulvereines, bei Gesangs-, Schützen-, Turn-, Feuerwehrvereinen u. s. w. der Fall ist. Nur durch diese brillante Organisation, die auf katholischer Seite nur vereinzelt nachgeahmt worden ist, hat es der Liberalismus in der Hand, seine „großen Kundgebungen“ zu machen. Wenn in der Hauptstadt die Drähte angezogen werden, springen allerwärts die Marionetten in die vorgeschriebene Stellung und lauschen auf die Befehle der Meister. In letzter Zeit ist der Apparat stark strapazirt worden: Es war commandirt worden, sich über die Vereinigung des deutsch-österreichischen Clubs und des deutschen Clubs zu freuen, den Prälaten von Mölk und den Ritter von Schmerling zu begrüßen und gegen die Einführung confessioneller Schulen in Oesterreich zu protestiren — und Freudenäußerung, Begrüßung und Protest wurden so stramm von denselben Personen und Gemeinden bethätigt, daß über die Vorzüglichkeit des verwendeten Mechanismus kein Zweifel bleiben kann.

Gleichwohl ist die deutsch-liberale Partei mit sich noch nicht zufrieden und will Weiteres erstreben. Zunächst sollen in Wien, Oberösterreich und Böhmen zur Förderung der liberalen Parteisache deutsch-nationale Tischgesellschaften gegründet werden. Diese Tischgesellschaften sollen freie zwanglose Vereinigungen sein, die in jeder Gemeinde dadurch zu Stande kommen, daß eine Anzahl von Gesinnungsgenossen alle 8 oder 14 Tage in einem bestimmten Wirthslokal sich versammelten, um die nationalen und politischen Verhältnisse in der Gemeinde, dem Bezirke und dem Lande zu besprechen.

In Wien ist es namentlich der Bürger-Schullehrer Bauer, welcher in dieser Form durch „politische Kneipabende" auf liberalen Gimpelfang auszugehen wünscht. In einer Versammlung liberaler Vertrauensmänner machte er den Vorschlag, politische Bälle und Concertabende zu veranstalten, in welchen alle Kunstkräfte, die von Liberalen abhängig seien, insbesondere die von der Presse abhängigen Schauspieler, unentgeltlich mitzuwirken und die bemittelten Parteigenossen hohe Eintrittspreise zu bezahlen hätten; dafür sollten den kleinen Leuten Eintrittskarten zu diesen Festlichkeiten unentgeltlich ins Haus gesandt werden. Nach der Berechnung des schlauen Schulmeisters würden die wenig bemittelten Leute sich geschmeichelt fühlen, in so feine Gesellschaft geladen zu werden, und einmal beim Feste anwesend von den im Parteidienste stehenden, organisirten und abgerichteten Agenten leicht bearbeitet werden können. Die Durchführung dieser Idee hat sich bis jetzt deßwegen verzögert, weil die Parteileitung die Veranstaltung derartiger Festlichkeiten für die Parteikasse doch etwas zu kostspielig findet; doch findet sich in Wien bereits ein „politischer Geselligkeitsverein" (Favoriten) und ebenso ist die Idee „deutsch-liberaler Tischgesellschaften" in Böhmen bereits verwirklicht. Zur Köderung der bäuerlichen Jugend sind an einzelnen Orten „wilde Liedertafeln" gegründet worden. Auch sie sollen als Glied in der Kette liberaler Kleinarbeit dienen.

(Ein vierter Artikel folgt.)

XXVII.

Zeitläufe.

Die Kaiserbesuche und der „Nationalismus“ im Dreibund.

Den 25. August 1889

I.

Der Czar hat nur einen „einzigen Freund“ gefunden, den winzigen Montenegriner, auf dessen Wohlergehen er sein Glas leeren konnte. Der Abstand konnte nicht greller erscheinen, wenn man damit die kaiserlichen Toaste vergleicht, deren Widerhall von der Küste Englands und von Berlin her jüngst durch die Welt brauste. Aber gerade die im Czarentoast kundgegebene unheilbare Spannung drängt die Frage auf, was hinter den anderen hochtragenden Worten versteckt sei. Kurz gesagt: wußten die hohen Herren endlichen Rath, um aus der unerträglichen Lage herauszukommen, oder blieben sie auch jetzt wieder ebenso rathlos, wie jedes andere Menschenkind? Stetes Ueberbieten in der militärischen Rüstung, so daß sogar die neuesten Werkzeuge zur Massentödtung, ehe sie noch in Gebrauch kommen, schon wieder als unbrauchbar erkannt werden: das ist kein Rath, sondern unverholene Rathlosigkeit.

In der Reichstagssitzung vom 4. December 1886 hat Graf Moltke gesagt: „Ganz Europa starrt in Waffen; wir

finden die Nationen überall gerüstet; dieß drängt mit Nothwendigkeit auf baldige Entscheidungen.“ Soll, die Entscheidung herbeizuführen, in das Belieben der Russen und Franzosen gestellt bleiben? Das ist eben die Frage. Man hat aus dem Berliner Toast des deutschen Kaisers Waffengeklirre heraushören wollen; daneben könnte aber immerhin die bequeme Rathlosigkeit der Diplomatie fortbestehen, wie bisher. Wenn nicht alle anderen Leute am Brett trotz Clausewitz damit befriedigt wären, so wäre das wohl erklärlich und mit der „militärischen Unterströmung“ und der „Politik einer Nebenregierung“, neben der des Reichskanzlers nämlich, dürfte es insoferne seine Richtigkeit haben. Man braucht sich nur die neue Rolle der „Kreuzzeitung“ genauer anzusehen. Das Blatt ist kaum mehr zu erkennen, so hoch trägt es den Kopf, hat auch augenscheinlich ganz besondere Quellen. Wenn nicht der Reichskanzler selbst wieder einmal umgesattelt hat, so scheint man an irgend einer andern Stelle allerdings irre geworden zu seyn an dem großen Diktum, daß „wir im Orient kein Interesse haben.“

Kaiser Franz Joseph war zum ersten Male seit dem September 1872 wieder auf Besuch in Berlin, damals gleichzeitig mit dem verstorbenen Czaren Alexander II. Die Begegnung feierte das Geburtsfest des „Drei-Kaiser-Bundes“, von dem man rühmte, daß „er dem Gange der Weltereignisse auf lange hinaus die Richtung geben werde.“ Was ist daraus geworden? Der Glanz der damaligen Festtage hätte nicht vermuthen lassen, daß sieben Jahre später der deutsche Kanzler genöthigt seyn würde, in aller Eile sich Oesterreich's gegen Rußland zu versichern und gar noch Italien mit in's Spiel zu ziehen. Jetzt hat dieser „Dreibund“ in Berlin seine Feste gefeiert unter einem überschwenglichen Jubel der Bevölkerung und Herzlichkeitsbeweisen, die es dem Czaren immer schwerer machen mußten, den ersten Besuch des jungen Kaisers als Letzter zu erwidern. Er mußte sich sagen, der Vergleich werde eisig ausfallen, und es wäre auch im eigenen



Interesse der „Friedensliga“ fast zu wünschen gewesen, daß er wenigstens das Berliner Pflaster vermeide.

Solange die Rechnung des Kanzlers auf Rußland gestellt war, und er eben darum auch „kein Interesse im Orient“ hatte, war England der schwarze Mann. Zur Zeit als der kindliche Glaube an den „Drei-Kaiser-Bund“ noch vorhielt, feierte der preußische Hofhistoriograph von Treitschke die Russen als das „politisch bestbegabte der slavischen Völker“, dessen Staatswesen man eben nur richtig verstehen lernen müsse. Deutschland, lehrte er, müsse Vertrauen haben „zu der slavischen Großmacht, die Alles in Allem der beste Bundesgenosse sei, den Deutschland je gehabt“; dessen Bund mit Rußland sei „die Grundlage des Friedens der Welt und der neuen Ordnung des Staatensystems“. Dagegen erklärte er es als einen „offenbaren Anachronismus“, daß England, das allerdings einst von den besten Köpfen bei uns als der natürliche Bundesgenosse gefeiert worden sei, noch als europäische Machtstellung anerkannt werde, während es „nur noch der unverschämte Vertreter der Barbarei im Völkerrecht und eine Macht der Reaktion sei“.[1])

In diesem Tone ist England bis vor Kurzem von den conservativen Organen, dem Hauptblatt in Berlin voran, wie von den Officiösen abgewandelt worden. Letzteres meinte noch vor einem Jahre, England bedürfe des Eintrittes in den Dreibund viel eher, als dieser Englands; denn „in seiner isolirten und militärisch schwachen Lage könnte es gewissen friedensfeindlichen Gelüsten als ein geeigneteres Angriffsobjekt erscheinen, als der centraleuropäische Dreibund.“[2]) Die englische „Krämerpolitik“, der man die Kastanien nicht aus dem Feuer holen werde, war stets das zweite Wort, und als der schlagendste Beweis für die Allianzunfähigkeit Englands galt

1) Aus der Berliner „Vossischen Zeitung“ in der „Germania“ vom 8. August 1889.

2) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 14. Mai 1888.

Thatsache, daß es keine Miene mache, die unerläßliche meine Wehrpflicht bei sich einzuführen. In diesem Punkte man in Berlin immer noch so russisch, wie die Czechen esterreich,[1]) wobei freilich die letzteren nicht wie dort ns waren, Rußland die Abwendung vom Westen anzun und gegen England in Indien zu hetzen. Noch ein Wochen vor der Kaiserfahrt nach Osborne brachte das rvative Hauptorgan die Nachricht, daß Kaiser Wilhelm er Pforte die Abtretung Kreta's an Griechenland, als gengabe für seine mit dem griechischen Kronprinzen ver- Schwester, anstrebe, und feierte die Fabel als ein Ver- t des Kaisers und als den Ausgangspunkt einer wirkn antienglischen Aktion Deutschlands.[2])

Das Alles war der getreue Nachhall der Stimmung, he den Reichskanzler selbst schon seit der schleswig-holischen Affaire gegen England beherrschte. Man hat in m Bericht an den jungen Kaiser über die Veröffentlichung Tagebuches seines Vaters mit Staunen gelesen: daß selben während des Krieges gegen Frankreich diplomatisch-ärische Mittheilungen nicht gemacht worden seien, weil iskretionen gegenüber dem „mit französischen Sympathien llten englischen Hofe“ befürchtet werden mußten. Besonern Groll trug der Kanzler dem Minister Gladstone nach, im Verdachte stand, eine Verständigung mit Rußland in ropa wie in Asien anzustreben und Deutschland in Petersrg ausstechen zu wollen.[3]) Als damals der englisch-fran-

1) Aus Oesterreich in der Münchener „Allg. Zeitung“ vom 12. November 1886.

2) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 10. August d. Js.

3) Weniger mit Diplomaten, als mit der russischen Geheimvertreterin, der bekannten Madame Novikow, in London pflog Hr. Gladstone seine Verhandlungen, wobei es sich nebenbei auch um eine russisch-englische Kirchen-Union handelte. Ein Londoner Correspondent berichtete darüber nach Wien mit der Bemerkung: „In den geheimen Archiven der russischen Staatskanzlei wird

zösische Conflikt wegen Aegyptens ausbrach, war allen Ernstes von dem Plane einer Quadrupel-Allianz mit Frankreich gegen England die Rede. Als dann die 99 Tage des armen Kaiser Friedrich dem englischen Einfluß Bahn zu brechen schienen, steigerte sich die Verbitterung auf's Höchste. Es widerstrebt dem Gefühle, des Näheren auf die damaligen Leistungen der Officiösen gegen die „Engländerei“ und die „Frauenzimmer-Regierung“ zurückzukommen. Erst die Rücksichten der neuen Colonialpolitik veranlaßten den Reichskanzler im vorigen Jahre zu den bekannten für England freundlichen Erklärungen, und wahrscheinlich nicht diese Rücksichten allein bereiteten nun den Umschwung.

Seitdem rüstet England aus Leibeskräften mit ungeheuren Kosten zur See. Schon vor ein paar Monaten sollen in den politischen Kreisen Berlins die Verhältnisse, auf welche sich die englischen Rüstungen beziehen, sehr lebhaft erörtert worden, und soll England in Constantinopel für einen Anschluß an den Dreibund eingetreten seyn.[1]) Hienach wäre die politische Seite des kaiserlichen Höflichkeitsbesuchs in London wohl vorbereitet gewesen; und in der That fand nun selbst die „Kreuzzeitung“ die aus bester Quelle in London stammende Mittheilung an das große Wiener Blatt sehr glaublich: die englische Kaiserreise habe nicht allein „politische Mißverständnisse“ beseitigt und politische Friktionen aufgehoben, sondern, wenn auch keinen förmlichen Anschluß Englands an den Dreibund, so doch eine bedeutsame Annäherung an denselben herbeigeführt, welche „insbesondere bei Ereignissen im Südosten Europa's von Wichtigkeit seyn würde.“[2])

ein späterer Geschichtschreiber aus dem Fascikel des ‚Agenten Nr. 19‘ gar manches bisher Nichtgekannte über die Beziehungen Englands und Rußlands während der letzten Jahre finden können.“ Wiener „Neue Freie Presse“ vom 3. November 1880.

1) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 14. Mai u. 12. Juli d. Js.

2) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 8. August d. Js.

Der Angelpunkt der europäischen Lage ist eben nach wie vor die Balkanhalbinsel. Die endliche Wendung zu einem bessern Verhältniß zwischen Berlin und London wäre um so erfreulicher, als der englische Premier erst noch Ende Juli im Oberhause sich in vollständigem Einklange und fast auf's Wort gleichlautend mit der Ansprache Kaiser Franz Josephs an die Delegationen ausgesprochen hat: Bulgarien werde gut regiert und erfreue sich des Fortschritts; die orientalische Frage werde um so schneller einer gesunden Lösung entgegengehen, je mehr sich die verschiedenen Völkerschaften selbständig entwickelten und je weniger die Mächte sich einmischten. Bei Rußland hat man in Berlin augenscheinlich nichts mehr zu verderben. Selbst wenn die neue Stellung zu England sich in der Anerkennung des Fürsten von Bulgarien durch die drei Mächte unter Anschluß des Reichs kundgeben würde: in St. Petersburg wäre nichts mehr zu verböſern. Es wäre einfach ein neuer Posten für den künftigen russischen Ultimo.

Haben schon die Ueberschwänglichkeiten bei dem Besuch des italienischen Königs in Berlin die Verstimmung dort auf's Höchste gesteigert, so hat offenbar die Art der Erwiderung mit dem österreichischen Besuch dem Fasse den Boden vollends ausgeschlagen. Wer sich erinnern wollte, welche Sprache vor acht Jahren von den Ministern in der ungarischen Delegation und insbesondere vom Fürsten Bismarck im Reichstage über Italien geführt wurde, der mußte allerdings staunen über den Wechsel der Anschauungen. Damals konnte in der italienischen Kammer der Minister über die Aeußerungen des Reichskanzlers nur beschwichtigend bemerken: „aus Freundschaft für Deutschland beantworte man sie am besten und würdigsten durch Schweigen und unbedingte Zurückhaltung“:[1]) jetzt feierte der deutsche Nationalismus in Berlin den italienischen, trotz aller Makel seiner

[1]) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 23. Mai d. Js.

Geschichte, als blutsverwandt nach Ursprung und Berechtigung. Hören wir einen, den es empört hat.

„In der immensen Mehrheit der deutschen Presse begnügt man sich nicht damit, den Gast unseres Kaisers und den Verbündeten zu begrüßen, das Festhalten an diesem Bündnisse zu versichern u. dgl. Nein, alle Schandthaten, durch welche zum großen Theile das moderne Italien gegründet worden ist, werden mitgefeiert. Verschwörungen aller Art, Mord durch Gift und Dolch, Revolutionen, Eidbrüche von Ministern und Beamten, von Generalen und Soldaten, frivole kriegerische Ueberfälle: dieses und noch vieles Andere wird gefeiert und der Weg der deutschen Einigung gleichgestellt mit einer solchen Italiens. Und eine teuflische Freude geradezu erfüllt die radikale und liberale Presse, diese ihre ‚Principien' zur Einigung nun auch von protestantisch-conservativer und orthodoxer Seite fast nicht mehr angefochten zu sehen. Ja, die ‚Vossische Zeitung' wagt sogar, auch den Kaiser Wilhelm in diesen Zusammenhang zu bringen. Das Blatt schreibt:"

„Kaiser Wilhelm sprach gestern von der ‚unwandelbaren Freundschaft mit dem Hause Savoyen, dessen Devise sempre avanti Savoya zur Einigung des Königreichs Italien geführt hat'. Diese Worte werden freudigen Widerhall jenseits der Alpen finden. Sie sind von um so größerer Bedeutung, als sie eine Billigung des Weges enthalten, auf welchem Italien zu seiner Einheit gelangt ist, während einst eine preußische Partei, welche sich vorzugsweise monarchisch nennt, diese Mittel zum Ziele erbittert schmähte und Viktor Emanuel und Cavour, gar nicht von Garibaldi zu sprechen, nur als Räuber und Rebellen behandelte. Vielleicht lebt ein Rest jener Stimmung noch heute in einem Theile der conservativen Partei — hier werden die Worte des Kaisers Wandel schaffen." [1])

Es mag wie unwillkürlich geschehen seyn, aber es ist Thatsache, daß im Reich allmählig ein Geist und eine Sprech-

1) Berliner „Germania" vom 24. Mai d. Js.

ingezogen ist, die demselben ursprünglich fremd war und
mußte. Wie hat man bei uns es als eine Verläumd-
urückgewiesen, daß das Reich auf das „Nationalitäten-
p“ gegründet sei! Das wäre allerdings „revolutionär“:
man uns damals in der bayerischen Kammer; und nun
iche man damit die Offenbarungen bei dem italienischen
) in Berlin! Selbst das preußische Pastorenblatt hat
h seinem Schrecken über den „wilden Ansturm des
ilistischen Nationalismus, dieses bösen Dämons
ahrhunderts“, in beweglichen Worten Luft gemacht.
n wir uns, diesen Nationalismus, wie wir ihn in
ind und in Frankreich sehen, der unserm Volke so un-
thisch ist, nach Deutschland zu verpflanzen; das wäre
emder Tropfen im deutschen Blut, der schlimme Wir-
n haben würde.“ „Aber“, erwiderte das katholische
tblatt am Rhein, „ist denn bei uns von diesem bösen
on des Jahrhunderts nichts zu sehen? Wir sollten
en, mehr als genug. Und ist der ‚Reichsbote‘ selbst frei
on? Hat er das Vorgehen gegen das polnische Element
reußen nicht gebilligt und mit seinem Beifall begleitet,
ist dieses Vorgehen etwas Anderes als der Ausfluß
‚leidenschaftlichen Nationalismus‘, der noch dazu gegen
hörige des eigenen Landes sich kehrt.?“ [1])
Durch diesen deutschen Nationalismus sieht sich vor
n das Russenthum fortwährend gereizt. Warum soll
Czarthum nicht erlaubt seyn, was Preußen sich nicht
selbst erlaubt hat, sondern auch an Italien billigt, trotz
revolutionären Weges, indem es sogar der historischen
vandtschaft des beiderseitigen Nationalismus sich rühmt?
s den Einen Recht ist, muß dem Andern billig seyn: das
in einem besondern Falle der russischen Nationalpolitik
deutsche Kanzler selbst anerkannt. Der Fall läßt sich
gleichsweise auch auf das immer brennender werdende

[1]) „Kölnische Volkszeitung“ vom 19. Juli d. Js.

Verhältniß beider Mächte zu dem Nationalitätenkampf in Oesterreich anwenden. Denn je mehr man in Berlin Miene macht, sich für das deutsche Element in Oesterreich zu erwärmen, desto berechtigter fühlt sich Rußland, dort das slavische Element unter seine Flügel zu nehmen; und was soll endlich daraus werden?

Es handelte sich um die Russificirung der Ostseeprovinzen. Die orthodoxe Propaganda, welche seit 1856 dort sogar gesetzlich das ausschließliche Recht besitzt, Andersgläubige an sich zu ziehen, ist seit vielen Jahren beflissen, mit allen Mitteln die lettische und esthnische Bevölkerung zur russischen Staatskirche hinüberzubringen. Das Lutherthum soll bei diesen slavischen Stämmen vollständig ausgerottet werden. Seit der neuen nationalistischen Aera aber geht es nun an das Deutschthum selber, das in der ständischen Verfassung der drei Provinzen immer noch die herrschende Stellung über den Ureinwohnern einnahm. Insoferne kann man sagen, daß die Cultur derselben durchaus eine deutsch-protestantische geworden sei. Stück für Stück ist nun den deutschen Ständen der Rechtsboden entzogen, und jetzt geht es auch bereits an die Russificirung sämmtlicher von ihnen unterhaltenen Schulen. Ein Schmerzensschrei nach dem andern hallt von den Balten nach der Reichshauptstadt herüber; leicht hörbar enthält er die Anfrage, ob das Alles von dem mächtigen „protestantischen Kaiserthum“ ungerührt hingenommen werden könne?

Nicht nur die protestantisch-conservative Partei im Reich erhebt unter Hinweis auf diese „unterdrückten Stammesgenossen“ bittere Klage über die „vielen Demüthigungen, die wir seit einiger Zeit in allen Theilen der Welt erfahren;“ man fühlt den Stachel auch auf der andern Seite. So sagte eine liberale Neujahrs-Rundschau zum Jahre 1885: „Es ist doch sehr auffallend, daß gerade seit der Neubildung des Deutschen Reiches das deutsche Element in den Nachbarstaaten so ungestraft mißhandelt werden darf; das ‚so weit die deutsche Zunge klingt‘, scheint sich in ein ‚so weit der

he Grenzpfahl steht' verwandelt zu haben. Mit der
llöseſten Aengſtlichkeit wehrt die officiöſe Preſſe jede
rkung über die gedrückte Lage der Deutſchen in Oeſter=
und in Rußland ab; es wird ihr aber ſchwerlich ge=
, den immer ſtärker hervordringenden Schmerzensſchrei
ertäuben.“ [1])
Was ſagt aber der Reichskanzler zu den „unerhörten Ge=
taten“, mit welchen, wie die Leipziger lutheriſche Paſtoren=
renz ſich jüngſt ausgedrückt hat, „Rußland eine der
ten und blühendſten Provinzen der lutheriſchen Kirche
Verödung und Verwüſtung weiht?“ Vor einiger Zeit
er Officiöſe am Rhein behauptet, der Kanzler ſei im
1865, wo es ſich erſt noch um die ſtaatskirchliche Pro=
nda in den Oſtſeeprovinzen handelte, in Petersburg
llig geworden. Wäre das richtig, ſo würde folgende That=
um ſo bedeutſamer erſcheinen. Denn bei ſeiner letzten
enheit in Petersburg 1873, alſo nach der Gründung
Reichs, ſoll ſich der Kanzler in Gegenwart des vorigen
des jetzigen Czaren, ſowie hoher Herren des Hofes dahin
ſprochen haben: „Selbſt wenn Sie in den Oſtſeepro=
en alle beſtehenden beſonderen Rechte ohne Ausnahme
afften und durch ruſſiſche erſetzten; überall und in der
n Behörde und Schule die ruſſiſche Sprache gewaltſam
hrten: ſo könnten Sie an demſelben Tage, wo etwa
deine hierauf bezügliche Reklamation unſererſeits verſucht
en ſollte, ſich einfach auf uns ſelbſt und unſer Verfahren
en neuen Landestheilen berufen, und wir müßten dieß
n laſſen.“ [2]) Und das war lange vorher, ehe der Kanzler

---

[1]) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 11. Jan. 1886. — Berliner „Kreuzzeitung“ vom 11. Juli 1889.

[2]) Der Vorgang iſt wiederholt (neueſtens durch die deutſche Ueberſetzung der Schrift: „Der ruſſiſche Gedanke. Von Wladimir Sſolowjow.“ Berlin, Germania 1889. S. 6) publizirt und nicht dementirt worden. — Um dieſelbe Zeit hat die „Norddeutſche Allgemeine“ aus Anlaß neuer Nachrichten über

das System zur Unterdrückung des Polenthums in Preußen durch Gesetz und Verwaltung in's Leben rief!

Der deutsche Nationalismus trägt augenscheinlich noch besondere Eigenthümlichkeiten an sich, welche die auffallende Erscheinung erklären, daß die Klagen über Mangel an deutschem Nationalgefühl sich mehren, während die Fluth der nationalen Phrase steigt. Sie mehren sich allerdings in dem Maße, als die Verluste und Mißerfolge sich mehren von der Ostsee bis zu den Südsee-Inseln, man sich sogar sagen muß, daß das Deutschthum über die Reichs-Gränzpfähle hinaus auf allen Seiten verliert und zurückgedrängt erscheint. So äußerte sich das protestantisch-conservative Hauptorgan in Berlin a. a. O. weiter: „Was in Europa fehlt, kann in Afrika nicht zur Geltung kommen; der Nimbus unserer kriegerischen und erfreulichen Erfolge beginnt, dem Gesetze alles Zeitlichen gehorchend, nach und nach zu verblassen: und da keine feste nationale Gesinnung da ist, um das Gewonnene zu schützen, so besinnt sich die Welt wieder darauf, wie die Deutschen vor den großen Jahren 1864 bis 1871 gewesen." Das Blatt selbst schwingt demonstrativ die nationale Fahne; es nennt die Partei neuestens „national-conservativ". Aber was ist mit diesem Nationalismus gemeint? Als im vorigen Jahre ein liberales Cartellprogramm mahnte, „alle Zeit in erster Linie die Stärke, Festigkeit und Einheit Deutschlands zu fördern," veröffentlichte das Blatt sofort einen heftigen Protest: „Im Gegentheil! Nichts ist wohl klarer, als daß die Landesvertretung verfassungswidrig und unpatriotisch handeln würde, wenn sie nicht in erster Linie für die Bedürfnisse Preußens sorgen, und wenn sie nicht mit allen Kräften einer Reichspolitik entgegenarbeiten würde, welche mit dem preußischen Staatsinteresse nicht im Einklang stände."[1]

die Mißhandlung der armen unirten Katholiken in Polen sogar — für Rußland eine Lanze gebrochen. S. Wiener „Vaterland" vom 8. Juli d. Js.

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 17. Oktober 1888.

...achte auch das Nationalgefühl der nation Prussienne ...rich's II.

Für's Andere tritt der confessionell gehässige Cha...ter an diesem „deutschen" Nationalismus bei jeder Ge...genheit abstoßend hervor. Der Reichskanzler hat unter ...tionalem" Titel den Culturkampf eingeleitet und fort...führt bis zum Fiasko. Seitdem bereiten die Zionswächter ...n Kampf durch Fanatisirung der Massen vor; und wenn ...von den Worten des „Evangelischen Bundes" noch weiter ...Thaten käme, so wäre eine moderne Auflage der Zustände ...r dem 30jährigen Kriege zu erwarten. Das finstere Miß...auen erstreckt sich auf Alles, was katholisch heißt; auch jeder ...t des hl. Stuhls wird auf die Reichsgefährlichkeit untersucht.

Seit Jahr und Tag schleppten sich Verhandlungen zwischen ...ußland und dem Vatikan hin, weil der Czar das Bedürfniß ...hlte, wenigstens die Besetzung der hirtenlosen Bischofsstühle ...n Polen wieder zu ermöglichen. Sofort schlug das mehr...genannte Berliner Organ Allarm: nach der Zusammenkunft der drei Kaiser in Skierniewice habe Rußland den Friedens...vertrag mit dem Papste von 1883 sofort unter den Tisch ...worfen, weil die Beziehungen zu Deutschland gut waren; ...etzt denke man an den Kriegsfall und suche sich durch den Papst der Polen zu versichern. Vier Monate darauf war die finstere Verschwörung schon fertig. „Eine Mobilisirung im größern Style hat sich vollzogen, wenn auch nur unter der Diplomatie Rußlands, Frankreichs, Spaniens und des Vatikans; lebhafter als je ist der Feldzug von diesen Seiten aus gegen den mitteleuropäischen Dreibund in's Werk gesetzt." Als es endlich schien, daß der hl. Stuhl wirklich eine kleine Erleichterung für die katholische Kirche in Polen erreichen würde, neuer Allarm: „Zweifellos eines der stärksten Symptome der Feindseligkeit, das uns von unsern östlichen Nachbarn in jüngster Zeit geboten wurde. Wir bringen damit die Thatsache in Zusammenhang, daß heute in Rußland nicht mehr die katholische, sondern die protestantische Kirche den

bittersten Verfolgungen ausgesetzt ist; der Gegensatz zu den andersgläubigen Slaven tritt zurück, wenn und wo es den seinem Wesen nach germanischen Protestantismus gilt."[1])

Das Blatt und seine Partei nimmt an dem großen Hetzverein, der sich „Evangelischer Bund" nennt, nicht Theil. Es hat sogar lichte Augenblicke. Als im Frühjahr der Gedanke auftauchte, daß das in Aussicht stehende „Sperrgesetz" einen Theil der im Laufe des Culturkampfes dem katholischen Klerus vorenthaltenen Gelder „der evangelischen Kirche zu Gute kommen lassen" sollte, da erklärte sich das Blatt entschieden dagegen. „Stehen wir so zu einander, daß die Eine Confession in der andern ihren schlimmsten Feind erblickt, dann wird bei großen Katastrophen die patriotische Einigkeit zerreissen und Deutschland wieder werden, was es früher gewesen ist: der Dünger für die Cultur fremder Nationen und der Zankapfel Aller."[2]) Aber die Natur läßt sich nicht austreiben. Ein paar Monate darauf durfte ein Pastor in einer Reihe von Artikeln in demselben Blatte auseinandersetzen, daß die Parität in Preußen aufzuheben, und insbesondere die Aufsicht über die katholischen Schulen nur protestantischen Pastoren zu übertragen sei, da „der preußische Staat und das Deutsche Reich trotz des Drittels Katholiken die staatliche Ausprägung des evangelischen Geistes sei."[3]) Bei der jüngsten pfälzischen Katholiken-Versammlung hat ein Mann, der als Abgeordneter des preußischen Landtags und des Reichstags die ganze Leidenszeit des Culturkampfs durchgekostet hat, Dr. Lieber, diesen Charakterzug des deutschen Nationalismus endlich einmal nach Gebühr gekennzeichnet:

„Erinnern Sie sich doch an den Tag, als das stolze Wort ‚National' in Deutschland aufkam; was will denn ‚national' heißen: Alles, nur durfte es nicht katholisch sein.

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 24. Juni 1888, 17. Nov. 1888, 4. Januar 1889.

2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 5. März 1889.

3) Vgl. die Nummer vom 27. Juni d. Js.

[In] Norddeutschland, wo der Protestantismus die Mehrheit ist, [kann] es sich von selbst zu verstehen, daß national-deutsch [und] protestantisch-deutsch sein könnte. Aber zum größten [Erstaunen] von uns in der Minderheit lebenden Katholiken [haben] wir erfahren müssen, daß auch in solchen Theilen des [deutschen] Vaterlandes, in denen die Katholiken die Mehrheit [der] Bevölkerung bilden, es mit unglaublicher Vermessenheit, [ich möchte] gesagt Unverschämtheit, zum ersten und obersten po[litischen] Dogma des neuen Deutschen Reiches wird, daß national [ein] Katholik überhaupt nicht sein könne... So hat mit Beginn [de]s deutschen Reiches, welches mit katholischem Blute so gut [ge]gründet worden ist, als mit nichtkatholischem, welches mit [ka]tholischem Geld mehr seine verwundeten und kranken Vater[la]ndsvertheidiger hat pflegen können, als mit nichtkatholischem, [so] hat, sage ich, seit Anfang dieses Reiches, man uns Katho[li]ken zu Deutschen zweiter Classe zu erniedrigen ver[su]cht. Wir dagegen haben behauptet und müssen bei jeder [Ge]legenheit vor allen Dingen behaupten: wir sind Deutsche, wir [s]ind viel länger Deutsche als Millionen und Mil[lionen], die erst viele Jahrhunderte nach unseren [V]ämmen zu Deutschland gekommen sind... Neunzehn Jahre haben wir jetzt hingenommen, daß man immer von Deutschen und Nationaldeutschen und Reichsdeutschen und Gott weiß, wasfür Deutschen noch redet, daß man aber jedesmal stillschweigend oder ausdrücklich das katholische Deutschland davon ausschloß."

Vor ein paar Jahren hat der Leipziger Generalsuperintendent Pank, angeblich ein Hausfreund der Bismarck'schen Familie, als Vertreter des deutschen Gustavadolph-Vereins zu Bekes-Csaba in Ungarn in seiner Begrüßungsrede gesagt: „Ich bin glücklich, ja ich bin stolz, ein Deutscher zu seyn; aber noch höher hebt sich mir die Brust bei dem Gedanken, ein Glied der evangelischen Christenheit zu seyn." Eine analoge Rangordnung ist für uns Katholiken nicht verzeihlich; denn wir schwören ja nicht auf ein „deutsches" Evangelium, noch, was immerhin „national" vollkommen zulässig wäre, auf gar keines.

Mit dem deutschen Nationalismus hat nur Eine fremde

Nationalität in Europa den eigenthümlichen Zug geme daß ihr zugleich eine sozusagen politische Confession e geboren ist. Das findet sich außer im deutschen Reich n noch in Rußland. Allen anderen Mächten liegt der moder Nationalismus entweder fern, oder der Kampf bewegt s um Machtfragen und Landesgrenzen sogar innerhalb derselb Nationalität, wie zwischen Frankreich und Italien. Jedenfal stehen sich nur zwischen Rußland und dem deutschen Reich z gleich zwei fremde Volksthümer und zwei nationale Kirchenwes gegenüber: der slavische Orthodoxismus und, wie man si in Berlin gerne ausdrückt, der „germanische Protestantismus Selbst wenn Oesterreichs falscher Freund im Süden einmal d Maske abwerfen könnte, so käme die Raçe nicht in Frage. Da gegen wäre der Zusammenstoß jener beiden Mächte der Raçen kampf des bittersten Grades, der allein in Europa mögliche

Das Kanzlerblatt in Berlin hat zwar im Laufe der neuesten Nergeleien, wie sie der rach- und händelsüchtig Nationalismus Schattenbildern gleich auf einander folgen läßt, das alte Europa mit zwei „wilden Ländern" bevölkert Zuerst ist Frankreich auf diese Stufe hinabversetzt worden und dann die freie Schweiz in dem diplomatischen Wort gefecht wegen des tölpelhaften Polizeicommissärs von Mühl hausen. Das Gefühl eines Raçenunterschieds existirt aber doch in westlicher Richtung, Dank der gemeinsam verlebten christlichen Vergangenheit, nicht. In dem Aerger über die deutschen Künstler, welche Bilder von ihnen in Paris aus gestellt haben, hat das protestantisch-conservative Hauptorgan dieß selbst zugestanden, und zwar in Ergänzung des bekannten Wortes des Grafen Moltke von 1874. Der hohe Herr sagte damals: „Geachtet sind wir überall, geliebt nirgends." Das genannte Blatt sagte jetzt: „Frankreich ist trotz Alledem und Alledem der Liebling der Welt, und wir sind, wie sich leider nicht in Abrede stellen läßt — das Gegentheil."[1])

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 29. Mai 1889.

XXVIII.

Die Lieder Neidharts von Reuenthal.[1])

Man hat, und wohl nicht mit Unrecht, den Reuenthaler, der in seiner Art Außergewöhnliches bot, selbst dem Meister des höfischen Minnesanges, Walther von der Vogelweide, an die Seite gestellt. An Fruchtbarkeit diesen übertreffend gleicht er ihm an Frische der Empfindung und Kraft der poetischen Ausdrucksweise mehr als die meisten andern Liedersänger des 12. und 13. Jahrhunderts. Auch darin besteht eine große Aehnlichkeit zwischen beiden, daß Neidhart wie Walther viele Nachtreter fand, die ihn mit der Zeit bedauerlicher Weise in ziemlichen Mißkredit brachten, zumal einige derselben sogar seinen hochbedeutenden Namen unter ihre minderwerthigen Strophen zu setzen sich erdreisteten. Unserm Nidhart — und darin liegt ein unbestreitbarer Vorzug seiner Dichtungen — fiel es nicht ein, hundertfach angeschlagene Saiten wieder zu berühren und oft unnatürlich erfundene, mühsam gequälte Situationen des Minnelebens zu schaffen und das Alte nur

---

[1]) Herausgegeben von Friedrich Keinz, Bibliothekar an der K. B. Staatsbibliothek, a. o. Mitglied der K. B. Akademie d. W. Leipzig, S. Hirzel. 1889.

in neuen Variationen zu bringen. „Einen so selbständigen Geist", sagt der neueste Herausgeber seiner Lieder, „konnte die Art des Minnegesanges, wie er sich zu seiner Zeit entwickelt hatte, nicht mehr befriedigen." Allerdings nicht; der energisch veranlagte Sänger sprang mit seiner fröhlichen Leier mitten in das frischblühende, zuweilen derbkomische Leben der bayerischen und österreichischen Dorfschaften hinein, die gerade damals eine Art Vollbehagen materiellen Glückes und Wohlstandes empfanden und wenigstens bis zu einem gewissen Grade auch politischer Freiheit sich rühmen konnten, hatten sie ja nicht selten mit Waffengewalt den adeligen Rittern Selbständigkeit und Grundherrschaft entwunden. Im Hinblick auf solche Verhältnisse darf es nicht Wunder nehmen, wenn die lebenswahren Bilder aus der kräftigen Wirklichkeit die verblaßten Schemen erkünstelten Minnesanges verdrängten, und Neidhart, der naturfrische Repräsentant dieser neuen Richtung, ein so populärer Dichter ward, wie wenige vor und nach ihm. Freilich konnte es bei der schalkhaften, mitunter geradezu boshaften Weise, in welcher der verzogene Liebling der Ritter und Dorfschönen den Bauernstolz der vermöglichen Burschen &c. immer empfindlicher geißelte, nicht wohl ausbleiben, daß er allmählich sich hämische Neider und böswillige Feinde heransang, ja daß er — eine seltsame, aber erklärliche Erscheinung — aus dem in weiten Gauen Beliebtesten mit der Zeit der Meistangefeindete und Verfolgte wurde. So viel im Allgemeinen über Person und poetische Richtung Neidharts. —

Und nun mag der neueste Herausgeber der Neidhartschen Lieder selbst sprechen. „Wenn nach langem Winterschlafe die Natur zu neuem Leben erwachte und unter den belebenden Strahlen der Sonne Wald und Wiese in neuem Kleide erschienen, dann enteilte die Jugend den engen Hütten und gab um die Dorflinde, auf den Straßen und durch den Wiesenplan ihrer Lebensfreude durch Aufführung fröhlicher Springtänze den lebhaftesten Ausdruck. Dazu wurden Lieder gesungen,

nach alter Ueberlieferung zuerst die wiedererwachte Natur, die Freude am Tanze schilderten. Im Winter fand man wechselnd in den einzelnen Höfen zusammen und erfreute ich hier, wenn auch weniger lebhaft, an Sang und Tanz. beiden Arten des Volksliedes, das Frühlings- oder Sommer-) Lied und das Winterlied, einzeln von Anderen bear- wählte Neidhart zu besonderer Pflege." . .

So ward er der Urheber einer ganz neuen Dichtungsart, er seinen Stoff aus dem Leben der Bauern von ihren en und Reigenspielen entlehnte, aber gleichwohl ausschließlich in die Anschauungsweise der Dörper sich te, sondern — und dies kann nicht genugsam betont n — das bäuerische Leben und Treiben, namentlich in en Jahren, den höfischen Kreisen zu näherer An- ung brachte.

Daß nun ein so sorgfältiger Gelehrter und gewissenhafter her, wie wir ihn in unserm bayerischen Bibliothekar Keinz hen, Alles aufbot, seinen Liebling — denn dies scheint der Dichter zu sein[1]) — in möglichst sauberer und nicht für den Gelehrten, sondern auch für die gebildete Laien- zugänglicher Gewandung vorzuführen, war von vorneherein r Frage gestellt. Keinz versteht es meisterlich, „in möglichst gem Umfange die Gedichte selbst und die nothwendigen aben zu vereinigen." Unter eingehender Würdigung und fältiger Vergleichung der Handschriften, sowie unter sach- licher Zugrundelegung und Benützung der gesammten ein- gigen Literatur, soweit sie irgendwie von Bedeutung ist, et unser Herausgeber, zunächst auf Haupts verdienstlicher eit fußend, eine nach allen Seiten hin vollgediegene Ausgabe dharts. Die umsichtige Gruppirung der Sänge (die 4. Gruppe

---

1) Vgl. desselben Verfassers „Zu Neidharts Liedern", „Zur Frage nach Neidharts Heimat", „Beiträge zur Neidhart-Forschung" 2c.

bilden die Kreuzlieder), desgleichen die zwar knappen, a
immerhin ausreichenden Erklärungen zum Texte und die tr
liche Einleitung verdienen uneingeschränktes Lob. Schlie
aber glaubt Schreiber dieser Zeilen seine Ansicht nicht un
drücken zu sollen, daß ihm die „Worterklärungen“ im Anh
etwas zu spärlich erscheinen. Zwar ist K. mit Rücksicht
den allgemeinen Zweck der neuen Ausgabe und den zu erw
tenden weiteren Leserkreis von der ursprünglichen Absicht,
die dem Neuenthaler eigenthümlichen Wörter anzuführen,
gekommen; gleichwohl dürfte selbst die jetzige Zahl noch
wesentliche Bereicherung erfahren. Wenn ferner K. der An
Haupts beistimmt, daß die im Anhang enthaltenen Trutzstr
wirklich von den Gegnern Neidharts, den Bauern oder
sirenden Bauernfreunden, verfaßt seien, so kann man im Ge
kaum etwas dagegen einwenden. Ob nun aber die Ansch
es seien wenigstens einige dieser Strophen, etwa 10 zu

> Her Nîthart, iuwer Keiser ist ze lange,
> den bringet ir uns alliu jâr mit iuwerm niuwen sange etc.

für lustige Erfindungen des Dichters selbst zu halten, wie
dem muthwilligen Sänger recht wohl zugemuthet werden kön
ganz abzuweisen ist, möchte ich billig bezweifeln, so lange
dieser wie in vielen anderen Sachen noch das Wort gilt: Ad
sub judice lis est.

München. Dr. Karl Zettel.

XXIX.

Wort über die sogenannten Pack'schen Händel und ihre Behandlung in der Geschichte.

III. (Schluß.)

Nur noch eine Leistung dieses von Maurenbrecher so gelobten Verfassers sei zu größerer Klarstellung der Sache Untersuchung gebracht.

Auf S. 29 schreibt Schwarz: „Irrig ist es, was Janssen Gesch. III, 110 und 111 — ein Fehler, den allerdings auch brecher, Aktenst. I, 36 hat, den Janssen aber bei Ehses 24 verbessert finden konnte —) mit besonderem Nachdruck eimal behauptet, Philipp habe ‚in Weimar betheuert', zu resden ‚das versiegelte und mit den Unterschriften versehene *riginal* in Händen gehabt' zu haben. Janssen übersieht, aß Seckendorf, dem er diese Stelle entnimmt, dem „foederis xemplum", welches Philipp in Händen gehabt zu haben zeugt, ausdrücklich das „autographon" entgegenstellt und hiervon sagt: Landgravius autographon *se adepturum et exhibiturum esse promitteret.* Seckendorf legt Philipp also genau dieselbe Versicherung bei, wie dieser selbst in seinen Briefen an Georg: er habe die *Copie* gesehen, das *Original* zu erhalten gehofft; und es ist ganz falsch, wenn Janssen exemplum mit ‚Original' übersetzt. Was Melanchthon's Brief (C. Ref. I, 986) angeht, so *kann* zunächst der Satz „is affirmabat, se archetypon vidisse" richtig ver-

standen werden von der Copie, als dem archetypon d
Abschrift, welche Philipp davon hatte nehmen lassen, wie au
Melanchthon C. Ref. I, 997 nicht von Philipp sondern vo
Pack sagt: „Qui διϊσχυρίζετο αὐτὸν ἑωρακέναι τὸ ἀρχέτυπο
τῆς συνωμοσεως.“ Dann aber werden wir Exkurs II sehe
daß jener Brief Melanchthon's als objektive Quelle nicht anz
sehen ist.“ In Exkurs II kommt Schwarz S. 149 auf diesen Bri
zurück. „Der Quellenwerth dieses Briefes“, sagt er „schein
mir bisher überschätzt worden zu sein. Den Gegnern seine
Friedensliebe legt er (Melanchthon) verwerfliche Motive unter
„Multos odia certorum hominum ad bellum, multos certa
victoriae ac praedae spes incitabat,“ sie sind ihm „homines cupidi.“ er behauptet: „Vellent, opinor, deletos esse
τοὺς ἀστυγείτονας ἐπισκόπους, ipsis otiose spectantibus
tanquam in theatro fabulam aliquam, et alieno periculo ac,
ut dici solet, de alieno tergo sibi partam esse ἀσφάλειαν:“
— alles ohne irgend eine Begründung; vor allem ist er, wie
oben gezeigt, auch hier gegen Philipps Handeln feindselig
eingenommen. Erwägt man diese Umstände, so wird man
nicht umhin können, in Melanchthon's Brief eine Parteischrift
zu sehen, die im Eifer der Vertheidigung den Thatbestand
verschiebt.“ So Schwarz.

Er sagt hier also zunächst erstens: Irrig ist, was Janssen
behauptet, Philipp habe in Weimar betheuert, zu Dresden
das Orginal in Händen gehabt zu haben; sodann zweitens:
Janssen konnte diesen Fehler bei Ehses p. 24 verbessert finden;
drittens: Janssen übersieht, daß Seckendorf dem foederis
exemplum ausdrücklich das autographon entgegenstellt, und
es ist ganz falsch, wenn Janssen exemplum mit „Original“
übersetzt; des Weiteren schreibt Schwarz: Seckendorf legt
Philipp genau dieselbe Versicherung bei, wie dieser selbst in
seinen Briefen an Herzog Georg: er habe die Copie gesehen,
das Original zu erhalten gehofft; ferner fügt Schwarz noch
hinzu: Was Melanchthon's Brief angeht, so kann der Satz
„is affirmabat se archetypon vidisse“ richtig verstanden

neben von der Copie, als dem archetypon der Abschrift, welche Philipp davon hatte nehmen lassen; endlich sechstens versichert Schwarz, „man wird nicht umhin können, in Melanchthon's Brief eine Parteischrift zu sehen, die im Eifer der Vertheidigung den Thatbestand verschiebt“.

Also gerade ein halbes Dutzend Behauptungen, und man kann hinzufügen, ebenso viele Unwahrheiten.

Zunächst konnte Janssen das, was Schwarz ihm mit jugendlichem Muthe als Fehler anrechnet, bei Ehses p. 24 nicht „verbessert“ finden. Ehses verbessert nämlich hier den „Fehler“ von Janssen mit keinem Worte. Janssen gibt an der erwähnten Stelle einfach die vereinigten Aussagen von Melanchthon und Seckendorf, zweier in diesem Punkte durchaus unverdächtiger Zeugen, in wortgetreuer Uebersetzung wieder.[1]) Ehses erwähnt auf S. 24 Seckendorf in Bezug auf diesen Punkt gar nicht, und Melanchthon erwähnt er mit keinem Worte. Viel weniger „verbessert“ er ihre Aussagen. Höchstens könnte es scheinen, als ob Ehses bei der Wendung: „Wohl hätte er (Philipp) selbst gewünscht, eine solche Urkunde in Händen zu haben oder wenigstens versichern zu können, daß er sie gesehen habe,“ für den Augenblick übersehen hätte, nicht bloß daß Philipp nach dem einstimmigen Zeugniß von Melanchthon und Seckendorf jene Versicherung wirklich gethan hat, sondern auch, was Ehses sonst sehr wohl weiß, daß Philipp im Stande war, eine solche Versicherung zu machen, ohne etwas gesehen zu haben. Die Worte von Ehses lassen sich übrigens in einem anderen Sinne auffassen. Soll aber dennoch Ehses jenes übersehen und für den Augenblick nicht gegenwärtig gehabt haben, dann hat er hier nicht bloß einen

1) Seckendorf 2, 95: „foederis exemplum sigillatum et subscriptum se in manibus habuisse testatus est (Landgravius); Melanchthon C. R. I, 986: (Landgravius) affirmabat se archetypon vidisse commemorabat σφραγῖδας. Janssen 3, 110: Er habe „das versiegelte und mit den Unterschriften versehene Original in Handen gehabt“.

vermeintlichen Fehler nicht verbessert, sondern überdies noch einen wirklichen Fehler gemacht. Es ist daher auf alle Fälle falsch, wenn Schwarz behauptet, Janssen konnte den „Fehler" bei Ehses p. 24 „verbessert" finden.

Ferner ist die Angabe Janssen's, „Philipp habe in Weimar betheuert, zu Dresden das Original in Händen gehabt zu haben," nicht irrig, sondern wahr und mit guten Gründen belegt und erwiesen, wie zunächst schon daraus hervorgeht, daß die Behauptungen, welche Schwarz zur Unterminirung und Beseitigung der Zeugnisse bei Seckendorf und Melanchthon aufstellt, unbegründet und hinfällig sind.

Schwarz behauptet, daß Seckendorf dem „foederis exemplum" ausdrücklich das „autographon" entgegenstellt. Seckendorf thut dies nicht. Am wenigsten thut er es ausdrücklich. Die Stelle, welche Janssen aus Seckendorf als Beweis angibt, ist, soweit sie hierher gehört, wörtlich diese: „Tunc autem Landgravius Electorem Saxoniae Filiumque ejus Vinariae convenit, iisque magnum, quod imminere videbatur, periculum exposuit, et foederis exemplum sigillatum et subscriptum se in manibus habuisse testatus est, aut ita relationem ejus Elector intellexit, eaque propter, cum Landgravius autographon se adepturum et exhibiturum esse promitteret, permoveri se passus est, ut d. 9. Martii societatem cum Landgravio adversus foederatos illos iniret."

Es liegt auf der Hand, daß hier ein Gegensatz zwischen dem foederis exemplum und dem autographon auch nicht mit der geringsten Partikel ausgedrückt wird und somit die Behauptung von Schwarz, daß Seckendorf dem „foederis exemplum" ausdrücklich das „autographon" entgegenstellt und daß Janssen dies „übersieht," eine offenbare Unwahrheit ist. Diese Unwahrheit ist um so ungerechter gegen Janssen, als Schwarz den Leser nicht durch Mittheilung der ganzen Stelle in die Lage setzt, die Falschheit jener Behauptung gleich mit eigenen Augen zu sehen.

Aber es ist auch ferner unrichtig, daß bei Seckendorf zwischen den Ausdrücken foederis exemplum sigillatum et subscriptum (diese Worte läßt Schwarz aus) und autographon auch nur ein stillschweigender Gegensatz nachweisbar wäre. Dagegen ist wahr, das sie synonym sind und dasselbe bezeichnen, und Janssen nicht „ganz falsch", sondern ganz richtig „foederis exemplum" mit „Original" übersetzt und nicht mit „Copie". Das Wort exemplum kann an sich ebenso wohl für eine Originalurkunde gebraucht werden, als für eine Copie. Es lassen sich aber Beispiele anführen, wonach die damaligen Lateiner es vermieden, eine bloße Copie mit dem Wort exemplum zu bezeichnen. Da griff man lieber zu copia foederis.[1]) Bei Seckendorf nun wird überdies der Ausdruck „foederis exemplum" durch das hinzugefügte „sigillatum et subscriptum" noch besonders urgirt. Zum Ueberfluß hat aber auch Seckendorf durch den Satz „aut ita relationem ejus Elector intellexit" deutlich angegeben, daß er mit dem Ausdruck „foederis exemplum sigillatum et subscriptum" wirklich eine Originalurkunde vom Breslauer Bündniß bezeichnen wollte und nicht eine Copie, selbst nicht die mit Siegeln versehene Copie, welche Philipp thatsächlich zu Dresden in Händen gehabt hatte. Denn mit jenem begütigenden Satz „aut ita relationem ejus Elector intellexit" deutet Seckendorf an, daß der Behauptung Philipp's, er habe das „foederis exemplum" in Händen gehabt, etwas entgegenstehe, sei es nun die Wahrheit, so daß Seckendorf die Unwahrhaftigkeit Philipps ein wenig zu verhüllen suchte, sei es ein späteres Ableugnen Philipps oder anderer, daß dies nämlich von Philipp gar nicht behauptet worden sei. Keines von beiden stand aber der Erzählung Seckendorf's entgegen, wenn er mit dem Ausdrucke „foederis exemplum" die falsche mit Siegeln behangene

1) Vgl. Pack's Verhör bei Gudenus, wo selbst die beglaubigte Abschrift nicht „exemplum foederis", sondern „copia authentica" genannt wird. Gudenus 4, 637.



Copie meinte, welche der geprellte Pack in Dresden vorgezeig[t] hat. Denn es ist wahr, daß Philipp dieses Schriftstück [zu] Dresden gesehen. Auch ist dieß stets und allgemein mit Rech[t] als wahr angenommen worden. Wenn daher Seckendo[rf] bloß von dieser Copie sprechen wollte, hätte er jene Ver- klausulirung nicht angewandt. Die Copie also meint Seckendo[rf] auch aus diesem Grunde mit jenem Ausdruck „foederis ex- emplum sigillatum et subscriptum" durchaus nicht. Er will damit das bezeichnen, was derselbe naturgemäß bedeutet: „Originalurkunde". Dasselbe, was Melanchthon mit den scharfen griechischen Ausdrucke „archetypon" bezeichnet.[1] Um aber von dem Landgrafen nicht geradezu eine Lüge zu be[r]ichten, oder auch um einem Streit mit solchen, die e[s] ableugnen wollten, daß Philipp vor dem Kurfürsten da[s] Original selbst und nicht die Copie gesehen zu haben be- hauptet, auszuweichen, setzte Seckendorf begütigend jenen Sa[tz] hinzu: „wenigstens habe der Kurfürst die Erzählung Phil[ipps] so verstanden". — Es ist demnach ganz sicher, daß Seckendo[rf] mit dem Ausdruck foederis exemplum etc. nicht die Copie, welche Philipp wirklich gesehen hatte, sondern das Original, welches gesehen zu haben er vorgab, bezeichnen wollte. Janssen hat also nicht „ganz falsch", sondern ganz richtig die[sen] Ausdruck mit Original übersetzt.

Damit fallen alle drei Anschuldigungen von Schwarz gegen Janssen[2]) und fällt auch die vierte Behauptung, daß

1) Vgl. die Worte Seckendorf's „foederis exemplum sigillatum et subscriptum" mit Melanchthon's „is affirmabat se archetypon vidisse commemorabat ὀφθαλμοῖς". C. R. 1, 986.

2) Schwarz geht auch an anderen Stellen (S. 2 Note 6 und S. 1[3] Note 7) in einer nicht eben freundlichen Weise gegen Janssen vor. Er glaubt herausgefunden zu haben, daß bei Janssen einige Anklänge oder Reminiscenzen aus dem Artikel Jarcke's in den Histor.-pol. Blättern vorkommen, und macht ihm daraus mit Sperrdruck und Ausrufungszeichen den Vorwurf, daß er „seine Urtheile mehrfach wörtlich aus jenem Artikel ab- schreibt, ohne dies irgendwie anzudeuten, ja

...ndorf und Philipp hier dasselbe versichern, sowie der
Versuch einer Beweisführung zur Reinigung Philipps
falsch und nichtig in sich zusammen.

Im Uebrigen ist hier noch zu bemerken, daß aus dem
... Seckendorf's, Philipp habe behauptet (testatus est),
Originalurkunde vom Breslauer Bündniß in den Händen
...bt zu haben, oder doch, daß der Kurfürst von Sachsen
so verstanden, durchaus nicht auf die Möglichkeit eines
...verständnisses geschlossen werden darf, als ob Philipp
...leicht doch jene unwahre Behauptung nicht ausgesprochen
...tte. Vom 20. Februar bis zum 9. März, also rund drei
...ochen, mußte Philipp den Kurfürsten und den sächsischen
...f drängen und mit seinen Beweggründen bearbeiten. Es
... aber gewiß, daß man am sächsischen Hof so viel Auf-
...ssungsgabe hatte, um diese eine Behauptung Philipps in
... Wochen richtig verstehen zu können, und ebenso gewiß
daß man sie richtig verstanden hat. Ganz besonders ist
... auch deßhalb unbestreitbar sicher und gewiß, weil gerade
... Behauptung es war, wodurch sich der Kurfürst nach
...gem Widerstreben zum Weimarer Bunde bewegen ließ.[1]
... hätte denn Seckendorf die Thatsache der unwahren Be-
...uptung Philipp's, das Original gesehen zu haben, nicht
...cht mit größerem Nachdruck versichern können. Denn durch
...n Satz: wenigstens habe man Philipp in Weimar so ver-

ohne ihn auch nur zu nennen!" Es steht aber im Bücherverzeichniß bei Janssen jener Artikel ausdrücklich: „[Jarcke C. v.] Landgraf Philipp von Hessen. Ein Beitrag zur Schilderung der Glaubensspaltung des 16. Jahrh., in den Histor.-polit. Blättern B. 14. 15. 16. 18. München 1844—46." Uebrigens konnten ja Schwarz und Maurenbrecher ohnehin wissen, daß Janssen „seine Urtheile" nicht gerade abzuschreiben braucht. Es dürfte überflüssig sein, zu diesen Dingen, welche mit dem Patent Maurenbrechers zur hellen Beleuchtung der Leichtfertigkeit sogenannter historischer Forschung auf ultramontaner Seite in die Oeffentlichkeit geschickt werden, noch ein Wort hinzuzufügen.

[1]) „Eaque propter" sagt Seckendorf.

standen, stellt er dieses als eine Thatsache hin, woran man nicht rütteln kann. Er will ja eher ein unerhörtes und in der That ungeheuerliches Mißverständniß zugeben, als von dieser Thatsache abgehen und sagen, man habe Philipp nicht so verstanden. Da nun, wie bemerkt, dieses Mißverständniß offenbar nicht vorliegt, so hat Seckendorf die unwahre Behauptung Philipp's als eine Thatsache hingestellt, woran sich nicht rütteln läßt.

Die fünfte Behauptung von Schwarz geht dahin, es könne auch „archetypon“ richtig verstanden werden von der Copie als dem archetypon der Abschrift, welche Philipp von derselben hatte nehmen lassen. Dann können wir allerdings leicht zu Originalen kommen. Man braucht nur einen Zettel abzuschreiben und gleich ist der Zettel, ohne sich geändert zu haben, „Original“. Daß aber Schwarz selbst an das Wort archetypon, welches doch hier, wo von Urkunden die Rede, der klarste und bestimmteste Ausdruck für Originalurkunde ist, mit einer solchen Interpretation heranzutreten sucht, dürfte ein Zeichen von großer Dreistigkeit oder aber von großer Verlegenheit sein, ist jedenfalls für die Güte der Sache, die er und Maurenbrecher vertritt, der „Beachtung zu empfehlen“. Uebrigens hat Schwarz selbst durch den Hinweis darauf, daß nach Melanchthon auch Pack behauptete, das archetypon gesehen zu haben, dargethan, daß sein Interpretationsversuch jeglicher Stütze entbehrt. So dürfen auch wir diese fünfte Behauptung mit den vorigen fallen lassen und mit Schwarz zu seiner sechsten Behauptung in Exkurs II kommen, auf den er uns verweist.

Schwarz beschwert sich hier gegen Melanchthon und sagt: „den Gegnern seiner Friedensliebe legt er verwerfliche Motive unter — alles ohne irgend eine Begründung“. Wir glauben hier Melanchthon gegen Schwarz und Maurenbrecher in Schutz nehmen zu müssen.

Zunächst pflegt man doch bei Erzählung von Thatsachen, welche man selbst erlebt, keine besondere Begründung oder

r gesagt, Bezeugung hinzuzufügen, es sei denn, man mit Jemand, bei dem man aus eigener Schuld oder seines Mißtrauens und Argwohns nicht als glaub-e Person zu gelten fürchten müßte. Das hatte Melanch-i Camerar nicht zu besorgen. Daher beruft er sich auch, wo er Camerar gegenüber etwas mit besonderem ıck betonen will, ohne auf Einzelnheiten einzugehen, ne Glaubwürdigkeit: „quod mihi affirmanti credere im". (C. R. 1, 987.)

)aß aber Melanchthon seine von Schwarz bemängelten ıptungen nicht in der Weise begründet oder richtiger dem durch Gewährung eines tiefern Einblicks in die Sache mbarer macht, indem er seine Behauptungen auf be-te Personen und concrete Thatsachen zurückführt, kann im allerwenigsten von Schwarz verargt werden.

Melanchthon selbst hat in einem früheren Briefe an rar[1]) ausdrücklich erwähnt, daß er dem Papier nicht anvertrauen dürfe. Als Melanchthon den Brief schrieb, an Schwarz bemängelt, war ihm diese Vorsicht noch be-ers eingeimpft worden, weil man aus den boshaften fen Luther's etwas weiter verbreitet hatte.[2]) Wie vor-g und behutsam Melanchthon namentlich in Bezug auf Landgrafen in seinen Briefen war, zeigt der Umstand, er in einem Schreiben an Camerar zuerst „Alius" ge-eben und damit auf den Landgrafen hingewiesen. Da

---

[1]) C. R. 1, 983. Nec brevibus explicari possunt et non est tutum omnia literis committere.

[2]) Melanchthon erwähnt diese Thatsache ausdrücklich in eben diesem Briefe: „Desidero prudentiam in illo, qui ex Lutheri epistola profert verba, quae recenses in tuis literis. Non enim scripta est ut pro concione recitetur. Sed quid deceat isti non vident cum toties legant in Paulo τὸ εὐσχημόνως περιπατεῖν." Die Verbreitung dieser Dinge, welche zur Verwischung der „Schande des Evangeliums" dienten, war von Link etwas unvorsichtig und ungeschickt in's Werk gesetzt.

es sich aber um die Thatsache handelte, daß der Landg[illegible]
einen räuberischen Ueberfall auf die katholischen Fürsten gew[illegible]
änderte er dieses „Alius“ in „τούτων ἀνόων“ um.[1] Im In-
teresse weiterer Aufklärung der Pack'schen Händel ist [illegible]

1) Für „τούτων ἀνόων“ setzte Camerarius „Quorundam“. Auf
Veränderungen, welche Camerarius sich bei Herausgabe der Br[illegible]
Melanchthon's erlaubte, wird schon im Corp. Ref. I, IL[illegible]
hingewiesen. Eine ganze Menge solcher Veränderungen [illegible]
Druffel aus den Melanchthon-Handschriften der Chigi-Bibli[illegible]
nachgewiesen. (Vergl. Sitzungsberichte der k. b. Akadem[illegible]
Wissenschaften 1876 S. 491 f.) „Camerarius hat, indem er
Briefe druckreif machte, um es mit Einem Worte zu sagen,
eigenhändig interpolirt,“ sagt Druffel (S. 492) auf Grund [illegible]
Forschungen. Er bemerkt ferner (S. 496), daß „vor Allem [illegible]
Stellen, welche sich auf die an den Höfen von Hessen und Sa[illegible]
bei Gelegenheit der Pack'schen Verwickelungen vorhanden[illegible]
gelüste beziehen, dem Rothstifte erlegen sind.“ Ueber [illegible]
änderungen, welche von Melanchthon und von Camerari[illegible]
der vorliegenden Stelle vorgenommen sind, macht Druffel [illegible]
sehr bedeutsame Mittheilung: „Im Drucke steht jetzt: „Quorum[illegible]
consilium erat statim indicere ac inferre bellum et occu[illegible]
hostium ditionem priusquam ullae pacis conditiones offerren[illegible]
Sed Deus ab eo proposito mentes τῶν δυναστῶν revo[illegible]
Melanchthon hatte zuerst „Alius“ geschrieben und damit a[illegible]
Landgrafen hingewiesen. Dieß strich er selbst wieder [illegible]
ersetzte es durch drei griechische Worte, von denen ich die [illegible]
ersten: „τούτων ἀνόων“ lesen zu können glaube. Der [illegible]
des ersten Satzes, welcher gelautet hatte: „nullis rationibus [illegible]
antea propositis“, ist von Melanchthon dann in „priusquam [illegible]
pacis conditionis [sic] offerrent“ verändert und schließlich [illegible]
Camerarius durch Einführung des Passivums „offerrentur“ [illegible]
harmloser gemacht worden, wobei es ihm begegnete, daß er [illegible]
jetzt nicht mehr passenden Accusativ „ullas“ stehen ließ. [illegible]
zweite Veränderung findet sich in dem anderen Satze vor, [illegible]
„mentem eius“ in „mentes τῶν δυναστῶν“ umgewandelt wor[illegible]
ist.“ „Dieselbe Absicht, welche wir hier hervortreten sehen, le[illegible]
fortwährend die Feder des Camerarius, als er die Briefe Me-
lanchthon's für den Druck vorbereitete.“ So Druffel a. a. O.
S. 496—497.

ciplin in Melanchthon's Briefen gewiß zu bedauern. daß Melanchthon sich in seiner Lage vorsichtig be-, kann ihm zumal vom protestantischen Standpunkt icht übel angerechnet werden. Auf alle Fälle hat nn guten Grund, den Aufschluß, welchen uns Me-n trotz seiner heikelen Lage gegeben hat, dankbar an-n. Ueberdies aber hat Schwarz von seinem parteiischen unkt aus allen Grund, Melanchthon den wärmsten dafür abzustatten, daß er seine Berichte über That-welche ihn umgaben, nicht mit Erzählung vieler Einzeln-ergänzt hat. Wenn er z. B. die „odia" und die zur Vernichtung der Bischöfe in Einzelbeispielen vor-hätte, würde uns Spätgeborenen ein grelles Bild vorliegen, wie die Drachensaat aufgegangen, welche säete, als er die Seinigen aufforderte, ihre Hände im der Bischöfe zu waschen, und als er, seine unheilvolle trennung aufrecht zu halten, den glühendsten Haß den Papst und die katholische Kirche predigte. Jetzt was Melanchthon darüber hätte berichten können, im verweht. So sehr dies in Wahrheit zu bedauern mag, können es doch Maurenbrecher und Schwarz von Parteistandpunkte nur mit Freuden begrüßen. Aber hievon abgesehen, ist aus den angegebenen Gründen die ochene Bemängelung Melanchthon's durchaus unzulässig hinfällig.

Außerdem führt Schwarz noch an, daß Melanchthon h hier gegen Philipp's Handeln feindselig eingenommen."

Darauf ist zunächst und vor allem zu bemerken, daß t Jedermann den Muth hat, Philipp's Vorgehen für ründet und also für ordnungsmäßig und liebenswürdig halten. Selbst Luther hatte diesen Muth zeitweise nicht. nannte dieses Vorgehen, wie gesagt, „Gewalt für Recht uchen", „aufrührerischer Weise die Unschuldigen angreifen", en „Fürsten-Aufruhr", „Gräuel", die größte „Schande".[1])

[1]) Gleich in seinem ersten Gutachten, de Wette 3, 321.

Schwarz dagegen sagt, wo er von dem „sofortigen Losbrechen“ wie es Philipp vorhatte, spricht: „dieser Eifer des Landgrafen aber erschien in der That begründet“. Leider zeigt sich weder hier noch bei seinen Entschuldigungen der Gelderpressungen Philipp's ein zartes Rechtsgefühl des Verfassers. Auch in der Behandlung des Briefwechsels über das Breslauer Bündniß (S. 84 ff.) tritt bei Schwarz der Mangel an Befähigung, das Empörende in dem Vorgehen Philipp's zu fühlen, nicht undeutlich hervor. Wenn Schwarz bei dieser Gemüthsverfassung vor allem bemerkt, daß Melanchthon gegen Philipp's Handeln feindselig eingenommen, so ist diese Bemerkung erklärlich; richtig ist sie nicht und für die Beweisführung, welche Schwarz „vor allem“ hierauf stützt, ist sie bedeutungslos. Daß Melanchthon und ebenso Luther Philipp's Handeln verabscheuungswerth fanden, war, ganz abgesehen von ihren Beweggründen, gewiß berechtigt. Ein Unrecht aber muß es sein, wenn Schwarz mit der Behauptung, Melanchthon zeige sich gegen Philipp's Handeln „feindselig eingenommen“, das ausdrücken will, was wirklich in dem Ausdruck liegt, daß diese Gesinnung Melanchthon's etwas Unrechtes, Verkehrtes, Boshaftes gewesen.[1]) Jedenfalls ist es ein Unrecht gegen Melanchthon, wenn Schwarz aus dessen berechtigtem Abscheu gegen Philipp's Handeln schließen will, Melanchthon habe sich dadurch hinreißen lassen, den „Thatbestand zu verschieben“ und so mindestens thatsächlich Philipp zu verläumden und fälschlich zu einem Lügner zu machen. Ueber eine solche Insinuation könnte sich Melanchthon bei Schwarz wohl beklagen.

Zunächst drückt sich Melanchthon über „Philipp's Handeln“ verhältnißmäßig sehr zurückhaltend aus. Das liegt auf der

1) Man sagt ja sonst nicht gegen ein Laster, gegen eine böse That „feindselig eingenommen“ sein, sondern etwa, sie verabscheuen oder dergleichen. Durch einen solchen Ausdruck würde Schwarz freilich dem Leser das häßliche Gesicht des Philipp'schen Benehmens etwas deutlicher vor die Augen gerückt haben.

wenn man nur die Ausdrücke Melanchthon's „injustum ", „odiose extorsit pecuniam", „temeritas Land- [1]) und dergl. mit den bekannten Ausdrücken Luther's el", „Fürstenaufruhr", „Gewalt für Recht brauchen", ich angreifen", „aufrührerischer Weise die Unschuldigen sen" zusammenhält. In den Ausdrücken Melanchthon's man hier schwerlich auch nur ein Wort finden, welches ine zutreffende Bezeichnung der Thatsachen und Per- hinausgeht. Umsomehr liegt es daher auf der Hand, iemand ein Recht hat, wegen dieser Ausdrücke Melanch- s seinen Brief als eine „Parteischrift" auszugeben, die Thatbestand verschiebt. Damit fällt auch diese ganze ge Beweisführung, welche Schwarz in's Werk setzt, um o unbequeme Behauptung Philipps, er habe eine Original- de von dem Breslauer Bündniß gesehen, aus dem Wege assen, gleich den früheren ohnmächtigen Beweisversuchen Schwarz in sich selbst zusammen.

Aber mehr noch; es ist nicht schwer, den Gegenbeweis ühren und darzuthun, daß Philipp jene falsche Behauptung Weimarer Hofe wirklich vorgebracht hat. Der erste Be- dafür ist der Bericht Seckendorf's, welcher vor zwei hunderten aus den besten Quellen schrieb, daß der Kur- t den Landgrafen drei Wochen lang so verstanden und aufhin den berufenen Bund geschlossen. Der zweite Be- s ist das Zeugniß Melanchthon's [2]) welches zu Recht besteht d so unangreifbar ist, daß Maurenbrecher und Schwarz t Aufbietung aller Kräfte daran nicht im Geringsten haben tteln können. Auch haben sie in all dem ungedruckten aterial, was ihnen zur Verfügung gestellt worden, nichts funden, was gegen diese Behauptung Melanchthon's in's

---

1) Diese führt Schwarz u. a. S. 148 u. 149 an und sagt darauf, Melanchthon sei gegen „Philipps Handeln feindselig eingenommen."

2) Melanchthon gebraucht bekanntlich das Wort archetypon, welches hier in schärfster Weise „Originalurkunde" bezeichnet.



Feld geführt werden konnte, so zwar, daß ihnen nichts übrig blieb, als den Versuch zu machen, Melanchthon selbst, den unbequemen Zeugen, zu verdächtigen. Es sind daher auch hier wiederum mit der nichtigen Beweisführung die falschen Behauptungen und Insinuationen von Schwarz zu verwerfen.

Schwarz hat behauptet, „man wird nicht umhin können, in Melanchthon's Brief eine Parteischrift zu sehen, die im Eifer der Vertheidigung den Thatbestand verschiebt". Nachdem zu den übrigen Unwahrheiten und falschen Beweisführungen auch noch dieses letzte halbe Dutzend voll geworden, dürfte es sehr milde gesagt sein, wenn man die falsche Anschuldigung von Schwarz gegen Melanchthon auf ihn selbst zurückwendet und seine Schrift als Parteischrift, die den Thatbestand verschiebt, bezeichnet.

Es muß noch hinzugefügt werden, daß der Verfasser in keiner von allen Fragen, welche für die Schuld Philipp's von besonderer Bedeutung sind,[1]) etwas zu Gunsten Philipp's hat leisten können.

Kläglich ist der Versuch, trotz der Angaben von Pack und trotz der unzweideutigen Erklärungen Philipp's, Pack noch eine gewisse „ganze Initiative" bei diesen Händeln zuschieben zu wollen. Kläglich der Versuch, durch Antastung Melanchthon's den trügerischen Urheber des Weimarer Bundes retten zu wollen. Auch die Stützen, auf welchen durch Heranziehung einer Menge von „Eideshelfern" die bona fides des Landgrafen gegründet werden soll, brechen elendiglich zusammen. Ebenso kläglich ist der Versuch ausgefallen, durch Verwechslung der scheinheiligen Kriegsmanifeste mit den mühsam erlangten Friedensbotschaften Philipp's Vorhaben, die „Vergewaltigung Anderer" zu verwischen. Wohl selten ist mit hinfälligen Beweisgründen Hinfälligeres aufgebaut worden, als in diesem Buch von Schwarz. Unter all dem Verkehrten, was über die Pack'schen Händel seit 350 Jahren geschrieben

1) Schwarz behandelt diese Sachen zum Theil in Anmerkungen.

n, **dürfte zumal** nach dem jetzigen Stande der Forschung
iesen **Punkt** die Schrift von Schwarz nach Tendenz,
ssung **und Beweisführung** das Verkehrteste sein.
s **wäre auch** kaum der Mühe werth gewesen, auf diese
t **ernstlich einzugehen**, hätte ihr nicht Maurenbrecher
sein **berufenes** Vorwort eine gewisse Bedeutung verschafft.
at sie **in manchen** Kreisen eine beifällige Aufnahme ge-
n.[1]) **Ueberdies** zeigt das Buch den gegenwärtigen Stand
rage **auf derjenigen** Seite der Geschichtsforschung, welche
n **Spalten der** Theol. Literaturzeitung (1883 Sp. 345
Max **Lenz, vgl.** auch 1887 Sp. 399) die „wissenschaftliche"
über **der „ultramontanen"** genannt wird. „Wissen-
lich" **wohl**, weil sie so lange das Märchen vom Bres-
r **Bündniß zu halten** gewußt.
Maurenbrecher hat die Schrift wegen der „fleißigen,
samen **und** vorsichtigen Beweisführung" der Beachtung
pfohlen. Eine genügende Beachtung ist ihr in Vorliegendem,
e wir **glauben**, zu Theil geworden und damit die Schuld
hilipp's noch mehr an's Licht gebracht. Wenn Maurenbrecher
f Grund dieser doch gewiß recht armseligen Schrift den
ngrund der Anschuldigung" Philipp's (so nennt Mauren-
cher die Darstellung seines thatsächlichen Benehmens) aus-
icht, darf man Maurenbrecher wohl bemitleiden. Gestützt
f eben diese Schrift bemerkt Maurenbrecher noch, daß der
rfasser „die Leichtfertigkeit der sogenannten historischen
rschung, wie sie heutzutage auf ultramontaner Seite be-
ieben wird, in sehr helle Beleuchtung gesetzt habe". Auf
e Frage, „ob eine derartige Sprache eines Mannes wie
Maurenbrecher wohl würdig ist," wurde schon von berufener
Seite hingewiesen.[2]) Man kann daher mit der Bemerkung,

---

[1]) Zumeist freilich nur bei Parteigängern Philipp's; aber auch ein Diekamp hat sich (im Lit. Handweiser) günstig über die Schrift geäußert.

[2]) Von Hrn. Prof. Dr. Funk in der Tübinger Quartalschrift (68, 695). Auf katholischer Seite stehen gerade in unserer Zeit viele hoch-

daß die Einsicht und Zuverlässigkeit des Meisters, der di Beweisführung empfiehlt, der des Schülers, welcher sie ge macht, ähnlich und das Vorwort der Schrift selbst würdi ist, die Sache wohl ruhig zu den Akten legen.

Kommen wir also zum Schluß.

Es ist nicht zu leugnen, daß die sogenannten Pack'sche Händel in ihrem thatsächlichen Verlaufe sowohl, als auch i ihrer historischen Behandlung ein recht trauriges Bild dar bieten. Recht traurig ist es, daß ein deutscher Fürst ein s freventliches Beginnen so weit durchführen konnte, als e Philipp hier gethan. Aber noch weit trauriger ist es, da sich vier Jahrhunderte hindurch Gelehrte fanden, die bereit waren, mit Verschiebung offenbarer Thatsachen, mit Verkehrung der Wahrheit, mit Verletzung der Ehre vieler unbescholtener höchstgestellter Männer Philipp und sein verabscheuungswürdiges Handeln in Schutz zu nehmen und zu beschönigen.

Der erste, welcher dieses bedauernswerthe Verfahren gewisser protestantischer Tendenzhistoriker einleitete, ist, wie oben gezeigt worden, kein anderer als Luther. Das macht die Geschichte der Pack'schen Händel vor andern Geschichten beachtenswerth. In der neueren Geschichtsschreibung überhaupt ist das Auftreten Luther's die Veranlassung zu einer gehässigen Parteihistorie, welche von Flacius und Sleidan bis auf Ranke, Preger u. s. w. ungezählte Entstellungen und Verfälschungen der Geschichte vorgenommen hat. In den Pack'schen Händeln dagegen ist Luther, welcher an den Quellen dieser Geschichte saß, selbst der erste und eigentlichste Urheber jener Fälschungen und Entstellungen. Bei diesen Händeln hören wir überdies auch zuerst von seinem Plane, eine protestantische Parteihistorie in's Leben zu rufen, was freilich anderen, na-

---

verdiente Geschichtsforscher, wie Hefele, Hergenröther, Höfler, Janssen, Onno Klopp, Weiß. Auch hat man bei einem oder anderen dieser Historiker ja schon die Erfahrung gemacht, daß ihre Arbeiten sehr wohl und fest gegründet sind und mit denselben keineswegs leicht fertig zu werden ist.

mentlich dem Engländer Barns und dem Kroaten Flacius vorbehalten blieb. — Man hat von Philipp das Wort angeführt: „Wer wider Gott und Gewissen handle, werde in der Historie zu einem ewigen Gedächtniß gezogen.“ [1]) Niemand braucht, was Philipp betrifft, dies Wort ernster zu nehmen, als andere Worte Philipp's. Aber so viel ist gewiß, das moralische Ansehen einer Historie, wie sie uns hier in den Pack'schen Händeln begegnet, wird keinem Achtung einflößen, am allerwenigsten Männern wie Philipp. Auch an den Pack'schen Händeln selbst ist Luther, so sehr er sie zur Zeit der Krisis verabscheute, nicht ohne Mitschuld. Diese Händel hätten in der Weise, wie es geschehen, nicht vorkommen können, wäre nicht Luther erst mit seinen Aufreizungen zum blutigen Kampfe gegen die Kirche hervorgetreten.

Ueber manche Einzelnheiten dieser Händel wird vielleicht die Zukunft noch einiges weitere Licht verbreiten. Das Hauptsächliche steht auf triftige Gründe hin schon jetzt fest. Im Wesentlichen lassen sich die ganzen Pack'schen Händel zurückführen auf die Einfädelung derselben durch jene Fälschung der Copie, auf den Weimarer Bund und auf den Abschluß des Aufruhrs durch die bekannten Gelderpressungen. — Auf Philipp's eigenste Initiative fällt die Schuld der Einfädelung dieser Händel. Philipp ist als der unmoralische Urheber des unmoralischen Weimarer Bundes zu bezeichnen. Philipp hat seine Händel mit den banditenmäßigen Gelderpressungen von seinen unschuldigen Nachbarn so beschlossen, daß das Ende seiner That ihres Anfanges würdig war.

Dr. J. Niemöller.

1) Theol. Literaturzeitung 1883 S. 345.



XXX.

Die nationale und politische Kleinarbeit der deutsch-liberalen Partei in Oesterreich.

4. Die gewerbliche Bewegung.

Die Versuche, in der geschilderten Weise den Bauernstand der liberalen Partei dienstbar zu machen, beschränken sich naturgemäß nicht auf die bäuerliche Bevölkerung, sondern berühren zielbewußt den Handwerkerstand. Dieser hat ebensowenig Ursache, wie der Bauernstand, dem Liberalismus irgendwie dankbar zu sein. Während die höchste Blüthe des Handwerkerstandes in jene Zeit fällt, wo religiöse Gesinnung und Bürgerstolz Hand in Hand gingen, während mit einem Worte im Mittelalter, wo Meister, Gesellen und Lehrlinge durch gleichen Glauben, gleiche Hoffnung und gleiche Liebe zu einer Familie innig vereint, das Handwerk „goldnen Boden" hatte, ist es jetzt um so mehr zerrüttet und zurückgegangen, je mehr die Grundsätze des Liberalismus in der Gesellschaft Eingang fanden.

Die Einführung der Gewerbefreiheit und die versprochenen „Vortheile der freien Concurrenz", die sich praktisch anders gestalteten, als sie theoretisch angekündigt waren, haben die gewerblichen Kreise in eine Lage gebracht, daß nunmehr Liberale und socialdemokratische Parteileute sich in der Anschauung begegnen, daß das Kleingewerbe namentlich seine Selbständigkeit nicht mehr behaupten könne und der Groß-

industrie gegenüber zum Tode verurtheilt sei. Als die österreichischen Handwerker in Kenntniß dieser Verhältnisse und auf Grund ihrer Erfahrungen schüchtern vom Liberalismus sich loszusagen begannen, und auf den österreichischen Gewerbetagen in Wien die Forderungen feststellten, die sie zur Gesundung des Handwerks erheben mußten, wurden sie von der liberalen Presse sofort gewissermaßen in Acht und Bann gethan und als „Rückschrittsmänner und Verräther gegen den Geist des Liberalismus“ schlankweg verurtheilt. Indeß gelang es doch, Dank dem Entgegenkommen der Regierung und der antiliberalen Reichsrathsmehrheit, insbesondere durch das entschiedene Eintreten der Männer der conservativen Partei (der Grafen Egbert Belcredi und Blome und v. Zallinger), den Forderungen des Gewerbestandes, die in der Einführung des Befähigungsnachweises und obligatorischer Innung gipfelten, trotz des erbitterten Widerstandes der liberalen Partei gesetzliche Geltung zu verschaffen. Die neue Gewerbeordnung von 1883 befriedigt nicht alle Wünsche und läßt viele Hinterthürchen zur Umgehung des eigentlichen Zwecks des Gesetzes offen, brachte aber dem Handwerke wenigstens die gesunde Grundlage für einen richtigen Neuaufbau durch die Einführung des Befähigungsnachweises für die handwerksmäßig erklärten Gewerbe und der Zwangsinnung für alle gewerblichen Kreise. Als im Parlamente gegen diese Grundpfeiler der gewerblichen Neuordnung nichts mehr zu machen war, zog sich die liberale Partei in ihre Hochburg, in die Handels- und Gewerbekammern zurück, um in dieser Stellung, unterstützt durch die Gesinnungsgenossen innerhalb der Bureaukratie, die Durchführung der Bestimmungen der hartnäckig bekämpften neuen Gewerbeordnung wenigstens möglichst zu hemmen. Da den Handelskammern bei der Durchführung der Gewerbeordnung gesetzlich ein hervorragender Antheil zustand, so ist dadurch vollauf erklärt, warum die wohlthätigen Wirkungen der neuen Gewerbeordnung in so mancher Richtung sich nicht derart zeigten, wie man gehofft hatte.

Zur Zeit besteht innerhalb der österreichischen Gewerbewelt ein ganz eigenartiges Verhältniß. Der kleine Gewerbsmann, der nur irgend etwas Grütze im Kopf hat, sagt sich unverhohlen, daß die Bestimmungen der neuen Gewerbeordnung im Sinne einer verständigen Neugliederung in obligatorischen Innungen für die Besserung der Verhältnisse im Kleingewerbe unbedingt nothwendig sind, weiß und sieht aber auch, daß diese Neugliederung von den Liberalen in der Durchführung möglichst gehemmt und in dem Augenblicke, wo sie an's Ruder kommen, unmöglich gemacht werden würde. Die Standesinteressen weisen darum den kleinen Gewerbsmann unbedingt an, gegen den Liberalismus Stellung zu nehmen, und doch findet die Mehrzahl der kleinen Gewerbsleute nicht den Muth, offen gegen die liberale Partei Farbe zu bekennen. In Wien selbst ist dieß bereits anders geworden. Während früher die Wiener Handwerker in verdoppeltem Schnellschritt den Sammelplätzen zuliefen, wenn der Liberalismus gegen ihre eigenen Interessen Generalmarsch blasen ließ, und wie der Auerhahn im Balzen, im vollen Taumel der „neuerrungenen" Gewerbefreiheit und ähnlicher liberaler Geschenke blind gegen diejenigen waren, die ihre Existenz bedrohten, stehen sie jetzt in den Reihen der vereinigten Christen und bilden sogar die Haupttruppe derselben. Auch in den deutschen Alpenländern dämmert es in den Köpfen der Handwerker und die liberale Presse ergeht sich nicht selten (erst wieder die „Neue freie Presse" vom 31. Juli 1889) in bitteren Klagen darüber, daß „ein ansehnlicher Bruchtheil der Gewerbetreibenden sich ganz und gar der Rückschrittspartei in die Arme werfe" und daß „Gevatter Schneider und Handschuhmacher wahrlich bei den (socialdemokratischen) Arbeitern in die Schule gehen sollten". Leider haben gerade die jüngsten Landtagswahlen in Böhmen gezeigt, daß dort besonders die Handwerksmeister noch ganz im Banne des Liberalismus, selbst des Radikalismus stehen, indem sie als gefügige Werkzeuge der Jungczechen sich verwenden ließen. Die der liberalen

radikalen Partei ergebenen Handwerker möchten zwar
Allgemeinen die Bestimmungen, wie sie die neue durch die
liberale Reichrathsmehrheit geschaffene Gewerbeordnung
stellt, beibehalten[1]) und wo möglich noch ausbilden, aber
ichzeitig sich auch nicht von der liberalen Partei lostrennen,
lche gegen die neue Gewerbeordnung einen erbitterten Krieg
hrt.

So kommt es, daß nahezu in den meisten Innungen,
lche auf Grund der Gewerbeordnung neu gebildet worden
d, zwei Richtungen sich zeigen, eine conservative, welche
h die Wahrung der Standesinteressen auf dem Boden der
werbeordnung zum Ziele setzt, und eine zweite von den
beralen unterstützte, welche augenblicklich zwar nicht gegen
efähigungsnachweis und gegen obligatorische Innungen sich
sspricht, aus Klugheitsrücksichten natürlich, aber bei der
schäftlichen Behandlung aller schwebenden Fragen ganz im
Sinne des Liberalismus vorgeht. Diese Spaltung in der
Gewerbewelt vergrößert sich unter Einwirkung der liberalen
Partei noch dadurch, daß gewisse Arbeiter und Gehilfen, die
wohl ausgesprochene Socialdemokraten doch unbestritten in
den Dienst der liberalen Partei sich gestellt haben, dazu benützt
werden, im Schooße der Innungen, insbesondere in den
Versammlungen der Gehilfenschaft die Fortbildung des ganzen
Innungswesens möglichst hintanzuhalten und zu erschweren.
Einzelne dieser Leute haben sich in ihrer Innung sogar eine
Doppelstellung zu verschaffen gewußt. In den Meisterver-
sammlungen klagen sie als Meister über die enormen Leistungen
kleiner Meister für Innungszwecke, und in den Gehilfen-
versammlungen suchen sie die Leistungen noch zu erhöhen, um
schließlich behaupten zu können, die ganze neue Gewerbeordnung
tauge nichts.

Von vier Seiten aus bemüht sich somit der Liberalismus,

---

1) Wie die liberale Partei den „Schwächen" dieser liberalen Leute entgegenkömmt, wird im weiteren Verlauf ausdrücklich geschildert.

das Aufblühen des Gewerbestandes zu verhüten, und zwar erstens durch die ihm ergebenen Handels- und Gewerbekammern, welche als Aufsichtsbehörde von vorneherein großen Einfluß auf die gewerbliche Bewegung nehmen können; zweitens durch die Gesinnungsgenossen in der Bureaukratie, denen gleichfalls auf die Durchführung der Gewerbeordnung ein großer Einfluß eingeräumt ist; drittens durch die liberalen Gewerbsmeister selbst und viertens endlich durch treue socialdemokratische Agitatoren. Der Grund zu dieser fieberhaften, wenn auch meist stillen Arbeit und Thätigkeit liegt einfach darin, daß die liberale Partei sich nicht verhehlt, daß der Gewerbestand ihrer Fahne sofort abschwört, sobald seine materiellen Interessen durch die von der liberalen Partei bekämpfte Neuordnung gesunden und gekräftigt werden.

Diese Lage der Dinge wird in der Gewerbswelt selbst recht gut erkannt, und die Gewerbsleute suchen darum auch Mittel und Wege, den eben gekennzeichneten Bestrebungen des Liberalismus entgegenzutreten. Darauf ist zurückzuführen, daß eine Reihe von Innungen in und außer Wien zu einem Genossenschaftstage zusammengetreten sind und sich in der Vereinigung ihrer Vorsteher eine permanente berathende und beschließende Spitze gegeben haben. — Ihrerseits nicht faul, haben die Liberalen eine Gegenorganisation in's Leben gerufen, nämlich die sogenannten „Vereinigungen der deutschen Genossenschaften". Veranlassung hiezu gaben die Gemischtwaarenverschleißer in Wien (ca. 5000), welche natürlich an den strengeren Bestimmungen der neuen Gewerbeordnung gar kein Interesse hatten und an dem Wiener Vorsteher der Bäckerinnung, dem Freimaurer Ratz, eine Stütze fanden. Nach eingehenden Berathungen mit den Führern der liberalen Partei wurde mit Hilfe des niederösterreichischen Gewerbevereins der obenbezeichnete Verband gegründet, so daß nunmehr ein Theil der Gewerbewelt gegen den andern, geschlossen organisirt, in offner Fehde liegt.

Liberalerseits wurde überdies ein eigenes Organ — die

„Deutsche Gewerbezeitung“ — gegründet, um den Kampf auf gewerblichem Gebiete im Sinne der freien Concurrenz mit Erfolg führen zu können. So eilig hatte man es mit der Gründung dieses Blattes, daß man sich den Mann, der an die Spitze desselben gestellt wurde, gar nicht ansah und schließlich erfahren mußte, daß derselbe die Frage der Strafhausarbeit etwas unfreiwillig, hochpersönlich im Zuchthause studirt habe. Es wurde gerichtlich festgestellt, daß derselbe, der sich Haug nannte, ursprünglich Weiß geheißen habe, ein Rabbinerssohn aus Neusohl in Ungarn sei und wegen allerlei Kleinigkeiten eine mehrjährige strenge Kerkerstrafe erlitten habe. Darauf zogen sich die liberalen Abgeordneten Plener, Wrabetz, Menger u. a. von der „Deutschen Gewerbezeitung“ zurück, und dieselbe mußte trotz der Abschüttelung Haug's Ende December 1888 eingehen mit dem Bekenntniß, „durch gewissenlose Cyniker“ ruinirt worden zu sein. Die „Cyniker“ waren die guten Freunde der liberalen Partei: Haug und Genossen. Der Versuch, die gewerblichen Interessen in Wien selbst dem Parteigetriebe der Liberalen dienstbar zu machen, war damit gescheitert; er hatte das Gute, die Wiener Handwerksmeister mit Mißtrauen gegen eine Partei zu erfüllen, welche bisher die wirthschaftliche Ausbeutung als System und Privilegium in Erbpacht gehalten hat. Seitem erhielten die Wahlen innerhalb der Innungen in Wien eine gewisse politische Bedeutung und es wurde bei denselben eine so lebhafte Agitation entwickelt, wie dies bei politischen Wahlen bisher nicht immer der Fall gewesen ist. Beispielsweise wurden bei der Wahl des Obmanns der Schuhmachergenossenschaft (Anfang 1889) über 5000 Stimmen abgegeben; daß hiebei meist die Partei der neuen Gewerbeordnung siegte, zeugt für den gesunden Sinn der Wiener Handwerker.

Es erübrigt noch, die Art des Kampfes zu schildern, welche der Liberalismus gegen die neue Gewerbeordnung führt. Würden die Liberalen, ihren wirthschaftlichen Anschauungen entsprechend, offen sich gegen den Befähigungsnachweis als



Vorbedingung des Rechtes zur Ausübung eines handwerksmäßigen Gewerbes oder gegen die obligatorischen Innungen aussprechen, so wäre ihre Niederlage gewiß. Man hat darum ganz andere Wege eingeschlagen, indem man einerseits den Bestimmungen über den Befähigungsnachweis und über die Zwangsinnungen durch die Gewerbetreibenden selbst Inhalt und Wesen (den Worten ihre Bedeutung) nehmen will, andererseits den Kampf auf nationalen Boden verlegt.

Der erstere Weg wurde zunächst in Oberösterreich eingeschlagen. Auf einer Reihe von Gewerbetagen sollten nach dem Plane der Liberalen die Handwerker selbst die der neuen Gewerbeordnung zu Grunde liegende Idee der Organisation der gewerblichen Arbeit als verderblich erklären, und Oberösterreich sollte den Anfang machen. Der liberale Gewerbeverein von Linz rief auch 1887 einen Gewerbetag nach Linz ein und sämmtliche liberale Blätter bemühten sich, die Theilnahme an demselben zu vergrößern. Schon glaubte man die Handwerker am Gängelbande zu haben, da beschloß dieser Gewerbetag einmüthig, am Genossenschaftswesen und am Befähigungsnachweis festzuhalten und die Trennung der Gewerbekammern von den Handelskammern zu fordern. Gleichzeitig wurden laute Klagen über die Haltung eines Theiles der Beamtenschaft der neuen Gewerbeordnung gegenüber erhoben. Die liberale Partei hatte das Gegentheil von dem erreicht, was sie wollte.

Sie verlor indeß den Muth nicht und wußte in irgend einer Weise die Vorsitzenden und Schriftführer des eben geschilderten Linzer Gewerbetages für sich zu gewinnen. Im Juni 1889 versandten beide im Bunde mit einigen deutschliberalen Handwerkern in Böhmen ein Rundschreiben, worin sie unter Hinweis darauf, daß dem österreichischen Gewerbestande ein einheitliches Aktionsprogramm fehle, Fragebogen an die einzelnen Genossenschaften richteten. Der Vorwand war nichtig; die österreichische Gewerbewelt hat ein feststehendes Programm, das auf den beiden Gewerbetagen in Wien,

m Gewerbetage in Linz und neuestens auf dem zweiten
ichischen Katholikentage festgestellt worden war. Die
ebogen, deren Beantwortung ein „Congreß“ folgen sollte,
n keinen andern Zweck, als Verwirrung unter die Ge-
treibenden zu bringen; nur in dieser Absicht wurden
st entschiedene Fragen wieder aufgeworfen und besonders
er Frage der gewerblichen Organisation die Frage der
erreform verquickt. Man merkte indeß diese Absicht und
ißlang auch dieser neue Versuch.

Auf Grund dieser Erfahrungen unterblieb in anderen
ländern die Einberufung liberaler Gewerbetage und
en die Fragen des Befähigungsnachweises und der ob-
torischen Innung auch in liberalen Vereinen doppelt zart
ndelt. Beim dritten Bundestag des „deutsch-böhmischen
erbebundes“, der am 30. Juni 1889 in Saaz statthatte,
rach Professor Höhm den Befähigungsnachweis und er-
e als bestes Mittel zur Hebung des Gewerbestandes „die
ung der gewerblichen Intelligenz“. Damit müsse schon
Lehrling begonnen werden, der vor dem Freispruch vor
er Prüfungskommission seine Befähigung nachzuweisen habe,
ebenso müsse der Befähigungsnachweis vor der Selbst-
digmachung erbracht werden. Der gelehrte Professor
chte darauf eine Resolution zum Vorschlag, die einstimmig
genommen wurde. Sie lautete: „In der Form, daß der
fähigungsnachweis die Intelligenz der Handwerker heben
l, hat derselbe seine Berechtigung und es ist für dessen
renge Handhabung einzutreten“. Schon die gewundene
prache deutet an, daß in dieser Resolution für den Hand-
erker eine Falle liegt. Die Handwerker wollen beim Be-
ähigungsnachweis die Probe für praktisches Können,
rofessor Höhm für theoretisches Wissen. So aber
ämpft der Liberalismus. Man läßt aus Klugheit das Wort
Befähigungsnachweis bestehen, nimmt ihm aber Inhalt und
Bedeutung. — Leichter thut sich der Liberalismus, wo er die
Leidenschaften anrufen und den Kampf gegen die neue Ge-

werbeordnung auf nationales Gebiet verlegen kann. Dieß hat er vor allem in Wien versucht, wo wiederholt der Schreckensruf: „Wien wird czechisch!“ ausgestoßen wurde, und zwar deßwegen, weil in jeder Innung naturgemäß czechische Handwerksmeister sich befinden, und ein czechischer Name schon genügt, um einen nationalen Nothruf auszustoßen. Dieses Leitmotiv wurde durch die liberale Presse Wiens weidlich durchgeführt, so zwar, daß sie abwechselnd fast allwöchentlich auf die bedrohte Lage des „Deutschthums“ in Wien hinweist.

Die liberale Partei hatte dieses Hinüberspielen gewerblicher Fragen auf nationalen Boden mit solchem Ernste erfaßt, daß ihr Organ, die „Deutsche Gewerbezeitung“, im Oktober 1887 klipp und klar die Proscription aller jener eingewanderten Gewerbsmeister vorschlug, welche sich erdreisteten, ihr Staatsbürgerrecht nach ihrer Ueberzeugung und nicht nach liberalen Vorschriften zu gebrauchen, und im Gegensatz dazu verlangte, daß dafür die Anhänger der liberalen Partei im Gewerbestande durch Begründung und Errichtung von Verkaufsstellen, beziehungsweise durch Reklamen für ihr Verkaufsgewölbe, fest an die Partei gekettet würden. Offenbar hätte man gar zu gerne auf liberaler Seite einen gesellschaftlichen Krieg gegen alle antiliberalen Gewerbsleute eröffnet; wenn derselbe zur Zeit in größerem Umfange thatsächlich nicht geführt wird, so braucht man dieses Verdienst den Liberalen nicht auf Rechnung zu schreiben. Der gute redliche Wille dazu war ausreichend vorhanden, es fehlte nur an der entsprechenden Macht. Wie man in Wien durch nationale Phrasen die Gewerbewelt zu bethören versuchte, so geschah es und geschieht es natürlich noch mehr in den gemischtsprachigen Ländern. Dort hat man auf deutsch-liberaler Seite von jeher möglichst Gewicht darauf gelegt, die Deutschen und Slavischen, insoweit sie gleiche Interessen haben, möglichst von einander zu trennen, damit sie ja nicht gemeinsam über gemeinsame Anliegen und Interessen berathen und beschließen. Die gewerblichen Vereine, welche auf deutsch-liberaler Seite in Böhmen bestehen,

sind alle mehr oder minder zu diesem Zwecke gegründet und erfreuen sich lediglich in dieser Beziehung der Unterstützung der liberalen Partei.

Den Mittelpunkt all dieser Bestrebungen bildet der deutsche Handwerkerverein in Prag, der seine Spar- und Vorschußkasse, eine gewerbliche Fortbildungsschule (unterstützt vom deutschen Schulverein) und einen Krankenunterstützungsverein umschließt, und dessen Obmann Sauer z. B. auch Obmann des bereits besprochenen deutschen Gewerbebundes für Böhmen ist. Der Verein hat eine kleine Bibliothek, eine Herberge (4 Betten) für durchreisende Gesellen und ein Bureau für Arbeitsvermittlung.

Bei dieser Arbeitsvermittlung spielen wieder nationale Erwägungen mit. Die deutsch-liberale Partei betont in Wien wie in Böhmen die Nothwendigkeit, czechische Lehrlinge von deutschen Werkstätten auszuschließen, und macht zur Durchführung dieses Gedankens große Anstrengungen. Zu diesem Zwecke wurden in Nordböhmen „deutsche Herbergen“ und Dienstvermittlungsanstalten errichtet, welche die Fernhaltung weiterer czechischer Einwanderung in das geschlossene deutsche Sprachgebiet Böhmens und Sicherung des deutschen Gewerbestandes und der deutschen Familien durch Fernhaltung czechischer Dienstboten bezwecken. Am 25. September 1887 tagten in Reichenberg Vertrauensmänner der „deutschen Herbergen“ von Friedland, Warnsdorf, Rumburg, Leipa, Gablonz und Reichenberg mit folgender Tagesordnung: 1. Beschaffung deutscher Lehrknaben, 2. Herbeiziehung erwachsener deutscher Arbeitskräfte beiderlei Geschlechtes, 3. Ausbildung von weiblichen Dienstboten, 4. Berathung über ein gemeinsames Vorgehen und gegenseitige Unterstützung, 5. allgemeines Herbergswesen. Der Obmann stellte fest, daß in der Umgebung von Reichenberg Lehrlinge nicht zu haben seien und das Heranziehen derselben aus dem Erz- und Riesengebirge nicht länger angehe, obwohl mittellose Lehrlinge Reisegeld und Kleider erhielten. Es wurde darauf ein gemeinschaftliches Vorgehen aller Herbergen



in der Richtung empfohlen, daß Lehrlinge aus preußisch Schlesien und Deutschland, überhaupt aus Gegenden, wo Landwirthschaft herrscht, insbesondere durch Vermittlung des „allgemeinen deutschen Schulvereins" (über diesen später!) geworben würden. Neben dem allgemeinen deutschen Schulverein befaßt sich übrigens auch der Böhmerwaldbund, der Bund der Nordmährer und der Verband der Gehilfenvereine in Böhmen mit dieser Art Lehrlingsvermittlung.

Die deutschen Gehilfenvereine in Böhmen dienen den gleichen Zwecken, wie die deutschen Herbergen. Neben der Verdrängung czechischer Gehilfen streben sie angeblich Belebung des nationalen Bewußtseins, die Pflege der Geselligkeit und der geistigen Fortbildung, sowie die Unterstützung der in Noth befindlichen Mitglieder an und sind im Ganzen nach Art der katholischen Gesellenvereine organisirt, natürlich mit Ausschluß des Katholischen. Der erste derartige Verein wurde 1885 in Budweis gegründet, der zweite folgte in Reichenberg und dann entstanden gleiche Vereine in Gablonz a. d. Neisse, in Grottau, in Arnau a. d. Elbe, in Teschen a. d. Elbe, in Hohenelbe, Jungbuch, Freiheit und Mährisch-Trübau. Im Oktober 1888 bestanden in Böhmen und Mähren 12 Vereine mit ca. 2000 Mitgliedern. Für den 4. November 1888 wurde nach Reichenberg ein deutscher Gehilfentag für Böhmen und Mähren einberufen, für welchen Anträge auf Gründung eines Centralverbandes deutscher Gehilfen in Oesterreich und einer eigenen Vereins-Zeitschrift, sowie auf endgiltige Beschlußfassung über die zu errichtende Reiseunterstützungskasse vorbereitet waren. Bei demselben waren die Gehilfenvereine (im Volke gewöhnlich deutsche Gesellenvereine genannt) von Budweis, Arnau, Gablonz, Grottau, Mährisch-Trübau, Hohenelbe, Jungbuch und Tetschen vertreten und ein Herr Fleck, Obmann des Gehilfenvereins in Reichenberg, hielt eine Rede „über das Gehilfenwesen und die Zwecke der deutschen Gehilfenvereine vom nationalen und vom wirthschaftlichen Standpunkte". Er klagte dabei über die Lauheit deutscher Meister

in nationaler Beziehung, über die Bevorzugung czechischer Arbeiter und über die Nothwendigkeit der Erziehung stramm nationaler Gehilfen. Die vorbereiteten Anträge wurden angenommen, der Sitz des Centralverbandes nach Reichenberg bestimmt.

Indem der Liberalismus den Kampf um gewerbliche Fragen auf nationalen Boden verlegte und denselben durch Maßnahmen zur Fernhaltung czechischer Lehrlinge und Gehilfen (oder Dienstboten überhaupt) verschärfte, hat er eine Bewegung eingeleitet, deren Ende nicht abzusehen ist.

Der deutsche Böhmerwaldbund (s. unten) hat diese Bewegung auf die Ausstellungen übergeleitet. Er veranstaltete im Sommer 1889 in Budweis in Südböhmen eine nur deutsche Ausstellung und begründete dieß bei deren Eröffnung (9. Juni 1880) durch Obmann Taschek damit, daß die früheren Ausstellungen in Budweis fast nur durch die deutsche Arbeit Bedeutung erlangten, daß in ganz Oesterreich der deutsche Gewerbefleiß maßgebend war und ist, und daß Kunst und Gewerbe in Oesterreich überhaupt nur durch die Deutschen Ansehen und Bedeutung errungen haben. Als zum 20. Juni 1889 250 Linzer zum Besuche der Ausstellung kamen, trat deren politischer Zweck auf's neue in den Vordergrund. Ein Telegramm der „Deutschen Zeitung" vom 21. Juni meldet über die Begrüßung der Linzer kurz, aber klar: „Taschek (Obmann des Böhmerwaldbundes) sagte, Böhmen kämpfe für die Nationalität, Oberösterreich für die Freiheit. Wenn die Deutschen beider Länder solidarisch seien, müssen sie dem Gegner Respekt einflößen. Demmel, vom Kaufmännischen Verein in Linz, dankt herzlichst für den das Nationalgefühl stärkenden Tag. Der Linzer bewährte Parteimann Reininger hielt eine zündende Rede. Vor der Majestät des deutschen Geistes müssen sich die Gegner neigen. Linz kämpfe für Aufklärung und Freiheit."

Es kam noch besser! Im Jahre 1891 soll zur Erinnerung an die vor einem Jahrhundert in Böhmen veranstaltete erste



Gewerbeausstellung eine Landesausstellung stattfinden, wel
die Aufgabe hätte, die gesammte industrielle Produktion d
Landes zu möglichst vollkommener Darstellung zu bringen. D
gegen nahm die deutsch-liberale Parteileitung in Böhmen
Bunde mit den deutsch-liberalen Mitgliedern der böhmisch
Handelskammer von vorneherein eine ablehnende Haltung e
Das vorbereitende Comié für die Landesausstellung von 18
wandte sich nichtsdestoweniger neuerdings in einem Run
schreiben an die deutschen Fabrikanten im Lande, erhielt ab
Ende Juli von der deutsch-liberalen Parteileitung einen e
neuten Absagebrief. Es heißt in demselben: „Jede Mahnun
an gemeinsame wirthschaftliche Arbeit muß ihre Wirkung ve
sagen, solange den Deutschen nicht auf dem Gebiete der volk
thümlichen nationalen Anliegen entgegengekommen wird
Erkennt man die unleugbar hohe Bedeutung der deutschen
Industrie, des deutschen Gewerbes, der deutschen Arbeit an,
dann muß dieser Erkenntniß auch auf anderen öffentlichen
Gebieten Folge und Ausdruck gegeben und darf sich nicht
darauf beschränkt werden, uns dort und dann zu rufen, wo
und wann man unserer Mitwirkung nicht entbehren kann.
Nach wie vor halten die Deutschen daran fest, an der in
Aussicht genommenen Ausstellung sich nicht zu betheiligen,
sondern ihr vielmehr unbedingt fern zu bleiben."

Gleichzeitig hat die deutsch-liberale Parteileitung be-
schlossen, an die deutschen Industriellen und Gewerbetreibenden
neuerlich die Aufforderung zu richten, sich an der Landes-
Ausstellung nicht zu betheiligen, da man bisher den Deutschen
Böhmens auf dem Gebiete ihrer volksthümlichen nationalen
Anliegen nicht entgegengekommen sei. Damit ist von dieser
Seite das Uebergreifen des politischen und nationalen Haders
auf das volkswirthschaftliche Gebiet diktirt; ein Vorgang,
unter dem Handel und Wandel in Böhmen unbedingt leiden
muß! Sollte die Parteipolitik irgend etwas mit den indu-
striellen, mit den landwirthschaftlichen Fortschritten des Landes,
mit dem Stande seiner Textil-, Glas- oder Maschinen-

Industrie, seines Obst- und Hopfenbaues zu thun haben? Gewiß nicht!

Erst vor Kurzem (Juli 1889) hat der liberale Abgeordnete Menger aus Schlesien der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß, wenn auch nicht in nationaler, so doch in Beziehung auf andere für Deutsche und Czechen gleich wichtige politische, finanzielle und volkswirthschaftliche Fragen zwischen Deutschen und Czechen ein Verhältniß entstehen könne, wie es zwischen freien Männern, die sich auf einem Gebiete bekämpfen, bestehen sollte. Vor wenig Monaten noch (Juni 89) erklärten die deutsch-liberalen Großgrundbesitzer in ihrem Wahlaufrufe, daß eine Verständigung zwischen den Nationalitäten durch die gemeinsamen wirthschaftlichen, freiheitlichen und culturellen Interessen immer gebieterischer gefordert wird — und nun finden sich nicht einmal zu einer Landesausstellung die Hände zu gemeinsamer Arbeit auf Commando einer Partei, welche eine „Staatspartei“ sein will.

Es wäre ein Wunder, wenn auf der Gegenseite nicht ein Echo wachgerufen worden wäre. Merkwürdigerweise war es bei den Czechen ebenfalls der liberale Flügel, der die Antwort gab. Schon damals, als die „Deutsche Gewerbe-Zeitung“ in Wien die czechischen Geschäftsleute dort proscribiren wollte, erließen die Jungczechen den Mahnruf: „Kauft nichts bei Deutschen!“ Jetzt hat das jungczechische Parteiorgan Anlaß genommen, die Czechen zu warnen, an der demnächst in Wien stattfindenden landwirthschaftlichen Ausstellung theilzunehmen, mit der Begründung, daß die Czechen keine Veranlassung hätten, ihr Geld nach Wien zu tragen. Wie man in den Wald hineinruft, so hallt es heraus; es ist dabei aber nochmals zu betonen, daß nur die Liberalen auf deutscher wie auf czechischer Seite die Verbitterung des Streites fördern und großziehen.

So wogt der Streit in gewerblichen Fragen hin und her. Der Liberalismus gebraucht für seine Zwecke die verwerflichsten Mittel, und doch wird der Sieg nicht ihm gehören,

wenn die Partei der neuen Gewerbeordnung in ihrem Eifer nicht erlahmt. Ihr Programm ist Vertheidigung dessen, was bisher erreicht wurde, und Ausbau des Innungswesens durch Errichtung gemeinsamer Rohstofflager und genossenschaftlicher Darlehenskassen, Neuordnung des Unterrichts- und Stellenvermittlungswesens, energische Handhabung des Befähigungsnachweises für Fabrikanten, Aufhebung der industriellen und gewerblichen Strafarbeit wie des Hausirhandels u. s. w.

(Ein fünfter Artikel folgt.)

XXXI.

Michael Veresmarti.

Ein ungarischer Convertit aus dem 17. Jahrhundert.

(Schluß.)

Mit dem Glaubensbekenntnisse kehrte Ruhe, Friede und Lebenslust in seine Seele; großen Trost schöpfte er aus den hl. Sacramenten. „Ich weiß nicht durch welche Kraft, jedoch derart ist mir leichter geworden, daß ich auch leiblich überaus wohl mich fühlte.“ Wie er sich im katholischen Glauben wohl fühlte, zeigt am besten sein noch übriges Leben. Neue Thatkraft ergreift ihn; er studirt Theologie, wird ein eifriger Seelsorger, Pfarrer, Missionär und tritt von nun an ohne Unterlaß mit literarischen Werken auf. Und nicht minder thätig ist er auf dem Felde der christlichen Charitas und läßt auch in der Pflege der kirchlichen Kunst, welche damals ihre traurigsten Tage lebte, mehr als Eine Spur in seinen Schriften und seinem Wirken zurück.

Veresmarti blieb nun zum Studium der Theologie eine Zeit lang in Wien. Hier unternahm er auch die Uebersetzung

der „Consultatio, quae fides et religio sit capessanda" von P. Lessius; er fand das Büchlein noch in Tyrnau bei Pázmány und wollte es schon damals übersetzen. Binnen Jahr und Tag war es fertig und in aller Händen. Dedicirt war es dem Tavernikus Georg Drugeth von Homonna, einem altadeligen, einflußreichen Convertiten.

Nach anderthalb Jahren kehrte er nach Tyrnau zurück, wo das im August 1611 eröffnete Nationalconcil tagte. Seit 50 Jahren war es wieder das erste; Forgách brachte es trotz dem Sträuben der Regierung zu Stande; der päpstliche Nuntius Placidus Marca wohnte bei; es war der Ausgangspunkt eines regeren katholischen Lebens in Ungarn. Der nächste Zweck des Concils war die Erhaltung und Befestigung der katholischen Religion, daher die Entsendung der Archidiakonen zu strengen canonischen Visitationen. Schon 1612 zogen die Visitatoren aus.

Veresmarti, der bald nach seiner Heimkehr die Priesterweihe empfing, schloß sich dem Visitator in der Neutraer Gegend an, um dort, wo er früher als Prediger wirkte, jetzt als Missionär aufzutreten. Forgách gab hierzu die Erlaubniß nur schwer, er wollte die Calviner nicht reizen; nachdem Veresmarti die Genehmigung erhalten, rief er freudig aus: „In ihre Mitte jetzt!" Mit dem Canonikus Emerich Lósy und anderen Gefährten erschien er wie so von ungefähr in Irmely und sie betraten die Kirche, wo eben die calvinische Synode versammelt war. Durch den energischen Primas in Schach gehalten, wagten die Calviner nicht, Gewalt zu gebrauchen. So nahmen sie es hin, daß Veresmarti und seine Begleitung sich in die Disputation der Examinanden mischend den Opponenten halfen. Bald jedoch kamen die Prediger ins Feuer, worauf der Canonikus, eingedenk, daß ihnen der Primas aufgetragen, jeder Disputation sich zu enthalten, erklärte, sie wären nicht gekommen, um mit ihnen zu disputiren oder die Synode zu stören, sondern die Katholiken zu besuchen, und weil eben Synode und die Kirche offen war, wären sie als

Zuhörer gekommen; und so zogen sie von dannen. Veresmarti wollte zu seiner Rechtfertigung sprechen, allein man ließ ihn nicht zum Worte kommen.

In seinem Eifer, die Irrenden zu belehren, war er unermüdlich; sogar in den Gefängnissen suchte er die Calviner auf, um sie zu unterweisen; wo immer er einen Protestanten traf, knüpfte er mit ihm an. Es verbreitete sich darob das Gerücht, er habe noch immer Zweifel; als er davon hörte, sagte er zu einem calvinischen Freunde: „So wenig man einen Berg in die Donau werfen oder einen Ochsen fliegen machen kann, so wenig könnte er in seinem Glauben wanken; und wenn man alle Calviner und Lutheraner der Welt versammelte, und alle ihre Weisheit zusammenschmölze oder in einem Mörser stoße: so wolle er gegen Alle seinen Glauben vertheidigen und alle anderen Religionen der Falschheit überführen".

1612 ließ er die „Consultatio" des P. Lessius in zweiter Auflage erscheinen und zwar „mit einer kurzer Antwort an Balthasar Meisner", den Rektor zu Dresden und später zu Wittenberg. Die ungarischen Protestanten waren mit den Protestanten von ganz Europa solidarisch; und da Meisner gegen Bellarmin und Lessius schrieb, wollte Veresmarti die Antwort Lessius' an Meisner in seine zweite Auflage aufnehmen. Dadurch erhielt das Büchlein einen neuen Stachel gegen die Lutheraner, deren Haupt damals der Palatin Thurzó war. Das überaus gesuchte Büchlein erschien später auch noch in dritter Auflage — in jener Zeit ein seltenes Ereigniß.

Bald finden wir Veresmarti als Pfarrer in Sellye, wo kurz vorher eine Jesuiten-Niederlassung war. Auch hier band er bei jeder Gelegenheit mit einstigen Amtsbrüdern an, um ihnen klar zu machen, wie er bei seiner Conversion der innigsten Ueberzeugung gefolgt. „Wenn ich ein Sack wäre, hätte ich mich vor euch schon umgewendet", äußerte er sich. Man hielt ihn für wankelmüthig; ein Prediger, der von Nieder-

ungarn vor Kurzem in die Gegend kam, und der einst mit Veresmarti auf derselben Schulbank gesessen, war derselben Meinung; er hielt Veresmarti beim ersten Wiedersehen „für eine gesottene Birne“, mußte ihn aber bald als „einen Pfirsichkern“ erkennen.

1615 Mitte Oktober starb der hohe Gönner Veresmarti's der Cardinal-Primas Forgách. Kaum drückte der streitbare Mann die Augen zu, ging der Sturm gegen die Katholiken, besonders die Jesuiten, wieder los. Viele Kirchen, auch die von Sellye wurden von den Calvinern sogleich besetzt. Vielleicht war diese Wendung die Veranlassung dazu, daß Veresmarti nach Preßburg kam, wo er, zum Canonicus geworden, von nun an mit geringer Unterbrechung verblieb.

Auch in Preßburg hielt er sich ferne von dem damals so lebhaften politischen Treiben, ganz seinem Berufe lebend. Oefters besucht er die Predigten in der Martinikirche, wo sich die Koryphäen der Calviner auf der Kanzel befehdeten. Ebenso setzt er in privaten Kreisen mit alten Bekannten die Controversen fort. Diese aber wurde ihm verhängnißvoll. Der Bethlen'sche Reichstag zu Preßburg verkündete die Religionsfreiheit der Protestanten, welche diese so verstanden, daß sie die katholischen Kirchen raubten, die Jesuiten vertrieben, die Priester verfolgten und auch tödteten. Der Dom zu Preßburg wurde ihnen (6. Dez.) feierlich eingeräumt; dann kam die Reihe an die Häuser der Canoniker. Der deutsche Prediger wählte sich das des Veresmarti; doch nicht ohne von diesem durch polemische Fragen in die Ecke gezwängt worden zu sein, konnte er es übernehmen. Veresmarti zog in die Verbannung. Zuflucht gab ihm der Palatin Sigmund Forgách, der zum Schein noch mit Bethlen hielt. Als im Jahre 1620 Bethlen mit seinem ganzen Hofe den Palatin im Schlosse Gács (spr. Gatsch) besuchte, war auch Alvinczi, der angesehenste Theologe der ungarischen Calviner, im Gefolge. Veresmarti war diesesmal sehr zurückhaltend; da ihm jedoch Alvinczi anzüglich bemerkte, er wäre auf den



Synoden den Argumenten der Calviner gegenüber verstummt, zeigte ihm Veresmarti, „daß er reden könne“, indem er in ihn drang, zu erklären, wie die katholische Kirche von der Wahrheit abgewichen sei. Und ähnlich verfuhr er herausgefordert mit Andern. Weil aber um diese Zeit die Häupter der Katholiken, Nikolaus Eszterházy, Pázmány und andere des Landes verwiesen waren, Veresmarti selbst mehr als einmal ernstlich bedroht wurde, wich er Controversen wo möglich aus und beschäftigte sich vielmehr mit literarischen Arbeiten.

Als nicht lange darnach der Stern Bethlen's zu sinken begann und der Palatin Forgách offen für Ferdinand Partei ergriff und ihm Preßburg erwarb, konnte Veresmarti wieder nach Preßburg in seine Stelle zurückkehren (1621). Bei der von nun an durch Pázmány geführten Gegenreformation sehen wir Veresmarti eifrig in Thätigkeit. Um diese Zeit kam die Sitte auf, die Titel der occupirten Abteien und Propsteien an verdiente Mitglieder des Klerus zu verleihen, um den Anspruch auf die Rückerwerbung zu bekräftigen; ein Gebrauch, der in Ungarn heute noch besteht, leider ohne Hoffnung auf die Wiederbelebung der verlornen Stifte. So erhielt Veresmarti den Titel eines Propstes von Alt-Ofen. Als aber 1627 die Güter der Propstei dem Priesterseminar in Tyrnau zugewendet wurden, erhielt er die Abtei von Báta. Veresmarti betrieb mit der ihm eigenen Energie den Rückerwerb der uralten Benediktinerabteigüter, was ihm fast vollständig gelang. Gegenwärtig genießt sie das Theresianum zu Wien unter der Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl von adeligen ungarischen Jünglingen aufzunehmen. Stets legte Veresmarti das größte Gewicht darauf, daß er seine Hintersassen im wahren Glauben bestärke oder zu demselben zurückführe. Zu diesem Zwecke schrieb er sein berühmtestes Werk: „Mahn- und Lehrbrief, durch welchen die Bátaer im christlichen Glauben ihr Abt M. Veresmarti bestärkt.“ Er sandte das Werk nebst andern guten Büchern

nach Báta und befahl, sie als Erbgut im Gemeindekasten für die folgenden Geschlechter zu bewahren. Nähere Veranlassung zu dem Werke war die Nachricht, seine Bátaer hätten den katholischen Pfarrer verjagt und einen calvinischen berufen. Entsetzt griff Veresmarti alsogleich zu seiner „penna d. i. Schreibfeder“ und schrieb einen kräftigen Brief über Wahrheit und Irrthum so klar, „daß kein solcher Dickkopf denkbar, außer er wäre von Sinnen, der ihn nicht verstehen könne“. Später schrieb er noch mehrere ähnliche Briefe, so daß ein stattliches Buch von 46 Kapiteln erwuchs. Er wollte mit oberhirtlicher Erlaubniß drei Abschriften besorgen, eine für die Gemeinde, eine zweite für den Abt und eine dritte für „die calvinischen Brüder“. Auf höheren Wunsch wurde jedoch das Werk in Druck gelegt. Das Buch hat einen besonderen Reiz dadurch, daß Veresmarti sich selbst unterbrechend häufig andere Personen als fahrende Schüler, Dorfrichter, Pfarrer, Prädikanten, Schulmeister, Magnaten, die einander Einwürfe machen, redend einführt. Wegen zahlreicher eingeflochtener Bemerkungen über damalige Zustände, Land und Leute ist das Buch äußerst interessant. Es war an Pázmány dedicirt; schon 1634 fertig, erschien es erst 1639.

Eine harte Aufgabe hatte Veresmarti zu lösen, als ihn Pázmány zum Rektor der St. Ladislaus-Capelle zu Preßburg ernannte. Die Güter der Capelle waren in Händen der protestantischen Commune, sie selbst fast verfallen. Mit vieler Mühe gelang es Veresmarti, die Capelle zu restauriren, zu instruiren, die Güter einigermaßen in Stand zu bringen. Er verfaßte auch eine genaue Schilderung der Geschichte und der Struktur der Capelle.

Auch als Mitglied des Capitels wirkte Veresmarti segensreich. In Folge der Bethlen'schen Wirren und des Exils der Domherren kam die Domkirche in den traurigsten Stand; die Domschule, die Güter des Capitels waren in fremden Händen oder herrenlos. 1626 ließ Pázmány eine canonische Visitation halten; die vorhandenen Akten sind von Veresmarti



concipirt. Zeitweilig war er auch Direktor der Capitelgüter; als solcher ordnete er die Verwaltung, half Unterthanen und Beamten mit Rath und That und stets offener Hand. Die von den Protestanten entleerte Sakristei ließ er neu möbliren, für die Kirche Bilder und Zierrath anfertigen. Oftmals erscheint er als Commissär des Capitels, als eines „locus credibilis“.

1629 wohnt er der Diöcesansynode in Tyrnau, 1630 dem Nationalconcil daselbst bei, wo er eine gewisse Summe für das Priesterseminar stiftet; 1638 erscheint er wieder beim Nationalconcil als Abt und Gesandter des Preßburger Capitels.

Seine literarischen Arbeiten waren immer Früchte seines Seeleneifers; so die Uebersetzung der „Consultatio“, so der „Mahn- und Lehrbrief“, so auch die „Geschichte meiner Bekehrung“, in der er das Hauptgewicht auf die Rechtfertigung seiner Conversion legt und auf die Schilderung der Haltlosigkeit des Protestantismus; daher die genaue Schilderung seines inneren Kampfes und die Wiedergabe seiner Dialoge mit den Predigern. Die meisten Partien dieses Buches wurden gleich nach den Erlebnissen zu Papier gebracht, später jedoch (zwischen 1630 bis 34) neu redigirt. Aus jener Zeit ist in der ungarischen Literatur dieses Werk ein Unicum. Es existirt blos in Manuscript. — Von Veresmarti stammt noch ein erschöpfender Index sammt knapper Erklärung der schwereren Schriftstellen zu Pázmány's großem Werke, dem „Hodegus“; ebenso mehrere kleineren Werke, deren Druck unterblieb wegen des eingetretenen Todes des P. Jakob Németh S. J., eines Genossen und Freundes Pázmány's, der in Preßburg bis 1644 mit der größten Umsicht eine Druckerei leitete, die mit seinem Tode rasch verfiel und bald ganz einging.

Von Jugend an fühlte sich Veresmarti zu den Asceten hingezogen, und so mag es nicht Wunder nehmen, wenn er als Freund der Orden, besonders jener erscheint, die sich um die Kirche von Ungarn verdient gemacht. Reiche Geschenke an die Kirche der Paulinermönche in Mariathal bei Preßburg

machten ihn diesen seinen Freunden unvergeßlich. Von ihm wurde die Kanzel der Kirche besorgt, ebenso verschiedene Einrichtungsstücke und Bilder; der Kirche verehrte er seine gesammten Pontificalien, darunter eine Mitra speciosa, welche längere Zeit Pázmány benützt, dann seinem lieben Veresmarti zum Präsent gemacht hatte; ein silbener, reich vergoldeter Hirtenstab, ein Prälatenring mit einem (damals) auf achtzig Goldgulden geschätzten Saphir, welchen Veresmarti als Andenken von Katharina von Brandenburg, der Wittwe Gabriel Bethlen's, erhalten hatte. Bekanntlich war Katharina von Brandenburg trotz der größten Hindernisse zur katholischen Kirche zurückgekehrt. In ihrer Stellung kam sie mit Pázmány, dem Primas, und mit dem damaligen Kanzler Sennyey, dem Bischof von Raab, in vielfachen Verkehr; hierbei mag sie auch mit Veresmarti, dem vertrauten Freunde Pázmány's, in Beziehung getreten sein und den geistreichen Convertiten lieb gewonnen haben.

Nicht minder großmüthig erwies sich Veresmarti gegen die Benediktiner von Martinsberg, deren Abtei zu jener Zeit unter dem Erzabte Mathias Pálfi, einem ehemaligen Cistercienser von Lilienfeld (Oesterreich), eben wie aus dem Schutte und Grabe zu neuem Leben erwachte. Pálfi und Veresmarti standen zu einander in innigster Freundschaft. Durch eine lange Reihe von Gefälligkeiten, durch eine Stiftung und mehrere Geschenke machte sich Veresmarti um die Abtei verdient. Ein freundschaftlicher Brief an den Erzabt vom 14. Juli 1645 gibt auch die letzte Nachricht von Veresmarti. Er scheint noch in diesem Jahre gestorben zu sein, im 74. seines Alters. Denn schon 1646 wurde für Báta ein anderer Abt ernannt.

Aus Ungarn. G. H.



XXXII.

Aus dem Briefwechsel zwischen Pius IX. und Viktor Emanuel.

Dreißig Jahre sind jetzt verflossen, seitdem jene von langer Hand angelegten Verschwörungen wider den Apostolischen Stuhl offen zu Tage traten, die mit der Entthronung der italienischen Fürsten, mit der Aufhebung des Kirchenstaates und der Einnahme der Stadt Rom endeten. Wer damals noch als schwarzsehender Pessimist galt, wenn er behauptete, die Vernichtung der weltlichen Herrschaft des heiligen Vaters solle der Herrschaft des Unglaubens die Wege bahnen, dem hat der Lauf der Ereignisse seit dem berühmten Neujahrsgruß des Kaisers Napoleon III. an den österreichischen Botschafter Freiherrn von Hübner am 1. Januar 1859 vollständig Recht gegeben. Denn heute erhebt sich auf dem Campo dei Fiori gegenüber dem Palast der Cancelleria zu Rom das eherne Standbild des Apostaten Giordano Bruno, welcher Kirche und Christenthum, Vernunft und Sittlichkeit in Leben und Schriften grauenhaft geschändet und jedem Manne, der an seinen höheren Gütern noch nicht bankbrüchig geworden, als Inbegriff und Symbol tiefster Versunkenheit gelten muß.

Den gewaltigen Ereignissen, welche die staatlichen Verhältnisse Italiens umgestürzt und ein Reich in das Dasein gerufen, in welchem der Bauer verhungert, die Religion der

tung preisgegeben ist und die Literatur zusehends sinkt,
wir heute noch viel zu nahe, als daß es möglich wäre,
ahrheitsgetreues Bild von denselben zu entwerfen. Aber
lne Bausteine sehen wir schon jetzt zusammentragen,
der künftige Geschichtsschreiber zu verwerthen hat.
esitzen indeß auch eine große Bedeutung für das lebende
lecht, weil sie die althergebrachte Anschauung der Katho-
aller Länder über die Bedeutung des Kirchenstaates
ie sittlich verwerflichen Mittel, welche zur Vernichtung
ben dienten, in erschreckender Weise beleuchten. Als
eine solcher Art möchten wir die jüngst in Paris er-
ene, von L. Thouvenel herausgegebene Schrift: „Das
mniß des Kaisers, geheime und unedirte Correspondenz
jen M. Thouvenel, dem Herzog von Gramont und dem
ral Grafen de Flahault 1860—1862“, in erster Linie
hnen.[1]) Der Vater des Herausgebers bekleidete damals
Posten des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten,
end Graf Flahault in London und der Herzog von
mont bei Pius IX. Frankreich vertraten. Der Heraus-
r hat den Briefwechsel seines verlebten Vaters mit An-
ungen versehen, die man jedoch nur mit einem gewissen
behalt annehmen kann. Der letztere bezieht sich auf die
ich naive gute Meinung, welche L. Thouvenel von der
itik Napoleons III. gegenüber Pius IX. hegt. Im Hin-
auf den Briefwechsel seines Vaters mit Gramont und
hault darf zugegeben werden, daß die Diplomaten des
ers sich noch einen Rest von Ehrlichkeit und Gerechtigkeit
ahrt und das ganze Geheimniß der italienischen Politik
s Souveräns nie ergründet haben. Aber der Monarch

---

[1]) Le secret de l'Empereur, correspondance confidentielle et inédite, échangée entre M. Thouvenel, le duc de Gramont et le général comte de Flahault 1860—1862. Publiée avec index biographique par L. Thouvenel. 2 vols. Paris. Calman Levy 1889.

selbst, der Viktor Emanuel zum ausführenden Werkzeug seiner italienischen Politik zwingt und dabei zwei italienische Provinzen mit den uralten Königsgräbern der savoyischen Dynastie Frankreich einverleibt, der in den Tuilerien die neue Landkarte Italiens zeichnet mit dem Vatikan und seinen Gärten für den Papst, und dabei zugleich dennoch durch seine Diplomaten den Nimbus eines hochherzigen Wohlthäters des hl. Vaters zu retten sich bemüht — dieser Mann kann doch heute unmöglich als Freund des Papstthums aufgespielt werden gegenüber dem „Dogmatismus", mit welchem Pius IX. auf der alten Ausdehnung des Kirchenstaates bestand.

Die eben genannte Briefsammlung Thouvenel's empfängt in zwei Heften der Civiltà Cattolica vom 1. und 17. August 1889 nicht allein eine sehr beachtenswerthe und würdevolle Kritik, sondern auch eine äußerst werthvolle Ergänzung durch offenbar von höchster Stelle mitgetheilte Briefe, die zwischen dem Papst und dem König von Sardinien vor und während der italienischen Revolution gewechselt wurden.[1] Diese jetzt zum erstenmal veröffentlichten kostbaren Dokumente werden zunächst in Italien, aber weiterhin in der ganzen katholischen Welt mit lebhaftem Interesse gelesen werden. Sie lassen uns den König von Sardinien erkennen, wie er von Napoleon aufgestachelt, und unter einer Art von Fatum stehend, Schritt für Schritt seinem Ziele, der Schöpfung des italienischen Einheitsstaates, näher kommt, dabei aber ohne Unterlaß nur mit Mühe seine bessere Natur und die Regungen des Gewissens und der Religion niederkämpft. Auf der anderen Seite tritt uns Pius IX. entgegen, wie er einfach und schlicht an den zehn Geboten festhaltend, dem Monarchen in der ergreifendsten Sprache in das Gewissen redet. In beredten Worten zeichnet der hl. Vater dann der Diplomatie gegenüber den Unterschied zwischen Napoleon und dem König

1) Civiltà cattolica 1889. Agosto pag. 257—270, 402—418: Pio nono, Vittorio Emanuele II. e Napoleone III. Ricordo storico del 1859—1860.

rdinien. Zwar hat der Herzog von Gramont die Worte nicht mitgetheilt, aber die Auffassung ergibt sich aus ganzen Context. Für Pius IX. galt der Kaiser an der als oberster Leiter der Umsturzbewegung in Italien, r Umkehr des Sardenkönigs hat der Papst bis zum Augenblick nicht verzweifelt.

Gehen wir auf Einzelnes ein. Am 11. Februar 1860, zu einer Zeit, wo die öffentliche Agitation zu Gunsten der tion der Romagna an Piemont in der ausgeschämtesten betrieben wurde, schrieb der Herzog von Gramont, ösischer Gesandter beim Vatikan, dem Minister Thouvenel:

„Aus meiner Unterredung mit Sr. Heiligkeit am letzten woch will ich Ihnen nur zwei Worte melden: ‚Nun, Herr hafter, sagte er mir, die Dinge klären sich auf, ich weiß, ich vom Kaiser nichts mehr zu erwarten habe, er wird tten, daß man mir die Legationen und die Romagna nimmt, ich vermag es nicht zu hindern. Man wird mir nehmen, zu nehmen, und man wird mir belassen, was er zu en erlaubt. Er besitzt die Gewalt, er ist Herr.‘ Darauf g sich der heilige Vater in starken Ausdrücken gegen den ig von Sardinien, mit dem Beifügen, daß er zwischen dem er und der sardinischen Majestät einen ungeheuren Unterd erblicke. Unter Anderem habe ich mir gemerkt die Anlung auf einen Brief, welchen der König im verflossenen nat August dem heiligen Vater schrieb, und worin er sagte: r Kaiser habe den italienischen Feldzug nicht um seiner önen Augen willen, noch aus Liebe zu Italien, sondern deßb gemacht, weil er gewisse Provinzen seiner Staaten zu nektiren gedacht, und daß er, Viktor Emanuel, aus diesem unde gezwungen sei, sich zu vergrößern, wenn er nicht nach m Kriege kleiner bleiben wollte, als vor demselben. Um eser Mittheilungen mich zu vergewissern, habe ich Seine Heiligit zum zweiten Male gefragt, ob der König ihm das habe gen lassen, oder geschrieben. Und der heilige Vater hat mir erdert: Im verflossenen Monat August hat er es mir geschrieben.“[1])

---

[1]) Le secret de l'Empereur I. 33—34.

Diese Enthüllung darf nicht unterschätzt werden, denn sie läßt keinen Zweifel darüber, daß Viktor Emanuel mitten in den Verhandlungen über die Abtretung von Savoyen und Nizza gegen Annexion der Romagna den Kaiser bei Pius IX. geheimer Umtriebe angeklagt, die selbst den Gesandten stutzig machten.

Am 18. Februar 1860, also eine Woche nach dem ersten Brief meldete der Herzog von Gramont an Thouvenel:

„Wie Sie aus meiner heutigen Depesche ersehen, hat der König von Sardinien dem Papst den von Herrn von Talleyrand (französischen Gesandten in Turin) angekündigten Brief geschrieben, und offen verlangt er Annexion der Marken und Umbriens, also eines Gebietes, welches doppelt so groß ist, als die Romagna. Von dem Unwillen, den der Brief hervorgerufen, sowie von der Bestürzung, die er in Neapel erzeugt, haben Sie keine Vorstellung. Man hegt die Ueberzeugung, daß er im Einverständniß und auf den Rath des Kaisers verfaßt worden, und mit jedwedem Vorbehalt sage ich Ihnen, daß der Geistliche Stellardi, der ihn überbrachte, alles gethan hat, um diese Auffassung zu befestigen. Er hat noch mehr gethan, denn er hat zu verstehen gegeben, daß der König sehr traurig und in recht übler Stimmung sich befinde, aber der Lage nicht mehr Herr sei, und daß der Kaiser und Herr von Cavour ihm die Pflicht auferlegt, so zu handeln. Im verflossenen Monat Juli hat der nämliche Geistliche ebenfalls Alles über den Haufen geworfen“.[1])

Was sagte Napoleon zu den üblen Launen seines Verbündeten in Turin? Das erhellt aus dem Briefe des Ministers Thouvenel an den Herzog von Gramont vom 19. Februar 1860. „Ihr Privatschreiben vom 11. d. M.“, meldet er, „besaß den Werth einer Depesche und ich habe es dem Kaiser gezeigt. Seine Majestät schien nicht verwundert über das sonderbare Vertrauen des Königs von Sardinien auf den Papst, dieselbe weiß, was sie von der Dankbarkeit

---

1) Le secret de l'Empereur. I. 38.

des ihr Verpflichteten zu halten hat." [1]) Anscheinend waren Napoleon die Eröffnungen, welche Viktor Emanuel über ihn nach Rom sandte, durchaus gleichgültig. Aber es schien auch nur so. Denn Thatsache ist, daß der französische Gesandte Talleyrand in Turin Befehl erhielt, Aufklärungen darüber zu senden. Der Briefwechsel zeigt aber, daß ihm das nicht vollständig gelungen ist.

Daß in dem König das religiöse Gefühl und der Glaube sich 1859 noch machtvoll regten, beweist jener lange Brief, welchen der Monarch am 25. Mai 1859 an Pius IX. richtete, um Lossprechung von den Censuren zu erlangen, die er schon durch die kirchenfeindlichen Gesetze der letzten Jahre in leider reichlichem Maße sich zugezogen hatte. Aeußerst charakteristisch ist folgende Stelle darin:

„Ich wende mich direkt an Eure Heiligkeit, als den liebevollen Vater der Gläubigen, um diese Gnade zu erlangen. Bedenken Sie gütig, heiligster Vater, daß ich das Heer persönlich commandire. Wiederholt habe ich an mörderischen Treffen theilgenommen und befinde mich jeden Augenblick in Todesgefahr . . . Ich gab mein Wort zur Beendigung des Krieges. Ich erachte es für meine Pflicht, dieses zu thun, und bereue den Entschluß nicht. Uebrigens benachrichtige ich Eure Heiligkeit, daß meine sämmtlichen Minister mit mir übereinstimmen, ausgenommen Einer, der vielleicht nicht Ihr Freund ist, heiligster Vater. Der Krieg wird sich entwickeln, wie es Gott gefällt. Lebe ich bei Beendigung desselben, dann wohl oder wehe mir. Wenn wehe, dann werde ich nichts sein. Wenn wohl, dann werde ich Mittel besitzen, um Vieles auszuführen, das sich jetzt nicht vollziehen läßt. Und ich hege die Hoffnung, daß Eure Heiligkeit in Zukunft ruhiger und zufriedener sein werden". [2])

In der That: dieser Brief des Königs athmet noch Glauben und gibt das Bewußtsein schwerer Beeinträchtigung

1) Le secret de l'Empereur. I. 41.
2) Civiltà cattolica l. c. p. 266.



der Kirche, sowie den guten Willen zur Leistung von Sühne zu erkennen. Hochherzig wie immer, ertheilte Pius IX. die zur Lossprechung des Monarchen erforderlichen geistlichen Facultäten, fügte diesem Akt väterlicher Milde aber folgende Bemerkung bei:

„Wohl verstanden indeß, daß diese Lossprechung, um Gültigkeit zu besitzen, nicht getrennt sein darf von dem durch Eure Majestät zu leistenden Versprechen, die der Kirche zugefügten Schäden nach besten Kräften wieder gut zu machen, und künftig ähnlicher Handlungen sich zu enthalten, denn Eure Majestät wird begreifen, daß Sie im Falle neuer Angriffe auf die Kirche wieder den nämlichen Censuren verfallen wird (was Gott nicht zulassen möge), von denen Sie losgesprochen werden." In einer Nachschrift fügt der hl. Vater zur Warnung des Königs bei: „Die beiden Vertreter Eurer Majestät, Marquis Migliorati und Graf della Minerva, haben lediglich das Feuer der Revolution im Kirchenstaat geschürt. Und der Marquis d'Azeglio, der mit dem Major Pinelli nach Toscana kommt, was wird er an den Grenzen des genannten Staates ausführen?"[1])

Wie verhält es sich mit dem oben angezogenen Briefe, von welchem der hl. Vater dem Herzog von Gramont in erregter Stimmung mittheilte, König Viktor Emanuel habe ihm denselben im Monat August 1859 geschrieben? Die Civiltà Cattolica, welcher eine Abschrift des gesammten Briefwechsels zwischen Pius IX. und Viktor Emanuel vorliegt, nimmt hier einen Irrthum des hl. Vaters an, der sich auf den Zeitpunkt der Abfassung des Schreibens, wie auf die Form der Mittheilung bezieht, und um so verzeihlicher erscheint, je furchtbarer die Schläge, welche gerade damals den hohen Dulder auf St. Peters Stuhl trafen. Der genannte Brief des Königs ist nämlich datirt am 18. September 1859. Vermittelst desselben accredidirte er beim Papst als seinen Vertrauensmann den Geistlichen Stellardi, welcher demnächst

1) Civiltà cattolica 267.

in geheimer Mission im Vatikan erscheinen werde. Die mündlichen Eröffnungen, welche dieser höfische Priester dem Papste machte, hatte der heilige Vater vor Augen, als er vor dem Botschafter Gramont über den Kaiser und den Sardenkönig Klage führte, denn ein Brief Viktor Emanuels an Pius IX. aus dem Monate August 1859 ist in der beim Schreiber der Civiltà beruhenden abschriftlichen Sammlung nicht vorhanden. Was nun den Brief des Königs vom 18. September betrifft, so ist derselbe bei Thouvenel in der durch den Gesandten Talleyrand aus Turin übermittelten französischen Uebersetzung dargeboten. Dieser höchst ungenauen und verstümmelten Uebertragung stellt die Civiltà das Original entgegen. Dasselbe lautet:

„Heiligster Vater! Ich sende zu Euerer Heiligkeit den Abate Stellardi, der mein volles Vertrauen genießt. Derselbe ist beauftragt mit einer mündlichen Sendung von der größten Wichtigkeit, welche die gegenwärtigen Ereignisse betrifft, um Euerer Heiligkeit viele Thatsachen, die sich vollzogen haben oder noch vollziehen, aufzuklären, und damit Eure Heiligkeit den wahren Antheil erkenne, den ich daran genommen und was ich geneigt bin künftig zu thun. Vieler Nachsicht bedarf ich von Seiten Eurer Heiligkeit. Ich glaube indeß, nicht so sehr schuldig zu sein, was mich antreibt, Eure Heiligkeit nochmals um den apostolischen Segen zu bitten.

Eurer Heiligkeit ergebenster und gehorsamster Sohn
Viktor Emanuel. Turin, 18. Sept. 1859“.[1])

Mit diesem Briefe vergleiche man folgende Thatsachen. Am 24. September 1859 erschien die Deputation der Romagna vor Viktor Emanuel in Monza und bat um Annahme der Abstimmung, welche Einverleibung in den sardischen Staat verlangte. Die der Deputation gegebene Antwort des Königs lautete wesentlich dahin, als Katholik werde er für das Oberhaupt der Kirche stets die gebührende Hoch-

---

1) Civiltà cattolica 402.



achtung hegen, aber als italienischer Fürst nehme er die Wünsche der Romagna an. Der Geistliche Stellardi, welcher die Ertheilung dieser Antwort als vom Kaiser Napoleon befohlen dem Papst schildern sollte, erschien erst Ende September nach Abschluß der unwürdigen Komödie von Monza bei Pius IX. und entledigte sich dieser für einen Priester äußerst bedenklichen Sendung. Also: Napoleon befiehlt die Abstimmung in der Romagna und zwingt dann Viktor Emanuel zur Annahme derselben, und der König? — Entweder hat Viktor Emanuel die Abstimmung der ungetreuen Unterthanen Pius IX. gegen sein königliches Gewissen angenommen, und dann hat er seine Ehre verletzt, oder aber er hat Pius IX. durch seinen Vertrauensmann getäuscht und damit der Wahrheit ins Antlitz geschlagen.

Was der Geistliche Stellardi Ende September 1859 Pius IX. im Auftrage Viktor Emanuels mündlich eröffnete, das wissen wir jetzt durch den Brief des Botschafters Herzog von Gramont in Rom vom 17. März 1860 an den Minister Thouvenel. Das klassische Aktenstück soll folgen:

„Ich danke Ihnen für die wichtigen Dokumente über die dem Abate Stellardi anvertraute Mission, die Sie mir übersandt haben. Als derselbe im September des verflossenen Jahres beim Papst in Castel Gandolfo erschien, sollte er ihm seitens des Königs mittheilen, daß der Kaiser ihn gezwungen habe, dem Votum der Romagna eine günstige Anwort zu ertheilen, weil die Annexion für das Opfer Entschädigung leisten sollte, welches der Kaiser ihm anderweitig auferlegte. Dem fügte der Abate Stellardi hinzu, daß der König das nicht gewollt, sondern bis zum letzten Augenblick Widerstand geleistet habe, und er (Stellardi) erfand eine richtige Scene, indem er von einer telegraphischen Depesche sprach, die der Kaiser an den König richtete und die, während er (Stellardi) sich beim König in dessen Schlafzimmer befand, ankam, welche Depesche dem König befahl, das Votum anzunehmen. Mit feiner Klugheit hat der Papst in der Antwort auf den Brief des Königs vom 17. September alles, was Stellardi im Namen Seiner Majestät ihm gesagt

hatte, dem König wiederholt, und es wäre höchst interessant und von vielem Nutzen, wenn Herr von Talleyrand sich eine Abschrift des Briefes Seiner Heiligkeit verschaffen könnte. Aber ich zweifle, ob man ihm eine solche geben wird. Ich bin überzeugt, Sie werden im Briefe des Königs den Satz bemerkt haben: ‚Der Abate ist angewiesen, Aufklärungen zu ertheilen, die Sie den Antheil erkennen lassen, welchen ich daran (an den Ereignissen der Romagna) genommen habe.' Diese Aufklärungen beschränkten sich darauf, den König darzustellen als gezwungen, als genöthigt vom Kaiser, als überwältigt gegen sein Wollen und Empfinden von einem Verbündeten, dessen Macht er sich nicht zu entziehen vermochte. Dank dem Himmel, heute sind all diese zweideutigen Thaten vom Glanz der Wahrheit beleuchtet. Noch will ich Ihnen unter vier Augen bemerken, daß der Abate Stellardi zur Zeit, als ich in Turin mich aufhielt, dort allgemein verachtet war". [1])

Wahrlich, dieser Abate hätte besser daran gethan, ein Compendium des kanonischen Rechtes zu studiren, denn über der Kirchen p o l i t i k hatte er offenbar das Kirchen r e ch t vergessen. Dieser Brief erklärt uns weiterhin die Aeußerung Pius IX. in Gegenwart des Botschafters von Gramont, daß zwischen Napoleon und Viktor Emanuel für ihn ein großer Unterschied bestehe. Denn an der Seine lebte der Mann, in dessen Hand alle Fäden der italienischen Revolution zusammenliefen. Gerade in jenen Tagen, in welchen der Botschafter von Gramont das falsche Intriguenspiel beklagte, empfing Napoleon bei den feierlichen Funktionen der Charwoche in den Tuilerien die hl. Communion, während der König von Sardinien nicht sein Ostern hielt. Damals sagte Jemand in Paris: „Der Judas des Papstes hält Ostern, Viktor Emanuel nicht. Wissen Sie weßhalb? Weil Viktor noch Religion im Herzen hat; Napoleon hat sie unter der Ferse." [2])

---

1) Le secret de l'Empereur. I 77—79.

2) Civiltà cattolica 408.

Um die Ehre seines kaiserlichen Herrn zu retten, bat der Herzog von Gramont den Minister Thouvenel, wie schon hervorgehoben, er möchte sich doch in Turin eine Abschrift des im September von Pius IX. an Viktor Emanuel gerichteten Briefes verschaffen, denn alsdann würde man einen überzeugenden Beweis von dem Unrechte, welches der König dem Kaiser zugefügt, empfangen. Viktor Emanuel aber hat diesen Brief nie herausgegeben. Aus der Minüte bringt die Civiltà jetzt zum ersten Mal das berühmte Aktenstück. Es besitzt weltgeschichtliche Bedeutung und lautet:

„Majestät. Vom Herrn Abate Stellardi wurde mir der Brief übergeben, den Eure Majestät die Güte hatten an mich zu richten. Und da der genannte Geistliche von Ihnen beauftragt war, in Ihrem erhabenen Namen mit mir zu reden, so habe ich von ihm vernommen, daß Sie durch einen sehr mächtigen Souverän, der enge verbunden ist mit einem von feindlichen Gesinnungen gegen die Kirche und deren Oberhaupt erfüllten Exminister Eurer Majestät, verpflichtet wurden, zu gewissen Entschließungen zu kommen, gewisse Anerbietungen anzunehmen und sich gewisse Vorschläge machen zu lassen, die Ihr königlicher Charakter und Ihr Gefühl für Anstand (la di Lei delicatezza) Ihnen nicht erlauben zu offenbaren, daß aber diese nämliche löbliche Zurückhaltung nur allzu klar erkennen läßt, wie jene Vorschläge einen sehr schlechten Charakter an sich tragen. Ich empfinde Mitleid mit der traurigen Lage, in welcher Eure Majestät sich befinden, aber ich vermag nicht zu begreifen, wie Sie als katholischer Souverän, als Mitglied eines königlichen Hauses, welches so viele hervorragend katholische und von Zuneigung zum heiligen Stuhl erfüllte Monarchen hervorgebracht, in Monza hinsichtlich der Legationen nicht jene Sprache geführt, die einzig und allein Euer Majestät geziemte. Diese Haltung wurde erleichtert durch die Vertagung des Parlaments, durch die außerordentlichen Befugnisse, die Euer Maj. gegenwärtig besitzen, dann aber im höchsten Grade durch den lebhaften Wunsch und die Erwartung vieler Millionen von Katholiken, die an den Lippen Eurer Majestät hingen und Worte zu vernehmen sich sehnten, die mit ihrem Glauben übereinstimmten und geeignet

waren, den Rechten dieses heiligen Stuhles zur Anerkennung zu verhelfen. Aber ach! Euer Maj. haben in durchaus entgegengesetztem Sinne geredet, und die Feinde der katholischen Religion und die Revolutionäre aller Länder haben den erwünschten Sieg davon getragen. Es ist zwar wahr, daß der Abate Stellardi mir solche Gesinnungen Eurer Maj. kund gegeben, die mit den gesprochenen Worten durchaus in Widerspruch stehen, mit dem Beifügen, die genannten Worte seien von jenseits der Alpen her befohlen und damit die Nothwendigkeit, sie zu sprechen, geschaffen worden. Aber siehe da, jetzt ist das Aergerniß vollendet, und zu meinem größten Schmerz sehe ich, daß Sie neuerdings in die kirchlichen Censuren verstrickt sind, denn weder das innere Widerstreben des Willens, noch der nach Angabe des Abate Stellardi auf Eure Majestät durch eine auch noch so mächtige Person ausgeübte Druck können Sie davon befreien; denn Ihre Seele ist frei, weil Ihre Erziehung christlich war und die Gesinnungen Eurer Majestät auch jetzt noch christlich sind. Und wie sehr auch immer der verantwortliche Rathgeber, von dem der Anschlag ausging, schon zum Voraus den Kirchenstrafen verfallen, so kann das die berathene Person nicht vor den nämlichen Strafen retten. Eure Majestät bitte ich weiter, erwägen zu wollen die Zügellosigkeit der Presse, die neue Errichtung so vieler protestantischer Kirchen, sowie die Schmähungen gegen die katholische Geistlichkeit, die Religion und ihr Oberhaupt. Das sind lauter Dinge, die man hört, sieht und liest in den Staaten E. Maj., sowie in jenem Theile Italiens, wo einige Individuen erklärt haben, Unterthanen Euer Majestät werden zu wollen, indem sie derselben zu der nämlichen Zeit das schreckliche Unrecht anthun, all die Gottlosigkeiten und all die Flüche, die ungestraft dort Verbreitung finden, gleichsam unter Ihren Schutz nehmen zu müssen.

„Vielleicht ist mein Brief allzu lang geworden, indeß habe ich denselben geschrieben von dem Wunsche getragen, Ihnen die Wahrheit darzulegen, um Sie der väterlichen Liebe, welche ich für Sie auch in Ihrer gegenwärtigen Lage hege, zu versichern, und um Ihnen zu sagen, daß ich nicht ablasse, den Allmächtigen für Sie anzuflehen inmitten der gegenwärtigen Leiden und beim Gedanken an künftige, die mein Herz ängstigen und denen Euer Majestät,

wie es scheint, entweder keine Linderung geben kann oder will. Weiterhin ist sicher, daß die schwersten Kümmernisse, die Gottes Vorsehung mich empfinden läßt, nicht der Undankbarkeit oder Heuchelei gewisser Menschen entspringen, sondern vielmehr den Beleidigungen Gottes und seiner Kirche. Gott erhalte Euer Majestät und gewähre Ihnen in Ihrer schwierigen Lage all jene Gnaden, deren Sie bedürfen, mit deren Hülfe und Wirksamkeit Sie sich seiner himmlischen Seligkeit würdig machen können.

Romae apud S. Petrum, die 29. Septembris 1859.

Pius PP. IX.[1])"

Von jetzt ab weist der Briefwechsel zwischen Papst und König eine Lücke von fünf Jahren auf. Die Romagna ging verloren, weiterhin sorgte die napoleonische Politik auch für Annexion der Marken und Umbriens, und den Bischöfen, welche 1862 zur Canonisation der japanesischen Martyrer nach Rom reisen wollten, legte man in Piemont unübersteigliche Hindernisse in den Weg. Nur ein Brief des heiligen Vaters über Viktor Emanuel datirt aus dieser Zeit. Als des Königs zweite Tochter, Prinzessin Maria Pia, ein Pathenkind Pius IX., dem letzteren ihre bevorstehende Vermählung mit dem Kronprinzen von Portugal anzeigte und um den apostolischen Segen bat, erwiderte der Papst in bewegten Worten, die sein Mitleid mit dem Könige offenbaren:

„Sie geben dem Wunsche Ausdruck, die Zwistigkeiten möchten ein Ende nehmen; diese Wünsche könnten leicht ihre Erfüllung gewinnen, wenn man zurückerstatten wollte, was man ungerechter Weise genommen hat. Um so mehr, als Italien in diesen traurigen Zeitläuften keinen Ruhm erlangt, und die Religion, weitentfernt Triumphe zu feiern, wie Se. Majestät der König, Ihr Vater, es wünscht, vielmehr unterdrückt, beraubt und verfolgt wird. Der Raum eines Briefes, aber noch mehr der frohe Anlaß, welcher mich zum Schreiben drängt, hindern mich, schmerzliche Detailpunkte zu berühren. Nur Eines will

1) Civiltà cattolica 409.

ich sagen, was im Herzen einer frommen und jugendlichen Prinzessin besser Mitleid zu erregen im Stande ist. Sämmtliche Nonnenklöster sind ihres Eigenthums beraubt, viele geistlichen Genossenschaften vertrieben und ohne Wohnung und Nahrung. So viele Geistliche jeden Ranges werden verfolgt, eingekerkert. Wohl weiß ich, daß die Kirche auf diesem Wege triumphirt, aber wehe demjenigen, welcher diese Art von Mitteln anwendet!

„Ueberbringen Sie meine Grüße Ihrem erlauchten Vater und ertheilen Sie ihm die Versicherung, daß ich, trotz allem, was sich ereignet, ihn liebe und täglich für ihn bete. Möchte Gott mich erhören und ihm jenes Licht verleihen, das ihn durch die Finsternisse der gegenwärtigen Revolution geleitet“.[1])

In lebhafter Erinnerung bewahrt Referent die bitteren Klagen über die Verwaisung so vieler italienischer Bischofssitze, welche er während dreijährigen römischen Aufenthalts Tag für Tag in der katholischen Presse las. Einen noch tiefern Einblick in das Elend der italienischen Kirche gewährte mir eine Ferienreise im Sommer 1864 in das Neapolitanische, wo die Ausübung kirchlicher Jurisdiktion zu einer baaren Unmöglichkeit geworden war. Um diesen schrecklichen Zuständen ein Heilmittel zu bereiten, sandte Pius IX. den Grafen Adorni an König Viktor Emanuel, mit einem Briefe vom 10. März 1865, den folgender Satz abschließt: „Ueberhaupt bitte ich Sie, alles, was Sie vermögen, thun zu wollen, um wenigstens einige Thränen der schwer bedrängten Kirche Italiens zu trocknen, die zum Zeichen so großen, aber nicht verdienten Widerspruchs geworden ist. Gott gestattet es, möge sein Wille geschehen! Uebrigens bete ich für Euer Majestät, liebe Sie von Herzen, und möchte es Gott gefallen, Sie aus Ihrer schmerzlichen und beklagenswerthen Lage zu befreien“.[2])

Zeugt dieser Brief für die echt christliche Weltanschauung

---

1) Civiltà cattolica 412.

2) Civiltà cattolica 412,

des Papstes, so geht ein Zug von Fatalismus durch die Antwort, welche der König am 5. April 1865 ertheilte. Die Civiltà bringt das unedirte Aktenstück zum erstenmal. Es lautet:

„Heiligster Vater, Von jenem Tage, jetzt sind es fünf Jahre, an welchem Sie glaubten, zum zweiten Male mich in die kirchlichen Censuren verstricken zu müssen, glaubte ich Euer Heiligkeit nicht mehr schreiben zu sollen. Ich habe mich angesehen und sehe mich an als irdisches Mittel für das, was Gott manchmal sich ereignen läßt, wie Euer Heiligkeit richtig mir geschrieben, und angesichts unvermeidlicher Thatsachen schien es mir, Heiligster Vater, daß mein Gewissen ruhig blieb. Jetzt aber, wo Euer Heiligkeit mit jener väterlichen Güte, von welcher Sie mir in der Vergangenheit so viele Beweise geliefert, durch Ihren freundlichen Brief Ihre Wünsche hinsichtlich der in meinen Staaten vacanten Bischofsstühle mir eröffnet haben, benützt mein erkenntliches Gemüth mit Freude diese Gelegenheit, um Euer Heiligkeit diese wenigen Zeilen zu Füßen zu legen.

„Nichts wünsche ich lebhafter, als daß sich ein Weg zur Verständigung zwischen dem heiligen Stuhle und meiner Regierung eröffne, namentlich mit Bezug auf die Interessen der Religion, die ich in jeder rechtmäßigen Weise gesichert haben möchte. Da Euer Heiligkeit die Frage der bischöflichen Stühle behandelt, um die seit langer Zeit vacanten Stellen zu versorgen und, was noch wichtiger, wieder zu besetzen, so würde der Vorschlag der Candidaten sicherlich kein Hinderniß bilden, da meine Regierung keine Männer in Vorschlag bringen würde, welche der heilige Stuhl nicht annehmen könnte. Dennoch möchte sich der Weg vorgängiger Verhandlung empfehlen, weßhalb der Vorschlag den Euer Heiligkeit zu machen die Güte hatten, im höchsten Grade zweckdienlich erscheint. Freudigen Herzens und in aufrichtigem Verlangen, der Vorschlag möchte mit Erfolg gekrönt werden, nehme ich denselben an. Zu diesem Zwecke sende ich zu Euer Heiligkeit den Advokaten Ritter Vegezzi, einen Mann von ehrenvollem Charakter, den ich dazu erwählt, und der mein besonderer Freund ist. Mit Instruktionen meiner Regierung versehen, soll er die Schwierigkeiten bezüglich der

Besetzung der vacanten Stühle ebnen und die Absichten Eurer Heiligkeit hinsichtlich der übrigen Fragen, welche die Interessen der Religion in meinen Staaten berühren, zu erkennen suchen.

„Ich zweifle nicht, heiligster Vater, an dem väterlichen Wohlwollen Euer Heiligkeit und der Wirksamkeit Ihrer Gebete zum Wohl meiner Familie und meines Reiches. Möchten Euer Heiligkeit sich fortwährend überzeugt halten von meiner kindlichen Ergebenheit, mit welcher ich ehrfurchtsvoll um den apostolischen Segen bitte.

„Ich bin, heiligster Vater, Euer Heiligkeit

liebender Sohn in Cristo

Turin, 5. April 1865. Viktor Emanuel.“[1])

Der weitere Gang der Ereignisse wird durch den Namen Mentana bezeichnet, wo die Banden Garibaldi's, deren Entstehen die italienische Regierung nicht verhindern konnte oder wollte, im November 1867 von den päpstlichen Truppen auf's Haupt geschlagen wurden. Unterdessen hatte Pius IX. den Episkopat zum allgemeinen Vatikanischen Concil berufen, welches am 8. December 1869 eröffnet wurde. Da durchlief Anfangs November 1869 ganz Italien die Kunde, König Viktor Emanuel sei auf der Villa San Rossore bei Pisa auf den Tod erkrankt. In der That, die Vorboten der Auflösung hatten sich eingestellt, die Aerzte gaben alle Hoffnung auf und der Monarch, der an der Schwelle der Ewigkeit stand, wünschte Aussöhnung mit Gott und der Kirche. Telegraphisch um Gewährung des Segens und der Lossprechung gebeten, hat Pius IX. beides bewilligt und dem König den Empfang der hl. Sakramente, dessen er auch wirklich theilhaft wurde, ermöglicht. Aber auch jetzt, nach erlangter Genesung, schritt der König auf seiner verhängnißvollen Bahn weiter. Die Porta Pia ließ er stürmen und im Quirinal seinen Thron errichten. Indeß von bösen Ahnungen erfüllt, konnte Viktor Emanuel sich niemals entschließen, auch nur eine einzige Nacht im Palast des Quirinal zu verweilen. Acht Jahre

---

1) Civiltà cattolica 414.

floßen dem König so dahin. Da, in den ersten Tagen des Januar 1878, wurde der König in der Zeit zwischen seiner Ankunft und der geplanten Abreise plötzlich von einer bis heute unaufgeklärt gebliebenen Krankheit im Quirinal befallen. Wiederum ließ Pius Milde statt Gerechtigkeit walten und entbot zur Spendung der Absolution einen Prälaten, der aber keinen Zutritt in das Krankenzimmer des Monarchen erlangen konnte, weil der König, wie es hieß, bereits verschieden sei. Um dennoch den Schein zu retten, wandte man sich jetzt aus dem Quirinal auf anderem Wege an den Papst mit dem Bemerken, der König lebe noch und wünsche öffentliche Spendung der hl. Wegzehrung. Der Person, welche diese Bitte überbrachte, hat Pius IX. erwidert: „Wahrlich er hat uns immer schlimm vergolten. Bei alledem müssen wir ihm Barmherzigkeit erzeigen. Wir gewähren alle Fakultäten".[1]) Ob der König damals, als Pius IX. dieses letzte Wort der Barmherzigkeit aussprach, sich noch unter den Lebenden befand, ist ungewiß.

Als eigentliche Triebfeder der italienischen Revolution erscheint auf Grund der Thouvenel'schen Briefsammlung der Kaiser Napoleon. Beim Ausbruch des italienischen Krieges 1859 öffentlich mit der Zusage sich spreizend, er werde dem heiligen Vater den Besitz seiner Staaten sichern, war er der Mann, welcher die Annexion der Romagna, der Marken und Umbriens herbeiführte. Heute kann die Geschichte sagen: Aus deinem Munde richte ich dich! Denn so meldet der Minister Thouvenel am 29. Juli 1860 dem Botschafter Herzog von Gramont in Rom: „Vor zwei Tagen sagte mir der Kaiser: neben der persönlichen Beschützung des Papstes in Rom haben unsere Soldaten dort keine andere Aufgabe".[2]) Höchst beachtenswerth erscheint dieser Brief noch aus einem andern Grunde. Demselben ist ein Aktenstück beigefügt, welches

1) Civiltà cattolica 415.

2) Le secret de l'Empereur I. 160.

charakteristisch ist für die Geschichte der Bewahrung des Postgeheimnisses. Römische Briefe, sogar die Depeschen des Cardinalstaatssekretärs Antonelli an den Pariser Nuntius Mjgr. Sacconi wurden von der Polizei eröffnet. „Seine Majestät", schrieb Thouvenel, „hat mir diesen Morgen einen von der Polizei geöffneten Brief gesandt. Sie werden aus demselben die Sprache erkennen, welche der Geistliche Cabanis dem Papst in den Mund legt".[1])

Genug der Enthüllungen. Die Rechte des apostolischen Stuhles verjähren nicht. Daß Sonnen aus ihren Bahnen fallen, ist möglich, daß aber der heilige Vater, der Hort der Gerechtigkeit, öffentliche Einrichtungen, welche mit solchen Mitteln, wie Thouvenels Briefsammlung sie offen legt, zu Stande gekommen, billigen könne, das ist unmöglich. Nicht der Papst, wohl aber Italien muß sich aufmachen und begangenes Unrecht wieder gut machen. Wir schließen mit dem Worte eines besonnenen Forschers: „Zurück auf den Boden des Rechts und der Gerechtigkeit, des praktischen Gottesdienstes! Das ist die einzige Rettung der modernen Gesellschaft. Ein Grund- und Eckstein dieser Rechtsordnung war durch ein volles Jahrtausend der Kirchenstaat. Senke man diesen Stein wieder hinein in die Grundfesten des europäischen Staatenlebens".[2])

---

1) Cabanis war der römische Correspondent der Gazette de France.

2) Paul von Hoensbroech: Der Kirchenstaat in seiner dogmatischen und historischen Bedeutung. Zweite Auflage. Freiburg Herder. 1889. Seite 103.

XXXIII.

Zeitläufe.

Die Kaiserbesuche und der „Nationalismus" im Dreibund.

II. Oesterreich insbesondere.

Den 12. September 1889.

Der Berliner Kaiserbesuch hat neue Räthsel aufgegeben. Wie ist der deutsch-österreichische Bündnißvertrag vom 7. Oktober 1879, veröffentlicht am 3. Februar 1888, zu verstehen? Das ist neuerdings streitig geworden. Nicht so fast nach außen, als bezüglich der österreichischen Verhältnisse nach innen.

Nachdem sich endlich das naturgemäße bessere Verhältniß Preußens zu England hergestellt hat, wäre es nicht unwahrscheinlich, daß in Berlin, nicht zwar eine Aenderung in dem Bestand, aber eine Erläuterung bezüglich der Aufgabe des Dreibundes nach außen für angezeigt erachtet worden sei. Darauf deutet die Nachricht hin, die ursprüngliche Bestimmung über den casus foederis sei nun nicht mehr so enge, wie bisher umschrieben: „Heute weiß man in Wien und Berlin, daß ein Staat dem andern nicht nur sein Gebiet garantire, sondern daß sich der Eine bedroht erkennt, wenn die Lebensbedingungen des andern angegriffen würden. In den vielen Erörterungen, die hier (in London) stattfanden, sind auch Fälle vorgesehen worden, in denen beide Staaten vereint zum Angriffe vorgehen würden, wenn sie, bis zum Aeußersten gereizt,

ein rasches Losschlagen dem faulen Frieden vorziehen würden." Die kitzliche Frage: „wer ist der Angreifer?" wäre hienach im Sinne der „militärischen Unterströmung" entschieden; und merkwürdiger Weise hat deren neues Organ schon vor dem Kaiserbesuch eine solche Erläuterung bezüglich Rumäniens empfohlen, und zwar unter Bezugnahme auf den Bundestags-Beschluß vom 20. April 1854.[1]) Jedenfalls könnte also der Reichskanzler nicht mehr so ganz gleichgültig den orientalischen Lebensinteressen des österreichischen Bundesgenossen gegenüberstehen.

Aber was soll denn an dem Bündniß der zwei Mächte nach innen unklar und erläuterungsbedürftig geworden seyn? Auffallend war es immerhin, daß das ebengenannte Organ unmittelbar vor der Abreise des Kaisers Franz Joseph nach Berlin folgende Sätze veröffentlichte: „Es unterliegt keinem Zweifel: die deutsch-nationale Seite des Bündnißvertrags ist in Oesterreich-Ungarn durchaus nicht zur Geltung gekommen"; und „Deutschland hat das Bündniß vom 7. Oktober 1879 wahrlich nicht abgeschlossen, auf daß unter seinem Schutze Oesterreich-Ungarn sich in ein Lager deutsch-feindlicher Völker verwandle". Dem liberalen Wiener Moniteur wurde überdieß berichtet: es seien sehr mächtige und ausschlaggebende Elemente in den politischen Kreisen Berlins, welche die Bitte, dem Gegensatze zwischen innerer und äußerer Politik in Oesterreich ein Ende zu machen, an den Kaiser stellen würden, wenn sie es nicht für unzuläßig fänden, über eine innere Frage des so nahe befreundeten Staates ein Urtheil auszusprechen.[2])

Das wäre auch der richtige Standpunkt gewesen; aber die kaiserlichen Toaste wurden sofort als Aufmunterung angesehen, die gebotene Zurückhaltung zu durchbrechen. Kaiser

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 2. August 1889. — Wiener „Neue Freie Presse" vom 18. August d. Js.

2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 31. Juli 1889. — Wiener „Neue Freie Presse" a. a. O.

Wilhelm hatte allerdings schon in der ersten Thronrede das Bündniß als ein „Vermächtniß der Geschichte, ähnlich dem früheren Bundesverhältnisse“, bezeichnet, und jetzt trank er auf die „seit hunderten von Jahren zwischen unseren Völkern bestehende Freundschaft“. Das schien nun zwar weiter zu gehen, als der Toast des Kaisers Franz Joseph auf die „untrennbare Freundschaft“ der beiderseitigen Armeen. Inzwischen glaubte man auch noch einen andern erlauchten Zeugen für die „deutsch-nationale Bedeutung“ des Bündnißvertrags aufgefunden zu haben, nämlich Se. K. Hoheit den Prinzen Ludwig von Bayern und seine an die Turnerversammlung in München als Protektor des Festes gehaltene Rede vom 27. Juli.[1])

Aus dieser Rede citirte das protestantisch-conservative Hauptorgan in Berlin eine längere Stelle über das deutsch-österreichische Bündniß, aber den Eingang ließ es weg: „Das Bündniß bedeutet das endgiltige Schließen des mehr als hundertjährigen Zwistes zwischen dem preußischen Königshause und dem Hause Habsburg-Lothringen — ein Zwist, in dem Deutschland Unsägliches gelitten“. Nicht weniger bezeichnend ist die zweite Auslassung. Der künftige Erbe der bayerischen Krone wendet sich mit schwungvollen Worten an die Turner aus der „befreundeten österreichisch-ungarischen Monarchie“; er ermahnt sie, als Deutsche nicht zu wanken in der Treue gegen ihr Herrscherhaus, nicht zu vergessen, „wie wir nicht vergessen, daß kein anderes Fürstengeschlecht Deutschland so viele Kaiser gegeben, daß Habsburger und Lothringer oft an der Spitze gestanden haben, als es sich darum handelte, Deutschlands Feinde im Innern und Aeußern abzuwehren, und daß sie mehr wie alle anderen gegen Türken und Franzosen gekämpft“. Auch den letztern Ruhm verschweigt das Blatt; aber nun kommt die Hauptsache. Se. K. Hoheit fährt fort:

1) Um die Rede richtig zu würdigen, wird man sich an die Vorgänge bei dem Dresdener Turnerfest vom Juli 1885 erinnern müssen.

„Und nun bedenken Sie, daß Ihr Kaiser Franz Joseph es war, (der, als im Jahre 1859, nach dem für Oesterreich unglücklichen Kriege, der Kaiser Napoleon das Ansuchen an ihn stellte, auf Kosten Deutschlands sich mit ihm zu vertragen), mit den stolzen Worten es ablehnte: ‚Ich bin ein deutscher Fürst!'" Die von uns eingeklammerten Worte gibt das Blatt ebenfalls nicht wieder.[1])

Warum? Für die preußisch Conservativen mag es allerdings nicht angenehm seyn, an die Geschichte von Villafranca erinnert zu werden, namentlich in dem Augenblicke, wo der Gedanke gerade in diesen Kreisen wieder auftauchte, das in bestimmter Richtung nach außen abgeschlossene politische Bündniß in eine staatsrechtliche Vereinigung umzuwandeln durch „Inartikulirung des Bündnisses in die beiderseitigen Staatsverfassungen", wie der technische Ausdruck lautet. Das Organ beklagt mit allem Recht die Gefahr des „revolutionären Nationalitäten-Princips" für Oesterreich. Aber damals, im Jahre 1859, hätte demselben bei dem ersten Versuch, es in Europa einzuschwärzen, mit gemeinsamen Kräften des deutschen Bundes Widerstand geleistet werden müssen. Anstatt dessen blieb Preußen nicht nur unbeweglich, sondern die damalige geheime Nebenregierung stand bereits in Verbindung mit der italienischen Revolutionspartei, um derselben nationalen Politik in Deutschland Bahn zu brechen. Daher ist es gekommen, daß der edle Herr auf dem Habsburgischen Throne heute vor seinen Völkern nicht mehr sagen kann: „Ich bin ein deutscher Fürst!"

Und ist denn der deutsche Kanzler wirklich durch die Sorge um die Deutschen in Oesterreich zu dem Bündniß von 1879 gedrängt worden? Noch beim Berliner Congreß, also ein Jahr vorher, hat er dem russischen Kanzler Fürsten Gortschakow zugerufen: „zwingen Sie mich nicht, zwischen Ihnen und Oesterreich zu wählen". In der berühmten Rede

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 2. August 1889.

vom 6. Februar v. Js. hat er selbst ausführlich dargelegt, daß er in dieser Zwangslage nicht anders konnte, als die Verständigung mit Oesterreich zu suchen. Wenn er sich nicht mit Oesterreich gemäß den russischen Anforderungen vollständig verfeinden und in die gänzliche Abhängigkeit von Rußland begeben wollte, so blieb ihm keine andere Wahl. „Der Streit mit Rußland", sagte er, „steigerte sich bis zu Drohungen, bis zu vollständigen Kriegsdrohungen von der competentesten Seite; das ist der Ursprung unseres österreichischen Vertrages." Und auch jetzt noch wollte der greise Kaiser Wilhelm durchaus nicht von Rußland lassen. Wo war denn da die „deutsch-nationale Seite des Bündnißvertrags"?

Das Berliner conservative Hauptorgan bemerkt über diese „erzwungene Veränderung der Frontstellung Deutschlands gegen Rußland, welche mit den Grundlagen der traditionellen preußischen Politik in Widerspruch steht", in seltsamer Vergeßlichkeit auf sich selber: „Es wäre für die Gestaltung und den Charakter des neuen Bundes zwischen Deutschland und Oesterreich von entscheidender Wichtigkeit gewesen, wenn er einige Jahre früher hätte geschlossen werden können; er hätte dann seine Spitze nicht gegen Rußland gerichtet, die Macht, mit welcher Preußen durch eine hundertjährige, nur selten getrübte Freundschaft enge verbunden war." Aber wo wäre dann die „deutsch-nationale Seite" des Bundes gewesen? Das Blatt behauptet, daß eine friedliche Abgrenzung der beiderseitigen Machtsphären am Balkan „Fürst Bismarcks redliches Bemühen war und ist". [1]) Aus guten, wenn auch entgegengesetzten Gründen wollen beide Mächte, sowohl Rußland als Oesterreich, nichts davon wissen. Gesetzt aber, es gelänge in Berlin, auf diesem Wege dem großväterlichen Vermächtniß gerecht zu werden, oder es wäre bei dem Antrittsbesuche des jungen Kaisers an der Newa, dessen „ausgeprägt politische Bedeutung" in Rußland von Niemand

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 2. Aug. und 31. Juli 1889

bezweifelt wird, wirklich gelungen: wo wäre dann die „deutsch-nationale Seite“ des Bundes mit Oesterreich geblieben? Deutsch-national wäre dann nur die Aussicht gewesen, daß die Trennung der deutschen Kronländer von dem noch tiefer in die Slavenwelt hineingeschobenen Oesterreich bloß mehr als eine Frage der Zeit übrigbliebe.

Es ist richtig, daß der deutsche Kanzler bei seinen Verhandlungen in Gastein im Jahre 1879 dem Grafen Andrassy selber die Pragmatisirung des Bündnisses vorschlug; aber an eine „deutsch-nationale Seite“ desselben nach innen dachte er dabei sicherlich nicht. Sein Hohnwort über die Deutschnationalen in Oesterreich als die „Herbstzeitlosen“ ist noch unvergessen, und es fehlt auch nicht an einer näheren Erklärung. Im Juli 1885 erschienen die „Nurdeutschen“ aus Cisleithanien bei dem Dresdener Turnerfest mit schwarz umflorter schwarz-roth-goldener Fahne, um ihren Schmerzensschrei kundzugeben. Sie hielten Reden im Style des Abg. Knotz, der später zu Brüx ungerügt über das „verglimmende Räucherkerzchen Oesterreich“ deklamirte. Ein anderer Abgeordneter erklärte vor den Turnern in Dresden: „Gegen unsern österreichischen Kaiser üben wir unsere Pflichten, Deutschlands Kaiser aber und seinen Kanzler verehren und lieben wir.“ Der Skandal berührte aber in Berlin sehr unangenehm. Das Kanzlerblatt hielt „diesen ungesunden Bestrebungen“ eine scharfe Strafpredigt; und die Czechen jubelten über den „den Deutschnationalen von Bismarck verabreichten Peitschenhieb“.[1]) Der Kanzler selbst aber benützte den Besuch eines vornehmen Herrn aus Deutschösterreich, um seine Meinung über die österreichische Nationalitätenfrage kundzugeben:

„Wir Jetztlebenden und unsere Söhne und Enkel brauchen ein Oesterreich und ein starkes Oesterreich. Wenn man uns in

---

1) Berliner „Germania“ vom 29. Juli 1885; Wiener „Vaterland“ vom 17. December 1885 und 5. August 1887; Wiener „Neue Freie Presse“ vom 9. August 1885.

Oesterreich so lieb hat, so muß man, um auch die Nichtdeutschen stets unserem Bündniß günstig zu erhalten, einen anderen Weg einschlagen, als den bisherigen. Wenn schließlich einmal aus irgend einem Grunde der Wind in's Schwanken kommt, so werden, wie die Dinge jetzt stehen, sofort alle Slaven den Ausschlag gegen uns geben. Die Deutschen sollten sich mit den Slaven besser stellen. Man braucht ja deswegen noch nicht die Monarchie zu spalten und die Wenzelskrone auferstehen zu lassen; ein slavischer Staat zwischen Bayern und Schlesien wäre uns entschieden unbehaglich. Aber sonst sollten Sie sich besser vertragen. Die Slaven haben viel Unangenehmes; ich mag weder ihre Juchtenstiefel, noch ihre Mondschein-Wehmuth, auch werden sie die Welt schwerlich besser machen. Aber es ist eine Rasse im Wachsen, mit der man es nicht unnöthig verschütten soll, und eine intelligente Rasse noch dazu. Es ist Platz für uns und sie auf der Erde. Gegen die Auffaugung deutscher Sprachinseln durch Slaven und Slovenen müßten sich die Deutschen durch ihr Nationalgefühl wehren. Uebrigens würden sich wohl schon Einrichtungen treffen lassen, um die Minoritäten vor Schaden zu wahren, wenn auch das Gesetzgeben und Regieren in Oesterreich etwas sehr Complicirtes sein müsse".[1])

Die „Frankfurter Zeitung" hat zwar über die damaligen Hiebe des Kanzlerblattes gegen die Dresdener Demonstration ihren Unglauben erklärt: „Was weiß man in der Bedientenstube von fernliegenden Plänen und Absichten der Herrschaft? Mit welchem Recht wagt man dort zu behaupten, daß Bismarck, der sich bis jetzt, zum Theil unter Aufgabe eigener Grundsätze, dazu verstand, jeder nationalen Strömung Rechnung zu tragen, ewig die in Oesterreich erwachsenen Verhältnisse von dem gleichen Standpunkt aus betrachten werde?" Indeß ist es doch nicht glaublich, daß die Aufwerfung der Frage eben jetzt dem Kanzler genehm gewesen sei. Die Losung muß ganz anderswoher gekommen seyn, in Folge deren die „Kreuzzeitung"

---

1) Aus der zu Leipzig bei Wiegand anonym erschienenen Schrift: „Was nun?" s. „Augsburger Postzeitung" vom 23. Sept. 1885.

kurz vor dem österreichischen Kaiserbesuch unter dem Titel: „Nix daitsch“ eine Reihe von Artikeln veröffentlichte, wie man sie sonst nur den Nationalliberalen zutrauen durfte.[1])

Das Blatt hatte übrigens schon gegen Ende des vorigen Jahres die Nationalitätenfrage in Oesterreich in Angriff genommen. Selbstverständlich sollte die preußische Politik den Ursprung derselben nicht verschuldet haben. Sondern? „Dießseits der Alpen vermochte Kaiser Franz Joseph das revolutionäre Nationalitätsprincip, dessen Fahne Napoleon III. hoch aufgepflanzt, bis zum Jahre 1866 kräftig niederzuhalten und die monarchischen Grundlagen seines Thrones zu wahren. Da gelang es der Beust'schen mittelstaatlichen Politik, die friedliche Theilung der Hegemonie in Deutschland zwischen den beiden Großmächten zu hintertreiben, und die blutige Auseinandersetzung trat ein.“[2])

Es ist wahr, daß die liberalen Großdeutschen, die in den Mittelstaaten am Ruder standen und insbesondere in Bayern unumschränkt herrschten, an dem unseligen Bruderkrieg nicht weniger Schuld trugen, als die Spekulationen des Herrn von Bismarck. Ihm haben sie in ihrer hochmüthigen Verblendung wider Willen die ausgezeichnetsten Dienste geleistet zur Verfolgung einer nationalen Politik nach dem napoleonischen und italienischen Muster; und darum fielen auch diese liberalen Großdeutschen wie betäubte Fliegen um, als das Glück auf dem Schlachtfelde dem Gegner zulächelte. Aber es gab auch andere Großdeutsche, und zu ihnen standen diese „Blätter“.[3]) Es waren gerade diese katholischen Groß-

---

1) Vgl. die Nummern vom 20., 26., 31. Juli und 2. Aug. d. Js.

2) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 21. Nov. 1888.

3) Gerade die Berliner „Kreuzzeitung“ hat damals nicht selten unsere Aeußerungen in der deutschen Frage abgedruckt zum wohlgefälligen Beweise, daß nicht alle Großdeutschen in Süd-Deutschland hinter dem Herrn von Beust herlaufen; und der damalige preußische Gesandte in München, Harry von Arnim,

deutschen, welche nicht in der Verhetzung der beiden Großmächte gegeneinander, sondern in ihrer loyalen Verständigung den einzig heilsamen Weg zur Reform des Bundes erkannten. Wenn es nicht zu traurig wäre, könnten diese Großdeutschen jetzt stolz darauf seyn, wie ihre Warnungen vor dem Bundesbruch und ihre Prophezeiungen von den Folgen nun so vollständig wahr geworden sind sowohl für den Sieger, als für den Besiegten. Die „Nix daitsch"-Artikel haben ja vollständig recht mit ihren Klagen:

„Die anderen Nationalitäten (Oesterreichs) bekämpfen die deutsche Cultur in gehässigster Weise gerade in den Kronländern, welche zum Theil seit vielen Jahrhunderten deutsche Reichslande und bis vor 23 Jahren deutsche Bundeslande gewesen sind. Unter der Aegide des deutschen Kaiserthums haben deutsche Fürsten mit deutschen Stämmen das Ostreich an der Donau gegründet. Jetzt erfolgt unter derselben Kaiserdynastie, unter welcher sich die deutsche Culturentwicklung nach Osten hin vollzog, deren rückläufige Bewegung, begleitet von dem Uebermuth der deutschfeindlichen Nationalitäten, auf den Gebieten der ehemaligen ersten deutschen Großmacht . . . So aussichtslos nach unserer Ansicht die gewaltsame Magyarisirung für eine dauernde Culturentwicklung Ungarns ist, so sicher steht der emporblühenden slavischen Welt eine österreichische Zukunft bevor, wenn, wie dieß nun über zwanzig Jahre lang geschehen, der Starke immer einen Schritt weiter zurückweicht. So wenig in den letzten Jahrzehenten unter dem parlamentarischen Regiment der herrschenden ‚Nation' die Festigkeit der Verhältnisse in Ungarn zugenommen hat, so sehr hat sich, in beiden Hälften der Monarchie, bei dem in allen Verzweigungen emporblühenden Slaventhum das Gefühl der Zusammengehörigkeit gesteigert und befestigt. Diese Entwicklung setzt sich vor Aller Augen in kräftiger Weise fort, und wird von staatlichen und Gemeindeorganen noch besonders

nachher Graf Arnim unglücklichen Angedenkens, hat bei Gelegenheit seinem österreichischen Collegen bemerkt: „Der Verfasser der ‚Zeitläufe' sei der einzige verständige Politiker in Süddeutschland".

gefördert. Wie ganz anders steht es mit dem Slaventhum jetzt, als vor vierzig Jahren, wo man auf dem Slavencongreß zu Prag sich in den Verhandlungen der deutschen Sprache zur schnellern Verständigung bedienen mußte! . . Ueberblickt man das Gesammtgebiet Oesterreichs, so ist ein Rückgang des Deutschthums fast in allen Kronländern, dießseits wie jenseits der Leitha, bemerkbar, sogar in Oberösterreich, nach der böhmischen Gränze zu, und in Niederösterreich vor Allem in der deutschen Kaiserstadt Wien".

Die Klagen über den „so oft und so kläglich hervortretenden Mangel eines kräftigen deutschen Nationalgefühls" im Reich sind ständig in dem großen Berliner Blatte, und den Mangel erblickt es auch „nicht zum wenigsten in der geringen Theilnahme, welchen Deutschland für die in harter Bedrängniß gegen fremde Nationalitäten ankämpfenden Stammesgenossen in Oesterreich und Rußland[1]) an den Tag lege." Das Blatt erklärt somit: „die Bekundung dieser Sympathien von Seite Deutschlands den Stammesgenossen in Oesterreich-Ungarn gegenüber sei nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht, Angesichts des Bündnisses vom 7. Oktober 1879." Nur der „Bierpolitiker" könne dagegen den geläufigen Grundsatz der Nichtintervention einwenden. Der nationale Gedanke fordere vielmehr, daß „die staatlich getrennten deutschen Stämme durch einen ewigen Bund ihrer Fürsten zum Zusammenstehen gegen den gemeinschaftlichen Feind geeinigt, und für alle Zukunft vor Bruderkriegen gesichert werden sollten."

Man mag es nun auffallend finden, daß der „nationale Gedanke" in dieser Richtung gerade von protestantisch-conservativer Seite so energisch vertreten wird. Einer der „Nix-Daitsch"-Artikel bemerkt geradezu: „Die nationalliberalen Politiker rechnen im Stillen bei der Auflösung Oesterreichs in Staatsgebilde fremder Nationalität — auf den Rückfall

---

1) Hiemit sind die Deutschlutheraner in den Ostsee-Provinzen gemeint.

der ehemaligen deutschen Bundeslande an das Reich."[1]) Aber die Befürchtung wegen des Schicksals der alten Ostmark läßt sich doch auch liberalerseits nicht abweisen. Die Gefahr wächst ja von Tag zu Tag. Schon vor bald vier Jahren ließ sich das große Münchener Blatt vom Inn her schreiben: „Gegenwärtig hat in Oesterreich der Proceß der Slavisirung schon in sechs Jahren ganz ungeheure Fortschritte gemacht, und es tritt die Frage über das Schicksal der deutschen Ostmark immer deutlicher aus den Nebeln und Schleiern der Zukunft hervor und an die deutsche Nation heran." Der Verfasser äußert sich auf's Gehässigste über den katholischen Charakter dieser Ostmark; er will nicht einsehen, daß der katholische Glaube das einzige innerliche Band ist, was die verschiedenen Nationalitäten bis dahin unter dem gemeinsamen Herrscherhause zusammengehalten hat; aber er leistet folgende Sätze:

„Zur Sicherung der deutschen Nation ist die Ostmark heute geradeso unentbehrlich, wie zur Zeit der Babenberger. Das alte Oesterreich mit deutschem Charakter war bis zum Jahre 1866 der Hüter dieser Ostmark. Wenn das Jahr 1866 endlich die unvermeidliche Consequenz der Politik der Ferdinande war,[2]) so kann doch die deutsche Nation auf die Ostmark nicht verzichten. Das alte Oesterreich braucht ja nur zu bleiben, was es bis zur Aera Taaffe war, und es wird den deutschen Charakter der Ostmark bewahren. Die deutsche Nation, eingekeilt zwischen Franzosen und Russen, muß ihre alte Ostmark als treuen und sichern Schutz, Ungarn als zuverlässigen Bundesgenossen haben. Aber die Deutschen in Oesterreich werden allmählig im ungleichen Kampfe gegen Regierung und Klerus im Verein mit allen nichtdeutschen Nationalitäten unterliegen und aufhören, ein politischer Faktor zu seyn, mit dem ernstlich gerechnet werden muß. Und

---

1) S. die Nummer vom 26. Juli l. Js.

2) Das heißt also: der deutsche Protestantismus mußte die katholische Ostmark aus dem Bunde hinauswerfen, nachdem ihm deren Eroberung im 16. Jahrhundert nicht gelungen war.

in ernsten kritischen Zeiten, die ja auch für das deutsche Reich kommen können, kann es von ausschlaggebender Bedeutung für die ganze Gestaltung Europa's werden, wenn die Deutschen der alten Ostmark, nullificirt und czechisirt und slovenisirt, den Feinden der deutschen Nation Heeresfolge leisten müssen".[1])

Als ähnliche Vorwürfe kurz vor der Berliner Reise des Kaisers Franz Joseph in der deutschen Presse laut wurden, erwiderte eine hochofficiöse Stimme aus Wien ebenso nüchtern als klar: „Die aufrichtige und vollständige Loslösung von der Vergangenheit" — und diese Loslösung ist ja der alten Ostmark von Preußen aufgezwungen worden — „hat es in Oesterreich zur unmittelbaren unvermeidlichen Consequenz, daß die nichtdeutschen Nationalitäten einiges Entgegenkommen von Seite des Staates finden; nur auf diese Weise konnte es bewirkt werden, daß die nichtdeutschen Nationalitäten sich mit dem Allianzgedanken befreundeten." [2]) In der That sollte man meinen, daß eine solche Politik, gerade seit dem Abschluß des Bündnisses und insbesondere nachdem nun der Bruch zwischen Preußen und Rußland zweifellos ist, von Berlin aus sogar selbst veranlaßt werden müßte, wenn sie nicht schon bestünde. Traurig allerdings, aber wahr!

Längst vor dem Abschluß des Bündnisses hat aus Anlaß der Emmersdorfer Conferenzen der bekannte Dr. Fischhof, wahrlich kein klerikal Conservativer, den Satz aufgestellt: „Vom Verhalten der West- und Südslaven gegenüber den Verlockungen des Panslavismus hängt die Existenz Oesterreichs und die Zukunft des europäischen Westens ab; den Wirkungen des Panslavismus können wir nur durch die Förderung des west- und südslavischen Partikularismus wirksam begegnen; wenn unsere Monarchie nach außen hin mit Erfolg antirussisch wirken soll, muß ihre innere Politik slavenfreundlich seyn; unsere slavischen Volksstämme un-

1) Münchener „Allg. Zeitung" vom 18. Jan. 1886.

2) Münchener „Allg. Zeitung" vom 10. August d. Js.



freundlich behandeln, heißt die Geschäfte Rußlands besorgen".[1]) Zu dieser unanfechtbaren Logik bekennen sich die sogenannten klerikal Conservativen in Oesterreich, und überdieß wissen sie, was sie von den deutsch Liberalen zu erwarten hätten. „Schon der Kampf gegen das Concordat", bemerkt der oben angeführte Hochofficiöse, „brachte es mit sich, daß das conservative deutsche Element sich von der liberalen und deutschen Partei gänzlich loslöste, um sich mit den nichtdeutschen Nationalitäten zu verbinden."

Man müßte kein deutsches Herz haben, wollte man diesen Stand der Dinge nicht schmerzlich beklagen. Aber wer trägt die Schuld daran und wo wäre die Menschenmöglichkeit, das Unglück ungeschehen zu machen? Als, und zwar abermals kurz vor der Kaiserbegegnung, auch ein liberales Blatt in Berlin darüber jammerte, daß allenthalben in Oesterreich deutsche Bildung und deutsches Volksthum an Boden verlören und „nach einiger Zeit die slavischen Stämme in den vollen und alleinigen Machtbesitz im weitaus größeren Theile der österreichischen Ländermasse gelangen würden": da antwortete das katholisch-conservative Hauptorgan zu Wien, allerdings in Fraktur; eine Widerlegung aber hat Niemand versucht und kann Niemand versuchen wollen:

„Wir setzen den Fall, diese Schilderung sei richtig; ja wir geben ihre Richtigkeit insoweit zu, als dem größeren Percentsatze österreichischer Slaven dem kleineren Percentsatze österreichischer Germanen gegenüber mit Nothwendigkeit auch ein größerer Percentsatz des slavischen Nachwuchses entsprechen muß. Wir erlauben uns nun aber vor Allem die Eine Frage: Wer ist es denn, dem wir diesen veränderten Zustand der Dinge in Oesterreich zu danken haben? Auf diese Frage gibt es nur Eine Antwort: Wir danken diesen Zustand in erster Linie der siegreichen und in Preußen bejubelten Stoßinsherz-Politik vom Jahre 1866."

„So lange das weiland Churfürstenthum Böhmen deutsches

---

1) Wiener „Vaterland" vom 12. Januar 1880.

Bundesgebiet war und das Haus Oesterreich die Bundes-Präsidialmacht repräsentirte, war das Slaventhum Oesterreichs nur eine verschwindende Minderheit im deutschen Bunde. An dessen mächtigem Damme mußte sich alles das brechen, was man heute czechische Hochfluth oder sonstwie benamsen mag. Der stärkere slavische Nachwuchs aber wurde damals mehr als reichlich aufgewogen durch den deutschen Zustrom von draußen in die österreichische Industrie, in das österreichische Heer, in das österreichische Beamtenthum. Dieser Zufluß gab eine ununterbrochene Auffrischung und Vermehrung unseres deutschen Blutes. Dann aber kam der Mann, für den das Entscheidende Blut und Eisen war, riß das österreichische Deutschthum auf ewig los vom Bunde und warf uns, die nunmehrige deutsche Minderheit, mitten in die ‚Hochfluth‘ der slavischen Mehrheit, unbekümmert darum, ob wir in derselben zu Grunde gehen, oder uns nothdürftig behaupten würden“.

„Noch mehr! Als unser Preisgeben im Namen eines zur Politik von 1866 mißbrauchten Deutschthums, das sich nationale Einheit nannte, durch Schaffung des Deutschen Reiches verbrieft und besiegelt war, stachelte deutschnationaler Fanatismus unter dem Jubel deutscher Zeitungsjuden die schärfere Tonart unserer Nurdeutschen auf, und nun beklagen es diese Gelehrten, die den Jubel angestimmt, daß das österreichische Nurdeutschthum in dem jungczechischen ‚Nixdeutsch‘ seinen turbulenten Gegensatz findet. Wir bitten diese Gelehrten, die von den Dingen in Oesterreich nichts verstehen, weil sie in dem preußischen Ruhmesglanze von 1866 und 1870 das Denken verlernt haben, uns mit ihrer Spreeweisheit zu verschonen“.[1])

Als die Berliner „Kreuzzeitung“ ihre Nix-Daitsch-Artikel in der Frage zuspitzte: „Ist die förmliche Aufzüchtung der deutschfeindlichen Elemente, wie sie in Cis- und Transleithanien unverkennbar stattfindet, das richtige Mittel, einer Erschütterung des Bündnisses vorzubeugen?“ da stellte das Wiener Hauptorgan die spitzige Frage entgegen: „Ist der Feldjäger vielleicht gar schon unterwegs? Wir erwarten, daß er dann

1) Wiener „Vaterland“ vom 18. Juli d. Js.

unbeschadet aller Bündnißtreue so heimgeschickt wird, wie es ihm gebührt." Auch das liberale Hauptorgan in Wien mißbilligte damals eine solche Einmischung in die inneren österreichischen Verhältnisse, wie man es in Berlin auch nicht ruhig hinnehmen würde, wenn die slavische Presse in Oesterreich das Schicksal der Polen oder Elsaß-Lothringer im Reiche in solcher Weise anklagen wollte.[1]) Sobald aber die Kaisertoaste aus Berlin bekannt wurden, schlug diese Stimmung plötzlich um, und die deutsch-liberale Presse in Oesterreich verfocht jetzt eine Auffassung des Bündnisses, wonach es allerdings eine „deutsch-nationale Seite" hätte und auch für „die innere Ruhe beider Staaten" geschlossen wäre, wie eben das Berliner conservative Organ behauptet hatte. Der völkerrechtliche Charakter müßte also einem staatsrechtlichen weichen, und das Bündniß in die Verfassungsgesetze beider Reiche aufgenommen werden.

Namentlich das Wort von der „untrennbaren" Verbrüderung beider Heere im österreichischen Toast wurde nun auf einmal so ausgelegt, als ob das Bündniß nicht eine Allianz wie eine andere sei, auf bestimmte Zeit und zu bestimmten Zwecken geschlossen zwischen zwei selbstständigen Reichen als das Ergebniß zeitlicher politischen Umstände. „Gerade das", sagte das liberale Hauptorgan in Wien, „wollen die beiden Kaiser nicht; daß ihr Bund von Zeiten und Zwecken unabhängig sei, daß er untrennbar sei: darauf leerten sie heute die Gläser." Also eine Allianz neuester Erfindung! Grausamer konnte sich der mit allen Mitteln zu Grunde gerichtete ehemalige „Deutsche Bund" nicht rächen, als durch eine solche Idee, die nun gerade von den Nachtretern Jener gefeiert werden mußte, welche die rastlosen Todfeinde des „für ewig" abgeschlossenen Rechtsverhältnisses von 1815 waren! Die Rache wäre ja süß, das soll nicht geläugnet werden; leider aber steht der gesunde Menschenver-

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 3. August 1889.

stand abermals nicht auf Seite der liebenswürdigen Schwärmer oder berechnenden Spekulanten.

„Achtzig Jahre, nachdem das Deutsche Reich an dem Verrathe der deutschen Fürsten schmachvoll zu Grunde gegangen, 23 Jahre, nachdem der für ewige Dauer unauflösbar abgeschlossene deutsche Bund unter Strömen von Blut zerrissen ist, kann Oesterreich sich nicht danach sehnen, von Neuem in ein Verhältniß einzutreten, welches den Keim ähnlicher Unwahrheit, ähnlicher Leiden in sich tragen würde. Ganz Oesterreich freut sich wahrhaft, in dem Bunde mit dem mächtigen Nachbarn eine Garantie für die Erhaltung des zur Zeit bedrohten Friedens zu finden. Herrliche Kriegsheere, Millionen Bajonnete sind die Gewähr dieses Friedens; aber wir dürfen nicht bezweifeln, daß die Weisheit der Staatsmänner aller europäischen Reiche danach trachten wird, daß der Friede auf sicherere Grundlagen gestellt, daß die schwere Last der Rüstung von den Völkern genommen und durch bessere Garantien, durch wohlgeordnete internationale Verhältnisse ersetzt werde. Dann wird es eines solchen Bündnisses nicht mehr bedürfen, wie es jetzt die Noth der Zeit glücklich zusammengefügt hat. Und wenn wir auch lebhaft wünschen, daß die Freundschaft der Nachbarreiche stets eine innige bleiben möge, so muß doch nothwendig der Inhalt des Verhältnisses zu einander nach Veränderung der äußeren Verhältnisse wieder ein anderer werden. Was Oesterreich und Deutschland aneinander fügt, soll ein Freundschaftsband sein, wie es hoffentlich später wieder alle christlichen Staaten umschlingen wird, aber niemals, weder jetzt, noch später, wieder eine Fessel".[1])

So spricht der loyale Deutschösterreicher. Wenn auch der slavische Vertreter die „Friedensliga" des Dreibundes in den Mund nehmen muß, so legt er den Ton auf den „Frieden", den ja auch er will; aber die Raçe zieht immer zur Raçe hinüber und empört sich gegen die deutsche Aufdringlichkeit. Demselben Zuge soll nach dem Willen der Slaven das Reich der Habsburger folgen. Als im August 1885 die Zusammenkunft in Kremsier stattfand, jubelten die Czechen: „Die vor-

1) Wiener „Vaterland" vom 15. und 12. August 1889.

jährige Zusammenkunft in Skierniewice spielte sich noch unter dem Einflusse des deutschen Kaisers ab; heute ist eine solche Vermittlung zwischen Oesterreich und Rußland schon nicht mehr nöthig, die Herrscher der beiden Großmächte treffen in Kremsier ohne jede fremde Einmischung zusammen. Oesterreich mit seiner ganzen Zukunft ist angewiesen auf die freundschaftliche Mitwirkung, auf ein gutes Einverständniß, auf ein aufrichtiges Bündniß mit Rußland. An Rußland hat es seinen natürlichsten und treuesten Verbündeten. Die unbestreitbare Majorität der heimischen Slaven läßt sich nun nicht mehr bei Seite drücken und verheimlichen, um Oesterreich jenseits der Grenzen, wie einst, als einen deutschen Staat hinzustellen."[1]) Als ein Jahr darauf der Fürst von Bulgarien den russischen Machinationen zum Opfer fiel, da jubelten nicht nur die Jung-, sondern auch die Altczechen: „Der Prinz wurde entfernt, weil er ein Widersacher der slavischen Interessen war; das ist eine ernste Verwarnung für alle Deutschen oder deutschem Einfluß dienenden Dynastien in den Balkan- und Donauländern." Selbst dem Grafen Kalnoky wurde die Einsicht zugetraut, daß Oesterreich in seinen Slaven für das Verhältniß zu Rußland eine bessere Gewähr besitze, als in der Vermittlerrolle des Berliner Kabinets. „Allmählig, aber mit jedem Tage immer sichtbarer, baut sich die Möglichkeit einer grundsätzlichen Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland auf".[2])

Also nicht „russisch werden", aber als Slavenstaat „auf seiner historischen Basis" Rußland zur Seite treten: das soll Oesterreich. Ein Krieg gegen Rußland wäre „Brudermord." Je mehr nun die Spitze des österreichisch-deutschen Vertrages gegen Rußland hervortrat und der Bruch nur noch als eine Frage der Zeit erschien, desto mehr kehrte sich die Entrüstung gegen das Bündniß. Als die bedrohliche Stellung-

---

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 9. August 1885.

2) Münchener Allg. Zeitung vom 29. August 1886.

nahme Rußlands an der westlichen Grenze bekannt wurde, schrieb das czechische Hauptorgan in Mähren: „Oesterreich war durch dritthalb Jahrhunderte nicht im Stande, uns zu germanisiren; unser allergrößter Feind, der uns das Messer an die Kehle setzt, ist das geeinigte Deutschland. Und dieses geeinigte Deutschland steht vor einem Kriege mit Rußland und Frankreich. Was ist daher natürlicher, als daß wir alle unsere Sympathien denjenigen zuwenden, welche gegen Deutschland kämpfen werden, und daß unser innigster Wunsch darin gipfeln muß, daß Deutschland eine Niederlage bereitet werde. Unsere erste Sorge und unser Streben wird daher seyn, dahin zu wirken, daß Oesterreich in einem Kampfe zwischen Deutschland und Rußland strengste Neutralität beobachte.“ [1]) Und selbst die Polen trennen sich in der Bündnißfrage nicht von den slavischen Stammesgenossen. Sie wünschen Rußland nichts Gutes, wie diese es thun, aber ebensowenig wollen sie dem deutschen Reiche Hülfe leisten. Es war lange vor der in Preußen in's Werk gesetzten Verfolgung des Polenthums, daß der Abg. Hausner, sonst bekannt durch seine vom glühendsten Haß gegen Rußland durchtränkten Reden, seine Zustimmung zum Bau der Arlbergbahn wie folgt begründete:

„Ich sehe in dieser Bahn, welche nach St. Gallen, Romanshorn, nach Zürich und Basel, nach Belfort führt, die Stütze zur Befestigung der Machtstellung Oesterreichs. Indem man einen Kriegsstand und das jährliche Contingent auf 10 Jahre lang fixirte, wollte man uns als würdig und ebenbürtig an die Seite eines mächtigen Bundesgenossen stellen. Diese Verbindung mit dem Westen ist der erste Schritt zur Möglichkeit, in der Zukunft bei einer Aenderung der Weltlage würdig, frei, unabhängig sich sofort Bundesgenossen wählen zu können; denn eine Machtstellung, welche nur befestigt ist unter der Voraussetzung einer einzigen Combination, ist es in der That nicht. Sie würde es erst dadurch, wenn sie auch unter anderen

1) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 2. August 1887.

Voraussetzungen befestigt erschiene, und die Spatenstiche welche bei der Arlbergbahn gethan werden, werden die Möglichkeit einer Combination erleichtern. Diese Bahn ist der erste Schritt zur freien Hand, zur Unabhängigkeit nicht nur in wirthschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung; sie ist der erste Schritt zur Emancipation von einem angeblichen Bundesgenossen, der mit unglaublicher Rücksichtslosigkeit volkswirthschaftlich uns Wunde um Wunde schlägt; der uns einerseits wirthschaftlich und politisch nichts gewährt und nichts gewähren will, aber politisch und militärisch das Aeußerste von uns verlangt; der daher in zwei Richtungen, indem er unsere Einnahmsarterien unterbindet und indem er unsere Ausgabsquellen unnatürlich erweitert, die Bilanz des Volksvermögens bei uns in verderblichster Weise beeinflußt. Die Emancipation von diesem Bundesgenossen ist mir so werthvoll, daß ich den ersten Schritt, der zu dieser Möglichkeit führt, nicht zu kostspielig fände, auch wenn die 35 Millionen überschritten werden, wie von mancher Seite befürchtet wird".[1])

Man hat in Wien gewiß alle Ursache, mit dem Bündniß, das die Antipathien der Mehrheit der Bevölkerung so entschieden gegen sich hat, umzugehen wie mit einem ungeschälten Ei. Aber auch in Berlin sollte man nicht durch die Andichtung einer „deutsch-nationalen Seite" desselben immer wieder Oel in das Feuer schütten, sollte überhaupt mit dem Schlagwort „national" sparsamer umgehen. Der Reichskanzler hat sich in der obenangeführten Unterredung vom September 1885 zur Frage sehr nüchtern ausgesprochen: „Wir haben jetzt sechszehn Millionen Katholiken im Reich, die, weil die Vormacht protestantisch ist, der Entwicklung der Einheit alle möglichen Schwierigkeiten machen. Dazu bekämen wir aus Ihren Alpenländern weitere zwei Millionen Klerikale, ferner das, was wir Ihre Welfen nennen müßten, sagen wir zwei Millionen, und ferner sechs Millionen Czechen und Slovenen. Dieser sechsundzwanzig Millionen-Opposition

---

1) Münchener „Allg. Zeitung" vom 17. März 1880.

wären die unbedingten Reichsfreunde, die ja überdieß unter sich gespalten sind, so wenig überlegen, daß der ganze Bau auseinanderfallen müßte." Das lautet gut großpreußisch, schmeckt auch nach dem „protestantischen Kaiserthum", tönt aber wahrlich nicht „deutsch-national".

Bald nach dem Abschluß des Bündnißvertrags soll der fanatische Chef des heiligen Synods in Petersburg, Pobjedonoszew, in einer Denkschrift an den Czaren geklagt haben: „das Czarenthum habe keinen gefährlicheren Nebenbuhler um die Herrschaft der Slaven, als das Haus Habsburg, das in vollem Einverständniß mit Deutschland sich immer mehr zu einem slavischen Hause gestalte, und dadurch eine Festigkeit zu erlangen im Begriffe stehe, die jede religiöse und politische Thätigkeit Rußlands auf dessen eigenstem Felde lahmlege." [1]) Das wäre wirklich noch das Beste, was sich von der Lage, wie sie nun einmal gegeben ist, erhoffen ließe. Sollte in der That zu Berlin eine Unterströmung gegen diese schon so weit vorgeschrittene Entwicklung sich aufgethan haben?

---

1) Berliner „Germania" vom 11. Juli 1881.

XXXIV.

Zu einem Jubiläum.

(P. Gams.)

Am 29. September d. Js. feiert P. Pius Gams O. S. B. sein „goldenes“ Priesterjubiläum, ein Mann, der „in der Gelehrtenwelt einen Namen von unbestrittenem Ansehen“ [1]) besitzt, und der Jahrzehnte lang zu den eifrigsten Lesern [2]) und treuesten Mitarbeitern dieser „Blätter“ gezählt hat. Es dürfte darum als billig erscheinen, daß auch an dieser Stelle dem verdienten Jubilar einige Worte der Erinnerung und Anerkennung gewidmet werden.

Geben wir zunächst die wichtigsten biographischen Daten.

P. Pius Gams, Doctor der Philosophie und Theologie, Ehrenmitglied der Akademie von Madrid, ist geboren am 23. Januar 1816 zu Mittelbuch in Württemberg, als Sohn eines Schullehrers; sein Taufname war Bonifaz. Seine reiche Begabung führte ihn naturgemäß der Studienlaufbahn zu, die er mit ausgezeichnetem Erfolg vollendete. Nachdem er (1838) den Preis der theologischen Fakultät und den 1. homiletischen Preis erhalten, ward er am 11. September 1839 mit noch 24 Candidaten [3]) durch Bischof Keller von Rottenburg zum Priester geweiht; am 29. September feierte er seine „Primiz“. Noch im selben Jahre wurde er als Vikar in Aichstetten, später in Gmünd angestellt. Am 6. April 1841 ward er Präceptorats-Verweser in Horb (wo u. a. Paul Haffner, der gegenwärtige Bischof von Mainz, sein Schüler war). Von einer i. J. 1842—43 mit Staatsunterstützung unternommenen wissenschaftlichen Reise (nach Paris, Berlin und München) zurückgekehrt, wurde er im April 1844 Pfarrverweser in Wurmlingen, 19. December 1844 Professoratsverweser in Rottweil, 19. Februar 1845 Oberpräceptor in Gmünd. Im Mai 1847 wanderte Dr. phil. B. Gams als Professor der Theologie nach Hildesheim, wo er bis August 1855, d. h. bis zu seinem Eintritt ins Benediktinerstift St. Bonifaz

1) Zeitschrift für Kirchengeschichte VII (1884) S. 64.

2) Er hat zu den ersten 81 Bänden dieser Zeitschrift die (drei) Register gefertigt.

3) Von diesen lebt heute nur noch Kirchenrath Friedrich v. Zimmerle, Stadtpfarrer in Stuttgart.

in München (Novize 29. September) wirkte.[1]) Am 5. Oktober 1856 legte er in die Hände des damaligen Abtes D. Bonifaz Haneberg die Gelübde ab.

Abgesehen von der ausgedehnten Wirksamkeit, die Dr. Gams vor und nach seinem Eintritt in's Kloster als Lehrer und Seelsorger entfaltete, zeigte er von jeher eine außerordentliche Neigung und Befähigung zur schriftstellerischen Thätigkeit. Außer zahlreichen Referaten, Recensionen und Abhandlungen für die „Histor.-polit. Blätter“, für die „Theolog. Quartalschrift“, für die von ihm und Alzog herausgegebene „Theolog. Monatsschrift“ (1850 und 1851) u. s. f. veröffentlichte er eine stattliche Reihe von selbständigen Schriften. Wir nennen hier zunächst: Die sieben Worte Jesu vom Kreuze. Rottenburg 1845. Ausgang und Ziel der Geschichte. Tübingen 1850. Geschichte der Kirche Jesu Christi im neunzehnten Jahrhundert. Innsbruck 1854—56; mit einem Supplementband 1860. Möhler J. A. Ein Lebensbild. (Von B. Wörner). Regensburg 1866. Das Jahr des Martyrtodes der hl. Apostel Petrus und Paulus. Regensburg 1867. Kirchengeschichte von J. A. Möhler, herausgegeben von Gams, 3 Bände mit Register. Regensburg 1867—70. (Beide letztern Werke sind auch in's Französische übersetzt worden).

Einen bleibenden wissenschaftlichen Ruhm sichern ihm vor allem seine zwei Hauptwerke: „Die Kirchengeschichte von Spanien“ 5 Bde. (I. II. 1. 2. III. 1. 2.), Regensburg 1862—1879, und „Series Episcoporum Ecclesiae catholicae, quotquot innotuerunt a Beato Petro Apostolo“. Regensburg 1873. Dazu Supplementum 1886.

Der I. Band der „Kirchengeschichte von Spanien“ beginnt mit einer sehr beachtenswerthen Untersuchung über die Missionsthätigkeit des Apostels Paulus in Spanien. Es gehört zu den Erfolgen, die der Verfasser mit diesem Werk erzielt hat, daß die durch Clemens von Rom und das Muratorianische Fragment bezeugte Reise Pauli nach Spanien wenigstens auf Seite der katholischen Theologen jetzt ziemlich allgemein angenommen wird. Andrerseits bestreitet P. Gams (II, 2, S. 361 ff.) mit durchschlagenden Gründen die Annahme, daß der Apostel Jacobus (lebend) nach Spanien gekommen sei.[2])

1) In Hildesheim hat B. Gams von der Tübinger Fakultät das Doctorat der Theologie „honoris causa“ erhalten.

2) In der Schrift des Cardinal Bartolini († 3. Oktober 1887), Cenni biografici di Giacomo Apostolo il Maggiore, Roma 1885, wird auf das Werk von P. Gams, sowie überhaupt auf deutsche Forschungen, nicht die mindeste Rücksicht genommen.

Eine ganz besondere Vorliebe widmet P. Gams dem Bischof Hosius von Corduba, „dessen mächtige Persönlichkeit ihn zu dieser Arbeit (Kirchengeschichte von Spanien) gezogen und dabei festgehalten hat.“ Wie er bei jeder Gelegenheit sich die Ehrenrettung des großen Bischofs zur Aufgabe macht, so spricht er gegen den Schluß seines Werkes (III, 2, 489) den kühnen Wunsch aus, es möge auch die lateinische Kirche Hosius als Heiligen anerkennen.

Als P. Pius Gams im Interesse seiner „Kirchengeschichte“ sich längere Zeit (1864—1865) in Spanien aufhielt, reifte in ihm (März 1865 zu Barcelona) der Plan, die Reihenfolge sämmtlicher Bischöfe der katholischen Kirche von den Aposteln bis auf die Gegenwart zusammenzustellen: und seinem Riesenfleiß ist die Lösung dieser Aufgabe gelungen, wenigstens soweit es auf Grund großartigen gedruckten Materials, ohne Herbeiziehung archivalischer und anderer handschriftlicher Quellen, möglich war. Der Umstand, daß die Series Episcoporum noch vielfacher Berichtigungen und Ergänzungen bedarf,[1]) kann das Verdienst dieser monumentalen Arbeit schon deßhalb nicht schmälern, weil „eine vollständige Beherrschung des in seiner Massenhaftigkeit erdrückenden Details schon durch den Plan des die Kräfte eines Einzelnen beinahe übersteigenden Werkes ausgeschlossen war“.[2])

Alles zusammengenommen, darf unser Jubilar mit Befriedigung, oder besser gesagt mit Dank gegen Gott, auf eine langjährige gesegnete Wirksamkeit, insbesondere in seinem literarischen Berufe, zurückblicken. Das schwere Kreuz der allmäligen, jetzt fast vollständigen Erblindung wird wohl auch deßhalb mit musterhafter Geduld von ihm ertragen, weil er „mit allen von ihm geplanten Arbeiten fertig geworden ist“.

Indem wir dem verehrten Jubilar unsere aufrichtige Beglückwünschung darbringen und ihm von Herzen „Ad multos annos“ zurufen, geben wir zugleich der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß sein Name auch im „Buch des Lebens“, in der himmlischen Series Sanctorum, verewigt werde.

---

1) Solche finden sich zum Theil schon in dem Supplementum von 1886. Für die Bisthümer Frankreichs vergleiche man jetzt Mas Latrie, Trésor de Chronologie, col. 1359—1519, worin die Reihenfolgen des P. Gams durch die mühsamen Forschungen von Abbé Albanès, von Graf de Riant u. A. in vielen Punkten modificirt werden.

2) Frhr. Roth v. Schreckenstein, Archival. Zeitschrift II (1877) S. 71.

XXXV.

Heinrich VIII. und die englischen Klöster.[1])

Ein Werk, dessen erster Band in anderthalb Jahren in dritter, dessen zweiter Band binnen dreier Monate in zweiter Auflage erschienen ist, ein Buch, das in gleicher Weise von Protestanten und Katholiken auf's wärmste empfohlen worden, muß offenbar einem lang gefühlten Bedürfniß nach einer wahrheitsgetreuen, unparteiischen Geschichte des Falls der religiösen Orden in England Genüge geleistet haben.[2]) Es war ein glücklicher Griff seitens des Verfassers, gerade jetzt, nach der Veröffentlichung der trefflichen Kirchengeschichte Dixon's, der State Papers der Regierung Heinrich VIII. durch James Gairdner, mit seiner Arbeit hervorzutreten.

Paul Friedmann hatte in seinem epochemachenden Werke über Anne Boleyn zum erstenmal den Charakter Heinrich VIII. in seiner ganzen Erbärmlichkeit gezeigt und nachgewiesen, wie sehr das Volk den Tyrannen und Lüstling verabscheute. Jetzt war es Zeit, das Lügengewebe Heinrichs und seiner Helfershelfer zu zerreißen, und die Vertheidigung der reli=

1) Henry VIII. and the English Monasteries by F. A. Gasquet. Vol. I, XXXII. 478 p. Vol. II, VIII. 611 p. London, Hodges 1888—89. (24 S.)

2) Selbst die „Times" erklärten, daß mit diesem Werke „our old conventional ideas" über Mönche, Reformation und die Ursachen der letzteren eine fatale Niederlage erlitten. Vgl. Literar. Handweiser Nr. 471. — A. d. Red.

giösen Orden, welche damals ohne Untersuchung, ohne Richterspruch verurtheilt wurden, zu führen. In der Vertheidigung der Orden hat jedoch Pater Gasquet eine solche Mäßigung in seinen Ausdrücken, eine solche strengrichterliche Unparteilichkeit in der Erzählung der Thatsachen und seinen Schlußfolgerungen an den Tag gelegt, daß der Leser mit Vertrauen seiner Führung sich anschließt. Er hat besonders im zweiten Band so viel wie möglich die alten Zeugen selbst sprechen lassen.

Der Anfang des 16. Jahrhundert war eine Zeit des Ueberganges für England, insbesondere eine Zeit der Sammlung und des Wachsthumes nach einer mehr als fünfzigjährigen Erschöpfung in Folge der auswärtigen Kriege mit Frankreich und der Bürgerkriege. Die religiösen Orden hatten gleich dem Reste der Nation die Frische und Energie von ehemals verloren. Der Stamm blieb unversehrt, religiöse Zucht, strenge Beobachtung der Regeln, Bestrafung aller Uebertretungen sind durch die untrüglichsten Zeugnisse festgestellt, aber hervorragende Leistungen in Wissenschaft und Seelsorge, die Blüthen, welche dem Stamm zur besonderen Zierde gereichen, große Gelehrsamkeit und Seeleneifer, der große Erfolge aufzuweisen hat, fehlen mehr oder weniger.

Obgleich indeß die Orden nicht mehr wie im 13. Jahrhundert an der Spitze der geistigen Bewegung standen, keine großen Theologen und Geschichtsschreiber mehr hervorbrachten, so wäre es doch ungerecht, sie der geistigen Trägheit zu beschuldigen. Schon eine bloße Aufzählung der bekannten Gelehrten aus dieser Periode, von denen manche Ordensleute sind, zeigt, daß die Liebe zur Wissenschaft noch nicht erloschen war. Die Klagen junger Ordensleute, daß es ihnen an der nöthigen Muße für die Studien und an tüchtigen Lehrern fehle, mögen wohl manchmal übertrieben gewesen sein, beweisen jedoch soviel, daß man fühlte, die Orden dürften nicht zurückbleiben, müßten auch ihrerseits an der großen wissenschaftlichen Bewegung, welche von den Humanisten

ausging, sich betheiligen. Gasquet hätte gut daran gethan, auf diesen Punkt näher einzugehen, und die Darstellungen von Pitsens, Relationes Historicae de scriptoribus Angliae, Wood's Athenae Oxonienses, Coopers Athenae Cantabrigienses zu ergänzen und zu vervollständigen. Auf diesem Gebiete ist fast noch Alles zu thun. Lingard hat eben nur die politische Geschichte Englands geschrieben; Todd's Kirchengeschichte, auch in der neuen Ausgabe von Tierney, ist veraltet in ihrer Methode und weit mehr beschäftigt mit Darstellung der Streitigkeiten, welche unter den Katholiken ausbrachen, als mit einer anschaulichen Schilderung des Lebens der Katholiken, den Bemühungen und Erfolgen, der Lehrmethode, den Büchern der zahlreichen katholischen Gelehrten dieses Jahrhunderts. Gillow hat in seinem Dictionary nur Bausteine zusammengelesen, die zum Theile sehr kostbar sind, aber noch zusammengefügt werden müßten. Dasselbe gilt von dem weitschichtigen Werke des Jesuiten Foley, der jedoch nur die Geschichte der Jesuiten Englands behandelt. Es wäre gut gewesen, wenn der Verfasser, dem so viel gedrucktes und ungedrucktes Material vorgelegen, die Klöster namhaft gemacht hätte, in denen das Studium der hl. Schrift, der Theologie und der klassischen Sprachen eifrig betrieben wurden. Die Karthäuser, die Observanten des Franziskanerordens, die Benediktinerklöster wie Glastonbury unter seinem tüchtigen Abt Whiting zählten nicht nur viele eifrige Prediger, gute Beichtväter, sondern auch Gelehrte und Schriftsteller, die humanistische Kenntnisse mit theologischem Wissen verbanden.

Nicht nur Burnet in seiner History of the Reformation (von den gedankenlosen Compilatoren wie z. B. Strype sehen wir ganz ab) sondern auch neuere Schriftsteller, wie Thomas Wright (Suppression of the Monasteries), Perry (Church History) haben es sich zum Princip gemacht, alles was gegen die Mönche, überhaupt gegen die Katholiken sich irgendwie gedruckt oder geschrieben findet, als lautere Wahrheit hinzunehmen, und gestützt auf diese Zeugnisse zu behaupten,

Heinrich VIII. habe durch die Unterdrückung der Klöster dem öffentlichen Unwillen über die Entartung und die moralische Versunkenheit der Mönche Ausdruck gegeben.

Die schlagendste Widerlegung dieser Annahme ist die eine Thatsache, daß die großen dramatischen Dichter unter Elisabeth, Shakespeare voran, die doch ziemlich frei die Laster ihrer Zeitgenossen geißeln, Mönche und Nonnen, welche in ihren Dramen auftreten, mit großer Hochachtung behandeln. Sie wußten offenbar, daß ihr Publikum eine Verhöhnung der Orden nicht dulden würde, daß das Andenken der Tugenden und Verdienste der Orden beim Volke, das zum Theil schon vom alten Glauben abgefallen war, unvergessen blieb. Die Lügen und Verleumdungen, welche die protestantische Partei ein halbes Jahrhundert in Pamphleten und Spottgedichten gegen die Orden verbreitet hatte, konnten die gute Meinung, welche das Volk von den Orden hatte, nicht ausrotten; und trotzdem will man uns glauben machen, die Zeitgenossen hätten die Einziehung des Klostergutes mit Beifall aufgenommen und die Mönche und Nonnen für die moralischen Ungeheuer gehalten, als welche sie in den Berichten der königlichen Commission erscheinen!

Außer dem indirekten aber schwer wiegenden Zeugnisse der dramatischen Dichter haben wir zahlreiche Kundgebungen, von Privaten, von königlichen Beamten, endlich Volksmanifeste unter Heinrich VIII. 1539, Edward VI. 1549, Elisabeth 1569, in welchen die Wiederherstellung der Orden verlangt wird. Aeußerungen von Fremden, welche sich eine Zeitlang in England aufhielten, bestätigen dasselbe. Wir machen hier nur aufmerksam auf die neulich veröffentlichte Chronik eines Spaniers (Chronicle of Henry VIII. ed Hume Sharp 1889). Der Verfasser gibt einfach wieder, was er in Londoner Kreisen gehört. Er berichtet, einige Vorsteher der Klöster hätten ihre Einkünfte zu geringe angeschlagen, und dadurch die Auflösung ihrer Häuser beschleunigt, und vielen sonstigen Klatsch, sagt aber kein Wort über die in den Klöstern herrschende

Unsittlichkeit, über den öffentlichen Unwillen des Volkes. Das Zeugniß dieses Ausländers ist so werthvoll, weil derselbe an anderen Stellen die Großmuth des Königs gegen die Spanier rühmt, und denselben überall zu rechtfertigen sucht. Die Gesellschaft von damals hatte viel an den Orden auszusetzen, Anklagen über allgemeine Immoralität finden sich nicht.

Nach diesen allgemeinen Beweisen scheint es uns kaum nothwendig, mit Gasquet die Zeugen, welche gegen den Orden Klagen erhoben, genau zu prüfen. Der Wollüstling Heinrich VIII., der schon bald nach seiner Heirath Maitressen hielt, der mit der Mutter, der Schwester, der Base seiner zweiten Gemahlin in unsittlichem Verhältniß stand, der rohe cynische Thomas Cromwell, Dr. London, der zweimal wegen Unsittlichkeit an den Pranger gestellt wurde, Ap Rice, der wegen ähnlichen Vergehens degradirt worden, Dr. Legh, der als Visitator die Nonnen zu verführen suchte, sind Zeugen, welche jeder unparteiische Richter verwerfen wird. Verworfene Menschen, wie die königlichen Commissäre, die Doktoren London, Legh, Layton und der Notar Ap Rice, welche ausdrücklich zu dem Zwecke bestellt wurden, Verbrechen in den Klöstern zu entdecken, verdienen schon darum keinen Glauben, weil sie die Klöster mit der ausgesprochenen Absicht betraten, einen Vorwand zu ihrer Aufhebung zu finden. Die Visitationen selbst waren so kurz, daß der wahre Thatbestand in fast keinem Kloster ermittelt werden konnte, selbst wenn die Mönche und Nonnen die Autorität der neuen Visitatoren anerkannt und denselben Gehorsam wie den Bischöfen geleistet hätten. Dieß war jedoch keineswegs der Fall, denn so sehr auch die Ordensleute den Zorn des Königs fürchteten und sich durch Geschenke die Gunst Cromwells und der Visitatoren zu erwerben suchten, so scheuten sie sich doch, Männer, deren Ton und Auftreten so leichtfertig und cynisch war, eine Gewissensrechenschaft abzulegen. Ueberdieß werden die Anklagen dieser Menschen in den Comperta, einem

schablonenmäßig abgefaßten Sündenregister der Insassen aller von den genannten Commissären visitirten Klöster, in vielen Fällen widerlegt durch die spätere königliche Commission, sowie durch die Regierung selbst, welche vielen dieser Mönche, die von den Visitatoren der allerschändlichsten Verbrechen beschuldigt worden, zu den höchsten kirchlichen Aemtern beförderte. Die Zeugnisse dieser verkommenen Männer, welche sich förmlich entschuldigen, wenn sie in ihren Briefen an Cromwell zu Gunsten einiger Klöster gesprochen haben, sind ganz werthlos. Es ist höchst wahrscheinlich, daß dieselben sich in ihrem Lob sowohl als in ihrem Tadel von ihrer Laune oder dem Zufall bestimmen ließen. Weil sie, ohne Verdacht zu erwecken, nicht immer tadeln konnten, deßhalb mußten einige Klöster gelobt werden, und auch in den Klöstern, welche besonders strenge getadelt wurden, einige der Mönche oder Nonnen als gutgesinnt bezeichnet werden.

Es ist ziemlich sicher, daß weder die Comperta noch die Briefe dem Parlamente vorgelegt wurden, ganz sicher, daß selbst das feile Parlament nur nach langem Zögern die Beistimmung zur Auflösung der ärmeren Klöster gab. Daraus folgt, daß weder Cromwell noch der König sich auf das Urtheil der königlichen Visitatoren zu berufen wagten, und deßhalb ihre Briefe nicht veröffentlichten. Man wollte den Angeklagten keine Gelegenheit zur Selbstvertheidigung und zum Angriff auf den Charakter der Visitatoren geben, denn Enthüllung des wahren Sachverhaltes hätte dem Könige und seinen Helfershelfern nur schaden können. Tyrannen haben es von jeher geliebt, die Gründe für ihre Gewaltthaten in ihrem Busen zu verschließen. Der König wollte das Besitzthum der Orden; er war nicht gewillt, die einflußreichsten Vertheidiger der Suprematie Roms zu erhalten: darum mußten die Klöster fallen.

Die Aufhebung der Klöster, deren jährliche Einkünfte sich nicht über 200 Pfd. beliefen, war durch die Dr. London, Legh, Layton ohne besondere Schwierigkeit bewerkstelligt

worden. Furcht, Hoffnung einer baldigen Aenderung und Aussöhnung des Königs mit dem Papste beschwichtigte die aufgeregten Gemüther. Die Hinrichtung Anna Boleyns im Mai 1536, etwa drei Monate nach der Vergiftung Katharina's (wir halten dafür, daß Friedmann die Vergiftung bewiesen hat) schien diese Hoffnung zu rechtfertigen. Leider bewahrheitete sich auch hier der Dichterspruch: „Das eben ist der Fluch der bösen That, daß sie fortzeugend Böses muß gebären". Heinrich VIII., dessen Habsucht nur von seiner Genußsucht und Verschwendung überboten wurde, hatte gelernt, wie leicht es sei, sich auf Kosten Fremder zu bereichern; der Erfolg in Beraubung der ärmeren Klöster machte ihn lüstern nach der Beute, welche er in den reicheren hoffte; und so entschloß er sich, auf der einmal betretenen Bahn voranzugehen und jeden Ausgleich mit Rom von der Hand zu weisen.

Dem Volke, das früher gewohnt war, alle Schuld der verhaßten Anna Boleyn, Cromwell und andern Rathgebern des Königs zuzumessen, gingen allmählig die Augen auf. Es begann sich zu erheben, zuerst in Lincoln, dann in den mehr nördlichen Grafschaften. Diese Erhebungen stehen in engem Zusammenhang mit der Einziehung der Klöster und würden Heinrich VIII. seine Krone und vielleicht sein Leben gekostet haben, wenn die Aufständischen sich nicht hätten täuschen lassen. Schon Dixon (Church History I, 457) hat richtig bemerkt, daß die sogenannte Insurrektion in Lincoln und im Norden viel mehr eine Demonstration als ein Bürgerkrieg gewesen. Es war jedoch gerade die Mäßigung der Führer beider Erhebungen, das Vertrauen, welches sie der Regierung entgegenbrachten, das Heinrich zum Siege führte. Die Aufständischen ließ man im Glauben, alle ihre Bedingungen seien gewährt, um sie dann bestrafen zu können. Der Herzog von Norfolk erwarb sich bei dieser Gelegenheit den traurigen Ruhm, sich dem Könige angeboten zu haben. Er wolle, erklärte dieser Höfling, alles versprechen und nichts halten, die ganze Verantwortlichkeit des Treubruchs auf sich nehmen.

Heinrich nahm das Anerbieten an, und wendete so die große Gefahr, welche ihm drohte, ab.

Trotz Gairdner's trefflicher Behandlung dieser Periode in der Vorrede zum 11. Band der Calendars of State Papers, die viel Licht über die Erhebung im Norden verbreitet hat, ist Gasquet's Darstellung sehr beachtenswerth. Gasquet zeigt unter anderem, daß die Einziehung des Klostergutes, die Vertreibung der Mönche und Nonnen, die Abschaffung von Feiertagen, die Lostrennung der englischen Kirche von Rom die Hauptursache der Erhebung gewesen. Das gemeine Volk war besonders empört über die Verbreitung der Irrlehre und die Anmaßung des Königs, der die Suprematie auch in geistlichen Dingen beanspruchte; auch war dasselbe mit dem Betragen der Bischöfe und der Versammlung des Klerus höchst unzufrieden, weil sie dem Könige nachgegeben und die Autorität des Papstes verleugnet hätten.

Sehr wichtig sind die Untersuchungen über die Theilnahme der Priester und Mönche an dem Aufstande. Aus dem urkundlichen Material, das Gasquet beibringt, erhellt, daß die Mönche nur gezwungen und aus Furcht der Gnadenwallfahrt sich anschlossen, nur um die Einäscherung ihrer Klöster zu verhüten, den Insurgenten Lebensmittel verabreichten. Die Aebte, welche früher dem Könige sich willfährig gezeigt, als er die Aufhebung der ärmeren Klöster beschloß, glaubten durch Loyalität gegen die Regierung ihren Besitzstand sichern zu können, verabscheuten in ihrem eigenen Interesse jede Erhebung, welche im Falle des Mißlingens dem König den Vorwand gab, auch die reicheren Klöster aufzuheben. Die englischen Bischöfe, welche noch an der alten Lehre hingen, und die Aebte sahen nicht, daß nur entschlossenes Vorgehen und Mißtrauen gegen die Versprechungen des Königs und seiner Räthe zum Ziele führen konnte, daß Neutralität ebenso gefährlich sei, als Verbindung mit den Rebellen. Das Programm der letzteren war durchaus verfehlt. Sie verpflichteten sich durch einen Eid, die Gnadenwallfahrt anzutreten „aus

Liebe zum Allmächtigen, zum Glauben und der streitenden Kirche, betreffs der Erhaltung des Königs und seiner Nachkommenschaft, der Reinigung des Adels, der Vertreibung seiner schlechten Rathgeber", und bedachten nicht, daß der König allein die Schuld trage, daß Cromwell und die anderen Höflinge nur Werkzeuge seien. Es fehlte jedoch im Heere der Aufständischen keineswegs an Männern, die das Richtige sahen und verlangten, man solle nach dem Süden marschiren, anstatt die Zeit mit Verhandlungen zu verlieren. Der Herzog von Norfolk hatte gegen die 30000 Rebellen, von denen sehr viele gut bewaffnet und gut beritten waren, nur 5000 Mann. Selbst diese kleine Schaar war nicht zuverlässig und würde sich wahrscheinlich geweigert haben, gegen die Aufständischen zu kämpfen. Die Sympathie für dieselben, der Haß gegen die religiösen Neuerungen waren so allgemein, daß es für den König ein Ding der Unmöglichkeit gewesen sein würde, das Vordringen seiner unzufriedenen Unterthanen aufzuhalten.

Aske, der Führer der Gnadenwallfahrt, der noch immer an die Aufrichtigkeit des Königs glaubte und Blutvergießen verhindern wollte, widersetzte sich diesem Vorschlag und ließ sich in Unterhandlungen mit dem Herzoge von Norfolk ein. Die Folgen dieses thörichten Schrittes blieben nicht aus. Manche kehrten mißvergnügt in die Heimath zurück, andere, die zurück geblieben, zeigten sich sehr schwierig. Das Vertrauen in die Führer war dahin; die Regierung dagegen hatte Zeit, Streitkräfte zu sammeln und Maßregeln gegen etwaige Erhebungen in anderen Grafschaften zu treffen.

Es nützte Aske und seinen Anhängern nichts, daß der König sich doch endlich genöthigt sah, nachzugeben und eine allgemeine Amnestie für alles Geschehene zu versprechen. Statt ein Unterpfand zu besitzen, daß der König sein Wort auslösen, die Mißbräuche abstellen wolle, sahen sie sich mit Mißtrauen beobachtet seitens der Regierung und seitens der eigenen Anhänger. Es war unmöglich, die Unzufriedenen zurückzuhalten, welche über Verrath schrieen; unmöglich, Adel

und Volk wieder zu vereinigen, wie bei der ersten Erhebung; und so wurde Heinrich VIII. der längst herbeigesehnte Anlaß, sich an den Rebellen zu rächen, gegeben. Die Erhebung, welche die Wiederherstellung der alten Religion, die Zurückführung der vertriebenen Mönche und Nonnen in ihre Klöster bezweckt hatte, sollte nur den Ruin der noch bestehenden Klöster beschleunigen.

Ein minder blutdürstiger Tyrann als Heinrich VIII. hätte sich damit begnügt, die Rädelsführer der zweiten Erhebung hinzurichten, hätte die, welche wie Aske, Lord Darcy alles gethan, um das Volk zu beschwichtigen, geschont. Nicht so der englische König, der mit Feuer und Schwert gegen die Besiegten wüthete, und mit Hintansetzung von Gerechtigkeit und Billigkeit die Aebte der großen Klöster des Hochverraths beschuldigte und die Klostergüter confiscirte. Die Beschlagnahme der Güter war ungesetzlich, selbst wenn die Aebte des Hochverraths überführt werden konnten, wie selbst Burnet zugibt, denn die Aebte und die Insassen der Klöster waren ja nicht wirkliche Eigenthümer der Klöster, sondern nur Nutznießer. Ueberdieß waren nur wenige Aebte und Mönche des Einverständnisses mit der ersten Erhebung angeklagt worden, während die Mehrzahl ganz unschuldig war.

Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen, wie weit beide Erhebungen gerechtfertigt waren, wir wollen nur die Anklagen gegen die Mönche kurz prüfen und zeigen, daß Heinrich VIII. zu der ungerechten Beraubung noch eine Reihe von Justizmorden gefügt hat. Die Mönche und Aebte, welche wegen Theilnahme an dem Aufstand in Lincoln hingerichtet wurden, waren Dr. Mackarel, Abt des Prämonstratenserklosters Barling, nebst vier Kanonikern desselben Stifts, der Abt von Kirksted und drei Mönche, ferner der Abt von Bardney und sechs Mönche. Die Zeugen, welche sie des Einverständnisses mit den Rebellen bezichtigt hatten, waren unglaubwürdige Menschen und nicht im Stande, ihre Anschuldigungen zu beweisen. Gleichwohl wurden die Mönche verurtheilt und hin-

gerichtet, weil man eine Entschuldigung für die neu geplanten Gewaltmaßregeln gegen die Klöster suchte. Die Hinrichtungen nach der Unterdrückung der Erhebung in dem Norden waren viel zahlreicher; die Aebte von Whalley, Jervaulx Fountains waren unter den Opfern. Auch gegen sie konnte nichts von Belang vorgebracht werden. Der Abt von Whalley hatte einen Brief des Lord Darcy erhalten, und wurde auf dieses hin hingerichtet.

Der Aufstand war unterdrückt, die Häupter der ersten Erhebung hingerichtet trotz der ihnen im Vertrage von Doncaster bewilligten Amnestie, das gemeine Volk entmuthigt. Der König fand es demnach gerathen, zuerst die Mönche und Nonnen, welche von den Aufständischen in ihre Klöster zurückgeführt worden waren, zu vertreiben, dann die an der ersten oder zweiten Erhebung Betheiligten nach Kriegsrecht zu bestrafen. Es ist unser Wunsch, heißt es im Schreiben des Königs an den Herzog von Norfolk, daß eine so furchtbare Vollstreckung leiblicher Strafen an einer großen Zahl der Einwohner jeder Stadt, jeden Dorfes oder Fleckens stattfinde, daß man die an der Empörung Betheiligten an Bäumen aufhänge, viertheile, ihre Häupter und Gliedmaßen an solchen Orten aufpflanze, wo sie jeden Zuschauer mit Entsetzen erfüllen können. Wir verlangen, daß Sie dieses ohne Mitleid, ohne Rücksicht gemäß unserem früheren Briefe ausführen. Sie sollen bedenken, daß es besser ist, daß diese Verräther in ihrer hartnäckigen, bösen und verrätherischen Thorheit umkommen, als daß die Strafe zu gelind sei und nicht genugsam als Warnung für andere diene. . . Da diese Wirren durch die Aufwieglungen und die Verschwörungen der Mönche und Kanoniker dieser Gegenden verursacht worden, . . so sollen Sie dafür sorgen, daß alle Mönche und Kanoniker, welche sich irgendwie verfehlt haben, ohne Zögern und ohne weitere Umstände an Bäumen aufgeknüpft werden zum warnenden Beispiel für andere". (State Papers I, 537.)

Der König ging soweit in seinem Haß gegen die armen

Rebellen, die während der ganzen Erhebung nur zwei oder drei ihrer Gegner ums Leben gebracht, daß er strenge Bestrafung der Weiber und anderer verlangte, welche heimlich die Gliedmaßen ihrer Freunde von den Bäumen und Thorpfosten herabgeschnitten und begraben hatten. Der Herzog von Norfolk machte seinem Amte als Henker Ehre, denn er beklagt sich sehr, daß der Earl von Cumberland seinem Auftrage, die Verräther in Ketten hangen zu lassen, nicht nachgekommen. Er versichert in einem Briefe an Cromwell, er würde lieber selbst hangen, als die Wegnahme der Leichname der Verräther gestatten.

Der Vandalismus der protestantischen Bilderstürmer war in allen Ländern Europas derselbe. Es ist daher unnöthig, einzelne Beispiele der Zerstörungswuth namhaft zu machen. Wir wollen statt dessen auf einen Punkt aufmerksam machen, der meist übersehen wird. Die Klöster waren nicht bloß Zufluchtsstätten für alle, welche ihr Leben dem Dienste Gottes weihen wollten, sondern auch Niederlagen für frommе Stiftungen zu Gunsten der Armen, der Kranken, zu Gunsten der Verwandten des Depositars. Reicheren Klöstern wurden mit großer Vorliebe Deposita und Fideikommisse übergeben, weil man sicher war, daß die denselben anvertrauten Gelder nach der Absicht der Stifter verwendet werden würden. Das Kloster Bridlington hatte in dieser Weise jährlich mehr als 250 Pfd. an die Armen zu vertheilen und zwei Priestern der Pfarrei Scarborough ihren jährlichen Gehalt auszuzahlen. In Furneß, einem der größten Klöster der Grafschaft Lancaster, dessen jährliche Einkünfte sich auf 800 Pfd. = 8000 heutiger Währung beliefen, wurden ungefähr 500 Pfd. für die Armen verausgabt. Seit undenklichen Zeiten wurden jeden Gründonnerstag reichliche Almosen an der Klosterpforte unter die Armen vertheilt, während 100 arme Knaben in dem Kloster selbst jeder eine Mark unseres Geldes erhielt. Am Feste des hl. Crispinus wurden nach der Bestimmung des Stifters den Armen der Nachbarschaft

fünf Ochsen gegeben, unter der Bedingung, daß sie für die Seelenruhe des Stifters beteten. Jede Woche erhielten acht Wittwen ihr Brod und Bier in der Klosterküche, und dreizehn armen Leuten wurde beständig ihr Unterhalt im Kloster gegeben. Diese Armen wurden von den königlichen Commissären mit einer Mark (13 sh. 4 d) vor die Thüre gesetzt. Sie konnten sich kaum beklagen, denn viele Mönche wurden kaum besser bedacht; 20 oder 30 Schillinge war alles, was sie erhielten bei der Vertreibung aus ihren Klöstern. Die Abtei Holm Cultram hatte bisher auf eigene Kosten die Dämme und Mauern in baulichem Stande erhalten, welche als Wehr und Schutz gegen die Ueberfluthung des Landes durchs Meer gedient hatten. Auch hier waren Stiftungen für Seelenmessen für Heinrich II. und die Wohlfahrt Heinrichs VIII., auch hier wurde viel Almosen gegeben. Das hinderte jedoch den König nicht an der Aufhebung des Klosters. In Lenton, einem Kloster der Cluniacenser in der Grafschaft Nottingham, erhielten die fünf Armen, welche seit den Tagen Heinrichs I. hier verpflegt wurden, absolut nichts bei ihrer Verjagung, ebenso erhielten die Mönche weder eine Pension noch die gewöhnliche Summe von 20 Schillingen; der Prior des Klosters wurde wegen angeblichen Hochverraths hingerichtet.

Beraubung und Hinrichtung wären in manchen Fällen für die armen Opfer des despotischen Königs eine Wohlthat gewesen, verglichen mit den geistigen und leiblichen Martern, welche die armen Mönche zu erdulden hatten. Ein Beispiel, das uns einen tiefen Einblick in die damalige Lage gewährt, mag genügen. Richard Hobbes, Abt von Woburn, hatte gleich so vielen andern Welt- und Ordensgeistlichen die kirchliche Suprematie Heinrichs anerkannt. Gleich manchen seiner Mönche fühlte er Gewissensbisse, daß er gegen seine innere Ueberzeugung die wahre Lehre verläugnet habe. Der Subprior Dom Ralph und der Sakristan Dom Laurence ließen es bei Skrupeln nicht bewenden. Letzterer schrieb an den König, er halte sich durch den Eid nicht gebunden; ersterer

erklärte, daß der Abt durch Zuspruch und Drohungen ihn zur Eidesleistung vermocht, daß ihm der Tod Fishers und More's verdienstlich erscheine. Auch der Abt hatte sich mehr und mehr überzeugt, daß Hilfe und Schutz nur von Gott zu erwarten sei. Auf die Kunde von dem glorreichen Martyrertod der Karthäuser hielt er folgende Anrede an seine Brüder: „Ihr hört, wie diese guten Männer den Tod erleiden. Dieses hat sich zweifellos unsrer Sünden wegen zugetragen. So lange die Kinder Israels Gottes Gebote beobachteten, hatten ihre Feinde keine Gewalt über sie; als sie jedoch Gottes Gebote übertraten, wurden sie, wie auch wir, von ihren Feinden unterjocht. Laßt uns daher unsere Sünden bereuen; und Gott wird sicherlich unsere Feinde, das ist die Ketzer, welche über die Guten so viele Leiden verhängen, strafen. Ach wie traurig ist es, daß so viel christliches Blut vergossen wird! Aus Ehrfurcht gegen Gott befehle ich jedem, den Psalm Deus venerunt gentes und den Vers Exurgat Deus et dissipentur inimici jeden Freitag nach der Litanei vor dem Hochaltar auf den Knieen liegend zu beten, damit Gott den Sturm abwende." Obgleich einige murrten, wurden doch diese Gebete pünktlich verrichtet. Im Jahre 1536, als der Prior, kurz nachdem das Parlament die Aufhebung der ärmeren Klöster gutgeheißen, die tägliche Absingung des Verses „Salvator mundi salva nos omnes" gleich nach den Laudes vorschrieb, stieß er schon auf größeren Widerstand. Einige ließen den Vers mehrere Mal aus, weil sie für eine solche Sache nicht beten wollten. Der Abt mußte die Widerspenstigen im Kapitel rügen und sie an ihre Pflicht des Gehorsams erinnern; zugleich verordnete er, daß die Collekte Deus, qui contritorum täglich in der Messe gebetet werde. „Wenn alle mit wahrer Andacht ihre Gebete verrichteten, dann würde Gott alles zum Besten Englands fügen und sich wie gegen die Israeliten barmherzig erweisen. Dann würde ein guter Mann erstehen, welcher die zerstörten Klöster wieder aufbauen werde."

Die Anhänger des Königs unter den Mönchen verfehlten nicht, diese Aeußerungen ihres Abtes an Cromwell zu hinterbringen, der überall seine Spione hatte und die Mönche in ihrer Widersetzlichkeit gegen ihre geistigen Obern bestärkte. Viele dieser Mönche, die eine so traurige Berühmtheit erlangt haben, würden in weniger stürmischen Zeiten ihr Leben ruhig hinter den Ordensmauern in der Ausübung ihrer geistigen Pflichten beschlossen haben; in der Zeit allgemeiner Gährung jedoch wurden sie in den wilden Strudel hineingezogen und zu Thaten verleitet, welche ihren hohen Beruf entehrten. Leider waren gerade Mönche wie Bale, Barnes, Brown, Holgate, Tyndale, Hooper die leidenschaftlichsten Reformer und bittersten Feinde der alten Kirche. Leider zeigten auch sonst wohlmeinende Männer, wie der Abt Hobbes, nicht den Muth und die Glaubensstärke, die man hätte erwarten sollen. Derselbe schrieb nämlich einen Brief an den König, in dem er Heinrich als kirchliches Oberhaupt anerkannte und an die Gnade des Königs appellirte, und doch bekennt derselbe Mann bald darauf vor den Untersuchungsrichtern, daß er wegen religiöser Bedenken die kirchliche Suprematie des Königs geleugnet, daß er für die Rechte des Papstes eingetreten sei so weit er es gewagt, daß er andererseits des Königs Ansprüche als eine Usurpation betrachtet habe, daß er gewünscht, er hätte mit den Karthäusern, mit Fisher und More den Tod erlitten.

Sehr bezeichnend ist folgendes Geständniß, welches Heinrich VIII. wohl kaum zu Gesicht kam. „Ach Gott es ist doch wunderbar, daß unser gnädiger König mit dem, was das Parlament ihm gegeben hat, nicht zufrieden sein kann und die heiligen Klöster immer mehr zu ruiniren sucht, welche seine Vorgänger oder andere edle Stifter gegründet, um Gott für ihr Seelenheil zu danken, und reichlich ausgestattet haben, damit Religiosen für sie beteten, Almosen gäben und Gastfreundschaft übten. Der König hat bis jetzt noch kein Bethaus, nicht einmal eine Kapelle für sein Seelenheil gebaut."



Wie der Karthäuser-Prior Houghton hatte auch Abt Hobbes geglaubt, er könne um sein Kloster zu erhalten, seine Mönche vor den Gefahren in der Welt zu bewahren, gegen sein Gewissen die geistliche Oberhoheit des Königs anerkennen. Mitleiden mit menschlicher Schwäche lag dem König fern: Hobbes wurde mit zweien seiner Mönche vor ein Gericht gestellt und verurtheilt und in der Nähe des Klosterthores an einem Baum aufgeknüpft. Mit ihm starben noch andere Mönche und Weltgeistliche.

Anglikanische Schriftsteller, selbst Dixon macht keine Ausnahme, werden nicht müde zu wiederholen, die englische Nation sei mit der Lostrennung von Rom, der königlichen Suprematie in geistlichen Dingen einverstanden gewesen. Soviel ist jedenfalls richtig: infolge der strittigen Papstwahlen und des langjährigen Schismas war die Lehre von der göttlichen Einsetzung des Primates sehr verdunkelt worden. Sir Thomas More, ein gewiß unverdächtiger Zeuge, spricht sich über diesen Punkt also aus in Gegenwart des Richters und der Geschworenen, als er verurtheilt worden war: „Durch die Gnade Gottes bin ich immer ein Katholik gewesen und in Verbindung mit dem Papst in Rom geblieben; aber ich hörte bisweilen die Behauptung, die Autorität des römischen Papstes sei sicher gesetzlich und müsse respektirt werden, beruhe jedoch auf menschlichem Gesetze, nicht aber auf göttlicher Vorschrift. Da ich nun wahrnahm, daß gemäß der politischen Sachlage die genaue Nachforschung über die Quellen der päpstlichen Macht nothwendig sei, widmete ich mich sieben Jahre lang einem aufmerksamen Studium dieser Frage und habe gefunden, daß die Autorität des Papstes, welche Ihr leichthin verworfen habt, nicht bloß gesetzlich, ehrwürdig und nothwendig ist, sondern auch auf göttliches Gesetz und Vorschrift gegründet ist." Dieser Ausspruch More's kurz vor seinem Tode hat wohl manchen Zaghaften und Schwankenden gestärkt. In der That finden wir viele Mönche, welche in dem Verhör vor ihren Richtern eingestehen, sie hätten ge-

wünscht mit More zu sterben. Von der innern Ueberzeugung bis zum offenen Bekenntnisse ist aber meistens ein weiter Schritt, den wenige thun, wenn das Bekenntniß Leiden aller Art und Tod bringt.

Zu denen, welche nach einigem Schwanken wegen ihrer Vertheidigung des päpstlichen Primats in den Tod gingen, zählen die drei Aebte Whiting von Glastonbury, Cook von Reading, Marshall von Colchester. Protestantische Geschichtschreiber wie Burnet, der Herausgeber Sander's, der für vieles Legendenartige verantwortlich ist, und dem Ansehen Sanders Eintrag gethan hat, haben gerade über Whiting viel Unrichtiges. Derselbe war ein in jeder Beziehung ausgezeichneter Abt, hielt auf strenge Zucht im Kloster, beförderte die Studien, war ein trefflicher Verwalter. Alle diese Eigenschaften, selbst sein hohes Alter und seine Kränklichkeit konnten den Haß des Königs nicht besänftigen. Da der Abt weder die Suprematie des Königs anerkannte, noch freiwillig sein Kloster dem Könige übergeben wollte, wurde seine Hinrichtung beschlossen.

Der König, der es liebte seine Willkürakte in gesetzliche Formen zu kleiden, um seine Opfer so lange als möglich zu foltern, schickte zuerst Commissäre nach Glastonbury September 1539, welche den Abt über gewisse Punkte verhören sollten. Die Commissäre, unter denen sich der berüchtigte Dr. Layton befand, nahmen seine Antworten zu Protokoll und schickten dieselben mit der Unterschrift des Abtes an Cromwell. Der Abt selbst wurde nach dem Tower in London abgeführt. Dort sollten die geriebensten Advokaten, welche Cromwell ausfindig machen konnte, den alten kranken Abt durch ihre verfänglichen Fragen zu fangen und in Widersprüche zu verwickeln suchen. Hätte Whiting die Suprematie des Königs anerkannt, sein Kloster den königlichen Commissären übergeben, dann hätte er sicher eine hohe Pension erhalten; weil Whiting den Tod der Schmach vorzog, wurde er nachträglich verleumdet, er sei hingerichtet worden wegen

Veruntreuung des Klostergutes. Der ehrwürdige Abt wurde jedoch nicht in London, sondern in Wells von einer Jury, welche natürlich aus Creaturen Cromwells zusammengesetzt war, verurtheilt. Als wäre er ein gewöhnlicher Verbrecher, wurde der achtzigjährige Greis auf einer Hürde auf die Spitze des Hügels Tor geschleift und mit zweien seiner Mönche dem Scharfrichter übergeben. Angesichts des Galgens, des siedenden Kessels, des Messers, mit dem er geviertheilt werden sollte, setzten ihm die Commissäre mit Fragen über die Schätze des Klosters zu, und drangen in denselben, er solle seine Verräthereien bekennen. Der Abt beachtete seine Peiniger nicht und ging dem Tod mit großer Ergebung in den göttlichen Willen entgegen. Sein Haupt wurde über dem Eingang in's Kloster aufgepflanzt, andere Theile des Leichnames in Wells, Bath, Ilchester und Bridgewater aufgehängt. Ein gewisser Horne, der alles dem Kloster verdankte, hatte hier die Rolle eines Verräthers gespielt.

Den großen Reformatoren der englischen Kirche Cromwell und Heinrich VIII. gebührt das zweifelhafte Verdienst, eine Brut von Undankbaren, Ohrenbläsern, Verleumdern großgezogen und reichlich belohnt zu haben. Noch mehr, durch die Nachsicht gegen alle, welche sich bei Zerstörung und Plünderung der Klöster, so viel als sie konnten, von dem Raube aneigneten, machten sie viele unter dem Volke zu Mitschuldigen und pflanzten demselben die Verachtung alles dessen ein, was ihnen bisher für ehrwürdig und heilig gegolten hatte. Strenge Bestrafung aller, welche etwas von den eingezogenen Klostergütern entwendeten, wäre eine wahre Wohlthat für's Volk gewesen, denn was die Armen erhaschten, brachte ihnen keinen Segen, gewöhnte sie vielmehr an Verschwendung.

Collier, Blunt, Dixon haben in ihren Werken die üblen socialen Folgen der Klösteraufhebung so gründlich erörtert, daß Gasquet wenig Neues geben konnte. Der lange Passus aus der Erzählung Aske's, des berühmten Führers der Gnaden-

wallfahrt, gibt uns das Urtheil eines Zeitgenossen über diesen Punkt, das sehr beachtenswerth ist. Hallam in seiner englischen Verfassungsgeschichte meint, daß alle die Nachtheile reichlich aufgewogen würden durch die gleichmäßigere Vertheilung des Landes und Beschränkung der Güter der todten Hand. Hätte Hallam, anstatt zu philosophiren, die geschichtlichen Fakta berücksichtigt, dann hätte er gefunden, daß der Grundbesitz mehr und mehr in die Hände einiger Wenigen kam, daß das Verhältniß der Pächter zu den Großgrundbesitzern sich mehr und mehr verschlimmerte, daß der Mittelstand, der eigenen Grund und Boden besitzt, mehr und mehr verschwand.

Eines der interessantesten Kapitel in Gasquets zweitem Band ist das sechste, welches die Unterdrückung der Nonnenklöster beschreibt. In ihrem Betragen gegen die Nonnen haben Cromwell und sein königlicher Gönner sich selbst übertroffen. Schon der eine Umstand, daß sie Wüstlinge wie Dr. London, Dr. Legh und Ap Rice in Nonnenklöster als Visitatoren schickten, daß mit ihrem Vorwissen junge und schöngekleidete Lüstlinge in die Nonnenklöster geschickt wurden, welche die Nonnen verführen sollten, stellt die Heuchler Heinrich und Cromwell an den moralischen Pranger, beweist aber auch, daß man um Skandalgeschichten verlegen war. In der That weiß die spätere königliche Commission, die aus Großgrundbesitzern und angesehenen Männern der respektiven Grafschaften zusammengesetzt war, von den Nonnenklöstern, ihrem Eifer, ihrer Lehrthätigkeit, ihrer Unterstützung der Armen nur Gutes zu berichten. Die bischöflichen Visitationen kurz vor Aufhebung der Klöster ergaben dasselbe Resultat.

Den armen Nonnen wurde jedoch nicht sogleich mitgetheilt, daß die Einziehung ihrer Klöster beschlossen sei. Cromwell und seine Visitatoren machten im Gegentheil die Nonnen glauben, daß sie durch Bezahlung hoher Summen den Fortbestand ihrer Klöster vom Könige erlangen könnten. 21 Nonnenklöster hatten in dieser Weise ihre Häuser um

einen hohen Preis vom König gekauft, um bald darauf aus denselben vertrieben zu werden. Lacock in Wiltshire mit einem jährlichen Einkommen von 168 Pfd. zahlte 300 Pfd., St. Mary's in Chester mit einem Einkommen von 66 Pfd. zahlte 160 Pfd. Die Priorin von Catesby versprach der Königin 2000 Mark (etwa 1400 Pfd.) und außerdem Cromwell 100 Mark und ihre und der Schwestern Gebete ihr Leben lang, wenn das Kloster erhalten würde. Die königlichen Commissäre fanden alles im Kloster in bester Ordnung. Die Priorin war so weise, verständig und fromm, die ihr untergebenen Nonnen so gottesfürchtig und gehorsam, als man nur wünschen konnte. Das Kloster war überdieß, wie die Commission von zuverlässigen Zeugen erfahren hatte, so mildthätig, daß, wenn der König beabsichtigte, ein religiöses Haus zu verschonen, kein einziges mehr Anspruch auf Schonung hatte, zumal hier die meisten Armen Unterstützung fanden. War vielleicht diese warme Empfehlung seitens der Commissäre ein Grund für die Aufhebung des Klosters? Unwahrscheinlich ist diese Vermuthung keineswegs; denn Heinrich VIII. fand ein besonderes Vergnügen daran, die Pläne seiner Diener zu durchkreuzen, um sich den Schein der Selbständigkeit zu bewahren. Cromwell hätte das Kloster gerne erhalten. Bei all seinen Fehlern war er doch weit humaner als sein königlicher Gönner. Die Nonnen unterhielten 26 Arme, zahlten den Gehalt für den Pfarrer von Catesby und seine zwei Kapläne; der König jedoch, welcher das Kloster confiscirte, fühlte sich nicht verpflichtet, den Klerus und die Armen für ihre Verluste zu entschädigen.

Die Einkünfte der meisten Nonnenklöster waren sehr geringe. In Folge der Mäßigkeit und Sparsamkeit der Nonnen und mancher milden Gaben, welche dieselben von ihren zahlreichen Freunden empfingen. war es möglich gewesen, sich sowohl den täglichen Unterhalt zu verschaffen, als die Armen zu unterstützen. Die Klöster vertraten die Stelle von Volksschulen und Spitälern, welche die Städte und Ge-

meinden nichts kosteten. Ein weiser, um das Volkswohl besorgter Herrscher hätte die Nonnenklöster schon deßhalb fortbestehen lassen, oder wenigstens die Nonnen in ihren Klöstern gelassen, bis anderweit neue Schulen und Hospitäler gegründet werden konnten. Heinrich war anderer Ansicht.

Wohl kein Monarch hat dieselbe Verachtung für das Volk an den Tag gelegt, als der englische Sultan, der nicht einmal für die eigenen Kinder Sympathie zeigte. Daß die Nonnen, welche ihre besten Jahre im Kloster verbracht, die Kinder unterrichtet, die Armen unterstützt, die Kranken gepflegt hatten, Ansprüche auf Dankbarkeit seitens der Regierung hätten, fiel ihm nicht im Traume ein, ebensowenig, daß es Unrecht sei, dieselben aus ihren Klöstern zu verjagen und dem Elende preiszugeben. Die Nonnen hingen am alten Glauben, sie übten großen Einfluß, sie waren den Neuerungen abhold; Grund genug, sie unschädlich zu machen. Die Erziehung der weiblichen Jugend blieb infolge der Aufhebung der Nonnenklöster Jahrhunderte lang vernachlässigt, Zucht und Sitte, die früher bei dem weiblichen Geschlechte geherrscht, verschwanden, Unwissenheit und Rohheit traten an ihre Stelle oder, wie bei der Königin Elisabeth und ihren gebildeten Hofdamen, die schlimmsten männlichen Laster, Dreistigkeit und Sittenlosigkeit.

Mancher junge Knabe hatte in der Kinderschule, die unter der Aufsicht der Nonnen stand, die erste Anregung, Priester zu werden, erhalten; viele wurden in ihren Studienjahren von den Nonnen unterstützt, wieder andere bereiteten sich nach ihrer Priesterweihe als Kapläne der Nonnen vor für Ausübung der schwereren Seelsorgspflichten. Aufhebung der Nonnenklöster war deßhalb gleichbedeutend mit Verminderung der Candidaten der Theologie. Der König kümmerte sich nicht um die Zukunft, er gab daher seinen Commissären den gemessenen Befehl, alle Mittel anzuwenden, um die Nonnen zur Uebergabe ihrer Klöster zu veranlassen. Drohungen, Versprechungen großer Pensionen, Verfolgungen und Plack-

ereien aller Art blieben wirkungslos, denn nur die Nonnen von drei Klöstern unterzeichneten die Urkunde, in welcher sie ihr Kloster dem Könige überlassen, in 28 Fällen findet sich gar keine Unterschrift der Nonnen, in einem Fall hat nur die Aebtissin unterschrieben, in einem andern Fall sind die zwanzig Unterschriften von derselben Hand, darum verdächtig. Alle die Nonnen, die ausgetrieben wurden, blieben ihrem Glauben und ihren Gelübden treu. Nur zwei Nonnen verheiratheten sich. Die Zahl der Nonnen belief sich nicht, wie Hooper irrig behauptete, auf 10,000, sondern auf etwa 1560, von denen 850 Benediktinerinen waren.

Versehen, minder richtige Urtheile, zu denen wir z. B. die Charakteristik Pole's und des heiligen Mädchens von Kent rechnen, lassen sich in einem so großen Werke kaum vermeiden, sie sind jedoch so wenig zahlreich, daß sie dem hohen Werthe des Werkes keinen Eintrag thun. Hoffentlich wird dieser ersten Gabe bald eine weitere folgen, eine Geschichte des Benediktinerordens in England. Der Verfasser, ein englischer Benediktiner, ist für die schwere Aufgabe befähigter als irgend ein anderer.

XXXVI.

„Das Ende des preußischen Culturkampfes“ vom Standpunkt der „Grenzboten“ aus besehen.

Wir haben in dieser Zeitschrift wiederholt der Mythenbildung entgegentreten müssen, welcher man von preußisch-officiöser Seite über Genesis und Exodus des „Culturkampfes“ Verbreitung zu verschaffen sich bemühte und noch fort und fort bemüht. Die gangbarste der hier in Betracht kommenden Versionen war von dem Haupturheber des „Culturkampfes“ und dem Hauptacteur im Kirchenstreite, dem Fürsten Bismarck selbst ausgegangen, als derselbe im Abgeordnetenhause bei der Berathung der antipolnischen Gesetze erklärte, daß wenn es nach ihm gegangen wäre, es wohl überhaupt keinen „Culturkampf“ gegeben hätte.[1] Besonders gescheidt mag es ja nicht sein, einen Rückzug, den man vor aller Welt antreten mußte, durch Gründe zu beschönigen, deren Glaubwürdigkeit durch zahlreiche schriftliche Documente widerlegt wird; aber andererseits kann man zur Entschuldigung gelten lassen, daß es schwierig ist, bei solcher Geschichtsmalerei Coulissen zu finden, welche ihre Potemkin'sche Herkunft nicht verrathen.

Für den Christen würde Fürst Bismarck nicht kleiner,

---

1) Wörtlich: „Für meine persönliche Auffassung würde es wohl gar keinen Culturkampf gegeben haben.“ (Sitzung v. 28. Jan. 1886.)

sondern nur größer dastehen, wenn er offen eingestehen würde: „Ich habe mich in meiner Kirchenpolitik geirrt und seitdem ich meinen Irrthum erkannt, mich bemüht, meine Fehler wieder gutzumachen.“ Man könnte dann auch billig von einer Untersuchung der Frage Abstand nehmen, ob dieses Wiedergutmachen geschehen ist aus innerem Drange, oder aus Zwang der äußeren Verhältnisse.

Was speciell den Ausgang des „Culturkampfes“ betrifft, so haben sich in neuerer Zeit nach dem Vorgange des Reichskanzlers und seiner officiösen Tagespresse insbesondere auch Jünger der Wissenschaft bemüht, den officiösen Mythus in die Tafeln der Geschichte einzugraben.

So versuchte schon vor zwei Jahren Professor Thudichum in einem (von der Mitwelt anscheinend wenig oder gar nicht beachteten) Buche: „Bismarck's Kämpfe und Siege“ den Kanzler auch im „Culturkampfe“ als „Sieger“ hinzustellen — ein Bestreben, dem auch „Wiermann“ (der unlängst verstorbene Hermann Wagener) in seiner „Geschichte des Culturkampfes“ unter einem großen Aufwande von Rabulistik sich hingegeben hatte.

Von derselben Grundtendenz, wenn auch bei abweichender Detaildarstellung, ist ein Essay geleitet, den ein Herr R. Keßler aus Kiel in Nr. 21 der dießjährigen „Grenzboten“ veröffentlicht. In einem langen, dem „Ende des preußischen Culturkampfes“ gewidmeten Artikel sucht der Verfasser zunächst das Ziel zu verkleinern, welchem die preußische Regierung bei der Inangriffnahme des „Culturkampfes“ entgegensteuerte, während er auf der andern Seite dem bekämpften Gegner, d. h. dem apostolischen Stuhle und den preußischen Katholiken Pläne unterschiebt, die sie gern hätten erreichen wollen, zu deren Erzielung sie aber durch den „Culturkampf“ gehindert worden seien.

Bei einer solchen falschen Doppel-Prämisse wäre es nun leicht gewesen, die Schlußfolgerung zu ziehen: der Staat hat erreicht, was er wollte, die Kirche nicht. Zu dieser

Conclusion wagt indeß der Autor nicht zu gelangen. Immerhin läßt er den größeren Nachtheil auf Seiten der Kirche sein. Doch sehen wir uns seinen kunstvollen Geschichtsbau selbst an.

„In dem preußischen Culturkampfe", sagt er (S. 340), „ist abweichend von den meisten früheren Kampfepisoden, wenigstens von staatlicher Seite niemals der Versuch gemacht worden, die Wirksamkeit der Kirche überhaupt zu verdrängen, oder was dasselbe wäre, sie gänzlich vom staatlichen Einfluß abhängig zu machen"; nur die „Pflichtenlehre gegen den Staat" hätte die Regierung einschärfen wollen.

Hier lohnt es sich, zunächst das nicht zu unterschätzende Geständniß festzuhalten, daß „in den meisten früheren Kampfepisoden" der preußischen Geschichte der Versuch gemacht worden ist, „die Wirksamkeit der Kirche überhaupt zu verdrängen, oder sie gänzlich vom staatlichen Einfluß abhängig zu machen."

In den „früheren Kampfepisoden", namentlich zur Zeit des Kölner Kirchenstreites, oder zur Zeit der Drangsalirung des Katholicismus in Schlesien unter Friedrich II., hat man dies preußischerseits bekanntlich niemals zugeben wollen. Damals wie später hieß es, daß die „religiöse Freiheit" Niemanden im „Hohenzollernstaate" verkürzt würde. Unter dem Motto „Suum cuique" beschränkte Friedrich II. die politischen Rechte der Katholiken und propagandirte den Protestantismus nebst dem Freimaurerthum. Unter dem gleichen Wahlspruch wurde Clemens August nach der Festung Minden gebracht. Genau nach derselben Methode wollte man auch beim „Culturkampf" neuesten Stils verfahren und man verfuhr auch so lange darnach, bis der zu Wasser gegangene Krug zerbrach.

Nach den officiösen „Grenzboten" hätte aber die preußische Staatsregierung keineswegs die Absicht gehabt, „die Wirksamkeit der Kirche zu verdrängen, oder was dasselbe wäre, sie gänzlich vom staatlichen Einflusse abhängig zu machen."

Es freut uns, daß der Verfasser wenigstens so viel Einsicht besitzt, um zu erkennen, daß die Abhängigkeit der Kirche vom Staate identisch ist mit der Annullirung ihrer specifischen Wirksamkeit; aber wir lassen es dahingestellt, ob der Autor sich in einem freiwilligen oder unfreiwilligen historischen Irrthum befindet, wenn er der Meinung ist, die Regierung habe nicht die Absicht gehabt, mittelst des „Culturkampfes" die Kirche „gänzlich vom staatlichen Einfluß abhängig zu machen."

Die Geschichte des Kirchenstreites beweist, daß dies gerade der Hauptzweck der Regierung war, während die Verbündeten derselben, die „Liberalen", Freimaurer rc., „die Wirksamkeit der Kirche überhaupt verdrängen" wollten — was ja im Effekte beides, nach des Verfassers eigenem Zugeständniß, auf ein und dasselbe hinausläuft.

Der Autor gesteht selbst kurz vorher (S. 338), daß z. B. durch die gesetzliche Bestimmung, wonach für den Fall, daß die Bischöfe erledigte Pfarrstellen nicht besetzten, die Besetzung einseitig durch die Patrone resp. die Gemeinden geschehen könne, etwas angeordnet worden sei, „was den obersten Grundsätzen der katholischen Kirche, namentlich ihren Anschauungen über den Unterschied zwischen Priester und Laie und die sacramentale Stellung des geistlichen Amtes, schnurstraks widersprach und unmittelbar auf Gedanken der Reformation zurückging."

Aus der Geschichte des „Culturkampfes" wird wohl auch dem Verfasser bekannt sein, daß diese letzterwähnte Bestimmung zu dem von der Regierung entworfenen System der Maigesetze gehörte, daß sie sogar zur „Declaration" derselben dienen sollte und nicht etwa von dem nationalliberalen Abgeordneten Wehrenpfennig herrührte, welcher stolz erklärte: „Auch vor dem Dogma werden wir nicht stehen bleiben", oder von dem „freisinnigen" Abgeordneten Virchow, welcher kühn bemerkte: „Wenn uns Einer kommt und sagt: ‚das greift in mein Dogma über', dann können wir ihm

nur sagen: Du mußt versuchen, wie Du Dein Dogma mit der Gesetzgebung in Einklang bringst".

Für den Fürsten Bismarck war freilich der „Culturkampf" nicht wie für die „Culturpauker" von Profession alleiniger Zweck; der Kirchenstreit war für den Kanzler nur die theilweise Realisirung eines viel umfassenderen Planes: eine Nummer aus dem gewaltigen Verstaatlichungs-Programm.

Wie seit einem Jahrzehnt fast der ganze öffentliche Verkehr, ein großer Theil des Handels und der Industrie in staatliche Hände übergegangen — wodurch der Staat eine neue Armee von Beamten gewann — und wie noch vor Kurzem ein großer Schritt zur Verstaatlichung der Arbeiterwelt geschehen ist, so sollte nach den Projekten des Kanzlers neben der Schule und der gesammten Lehrerwelt auch die Kirche resp. der Klerus verstaatlicht werden, damit auch aus der gesammten Geistlichkeit gefügige Werkzeuge für die Regierungspolitik erwüchsen, oder — um mit den „Grenzboten" euphemistisch zu reden — um auch den Klerus zur „Pflichtenlehre gegen den Staat" anzuhalten.

Wenn dieser Theil des Programmes nicht erreicht worden ist, so liegt die Schuld daran wahrlich nicht an ungenügender Thätigkeit seitens des Fürsten Bismarck; dieser hat sich hundertmal mehr Mühe gegeben, sein „Culturkampfs"-Programm durchzusetzen, als etwa den Reichszuschuß bei der Alters- und Invaliditätsversicherung der Arbeiter zu erreichen. Und er hat von seinem Standpunkte aus recht daran gethan.

„Wenn wir werden Herr des Katholicismus sein", sagte er zu Herrn Werlé, „werden die lateinischen Racen bald verschwinden." „Wenn wir werden Herr des Katholicismus sein", hätte er erläutern können, „wird im ganzen Reiche nur noch auf den Namen Bismarck gewählt werden, ja sogar auf den Namen Bismarck und Sohn".

Und welche Opfer sind diesem grotesken Plane gebracht worden! Wie viel hundert Priester und Ordensleute wurden

in die Gefängnisse geworfen oder ausgewiesen, wie viel tausend Laien der geistlichen Fürsorge beraubt, welch' zahllose Preß-prozesse wurden angestrengt! Das Alles aber soll sich, wie die „Grenzboten" glauben machen wollen, nur in zufälliger Harmlosigkeit vollzogen haben; die Regierung soll gar nicht einmal den Versuch gemacht haben, „die Kirche vom staatlichen Einfluß abhängig zu machen!" Nein, eine solche groteske Geschichtslüge, verbreitet in einem sehr beachteten, der Zeitgeschichte dienenden Organ, können wir doch nicht noch bei unsern Lebzeiten in die Welt gehen lassen.

Consequenter Weise konnte unser Autor den Staat nicht als „Sieger" im Kirchenstreite hinstellen. Aber er erfindet dafür die andere kühne Prämisse, um in jedem Falle den Papst als Verspieler bezeichnen zu können. Er deducirt und exhortirt nämlich folgendermaßen:

„Freilich gingen die Culturkampfsgesetze vielfach über ihr berechtigtes Ziel hinaus, das darin bestand, die kirchlichen Einrichtungen zu beseitigen, welche der als richtig und gut erkannten weitern Ausbildung der Pflichtenlehre durch den Staat entgegenstanden. Die gesetzlichen Bestimmungen, die über dieses Ziel hinausgingen, haben wieder fallen müssen. Aber es ist genug von ihnen übrig geblieben, um zu sagen: nicht der Staat hat über die Kirche im Culturkampfe einen Sieg errungen, noch auch umgekehrt; sondern die Ideen der Reformation, die durch einen Erfolg ihrer Arbeit, nämlich die Mithilfe an der Ausbildung des preußischen Staates, ihre überlegene Kraft bewiesen haben, sind wieder einmal dem Gedanken päpstlicher Weltherrschaft gegenüber siegreich geblieben. Den Männern, denen die Obhut der evangelischen Kirche anvertraut ist, und allen, die sonst diesem Glauben anhangen, liegt es ob, diesen Anstoß auch auf ihrem Gebiete fortwirken zu lassen und von neuem zu zeigen, daß der evangelische Glaube, sich stets verjüngend, noch die gleiche Kraft hat, wie in den Zeiten Luthers."

In der That eine neue und originelle Auffassung von den Errungenschaften des „Culturkampfes"! Man insinuirt

einfach dem Papste, er habe nach der „Weltherrschaft" gestrebt: er habe nicht nur seinen legitimen tausendjährigen weltlichen Besitz im Kirchenstaate zu erhalten, sondern seine Herrschaft auf die ganze Erde auszubreiten gesucht, er habe seine Schlüsselsoldaten nicht nur Berlin, sondern auch Samoa, Bagamoyo 2c. erobern lassen wollen.

Meint aber der Verfasser die geistige Herrschaft, welche das Papstthum über die Welt erstrebt und nach dem Auftrage Christi erstreben muß: was anders erstrebt dann der Protestantismus, die „Evangelische Allianz", der „Evangelische Bund"? Ja, welche Aufgabe weist der Verfasser selbst dem „sich stets verjüngenden evangelischen Glauben" zu?

Wenn schließlich der Autor sich bemüht, ein geschichtliches Dogma zu construiren in dem Sinne, daß zwar nicht der Staat im „Culturkampfe" über die Kirche gesiegt habe, „noch auch umgekehrt", so wird es genügen, wenn man diese Frage einen der Hauptmitarbeiter der Falk'schen Maigesetze, Herrn Professor Hinschius, entscheiden läßt. Derselbe sagt im Vorwort zu seinem Commentar über das Gesetz vom 21. Mai 1886:

„Hatte schon die Regierungsvorlage zu diesem Gesetz mit einzelnen wichtigen Einrichtungen des bisherigen Staatskirchenrechtes gebrochen und damit eine Reihe von Bestimmungen der Gesetze der Jahre 1873 bis 1875 beseitigt, so hat die Majorität der Herrenhauscommission, welche von dem Gedanken beherrscht war, durch möglichst viele Zugeständnisse an die Anschauungen der katholischen Kirche ein dauerndes sogenanntes Friedenswerk zu schaffen, weitere Experimente vorgenommen, um zu jenem Ziele zu gelangen, und hat der Bischof Dr. Kopp mit Rücksicht darauf, daß die früheren Gesetze ‚der Kirche unveräußerliche Rechte mit Unrecht genommen haben', das Ziel der Commissionsarbeiten nicht als ‚Concessionen, sondern Restitutionen an die Kirche' bezeichnet".

„Die Regierung ist", fährt Hinschius fort, „dieser Erweiterung der sogenannten Friedensarbeit nicht entgegen-

getreten, und so hat das neue Gesetz noch erheblich umfangreichere Aenderungen an der früheren Gesetzgebung herbeigeführt, als dies durch die Regierungsvorlage beabsichtigt war."

Und über das Gesetz vom 29. April 1887 bemerkt Hinschius:

„Auch dieses Gesetz greift in so bedeutendem Umfange in das bestehende Staatskirchenrecht ein, daß ein Nachtragsheft zu meiner Ausgabe des Gesetzes vom 21. Mai 1886 erforderlich wurde, um die neu bewirkten Abänderungen zur Anschauung zu bringen. Nicht nur hat die Regierungsvorlage im Interesse der Herstellung des Friedens weitere, bisher festgehaltene Rechte des Staates aufgegeben, sondern sie ist auch auf eine nochmalige Revision derjenigen Punkte, in Betreff deren eine solche schon durch das Gesetz von 1886 erfolgt war, zurückgegangen und das Herrenhaus hat mit Genehmigung der Regierung und unter Hinzutritt des Abgeordnetenhauses, wesentlich wieder auf Veranlassung des Bischofs Dr. Kopp, als Geschäftsträgers der römischen Curie, die die Rechte des Staates immer mehr verkümmernde Revision noch weiter ausgedehnt, so daß nunmehr die von der Curie zugestandene Anzeigepflicht zwar so gut wie völlig jedes Werthes entkleidet wird, aber doch jetzt endlich nach der Erklärung des Papstes an den Erzbischof von Köln vom 7. April 1887 der Zugang zu dem so lange und mühsam erstrebten Frieden eröffnet ist."

Es würde leicht sein, das vorstehende Urtheil durch die nach gleicher Richtung hin sich bewegenden Kritiken fast sämmtlicher „liberaler" oder „conservativer" politischen Parteiorgane zu ergänzen, angefangen von den überaus herben Klagetönen der orthodox-protestantischen Blätter bis hin zu den Organen der „Freisinnigen", von denen wenigstens die Mehrzahl ehrlich genug ist, zuzugestehen, daß die jetzt formulirte „Anzeigepflicht" für die Kirche nicht mehr die Bedenken habe, welche sie nach der (vom „Freisinn" leider mitverschuldeten) maigesetzlichen Form haben mußte.[1]) Der

1) Einen überaus drolligen Versuch, sich mit dem Siege der Kirche über den Staat abzufinden, machte soeben noch das „Berliner

Zeuge Hinschius wiegt aber im vorliegenden Falle hundert andere auf.

Was wir Katholiken durch Eingreifen aller betheiligten Faktoren im fünfzehnjährigen Kampfe errungen haben, wollen wir uns durch keinerlei Geschichtsfälschungen rauben oder schmälern lassen — wenn wir auch sehr wohl wissen, daß das, was wir wiedererlangt haben, uns einmal wieder genommen werden kann, da die Kirche niemals auf Erden aufhören wird, eine streitende zu sein.

Die abermalige Rückeroberung des Verlorenen wird aber — nach menschlichem Ermessen — nicht unsere Aufgabe, sondern die einer spätern Generation sein!

P. M.

Tageblatt" in seiner Nummer vom 22. August d. Js. Anläßlich der in dieser Zeit stattgehabten Versammlung des preußischen Episcopates in Fulda hebt das Blatt hervor, daß der neugewählte Bischof von Münster, der Sohn eines kleinen Landmanns, der Erzbischof von Köln ein Metzgerssohn, Dr. Dinder ein Schuhmachers- und Dr. Kopp ein Webersjohn sei. „Die katholische Hierarchie", heißt es weiter, „sucht die begabten Köpfe auch aus der ärmeren Bevölkerung heraus, um sie zu Priestern heranzubilden. Die große Begabung und das große Geschick der Vertreter der Hierarchie geben dann derselben eine Ueberlegenheit gegenüber den Staaten, welche ihre höheren Beamten ausschließlich gewissen exclusiven Ständen entnehmen. . . Fürst Bismarck hat seine gräflichen, fürstlichen, königlichen und kaiserlichen Gegner siegreich überwunden, nicht aber die aus der katholischen Hierarchie." — So das Berliner Blatt. Es will vielleicht sagen, daß, wenn Fürst Bismarck ein Metzgers- oder Webersjohn gewesen wäre, er die katholische Hierarchie ebenso wie seine kaiserlich-königlichen rc. Gegner besiegt haben würde. Nun diesen Trost kann man schon dem „Tageblatt" belassen!

XXXVII.

Die Hundertjahrfeier der französischen Katholiken und Conservativen.

Die Conservativen und die Katholiken Frankreichs haben, gegenüber der Festfeier der Republikaner, sofort begriffen, daß sie nicht gleichgiltige Zuschauer bleiben durften. Sie glaubten, es müsse vielmehr die Gelegenheit wahrgenommen werden, um der Wahrheit betreffs der Revolution die Ehre zu geben, anderntheils aber auch eine Art Rechenschaft über die Wirkungen der revolutionären Grundsätze seit einem Jahrhundert abgelegt werden. Während die Republikaner die verschiedenen Gedenktage als Siegesfeste feierten, unterzogen die conservativen Parteien die Ereignisse ihrer Revision.

Der Einrufung der Reichsstände von 1789 gingen die Versammlungen der Stände in den einzelnen Provinzen voran, um die Wünsche und Forderungen derselben festzustellen. Die betreffenden Urkunden erhielten die Bezeichnung „Cahiers", und als die gesammelten Cahiers der Provinziallandtage den Reichsständen vorgelegt wurden, ward die Bezeichnung „les Cahiers de 1789" üblich. Die Conservativen beschlossen daher, besonders auf Anregung des Grafen Albert de Mun, die Cahiers von 1889 herzustellen. Im Laufe des Jahres 1888 und im Frühjahr 1889 fanden in allen Hauptstädten der alten Provinzen Aix, Romans, Montpellier, Toulouse, Cahors, Dijon, Vannes, Orleans, Versailles, Be-

sançon, Lille, Caen, Rouen, Paris, Bordeaux, Bourges, Blois, Angers ꝛc. Conferenzen hervorragender Männer, vielfach Nachkommen der ehemaligen Ständemitglieder, aus verschiedener Berufs- und Lebensstellung statt, um die Forderungen und Wünsche der betreffenden Bevölkerungen festzustellen. Jede Conferenz wählte einige Abgeordnete zu der allgemeinen Versammlung, welche in Paris vom 23. bis 25. Juni stattfand. Die Abgeordneten überbrachten nicht blos die Cahiers ihrer Conferenz, sondern hatten dieselben auch zu vertreten. In Paris fanden mehrfache Ausschußsitzungen statt, um die Wünsche und Forderungen der einzelnen Provinzen zu vergleichen und in eine einheitliche Fassung zusammenzubringen. In den öffentlichen Sitzungen wurde dann über die einzelnen Punkte abgestimmt und, wenn triftige Einwände erhoben wurden, die Sache nochmal an den betreffenden Ausschuß zurückverwiesen. Es wurde ohne große Mühe allgemeine Uebereinstimmung erzielt, so gleichartig erwiesen sich die in allen so verschiedenen Gegenden des Landes empfundenen Wünsche und Bedürfnisse.

Der erste Ausschuß, für die Sache der Religion und der Sitte und die entsprechenden öffentlichen Einrichtungen, stellte folgende Forderungen und Wünsche auf: „Die Grundlage der öffentlichen Einrichtungen sollen die Lehren des Evangeliums, der Kirche sein; Unabhängigkeit des Papstes; der Papst oberster Schiedsrichter der Nationen; gewissenhafte Auslegung und Anwendung des Concordates; gesetzliche Sonntagsruhe; Freiheit der Prozessionen; Recht der Kirche, Güter zu erwerben und zu besitzen; Befreiung der Geistlichen vom Wehrdienst; Abschaffung der (in den letzten Jahren ergangenen) Gesetze, durch welche Kirchhöfe und Glocken verweltlicht wurden; die der Geistlichkeit (für die eingezogenen Kirchengüter) schuldige Entschädigung soll nicht im Budget bestimmt, sondern durch eine genügende dauernde Dotation (Rente) festgesetzt werden; Sicherung der Seelsorge im Heere, in den Kranken-, Greisen- und Strafhäusern; die weltliche Behörde

soll von jeder Einmischung in die Verwaltung der bischöflichen Tischgüter ausgeschlossen werden; Abschaffung der Sklaverei.

Man wird zugeben, daß fast in jedem Land die Katholiken diese Forderungen fast buchstäblich übernehmen könnten. So sehr haben die Revolution und ihr Erbe, der Liberalismus, in ihrem Siegeszug durch Europa überall dieselben Zustände geschaffen, dieselben Uebel hervorgerufen. Nur Ein Punkt bedarf für das Ausland näherer Erklärung. Kraft der berüchtigten, von der Kirche nie anerkannten „Organischen Artikel" hat sich die Regierung das Recht zugesprochen, während der Verwesung eines Bischofsstuhles dessen Güter zu verwalten. Die früheren Regierungen haben dieses Recht oft gar nicht, jedenfalls aber mit Schonung geübt. Seit der Präsidentschaft Grevy's aber benutzt die republikanische Regierung die Gelegenheit zu empfindlicher Schädigung der Kirche und zur Vernichtung kirchlicher Anstalten, namentlich Schulen. Sie setzt einen Verwalter ein, welcher sich beeilt, alles Eigenthum des bischöflichen Stuhles zu Geld zu machen. Dasselbe wird dann freilich dem neuen Bischof eingehändigt; aber für die beamtliche Mühewaltung und die hohen Besitzwechselsteuern, Stempel und Gebühren, welche hier mit jedem Kaufgeschäft verbunden sind, ergibt sich ein Verlust von 25 bis 50 Prozent. Aus was besteht aber das Eigenthum, das Tischgut eines Bischofsstuhles in Frankreich? Aus den Gebäuden des Knabenseminars und anderer höheren geistlichen Schulen, aus der Zufluchtstätte für alte Priester, aus Waisen- und anderen wohlthätigen Anstalten, gewöhnlich auch noch aus Grundstücken, welche zu solchen Stiftungen und Bauten bestimmt sind. In Tours z. B. hatten die Erzbischöfe, Dank 30- bis 40jährigen Opfern und Anstrengungen, vermocht die Häuser zu erwerben, welche den Platz bedecken, auf dem die uralte Kirche des hl. Martin mit dessen Grab gestanden. Ihre Absicht war, dem großen Heiligen zu Ehren und um dem kirchlichen Bedürfnisse des Stadttheils

zu entsprechen, die Kirche wiederum aufzubauen. Und diesen Besitz wollte der Staat sogar ganz dem Bischofstuhle wegnehmen, da derselbe kein Recht habe, solches Eigenthum zu besitzen! Die Dinge wickeln sich in der Regel also ab: der Verwalter bietet die Besitzthümer des Bischofsstuhles zum Kaufe aus; die um den Bestand der nothwendigen Diözesananstalten besorgte Geistlichkeit, das Domkapitel, sucht den Verkauf zu hindern, kauft aber schließlich selbst alle ausgebotenen Güter, um zu vermeiden, daß sie in unrechte Hände gerathen. Natürlich bedient sie sich einer Mittelsperson und überträgt dann das Ganze dem neuen Bischof, der somit bei Antritt seines Amtes sofort 50 bis 60,000 Fr., oft viel mehr, zu beschaffen hat, um seine Diözesananstalten zu erhalten. Aus dem bischöflichen Einkommen ist das nicht möglich. Dieses beträgt nur 10,000 Fr., da die Republikaner es auf die Hälfte herabgesetzt haben. Der Bischof muß sich also, wie überhaupt für den Unterhalt der Diözesanstalten, an die Mildthätigkeit seiner Diözesanen wenden, welche ohnedies schon so oft und vielfach in Anspruch genommen ist. Die Einmischung der Regierung in die Verwaltung der bischöflichen Tischgüter ist daher im Grunde eine empfindliche Brandschatzung der christlichen Mildthätigkeit, welche seit zehn Jahren überhaupt auf immer härtere Proben gestellt wird.

Der zweite Ausschuß, für öffentliche Angelegenheiten, brachte folgende Wünsche zur Annahme: „Die jetzigen Kammern sind durch Vertretung der einzelnen socialen Gruppen zu ersetzen; die Fachgenossen sollen an der Herstellung der sie betreffenden Gesetze betheiligt sein; die nationale Vertretung soll aus den Berufständen hervorgehen; Unentgeltlichkeit der Wahlämter; das wahlfähige Alter ist (von 21) auf 25 Jahre zu erhöhen; allmähliche Rückkehr zur Selbständigkeit der Provinzen; Gemeindefreiheit und Beitritt der Höchstbesteuerten zum Gemeinderath (bei Steuerfragen); Vertretung der Wittwen und volljährigen Mädchen, sowie der Minderjährigen bei der Verwaltung in Gemeindesachen; ge-

nossenschaftliche Freiheit" — alles Forderungen, die einfach auf ständische Vertretung sowie auf Selbständigkeit der einzelnen Berufsgruppen hinauslaufen.

Die Landesvertretung soll einer neugeordneten, anders geschichteten Gesellschaft entwachsen. Das wäre allerdings das Ende des jetzigen zünftigen Politikerthums, welche das Volk mit Schlagwörtern und „Fragen" ködert, irreführt und ausbeutet. Leider ist es noch weit bis zu einer Neuordnung unserer zerrütteten Gesellschaft. Die Provinzialconferenzen sowohl, als die Pariser Hauptversammlung haben auch nur einen recht schüchternen Versuch gemacht, das Wahlrecht zu verbessern. Die Furcht, als Vergewaltiger des allgemeinen Stimmrechtes verschrieen zu werden, hat sie abgehalten, hier gründlichere Vorschläge zu machen. Die Bedingung eines höheren Alters ist lobenswerth, aber sie geht der Sache nicht auf den Grund, ist nur ein Nothbehelf. Auch ein 25jähriger Wähler kann ein ungerathener, unselbständiger Sohn sein, welcher weiter nichts leistet, als auf Kosten seines Vaters zu leben. In welcher Weise „die Vertretung der Wittwen, volljährigen Töchter und Minderjährigen" in der Gemeindebehörde bewirkt werden soll, darüber sind nur allgemein gehaltene Andeutungen zum Vorschein gekommen. Kurz, aus diesen beiden Forderungen geht hervor, daß man die Mängel des jetzigen Wahlwesens zwar empfindet, aber sich über die Ursache keine Klarheit zu verschaffen weiß. Es fehlt eben die Vorstellung, daß das Wahlrecht ein sociales Amt ist, also auch auf socialen Bedingungen beruhen muß. Hätten die Mitglieder der Versammlungen sich um die alten Wahlordnungen, besonders des Mittelalters, gekümmert, so würden sie wohl bald das Rechte gefunden haben. Das Wahlrecht muß auf der natürlichen socialen Einheit, der Familie, beruhen und nicht auf der Kopfzahl der männlichen Personen. Das Wahlrecht gehört allein dem Familienhaupt, wie demselben ja auch die Verantwortung und die Sorge für die ganze Familie obliegt. Durch das Familienhaupt sind alle

Mitglieder der Familie vertreten, welche keinen eigenen Hausstand haben, unverheirathet und minderjährig sind. Wenn der Vater stirbt, übt die Wittwe sein Stimm- oder Wahlrecht, da sie nunmehr das Haupt der Familie ist. Auch ledigen Geschwistern, welche einen gemeinsamen Hausstand führen, also äußerlich eine sociale Einheit darstellen, kann das (durch das älteste Mitglied zu übende) Wahlrecht zugestanden werden. Sind in dieser Weise nur die socialen Einheiten, die Familien, die Wahlberechtigten, dann sind auch die Rechte der Einzelstehenden, volljährigen Töchter wie der Minderjährigen gewahrt, denn ihr Schutzbedürfniß ist dasselbe wie bei den entsprechenden Mitgliedern der Familien.

Vor allem aber ist durch das auf der Familie beruhende Wahlrecht ein sittlicher socialer Boden für dasselbe geschaffen, auf dem sich das ganze Gebäude erheben kann. Die Familie kommt wiederum zu ihrem Rechte, während sie heute vom Gesetze thatsächlich übergangen wird. Das jetzige Wahlrecht ist einfach eine Ungeheuerlichkeit, indem es nur Personen eines bestimmten Alters und Geschlechtes anerkennt, von allem Uebrigen aber absieht. Erst nach der großen Versammlung in Paris hat ein katholischer Schriftsteller, Herr Coquille, auf besondere Anregung im „Univers" die Wahlfrage in diesem Sinne erörtert. Hoffen wir, daß sein eindringliches Wort nicht auf unfruchtbaren Boden gefallen sein möge.

Der dritte Ausschuß, für Gewerbe und Handelsstand, einigte sich auf folgende Forderungen: „Gesetzliche Sonntagsruhe; freie genossenschaftliche Gestaltung der Gewerbe; Beschränkung der Thätigkeit der anonymen Gesellschaften und Sicherung gegen falsche Veranlagungen ihrer Gründer (Börsenschwindel); Aenderung des Erbrechtes; Einschränkung der Frauen- und Kinderarbeit; Gesundheitspflege der Arbeiter; der Lohn soll nur theilweise übertragbar sein oder beschlagnahmt werden können; Kündigung der Handelsverträge; öffentliche Arbeiten und Lieferungen sollen der einheimischen Betriebsamkeit vorbehalten bleiben; der Oberhandelsrath soll

durch die Handelskammern gewählt werden; französische Erzeugnisse sollen keine höheren Bahnfrachten zahlen als ausländische.“ Am zweiten Tage wurden diese Forderungen noch weiter vervollständigt: „Einführung allgemeiner Frachtsätze für ausländische Ackerbau- und gewerbliche Erzeugnisse, um dadurch die französischen Erzeugnisse zu bevorzugen; Steuer auf die Ausländer, welche in Frankreich Handel oder Gewerbe treiben; Freiheit der Arbeit für diejenigen, welche sich nicht an Streiks betheiligen wollen; Bildung von Provinzialgruppen für gemeinsame Interessen; Neuordnung der Arbeitverhältnisse durch Genossenschaften.“

Wir haben hier also eine Reihe von Forderungen, welche in allen Ländern durch die christlichen Socialpolitiker, wie durch namhafte Gruppen von Betheiligten aufgestellt worden sind. Um so mehr ist zu bedauern, daß sich die conservativen Conferenzen zur Aufstellung von Forderungen verleiten ließen, welche nicht sehr christlich sind, auch wirthschaftlich nachtheilig und politisch gar nicht durchzuführen sind. Die Urheber dieser Sätze haben offenbar den Vorurtheilen des Tages huldigen zu müssen geglaubt, um es bei den Massen nicht zu verderben. Hieher gehören namentlich die Forderungen wegen Aufhebung der Handelsverträge und der Besteuerung der Fremden.

Seit 1872 ist es bei der gedankenlosen Menge zum unumstößlichen Grundsatze geworden, alle wirthschaftlichen Nöthen Frankreichs auf den Artikel 11 des Frankfurter Friedens zurückzuführen, welcher Deutschland und Frankreich gegenseitig alle Rechte der meistbegünstigten Nation zusichert. Thatsächlich hat der französische Außenhandel dadurch mehr gewonnen als verloren, indem ja auf diesen Vertrag die glänzendsten Jahre wirthschaftlichen Aufschwungs gefolgt sind. 1875 erreichte die Ausfuhr verarbeiteter Waaren die nie erreichte Summe von 2120 Millionen. Wenn seither die Dinge sich vielfach schlechter gestalteten, so kommt dies daher, daß das geeinigte Deutschland auch seine wirthschaftlichen

Kräfte zusammengefaßt hat und deshalb auf dem Weltmarkt größere Erfolge als früher erzielt. Auch England klagt jetzt über den Mitbewerb Deutschlands. Außerdem haben Rußland und die Vereinigten Staaten durch Erhöhung der Zölle auch die französische Einfuhr mehr als früher abgewehrt. Frankreich löst nun allmählig alle seine Handelsverträge, indem es dieselben nicht erneuert, oder aber so abändert, daß für Deutschland die Meistbegünstigung keinen Werth mehr haben kann. Hierin wird man sich aber täuschen. Wenn alle Handelsverträge abgethan sein werden, haben alle Länder keinerlei Rücksicht mehr auf Frankreich zu nehmen, und werden ihre Zollsätze mehr und mehr gegen dasselbe richten. Zudem hat Frankreich für seine wichtigste Ausfuhr, die Modewaaren, sehr starke Nebenbuhler erhalten. Mit dem Aufhören aller Handelsverträge wird daher die französische Ausfuhr noch mehr in Nachtheil kommen. Ein Land, das, bei gewaltig steigendem Mitbewerb, für 17 bis 1800 Millionen verarbeitete Waaren im Auslande absetzen muß, um wirthschaftlich bestehen zu können, muß sich den Absatz durch Verträge sichern. Ohne Handelsverträge wird sein Absatz dieselben empfindlichen Einbußen erleiden, wie jetzt namentlich der deutsche Außenhandel durch die öfteren, meist ganz unerwarteten, Zollerschwerungen Rußlands.

Was ferner die Sonderbesteuerung der Fremden betrifft, so verstößt sie einfach gegen das Völkerrecht, wie sich dasselbe unter dem Einfluß des Christenthums ausgebildet hat. In allen gesitteten, christlichen Staaten gilt der Grundsatz, daß der Ausländer keine anderen Steuern zu zahlen, keine andern Pflichten zu übernehmen hat, als der Einheimische. Es ist dies die echt christliche Gastfreiheit der Völker untereinander, daher auch von hoher Bedeutung für die allgemeine Gesittung und die Verträglichkeit der Völker untereinander. Ohne dieses Gastrecht wäre die Gemeinsamkeit der christlichen Völker und ihre Gesittung ein leeres Wort. Sogar die Ausbreitung des Christenthumes, welche doch allen

christlichen Völkern als höchstes Ziel vorschweben muß, wäre durch solche feindselige Behandlung der Ausländer in hohem Grade gefährdet. Welches Recht hätten wir, uns über die Verjagung und Ermordung unserer Missionäre zu beklagen, wenn wir unter uns Ausnahmsgesetze gegen die Fremden einführen wollten?

Es ist dabei wahrhaft rührend, mit welch' kindlicher Unbefangenheit zugleich die nackte Selbstsucht aufgedeckt wird. Nur diejenigen Ausländer, welche arbeiten, Handel und Gewerbe treiben, sollen mit einer Ausnahmesteuer belegt werden. Diejenigen, welche bloß hieherkommen, um ihr Geld zu verzehren, sich in Sittenlosigkeit und Ausschweifungen zu Grunde zu richten und Andern durch ihr böses Beispiel Aergerniß zu bereiten, sollen steuerfrei bleiben, alle Vorzüge und Annehmlichkeiten des christlichen Gastrechtes genießen. Die Conservativen haben sich in diesem Falle an das Bild des Musterfremden gehalten, wie es namentlich den von dessen Ausbeutung lebenden Parisern vorschwebt. Dieser Musterausländer soll das Geld mit beiden Händen um sich werfen, doppelte Preise zahlen, noch dankbar dafür sein, wenn ihm das Fell über die Ohren gezogen wird. Je schneller er mit seinen Mitteln fertig wird, desto besser. Dann aber soll er, als Obdachloser und Landstreicher, möglichst bald über die Grenze geschickt werden. So lange er mit dem Gelde um sich wirft, ist er un noble étranger, dem wohlgefällig alle beliebigen Grafen- und Fürstentitel beigelegt werden. Sobald der Fremde aber sein Brod im Schweiße seines Angesichtes erwerben, sein Pfund pflichtmäßig wuchern lassen und seinem Nebenmenschen durch Arbeit nützlich sein will, ist er ein Hungerleider, ein schäbiger Nebenbuhler, welcher den Einheimischen das Brod vom Munde wegstiehlt. Man sieht, wie tief die Conservativen hier noch in engherzigen nationalen und wirthschaftlichen Vorurtheilen, in der Bourgeois-Selbstsucht befangen sind, um das Widerchristliche einer solchen Forderung nicht sofort einzusehen. Und dabei verlangen sie,

daß die Lehren des Evangeliums die Grundlage der öffentlichen Einrichtungen sein sollen!

Von den politischen und wirthschaftlichen Nachtheilen einer solchen Forderung soll hier nur nebenbei die Rede sein. Unzweifelhaft ist es die bisher geübte Gastfreundschaft, welche Frankreich bei den andern Völkern so viele Zuneigung und Freundschaft verschafft hat. Denn Frankreich ist in der Lage, diese Gastfreiheit umfassender als jedes andere Volk in Europa üben zu können. Seine eingeborene Bevölkerung zeigt die geringste Mehrung unter allen christlichen Völkern — die Siebenbürger Sachsen und die eingebornen Nordamerikaner kaum ausgenommen — welche überdieß sich noch immer mehr verringert. Wenn es so fortgeht, hört in 10 bis 15 Jahren alle natürliche Mehrung auf, die Zahl der Departemente, in denen die Sterbefälle die Geburten übertreffen, nimmt andauernd zu. Ohne die Einwanderung würde daher kaum noch eine Mehrung, sondern in nächster Zeit eine Minderung der Bevölkerung eintreten. Beträgt doch die gesammte Mehrung durch Ueberschuß der Geburten und Einwanderung kaum noch 90,000 Seelen für das Jahr.

Da hingegen alle Frankreich umgebenden Länder einen starken natürlichen Volkszuwachs aufweisen, ist es ganz natürlich, daß sie Auswanderer nach Frankreich schicken. Die Bevölkerung ist wie das Wasser, welches, trotz aller Hindernisse, stets darnach drängt, eine wagrechte Fläche herzustellen. Die Zahl der Ausländer ist daher stetig in demselben Verhältniß gewachsen, als die Mehrung der Einheimischen sich minderte. 1852 machten die Ausländer kaum ein Hundertstel der Bevölkerung aus, heute sind es fast 3 Procent, da sich unter 38½ Mill. Einwohnern rund 1¼ Mill. Ausländer befinden. Darunter gibt es 470,000 Belgier — in einigen Fabrikstädten des Norddepartements bilden dieselben die Hälfte oder sogar die Mehrheit der Einwohner — 270,000 Italiener, 60,000 Spanier, 60,000 Schweizer, 20,000 Luxemburger, 2c. Die Zahl der Deutschen wird abwechselnd auf 60,000 und

auf 108,000 angegeben, je nachdem die reichsangehörigen Elsaß-Lothringer ihnen zugezählt werden oder nicht. In Paris, wo die meisten Deutschen (30,000) leben, nimmt ihre Zahl seit einigen Jahren beständig ab. Alle Gründe sprechen dafür, daß die Zahl 60,000 für die Deutschen zu hoch gegriffen ist. Gegenüber den übrigen Ausländern, und in Anbetracht, daß Deutschland eine natürliche Mehrung von 500,000 und eine Auswanderung von 100,000 Köpfen jährlich aufweist, ist also die Zahl der Deutschen in Frankreich gering zu nennen. Sie erscheint nur größer, weil die Elsaß-Lothringer (wohl 150,000), die Schweizer, Luxemburger, Oesterreicher ebenfalls deutsch sprechen.

Trotzdem aber ist die Fremdenhetze hauptsächlich, ja ausschließlich gegen die Deutschen gerichtet. Wenn von den Nachtheilen der Einwanderung die Rede ist, wird stets nur auf die Deutschen hingewiesen, sie werden als Urheber alles Uebels angeklagt. Als voriges Jahr der Ausstand der Erdarbeiter bedrohlich in Paris sich ausbreitete, hieß es sofort, die Deutschen hätten denselben angestiftet. Die Blätter blieben, trotz aller Gegenbeweise, bei dieser Behauptung. Es verschlug ihnen nichts, als festgestellt wurde, daß unter den 6000 Ausständigen sich nur 17 vereinzelte Deutsche befanden, welche von den Andern zum Mitmachen gezwungen worden waren. Da es gerade die verbissensten Republikaner und Boulangisten sind, welche die Deutschenhetze betreiben, ist es um so bedauerlicher, daß die Conservativen in dieser Weise sich in die Gesellschaft mischen. Es soll hier bloß erwähnt werden, daß Frankreich den Ausländern, namentlich den Deutschen, unendlich Vieles in Kunst, Wissenschaft und Gewerbefleiß verdankt. Die Haltung der Conservativen ist um so bedauerlicher, als kurz darauf der internationale Socialistencongreß in Paris stattfand, bei dem die Deutschen, darunter zehn Reichstagsmitglieder, eigentlich die erste Geige spielten. Die Lösung der socialen Frage, dies ist auch in Frankreich erkannt, kann nur auf internationalem Wege bewirkt werden.



Wenn aber die Conservativen, durch Knechtung der Ausländer, durch Aufhebung des Restes der noch bestehenden Gemeinschaft der christlichen Völker, diesen Weg sich verschließen, dann leisten sie dem Socialismus nur um so größern Vorschub. Die rothe Internationale kann nur durch die christliche Internationale unschädlich gemacht werden.

Die französischen Katholiken — welche ja mit den Conservativen gleichbedeutend sind — stehen hinsichtlich der persönlichen Hingabe und Opferwilligkeit als Muster da. Wenn sie in politischer Hinsicht, trotz der günstigen Umstände nach 1872, fast ohnmächtig sind, so kommt es meiner Wahrnehmung zufolge daher, weil sie sich national zu sehr abschließen. Die Katholiken sind nur stark, wenn jede ihrer Thaten und Kundgebungen in allen Ländern Widerhall findet. Nur hiedurch ist der Liberalismus so mächtig geworden in Europa. Aber was wollen die französischen Katholiken erreichen, wenn in einer ihrer größeren Versammlungen ein Redner, ohne Widerspruch zu finden, erklären konnte: gegen Deutschland, also auch gegen die deutschen Katholiken, müsse die Nächstenliebe eingestellt (il faut une suspension de l'amour du prochain) werden! Und gerade damals standen wir im heftigsten Culturkampf! Gewiß, der unchristliche Rath des Redners ist nicht buchstäblich befolgt worden, aber er ist doch bezeichnend genug. —

Betreffs der Familie brachte der betreffende Ausschuß folgende Forderungen zur Annahme: „Abschaffung der Ehescheidung; Achtung der väterlichen Gewalt, welche durch Erhöhung des verfügbaren Theiles der Nachlassenschaft zu stärken ist; Nothwendigkeit, den väterlichen Herd zu erhalten; Vereinfachung der Regelung bei Erbschaften, wenn Minderjährige vorhanden sind; Ausdehnung der Rechte des überlebenden Ehegatten; Herabsetzung der Erbschaftssteuer, besonders bei direkten Erben; Erhaltung des häuslichen Herdes für Wittwen und Kinder durch geeignete Gesetze; Verhinderung der Verbreitung unsittlicher Schriften; strenge Ueber-

wachung der Schankstätten; strenge Ahndung des Zweikampfes, besonders im Heer.“

Diese Forderungen berühren die wundesten Stellen des französischen Lebens. Während einheimische und ausländische Schriftsteller bezeugen, daß noch im achtzehnten Jahrhundert, die verderbten Hof- und verwandte Kreise ausgenommen, im französischen Volke das schönste Familienleben herrschte, stimmen jetzt alle Beobachter über dessen steigende Zerrüttung überein. Aber alle Kundigen geben auch zu, daß alles Uebel auf die Gesetzgebung zurückgeführt werden muß, deren Hauptziel dahin geht, die Bande zu lockern, welche die Familie zusammenhalten. Der französische Vater hat das Recht, das ererbte Vermögen durchzubringen, aber über das selbst geschaffene Vermögen darf er nicht frei letztwillig verfügen. Trotzdem er die Fähigkeit bewiesen hat, Vermögen zu erwerben und gut anzuwenden, behandelt ihn das Gesetz als Minderjährigen, wenn es gilt, über dasselbe letztwillig zu entscheiden. Zwei Drittel des Vermögens sind seiner Gewalt entzogen, nur das letzte Drittel kann er, unter erschwerenden Bedingungen, nach eigenem Ermessen vertheilen. Ein 21jähriger, also mündiger Sohn hat schon bei Lebzeiten der Eltern ein Recht auf deren Vermögen. Er kann dieses zwar nicht herausverlangen, aber da dasselbe ihm nicht durch letztwillige Verfügung entzogen werden darf, kann er Schulden auf dasselbe machen, was tagtäglich geschieht. Stirbt der Vater ohne letzten Willen, so muß die Hinterlassenschaft gerichtlich geregelt werden, angeblich um die Rechte der Kinder zu wahren, natürlich gegen die Mutter. Gar oft endigt diese Regelung damit, daß Mutter und Kinder von Haus und Hof vertrieben werden. Beim Sterbefall der Mutter kann dasselbe für den Vater eintreten. Kurz, kraft des Gesetzes hat der Tod eines der Gatten leichtmöglich die Auflösung der Familie und des Besitzthums, bei großem Verlust an letzterem, zur Folge. Die Kinder sind gegen die Eltern und gegeneinander mit Rechten ausgerüstet, gegen welche die Einigkeit



der Familie und der gemeinsame Herd nur schwer Stand zu halten vermögen. Da die Kinder, aus Eigennutz, geborne Gegner der Eltern sein müssen, verlangen letztere gar nicht darnach, viele derselben zu haben. Die überlebende Gattin erbt nichts von ihrem Manne, alles geht an dessen Anverwandte zurück, wenn keine Kinder vorhanden sind. Vermacht der Mann seiner Frau das ganze oder einen Theil des Vermögens, so glauben sich seine Anverwandten geschädigt, greifen das Testament an. Bitterböse Feindschaft gegen die Wittwe ist noch das Geringste. So arbeitet das französische Gesetz auf möglichste Zersplitterung und Auftheilung des Besitzes, indem es die Rechte der Einzelnen demjenigen der Familie voranstellt und den Eigennutz und das Mißtrauen der Geschwister gegeneinander anstachelt. Besonders nachtheilig ist noch die Bestimmung, daß jeder Erbe von jedem Stück der Hinterlassenschaft seinen natürlichen Antheil erhalten muß. Jedes Feldstück und jedes Gärtchen muß daher in ebenso viele Theile zerlegt werden, als es Erben gibt. Da das Haus nicht getheilt werden kann, muß es meistbietend verkauft werden. Es ist daher auch so weit gekommen, daß es Grundstücke gibt, welche ganze sechs Weinstöcke tragen. Das Gesetz reißt die Familien auseinander, daher die sociale Zerrüttung, welche in dem sinnlosen allgemeinen Stimmrecht aller 21jährigen Männer seine Krönung findet.

Der Ausschuß für öffentliche Wohlthätigkeit brachte folgende Forderungen zur Genehmigung: „Freiheit der Kirche; Freiheit der Wohlthätigkeit durch Gewährung juristischer Rechte für die betreffenden Anstalten, sowie Abschaffung der (von der dritten Republik) denselben auferlegten Steuern; Freiheit in der Wahl der Beauftragten für wohlthätige Zwecke; Wiedereinführung der Schwestern in die Krankenhäuser; Gewissensfreiheit für die Sterbenden und Wiederanstellung von Seelsorgern in die Krankenanstalten; Ueberwachung der durch Wohlthätigkeit erhaltenen Kinder durch den Pfarrer.“ — Der Ausschuß für Rechtsfragen stellte folgende Forder-

ungen fest: „Unabsetzbarkeit der Richter, Aufsteigen derselben nach ihrer Fähigkeit geregelt; Bürgschaften für die Unabhängigkeit der Friedensrichter; Abschaffung der Verwaltungsgerichte; Umwandlung der Prozeßordnung, damit die Kosten in das richtige Verhältniß zu dem strittigen Betrage gebracht werden; Aenderung der Aufstellung der Geschwornenliste; besondere (Schieds-) Gerichte für Vergleiche; Wahl der Handelsrichter durch den Handelsstand.“

Diese beiden Gruppen betreffen hauptsächlich die Mißbräuche, welche durch die dritte Republik eingeführt wurden. Es ist der Culturkampf, der hier getroffen wird. Um die Kirche zu verfolgen, sind die Orden versprengt, die wohlthätigen Anstalten besteuert, ist den amtlichen Anstalten allein das Recht zugesprochen worden, Schenkungen und Vermächtnisse zu wohlthätigen Zwecken zu empfangen. Die Ehescheidung ist eingeführt worden, um den Zwist mit der Kirche zu verschärfen. Unabhängigkeit und Unabsetzbarkeit der Richter wurden aufgehoben, weil man die Gerichte zu Werkzeugen der Machthaber haben will. Die Verwaltungsgerichte dienen einfach dazu, selbst in Vermögensfragen mißliebigen Personen und Anstalten ihr Recht zu verschließen.

Der Heeresausschuß brachte die Forderungen zur Annahme: „Ersatz des stehenden Heeres durch eine auserlesene Schaar Freiwilliger und Berufssoldaten; Reserven zur Landesvertheidigung, Beibehaltung der bestehenden Befreiungen vom Wehrdienst; Wiederherstellung der Seelsorge im Heere; Beständigkeit im Oberbefehl des Heeres; Bildung eines Colonialheeres aus Eingebornen; Entschädigungen für die Handelsschiffahrt (welche Matrosen an die Flotte abzugeben hat).“ Die Ständigkeit im Oberbefehl wäre nur möglich bei einer monarchischen Regierung: dies ist der einzige Punkt in den aufgestellten Forderungen, welcher eine Aenderung der Staatsform bedingen würde.

Gewiß ist es verdienstlich, inmitten der europäischen Waffenstarre einmal die Abschaffung der allgemeinen Be-

waffnung als erreichbares Ziel zu benennen. Eine Abschaffung des stehenden Heeres wird durch diese Forderung nicht verlangt, sondern nur der Ersatz des ungeheuren stehenden Volksheeres durch ein kleines Berufsheer. Gerade um dieselbe Zeit wurde das neue Wehrgesetz eingeführt, welches die Wehrgesetze aller anderen Kriegsstaaten an Ungeheuerlichkeit noch bedeutend übertrifft. Dasselbe führt die allgemeine, gleichmäßige Dienstzeit für alle Wehrtüchtigen ein. Nur die Zöglinge der höheren staatlichen Fachschulen und der Fakultäten kommen noch mit Einem Jahr davon. Das Gesetz wäre beinahe gescheitert, weil der Senat diese Erleichterung auch dem Priesterstande gewähren wollte, was der Kammer durchaus nicht beliebte. Es bedurfte der ganzen Beredsamkeit des Kriegsministers, damit die republikanische Mehrheit nicht das ganze Gesetz wegen dieses einzigen Punktes verwarf. Er versicherte, dieser Artikel könne ja immer noch geändert werden, deßhalb dürfe man wegen desselben das seit mehr als einem Jahrzehnt in Arbeit befindliche Gesetz nicht nochmal scheitern lassen.

Eine andere Neuerung des Wehrgesetzes ist eine Ungeheuerlichkeit. Dieselbe besteht in der Bestimmung, daß Soldaten nach dem ersten Dienstjahr entlassen werden können, sofern sie sich eine genügende Ausbildung angeeignet haben. Da nämlich unmöglich alle Wehrfähigen drei Jahre unter der Fahne gehalten werden können, soll auf diese Weise jährlich ein Drittel des Jahrganges heimgeschickt werden. Bisher entschied das Loos, schon bei der Aushebung, über dieses einjährige Drittel. Außerdem berechtigte eine durch Prüfung oder Schulzeugniß nachgewiesene höhere Bildung zum einjährigen Dienst. Fortan werden alle ähnlichen Erleichterungen ganz in der Willkür der politischen Behörden liegen. Die Offiziere werden zwar über den Grad der erworbenen Ausbildung gehört werden, aber die politischen Behörden entscheiden schließlich in letzter Instanz. Sie werden die Söhne ihrer Schützlinge und ihrer Wähler vor allen

anderen nach einjährigem Dienst befreien. Mit Recht wurde von diesem Wehrgesetz gesagt, daß es nur den Zweck verfolge, die Last der Wehrpflicht auf die Gegner der Republikaner abzuwälzen. Alle Beamten bis herab auf die Kassenboten der bevorrechteten Bankanstalten und die Stallknechte der öffentlichen Gestüte sind von der Einberufung befreit — denn sie sind alle Republikaner — nicht aber die Priester, welchen der Senat nur die Begünstigung verschaffte, blos zum Krankendienst verwendet zu werden.

Bezüglich des Unterrichtes wurde von der Hauptversammlung gefordert, daß derselbe, gleich allen öffentlichen Einrichtungen, die kirchliche Lehre zur Grundlage habe, deßhalb auch der Kirche das ihr angeborne Recht auf den Unterricht wiederum voll und ganz zugestanden werde. Die übrigen Forderungen betreffen: Regelung der Finanzen, Maßnahmen gegen das Börsentreiben und Aehnliches, was mehr die besonderen französischen Verhältnisse betrifft.

In der Schlußsitzung, am 25. Juni, hielt sodann der Graf de Mun die Hauptrede:

„Sie haben ein vollständiges Regierungsprogramm ausgearbeitet, die Zukunft wird dasselbe durchführen und ergänzen. Die Aufgabe wird Zeit brauchen, denn nur die Revolutionen geschehen plötzlich, in einem Tage, wirkliche, fruchtbare Umwandlungen erfordern Zeit und Ausdauer. Aber es ist schon viel, dieselben klar zu erkennen, genau vorzuzeichnen und mit Entschlossenheit an ihre Verwirklichung zu gehen. Dies werden Sie thun, deßhalb bin ich voller Vertrauen in die Zukunft. Wir haben uns versammelt, um das verflossene Jahrhundert mit Gerechtigkeit zu betrachten, nicht um uns in unfruchtbaren Anklagen zu ergehen. Die daraus zu schöpfende Belehrung soll das Licht sein auf unserem Wege. Wenn der Jugend gelehrt wird, die Vergangenheit zu ehren, muß sie diese auch verstehen und lieben lernen, um zu begreifen, daß ihre Aufgabe darin besteht, vorwärts zu gehen und nicht auf den Ueberbleibseln der Vorzeit sitzen zu bleiben. Durch Einprägung unverbrüchlicher Treue für die unwandelbaren Gesetze des Christenthums müssen

wir der Jugend die nöthige Kraft geben, den Forderungen der Zeit zu entsprechen. Die Umgestaltungen, welche bevorstehen, sind ebenso tiefgreifend, als diejenigen, derer Opfer unsere Väter geworden. Das Anwachsen der Volksmacht ist ein verschlossenes Buch, das entsiegelt werden muß, eine jetzt noch dunkle Aufgabe, von der das Schicksal der Völker abhängt. Wenn die Lösung denjenigen zufallen soll, welche die Grundlage der Gerechtigkeit in der Läugnung der Rechte Gottes erblicken, wird dieselbe nur Opfer fallen machen, wie vor hundert Jahren. Pflicht der Christen ist, ein so furchtbares Unglück abzuwenden. Stellt Euch den sich vorbereitenden Umgestaltungen muthig gegenüber, mit Euren Grundsätzen bewaffnet tretet entschlossen in die große sociale Bewegung ein, welche die Völker ergreift."

„Die materialistische Bourgeoisie hat 1789 die Revolution zu ihrem ausschließlichen Vortheil vollbracht, sich an die Spitze geschwungen, das Volk aber unten gelassen. Sie hat ihm Freiheit und Gleichheit versprochen, aber mit dem Recht der Zahl nur eine flüchtige, unfruchtbare Macht verliehen. Sie hat das Volk entwaffnet für den Kampf der Arbeit, wo das Geld allein die Macht besitzt. Und da die Bourgeoisie ihre Macht nur auf die Selbstsucht gegründet, hat sie einen wirthschaftlichen Druck auf das Volk gelegt, der schwerer ist, als alle socialen Ungerechtigkeiten der früheren Jahrhunderte. Ihr jungen Leute müßt mit diesem Wesen brechen. Ihr müßt aufrichtig und mit Vertrauen dem Volk entgegenkommen, seine Klagen hören, selbst inmitten der ausgestoßenen Drohungen und Wuthschreie. Jene neue Welt, die wir entdecken müssen, ist das 20. Jahrhundert mit seinen Umgestaltungen, indem wir uns von dem festen Glauben leiten lassen, welcher das römische Heidenthum überwunden und die Barbaren gesittigt hat. Das jüngste Mitglied der französischen Akademie sagte: die Hundertjahrfeier von 1789 dürfe nicht blos einen Sarg beisetzen, sondern müsse auch eine Wiege aufstellen. Damit das Kind kräftig sei und lange lebe, muß diese Wiege von dem Banner des Kreuzes überschattet sein, welches Christoph Columbus in seiner neuen Welt aufgesteckt hat."

Graf de Mun hat wie Keiner seine Zeit erkannt und die Zukunft vorgeschaut. Daß er verstanden wird und gar

viele ihm nachstreben, ja alle Katholiken Frankreichs in die Bewegung einbezogen werden, dafür bürgen die gedachten Versammlungen. Sie sind ein Pfand der Zukunft, die wahrscheinlich noch ferne ist, da allen Anzeichen nach dem Lande für die nächste Zeit bedeutendere Erschütterungen bevorstehen.

XXXVIII.

Ueber die russische Jubiläumsfeier der Vernichtung der griechisch-unirten Kirche in Lithauen und Weißruthenien (1839).

Die mißglückte vorjährige Jubiläumsfeier zu Kijew[1]) hätte uns glauben machen sollen, daß man dort nicht sobald wieder mit einer neuen Feier kommen werde. Wenn man aber die vorjährige mit Recht eine Geschichtslüge hat nennen können, so muß man die dießjährige mit Lescoeur[2]) als einen „blutigen Mißbrauch der Worte" bezeichnen. Freilich verlief die heurige Feier ganz anders, als die vorjährige. Man hat keine „Brüder Slaven" eingeladen und sich damit wenigstens ein neues Fiasco erspart, so ganz aber ohne Blamage verlief die Feier doch auch nicht. Sie war nur in den „westlichen Provinzen" des Russenreiches anberaumt, denn sie galt der „Wiedervereinigung" der griechisch Unirten in Lithauen und Weißruthenien mit der russischen „Mutterkirche". Das ist am 25. März 1839 geschehen, und hätte also der Gedenktag

---

1) „Histor.-polit. Blätter" Bd. 102, 6. p. 444—470.

2) Lescoeur, L'église catholique en Pologne sous le gouvernement russe. Paris 1860. p. V.



im Frühjahr gefeiert werden sollen, aber man scheint zu spät auf den köstlichen Einfall gekommen zu sein, und so bestimmte die „hl. Synode“ zu Petersburg den 7. und 8. Juni (20. und 21. nach unserem Kalender) 1889 für die Feier. Der Tag war übrigens klug gewählt, denn es fiel auf ihn das katholische Fronleichnamsfest. Dieses Fest wird in der russischen Kirche nicht gefeiert, war aber in der unirten eingeführt gewesen, und das „wiedervereinigte“ Volk strömt an diesem Tage in die Städte, um an den katholischen Processionen, welche in den Straßen umziehen, theilzunehmen. Das kann die Polizei nicht verhindern, wogegen eine katholische Kirche zu besuchen, einem „Wiedervereinigten“ streng verboten ist. Auf diesen Zudrang des Volkes hat man also gerechnet, sich aber leider — verrechnet.

I.

Es war den Russen vor Allem darum zu thun, daß die Feier in Wilno glänzend ausfalle. Wilno ist nämlich die uralte Hauptstadt Lithauens und die Residenz der früheren Großfürsten, welche mit Jagiello den polnischen Thron bestiegen (1386). Hier war auch der Sitz der ruthenischen Metropoliten und hier hat gegen Ende des 16. Jahrhunderts der Polenkönig Stephan Batory eine Akademie gegründet, welche er den Jesuiten übergab (1578); dieselbe wurde nachher zu einer Universität erweitert (1803) und erst 1832 von der russischen Regierung aufgehoben. Der Gouverneur von Wilno, Kochanow, traf auch alle möglichen Vorkehrungen, um das Fest so glänzend als möglich zu veranstalten. Militär, Fahnen, Kränze, Festessen und Festreden, feierlicher Gottesdienst in der Kirche und feierliche Processionen: alles war da, nur das Wichtigste, um das es sich am meisten handelte, das „wiedervereinigte“ Volk — blieb aus. „Man hätte doch leicht“, schrieb der Correspondent der „Moskowskija Wiedomosti“ aus Wilno, „aus jeder Gemeinde zwei oder drei Menschen herbeischaffen können, so daß ihre Zahl einige

Hundert erreicht hätte, man hätte sie gastlich aufnehmen und an der Festlichkeit an einem sichtbaren Platze aufstellen können; dann hätten sie doch wenigstens den Geist der Wiedervereinigung zu Hause gestärkt." Der Correspondent beklagt mit vollem Recht das Fiasco einer solchen Feier der „Wiedervereinigung" ohne die Theilnahme des „wiedervereinigten" Volkes, aber es ist eben noch zu früh geschehen. Die Union mit der römisch-katholischen Kirche ist zwar bereits seit 50 Jahren amtlich aufgehoben, aber in den Herzen des Volkes ist sie noch nicht vergessen. Es geschieht auch nicht ohne Grund, daß man jeden katholischen Priester mit der Deportation nach Sibirien bestraft, wenn er einem „Wiedervereinigten" die hl. Sakramente spendet, und daß man dem Volke unter Strafe die katholische Kirche zu besuchen verbietet. Was würde aber mit dieser „Wiedervereinigung" geschehen, wenn man den katholischen Missionären das erlauben möchte, was ihnen in China und Japan erlaubt ist, nämlich den katholischen Glauben zu predigen, und wenn die Conversion straflos geschehen dürfte?

Nach der kirchlichen Feier versammelten sich die Gäste in der Aula des Johannes-Gymnasiums und hier wurden drei Festreden gehalten. Merkwürdiger Weise übernahmen diesen Theil der Arbeit drei apostasirte ruthenische Priester, welche aus Galizien nach Rußland übersiedelten und in der Diöcese Chelm (1875) die Union zu vertilgen mitgeholfen haben. Der eine von ihnen, Kojalowicz, sprach über die „Wiedervereinigung"; der andere Naumowicz, der erst vor Kurzem aus Galizien auswanderte, als die Gemeinde Hniliczki in Galizien sich auf sein Anrathen offen zum Schisma bekannte, um zum Kirchenbaue nicht beisteuern zu brauchen, schilderte die „unglückliche" Lage der griechisch-unirten Kirche in Galizien, „welche nur im Schisma ihr Heil und Rettung sehe". Die Rede dieses Mannes war das Höchste, was man an Geschichtslügen an diesem Tage vorbringen konnte. Denn so viel weiß doch jeder Mensch, daß die griechisch-unirte Kirche in Galizien eben dieselben Freiheiten und Rechte genießt, wie

die katholische, und wer den österreichischen Staats-Voranschlag für 1888 und 1889 in die Hand nimmt, kann sich leicht überzeugen, daß man gegenwärtig aus dem galizischen Religionsfonde, der doch aus dem römisch-katholischen Kirchenvermögen entstanden ist, den Bau eines griechisch-unirten Priesterseminars in Lemberg bestreitet. Als Dritter sprach bei der Feier Budilowicz und feierte den Namen Siemaszko's als Haupturheber der „Wiedervereinigung“. Diese Rede rief aber eine sofortige Widerlegung hervor. Der dortige Professor Bobrowski bewies nämlich an Ort und Stelle, daß nicht Siemaszko, sondern Zar Nikolaus den Plan der Vernichtung der unirten Kirche ausgesonnen hat. Doch wir werden noch auf diesen Streit zurückkommen.

Das Bestgelungene von der ganzen Feier soll das Festessen bei dem Gouverneur Kochanow gewesen sein, aber derselbe war ungehalten darüber, daß man russischerseits sehr wenig Theilnahme bewiesen hat. Aus Petersburg waren nämlich hohe Gäste erwartet, es kam aber Niemand außer dem Sekretär des Oberprokuror's der hl. Synode, welcher Sabler heißt. Das war doch zu wenig! Eine Handvoll von Telegrammen, welche in einigen Städten Rußlands bestellt waren, konnte eben diese Theilnahmslosigkeit nicht verschönern.

In der Hauptstadt Weißrutheniens, Polozk, wo durch den Martertod des hl. Erzbischofs Josaphat (1623) die Union mit der römischen Kirche befestigt worden ist, beschränkte sich die Feier auf den Gottesdienst in der Kirche, aber zu demselben wurden alle Schulkinder, auch die katholischen, zugezogen. Der Religionslehrer der dortigen Kadettenanstalt hielt während der Liturgie eine Ansprache, welche auch die katholischen Kinder mit anhören mußten. Die russische Regierung sucht nämlich die katholischen Kinder allmählig an das Schisma dadurch zu gewöhnen, daß alle Schulkinder, sowohl aus den Volks- als auch den Mittelschulen, an allen sogenannten Gala-Tagen, in welchen für ein Mitglied des

kaiserlichen Hauses gebetet wird, und solcher gibt es sehr viele, in die russischen Kirchen zu gehen und an der Liturgie theilzunehmen verpflichtet sind. Drei Katecheten des Gymnasiums zu Kowno (in Samogitien), welche sich dieser Verfügung widersetzten und die katholischen Schulkinder von der Theilnahme am schismatischen Gottesdienste abzuhalten suchten, wurden nacheinander in ein entlegenes Kloster geschickt. Dem Bischofe von Samogitien, Pallulon, wurde dafür, daß er die betreffenden Katecheten nicht zurechtweisen wollte, die Hälfte des Gehaltes durch eine Verfügung vom 4. April d. J. entzogen. Er wandte sich nach Rom um Entscheidung und erhielt eine Erklärung der hl. Congregation der Inquisition vom 19. Juni d. J., daß die katholischen Kinder am Gottesdienste der Andersgläubigen nicht theilnehmen dürfen.

In den übrigen Städten Rutheniens und Lithauens war überall, der Verordnung der hl. Synode entsprechend, am 7. (20.) Juni ein Trauergottesdienst für Kaiser Nikolaus und alle, die bei dem „Werke der Wiedervereinigung" thätig waren, am folgenden Tage aber öffentliche Prozessionen abgehalten. Die russische Presse leistete ihrerseits das Möglichste um alle Orthodoxen zu der Feier dieses Gedenktages anzuspornen. Wenn man aber die Artikel des Petersburger Amtsblattes („Prawitelstwiennyj Wiestnik") oder der kirchlichen Amtsblätter („Cerkiewnyj Wiestnik" und „Cerkiewne Widomosti") liest, wie sie Gott für die Wohlthat der „Wiedervereinigung" danken, so wird man unwillkürlich an das zweite Gebot erinnert. Denn ein Gotteswerk war diese „Wiedervereinigung" nicht, sonst hätte sie ganz anders geschehen müssen, wie sie in Wirklichkeit geschah.

Den Reigen eröffneten die „Nowosti" (Neuigkeiten) mit einem Artikel des Prof. Antonowicz. Der Mann ist, wenn wir nicht irren, Gymnasialprofessor in Galizien, und ebenso waren fast alle Artikel von galizischen Ueberläufern verfaßt. Es ist auch kaum der Mühe werth, hervorzuheben, mit welcher Wahrheitsliebe sie geschrieben sind. Aber auch eine

Reihe von Broschüren wurden aus diesem Anlasse herausgegeben.

Der obenerwähnte Johann Naumowicz schrieb eine Broschüre unter dem Titel: „Das halbe Jahrhundert (1839 bis 1889) der Wiedervereinigung mit der orthodoxen Kirche der west-russischen Unirten", und nannte diesen seinen Aufsatz „einen historischen Rückblick". Eine zweite Broschüre schrieb J. Czistowicz unter demselben Titel. Eine dritte gab wieder Naumowicz heraus; sie enthält 17 Dokumente, welche den Memoiren Siemaszko's entnommen sind. Eine vierte hat Prof. M. Kojalowicz herausgegeben. Sie enthält die 12 Ansprachen, welche Siemaszko nach der „Wiedervereinigung" bei verschiedenen Festlichkeiten gehalten hat. Beigefügt ist eine „Gedenkschrift" des apostasirten Erzbischofs Anton Zubko, und dessen „offenes Schreiben an einen hochgestellten römisch-katholischen Geistlichen".[1]) Damit wäre der ganze literarische Zuwachs, welchen das 50jährige Gedenkfest hervorgerufen hat, erschöpft. Leider haben wir aber nichts Neues gefunden, außer dem was wir bereits aus den Memoiren der drei Apostaten: Siemaszko, Luzynski und Zubko kennen.

Siemaszko war ein echter Bureaukrat. Er sammelte sorgfältig alle Dokumente und Schriften, auch die kleinlichsten Verordnungen, die er als Metropolit von Lithauen erließ

1) Alle diese Broschüren sind in russischer Sprache, im Verlage der hl. Synode und in der Synodalbuchdruckerei in demselben 8°-Format und in gleichem Druck erschienen. Die von Naumowicz ist 62 Seiten; die zweite von Czistowicz 64 Seiten; die dritte 70 Seiten und die letzterwähnte 88 Seiten stark. Auf dem Titelblatte der ersten ist mit fettem Drucke bemerkt: „zur unentgeltlichen Vertheilung". Man hat sie auch wirklich an die Theilnehmer der Festlichkeiten vertheilt. Man vertheilte auch eine kleine Broschüre von Malyszewski, welche in Frage und Antwort die Gegensätze zwischen der katholischen und der orthodoxen Kirche darstellt. Die Union der griechisch-slavischen Kirche mit Rom ist als ein Unding dargestellt.

und vermachte das nöthige Geld zur Herausgabe dieser seiner Papiere. Die Akademie zu Petersburg erfüllte seinen Willen 15 Jahre nach seinem Tode. Das Werk führt auch den Titel „Zapiski“ d. h. Notizen, denn die eigentliche Erzählung umfaßt nur 280 Seiten, den Rest der drei starken Bände füllen allerlei Beilagen aus.[1]) Die Memoiren des zweiten apostasirten Bischofs Basilius Luzynski wurde von der Akademie zu Kazan herausgegeben.[2]) Luzynski war zuerst Suffraganbischof und dann Erzbischof von Polozk, und hatte das Werk der „Wiedervereinigung“ in Weißruthenien, Wolhynien, Podolien und der Ukraine betrieben. Er schrieb aber sein Gedenkbuch erst in späten Jahren (1866, also 78 Jahre alt), wo sein Gedächtniß nicht mehr treu gewesen zu sein scheint. Aber die Absicht, die ihn dabei leitete, ist leicht zu ersehen. Er sucht seinen Antheil an dem „großen Werke“ hervorzuheben, weil sich Siemaszko das ganze Verdienst anzueignen suchte. Er beweist also in dem ersten Theile seines Buches, daß die Vorgänger das „Werk“ bereits vorbereitet haben, und im zweiten Theile hebt er sein eigenes Wirken hervor. Die beiden Werke ergänzen sich auch in vielfacher Hinsicht, obgleich sie von ungleichmäßigem Werthe sind.

Die beiden Apostaten überlebte der Dritte im Bunde, Anton Zubko. Er hatte Dimission bekommen (1847) und lebte in einem Kloster bei Kowno (Samogitien), wo er 1884

---

1) „Notizen Josephs, Metropoliten von Lithauen, nach dem Vermächtniß des Verfassers herausgegeben von der k. Akademie“. Petersburg, Druckerei der k. Akademie der Wissenschaften 1883. 4⁰. Bd. I. S. VIII und 745; Bd. II. S. 783; Bd. III S. 1042. Wir haben diese Memoiren, sowie unsere polnische Bearbeitung derselben bereits im vorigen Jahre (Histor.-polit. Bl. 102, 6. p. 468) erwähnt.

2) Kazan 1883. 8⁰. 312. Die Vorrede der Redaktion S. 3—12. Die Vorrede des Verfassers S. 15—21. Der erste Theil der Erzählung S. 21—66; II. Theil S. 67—280. Dokumente S. 281—312.



sein Bischofsjubiläum feierte. Bei diesem Anlasse dankte er in den Moskauer Nachrichten (Moskowskija Wiedomosti) für die ihm dargebrachten Gratulationen und erklärte, daß das Werk der Wiedervereinigung weder der Metropolit (Siemaszko) noch sonst Jemand zu Stande gebracht habe, sondern daß ein „Friedensengel in der Person des Zaren Nikolaus von Gott geschickt worden, welcher das Werk vollbrachte.“ Das war ein Protest gegen die eben kurz erschienenen Memoiren Siemaszko's. Er schrieb aber auch eine „Rückerinnerung über die griechisch-unirte Kirche in Westrußland“, welche mehrmals abgedruckt wurde. Sie ist insofern von Belang, als sie einige Details zu der Geschichte der „Wiedervereinigung“ bringt und das Wirken des Verfassers hervorhebt. [1])

Es ist ein widerliches Schauspiel, wie diese drei Apostaten ihre Gedenkbücher in russischer Sprache, die sie übrigens erst in späteren Jahren erlernt haben, niederschreiben und wie jeder von ihnen sich brüstet, seinerseits das Meiste zu dem Verrathe beigetragen zu haben. Alle drei suchen den Widerstand des glaubenstreuen Klerus zu vertuschen, und dem Leser einzureden, daß das gottlose „Werk“ ein Friedenswerk war. Erbauend ist diese Lektüre wahrlich nicht, aber die Selbstbekenntnisse sind eine Geschichtsquelle, auf welche man auch den Russen gegenüber sich berufen kann.

II.

Die beiden russischen Jubiläen, vom vorigen und von diesem Jahre, stehen im engen Zusammenhange. Dort behauptete man, daß vor 900 Jahren das Schisma in Kiew eingeführt und daß die griechisch-slavische Kirche in Ruthenien vom Anfange an eine „orthodoxe“ d. h. schismatische gewesen sei;

---

1) Zuerst gedruckt im „Russkij Wiestnik“ 1864. Dann in der Monatsschrift „Chelmskij grecko-uniatskij miesiacoslaw“. Warschau 1866. Neuerlich wurde diese Abhandlung der von Kojalowicz herausgegebenen oben erwähnten Broschüre beigedruckt (S. 31—76). Der Herausgeber hat sie mit Noten versehen, worin er von seinem Gesichtspunkte Manches berichtigt.

hier behauptete man wieder, daß ein Theil dieser Kirche, welche im 16. Jahrhundert sich mit der römisch-katholischen Kirche vereinigt hatte, jetzt wieder zu der „Mutterkirche" zurückgekehrt wäre. In diesem Sinne hat auch vor 50 Jahren Zar Nikolaus eine Medaille prägen lassen. Auf der einen Seite derselben glänzt das schismatische Kreuz[1]) in Sonnenstrahlen mit der Aufschrift: „Triumph der Orthodoxie 25. März 1839". Auf der anderen Seite steht die Unterschrift: „Entrissen durch Gewalt (1596) wiedervereinigt durch Liebe (1839)".[2]) Das soll heißen: die Polen hätten bei der Union von Brest (1596) Gewalt gebraucht, um die Ruthenen zur römischen Kirche hinüberzuziehen und dem Schisma zu entziehen, jetzt aber (1839) hätten die Russen sie durch ihre Liebe wieder gewonnen. Die diesjährige Jubiläumsfeier wäre also eigentlich ein Jubelfest der Liebe, welche den Sieg über die Gewalt davongetragen hat.

Wir wollen nun die den Ruthenen früher angethane „Gewalt" und den jetzigen „Liebesakt" näher betrachten.

Es ist für den Schreiber dieses gewiß unangenehm und peinlich, gestehen zu müssen, daß die Polen die eigentliche Wichtigkeit der Union wenig zu schätzen wußten und dieselbe sehr nachlässig behandelt haben. Einerseits war es eine weit gehende Toleranz, welche in Polen stets üblich war und auch hierbei eine Rolle spielte, anderseits war es der Mangel an einer continuirlichen systematischen Politik, welche in einem Wahlreiche, wie Polen es war, leicht erklärlich ist.

Die Toleranz ging so weit, daß die polnischen Könige sich scheuten, irgend welchen Druck auf die Wahl der ruthenischen Bischöfe auszuüben, oder sich in die inneren und die

1) Das schismatische Kreuz hat oben einen kurzen und einen langen Querbalken. Unten ist ein dritter Querbalken, welcher schief liegt, von links nach rechts gebeugt. Es soll das suppedaneum bedeuten; warum es aber schief liegt, können wir nicht sagen.

2) Diese Medaille wurde auch auf einer der oben erwähnten Broschüren auf dem Titelblatte abgedruckt. Siemaszko hat sie seinen Memoiren beigefügt.

hierarchischen Angelegenheiten der griechisch-slavischen Kirche in Ruthenien und Lithauen einzumischen. Während die Besetzung der bischöflichen Stühle in Polen bereits seit Casimir dem Jagielloniden (1454 bis 1492) in die Hände der Könige kam, so daß die Domkapitel stets nur denjenigen wählten, welchen ein königlicher Commissär vorschlug, besetzte dagegen die bischöflichen Stühle in Ruthenien der Metropolit, und dieser war stets vom Patriarchen in Constantinopel ernannt, oder vielmehr geschickt. Es waren auch gewöhnlich Griechen. Die Macht und der Einfluß des Metropoliten war deßhalb sehr groß; kein Wunder also, daß es im 14. Jahrhundert sogar drei Metropoliten in Ruthenien und Rußland gab. Denn der Fürst von Moskau, der Fürst von Lithauen und der polnische König hatten je für ihren Antheil einen besonderen Metropoliten von Constantinopel verlangt. Keiner wollte es leiden, daß der Unterthan eines fremden Fürsten über die Kirche in seinen Landestheilen gebiete. Das geschah nämlich, seitdem Weißruthenien mit der Ukraine an Lithauen (1322) und Rothruthenien mit Wolhynien an Polen kam (1340). Der Eine Metropolit, nämlich der von Kijew, residirte seit 1240 in Suzdal und seit 1328 in Moskau, der zweite in Wilno und den dritten, in Halicz, hatte sich der Polenkönig Casimir der Große vom Patriarchen erbeten (1370) und ihm die drei Bisthümer Premysl, Wladimir und Chelm unterstellt.

Die Sache änderte sich, nachdem die Personalunion Polens und Lithauens durch die Heirath des Großfürsten von Lithauen Jagiello mit der Polenkönigin Hedwig zu Stande gekommen war (1386). Ein Metropolit trat nun an die Stelle der beiden von Wilno und Halicz. Er wechselte öfters seinen Sitz und wohnte einige Zeit in Kijew, dann in Wilno und auch in Wladimir (in Wolhynien)[1], aber das Recht

1) Die moskovitischen Fürsten hatten eine Zeitlang ihren besonderen Metropoliten aufgegeben, dann aber seit 1441 sich wieder einen

seiner Ernennung blieb noch immer bei dem Patriarchen von Constantinopel. Die Patriarchen benützten dieses Recht, um ihr Einkommen zu vergrößern, und verliehen die Metropolitanwürde für schweres Geld, so daß die neuernannten Griechen auf alle mögliche Weise zu ihrem Gelde zu kommen suchten. Einer von ihnen, Namens Focius, beging sogar ganz gemeinen Diebstahl an den Kirchen, so daß er auf Veranlassung des Fürsten von Lithauen Witold synodalisch abgesetzt wurde (1415).

Diese simonistische Art der Besetzung des Metropolitanstuhles hatte den gänzlichen Verfall der ruthenischen Kirche zur Folge. Ihre Lage gegen Ende des 15. und im 16. Jahrhundert war eine schreckliche. Es gab Bischöfe und Metropoliten, welche kaum des Lesens kundig waren und öffentliches Aergerniß gaben, die Kirchen- und Klostergüter an Verwandte verschleuderten, die Priesterweihe an Unwürdige verkauften, das Seelenheil ihrer Heerde ganz vernachläßigten. Der Calvinismus, welcher im 16. Jahrhundert in Lithauen eine Zeitlang unter den Katholiken überhandgenommen hatte, überwucherte auch die griechisch-slavische Kirche in Ruthenien.[1])

Sobald nun die katholische „Reaktion“ wieder Oberhand zu gewinnen begann, mußte auch das religiöse Bewußtsein in der ruthenischen Kirche sich regen, und die Folge davon war eben die Brester Union von 1596.

In politischer Hinsicht war auch die hierarchische Einrichtung der ruthenischen Kirche für die Dauer unhaltbar. Seitdem die Polen die „heiligen Kriege“ mit den Türken führen mußten, war es geradezu gefährlich, die Oberleitung der kirchlichen Angelegenheiten der Hälfte des Reiches in den

eingesetzt. Er wohnte in Moskau, erhielt dann (1589) den Titel eines Patriarchen und den zweiten Rang nach dem Patriarchen von Constantinopel, bis diese Würde von Peter dem Großen abgeschafft (1720) und an ihre Stelle die hl. Synode in Petersburg eingesetzt worden ist.

1) Diese trostlose Lage der ruthenischen Kirche schildert eingehend Likowski: „Vor der Brester Union“. Krakau 1884 (polnisch).

Händen eines Mannes zu lassen, welcher von dem Sultan die Patriarchalwürde um Geld erkaufte und mit dem zweiten Erbfeinde Polens, dem moskovitischen Fürsten, stets in gutem Einvernehmen stand. Man konnte nie sicher sein, ob die von Constantinopel kommenden und über Polen nach Rußland reisenden Abgesandten des Patriarchen nicht türkische Spione waren. Viele von ihnen wurden auch wirklich als Spione entdeckt und verhaftet. Doch in dieser Hinsicht leistete die polnische „Toleranz" fast Unmögliches. So kam der Patriarch von Constantinopel Jeremias über Polen nach Moskau (1589), weihte den dortigen Metropoliten zum Patriarchen, wobei er sich für schönes Geld so freigebig zeigte, daß er ihm den zweiten Rang unter den Patriarchen anwies. Er verübte damit einen gefährlichen Akt für Polen, denn er gab dem moskovitischen Patriarchen einen präsumtiven Vorrang und einen Schein der Berechtigung zur Einmischung in die kirchlichen Angelegenheiten Rutheniens. Trotzdem ward Jeremias, als er von Moskau über Ruthenien zurückkehrte, mit den größten Ehrenbezeugungen aufgenommen. Der Polenkönig Sigismund III., sein Reichskanzler Johann Zamoyski und die Großen des Landes schenkten ihm große Geldsummen und gaben ihm das Ehrengeleite bis an die Grenzen des Landes.

Der Patriarch traf auch neue Vorkehrungen in der hierarchischen Einrichtung der ruthenischen Kirche. Er entsetzte den damaligen Metropoliten Onesifor Dziewoczka, welcher ein Aergerniß erregendes Leben führte, und setzte einen neuen Namens Michael Rahoza ein. Derselbe sollte ihm aber 14,000 Dukaten bezahlen, und dieser Umstand hat dem Faß den Boden ausgeschlagen. Rahoza hatte eben nicht so viel Geld; Erpressungen wollte er sich nicht zu Schulden kommen lassen, und so kam er auf den Gedanken, sich durch die Union in Rom zu retten.

Der Gedanke war nur insofern neu, als die Vereinigung mit Rom gleichzeitig ein Bruch mit Constantinopel werden sollte. Denn der Episkopat Rutheniens hatte zwar schon in

früheren Zeiten mehrmals, dem Rechte des Patriarchen zuwider, sich einen Metropoliten selbständig gewählt, aber seine hierarchische Verbindung mit Constantinopel zu zerreißen hat er sich nie getraut. Im Laufe des 15. Jahrhunderts hat er zwar die Fühlung mit Rom stets bewahrt und an der Florentiner Union gehalten, blieb aber doch stets von Constantinopel abhängig. So war der ruthenische Metropolit Gregor Semblak nach Constanz gereist (1416), um dort auf dem Concil über die Union zu verhandeln, aber er that dieß in Gesellschaft anderer griechischer Bischöfe.[1]) So hat sein Nachfolger, der Metropolit und spätere Cardinal Isidor, die Union von Florenz unterzeichnet (1439),[2]) aber er that es in Gemeinschaft mit dem besser gesinnten Theile der Griechen.

Der Fall Constantinopels und die traurige Lage, in welche die Patriarchen geriethen, scheint aber doch den ruthenischen Episkopat zu einem mehr selbständigen Handeln angespornt zu haben. Als nämlich der päpstliche Legat Antonius die Kaisertochter dem Fürsten von Moskau Iwan III. Wasilewicz als Braut zuführte (1472) und über Ruthenien zurückkehrte, gaben ihm die Bischöfe ein Schreiben an den Papst Paul II. mit.[3]) Man scheint aber in Rom wegen der unwürdigen Behandlung des Legaten in Moskau, seitens des undankbaren Fürsten, mißtrauisch geworden zu sein, denn die ruthenischen Bischöfe wurden keiner Antwort gewürdigt.

Als dann drei Jahre später das Jubiläum von Sixtus IV. verkündigt worden war (1475), sandte der Metropolit Mizael Fürst von Pstruk an den Papst durch zwei Abgesandte ein langes Schreiben und bat um Gewährung dieses Jubiläums für die Kirche in Ruthenien. In diesem höchst interessanten

---

1) Raynald a. a. 1416 nr. 24 und a. a. 1418 nr. 32.

2) Raynald a. a. 1439 nr. 14. Das Original des Aktes befindet sich in Florenz im Mediceischen Museum. Die Unterschrift Isidors ist die zweite links unter der Unterschrift des griechischen Kaisers.

3) Raynald a. a. 1472 nr. 48. 49.

Briefe[1]) legt er sein Glaubensbekenntniß ab und bittet den Papst, er möge doch mit dem Patriarchen von Constantinopel sich über die etwaigen Streitpunkte verständigen. Einer der Abgesandten, welcher das genannte Schreiben des Metropoliten nach Rom überbrachte, Joseph Soltan, wurde nachher Metropolit und wandte sich an den Patriarchen Nifon mit der Frage, ob er an der Union von Florenz festhalten solle? Der Patriarch verwies ihn auf die Unglücksschläge, welche die Griechen getroffen, seitdem sie der Union untreu geworden, und bestärkte ihn in dem guten Vorhaben. Der Metropolit wandte sich darauf an P. Alexander VI. (1500) und wurde von dem Papst in seiner Metropolitanwürde bestätigt.[2])

Es war also weder etwas Neues noch Ungewöhnliches, daß der Metropolit Michael Rahoza die ruthenischen Bischöfe nach der Stadt Brest in Lithauen berief (1590), um über die Union mit Rom zu berathen. Der Umstand, daß er persönlich in dieser Angelegenheit interessirt war, da er das verabredete Geld dem Patriarchen nicht zahlen konnte, ändert an der Sache nichts. Er beweist nur, daß hier von einem Drucke, geschweige denn einer „Gewalt", seitens der polnischen Regierung nicht die Rede sein kann. Der ganze Verlauf der Brester Union zeigt dieß übrigens noch deutlicher.

Die ruthenischen Bischöfe waren einstimmig dem Gedanken der Union beigetreten und suchten dafür die Großen des Landes, namentlich den Fürsten von Ostrog, den Polenkönig und den Klerus zu gewinnen. Das erfuhr aber nun bald der Patriarch Jeremias in Constantinopel. Er setzte den Metropoliten ab, und verlangte von dem ganzen Episkopate,

---

1) Im Drucke erschienen in Krakau 1612. Aus dem Originale, welches sich in der Vatikanischen Bibliothek befindet, in polnischer Uebersetzung in Przeglad Poznanski 1863. cfr. Wijuk Kojalowicz, Miscellanea rerum ad statum ecclesiasticum M. Ducatus Lithuaniae pertinentium. Wilno 1650. De schismate graeco-russo p. 60.

2) Theiner, Die neuesten Zustände p. 62.

daß er ihn als Excommunicirten meide. Aber sein Zorn war ohnmächtig. Der Episkopat versammelte sich zum zweiten Male in Brest (1594), unterzeichnete eine Adresse an den Papst, sowie an den Polenkönig Sigismund III. und schickte zwei Bischöfe nach Rom. Als sie von dort zurückkamen, ward eine dritte Synode nach Brest (6. X. 1596) berufen und hier wurde die Union mit Rom feierlich in der Kirche des hl. Nikolaus verkündet.[1]) Die anwesenden lateinischen Bischöfe umarmten ihre ruthenischen Brüder und begaben sich in Prozession in die lateinische Marienkirche, wo das Te Deum gesungen ward, und der berühmte polnische Kanzelredner Skarga S. J. die Predigt hielt.

Doch die Freude des Tages war getrübt und die Union sollte noch manche Probe bestehen. Der Patriarch sandte seinen Sekretär, einen geschickten und schlauen Griechen nach Ruthenien. Der Mann hieß Nikifor und war schon einmal als türkischer Spion in Chocim verhaftet gewesen, entkam aber glücklich. Jetzt verstand er den Fürsten von Ostrog gegen die Union zu stimmen. Der große Herr hatte zwar früher selbst die traurige Lage der ruthenischen Kirche eingesehen, hatte sogar mit dem bekannten Jesuiten Possevin Verhandlungen angeknüpft und wollte selbst nach Rom reisen. Jetzt aber vermochte Nikifor seinen Stolz zu reizen, weil die Bischöfe die Sache der Union selbst in die Hände genommen hatten, und so kam es, daß der Fürst zwei Bischöfe der Union entfremdete. Es waren dieß die Bischöfe von Lemberg und Premysl, also gerade jener Diöcesen, in welchen gegenwärtig allein noch die Union sich erhalten hat. Alle Vorstellungen der königlichen Commissäre (Fürst Radziwill und der Kanzler Fürst Leo Sapieha) vermochten den stolzen Herrn von seinem Vorhaben nicht abzubringen. So wurde gleichzeitig eine Aftersynode in Brest mit Zuziehung von allerlei

1) Die Dokumente bei Theiner, Monumenta vetera Poloniae et Lithuaniae etc. Rom. 1860—64. Bd. III p. 232—253.

Andersgläubigen in einer calvinischen Kirche abgehalten und gegen die Union Protest eingelegt. Der Fürst von Ostrog trat sogar in Verbindung mit den polnischen „Dissidenten“, welchen er 20,000 Soldaten zur Verfügung zu stellen sich erbot; und dieses ganze staatsgefährliche Gebahren zog ihm nur einen Verweis von Seite des Königs Sigismund III. zu, in dessen Hände die Briefe des Fürsten gekommen waren.

So sah die „Gewalt“ aus, welche auf der russischen Gedenkmünze von 1839 verewigt worden ist.

Die Union war aber dennoch mit Ausnahme der zwei Diöcesen überall eingeführt. Da kam (1620) wieder ein Grieche Namens Theophanes nach Ruthenien. Er war von der türkischen Regierung nach Moskau geschickt worden, um den Großfürsten zu einem gemeinsamen Kriege gegen Polen zu bewegen. Von dieser edlen Mission zurückkehrend, ging er nach Kijew und hier weihte er einen Antimetropoliten und sechs Antibischöfe, ohne den König von Polen oder sonst Jemanden zu fragen. Dadurch gewann das Schisma in Ruthenien festen Halt. Die Schismatiker verstanden es, stets über die ihnen angethane „Gewalt“ zu klagen, selbst aber Gewaltthätigkeiten zu verüben. Erst als der Erzbischof von Polozk, der hl. Josaphat Koncewicz (1623) ermordet worden war, merkte die polnische Regierung, wer eigentlich der Uebelthäter sei. Und dennoch hat der Sohn Sigismunds III., König Wladislaw IV., das Schisma amtlich wieder anerkannt (1633), indem er den Antimetropoliten und vier von den Antibischöfen[1]) im Amte bestätigte, ja sogar die Gründung einer schismatischen Akademie in Kijew erlaubte.

Dieses Toleranzedikt verfehlte auch seinen Zweck nicht.

---

[1]) Dadurch waren 5 Diöcesen als schismatisch anerkannt: Kijew, Lemberg, Premysl, Luzk und Mohilew für Lithauen. Die unirten Bischöfe von Premysl und Luzk wurden ihrer Sitze enthoben. Die Diöcese Mohilew war aus einem Theile der Diöcese Polozk für die Schismatiker neu errichtet.

Hatten die Disunirten in Ruthenien sich früher mit Drohungen hören lassen, daß sie bei den Moskovitern als ihren Glaubensgleichen Hilfe suchen würden, so zeigte sich jetzt der Klerus in Kijew dem verrätherischen Chmielnicki gegenüber als patriotisch gesinnt.[1]) Es waren nur griechische und moskovitische Emissäre, welche den Mann bewogen, die Sache der „bedrückten" disunirten Kirche zum Vorwande seiner Revolte zu nehmen, und in den Verhandlungen, welche den Kosakenkriegen ein Ende machten (1650), verlangte Chmielnicki eigentlich nur die Bestätigung des Privilegiums Wladislaw's IV. Gewiß, wenn irgend Jemand das Recht gehabt hätte sich zu beklagen, so waren es die unirten Bischöfe, welche trotz der Union stets eine untergeordnete Stellung gegenüber den lateinischen Bischöfen in Polen einnahmen. Umsonst hatte P. Clemens VIII. den König Sigismund III. gebeten, daß die unirten Bischöfe gleich den lateinischen in dem polnischen Senate Sitz und Stimme bekommen möchten,[2]) was auch die ruthenischen Bischöfe als Vorbedingung der Union gestellt hatten: es kam nicht dazu. Erst der constituirende Reichstag von 1790 nahm den ruthenischen Metropoliten in den Senat auf, es war aber leider schon zu spät.

Die ruthenische Kirche blieb nun bis gegen Ende des 17. Jahrhunderts getheilt, bis endlich das patriotische Gefühl den Sieg über die inneren Zwistigkeiten davontrug. Die Unglücksschläge, welche Polen im 17. Jahrhundert trafen, und das Vordringen der moskovitischen Fürsten waren es, welche den Ausschlag gaben. Den ersten Schritt machte der Bischof von Premysl und trat 1692 feierlich der Union bei. Ihm folgte der Bischof von Lemberg 1700 und zwei Jahre später der Bischof von Luzk (1702). Die Diöcese Mohilew ging von selbst ein, da die Zahl der Disunirten nach dem

---

1) Histor.-pol. Bl. 102, p. 465.

2) Theiner, Monumenta Pol. et Lith. III. p. 249.

Martertode des hl. Josaphat immermehr zusammenschmolz. Es blieb zwar der Bischof, aber ohne Heerde, bei dem Schisma.

So waren denn am Anfange des 18. Jahrhunderts alle neun Diöcesen Rutheniens[1]) mit der hl. römisch-katholischen Kirche wiedervereinigt. Daß dabei von irgend einer „Gewalt" nicht die Rede sein kann, wird wohl aus dem Vorhergehenden zur Genüge ersichtlich sein. Wie sah nun die „Liebe" aus, durch welche die Russen es verstanden die Unirten mit dem russischen Schisma „wiederzuvereinigen"?

III.

Es war ein müßiger Streit, den die beiden Festredner auf der Gymnasial-Aula zu Wilno während der Jubiläumsfeier geführt haben, wer der Haupturheber der Vernichtung der unirten Kirche gewesen sei: Zar Nikolaus oder Siemaszko?[2]) Das Bestreben der Russen die Union zu vernichten ist nämlich Jahrhunderte alt, und zieht sich wie ein rother Faden durch die Geschichte.

Wir haben schon früher erwähnt,[3]) daß die Fürsten von Moskau die Kirchenangelegenheiten in Ruthenien stets im

---

1) Der Metropolit hatte seinen Sitz in Wilno, führte aber den Titel Metropolit von Kijew. Zwei Erzbisthümer waren: Polozk (und Witebsk) und Smolensk; sechs Bisthümer: Brest und Wladimir (in Wolhynien); Turow und Pinsk; Chelm und Belz; Luzk und Ostrog; Lemberg und Halicz; Premysl und Sambor. Es blieb nur noch Eine, die von Wladislaus IV. neu errichtete Diöcese von Mohilew, welche aber fast keine Diöcesanen zählte.

2) Bobrowski citirte gegen Budilowicz die Memoiren Wigel's, eines hohen Beamten aus der Zeit Kaiser's Nikolaus, welcher erzählt, daß der Zar bereits 1827 in einem Gespräch mit Bludow den Willen geäußert hätte, die Unirten mit der russischen Kirche zu vereinigen. Darauf hätte Bludow geantwortet, daß dies keine leichte Sache wäre. Die Angabe stimmt aber nicht, weil Bludow erst 1828 Cultusminister wurde und vorher mit den Kirchenangelegenheiten nichts zu schaffen hatte.

3) Histor.-polit. Bl. 102, 6. p. 460..

romfeindlichen Sinne zu beeinflussen bestrebt waren. Das hatte zwar auf längere Zeit aufgehört, seitdem die Personal-Union zwischen Polen und Lithauen zu Stande gekommen war; aber noch im 16. Jahrhundert, als das Polenreich auf der höchsten Stufe der Blüthe stand und die Fürsten von Moskau gedemüthigt waren, ist es doch dem russischen Einflusse gelungen einen Mann, Namens Jonas, auf den Metropolitanstuhl von Ruthenien zu bringen, welcher auch die Unionsversuche seiner Vorgänger vernichtete und die Trennung von Rom wieder befestigte.[1]) Als nun Polen genöthigt war im Frieden zu Andruszow (1667) den östlichen Theil Rutheniens, nämlich: Smolensk, Severien und Kijew, mit jenem Theile der Ukraine, welcher jenseits des Dniepr liegt, an Rußland abzutreten, da ward für den russischen Einfluß in Ruthenien das Thor wiedergeöffnet. Der genannte Friede wurde nach 19 Jahren ratificirt (1686) und die damalige Fürstin von Moskau, Sophie, verleibte den Friedensbedingungen die merkwürdige Klausel ein: „die ruthenischen Bischöfe werden zur Union nicht gezwungen und wird ihnen freistehen, die Weihen von dem Kijewer Metropoliten zu empfangen". Kijew war aber schon seit 19 Jahren unter russischer Botmäßigkeit und es wurde dort ein Bischof mit dem Metropoliten-Titel sofort eingesetzt. Der Palatin von Posen, welcher als königlicher Commissär den Frieden zeichnete, scheint diese Klausel gar nicht beachtet zu haben, aber ihre Tendenz verrieth Zar Peter der Große. Er verlangte nämlich (1712), daß der Polenkönig August II. einen Basilianer-Mönch Namens Cyrill Szumlanski als Bischof von Luzk anerkenne, welcher vom Kijewer Metropoliten ausgeweiht war und sich offen zum Schisma bekannte. Peter berief sich auf die oben erwähnte Friedensklausel, aber Polen war damals noch zu

1) Dies geschah durch die Einwirkung der Tochter des moskovitischen Fürsten Johanns III., Helene, welche den Polenkönig Alexander (1501 bis 1506) heirathete. cfr. Kojalowicz, Miscellanea p. 48.

stark; das Verlangen wurde einfach ignorirt, Szumlanski fortgejagt, und die Russen haben die zu früh aufgesteckte Fahne wieder eingezogen.[1])

Der patriotische Sinn der ruthenischen Bischöfe, welche gegen Ende des 17. Jahrhunderts der Union beigetreten waren, hatte zwar die russischen Pläne vereitelt, es blieb aber doch ein Bischof, nämlich der von Mohilew, Namens Czetwertynski, der Union feindlich. Er hatte zwar fast keine Heerde und auch keinen Bischofssitz, denn die Stadt Mohilew ward von den Schweden (1708) verwüstet und er mußte in Wolhynien wohnen. Seine ganze Familie, auch sein Vater, der Fürst Czetwertynski, hatten den lateinischen Ritus angenommen; er allein verharrte in russenfreundlicher Gesinnung. Diesen Umstand wußte die russische Regierung auszunützen.

Noch hatten die Polen ihren König und doch erdreistete sich dieser Mann, an den Zaren Peter den Großen Klagen und Beschwerden über die vermeintliche Bedrückung der Disunirten in Polen zu schicken. Nichts aber konnte den Russen erwünschter sein, als eben solche Klagen, denn sie gaben den Vorwand zur Einmischung in die Kirchenangelegenheiten Polens, bis endlich Katharina II. und Friedrich II. von Preußen die Protektion der Andersgläubigen in Polen zum Sturze des Reiches benutzten. Er wäre rührend, dieser Religionseifer, wenn man nicht aus Lehmann's „Publikationen aus dem preußischen Staatsarchiv: Preußen und die katholische Kirche" wüßte, wie Friedrich II. die katholischen Unterthanen in seinen neuerworbenen Ländern behandelte. Wie liebevoll aber Peter der Große und Katharina II. gegen die Unirten gesinnt waren, wollen wir in kurzen Worten andeuten.

Peter kam 1705 als Verbündeter des Polenkönigs August II. gegen die Schweden nach Polen, und seine ersten Schritte ließen blutige Fußtapfen hinter sich. In Polozk angekommen,

---

1) Bantysz Kamienski, Histor. Bericht über die in Polen entstandene Union (russisch). Moskau 1805. p. 159—162.

trat er eines Abends in das dortige Basilianerkloster, ging an den Hochaltar, öffnete den Tabernakel und verschüttete aus dem Speisekelch das allerheiligste Gut. Darauf schaute er sich das Bild des hl. Josaphat in einem Nebenaltare an, bei welchem drei Mönche eine Litanei sangen, und frug: wen das Bild vorstelle? Auf die Antwort eines Ordensmannes, daß es der von den Schismatikern getödtete Erzbischof von Polozk wäre, schlug ihn der Czar mit dem Säbel blutig und ließ ihn hängen. Einem zweiten versetzte er einen Todesstoß und den Superior des Klosters ließ er nach seinem Nachtquartier bringen, wo man den Aermsten tagsdarauf todt fand. Die übrigen Mönche des Klosters hielt er ein halbes Jahr gefangen.[1]) Dieses Ereigniß, welches durch Augenzeugen verbürgt ist[2]) und auch von russischen Schriftstellern nicht geläugnet wird, verbreitete einen solchen Schrecken in ganz Weißruthenien und Lithauen, daß die Basilianermönche überall

---

1) D. **Guépin**, S. Josephat, Archevêque de Polock (Poitiers 1874 Bd. II. p. 340) bezweifelt die Wahrheit der Thatsache, daß der Zar das Allerheiligste profanirt habe. Ihm scheint aber der Umstand unbekannt gewesen zu sein, daß in den russischen Kirchen das Sanctissimum nicht aufbewahrt wird, daß man also nur während der Liturgie communiciren kann. Für Kranke wird die Wegzehrung auf eine ganz originelle Art präparirt. Am Gründonnerstag werden die hl. Hostien verbrannt, die Asche mit consecrirtem Weine besprengt und in einem Säckel aufbewahrt. — Theiner behauptet, daß „kein Fürst so herzlich die Union mit Rom gewünscht hätte als Peter d. Gr.", und rechtfertigt dies Verbrechen in Polozk damit, daß der Zar angeheitert gewesen sei. Der Zar selbst ließ sich in einer Zuschrift an die Nuntiatur in Warschau dadurch entschuldigen, daß ihn die Mönche gereizt hätten, und diese Rechtfertigung schickte der Nuntius nach Rom. Cf. Theiner, Monuments historiques rélatifs aux règnes d'Alexis Michalowitsch, Feodor III. et Pierre le Grand, tsars de Russie. Rome 1859, p. 398—412.

2) Likowski, Geschichte der unirten Kirche in Lithauen und Ruthenien (polnisch). Posen 1880. (Deutsch von Tloczynski, Posen 1885) p. 13—20.

vor den Russen flohen, da die russischen Soldaten ihren Herrn nachahmten und die größten Gewaltthaten verübten. Es wurden sogar unirte Pfarrer vertrieben und schismatische an ihre Stelle gesetzt. Kein Wunder, daß auch der Metropolit von Wilno floh und in Wolhynien (1708) starb. Sein Leichnam wurde erst dann nach Wilno gebracht, als die verbündeten Russen sich zurückgezogen hatten (1711). Der Metropolit entging durch seine Flucht dem schrecklichen Schicksal, das den Bischof von Luzk, Dionisus Zabokrzycki traf. Der Unglückliche ward gefangen genommen und nach Moskau gebracht, wo er bis zu seinem Tode (1715) als Knecht arbeiten mußte.[1]) Wenn nun der Zar als Bundesgenosse in Polen seiner „Liebe" gegen die Unirten in solcher Weise die Zügel schießen ließ, was war da zu hoffen, wenn Polen in seine Gewalt gekommen wäre?

Es war keine Laune des Zaren, sondern ein politisches System, dem auch Katharina II. treu nachging. Unter dem Drucke, welchen die 60,000 fortwährend in Polen lagernden Soldaten ausübten, konnte sie in dem unglücklichen Lande nach Belieben herrschen, noch bevor es in Stücke ging. Wirklich verstand sie, noch vor 1773, in der einzigen Diöcese Kijew (polnischen Antheils) 23 Dekanate der Union zu entreißen, so daß nur neun derselben verblieben. Freilich merkten die unirten Pfarrer wenig von der „Liebe", denn sie wurden haufenweise in den Städten der Ukraine: Berdyczow, Human u. a. eingesperrt, bis es der Intervention des Nuntius Joseph Garampi und der Kaiserin Maria Theresia gelang, sie nach jahrelangem Gefängniß zu befreien. Doch in ihre Pfarren

---

1) Turgeniew, Historica Russiae monumenta. Petropoli 1841. Bd. II, nr. 132. An die Stelle eben dieses unirten Bischofs wollte der Zar den oben erwähnten Cyrill Szumlanski einsetzen. Da es nicht gelang, gab er ihm das Bisthum Pereaslaw in Rußland. cfr. Theiner, Vetera monumenta Pol. et Lithuaniae Bd. IV, p. 60—61.

durften sie nicht mehr zurückkehren.[1]) Wie weit das Netz der russischen Ränke ausgespannt war, zeigt am besten die Emeute der sogenannten Hajdamaken (1768), welche, von schismatischen Popen aufgereizt, im Namen der russischen Kaiserin, unter den Augen der russischen Truppen, in der Ukraine ein furchtbares Blutbad angerichtet haben. Mehr als 200,000 Menschenleben kostete diese künstlich hervorgerufene Bauernrebellion, und kein unirter Priester oder Ordensmann wurde dabei verschont. Katharina II. erließ aber nachträglich ein Manifest, in welchem sie sich von jeder Schuld reinzuwaschen suchte.[2])

Wenn das alles noch vor der Theilung Polens geschah, so ist es erklärlich, daß Katharina später mit der unirten Kirche nicht viel Umstände machte. Bei jedem der drei Theilungstraktate (1772, 1793 u. 1795) schwor sie, den katholischen und unirten polnischen Unterthanen freie Religionsübung zu gewähren, aber skrupulös war die Dame eben nicht. Gleich nach der ersten Theilung erließ sie einen „Ukaz“ (Befehl), daß alle Unirten entweder den lateinischen Ritus oder den „orthodoxen“ Glauben annehmen müßten. Nach der zweiten Theilung erließ sie an die Gouverneure der neuerworbenen Provinzen den Befehl, alle Unirten, welche nach 1596 der Union beigetreten waren, zur „orthodoxen“ Kirche zu bekehren. Nun waren aber vor 1596 keine Unirte in Ruthenien, der Befehl erstreckte sich also auf alle. Dieser „Ukaz“ (1795) wurde auch mit der größten „Liebe“ ausgeführt. Jeder unirte Pfarrer wurde von den Soldaten solange geprügelt, bis er

---

1) Harasiewicz, Annales ecclesiae ruthenae. Leopoli 1862, p. 500—519. Theiner, Die neuesten Zustände, p. 263. Likowski, l. c., p. 123. In dem Gefängniß von Berdyczow waren 68 unirte Pfarrer eingesperrt. Daß man auf Befehl der Kaiserin die unirten Kirchen mit Waffengewalt eingenommen hat, erzählt selbst Siemaszko in seinen Memoiren Bd. I, p. 51.

2) Dokumente, beleuchtend die Geschichte des westrussischen Landes (russisch). Petersburg 1865. 4°. p. 434—512.

sich bekehrte. Half diese „Catechisation“ nicht, so wurden ihm Nase und Ohren abgeschnitten. Kein Wunder, daß durch eine solche „Liebe“ in zwei Jahren anderthalb Millionen Unirte in Lithauen und Weißruthenien zur russischen Kirche bekehrt wurden.[1]) Noch in demselben Jahre geschah die dritte Theilung Polens und die ganze unirte Kirche wurde von Katharina II. mit einem Federstriche aufgehoben. Die unirten Bischöfe bekamen einen Gnadengehalt angewiesen, und neue schismatische Diöcesen wurden auf den Trümmern der unirten Kirche errichtet. Da starb Katharina II. plötzlich (1796).[2])

Woher kam es nun, daß die unirte Kirche, welche bereits 1795 amtlich aufgehoben war, dennoch bis 1839 existirte, und daß es wiederum der „Liebe“ Kaiser Nikolaus I. bedurfte, um sie „wieder zu vereinigen“? Es gibt nämlich Dinge, die jeder Gewalt spotten — und zu diesen gehört die Glaubenstreue.

Die unirte Kirche verlor in der kurzen Zeit von der ersten bis zur letzten Theilung Polens (1772 bis 1795) mehr als 9316 Pfarrsprengel, 145 Basilianerklöster[3]) und alle Bisthümer, mit Ausnahme des Erzbisthums Polozk und des Bisthums Brest, welche aber ihre Erhaltung nur dem Umstande verdankten, daß der Gouverneur von Lithauen, Graf Czerniszew, das wilde Gebahren der Kaiserin als gefährlich erachtete und ihre Befehle auszuführen nicht eilte. Leider war aber der damalige Erzbischof von Polozk, Heraklius Lissowski, nicht der Mann, welcher seine Heerde mit christlichem Muthe zu vertheidigen bereit gewesen wäre, denn er erließ auf Befehl

1) Tolstoy, Le catholicisme romain en Russie. Paris 1864. Bd. II, p. 83.

2) Sie hatte sich den polnischen Thronsessel von Warschau kommen und zum — Bedürfnisse in der Garderobe einrichten lassen. Auf diesem Sessel traf sie der Schlag. Cfr. Kalinka, Die letzten Jahre der Regierung Stanislaus Augusts (polnisch). Posen 1868. Vorrede.

3) Harasiewicz, Annales eccles. Ruthenae, p. 830. Theiner, Die n. Zustände p. 334 — 335.

der Kaiserin Katharina II. einen Hirtenbrief (3. X. 1795), in welchem er seinem Klerus auftrug, keine Hindernisse der Apostasie entgegenzusetzen.[1])

Die beiden Nachfolger Katharina's, Paul I. und Alexander I., waren ephemere Gestalten auf dem russischen Throne und während ihrer Regierung ward der Union freier Athem gewährt. Nach langen Verhandlungen mit dem apostolischen Stuhle erlaubte Paul I. die Organisation dreier Diöcesen. Man fand noch 1,600,000 Unirte trotz der gräßlichen Verfolgung unter Katharina II., und gab ihnen 1388 Pfarrkirchen sowie 91 Klöster zurück.[2]) Der nachfolgende Zar Alexander I. erlaubte (1803) eine neue Organisation, von der wir noch näher sprechen werden. Diese verhältnißmäßig glückliche Ruhe der unirten Kirche dauerte aber nur bis zum Tode Alexander's I. (1825), denn mit dem Regierungsantritte Nikolaus I. änderte sich die Lage. Dieser Herrscher war von derselben „Liebe" zu den Unirten beseelt, wie Katharina II., nur war er klüger, umsichtiger und gab auch etwas auf das „que dira-t-on" in Europa. Uebrigens war auch das Königreich Polen, welches der Wiener Congreß (1815) errichtet hatte, zu einer nicht zu unterschätzenden Macht gelangt und erst nachdem der polnische Aufstand von 1830 niedergeworfen wurde, hat der Zar freie Hand bekommen.

---

1) Harasiewicz, Annales, p. 868.

2) Das Erzbisthum Polozk umfaßte alle Unirten in Weißruthenien, das Bisthum Brest war für die Unirten Lithauens und das wiedererrichtete Bisthum Luzk war für die Unirten von Wolhynien, Podolien und der Ukraine. Cfr. Theiner, Die n. Zustände, p. 335. Tolstoy, Le catholicisme romain etc. Bd. II. p. 134—140 gibt die Zahl der Unirten nur auf 1,398,478 an, aber selbst Siemaszko in seinen Memoiren Bd. I. p. 54 führt die oben angegebene Zahl an.

XXXIX.

Zur Sklavereifrage in Afrika.

Während das Interesse in der Sklavereifrage immer weiterer Kreise sich bemächtigt, gibt es manche, welche dieser Bewegung gleichgültig gegenüberstehen oder derselben gar abhold sind. Die Gründe für dieses ihr Verhalten sind verschiedene. Während die Einen an einen Erfolg von Dauer der angeregten Bestrebungen nicht zu glauben vermögen, zweifeln Andere an der Aufrichtigkeit und Selbstlosigkeit der Förderer derselben. Ueber diesen Punkt handeln wir ein anderes Mal. Heute beschäftigen wir uns mit der Ansicht derer, die die Kräfte und Mittel zur Steuerung des inneren Elendes, zur Befreiung der sogenannten „Weißen Sklaven in Europa" verwendet wissen wollen, indem sie behaupten, daß in Europa selbst viel zu thun sei und die Sklaven Afrikas nicht so elend seien, wie man gewöhnlich dafür hält. Gar Manche halten die Schilderungen des Looses der Sklaven für übertrieben. Europäer, welche in islamitischen Gegenden lebten, haben sich vielfach muselmännische Anschauungen zu eigen gemacht, ihnen erscheint die ganze Sklaverei einfach als orientalische Landessitte; man beruft sich auf die Sklaverei im Volke Israel. Ja, Manche, die sich Philanthropen und Anhänger der individuellen Freiheit nennen, erblicken in der Institution der Sklaverei eine Wohlthat für die Neger. Derlei Ideen haben bereits Vertreter in der Presse gefunden, mehrere Artikel in diesem Sinne sind in öffentlichen Blättern besonders des Auslandes erschienen. Ihr Inhalt ist im Allgemeinen folgender:

„Es ist eine unmenschliche That, eine grausame Sitte, ein Wesen der Familie und Heimat zu entreißen, um es wie eine Kuh oder Ziege zu verkaufen. Aber man verwechsle nicht Sklaverei mit Sklavenraub und Sklavenhandel! Von dem Augenblicke an, da der Neger verkauft ist, befindet er sich im Allgemeinen besser bei seinem Herrn, als in der elenden Hütte seines Dorfes; seine Nahrung ist ihm gesichert, er erfreut sich eines Comforts,

den er zu Hause nicht ahnte; der Herr kleidet ihn und sorgt für ihn, wenn er erkrankt, er behandelt ihn als Glied seiner Familie, oft macht er ihn zu seinem Freunde und Vertrauten. Wie viele unserer Bediensteten und Proletarier würden gerne nach einer ähnlichen Stellung streben! Man sage, ob jemals einer dieser schwarzen Diener und Günstlinge, dieser Sklaven, wie man sie nennt, für die wir so viel Mitleid zeigen, geträumt hat, zum väterlichen Herde zurückzukehren?" u. s. w.

Also sind alle jene Männer, welche ihre Stimme gegen die Sklaverei erheben, alle Forschungsreisenden und Missionäre, die den Hilferuf der afrikanischen Sklaven nach Europa getragen und für deren Befreiung ein lebhaftes Gefühl des Mitleides in allen Schichten der Bevölkerung wachgerufen haben, alle Diplomaten, die mit edlem Eifer Antisklavereigesetze zu Stande brachten, im Irrthum: sie alle sind grausam und herzlos, indem sie die Sklaven aus einem Zustande herausreißen wollen, in welchem dieselben sich wohl befinden? — Man muß sich wundern, daß Ideen gleich den obigen Aufnahme in den Spalten öffentlicher Blätter und Zeitschriften finden, aber es ist so.

Vor Allem klingt es fast wie Ironie, zwischen Sklaverei, Sklavenraub und Sklavenhandel unterscheiden zu wollen, um erstere vortheilhaft hervorzuheben. Der Sklavenraub und Sklavenhandel sind die nothwendige Folge der Sklaverei. Die in den islamitischen Gegenden befindlichen Sklaven vermehren sich nicht hinlänglich, um sich selbst zu ergänzen; die Ursachen dieser Erscheinung sind die ungeregelten Eheverhältnisse, die Ehescheidungen und der unmoralische Mißbrauch, der mit einem großen Theile der weiblichen Sklaven getrieben wird. Ueberdieß ist es eine durch die tägliche Erfahrung bewiesene Thatsache, daß die Neger im Norden Afrika's, in Aegypten und Arabien früher sterben, als in ihrer Heimath. Zahlreiche Negersklaven erliegen oft schon nach wenigen Jahren in Aegypten und Arabien an Lungenschwindsucht, Skropheln und ähnlichen Krankheiten, Folgen der ausgestandenen Entbehrungen, Mißhandlungen oder des mit ihnen getriebenen Mißbrauches. Der Abgang muß durch neue Sklaven aus dem Innern ersetzt werden. Solange es eine Sklaverei gibt, wird auch der Sklavenraub bestehen.

Was das gepriesene Loos der Sklaven betrifft, so kann man nicht in Abrede stellen, daß sie, wenn sie einmal in der

Familie sind, jene Sorge erfahren, die Jemand für seinen Esel hat, damit er am Leben bleibe und arbeiten könne und dem Herrn nützlich sei. Ebensowenig kann man leugnen, daß die Lage der Sklaven in den Häusern der Großen, da sie wenig oder nichts zu thun haben, den Tag über müssig an der Thüre sitzen oder mit Bereiten und Serviren von Kaffee und Anzünden des Schibuk beschäftigt sind, ich will nicht sagen beneidenswerth, aber doch erträglich ist. Wer befindet sich auf den ersten Blick besser als jene Eunuchen, welche feine Stoffe, blendend weiße Wäsche, Uhren an goldenen Ketten tragen, und doch wer würde zu behaupten wagen, daß auch nur einer unserer Bediensteten und Proletarier eine ähnliche Stellung anstreben würde? Doch lassen wir die Eunuchen bei Seite; man könnte sagen, ihre Stellung sei eine Ausnahme, sprechen wir von den eigentlichen Sklaven! Zugegeben, daß mancher Negersklave bei seinem Herrn sich besser befindet, als ein freier, so ist sein Dienst doch nicht freiwillig, sondern aufgedrungen auf Lebenszeit. Wenn der Sklave, der sich heute oder morgen in schlechter Lage befindet, sein Loos durch Aenderung des Herrn verbessern will, so kann er es nicht; es ist ihm unmöglich, sich aus seiner schlimmen in eine bessere Lage zu versetzen. Wollen oder Nichtwollen, er ist ein Sklave und sein Dienst ist Sklaverei.

Zwar kommt es vor, daß Herren ihren Sklaven die Freiheit schenken; es sind jedoch Ausnahmsfälle. Von dem Gedanken ausgehend, daß der Muselmann den Neger kauft des Vortheiles halber, begreift man leicht, daß er ihn behält, so lange er ihm nützlich ist; nur wenn es von Vortheil ist, wird er ihn entlassen. Dieser Fall tritt ein, wenn der Sklave alt und arbeitsunfähig wird, dann wird er seinem Elende überlassen; oder wenn sein Betragen den Herrn nicht befriedigt, der Sklave wird dann fortgejagt, fällt in die Hände irgend eines Türken oder führt ein unstetes Leben. Zahlreiche weibliche Sklaven werden entlassen, wenn der Herr ihrer satt ist, oder wenn sie alt werden; sie fallen dann dem Laster anheim. Im Koran wird die Freilassung eines Sklaven ein Gott wohlgefälliges Werk genannt, wodurch man Buße für seine Sünden thun oder Gnaden erhalten könne. Man läßt z. B. einen Sklaven frei, um sich Gesundheit von Gott zu erwirken. Die Fälle sind aber höchst selten; noch seltener ist der Fall, daß die freigelassenen Sklaven ein anderes Fortkommen

finden, sie verfallen dem Laster oder werden eine Beute anderer gewinnsüchtiger Orientalen.

Daß die Sklaven mit ihrem Loose zufrieden sind und nicht in ihre Heimath zurückzukehren träumen, ist falsch. Wahr ist, daß bei den Negern das Gefühl für Familie und Vaterland nicht so tief entwickelt ist, wie bei uns. Einige Neger, die sich im Auslande eine Stellung erobern als Bediente, Kaufleute u. s. w., vergessen ihre Heimath fast gänzlich. Andere Afrikaner saugen in Arabien an den heiligen Stätten des Islams den religiösen Fanatismus ein; man hört sie sagen: „wer das Licht Mekkas gesehen und aus der heiligen Quelle Semsem getrunken habe, könne das Hedjáz nicht mehr verlassen". Mitunter gewöhnt sich ein Neger so sehr an seinen Herrn, daß er ihn nicht mehr zu verlassen gedenkt. Ueberdieß verursacht die jahrelange unwürdige Behandlung eine geistige Abstumpfung der Neger und der ihnen von Natur aus innewohnenden Empfindungen für Familie und Stammesgenossenschaft. Aber dennoch fühlt die weitaus größte Anzahl der Sklaven schwer ihr Loos. Man kann häufig Neger weinen sehen beim Gedanken an ihre Familie. Wer je auf dem Nile gereist ist, wird sich jener zahlreichen Sklaven erinnern, die auf der sakieh (Schöpfrad) sitzend die Zugthiere antreiben. Sie singen in ihrer Muttersprache trauervolle Melodien. Treten wir näher und fragen wir nach dem Inhalte des Liedes. Der Neger blickt uns scheu an und erwiedert nach einigem Zögern: „Ich singe von den Viehheerden meiner Heimath, von der Milch, die ich dort getrunken habe; ich singe, sagt er betrübt, von meiner Schwester und Mutter", und dicke Thränen rollen über seine schwarzen, kothbedeckten Wangen! In den Sklavengehöften hört man in der Stille der Nacht die wimmernde Stimme eines Knaben, im Traume lispelt er: „Mutter, wo bist du?" Die Stimme der Natur wird meistens mit der Peitsche zum Schweigen gebracht. Man frage einmal jene Negersoldaten, welche in Folge des Sklavereigesetzes die Freiheit erlangten und in Aegypten in Militärdienste traten, weßhalb sie mit solchem Muthe gegen die Mahdisten oder Derwische des Sudan kämpfen! Sie antworten: weil sie die Ursache waren, daß wir unsern Familien entrissen und in fremde Länder geschleppt wurden. Diese Negersoldaten erwarten mit Ungeduld den Augenblick, um sich den Weg nach ihrer Heimath

zu eröffnen. Die Neger, welche die Paläste Constantinopels und Kairo's gesehen haben, sagen: „Es ist schön, großartig, aber es ist nicht unsere Heimath!" Man sage zu einem Neger: „Hier in Europa ist es schön, herrliche Berge und Wiesen, gutes Essen und Trinken, während in Afrika Elend herrscht"; der Neger wird sofort erwiedern: „Hier bei euch ist Alles schön, Afrika ist elend, aber doch ist es besser in Afrika!" Wenn sich Negersklaven aus ein und demselben Stamme zufällig treffen, so begrüßen sie sich freudig als Kameraden; sie sprechen und singen mit Jubel in ihrer Muttersprache, versammeln sich zu heimathlichen Tänzen. Der Sklave, der den ganzen Tag über gearbeitet und niemals eine heitere Miene gezeigt hat, ist sofort heiter und fröhlich im Kreise seiner Stammesgenossen; die Müdigkeit wird vergessen, es wird getanzt, gespielt, gesungen wie in der Heimath, oft die ganze Nacht hindurch. Da sage man noch, daß der Neger kein Gefühl habe für Heimath und Familie! Selbst die christlichen Neger, die sich seit Jahren in der katholischen Mission befinden, sind von Zeit zu Zeit Anfällen von Melancholie ausgesetzt; der Neger sitzt betrübt in einer Ecke, er spricht mehrere Tage hindurch nicht. Nach Verlauf dieser Frist um den Grund dieser Trauer befragt, erwiedert er: „Ich dachte an meine Eltern!" Wenn der Fall, daß Negersklaven ihrem Herrn entlaufen, selten vorkommt, so ist der Grund, weil es ihnen unmöglich ist. Wo sollten sie die Mittel finden für die Reise durch unbekannte Gegenden und verbrannte Wüsten? Anderseits wissen sie wohl, daß sie auf der Flucht die Beute primi occupantis würden und in die Hände eines vielleicht noch schlimmeren Herrn fielen.

Man hat behauptet, daß die Sklaverei eine Wohlthat für die Neger sei, indem sie durch dieselbe auf eine höhere Culturstufe gehoben werden, und in der Religion des Islam eine dem Heidenthum ihrer Heimath überlegene Gottesverehrung kennen lernen. Auf den ersten Blick möchte es allerdings scheinen, daß die Neger im Islam zu einem gewissen Grade von Cultur gebracht werden. Betrachten wir jedoch die Cultur, welche der Islam verleiht, so finden wir, daß diese Meinung haltlos ist. Die Geschichte des Islams beweist dieß genügend. Die Cultur der ersten islamitischen Zeiten verbreitete sich rasch, um allmählig in ihr gegenwärtiges Nichts zu verfallen und

einer unheilbaren Versumpfung Platz zu machen. Wo ist gegenwärtig jene islamitische Cultur, die Organisirung des Staatswesens, der Eifer im Studium der Wissenschaften, Alles was das Zeitalter der mohammedanischen Blüthezeit ausmachte? Wer die orientalischen Großstädte besucht, findet nur mehr wenige Spuren davon. Kein ernstes Forschen, kein Wissensdurst, keine selbständige und ernste Geistesarbeit, kein Studium, die Kräfte der Natur auszubeuten, keine politische Gesinnung; dagegen mechanisches Auswendiglernen, um sich eine Stelle zu erobern, fruchtloses Brüten über den Geistesprodukten früherer Jahrhunderte und der christlichen Forscher, Ringen nach dem täglichen Brode: das ist der Charakter des heutigen islamitischen Orientes. Der thätige Europäer glaubt in jenen Gegenden und in solcher Umgebung allmählig selbst zu versumpfen. Der Islam gleicht eben einer großen Dosis Opium, das die Völker in augenblickliche Erregung versetzt, um sie dann in einen elenden Schlaf versinken zu lassen. Diesen Schlaf schläft gegenwärtig der Islam mit seiner Cultur. Die Cultur, die der Islam den Negern gibt, ist nur äußerlich; sie berührt nichts als die Kleidung, im Uebrigen sind geistige Abstumpfung und moralische Verkommenheit der Gewinn, den die Neger aus der islamitischen Sklaverei ziehen. Oder wollte man die Cultur der islamitischen Negersklaven darin erblicken, daß sie europäische Kleidung tragen, manchmal einige europäische Wörter sprechen? Diese Afterbildung ist es eben, welche die Neger hochmüthig macht und jeder wirklichen Bildung hemmend in den Weg tritt. Die tägliche Erfahrung zeigt, daß diejenigen Neger, welche in der Sklaverei einen äußeren Anstrich solcher Halbbildung angenommen haben, die verdorbensten und unsittlichsten sowie für solide Cultur unempfänglichsten sind.

Was den Vorzug des Islam vor dem Heidenthume betrifft, so lehrt der Islam allerdings den strengsten Monotheismus und steht so als Religion über dem Heidenthume. Aus diesem Grunde hat man den Islam als eine Vorstufe des Christenthumes für die Neger angesehen. Man könnte damit vielleicht recht haben, wenn der Islam den Negern weiter nichts als den Monotheismus lehren würde. Leider aber lehrt der Islam außer der Einheit Gottes viele, besonders für die Neger, verderbliche Dinge. Die zügellose Freiheit in moralischer Beziehung erhält, soweit sie unter den Negern besteht, durch die Lehren

des Koran sozusagen ihre religiöse Sanktion. Freilich scheuen sich Manche, darunter deutsche Gelehrte, nicht, dem Islam als der für die Neger geeignetsten Religion den Vorzug vor dem Christenthume zu geben. Man behauptet, daß die Neger die christliche Religion nicht erfassen, daß also die ihren Verhältnissen entsprechende beste Religion der Islam sei. Daß die Neger das Christenthum zu erfassen und dessen Lehren auch in der Praxis auszuüben fähig sind, müssen Alle bezeugen, welche längere Zeit in Afrika gelebt und mit den Negern in intimeren Verkehr getreten sind. Wenn man überhaupt die christliche Religion noch als die einzig wahre betrachtet, also auch als die einzig wahre Religion für die Neger, so muß man sagen, daß der Islam unmöglich eine Vorstufe für das Christenthum in Afrika bilden könne. Im Gegentheile ist gerade der Islam in Afrika das größte Hinderniß für die Ausbreitung der christlichen Wahrheit. Ueberall da, wo der Islam unter den Negern eingedrungen ist, ist die Arbeit für die Missionäre erschwert, wenn nicht ganz unmöglich gemacht. Die Missionäre ziehen für ihre Zwecke die naturwüchsigen Neger Innerafrikas den vom Islam berührten Stammesbrüdern weit vor. Während erstere dem Europäer mit Achtung begegnen und in dem Weißen ein ihnen überlegenes Geschöpf erblicken, verachten die islamitischen Schwarzen die Christen und Weißen, nennen sie „Christenhunde", „Holz für das Höllenfeuer", und betrachten sich allein als die Auserwählten. Der Islam impft den Negern Haß nicht nur gegen die christliche Religion und deren Bekenner ein, sondern gegen Alles, was mit dem Christenthum zusammenhängt, als christliche Bildung, Sitten und Einrichtungen. Auf diese Weise ist in Afrika die Ausbreitung christlicher Religion und Cultur überall da gehindert, wo der Islam sich festgesetzt hat. Für den Islam ist die Sklaverei ein wichtiger Faktor seiner religiösen Propaganda.

Ein flüchtiger Blick auf die Lage des Negers in der mohammedanischen Sklaverei wird am besten die üblen Folgen derselben aufdecken. Der Koran, zu den Gläubigen redend, bezeichnet die Sklaven als „Deine Sachen", deren Gebrauch und Mißbrauch gestattet ist ohne die Pflicht der Rechenschaftsablegung. Der Muselmann betrachtet den Sklaven absolut als einen Bestandtheil seines Hauswesens, um nicht zu sagen als

Hausgeräth; der Sklave ist ein Mittel des Erwerbes, ein Ding zur Befriedigung der sinnlichen Gelüste. Nach seinem Besitze und Reichthume befragt, antwortet der Muselmann: „Ich besitze so und so viel Joch Land, diese und diese Anzahl Rinder, Kameele, Esel, Schafe, so und so viele Sklaven". Viele berechnen ihren Reichthum nach der Anzahl ihrer Sklaven.

Die Sklaven werden meistens im jugendlichen Alter gekauft, da sie sich so dem Wunsche des Herrn gemäß erziehen lassen; deßhalb sind im Allgemeinen junge Sklaven theurer als erwachsene. Seine Jugendzeit verbringt der Sklave in traurigem Zustande. Er sitzt, vor sich brütend, an der Thüre des Herrn, irrt nackt in den schmutzigen Gassen umher, wühlt im Sande oder in den Pfützen; seine Kameradschaft bilden Hunde und Ziegen, anstatt der mütterlichen Stimme hört er die Fluchworte und Verwünschungen der rohen Türken und Araber, deren Schimpfreden, was Rohheit und Unsittlichkeit anbelangt, kaum zu übertreffen sind. Von keiner Seite wird ihm Anregung zu Geistigem und Höherem zu Theil; das veredelnde Band der Familie erwärmt nicht seine Seele, Eltern- und Geschwisterliebe adelt ihn nicht. Die ihm angeborne Lebhaftigkeit wird zum stumpfsinnigen Brüten, er wird geistig unfähig und sittlich verkommen. Das einzige, was ihn aus seiner Lethargie zu wecken vermag, ist die Begier nach Speise, darum dreht sich sein Sehnen und Hoffen. Mit Gier verschlingt er sein trockenes Brod, er hascht auf den Straßen nach den weggeworfenen Abfällen der Früchte, er wühlt im Schmutze, um eine Kürbisschale, die Rinde einer Kokosnuß, eine wurmige Dattel aufzufinden. Oft entsteht unter den Sklaven heftiger Streit über die Theilung der gefundenen Abfälle; wie junge hungrige Wölfe werfen sie sich darüber her, reißen sich gegenseitig die Bissen vom Munde weg unter den bereits erlernten Fluchwörtern, und setzen den Hader fort, bis die Peitsche des Herrn oder eines älteren Sklaven sie zerstreut.

Der Sklave, abgestumpft durch seine entwürdigende Lage, ist seinem Herrn gegenüber willenlos. Dieser mißbraucht ihn theilweise zu schändlichen Zwecken; der Sklave ergibt sich ohne Widerstand. Es gibt Mohammedaner, welche ihre weiblichen Sklaven gegen eine fixe Taxe für bestimmte Zeit an Religionsgenossen vermiethen zu schnödem Mißbrauch. So kommt es, daß die Elenden jegliches Gefühl für Sittlichkeit verlieren. Häufig

ereignet es sich, daß Sklavenmädchen, welche in einem Momente schlechter Behandlung seitens des Herrn sich in die Missionen flüchten, alsbald wieder entfliehen, um zu ihrem früheren Leben zurückzukehren, da es ihre Verkommenheit ihnen unmöglich macht, sich an ein geordnetes Leben zu gewöhnen, und ihnen das Laster zur zweiten Natur geworden ist.

Der Muselmann zwingt seinen Sklaven mitunter sogar zu Verbrechen. Er sendet ihn frühe morgens aus mit dem Befehle, abends eine Ziege, eine Quantität Korn oder dergleichen nach Hause zu bringen; der Sklave ist gezwungen, sich auf den Diebstahl zu verlegen; wehe ihm, wenn seine Beute am Abend den Herrn nicht befriedigt, er wird gepeitscht. Das ganze Streben des Herrn geht dahin, den Sklaven möglichst auszunützen. Die Sorge für ihn geht nur so weit, als es nothwendig ist, um ihn arbeitsfähig zu erhalten. Zwar empfiehlt der Koran an einigen Stellen Milde gegen Sklaven; aber die orientalische Gewinnsucht läßt dieselbe wenig walten. Wenn der Herr dem Sklaven eine Negerin zur Frau gibt, so ist hiebei seine Absicht, Kinder zu erhalten, die lebenslänglich seine Sklaven bleiben, die er auch verkaufen kann. Die kleinsten Vergehen der Sklaven werden strenge, oft grausam geahndet. Man bindet und peitscht sie, brennt sie mit Glüheisen, an Brust und Rücken, hängt sie an Bäumen auf u. s. w. Der Bruder des Gadi (mohammedanischer Richter) in Chartum warf die ihm mißliebigen Sklaven in die Cisterne seines Hofes. Andere Türken machen sich ein Vergnügen daraus, ihre Sklaven zu peitschen oder anzuspucken, um sich an deren Gesichtsgeberden zu ergötzen. Die Schändlichkeiten, denen besonders die weiblichen Sklaven unterworfen werden, lassen sich nicht schildern.

Bei allen Mißhandlungen und Ungerechtigkeiten seitens des Herrn muß der Sklave schweigen; es steht ihm kein Mittel zu Gebote, sich zu schützen. Selbst der Richter nimmt für den Herrn Partei, der ihn durch Bakschischspenden sich geneigt macht. Der Richter empfängt den klagenden Sklaven mit Verwünschungen und weist ihn unter Flüchen ab. Wenn auch manche Sklaven als Glieder der Familie betrachtet werden, so müssen sie doch von Zeit zu Zeit sich als Sklaven behandelt sehen. Die Söhne des Hauses werden nie einen Sklaven als ihres Gleichen erachten, sie treten ihm mit Stolz gegenüber und lassen ihm bei

verschiedenen Gelegenheiten in Wort und That seine Lage fühlen; selbst die Kleinen des Hauses lassen es den Sklaven empfinden, daß sie frei und seine Gebieter sind.

In Folge dieser entwürdigenden Behandlung wird der Sklave stumpf und blöde, er vegetirt nur mehr körperlich, verliert jede geistige Fähigkeit und Widerstandskraft. So sieht man Sklaven, welche sich gleich willenlosen Dingen den Lastern ergeben; andere ergeben sich der Trunksucht, es fehlt ihnen jegliche Kraft, sich selbst zu beherrschen. Diese Geschöpfe sind die traurigsten Erscheinungen der orientalischen Länder. Oft mit unheilbaren Krankheiten behaftet, sind sie schreckliche, lebendige Beweise für die Folgen der Sklaverei. Man erkennt diese Unglücklichen schon an ihrem Blicke. Ihr Gesichtsausdruck ist trüb und blöde, ihre Züge sind fast thierisch, ihre Haltung schlaff; nur der Anblick von Speise und berauschenden Getränken bringt einige Bewegung in ihre traurigen Züge.

Um sich von dem verderblichen Einflusse der Sklaverei auf Geist, Gemüth und Körper der Neger vollständig zu überzeugen, betrachte man einen freien Neger Innerafrika's oder eine freie junge Negerin mit ihrem lebhaften Temperamente, ihren frischen Gestikulationen, feurigen Augen und ruheloser Beweglichkeit, ihrer Neugierde und kindlichen Einfalt, und betrachte ebendieselben nach mehrjähriger Sklaverei: der Vergleich wird uns einen schlagenden Beweis von der schrecklichen Veränderung zum Schlimmen liefern, welche im Neger durch die Sklaverei bewirkt wird.

Der ärgste Feind der Neger ist der Islam, der moralische und körperliche Ruin für Hunderttausende derselben die islamitische Sklaverei.

Im August 1889.

Franz Xaver Geyer, apost. Missionär von Central-Afrika.

XL.

Das Confraternitätsbuch des Spitals zum hl. Geist in Rom.

Das letzte Mal haben wir über die aus den Geldmitteln der höheren ungarischen Geistlichkeit veranstalteten Publikationen aus römischen Archiven im Januarheft 1887 (Bd. 99) dieser Blätter gehandelt. Damals beging man feierlich das zweite Centenar zum Andenken an die Befreiung Ofens aus der Gewalt der Türken, und gerade aus Veranlassung dieser Feier ließ der ungarische Episkopat die Relationen des von Innocenz XI. beim Kaiser Leopold I. accreditirten Nuntius Msgr. Buonvisi der Oeffentlichkeit übergeben.

Gegenwärtig empfangen wir eine andere, zwar weniger umfangreiche, aber durchaus nicht minder interessante und belehrende Publikation, die uns nicht blos einen Blick thun läßt in die tiefe Frömmigkeit der alten Ungarn, sondern auch vom Standpunkt der Culturgeschichte eingehende Beachtung verdient. Das „Buch der Bruderschaft im Hospital zum hl. Geist in Rom“ wird uns mitgetheilt, insoferne Eintragungen ungarischer Pilger dabei in Betracht kommen. Der erste Sohn Ungarns, welcher nach einer Unterbrechung von länger als drei Jahrhunderten seinen Namen in das Confraternitätsbuch wieder eintragen ließ, ist der Ehrendomherr Vincenz Bunyitay von Großwardein, der auch die Vorrede zu dem vorliegenden Prachtband in ungarischer Sprache geschrieben hat, welche der Prämonstratenser Hilarius Kekuß in's Lateinische übertrug. Die Herausgabe verdient alles Lob. Das sorgfältig verfaßte Vorwort verbreitet sich über die Entstehung und Geschichte der Bruderschaft, legt die Beziehungen Ungarns auf kirchlichem und culturellem Gebiete zu Italien und insbe-

1) Monumenta Vaticana historiam Regni Hungariae illustrantia. Series prima. Tomus quintus. Liber Confraternitatis sancti Spiritus de Urbe. Budapestini 1889. folio. pag. XXVIII. 168.

sondere zu der Stadt Rom dar und gibt beachtenswerthe Winke zum besseren Verständniß der einzelnen Eintragungen. Die letzteren wurden mit diplomatischer Treue wiedergegeben und dem Ganzen ein sehr genaues Namen- und Sachregister beigefügt.

Das hochberühmte Hospital zum hl. Geist in Rom im uralten Sachsenviertel (de Sassia) hat keinen Geringeren zum Stifter als den berühmten Papst Innocenz III., dessen tiefsinnige Schrift über das Elend des menschlichen Lebens man gelesen haben muß, um zu begreifen, daß gerade dieser Mann die Hand zur Schöpfung dieses gewaltigen Baues legte, der die Bestimmung hatte, das menschliche Elend in all seinen Formen zu bekämpfen. Bald entstand daselbst eine Bruderschaft zum hl. Geist, deren Mitglieder sich die Ausübung der christlichen Nächstenliebe zu Gunsten der Kranken und Armen zum Ziele setzten.

Das Buch der Eintragungen, welches die Bruderschaft gleich Anfangs besaß, ging während der verhängnißvollen Residenz der Päpste zu Avignon verloren, ja das Hospital selbst büßte in jenen trüben Zeiten einen bedeutenden Theil seiner Güter ein, worüber Eugen IV. bittere Klage führte.

Dieser hochgebildete Papst war es, der die Bruderschaft zum hl. Geist durch Bulle vom 25. März 1446 neu organisirte. Nachdem der Papst die Geschichte des Hospitals und der Confraternität erzählt, und die Statuten erneuert, gewährt er die geistlichen Schätze der Ablässe „allen und jeden Geistlichen und Laien beiderlei Geschlechts, welche in die Bruderschaft aufgenommen und in deren Buch eingetragen, bei der Aufnahme drei Kammergulden, und in den folgenden Jahren je einen Grossus, von denen zehn einen Gulden ausmachen, dem Kämmerer der Bruderschaft zu Gunsten der Armen übermitteln“ (p. IV). Eigenhändig trug Eugen IV. seinen Namen ein und versprach jährlich zweihundert und im letzten Jahre tausend päpstliche Dukaten schenken zu wollen. Allerdings sind dem Beispiele des Papstes viele Prälaten gefolgt, aber die Höhe des Eintrittsgeldes bewirkte, daß die große Menge der Gläubigen von den geistlichen Schätzen der Bruderschaft ausgeschlossen blieb. Minder bemittelte Personen ertheilten zwar das Versprechen, bei günstiger Gelegenheit die Eintrittsgebühren erlegen zu wollen. Damit wurde die Erfüllung der Forderung

aber einfach ad calendas graecas vertagt. Die Folge war, daß die Zahl der Mitglieder bedeutend sank und die Blätter des Confraternitätsbuches in den ersten dreißig Jahren beinahe leerer Raum blieben. Da griff Sixtus IV. ein. Als Franziskaner eine volksthümliche Natur, hob er die lästigen Bedingungen Eugens IV. kurzer Hand auf. Was Jedem seine Frömmigkeit eingibt, verordnete er in der Bulle vom 21. März 1477, das solle er beim Eintritt schenken. Weiterhin wurde persönliches Erscheinen in Rom nicht mehr gefordert, sondern es war gestattet, sich durch fremde Hand einzeichnen zu lassen, um der Gnaden der Ablässe theilhaft zu werden. Von da an stieg die Zahl der Mitbrüder aus Ungarn zusehends. Im Jahre 1482 ließen sich 28, im Monat Januar des Jubiläumsjahres 1500 nicht weniger als 180 Mitglieder aus Ungarn einschreiben. Und im Laufe dieses Jahres belief sich ihre Zahl auf mehr denn fünfhundert.

Nach dem Jahre 1500 nahm die Zahl der Einträge bedeutend ab, indeß erreichte sie noch immer die bedeutende Höhe 42 für das J. 1520. Nach 1516 ersehen wir aus den Einzeichnungen, daß die Eintretenden auch eine Urkunde über ihre Aufnahme empfingen.[1]) Leider müssen wir uns mit der trockenen Notiz des Bruderschaftsbuches begnügen; einen derartigen Aufnahmebrief zu entdecken scheint dem Herausgeber nicht gelungen zu sein. Aber nach 1523 ist der Strom der ungarischen Pilger allmählig versiegt. Gewiß beruht die weit verbreitete Auffassung von einer Art Siegeslauf, welchen der neue Glaube in Ungarn angetreten, keineswegs auf Wahrheit, indeß die Thatsache ist unleugbar, daß von da an die Wallfahrten nach Rom seltener wurden und die Eintragungen in das Bruderschaftsbuch zum heiligen Geist gänzlich ihr Ende erreichten. Die letzte datirte Eintragung gehört dem 15. Juni 1523 an (p. 145).

---

1) Liber Confrat. p. 139. Die erste Eintragung, welche der Litterae gedenkt, lautet: A. 1519. Die 29 Junii 1519. Devoti Christi fideles Lucas sacerdos, filius Antonii litterati, Albertus Belli, Thomas Seres cum uxore Prisca et filiis et filiabus suis, ac Stephanus Warrias cum uxore sua Ursula et filiis suis intraverunt . . . et habuerunt litteras.

Für die Geschichte der Cultur in Ungarn besitzt unsere Sammlung eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Die innigen Beziehungen, in welche Ungarn im Zeitalter der Renaissance zu Italien getreten, sind bekannt. Bisher aber galten als Vertreter und Zeugen derselben lediglich die Staatsmänner, die Gesandten der Könige, die Humanisten und Studenten des Rechtes. In dem Bruderschaftsbuch lernen wir andere Klassen der Gesellschaft kennen, welche in ebenso ausgedehntem Maße den Sinn für höhere Bildung und Kunst zu wecken und rege zu halten verstanden. Es waren jene zahllosen Schaaren ungarischer Geistlicher, Künstler und Kunsthandwerker, welche nach der ewigen Stadt pilgerten, dort ihre Andacht verrichteten, mit Muße der Betrachtung der Kunstdenkmale sich hingaben und die hier gewonnenen Ideen in die Heimath trugen, wo sie nicht blos in Domen und anderen hervorragenden Denkmalen der Baukunst, sondern in schlichten Landkirchen ihre Verkörperung empfingen.

Rührend ist der Gebrauch, nach welchem die Pilger außer ihrem eigenen Namen auch diejenigen ihrer Verwandten eintragen. In nicht wenigen Fällen sind die Notizen über die Familienmitglieder bedeutender Persönlichkeiten dem Genealogen hochwillkommen. So berichtet ein Eintrag vom Jahre 1490: „Ich Paulus, Propst von Gran, apostolischer Protonotar, habe als leiblicher Bruder des genannten Erzbischofs und Vertreter in seinem Namen und demjenigen all unserer Verwandten mit eigener Hand unterschrieben“ (p. 10). Der angeführte Prälat war der Erzbischof Peter von Calocza. Andere Eintragungen machen es wahrscheinlich, daß ganze Familien persönlich erschienen (p. 52). Aber stets schwebte den Brüdern der Zweck vor, die von den Päpsten bewilligten Ablässe zu gewinnen.[1])

Was den gesellschaftlichen Stand der Mitglieder der Bruderschaft betrifft, so begegnen wir Bischöfen, Domherrn, sehr vielen Pfarrern und Altaristen, ferner Aebten und einfachen Mönchen. Dazu kommen Staatsmänner, Militärs, Künstler, auch eine Heilkundige (p. 49, Caterina medica), ferner Handwerker und einfache Bürger.

Wo immer katholisches Leben blüht, da werden Veröffentlichungen solcher Art, die im Mittelpunkt der Kirche ihre Wurzel besitzen, das lebendigste Interesse besitzen.

---

1) Liber Confrat. p. 14. Ego Blasius aurifaber Thome Farocas de Perrehc hodie die 6 Maii 1492 intravi in hanc sanctam confraternitatem Sancti Spiritus una cum laterina mea uxore, ut consequamur indulgentias sancti Spiritus concessas per Sixtum Pontificem quartum.

XLI.

Ueber die russische Jubiläumsfeier der Vernichtung der griechisch-unirten Kirche in Lithauen und Weißruthenien (1839).

IV.

Eine persische Sage erzählt, daß alle Bäume einen Seufzer ausgestoßen haben, als der Mensch das Eisen erfunden; dieser aber antwortete ihnen: das Eisen kann euch so lange keinen Schaden zufügen, bis nicht eins von euch das nöthige Holz hergibt, um eine Axt zu bilden. Die Russen hätten die unirte Kirche nicht so leicht vernichten können, wenn sie unter den Unirten keine Verräther gefunden hätten.

Zar Nikolaus hatte kurz nach seinem Regierungsantritt einen „Ukaz" erlassen (9. II. 1826), in welchem er den Verkauf von Gebetbüchern, welche für Unirte bestimmt waren, auf Jahr- und Kirchmessen verbot. Ein Jahr darauf erging ein „Ukaz" (9. X. 1827), der schon weiter ausgriff. Es wurde befohlen, daß alle Unirten, welche den lateinischen Ritus angenommen haben, wieder zum griechischen Ritus zurückkehren sollten.

Viele Unirte hatten nämlich aus Furcht vor dem Schisma, schon während der Regierungszeit Katharina's II., den lateinischen Ritus angenommen. Das geschah sogar auf Betreiben des lateinischen Erzbischofs von Mohilew, Siestrzen-

cewicz, welcher die bevorstehende Vernichtung der Union vorausgesehen hat. Aber auch in späterer Zeit thaten es die Unirten sehr zahlreich, als sie merkten, daß der ruthenische Erzbischof von Polozk, Lissowski, in der einzigen Diöcese, welche sich während der Verfolgung Katharina's erhalten hatte, selbst schismatische Gebräuche einzuführen begann. Siemaszko sagt selber, daß in zwei Jahren (1807 bis 1808) über 50,000 Unirte den lateinischen Ritus angenommen haben. Es waren aber deren mehr als 200,000.[1])

Der „Ukaz“ befahl ferner, nur Ruthenen (keine Polen) in die Basilianerklöster aufzunehmen und besondere Schulen für die griechisch-unirte Jugend einzurichten. Diese Ordre zeugte von dem Entschlusse des Kaisers Nikolaus, die Union aufzuheben, war aber auch ein Beweis, daß man damals in Petersburg noch den richtigen Weg nicht zu finden wußte. Da erschien im Anfange Novembers 1827 bei dem Director der Sektion des Cultusministeriums für kirchliche Angelegenheiten „fremder Confessionen“, Gregor Kartaszewski, ein junger griechisch-unirter Prälat, der einen Auftrag von dem Suffraganbischof von Pinsk, Sieroczynski, seinem Großoheim (mütterlicherseits), auszurichten hatte. Der junge Prälat verweilte dann in Petersburg als Delegirter des Bischofs von Luzk, Martuscewicz, und als Mitglied des „römisch-katholischen Collegiums“, welchem die Oberleitung der ganzen katholischen und griechisch-unirten Kirche anvertraut war.[2])

1) Theiner l. c. p. 296. Harasiewicz. Annales Eccl. ruth. p. 864—5. Tolstoy l. c. p. 540—41. Siemaszko l. c. Bd. I. p. 52.

2) Dieses Collegium wurde auf Betreiben des Erzbischofs Siestrzencewicz (1801) in Petersburg eingerichtet, und bestand aus acht Mitgliedern, welche alle römisch-katholisch waren. Den Vorsitz führte der Erzbischof Siestrzencewicz. Vier Jahre später erlaubte Kaiser Alexander, daß noch 4 unirte Priester in dieses Collegium aufgenommen wurden, und zwar ein Bischof, den der Kaiser wählte, und drei von anderen Bischöfen delegirte Priester. Ein Jahr darauf (1805) wurde das Collegium in zwei besondere

Der Direktor ließ sich mit dem jungen Prälaten in ein Gespräch ein und war nicht wenig erstaunt, als ihm dieser die Mittel und Wege auseinandersetzte, wie man am leichtesten die griechisch-unirte Kirche zu der russischen „bekehren“ könnte. Er bat den Prälaten seine Pläne schriftlich aufzusetzen, und derselbe ging auf die Bitte ein. Tags darauf brachte er ein schriftliches Exposé, in welchem er um Geheimhaltung bat, es aber mit seinem vollen Namen unterschrieb: „Prälat Joseph Siemaszko, Collegial-Assessor.“

Nach zwei Tagen berief ihn der Direktor zu sich und führte ihn zum Cultusminister Szyszkow. Dieser zeigte dem Verfasser sein Exposé und las ihm die Bemerkungen vor, welche der Zar eigenhändig mit einem Bleistifte am Rande gemacht hatte. Es waren lauter Zeichen der größten Zufriedenheit. Der Zar wünschte auch den Lebenslauf dieses vortrefflichen Mannes kennen zu lernen. Sein Wunsch ward unverzüglich erfüllt, und der Verfasser betheuert in seiner Lebensbeschreibung,[1]) daß er während seines Aufenthaltes in Petersburg bereits „Polen und den polnischen Patriotismus“ vergessen, dagegen den „orthodoxen“ Glauben liebgewonnen habe. Sie war gut getroffen, diese Betheuerung, denn bis heutzutage bildet der polnische Patriotismus einen festen Damm gegen das Vordringen des Schisma. Aber als Siemaszko dies schrieb, hatte er sich die russische Sprache kaum erst angeeignet und verstand die Russen noch nicht ganz genau. Seine Memoiren beweisen auch, daß er bis zu seinem Tode die russische Sprache nicht vollständig beherrschte.

Der unglückselige Mann war im Palatinate Kijew als

Sektionen eingetheilt: die römisch-katholische und die griechisch-unirte. Beide Sektionen amtirten aber in Einem Gebäude und versammelten sich auch zur Berathung gemeinschaftlicher Angelegenheiten, bis sie auf Antrag Siemaszko's (1828) gänzlich getrennt wurden.

1) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 437—39.

Sohn eines ruthenisch-unirten Pfarrers (24. XII. 1798) geboren. Sein Großvater war Pfarrer, sein Großoheim war Bischof, vier Brüder des Vaters waren Pfarrer und zwei Schwestern desselben an Pfarrer verheirathet. Kein Mensch verstand in der Familie russisch, man sprach nur klein-ruthenisch oder polnisch, denn diese beiden Sprachen sind ganz nahe verwandt. Siemaszko absolvirte die Kreisschule in Niemirow, wo die Unterrichtssprache die polnische war. Für solche Schüler, welche ein Gymnasium absolvirt hatten, war das Studium der Theologie an der theologischen Fakultät in Wilno offen, und sein Großoheim der Suffraganbischof von Pinsk, Sieroczynsky, erwirkte für ihn einen Platz im „Hauptseminar" zu Wilno.[1]) Hier verblieb Siemaszko vier Jahre und widmete sich dem Studium der Theologie. Zum Unglück waren hier alle Professoren vom josephinischen Geiste beseelt und docirten an der Hand josephinischer Handbücher von Klüpfel und Dannenmayr, und Siemaszko bekennt selbst, daß die Professoren Schlimmeres gegen die Päpste vorbrachten, als überhaupt in einem schismatischen Seminar hätte vorgebracht werden können.[2]) So hat das aus Oesterreich importirte Lehrsystem auch in Polen und Ruthenien furchtbares Unglück angerichtet. Siemaszko erklärt auch selber (I. 16), daß er mit vielen Vorurtheilen gegen Rom erfüllt Wilno verließ,

1) Dieses Hauptseminar wurde von der russischen Regierung 1808 errichtet und bestand bis 1832. Es lebten dort lateinische und griechisch-unirte Theologen gemeinschaftlich und kleideten sich auch ganz gleich.

2) Wir verweisen auf die gediegenen Abhandlungen des gegenwärtigen Rektors der römisch-kathol. Akademie in Petersburg, Prälat Symon, in den Programmen von 1888 und 1889. „Academia caesarea romano-catholica ecclesiastica Petropolitana anno acad. 1887 und 1888/89. Petersb. off. Frejmann 4°. Das diesjährige Programm enthält die Abhandlung: De catholica Facultate theologica in universitate litterarum olim Vilnensi (p. 15—108).

und daß Alles, was er dort gelernt und gehört habe, es ihm verleidete, treu an der Kirche zu halten. Sie war ihm aber eine zärtliche Mutter, diese Kirche. Der Bischof von Luzk, Martuszewicz, hatte ihn liebgewonnen. Er hatte ihm zur Reise nach Wilno neue Kleider geschenkt und nachdem er von dort zurückgekommen, machte er ihn zum Consistorial-Assessor, weihte ihn im 23. Lebensjahre aus, ernannte ihn ein Jahr darauf zum Erzpriester (Protojerej) und General-Vikar, ein Jahr später ertheilte er ihm den Titel: „Pater distinctoratus",[1]) und wieder nach einem Jahre ernannte er ihn zum Prälaten. Siemaszko war also mit 27 Jahren weit empor gekommen. Er war auch sehr klug; unter Anderem hatte er sich Mühe gegeben russisch zu lernen, während kein einziges Mitglied des Consistoriums davon eine Silbe verstand. Die Bischofswürde hätte er gewiß, auch ohne Verräther zu werden, erlangen können, aber eine finstere Macht trieb ihn zur Apostasie. Er erzählt selbst von sich, daß die Pracht der Kirchen Petersburgs und der splendide Gottesdienst in denselben ihn für das Schisma gewonnen hätten; daß man in einem armen Dorfkirchlein oft mehr Andacht findet, als in den großen Kirchen der Residenzstädte: dafür hatte der Mann kein Gefühl.

Das Exposé Siemaszkos vom 5. November 1827, von welchem wir eben gesprochen, war seinem Wunsche gemäß durch 56 Jahre geheimgehalten, bis er selbst es in seinen „Zapiski" abdrucken ließ (l. c. Bd. I. p. 32—44 und 387 ff). Nur der Plan, welchen das Cultusministerium in Petersburg auf Grund dieses seines Exposé 9 Monate später verfaßte,[2])

---

1) Papst Pius VI. ertheilte 1784 diese Würde für 30 unirte Priester. Domkapitel gab es bei den Unirten nicht. Die Distinguirten trugen ein 8eckiges Kreuz.

2) Er wurde zuerst gedruckt von Moroszkin im „Wiestnik Jewropy" (Europäischer Anzeiger) von 1872 im April-Heft (p. 258—274). Martinow S. J. druckte ihn in französischer Uebersetzung: „Le plan d'abolition de l'Eglise grecque-unie" in den „Etudes

war nach 40 Jahren bekannt geworden. Es bildet einen Wendepunkt in der ruthenischen Kirchengeschichte, oder vielmehr den ersten Meilenstein auf dem von hier vorgezeichneten Wege zur Vernichtung derselben. Siemaszko hat nachher die einzelnen Punkte seiner Rathschläge in vielen Referaten eingehend behandelt,[1]) und die russische Regierung hat Alles auf das genaueste erfüllt. Man muß leider zugeben, daß er die kirchlichen Zustände ganz genau kannte, und daß er sehr gut wußte, wie das „Werk" anzufangen wäre.

Wir wollen den Zustand der unirten Kirche in dem Augenblicke, als das unselige „Werk" begann, kurz schildern, um die Rathschläge Siemaszko's leichter erklären zu können.

Seit der neuen Organisation, welche diese Kirche zur Zeit Kaiser Alexanders I. (1803) erhielt, gab es eigentlich nur drei Diöcesen, aber in Wirklichkeit sieben Bischöfe, wenn man die vier Suffraganbischöfe hinzuzählt. Der Metropolit von Wilno-Brest und Eparch von Lithauen hieß Joseph Bulhak, ein polnischer Edelmann, der in den Basilianerorden eingetreten war. Er residirte nicht in Wilno, sondern in Zyrowice. Seine Jurisdiktion war dadurch lahm gelegt, daß die Oberleitung der kirchlichen Angelegenheiten auf das „Collegium" in Petersburg übertragen worden war. Dennoch war das traditionelle Ansehen des Metropoliten groß genug, um eine allgemeine Apostasie zu verhindern. Er starb im Jahre 1838. Die zwei Suffragane des Metropoliten waren:

---

religieuses etc." Paris 1873. Bd. III. p. 71. sq. Bd. IV. p. 268 sq. Dann gab ihn Likowski polnisch in seinen zwei Werken von 1875 und 1880. Separat gedruckt (polnisch) in Krakau 1882, Druckerei des „Czas".

1) In den zwei Jahren 1828 und 29 hat er acht Referate verfaßt und war durch diese Arbeit so herabgekommen, daß die Leute, als er 1829 zum Bischof geweiht wurde, laut redeten, man weihe ihn unnöthig, da er doch nicht lange mehr am Leben bleiben werde (Siemaszko l. c. I. 58). Die Referate sind im I. Bande abgedruckt.

der Bischof von Brest (Wladimir) Leo Jaworowski und Hadrian Holownia, Suffraganbischof von Wilno; beide waren Basilianermönche. Der Erzbischof von Polozk und Eparch von Weißruthenien hieß Johann Krassowski; sein Suffragan war der Bischof von Mstislaw, dessen Stelle damals unbesetzt war, und für die 1829 eben Siemaszko selber ernannt wurde.[1]) Der Bischof von Luzk, Martuszewicz, hatte einen Suffragan-Bischof von Pinsk; es war dies der Großoheim Siemaszko's, Cyrill Sieroczynski.[2])

Allen diesen Bischöfen stellt Siemaszko das Zeugniß aus, daß sie von ganzem Herzen an Rom und Polen hingen, daß es also Unsinn gewesen wäre, ihnen den Gedanken der „Bekehrung" zum Schisma zuzumuthen.[3]) Er gab daher in seinem Exposé den wohlgemeinten Rath, man müsse die Zahl der Diöcesen auf die Hälfte vermindern, und nur zwei Eparchien errichten. Bei jeder Kathedrale müsse man aber ein Domkapitel mit je 20 Domherrn einrichten, und die Mitglieder „gut wählen", damit nur zuverlässige Männer dahin kämen.

Die stärkste Stütze der Unirtenkirche bestand in dem Basilianerorden. Die Zahl der Klöster in Ruthenien war zwar schon seit Katharina II. sehr reducirt worden, sie besaßen aber dennoch 80 Klöster. Die Ordensleute waren gut gebildet, was man leider von dem Weltklerus nicht sagen kann, und aus ihnen wurden auch gewöhnlich, ja fast ausschließlich, die Bischöfe gewählt. Fast jedes Kloster unter-

1) Die Diöcese von Mstislaw war durch das Toleranzedikt König Wladislaw's IV. von 1633 den Schismatikern abgegeben worden mit dem bischöflichen Sitze in Mohilew. Die Zahl der Schismatiker war aber damals sehr gering, und sie sind allmälig alle zur Union übergetreten, so daß die Diöcese wieder einen unirten Bischof bekam.

2) Die achte Diöcese Chelm gehörte zu dem Congreß-Polen und kommt vorläufig nicht in Betracht.

3) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 54.

hielt eine Schule. Sie unterhielten auch Gymnasien und Seminare für den Weltklerus. Vor Allem aber ist zu bemerken, daß zwei Drittel der Ordensleute Polen waren und nur ein Drittel Ruthenen. Siemaszko rieht nun, die Zahl der Klöster von 80 auf 20 zu reduciren und den Orden zu „reinigen“, d. h. alle Polen zu entfernen, denn von diesen wußte er, daß sie dem „Werke“ sich widersetzen würden.

Zwischen dem lateinischen und dem griechisch-unirten Klerus herrschte das beste Einvernehmen, umsomehr als der Klerus in denselben Schulen erzogen und in dem Haupt-Seminar in Wilno gemeinschaftlich herangebildet war. Den Einfluß des lateinischen Klerus und der Schulen fürchtete aber Siemaszko vor Allem und gab also den Rath, daß der ruthenische Klerus von dem lateinischen womöglich ganz abgegrenzt und für ihn besondere Schulen und Seminare errichtet werden müßten, in welchen ein „besserer“ Geist herrschen könnte.

Das Cultusministerium in Petersburg hat fünf Monate gebraucht, bis es auf Grund des Exposé's einen „Ukaz“ (22. IV. 1828) ausarbeitete,[1]) und Siemaszko rühmt sich, daß man alle seine Rathschläge auf's genaueste befolgt habe. Kein Wunder, daß der Mann mit Orden und Gratifikationen reichlich bedacht, und daß er schon im folgenden Jahre (1829) zum Suffraganbischofe von Mstislaw ernannt wurde, obgleich er erst 31 Jahre alt war.

Schlag auf Schlag kam nun ein „Ukaz“ nach dem anderen. Neue Schulen wurden eingerichtet und die von Basilianern geleiteten Schulen geschlossen. Ueberall wurde die russische Unterrichtssprache eingeführt, obgleich die Lehrer selbst der russischen Sprache nicht mächtig waren und sie erst zu lernen begannen.[2]) Zwei Seminare wurden errichtet und einem von diesen (in Zyrowice, dem Metropolitansitze) der

---

1) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 491—94 und p. 60.

2) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 572.

Freund Siemaszko's, Anton Zubko, den wir später als Bischof und Verräther kennen lernen werden, vorgesetzt. Einzelne Kleriker wurden auch nach Moskau und Petersburg verschickt.[1])

Das Vernichtungswerk gegen den Basilianerorden ging schnell vor sich. Die Verordnung von 1828, welche Polen in den Orden aufzunehmen verbot, und die Aufnahme von Novizen von der Erlaubniß des bischöflichen Consistoriums abhängig machte, leitete die langsame Vernichtung des Ordens ein. Die Erlaubniß, welche dabei den Ordensleuten gegeben war, den lateinischen Ritus anzunehmen, hat sofort 50 Mitglieder zum Verlassen des Ordens bewogen. Drei Jahre darauf verließen den Orden 200 Mitglieder, und alle nahmen den lateinischen Ritus an. Es waren dies fast alle Polen, von welchen also der Orden „gereinigt" wurde. Zu ihrem Schritte bewog sie die Voraussicht der Verfolgung, die ihnen bevorstand. Denn täuschen durfte sich Niemand. Man hatte nun in Petersburg einen herabgekommenen Menschen gefunden, der zum Inspektor aller Basilianerklöster gemacht wurde. Der Inspektor war ein gemeiner Dieb; er visitirte die Klöster und führte einen Goldarbeiter mit sich, welcher die echten Edelsteine von den Kirchengeräthen herausnahm und falsche einsetzte.[2]) Aber das Referat über seine Visitationsreisen war „vorzüglich"; denn alle 37 Klöster, die er visitirt hatte, waren so dargestellt, daß ihre Aufhebung als unumgänglich erscheinen mußte. In zwei Jahren wurden auch zwei Drittel der Basilianerklöster aufgehoben (1833). Und was von noch größerer Wichtigkeit war, Siemaszko hatte in einem Referate auch die Aufhebung der lateinischen Klöster angerathen, und

1) Das Seminar in Zyrowice zählte 180 Kleriker, das in Polozk zählte 135 Kleriker. Je zwei Kleriker wurden nach der Petersburger Universität, je 4 in das Seminar zu Moskau und je 4 in die Akademie zu Moskau jährlich geschickt.

2) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 72.

trotz des Widerstandes des Cultusministers Bludow befahl der Zar die Aufhebung von **zweihundert** dieser Klöster (1833).[1])

Das „Werk" ging also schnell vor sich, aber es ging fast etwas zu schnell. Denn die Aufhebung einer so großen Anzahl von (240) Klöstern, worunter einzelne altberühmt waren und gnadenvolle Bilder besaßen, zu welchen das Volk weither in Pilgerfahrten zu kommen gewohnt war, hatte eine furchtbare Erregung hervorgerufen. Das Volk begann massenhaft den lateinischen Ritus anzunehmen, und dies wollte man eben in Petersburg nicht erzielen.

Unglücklicherweise kam der Tod dem „Werke" zu Hilfe, denn fast alle unirten Bischöfe starben kurz nach einander. Der Erzbischof von Polozk starb bereits 1827, der Suffragan-Bischof von Wilno und der Suffraganbischof von Pinsk starben 1831, der Bischof von Luzk und der Suffraganbischof von Wladimir (Brest) 1833. Es blieb nur noch der greise Metropolit. Die Bischöfe hatten zwar ihre ganze Gewalt verloren, denn Siemaszko, obgleich er nur ein Suffragan-Bischof war (seit 1829), leitete doch, als Präses des Collegiums in Petersburg, welches auf seinen Antrag von dem lateinisch-katholischen vollständig abgesondert wurde, alle Kirchenangelegenheiten nach seinem Belieben. Aber es waren doch noch keine Wölfe in die Heerde eingerissen; jetzt erst hatte ihnen der Tod der Bischöfe das Thor geöffnet. Der Metropolit wurde zum Erzbischofe von Polozk, und Siemaszko zum Bischof von Lithauen ernannt (2. IV. 1833). So war die Reduktion der Diöcesen nach dem Wunsche Siemaszko's bald geschehen. Drei Suffragane wurden nach seiner Wahl ernannt, nämlich zum Suffraganbischof in Weißruthenien mit dem Sitze in Orsza Basilius Luzynski und zwei Suffragane für die Eparchie von Lithauen: Anton Zubko und Joseph Zarski. Wessen Geistes diese drei Männer waren, ist wohl

---

1) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 77. p. 623—654.

nicht nöthig des Näheren auszuführen. Nur der letzte von ihnen, Zarski, ward in der Todesstunde von Gottes Gnade gerührt und erließ eine schriftliche Revocation († 1838).

Nunmehr begann die „Reinigung“ der Pfarrkirchen von lateinischen Reminiscenzen. Siemaszko machte damit den Anfang in seiner Kathedrale zu Zyrowice. Orgel, Bänke, Beichtstühle und Kanzel wurden hinausgeworfen, ein Sängerchor und neue Ceremonien nach russischer Art wurden eingeübt; 1500 Meßbücher und ebensoviele Gesangbücher, welche in Moskau gedruckt waren, wurden beschafft; Ikonen und Kaiserpforten vor den Hochaltären, ganz nach russischer Manier, aufgestellt.[1]) Sechs Jahre hat es gedauert, bis dieses Werk der „Reinigung“ des Ritus und der Kirchen überall durchgeführt ward, und Siemaszko gibt selbst zu, daß der Widerstand des Klerus, namentlich in Weißruthenien, so stark gewesen, daß wenig gefehlt hätte, und das ganze Werk wäre daran gescheitert.

Es ist eine schreckliche Märtyrergeschichte, welche diese sechs Jahre ausfüllt, und es wäre zu viel hier lange Details zu erzählen. So lange nur die polnischen Schriftsteller darüber berichteten, so lange nur die in Rom im Auftrage P. Gregor's XVI. publicirten Documente vorlagen, hat man noch immer ungläubig den Kopf schütteln können; da nun aber Siemaszko selbst darüber ausführlich berichtet, ist jeder Zweifel unmöglich.

Er entfernte zuerst 130 Pfarrer, von welchen er wußte, daß sie auf keinen Fall nachgeben würden. 112 Pfarrkirchen ließ er schließen und die übrigen Pfarrer beorderte er einzeln nach den Kathedralkirchen, wo sie durch einige Wochen bleiben

---

1) In den schismatischen Kirchen ist der Altar (es gibt keine Nebenaltäre) durch ein hohes Thor gedeckt. Dieses Thor wird nur in bestimmten Augenblicken während der Liturgie geöffnet. Die Ikonen (Ikonostas) sind riesige Heiligenbilder, vor welchen man hinkniet, während man bei und nach der Elevation nur tiefe Verbeugungen (mit der Hand zur Erde) macht

und die neuen Ceremonien aus den neuen russischen Meßbüchern erlernen mußten. Wenn ein Pfarrer die Probemesse gelesen hatte, bekam er ein russisches Meßbuch und mußte eine Bescheinigung dafür unterzeichnen. Die Unterschrift galt aber eben so viel, wie die Erklärung des Uebertrittes zum Schisma. Wer sich die Unterschrift zu geben weigerte, wurde mit Frau und Kindern aus seinem Pfarrhause auf die Straße hinausgeworfen, in die entlegenen Gegenden Rußlands deportirt oder in schismatische Klöster eingesperrt, wo er die denkbar schlechteste Behandlung erleiden mußte.

Wir wollen die Leiden eines einzigen Pfarrers, Gregor Micewicz, die wir aus seinem Gedenkbuche[1]) kennen, in kurzen Worten schildern; der Leser wird daraus auf die übrigen leicht schließen können. Der verfolgte Geistliche war Pfarrer im Brester Dekanate. Im April 1834 wurde er mit den anderen Pfarrern zum Dekan gerufen, der ihnen die Verordnung der hl. Synode (vom 7. II. 1834) vorlas, in welcher befohlen war, daß die ganze Liturgie nach russischem Ceremoniell eingerichtet werden solle. Im nächsten Jahre (1835) berief sie der Dekan zum zweiten Male und vertheilte die russischen Meßbücher. Diejenigen, welche dieselben nicht annehmen wollten, wurden nach Zyrowice zum Bischof Zubko gerufen, und da seine Vorstellungen auf taubes Ohr trafen, hielt man sie eine Woche lang in der Stadt zurück und zwang sie die Ceremonien zu erlernen. Nach einer Woche wurde ihnen ein Schriftstück vorgelesen, durch welches sie sich verpflichteten, die Liturgie „einförmig" mit dem russischen Meßbuche zu celebriren. Micewicz unterschrieb dieses Schriftstück und Tags darauf wurde er zur Probemesse zugelassen. Er

1) Schreiber dieses hat das Gedenkbuch (polnisch) herausgegeben: Posen, Druckerei des „Kuryer Poznański" 1888. 8°. p. 90. Das Buch ist um so wichtiger, als es dem Herausgeber möglich war, an der Hand der Memoiren Siemaszko's nachzuweisen, daß alle Angaben des verfolgten Priesters treu und wahr sind.

erhielt nun die Erlaubniß nach Hause zurückzukehren. Unterwegs aber besann er sich eines Besseren, kehrte nach Zyrowice zurück, bat um Rückgabe des Schriftstückes und strich seine Unterschrift aus. Im Zorne warf ihn der Bischof Zubko hinaus. Er fuhr also nach Hause, wurde aber schon nach acht Tagen durch die Polizei nach Zyrowice zurückgebracht und mußte 14 Tage bei Brod und Wasser die Kirchengeschichte von Innokentyj[1]) studiren. Da er sich aber „ungelehrig" zeigte, so wurde er zum Diakon degradirt und (4. August 1835) nach Darew verwiesen. Sein greiser Vater starb vor Gram, seine Frau starb kurz darauf und seine beiden Kinder wurden aus dem Pfarrhause hinausgeworfen. Seine Tochter fand Schutz bei katholischen Leuten, aber sein Sohn wurde in die „Diakonenschule" in Zyrowice genommen, wo der Knabe die schrecklichste Behandlung und das gräßlichste Elend litt.

In Darew mußte Micewicz bei einem Bauer wohnen, und da man ihm sehr oft gar nichts zu essen gab, so suchte er seinen Hunger in der Umgegend bei lateinischen Pfarrern oder Edelleuten zu stillen. Das wollte man aber verhüten, und so wurde er nach einem Jahre wieder nach Zyrowice in den „Unterricht" gerufen. Hier zeigte er sich dennoch „ungelehrig", wurde deshalb wieder zum Diakon degradirt. Da man, obgleich die Apostasie bereits am 12. Februar 1839 geschah, noch bis zum 7. September 1839 den Namen des Papstes in der Liturgie benennen ließ, so konnte er die Diakonendienste versehen. Aber er mußte seine Stellung oft wechseln, und ward von einem apostasierten Pfarrer zum andern geschickt. In Chomsk, wo er (1839) diente, mußte er bei dem Kirchendiener wohnen, und da man dem Manne für seinen Unterhalt nur einen Rubel monatlich zahlte, so war ihm der unglückliche Micewicz eine Last, obgleich er auf

---

1) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 66, berichtet, daß er dieses Handbuch der Kirchengeschichte Rutheniens selbst verfaßt hat. Man kann sich leicht vorstellen, in welchem Geiste es geschrieben.

dem Boden neben dem Kamine schlief. Als der Kirchendiener eines Abends angetrunken nach Hause kam, hätte er den Aermsten erwürgt, wenn nicht die Frau das Unglück verhindert hätte. Ein Jahr darauf (1840) wurde er nach Zahorowo in ein Basilianerkloster versetzt. Der Vorsteher war ein apostasirter Mönch Namens Dziubinski; er hatte 11 Basilianer und 3 Weltpriester zur „Bekehrung" zugewiesen bekommen. Er suchte sie auch durch die denkbar schlechteste Behandlung zu bekehren. Sie mußten knechtliche Arbeiten verrichten und im Winter in Sommerkleidung Nachtwächterdienste leisten. Er prügelte die Armen, sperrte sie ein ohne Essen zu geben. Einen von ihnen, einen 74jährigen Basilianer-Abt Namens Josaphat Slobodzki, hat er auf den Tod geprügelt und in einen Keller eingeschlossen. Der Unglückliche vermochte durch die Thürspalte einem der unirten Priester zu beichten und Tags darauf fand man ihn todt. (13. III. 1842). Da nun eine gerichtliche Commission kommen sollte, ersäufte sich Dziubinski in einem Teiche. Erst nach acht Jahren (1850) bekam Micewicz die Erlaubniß in einem kleinen Städtchen, Szumsk, auf freiem Fuße, aber unter polizeilicher Aufsicht zu leben. Er wohnte bei einem Juden, dem er für ein ärmliches Stübchen Miethe zahlte. Als er sich so viel Geld gespart hatte, daß er sich Leder kaufen konnte, um sich Stiefeln machen zu lassen, da kam der Ortspope zufällig zum Schuhmacher und nahm das Leder für sich. Der 75 Jahre alte Martyrer starb 1869. Er wurde vor seinem Tode von einem katholischen Priester mit den hl. Sterbsakramenten versehen, aber von den Popen auf dem schismatischen Kirchhofe begraben.

Es ist fast unglaublich und ist doch Wort für Wort wahr. So sah die „Liebe" aus, durch welche die Unirten mit der russischen Kirche wiedervereinigt wurden, und der Art war das Friedenswerk, welches Kaiser Nikolaus mit eiserner Consequenz betrieb, um die „Wiedervereinigung" zu Stande zu bringen.

V.

Ein einziger Mann stand noch im Wege der Vollendung des „Werkes", und dies war der greise Metropolit Bulhak, damals zum Erzbischof von Polozk degradirt. Er residirte zwar in Petersburg und hatte eigentlich keine Jurisdiktion mehr, da sein Suffraganbischof Luzynski in der Erzdiöcese nach Belieben waltete; aber dennoch sah der glaubenstreue Klerus in ihm eine Stütze. Deshalb leistete er auch harten Widerstand und alle Pfarrer protestirten einstimmig gegen die Einführung der russischen Gebräuche in ihren Kirchen. Da aber keiner von den Geistlichen ohne Paß nach Petersburg reisen durfte, und einen Paß gab man nicht, so mußte ein verkleideter Priester die Wachsamkeit der geistlichen und weltlichen Behörden täuschen. Er überbrachte dem Erzbischof die Nachricht von den neuen Vorgängen und reichte ihm einen Protest der Geistlichkeit ein gegen die Bedrückungen. Der Erzbischof versprach selbst nach Polozk zu kommen und alles in die alte Ordnung zu bringen[1]), aber dafür war schon gesorgt, daß er von Petersburg nicht abkomme. Inzwischen kam Siemaszko selbst nach Polozk, da er der Energie Luzynskis nicht traute, obgleich er eigentlich über diese Erzdiöcese keine Jurisdiktion hatte, um „die Banden der Widerspenstigen auseinander zu treiben".[2]) Luzynski will uns glauben machen, daß die Geistlichkeit keinen Widerstand entgegensetzte und daß sie recht willig sich Allem fügte.

Da ereilte der Tod den 80jährigen Metropoliten Bulhak und trotzdem er bis zu seinem Tode dem katholischen Glauben treu geblieben war, wurde er doch in einer schismatischen Kirche begraben. Siemaszko war darüber ungehalten und

---

1) Diese Details erzählt der nach Galizien entkommene unirte Pfarrer Samuel Czarnorucki, dessen Memoiren in „Przeglad Lwowski" (Lemberger Rundschau) Bd. X. 1875 erschienen sind u. T.: „Notizen eines achtzigjährigen Unirten" (polnisch).

2) Siemaszko l. c. Bd. II. p. 28.

nannte dieses Begräbniß eine „Farce“, denn man verrathe dadurch ganz unnöthig, wohin das ganze „Werk“ führe, und sporne die glaubenstreue Geistlichkeit, namentlich in Weißruthenien, zu einem noch größeren Widerstande an. [1]) Dazu kam noch das höchst unangenehme Ereigniß, daß kurz nach dem Metropoliten auch der Suffraganbischof Siemaszko's, Joseph Zarski, starb und seine schriftliche Revocation, die er auf dem Sterbebette gethan, weithin bekannt wurde. Doch wurde bald ein Mittel gegen den Widerstand der treuen Geistlichkeit gefunden. Es erschien ein kaiserlicher „Ukaz“ (1838), welcher alle Widerspenstigen nach den entlegenen Gouvernements Rußlands zu deportiren befahl.[2]) Die Deportation geschah stets auf Antrag Siemaszko's, und seine Memoiren enthalten deshalb alle Namen der unglücklichen verbannten Priester.

So hat denn die „Liebe“ den Sieg davongetragen, und nun konnte man zur Vollendung des „Werkes“ schreiten. Siemaszko befahl dem Suffraganbischof Anton Zubko, die Pfarrer „einzeln und geheim“ zu sich zu rufen, und ein Bittgesuch an die hl. Synode um Aufnahme in den Schooß der russischen Kirche unterschreiben zu lassen. Mit diesen Unterschriften sollte Zubko nach Polozk kommen, wo Siemaszko alle Hände voll zu thun hatte, um ähnliche Unterschriften zu sammeln. Wirklich war Alles bis zum 12. Februar 1839, dem ersten Fastensonntage, fertig. Das Bittgesuch ward von den drei Bischöfen: Siemaszko, Zubko und Luzynski, sowie von den Mitgliedern der beiden Domkapitel unterschrieben; die Unterschriften der Geistlichkeit wurden auf besonderen Bogen beigefügt. Merkwürdiger Weise fiel auf diesen Sonntag das „Fest der Orthodoxie“, welches zum Andenken an die Beendigung des Akazianischen Schismas in Constantinopel eingeführt worden war (512). Bekanntlich

1) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 113.

2) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 115.

wurde damals die Glaubensformel des Papstes Hormisdas angenommen und dadurch nicht nur der Primat, sondern auch das höchste Lehramt des Papstes anerkannt.

Das Bittgesuch ward von der hl. Synode dem Zaren Nikolaus am 25. März 1839 vorgelegt, und er unterschrieb eigenhändig: „Ich lobe Gott und nehme an", worauf er die oftерwähnte Medaille prägen ließ. In Wirklichkeit handelte also der Zar als Oberhaupt der russischen Kirche. So war das Werk der „Liebe" vollbracht, aber der „Triumph der Orthodoxie" war doch noch nicht vollständig. Die Apostaten haben 1305 Unterschriften gesammelt, es fehlten aber 593 Unterschriften.[1])

Siemaszko wußte auch am besten, wie das ganze „Werk" zu Stande gekommen war, obgleich er in seinen Referaten nach Petersburg betheuerte, daß die Geistlichkeit, mit wenigen Ausnahmen, der „Wiedervereinigung" von ganzem Herzen zugethan sei. Als deshalb die hl. Synode die Verordnung erließ, das Fest der „Wiedervereinigung" am Frouleichnamsfeste (13. VI. 1839) feierlich zu begehen und dieselbe dem Volke öffentlich zu verkünden, da widersetzte sich Siemaszko diesem Verlangen.[2]) Das Volk wußte nämlich noch wenig von der ganzen Apostasie und sollte sich erst allmählig an die neuen „Kostüme" der Geistlichkeit und die Bärte, welche

1) In Lithauen hatte man 834 Unterschriften von Weltgeistlichen, 62 Ordensleuten, 7 Consistorialbeamten und Professoren und 35 Klerikern gesammelt, zusammen 938. In Weißruthenien unterschrieben: 330 Weltgeistliche, 17 Ordensleute, 20 Professoren und Beamte. Der fehlenden Unterschriften zählt Siemaszko nur 79, aber er rechnet falsch; denn nach seinen eigenen Angaben fehlten 211 Unterschriften. In Wirklichkeit haben 593 nicht unterschrieben, ohne die Kleriker in den beiden Seminarien von Polozk und Zyrowice zu rechnen, von welchen Siemaszko nur 35 Unterschriften erwähnt, deren Zahl er aber früher auf 315 angegeben hatte (l. c. Bd. I p. 572).

2) Siemaszko l. c. Bd. II. p. 97.

sie nach russischer Art stehen ließen, gewöhnen, um sich der Einführung der abtrünnigen Pfarrer, welche die Stelle der verbannten einnahmen, nicht zu widersetzen. Das Alles brauchte doch Zeit und zwar um so mehr, als in den südlichen Gouvernements: Podolien, Wolhynien und der Ukraine (Diöcese Luzk), kaum neun Pfarrer der „Wiedervereinigung" beigetreten waren.[1])

Doch der Anfang mußte einmal gemacht werden, und die erste schismatische Feierlichkeit ward in Wilno abgehalten; aber 500 Kosaken waren um die Kirche aufgestellt,[2]) so groß war das Zutrauen Siemaszko's zu dem „durch Liebe wiedervereinigten" Volke. Und als er eine Visitationsreise unternahm, mußten ihm die Gouverneure stets Polizei und Militär zur Verfügung stellen.[3]) Man war aber in Petersburg ungeduldig und verlangte durchaus, daß die Verkündung der „Wiedervereinigung" an einem Fronleichnamsfeste geschehe, weil die Unirten dieses Fest mit den Katholiken zusammenzufeiern gewohnt waren und also auf den Zudrang des Volkes zu rechnen war. Siemaszko jedoch befürchtete, wohl nicht ohne Grund, daß die öffentliche Verkündigung dessen, was geschehen war, die Masse des Volkes zur lateinischen Kirche treiben würde. Erst nach zwei Jahren (1841) erlaubte er in fünf größeren Städten Lithauens damit zu beginnen; auf dem flachen Lande geschah es aber nie.[4])

So wurde also der „Triumph der Orthodoxie", welchen die Gedenkmünze verkündete, geheimgehalten. Das Volk mußte aber doch einmal erfahren, was geschehen war. Bei jeder Besetzung einer Pfarrkirche durch einen „neuvereinigten" Geistlichen begann das Volk einen hartnäckigen Widerstand zu

1) Siemaszko l. c. Bd. I. p 131. Bd. II. p 433.
2) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 132.
3) Siemaszko l. c. Bd. III. p. 518 sq.
4) Siemaszko l. c. Bd. I p. 137. Bd. II. p. 140. Bd. III. p. 573.

leisten. Siemaszko berichtet darüber zwar nur obenhin, gesteht aber dennoch, daß man Waffengewalt brauchen mußte, und daß russische Beamten die Rolle der Missionäre übernahmen. Die russische „Liebe" spielte hiebei eine solche Rolle, daß man dem Volke das hl. Abendmahl mit Gewalt in den Mund steckte. Den widerspenstigen Bauern wurden je 300 Ruthenstreiche aufgezählt.[1]) Diese „apostolische" Art im Verkünden des Evangeliums der Liebe hat auch wirklich den Widerstand des Volkes gebrochen, und nun erinnerte man sich derjenigen, welche dereinst Unirte waren und zur Zeit der Verfolgung unter Katharina II. den lateinischen Ritus angenommen hatten. Auch diese wurden jetzt für „Wiedervereinigte" erklärt und bald sollte die Reihe auch an die römisch-katholischen kommen.

Siemaszko war bereits überflüssig, seines Rathes bedurfte man nicht mehr. Ueberhaupt hat der Mann die Wahrheit jenes Schiller'schen Wortes an sich erprobt: der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen. Solange Zar Nikolaus lebte, war er in Petersburg noch eine gefürchtete, wenn auch nicht geachtete Person. Zwei Cultusminister (Szyszkow und Bludow), die ihm nicht ganz paßten, hatte er gestürzt, und Alles geschah nach seinen Weisungen, solange das „Werk" noch nicht vollendet war. Jetzt aber war er nicht mehr nöthig, und nachdem das Gottesgericht an dem Kaiser Nikolaus nach dem Krimkriege sich erfüllt hatte, da waren seine Verdienste bald vergessen. Vor allem wurmte ihn, daß die russischen Bischöfe ihn nie als Ihresgleichen

1) Lescoeur, l'église catholique en Pologne etc. Paris 1860. p. 315 ff. Die „Operation" der Ruthenstreiche geschieht in der Weise, daß man das Opfer an einen Karren bindet und zwischen zwei Reihen von Soldaten zieht, von welchen ein jeder mit der Ruthe auf den entblößten Körper haut. Sollte das Opfer unter den Schlägen zu früh erliegen, so wird die vorgeschriebene Zahl auch dem Leichname nicht erspart.

betrachten, und daß die russischen Beamten ihm die vorgeschriebenen Ehrenbezeugungen nicht erweisen wollten. Ja er bemerkte sogar, daß sie in der Kirche lachten und schwatzten, als er den schismatischen Gottesdienst in Wilno feierlich zu verrichten begann. Ja Einzelne, wie der General Kuprianow in Wilno, besuchten nie seinen Gottesdienst, sondern hielten sich Kapläne, welche den Apostaten vollständig ignorirten.

Alle diese kleinen und großen Kränkungen, die er selbst aufzählt,[1]) verbitterten ihm das Leben, und die Furcht vor der Rache der Polen verursachte ihm schlaflose Nächte. Als schließlich das griechisch-unirte Collegium seinem Rathe gemäß aufgehoben wurde (1843), und die hl. Synode die Oberleitung der „wiedervereinigten" Kirche übernahm, Siemaszko aber zum Mitgliede der hl. Synode nicht ernannt wurde und somit alle Jurisdiktion verlor, da verließ er grollend Petersburg, um nicht mehr wiederzukehren, und schrieb in seinem Gedenkbuche wörtlich: „wie einen Hund haben sie mich fortgetrieben." (l. c. Bd. I. p. 169.)

Der Apostat hatte vergessen, daß man den Verrath wohl brauchen, aber den Verräther, auch bei den Russen, nicht hochachten kann.

Das französische Sprichwort, der Appetit kommt mit dem Essen, erfüllte sich an den Russen ganz genau. Sobald man mit der unirten Kirche in Lithauen und Weißruthenien fertig geworden war, fing man an diejenigen aufzusuchen, welche

---

1) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 135. 206. 261. Bd. II. p. 209 bis 212. 364. 545. 558 bis 564 &c. Er war 1856 nach Moskau zur Krönung des neuen Kaisers Alexander II. gekommen, und da die russischen Bischöfe ihn nicht kannten, so sagte ihnen der Metropolit von Moskau: Das ist Joseph, aber nicht derjenige, welcher von seinen Brüdern verkauft worden ist, sondern derjenige, welcher seine Brüder verkauft hat.

ehemals den lateinischen Ritus angenommen hatten,[1]) und hätte auch sofort die im Königreich Polen gelegene letzte unirte Diöcese von Chelm aufgehoben, wenn nicht der damalige Generalgouverneur Paszkiewicz sich dem widersetzt hätte. Man wartete damit ab, bis Frankreich besiegt und der preußische „Culturkampf" begonnen war. Nun bediente man sich derselben Mittel, wie bei der Aufhebung der Union von 1839, und durch den Verrath Marcell Popiels wurde auch diese Diöcese aufgehoben (1875). Die Reihe kam jetzt an die katholische Kirche.

Vergebens hatte Siemaszko fünfzehn Jahre lang von der Verfolgung der römisch-katholischen Kirche abgerathen, da er den Unterschied zwischen ihr und der griechisch-unirten Kirche in Polen wohl kannte.[2]) Aber er wußte auch genau, daß die unirte Kirche „der Vorposten für den Katholicismus in Polen" gewesen, und daß das Werk der „Wiedervereinigung" ein Todesstoß für Polen sein würde.[3]) Leider haben das die Polen nicht so genau gewußt und Manches vernachlässigt, was zur Befestigung und Stärkung dieses Vorpostens nothwendig gewesen wäre.

Die Verfolgung der katholischen Kirche in Polen, welche bereits nach der Aufhebung der Union (1839) begann, wird jetzt systematisch und mit eiserner Consequenz durchgeführt. Man macht noch einen gewissen Unterschied zwischen der katholischen Kirche in den sog. „abgenommenen Ländern" d. h. in Lithauen und Weißruthenien, und zwischen der im Königreiche Polen, welches nunmehr amtlich das „Land an der Weichsel" heißt. Dort geht man schärfer, hier etwas langsamer vor. Dort glaubt die hl. Synode in Petersburg

1) Man begann damit auf Befehl der hl. Synode vom 29. Februar 1840, und in anderthalb Jahren wurden 10,000 bekehrt. Die hl. Synode erneuerte den Befehl am 17. Juli 1842. Cfr. Siemaszko l. c. Bd. III p. 659, Bd. II. p. 194—196, p. 642 sq.

2) Siemaszko l. c. Bd. I. p. 256. 3) Siemaszko l. c. Bd. II. p. 542.

sich das kirchliche Regiment bereits anmaßen zu können;[1]) hier schweigt man noch davon. Dort begehrt man die Einführung der russischen Sprache bei dem Gottesdienste, obgleich das Volk nicht russisch versteht; hier läßt man noch den Gebrauch der polnischen Sprache, in der Kirche wenigstens, frei. Dort darf der Pfarrer nur aus einem gedruckten, von der Regierung approbirten, Buche die Predigt ablesen; hier darf er sie lesen aus einem Manuskripte, aber dieses muß der Regierung vorher zur Censur vorgelegt werden. Dort zwingt man bereits die katholischen Kinder, an den sog. Gala-Tagen am schismatischen Gottesdienste theilzunehmen; hier thut man es noch nicht. Dort wird eine lateinische Kirche nach der andern gesperrt und in eine schismatische umgewandelt; hier baut man erst fleißig schismatische Kirchen. Dort bedarf man zu jeder geringsten Reparatur einer katholischen Kirche der Erlaubniß von Petersburg, hier wird sie von Warschau ertheilt. Aber dort, wie hier stehen die Bischöfe, die Priester und die noch übrig gebliebenen Ordensleute, welche auf den Aussterbeetat gesetzt sind, ja sogar die barmherzigen Schwestern, unter polizeilicher Aufsicht und unterliegen einem so scharfen Paßzwange, daß sie über die Grenzen ihrer Pfarre ohne Paß sich nicht hinauswagen dürfen. Ein sterbender Priester kann von seinem Nachbar nicht versehen werden, wenn derselbe einen Paß nicht bekommt. Zu einem Ablaß können nur soviel Priester kommen, als der Gouverneur oder der Polizei-Kreishauptmann Pässe zu ertheilen beliebt, auch wenn der Concurs des Volkes noch so groß ist. Das System ist also, hier wie dort, dasselbe; das katholische Leben wird auf

---

1) Dem erst kürzlich (26. VIII.) verstorbenen Erzbischof von Mohilew und Metropoliten aller Katholiken in Rußland, A. K. Gintowt, erklärte der Minister des Innern, daß die eigentliche Verwaltung der katholischen Diöcesen der hl. Synode zustehe, und daß der Bischof nur eine Controlle auszuüben habe (Moniteur de Rome 1884 nr. 234).

die denkbar raffinirteste Weise untergraben, dagegen das Schisma mit allen zu Gebote stehenden Mitteln befördert.

Kein Wunder auch, daß, als Lescoeur sein Werk über die katholische Kirche in Polen vor 29 Jahren schrieb, er in vollem Ernste prophezeite, daß sie nach 20 Jahren nicht mehr existiren werde.[1]) Zum Glück hat er sich geirrt. Er kannte nämlich nicht den Unterschied zwischen der unirten und der römisch-katholischen Kirche, auf welchen bereits Siemaszko die russische Regierung aufmerksam zu machen suchte, als er vor ihrer Verfolgung warnte. Wir hoffen auch zu Gott, daß der katholische Glaube, der vor tausend Jahren in den Herzen des polnischen Volkes Wurzel geschlagen hat, und als Vormauer und festes Bollwerk des Christenthums in Europa gegen den Osten stand, jetzt noch den Wetterstürmen mit Gotteshilfe widerstehen wird. Die Russen fürchten jetzt zwar Niemanden[2]) und nichts könnte sie verhindern, das Aeußerste zu wagen, aber dennoch stützt sich unsere Hoffnung nach menschlicher Berechnung eben darauf, daß es ihnen bis jetzt doch noch nicht gelungen ist, die Vorhut des Katholicismus, welche eben die Union war, gänzlich zu vernichten.

Den Einen Beweis dafür haben wir in der Hand. Es sind dies Briefe von Unirten, welche seit Decennien für ihre

---

1) Lescoeur, l'église cath. en Pologne etc. Paris 1860. p. IX. „Si les choses ne changent, d'ici à vingt ans il n'y aura plus de catholiques, ni dans la vieille Russie, ni dans la Pologne russe."

2) Das russische Tagblatt von Warschau („Dnewnik Warszawskij") vom 2. (14.) Mai l. Js. nr. 99 hat den Schreiber dieses scharf heruntergekanzelt für seine Ansprache in der Section für Presse auf dem diesjährigen Katholikentage in Wien und behauptet, daß die Russen das „Hahnenkrähen" der katholischen Presse gar nicht fürchten. Es blieb nichts übrig, als die Herren vom „Dnewnik" (im Krakauer „Czas") für den Vergleich mit einem Löwen, der eben das Hahnenkrähen fürchtet, um Verzeihung zu bitten, sie aber daran zu erinnern, daß der alte Gott doch noch stärker ist, als die Russen.

Glaubenstreue die furchtbarsten Verfolgungen leiden, ihr Hab und Gut verloren haben und aus ihrer Heimath (im Gouvernement Siedlce) nach dem Gouvernement Cherson und von dort, im vorigen Jahre, nach dem Orenburger Gouvernement, dicht an der Grenze Asiens, deportirt worden sind. Es ist eine wahre „vox clamantis in deserto", welche aus diesen Briefen ertönt und durch Mark und Bein geht.[1])

Den andern Beweis, daß auch die vor 50 Jahren zu Stande gebrachte „Wiedervereinigung" dem Herzen des Volkes in Lithauen und Weißruthenien fremd gebieben ist, lieferte die diesjährige Jubiläumsfeier des Gewaltaktes von 1839, welche so ganz ohne Antheilnahme des „wiedervereinigten" Volkes verlief. Mit Recht hat auch der griechisch-unirte Bischof der neuerrichteten Diöcese von Stanislau, Dr. Pelesz, im Lemberger Landtage am 4. Januar 1884 gesagt: „Die Union hat nicht aufgehört. Sie ist nur vernichtet worden von denjenigen, bei denen die Macht vor Recht geht."

Krakau. Prof. Dr. Chotkowski.

---

1) Wir haben gerade an den Tagen der russischen Jubiläumsfeier drei von diesen Briefen veröffentlicht im „Kuryer Poznański" nr. 144 vom Juni, und sie gingen durch die ganze polnische Presse, freilich nicht im russischen Antheile. Seitdem sind noch 16 Briefe zu unseren Händen gekommen, und wir hoffen in der nächsten Zeit den Lesern dieser Blätter Näheres darüber berichten zu können.

XLII.

Die nationale und politische Kleinarbeit der deutsch-liberalen Partei in Oesterreich.

5. Der Kaufmannsstand und der Arbeiterstand.

Auch die Kaufleute sind als Stand in die politische Bewegung hineingezogen worden. Daß Reformen in der Organisation des Kaufmannsstandes nothwendig seien, einerseits um das Ansehen dieses Standes zu erhöhen, anderseits die materiellen Interessen seiner Angehörigen zu sichern, wird ziemlich allgemein zugegeben. Vorerst geht das Streben dahin, auch für das Handelsgewerbe den Befähigungsnachweis als Vorbedingung einzuführen. Die Grazer Handelskammer hat diese Frage angeregt; sie beschäftigte sehr lebhaft das „Gremium der Wiener Kaufmannschaft“ und den „Verein für kaufmännische Interessen.“ Das Gremium beschloß (1885): „Es sei die Erbringung eines Befähigungsnachweises durch ein Lehrzeugniß, oder mindestens durch ein Zeugniß einer staatlich anerkannten Handelsschule nothwendig.“ Selbst dieser matte Beschluß für den Befähigungsnachweis fand im Wiener „Verein für kaufmännische Interessen“ lebhafte Gegner, besonders bei Israeliten, welche einen Befähigungsnachweis als Absurdität erklärten. Trotzdem sprach auch dieser Verein für denselben sich aus. Nur der „kaufmännische Verein“ (Wien) widerstrebte jeder Reform.

Viel lebhafter traten für den Befähigungsnachweis die Kaufmannsgehilfen ein. Schon 1885 fand in Wien eine Versammlung derselben statt, bei der ein Redner unter brausendem Jubel erklärte, die Hauptgegner des Befähigungsnachweises seien jene Elemente, welche zwar nie in der Lage wären, ihre wirkliche Befähigung nachzuweisen, denen aber das Talent angeboren sei, sich billige Waaren und billige Arbeitskräfte zu verschaffen. Das Princip dieser Leute sei, nur schnell reich zu werden; um alles Andere kümmern sie sich nicht. Derselbe Redner machte geltend, daß sich mit Ausnahme des Handelsgremiums in Prag und des kaufmännischen Vereines in Wien alle anderen größeren kaufmännischen Körperschaften für die Einführung des Befähigungsnachweises ausgesprochen haben. Ein anderer Redner führte aus, der Handel kranke, der Schwindel blühe, das sei der Untergang des mittleren und kleinen Handels. Leute, welche die Welt als ein Durchhaus betrachten, zögen von einem Orte zum anderen, überall Spuren ihrer raubthierartigen Natur zurücklassend. Sie seien die modernen Sklavenhalter, sie verwendeten die billigen Hilfskräfte in Form armer Lehrjungen, welche als Proletariat förmlich gezüchtet werden. Der Schrei, daß der Befähigungsnachweis eine Beschränkung der persönlichen Freiheit sei, sei nur ein Angstruf jener, welche die zügellose Freiheit zur Unterdrückung der weißen Sklaven benützten. Die Einführung des Befähigungsnachweises bedeute nicht Rückschritt, sondern einen soliden Fortschritt; denn um die Befähigung zu erweisen, müsse man lernen, und lernen sei Fortschritt.

Eine zweite dringende Forderung eines großen Theils des Kaufmannsstandes, insbesondere der Handlungsgehilfen ist die schärfere Durchführung des Gesetzes über die Sonntagsruhe. Daß die Liberalen der richtigen Durchführung dieses Gesetzes und noch mehr einer gewünschten Erweiterung der Sonntagsruhe widerstreben, beweist nur, daß sie entweder alle Fühlung mit dem Volke, insbesondere mit den

Leuten, welche ihr Brod durch die tägliche Arbeit in ihrer vielfachen Gestaltung sich erwerben müssen, verloren haben, oder daß bei ihnen der religiöse Haß alles andere Bedenken niederkämpft.

Wie weit die christliche, antiliberale Bewegung im Kaufmannsstande bereits gediehen ist, zeigte sich, als im März 1889 die Handlungsgehilfen in Wien zur Wahl ihres Ausschusses schritten. Der Wahlkampf nahm eine riesige Ausdehnung an und drehte sich hauptsächlich um Einführung des Befähigungsnachweises, Erweiterung der Sonntagsruhe, bessere Wahrung der Standesehre und der materiellen Standesinteressen. Auf der einen Seite standen der Wiener kaufmännische Verein, der Verein der reisenden Kaufleute und der Verein der Wiener Platzagenten, zu ⅘ Israeliten, auf der anderen der Verein der österreichischen Handlungskommis, der Verein „Zukunft" und das katholische Handelskasino. Bei der Wahl wurden mehr als 5000 Stimmen abgegeben und es errang die christliche Reform-Partei den Sieg mit großer Mehrheit.

Mögen ihre Bestrebungen großen Erfolg haben; die Rückkehr zu christlichen Grundsätzen und die berufsgenossenschaftliche Organisation und Gliederung des Standes werden der Kaufmannswelt wieder bessere Zeiten bringen und die Schmutzconcurrenz und die Unreellität bekämpfen und beseitigen helfen.

Zuletzt kommt politisch besonders noch der Arbeiterstand (Lohnarbeiter) in Frage. Die Lohnarbeiter haben dem liberalen Protzenthum im Jahre 1848 die Kastanien aus dem Feuer geholt, ohne daß für sie irgendwelche angemessene Früchte gewachsen wären. Heute finden sich noch in Wien am Jahrestage der Revolution zahlreiche Lohnarbeiter am Grabe der Märzgefallenen ein, um darauf Blumen niederzulegen, und die armen Opfer — eine sonderbare Ovation — hoch leben zu lassen. Wahrscheinlich geschieht dieß nur, um die Polizei zu ärgern. Würde man die Leute fragen,



welche Früchte ihrem Stande durch den Tod der Opfer der Revolution von 1848 erwachsen sind, so könnten sie nur in Verlegenheit kommen.

Nichtsdestoweniger haben die Lohnarbeiter noch lange nach 1848 bereitwilligst sich in den Dienst der liberalen Partei gestellt. Es ist z. B. unvergessen, wie das „Bürgerministerium" 1859 die Lohnarbeiter benützte und verhetzte, um sie insbesondere auf den hochseligen Bischof Franz Rudigier von Linz und die Katholiken Oberösterreichs loszulassen. Giskra, der Erfinder der „Trinkgeldertheorie", der weise Mann, der eine sociale Frage in Oesterreich nicht kannte und sie in Bodenbach (Grenzort an der Elbe) abgeschlossen wähnte, und Most, den ein amerikanischer Richter als den ärgsten Schurken bezeichnete, gingen dabei miteinander Hand in Hand. Bischof Rudigier war damals wegen eines Hirtenbriefes gegen die confessionslosen Gesetze verurtheilt worden. Noch in der Stunde, in der das Urtheil gesprochen worden war, begnadigte ihn telegraphisch der Kaiser, und in ganz Oberösterreich und darüber hinaus erhob sich in begreiflicher Aufregung das ganze katholische Volk. Der Liberalismus und Israel geriethen in tausend Aengsten und so ward Most gegen den Bischof losgelassen. Mit einer blutrothen Fahne zogen Most, Scheu und Genossen von Wien nach Linz und veranstalteten dort auf dem Märzenkeller am 29. Juni 1869 eine „große Volksversammlung", bei der die bekannte „Mostresolution" gegen den Bischof Rudigier beschlossen wurde. Die liberale Presse und Giskra's Agenten jubelten darüber wie toll und Most war damals eine hochgefeierte Person.

Zehn Jahre später schien es allerdings, als ob die Lohn-Arbeiter sich nicht länger an den Wagen des Liberalismus spannen lassen wollten. Der „volkswirthschaftliche Aufschwung", auf den die Liberalen so viel sich zu gute thaten, war elend verkracht und die Herrschaft der „Verwaltungsrathspartei" im Reichsrath hatte den Liberalismus in voller Nacktheit gemeinen Eigennutzes gezeigt. Daraufhin sagten die Socialdemokraten

feierlich sich vom Liberalismus los und verurtheilten ihn in kräftigen Worten.

Inzwischen kam die gewerbliche Bewegung, bei welcher die Socialdemokraten mit ihrem ausgesprochenen Ziele, den Mittelstand zu vernichten, um die Handwerker zu zwingen als Unzufriedene das große Heer des Proletariats zu vermehren, energische Verbündete an der liberalen Partei fanden. Wie dieser gemeinsame Kampf gegen die Lebensbedingungen des Kleingewerbes geführt wurde, ist bereits geschildert.

Die innigen Beziehungen, die hiebei zwischen dem internationalen Judenthum, das an der Zersetzung des Handwerks ebenfalls ein hohes Interesse hat, weil nur durch dieselbe die größte Ausbeutungsmöglichkeit sich ergibt, und der Socialdemokratie zu Tage traten, sind älteren Datums. Die beiden internationalen Mächte, das Judenthum und die Socialdemokratie, standen von Anfang an mit einander in inniger geistiger Berührung; ihre gemeinsame Nahrung war und ist der Haß gegen die christliche Gesellschaft und gegen die christliche Ordnung, und er wird es bleiben. Die Auswüchse der Gesellschaft und der Gesellschaftsordnung, welche insbesondere dort sich zeigen, wo die christlichen Ideen bei Seite gesetzt worden sind, und welche namentlich in himmelschreienden Verletzungen der Gerechtigkeit gegen die Lohnarbeiter zu Tage treten, müssen auch vom katholischen und vom christlichen Standpunkte aus bekämpft werden, weil sie das Leben gefährden und vergiften, aber der Kampf der Socialdemokratie und des Judenthums richtet sich weniger gegen diese Auswüchse, als gegen die Gesellschaft selbst, und vor allem gegen die von Gott gewollte Ordnung derselben, gegen Thron und Altar, Familie und Gemeinde.

Anders als durch diesen Haß kann die anscheinend unnatürliche Verbindung zwischen Judenthum und Socialdemokratie, zwischen Leuten, die zumeist und fast überall von Ausbeutung leben, und Leuten, die angeblich und vielfach auch thatsächlich durch die Ausbeutung leiden, nicht erklärt werden.

Oder sollte die Neigung des Judenthums zur Socialdemokratie (wie zum Nihilismus) individuellen Sympathien für die Sache der Unterdrückten entstammen? Im Judenthum selbst lagert ein gewisser Zug der Zersetzung, des „Decomponirens“; sollte das angeborne Talent zur Zersetzung die Juden in die Arme der Socialdemokraten führen? Unterstützen und fördern die Juden die Bestrebungen der Socialdemokraten deßhalb, weil sie beim allgemeinen Umsturz nur um so mehr zu gewinnen glauben, und lassen die Socialdemokraten diese Förderung und Unterstützung sich gefallen mit der stillen Voraussetzung, denselben nur den Dank Polyphems dafür einst bieten zu müssen? All' diese Fragen können immerhin bejaht werden, und doch hat man dann keineswegs eine genügende Erklärung für den innigen Bund zwischen Judenthum und Socialdemokratie, wenn nicht der gemeinsame Haß gegen die gottgewollte Ordnung der Gesellschaft als Grundlage desselben angenommen wird.

Wie dem aber sei, Thatsache ist, daß die Socialdemokratie in Oesterreich unter jüdischer Führung und Leitung steht. Der gegenwärtige Führer der Lohnarbeiterbewegung in Oesterreich ist der vielfache Millionär Dr. med. Viktor Adler in Wien (geb. in Prag 1852). Seine Bekehrung zum internationalen Socialistenthum ist nicht allzu weit zurück; noch 1883 hatte er beim k. k. Handelsministerium um die Stelle eines Gewerbeinspektors nachgesucht, zu der er zunächst als Arzt, dann durch seine Studien in der Chemie und durch seine Studienreisen sehr wohl geeignet gewesen wäre, falls ein Israelit für eine derartige Vertrauensstellung überhaupt paßt, wurde aber abgewiesen. Eine umfangreiche Arbeit über die Fabriksinspektionen im Auslande, die er bei diesem Anlaß einreichte, verräth keine Spur socialistischer Anwandlungen, so daß er erst später seine „Bekehrung“ vollzogen haben muß.

Unter so bewandten Umständen ist es nur selbstverständlich, daß Liberale und Socialdemokraten einen neuen (zweiten) Berührungspunkt fanden, als die antisemitische Bewegung

auftauchte. Thatsächlich ist seit dieser Zeit keine einzige Arbeiterversammlung abgehalten, in welcher nicht gegen den Antisemitismus unter den üblichen Phrasen Stellung genommen worden wäre. Dabei kam aber auf jeder dieser Versammlungen ein derartig grimmiger Haß gegen die gläubigen Katholiken zum Vorschein, daß geläuterte christliche Nächstenliebe jedenfalls nicht die Ursache des socialdemokratischen Kampfes gegen den Antisemitismus sein kann.

Insbesondere der Antrag, den Fürst Liechtenstein im Reichsrath (1888) auf Einführung der confessionellen Schule in Oesterreich einbrachte, bot den willkommenen Anlaß zu wahren Wuthausbrüchen gegen die Katholiken und die Kirche. Sonst bezeichnet sich die Socialdemokratie als einen internationalen Bund, welcher angeblich weder auf die Verschiedenheit der Nationalität noch der Confession Rücksicht nimmt, hier offenbarte sich aber ihr wahrer Charakter. In einer Reihe von Lohnarbeiterversammlungen zu Wien, Graz, Brünn, Linz, Steyr, Innsbruck, Prag &c. wetterten Redner gegen die confessionelle Schule, forderten zum Austritt aus der katholischen Kirche auf und empfahlen nachfolgende charakteristische Resolution zur Annahme, zu der sie auch überall und selbst auf dem Hainfelder Parteicongreß (Jahreswende 1888/9) gelangte. Sie lautet vollinhaltlich:

„In Erwägung, daß die herrschenden Klassen nicht nur die Früchte aller materiellen Arbeit für sich in Beschlag nehmen, sondern auch die durch die geistige Arbeit des gesammten Volkes geschaffene Cultur, alles Wissen und alle Bildung, das Ergebniß einer tausendjährigen Arbeit der ganzen Menschheit zu ihrem ausschließlichen Monopol gemacht haben; in Erwägung, daß darum die socialdemokratische Arbeiterpartei stets in ihren Programmen für die unentgeltliche Schulbildung des gesammten Volkes auf sämmtlichen Stufen des Unterrichts, sowie für die vollständige Trennung von Schule und Kirche wie von Staat und Kirche eingetreten ist; daß die heutige Volksschule in ihrer Mangelhaftigkeit und Unzulänglichkeit . . die Interessen der besitzlosen Klassen in keiner Weise berücksichtigt; daß der

Ausbau der Schulgesetzgebung in freiheitlichem Sinne, in erster Linie Aufgabe und Beruf der bürgerlichen Parteien, von diesen gleich allen anderen durch ihr ehemaliges freiheitliches Programm gebotenen Pflichten in gewissenloser Feigheit vernachlässigt wird; daß durch den Antrag Liechtenstein auch noch der kärgliche letzte Rest einer gedeihlichen Volksaufklärung beseitigt und alle Zukunft der Jugend bedingungslos der finsteren, freiheitsfeindlichen und culturmörderischen Macht des Clerikalismus überliefert werden soll; in weiterer Erwägung, daß das Proletariat, die große Masse und der Kern des Volkes, der Träger seiner zukünftigen Entwicklung, jedes Einflusses und selbst der geringsten Einwirkung auf die Gesetzgebung entbehrt, erklärt der heutige Parteitag:

Die Arbeiterschaft macht die herrschenden Klassen dafür verantwortlich, daß das freche Attentat auf die Schule, welches der Liechtenstein'sche Antrag versucht, mit der gebührenden Energie der Entrüstung zurückgewiesen werde, macht sie aber auch gleichzeitig für die Folgen der Fortsetzung ihrer bisherigen Lässigkeit verantwortlich, wenn die heutige Schule nicht zu einer wahren, mithin confessionslosen Volksschule fortentwickelt wird und die Clerikalen dadurch zu solcherlei Vergewaltigungen der Freiheit auch für die Zukunft ermuthigt werden."

Man sieht, die Lohnarbeiter der Socialdemokratie machen die Liberalen dafür verantwortlich, daß die confessionslose Schule aufrecht erhalten bleibe, und bieten sich ihnen als Wauwau gegen die conservativen Elemente an. Thatsächlich brachten auch die Judenblätter bald die Nachricht, daß seitens der Socialdemokraten für den Tag der Berathung des Schulantrages Liechtenstein im Reichsrath Demonstrationen in Aussicht genommen seien. Eine plötzliche Versenkung der ganzen antisemitischen Bewegung hätte der liberalen Partei keine größere Freude bereitet, als diese Stellungnahme der Socialdemokratie zur confessionellen Schule; denn damit war ein dritter Berührungspunkt für eine gemeinsame Arbeit der Socialdemokraten und Liberalen gefunden.

Selbstverständlich fühlten dafür auch die Liberalen das Bedürfniß, den Socialdemokraten entgegenzukommen. Es sollte

dieß geschehen durch einen Antrag auf Errichtung von Arbeiterkammern, den die deutsch-liberalen Abgeordneten v. Plener, Hofrath Exner und der Urgermane Wrabetz 1887 im Reichsrath einbrachten. Den 26 Handels- und Gewerbekammern der cisleithanischen Kronländer, mit Ausnahme Dalmatiens, sollten ebensoviele Arbeiterkammern an die Seite treten und diese das Recht erhalten, neue Abgeordnete in den Reichsrath zu entsenden. Als die Liberalen in der Mehrheit waren, haben sie jede ähnliche Anregung energisch zurückgewiesen; auch jetzt glaubten die Socialdemokraten nicht an die Aufrichtigkeit ihrer Absichten, um so mehr, als gerade der Antragsteller v. Plener 1872 die Zurückweisung einer socialdemokratischen Petition um Errichtung von Arbeiterkammern befürwortet hatte. Sie erklärten offen, daß der Antrag Plener ihnen weder politisch noch wirthschaftlich entspreche, politisch nicht, weil er statt des allgemeinen Wahlrechtes eine winzige und bedeutungslose Concession biete, und wirthschaftlich nicht, weil Arbeiterkammern den Lohnarbeitern nur nützen, wenn sie mit ausgedehnten Befugnissen zur Erhebung der Lage der arbeitenden Klassen, zur bestimmenden Einflußnahme auf die strenge Durchführung und den nothwendigen Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung und zur maßgebenden Theilnahme an der Gewerbeinspektion, sowie mit der Machtvollkommenheit, sich der Organe der staatlichen und communalen Verwaltung zu diesem Zwecke zu bedienen, ausgerüstet sind. Seitdem ist zur Berathung des Antrages Plener und Genossen ein Subkomité niedergesetzt und eine Enquête veranstaltet worden, doch wird derselbe voraussichtlich „schätzbares Material" bleiben.

Nicht viel wirkungsvoller war die Unterstützung, welche den Socialdemokraten seitens der liberalen Partei wurde, als es sich nach den anarchistischen Attentaten 1883 und 1884 um Verhängung des Ausnahmezustandes gegen die Anarchisten handelte, bei dem zuletzt bis 31. Juli 1889 die Thätigkeit der Schwurgerichte in Fällen von Hochverrath, Störung der öffentlichen Ruhe, Aufruhr, Mord, Falschmünzerei u. s. w.

nicht blos (wie anfänglich) für Wien und zwei nieder-österreichische Gerichtssprengel, sondern für 12 weitere Sprengel eingestellt wurde. Wohl sprachen die Liberalen dagegen, bei der Abstimmung aber drückten sie sich in großer Anzahl und waren überhaupt froh, damit nicht weiter belästigt zu werden. Die jetzige Erleichterung der Ausnahmsbestimmungen verdanken die Socialdemokraten der ureigenen Initiative des gegenwärtigen Justizministers Grafen Schönborn, eines überzeugungstreuen Katholiken. Nur zwei Abgeordnete auf der Linken haben sich zu jeder Zeit energisch um die Socialdemokraten angenommen, der Wiener Magistratsrath Dr. Kronawetter, ein Bourgeoisdemokrat, der mit allen Lagern schon Complimente gewechselt hat, und der Mittelschullehrer Dr. Pernerstorfer, der geistige Gründer des deutschen Schulvereins. Beide unterhalten einen innigen geistigen Verkehr mit dem socialdemokratischen Führer Dr. Adler und benützen die Redefreiheit im Parlamente, um alle Beschwerden der Lohnarbeiter insbesondere gegen die Polizeiverwaltung zur Sprache zu bringen. Freilich machen sie dabei nicht selten die Erfahrung, daß die Thatsachen anders liegen, als sie die beschwerdeführenden Arbeiter ihnen vorstellten. Dafür gehören sie auch gewissermaßen zur Parteileitung der Socialdemokraten.

Die andern Abgeordneten der Linken im Reichsrath haben in einer andern Weise direkte Fühlung mit der Socialdemokratie gesucht. Unter ihrem Schutze, insbesondere jenem der Abgeordneten v. Plener und v. Chlumezky, wurde in Wien ein Verein für Arbeitervermittelung gegründet, bei dem 1886 3886 „Arbeitnehmer" und 1019 „Arbeitgeber" verkehrten und 825 Stellen besetzt wurden, Ziffern, welche 1888 auf 6948, beziehungsweise 1924 und 2660 stiegen. Erster Präsident dieses Vereins ist der frühere Abgeordnete Adolf Weiß, ein Verwaltungsrath der Creditbank und zugleich ein Vertrauensmann des bekannten Baron Schwarz. Als Vertrauensmann des Baron Schwarz-Semborn hatte Weiß für denselben als Generalbauunternehmer, wie in dem Proceß Reschauer

gegen die „Deutsche Zeitung" gerichtlich erhoben wurde, bei der Submission auf die galizische Transversalbahn „Schweigegelder" an die liberale Wiener Tagespresse vermittelt, wobei die verhältnißmäßig unbedeutende „Deutsche Zeitung", wie gerichtlich festgestellt wurde, 7000 fl. für „Texteinschaltungen", ein anderes Blatt 28000 fl., ein drittes 42000 fl. erhielt und alle miteinander mit einem Aufwand von c. 200000 fl. — nur für den einen Fall — gekauft wurden. Thatsächlich konnte die liberale Partei für die Spitze ihres Arbeitsnachweisbureaus keinen bessern Mann finden, als Weiß, der bereits Berührungspunkte mit der hohen Finanz und mit der Presse besaß und darum am besten Fühlung mit der Socialdemokratie gewinnen konnte. Vicepräsident des Vereins ist der bekannte socialistische Führer Gehrke, Schriftführer der Socialistenführer Bardorf. In Begleitung von Gehrke und Bardorf, Weiß und Dr. Mittler (socialistischer israelitischer Advokat und gleichfalls Vorstandsmitglied des Vereins) fuhr der Abgeordnete v. Plener im Jänner 1889 nach Brünn, um auch dort einen Arbeitervermittelungsverein zu gründen. Die socialistische „Gleichheit", das Organ Dr. Adlers (inzwischen unterdrückt) machte dazu den Spaß, der Abgeordnete v. Plener scheine bei diesem Anlaß „ein bischen Socialpolitik und Arbeiterfang machen zu wollen", die „Genossen" sollten ihm daher „gründlich über sein Concept fahren!" Dazu hat Plener denn auch offenbar die „Genossen" Gehrke und Bardorf mitgenommen!

Diese thatsächlichen Angaben über den Wiener Arbeitsvermittelungsverein genügen wohl, um einen Blick hinter die Coulissen zu gestatten. Hier nur die Bemerkung, daß insbesondere der Vicepräsident dieses Vereines Gehrke sich redlichst alle Mühe gibt, in den Gehilfenversammlungen der verschiedenen gewerblichen Genossenschaften die Durchführung der neuen Gewerbeordnung und die Kräftigung und Festigung der einzelnen Innungen zu erschweren.[1]) Wie im Kampfe

[1]) Siehe „Histor.-polit. Bl." S. 421, Heft 6 dieses Bandes.

gegen die Wünsche des Kleingewerbes, kann die liberale Partei ebenso auch gegen die antisemitische Bewegung und gegen die conservative Partei voll und ganz auf die Hilfe der Socialdemokraten rechnen, und der innige Verkehr mit den socialdemokratischen Führern, wie er in der Vorstandschaft des Vereins für Arbeitsvermittlung gegeben ist, macht es leicht, über Taktik und Angriffspläne vertrauliches Einvernehmen zu pflegen, ohne sich die Möglichkeit abzuschneiden, späterhin beiderseits jede Vereinbarung abzuläugnen.

Daß gerade die conservative Partei den Lohnarbeitern die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Sonntagsruhe, die allerdings beide noch erweitert und ausgebildet werden müssen, trotz des heftigen Widerstandes der liberalen Partei verschafft hat, berührt die Socialdemokraten gar nicht. Die Einführung der Sonntagsruhe ist für sie, wie der Abgeordnete Pernerstorfer in einer socialdemokratischen Versammlung auseinandersetzte (6. Jan. 88), kein Ziel, sondern nur ein Mittel, um durch dieselbe die wichtigsten Rechte zu gewinnen. Bezüglich der Arbeiterversicherung bemerkt eine Resolution des Hainfelder Parteitages sehr richtig, daß selbe den Kern der socialen Frage kaum berühre, und bezüglich der Arbeiterschutzgesetzgebung sind auf dem internationalen Pariser Congreß die letzten Gedanken der socialdemokratischen Führer klar geworden. Bei Berathung der Arbeiterschutzfrage auf dem Pariser Marxisten-Congreß erklärte nämlich der socialdemokratische Führer Kloß (Stuttgart) den gesetzlichen Arbeiterschutz als nothwendiges Mittel zur Erreichung des letzten Endziels, „damit die Masse des Proletariats nicht auf dem Marsche nach dem gelobten Lande des Socialismus unterwegs zu Grunde gehe", und der österreichische Socialistenführer Dr. Adler meinte, es handle sich beim Arbeiterschutz darum, „ob der geschichtliche Moment des Zusammenbruchs der capitalistischen Gesellschaftsordnung entfesselte Sklaven sehen werde oder Männer, welche sich befreien."

Da volle Klarheit immer gut ist, mögen hier die For-

derungen folgen, welche die österreichischen Socialdemokraten beim Hainfelder Parteitag an eine Arbeiterschutzgesetzgebung stellen. Sie lauten:

1. Volle Coalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredungen und Cartellen der Arbeiter. 2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Clauseln und ohne Ausnahmen. 3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt). 4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh. 5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren. 6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben. 7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten. 8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seiten der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt. 9. Arbeiterorganisationen, welche auf sachlicher und lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Controle der Durchführung der Arbeiterschutzgesetzgebung mitzuwirken.

Wie der letzte Punkt zeigt, ist selbst die Einrichtung der Gewerbeinspektoren, welche doch, wie der Verlauf des Streiks in diesem Jahre bewiesen hat, unter den österreichischen Lohnarbeitern populär geworden ist, nicht ganz genehm. Unter diesen Umständen ist an einen Dank der Socialdemokraten für die socialreformatorische Arbeit der conservativen Partei natürlich gar nicht zu denken.

Die politischen Forderungen, welche die Socialdemokraten erheben, haben wenig gemein mit irgend welchem andern politischen Programm. Um Ostern 1882 stellte eine große Volksversammlung in Wien nachfolgende Forderungen auf:

1. Allgemeines und direktes Wahlrecht für alle Staatsbürger vom 20. Lebensjahre an für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug der Volksvertreter. 2. Vollständige Preß-, Vereins-, Versammlungs- und Coalitionsfreiheit. 3. Trennung der Kirche vom Staate und Trennung der Schule von der Kirche. 4. Obligatorischer Unterricht in den Volksschulen bis zum 14. Lebens-

jahre und unentgeltlicher Unterricht in allen öffentlichen Lehranstalten. 5. Errichtung der Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres. 6. Unabhängigkeit der Gerichte, Wahl der Richter durch das Volk; Einführung des unentgeltlichen und mündlichen Verfahrens und unentgeltliche Rechtspflege. 7. Einführung eines Normalarbeitstages; Einschränkung der Frauen- und Abschaffung der Kinderarbeit in den Fabriken und industriellen Werkstätten; Einsetzung unabhängiger Fabriksinspektoren und Beseitigung der durch die Strafhausarbeit den freien Arbeitern geschaffenen Concurrenz. 8. Abschaffung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzelnen direkten, progressiven Einkommen- und Erbschaftssteuer. 9. Staatliche Förderung des freien Genossenschaftswesens und Staatskredit für freie Arbeiter-Produktionsgenossenschaften.

Damals bestand in der österreichischen Socialdemokratie bereits die Spaltung zwischen Gemäßigten und Radikalen, welch' letztere über das „Amendirheldenthum" und das „Parlamenteln" spöttelten und unter Verzicht auf das allgemeine Wahlrecht eine freie genossenschaftliche Gruppenbildung als Ziel der Organisation der Gesellschaft anstrebten. Die beiden feindlichen Richtungen traten sich indeß näher und in aller Stille wurde der Socialistenparteitag in Hainfeld für die Jahreswende 1888/9 vorbereitet, auf dem beide Richtungen sich vereinigten und über Empfangnahme jeder Abschlagszahlung auf's „Ziel" nicht zu vergessen beschlossen. 90 socialdemokratische Delegirte wohnten dem Tage an. Die bedeutendsten Städte Oesterreichs waren vertreten. Von den zwei geistesverwandten Abgeordneten erschien nur Dr. Pernerstorfer; Dr. Kronawetter hatte sich entschuldigen lassen.

Die Beschlüsse dieses Parteitages sind wohl grundlegend für die fernere Bedeutung der österreichischen Socialdemokratie und ihre Stellung zu den andern Parteien, und deßhalb seien sie nachfolgend mitgetheilt. Zunächst wurde eine grundsätzliche Erklärung beschlossen, deren wesentlichste Punkte lauten:

1. Die socialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei; sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die der Geburt, des Besitzes und der Ab-

stammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß, wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der socialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Die Partei wird das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutzgesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitcontrole der Arbeiterschaft steht, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit volle Coalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und confessionslose Unterricht in den Volksschulen und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höherer Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

In Bezug auf das Maß politischer Rechte für jeden Einzelnen wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze.

2. Die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Censur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Caution und Stempel, sowie des Verbotes der Colportage.

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze.

4. Die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das

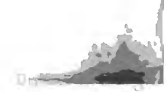
politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten geheimen Wahlrechts (und zwar vom 20. Lebensjahre an, wo die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als ein wichtiges Mittel der Agitation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen.

5. Die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschwornengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschwornen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk.

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.[1])

In Durchführung dieser Beschlüsse werden die Socialdemokraten auf den Widerstand der Liberalen wie der Conservativen stoßen und trotzem werden sie nach wie vor von den Liberalen sich mißbrauchen lassen. Sie hassen die Conservativen, weil sie die christliche Ordnung hassen und am liebsten alle religiösen Rücksichten aus dem öffentlichen Leben streichen möchten, und sie hassen sie auch deßwegen, weil gerade durch die religiösen Anschauungen und Gefühle so und so viele Arbeiter von dem Anschluß an die Socialdemokratie abgehalten werden, während die Liberalen durch ihre Thätigkeit und ihre Lehren den Boden für dieselbe vorbereiten. Wohl ist die Socialdemokratie in Oesterreich wie anderwärts riesig angewachsen; gleichwohl stehen noch Tausende und Tausende von Arbeitern treu zu Thron und Altar. Eine Gehilfenschaft, wie die altchristliche Gehilfenschaft der Weißgerber in Wien, ist prächtig; anderseits war es gewiß rührend, zu vernehmen, daß während des Kohlenstreiks in Trifail (Kärnthen) und in der Umgebung von Leoben (Steiermark) Hunderte von streikenden Lohnarbeitern gemeinsam in Wallfahrtsorte zogen, um dort von Gott durch die unbefleckte

1) Die Beschlüsse über die Gestaltung der Arbeiterschutzgesetzgebung und über die confessionslose Schule, die gleichfalls beim Parteitag angenommen wurden, sind bereits oben mitgetheilt.



Gottesmutter für sich zu erflehen, was für das Heil der Seele und des Leibes fromme. Socialdemokraten mögen darunter wohl nur wenige gewesen sein, wenn auch nach socialistischer Erklärung die Religion „Privatsache“ sein soll.

Umsomehr verdienten es die Lohnarbeiter, daß insbesondere die Conservativen energischer noch als bisher sich ihrer annehmen. Die sociale Reformarbeit, die im Reichsrath geleistet wurde, ist ja ein schöner Anfang; sie muß fortgesetzt und erweitert werden und die Beschlüsse, die am II. Katholikentag in Wien in dieser Richtung gefaßt wurden, berechtigen zu schönen Hoffnungen. Unendlich viel ist praktisch in Oesterreich geschehen für die Lohnarbeiter durch die katholischen Gesellen- und Arbeitervereine. Die großartige Schöpfung des seligen Kolping unter der musterhaften Leitung des opferwilligen und starkmüthigen Feldbischofs Dr. Gruscha hält sich noch immer an die schönen Worte des Stifters: „bloße Worte mehren nur den Schmerz“, und spendet mit vollen Händen allüberallhin Wohlthaten. Aber auch der Worte bedarf es und insbesondere der Worte der Belehrung durch die Presse.

In Oesterreich gibt es zur Zeit leider keine katholische Arbeiterpresse. Der „Arbeiterfreund“, der halbmonatlich für Oesterreich als besondere Ausgabe des in Deutschland weitverbreiteten „Arbeiterfreund“ in München unter Leitung des Msgr. Knab seit 16 Jahren erscheint, ist in Oesterreich kaum in zweihundert Exemplaren bekannt, und das einzige österreichische katholische Arbeiterblatt „Der Arbeiter“ ist vor bald zwei Jahren eingegangen. So lange ist es ungefähr auch her, als über Anregung des in dieser Richtung hochverdienten P. Eichhorn (früher in Floridsdorf, jetzt in Höflein an der Donau) 163 österreichische Priester in einem begeisternden Aufruf eine Sammlung zur Förderung des christlichen Arbeitervereinswesens, zur Beistellung von Rechtshilfe für arme Arbeiter und zur Unterstützung des „Arbeiter“ einleiteten. Das Ergebniß war, wie es bei der Unmasse von Sammlungen, die abgehalten werden, wohl nicht viel anders erwartet werden

konnte: es gingen 2300 fl. ein. Das Blatt wurde aufgelassen. Entgegen haben die Blätter der Socialdemokraten, die auf die Arbeiterkreuzer angewiesen sind, seit zwei Jahren von 7 auf 11 sich vermehrt, und als nach dem Tramwaystreik die „Gleichheit" unterdrückt wurde, ist die Gründung von zwei neuen socialdemokratischen Blättern in Aussicht genommen worden, von denen das eine „Arbeiter" heißen soll. Diese Gegenüberstellung könnte nicht drastischer sein; sie mahnt an ernste Pflichten gegenüber den Lohnarbeitern.

Schließen wir diese Erörterungen, so finden wir, daß der Liberalismus seinen alten Zauber für die Studenten verloren hat, wenn er auch die Lehrer noch fest im Zaume hielt; daß er den Bauernstand nur unter einer Maske für sich einzufangen hoffen darf; daß er im Gewerbestande täglich mehr in seinem wahren Wesen erkannt wird und daß nur die Lohnarbeiter bis zu einem gewissen Grade sich von ihm ausnützen lassen.

Damit könnten wir die Erörterung der politischen und nationalen Kleinarbeit der Deutschliberalen in Oesterreich abschließen, wenn nicht die Verpflichtung bestünde, auf die außergewöhnlichen Wege hinzuweisen, welche der Liberalismus zur Festigung seiner Herrschaft wandelt.

Derselbe begnügt sich nämlich nicht damit, durch offene und ehrliche Arbeit seiner Sache zu nützen, sondern er greift auch zu List und Schlauheit, um auf anscheinend möglichst harmlosem Wege seine Ziele zu erreichen. Deßwegen erübrigt die Pflicht, insbesondere die Thätigkeit jener Vereine zu besprechen, welche, unter einem harmlosen Titel, angeblich als nicht politische Vereine, sogar als Vereine, denen Mitglieder jeder Partei und jeder Confession beitreten können, im Stillen die Thätigkeit liberaler Agitatoren übernehmen. Diese Vereine sind verschiedenartig, je nach dem Zwecke derselben, der einerseits ein allgemein bildender und dann wieder auf Vergnügen oder auf Förderung wirthschaftlicher Interessen gerichtet erscheint.

XLIII.

Irland und England seit der Unionsakte bis auf unsere Tage.

(Eine volkspsychologische Studie.)

Die Geschichtsphilosophie lehrt uns, daß alle europäischen Nationen sich durch Zusammensetzungen verschiedener Elemente gebildet haben und daß ihre Consolidation vollendet ward, sobald man übereingekommen war, dasjenige zu vergessen, was gut ist zu vergessen, und sich dessen zu erinnern, was es verdient ewig zu dauern. Wo dieses Ziel noch nicht erreicht ist, da wird es von den Staatsmännern der Epoche stets dadurch angestrebt werden, daß man hartnäckige Erinnerungen auslöscht durch Versöhnung jahrhundert-alter Leidenschaften. Dieses Bemühen ist der Grundzug von Englands irischer Politik seit hundert Jahren. Ein kurzer Rückblick auf ihre Entwicklung entschleiert Verfahren und Methoden, die dem festländischen Gedanken fremd sind. Er zeigt uns, wie in der englischen politischen Welt eine Agitation geboren wird, sich ausbreitet, organisirt und sich endlich in einem Parteichef verkörpert in dem Augenblick, da ihr Ziel erreicht wird, und wie sie dann verschwindet, um einer neuen Agitation Platz zu machen, der dasselbe Loos wartet. Diese Entwicklungskämpfe endigen stets mit einer Reform; sie gewähren immer dasselbe Schauspiel, wie zur richtigen Stunde ein rapide wachsendes Licht den englischen Genius aufklärt. Die irischen

Agitationen und Reformen sind um so lehrreicher, weil dabei eins von denjenigen politischen Problemen zu lösen ist, das wie kein anderes die heftigsten Leidenschaften auf beiden Seiten des Saint-George-Kanals aufgeweckt hat: den religiösen Bigottismus, den imperialistischen Größenwahn, den Klassen-Egoismus, pekuniäre Interessen und Racenhaß; kurz, alle moralischen Kräfte der englischen Nation waren nacheinander oder gleichzeitig in Mitleidenschaft gezogen durch die irische Frage. Bis zu welchem Siedegrade sich die Gemüther erhitzt hatten, das sei an den Uebertreibungen zweier Vertreter des britischen Imperialismus gezeigt. In 1844 sprach Lord Lindhurst von den Bewohnern der Schwesterinsel: „das sind Fremde durch das Blut, durch die Sprache, durch die Religion". Und am 1. Oktober 1888 sagte der liberale Unionist Brodrick in einem Meeting zu Oxford: „Es gibt keine irische Nation; es hat nie eine gegeben. Irland war nur ein geographischer Begriff, als es erobert wurde; das was es an Einheit besitzt, ist ihm von England gegeben; wenn man ihm eine Nationalität zugestehen wollte, so wäre das eine rein englische Industrieschöpfung".

Das englische Volk dachte im Laufe der Zeit anders darüber und lehrte auch seine Führer, ihre Irrthümer einzusehen. Vor unseren Augen, in unseren Tagen beginnt sich der Schlußakt dieses Dramas abzuspielen, in dem so viele Begierden, so viele Leidenschaften, so viel Eifer besiegt und in Aufopferung und milde Versöhnung übergeführt wurden allein durch den altenglischen gesunden Gemeinsinn.

Nach Macaulay ist Alles in den öffentlichen Sitten so concret, so empirisch, so unfaßlich, daß man Gefahr laufen würde, ein Zerrbild von ihnen zu geben, wollte man in der Abstraktion versuchen, ihre Allgemeinzüge zu skizziren. Dadurch wird der plötzliche Umschwung der Gemüther, der schroffe Meinungswechsel der Staatsmänner erklärbar, welchen Irland die großen Gesetze verdankt, die alle unbewußt und oft absichtslos auf das eine Ende hinzielten, ihm sein Recht zu

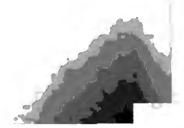
geben. Zwei Beispiele aus der irischen Geschichte, die sich in einem Zwischenraum von fünfzig Jahren begeben haben, zeigen uns die Methode der englischen Staatsmänner an, nach welcher die Reformen entstehen.

Am Anfange des Jahrhunderts war die Union zur vollendeten Thatsache geworden. Pitt hatte die Emancipation der Katholiken, d. h. die Verleihung des Rechtes der Wählbarkeit an diese, versprochen. Die Protestanten schreckten davor zurück. Der König fürchtete sein Seelenheil zu verlieren, wenn er die Bill unterschreiben würde. In 1812 wird Sir Robert Peel zum Obersekretär für Irland ernannt. Conservativ durch seine Geburt, liberal aus Temperament, war er mit seinen Leuten den Orangisten blind ergeben. Die Emancipation fand an ihm einen rücksichtslosen Gegner. Der religiösen Agitation in Irland setzte er seinen Wahlspruch: Principiis obsta! entgegen. Er wollte sie im Keim mit der Wurzel unterdrücken. Er verfolgte sie noch bis 1825 mit seiner glänzenden Redekraft und mit allen durch seine Verantwortung gedeckten Zwangsmaßregeln.

Inzwischen hatten sich die Meinungen über den fraglichen Fall geklärt und plötzlich fand sich im Unterhause eine Mehrheit für die Reform. Sir Robert widersteht immer noch. Er läßt das zu Gunsten der Emancipation abgegebene Votum vom Oberhause ablehnen. Das Ministerium fiel. Sir Robert, 1827 in die Opposition eingetreten, bleibt dabei, die Wählbarkeit der Katholiken zum Parlament widerspreche den Grundrechten der Verfassung und stoße die Errungenschaften der Bill of rights von 1689 um. Auch als er etwas später wieder zur Regierung gelangte, widerstand er noch, sich deckend durch die Lords und den König. Währenddessen nahm die Agitation in Irland selbstverständlich einen immer größeren Umfang an und hatte bereits die Grenzen der Gesetzlichkeit überschritten. Da geschah das Unglaubliche. In einem von Anhängern beider Confessionen gleichmäßig gemischten Wahlkreis wird ein Katholik und nochdazu O'Connell selbst, der

Führer der Agitation, einstimmig für das Unterhaus bei einer Nachwahl gewählt — gegen alles Gesetz. In anderen Ländern hätte diese großartige Gesetzesverachtung zu neuen Repressalien Veranlassung gegeben. Aber in England diente sie dazu, dem hartnäckigen Premierminister die Augen zu öffnen. Diese Kundgebung hatte in Sir Robert Peel eine überzeugende Offenbarung erweckt, die ihn den wahren Stand der Geister erkennen ließ. Später schrieb er über diesen Fall: „Die wahre Schwierigkeit liegt nicht in der Verletzung des Gesetzes, sondern in der neuen Ausübung der constitutionellen Freiheiten. Die Verfassung gibt diesen Gewalten das Recht, darnach zu trachten, die Funktionen einer jeweiligen Regierung und ihre Autorität zu lähmen. Dadurch erlangt diese Gewalt eine moralische Macht, welche die Regierung zwingt, den Forderungen einer neuen bürgerlichen und politischen Gesetzlichkeit nachzugeben." Damit war eingestanden, daß es nur die Alternative zwischen Emancipation und Bürgerkrieg gab, und nun entschloß sich Peel, die Emancipationsbill 1829 einzubringen, sie von den Gemeinen votiren zu lassen und sie mit Feuereifer den Lords und Georg IV. abzuringen.

Der zweite Fall, der als Spiegelbild des englischen Fortschritts gelten kann, ist in der Laufbahn Gladstones gelegen. Kaum glaubte man, die irische Frage mit der Emancipationsakte geschlossen zu haben, so lebte sie in einer andern Form wieder auf. Gladstone befand sich in derselben Lage, wie ein Seemann; dieselben Verpflichtungen und Ungewißheiten starrten ihn an. Das Auge geheftet auf einen Stern, wenn der Himmel klar, auf den Kompaß, wenn er bewölkt ist, mußte er den Wind nehmen, wie er weht, und laviren, selten konnte er der direkten Linie folgen. Als conservativ trat er 1833 in's Unterhaus, 1834 als Lord des Schatzes unter Peel in die Regierung. Die irische Frage begann einen Schleier der Unaufrichtigkeit anzunehmen; sie wurde von Compromissen umhüllt — wie Lord Melbourne sie schilderte — die ihren eigentlichen Charakter veränderte und im



Voraus die Wirkungen aufhob, welche ihre neuen Urheber sich versprochen hatten. Irland litt noch: in seiner Religion, weil es die Zehnten zu zahlen hatte für den Unterhalt der anglikanischen Kirche; in seinen materiellen Interessen, weil seine Reichthümer nach auswärts wanderten zu den abwesenden Gutsbesitzern; in seiner Unabhängigkeit endlich, weil es keine Controle, keinen Einspruch besaß gegenüber der ihr aus England gesandten Verwaltung. „Eine ausgehungerte Bevölkerung, eine außer Landes wohnende Aristokratie, eine fremde Kirche, die schwächste Exekutivgewalt der Welt — da haben wir die ganze irische Frage:“ sagte Disraeli in 1844. War es da ein Wunder, daß die Agitation auf der grünen Insel Erin's chronisch wurde, und daß sie jedesmal einen akuten Charakter annahm, sobald sie einem erfahrenen Mann begegnete, um sie zu leiten?

Die Kennzeichnung Disraeli's nahm sich Gladstone ad notam, und er beschloß, die Heilkur in den verschiedenen Epochen seines Lebens zu unternehmen und daraus sein politisches Instrument zu schmieden. Er verfuhr dabei keineswegs mit einer vorgefaßten Idee, nach einem umfassenden Plan, von dem er jeden einzelnen Theil im passenden Augenblick aufgenommen hätte. Nein, er folgte ihr von Tag zu Tag, je nachdem ihm die Nothwendigkeit das Bedürfniß dazu aufdrängte, sei es, um ein Hinderniß fortzuräumen, sei es, um seine Partei zu stärken durch Zuführung neuer Ideen und Auffassungen oder verbündeter Kräfte. Die Sprünge, die nun gemacht wurden, erweckten selbst bei dem an dergleichen Wandlungen gewöhnten Engländer eine wahre Verblüffung. Zunächst stand die Abschaffung der anglikanischen Staatskirche von Irland auf der Tagesordnung. Den bloßen Gedanken daran erklärte Gladstone für abscheulich und unheilvoll, und er war es selbst, der sie in 1869 depossedirte, weil er gezwungen war das Wiederaufleben der katholischen Agitation zu beschwichtigen. Die Festsetzung der Pächte bekämpfte er in 1870 als einen Eingriff in das Eigenthum,

und dann ging er daran sie einzurichten in der Landakte von 1881. Diesmal war es die aus der wirthschaftlichen Krisis geborene Land-Liga, welcher mit der Akte der Boden unter den Füßen entzogen werden sollte. Gegen Homerule hat er opponirt bis 1885, um im Jahre darauf sie selbst vorzuschlagen. Auch das hatte seinen sehr natürlichen Grund. Nach der letzten Wahlreform war eine starke parlamentarische Gruppe, die der Parnelliten, entstanden, die das Zünglein an der Wage des Ausschlages bildete. Sie bot ihren Beistand den Meistbietenden zwischen den Conservativen und Liberalen an. Erstere machten große Zugeständnisse; aber Gladstone übertrumpfte sie: er versprach Homerule und erhielt deßhalb den Zuschlag. Er konnte sich aber sofort des Gewinnes nicht erfreuen; denn unter seinen Freunden brach eine Desertion aus, die Hartington, Chamberlain, Bright u. a.; die letzteren mit den Conservativen, im Cartell vereinigt, waren stark genug, um jene dritte Fraktion entbehren zu können. Auf dieser Entwicklungsstufe stehen wir heute noch; aber der Lichtwechsel in ihr drängt nichtsdestoweniger auf eine Lösung im Gladstoneschen Sinne hin.

In der Regel stellt man sich die parlamentarischen Kämpfe in Westminster, die Anrufe an die öffentliche Meinung auf den Meetings der Zwischensession, auf den Banketts und in der Presse, sowie die gewaltigen Apparate bei den allgemeinen Wahlen vor als den dröhnenden, widerhallenden Stoß zwischen zwei ringenden Fechtern, von denen jeder einzelne eine klar auseinandergesetzte Doktrin vertritt, die sich beide grundsätzlich gegenüberstehen. Das ist thatsächlich nicht der Fall. Das englische politische Leben läßt sich zurückführen auf ganz einfache, natürliche Ausdrücke und auf rein menschliche Beweggründe. Im Charakter grundsatzvoll, in den Gebräuchen starr, ist der Engländer im praktischen Leben anpassend und im politischen nachgiebig. Seine Principien sind nicht von dieser Welt und Edmund Burke, dieses britische Prototyp, der umgekehrt wie Gladstone als Liberaler

begann und als Conservativer endete, stellte zuerst den Grundsatz auf: in der Politik hat die abstrakte Wahrheit nicht mitzusprechen, sondern die Pflicht. Und was ist die Pflicht?— die Forderung des Tages zu erfüllen — antwortet Göthe. Diese Methode ist auf dem Festlande und namentlich in Frankreich corrumpirt worden in dem Opportunismus.

Durch die Wahlreform des nahezu allgemeinen Wahlrechts ist scheinbar eine Demokratie auf die Bühne getreten. Das wird aber an der bisherigen Gepflogenheit nichts ändern. Die herrschenden Klassen haben das Volk, schon lange bevor dieses politische Rechte erhielt, an das politische Leben gewöhnt und es gelehrt, mit den Thatsachen zu rechnen. Ueberhaupt unterscheiden sich die Parteien nur durch ihr Personal, nicht durch Ideen. Als Doktrin ist ihnen nur ein väterliches Erbtheil gemeinschaftlich, das ist das Vermögen, das Interesse des Augenblicks zu finden. Bei den einen ist etwas mehr Hast zum Fortschreiten, bei den andern etwas mehr Zurückhaltendes zu finden; sonst gibt es aber keinen principiellen Unterschied zwischen Liberalen, Radikalen und Conservativen. Wir finden z. B. strenggläubige Radikale und atheistische Conservative. Die einen machen die Politik der andern, je nachdem es die Zeit erfordert. Dieselben Ideen, bekannt zu verschiedenen Epochen von Männern mit verschiedenen Namen, zuweilen angenommen von denjenigen, welche am Tage vorher sich zum Gegentheil bekannten, das ist der Fond der englischen Politik. Das vorgebliche Gleichgewicht zwischen erhaltenden und treibenden Elementen; das milde und ruhige Alterniren zweier angeblich entgegengesetzten Politiken, das sind festländische Legenden. In Wahrheit sind diese Parteien, welche die beiden entgegengesetzten Politiken vertreten sollen, Familiensyndikate mit ihrer Clientel, welche sich in der Regierung nachfolgen nach dem Gefallen der Wähler.

Denn die Wähler müssen erobert werden; darauf kommt Alles an. In Folge dessen sind auch die Parteiführer in steter Sorge, das Interesse des Augenblicks zu erkennen, um

daraus die Platform einer populären Agitation zu formen. Unter „Interesse des Augenblicks“ wird nach englischer Auffassung nicht die schmutzige persönliche Ambition verstanden, wie sie der französische Durchschnittspolitiker auffaßt. Sondern es besteht in der sofortigen Erkenntniß und in dem Verständniß der wahren oder falschen, moralischen oder materiellen Bedürfnisse des Volkes, um diese umzuschmieden zu Werkzeugen seiner Herrschaft, beziehungsweise Führung. Burke sagt: „Sobald sich die öffentliche Meinung über einen Fall abschließend gebildet hat, wird kein englischer Staatsmann ihr widerstehen, sondern er wird sie führen.“ Im Gegensatz dazu führt in Frankreich eine intellektuelle Strenge dahin, einen groben Hegelianismus in die Politik einzuführen. Man geht von abstrakten Ideen aus und verfolgt diese mit crasser Folgerichtigkeit auf die letzte Consequenz des Schindangers oder Düngerhaufens. Eine Partei stellt eine These auf; eine zweite die gegenüberstehende Behauptung (Antithese) und dann kämpft man bis aufs Blut darum, die Synthese zu finden, was nie gelingt, da eine Begriffsverbindung zwischen principiell geschiedenen Elementen unmöglich ist.

Der entgegenkommende Geist der Engländer dagegen folgt ganz andern Gesetzen: „Man muß — sagt Disraeli — durch die Politik alle die Veränderungen vornehmen, die eine Revolution durch die Gewalt vollenden würde.“ Dabei überstürzt sich der Engländer nie; er verändert nicht überflüssig, sondern wartet immer erst auf eine Pression von außen, d. h. von der öffentlichen Meinung. Die ganze Kunst besteht darin, dieser Meinung beständig den Puls zu fühlen, um ihre Wünsche kennen zu lernen, diese zur rechten Zeit zu erfassen, sie dem Gegner zu entreißen, um sowohl die Mühewaltung als auch die Belohnung ihrer Erfüllung sich zu sichern. Hierbei stehen dem englischen Staatsmanne unvergleichliche Mittel zu Gebote: eine einflußreiche Presse, frei von allen Banden; ein bei der Bevölkerung eingewurzelter Trieb, sich zu betheiligen an politischen Agitationen; ein

hochorganisirtes Vereinsleben, in dem der öffentliche Mann, der den Gesichtspunkten einer Gruppe dient, von dieser eher patronisirt wird, als daß sie sich von ihm anketten ließe; endlich eine bewunderungswürdige Leichtigkeit, Geldquellen flüssig zu machen, die unentbehrlich zur Propaganda sind. An dem Maße, womit alle diese Mittel in Bewegung gesetzt werden, erkennt der Politiker schon den Werth einer laufenden Strömung; er wird rasch unterrichtet über den Stand der Geister; denn in England wie überall geht die Initiative zu jeder Bewegung von den unteren Klassen aus; er hat nur zu warten auf den Augenblick, da sich diese Interessen freiwillig gruppirt haben, um mit gewaltiger Stimme die Massen mitfortzureißen und die Idee der Gerechtigkeit zu vermischen mit der der Zweckmäßigkeit. Das Land wird überzeugt, daß „wenn Licht in eine Sache gebracht ist, wenn die Stunde geschlagen hat, dann ist der Aufschub einer Gerechtigkeit gleich einer Versagung der Gerechtigkeit.“ (Rede Gladstone's über die Kirche von Irland 1866.)

Westminster ist keineswegs das wirkliche Centrum der politischen Bewegung. Die Reden, welche man hier austauscht, sind weniger an die unmittelbaren Zuhörer, die sich nur wenig darum kümmern, als an die öffentliche Meinung gerichtet. Auch die Abstimmungen haben weniger den Zweck der Vorlage im Auge, als denjenigen, um die Stellung der Parteien vor dem Lande darzulegen. Die Opposition greift niemals das Ministerium an, ohne vorher die bestimmte Richtung anzugeben, nach welcher sein Nachfolger zu wählen wäre, und immer erst dann, wenn eine Auflösung möglich scheint, aus der sie als parlamentarische Majorität hervorgehen könnte. Dann aber ist im Wahlkampfe jedes Mittel gut. Der Entwicklungsgang ist angezeigt: nun mag der Mob die Wahlschlachten schlagen. Die theilweisen, die versuchsweisen Lösungen bleiben so lange die Regel, bis — meistens nach vorhergegangenem Compromiß der Partei-Leader — dann der Hauptcoup erfolgt. Dabei haben Veränderungen der Mein-

ung — die sogenannten Widerrufe — nichts Erschreckendes an sich, sie sind vielmehr die gemeinsame Regel. Disraeli rühmte sich derselben, als Salisbury ihn einmal als „Wetterhahn" festnageln wollte. Nur Gladstone hat einige Male unter seinen Widersprüchen gelitten. Aber Gladstone's Lebensbild ist, wie schon gesagt, noch nicht abgeschlossen.

Die Vergangenheit ist in England stets der sicherste Bürge für die Zukunft. Nach dieser ist es auch vorauszusehen, daß die Glückswende für Irland nahe bevorsteht. Es wird seine Forderungen triumphiren sehen und ohne den Gewaltriß der Separation seine legislative Autonomie wieder erhalten, die ihm i. J. 1800 genommen wurde durch Mittel, die selbst ein Castlereagh als „schandbar" gebrandmarkt hat. Das öffentliche Leben in England ist zu praktisch, um sich bis in's Unendliche gegen den Strom der öffentlichen Meinung zu verstocken, die durch mancherlei Zwischenfälle der letzten Monate mächtig angeschwollen ist. Zu diesen gehört namentlich der Zusammenbruch der Anklagen, die gegen Parnell in dem bekannten Timesproceß formulirt waren. Nach einem packenden Bilde Pressensé's machen die Engländer ihre Politik nach dem Muster der externen Pathologie. Zunächst wird das aufschiebende Verfahren angewandt, dann das ableitende, endlich — wenn beide nicht helfen — geht man auf die Chirurgie zurück. Nun, zuerst hat man temporisirt durch die Zwangsakte und die halben Concessionen an Irland. Dann versuchte man die Aufmerksamkeit der Oeffentlichkeit abzulenken durch eine Diversion, indem die Conservativen eine radikale Reform, das Lokal Government in den englischen Grafschaften, radikal ausführten. Morgen wird man zur Amputation, zur Generalkur schreiten. Wer wird der Operateur sein? Vor etwa zwei Monaten schrieb die „Augsburger Postzeitung" in einer ähnlichen Ausführung bei Gelegenheit eines Verbrüderungsmahles zwischen Churchill, Gladstone und Parnell: „Es hat allen Anschein, daß in letzter Stunde noch die Conservativen ihren Gegnern die irische

Agitation aus der Hand reißen und die Reform der Homerule selbst vollbringen werden zur Rettung ihrer eigenen Machtstellung.“ Diese Prophezeiung beginnt nahezu einzutreffen. In der Unterhaussitzung vom 28. August d. J. gab Balfour, der drakonische Obersekretär für Irland, der Dioskure Churchills aus jener vierten Gruppe der Torydemokraten und jetzt die rechte Hand des Kabinets Salisbury, die bündige Erklärung ab, die Regierung werde in der nächsten Session eine Vorlage, betreffend das Unterrichtswesen, einbringen, die allen berechtigten Forderungen der irischen Katholiken genügen würde; die jetzigen Zustände seien allerdings unhaltbar. Die Gründung und Dotirung einer katholischen Universität seitens des Staates steht außer Frage. Das ist zwar noch nicht die Homerule selbst. Als aber Parnell dem Obersekretär die Hand drückte und das Anerbieten der Regierung mit Dank zu unterstützen versprach, da war die entscheidende Schwenkung der Regierung vollbracht, und auf die Gefahr hin, die Bundesgenossenschaft mit den englischen Radikalen zu verlieren, wird Irland die Unterrichtsreform und die der Homerule, welche auf dem Fuße folgen wird, aus den Händen der Conservativen annehmen.

Dies war das letzte Mittel, womit die Regierungspartei den leitenden Strom sich wieder selbst nutzbar machen kann, der in den letzten Monaten bedenklich die Segel der Opposition anschwellen ließ. Nicht nur zahlreiche Berufsfälle würden dem conservativen Kabinet zur Rechtfertigung für seine Schwenkung dienen, sondern auch Gründe der Philosophie und Wissenschaft würden ihm zu Hilfe kommen. Erhält sich doch die Natur, dieses conservative Modell, nur durch eine beständige Schöpfung, eine fortwährende Erneuerung. In der Presse finden zwar noch viele Einwendungen statt. Man spricht von den unüberwindlichen Schwierigkeiten, die Beziehungen der Schwesterinsel zum Gesammtreich angemessen zu regeln; die beziehungsweisen Befugnisse der Parlamente von Dublin und London festzustellen; die Stoffe heraus-

zufinden, die gemeinsam zu regeln sind, und diejenigen, wo sie souverän sein sollen. Indessen liegen doch Beispiele genug auf der Hand. Man blicke auf Oesterreich mit seinem Böhmen und Galizien, auf Ungarn mit seinem Kroatien, auf Schweden und Norwegen. Ferner stemmt sich noch eine gewaltige Macht gegen die Reform: die Interessen der Landlords. Man will diese nicht auf Gnade und Ungnade den Iren zur Expropriation überlassen, deßhalb ist die englische Gesetzgebung seit lange daran gegangen, diese selbst zu unternehmen. Auch diese Frage vereinfacht sich von Tag zu Tag. Den dringendsten Bedürfnissen der Farmer wurde bei jeder neuen Bill Rechnung getragen. Beschränkungen bei den Auspfändungen, Nachlässe der Pachtzinse durch gerichtliche Schätzung und andere Maßregeln haben das Eigenthumsrecht des Landlords bereits halbirt. Man ist sogar schon zur Ablösung durch staatlichen Ankauf geschritten; an dem Tage, da diese eine vollendete Thatsache geworden sein wird, da der eingeborne irische Farmer Herr auf seiner Scholle geworden ist, da wird das irische Problem gelöst und der letzte Widerstand gegen Homerule gebrochen sein.

Nachdem die erste Ueberraschung über die Balfour'sche Ankündigung, die eine vollständige Schwenkung in der irischen Politik der Regierung bedeutete, während der Zeit der Parlamentsferien einer ernüchterten Behandlung Platz gemacht hatte, entstanden in dem extremen Flügel der Iren Bedenken über die Vollständigkeit und Aufrichtigkeit der von der Regierung verheißenen Concessionen. Als erster ließ Michael Davitt seine Stimme ertönen, der die katholische Universität und Schule nur von einer irischen Humerule annehmen will, daher diese letztere jeder andern Reform vorangehen müsse. Indessen ist Parnell mit dem augenblicklich erreichbar Möglichen zufrieden. Jedenfalls wird man es nicht mit Gladstone verderben, dessen rastlose Thätigkeit die conservative Regierung ja erst auf den jetzigen Punkt der Zugeständnisse geführt hat. Andererseits regnet es von protestantischer Seite an Protesten gegen die

neue irenfreundliche Politik der Regierung. Das ist aber noch nichts gegen den Adressensturm, der seiner Zeit vor der Katholiken-Emancipation stattfand und noch vom Könige und dem Hause der Lords erschwert wurde. Gerade diese gegenseitige Erregung ist ein Zeichen, daß die irische Emancipation in ihrer Entwicklung an dem Lösungspunkt angekommen ist. Das ist umsomehr anzunehmen, als sie getragen wird von dem Bedürfniß nach Verwaltungsreformen in England und Schottland. Balfour beantwortet vorläufig die Einsprüche, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit der Bitte, man möge mit der Kritisirung und Verurtheilung der bezüglichen Regierungspläne warten, bis dieselben in konkreter Form vor der Welt erscheinen. Ein Stocken oder Zurücktreten von dem einmal begonnenen Pfad der Reform ist erfahrungsmäßig ein Sturz der Regierung. Es kann sich jetzt nur noch um den Wettlauf zwischen Whigs und Tories handeln, welchen von beiden Theilen die Palme der Ausführung zufallen wird.

Die französische Revolution hat den starren Einheitsstaat geschaffen. Die berechtigten Eigenthümlichkeiten der Bevölkerungen der verschiedenen Provinzen sollten ebenso mit dem blutigen Besen fortgekehrt werden, wie der Unterschied der socialen Klassen. Indessen schon in der Schreckenszeit während dem Despotismus des Convents wurde die neue Idee geboren, welche ein Jahrhundert später den Völkern die rettende Reaktion zu bringen sich anschickt. Der Spottname, den man damals dieser Idee beilegte, ist zum Ehrennamen geworden. Er heißt Föderalismus und ist nichts anderes, als die moderne Wiedergeburt der Formen aus der christlichen Blüthezeit Europas. Ueberall ist der öffentliche Geist in eine fieberhafte Spannung gerathen. Der Körper der Gesellschaft steht in vorahnender Erwartung, daß ihn eine Art von Schlagfluß treffen werde, vor dem ihn der abstrakte unitarische Staat nicht retten kann. Ueberall auch dringt das noch unbestimmte Gefühl durch, daß, wenn die nationale Einheit auch ihre

unabweisbaren Forderungen hat, sie doch weder die Uniformität der Gesetzgebung in allen Materien, noch die vollständige Aufsaugung aller geistigen und moralischen Bewegungen durch den omnipotenten Staat implicire. Die Geschichte lehrt, daß derselbe entweder zu langsam funktionirt oder sich überstürzt. Die nothwendigen Uebergänge, welche die Entwicklung der Civilisation erheischt, können sich nur friedlich und heilsam vollziehen, wenn sie aus dem innersten Herzen des Volkes durch göttliche Inspiration von selbst herauswachsen und Freiheit als Lebensluft der Entfaltung einathmen. Decentralisation, lokale Selbstverwaltung, Föderalismus, das sind drei Abstufungen einer und derselben Idee. Was jetzt in Irland vorgeht, das wird nicht allein ein fortreißendes Beispiel für England, Wales und Schottland werden, sondern auch ein sprechender Fingerzeig für die Mitwelt auf den Weg, welchen die Weltgeschichte einzuschlagen gedenkt.

Philipp von Wedell.

XLV.

Zeitläufe.

Die Katholiken-Tage in Bayern; Herr von Hauck über das Placet.

Den 12. Oktober 1889.

Bayern hat wieder einmal seit geraumer Zeit, und zwar unmittelbar vor Zusammentritt des Landtags, von sich reden gemacht. Nicht von den oberen Regionen; denn hier lebt Alles in eitel Wohlgefallen. Sondern in den breiten Schichten des Volkes rührte es sich, und zwar zur Verwunderung bei Freund und Feind. Nicht ohne Grund hatten sich schwere

Bedenken gegen den Aufruf dazu erhoben. Man konnte nicht nur der Meinung seyn, nachdem die Einberufung des Landtags in kürzester Zeit erfolgen müsse, werde es Sache der Abgeordneten des Centrums seyn, den Cultusminister über seine neuerliche Stellungnahme zu den Erklärungen des bayerischen Episkopats zur Rede zu stellen. Man konnte auch zweifeln, ob sich bei dem dumpfen Hinbrüten, das sich überall im Reich auf die Geister gelagert hat, eine Erwärmung gerade für die bayerische Kirchenfrage in weiteren Kreisen einstellen würde.

Dennoch ist es in ungeahntem Maße geschehen. „Die Welt ist elend geworden": soll vor Kurzem ein hoher Herr in Berlin geäußert haben. Und dennoch kamen die Tausende gerade aus denjenigen socialen Schichten herbei, welche den Druck der elend gewordenen Welt am schmerzlichsten fühlen: aus dem kleinen Bürger- und dem Bauernstande. Sie wußten, daß über ihre besonderen Standesinteressen nicht verhandelt werden und die eigentliche Politik ganz aus dem Spiele bleiben würde; dennoch kamen sie in hellen Schaaren. Allerdings „fast drei Viertel Bauern", wie die Gegner höhnten; aber gerade das war der Stolz der Versammlung und der anwohnenden Geistlichen, der einzigen Freunde, die diesen Mühseligen und Beladenen noch nahe stehen. Außer dem katholischen Adel waren die Honoratioren spärlich, die hohe Bourgeoisie gar nicht und die Beamtenschaft verschwindend vertreten. Liberale Congresse pflegen das Gegenbild zu zeigen.

Der Münchener Versammlung war die zu Neustadt in der Pfalz vorausgegangen. Ein paar tapfere Männer hatten das Wagniß unternommen, und der Ausfall war verhältnißmäßig noch glänzender als im dießseitigen Bayern. Schon daß so etwas in der Pfalz vorkommen könnte, schien von vornherein unglaublich. Die pfälzischen Katholiken hatten noch niemals einen Vertreter in die Kammer gebracht; man wußte die Wahlkreiseintheilung immer so zu machen, daß die liberalen und protestantischen Wähler ihres Uebergewichts von vornherein sicher waren. Was Wunder, wenn die treuen

Katholiken in der Pfalz sich erst wieder in Erinnerung bringen mußten, daß sie noch da seien; und sie werden sich nicht mehr in Vergessenheit kommen lassen.

Die Bewegung galt einem Staatsmann, der als Chef des geheimen Kabinets und dann als Staatsminister, seit dem 20. December 1869 insbesondere als Cultusminister, alle Schrecken überdauert hat, die seit 23 Jahren über das einst so glückliche Land Bayern gekommen sind. Eine solche Bewegung sollte nun in einem freien Verfassungsstaate, als welchen sich Bayern von jeher gerühmt hat, keiner Seite im politischen Leben übel angerechnet werden. Aber es lag leider ein Umstand inzwischen, der manchen Wohlmeinenden, namentlich der Münchener Versammlung gegenüber, scheu machen konnte: die jüngste Wirkung jener anormalen Uebung, die sich aus den Mißverhältnissen zweier vorhergegangenen Thronfolgen wie eine erbliche Krankheit im Staate Bayern fortgepflanzt hat, und deren Bekämpfung in seiner Stellung als Minister dem ehemaligen Chef des geheimen Kabinets unter Ludwig II. am allerwenigsten nahe lag.

Wenn ein Staatsoberhaupt in regelmäßigem Verkehr mit den verantwortlichen Ministern steht, und ihre Vorträge persönlich entgegennimmt, so haben letztere keine Veranlassung und kein Bedürfniß, zur Veröffentlichung sich noch belobigende allerhöchste Handschreiben zu verschaffen. Jenes persönliche Einvernehmen war aber im Laufe von nahezu 40 Jahren allmählig ganz abgekommen, in Folge des wiederholten Unglücks auf dem Throne. Solange die Minister sich mit dem geheimen Kabinet im Einverständniß befanden, konnte ihnen, wie der Ausdruck einmal lautete, „ganz wohl dabei seyn“. So allein war es auch möglich, daß das Ministerium Jahre lang im Namen eines geistesgestörten Königs regierte, und sich gelegentlich auf den Willen der Majestät gegen die Majorität der Landesvertretung berief, als der unheilbare Wahnsinn des unglücklichen Monarchen bereits ein öffentliches Geheimniß war. Das Unterschreiben von Vorlagen

Seitens des kranken Königs sei von geringer Bedeutung gewesen und habe Nachtheile für das Land nicht gehabt, sagte der Minister in der Reichstagssitzung vom 21. Juni 1886. Er hätte beifügen können: die Praxis sei vorher auch nicht viel anders gewesen.

Unter dem 27. August 1871 hat der Minister im Auftrage Sr. Majestät die Immediateingabe der bayerischen Bischöfe wegen des Placet vom 15. Mai desselben Jahres beantwortet. Die Antwort fiel sehr scharf aus; sie warf dem Episkopat geradezu „offenbare Verletzung der Staatsverfassung" und „Untergrabung des Ansehens der Gesetze vor den Augen des Volkes" vor. Aber der Minister berief sich nur auf die volle Uebereinstimmung unter den sämmtlichen Mitgliedern der Staatsregierung; eine öffentliche Bezeugung der Uebereinstimmung Seitens der Krone wollte damals noch nicht veranlaßt werden. Anders wurde es nun mit der Antwort auf das bischöfliche Memorandum vom 12. Juni v. Js. gehalten. Der ministerielle Bescheid vom 28. März 1889 erhielt unter dem 15. April die Erklärung des vollkommenen Einverständnisses von Seite der Regentschaft, allerdings unter besonderer Hervorhebung der „conciliantem Gesinnung", durch welche sich der Erlaß immerhin von dem Bescheid des Jahres 1871 vortheilhaft unterscheidet.

Wenn irgendwo eine Verschuldung in der leidigen Angelegenheit vorliegt, so fällt sie unzweifelhaft dem Minister selbst zur Last, und zwar reicht ihr Ursprung bis in die Schreckenstage vom Juni 1886 zurück. Als damals das Ministerium unter dem 5. Juli dem neuen Regenten die Portefeuilles zu Füßen legte, da begnügten sich die Herren nicht mit der Rechtfertigung ihrer Verwaltung im Allgemeinen und ihres Verhaltens bei der notorischen Geisteskrankheit des Königs, sondern sie kreideten ausdrücklich eine „gewisse Partei" an. „Wir dürfen", sagten sie, „Sr. k. Hoheit nicht verhehlen, daß Allerhöchstdieselben die Regentschaft zum Mindesten in den Augen der genannten Partei von Anfang an

schwer belasten werden, wenn Allerhöchstdieselben Sich des Raths der bisherigen Minister auch ferner bedienen wollen." Auf diese Aeußerung bezieht sich denn auch der Satz in der Antwort Sr. k. Hoheit: „Von dem (durch das Ministerium) Erzielten steht Mir der Schutz der Religion und die Wahrung des Friedens unter den Confessionen obenan, und Ich befinde es mit ganz besonderer Freude, daß zu öfteren Malen von der höchsten katholischen kirchlichen Autorität die vollkommene Befriedigung über die Lage der katholischen Kirche in Bayern ausgesprochen worden ist."

Diese Berufung auf den heiligen Stuhl machte gewaltiges Aufsehen, wurde auch sofort gegen das Centrum in der Kammer höhnisch ausgebeutet. Man konnte wohl vermuthen, daß dem Glauben an die „vollkommene Befriedigung" irgendwelche diplomatischen Schönfärbereien zu Grunde lägen, auf die an sich nicht viel ankommt. Nun aber war der heilige Vater es unzweifelhaft nicht nur sich selbst, sondern auch dem bayerischen Episkopat schuldig, das Mißverständniß früher oder später aufzuklären. Die Bittvorstellung der Bischöfe vom Oktober 1875 war unbeantwortet geblieben; die von ihnen erhobenen Beschwerden bestanden in allen wesentlichen Punkten ungeschwächt fort, und nun sollte der Papst seine „vollkommene Befriedigung" ausgesprochen haben! Man hat in Rom sich nicht übereilt; aber die Richtigstellung mußte erfolgen, und sie erfolgte durch die energische Encyklika an den bayerischen Episkopat vom 22. December 1887. Nunmehr konnten auch die Bischöfe nicht mehr stille bleiben, so wenig Lust sie auch zum Reden gehabt haben mögen, da vorauszusehen war, daß der ausdauernde Minister sich nicht selbst verläugnen werde. Ihr Memorandum war eine neue Auflage der Beschwerdeschrift vom Jahre 1875. Ueber die ministerielle Antwort äußerte sich der Papst bereits mit Breve vom 29. April. „Es wird sogar in jenem Aktenstücke Manches gesagt, was sich mit der katholischen Lehre nicht vereinigen läßt": die Stellung des heiligen Stuhles bezeichnet dieser Eine Satz.

In der Encyklika vom 22. December 1887 war besonders hervorgehoben, daß aus Anlaß der Beschwerden König Maximilian II. „in billiger Weise geeignete Aenderungen getroffen habe; bekanntlich seien diese Aenderungen neuerdings beseitigt worden“. Es ist damit die Ministerialentschließung vom 8. April 1852 gemeint, welche in Folge der Freisinger Denkschrift von 1850 nach langen Verhandlungen zu Stande gekommen war, und in Verbindung mit der spätern Deklaration vom 9. Oktober 1854, zwar keine grundsätzlichen, aber immerhin praktisch werthvolle Zugeständnisse machte. Cardinal-Erzbischof von Geissel zu Köln hatte ein warmes Dankschreiben für die Verordnung, welche „schon einen Theil der alten Beengungen, die eine mißverstandene Regierungskunst in früherer Zeit der katholischen Kirche auch in Bayern auferlegt habe, hinweggenommen“, und ein Unterpfand weiterer Gewährung biete, an den König gerichtet. Diese Verordnung hob nun der Minister durch Ministerialentschließung vom 20. Novbr. 1873 mit Einem Federstrich auf. Eine äußere Veranlassung war nicht ersichtlich; aber der Gewaltstreich bezeugte, daß der Minister die Zeit gekommen erachtete, seiner wahren Gesinnung keinen Zwang mehr anzuthun. Sein für einen Staatsmann unerhörtes Auftreten im Reichstag am 23. Nov. 1871, bei der Vertretung des ersten Ausnahmegesetzes im Reich, des nach ihm genannten Kanzelparagraphen, hatte bereits laut verkündet, was die katholische Kirche in Bayern von ihm zu erwarten habe. Er hatte die „römische Kirche“ mit vielen Worten als staats- und reichsgefährlich hingestellt, und seine Gegner in Bayern insbesondere beschuldigt, mit dem Verrath des Reichs an die Franzosen umzugehen. „Denken Sie namentlich an die neuen deutschen Lande, Elsaß und Lothringen!“: rief er aus.[1])

Als im November 1869 die „patriotische Partei“, trotzdem

---

[1]) „Die Katholiken und der Verfassungseid in Bayern“. Freiburg, Herder. 1879. S. 38 ff.

man den König in Person durch die Wahlcommissäre und durch Maueranschläge vor diesen Leuten warnen ließ, als siegreiche Mehrheit aus den Landtagswahlen hervorgegangen war: da erschien der Minister noch als ein ganz anderer Mann. Er erfreut sich bis heute eines geistlichen Privatdiplomaten, der damals sich in Versicherungen erschöpfte, daß sein hoher Freund „uns am nächsten stehe"; sogar die „Allgemeine Zeitung" sah den Minister für „halbultramontan" an. Man konnte ja damals in harmlos vertrauenden Kreisen glauben, daß der, seither nie wiedergekehrte, Augenblick gekommen sei, ein conservatives Ministerium zu schaffen, weil die Mehrheit der Reichrathskammer mit den königlichen Prinzen — welchen übrigens der König deshalb den Hof verbot — auf Seite der zweiten Kammer stand und die preußische Polizeiaufsicht in Bayern noch nicht förmlich eingerichtet war. Die „patriotische" Mehrheit in der Kammer hatte einen einzigen Ministercandidaten, ihren proklamirten Führer Herrn von Weis, und dieser hätte kein Bedenken getragen, in einem reconstruirten Ministerium neben seinem damaligen Chef Platz zu nehmen. Aber man hatte, wie man das auch später noch lange nicht glauben wollte, die Rechnung ohne den Wirth gemacht, nämlich ohne den König.[1])

---

1) Der Referent von damals hat erst lange nachher durch den Vicepräsidenten der II. Kammer, nachherigen Reichsrath Grafen von S., von dem geheimen Zwischenfall erfahren. Als nämlich der Ministerpräsident Fürst Hohenlohe — aber trotz der zugesicherten Solidarität der Collegen, nur e r a l l e i n — dem Mißtrauensvotum beider Kammern die constitutionelle Folge geben und seine Entlassung nehmen zu müssen glaubte, da wurde der bayerische Gesandte in Wien, Graf Bray, zu seinem Nachfolger auserfehen. Herr von Weis und seine alten Freunde, wie Dr. Ruland und Graf Hegnenberg, aber auch Graf von S. selbst, hatten nun zwar gegen die Person des Erwählten nichts einzuwenden; aber sie glaubten, bei seiner Vereinzelung im Kabinet würde er sich bald befinden wie die Henne unter den Pfauen, und insbesondere befürchteten sie die Ueberlegenheit des Herrn von Lutz. Da nun Herr von Lutz

Gewisse dunkeln Schatten im Wesen des Großvaters und des Vaters hatten sich in Ludwig II. verdichtet. Wahr und beständig ist er nur in ohnmächtigem Preußenhaß gewesen. Noch im Jahre 1885 ging das Gerücht von einer Entlassung des Gesammtministeriums, nicht etwa weil ein paar Minister sich empfindlichen Niederlagen im Landtage ausgesetzt hatten, sondern weil „ein Artikel in einem auswärtigen Blatte, welcher das bayerische Ministerium als ein bloßes Werkzeug des Fürsten Bismarck darstellte, an höchster Stelle sehr verstimmt habe".[1]) Es ist somit auch kein besonderes Verdienst, wenn der Minister, wie jetzt zu seiner Entschuldigung colportirt wird, im Bundesrath gegen die Ausdehnung des Jesuitengesetzes auf in Bayern zugelassene Orden stimmte. Was aber hier auf eigene Faust gegen die katholische Kirche ge-

damals neben dem Justizministerium auch die durch den Rücktritt des Herrn von Gresser erledigte Stelle des Cultusministers versah, so glaubten die genannten Herrn einen Ausweg empfehlen zu sollen. Dem Grafen Bray sollte nämlich insgeheim gerathen werden, die Annahme des Portefeuilles des Aeußern davon abhängig zu machen, daß ihm gestattet werde, sei es für das Justiz- oder für das Cultusministerium, je nach der Wahl des Herrn von Lutz, einen Mann seines Vertrauens benennen zu dürfen. Das wäre Herr von Weis gewesen. Graf Bray kam in München an und stieg bei einem Verwandten, Freiherrn von M., ab. Graf von S. hatte es übernommen, den Rathschlag zu übermitteln, und die Sache leuchtete dem Herrn Grafen ein. Bei der Audienz am selben Abend brachte er den Antrag vor den König; aber was erfolgte, war ein stürmischer Zornesausbruch Sr. Majestät. „Was! Bedingungen wollen diese da Mir stellen." Er rieth nämlich sofort auf die Patrioten in der Kammer. Es soll auch von „Halunken" und dergleichen die Rede gewesen seyn. Der Herr Graf erhielt Bedenkzeit bis zum andern Morgen: entweder unbedingte Annahme oder sofortige Rückreise nach Wien; Kabinetsrath Eisenhart würde die Antwort holen. Sie lautete auf unbedingte Annahme, und Graf Bray konnte nun etwas später nach Wien zurückreisen.

1) Schreiben an die Wiener „Neue Freie Presse" vom 12. December 1885.

maßregelt werden konnte, erfüllte den doppelten Zweck: es gefiel dem Monarchen und verdiente trotz ihm doch Fleißbillete aus Berlin. Die zwei Hauptredner aus der Pfalz Dr. Schädler und Dr. Sieben haben die ganze Leidensgeschichte einzeln wieder vorgeführt; ersterer hat insbesondere auch den Fall von Oggersheim hervorgehoben, welcher damals so peinliches Aufsehen erregte.

Im Oktober 1875 feierte die Wallfahrtskirche der Minoriten dortselbst ihr hundertjähriges Bestehen, wobei Bischof Ketteler von Mainz auf Einladung des allverehrten Bischofs Haneberg die Festpredigt halten sollte. Die Polizei protestirte gegen die Abhaltung der Predigt durch einen „Ausländer", und auf ein von Bischof Haneberg an den König abgegangenes Telegramm war bis zur Predigtstunde keine Antwort eingelaufen. Bischof Haneberg nahm die Verantwortung auf sich, und Bischof Ketteler predigte. Nun erfolgte freilich alsbald der Bescheid; Se. Majestät fühlte sich höchst persönlich in seinen königlichen Rechten verletzt. Der Bischof von Speyer erhielt ein Schreiben, das ihm die volle königliche Ungnade ausdrückte, und der Bischof von Mainz ein solches, das ihm „ernste Bedenken" zu wissen machte. Der sogenannte „altkatholische" Bischof Reinkens ist auch ein Ausländer; er hält bis heute ungehindert seine Schmähreden auf den Kanzeln der bayerischen Conventikel. „Der nämliche Minister", sagte Herr Schädler, „der nichts einzuwenden hat gegen die Amtshandlungen eines Reinkens, derselbe greift einem katholischen Bischof gegenüber nach dem Polizeispieß; und auf die Beschwerde der Bischöfe hierüber, welche Antwort gibt er? Gar keine!"

Wie der Sturm gegen das vatikanische Concil durch die bayerische Circulardepesche vom 9. April 1869 angeblasen werden sollte, so hat man nirgends so eifrig wie in Bayern zur Förderung der sogenannten „altkatholischen" Bewegung von Staatswegen beigetragen. Die neue Auslegung des Religionsedikts durch den Minister hatte vor Allem den Zweck,

dasselbe in den Dienst der Sekte zu stellen. Man trug sich offenbar mit der Hoffnung auf den glänzendsten Sieg der Bewegung. Der Minister hütete sich freilich vor überschwänglichen Aeußerungen, aber er diente den Anschauungen seines Herrn, als wenn er selber daran glaube.

Der König selbst schrieb an Döllinger zu dessen Geburtstag am 28. Februar 1870: „Millionen schauen vertrauensvoll zu Ihnen als Vorkämpfer und Hort der Wahrheit empor und geben sich der Hoffnung hin, es werde Ihnen und Ihren unerschrockenen Mitstreitern gelingen, die jesuitischen Umtriebe zu Schanden zu machen, und dadurch den Sieg des Lichtes über die menschliche Bosheit und Finsterniß zu erringen.“ Ein Jahr später aus dem gleichen Anlaß ließ sich Se. Majestät noch ausführlicher vernehmen. „Kaum habe ich nöthig hervorzuheben, wie hoch mich Ihre so entschiedene Haltung in der Unfehlbarkeitsfrage erfreut. Sehr peinlich berührt mich dagegen, daß Abt Haneberg, seiner innern richtigen Ueberzeugung zum Trotz, sich blindlings unterworfen hat. Er thut es, wie ich vermuthen darf, aus ‚Demuth‘. Dies ist meiner Ansicht nach eine sehr falsch verstandene Demuth; es ist eine niedrige Heuchelei, officiell sich zu unterwerfen und nach außen eine andere Ueberzeugung zur Schau zu tragen als jene, von welcher das Innere erfüllt ist. Ich freue mich, daß ich mich in Ihnen nicht getäuscht habe; und ich habe es immer gesagt, daß Sie mein Bossuet, er dagegen mein Fénélon ist. Jammervoll und mitleiderregend ist die Haltung des Erzbischofs, der so bald schon in seinem Elan nachließ; sein Fleisch ist eben stark und sein Geist ist schwach, wie er aus Versehen einst selber in einem seiner Hirtenbriefe verkündet hat. Sonderbare Ironie des Zufalls! Stolz bin ich dagegen auf Sie, wahrer Fels der Kirche.“ [1]) Das hinderte aber den König nicht,

[1]) Diese Briefe veröffentlichte, unbegreiflicher Weise, der bekannte Herr von Schulte in seinem Buche: „Der Altkatholizismus“; s. Berliner „Germania“ vom 7. December 1886.

ein Jahr später zu demselben Herrn Erzbischof von der „lächerlichen Sekte“ zu sprechen.

Es ist versucht worden, den Herrn Minister durch Gegenüberstellung zweier Aeußerungen desselben mit sich selbst in Widerspruch zu bringen. Aber gerade diese Gegenüberstellung zeigt am klarsten, wie die neue von ihm geltend gemachte Auslegung des bayerischen Placet vorzugsweise zum Dienste des sogenannten Altkatholicismus erfunden ist. In der Antwort auf das bischöfliche Memorandum erklärt der Minister: „das königliche Placet erstrecke sich auch auf die rein geistlichen Gegenstände der Glaubens- und der Sittenlehre.“ In der Reichstagsrede vom 23. November 1871 aber erklärte er ein solches Placet geradezu als ein monstrum ingens et horrendum im Sinne des modernen Staats. „Der moderne Staat schreibt auf seine Fahne die Gewissensfreiheit; daraus folgt, daß kein Cultusminister das religiöse Glaubensbekenntniß irgend einer Religionsgesellschaft orthopädisch behandeln kann; daraus folgt, daß kein Cultusminister bestimmen kann, wer als Mitglied einer Kirchengemeinde anzuerkennen ist, und wer nicht; daraus folgt, daß kein Cultusminister bestimmen kann, wer geistliche Funktionen vornehmen darf, wer nicht“.[1]) Das lautet allerdings widersprechend, ist es aber in der eingeschlagenen Praxis nicht.

Der zweite Satz ist dem „Altkatholicismus“ auf den Leib geschnitten. Auf Grund des ersten Satzes mußte erst das Placet ausdrücklich verweigert werden, weil sonst der Abfall der „Altkatholiken“ von der katholischen Kirche sofort als unwidersprechliche Thatsache dagestanden wäre; und nachdem diese Klippe vermieden war, trat für die Bevorzugten der zweite Satz in sein Recht. Für die Glaubenslehre der katholischen Kirche zuständig, für die Glaubenslehre der Herrn Reinkens und Genossen aber nichtzuständig: die Bequemlichkeit ließ nichts

1) Die letztere Erklärung war schon in der Beantwortung der Herz'schen Interpellation vor dem bayerischen Landtag gegeben worden.

zu **wünschen übrig**, und es kam bloß noch darauf an, ob die **hochgespannten**, auf den Ansturm gegen die katholische Kirche gesetzten, **Hoffnungen** sich erfüllen würden.

Es stellte sich aber allmählig zweifellos heraus, daß das **Gegentheil** der Fall war und alle Liebesmühe für die Sektirerei **vergeblich** sei, die katholische Kirche durch den **Reinigungsprozeß** vielmehr an Gewicht und Ansehen eher gewonnen, **als** verloren habe. Für das kranke Gehirn des Königs **hielt** das Interesse an der Sache auch nicht lange mehr **Stand**, und ohne Zweifel mußte der Minister sich bei **Zeiten überlegen**, daß der **präsumtive** Nachfolger des hinsiechenden **Monarchen** oder eine Regentschaft dem „stillen Culturkampf“ keinen Geschmack abgewinnen werde. Er lenkte allmählig ein. Das Entgegenkommen, welches der rechten Seite der Kammer namentlich auf dem Gebiete des Schul- und Unterrichtswesens von Zeit zu Zeit bewiesen wurde, erweckte schon im Jahre 1882 den Verdacht der Liberalen. Es kam zu Demonstrationen in der Kammer. Ihr Führer diktirte: „Bis hieher und nicht weiter!“; und das liberale Hauptorgan in München drohte mit einer Sammlung zur Anschaffung einer „Ehrenschaukel“ für den Minister.

Mit Recht hat damals das preußisch-conservative Hauptorgan auf die liberale Anmaßung hingewiesen: „Das Ministerium Lutz hat sich Jahre lang gegen eine patriotische Kammermehrheit behauptet; die Liberalen fanden das in der Ordnung, und belobten den König wegen seiner unconstitutionellen Handlungsweise bis in den Himmel. Würden die Wahlen eine liberale Mehrheit ergeben, so würde man ja bald sehen, welche Nutzanwendung dann diese Freiheitsmänner machten; vollends müßte das zu Tage treten, wenn der Prinzregent sich beikommen ließe, den Einen oder andern Ultramontanen zum Minister zu ernennen: ein ohrenbetäubendes Geschrei über unconstitutionelle Regierung wäre die Folge.“ [1])

---

1) Berliner „Kreuzzeitung“ vom 26. Juni 1887.

Angesichts der Neuwahlen vom Sommer 1887 sprach eine officiöse Kundgebung die bestimmte Erwartung aus, daß „die Wortführer der Rechten sich nicht mehr mit der alten Vordringlichkeit zur Geltung bringen“ könnten, und die Haltung der Kammer den Charakter überwiegender Einsicht und Mäßigung tragen würde.[1]) In der That war in der ersten Session der vorigen Wahlperiode der frühere Führer der „Vordringlichsten“ Cultusreferent geworden, und am Schlusse der Session hatte er sich den Nachruf verdient: „So einen Cultusreferenten kriegt der Minister nicht so bald wieder.“ Das angesehenste Organ der neuen Richtung hatte schon zwei Jahre vorher erklärt: „Wir haben uns vom Banne der Parteischablone befreit und gehen unsere selbständigen Wege.“ Nichts könne gefährlicher seyn, als die Wähler in den Wahn zu versetzen, „als könnten ihre Vertreter Hindernisse beseitigen, die nun einmal als vis major ihren Bestrebungen entgegenstehen“; Schlimmes zu verhüten und Besseres für günstigere Zeiten abzuwarten: das sei die Aufgabe.[2]) Gewiß die Sprache der politischen Vernunft; nur hätte man das gleiche Recht auch den Kämpfern der ersten Siebenziger Jahre nicht absprechen dürfen. Damals war von einer thatsächlichen Concession in keiner Weise die Rede; es war der Krieg bis auf's Messer in Folge des allerhöchst persönlichen Hasses. Jetzt hatten vereinzelte Annäherungen des Ministers die Wandlung bewirkt; und das würde ohne Zweifel auch angedauert haben, wenn nicht die in unbegreiflicher Unvorsichtigkeit an höchster Stelle hervorgerufene Meinung von der „vollkommenen Befriedigung“ die principielle Frage wieder wachgerufen, und nach allen Seiten hin die weitere Vertuschung unmöglich gemacht hätte.

Auf die Beschwerde der Bischöfe über die Ausdehnung

1) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 25. Juni 1887.

2) „Augsburger Postzeitung“ vom 25. Februar und 4. März 1880, 2. December 1882 und 9. April 1884.

des Placets auf Gegenstände des Glaubens hat der Minister erwidert: nachdem verfassungsmäßig unzweideutig ausgesprochen sei, daß „das oberſthoheitliche Schutz- und Aufsichtsrecht des Staates und das einen Ausfluß dieses Rechtes bildende königliche Placet sich auch auf die reingeistlichen Gegenstände der Glaubens- und Sittenlehre erstrecke, so könnte auch diesem Beschwerdevorbringen nur auf dem nicht betretbaren Wege der Verfassungsänderung abgeholfen werden“. Nun ist aber, unmittelbar vor der Münchener Versammlung, ein Mann, der schon zufolge seiner öffentlichen Stellung zur Auslegung der Verfassungsartikel mindestens ebenso gut berechtigt ist, wie der Minister, mit einem schriftlichen Gutachten aufgetreten, das im Cultusministerium kaum auf die leichte Achsel genommen werden konnte.[1])

Herr von Hauck, Oberstaatsanwalt am Verwaltungsgerichtshof, ist ein Mann, dem alle seine Collegen die Gabe nachrühmen, niemals um den Brei herumzugehen, sondern stets auf den ersten Blick den springenden Punkt zu treffen und zu fixiren; daß ihn in seinem Urtheil auch niemals eine Parteistellung genirt, ist in ministeriellen Kreisen selber nie bezweifelt worden. Hr. von Hauck erklärt nun, eine Ausdehnung des Placets auf Dogmen sei erst unter Ludwig II. „durch die eigenthümliche Extensivinterpretation des gegenwärtigen Cultusministers“ versucht worden, und zwar sei dies geschehen wegen „der auf die altkatholische Bewegung gesetzten Hoffnungen.“ Er untersucht die vom Minister als „unzweideutig“ angerufenen Paragraphe der Verfassung der Reihe nach, wie auch die einschlägigen Generalmandate und Concordate aus dem vorigen Jahrhundert, und er findet nirgends eine Beziehung des Placets auf Dogmen; es bedürfe

---

1) „Studie über das Placetum regium in Bezug auf Dogmen und die Stellung der Altkatholiken in Bayern von Dr. Thomas von Hauck, Landtagsabgeordneten“. Regensburg, Pustet. 1889. Seiten 23.

also auch gar keines „nicht betretbaren Weges der Verfassungsänderung.“ Er erinnert, daß zum ersten Male, seit dem Tridentinum, unter Max II. Gelegenheit gegeben gewesen wäre, ein Placet für Dogmen zur Geltung zu bringen, daß dasselbe aber für die Lehre von der unbefleckten Empfängniß nicht nur nicht angesprochen, sondern auch der staatliche Arm gegen den abtrünnigen Priester Thomas Braun zur Verfügung gestellt worden sei.

Für Manche mag die Notiz neu seyn, daß allerdings unter Max I. durch das Religionsedikt von 1809 und bei den betreffenden Concordatsverhandlungen die Ausdehnung des Placets auf Glaubenslehren (den „Religionsunterricht“ ꝛc.) angestrebt worden, in Folge des selbstverständlichen Widerstandes des hl. Stuhles aber der betreffende Paragraph in dem definitiven Religionsedikt weggelassen worden sei. Die Thatsache ist bezeichnend. Denn eben damals war der völlige Bruch mit der katholischen Vergangenheit Bayerns vollzogen. Während es den alten Wittelsbachern und ihrem Kampfe gegen das Umsichgreifen des Protestantismus überhaupt und in ihr eigenes Land insbesondere zu danken ist, daß es heute überhaupt noch eine katholische Kirche in Deutschland gibt, wurden mit König Max I. die protestantischen und freimaurerischen Einflüsse herrschend. Unter Ludwig II. drohte dem Lande zum zweiten Male dasselbe Schicksal; die Treue des Klerus und der breiten Massen des Volkes hat die Absicht scheitern machen, ebenso wie sechszig Jahre vorher.

So hat sich denn das Cultusministerium, wie auch Hr. von Hauck hervorhebt, in der Zwangslage befunden, den Fortbestand der katholischen Kirche in Bayern, wie er concordatmäßig ist, trotz des Dogma's vom unfehlbaren Lehramt des Papstes anzuerkennen; „ja, es hat durch die Aufnahme der dieses Dogma lehrenden Bücher in das Verzeichniß der gebilligten Lehrmittel das von ihm prätendirte Placet ertheilt, da anzunehmen ist, daß es die allerhöchste Willensmeinung dazu eingeholt hat.“ Das gewichtige Schriftchen erklärt es

schließlich als die folgerichtige Pflicht des Cultusministeriums, gegenüber der altkatholischen Vereinigung nunmehr die verfassungsmäßigen Bestimmungen in Anwendung zu bringen. Diese lauten: „§ 26: Religions- oder Kirchengesellschaften, die nicht zu den bereits gesetzlich aufgenommenen gehören, dürfen ohne ausdrückliche k. Genehmigung nicht eingeführt werden". „§ 27: Sie müssen vor der Aufnahme ihre Glaubensformeln und innere kirchliche Verfassung zur Einsicht und Prüfung dem Staatsministerium des Innern vorlegen." Herr von Döllinger hat ja der Gesellschaft vor 17 Jahren schon vorausgesagt: auf dem betretenen Wege werde sie zur „Sekte" werden.

Das Hauck'sche Votum in Verbindung mit den zwei Katholiken-Versammlungen bedeutet unzweifelhaft einen Minister in Verlegenheit. Er wollte nach der schrecklichen Katastrophe im Starnberger See der Regentschaft rathend und helfend zur Seite stehen bleiben; und das war nicht mehr als billig und recht, hat sich ihm auch reichlich gelohnt. Aber ein staatsmännischer Blick mußte den Moment voraussehen lassen, wo er die Regentschaft selber in die Verlegenheit verwickeln würde. Es wäre auch klug gewesen, es nicht zur Wiedererweckung anstößiger Erinnerungen aus jenen Schreckenstagen kommen zu lassen. In beiden Beziehungen hätte sich der rechtzeitige Rücktritt als ein Akt hochherziger Schonung gegenüber der Regentschaft empfohlen, und wäre als ein Opfer für den ehrlichen Frieden im Lande in weiten Kreisen anerkannt worden.

XLV.

De Rossi's Werk altchristlicher Inschriften.[1])

Kaum daß des zweiten Bandes erster Theil jener ungeheuren Sammelarbeit erschienen ist, hat er auch schon gleich eine ganze Literatur hervorgerufen: Monsignore de Waal schreibt darüber in seiner Römischen Quartalschrift Bd. II, Duchesne in der Revue critique und Grisar in der Innsbrucker Zeitschrift für katholische Theologie; Kirsch wird im nächsten Hefte des historischen Jahrbuches sich in umfangreicher Weise über das Werk äußern. Die Recensionen sind zu vollständigen wissenschaftlichen Abhandlungen ausgewachsen und zeigen dadurch, welcher Fleiß, welche Gelehrsamkeit und welches Material in dem Bande steckt. Und dabei sind es alle Namen vom besten Klange, die sich sofort mit den Resultaten de Rossi's beschäftigt haben.

Die Gliederung des Werkes ist die folgende: Seite I—LXIX Prooemium. Die „Series Codicum in quibus veteres inscriptiones christianae praesertim urbis Romae sive solae sive ethnicis admixtae descriptae sunt ante saeculum XVI" um-

1) De Rossi, Joannes Baptista, Romanus. Inscriptiones christianae urbis Romae septimo saeculo antiquiores. Voluminis secundi pars prima. Romae, Cuggiani. 1888. LXIX. und 536 Seiten mit 6 heliotypischen Tafeln. Größtes Folio-Format.

faßt in der Pars prima ab originibus ad saeculum XII pag. 1—293 drei Capitel, in der Pars secunda a saeculo XIII ad totum XIV pag. 299—465 ein Capitel; hieran schließt sich pag. 466—474 ein Verzeichniß der benutzten Codices, p. 474—483 eine topographische Vertheilung der römischen Monumente und pag. 483—527 die Indices epigraphici.

Es kann sich hier nicht darum handeln auf die Einzelnheiten des Bandes einzugehen, sondern ich beschränke mich darauf, eine allgemeine Charakteristik desselben nebst wenigen Hauptresultaten zu geben. Die Sprache ist selbstverständlich, wie auch im ersten Bande, die lateinische. Classische Form und abgerundete harmonische Ausdrucksweise charakterisiren de Rossi's puristische Latinität.

Die besondere Schwierigkeit der Arbeit lag darin, daß kaum der fünfte Theil der fraglichen Inschriften noch im Originale erhalten ist; die übrigen sind uns nur aus Sammel-Codices bekannt, die über die Bibliotheken von ganz Europa verstreut, nur mit großem Aufwande von Zeit, Gelehrsamkeit und Geld aufzufinden waren. Man macht sich annähernd einen Begriff von der Riesenarbeit, wenn man im Syllabus codicum die Namen von 79 Städten verzeichnet findet, in denen de Rossi 122 Bibliotheken durchforschte, die ihm eine Ausbeute von 261 Codices lieferten. Diese Zahl darf wohl auf Vollständigkeit in dem Sinne Anspruch erheben, daß vielleicht kaum noch eine neue Familie von Inschriftensammlungen, wohl aber einzelne Codices, die sich in die von de Rossi hergestellten Ableitungen der einen Sammlung aus der andern einreihen lassen, aufgefunden werden wird. Nachdem es ihm einmal gelungen war, die Stammeltern der Inschriftensammlungen, die fleißiger Pilgerfrömmigkeit oder der Belehrung der Schüler und Gebildeten ihren Ursprung verdankten, festzustellen, konnte er die Geschichte der späteren Sammlungen in einer Weise aufrollen, die unsere vollste Bewunderung verdient. Dabei führt er seine Untersuchungen stets so, daß jeder Fachmann ihn bei jeder Thatsache nachprüfen und sich von der

Richtigkeit seiner Resultate überzeugen kann. Daher darf es kein Wunder nehmen, wenn fast ein Menschenalter zwischen dem Erscheinen des ersten und dem des zweiten Bandes liegt; dafür muß die Arbeit aber auch das Verdienst in Anspruch nehmen, für die meisten Punkte abschließend, für einen Theil der Fragen als durchaus grundlegend zu gelten.

Die Literaturgeschichte wie die allgemeine Geschichte sind in gleicher Weise an den Resultaten der de Rossi'schen Forschung betheiligt.

Sehr interessant ist die Feststellung, daß die Christen in ganz allgemeiner Weise, gerade wie es auch bei den Heiden der Fall war, die Dichtungen Virgils benutzten und zu christlichen Grabinschriften verwendeten oder verarbeiteten. Fast die Bedeutung eines Sprüchwortes hatten unter den Epigrammdichtern die Verse Virgils angenommen: „Abstulit atra dies et funere morsit acerbo". Ja man ging sogar noch weiter, indem man Virgilischen Hexametern christlichen Sinn unterlegte, in einer allerdings nur dem Eingeweihten verständlichen Weise.

Für die Entwickelung der christlichen Literaturgeschichte bedeutsamer sind die Forschungen de Rossi's über die ohne Benützung oder Anlehnung an berühmte Vorbilder entstandenen Epitaphien. Eines der wichtigsten auf diesem Gebiete ist das von Abercius, Bischof von Hierapolis, dessen Fest durch den Fund Ramsays in Kleinasien eine nur selten vorkommende monumentale Bestätigung gefunden hat. In der Reihe der mit Sicherheit von de Rossi festgestellten Epigrammdichter finden wir Publilius Optatianus Porphyrius (329 und 333 Stadtpräfekt von Rom), Ausonius, Damasus, Ambrosius, Gregor von Nazianz, Paulinus von Nola, Prudentius, Hieronymus, Augustinus u. A. Prosper von Aquitanien, der unter Papst Cölestin nach Rom kam, und später Sekretär Leo des Großen wurde, wird mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit als Verfasser der unter Cölestin, Xystus und Leo verwendeten Marmor- und Mosaikinschriften bezeichnet. Die Päpste Symmachus und Silverius, die

Bischöfe Spes von Spoleto und Ennodius von Ticinum treten ebenfalls in die Reihe der „Epitaphisten" ein. Die Resultate de Rossi's über die späteren Zeiten und außerrömischen Dichter haben das volle Interesse des Literarhistorikers, ohne daß ich an dieser Stelle des Näheren darauf eingehen könnte.

Im ersten Capitel des ersten Theiles untersucht de Rossi die schon genannten Sammlungen, die von Pilgern, Grammatikern, Pädagogen ꝛc. zu Lehr- und Lernzwecken angelegt waren; im zweiten Capitel folgt eine Analyse der specifisch christlichen Sammlungen von Inschriften und Führern zu den Heiligthümern der ewigen Stadt, woran sich im dritten Capitel eine kritische Beleuchtung von 16 Anthologien christlicher Epigramme verschiedenen Ursprunges anschließt. Während erstere fast alle von den Monumenten selbst abgelesen wurden, fand bei den Anthologien theils Abschrift der Monumente, theils Herübernahme aus den Werken der Verfasser selbst statt, so daß wir in den Sammlungen einen vollständig unterschiedenen Entstehungsmodus herauslesen können. Demgemäß ist es verständlich, wenn de Rossi den Anthologien eine weit weniger wichtige Stelle zuweist, als wie den anderen uns erhaltenen Sammlungen, ohne daß er erstere in der Bearbeitung hätte übergehen können.

Im zweiten Theile geht de Rossi auf die epigraphischen Studien im 13. bis 15. Jahrhundert ein. Die Monumente Roms waren im 13. und dem Anfange des 14. Jahrhunderts völlig unbeachtet, ja man war nichteinmal mehr im Stande, die Inschriften derselben zu lesen. Und darum ist es erklärlich, daß wir nur einen einzigen Schriftsteller aus jener Zeit kennen, der die monumentalen Inschriften für ein Werk über die Lateranbasilika und die sieben Kirchen benützte, nämlich Panvinius. Mit der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts treten dann einzelne Männer auf, die, begeistert für Roms glorreiche Vergangenheit und seine Denkmäler, sich dem Studium der Monumente zuwenden und die Inschriften wiederum lesen lernten und dann abschrieben. In erster Linie begegnen

wir hier dem allbekannten Volkstribunen Cola di Rienzi (Nicolaus Laurentii), der von 1347 ab alte und mittelalterliche Inschriften in einem großen Werke vereinigte, von dem wir mehrere Recensionen haben. Dann folgt Johannes Dondii, der Leibarzt des Herzogs Johannes Galeazzo Visconti, dessen 1375 in Rom copirte Inschriften von de Rossi zum ersten Male publicirt werden. 1402 sammelt Poggius Bracciolinus römische Inschriften, die er copiren läßt, um sie an seine Freunde zu senden. Alle Genannten überragt Cyriacus Pizzicoli aus Ancona (geb. 1390), der von seinem 67jährigen Leben 57 Jahre auf Reisen zu Wasser und zu Lande zubrachte und überall systematisch Inschriften sammelte. Die genaue Feststellung seines Itinerars ist ein Meisterstück de Rossi's, war aber auch keinem andern möglich, als wie einem so genauen Kenner fast jeder einzelnen Inschrift. Da Cyriacus Pizzicoli die gesammten christlichen Fürsten zu einem gemeinschaftlichen Vorgehen gegen die andringenden Türken bei seinen Reisen von Hof zu Hof zu vereinigen strebte, so ist sein Eingreifen in die Weltgeschichte in gleicher Weise wichtig, als wie sein Sammeleifer der Alterthumswissenschaft die erheblichsten Dienste geleistet hat, — leider sind die Inschriften fast durchgehends nur heidnische. Die christlichen Inschriften wurden, als gar zu barbarisch, von den Männern der aufblühenden Renaissance vollständig bei Seite gelassen. Erst Mapheus Vegius, der ein Werk über die Basilika von St. Peter schrieb, sammelte eine Anzahl christlicher Inschriften. Von da ab mehren sich die Sammlungen derselben und knüpfen sich an die Hauptnamen des Johannes Jucundus aus Verona und des Petrus Sabinus.

In diesen ganz kurzen Umrissen habe ich nur das Allerhervorragendste aus dem umfangreichen Bande skizziren können. Wer immer denselben zur Hand nimmt, wird schon nach kurzem Durchblättern im Stande sein, das oben ausgesprochene Urtheil von dem hervorragenden Werthe, der minutiösen Detailforschung und den überraschenden Resultaten bestätigen können. Wem

Gelegenheit geboten ist, einen der zahlreichen von de Rossi benutzten Codices nachsehen zu können, wird weiterhin die mühsame Arbeit genauer würdigen können, die mit dem kritischen Studium der Handschriften verbunden war.

Von den hauptsächlichsten Codices gibt de Rossi auf sechs Tafeln heliotypische Reproductionen, nämlich je eine Probe des Cod. Einsiedlensis 326 fol. 68, der membrana Basiliensis, des Cod. S. Galli 271, des Cod. Claustroneoburgensis 723, dann zwei Tafeln des Cod. olim Corbeiensis nunc Petropolitanus fol. 122 r. und 125 v. und schließlich auf drei Tafeln je zwei Seiten des cod. Pal. Vaticanus 833. Die ganz ausgezeichneten Heliotypien stammen aus dem berühmten Atelier von Martelli in Rom. Die Ausstattung des ganzen Bandes ist womöglich eine noch prächtigere als wie im ersten Bande. Was die Leistung der Typographie angeht, so kann man Cuggiani nur das höchste Lob nachsagen. Dem monumentalen Inhalt entspricht die äußere vornehme Erscheinung des Bandes vollständig.

Ich freue mich, diesem Referate die Notiz hinzufügen zu können, daß der Fürst der christlichen Archäologen in bestem Wohlsein rüstig an der zweiten Hälfte des zweiten Bandes arbeitet. Wenn die Untersuchungen in derselben Weise weiter gefördert werden können, wie es bisher der Fall war, dann wird in verhältnißmäßig kurzer Zeit die ganze Sammlung der römischen Inschriften mit archäologischen und historischen Commentaren folgen, während im vorliegenden Werke nur die literarischen Untersuchungen darüber veröffentlicht wurden.

Rom im April 1889. Paul Maria Baumgarten.

LXVI.

Zum „Kirchenkalender des 13. Jahrhunderts".

Zweiter Nachtrag.

Zum Albert Behaim'schen Kirchenkalender (in Bd. 103 s u. 9) sendet uns Hr. Prof. Vogelmann in Ellwangen folgende Ergänzungen:

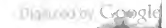
S. 621 ist beim November zwischen Clemens und Katharina wohl durch ein Versehen „Chrysogonus" ausgefallen.

S. 621 fg. „Dagegen dürfte die Bezeichnung des au. mit Augustins translatio zum 11. Oktober zweifellos sein, nachdem das Kalendarium von 1452 zum 11. Oktober die translatio August. ep. hat." — Diese Erklärung dürfte eine weitere Bestätigung dadurch finden, daß Hoeynck in seiner Geschichte der kirchlichen Liturgie des Bisthums Augsburg[1]) S. 260 zum Oktober bemerkt: Um 1400 kommt auch noch vor translat. s. Augustini.

S. 622 heißt es: „Ob das quin. am Schlusse des Oktober mit Quintian oder Quintus zu erklären sei, läßt sich nicht entscheiden. Das Binterim'sche Kalendarium hat Quintian zum 29., Quintus zum 30. Oktbr." — Es ist aber noch eine dritte Möglichkeit offen. Das Kalen-

---

1) Ein tüchtiges Quellenwerk, erschienen zu Augsburg 1889. Literar. Institut von Dr. M. Huttler.



darium des ehemaligen Benediktinerklosters Ellwangen, aus der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts,[1]) hat S. 66 beim 31. Oktober: „Vigilia omnium sanctorum. Quintini martyris, Wolfgangi confessoris“, und ein Augsburger Breviarium (Direktorium) aus dem Ende des 13. Jahrhunderts enthält am Ende des Oktober ebenfalls die Angabe: „Quintini et Wolfgangi“, wie Hoeynck S. 270 (vrgl. 236) gezeigt hat. Derselbe fügt S. 277 bei: „Der heilige Quintin (31. Okt.), Martyrer im Jahre 287 oder 302, wahrscheinlich an dem Platz, wo sich später die nach ihm genannte Stadt St. Quentin erhob, war einer der gefeiertsten fränkischen Heiligen, dem zahlreiche Kirchen Frankreichs gewidmet sind. Das Kalendarium Karls des Großen, sonst so spärlich, führt seinen Namen an, ebenso die Frankfurter Litanei Anfangs des 9. Jahrhunderts, daher ist es erklärlich, daß derselbe in unserer Kirche vorkommt. Anfangs war der 31. Oktober bloß mit diesem Heiligen besetzt, bis später Vigilia oo. Sanctorum und Wolfgangi (†994) hinzukamen. Das Kalendarium von St. Gallen (10. Jahrhundert) hat bloß: Quintini, Vigilia oo. Sanctorum, die Kalendarien des 11. Jahrhunderts: Quint., Vigil., Wolfgangi. In B [d. i. eben in dem genannten Augsburger Breviarium aus dem Ende des 13. Jahrhunderts] ist Quintinus und Wolfgang zu einem Offizium mit drei Lektionen vereint, wobei das Commune mart. zur Grundlage dient.“ Auch die beiden Handschriften des Liber ceremon. Eccles. Elvacensis aus dem 16. Jahrh. bieten in den vorangeschickten Kalendarien beim 31. Oktober: „Quintini. Vuolfgangi. Vigilia.“ — Hiedurch verwandelt sich die

---

[1]) In den Ellwanger und Neresheimer Geschichtsquellen herausgegeben von Dr. J. A. Giefel. Stuttgart 1888.

Möglichkeit, daß auch im Passauer Kalendarium Quintin am 31. Oktober gemeint ist, nach unserem Dafürhalten in große Wahrscheinlichkeit.[1])

Noch weitere Stellen im Ellwanger Kalendarium, wie auch in dem Abschnitt, in welchem Hoeynck von den Heiligenfesten des Augsburger Kalendariums handelt (S. 235—284), böten Anlaß zu anziehenden Vergleichungen. Hier sei nur noch Folgendes hervorgehoben: (Zu S. 626.) Entgegen der Meinung, „daß das Fest des hl. Joseph in allen Kalendarien fehlt", steht im Ellwanger Kalendarium beim 19. März, wenn auch von späterer Hand, aus dem 13., spätestens dem 14. Jahrhundert, der Eintrag: Joseph nutritoris domini. — In Augsburg war das Fest Mariae ad martyres (am 13. Mai) schon im 11., spätestens 12. Jahrhundert bekannt (Hoeynk 248. 250), während es im Ellwanger Kalendarium nicht erwähnt ist.

Ellwangen im Juli 1889. Dr. A. Vogelmann.

---

1) Das Ellwanger Kalendarium hat beim 10. Mai: Quarti et Quinti neben Gordiani et Epimachi martyrum, und die beiden ersteren wurden auch später unter den Patronen der hiesigen Stiftskirche gefeiert. Im gedruckten Ellwanger Proprium von 1631 heißt es: Quarti et Quinti Mart. et Patronorum. Duplex 2. classis. Et commemoratio SS. Gordiani et Epimarchi Mart. in Laudibus tantum.

XLVII.

Erinnerungen an Joseph Schlotthauer.

Zu seinem Säculargedächtniß.

Ein Künstler, welcher die Peripherie des Görres'schen Freundeskreises nicht nur berührte, sondern mit vielen Gliedern desselben in nähere Fühlung und mit Einzelnen sogar, wie mit Ringseis, Frl. Emilie Linder, Clemens Brentano, insbesondere aber mit Cornelius in die innigsten Beziehungen gerieth und durch sein Schaffen als Maler und seine Lehre und Führung wieder auf die jüngeren Kräfte im weitesten Sinne wirkte, war Joseph Schlotthauer, der im gleichen Jahre mit Overbeck, im großen Revolutionsjahr, zur Welt kam.

Geboren zu München am 14. März 1789 als der Sohn eines „von unten 'ruf" (wie man damals statt von Mannheim oder vom Rheine zu sagen pflegte) eingewanderten Theaterdieners, war das Kind anfänglich sehr schwachbeinig und nicht im Stande zu stehen oder zu gehen, bis — wie uns Ringseis in seinen Erinnerungen (III. 100) berichtet — die Mutter einmal, gerade vorbeigehend an der von Andächtigen in allen Anliegen des Leibes und der Seele so gerne frequentirten Kirche des sogenannten Herzogspitales,[1])

1) Erbaut 1550 von Herzog Albert V. durch dessen Schloßbaumeister Heinrich Schöttl, als erstes Werk im durchgeführten (nun vielfach veränderten) Renaissancestyl. Darinnen befindet sich eine von dem sonst völlig unbekannten Bildhauer Tobias Bader

daselbst eintrat und ihr sorgengepreßtes Mutterherz im gläubigsten Gebete ausgoß, worauf der Heimgekehrten das Knäbchen freudig am Gitter des Kinderbettchens entgegenstrampelte. Als der jüngste von sechs Brüdern wurde der höchst intelligente Knabe, trotz seiner großen, frühzeitig hervortretenden Neigung zur Kunst, zum Gewerbe seines heiligen Namenspatrons bestimmt. Sein hohes Antlitz mit der prächtigen Stirne, den blauen klugblickenden Augen und hellen Haaren soll eine überraschende Aehnlichkeit mit dem vom jungen Hans Holbein gezeichneten Bildnisse seines älteren Bruder Ambros Holbein (Silberstift-Zeichnung im Kupferstich-Cabinet in Berlin) gehabt haben; derselbe Typus blieb ihm auch zeitlebens beinahe unverändert getreu. In den von Schreinerei freien Stunden übte sich Schlotthauer im Zeichnen und genoß später den Unterricht in der Feiertagsschule, wo er auch Gelegenheit fand mit Chemie, Physik und Mechanik vertraut zu werden. Es war wenig, was er lernte, aber das Korn fiel auf den dankbarsten Boden. Als Geselle soll er dann auch nachtwandelnd zur Schlafenszeit in der Werkstätte gewaltet und die unter Tags begonnene Arbeit weiter gemacht und vollendet haben, was er dann Tags darauf nie begreifen konnte, vermeinend der Meister habe für ihn gewerkt.[1]) Als Schlotthauer nach Gesellenbrauch auf die Wanderschaft ging, folgte ihm auch sein Hang zur Malerei

(sein durch Namens-Beischrift gesichertes Porträt, welches den intelligenten Künstler am Schnitztisch handtirend zeigt, ist in der Sakristei erhalten) meisterlich sculpirte, fast lebensgroße Holz-Statuette der hl. Jungfrau, welche mit dem glücklichsten Ausdruck eines holdseligen Lächelns, seit 1651 in der Mitte der Kirche stand und 1676 durch das Attribut eines das Herz durchbohrenden Degens als „schmerzhafte Madonna", auf den Seitenaltar der Evangelienseite versetzt wurde. Vgl. Hübner's Beschreibung von München. 1803. I. 328.

1) Vgl. Reinhard Sebastian Zimmermann in seinen anziehenden „Erinnerungen eines alten Malers." München 1884. S. 139.

in die Ferne, zeigte ihm Alles mit dem ächten Künstlerblicke, geleitete ihn wieder in's Vaterhaus zurück und ließ den Unverzagten endlich die Mittel finden, seinem innerlichen Drange Genüge zu leisten. Schon hatte er sich, ein Autodidakt im strengsten Sinne, so weit gefördert, daß er in die Akademie aufgenommen werden konnte, als nach wenigen Monaten der Tiroler-Krieg (1809) den ohnehin bald conscriptionspflichtigen Jüngling zu den Waffen rief. In der Hoffnung, alsbald wieder der Kunst leben zu dürfen, trat er auf Kriegsdauer dem so eben errichteten Corps freiwilliger Jäger bei, in deren Mitte er den Feldzug bestand.

Mit der ihm eigenen Anmuth erzählte er später lächelnd noch eine heitere Episode aus der Eroberung der Scharnitz. Durch eine Bresche drangen die Soldaten ein; Schlotthauer kam an eine Stelle, wo die Palissaden noch standen. Vom Berge hatten die Tiroler Bauern große Steine herabgerollt; Schlotthauer benützte dieses Material, legte solche Felsblöcke übereinander, um die Palissaden leichter zu überspringen, blieb aber oben an der Spitze mit seinem Mantel hängen und verfing sich so unglücklich zwischen Tornister und Uniform, daß er ohne sich bewegen zu können, dem mörderischen Feuer ausgesetzt blieb, bis ihm einer seiner Kameraden den Mantel im Rücken aufschlitzte. Nun erst glitt er nieder, kletterte über den Wassergraben und kam als der dritte Mann in das Bollwerk. Da schoß noch ein Bauer auf ihn, fehlte aber; Schlotthauer verfolgte ihn bis an die Isar, wo unser freiwilliger Jäger im Wasser ausrutschte und niederfiel und der Andere entkam. Bald darauf trafen sich die Beiden wieder und zwar in einem Wirthshause zu Imst, wo der Bayer seinem Gegner eine Maß Wein bezahlte und sie fröhlich auf beiderseitige Gesundheit tranken. Und da sich ferner ergab, daß Beide auf denselben Namensheiligen getauft waren, holte Schlotthauer seine Wasserfarben hervor, die er immer mit sich trug und zeichnete und colorirte seinem lieben Widerpart ein Bildlein des hl. Nährvaters, dankbaren

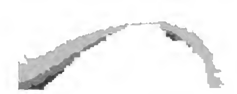
42*

Herzens schon deßhalb, weil der Tiroler „so schlecht geschossen“ hatte. Während des Kriegs zeichnete unser Maler allerlei Pläne und Karten für die Generale und malte in Aquarell den Tirolern viele kleine Bilder, Namensheilige und dergleichen, natürlich gratis, wodurch der nichts weniger als rauhe Krieger sehr beliebt wurde.

Nach Auflösung des Schützencorps wäre ihm bald eine Unterlieutenantsstelle erblüht — aber die Liebe zur Kunst gewann die Oberhand und so verfolgte Schlotthauer zu München, wie gleichzeitig der beinahe gleichalte Overbeck zu Wien, mit neuem Muthe die Bahn der Kunst. Daß Schlotthauer — wie Ringseis berichtete — in militärischer Eigenschaft noch länger ausgehalten und sogar bis nach Spanien gekommen sei, ist einfach ein Lapus memoriae des liebenswürdigen alten Herrn. (Vielleicht eine Verwechslung mit Schmeller.)

Es war eine fast ironische Schickung, daß der Jüngling, welcher später an der Regeneration des großen historischen Styles so mächtigen Antheil nahm, seine vorbereitenden Studien an der Akademie vorerst noch theilweise unter dem Regiment des Zopfes oder der leidigen Manierirtheit beginnen mußte. Indeß lag die Sache nicht gar so schlimm. Die beiden Langer, Vater und Sohn,[1]) wollten in ihrer Weise das Beste und hofften, ebenso wie die Carracci's zu Bologna, auf historischem Boden, aus dem Studium der größten

1) Joh. Peter von Langer geb. 1756 zu Calcum bei Düsseldorf, 1784 Professor, 1789 Direktor der Düsseldorfer Akademie, 1801 Gallerie-Direktor daselbst; 1806 nach München berufen als Organisator der neuen Akademie; starb daselbst 6. August 1824. Sein Sohn Robert von Langer geb. 1783 zu Düsseldorf, folgte 1806 seinem Vater als Professor nach München, wurde 1820 Generalsecretär der Akademie, 1828 Vorstand des Kupferstich-Cabinets, 1841 General-Gallerie-Direktor und starb am 6. Oktober 1841 auf seinem, von ihm selbst mit Fresken geschmückten Landgute zu Haidhausen.



eister eine Art Recept, gemischt aus allerlei Ingredienzien,
u gewinnen, womit sie gegen die subjektive Willkür und
räuliche Excentricität ihrer heillosen Vorgänger die wirk-
amsten Mittel zum siegreichen Vordringen erhalten sollten.
Nach dem Vorbilde der Bolognesen des 16. Jahrhunderts
sollte man von Michel Angelo die Kühnheit, von Tizian
die Naturwahrheit, von Raphael die Harmonie, von Correggio
die effektvolle Wirkung und von den Lombarden das Colorit
entnehmen; die künstlerische Einheit und die Originalität der
Erfindung, worauf diese Herren als geborene Kraftgenies
hochmüthigst pochten, folge dann selbstverständlich als unaus-
bleibliche Dreingabe. Blieb auch das geistige Capital etwas
dürftig und die Formgebung voll hohlen Pathos, so war
doch coloristisch immer etwas Tüchtiges zu lernen, wenn auch
hier die flotte Eilfertigkeit mit der theatralischen Composition
gleichen Schritt hielt.

Schlotthauer unterzog sich dieser Lehre und Unterweisung mit einer unvergleichlichen Hingebung, mit einer Liebe und Ausdauer, welche diesen von den höchsten Idealen beseelten Künstler zeitlebens charakterisirten. Bald erschienen auf den Jahresausstellungen der Akademie reife Proben seines Könnens, so z. B. 1814 als Oelbild ein Kinder-segnender Christus.[1]) Indessen war der laute Farbenspektakel der Langer'schen Incamminaten — so bezeichnete ehedem Agostino Caracci sich und die Seinen als die auf dem einzig richtigen Wege Wandelnden — ebenso wenig nach Schlotthauer's Sinn und Gefühl, wie ihre rhetorischen Compositionen oder die vielgerühmte elegante Süßigkeit ihrer Frauenbilder. Seiner ganzen mehr innerlichen Veranlagung nach arbeitete Schlott-

1) Gleichzeitig waren von Schlotthauer noch ausgestellt zwei Akte und ein Kopf nach der Natur (in Oel) und eine Reihe von Zeichnungen: eine Muse, der Farnesische Herakles und Achill (nach der Antike), ein Hieronymus (wahrscheinlich eigene Erfindung) und 2 Akte nach der Natur.



hauer in stiller Zurückgezogenheit unverdrossen an seiner eigenen Ausbildung.

In dieser erfahrungsreichen Prüfezeit, gedrückt von Leiden und schweren Mühseligkeiten, malte der fromme, tiefgläubige Mann außer mehreren Porträts fast ausschließlich nur religiöse Gegenstände. Sein Streben ging, wie bei den alten Meistern von Siena, auf Innigkeit und Tiefe des Ausdrucks, auf Adel und Wahrheit der Form, und daß ihm dieses nicht selten und in hohem Grade gelang, beweisen mehrere Bilder, darunter z. B. ein dornengekrönter Christuskopf, welcher 1819 in den Besitz des geistvollen Sammlers und Kunstschriftstellers Herrn von Quandt zu Dresden gelangte, und eine ähnliche Wiederholung desselben (Eigenthum der gräflichen Familie Pocci), welche von Schreiner auf Stein gezeichnet, alsbald typisch wurden. Ebenso das feierliche Haupt eines ‚Salvator mundi' und einer in reiner Unschuld leuchtenden heiligen Jungfrau, insbesondere aber das Bild einer „hl. Familie" — St. Joseph vorlesend an einem Tische, ihm gegenüber die hl. Jungfrau mit dem Ausdrucke des andächtigen Zuhörens gleichfalls sitzend; zu ihren Füßen spielt das himmlische Kind mit einem Lämmchen — welches in seiner ungesuchten Schlichtheit und ächt deutschen Naivetät, in allen Formaten nachgebildet, im Stich,[1]) Litho- und Photographie, als Glasbild und Farbendruck vervielfältigt, eine beinahe unverwüstliche Probehaltigkeit bewies und die größte Popularität gewann, so daß es nur zu oft ohne den Namen des Künstlers in die weite Welt ging. Das ist eben auch ein Triumph der Kunst, wenn ein Werk so in das Volk dringt, daß der Meister darüber vergessen wird — ein Fall, welcher im Bereiche der sangbaren Poesie und Tondichtung sich adäquat oft genug und noch täglich ereignet.

Ein Ereigniß, welches in die Windstille des Münchener Kunstlebens zündend einschlug und alsbald die Parteien nach

1) Stahlstich von Adrian Schleich.

Freund und Feind gruppirte, war 1819 die Ankunft des vom „Kronen-würdigen Prinzen“ mit neidenswerthen, weittragenden Aufträgen betrauten Peter Cornelius. Sein Adlerauge suchte tüchtige Gehilfen und Genossen, die sein großes Werk, die Fresken in der Glyptothek mit in Scene setzen sollten. Schlotthauer war unter den Erwählten, ja er wurde mehr als die Anderen der treueste Herzensfreund des großen Meisters, sein eigentlichster Johannes und nicht selten seine hülfreich ausführende Hand. Erst vergrößerte er verständnißinnigst einige Zeichnungen des Meisters und malte nach den Farbenskizzen desselben etliche kleine Bilder in den Feldern und Cassetten des Plafond; so lieferte Schlotthauer beispielsweise den Carton zum „Abend“,[1]) und warf sich dann mit solcher Energie und so glücklichem Erfolge auf die ihm früher ganz fremde Technik der Frescomalerei, daß Cornelius seine helle Freude darüber äußerte. Im Wetteifer mit Heinrich Heß[2]) und Clemens Zimmermann[3]) that er es diesen nicht nur gleich, sondern überflügelte sie im Glanz der Farbe, insbesondere aber durch sein heute noch bewundernswerthes Helldunkel. Im Jahre 1822 malte Schlotthauer schon selbständig die „Aurora mit Tithonus zu Jupiters Füßen“, die „Luna mit den Hesperiden“, die „Diana im Bade“ und „Diana mit Endymion“; zu seinen weiteren Leistungen gehört die „Hochzeit des Peleus und der Thetis“ (1825), das „Urtheil des Paris“, die „Vermählung“ und „Entführung der Helena“ (1828); mit Cornelius malte er den „Streit des Achill“, den „Kampf um die Leiche des Patroklus“ und die „Zerstörung Trojas“. Auch war Schlotthauer betheiligt am „Reich des Neptun“, am „Olymp“ und der „Unterwelt“,

---

1) Kunstblatt 1821. (Stuttgart.) S. 275.

2) Heinrich von Heß geb. 19. April 1798 zu Düsseldorf, gest. 29. März 1863 zu München.

3) Clemens von Zimmermann geb. 8. November 1788 zu Düsseldorf, gest. als Central-Gemäldegallerie-Direktor zu München 25. Januar 1869.

wo besonders die im herrlichsten Clair-obscur gemalte Gestalt der Eurydice als eine der vorzüglichsten Fresco-Leistungen genannt zu werden verdient. Schlotthauer hat nach dem Zeugniß des Grafen Raczynski — welcher in seiner „Geschichte der neueren Kunst"[1]) Schlotthauer's Antheil an den einzelnen Bildern besonders aufzählt — „bewiesen, daß Niemand in München besser malte als er; man darf sogar annehmen, daß alle, die in der Glyptothek malten, ohne selbst den Meister Heinrich Heß auszunehmen, aus Schlotthauer's Beispiel nützliche Lehren gezogen haben." Deßhalb feiert ihn auch Clemens Brentano in seinem zu Ehren des Peter Cornelius so genial umgedichteten Liede vom „Prinz Eugenius"[2]): der Meister (Cornelius) habe den Lorbeer geflochten „mit General und Korporal"; unter Ersterem ist C. W. von Heydeck (1788—1861) verstanden, welcher in Spanien und Griechenland die Waffen getragen hatte und in Bayern die genannte Stelle wirklich bekleidete; er malte als gewiegter Techniker in der Glyptothek die Pferde. Der „Korporal" ist unser Schlotthauer, welcher, wie erwähnt, zu dieser Charge im Tirolerkriege avancirte.

Inzwischen hatte sich Schlotthauer mit einem überaus einfachen, völlig selbstlosen, ihm wirklich ganz entsprechenden Frauchen verheirathet und 1825 als Gast der Frl. Emilie Linder[3]) eine Hochzeitsreise nach Oberitalien gemacht. Ihre

1) Berlin 1840. II. 300.

2) Vergl. Clemens Brentano Ges. Schriften. II, 557 ff. Das „zum Lohne des Ersteren im Tone des Letzteren" voll Humor der Melodie und dem ganzen Charakter anbequemte Carmen wurde zuerst als „Fliegendes Blatt" gedruckt und bei einem in der „Menterschwaige" abgehaltenen Künstler-Feste gesungen; dasselbe erklang wieder beim Abschiede des Meisters, als derselbe zehn Jahre später nach Berlin ging, ebendaselbst bei seiner Ankunft, später wiederholt, so oft Cornelius München berührte.

3) Ueber diese merkwürdige, dem Freundeskreise von Ringseis, Cornelius, Clemens Brentano eng verbündete Malerin vgl. das Lebensbild von Fr. Binder in den Histor.-polit. Blättern 1867.

Hand war auch mit im Spiele und schaffte unsichtbar die Mittel herbei, daß Cornelius im Sommer 1830 seinem getreuen ahnungslosen Schlotthauer die Freude einer Romfahrt bereiten konnte.

Nach seiner Rückkehr wurde er nach Kellerhoven's Ableben[1]) als Professor an der Münchener Akademie im Februar 1831 ernannt, wo er sich fast ausschließlich der Heranbildung junger Talente widmete. Er that dieses mit einer wirklich beispiellosen Hingebung als ein ächt väterlicher Freund, bahnte seinen Schülern die Wege, sorgte für die Mittel, den meist dringend Bedürftigen eine Existenz zu bereiten, verhalf ihnen durch seine Empfehlung zu Aufträgen und stand ihnen immerdar bei mit Rath und That. Davon nur einige Beispiele. Im Jahre 1825 kam Johann Schraudolph (geb. 13. Juni 1808 zu Oberstdorf im Allgäu) nach München, um an der Akademie seine Studien zu machen. Da ihm aber alle Subsistenzmittel fehlten, stand er schon im Begriff wieder nach Hause und zum Schreinerhandwerk seines Vaters zurückzukehren, als Schlotthauer davon erfuhr, ihn nun ganz zu sich nahm, für seine Existenz sorgte, sich für ihn bei Cornelius verwendete und weitere Arbeit vermittelte. So componirte und lithographirte Schraudolph die Bilder zu Christoph Schmid's „Biblischer Geschichte des alten und neuen Testamentes“ (Schulbücher-Verlag), welche als die erste, dazu noch reich illustrirte Volks-Bilderbibel gelten kann. Aber Schlotthauer ruhte noch nicht; durch seine Empfehlung kam Schraudolph zu Heinrich Heß und machte sich unter dessen Leitung bei den Fresken der Allerheiligen-Hofkirche rasch einen guten Namen.

Im Jahre 1829 war Schlotthauer zufällig mit dem armen, aber ebenso höchst talentvollen Karl Högerl aus Regensburg bekannt geworden. Um demselben Arbeit und

---

1) Moriz Kellerhoven, Maler und Radirer, geb. 1758 zu Altenroth (Herzogthum Berg), gest. 15. Dez. 1830 in München.



Verdienst zu verschaffen, beschloß Schlotthauer eine neue lithographische Reproduktion des Holbeinischen „Todtentanzes" [1]) zu veranstalten. Zu diesem Zwecke erließ Schlotthauer eine Anzeige im Stuttgarter Kunstblatt (Nr. 67. 1829. S. 271 ff.) wonach das Ganze in 10 Lieferungen (à 36 Kzr.) subscriptionsweise erscheinen sollte und zwar in möglichst genauen, unmittelbar unter seiner Leitung in Originalgröße (5 cm Breite und 6,70 cm Höhe) hergestellten Steinzeichnungen Högerl's, wozu als erste Probe fünf Blätter (Nr. 20: der Reiche, 26: der Arzt, 29: der Kaufmann, 40: der Krieger und 41: die Spieler) im Münchener Kunstverein ausgestellt wurden. Das Unternehmen war bald gesichert und hatte seinen raschen Fortgang. Högerl, ein lebensfrischer, von Humor und Laune übersprudelnder Jüngling, nahm erst die leichteren Blätter vor, arbeitete sich immer besser hinein, wagte sich aber plötzlich an die schweren, für später zurückgelegten Darstellungen. Befragt darüber, antwortete der Zeichner, welcher den schwankenden Zustand seiner Gesundheit fühlte, er thue dieses im sicheren Vorgefühle, daß er selbst bald an den Tanz müsse und daß ein Anderer als Fortsetzer schließlich dann leichteres Spiel habe. Wirklich starb dieser talentvolle junge Mann schon im Frühlinge des Jahres 1830 nach Vollendung von 33 Blättern. [2]) An seiner Stelle zeichnete, um den Abonnenten keine Störung zu bereiten, der junge Johannes Schraudolph (welcher gerade die Compositionen seiner „Bilder-Bibel" vollendet hatte) einige Blätter,

1) Ueber die universelle Tendenz des Holbein'schen Todestanzes und wie derselbe als ein ächtes Spiegelbild des beginnenden 16. Jahrhunderts zu betrachten, vgl. Histor.-polit. Blätter Bd. 64. S. 693.

2) Vgl. Kunstblatt 1830. S. 34. Leider gelang es uns bisher nicht, weder sein Geburtsjahr, noch die Sterbe-Daten sicher zu stellen; auch die Schreibung seines Namens schwankt zwischen Höcherl und dem unserer Ansicht nach richtigeren Högerl. (Vgl. Nagler's Künstler-Lexikon. 1838. VI. 215 u. 252.)

überließ aber Fortsetzung und Schluß seinem jüngeren Bruder Claudius Schraudolph, welcher eben deßhalb mit dem nachmals so bedeutenden Joseph Anton Fischer (1814—1859) nach München wanderte. Das Ganze erschien dann 1832 mit einer Einleitung von G. H. Schubert (der auch die jede einzelne Darstellung begleitenden Verse dichtete) und einem Anhange von H. F. Maßmann (Erläuterungen zur Geschichte und Bedeutung des Holbein'schen Todtentanzes)[1]) als handsames Büchlein, welches längst aus dem Handel verschwunden, heute noch viel begehrt und gesucht, in guten Exemplaren einen ungleich höheren Antiquariatspreis beansprucht.[2]) Beinahe gleichzeitig damit entstand auch eine Ausgabe in Stichen von Frenzel in Dresden — ein oberflächlicher Vergleich belehrt uns, daß selbe weder nach Treue noch Verständniß dem Schlotthauer'schen Werke die Wette bieten können.

Mit seinen Schülern war Schlotthauer immer im Verkehr, wozu auch seine Freude am Gesange und die Pflege der Musik eine vermittelnde Rolle spielte. Sein schöner wohlklingender Tenor wirkte überall mit, außerdem handhabte er noch die damals überall beliebte Guitarre und eine altehrwürdige, mächtig gewölbte, aus Elfenbein gebaute Mandoline, deren wundersamer Ton unter seinen Händen immer Staunen erregte. In einer lustigen Zeichnung Schwanthalers ist Schlotthauer dirigirend dargestellt; er wirkte auch mit an den 1833 vom jungen Moriz von Schwind etablirten Musik-Abenden, wobei zuerst Franz Schubert's Lieder in München erklangen.

---

1) Weitere Ergänzungen dazu gab Maßmann in den Wiener Jahrbüchern für Literatur. 1832. II. Anzeigeblatt.

2) Der Titel lautet: „Hans Holbein's Todtentanz in 53 getreu nach den Holzschnitten lithographirten Blättern. Herausgegeben von J. Schlotthauer, k. Professor. Mit erklärendem Texte. München 1832. Auf Kosten des Herausgebers." (78 S. 12°.)



Als 1831 die „Gesellschaft zu den drei Schilden"[1]) zusammentrat, welche sich die Aufgabe setzte, die deutsche Kunst und Wissenschaft des Mittelalters zu erforschen und wieder zu Ehren zu bringen, trat Schlotthauer begeistert dem Bunde bei, ohne gerade zu den thätigsten Mitgliedern zu zählen. Dazu gehörte in erster Reihe Friedrich Hoffstadt[2]), welcher, obwohl frühzeitig durch seinen Vormund den Minister von Zentner zum Juristen bestimmt und in die Beamten-Laufbahn gebracht, doch seinem ganzen Sinnen und Wesen nach, mit Herz und Geist, der Kunst zugethan blieb, und ebenso als Musiker wie als Plastiker und Maler veranlagt, in erster Reihe die Architektur pflegte, die Grundlage des Spitzbogenstyles — unabhängig vom Engländer Pugin — erforschte und in einem wahren Grundbuch niederlegte, dessen Herausgabe nach Hoffstadt's frühem Tode der edle Baumeister Johann Claudius Lassaulx (1781 † 14. Okt. 1848 zu Coblenz) vollendete. Ebenso ein genialer Landschafts-Zeichner, versuchte er sich mit Erfolg auch in der Glasmalerei und handhabte den Meißel des Bildhauers, so daß der vielseitige stilgewandte Maler Karl Ballenberger[3])

---

1) Gegründet durch Freiherrn von Bernhard und Friedrich Hoffstadt am St. Georgentag 1831. Ersterer kaufte dazu ein kleines in der damaligen Lerchen- (jetzt Schwanthaler-) Straße gelegenes, nun längst verbautes Häuschen, als eine Art mittelalterlicher Fabrica, worin die Genossen ihre Sammlungen niederlegten, sich zu regelmäßigen, ernsten und heiteren Sitzungen vereinten und durch Wort und Beispiel zur richtigen Erkenntniß unserer Vorzeit wirken wollten.

2) Friedrich Hoffstadt geb. 1802 zu Manheim, gest. 7. Sept. 1846 als Appellationsgerichtsrath zu Aschaffenburg; sein epochemachendes Hauptwerk ist „Gothisches A B C Buch oder Grundregeln des gothischen Styles für Künstler und Werkleute", Frankfurt 1840 ff. (Auch in's Französ. übersetzt von T. Aufschlager als „Principes du style gothique." Liège 1851.)

3) Karl Ballenberger geb. 24. Juli 1801 zu Ansbach, gest. 11. (21.) Sept. 1860 zu Frankfurt a Main. Vgl. Allgem. Deut. Biogr. Leipzig 1875. II. 21.

geradezu als Hoffstadt's Schüler bezeichnet werden muß. Hoffstadt's ganzes Trachten ging darauf, eine neue Fabrica oder Bauhütte zu gründen, in welcher die ganze künstlerische Technik des Mittelalters ergründet und geübt und die wiedergewonnenen Formen des Spitzbogenstyles nach allen Stadien wieder wirksam eingreifen sollten in das neu erhöhte Kunst- und Gewerbeleben. Von höchster Uneigennützigkeit, dachte er *nur* an die Sache selbst und bleibend auf Andere zu wirken, welchen er unermüdlich beistand mit That und Rath, so daß z. B. selbst Ohlmüller, der Baumeister der Auer-Kirche, häufig bei Hoffstadt anklopfte.

Weitere diesem Kreise angehörige Künstler waren der Architekturmaler Domenic Quaglio[1]), als Erbauer des Schlosses Hohenschwangau; der später in fürstlich Taxis'schen Diensten thätige Baumeister Hermann Keim[2]) und mit leichterer Fühlung die beiden Maler Ludwig Zenker und Joseph Scherer. In näherer Beziehung stand Ludwig Schwanthaler, ferner als innigster Freund Hoffstadt's der ihm so vielfach geistesverwandte, kunstbegeisterte, ritterliche Graf Franz Pocci (1807—1876) und, gleichsam als der ästhetische Historiograph des Bundes, der junge Poet und Philologe Friedrich Beck,[3]) welcher mit seinen „Abhandlungen

1) Domenic Quaglio (1787—1837). Allg. Deut. Biogr. 1888. XXVII. 6.

2) H. Keim geb. 27. Febr. 1811 zu Nürnberg, gest. 31. Januar 1876 zu Regensburg.

3) Friedrich Beck geb. 20. Juni 1806 zu Ebersberg (ein Pathenkind des Dichters Christian Gfr. von Stolberg), gest. 30. Aug. 1888 zu München, bewährte sich als lyrischer Poet durch seine Gedichte (1844), „Zeitklänge" (1860) und „Still-Leben" (1861), ebenso durch sein Epos „Theophanie" (1855, 1877) als tiefsinniger Schüler von Schelling und Franz Baader, wie in seinen übrigens sehr praktischen Lehrbüchern über Poetik (1886 in 6. Auflage) und Stilistik (1886 in 7. Auflage). Als einen in Form und Gehalt höchst sinnigen Poeten empfiehlt ihn sein „Spruch- und Räthselbüchlein" (Augsburg 1883), worin der hochbetagte

zu einer tiefer begründeten Geschichte der Kunst" und seiner „Geschichte eines deutschen Steinmetz" (1833 und 1880) wirkte und wie ehedem Wilhelm Heinrich Wackenroder die Ideen dieses Kreises zum schriftlichen Ausdruck brachte. Vom juridischen Standpunkte aus schrieb der Freiherr Dr. Friedrich von Bernhard,[1]) ein Vorläufer und Vorkämpfer der germanistischen Richtung, die Abhandlung „Ueber die Restauration des deutschen Rechts" (1829), arbeitete an einem „Deutschen Landrecht" (1831) und verfaßte die Schrift „Ueber die beiden Schwerter Gottes auf Erden" (1837), während der Freiherr Hans von Aufseß (geb. 7. Sept. 1801 zu Aufseß, gest. 6. Mai 1872 zu Münsterlingen bei Konstanz) damals schon nach den Hauptgrundzügen die culturhistorische Richtung vertrat, aus welcher, nachdem die „Gesellschaft zu den drei Schilden" sich 1838 aufgelöst hatte, zuerst der „Historische Verein für Oberbayern" und später das „Germanische Museum" zu Nürnberg hervorgingen.[2]) Gleichfalls noch als eifriger Rechtsbeflissener gehörte zu den

und erblindete Denker die Fülle seiner Erfahrungen niederlegte. Neben seiner dreißigjährigen Wirksamkeit als Professor an der Lateinschule und dem Gymnasium redigirte Fr. Beck von 1838—1846 und später nochmals 1857 und 1858 die halb-offizielle „Münchener Politische-" und „Neue Münchener-Zeitung" in durchweg ehrenhafter Weise.

1) Friedrich L. Freiherr von Bernhard, k. b. Hofrath und Universitäts-Professor, geb. 22. Juli 1801 zu Düsseldorf, gest. 24. Januar 1871 zu München (erbaute das gothische Haus in der Barerstraße Nr. 15). Später erschien von ihm eine Abhandlung „Von der Verlegung des Reichstages nach Augsburg und dem endlichen Ausgang des Zwischenreiches", München 1848 und „Rom und Deutschland. Meditationen über das Kaiserthum und die Beendigung des Zwischenreiches". München 1862.

2) Der historische Verein von Oberbayern erbte das ganze Inventar von Bildern, Büchern und Kunstwerken; zu den Einrichtungsgegenständen gehört auch ein schöner, von Hoffstadt gearbeiteter Kasten, ebenso die äußerst solid gearbeiteten Tische und „Bänke", welche heute noch im Sitzungssaale dienen.

drei Schilden Herr Heinrich Hofstätter, welcher jedoch bald darauf die langen Locken mit der Tonsur vertauschte und als rite promovirter doctor juris utriusque zur Theologie überging und seit 1839 als Träger der bischöflichen Mitra zu Passau bis zu seinem am 12. Mai 1875 erfolgten Tode sich als besonderer Gönner, Förderer und Reformator der christlichen Kunst erwies. Auch Konrad Eberhard, welcher als einer der ersten die christliche Kunst wieder zu Ehren brachte, trat in den Bund; ebenso der Dichter Clemens Brentano und Sulpiz Boisserée.

Das waren der Hauptsache nach die Träger und Glieder eines begeisterten Kreises, welcher ebenso vollberechtigt, wie ehedem die Göttinger Hainbündler, einer eingehenden historischen Schilderung werth wäre, unbegreiflicher Weise aber seither von der Kunst- und Literaturgeschichte übergangen wurde. Selbst in Ernst Förster's „Geschichte der deutschen Kunst" (1860) und neuerdings sogar in Friedrich Pecht's „Geschichte der Münchener Kunst im neunzehnten Jahrhundert" (München 1888) fehlen Hoffstadt's und Ballenberger's Namen, zu welchen als stylgerechter Gesinnungsgenosse noch Ferdinand Fellner zu zählen wäre, der jedoch noch in demselben Jahre, wo unsere vorgenannten Ritter zu „den drei Schilden" zusammentraten, München verließ.

Im Herbste des Jahres 1834 ging Schlotthauer nach Mailand und zwar von einer Anzahl strebsamer Kunstjünger begleitet, welche im Auftrage der Frl. Emilie Linder das weltberühmte, in seinem Zerfalle noch so großartig wirkende Abendmahl des Lionardo da Vinci copiren sollten. Dabei waren Thomas Guggenberger (1815 † 1882), Ludwig Moralt, Ulrich Halbreiter, Frz. Georg Lacher (1809 † 1882), Max Hailer und Joseph Holzmaier; Freiherr von Bechtolsheim und Professor Phillips schlossen sich an. Die Jünglinge thaten ihr Möglichstes, copirten die einzelnen Köpfe so weit es thunlich war, fertigten einen großen Carton und eine kleine Farbenskizze, Schlotthauer selbst malte das

übelzugerichtete Meisterwerk mit diplomatischer Treue, und das Haupt des Heilandes, soweit die gräßliche Zerstörung noch die mächtige Schönheit des Originals erkennen ließ. Das Ganze gewährte natürlich mehr lehrreiche Anregung und Freude für die Betheiligten als Nutzen für die Bestellerin, welche in ihrer Genügsamkeit auf eine erhebliche Bereicherung ihrer Sammlungen im voraus verzichtet hatte. Im Jahre 1838 malte Schlotthauer die Seitenaltar-Bilder für den neu restaurirten Bamberger Dom. Vorerst entstanden noch einige Porträts. So z. B. das geistvolle Bildniß seines Freundes Cornelius, welches, gestochen von Barth, zuerst in der „Urania“ (1831, Leipzig) erschien und nachmals noch 1874 die von Ernst Förster verfaßte Biographie des Meisters (Berlin 1874) schmückte. Außerdem malte Schlotthauer die Brustbilder von Joh. Mich. Sailer[1]) und G. Mich. Wittmann. Dann legte Schlotthauer den Pinsel nieder. Seine Stellung als Professor und seine Wirksamkeit an seiner Malerschule, insbesondere aber als Inspektor der Akademie, nahmen seine Kräfte genugsam in Anspruch.

Nebenbei aber beschäftigten ihn eine Anzahl von Verbesserungen, Entdeckungen und Erfindungen, welche sich ihm mehr oder minder zufällig aufdrängten und immer mit neuen Versuchen vollauf in Athem und aufreibender, zersplitternder Thätigkeit erhielten. Mit einer nur dem Lionardo vergleichbaren Genialität arbeitete Schlotthauer an Problemen aller Art. So fertigte er schon in früher Jugend einen praktikablen Löwen, welcher damals am Wagen des „Sarastro“ (Zauberflöte) zur Verwendung kam und lange im Gebrauch blieb, nachdem dessen aus Pappendeckel cachirter Vorgänger mitten auf der Bühne abgebrochen und mit der sichtbaren Hälfte des darinnen verborgenen Knaben zum großen Vergnügen des Publikums hinter die Coulissen zurückgelaufen

1) Darnach der Holzschnitt im „Deutschen Hausbuch“, herausgegeben von Guido Görres 1847. I. Bd. S. 129.

war. Dann kamen Zimmerluft-Reinigungs-Apparate der einfachsten Form, ein Spritzkrug mit Zerstäubungs-System zur Vertilgung des Ungeziefers und dergleichen nützliche Haus-einrichtungs-Gegenstände mehr, darunter auch ein ziemlich complicirtes Bierfaß mit einem je nach dem Inhalt sinkenden Deckel, in welchem sich der „Stoff" immerdar in gleicher Frische erhielt und durch völligen Abschluß der Lufteinwirkung ein sogenanntes „Abstehen" des Getränkes unmöglich war — ein für kleine Wirthschaften und Haushaltungen höchst erwünschtes, durch seine Construktion jedoch ziemlich theures Fahrniß, so daß es trotz den Jahre lang gelungenen Proben doch beim ersten Modell verblieb. — Ungleich wichtiger und weittragender führten ihn seine Kenntnisse in der Mechanik und Anatomie auf ein neues Heilverfahren bei Verkrümmungen der Wirbelsäule. Ein krankes Kind seines Freundes Cornelius, an dessen Herstellung die Aerzte verzweifelten, erhielt durch Schlotthauer's Behandlung heile und gerade Glieder. Der Fall erregte Aufsehen, das Zutrauen wuchs und Schlotthauer vollführte überraschende Curen; unzählige arme, verwahrloste und verkrüppelte Kinder wurden durch seine Bandagen, deren Wirkung Gundelreben-Bäder unterstützten, gesund und hergestellt. Der Zudrang zwang unseren Freund, unter der Assistenz von Dr. Horner, bei dem Corsettenfabrikanten Ignaz Pruner eine vielbesuchte orthopädische Heilanstalt zu gründen, welche bald an Umfang gewann, bis Schlotthauer 1844 nach Italien ging und sich in Folge seiner neuen Erfahrungen ganz der Enkaustik zuwendete. Aber auch späterhin blieb Schlotthauer bei vielen Aerzten, wozu in erster Reihe Geheimrath Dr. von Ringseis gehörte, eine Autorität und stand mit seinem Wissen bereitwilligst bei. Schließlich vererbte er dieses an den jungen Säckler Ludwig Hugo Krieger (geb. 27. Februar 1830), welcher durch treffliche Bandagen das Ingenium Schlotthauer's mit innigem Verständnisse erfaßte. Obschon über das Alter der gewöhnlichen Schulbildung hinaus, holte Krieger nach

Möglichkeit die Studien nach, besuchte die Universität, warf sich mit Feuereifer auf Chirurgie und Anatomie, besuchte Wien, Paris, London und Petersburg und eröffnete dann 1855 eine auf Schlotthauers Principien basirte orthopädische Anstalt, welche einen wirklich europäischen Ruf erzielte und nach Krieger's schon am 5. Mai 1880 erfolgtem Ableben unter der Leitung des Geheimraths und Generalstabsarztes Dr. von Nußbaum heute noch florirt.[1])

Während Schlotthauer in beinahe ganz unfreiwilliger, immerhin aber weittragender Weise dem orthopädischen Heilverfahren oblag, hatte schon sein contemplatives Sinniren an eine neue Maltechnik gedacht. Als ausgezeichneter Praktiker kannte er längst die Schattenseiten der Frescomalerei, und forschte nun hellen Auges nach einem neuen Bindemittel zwischen Grund und Farbe. Oberbergrath von Fuchs[2]) hatte das Wasserglas vorgeschlagen und zur Anwendung zu bringen gesucht. Die ersten Versuche machte Theodor Kaufmann, ein Schüler von W. Kaulbach, 1834 im Neuen Königsbau — aber es glückte nichts; auch G. Hiltensperger vermochte nichts damit auszurichten, ebensowenig F. X. Fernbach. Fuchs ging zu Heinrich Heß, welcher damals noch in der Allerheiligen-Kirche malte, aber auch hier mißlang der Versuch, das Wasserglas unter die Farben zu mischen, welche sich in Klumpen verzogen, während die Pinsel wie Draht unbrauchbar verhärteten. Da wandte sich Fuchs

1) Ueber Krieger's orthopädisches Institut vgl. den interessanten Artikel von Joh. von Nußbaum im „Jahrbuch für Münchener Geschichte" herausgegeben von Karl von Reinhardstöttner und Karl Trautmann. Bamberg 1889. III. Jahrgang S. 177 ff. Eine Autorität ersten Ranges wie Dr. von Nußbaum rühmt hier, daß der „weltberühmte" Professor Schlotthauer Kriegers Talent entdeckt und auf die rechte Bahn gebracht habe!

2) Joh. Nep. von Fuchs geb. 15. Mai 1774 zu Mattenzell bei Brennberg, gest. 5. März 1856 zu München.

endlich an Schlotthauer. Dieser, mehr in der Chemie der Farben erfahren, bereitete einen neuen Grund mit anderer Methode; aber das neue Bindemittel taugte noch nicht, dunkelte und hellte die Farben zu ungleich. Auch das abgedampfte Wasserglas that's nicht. Nun schlug Schlotthauer eigene Wege ein und verfiel darauf, das Gemalte durch Wasserglas zu fixiren. Davon wollte Fuchs *nichts* wissen. Doch gelang die Probe. Zuerst wurde von unparteiischer Hand ein Kopf gemalt, im Hof des Baumeisters Gärtner der Versuch gemacht und König Ludwig davon benachrichtigt. Nach vielen fördernden Experimenten und großen pecuniären Opfern kam Schlotthauer mittelst einer von ihm construirten Spritze und einem drehbaren mit Borsten-Bürsten besetzten Cylinder zu einer originellen Fixir-Methode. An Kaulbach's Atelier (in der Nähe des „Holzgartens") wurden durch Hesselberg[1]) zwei farbenprächtige Pfauen gemalt, welche allen mit Feuer und Eis, im Sommer und Winter über sie verhängten Unbilden widerstanden, ihre Farbenpracht behielten[2]) und erst bei Aufhebung des k. Holzgartens und Abbruch des berühmten Ateliers schnöde demolirt wurden. Fuchs, welcher sich schon längst verzweifelnd vom Gelingen seiner Projekte abgewendet hatte, sprang jetzt plötzlich um, als der Oberbaurath Wilhelm Stier von Berlin nach München kam, und gab die „Stereochromie" als seine eigene Erfindung aus. Das Ganze bildete eine endlose Kette von Leiden und Opfern für Schlotthauer, welcher aus eigenen Mitteln die zahllosen Versuche und Präparate bestritten hatte und nun selbst den Ruhm davon verlieren sollte.

Im Herbste des Jahres 1844 wurde Schlotthauer mit

---

1) Abraham Hesselberg aus Kopenhagen, starb 63 Jahre alt, am 13. März 1883 zu München.

2) Vgl. Hermann Marggraff's Bericht in Nr. 135 der „Allgemeinen Zeitung" 1845.

einer Commission[1]) nach Pompeji gesendet zur Prüfung der antiken Wandmalerei. Schlotthauer gewann die Ueberzeugung, daß die Alten noch ein weiteres und zwar mineralisches Bindemittel in Anwendung brachten, welches die unzerstörbare Dauerhaftigkeit der Farben erzielte; er glaubte dieses Arcanum gefunden zu haben, wozu eine verbesserte Bereitung des Malgrundes und eine völlig neue Zubereitung der Farben in Angriff genommen wurde. So gelangte er zu neuen Verbesserungen und brachte seine Methode für Wand- und Staffelei-Bilder zur Anwendung und ermöglichte ein Colorit, welches leuchtender und lebhafter wirkte, als das bisherige Fresco; auch war damit die große Annehmlichkeit verbunden, daß der Maler nicht mehr an den nassen Kalk und dadurch zu einer bestimmten Tagesarbeit gebunden war, sondern die Malerei auf trockenem Grunde gleichviel ob auf einer Mauer- oder Leinwandfläche, in beliebigen Abständen und Pausen erfolgen konnte. Viele Sorge verschaffte ihm freilich der Umstand, daß anfangs manche Farben sein Bindemittel nicht annahmen oder nach dem Auftrage sich änderten, verdunkelten oder verblaßten. Der Meister aber ermüdete nicht, die Probleme reizten nur seinen Denk- und Scharfsinn, er experimentirte weiter, bis er zuletzt jeden Widerstand ruhmvoll besiegte und überwand. Jeder Maler, welcher mit Schlotthauers eigenen Präparaten probeweise handtirte, bekannte freudig überrascht, daß diese Technik höchst angenehm sei, weit über der Oelmalerei und dem Fresco stehe und ganz überraschende Effekte in Leuchtkraft und Farbenwirkung gewähre. Schlotthauers Atelier war darüber freilich ein fabelhaftes Laboratorium geworden. Der dazu eingerichtete große Saal der Akademie (heutzutage ist daselbst die Postfiliale in der

---

1) Bestehend aus Prof. Dr. v. Schafhäutl, Prof. Louis, welchem Gärtner die Bauführung des sog. Pompejanischen Hauses zu Aschaffenburg übertragen hatte, und dem Chemiker Reinsch, auch Joh. Martin v. Wagner kam zeitweise von Rom herüber.

Neuhausergasse untergebracht) glich der Küche eines Alchymisten, bis an die hohe Decke hinauf waren alle Wände mit Repositorien vertäfelt, in welchen ein Meer von Gläsern, Büchsen und Phiolen standen; während auf den Tischen, Herden und Oefen alle möglichen Arkane brodelten und destillirten. Die zu einem ganzen Kapital sich aufstauenden Kosten, wozu auch der Unterhalt eines nicht besonders geistreichen Amanuensis kam, bestritt unser muthiger, für seine Entdeckungen zu den größten Entsagungen frohbereite Forscher, welcher zuletzt nicht nur all sein Besitzthum — darunter ein kleines, an der Isar gelegenes Häuschen — veräußerte, sondern auch die materielle Hülfe seiner Freunde in Anspruch nahm und aus den noch zu gewinnenden Resultaten der deutschen Wissenschaft und Forschung ewigen Ruhm und goldene Berge versprach. An der Verbesserung dieser Probleme arbeitete und brütete er fort, wie ein ächter Adept; selbst als seine Pensionirung ihm die unentbehrlichen Räume der Akademie zu entziehen drohte, experimentirte er weiter, und selbst in den letzten Monaten seines plötzlich sichtbar sinkenden Lebens dachte der ganz mittellos gewordene Mann an den Erwerb eines Hauses und den Bau großartiger Oefen. Der Fluch des idealen Autodidakten folgte ihm auf diesen, seine Kräfte weit überschreitenden chemischen Versuchen. Von allen möglichen Geschäften, Fragen und künstlerischen Anliegen umdrängt, von weiteren Problemen verfolgt, schrieb er im täglich mehr anwachsenden Trubel oft wochenlang nichts auf über seine gelungenen Experimente, vertrauend auf sein wunderbar starkes zuletzt doch auch schwindendes Gedächtniß, hantirte dann allein auf gut Glück ohne Wage und Maß, verbrauchte seine Mittel, Kräfte und Zeit ohne ein durchgreifendes Ergebniß erzielt zu haben. Ueberzeugt daß seine weiteren Erfindungen nach deren völligen Lösung von einer internationalen Gesellschaft sei es in Frankreich, England oder Amerika mit offenen Armen und baarer Sicherheit zur Realisirung im Großen aufgenommen werden müßten, diktirte er noch auf dem Sterbebett

seinem langjährigen Freunde, dem Geheimrathe von Ringseis, die letzten Capitel seiner „Mineral-Malerei“ als völligen Abschluß seines Werkes, welches sich als systematisches Ganzes nach seinem Ableben nicht vorgefunden haben soll. Man munkelte auch, daß es mit dem, von unbefugten Händen aufgeräumten Nachlaß mißkannt und verschleudert worden sei, wie denn überhaupt Alles in einer Auction nach einer öfter vorkommenden Unsitte, mit einer pietätlosen Hast, Unkenntniß und Planlosigkeit vertrödelt wurde, welche einer völligen Zerstörung gleich kam.[1])

(Schluß folgt.)

---

1) In neuerer Zeit tauchte abermals eine neue verbesserte Mal-Technik auf durch den Chemiker Adolf Keim, welcher, wie er selbst sagt, ganz auf den Schlotthauer'schen Principien weiter baute. Ihm gelang es nach unsäglichen Schwierigkeiten die Gründung einer „Deutschen Gesellschaft zur Beförderung rationeller Malverfahren“ (als Centralorgan derselben erscheinen die nun schon im sechsten Jahrgang befindlichen, von Keim zu München redigirten „Technischen Mittheilungen für Malerei“) ins Leben zu rufen, auch etablirte Keim ein eigenes Laboratorium und eine nach seinem Verfahren organisirte Farben-Fabrik „zur Herstellung witterungsbeständiger Wandmalereien, fixirbarer Staffelei- und Gobelins-Gemälde“ — alles mit einer eisernen Ausdauer und jenem unermüdlichen Eifer, wozu die Natur nur wenige Menschen ausgerüstet haben mag.

XLVIII.

Graf Taaffe.

(Aus Oesterreich-Ungarn.)

I.

Am 12. August l. J. waren es zehn Jahre, daß Graf Eduard Taaffe, bis dahin Minister des Innern im ephemeren Ministerium Stremayr, zum Präsidenten des österreichischen Ministerraths ernannt wurde und nebstdem auch noch das Ministerium des Innern beibehielt. Ein Ministerpräsident, der zehn Jahre am Ruder bleibt, ist in unseren Tagen des liberalistischen Parlamentarismus immerhin eine Seltenheit; denn dieser Parlamentarismus gleicht dem unersättlichen Moloch, der die in der Oeffentlichkeit des politischen Lebens auftretenden Personen und deren Kräfte rasch aussaugt oder sie ganz und gar verschlingt. Entgeht ein Staatsmann oder Politiker diesem vorherrschenden Schicksal, dann verdient dieser Umstand allerdings volle Beachtung. Diese soll sich jedoch nicht bloß in Jubiläumsfesten und huldigenden Lobeserhebungen ergehen, sondern vor Allem dahin bestrebt sein, den Ursachen der längeren Dauer einer Regierung und insbesondere den Erfolgen und Wirkungen derselben im Staate und in der Gesellschaft nachzugehen.

Graf Taaffe wurde aus Anlaß seiner zehnjährigen Minister-Präsidentschaft von seinen Freunden und Anhängern in Wort und Schrift ebenso rückhaltlos gefeiert, wie von

seinen nicht minder zahlreichen politischen Gegnern leidenschaftlich angegriffen und in seiner Thätigkeit als Chef der österreichischen Regierung auf das entschiedenste verurtheilt. Wir haben weder die Absicht, eine Apologie des Grafen und seines Wirkens zu schreiben, noch wollen wir hier in das unbedingte Verdammungsurtheil seiner Gegner einstimmen. Unsere Aufgabe geht dahin, an der Hand der Thatsachen und Zustände in dem westlichen Theile der österreichisch-ungarischen Monarchie die „Mission" und das „System" des Grafen Taaffe in einigen Hauptgesichtspunkten des öffentlichen Lebens einer unparteiischen Prüfung und Beurtheilung zu unterziehen, um daraus Schlüsse für die wahrscheinliche Entwickelung der Dinge in der nächsten Zukunft zu ziehen. Weil wir aber die Ansicht vertreten, daß trotz des seit 1867 gesetzlich bestehenden und leider sich stets erweiternden staatsrechtlichen Dualismus zwischen den beiden „Reichshälften" der habsburgischen Monarchie fortwährend intimere Wechselbeziehungen wirksam sind, so werden wir bei unseren folgenden Ausführungen mindestens gelegentlich die Blicke auch auf die ungarische Hälfte richten und der nunmehr schon vierzehnjährigen Regierungsthätigkeit des dortigen Minister-Präsidenten, Koloman von Tisza, unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Es wird sich dabei manch dankenswerthes Streiflicht, manche interessante Parallele, aber auch mancher überraschende Contrast zwischen „Cis- und Transleithanien" ergeben.

Welches war die politische Situation in Oesterreich, als Graf Taaffe zur Uebernahme der Regierung berufen wurde? Diese Situation war in Bezug auf die Stellung des Ministeriums zu der Majorität im Reichsrathe, sowie hinsichtlich des Zustandes dieser Majorität selbst, eine überaus klägliche. Man erinnere sich nur der Vorgänge des Jahres 1878 in Europa! Der Friedensschluß von San Stefano zwischen Rußland und der Türkei sollte auf der Balkanhalbinsel die Hegemonie des Czaren für alle Zeiten festsetzen. Gegen

diese Absicht mußte Oesterreich-Ungarn ernstlichen Protest einlegen, und im Vereine mit Deutschland und England wurde auf dem Berliner Congresse der übermüthige Sieger gezwungen, seine weitausgreifenden Ansprüche, welche nicht nur die Existenz der europäischen Türkei vernichtet, sondern auch die Zukunft der österreichisch-ungarischen Monarchie in gefährlicher Weise bedroht und die Interessen von ganz Mittel-Europa empfindlich geschädigt hätten, zum großen Theile wieder aufzugeben. Der Berliner Friedenscongreß übertrug zugleich Oesterreich-Ungarn die Occupation der türkischen Provinzen Bosnien und Herzegowina, und bekundete dadurch gleichfalls die richtige politische Anschauung, derzufolge die Regelung der staatlichen, nationalen und wirthschaftlichen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel zunächst in die Macht- und Interessensphäre des unmittelbar benachbarten Kaiserreiches falle.

Zur Behauptung seiner großmächtlichen Stellung, sowie zur erfolgreichen Durchführung seiner welthistorischen Aufgabe im Oriente, welche zugleich eine Lebensfrage für dieses Reich ist, bedurfte aber diese Monarchie vor Allem ein starkes, schlagfertiges Kriegsheer, ohne dessen Vorhandensein die energischeste auswärtige Politik des erforderlichen Nachdruckes entbehrt haben würde. Der Schwache zählt wahrlich sehr wenig in der Zeit, da „Blut und Eisen" die Völkerherrschaft bestimmen.

Nach dem in Oesterreich-Ungarn giltigen Wehrgesetze war jedoch die legislatorische Erneuerung des im Jahre 1868 auf zehn Jahre votirten Militärcontingents nothwendig geworden. Alle politische Raison wies darauf hin, angesichts der bedrohlichen Weltlage der Monarchie die militärische Kräftigung in ausreichendster Weise zu bieten. Was that statt dessen die damalige deutsch-liberale Majorität im österreichischen Reichsrathe? Sie fand in geradezu unbegreiflicher Kurzsichtigkeit und parteilicher Befangenheit eben diesen Moment für geeignet, Ersparnisse im Kriegsbudget und dem-

gemäß eine Reduktion der Armee herbeiführen zu wollen: ja man schwatzte sogar von der „Entwaffnung“ und beschloß, nichteinmal die provisorische Verlängerung des Wehrgesetzes für ein Jahr zu bewilligen.

Ebenso unklug wie beschränkt war das Verhalten der deutsch-liberalen Majorität in der Erneuerung des wirthschaftlichen Ausgleiches mit Ungarn sowie in den Debatten über den Berliner Vertrag und über die damit in Verbindung stehende Occupation von Bosnien-Herzegowina. In allen diesen Fragen bekundete die damalige Reichsrathsmehrheit kurzsichtige Befangenheit oder spießbürgerliche Philisterhaftigkeit in Auffassung und Behandlung großer politischer Fragen, oder sie gefiel sich in unfruchtbarer Principienreiterei, verbunden mit persönlichen Ausfällen gegen die Mitglieder des Kabinets, so daß ein weiteres Fortregieren mit diesen Faktoren nahezu unmöglich geworden war.

Das Kabinet Auersperg-Lasser bot demgemäß im Jahre 1878 einen geradezu bejammernswerthen Anblick dar. „Nur mit den größten Anstrengungen“, so schreibt ein Mitglied der liberalen Verfassungspartei selbst,[1]) „und mit vieler für die Personen, die den Rath der Krone bildeten, geradezu gefährlicher Aufopferung, war es dem Ministerium Auersperg gelungen, die zwei schwierigsten Aufgaben seiner Amtsführung, die Verlängerung des Ausgleichs mit Ungarn und die bosnische Occupation, unter maßlosen Angriffen im Reichsrath zu vertreten.“ „Verlassen und angefeindet von den eigenen Parteigenossen, nur allzu häufig auf die Unterstützung der ‚Rechten‘ angewiesen, war es fast lediglich dem Club des ‚Linken Centrums‘, in dem die Großgrundbesitzer vereinigt waren, und einer kleinen Anzahl gemäßigter und weiterblickender Männer zu danken, wenn die Erfüllung der ihm übertragenen Pflichten dem Ministerium Auersperg überhaupt

1) Vgl. „Austriaca. Betrachtungen und Streiflichter.“ (Leipzig 1882.) p. 122.

noch möglich war; seine großen Verdienste (d. i. um die liberale Partei) waren vergessen und die Verfassungspartei, welche vollkommen die Eventualität außer Augen ließ, daß in Oesterreich auch die Berufung von Ministerien denkbar sei, die nicht aus den Verfassungstreuen hervorgegangen, arbeitete rücksichtslos an seinem Sturz."

Von den eigenen Anhängern bekämpft oder ganz aufgegeben, hatte das Kabinet um seine Entlassung wiederholt angesucht, konnte diese jedoch von der Krone deshalb nicht erlangen, weil man hinsichtlich der Nachfolger dieses Ministeriums ganz im Unklaren sich befand. Gemäß den Regeln des Schablone-Parlamentarismus sollte ja die neue Regierung ebenfalls dem Schoße der Majorität entnommen sein. Mit dieser Majorität sah es aber schon damals recht trübselig aus. „Es war ein geradezu unhaltbarer Zustand", schreibt der angeführte Verfassungstreue[1]), „in dem sich die Verfassungspartei befand, nachdem das Ministerium Auersperg seine Entlassung begehrt und Baron Pretis die Mission, ein Kabinet zu bilden, als unausführbar zurückgelegt; hatte schon der ungarische Ausgleich eine tiefe Spaltung hervorgerufen, so ward durch die bosnische Occupation die bereits vorhandene Kluft noch mehr erweitert, so daß eine Versöhnung der Gegensätze kaum mehr zu hoffen, und die Bildung eines Ministeriums aus ihrer Mitte gänzlich ausgeschlossen erschien."

Zu Anfang des Jahres 1879 war aber diese Erkenntniß noch lange nicht durchgedrungen; denn der am 2. Febr. 1879 aus Innsbruck in Wien eingetroffene Statthalter Graf Taaffe erhielt den Auftrag, ein neues Ministerium aus den Reihen eben dieser derouten liberalen Reichsrathsmajorität zu bilden. Dieser Umstand wird bei der Beurtheilung der politischen Stellung des Grafen Taaffe unseres Erachtens viel zu wenig berücksichtigt. Der Graf war nicht berufen worden, um der Krone ein „conservatives" Kabinet vorzuschlagen, sondern er

1) „Austriaca" p. 216.

sollte ein sogenanntes „parlamentarisches Ministerium“ zusammenbringen, welches natürlich nur ein Ausfluß der Parlamentsmehrheit sein konnte. Diese Mission kam jedoch nicht zur Ausführung, und am 10. Febr. 1879 legte Graf Taaffe das ihm übergebene Mandat zur Kabinetsbildung in die Hände des Kaisers zurück.

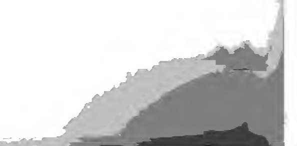
„Ich habe“, so erklärte der Graf über seine Absicht und über die Ursache des Scheiterns derselben,[1] „die größten Schwierigkeiten hauptsächlich in den Parteien selbst gefunden. Ich wollte kein provisorisches Ministerium bilden; ich habe ein parlamentarisches Ministerium bilden wollen, das eine Garantie dafür gibt, daß es dauerfähig sei. Auch an Allerhöchster Stelle war die Meinung vorherrschend, daß ein parlamentarisches Ministerium zu formiren sei. Ich habe Entgegenkommen gefunden in der öffentlichen Meinung, in der allgemeinen Strömung der politischen Kreise, in der Presse; aber ein Ministerium vermochte ich trotzdem nicht zu bilden, einfach deshalb, weil ich die Persönlichkeiten im Hause nicht finden konnte, welche sich jetzt (nämlich vor den Reichsrathswahlen von 1879) der Aufgabe unterziehen wollten eine Regierung zu bilden. Dieser Umstand und die Durcheinander- und Ineinanderschiebung der Parteien bildeten den Grund, welcher meine Mission zum Scheitern brachte. Ich wollte nach streng constitutioneller Weise vorgehen, aber die Aufgabe war — eine zu hohe.“

Neben der Zerfahrenheit und der kurzsichtigsten Principienreiterei, wie sie sich in der damaligen Majorität des Reichsrathes allenthalben geltend zu machen suchte, spielten auch noch persönliche Gründe und Ambitionen eine nicht unbedeutende, ja eine sehr „große Rolle“.[2] Vor Allem wirkte der verneinende Geist des „Führers“ dieser Partei, Dr. Eduard

---

1) Vgl. die Schrift: Graf Taaffe. 1879 bis 1889. Leipzig, Wigand, 1889, p. 12.

2) Austriaca p. 127.



Herbst, zersetzend ein; er verhinderte die gesunde Parteientwickelung und gab der sogenannten „Verfassungspartei“ den Charakter dünkelhaften Hoch- und Uebermuthes, kleinlicher Nergeleisucht, wachsender Unduldsamkeit gegen andere politische Ansichten und Ueberzeugungen und herrschsüchtiger centralistischer und germanisirender Bestrebungen gegenüber den nichtdeutschen Volksstämmen, namentlich gegen die Czechen, Polen und Slovenen.

Daß Graf Taaffe anfänglich noch gehofft hatte, mit Hilfe dieser abgewirthschafteten Partei eine neue Regierung bilden zu können, war jedenfalls ein Irrthum, den er indessen bald erkannte und nach Möglichkeit wieder gutzumachen gestrebt hatte. Vorläufig trat er scheinbar abermals in den Hintergrund. Unter dem 15. Febr. 1879 wurde unter Vorsitz des bisherigen Unterrichtsministers, Dr. v. Stremayr, ein Kabinet gebildet, in welchem Graf Taaffe das Portefeuille des Ministers des Innern übernahm. Dieses Uebergangsministerium bestand noch durchwegs aus „verfassungstreuen Elementen“, hatte aber keinen ausgeprägten politischen Charakter und war nur bestimmt, die Regierungsgeschäfte bis zur Zeit nach den Reichsrathswahlen zu leiten.

Inzwischen suchte Graf Taaffe die Bildung einer neuen Parteigruppirung herbeizuführen. Die Unmöglichkeit eines weitern Zusammenwirkens mit der bestehenden Reichsraths-Majorität drängte den künftigen leitenden Minister zur Anknüpfung von Beziehungen mit den besonnenen, staatsgetreuen Elementen der nichtdeutschen Nationalitäten und mit einzelnen einsichtigen Führern unter den Deutschen, insbesondere aus den Reihen der Großgrundbesitzer, denen die Geschichte, der Besitz, die sociale Stellung und die Staatsgesetze eine hervorragende Bedeutung im öffentlichen Leben Oesterreichs sichern.

Das österreichische Parlament zeigte seit nahezu anderthalb Decennien fast ohne Unterbrechung den tristen Anblick eines „Rumpfparlaments“, da ein erheblicher Theil der zur verfassungsmäßigen Mitwirkung bei der Legislative berufenen

Völkerstämme diese Ausübung ihrer Rechte beharrlich abgelehnt hatte. Dies war namentlich von Seite der Czechen in Böhmen der Fall, welche von dem Reichsrathe in Wien nichts wissen wollten.

Für den Grafen Taaffe ergab sich demnach eine zweifache Aufgabe: einmal hatte er eine neue Partei zu organisiren oder mindestens eine solche Reichsrathsmajorität zu gewinnen, mit deren Hilfe die Regierungsgeschäfte ungestört fortgeführt werden konnten, und dann mußte es seine Sorge sein, ein österreichisches Vollparlament zu schaffen, damit die Staatsverfassung eine breitere und festere Basis erhalte und nicht mehr als Aushängeschild nur einer Partei gelte.

Graf Taaffe hat diese beiden Aufgaben seiner Regierungsthätigkeit gelöst. Durch kluges Vorgehen gegenüber dem böhmischen und mährischen Großgrundbesitze gewann er diesen wichtigen Faktor im politischen Leben für seine Absichten. Der Großgrundbesitz repräsentirt in Oesterreich gegenüber den divergirenden nationalen Tendenzen vor Allem den Standpunkt des österreichischen Staatsgedankens, er ist dadurch zum Vermittler zwischen den Gegensätzen berufen und bildet für die Regierung eine Stütze, welche ihr das Regieren ermöglicht und ihr gestattet, einerseits allzu weitgehende nationale Aspirationen zurückzuweisen, anderseits berechtigten Wünschen zu entsprechen.

Daß Graf Taaffe gleich zu Beginn seiner Mission eine Vereinbarung mit den Curien des Großgrundbesitzes herzustellen bemüht war, bekundet einerseits richtige politische Einsicht und zeugt anderseits zugleich von der Werthschätzung des Conservatismus in der Politik; denn auch in seinen liberalen Mitgliedern ist dieser Großgrundbesitz von conservativem Geiste beseelt und sich seiner Bestimmung, Träger des österreichischen Staatsgedankens zu sein, vollkommen bewußt. Die Voranstellung des Großgrundbesitzes bezeichnet aber auch einen bedeutsamen Gegensatz zu den vorgängigen Regierungen,

welche schon nach den landläufigen liberalen Doktrinen ihrer Partei dem „feudalistisch angehauchten“ Großgrundbesitze nicht die gebührende Aufmerksamkeit und Rücksicht schenken durften. Man wollte im eminenten Sinne des Wortes eine „bürgerliche“ Partei mit einem „Bürger-Ministerium“ sein. Daß diese „Bürger“ dann für Standeserhöhungen, Titel, Auszeichnungen und andere „aristokratische Allüren“ eine ganz besondere Schwäche besaßen und im Besitze der Macht das „Bürgerliche“ von sich abzustreifen bemüht waren, sei nur nebenbei bemerkt.

Durch das vielbefeindete Compromiß im böhmischen und mährischen Großgrundbesitz fielen im Jahre 1879 die Wahlen in diesen Curien für den Reichsrath im regierungsfreundlichen Sinne aus. Die Majorität der Vertreter des Großgrundbesitzes schloß sich der „Rechten“ an und verschaffte dieser dadurch die Mehrheit im Abgeordnetenhause. Die bisher herrschende „Verfassungspartei“ wurde in die Stellung einer oppositionellen Minorität versetzt.

Zu diesem folgenreichen Umschwunge in der Zusammensetzung und Leitung des österreichischen Parlaments trug ferner sehr Vieles der Eintritt der böhmischen Czechen in den Reichsrath bei. Bekanntlich hatten die Czechen und die Polen die dualistische Gestaltung der österreichischen Monarchie am eifrigsten bekämpft. Der Widerstand der Polen wurde im Jahre 1866 durch ausgiebige Concessionen zu Gunsten der galizischen Landesautonomie und der ungehinderten Polonisirung Galiziens besiegt. Den Czechen jedoch wollten die deutsch-liberalen Führer keinerlei politisch-nationale Gewährungen zugestehen. Als nun der Dualismus durch den staatsrechtlichen Ausgleich mit Ungarn im Jahre 1867 verwirklicht und in Folge dessen für „Cisleithanien“ in der Dezemberverfassung von 1867 eine neue Constitution geschaffen ward: da legten die Czechenführer in ihrer „Deklaration“ vom 22. Aug. 1868 gegen diese Dezemberverfassung energischen Protest ein und betraten damit zugleich den Boden der politischen Passivität,

den sie in Bezug auf den böhmischen Landtag im Jahre 1871 vorübergehend aufgaben, hinsichtlich des Reichsrathes aber beharrlich festhielten.

Das Fernbleiben der böhmischen Czechen von der gemeinsamen Legislative bedeutete für Oesterreich eine empfindliche Calamität; es war eine fortwuchernde Wunde am Staatskörper. Graf Taaffe schloß diese offene Wunde und leistete dadurch der Gesundung des österreichischen Staates einen wesentlichen Dienst.

Die Gegner des Grafen bestreiten zwar dieses Verdienst, indem sie behaupten, die Czechen wären auch ohne die „Concessionen" des Grafen Taaffe in den Reichsrath gekommen, weil das czechische Volk dies selber gewünscht habe. Dieser Behauptung mangelt aber der Beweis, wohingegen der Ministerpräsident sich auf den faktischen Erfolg berufen kann. Die Czechen sitzen seit 1879 ununterbrochen im Reichsrathe und nehmen daselbst an der legislatorischen Arbeit eifrigen Antheil.

Ja, aber die bedenklichen „staatsrechtlichen Bedingungen", unter denen dieser Eintritt geschehen, die „Concessionen", mit welchen Graf Taaffe denselben erkauft hat! Dadurch sei der „Einheit des österreichischen Staates" eine arge Schlappe versetzt, das Deutschthum geschädigt und das Slaventhum überaus begünstigt und gefördert worden. So klagen die deutsch-liberalen Gegner und deren deutschnationale Abkömmlinge. Seitdem, so heißt es weiter, gehe Oesterreich unaufhaltsam dem zersetzenden „Föderalismus" und der fortschreitenden Slavisirung entgegen. Dieser Rummel fand und findet dann sowohl in der gleichgesinnten Presse des deutschen Reiches wie bei den Magyaren kräftige Zustimmung und Unterstützung, so daß dem Fernerstehenden das „System Taaffe" in der That als staatsverderblich erscheinen muß. Betrachten wir nun dieses „System Taaffe" vor Allem nach den zwei zumeist angefochtenen Gesichtspunkten, nämlich in Betreff seiner s t a a t s r e c h t l i c h e n Tendenzen und dann bezüglich seines Verhaltens gegenüber den N a t i o n a l i t ä t e n.

Man beschuldigt den Grafen Taaffe „föderalistischer Tendenzen“. Gegen diese Anklage spricht allerdings schon die ganze Vergangenheit des Ministerpräsidenten und spricht mit aller Deutlichkeit dessen bisherige zehnjährige Wirksamkeit an der Spitze der österreichischen Regierung. Man nenne uns doch einen Akt der Legislative oder der Administration, dessen Wesen und Wirkung gegen die staatliche Einheit der österreichischen Reichshälfte gerichtet gewesen wäre! Liegt ein solcher „staatsfeindlicher Föderalismus“ etwa in der Thronrede vom 7. Oktober 1879, mit welcher der Kaiser den neuen Reichsrath eröffnet hat? Diese Thronrede hieß in herzlicher Weise die Abgeordneten des Königreichs Böhmen willkommen, welche unbeschadet ihrer Rechtsüberzeugung und ungeachtet der Verschiedenheit ihrer Anschauung vollzählig den Boden der gemeinsamen Verhandlung betraten. Die Thronrede spricht die Erwartung aus, daß es gelingen werde, der Verfassung „die gleich freudige Anerkennung aller Völker zu sichern“, und am Schlusse heißt es: „Oesterreich wird, treu seinem geschichtlichen Berufe, ein Hort sein für die Rechte seiner Länder und Völker in ihrem untrennbaren, einheitlichen Verbande, eine bleibende Stätte des Rechtes und der wahren Freiheit.“ Dem Staate wurde somit die rechtsbeschützende Macht zuerkannt und die Verfassung wurde als der gemeinsame Rechtsboden bezeichnet. In dieser Thronrede war nichts, was verfassungstreue Empfindungen verletzt oder das staatliche Gefühl tangirt hätte.[1])

Den Gegnern ist es aber selten um die Wahrheit, meist nur um ihr Parteiinteresse zu thun. Deßhalb mißdeuteten sie auch jene „Rechtsverwahrung“, welche Dr. Rieger und Graf Clam-Martinitz im Jahre 1879 dem Kaiser überreicht und dann auch im Abgeordnetenhause eingebracht hatten. Diese Rechtsverwahrung wiederholte Dr. Rieger am 17. Okt. 1885, indem er im Namen seiner Parteigenossen erklärte,

1) Vgl. „Graf Taaffe“ p. 21.

daß sie (die Czechen) in den Reichsrath treten unter Berufung auf das kaiserliche Diplom vom 20. Oktober 1860, nach welchem „die Gerechtsame und Freiheiten der verschiedenen Königreiche und Länder aufrecht erhalten werden sollten.“ Die staatsrechtlichen Gewährungen dieses Oktoberdiploms bilden einen integrirenden Bestandtheil des geltenden Verfassungsrechtes, und die Czechen befanden sich somit auch mit dieser ihrer „Deklaration“ auf „verfassungsmäßigem Boden.“ Daß aber die Czechen mit dieser „Verwahrung“ es auf keine Erneuerung staatsrechtlicher Kämpfe und föderalistischer Experimente abgesehen hatten: das bezeugt die Thatsache, daß sie während der ganzen Zeit ihrer Anwesenheit im Reichsrathe, also innerhalb zehn Jahren, mit großem Fleiße dieser (staatsrechtlichen) Frage aus dem Wege gegangen sind, in dem ernsten Bestreben, den Frieden zu erhalten und die Verhältnisse Oesterreichs in friedlicher Weise zu ordnen und zu lösen.

Wenn die staatsrechtlichen Fragen trotzdem von dem Felde der öffentlichen Discussion in Oesterreich nicht verschwanden, so tragen hauptsächlich die deutsch-liberalen Gegner des Grafen Taaffe die Schuld. Sie wurden niemals müde in der Entdeckung angeblicher staatsrechtlicher Gravamina und witterten überall Gefahren und verfassungsfeindliche Absichten, ohne freilich dafür andere Gründe angeben zu können als die eigene Furcht und Einbildung oder die gehässige Parteisucht und persönliche Abneigung gegenüber dem leitenden Staatsmännern und seinen politischen Freunden. In dem langen Kampfe gegen den Grafen Taaffe spielte das persönliche Moment überhaupt eine bedeutende Rolle. Die regierungsgewohnten Liberalen konnten den Gedanken nicht ertragen, daß ihre Macht und ihr Einfluß nicht mehr maßgebend sein solle. Deßhalb suchten sie sich auch anfänglich einzureden, das „Regime Taaffe“ sei „nicht ernsthaft“ zu nehmen; es handle sich „schlimmsten Falles“ nur um eine bald vorübergehende Episode. Um so größer ist der Aerger

und die Enttäuschung, daß Graf Taaffe in der That sehr ernsthaft genommen werden muß. Ein weiterer beliebter Kunstgriff dieser angeblichen „verfassungstreuen Staatspartei" besteht darin, alle Auswüchse und Uebergriffe des jungczechischen Radikalismus, dieses Abklatsches des extremen Deutschnationalismus, der Regierung und den Czechen überhaupt zur Last zu legen, oder für jede zufällige Aeußerung eines regierungsfreundlichen Mannes oder journalistischen Organs sofort den Grafen Taaffe oder sein „System" zur Verantwortung zu ziehen.

Ein Beispiel dieser Art bietet der neueste Lärm mit der böhmischen Königskrönung, welche von Seite der liberalen Deutsch-Böhmen zum Anlasse genommen wurde, daß sie den Ministerpräsidenten dafür verantwortlich machten und von ihm eine Erklärung forderten, ehe sie zu den Ausgleichsverhandlungen nach Wien kommen wollten. In das Geschrei über diese Königskrönung stimmte sofort auch die deutschliberale Presse in Deutschland ein; deßgleichen machten die Magyaren wieder Chorus gegen das angebliche föderalistische Attentat des Grafen Taaffe auf die einheitliche österreichische Staatsverfassung. Was ist nun an diesem Geschrei die Wahrheit?

Am 4. September l. Js. bewilligte der Kaiser dem bisherigen Statthalter von Böhmen, dem Feldmarschall-Lieutenant Alfred Freiherrn von Kraus die aus Gesundheitsrücksichten erbetene Enthebung vom Amte und ernannte an dessen Stelle den Kämmerer, Franz Grafen von Thun-Hohenstein, zum Statthalter im Königreiche Böhmen. Schon beim ersten Auftauchen des Gerüchtes von dieser Ernennung rührte die deutsch-liberale Presse Wiens die Lärmtrommel. Sie verdächtigte den Grafen Franz Thun, der sich mit Stolz offen als Deutscher bekannte, nicht bloß als einen verkappten Czechen und Anhänger der klerikal-feudalen Partei, sondern sie stellte denselben zugleich als einen Feind der Verfassung, als enragirten „Föderalisten" hin, weil derselbe in einer

Rede im böhmischen Landtage unter Anderem den Wunsch ausgesprochen hatte, daß es Sr. Majestät dem Kaiser gefallen möge, sich auch zum Könige von Böhmen krönen zu lassen.

Die liberale Parteipresse hatte damit sofort das Schlagwort gefunden, Graf Thun wurde als „Krönungsstatthalter“ bezeichnet und dem Ministerpräsidenten die Absicht unterlegt, durch die Bestellung des neuen Statthalters die Wiederaufrichtung des „böhmischen Staatsrechtes“ mit „Krönung und Krönungseid“ zu verwirklichen, um so die österreichische Staatseinheit in Trümmer zu schlagen. Diese Anklagen und Unheilsverkündigungen nahmen an Stärke und Heftigkeit zu, als sowohl die czechische Presse, wie auch hervorragende Politiker der Czechen offen erklärten, daß sie allerdings an der Hoffnung hinsichtlich der böhmischen Königskrönung festhalten und auch auf das „böhmische Staatsrecht“ keineswegs Verzicht geleistet hätten. Daraufhin erhoben sich die Stimmen in Ungarn mit der warnenden Erinnerung, daß nach den Ausgleichsgesetzen von 1867 eine staatsrechtliche Sonderstellung des Königreiches Böhmen mit der gesetzlich festgestellten Parität der beiden Reichshälften in Bezug auf deren constitutionelle Vertretung nicht vereinbar sei. Sollte es trotzdem zu der Königskrönung in Prag kommen, dann wäre der Ausgleich mit Ungarn verletzt und letzteres müßte sich auf die „Personal-Union“ zurückziehen. Eine weitere Folge dieses Zeitungsrummels war das ebenso ungerechtfertigte als höchst bedauerliche Mißlingen eines neuerlichen Ausgleichsversuches zwischen Deutschen und Czechen, indem die deutschböhmischen Parteiführer die angebliche Absicht der Regierung mit der böhmischen Königskrönung als Vorwand nahmen, die Einladung zu einer Ausgleichsconferenz nach Wien ohne jede weitere ernste Prüfung abzulehnen. Sie wollen nicht, weil sie nicht wollen.

Was vor Allem die Frage der böhmischen Königs-Krönung betrifft, so ist diese keineswegs erst wohl jetzt auf-

getaucht. Sie bildet vielmehr eine stete Hoffnung und einen sehnlichen Wunsch des czechischen Volkes, dem sich auch der conservative Theil der Deutschen in Böhmen anschließt. Die „Frage" stand auch zu wiederholten Malen ihrer Lösung sehr nahe, kam aber niemals zur Erledigung, weil sich mit derselben stets andere, bedenkliche staatsrechtliche Fragen verknüpften oder doch mit ihr in Beziehung gebracht wurden. Bereits im Jahre 1861 hatte eine Deputation von Deutschen und Czechen vor dem kaiserlichen Throne der Bitte Ausdruck verliehen, Se. Majestät möge „durch den feierlichen Akt der Krönung (als König von Böhmen) den Banden jener Anhänglichkeit, mit welcher das Königreich Böhmen in guten und bösen Tagen zu Sr. Majestät erlauchter Dynastie gestanden ist und stets stehen wird, eine neue, hohe Weihe geben." Der damalige Fürsterzbischof von Prag, der spätere Cardinal Fürst Schwarzenberg bezeichnete die „Krönung als einen feierlich religiösen Akt"; von einer staatsrechtlichen Bedeutung war damals keine Rede. Später trat hierin allerdings eine Aenderung in den Anschauungen ein.

Um die Czechen von ihrer politischen Passivität abzubringen hatte der Kaiser am 29. Sept. 1870 in einem Reskripte erklärt, daß er entschlossen sei „neuerlich die Untheilbarkeit und Unveräußerlichkeit des Landes (Böhmen) unverbrüchlich zu verbriefen und durch die Krönung mit der Krone Böhmens der inneren Einigung mit dem Volke Böhmens leuchtenden Ausdruck zu geben". Noch entschiedener versprach dies das kaiserliche Reskript vom 12. Sept. 1871 an den böhmischen Landtag, ja letzteres ging sogar so weit, die bestehende Verfassung für Böhmen zu suspendiren, um mit dem Landtage in Prag einen besonderen „staatsrechtlichen Ausgleich" auf Grund der vorgelegten „Fundamental-Artikel" zu vereinbaren.

Dieser Schritt des Kabinets Hohenwart scheiterte theils an dem ernstlichen Widerspruche der Deutschen (unter der geistigen Führung des Grafen Beust, der dem Kaiser auch

als Reichskanzler gegen die Fundamentalartikel eindringliche Vorstellungen machte), theils an der energischen Opposition der ungarischen Regierung, welche in Uebereinstimmung mit den maßgebenden politischen Faktoren des Landes in diesen Artikeln eine Gefährdung des staatsrechtlichen Dualismus der Monarchie erblickte. Eine ganz ähnliche Wirkung hätte eine Aktion zu Gunsten der böhmischen Königskrönung auch heute, sobald mit derselben irgendwelcher neue „staatsrechtliche Ausgleich, ein „Krönungsdiplom" mit „Krönungseid" verbunden würde, durch welche politischen Akte dem Königreich Böhmen eine besondere staatsrechtliche Vorzugsstellung eingeräumt, und in Folge dieser die von Ungarn im Jahre 1867 gesetzlich ausbedungene Einheit der constitutionellen Regierung, Volksvertretung und Staatsgesetzgebung in dem österreichischen Theile der Monarchie alterirt werden sollte. Eine solche Möglichkeit steht indessen nicht bevor, am wenigsten liegt es in der Absicht des Grafen Taaffe durch eine Wiederaufnahme der böhmischen „Fundamentalartikel" vom Jahre 1871 die staatsrechtlichen Conflikte und Katastrophen in Oesterreich erneuern zu wollen.

Die böhmische Königskrönung ist seit mehr denn [illegible] halbhundert Jahren im Wesentlichen nur ein dynastisches Fest mit kirchlicher Weihe gewesen. In dieser Eigenschaft hängt deren Vornahme in erster Linie von der Entschließung des Monarchen ab, der durch diese Krönung allerdings an Glanz der Ehren, aber nichts an der Vermehrung und Legitimirung seiner Herrscherrechte gewinnt. Gegen eine solche kirchliche „Ceremonie", wie die böhmische Königskrönung der altczechische Abgeordnete Dr. Zucker erst jüngst genannt hat, könnte allerdings weder vom Standpunkte der Decemberverfassung vom Jahre 1867, noch unter dem Gesichtspunkte des ungarischen Ausgleichsgesetzes vom Jahre 1867 irgend welche Einwendung gemacht werden. Desgleichen wäre ein solches Krönungsfest keineswegs ein bloß czechischer oder gar ein deutschfeindlicher Akt, denn diese Krönung besitzt trotz des Geschreies der Jung-

czechen und trotz der Befürchtungen der Deutschböhmen kein nationales Gepräge.

Ob es aber vom Gesichtspunkte der gegenwärtigen politischen und nationalen Zustände in Oesterreich-Ungarn opportun und räthlich erscheint, die böhmische Königskrönung selbst in diesem ihrem unpolitischen Charakter in das Bereich der anzustrebenden nächsten Regierungszwecke zu setzen, bleibt noch immer eine Frage. Graf Taaffe hat sich über dieselbe bisher nicht geäußert; aus den Mittheilungen der regierungsfreundlichen Journale kann man aber schließen, daß die böhmische Königskrönung mindestens gegenwärtig „nicht auf der Tagesordnung stehe“. Damit sollten sich auch die Deutschliberalen in Böhmen begnügen und statt der nergelnden Abstinenz-Politik vielmehr wieder die Bahn der aktiven Theilnahme am öffentlichen Leben ihres Vaterlandes betreten.

Das Sitzen der Deutschböhmen im politischen Schmollwinkel dauert bereits in's dritte Jahr und soll nach dem jüngsten Beschlusse des Exekutivcomités der deutschen Landtagsabgeordneten in Böhmen auch weiterhin fortdauern. Hat das Deutschthum Böhmens in dieser Abstinenzzeit irgendetwas gewonnen? Selbst die eifrigsten Anhänger der Abstinenzpolitik werden dieß nicht behaupten wollen. Wahr ist, daß durch den Austritt der Deutschen aus dem böhmischen Landtage und durch die seitherige politische Enthaltsamkeit derselben beide Nationalitäten und somit das ganze Land Böhmen wachsenden Nachtheil erfahren hat. Und da die Zustände in Böhmen vielfach beeinflussend, ja maßgebend für das gesammte österreichische Staatswesen sind: so leidet unter der Fortdauer des nationalen Haders in Böhmen das ganze Reich.

(Zweiter Artikel im nächsten Heft.)

XLIX.

Die Schweden in Schwaben.

In den Württembergischen Vierteljahrsheften 1888 (S. 141 bis 159) veröffentlichte Albert Schilling einen Artikel „Patrik Ruthven, schwedischer Commandant in Ulm, 1632—33", welcher auf authentischen Quellen beruhend, ein lebensvolles Bild der Mühsale und Beschwerden gibt, von denen das Schwabenland durch die schwedische Invasion heimgesucht ward. Kaum hatte Gustav Adolf am 13. Februar 1632 zu Frankfurt mit der Reichsstadt Ulm ein Bündniß geschlossen, als Sir Patrik Ruthven, Gouverneur der Festung Memel, Generalmajor der Reichsstadt Ulm, als schwedischer Abgesandter am 14. Februar daselbst Einkehr nahm. Sofort wurden Werbungen angeordnet und die Befestigungswerke verstärkt, die auf das Rathhaus beorderten Zunftmeister erhielten die Kunde, daß sich der Rath unter den Schutz des Königs von Schweden gestellt habe, und das neugeworbene Kriegsvolk leistete diesem den Eid. „Alsbald erhub sich in den umliegenden Orten großes Geschrei, daß Ulm schwedisch geworden." Der mittlerweile mit schwedischen Reitern angekommene Oberstlieutenant Rehlinger, welcher sich ungeladen im Deutschen Haus einquartierte, erhielt den Auftrag, den Prälaten der Klöster Wiblingen und Elchingen anzukündigen, sich unter schwedischen Schutz zu stellen und Contribution zu leisten, was nach einigem Widerstreben geschah.

ch an die umliegenden Grafen nnd Freiherrn sowie an Ritterschaft und Geistlichkeit erging die Aufforderung, ch in der königlichen Majestät von Schweden Devotion nt gebührender Contribution zu stellen"; allein es erfolgte n dieser Seite keine Antwort, weßhalb Ruthven einen An-)lag auf den Hauptmann der Ritterschaft des oberen onauviertels, den Freiherrn Max von Schwendi und is Kloster Gutenzell machte. Schwendi wurde im Bette egend überfallen und gefangen, seiner Kanzlei und aller Werthsachen beraubt und selbst seine Frau Maria, eine ge- orene Leonrod v. Trugenhofen, wurde nicht verschont. Die Klosterfrauen von Gutenzell erlitten eine erhebliche Brand- chatzung und der Hofmeister wurde gefangen. In dem Städtchen Wiesensteig wurde die Gräfin Eleonora von Fürstenberg in ihrem Schlosse bewacht, bis sie 40,000 Thaler bezahlt habe. Dieselbe entkam jedoch, indem sie sich in Be- gleitung einer Zofe die Mauer herabließ und bis zum Gürtel im sumpfigen Wasser watend unter großen Schwierigkeiten glücklich Meßkirch erreichte.

Der genannte Aufsatz führt unter Beibringung zahl- reicher Details eine große Reihe von Städten, Dörfern und Schlössern auf (Weißenhorn, Donauwörth, Nord- heim, Günzburg, Lauingen, Dillingen, Leut- kirch, Memmingen, Wurzach, Waldsee, Wangen, Ummendorf, Ehingen, Riedlingen, Saulgau, Biberach, Ingoldingen, Ingolstadt, die Schlösser: Erbach, Zeil, Scheer), welche von den Schweden heim- gesucht wurden und eine schlimme Behandlung erfuhren. Am meisten aber hatten die Klöster zu leiden, denen gewaltige Contributionen für den Schwedenkönig auferlegt wurden. Die Mönche und Nonnen gaben, um Gewaltthätigkeiten zu vermeiden, entweder gutwillig nach, oder sie mußten außer Landes fliehen, und dann wurden von ihren Gütern die schwersten Leistungen erpreßt. Ochsenhausen sollte für einen bestimmten Zeitraum allwöchentlich 1000 Reichsthaler,

50 Scheffel Haber, 1 Rind u. s. w. liefern, nachher sollte die Geldcontribution auf 500 Reichsthaler ermäßigt werden; ebenso wurden den Klöstern Ottobeuren, Weingarten, Salem (einige in Ravensburg gefangen gehaltene Mönche konnten sich nur durch ein Lösegeld von 6000 Thalern retten), Söflingen, Wiblingen, Elchingen, Roggenburg u. s. w. erhebliche Contributionen auferlegt, worüber Schilling genaue und wahrheitsgetreue Einzelheiten beibringt. „Unmenschlich wütheten die Schweden von Ulm und Memmingen im Illergau gegen die katholischen Geistlichen. Sie erpreßten durch schreckliche Drohungen, Marter und lange Gefangenschaft Geld von ihnen, und ermordeten jene, welche keines hatten oder solches herzugeben sich weigerten, ja sie ließen sogar einen der gefangenen Priester durch angespannte Pferde in Stücke zerreißen."

An geschichtlichen Daten reich und darum recht dankenswerth ist die Publikation im sechsten Blatt (1889) der Württembergischen Neujahrsblätter: „Der dreißigjährige Krieg in Schwaben. (Nach ungedruckten Aufzeichnungen von Zeitgenossen in Ulm und auf der Ulmeralb.) Herausgegeben von Dr. J. Hartmann." Der größte Theil dieser jüngst veröffentlichten Aufzeichnungen gehört einer Chronik an, welche der Bauer und Schuhmacher auf der schwäbischen Alb, Johannes Heberle, verfaßte. Derselbe wollte in seinem „Zeitregister das ist Denckbüchlein" kürzlich beschreiben von Jahr zu Jahr, was sich verloffen und zugetragen hat. Seine Mittheilungen enthalten einerseits Selbsterlebtes, andererseits aber dienten ihm die Kriegshistorie, Relation &c. und andere Schriften als Quellen, aus denen er in der Regel am Jahresschluß schöpfte. Heberle scheint seine spezialgeschichtlich werthvollen Aufzeichnungen im Jahre 1618 auf losen Blättern begonnen zu haben, deren Inhalt er im Jahre 1648, in der Weise, wie das Buch jetzt vorliegt, zusammenfaßte. Obgleich der Chronist als Einwohner des zur Reichsstadt Ulm gehörigen Ortes Neenstetten Protestant

war und demgemäß in seinen Aufzeichnungen den lutherischen Standpunkt einnahm, so war er doch aufrichtig genug, auch der Mißhelligkeiten zu gedenken, welche die Schweden über das Schwabenland brachten.

So schreibt er Seite 20: „Es schenkten uns die Schwedischen auch nichts, was sie bei uns erwischen konnten in der Flucht, das nahmen sie mit, daß wir beide auf dem Hals haben. Da müssen wir alles bei einander liegen lassen, was einer gehabt, wenn wir nur mit Weib und Kindern und mit dem Leben davon kommen. Das andere hat man gern fahren lassen, so groß ist die Not gewesen“.

Ebenso originell wie interessant ist die Eintheilung der Darstellung Heberle's in „30 Fluchten“ nach Ulm. Von der letzten Flucht im Jahre 1648 schreibt er: „Am 12. Tag Wintermonat, als nun der Fried beschlossen, und die Völker sollen verlegt werden, sind wir wieder nach der Stadt Ulm gewichen, mit Weib und Kind, Roß und Vieh, an einem Sonntag und ist eben diesmal von einer Oberkeit zu Ulm der Landschaft geboten worden, daß man soll am Montag, das ist der 13. Tag Wintermonat, das Dank- und Friedensfest halten und feierlich begehn mit Predigen, Communiciren und fleißigem Gebet, welches wir fleißig und mit großen Freuden zu Ulm in der Flucht gehalten haben. Man hat das Fest so steif und fest gefeiret als immer den heiligen Christtag, und Gott Lob und Dank wir sind diesmal noch gern geflohen, weil es die *letzte Flucht* war, die 29. oder ungefähr 30. oder wohl mehr, die einer Not halber nit alle beschrieben hat. Dann oft ein Dorf oder Weiler zu dem andern geflohen ist. Es sind auch viel Fluchten in die Hölzer und Wäld geschehen, die einem nicht möglich alle zu schreiben sind. In Summa: es ist so jämmerlicher Handel gewesen, daß sich ein Stein sollte erbarmet haben, will geschweigen ein menschliches Herz. Dann sind wir gejagt worden wie das Gewild in Wäldern. Einer ist ertappt und übel geschlagen, der ander gehauen, gestochen, der dritte ist gar er-

schossen, einem sein Stücklein Brot und Kleider abgezogen und genommen worden. Darum wir Gott nicht genug loben und preisen können für den edlen Frieden, den wir erlebt haben. Denn was haben wir ausgestanden in den 30 Fluchten, die allein nach der Stadt Ulm geschehen sind! Eine ist geschehen bei finsterer Nacht und großem Wetter, die andere in Schnee und großer Kälte, die dritte ist geschehen in Gefährlichkeit mit dem Kriegsvolk, daß wir oft um unser Armut kommen auf dem Weg, ja um Leib und Leben."

Da in dem erst erwähnten Aufsatz von den harten Schicksalsschlägen keine Erwähnung geschieht, welche der 30jährige Krieg über das große und reiche Prämonstratenser-Kloster Marchthal in Oberschwaben brachte und auch das an interessantem Detail so überaus reiche Buch von Soden, „Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland", die schwedische Kriegsfurie nicht bis in die württembergischen Lande an der oberen Donau verfolgt, so werden diese Lücken wohl theilweise durch die folgenden tagebuchartigen Aufzeichnungen der Schicksale eines Marchthaler Canonikers und Pfarrers zu Unter-Wachingen ausgefüllt, welche mit den einfachen aber naturgetreuen Farben eigener Erlebnisse zur Darstellung gelangten.

Die Mittheilung dieser an sich zwar keineswegs belangreichen Vorgänge dürfte ihre Rechtfertigung doch gewiß in der wohlbegründeten Ueberzeugung finden, „daß es von der größten Wichtigkeit ist, so recht das Elend kennen zu lernen, welches durch den 30jährigen Krieg über unser Vaterland hereinbrach." (Rolfus, Anzeige der „Heldenbilder aus dem 30jährigen Kriege von Fr. Binder", 1888, im Liter. Handweiser Nr. 475 und 476 S. 176.)

Erzellung,

waß R. P. Georgius Sautter, Canonicus Marchtall., Pfarr-**Vicarius** zu Unter-Wachingen, den Schwedischen Krieg durch (während der Jahre 1632 und 1633) ausgestanden.

O Tempora.

Anno Domini 1632. Die undecimo Aprilis hat unser persecution ihren Anfang genommen, als da das Convent zu Marchtall sich in die Flucht begeben; sechs des Convents sambt etlichen Closter-Dienern mit Roß und Wagen haben bey mir allhie zu Wachingen, und Reverendissimus noster, mit etlichen Convents-Herren, zu Saulgart bis auf 8 Täg aufgehalten, von dannen ihr Ausflucht nach dem Spechtzart gesucht.[1])

Den 16. Maij Dominicâ Rogationum nach Mittag umb 3 Uhr bin ich von einem Soldaten ertappet, erschröcklich mit blossem Wehr geschlagen und gestochen, doch nit verlezt worden, hab ihm ohngefähr 60 R. geben müssen. Diße Nacht hab ich mit meinem ganzen Hausgesind im Aychwald, oder Dannenwald wie mans nennet, die Nacht Herberg nemen müessen, allda nach Mitternacht ein so erschröckliches Wetter, mit Blizen, Donneren und Regen angestoßen, daß wir nit anderst vermeint, wir werden zu Grund gehen, ertrünken und verfrieren.

Den 25. Junij. Als die schwedische Soldaten zu Undersingen einen Mann verschossen, haben sie einen Jüngling bekommen, der ihnen den Weg auf Wachingen hieher hat zaigen müssen, zu dem End, wie sie sich vernemen lassen, daß sie den Pfarrhoff ausplündern wöllen; weil ich aber dessen bin avisiert worden, hab ich mich auf die Flucht nacher Dieterskirch gerüstet, meine 2 Pferdt gesattlet, zimlich Gelt auf die Raiß genommen. Weil aber meine beide Knecht ein jeder einen Schuß gethan, unangesehen, daß die Plünderer schon bey der Stigel auf unserem Oesch gewesen, haben sie sich dadurch abschröcken lassen, und widrum zuruck gewichen; welches ich doch noch nit gewust, sondern mit meinem fliehen fortgefahren, und mein ganzes Haus-

---

1) Spechtshard bei Ueberlingen, ein dem Kloster Marchthal gehöriges Gut mit Schlößchen. A. d. Red.

gesindt mit mir nacher Dieterskirch genommen, allda über Nacht
mit großer Forcht und Schrecken verbliben.

Volgenden Tag, welcher war der Hagelfeyrtag Joannis
et Pauli, und daran Regenwetter angefallen, vermeint hab, kein
Gefahr vorhanden zu sein, hat Herr Pfarrer zu Dieterskirch,
und nach ihme ich, propter Festum celebriert, und wie ich ad
sumptionem kommen, kommt ein kleines Knäblein für die Kirchen-
thür, schreyet: Amma, es kommen Krieger. Gleich darauff laufft
jedermann aus der Kirchen der Heimet zu, der Herr Pfarrer
hats gleich wohl abweren wollen, dann Er vermeint, es seye
nichts; aber der Gewalt ist alsbald vorhanden gewesen, seind
von Pferdten abgestiegen, theils dem Pfarrhoff zu geloffen,
theils der Kirchen. Da kann ein jeder glauben, in was Forcht
und Angst ich die hl. Meß vollendet hab, und wie ich mit der
hl. Meß allerdings fertig, und Herr Pfarrer bloß in Glocken-
thurm hinauf entrunnen, und ich den Kelch gefasset, der Sacristei
hab zugehen wollen; in allem umkehren erwischet mich der Cor-
poral, ein langer starker und schöner Mensch, zuruck bey dem
Kragen noch im Meßgewandt, schlagt mit bloßem doch flachem
Wehr auf mich etlich mal, mit Begeren, ich soll ihm Geld geben.
Weil ich aber von ihm begert, er soll mich nur zuvor ausziehen
lassen, darnach wöll ich ihme geben, was er begere, hat er nit
verziehen wollen, sondern mir die Häß [Gewand] aufgehebt, in
Sack (ad dextram) hinein griffen, und den Seckel voll Geld
genommen, darin nit wenig gewesen, weil ich mich auf die Flucht
geristet hab.

Sobald der Corporal mit mir fertig, kommt ein anderer,
der macht es noch gröber mit mir. Dißer nimmt mich auch
beym Kragen, schlagt auf mich, und zieht mich für den Chor
hinaus, will auch Geld von mir haben, und ob ich mich gleichwohl
entschuldiget, ich habs schon dem Corporal geben, hat er nit
daran glauben wollen, griff mir auch in den lincken Sack und
findet einen Seckel, darin 25 Reichsthaler gewesen.

Da ich nun vermeint, man sey mit mir fertig, und ich das
Meßgewand etc. auf den mittleren Altar gelegt, kommt der
dritte, dan die Kirch ist voller Soldaten gewesen. Dieser war
ein Feldscherer, will auch Geld haben, schlagt auf mich mit
bloßem flachen Wehr, wie dann solches noch bey handen sein

wirt, durchsuechet mich, findt bey mir ein Beſtöck, als Meſſer, Gabel und Löffel, möcht 7 oder 8 R. wert geweſen ſein, mein Rosarium, Handſchueh, nimt alles, endlich reißet er mir das Wammes auf, ſchneidet das Halsgehenck herab, iſt auch 8 R. aufs wenigſte werth geweſen, nimt es mit.

Als ich nun geglaubt, ich ſeye von ihme ledig, dann ſie darnach anderen Sachen nachgeſezt, als daß ſie den Kelch genummen, über das Sacrarium gebrochen, das Venerabile dehoneſtiert und auf den Boden geworffen, und dergleichen, auch andere Leut, ſo ihnen aus der Kirchen nit haben entrinnen können, ausgeplünderet, da befahle der Corporal, man ſolle mich gefänglich annemen und mit fieren, und wie ich darfür gebetten, er ſolte mit dißem plünderen zufrieden ſein, und was er mit mir Alten anfangen wolle, hat er zum zweytenmal gut teutſch geſprochen, er wolle mich etc. caſtrieren und um das Maul ſchlagen, und zu Nacht henken laſſen; und als ich geſagt, es gelt mir gleich; Ey du Donnersdieb, ſprach er, alſo machets ihr Päpſtler alle, aber bis Nacht ſollſt du erfahren, wie es dir gehen wird.

Nach dißem gab er Befelch, man ſoll mich hinausfieren, und als im Hinausfieren ich geſchryen: Jesus Maria, gibt er mir zur Antwort, gehe fort, Maria wird dir nit wehren, noch mögen helffen. Hab mein Breviarium begert, aber ſolches ſchwerlich erhalten, daß ers mir gelaſſen, mit Vorgeben, ich werde nit mehr viel beten.

Als man mich für den Kirchhoff hinaus gefiert, hat man mich auf ein altes Roß, darauf ein Reitkiſſe gelegen, heißen auffitzen; weilen ich aber mich deßen gewaigert, vorgebend, ich künde nit alſo reiten, ich habe es nit alſo gelernt, fiert man mich zu dem Pfarrhof, dar vor meine 2 Pferd und Herren Pfarrers von Dieterskirch 2 Pferd geſattelt und gezäumt geſtanden. Der Corporal hatte ſchon auf meinen großen Braunen ſein Belleiſen aufgelegt, und ihm ſolchen geaignet, und weil ich von ermeldtem Corporal begert, wann ich je mit müeßte, wolle er mir doch meinen anderen Braunen zu reiten erlauben, er bewilliget es.

Darauf iſt der Marſch angangen, ſo ſtark, durch alle Wäſſer und reverenter Kothlachen, daß das Waſſer allenthalben bis

über das Haupt ausgesprizt. Weil ich aber nit gehabt weder Sporn noch Rueht, das Pferd fort zu bringen, und ich des unmenschlichen Reitens nit gewohnt war, ist nit auszusprechen, wie sie mich geschlagen und getrillet haben, und ob ich gleich wohl vorgeben, des starken Reitens sey ich nit gewohnt — ey du Donnersdieb, solst du nit reiten können, und hast so statt-liche Pferdt; hat durchaus kein Entschuldigung golten.

Als man mit aller Macht kommen in ein Hölzlein, nit weit von Uttenweyler, haben 5 Soldaten mich in dißem Hölzlein auf 2 Stund ungefähr verwahret, die andern seind auf Utten-weyler zu geritten zur Ausplünderung. Weil man ihnen aber ein Widerstand gethan, haben sie 2 Mann, einen von Emmer-ingen Georg Haueißen, und den alten Schultheißen von Grunz-heim nidergeschoßen, ein Scheuer angezindet und sich widrum aus dem Staub gemacht, und sobald die 5 Soldaten, so mich verwahrt haben, den Rauch wahrgenommen, Hilff Gott wie ist es reitten gewesen Uttenweyler zu, in welchem reitten ich zu forderst sein müßen, wie mein Buckel wohl innen worden.

Da wir allerdings nacher Uttenweyler kommen, Eue, be-reiten die andere, so Uttenweyler wollen plündern, widrum heraus, und fieren gefänglich mit Herren Pfarrer von Ober-stadion, allda wahr worden: Solatium est miseris etc. Er wie er meiner ansichtig worden, hat er sich erfreuet, wie nit weniger auch ich ab ihm, da ich ihn gesehen, nit daß ich ihme dißes Unglück gunnet habe, sondern daß ich einen Trost von ihm haben möchte.

Wir klagen einander unser Noth. Er sagt, bis zu Nacht werde man ihn henken; ich sag ihme, dißes Urtel sey über mich auch schon ergangen. Wir sagens einander zu, daß wir einander zusprechen wollen, bis auf den letzten Athem. Kommen also mit Leid bis gen Undersingen, da helt man still, und fragt mich der Corporal, was ich ihm geben woll, wan er mich widrum ledig lasse; ich gab ihme zur Antwort, ich hoffe, er werde weiter von mir nichts begeren, dann er an Geld und Geldswerth mehr als 300 oder 400 R. bekommen, werde oder könnte darmit wohl zufrieden sein.

Darnach wendet er sich zum Herren Pfarrer zu Stadion, was er wölle Ranzion geben; wie er sich aber übel gehaben.

r habe nichts, und ich solches auch bestettiget, und es habe ım 2 oder 3 Jahrgäng gefehlt, hat er sich so weit heraus=elassen, weil er 4 Pferd allda gehabt, hat er für eines 5 R. egert, also wan Er 20 R. werde erlegen, woll er ihn ledig lassen.

Darnach pactiert er mit mir also, weil Herr Pfarrer von Stadion gesagt, ich seye hundert mal reicher als er, hat er für neine 3 Pferd, deren doch die 2 Herren Pfarrer zu Dieterskirch ugehört, dann meinen großen Braunen hat er ihme schon ge=aignet gehabt, wie oben vermeldet, 60 R. begert, hab ihn weiter nit herunder bringen können. Dem Meßmer von Dieterskirch, den er auch gefangen gehabt, hat er vergunt, solches Geld, wo er künde, abzuholen und solches nacher Rottenacker für das Schüzenhaus zu bringen. Aber der Corporal (da wir fort ritten auf Rottenacker für das Schüzenhaus) ritte mit etlichen auf Emmerkingen zu, Commiß allda abzuhollen.

Wie wir also vor dem Schüzenhaus auf 3 oder 4 Stund gewartet, eue, da fahrt für uns ein zugedeckte Gutschen, darin des Herren von Emmerkingen Döchterlein gesessen, welche von zweyen Soldaten hennent und dennent verwahret worden. Endlich kommt der Corporal mit einem Commiß Wagen. Unter der weilen hat ein sonderbare Commiseration mit mir der Feld=scherer, der doch mich auch zuvor ausgeplünderet, erzaigt; dann als er vermerkte, daß mir das reitten so weh gethan, hat er mich vor dem Schüzenhaus laßen absizen und haißen auskrueben, darnach als es geregnet, hat er mich für all andere heraus, auf das Schüzenhaus in die Trückne gefiert. Auch hat man mir ein Speck zu essen geben, welchen, weil ich den ganzen Tag nichts weder gessen noch getrunken hab (weil es aber Samstag ware) nit angeriert.

Indeßen hat ein junger Soldat ein Aug auf meinen Braunen geworffen, und mich hernach zum zweyten mal haißen absizen, aber ermeldter Feldscherer hat auf sein Sprach mit ihm geredt, daß er zu Rueh gestanden. So hat man auch von mir, aber fälschlich ausgeben, ich hab ihnen müßen Meß halten und predigen, und ein Person, die ich kenne, hat gesagt, sie hab es gesehen, ist aber nit wahr gewesen.

Ohngefähr umb 6 Uhr seind wir vom Schüzenhaus in das Wirtshaus gen Rottenacker hinein geritten, allda dem Corporal

die Weil lang gewesen, daß der Meßmer mit dem Geld noch nit kommen, dahero die Sach schon dahin geordnet worden, daß ich auf das Schloß zu Rottenacker sollte gelegt werden, und ob ich gleichwohl Leib und Leben verpfändet habe, er solle mich nacher Haus laßen, ich wölle ihm die 60 R. lifern, hats doch kein Verfang haben mögen.

Der Corporal hat anfänglich ein Bürgen von Rottenacker haben wollen, weil ich aber keinen bekommen mögen, unangesehen, daß ich den Praedicanten darumb angeredt, auch den Mackhen, da hat er darnach 5 Bürgen begert; weil diß aber nit hat sein können, hat er, der Corporal selbsten sich angeworffen, er wolle mit mir auf Underwachingen reiten, und einen Botten von Rottenacker mitnemmen, damit wir desto bälder fort kommen mögen. Nun, ich bin dessen zufriden, was geschicht? — Man sezet mich auf ein Räpplein, und sizet der Corporal selbert 8 auf die Pferdt, die alle mit mir geritten, da hat mir die Kaz anfangen den Rucken hinauf lauffen, und gedacht was daraus werde werden; ja mir anderst nit eingebildet, als man werde das ganze Wachingen ausplündern. Als wir ungefähr eine Viertelstund stark daher geritten, sihet der Corporal 3 Personen auf dem Ried daher gehen; er fragt mich, ob diße meine Bauren mit dem Geld seyen? Als ich aber debilitatem visus vorgeschüzet, hat er den Botten von Rottenacker auf sie da reiten laßen, bald darnach auch 2 Soldaten, und als sie zu diesen drey Personen kommen, bey ihnen still gehalten, ist der Corporal auch auf sie postiert, aber mich nit hat wöllen mit laßen, sondern habe mit den anderen 5 Soldaten fort reitten müßen.

Endlich kommt der ganze Hauff zu uns, und fragt mich der Corporal, ob dißes meine Bauern seyen? und ob sie das Geld haben? und wie ich ja darauf geantwortet, da hab ich ihm auf den Pferdten das Geld in den Huet hinein gezelt; sobald er das Geld empfangen, hat er den Stiel umgeträt, mit dem Botten wider auf Rottenacker zu, mich aber mit den anderen 7 Soldaten auf Emmerkingen zu fieren lassen, under welchen 2 voran auf Emmerkingen zu stark postiert, kemen uns aber bald wider entgegen, trugen ein neue Maß Kanten mit Wein mit sich. Der eine bringts mir, ich gesegnete es ihm, ich trank

und brings einem anderen, welcher auch trank, und gab es ein Umbring; die Zahl kame abermal an mich, ich brachte es einem anderen, und trink widrum. Als ich ihm aber die Kanten geraicht, nimt er die Kanten, samt dem Wein, und wirffts hinaus in einen Acker, sprechend, also machens wir Soldaten.

Nach diesem sagt er mir, ich soll vom Pferd herunder steigen, und als ich mich dessen gewideret, mit Vorgebung der Corporal hat mit mir accordiert, wan ich ihm 60 R. lifere, wolle er mir meine 3 Pferdt volgen lassen, er aber ganz zornig spricht: Hörst du es dann nit du Donnersdieb, steig ab, ihr versprechet auch viel und haltet es nit, ihr habt den Grafen von Hohenloo gefangen, und 2 Prediger verschossen; darum steig ab geschwinder als geschwind, und schau nur, daß dir nit auch wie den Predigern ergehe. Hat es die Meinung, gedachte ich, so will ich absteigen, und sprach: wohlan, wo das ander ist, so seye das auch; stige also ab, und gab ihm das Pferd in die Hand, darauf einer sagte: gelt du hast wollen sagen, hat der Teüffel das ander hin, so hab er dißes auch hin. Ich antwortete ihm Nein, das sage ich nit. Seind also von einander geschaiden, sie nacher Rottenacker, ich aber übel geschlagen, matt und mied per pedes hauß zu.

Auf mich haben die von Wachingen mit Blangen und mit weinenden Augen gewartet, hab auch müßen weinen. De his testimonium perhibeo, et scio, quia verum est testimonium meum, quod testari possum multis testibus, Anno 1632.

Volgenden Tag, als den 27. Junij, als ich Meß gehalten, nachmittag um 1 Uhr, bin ich in das Exilium nacher Spechzart und Ueberlingen gezogen, und den 21. Julij widrum ganz elendiglich nacher Haus kommen.

Als ich zu Ueberlingen war, ist der schwedische Major darfür kommen in festo S. Angeli Custodis, weil man in dem Ambt ware, zwischen der Epistel und Evangelium, hat ein großen Lermen geben, man hat gesagt, daß auf 40 Personen seyen nidergemacht worden, darunder ein Weinmer Trompeter, und sonsten ein ansehnliche Person gewesen sein soll. Nachmittag hat man das Siechenhaus und Kirchen, darauf auch einen Torckel, so gen Salmenschweil gehörig, abgebrännt, und diß mit Fleiß.

Nach meinem hinwegraisen gleich den anderen Tag hernacher,

als den 28. Junij, hat man all mein Vich, ja die ganze Herd hinweg getriben, meine Mägd habens selbert mit anderen Mägden nacher Rottenacker müßen treiben, daher laider eine von einem Soldaten in Martin Müllers Haus zu Emmerkingen ist dehonestiert worden.

Darnach haben 11 Soldaten den Pfarrhoff auf 12 Tag ausgeplünderet, Tuech, Klaider, Korn, Wein ꝛc. ꝛc. hinweg genommen und auf Wägen fortgefiert. R. D. Jacobus Blanck hat mir 3 Faß eingeschlagen, da ich vermeint, ich wolle sie zu Zeit der Noth hinweg fieren; weil mir aber die Roß genummen worden, hab ich sie in Kirch Keller verborgen, aber bald gefunden, [daß] die Faß zerschlagen und alles hinweg gefiert worden.

Diße ganze Zeit, bis auf den 15. Decembris hab ich gelebt wie ein Vogel auf dem Zweig, hab mich schier alle Wochen ein oder zwey mal verschlieffen oder verstecken müßen.

Den 15. Decembris bin ich nacher Marchtall, aber gleich darauff nachmittag auf Zwifalten Dorff, zum Herrn Decano geflohen und allda bis auf den 19. ejusdem verbliben, von dannen nacher Reitlingen bey eitler Nacht geflohen, große Angst, Forcht und Schräcken ausgestanden, und den 20. ejusdem widrum nacher Haus kommen.

Nun volget was ich Annô 1633 ausgestanden.

Den 9. Januarij bin ich nacher Munderkingen geflohen. Den 11. wider kumen. Den 16. Februarij haben die Schwedische müßen fliehen, haben aber übel abgelezt, alles ausgeplündert, meine 2 Stueten und Schweinmuetter, samt 7 Ferlen genummen.

Diße haben die Kayserliche verjagt, daher den 17. Februarij der Altringische Wagenmeister bis auf den 19. Quartier genummen. Auf ihn ist Ferdinandus von Oppen, ungarischer Oberster, doch Lutherisch, kommen, und Quartier bis auf den 23. hujus gehabt; was man mir under dißer Zeit gestohlen, wolt ich es nit, daß mans wüste; haben 6 große Schwein gemezget.

Den 13. Martij, als der schwedische Marsch von Riedlingen zu uns herunder kommen, bin ich nacher Saulgart geflohen, und sofern mein Knecht Jacob Zimmermann von Undersingen mir den Weg nit hette abgeloffen, so wäre ich mitten under die Schwedischen kummen, bin zu anderen in das Holz hinder der Kirchen geflohen. Als bald die Soldaten solches wahrgenommen,

sind sie uns nachgeritten, und in dem Holz gewaltig durcheinandergejagt, auch bin ich von einem ersehen und gejagt worden; weil aber R. P. Joannes Georgius Can: Uttenwelensis enzwischen kommen, hat man erstlich ihn ausgeplünderet, in dem bin ich durch das Holz hinunder gerennt, über ein Bächlein gesprungen, und über das Feld in ein anderes Holz geloffen, aber nit entrinnen mögen, weil mir die Hosen herunder gefallen und ich sie schwärlich und langsam wider heraufziehen mögen. Wie ich dann gesehen, daß ich nit mehr kann entrinnen, bin ich under einen Baum nidergesetzen und des Soldaten, der auf mich geritten, gewartet.

Wie er zu mir kommen, und von seinem Pferd abgestigen, bin ich auch aufgestanden, da überlauft er mich mit aufgezogenem Pistol, setzt ihn mir ans Herz, und sagt: Geld her. Ich gib zur Antwort: ich will dem Herren gern geben, was ich hab, hab doch nit viel. Er durchsuecht mich allenthalben und findet im Sack einen Seckel, darin mehr nit als 4 oder 5 Bazen, Heller und Pfenning, und 7 oder 8 aufs höchst drey Creüzerer; dißen Seckel sammt dem Geld nimmt er, und will widrum aufs Pferd steigen, darzu kommt noch ein anderer Soldat geritten, legt aber keinen Muethwillen an mich, und wie er will aufsteigen, sagte ich: Herr, ich bin so vielmal jezunder ausgeplünderet worden, ich bitt, er woll mir nur den Seckel wider geben; was geschiht? Er ganz behendt, greifft widrum in Sack hinein, nimmt mein Seckel heraus, thuet ihn auf, nimmt alle drey Creyzerer, so darin gewesen, heraus und gibt mir ihn widrumb samt dem kleinen Geld. Hernach fragt er mich den Weg nacher Grunzheim, ich zaig ihm Grunzheim, dann wir zunägst darbey gewesen; da ritt er seinen Weg, und ließ mich meinen Weg auch gehen. Dißer Soldat hat redlich mit mir abgetheilt.

Nun ich vermein, ich sey also entrunnen, lauffe das Holz hinauf, schrey meinen beiden Knechten, die von mir flüchtig seind worden, sie sollen herfür gehen, ich sey schon ausgeplünderet worden, gescheh ihnen nichts mehr. Oben am Berg des Holz ist ein Baur, und Halbwächsling, haben bey sich 5 Roß; dißе winketen mir, ich solte schweigen. Da gedachte ich, bey dißem Wetter wird kein Heu dörr, ich gehe zu ihnen, und frag warum sie mir gewunken haben, das ich schweigen soll. Darum sagen

sie, der Marsch gehe nur am Holz hinunder, wie ich dann solchen gesehen, und in dem daß ich ihnen erzehle, wie mir gangen, ich hatte noch nit ausgeredt, da ritte ein junger Soldat auf mich daher; die Bauren fliehen, ich steh still, Er der Soldat mit aufgezogenen Pistol auf mich, und begert Geld. Ich gib ihm zur Antwort, ich sey allererst ausgeplündert worden, ich hab nichts mehr. Weil er aber die Pferdt wahrgenommen, vergißt er meiner, und faugt die Pferdt, under der Weil bin ich in ein ander Holz, Undersingen zu gelegen, entrunnen, wiewol er mich hernach starck gesucht, mit Vermelden, es sey ein Mann allda gewesen, wo er hinkommen sey? Also hat der Bauer gesagt, dessen die Roß gewesen, und sich hinder ein Stauden verborgen und solches gehört hat.

Als ich aber in das Holz also kommen, ist es aller Nacht worden, weiß nit wo ich bin, hab dißes Orts Gelegenheit nit gewust, und weil ich allenthalben Nachtfeuer gesehen und Soldaten gehört, hab ich mich resolviert, ich woll in dißem Holz übernacht verbleiben, ersehe einen Baum, da sagte ich zu mir selbsten: Hic habitabo, quoniam elegi eam, und indem ich mich will in die Ruhe begeben, höre ich etwas rauschen, als wann man im Laub daher gienge. Ich gedachte, dises seind kein raisende Soldaten, villeicht sind es nur Leut, die in dises Holz geflohen. Nun gehe ich in Forcht und Schräcken auch ein weg fort. Als sie mich aber vernummen, seind sie auch an mir, ich an ihnen, erschrocken, stehen also baiderseits still. Ich faß ein Herz, und gehe wider fort ihnen zu, wie auch sie mir zu, und wie wir zusamen kommen, seind es meine 2 Knecht gewesen. Wer war fröher als ich, wer war fröhlicher als sie. Ich frag, wo ich sey, sie sagen mir: gleich bey Undersingen; wir gehen mit einander dem Flecken Undersingen zu, warten allda bis an 9 oder 10 Uhr, bis der Marsch vorüber war.

Darnach lauffen wir in den jungen Hau, dem Dannen- oder Aichwald zu, darin wir übernacht verbliben, und schier verfroren. Des Morgens, aus Rath meines Knechts, hab ich mich under eine Staud versteckt und die Knecht seind für das Holz hinausgangen, zu sehen, ob man fort marschieren werde oder nit, mit der Zusag, sie wollen bald widrum bey mir sein und mir anzaigen wie es daher gehe. Aber die Schanz hat

ihnen gefehlt, dann sie seind alsobald erwischt, der eine nacher Obermarchtall für einen Botten gebraucht, und der ander halb todt geschlagen und nacher Undersingen in seines Vatters Haus gefiert worden. Ich warte auf die Ankunfft des Knechts, bis umb 10 Uhr; weil er nit herzu will, krieche ich herfür, wegen der Kälte, und will mich an der Sonnen gewermen. Da ich kaum 3 oder 4 mal auf und abgangen (es ist nit möglich, ich bin von den Underwachingischen verraten worden) da ersehen mich 4 Soldaten, die mich gesucht haben. Halt still du Donnersdieb, schreyen sie; ich gang ihnen entgegen, fragend, was ihr Begeren sey? Als sie aber gehört, wer ich bin, sagen sie, wann ich ein Baur wäre, wolten sie mich gleich zu hauffen schießen; halten 2 Pistol mir aufs Herz, begeren Geld, ich gib ihnen den Seckel samt dem Kleingeld darin. Sie wollen nit zufrieden sein, begeren 12 Reichsthaler; weil ich aber fürgewendt, ich seye allererst gestert Abends ausgeplündert worden, seind sie mit dem Seckel und Kleingeld darin zufriden, doch mit Vorwendung, sie wollen mich zu ihrem Obersten fieren, welcher in meinem Pfarrhoff lige. Ich bin zufrieden, sagte ich.

Als sie mich also daher Wachingen zu gefiert, haben ihrer 2 los gebrännt, da seind alle Soldaten, so zu Wachingen gelegen, zu geloffen und jubiliert, daß man mich also gefangen, und als ich zum Pfarrhoff kommen, gehet mir der Oberst entgegen, salutiert mich, und sagt, ich müste es eben also gedulden, daß der Pfarrhoff so zerschlagen und ausgeplünderet sey worden, dann er allererst zu Nacht gestriges Tags ankommen, da der Schad geschehen sey. Ich gib zur Antwort: In Nomine Domini.

Er ladet mich zum Mittageßen, ich schlag es ihm nit ab, dann ich den vorigen, wie auch dißen Tag nichts geßen. Man spricht mir zu, und ich ließ mirs geschmecken, was geschiht? Am End der Mahlzeit, die ihrem Brauch nach nit lang gewehret, begere ich vom Obersten, weil der Pfarrhoff voller Soldaten und Pferdten, ob ich mein Hausgesind nit zu mir därffe nemmen? Ja, sagte Er, es wär ihm gar lieb, damit mir desto weniger Schaden geschehe,

Ich schicke in das Holz hinaus nach den Knechten, hab nit gewust, daß sie schon hinn seind. Darnach suche ich mein Magd, die finde ich in der Speidelerin Haus. Als dise mit mir will

nacher Haus gehen, sagt sie mir, sie habe einen Seckel in ein Reißbuschlen Beig verborgen. Ich gehe mit ihr, und indem daß sie den Seckel sucht und findet, laufft ein Soldat zu, will den Seckel nemmen, ich erwische mit ihm zumal den Seckel, und schlag ihn auf die Hand, also daß er mir den Seckel gehen laßet; seind doch mehr nit als 10 Creüzer Kleingeld und 2 Schlüssel darin gewesen.

Wie ich nacher Haus kame, und in meiner Kammer gewesen, kommt über eine halbe Stund zu mir der Oberst, und verarrestierte mich in die Kammer; ich solle nit heraus, bis ich ihme 50 Reichs Thaler lifere, und wann ich sollte weichen, so soll mir der Pfarrhoff in Brand gesteckt werden. Die Ursach dißes Arrests sey, weil seine Soldaten von mir 12 Reichs Thaler begert haben, und ich gesagt habe, ich habe kein Reichs Thaler, da ich doch einen Seckel darin 50 Reichs Thaler seyen; und wie ich zur Antwort geben, ich möchte nur den Bidermann sehen, der solche bey mir gesehen hette, schickt er gleich nach dem ermeldten Soldaten, den stellt er mir für; diser habe sie im Seckel griffen. Wie ich ihn aber hab heißen liegen, sagte er, es seyen doch etliche, wo nit 50 darin gewesen; ich beweise das contrarium, daß weiter nit als 10 Creüzer und 2 Schlüßel darin gewesen, weise dem Obersten den Seckel. Er ist aber nit content, haißet mich wieder in Arrest gehen; bis morgen um 5 Uhr soll ich ihm 50 Reichs Thaler lieferen, oder ich müste mit.

Wem ist ängster gewesen, als mir. Ich beruef zu mir noch andere 2 Officiere in die Kammer, die mit uns haben gespeist, thue ihnen ein Fueßfall, bitte, sie wollen den Obersten besser berichten. Der eine ein Major genannt, gibt mir ein schlechten Trost, aber der andere ein Fendrich, spricht mir zu, wie auch des Obersten Frau, ich soll guet Herz haben, sie wollen ihr äußerstes thuen, wie auch geschehen. Als ich zum Nachtessen bin berueffen worden, hat mich der Oberst gar sauer angesehen, nichts mit mir conversiert, nach dem Nachtessen haißet er mich widrum in mein Gemach gehen, und morgen um 5 Uhr 50 Reichs Thaler liferen; als ich aber darfür gebetten, ich könne sie nit zu wegen bringen, habe auch und wisse keinen Reichs Thaler, er solle ein Hausaussuechung thuen,

wann Er einen finde, soll er mich gleich zum Fenster hinaus henken lassen, gibt Er mir widrum Antwort: so müste ich mit. Ich bitt darfür, ich habe kein Pferd, und künde nit gehen, ich sei alt; gibt er mir zur Antwort, er wöll mich schon fortbringen, er woll mich dem Pferd an Schwaiff binden. Wohlan, sagte ich, so geschehe der Will Gottes, es ist ohnedas die Marterwochen, woll eben mit unserem Herren leyden, ist umb ein Stund oder halbe zu thuen, so hab ichs überwunden, hette doch vermeint, Ihre Strenkheit würde der Wahrheit ein Beystand thuen. Darauf fangt der Fendrich und sein Frau stark für mich zu bitten. Wohlan, sagte der Oberst, ich kann dise hoche Fürbitt nit verachten, so seyen es 40 Reichs Thaler, hat 10 fallen laßen.

Weil ich aber einen Fueßfall gethan, und jedermann für mich gebetten, sagte Er endlich: Ego sum bonus Catholicus, secundum Romanam Ecclesiam, so geht hin, und schlaffet fein sanft, ohne alle Sorgen, euch sey die ganze Schuld geschenkt. Gavisus sum gaudio magno, sag ihme Dank, und gehe schlaffen. Morgens umb 5 Uhr, als er zu Pferd blasen lassen, gehe ich zu ihm hinein, wünsch ihm ein Bonum diem, und frage ihn, ob er nit etwas begere? sagt er: wann ich ein Trunk Wein haben könte. Ich bring ihm ein halbmäßig Glas mit Wein; [er] trinkt, und sagt zu mir: Domine Pastor, ich will euch 3 Pferdt da lassen, sie sind gleichwol etwas schadhafft, doch seind sie mit einem geringen zu curieren, darnach so schau er, daß er vor 11 oder 12 Uhr sich im Pfarrhoff nit finden lasse, dann es wird viel böses Volk allhier durchmarschieren; damit darvon nichts ihnen widerfare, und auch von meinem Volk ihnen nichts geschehe, will ich der letzte hinaus sein; wie er dann auch gethan. Ich sage ihm fleißigen Dank, wölle solcher guet That in Sacrificio Missae eingedenk seyn.

Nun er marschiert mit den Seinigen fort, und ehe er kaum recht für das Dorff in das Holz hinauskommt, so marschieren daher durch Wachingen diejenige, darvon Er mir gesagt. Ich thue die geschenkte Pferdt in Stall, und wird mir kaum so viel Platz, daß ich in die Kirchen kommen, wirff die Kutten von mir, und weil die Soldaten der Kirchen zu lauffen, entwische ich ihnen in die Zehendtscheür, und verbirg mich under die

Garben, und obgleich wol der Pfarrhoff und Kirch voller Soldaten waren, plündern und schlagen, sind doch 4 darunder gewesen, die sich bis nach 3 Uhr nachmittag im Pfarrhoff aufgehalten, geßen und trunken haben. Dißе haben meine Kutten in der Kirchen gefunden, und jubiliert: der Pfaff ist gewiß nit weit, sein Kutten liegt allda; diße nemmen sie und suchen mich allenthalben, in allen Winklen im Pfarrhoff, auch sogar im ganzen Dorff. Endlich kommen sie auch herauf zu mir auf den Baaren, haben nit weit von mir die Garben aufgehebt; da gedenke einer, in was Aengsten ich gewesen sey. Endlich sagt einer, das muß ein reicher Pfaff sein, er hat mehr Einkommens, als 3 Dörffer; dann sie vermeint, die Scheuer gehöre mir zu. Ich höre diß alles, und also 4 oder 5 Schuch nit von mir gewesen. Da sie die Garben aufgehebt, da sagt einer, hierinnen ist nichts zu finden, und gehen aus der Scheuer fort, und rüsten sich widrum auf die Pferd, nemmen auch mit sich die 3 Pferd, die Vormittag mir seind verehrt worden.

Nachdem ohne Verzug mach ich mich auf, und fliehe nacher Munderkingen zum Herrn Pfarrer bis auf 3 Wochen; hat mir viel liebs und guets erzaigt, Gott vergelte es ihm.

Diße Nacht ist Herr Pfarrer zu Dietterskirch auch von den Schwedischen gefangen, geplündert und übel tractiert worden, hat Ranzion 100 Reichsthaler geben müßen. Den 13. Maji hab ich müßen wider stampfen nacher Munderkingen, und allda verbliben bis auf den 21., bin derweilen ausgeplünderet worden, auch hat man durch das Dach in die Kirchen gebrochen, und nit geringen Schaden gethan; Vermuethung ist gewesen, Dieb habens gethan.

Gleich den 21. Maji hab ich nacher Munderkingen wider fliehen müßen, den andern Tag hernach bin ich gen Emmerkingen in das Schloß geflohen, darin verbliben bis auf Festum Corporis Chri. Eodem Festo ad prandium ist der Rhein-Graff nacher Ehingen gekommen, hab derohalben mein Weg weitter nemmen müssen, bin mit dem jungen Knöbl um 9 Uhr von Emerkingen ausgangen, die Nacht durchgeflohen, wie auch volgenden Tag bis auf den Heyligen Berg, des anderen Tags nacher Constanz kommen, allda bey dem Weihbischoff Herren Herren Anthonio Tritt neben unseren Gnädigen Herren bis in



3. Tag aufgehalten; darnach mich in dem Prediger Closter in die Kost verdinget, die erste Wochen 3 R., die andere 3 Wochen 40 Bazen geben müeßen, über ein Essen ein halb Maß Wein und 3 Speisen, wanns wol gangen etwan 4, oder ein Käs oder Butter gehabt.

Mich hat sehr verwunderet, wie sie daran haben content sein können, und seind stark darbei, seind fromme gottesförchtige, exemplarische und gelehrte Leüt, haben mich viel aedificiert. Die 2 erste Tag bin ich ungern allda gewesen, doch nit ohne Ursach; aber darnach hat mir alles über die maßen wohl gefallen.

Am S. Joannis Baptistae Tag, als den 24. Junij bin ich widerum nacher Marchtall kommen, hab wöllen celebriren, sed propter defectum Vini hab ich es müssen underwegen laßen. Bin volgends ganz matt und mied, ja aller krank nacher Haus kommen, aber gleich darauf nacher Munderkingen müßen fliehen, allda ich mich bis auf Udalrici aufgehalten.

In Festo S. M. Magdalenae nachmittag zwischen 12 und 1 Uhr seind 50 Soldaten für den Pfarrhoff kommen, bin ihnen bloß entgangen. Den anderen Tag umb 11 Uhr, als ich hab wöllen zu Mittag eßen, seind wieder so viel, und um 2 Uhr nachmittag abermal so viel kommen, haben mich 3 mal ausgeplünderet, allen Wein genommen, und mich stark gesucht.

Ich aber hab mir zuvor im Beinhaus solche Gelegenheit gemacht. Erstlich hab ich 2 alte Bahren auf den Boden gestellt, für mein Underbett, und die Kinds-Bahr darfür, daß man mich nit sehen künde, darzwischen bin ich hinein geschloffen, und dißе 3 mal allda gesucht [worden]. Man ist zunegst bey mir gewesen, also daß man mich mit der Hand hett berieren können, bin aber nit ertappt worden.

Gott waist es, wie ich gezitteret hab, und dißes ist darnach allzeit mein Asylum gewesen. Gegen dem Abend bin ich wider Munderkingen zu geloffen, aber über 2 oder 3 Tag nit allda verbliben.

(Von eigener Handschrifft patris Georgij Sautters hat dißes abgeschriben P. Dominicus Drack, Canon. Marchtall: Anno 1736.)

L.

Zeitläufe.

Ueber Berlin: Aeußeres und Inneres.

Am 24. Oktober 1889.

„Enthüllung folgt auf Enthüllung“: so schrieben kürzlich die Berliner Zeitungen von des Kanzlers Ungnaden. Sie meinten den wieder einmal lichterloh entbrannten kleinen Krieg im Innern, nicht etwa Enthüllungen über die gespannte Lage nach außen. Hierüber war und ist nichts zu enthüllen, trotz des endlich eingetretenen Czarenbesuches in Berlin. Als der Czar nach wochenlanger Erwartungsqual endlich kam, sah ihm Jedermann an, daß er lieber ausgeblieben wäre. Nicht einmal eine große Militärparade wollte er sich vorführen, die Heerschau imponiren lassen; und was gerade diese Weigerung in Berlin bedeuten will, konnte sich Jedermann an den Fingern abzählen. Selbst die Schönfärber wissen nur zu sagen: wenn er auch wie zu Eis gefroren gekommen sei, so sei er doch aufgethaut wieder gegangen. An Höflichkeit ließ er natürlich nichts ermangeln, im Uebrigen bleibt seinethalben Alles beim Alten: Rußland wacht mit Argusaugen und wartet der Stunde, die ihm gelegen sei.

Wenn von verschiedenen Seiten versichert wird, daß der sogenannte Friede jetzt mehr, als noch vor Kurzem, gesichert sei, so wird das doch nicht auf eine Bekehrung des Czaren zu den Annäherungen des deutschen Kanzlers zurückgeführt.

Er selbst schreibt die Besserung der allgemeinen Lage der entschlossenen Stellungnahme Englands zu und dankt dafür. Es mag dahingestellt bleiben, ob er wirklich den bäuerlichen Vergleich zwischen einer wiederkäuenden Kuh und einem hitzigen Stier gebraucht hat; immerhin aber ist seine Schwenkung zu England hinüber zweifellos feststehend. Das mag ihm, im Hinblick auf die Gehässigkeiten seit 1882, schwer geworden seyn, und es wäre zuverlässig nicht geschehen, wenn noch ein Strahl von Hoffnung auf ein Entgegenkommen Rußlands zu erspähen gewesen wäre. Man hat es eben versucht, der Reihe nach mit Einem nach dem Andern, zur Zeit der ägyptischen Krisis sogar mit Herrn Ferry in Paris, und zuletzt ist man nun bei England angekommen: der ehrliche Deutsche freut sich dessen.

Wer aber mit England diplomatische Geschäfte machen will, der darf nicht länger sagen: „Ich habe im Orient kein Interesse.“ Das Wort war gut berechnet auf den russischen Czaren; nachdem aber dieser taube Ohren hatte, mußte man England gegenüber gestehen, daß das deutsche Reich allerdings doch ein Interesse am Orient habe. Der Kanzler „lernt eben immer“, wie er dereinst selbst gesagt hat. Von einem eigentlichen Anschluß der Türkei an den Dreibund wird ebenso wenig die Rede seyn, wie von einem solchen von Seite Englands. Aber wenn diese beiden Mächte sich über die schwebenden Fragen verständigen, so nähert sich die Türkei indirekt durch England dem Dreibund; und dahin soll auch der Sultan von Berlin und Wien aus berathen worden seyn. Nicht mit Unrecht wurde es bereits als eine Wirkung der neuen Stellung des Dreibunds betrachtet, daß die Pforte sich getraute, in Sophia amtlich die Erklärung abzugeben, daß sie jeden bewaffneten Angriff auf Bulgarien für sich als casus belli betrachten würde.

Somit ergibt sich, wie nun auch das preußisch-conservative Hauptorgan zugesteht, daß diejenige Auffassung der orientalischen Frage, welche für diese nicht die Knochen eines

einzigen Pommer'schen Grenadiers auf's Spiel setzen wollte, für die deutsche Regierung nur noch cum grano salis bestehen kann. „Solange sich Deutschland aus Rücksicht auf die russische Empfindlichkeit diese Reserve auferlegte, war es naturgemäß unmöglich, den Sultan enger an die Politik des Dreibundes heranzuziehen, da die Gefahr eines russischen Angriffs auf die Türkei ja jederzeit der wichtigste Faktor ist, mit dem die Staatsmänner am goldenen Horn zu rechnen haben." [1])

Und nun geht Kaiser Wilhelm von der Hochzeitsfeier in Athen zum Besuch nach Constantinopel. Es unterliegt keinem Zweifel, wenn noch irgend eine Rücksicht auf Rußland angezeigt wäre, so hätte sich der Reichskanzler diese Reise verbitten müssen. Nur um sich am goldenen Horn zu amusiren, geht der Kaiser sicher nicht zum Sultan. Selbst wenn es sich zunächst nur darum handeln würde, für die italienische Sehnsucht nach Tripolis im Yldiz-Kiosk ein gutes Wort einzulegen: jeder Schritt, den der deutsche Kaiser in Altbyzanz thun mag, wird in St. Petersburg als eine Herausforderung erscheinen: Preußen-Deutschland im russischen Jagdrevier. Wie gespannt die Lage ohnedieß schon war, hat die von Berlin aus veranlaßte Veröffentlichung geheimster Schriftstücke der russischen Hofkanzlei unmittelbar vor dem Czarenbesuch bewiesen. Dieselben enthüllten ein Zerwürfniß des russischen Finanzministers mit dem Generalstabs-Chef, welcher vom Czaren eine enorme Summe zum Ausbau strategischer Bahnen verlangte, weil „eine Versöhnung mit Deutschland niemals gelingen werde, der Krieg daher unvermeidlich sei, und der Ausbruch desselben in den nächsten zwei Jahren bevorstehe". Wenn der Czar solche Beschwörungen anhörte, ohne den Kopf zu schütteln, dann muß er allerdings mit dem Gefühl nach Berlin gekommen seyn, sich in's Hauptquartier seiner Feinde zu begeben.

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 8. Oktober d. Js.

Kaum hatte der Czar der Stadt den Rücken gekehrt, so erklärte das preußisch-conservative Hauptorgan, ebenso wie umgekehrt der russische Generalstabs-Chef: die Stellung, welche das heutige Rußland zu Deutschland einnehme, bedeute eine dauernde Gefahr. „Denn es ist offenkundig, daß es nicht nur den Berliner Vertrag perhorrescirt, sondern auch die Errungenschaften von 1864, 1866 und 1871 in Frage stellt. Wir glauben nicht schlecht bedient zu seyn, wenn uns berichtet wird, daß höchste Kreise in St. Petersburg bei wenig passendem Anlaß Fragen berührt haben, die auf 1864 und 1866 zurückgehen. Natürlich ohne jeden Schatten von Erfolg; die Thatsache an sich aber ist so bezeichnend für die Stellung, die Rußland zu den Ereignissen des letzten Menschenalters einnimmt, daß wir mit ihr im höchsten Ernste zu rechnen haben.“ [1])

Die angeführten Jahrzahlen sind aber auch nach einer andern Richtung hin sehr bezeichnend. Sie lassen auf den tiefsten Grund blicken, in dem die unversöhnliche Abwendung Rußlands von dem preußischen Freunde wurzelt. Alles, was in jenen Jahren von Preußen gewagt und eingeheimst wurde, konnte der Kanzler nur unternehmen im Vertrauen auf die unerschütterliche Freundschaft und Rückendeckung des Czarthums, und nun, als Rußland den als selbstverständlich vorausgesetzten Lohn erwartete, sah der Kanzler, daß er den Preis nicht zahlen konnte, ohne seine ganze Schöpfung unter das russische Joch auszuliefern. Der Kanzler hat sich gründlich verrechnet; das politische Kunstwerk, wie er es sich ausgedacht, liegt in Scherben; er ist in seinem eigenen Ressort ein gescheiterter Minister. Sollte in diesem Bewußtseyn vielleicht der Grund zu suchen seyn, weshalb gerade jetzt, und

---

1) Auch die Münchener „Allg. Zeitung“ vom 16. Oktober findet die „Zum Verständniß der russischen Politik“ überschriebene Betrachtung der Berliner „Kreuzzeitung“ beachtungswerth, wie denn überhaupt dieses Blatt trotz der jüngsten Verdonnerung immer noch sehr schätzbare geheime Quellen zu besitzen scheint.

unmittelbar vor dem Czarenbesuch, die kaiserliche Rüge gegen jenes Blatt eintreten mußte, das an den Ketten des als Leibgarde des Kanzlers gegründeten Cartells zu rütteln sich vermaß und in dem Verdachte stand, einer „militärischen Unterströmung" seine Spalten dienstbar machen zu wollen?

Bekanntlich ist seit der Thronbesteigung des jungen Kaisers, und namentlich seit ein paar Monaten, eine Fluth von Broschüren in Berlin erschienen, welche sich alle um das Verhältniß zwischen dem Kanzler und dem Monarchen drehen. Die neueste derselben erzählt, daß der Kanzler nur mit der äußersten Anstrengung den unaufhörlich zum Kriege drängenden militärischen Einflüssen die Waage halte. Sie nennt den Namen des preußischen Obrutschew, und behauptet, daß es gerade zur Zeit des Kaiserbesuches aus Wien zu einem offenen, nur äußerlich beigelegten, Zwist zwischen dem Reichs-Kanzler und dem Generalstabs-Chef gekommen sei; sie bemerkt auch für Jedermann verständlich: „Nach den Zeitungen conferirt Graf Waldersee öfter als der Kanzler mit dem Kaiser."[1] Auffallender Weise ist denn auch die kaiserliche Rüge gegen die „Kreuzzeitung" alsbald zu einem Streich gegen ihre militärischen Freunde benützt worden, und zwar in demselben Hamburger Blatt, welches den „alternden Kanzler" schon wiederholt gegen den bekannten „kommenden Mann" in Schutz genommen hat.

Das preußisch-conservative Hauptorgan hatte eben eine lange Abhandlung geschlossen, welche in der Armee nicht nur die Schutzwehr gegen die Socialdemokratie feierte, sondern auch dem Officierstand überhaupt die politische und sociale Erziehung der Nation anvertraute, als der „Unbekannte" in dem Hamburger Blatt die „befremdliche" Thatsache aufdeckte, daß die „Kreuzzeitung" bei den Officieren eine Auszeichnung genieße, welche mit ihrem fortgesetzten Widerspruch gegen die

1) „Kölnische Volkszeitung" vom 28. September d. Js.

Politik des leitenden Staatsmannes in schroffem Gegensatz stehe. Die „Kreuzzeitung" sei vor nicht allzu langer Zeit im Kadettenhause zu Lichterfelde besonders empfohlen worden, und gemäß einer Abmachung mit dem „Deutschen Officierverein" erhalte jedes Mitglied desselben das Blatt um etwa 31 Procent billiger. So sei die Unzufriedenheit mit der Staatspolitik in der Armee und Marine Jahre hindurch genährt, und ein bedenklicher Gegensatz unter den Officieren in ihrem Privatleben hervorgerufen worden. Die Berliner Zuschrift fährt wörtlich fort: „Da kein anderes politisches Blatt, und stehe es noch so sehr auf Seite der Staatspolitik, diese Auszeichnung den Officieren gegenüber genießt, so mußte dadurch die Meinung gestärkt werden, daß es gerne gesehen werde, wenn besonders die Kreuzzeitung von den Officieren gelesen würde. Es ist denn auch thatsächlich zu solchen Erörterungen über die Angelegenheit unter den Officieren gekommen, welche man als förderlich für die Homogeneität des gesammten Officierscorps nicht bezeichnen kann, und von diesem Standpunkt aus hat die kaiserliche Meinungsäußerung eine längst erwünschte Klärung herbeigeführt".[1]) Arme Officiere, die sich etwa in die „Kreuzzeitung", anstatt in das Kanzlerblatt, verliebt haben mögen!

Es ist versichert worden, der Kaiser halte zwar das verfehmte Blatt, die „Kreuzzeitung", selber nicht, aber das persönliche Auftreten Sr. Majestät gegen die Zeitung sei doch, auf Grund ihm unterbreiteter Ausschnitte, aus eigenem Antriebe hervorgegangen. Aber es ist nun einmal so: auch dieser außergewöhnliche Schritt ist wie von selbst unter die stehende Rubrik: „Der Reichskanzler und seine Gegner" — gefallen. Die fragliche Rubrik ist seit dem Tode Wilhelm's I. derart angeschwollen, daß endlich Jedermann glauben muß, der Reichskanzler sei fortgesetzt der Gegenstand ganz besonderer

1) Aus den „Hamburger Nachrichten" in der Münchener „Allg. Zeitung" vom 17. Oktober d. Js.

Verfolgungen, und daß in weiten Kreisen des Volkes der Ein-
druck erweckt wird, daß seine Stellung durchaus unsicher und
gefährdet sei. „Dieser Eindruck wird zuletzt so stark, daß
ganz außerordentliche Mittel, wie die letzte Kundgebung im
‚Reichsanzeiger', erfolgen müssen, um denselben wieder zu
verwischen".[1])

Die kaiserliche Kundgebung vom 2. Oktober bezieht sich
auf eine einzelne Nummer des preußisch-conservativen Haupt-
organs, und zwar auf die Nummer vom 26. September.
Sie erklärt „die lebhafte Mißbilligung der darin ausge-
sprochenen politischen Auffassungen und Angriffe auf andere
Fraktionen". Es wird dann bemerklich gemacht: „Se. Ma-
jestät gestatten keiner Partei sich das Ansehen zu geben, als
besäße dieselbe das kaiserliche Ohr." Ausgenommen erscheint
nur das „Cartell", insoferne es sich als die vom Reichs-
Kanzler seit Jahren geförderte Mittelpartei, zwischen den
„Reichsfeinden" und „Staatsfeinden" von rechts und links
darstellt. „Der Kaiser sieht in der Verständigung und gegen-
seitigen Schonung der staatserhaltenden Parteien unter ein-
ander eine für unser parlamentarisches Leben sachlich nütz-
liche Einrichtung; Se. Majestät sieht in dem Cartell eine
den Grundsätzen seiner Regierung entsprechende politische Ge-
staltung und vermag die Mittel, mit denen die ‚Kreuzzeitung'
dasselbe angreift, mit der Achtung vor der allerhöchsten
Person und vor unseren verfassungsmäßigen Institutionen
nicht in Einklang zu bringen."

Unverkennbar erscheinen in dieser Erklärung ipsissima
verba des Reichskanzlers, wogegen die Aeußerungen des ge-
rügten Blattes über das Cartell allerdings auf's Grausamste
abstechen. Die Nummer vom 26. September hatte den Kampf
nicht etwa eröffnet, aber sie bezeichnete die allmählige Ent-
wicklung vom Plänkeln zum Handgemeng. Es heißt da:
„Das Gold altpreußisch-conservativer Principien soll eine

1) Berliner „Freisinnige Zeitung" vom 6. Oktober d. Js.



verderbliche Legierung erfahren mit unedlem Metall aus der Schatzkammer des Liberalismus; die heutige Welt liebt dergleichen. Wir haben bisher von einer conservativen und liberalen Weltanschauung gehört, als Neuestes muß nothwendig eine Cartell-Weltanschauung erfunden werden mit Zwangscurs für alle Reichsfreunde. Schließlich wird nichts Anderes übrig bleiben, als auch in religiöser Beziehung eine Cartell-Einigung herzustellen und den neuen Cartell-Glauben für alle Cartell-Brüder obligatorisch zu machen. Auf der schiefen Ebene befinden wir uns thatsächlich schon: erst handelte es sich um Vermischung des besonderen Charakters der drei verbündeten Parteien, dann kommt die Aufsaugung jeglicher Individualität, die Vernichtung aller selbständigen Regungen, völlige Uniformirung. Alle Tage macht man uns neue Vorhaltungen, daß wir dieß oder jenes nicht thun sollen aus Rücksicht auf das Cartell. Beifall könnten wir unter den heutigen Umständen nur dann ernten, wenn wir jeder selbständigen Regung entsagten, unser ganzes politisches Programm in Stücke rissen und einfach — nationalliberal würden."

Ein solches Cartell hatte das Blatt vor Augen, und es ist nicht zu läugnen, die „Mittelpartei", deren Bildung der Reichskanzler seit Jahren anstrebt, ist hier naturgetreu geschildert. Ihr einziges Gebot soll sein Wille seyn, und es ist vorstellbar, wie die Auflehnung des altconservativen Organs ihn ergrimmt haben mag. Schon seit dem Jahre 1886 fehlte es auch nicht an Hinweisen,[1]) daß der Kanzler gerade für den Fall eines Thronwechsels einer solchen Mittelpartei als fester parlamentarischen Phalanx zu bedürfen glaubte. Der künftige Kaiser und König, hieß es schon damals, würde so vor eine vollendete Thatsache gestellt, und so allein könne die Gesammtpolitik im Reich und Staat in stetiger Richtung

---

1) Vgl. „Histor.-polit. Blätter" 1888 vom 1. April. Bd. 101. S. 548 ff.: „Der Thronwechsel in Preußen und im Reich".

erhalten werden. Den Conservativen insbesondere wurde, in Aussicht auf die Thronbesteigung des Kronprinzen Friedrich, bemerklich gemacht, daß ohne eine solche regierungsfähige Mittelpartei ein liberales Kabinet zu erwarten sei, an dem auch Deutschfreisinnige betheiligt seyn würden. Spät, aber endlich doch, waren nun der „Kreuzzeitung" die Augen aufgegangen, daß die mittelparteiliche Phalanx nicht nur gegen den bösen Fortschritt gut seyn soll, sondern gegen Alles, was dem Kanzler unbequem ist.

„Dasselbe Spiel", sagt die Nummer vom 26. September weiter, „was die Mittelparteiler unter Kaiser Friedrich getrieben, wiederholen sie unter der jetzigen Regierung. Auch Kaiser Wilhelm II. soll sich ihrem Willen fügen, was mit einer gewissen Salbung als ‚Selbständigkeit' des Kaisers gepriesen wird. Das soll heißen, man will Sr. Majestät eine gebundene Marschroute auferlegen, ihn ganz und gar auf die Cartell-Politik verpflichten. Wie man auch über die Politik Kaiser Friedrich's denken mag, die ganze Welt weiß, daß sie nicht ‚hochkirchlich-feudal' gewesen wäre; trotzdem haben wir damals, als gewisse Leute von Gummi über den Schwerkranken als ‚Parcival den reinen Thoren' witzelten, uns als freiwillige Wachtposten vor den Palast des Königs gestellt und ohne Menschenfurcht, vielen Entrüsteten nicht zur Freude, ausgerufen, der Kaiser habe auch das Recht, den Kanzler zu entlassen, sobald es ihm gefalle. Will Se. Majestät der Kaiser und König mit der conservativ-nationalliberalen Mehrheit regieren, so werden wir kein Wort dagegen sagen, aber man soll Ihm, dem regierenden Herrn, keine Parlamentsmehrheit oktroyiren: das ist der Kernpunkt des Streites!" Diesen Herrn „man" mit Namen zu nennen, vermeidet die Redaktion.

Zunächst hat der Ausspruch des „Reichsanzeigers" einen wahren Hexensabath in der Berliner Zeitungswelt aufgerufen, der sich im krausen Tanze abermals um die Person des Reichskanzlers drehte. Es war wieder das Hamburger Blatt,

welches auseinander setzte, wie Fürst Bismarck seit fünfzehn Jahren nach allen Seiten gegen „antikanzlerische Verbindungen“, die hinter den Coulissen wirksam gewesen „unter Betheiligung einflußreicher Personen im Staate und bei Hofe“, fortwährend seine Stellung zu decken gehabt habe. Die „Kreuzzeitung“ ihrerseits kehrte den Spieß um; sie zählte haarklein auf, was alles der Kaiser selbst noch als Prinz Wilhelm aus Anlaß der bekannten Waldersee-Versammlung vom 28. November 1887 [1]) zu leiden gehabt habe, und wartete nun gleichfalls mit Enthüllungen auf.

Sie erinnert daran, daß der wüste Lärm über den angeblichen Zusammenschluß der kirchlich-conservativen Elemente unter Führung des Prinzen und der Prinzessin Wihelm anfänglich nur von der judenliberalen Presse aufgeführt worden sei, und daß es bloß eines ernsten Wortes der officiösen Organe bedurft hätte, um dem Skandal ein Ende zu machen. „Aber nichts dergleichen geschah; und als ein in diesem Sinne von dem damaligen Vicepräsidenten des Staatsministeriums Herrn von Puttkamer (als Einberufer zur Versammlung) geschriebener Artikel der ‚Nordd. Allg. Ztg.‘ zur Aufnahme übersandt wurde, lehnte die Redaktion denselben ab, und brachte statt dessen ihrerseits unmittelbar darauf in mehreren Leitartikeln heftige Angriffe gegen die Person Stöckers und die christlich sociale Partei. Das gab der Sachlage ein völlig verändertes Ansehen. Wie auf Commando sah man von diesem Augenblick an die gesammte nationalliberale Presse, unterstützt von der freiconservativen ‚Post‘, an der Arbeit, ihre freisinnigen Collegen noch zu überbieten. Dabei war es bemerkenswerth, daß gerade diese sogenannten gemäßigten Blätter, unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die ‚Nordd. Allg. Ztg.‘, die Spitze ihrer Angriffe mit besonderer Schärfe gegen die Person des Prinzen Wilhelm richteten, und gerade-

1) Der Vorgang mit Allem, was sich daran knüpfte, ist dargestellt „Histor.-polit. Blätter“ 1888. Bd. 101. S. 303 ff.

zu einen Tadel gegen dessen Person von allerhöchster Stelle forderten". Der Bericht schließt mit der kühlen Notiz: „Als die Angriffe bis zu dieser schmachvollen Niedertracht gesteigert waren, da erschien Graf Herbert Bismarck beim Prinzen Wilhelm, um die Erklärung abzugeben, daß sowohl sein Vater, wie er selbst von diesen Vorgängen nur durch die Zeitungen erfahren und Niemand inspirirt hätten."[1]) Wie die Erklärung aufgenommen wurde, wollten bloß dunkle Gerüchte wissen.

Seitdem am 8. Februar d. Js. in dem oftgenannten Hamburger Blatt Graf Waldersee als möglicher Nachfolger des Kanzlers bezeichnet wurde, mit der Bemerkung über „unliebsame staatsgefährliche Consequenzen, zu welchen allzu großes Vertrauen zu der nächsten Umgebung des Herrschers oder Thronerben führen könnten," ist der kommende „Mann" nie mehr ganz von der Bühne verschwunden. Jetzt um so mehr möchten gewisse Leute vom „Reichsanzeiger" auch noch wissen, ob Graf Waldersee den Kampf der „Kreuzzeitung" gegen das Cartell gleichfalls mißbillige und auch stets mißbilligt habe. Wenn nicht, könnte er also nicht „kommender Mann" seyn. Der Kanzler selbst hat für seine Nachfolge einen ausgesprochenen Candidaten an seinem eigenen Sohn, und zugleich mit dem vom „Reichsanzeiger" gerügten Auftreten des conservativen Organs ist in Berlin eine Broschüre erschienen, welche mit aller Entschiedenheit für die Vererbung des Reichskanzleramts vom Vater auf den Sohn eintritt. Kein anderer deutscher Staatsmann könnte die Geschäfte so voll und ganz im Sinne und Geist des Kanzlers fortführen; darum sei auch der Kaiser schon als Prinz und damals so zusagen Zögling des Grafen Herbert Bismarck der Meinung gewesen, daß der Sohn dem Vater folgen müsse. „Es gehöre durchaus nicht zu den unmöglichen Dingen, daß die Frage der Nachfolgeschaft, wenigstens für eine gewisse Zeit nach

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 4. Okt. d. J.; vgl. Münchener „Allg. Zeitung" vom 11. Oktober.

seinem Ableben, noch von dem Fürsten Bismarck selbst im Einverständnisse mit dem Kaiser gelöst werde." [1])

Die stillen Hoffnungen der Conservativen und die stillen Befürchtungen der Nationalliberalen lagen bei einander im Cartell. Jetzt wissen die ersteren, daß ihnen keine Rose mehr blühen wird, wenigstens solange der alte Kanzler lebt. Wie werden sie es zu ertragen wissen? Vor Allem ist nicht zu vergessen, daß die Partei selber innerlich nie gleichartig war und sogar in der Mehrzahl sehr unsichere Passagiere in sich schloß. Als der Kanzler im Jahre 1876 die Partei zum ersten Male „an die Wand drückte", schrumpfte ihre Zahl in der Vertretung zu einem kleinen Häuflein zusammen; als zwei Jahre darauf der Kanzler selbst seine wirthschaftliche Schwenkung vollzog, errangen die Conservativen zwar bedeutende Wahlerfolge, aber die Mehrzahl der Erwählten hatte sich dem Kanzler als „deutsch-conservativ" angeschmeichelt. Aeußerlich erfolgte zwar die Einigung mit den „Altconservativen" oder sogenannten „Hochkirchlichen", innerlich aber bestand die Spaltung fort. Die Broschüren der Herren Rößler und Consorten bohrten unaufhörlich in diesen wunden Fleck: „Heute habe die conservative Richtung Elemente in sich aufgenommen, welche sie vor Einseitigkeit schützen", dagegen „folgten die Stöcker- und Kreuzzeitungspartei einer Richtschnur sogenannter politischen Grundsätze, und stünden deshalb in gleicher Linie mit den Deutschfreisinnigen." [2])

So war es; und daher rührte auch die unbegreiflich erscheinende Thatsache, daß das unter amtlicher Leitung des „Wahlvereins der deutschen Conservativen" stehende Organ, die sogenannte „conservative Correspondenz", in stetem Ge-

1) „Kölnische Volkszeitung" vom 28. September d. Js.

2) Berliner „Kreuzzeitung" vom 10. und 27. Juli d. Js. — Der „deutsch-conservative" Führer von H. soll in einer öffentlichen Schutzrede für das Cartell gesagt haben: „Stärke der Ueberzeugungstreue und Unbeugsamkeit der principiellen Auffassungen sind ein Element der Schwäche."



gensatz zu dem Berliner Hauptorgan stand, von diesem auch ihrer bissigen Nergeleien wegen seit langer Zeit keiner Notiznahme mehr gewürdigt wurde. Daß nun nicht viel dazu gehörte, die sogenannten „Extremen" von solchen Bundesgenossen förmlich abzusprengen, ist klar. Kaum war der Kaiserschnitt geschehen, und damit ein Herzenswunsch der Nationalliberalen erfüllt, so fiel das amtliche Organ der Partei grimmig über die Männer der „Kreuzzeitung" her. Es will aus Aktenmaterial den Beweis herstellen, daß „aus eben dem Boden, der sich rühmt, die lauterste Nährstätte des Royalismus zu seyn, die allerbedenklichsten und wurmstichigsten Früchte emporschießen."[1])

Es war ohne Zweifel zunächst eine Gefälligkeit gegen diesen linken Flügel der Partei, daß das conservative Hauptorgan vor drei Jahren, als es auf das Septennat losging, selber das Cartell in Antrag brachte. Aber die Männer der „Kreuzzeitung" verstanden dasselbe nur als einen Wahlverein: Conservative und Nationalliberale sollten sich bei den Wahlen gegenseitig zur Mehrheit verhelfen. Eine Parteivermischung, ein „neuer Baal", sollte das Cartell nicht werden. „Die Mannigfaltigkeit der Parteien, so unbequem sie auch einem Ministerium werden mag, ist das Richtige für Preußen und Deutschland." Das Blatt weist den Vorwurf zurück, als wenn es ihm eigentlich um ein Bündniß mit dem Centrum zu thun wäre, gesteht jedoch zu, daß es sich die Hände nicht habe binden lassen wollen. „Aber wir müßten wirklich politische Kinder seyn, wenn wir uns bestrebten, alle Brücken zum Centrum abzubrechen. Soll die conservative Partei sich etwa auf Gnade oder Ungnade den Nationalliberalen ergeben? Wir unsererseits lehnen es ab, uns in die Gefolgschaft von Leuten zu begeben, welche unter dem Tische der freisinnigen Partei die Hand drücken und über deren Zelten, nach Aussage der ‚Köln. Ztg.', die Fahne der großen liber-

1) „Berliner Kreuzzeitung" vom 8. Oktober d. Js.

alen Partei flattert? Wir meinen, die Conservativen werden sich am besten stehen, wenn sie zwei Eisen im Feuer behalten".[1])

Aus dem Allem ist nun nichts geworden. Die „zwei Eisen im Feuer" will der Kanzler schon gar nicht mit irgend Jemanden theilen. Entsprechende Vortheile haben die Conservativen aus dem Cartell nichteinmal bei den Wahlen gezogen, da sie bei der nächsten besten Gelegenheit jedesmal von den Nationalliberalen über's Ohr gehauen wurden. Dafür wurden sie aber doch in den wichtigsten innerpolitischen Fragen, namentlich in Fragen der Kirche und Schule, wo sie grundsätzlich mit dem Centrum hätten gehen müssen, auf die Seite der letztern hinübergezogen. Von einer Selbständigkeit der Partei war bereits nichts mehr wahrzunehmen, mit dem weiten „nationalen" Mantel wurde jede Grundsatzlosigkeit zugedeckt, und als die Träger des Hauptorgans an den Sklavenketten zu rütteln begannen, da fiel die Partei selbst auseinander. Die kaiserliche Rüge war für die Vereinigung zwischen den „Alt-" und den „Deutschconservativen" nur mehr der Gnadenstoß.

Man hat sich das persönliche Hervortreten des Monarchen gegen einen einzigen Artikel einer unabhängigen Zeitung damit zu erklären gesucht, daß dieselbe denn doch „Hintermänner" von ganz besonderm Gewicht haben müsse, weil man mit Kanonen nicht nach Spatzen schieße. Bei den nächsten Wahlen muß es sich zeigen, wie die Dinge stehen. Bis jetzt ist soviel zu ersehen, daß die Vorstände altconservativer Vereine ihre Thätigkeit einstellen, weil ihr politisches Gewissen ihnen nicht mehr mitzuthun gestatte, und daß insbesondere die ganz und gar von den Altconservativen gehaltene „Berliner Bewegung" sich zu den Todten legt. Ob das Cartell bei den Wahlen davon profitiren wird, das ist die Frage; und sie ist um so wichtiger, als die Erklärung im „Reichsanzeiger" allgemein den Eindruck eines Wahlmanifests machte, und der Wahlkampf durch Hineinziehung der Krone wohl oder übel den Charakter eines Plebiscits annehmen wird. Nicht so, wäre besser!

1) „Berliner Kreuzzeitung" vom 20. September d. Js.

LI.

Thureau-Dangin's Geschichte der Juli-Monarchie.[1])

Das schöne Werk des in der Ueberschrift genannten Verfassers über „Kirche und Staat unter der Juli-Monarchie" sowie die beiden ersten Bände der „Geschichte der Juli-Monarchie" haben wir früher in dieser Zeitschrift ausführlich besprochen.[2]) Dem fleißigen Forscher ist es unterdeß gelungen, drei weitere Bände des letzteren Werkes ans Licht zu stellen, welche die Geschichte der Regierung des Bürgerkönigs bis zum Jahre 1845 weiterführen. Wenn der Titel des fünften Bandes meldet, daß die französische Akademie „den großen Preis Gobert" 1885 und 1886 dem Geschichtswerk zuerkannt habe, so ist schon damit eine wenigstens theilweise Gewähr für die Gediegenheit dieser Leistung geboten. Das Urtheil, welches Referent über die beiden ersten Bände hierorts kundgegeben, gilt in vielleicht verstärktem Maße von den drei folgenden. Personen, Thatsachen, philosophische Systeme werden an der Lehre des Christenthums und der Kirche geprüft. Ein warmer Hauch der Liebe zur Kirche und ihren Dienern paart sich mit fester Anhänglichkeit an die vaterländischen Institutionen. Die Personen der großen Staatsmänner sucht der Autor aus ihren eigenen Aeußerungen zu begreifen, wozu ihn fleißiges Studium der gedruckten Quellen, sowie die Verwendung reichen handschriftlichen Materials in hervorragendem Maße befähigte. Der Herzog von Broglie und Baron de Viel-Castel stellten ihm wichtige Aktenstücke zur Verfügung; der Herzog von Ayen, Schwiegersohn des Ministerpräsidenten Grafen Molé, erlaubte ihm die Papiere dieses bedeutenden Staatsmanns zu benützen. Weiterhin durfte er verwenden die unedirten Memoiren des Grafen Saint-Aulaire, der als Staatsmann, Gesandter und Mitglied der französischen Akademie zu den namhaftesten Personen der Juli-Monarchie zählte — „Memoiren geschrieben mit jener Anmuth, Leichtigkeit, höheren Feinheit und ungekünstelten Würde, welche ehemals das

1) Histoire de la Monarchie de Juillet par Paul Thureau-Dangin. Ouvrage couronné par l'Académie Française. Paris. Plon etc. 1886—1889. vol. III. pag. 552. vol. IV. pag. 489. vol. V. pag. 587.

2) Bd. 86. S. 584—603 u. Bd. 95. S. 368—376.

Eigenthum bedeutender Schriftsteller aus vornehmen Häusern bildeten und die nicht bloß eine köstliche Lektüre gewähren, sondern einen Schatz der seltensten Beiträge zur diplomatischen Geschichte unserer Zeit enthalten". Baron von Barante gestattete Benützung der Correspondenz seines Vaters, welcher wie Saint-Aulaire wichtige Gesandtschaften bekleidete und sich den Ruf eines einsichtsvollen und unparteiischen Beobachters von Personen und Verhältnissen erworben hat. Dazu kommen endlich die politischen Aufzeichnungen des Grafen de Bresson, sowie „jene interessanten, oftmals leidenschaftlichen, aber stets aufrichtigen, lebendigen und sauberen Noten" von Duvergier de Hauranne, welche er einsehen und benützen konnte. (III. Préface.)

So hat der Verfasser auch in den drei vorliegenden Bänden sich vollständig auf der Höhe seiner Aufgabe gehalten und damit den Ruhm, eines der bedeutendsten Geschichtswerke des modernen Frankreichs geliefert zu haben, noch mehr befestigt. In der That: sein Buch ist kein „livre de circonstance" sondern vielmehr ein „livre d'histoire", welches auf jeder Seite die Spuren angestrengter Geistesarbeit zeigt und überall eine staatsmännische Auffassung der Erscheinungen des öffentlichen Lebens kundgibt. Es sind durchgehends große kräftige Linien, in welchen er den Gang der Ereignisse schildert, während er ermüdendes Detail sorgfältig ausschließt. Doch begegnen wir auch in den vorliegenden Bänden Porträtirungen leitender Persönlichkeiten, ausgeführt mit jener Genauigkeit und Zartheit, welche die gute französische Historiographie so vortheilhaft auszeichnet. Dem Leser werden alsbald auffallen die Miniaturbilder eines Guizot, Villemain, Cousin, Lacordaire, Montalembert, Msgr. De Quélen u. A. Die Darstellung ist geradezu klassisch, jene fesselnde, den Leser in gespannter Aufmerksamkeit haltende Prosa, der wir in der Periode der Blüthe der französischen Literatur so oft begegnen. Es ist eines jener seltenen Werke, das man nicht eher aus der Hand gibt, bis die Lektüre vollendet ist. Gewiß ist, daß die letztere durchaus verschiedene Eindrücke hinterläßt. Das elende Getriebe der politischen Parteien, welche selbstsüchtig ihre eigenen Zwecke verfolgen und die neue Monarchie, der sie zu dienen vorgeben, sofort an den Rand des Abgrundes führen, läßt uns kalt. Aber wieder und wieder wird man zu jenen Kapiteln greifen, welche das Wiederaufleben des religiösen Sinnes in Frankreich mit einer Feinheit und Wärme, einer Kraft und Schönheit der Darstellung schildern, die den Meister der Sprache, aber auch den hingebenden Sohn der Kirche erkennen lassen und geradezu unübertrefflich sind.

Dabei können wir indeß nicht umhin, den geistvollen Verfasser übertriebener Bewunderung für die Juli-Monarchie zu zeihen. Je heftiger die parlamentarischen Krisen in dieser Periode

(1836 bis 1845) auftreten, um so eifriger ist er bemüht, seinen Standpunkt zu betonen. Das parlamentarische System steht ihm hoch über aller Kritik, „die Krisen entsprangen dem Irrthum der Menschen und der Lage der Zeiten, waren aber durchaus nicht das folgerichtige Ergebniß des Systems der Volksvertretung, das in weisen Schranken gehalten und vernünftig ausgeübt wird". Gewiß hat auch die Regierung des Bürgerkönigs an der Wiederherstellung der Religion in Frankreich einiges Verdienst. Aber eine freundliche Stellung gegenüber der Kirche hat sie nicht eingenommen, das tritt nirgends greller hervor, als gerade in den vorliegenden Bänden, welche die Kämpfe um die Erlangung der Freiheit des Unterrichts zum Gegenstand haben. Vornehme Kälte wechselt ab mit feindlicher Gesinnung, welche die ungläubige Presse und Literatur den in jäher Folge sich ablösenden Ministerien aufzwang. Die ungeberdige Haltung der Parteien, welche uns hier wahrhaft verwirrend entgegentritt, läßt das Verhängniß allbereits ahnen, welches im Monat Februar 1848 der Juli-Monarchie ein Ende bereitete.

Der dritte Band schildert uns das erste Ministerium Thiers (1836 und 1837), sowie das Ministerium des Grafen Molé (1837 bis 1839). Der kleine, eitle, auf seinen Erfolg bedachte Thiers wollte Kammer und Krone beherrschen — er mußte dem Grafen Molé Platz machen, der sich bald mit seinem Collegen Guizot entzweite und damit die Unsicherheit der öffentlichen Zustände bedeutend vermehrte. Man hat dem Bürgerkönig Schuld gegeben, als habe er mit berechneter Absicht die hervorragendsten Staatsmänner, Broglie, Guizot, Thiers, Molé, unter einander entzweit, um jene Stellung der Parteien herbeizuführen, wie sie bei der Auflösung des Kabinets Molé-Guizot thatsächlich zu Tage getreten. Thureau-Dangin weist diese Anklage zurück (III, 175.) Aus diesem Theile der Darstellung heben wir noch hervor seine Charakteristik des Prinzen Louis Napoleon und die Verhandlungen über die Vermählung des Herzogs von Orleans mit der Prinzessin Helene von Mecklenburg-Schwerin, zu der man sich erst dann entschloß, nachdem alle Bemühungen um die Hand einer Prinzessin aus dem Hause Habsburg an der Hartnäckigkeit des Kaisers Ferdinand gescheitert waren. Am 30. Mai 1837 vollzog der Kanzler Pasquier den Civilakt in der Galerie Heinrich II.; Msgr. Gallard, Bischof von Meaux, copulirte das hohe Paar in der Kapelle Heinrichs II., worauf Mr. Cuvier, Präsident des Consistoriums der augsburgischen Confession, im Saale Louis-Philippe die lutherische Trauung vornahm — „Ceremonien, deren unmittelbare Aufeinanderfolge mehr Erstaunen als Ehrfurcht erweckte, und deren Verschiedenheit den Umstehenden lediglich die Rolle von mehr vorwitzigen als ge-

sammelten Zuschauern überließ." In der Erinnerung an dieses Gemisch von Riten sprach die Herzogin von Orleans 1838 von „jenen verschiedenen Trauungen ohne Sammlung, die sie unangenehm berührt zufolge des Geistes, welcher sich dabei kund gab". (III, 200).

Wahrhaft abschreckend ist das Bild, welches Thureau-Dangin von der Deputirtenkammer während der Sitzungen im Winter 1838—1839 entwirft. Ihre Signatur war: Anarchie. „Die tiefgehende Aufregung der Juli-Revolution", bemerkte Royer-Collard mit Recht, „aus den öffentlichen Straßen verdrängt, hat sich zurückgezogen in das Herz des Staates. Dort, wie an einem gesicherten Ort, quält sie die Regierung, erniedrigt dieselbe, schlägt sie mit Ohnmacht, ja mit einer Art von Unmöglichkeit. Unter trügerischem Schleier verbirgt sich der Geist der Revolution . . . Der Juli-Thron ist angegriffen, um nicht zu sagen erschüttert." (III, 355). Aus einer Menge anderweitiger Zeugnisse über das grundstürzende Treiben der Kammerparteien vernehmen wir die Aeußerung eines sehr scharf blickenden Beobachters, des Internuntius Msgr. Garibaldi. Einem französischen Bischof schrieb er: „Unermeßlich ist die königliche Gewalt gesunken in Folge der parlamentarischen Krisen." Und als Gregor XVI. den Abbé Lacordaire am 4. April 1839 empfing, bemerkte er über die Lage des Thrones „È una situazione molto terribile". (III, 393 f.) In der That hatte die Coalition in der Kammer unter dem Vorwande, persönliches Eingreifen des Monarchen in die auswärtigen Angelegenheiten zu verhindern, es jetzt dahin gebracht, daß Frankreich alle Zuneigung im Ausland einbüßte.

Man athmet förmlich auf, wenn man an der Hand des Verfassers aus diesem betäubenden Gewirr politischer Leidenschaften in jene erquickende Region geleitet wird, wo das sanfte Wirken der Religion und der Kirche ein beinahe glaubensloses Geschlecht zu den Altären und zum Gebet wieder zurückführt. Mit Meisterhand malt er uns die großen Kanzelredner von Notre-Dame, den Abbé Lacordaire und den Pater, oder wie man damals sagte, Abbé de Ravignan, legt die Eigenthümlichkeit ihrer Predigtweise dar und schildert den tiefgehenden Einfluß, welchen sie nicht etwa bloß auf die Kreise der Laien, sondern auch auf die noch im Gallikanismus versunkene Geistlichkeit ausübten. Wir schauen das gesegnete Wirken der Vincenzvereine und sehen die ritterliche Gestalt des Grafen von Montalembert auf der Rednertribüne der Kammer Wunder der Tapferkeit verrichten. Einmal schien es, als wolle die Regierung die wiedererwachte religiöse Richtung zu stärken suchen. Aber nicht einmal das Gesetz über die Petits Séminaires kam vor die Pairs-Kammer, es fiel mit Guizot. Ewig denkwürdig sind

die damals von Guizot und Saint-Marc-Girardin gehaltenen Kammerreden über die Nothwendigkeit der Religion — ein Erguß wahrhaft großer Politiker, für welche die Volksvertretung des modernen Frankreich kein Verständniß besitzt. Uebrigens bahnten die öffentlichen Besprechungen über die Lage der Kirche eine stets fortschreitende Annäherung zwischen der Geistlichkeit und der Staatsregierung an. Dieses Verfahren entsprach durchaus der Willensmeinung Gregor XVI., welcher in Verbindung mit dem Staatssekretär Lambruschini über die Zurückhaltung des Erzbischofs Quélen von Paris seine Mißbilligung zu erkennen gab (III. 449).

Im vierten Bande kommt das Verhältniß Frankreichs zur orientalischen Frage und das zweite Ministerium Thiers zur Sprache. Nachdem der Londoner Vertrag der Großmächte vom 15. Juli 1840 Frankreich isolirt hatte, kam Krieg in Sicht. Daß er rechtzeitig verhindert wurde, bildete in erster Linie ein Verdienst des Königs. Diesen Punkt hat Thureau-Dangin sehr scharf hervorgehoben. „Wenn Thiers nicht noch Schlimmeres verbrochen, wenn er uns nicht bis zum Kriege geführt, so war es der König, der ihn zurückhielt. Die Schärfe des Blickes und die Gewandtheit und Sicherheit, mit welcher er diese verwickelte und gefährliche Krisis überwunden, hat die Zeitgenossen überrascht. ‚Er ist Lehrer für uns alle‘, bemerkte der Exminister Cousin. Und Charles Greville gab seiner Bewunderung Ausdruck über jenen wunderbaren Scharfsinn, der aus Louis Philippe den gewandtesten Mann Frankreichs machte und ihn früher oder später sein Ziel erreichen ließ.“ (IV. 348.) Von den Zeitgenossen einseitig beurtheilt, lief der König Gefahr, auch der Nachwelt im verkehrten Lichte zu erscheinen. Dieser Gefahr möchte unser Verfasser durch seine objektive, leidenschaftslose Darstellung vorbeugen. Und man muß gestehen, daß es ihm im Wesentlichen gelungen ist, dem Monarchen seine Ehre wieder zu geben, während dagegen Thiers, ungeachtet der bedeutenden Unterstützung, die er in seinem zweiten Ministerium von Männern wie Dufaure und Villemain empfing, als der Dämon auftritt. Denn dieser Mann hat „in der innern Politik nichts geleistet außer einigen unfruchtbaren Uebungen parlamentarischer Schaukelpolitik und dem Theatercoup der Heimführung der Asche Napoleons, in der äußern Politik stand der Friede in Gefahr“. Auch in diesem Bande geht der Verfasser den Dingen auf den Grund und sucht sie in ihren letzten Ursachen zu erkennen, was namentlich von der zuletzt genannten Thatsache, der Bestattung Napoleons im Dom der Invaliden, gilt. Wie kleinlich erscheint sie unter dem Gesichtspunkte jener Zwecke betrachtet, welche Thiers dabei im Auge hatte. (IV. 153—160.) Als

mustergültige Charakteristiken heben wir namentlich die Portraits von Villemain und Dufaure hervor. (IV. 37—40.)

Der fünfte Band ist mit den Zeiten des Ministeriums Guizot (1840—1845) befaßt. Hochgebildet und vom Wunsche, eine Aera des Friedens zu begründen, erfüllt, hatte Guizot viel zu wenig Berührung mit dem wirklichen Leben, um die thatsächlichen Bedürfnisse des Landes zu würdigen. Wenn gute Beziehungen zu England unterhalten wurden, so hatte der Monarch und eben so sehr die Königin von England Antheil daran. Königin Viktoria brach den Bann, welcher über Louis Philipp's Familie lastete, durch zweimaligen Besuch in Eu, welchen der französische König in Windsor erwiderte. Wenn man es auch aus anderen Quellen nicht wüßte, dann müßte das Tagebuch der englischen Königin vollgültiges Zeugniß ablegen über das glänzende Tugend-Beispiel, welches die Familie Louis Philipp's darbot, sowie über das ungetrübte Glück, das dem König der Verkehr mit seiner heiligmäßigen Gemahlin bereitete. Den tragischen Tod des Herzogs von Orleans hat Thureau-Dangin als feiner Psycholog in fesselnder Darstellung beschrieben. Zu diesem Schlag kam das unwürdige Treiben der Parteien, welches dem König das Leben verbitterte. Ledru-Rollin, welcher den Danton spielen wollte, wetteiferte mit Lamartine, der den Schmerz, keinen Ministerposten erhalten zu haben, nicht verwinden konnte, in der Bekämpfung der Regierung. Beide Männer werden in ihren Charakterschwächen köstlich gegeißelt. Bei der Lektüre der Darstellung, welche die legitimistischen Kundgebungen zu Gunsten Heinrich V. in London empfangen, fühlt man indeß eine gewisse Beklemmung unseres orleanistischen Verfassers heraus. Die Darstellung wird farblos, man empfindet es sofort: der Autor steht nicht zu den älteren Bourbonen. Bei der Kritik über Berryer, welcher den in der Adresse der Kammer vorkommenden Satz: „das öffentliche Gewissen brandmarkt die strafbare Kundgebung von Belgrave Square", bekämpfte, dürfte Thureau-Dangin das rechte Maß überschritten haben (V. 244). Mit Meisterschaft dagegen schildert er uns Thiers, welchen die Lorbeeren Guizot's nicht ruhen lassen und der in der Kammer einen Theatercoup nach dem andern anwendet, um seinen verhaßten Gegner vom Ministersessel zu vertreiben.

Den würdigen Abschluß des fünften Bandes bildet eines der bedeutendsten Kapitel des ganzen Buches: die Freiheit des Unterrichtes (V. 459—582). Die Fragen der Politik sind wichtig, aber die Probleme des Unterrichts und der Religion berühren die geistigen Interessen eines Volkes noch unmittelbarer. Das hat Thureau-Dangin als hochgebildeter, christlicher Geschichtsschreiber vollauf begriffen. Wir stehen nicht an, diesem Kapitel die

Palme zuzuerkennen. Mit sichtlicher Vorliebe verweilt er bei diesen Kämpfen zwischen den Bischöfen und der von der ungläubigen Philosophie gedrängten Universität. Man lese die ergreifende Schilderung von Cousin und seiner unerträglichen Diktatur. Das war der Mann, der sich wie ein Halbgott vorkam und der in seinem Hochmuth eine Art officieller philosophischer Religion der französischen Jugend aufzwingen wollte, trotz der Charte von 1830, welche Freiheit des Unterrichts verhieß. In der That: man muß staunen, daß der Kampf wider diese Vergewaltigung nicht weit früher ausgebrochen. Wenn manche katholischen Kritiker das rechte Maß überschritten, so hat der Episkopat Remedur geschaffen. Männer wie Louis Veuillot erfahren gerechten Tadel. Und selbst der edle Graf Montalembert, dessen ritterliche Gestalt der Verfasser in glänzenden Farben zu malen weiß, hat oft in der Kritik der Regierung das richtige Maß nicht innegehalten. Leider überließ Guizot die Lösung der Unterrichtsfrage lediglich dem Cultusminister Villemain, der als Professor Alles, als Staatsmann so gut wie nichts galt und schließlich an der Jesuitophobie erkrankte. Auch der kleine Thiers griff in die Debatten über das Unterrichtsgesetz für Mittelschulen ein. Als Berichterstatter über das Gesetz lieferte er ein oberflächliches Machwerk, getragen von Anschauungen, die er nach einigen Jahren widerrief (V. 545). Um jeden Preis wollte er Minister werden und dazu diente ihm sogar eine Interpellation des Ministeriums in Betreff der Jesuiten: lauter Mittel, um Guizot zu stürzen. Was den König angeht, so fehlte ihm ganz und gar das Verständniß für diese hochwichtige Frage. Bei aller Schonung des Monarchen übt Thureau-Dangin an diesem Geisteskind des philosophischen Jahrhunderts strenge Kritik (V. 522). Der Mensch denkt und Gott lenkt! Msgr. de Quélen, der Sohn der Bretagne, hatte als Erzbischof von Paris keine Beziehungen zum Hofe unterhalten. Gregor XVI. tadelte dieses Verfahren. Jetzt trifft der König eine Wahl nach seinem Herzen. Msgr. D'Affre erhielt den Erzstuhl. Aber gerade dieser liebenswürdige Prälat trug die Forderungen der Katholiken mit ebenso zäher Energie vor wie sein Amtsvorgänger. Die Unterrichtsfrage ging als ungelöstes Problem in die letzten Jahre der Regierung des Königs hinüber. Dem Abschluß dieser denkwürdigen Periode wird ein weiterer Band dieser bedeutenden geschichtlichen Leistung gewidmet sein.

Bellesheim.

LII.

Erinnerungen an Joseph Schlotthauer.

(Schluß)

Neben seinen eigenen Leistungen als Maler und außer der verwickelten Thätigkeit als Lehrer und Inspektor der Akademie waren, fast gleichzeitig mit der Orthopädie und der Mineralmalerei, in Schlotthauer's nimmermüdem Geiste weitere großartige Probleme aufgetaucht, welche zeitweise mit verzehrender Hast in Angriff genommen wurden und deren unausbleibliche Lösung wieder die Mittel zur unausgesetzten Verfolgung und Vollendung der anderen Erfindungen bieten sollte. Dabei spielt auch eine Rolle sein kleines Besitzthum, welchem wir hier ein paar Federzüge widmen.

Er hatte sich aus dem saueren Erwerb der früheren Jahre ein kleines, aus einem Gelasse zu ebener Erde und einem Stockwerck darüber bestehendes, durch einen anstoßenden Garten verschöntes Häuschen gekauft, welches er mit seiner Gattin, einem verheiratheten Neffen und einem alten um Gottes willen aufgenommenen Hausmeister-Ehepaar — welches ebenso wieder einen uralten Veteranen aus der Napoleonischen Kriegszeit als Dreingabe adoptirt hatte — bewohnte. Dasselbe lag damals in abgeschiedener Einsamkeit, an der Grenze der damaligen Vorstadt Au gegen Giesing, am sogenannten „Breiten-Anger“, nur durch einen harten, mit hohen prächtigen Pappeln und altverkrüppelten Weidenbäumen besetzten Fahrweg von den wildzerrissenen Geländen des damals noch völlig

unregulirten Isarstromes getrennt und schwach geschützt.[1]) Bei den alljährlich öfter wiederkehrenden Hochwassern schlugen die Wogen der Ueberschwemmung nicht selten an die Thüren des Hauses, durchspülten den Garten und ließen schwere Kiesbänke zurück. Einmal, im Sommer des Jahres 1852, schwoll die Fluth bis in den ersten Stock, und das wilde Bergwasser bedrängte drei Tage und Nächte lang die ungebeugt in der obersten Etage ausharrenden Insassen mit Verderben und Untergang, wobei nur die Fenster des zweiten Stockwerkes und das Dach hervorragten wie eine Insel aus der weiten Wassermasse, deren Wucht und Wuth jedoch glücklich an den alten treuen Bäumen gemindert wurde und abprallte. Erfahrungen dieser Art brachten unseren Meister darauf, etwas zu erfinden, was vor so bösen Zeiten bewahre und schütze und nicht nur ihm, sondern auch allen Anwohnern dieses und anderer Berggewässer auf möglichst billige Weise bleibende Sicherheit gewähre. Alles mit tiefdurchdachter Gründlichkeit beginnend, machte Schlotthauer zahllose Messungen und Studien über die längs den Ufern und in den verschiedenen Breiten des Rinnsals wachsend dahinfließende Wasserkraft; in seinem Nachlaß fand sich noch ein fast meterhoher Ballen von schön und streng wissenschaftlich gezeichneten großen Foliobögen, welche voll Ziffern und Messungen, mit charakteristischen colorirten Straffirungen, die jeweilig zur Verfügung stehende Kraft der Strömung darlegten.[2]) Darauf

---

1) Das durch einen Erker gekennzeichnete Haus steht heute als Nr. 24 in der neubenannten „Frühlingsstraße", während die seit 1877 Schlotthauer's Namen tragende jetzt noch häuserlose Straße ganz unnöthigerweise anderswohin verlegt wurde, wo die „Frühlingsstraße" mit der „Asamstraße" und der „äußeren Birkenau" sich verbindet.

2) Leider scheint Herr Dr. Christian Gruber in seiner vortrefflichen Arbeit: „Die Isar nach ihrer Entwicklung und ihren hydrologischen Verhältnissen" (München 1889 bei G. Franz. Programm zum 21. Jahresbericht der städtischen

construirte Schlotthauer eine auf höchst rationellen Principien beruhende Maschine zur Regulirung der Flußufer, eine Art Floß und Wasserpflug, welcher durch verstellbare Pflugscharen und durch die Strömung des Wassers selbst in Thätigkeit gesetzt, neue tiefere Rinnsale zieht, dadurch die Stromschnelle in die Mitte versetzt und kostspielige Uferbauten überflüssig macht. Mit einem nur dem Lionardo da Vinci vergleichbaren Feuereifer arbeitete Schlotthauer an dem kleinen, mit minutiösester Sorgfalt durchgebildeten Modell, welches, vom Erfinder dann wieder über wichtigeren Dingen beiseite geschoben und bei der vorgenannten Nachlaß-Auktion als zerbrochenes Kinderspielzeug verworfen, wie auch die zahllosen Zeichnungsbogen mit den unübersehbaren Berechnungen und Messungen — als Maculatur losgeschlagen wurden! So geht überhaupt Vieles dahin und in eines armen Mannes Haupt bleibt — wie schon ein alter deutscher Mystiker klagend bemerkte — viel gute Weisheit verborgen, indem oftmals dagegen das Narrenwerk und Gampelspiel der Welt, wenn auch nur vorübergehend, florirt und den staunenden Beifall der Zeitgenossen erhält.

Auf eben diesem Besitzthum erbaute Schlotthauer, in richtiger Voraussetzung des allgemein steigenden Eis-Verbrauches einen Keller nach eigener Erfindung, zu dessen Ausführung ein einziger Holzfloß genügte; er stand je fünf Fuß unter und über der Erde und war mit getheertem Pappendeckel — welcher damals noch selten als Material verwendet wurde — gedeckt. Hauptsächlich durch die originell durchgeführte Luft-Circulation erzielte Schlotthauer die Herstellung eines

Handelsschule) von Schlotthauers Leistungen auf diesem Gebiete keine Kenntnisse gehabt zu haben. — Mit ähnlichen hydrographischen Fragen über das Stromgebiet der Moldau beschäftigte sich der Architekt und Maler Johann Bapt. Schor (geb. 1686 zu Innsbruck, gestor. 1767 zu Prag. (Vergl. v. Wurzbach Biographisches Lexikon des Kaiserthums Oesterreich. Wien 1876. XXXI. Bd. S. 234 ff.)

Kunst-Eises, welches in dieser Behausung einen ganzen Sommer durch währte. Sein System hatte sich mit geringem Kostenaufwand glänzend bestätigt; Schlotthauer beschloß darauf ein Patent zu nehmen, kam aber über immer neuen Problemen nie dazu, die darauf bezüglichen Schritte zu thun, bis das Ganze zerfiel und Andere aus ähnlichen Unternehmungen erklecklichen Nutzen zogen.

In Anbetracht der traurigen Thatsache, daß arme Landgemeinden oft genöthigt waren, mit schwachen, häufig sogar recht unwürdigen Kunsterzeugnissen in Bild- und Schnitzwerken ihren kirchlichen Bedürfnissen Ausdruck zu geben, ventilirte Schlotthauer zeitweise die Idee, ächte gute Originale, wenn auch durch untergeordnete Bildhauer und Maler, vervielfältigen zu lassen. Die Speculation einiger Unternehmer kam ihm bald bereitwillig mit Farbendruck-Erzeugnissen und in Pappe und anderer Masse hergestellten Reproduktionen entgegen und hoffte die zustimmende Erklärung und das Protektorat Schlotthauer's zu erhalten, welcher anfangs wohlmeinend mit allerlei Vorbehalt zustimmte, bald aber den Unfug durchschauend, gegen dergleichen Fabrik-Artikel mit ungewöhnlicher Energie sich verwahrte. Sein Anwesen war mit einem schönen plastischen Oelbergbilde geschmückt, welches in einer gegen die Straße halboffenen Holzkapelle heute noch, wenn auch etwas verwahrlost, besteht und von der frommen Intention des früheren Besitzers Zeugniß gibt.

Dieses edelmüthige Bestreben, überall gemeinnützig im höheren Sinne zu wirken, zeigte Schlotthauer immer und bei jeder Gelegenheit, auf allen Schritten und Wegen, sowohl in der Akademie, im Atelier, wie im eigenen Heim. Mit der seinen Schülern unermüdlich empfohlenen Sittenreinheit und Einfalt des Herzens ging er selbst als Muster voraus. Hoch und heilig hielt er die Kunst und verabscheute unlauteren Dünkel. Alles was zur höheren Bildung, zur wahren Erhebung der Seele und des Gemüthes beitragen konnte, war ihm willkommen; deßhalb liebte er auch die Pflege

des Gesanges, der Musik. In seinem Häuschen sammelte er an ziemlich regelmäßig wiederkehrenden Abenden seine Schüler, vereinte sie zu einem „Componier-Verein“, stellte Aufgaben, ertheilte Auszeichnungen und Preise und sorgte mit gewissenhaftester Liebe für Aufträge und Bestellungen. Dafür überraschten sie ihn auch durch musikalische Ständchen, Chöre und Liedersingen, welche oftmals das Rauschen der Isar weit übertönten. An anderen Abenden sammelte sich bei ihm eine Gesellschaft älterer Freunde, wozu nur ausnahmsweise jüngerer Nachwuchs geladen wurde. Es ging frugal zu. Wer kalte Küche mitbrachte, verzehrte selbe unbeirrt: der Betrag für Bier und Brod wurde mit den Hausmeisterseheleuten bereinigt. Man kam ziemlich spät, aber bei jeder Witterung und Jahreszeit war das kleine Zimmer meist bis Mitternacht gefüllt. Man saß auf dreibeinigen Stühlen von überraschender Schlankheit und Leichtigkeit, so daß jeder Neuling das Sedil mißtrauend betrachtete, dann aber nach dem Gebrauch mit der überraschten Erklärung losbrach, wie man hier gut sitze, worauf der Hausherr als Urheber des Modells sich bekannte mit dem Zusatze, er habe aus seiner Jugendzeit in diesen Dingen doch einige Praxis, Einsicht und Uebung.

Damit hing vielleicht auch die Methode zusammen, nach welcher er im Akt-Saale der Akademie die Modelle stellte. Jeder der Professoren hatte damals überhaupt seine eigene, aber höchst charakteristische Art, die Akte, wozu nur Männer verwendet wurden, zu beleuchten oder zur Geltung zu bringen.[1]) Professor Julius Schnorr von Carolsfeld, der Maler der Nibelungen und der drei Kaiser-Säle in der Residenz, stellte seine Modelle fast immer in graziöser Weise, vornehm; sie waren Könige, Helden, imponirende Erscheinungen, hatten wohl etwas Schauspielerhaftes, doch war immer eine große Würde dabei. Besonders hatte er Glück in gewissen Wend-

1) Vgl. das erwähnte Buch von Reinhard Sebastian Zimmermann: Erinnerungen eines alten Malers. München 1884. S. 138 ff.

ungen des Oberkörpers mit theilweise emporgehobenen Armen und gebeugtem Nacken. Sehr schön stellte auch Heinrich Heß; seine Figuren drückten aber mehr Ruhe aus, oder eine Bewegung des Staunens, des Hinhorchens, der Freude oder des Schmerzes. Ihre Bewegungen waren mehr die der Anmuth als die der Kraft. Letzteres war um so mehr der Fall bei Ludwig Schwanthaler; in seinen Modellen lag fast immer eine gewisse Leidenschaftlichkeit, sie mußten kämpfen, stoßen oder mit heraustretender Brust und zurückgezogenen Ellenbogen zurückhalten. Er nützte sein Material ganz aus, es war immer viel Leben darin, und merkwürdiger Weise gab es bei dem Bildhauer häufig die meisten malerischen Erscheinungen. Professor Clemens Zimmermann wollte seinen Mann nicht so sehr anstrengen wie Schwanthaler, ihn eigentlich nur sehen lassen, aber er that das mit Verständniß. Hatte der Mann eine schöne Brust und schlechte Beine, so ließ er ihn sitzen und verkürzte die Beine mehr oder weniger in den Schatten; war er aber schön vom Rücken, so ließ er ihn von hinten sehen und nahm Bedacht darauf, daß durch eine scharfe Beleuchtung die Anatomie erkannt werde, indem die Einzeltheile mit dem Ganzen zur Geltung kamen. Bei dem Kupferstecher Amsler konnten die Modelle am meisten ausruhen, da er sie niemals anstrengte. Er stellte den Mann hin vom Rücken, von vorne oder im Profil gesehen, etwa den einen Fuß höher gestellt als den anderen oder einen Arm auf den Rücken gelegt, den Kopf auf die Brust gesenkt und den andern Arm, eine Stange haltend, vorgestreckt. Schlotthauer ließ dagegen wieder mehr Thätigkeit eintreten. Bei ihm mußte ein Jeder arbeiten, ziehen, schieben, Lasten tragen oder empor halten, mit dem Hammer schlagen, Holz spalten, sägen oder hobeln; der Mann mußte immer im Schweiße seines Angesichtes sein Brod verdienen, fast gerade so wie im Nachklang an seine eigenen harten Jugendjahre.

Doch nach dieser Abschweifung zu unserem Künstlerheim



zurück! Die Männer, welche damals, etwa von Ende der Vierziger Jahre fast ein Decennium lang, zusammenkamen, blieben so ziemlich immer dieselben. Obenan saß der Hausvater mit seinem meist schweigsamen Neffen, dann kam Joseph Unger, einer der ältesten Getreuen und wahrer Stammhalter, seines Zeichens Ingenieur und angestellt bei der Baubehörde im Ministerium, kein trockener constructiver Techniker, sondern auch selbstthätig mit eigenen, meist in das Ausland gearbeiteten Plänen; ein ernster und doch liebenswürdiger Charakter vom alten Schlag, kein Schöngeist oder Redner, welcher jedoch heitere Abende nie verdarb, sondern mit Sang und Saitenspiel und durch sein silbertöniges Pfeifen Alle in die fröhlichste Stimmung brachte; milde und gütig im Urtheil, immer aber gerecht und beinahe wortkarg, mit wenigen Sätzen mehr sagend als Andere in langer Rede. Er hatte bei der vorgenannten Wassernoth den Muth, mit einem Schiffe und vier Ruderern seinem bedrängten Freunde, unter großer Gefahr, zu Hülfe zu fahren; Schlotthauer aber beschloß im Hinblick auf seine schützenden Bäume und die Symptome des sinkenden Wassers, auszuhalten und zu bleiben. Beim Abschied hatte der treue Unger das Unglück auf der nassen Treppe auszugleiten und durch einen bösen Sturz eine Rippe zu brechen; er lag lange und schmerzhaft darnieder. Seine Wiederkehr war ein wahres Fest. Bald darauf überanstrengte sich der fleißige Mann mit der Ausarbeitung von Plänen für eine in Schweden herzustellende Bierbrauerei, erblindete darüber, wurde vergeblich ein paarmal operirt und starb dann, 72 Jahre alt, am 15. September 1857.[1]) Dann

1) Er hatte mit Oberbaurath A. Voit eine Sammlung von Rissen nach hauptsächlich in München ausgeführten Privat- und Gemeindegebäuden (München 1841—49 in 9 Heften) herausgegeben. (Sein gleichnamiger Sohn, geb. 1811 zu München, war ein sehr geschickter Maler und Lithograph, starb aber schon am 30. Juli 1843. Er hatte auch mitgewirkt an der großen durch Eggert veranstalteten, in Lithographie herausgegebenen Re-



kam der durch seine kartographischen Werke, insbesondere über Tirol, ausgezeichnete Johann Georg Mayr[1]), zum Unterschied von Anderen seines Namens, nach seiner Stellung an der topographischen Abtheilung des Kriegsministeriums kurzweg „Topo-Mayr“ genannt, ein bei allen Vorzügen doch eckig gearteter Mann, welcher den Tiroler von seiner mitunter unliebenswürdig gestalteten Seite repräsentirte, im Sinne, doch ohne den Geist eines Fallmerayer und Ludwig Steub gerne polemisirte, den Widerspruch aggressiv liebte und herausforderte und trotz seines weichen Herzens eine polternde Rauheit hervorkehrte. Er schrieb damals schon an seinem „Mann von Rinn“, einer Biographie des Joseph Speckbacher (Innsbruck 1851) und las regelmäßig seine Wochenarbeit vor, wodurch es erbitterte Kämpfe und Streit absetzte, da der eigenwillige Künstler mit engherziger Verbitterung gegen Andreas Hofer und mit ächt autodidaktischem Besserwissenwollen seinen Helden als den wahren Mittelpunkt der Bewegung hinzustellen beflissen war. Es gab ärgerlich erregte Auseinandersetzungen, welche indessen für die mehr objektive Gestaltung des Mayr'schen Buches nützlich wurden; denn obwohl der Autor seine subjektive Ansicht immer unverrückt verfocht, gab er in der Folge doch nach und glättete nach Möglichkeit. Dagegen blieb er unabbringlich in seiner Vor-

produktion der Glasgemälde in der Auerkirche). Charakteristisch für Unger war, daß der durch seine Originalität bekannte und deßhalb auch mit dem edlen Professor Dr. Ernst von Lasaulx innig befreundete Kreis-Medicinalrath Dr. Joseph von Heine (1803 † 1877) jedesmal während seiner mehrfachen Thätigkeit als Abgeordneter zur zweiten Kammer des bayerischen Landtages, im Anfang der fünfziger Jahre, bei Unger wohnte, welcher den Mann aufrichtig bewunderte, ohne dessen Excentricitäten alle zu vertheidigen.

1) Geboren 24. Juni 1808 zu Brixlegg, gest. 17. Januar 1864 zu München. Vgl. Wurzbach's Lexikon XVIII. Bd. S. 117 und den Artikel in der „Allgem. Deutsch. Biographie.“.

liebe für das oft ganz ungehörige Citiren von Dichteraussprüchen, Versen und phraseologischen Gemeinplätzen; wie der Tiroler vom alten Schlag die bunteste Fassung seiner Bildwerke und reiche Vergoldung seiner Altäre und Kirchen liebte, so konnte Mayr nie des Guten ein Maß finden (auch der vielgerühmte Stylist Fallmerayer leidet an solch' einer oft ganz geschmacklosen Ueberladung). Mayr ließ sogar, wenn sein Vorrath erschöpft schien, durch den bereitwilligen Maler und Dichter Eduard Ille (welcher Speckbacher's Bildniß in ganzer Figur zu dem genannten Buche zeichnete) neue „schöne Stellen“ und Verse dichten und schaltete selbe mit dem Wonnegefühl eines jugendlichen Autors an ihm gut dünkenden Stellen ein. Noch ärgere Dissidien entstanden, als Mayr sich an eine Biographie des bayerischen Kurfürsten Max-Emanuel und später gar an eine des berüchtigten Freiherrn von Hormayr wagte. Mayr, welcher mit dem Grabstichel des Kupferstechers die größte Wahrheit und Treue eines diplomatischen Kartographen übte, verfiel mit der Feder des Schriftstellers gerade in's Gegentheil. Glücklicherweise kamen sehr schöne Aufträge von Perthes in Gotha, welche seine künstlerische Kraft wieder vollauf in Anspruch nahmen.

Das verkörperte Spiegelbild der Treue war Professor Dr. Joseph Beraz.[1]) Er hatte seine philosophischen Studien unter Franz v. Baader begonnen und, seiner Zeit auch ein Mitglied der vorgenannten Gesellschaft zu den „drei Schilden“, ein gut Theil seiner Speculation in das medizinische Gebiet übertragen; docirte dann lange die Anatomie, bis er endlich nach G. H. v. Schubert's Ableben 1860 die Professur für Naturgeschichte an der Universität München erhielt. Außer einem „Lehrbuch der Anatomie“ (Landshut 1839) verfaßte derselbe eine populäre „Anthropologie“.[2])

---

1) Geboren am 28. Oktober 1803 zu Aschaffenburg, gest. 27. Juni 1869 zu München.

2) Der Mensch nach Leib, Seele und Geist. I. Bd. Lpz. 1836, VI. u. 483 S. II. Bd. Landshut 1841. XXXV u. 903 S.; letzterer

Ausgehend von dem Spruch der Weisheit (II, 21): „Gott hat Alles nach Zahl, Maß und Gewicht geordnet", suchte er dieses höhere Gesetz in einer wundersamen Zahlen-Symbolik und einer gewiß höchst tiefsinnigen Art von mathematischer Mystik zu ergründen. Die hiedurch gewonnenen Resultate übertrug Beraz in sein philosophisch aufgebautes System der Naturgeschichte. Sein metaphysisch geschärftes Auge fand eine durch die Gesetze der Kristalle, der Blattstellung der Pflanzen, durch die Anatomie und das Nervensystem aufschreitende höhere Architektonik, welche im ethischen Gebiete gleiche Analogien und folgerichtig eine natürliche Theologie ergab, die ihm mit der christlichen Offenbarung zum siegreichen Ausdruck gelangte. Es war sein ganzes Sinnen, Trachten und Streben, diesen idealen Einklang zwischen Gott und Welt, zwischen Kirche und Staat, überall nachzuweisen und diese harmonische Einheit des Glaubens und der Wissenschaft klar zu legen. Auf die Ausarbeitung dieses großen Werkes wendete er nach langen Vorbereitungen die letzten zehn Jahre seines Lebens, schrieb unermüdlich auf losen Foliobogen sogar mit dem Stift auf weiten Spaziergängen, ohne je zum Abschluß zu kommen. Vereinsamt in seiner Speculation wie Schlotthauer, theilte er auch dessen Schicksal in Hinsicht des Niesichgenugthuns; war ebenso wortbedacht und knapp in der Rede, deßungeachtet in heiterer Gesellschaft ein Freund des Gesanges und mit einem grundfröhlichen Lachen begabt, welches er immer zuletzt erhob und dadurch Andere wieder zu erneuter Herzlichkeit hinriß. Beraz besaß schöne historische Kenntnisse und ein inniges Verständniß für die Kunst, wie er durch eine Abhandlung „über die christlichen Kirchenbaustyle" bewies.[1])

auch unter dem Titel: „Steine zur mathematischen Begründung der christkatholischen Natur- und Weltanschauung, oder die Grund-, Eintheilungs- und Ordnungszahlen der Sprache in ihrer Bedeutung für die Erkenntniß des äußeren und inneren Menschen".

1) In Zarbl's „Seelsorger". Landshut 1845. VII. Jahrg.

Für Cornelius, Schlotthauer, Ringseis, Franz v. Baader hegte er eine rührende Treue, so daß er als die wahre Personifikation dieser Tugend gelten konnte.

Zu den weiteren regelmäßigen Besuchern der Schlotthauer'schen „Malerherberge“ gehörte der Hofmusiker Vitzthum, einer von Schlotthauer's unzähligen Neffen, ein Meister der Oboë, dessen Ausbildung Schlotthauer gleichfalls ermöglicht hatte. Dann der fürstliche Thurn- und Taxis'sche Rath und Prinzenerzieher Joseph Strobl († 1881), ehedem mit Sailer, Schwäbl, Diepenbrock persönlich befreundet, welcher über eine Fülle von Erinnerungen gebot, aber wenig mittheilsam, bisweilen nur sprungweise zu aphoristischen Mittheilungen gelangte. Dazu kam der Maler Fr. Reigers, ein Mann wie ein Tanne; blauäugig, hellhaarig, ein wahrer Fläme mit einem goldächten Herzen, welcher, ein Neffe des Cardinal von Diepenbrock, das Bildniß dieses Dichters, Kanzelredners und Kirchenfürsten malte (in Stahl gestochen von Johann Burger), in der Folge aber nach schweren Kämpfen der Ausübung seiner Kunst entsagte und in das heimathliche Etablissement seines Bruders übertrat. Ferner der Historienmaler Anton Scheibmaier, welcher als Schüler von Cornelius und Schnorr ein treffliches Bild „Moses Begräbniß“ schuf, dann aber durch Maßmann's Vorbild ganz der Turnkunst sich widmete und heute noch, nach 58jähriger Thätigkeit auf diesem Gebiete, als Direktor der k. Turnanstalt mit unermüdlichem Eifer den artistischen Principien seiner Jugend huldigt. Obgleich todmüde und abgearbeitet kam der Wackere jedesmal, gleichviel ob Sommer oder Winter, noch zu spätester Zeit, die ungeheuere Diagonale, die ganze Breite der Stadt, von seinem am westlichen Oberwiesenfeld gelegenen Turnplatz bis zu den östlichen Isar-Auen am „breiten Anger“ durchschreitend. Häufig erschien auch Dr. Jos. Schlutt, ein in früher Jugend schon vielgeprüfter Mann, welcher durch allzugroßes Vertrauen sein beträchtliches Vermögen eingebüßt hatte, aber unverzagten

Willens seine glücklicherweise errungenen Kenntnisse im Bereiche der Geschichte und schönen Literatur als vielgesuchter Privatlehrer verwerthete, die Erziehung eines jungen Edelmannes leitete und außerdem noch mit der Feder thätig war, indem er u. A. eine damals viel genannte Jugendschrift (Adelheid und Etienne) verfaßte und für den deutschen Ludwigs-Missions-Verein die gerne gelesenen „Annalen des Glaubens" redigirte. Leider erlag der edle Mann schon 1854 der Cholera. Ziemlich regelmäßig erschien der Kupferstecher Julius Thäter,[1]) welcher mit dem feinsten rühmenswerthen Verständniß viele Compositionen von Cornelius, außerdem auch noch Blätter nach Moriz von Schwind (Aschenbrödel), Julius Schnorr und Kaulbach gestochen hatte und trotz seines scharf accentuirten sächsisch-protestantischen Wesens sich hier außerordentlich wohlig fühlte. Seltener kamen Augustin Palme, welcher für österreichische Klöster große Altarbilder und den ganzen Fresken-Cyclus in der nächst Schloß Banz herrlich gelegenen Wallfahrtskirche Vierzehnheiligen ausgeführt hatte; ebenso Johann v. Schraudolph, welchem nach Vollendung seiner Bilder im Dome zu Speyer hier ein schnell improvisirter Festabend bereitet worden war; außerdem noch der gleich Schraudolph mit einer wundervollen Tenorstimme begabte Ulrich Halbreiter,[2]) der immer erst nach langen Bitten

---

1) Julius Thäter, geb. 7. Januar 1804 zu Dresden, wurde nach S. Amslers Ableben 1849 als Professor an die Münchener Akademie berufen und starb daselbst 14. November 1870. Seinen merkwürdigen Lebensgang hat, theilweise nach autobiographischer Vorlage, theils aus Briefen und Tagebüchern, seine Tochter Anna Thäter herausgegeben. (Frankfurt a. M. 1887.)

2) Ulrich Halbreiter, geb. 11. Juli 1812 zu Freising, malte 1840—43 in der Residenz König Otto's zu Athen, bereiste Aegypten und Palästina, wo er das Material sammelte zu seinen auf sechs großen lithographirten Blättern herausgegebenen „Ansichten aus dem hl. Lande" und zu einem großem „Rundgemälde von Jerusalem", welches nach allerlei Schicksalen endlich nach

sich bisweilen herbeiließ, seine ächten Almenlieder mit Guitarre-Begleitung anzustimmen.

Der kleine Raum widerhallte öfters von Gesang und Musik. Dann fingerte der Hausherr auf seiner Elfenbein-Mandoline und spielte theils Volksmelodien, theils selbst oder von Pocci, Schwanthaler und Hoffstadt erfundene Weisen von anmuthender Schönheit, eine ächt „gothische Musik“, deren Tonwellen in den reizendsten Verschlingungen und Accorden, gleich den Ornamenten der spitzbogigen Architektur, ineinander wohltönig, schwermüthig und romantisch verfloßen. Leider wurden selbe niemals in Schrift gebracht, trotz der jedesmaligen Versicherung Schlotthauers, sie nächster Tage gewiß von kundiger Hand durch Notation fixiren zu lassen. Er vergaß jedesmal die kundige Hand und so sind diese reizenden, originellen Tonwerke unwiederbringlich verschollen und verklungen. In Schlotthauers trautem Heim gab es solch' musikalische Stunden alljährig ein paar Mal, am liebsten zur Winterszeit und zur Feier des St. Joseph-Tages. Der Hausherr hatte zwei ländliche Virtuosen, einen Zitherspieler, seines Zeichens einen Maurergesellen, und einen anderen armen Gewerksmann aufgepirscht, welcher neben der Violine meisterlich das Flageolet oder die sogenannte Schwegelpfeife handhabte; dazu kam als begleitender Baß die vorgenannte Mandoline — ein ganz einzig wohllautendes Terzett, welches immer ohne Noten nur ächte Volksweisen ex tempore spielte. Traun, unvergeßliche Eindrücke!

Rom gelangte und daselbst völlig zweckwidrig der Länge nach in einem Gange des Lateran aufgenagelt wurde. Außerdem malte Halbreiter, und zwar ohne Bestellung, ein 20 Fuß hohes Bild mit der Himmelfahrt der hl. Jungfrau (welches heute noch im Besitze der Familie, einer zweckmäßigen Aufstellung entgegen sieht) und bethätigte sich als Regenerator des Kunsthandwerkes namentlich durch eine Menge von Zeichnungen für Silberarbeiter u. dergl. Von Ulrich Halbreiter erschienen auch 3 Hefte ächte „Baierische Volkslieder“ (München 1839) mit Arabesken. Er starb 26. November 1877 zu München.

Was diese Abende überhaupt auszeichnete, war, daß Alles zur Sprache kam, was die höchsten Interessen und Fragen des Menschengeistes berührt, und daß nie ein alltägliches Wirthshaus-Gespräch die Oberhand gewann. Ein Memoiren-Schreiber hätte dabei den Stoff für viele Bände eingeheimst! Niemals fehlte es an Erinnerungen und Erlebnissen. War doch auch Schlotthauer, ebenso wie Ringseis und Clemens Brentano, ein Ohr- und Augenzeuge jener dämonischen Mystik, welche unter den „Erweckten im Lande" unter der Leitung der Pfarrer Ignaz Lindl zu Baindlkirchen, Martin Boos und Joseph Goßner sich abspielte. Schlotthauer hatte seiner Zeit zu den gerade nicht unbedingt Gläubigen dieser Schwarmgeister gehört, verblüfft wie so mancher Laie durch die Ungeheuerlichkeit der Erscheinungen. Das beste Remedium gegen diesen planlosen Spuck boten die Betrachtungen der Katharina Emmerich, welche Clemens Brentano zu Anfang der dreißiger Jahre in seinen damals noch ungedruckten Aufschreibungen nach München brachte. Was diese Nachtigall der reinen Gottesminne in stiller Contemplation, aus tiefster Seele dichtend, erzählte, klang so beseligend, mild und schön, so congenial dem Geiste, aus welchem die frommen Maler Fra Angelico, Meister Wilhelm und Hans Memling schufen. Das war wirkliche Seelenspeise, vor welcher die Tollheiten der vorgenannten „Erweckten" in das gebührende Nichts verschwanden. Gleichen Stoff zu eingehenden Mittheilungen bot die markante Persönlichkeit Brentano's selber, welcher — wie man aus seinen Briefen weiß — in so origineller Art in Schlotthauers (damals in der Glockenstraße Nr. 10 gelegene) Wohnung sich eingeheimst hatte und als Haus- und Familiengenosse betrachtet war.[1]) Von ihm vermochte auch der wackere Ignaz Pruner zu erzählen, welcher die nicht leichte Aufgabe hatte, die leibliche Hülle des Dichters

1) Vgl. die heitere Darstellung in Brentano's Lebensbild von Diel-Kreiten. Freiburg 1878. II, 453.

zu bekleiden und dessen Garderobe in Stand zu halten; Ignaz Pruner, ein ächter Münchner Geschäftsmann vom alten Schlage, welcher unter Schlotthauers Leitung orthopädische Corsetten construirte und dann in diesem Artikel ein heute noch florirendes Geschäft begründete.

So gab eines dem andern die Hand, der Quell der Erinnerungen versiegte niemals: Ringseis, Emilie Linder — die Vittoria Colonna dieses Kreises —, Bischof Sailer, Cornelius, Hoffstadt, Schwanthaler, Graf Pocci, Schubert, Dr. Fuchs und das Wasserglas, die Bestrebungen der neuesten Malerschule, zogen mit früheren und neueren Trägern der Kunst und Weltgeschichte in bunter Reihe vorüber, niemals stockte die Rede, es gab immer des Interessanten und Anregenden die Fülle, auch ganze Dorfgeschichten tauchten bisweilen auf, wie z. B. die ungeheuerliche Historie von den „Goldsuchern am Haimgarten", welche auf Schlotthauers ausdrücklichen Wunsch aufgezeichnet und so der Vergessenheit entrissen wurde.[1])

Schlotthauer blieb, wenn auch von schwerer, weitauseinander liegender Tagesarbeit ermüdet, immer frisch, obwohl er keine eigentliche Gabe der Rede besaß; er wirkte immer belebend und anregend, wie seine Schüler fortwährend erfuhren. Zu diesen, welche des Meisters persönliche Lehre und Unterweisung erhielten, gehören der Todtentanz-Zeichner Karl Högerl, die beiden Schraudolph, Johann der berühmte Professor (1808—1879) und dessen jüngerer hochbegabter Bruder Claudius Schraudolph (geb. 1813); dann der geniale in Form und Farbe gleichhervorragende, während seines Lebens nie nach vollem Verdienst gewerthete Jos. Anton Fischer (1814—1859); der wackere Joseph Holzmaier (1809—1859), der arme Bathasar Lempenzeder[2]),

1) In Nr. 78 und 79 der Neuen Münchener Zeitung 1855.

2) Geboren 29. Oktober 1822 zu Haidhausen, gest. 27. Nov. 1860. Vgl. Förster: Cornelius. 1874. II, 331 ff.



welcher, ein als Künstler ganz cornelianisch-großartig begabtes Genie, nie aus seiner beispiellosen Zurückgezogenheit zu bringen war. Ferner Ulrich Halbreiter, Ludwig Moralt (1815—1888), Max Hailer, Joseph Kranzberger[1], der vielgewandte Ludwig Schnitzelbaumer (1813—1873), Julius Frank, zur Zeit der mannhafte Vorstand des Münchener „Vereins für Pflege der christlichen Kunst", der vorgenannte Reigers, der frühvollendete Andreas Lochner (1824—1855), welcher aus einem harten Handwerker-Leben sich tapfer zu einem geschickten Silberarbeiter und Historienmaler herausarbeitete; die beiden Anton und Nikolaus Baur (geb. 1816 zu Trier † 1879 zu München); außerdem noch Karl Baumeister (geb. 1840 zu Zwiefalten), einer der namhaftesten Vertreter der neueren christlichen Kunst; Wilhelm Hauschild[2], der Bildhauer Joseph Glatz und viele Andere.

Nach dem übereinstimmenden Zeugniß seiner Zeitgenossen anerkannten Alle Schlotthauers Verdienst als Maler und Lehrer und bestätigten die Vielseitigkeit seines Wissens, wie die ungetrübte Lauterkeit und Wahrhaftigkeit seines Charakters. So äußert sich z. B. Graf Raczynski an der vorgenannten Stelle[3]) über Schlotthauer's Thätigkeit an der Akademie, wie er sich fruchtbar und geschickt erwies „durch die liebevolle Sorgfalt, welche er der Entwickelung der aufkeimenden Thätigkeit widmet, durch seine glücklichen Entdeckungen, durch die Verbesserungen, welche er in allen Theilen der Kunst eingeführt hat, durch seinen edlen Charakter, seine Redlichkeit und Milde, sein versöhnendes Gemüth, seine Bescheidenheit und endlich auch durch sein Talent als Maler und Colorist, denn in letzter Beziehung ist, nach dem Einverständniß aller Künstler, dort Niemand im Stande, es besser zu

1) Geboren am 10. Juli 1814 zu Regensburg, gest. 26. Nov. 1844 zu Athen.

2) Geb. 16. Nov. 1827 zu Schlegel (Breslau), gest. zu München 14. Mai 1887.

3) Geschichte der Kunst. 1840. II, 300 ff.

machen als er, ja vielleicht auch nur ebenso gut. Seinen Versuchen und seinen Anstrengungen verdankt größtentheils die Frescomalerei ihr Wiederaufleben, vorzüglich in Hinsicht des technischen Theiles . . . Man kann von ihm sagen, daß er die Seele der Münchener Kunstakademie, der Vater der Zöglinge, der Freund aller Professoren ist. Cornelius schenkt ihm das größte Vertrauen! Schlotthauer ist der Leiter, welcher der Akademie so manchen elektrischen Funken zuführt, welche der blühenden Einbildungskraft des Cornelius entsprühen." — Ebenso schreibt Fr. Pecht in seiner „Geschichte der Münchener Kunst im neunzehnten Jahrhundert (1889)" S. 80: „Weitaus den besten Gehilfen fand Cornelius in Joseph Schlotthauer, einem geborenen Münchner, der aus einem Tischlergesellen erst Soldat und dann Maler fast autodidaktisch geworden war und sich jetzt mit Begeisterung an Cornelius anschloß, nachdem er zuvor eine Reihe sehr liebenswürdiger Bilder in altdeutschem Sinne gemalt, bei denen, wie bei seinen Porträts, er einen feinen Farbensinn bethätigte . . . Ganz die mannhafte Schule und Anspruchslosigkeit seiner Landsleute theilend, voll tiefer Herzensgüte und Wohlwollens, errichtete er später eine orthopädische Anstalt und vernachläßigte darob die Malerei, zu der er doch so große Begabung hatte, aber offenbar viel zu bescheiden war, um mit seiner besseren Einsicht je durchdringen zu können. Das coloristisch weitaus beste aller Glyptothekbilder, die Unterwelt hat er fast allein gemalt". Aehnlich schildert unsern Meister auch Ernst Förster[1]) und neuestens Carriere,[2]) welcher

1) In seiner „Geschichte der deutschen Kunst" (Leipzig 1860) V. Bd. 34 und 127, und hebt dabei hervor, daß Schlotthauer auch die artistischen Interessen der Landbewohner sorglich im Auge behalten: „Ihm ist es zu danken, wenn Dorfgemeinden, die sonst für ihre spärlichen Geldmitttel kunstlose Sudeleien in ihre Kirchen erhielten, nun dieselben mit Werken schmücken dürfen, denen mindestens der Ernst der Auffassung und der Zusammenhang mit der Schule einen dauernden Werth gibt."

2) In Westermann's „Monatsheften" (Oktober) 1888. S. 62.

Schlotthauer's grenzenlose (leider nur zu oft mißbrauchte) Güte hervorhebt.

Er war eine edle Seele, ohne Falsch und Trug, von nur zu großer, an Schwäche grenzender Herzensgüte, so daß selbst der „harmlose“ Hofrath G. H. von Schubert in die bewundernden Worte ausbrach: „Ach lieber Bruder, wer so brav sein könnte wie du: die lautere, einfältige Wahrheit!“[1] Mit einer wirklich himmelschreienden Selbstlosigkeit ging seine Freigebigkeit und Mildthätigkeit über alles Maß; Schlotthauer war in seiner Art wie Bruder Juniperus und hätte verdient unter den Söhnen des heiligen Franz eine Stelle einzunehmen, so daß die Rede entstand: „Wenn Schlotthauer einmal an die Himmelsthüre kommt, so wird er bitten müssen: Herr verzeihe mir meine guten Werke!“ Er gab weit über seine Kräfte und mit beiden Händen und wirklich so, daß die eine nicht wußte, was die andere that. So lange Fräulein Linder lebte und er als ihr Großalmosenmeister mit höchster Gewissenhaftigkeit sein Amt verwaltete, ging es noch leicht, aber nach ihrem Tode fiel das ganze Heer der Armen als einzige Erbschaft ihm anheim und sog ihn aus, mißbrauchte und schädigte den selbst armen Mann, der wie Benvenuto Cellini sein Letztes mit dem Verkauf seines kleinen Hauses in den Glühofen seiner Projekte warf, ohne den Guß, das heißt das Gelingen derselben zu erleben.

Seine liebevolle Hausfrau, welche im seltensten Einklang ganz zu ihm paßte, war am 8. Mai 1868 in einem Alter von 76 Jahren vorausgegangen. Seitdem stand er allein und verlassen; er hatte längst sein Heil berathen, mit Allem abgeschlossen, nur nicht mit seinen Maschinen und Farbenproceduren, an welchen er unermüdlich laborirte. Sein Ende erfolgte unter fremden Menschen, am 15. Juni 1869.

Seitdem ist eine neue Aera eingetreten. Neue Namen,

---

1) G. H. von Schubert: Selbstbiographie (1856) III, 614.



neue Principien kamen und gingen wieder — viele fast spurlos.

Was heute hoch vom Leuchter strahlt, wird morgen als Irrlicht erklärt. Was die Mode oder eine schnell wechselnde Gunst des Tages erhebt, wird über Nacht in das alte Gerümpel geworfen, als überwundener Standpunkt.

Schlotthauer war nie ein solches Glückskind im Sinne des Tages. Desto schneller wurde sein Sinnen und Wollen von der geflügelten Zeit überholt, sein Schaffen und Arbeiten von der unaufhaltsam fortrollenden Industrie bei Seite geschoben und vergessen. Sogar sein Grab ist verschwunden und sein Staub verweht.

Aber es gibt eine historische Gerechtigkeit, die wirkliches Verdienst nie vergessen läßt, sondern immer wieder in Erinnerung bringt, die, wenn auch noch so spät, doch unbestechlich und untrüglich ihr Amt leidenschaftslos verwaltet und auf ihrer Tenne den Waizen sondert von der Spreu.

Sein guter Name steht im Buche der Zeit neben den Besten und klingt fort durch die Generationen und sein Andenken bleibt gesegnet in Dankbarkeit und Treue!

Dr. H. Holland.

LIII.

Graf Taaffe.

(Aus Oesterreich-Ungarn.)

II.

Graf Taaffe hatte bei seinem ersten Auftreten als Ministerpräsident die Verständigung und Versöhnung der miteinander in Zwietracht lebenden Volksstämme und damit die Herstellung des innern Friedens in Oesterreich sich zur Aufgabe gestellt. Diese Absicht bekundete schon deutlich seine Thätigkeit zur Gewinnung einer regierungsfreundlichen Majorität im Reichsrathe. Um die Verständigung zu erleichtern, befolgte Graf Taaffe den Grundsatz: „Man muß Alles fernehalten, was trennt; Alles suchen, was vereinigt.“ Demgemäß sollte durch „wirthschaftliche und sociale Reformen das Gefühl für die Solidarität der Interessen gestärkt und das Unnütze des politisch-nationalen Streites klar gemacht, der Staat mehr und mehr der Sphäre dieses nationalen Streites entrückt und mit den Bürgschaften ausgerüstet werden, welche ihm den Charakter der Unerschütterlichkeit verleihen“. Zu solcher Weckung, Hebung und Stärkung des Gemeinsamkeitsgefühles war der richtige Boden das Vollparlament, wo ja alle Parteien und Nationalitäten in unmittelbaren Verkehr und stete Berührung gesetzt wurden.

Daß übrigens der natürlichen Kraft des Versöhnungsgedankens und der zwingenden Gewalt des praktischen Lebens

zu viel vertraut wurde, ist unzweifelhaft. Ein aktives Eingreifen des leitenden Staatsmannes zur Herbeiführung der gewünschten Verständigung wäre wahrscheinlich von größerem Erfolge begleitet gewesen. Erst in letzter Zeit scheint Graf Taaffe seine bisher beobachtete Reserve in der Verständigungssache aufgeben zu wollen. Um indeß die Stellung und Wirksamkeit des Grafen Taaffe in dieser überaus wichtigen und heiklen Frage richtig auffassen und gerecht beurtheilen zu können, müssen unseres Erachtens mehrere maßgebenden Umstände strenge im Auge behalten werden.

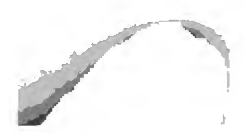
Am 5. Dezember 1879 sagte Graf Taaffe im österreichischen Abgeordnetenhause: „Das Ministerium will alle Nationalitäten Oesterreichs vereinigen. Bei diesem Streben aber will ich nicht eine nationale Mehrheit, ich will im Parlamente Oesterreicher, ich will eine österreichische Mehrheit haben."

Auf den ersten Blick dürfte es sonderbar erscheinen, daß ein österreichischer Ministerpräsident die Constituirung einer „österreichischen" Mehrheit im österreichischen Parlament als ein noch besonders zu erstrebendes politisches Ziel betrachtet. Daß in den Parlamenten von Deutschland, England, Frankreich, Italien, Spanien u. s. w. Deutsche, Engländer, Franzosen, Italiener, Spanier u. s. w. die Volksvertretung bilden, unterliegt keinem Zweifel; anders in Oesterreich. Hier fallen Staat und Nationalität nicht zusammen. Oesterreich ist zum Unterschiede von den genannten Staaten kein „nationaler", sondern ein eminent „politischer" Staat. Das Oesterreicherthum bezeichnet keine natürliche oder genetische Nationalität, sondern es bestimmt die politische Nation, welche im Einzelnen aus verschiedenen Volksstämmen zusammengesetzt ist, denen gegenüber das gemeinsame österreichische Staatswesen keine congruente, sondern eine übergeordnete, superiore Bildung ist. Wenn die österreichischen Deutschnationalen und deren Anhänger behaupten: „Oesterreich sei im Grunde ein deutscher Staat" und „Oesterreich müsse deutsch sein oder es verliere

seine Existenzberechtigung": so sind das bewußte oder unbewußte Unwahrheiten. Oesterreich war in seiner Gesammtheit und nach seinem inneren Wesen zu keiner Zeit ein „deutscher" Staat. Seine Existenzberechtigung und seine hohe culturelle und weltgeschichtliche Bedeutung liegt gerade in der Ablehnung des rein nationalen Charakters und in der Aufrichtung eines gesunden, lebensfähigen Staatswesens auf der Basis nationaler Verschiedenheit. Oesterreich negirt diese Verschiedenheit nicht; es stellt sich derselben nicht feindlich entgegen, sucht nicht etwa deren gewaltsame Amalgamirung oder Zerreibung herbeizuführen. Die richtige österreichische Staatspolitik ist vielmehr bestrebt, den culturellen Interessen seiner einzelnen Volksstämme mit Wohlwollen und thatkräftiger Unterstützung entgegenzukommen, ihnen den Schutz zu bieten, der ihnen ihre nationale Individualität und deren Entwickelung sichert, damit sie auf solche Weise die staatliche Gesammtheit als die über ihnen stehende wohlthätige Ordnung anerkennen, diese schützen und vertheidigen, weil sie dadurch auch für sich selber Schutz und Schirm gewinnen.

Angesichts der reinen Rassenstaaten ist dieses vielbefehdete Oesterreich mit dem durchweg politischen Charakter seines Staatswesens eine Schöpfung höherer christlicher Cultur, welche in dem Nebenmenschen nicht das „fremde Blut", sondern den brüderlichen Nächsten erkennen und achten lehrt. Daß die Deutschen an der Constituirung, Fortentwickelung, Vertheidigung und Erhaltung Oesterreichs einen hervorragenden, ersten Antheil genommen und fortdauernd nehmen: kann nur kindische Thorheit oder nationale Verblendung läugnen wollen. Die Habsburgische Monarchie ist ohne die Deutschen ebenso undenkbar, wie sie es ohne die daselbst wohnenden Slaven, Magyaren oder Rumänen sein würde. In der natürlichen Stärkung dieser Stämme liegt zugleich die Garantie des Bestandes für das Ganze.

Deswegen ist der leitende Grundsatz in der Politik des Grafen Taaffe, die Durchführung der gesetzlichen Gleich-



berechtigung der Nationalitäten in Schule, Amt und öffentlichem Leben innerhalb der historischen Landesgrenzen betreffend, ein eminent österreichischer Gedanke, seine Verwirklichung ein ächt österreichisches Interesse. Das Gegentheil muß man von jener Nationalpolitik behaupten, welche derzeit in Ungarn, in der transleithanischen Reichshälfte vorherrschend ist. Der einseitige Magyarismus, der namentlich in jüngster Zeit, im Widerspruche mit der Geschichte und Gegenwart, in Verletzung positiver Gesetze und vitaler Interessen die Herstellung des „einheitlichen magyarischen Nationalstaates“ anstrebt und deßhalb bei den Nichtmagyaren dauernde Beunruhigung, Mißbehagen und Unwillen erregt, schädigt nicht bloß das wohlverstandene Interesse der Magyaren selbst, sondern verhindert zugleich die innere Consolidirung Ungarns und bildet ein Moment der Schwäche für die ganze Habsburgische Monarchie. Völkerversöhnung und nationale Gleichberechtigung in der einen, Amalgamirungs- und Unterdrückungs-Versuche gegenüber den Nationalitäten in der andern Reichshälfte sind Gegensätze, welche auf die Dauer unverträglich erscheinen müssen.

Graf Taaffe hat den richtigen staatsmännischen Blick bekundet, indem er im Parlamente an die Stelle der nationalen oder politisch-partikularistischen Parteien politische Parteien setzen wollte. Diese Absicht ist dem Grafen allerdings nicht in dem gewünschten Ausmaße gelungen. Die Gegner haben diesen Umstand von dem Mißlingen in der Schaffung einer regierungsfreundlichen Mittelpartei ebenso zum Gegenstande des spöttischen Vorwurfes gemacht, wie die bis dato noch nicht erzielte Verständigung unter den Nationalitäten. Allein gleichwie bei allen Einsichtigen auf deutscher und auf slavischer Seite die Erkenntniß zunimmt, daß die vom Ministerpräsidenten angestrebte Verständigung unabweislich erfolgen muß, wenn nicht die Völker und der Staat in Oesterreich den größten Gefahren ausgesetzt werden sollen, ebenso begegnet man mehr und mehr solchen Stimmen, welche

die dermalige Parteigruppirung im österreichischen Parlamente, die im Wesentlichen nach nationalistischen Gesichtspunkten erfolgt ist, als unhaltbar und höchst schädlich betrachten und im Sinne des Grafen Taaffe die Bildung politischer Parteien befürworten. Vom Worte bis zur That ist es hier freilich noch ein weiter Weg.

Endlich sei hier noch mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die vom Ministerpräsidenten proklamirte und verfolgte Verständigungs- und Versöhnungspolitik gegenüber den verschiedenen Volksstämmen Oesterreichs auch keineswegs im Widerspruch steht mit der richtigen auswärtigen Politik der Monarchie, daß namentlich das enge Freundschaftsbündniß mit dem deutschen Reiche dadurch nicht nur nicht geschwächt oder gefährdet, sondern weit eher gekräftigt wird, wenn nämlich der österreichische Staat im Innern consolidirt ist. Wie wenig Graf Taaffe ein Gegner oder gar ein Feind dieses Bündnisses sein kann, beweist schon die Thatsache, daß gerade während seiner Ministerpräsidentschaft das Bündniß formell geschlossen und dann später erneuert und befestigt werden konnte. Die politischen Widersacher des Grafen gehen über diese wichtige Thatsache gerne mit Stillschweigen hinweg und suchen durch eine überaus rührige Agitation in Wort und Schrift „draußen im Reiche“ den Grafen Taaffe und dessen Regime als deutsch-feindlich zu verunglimpfen. Daß derlei Umtriebe, Verdächtigungen und Anklagen nicht wirkungslos bleiben, hat man unter Anderem im vorigen Jahre beim Besuche des deutschen Kaisers in Wien unliebsam erfahren.

Man hat leicht zu witzeln über die stete Nothwendigkeit für die österreichische Regierung, bei jeder wichtigeren Frage oder Angelegenheit sich erst mit den einzelnen Gruppen der in eine Reihe von Parteiclubs getheilten Rechten des Reichsrathes in's Einvernehmen, in oft langwierige Unterhandlungen setzen zu müssen. Die Gegner weisen dabei auf die „stramme“ Majorität im ungarischen Abgeordnetenhause hin, über welche der dortige Ministerpräsident, Hr. von Tisza, „unbedingt“



verfüge. Dem Grafen Taaffe wäre vielleicht eine solche gehorsame Majorität im Parlament auch lieber, obgleich es mit der „unbedingten Gefolgschaft“ der ungarischen Parlamentsmajorität ebenfalls seine Haken hat; aber als nüchterner Realpolitiker mußte er die Dinge eben nehmen, wie sie sind. Im Grunde repräsentirt die österreichische Reichsraths-Rechte, in deren Mitte alle Völkerstämme des Staates vertreten sind, den österreichischen Staats-Gedanken immerhin weit eher als die liberalistische Minorität, die bloß aus Deutschliberalen und Deutschnationalen besteht und in ihren Extremen bis zu den landespreisgeberischen Bismarck-Anbetern ausläuft.

Außerdem ist nicht außer Acht zu lassen, daß die jetzige Majorität des Abgeordnetenhauses allerdings keine unbedingte Regierungspartei ist, daß aber auch Graf Taaffe und seine Ministercollegen sich nicht als abhängig von dieser Partei betrachten. Das Kabinet Taaffe bildet eine constitutionelle aber keine parlamentarische Regierung; das Ministerium steht als Vollstrecker des Willens seiner Majestät des Kaisers „über den Parteien“, obgleich dies den Czechen und Polen wenig lieb ist. Die Regierung will keine Dienerin der Reichsmajorität sein und steht deshalb der Opposition unbefangen gegenüber.

Graf Taaffe hat diese Reichsraths-Majorität geschaffen im Wege vernünftiger Ueberredung und durch Gewährungen, welche das Gesetz vorgeschrieben, das Bedürfniß der Betreffenden gefordert und das Staatsinteresse nicht verwehrt hat. Blickt man auf jene „Concessionen“ hin, durch welche der Ministerpräsident insbesondere berechtigten Wünschen der Nichtdeutschen entgegengekommen ist: so findet sich darunter auch nicht eine einzige That, welche die Staatseinheit, die nationale Gleichberechtigung oder das Deutschthum geschädigt haben würde. Graf Taaffe und seine Ministercollegen stehen auf dem Boden der Verfassung vom Jahre 1867; diese schreibt in den gemischtsprachigen Ländern die Gleichberechtigung aller daselbst wohnenden Nationalitäten in Schule, Amt und öffentlichem Leben vor. Die jetzige Regierung ist bemüht, diese

gesetzliche Vorschrift innerhalb der Schranken des Gesetzes und der praktischen Bedürfnisse im Staats- und Gesellschaftsleben zur Wahrheit zu machen. Diese Absicht verfolgen die Sprachverordnungen für die Aemter und Gerichte in ihrem Verkehre mit den Parteien; ihr diente die Errichtung einer czechischen Universität in Prag und die Vermehrung von Mittel- und Volksschulen für die nichtdeutschen Volksstämme. Wenn im Schutze des Gesetzes und der darauf begründeten Verordnungen der Regierung und der Amtshandlungen seitens der Behörden diese nicht-deutschen Völkerschaften in Oesterreich einen fortschreitenden culturellen Aufschwung nehmen, so liegt darin doch kein Vorwurf für den Grafen Taaffe. Das ist ja die erfreuliche natürliche Folge jener gerechten und vernünftigen Veranstaltungen, zu denen übrigens jede Regierung in Oesterreich-Ungarn ernstlich verpflichtet ist.

Die jammervollen Klagen über das Zurückdrängen des österreichischen Deutschthums unter dem Regime Taaffe beruhen theils auf absichtlicher Entstellung der Wahrheit, theils sind es arge Uebertreibungen. Wir haben diese „Klagen“ in diesen „Blättern“ schon zu wiederholten Malen eingehend gewürdigt,[1]) und enthalten uns deßhalb jetzt einer abermaligen Besprechung derselben. Den unbefangenen deutschen Beurtheiler muß es überaus unangenehm berühren, wenn er hört, daß acht Millionen Deutsch-Oesterreicher um ihre Sprache und Nationalität besorgt sind, weil man den österreichischen Nichtdeutschen ebenfalls Gerechtigkeit widerfahren läßt. Wenn das Deutschthum in Oesterreich irgendwelche Einbuße erlitten hat, so liegt die Schuld wahrlich in erster Linie an diesen Deutschen selbst. Wir wollen hiefür nur Eine Thatsache anführen.

---

1) Man vergl. insbesondere: „Die Sprachenfrage in Oesterreich“ in den „Histor.-polit. Blättern“ 1884, Bd. 94; „Deutsche und Czechen in Vergangenheit und Gegenwart“ in 1885 und 1886, Bd. 96 und 97. Dann: „Pessimistische Politik“, 1887. Bd. 99, sowie Band 100[10].

Ende 1880 fand in Oesterreich die letzte Volkszählung statt. Diese lieferte unter Anderem folgende Resultate. Im Jahre 1856 zählte die böhmische Landeshauptstadt Prag 50,000 Czechen und 73,000 Deutsche; 1880 gab es daselbst 122,000 Czechen und nur mehr 30,000 Deutsche. Wo sind die übrigen 43,000 Prager Deutschen hingekommen? Hat diese etwa das Regime Taaffe innerhalb eines Jahres „czechisirt“? Weiter: in den böhmischen Mittelstädten Kuttenberg, Kolin, Gitschin, Jungbunzlau, Königgrätz u. a. m. ist das deutsche Element so gut wie verschwunden; Pilsen ist eine überwiegend czechische Stadt, eine große Anzahl einst vollkommen deutscher Dörfer ist gänzlich slavisirt.[1]) Was ist ferner aus den deutschen Volkselementen in Galizien geworden? Das deutsch-liberale „Bürgerministerium“ hat sie dem entnationalisirenden Polonismus schutzlos überantwortet und heute sucht man daselbst nach allerlei künstlichen Mitteln, um des Deutschen kundige Lehrer an den Gymnasien und Realschulen zu gewinnen. Ebenso hat in Südsteiermark und Krain der Slovenismus, in Istrien und Görz der Kroatismus mächtig um sich gegriffen; die Stadt Triest ist ganz verwälscht, in Südtirol schreitet die Verwälschung seit Decennien unaufhaltsam vorwärts.

Diese Bewegung hat unstreitig dem Deutschthum manchen Nachtheil zugefügt; aber wen trifft hauptsächlich die Schuld? Etwa die Regierung? Was hätte sie thun sollen? Den Czechen, Polen, Slovenen, Kroaten, Italienern die Pflege ihrer Sprache und nationalen Cultur verbieten und verhindern? Das wäre ebenso ungesetzlich als ungerecht und unklug gewesen, hätte die nationale Bewegung auch nicht im mindesten aufgehalten, vielmehr die Gemüther nur aufgestachelt und zu erbittertem Widerstande gereizt. Wohl aber mußten die Deutschen in Oesterreich selber energisch einstehen für die Förderung und Vertheidigung ihres Volksthums. Diese Abwehr und nationale Selbstbeschützung war für sie um so

1) Vergl. „Austriaca“ p. 138.



leichter, als sie ja in Staat und Gesellschaft die vortheilhafteste Position hatten und sich auf die große moralische Kraft des außerösterreichischen Deutschthums stützen konnten. Bei der Regierung fanden sie dabei das gleiche Entgegenkommen und Wohlwollen wie die übrigen Völkerstämme; denn es ist eine durchwegs unwahre Behauptung, daß das Kabinet Taaffe den Deutschen ungünstig gesinnt sei. Den Deutschösterreichern fehlte es leider, wie an der politischen Einsicht, so an dem nationalen Selbstgefühl. An das Gängelband einer patriarchalischen Regierung und deutsch amtirenden Bureaukratie gewohnt, war das deutschösterreichische Volk für die politischen und nationalen Kämpfe nicht erzogen. Erst die harte Schule der Erfahrung weckte die Kraft, schärfte den Blick, stählte den Willen und seither ist die Entdeutschung ziemlich zum Stillstand gekommen.

Graf Taaffe hat das Deutschthum in seinen berechtigten Positionen überall geschützt und die extremen Ansprüche der Slaven jederzeit zurückgewiesen. Das Deutsche bleibt die oberste Reichs- und Verwaltungssprache, es ist die Sprache der Regierung, der Armee, der Gesetzgebung, der höheren Gerichtshöfe, des Beamtenstandes im innern amtlichen Verkehre überhaupt, und schon durch diese Stellung ist dem Deutschen eine Vorzugsstellung gesichert. Deutsche Sprache und Literatur bilden nach wie vor in Oesterreich die mächtigen Grundsäulen der intellektuellen und der gesellschaftlichen Bildung, sind das beliebteste Mittel des geselligen Verkehrs, der Wissenschaft und Kunst. Dazu kommt der mächtige Einfluß hervorragender alter deutscher Familien, ein reicher Besitz, weitverbreitete deutsche Intelligenz in Handel und Gewerbe, deutsche Tüchtigkeit in allen Zweigen der geistigen und materiellen Produktion.

Freilich, dem antiösterreichischen Teutonismus, der hypernationalen Deutschthümelei leistet Graf Taaffe keinen Vorschub. In dieser Beziehung theilen diese extremen Deutschnationalen indessen nur das Schicksal aller nationalen Ultra's,



der Jungczechen, der dalmatinischen Großkroaten, der italienischen Irredentisten u. s. w. Ja, man muß dem Grafen Taaffe und seiner Regierung den Vorwurf machen, daß sie dem ausschreitenden Nationalismus gegenüber allzu lange viel zu nachsichtig gewesen. Nur bei dieser Passivität der Behörden war das stellenweise Ueberwuchern der extremen Nationalisten möglich. Erst in neuester Zeit bemerkt man mit Befriedigung ein energisches Auftreten der Staatsbehörden gegen die nationale Agitation und staatsgefährliche Wühlerei.

Die Stellung des Grafen Taaffe hinsichtlich der Confessionen, namentlich dessen Verhalten gegenüber der katholischen Kirche, bildet gleichfalls den Gegenstand der verschiedenartigsten Auffassung und Beurtheilung. Während die Einen ihn als „Schleppträger des Klerikalismus", des „Ultramontanismus" anklagen, beschuldigen ihn die Anderen der engen Befreundung mit dem Liberalismus oder zeihen ihn mindestens der Gleichgiltigkeit, des Indifferentismus in religiös-kirchlichen Dingen. Den Prüfstein für diese so entgegengesetzten Urtheile bildet die Schulfrage. Da diese gerade im gegenwärtigen Momente die Geister in ungewöhnlicher Weise erregt, so wird es dienlich sein, den Gegenstand etwas näher zu erörtern.

(Ein Schluß-Artikel folgt.)

LIV.

Zur Affaire Antonelli-Bismarck-Tauffkirchen. Die Berather Bismarcks beim Ausbruch des „Culturkampfes“.

Ueber die Affaire Antonelli-Bismarck-Tauffkirchen, bei deren Finale der Reichskanzler das Signal zum Losbruch des „Culturkampfes“ geben ließ, sind zum letzten Male Aktenstücke publicirt worden in der „Nordd. Allg. Ztg.“ vom 27. März 1887.

Obschon auch diese Publikation eine unvollständige war — die preußische Diplomatie hat ja niemals Sonnenstrahlen auf alle ihre, theils von ihr ausgegangenen, theils ihr zugegangenen Schriftstücke fallen lassen — so gab sie doch von dem vielbesprochenen Vorgange ein lebhafteres Colorit, als es bis dahin vorhanden war. Diesem wurde indeß im Jahre 1887 nicht die gebührende Aufmerksamkeit geschenkt, weil damals Aller Augen auf die schließliche Gestaltung des letzten kirchenpolitischen Revisionsgesetzes gerichtet waren.

In einem soeben erschienenen Sammelwerk: „Politische Briefe Bismarcks“,[1]) ist nun diese Collection von Aktenstücken in Verbindung mit einigen früheren diesbezüglichen Publicationen reproducirt worden, und man hat jetzt mehr Muße und Neigung, sich mit ihrem Inhalt des Näheren vertraut zu machen.

---

1) Politische Briefe Bismarcks aus den Jahren 1849—1889. Berlin 1889, Hugo Steinitz.

Zwei Umstände sind es, die bei der Lektüre derselben besonders in den Vordergrund treten. Vor Allem die Hartnäckigkeit, mit der man von Berlin aus dem hl. Stuhle amtlich einzureden suchte, daß die neugebildete Centrumsfraktion eine Bundesgenossin der socialdemokratischen, resp. der internationalen Revolutionspartei sei und mit dieser die Existenz des neuen deutschen Reiches bekämpfe; sodann die Unkenntniß — um nicht mehr zu sagen — mit welcher der „Katholik" Tauffkirchen seinen Herrn und Meister, den Protestanten von Bismarck, über die kirchenpolitische Situation „informirt". Doch lassen wir zunächst die Documente selbst reden.

Die erste in dieser Sache an Graf Tauffkirchen ergangene Depesche datirt vom 17. April 1871 und lautet folgendermaßen:

„Erwähnen Sie, ohne die Initiative zu nehmen, in gelegentlichen Gesprächen, daß die wenig taktvolle Art, in der die ungeschickt constituirte katholische Reichstags-Fraktion ihr aggressives Vorgehen gegen das neue Reich und seine Regierung in Scene gesetzt hat, der antipäpstlichen Bewegung die Sympathien auch solcher Kreise zuführt, denen solche früher fremd waren. v. Bismarck."

Aus der Form dieser Instruktion ging hervor, daß damals der Kanzler seiner Sache noch nicht recht sicher war. Graf Tauffkirchen sollte dieselbe nur „gelegentlich" und „ohne Initiative zu nehmen", erwähnen. Indeß schon vier Tage nach Empfang der Depesche, am 21. April, kann der Graf berichten: „Cardinal Antonelli erklärte mir, daß er die Haltung der katholischen sogenannten Centrumsfraktion im Reichstage als taktlos und unzeitgemäß mißbillige und beklage." Und am 10. Mai meldet derselbe noch:

„Zur Ergänzung meiner am 21. v. Mts. telegraphisch berichteten Unterredung mit Cardinal Antonelli dient, daß mir Graf Kalnoky heute mitgetheilt hat, der Papst habe ihm gegenüber das Auftreten der Katholikenpartei im Reichstage als

inopportun und unpraktisch bezeichnet und beklagt. Diese Mittheilung Kalnoky's erfolgte, ohne daß ich ihm von meiner Unterredung mit Antonelli gesprochen, und es folgt hieraus, daß das „trop de zèle“ der deutschen Ultramontanen hier nachträglich mißbilligt wird.“

Unterm 19. Juni erfolgte dann der anderweitig schon bekannt gewordene Brief des Reichskanzlers an den Grafen Frankenberg, welcher den Zweck hatte, den Grafen auf Grund der von Tauffkirchen erstatteten Berichte bei seinen katholischen Wählern (im Wahlkreise Grottkau-Falkenberg) wegen seines Nicht-Beitritts zum Centrum zu rechtfertigen, resp. das ganze Centrum bald nach seiner Constituirung todt zu machen.

Der genaue Wortlaut der Aeußerungen sowohl des Papstes als seines Staatssekretärs ist niemals festgestellt worden, auch nicht in dem späteren Schreiben Antonelli's an Bischof v. Ketteler. Aus den obigen jetzt, resp. 1887 der Oeffentlichkeit übergebenen Depeschen Tauffkirchens geht nur hervor, daß der Papst sich milder ausgedrückt hat, als der Cardinal. Beiden muß aber zur Entschuldigung gereichen, daß sie im damaligen Stadium der Angelegenheit — die Centrumsfraktion des deutschen Reichstages hatte sich soeben erst constituirt — auf die einseitigen Berichte Tauffkirchen's angewiesen waren.

Auch muß man in Betracht ziehen, daß Pius IX. auf Grund der bekannten Aeußerungen, welche Kaiser Wilhelm vier Monate vorher in Versailles sowohl zu den Maltesern, als zum Cardinal Ledochowski über die römische Frage hatte verlauten lassen, das deutsche Reich für seinen aufrichtigen Verbündeten hielt, dessen Regierung — die er obendrein frei von jeder „culturkämpferischen“ Regung wähnte — er gern einen Gefallen erweisen wollte.

Hieraus erklärt sich auch die gleichfalls erst 1887 publicirte Depesche Tauffkirchens an Bismarck vom 21. Juni:[1])

1) loc. cit. S. 262.

„Der Papst äußerte sich heute wieder gegen mich sehr empfindlich in der Frage des Umzugs der Gesandtschaften (von Florenz nach Rom) beifügend, daß die Mächte hiedurch möglicherweise bewirken könnten, was Italien nicht gelungen, nämlich ihn zur Abreise zu bewegen.“

Hierauf erwidert Fürst Bismarck bereits am nächsten Tage: „Lassen Sie gegen die Quelle Ihrer Mittheilung durchblicken, daß auch wir sehr empfindlich in der Frage der klerikalen Partei in Deutschland sind, welche durch ihre Bestrebungen, die Autorität der Regierung mit den Mitteln und dem Beistande der Revolutionsparteien zu untergraben, die deutsche Reichsregierung zu Vertheidigungsmaßregeln bewegen kann, die den diesseitigen Sympathien für die Person des Papstes zuwiderlaufen.“ Noch an demselben Tage replicirt Graf Tauffkirchen:[1])

„Ich habe mich heute entsprechend gegen Cardinal Antonelli geäußert, welcher jede Beziehung zu den betreffenden Bestrebungen leugnet und mit der Taktik der klerikalen Heißsporne nichts weniger als einverstanden scheint. Ich habe übrigens die Pflicht, den Ausdruck ‚empfindlich‘ im letzten Telegramm dahin zu erläutern, daß die Stimmung des Papstes keine gereizte, herausfordernde, sondern eine gedrückte, besorgnißvolle war.“

Aber bereits am nächstfolgenden Tage muß v. Tauffkirchen berichten, daß Cardinal Antonelli „mit seinem Urtheil über das Verfahren der klerikalen Partei zurückhaltender“ geworden sei. Der Graf motivirt diesen Umstand mit der Zeitungspolemik, welche schon aus Anlaß der Münchener Debatten über die Versailler Verträge, später anläßlich der Adreß-Debatte in Berlin entstanden sei. Daß der Cardinal inzwischen einen aufklärenden Bericht vom Bischof von Ketteler erhalten, daß bei ihm Mitglieder der deutschen Centrumspartei persönlich erschienen waren, welche sich in Rom (zu dem am 16. Juni stattgehabten 25jährigen Papstjubiläum

[1]) l. c. S. 263

Pius IX. eingefunden, scheint Graf Taufkirchen nicht gewußt zu haben. Kurzum, der Graf schreibt jetzt am 23. Juni:[1])

„Der Cardinal erklärte mir, daß der hl. Stuhl sich niemals in die politische Haltung der katholischen Unterthanen anderer Staaten gemischt habe, wozu ihm auch durchaus keine Befugniß zustehe. Er, Antonelli, habe daher auch, so oft solche Aufforderungen an ihn gelangten, wie von England wegen Irland, von Rußland wegen Polen, von Oesterreich wegen Ungarn, dieselben jedesmal abgelehnt. Es existire keine Zeile, welche irgendeine solche Einmischung von seiner Seite nachweisen könnte. So auch jetzt in Deutschland. Er habe weder das Recht, noch die Absicht, den dortigen Katholiken bezüglich ihrer politischen Haltung Weisungen zu ertheilen."

„Ich entgegnete, daß dies auch keineswegs der Zweck meiner Eröffnungen sei. Da ich sehe, daß die Sache des hl. Vaters durch Ungeschick und Uebereifer seiner Anhänger in Deutschland Schaden zu leiden drohe, hätte ich es für einen Dienst gehalten, Se. Eminenz hierauf aufmerksam zu machen, ihr überlassend, welche Folgen sie diesem Winke geben wolle. Im Verlaufe dieses Gesprächs brachte ich die von Ew. Durchlaucht im Telegramm vom 22. ds. Mts. gebrauchten Worte vollständig zur Anwendung. Der Cardinal gab mir nun wiederholt die bestimmte Versicherung, daß er an dem Gebahren dieser Partei weder direkt noch indirekt Antheil habe, und ich halte diese Versicherung auch für glaubwürdig. Antonelli hat zu viel Geist; er ist — gerade durch mich — zu oft auf die Gefahr hingewiesen worden, um einen so unrichtigen Weg zu gehen. Jene Vereinigung der äußersten Rechten mit der äußersten Linken, der Schwärzesten mit den Rothesten, die auch hier bemerkbar ist und von mir in früheren Berichten signalisirt wurde, hat keinen entschiedeneren Gegner als Antonelli, und ich glaube deshalb, daß er es auch in Deutschland an Rathschlägen und Mahnungen zu größerer Mäßigung nicht fehlen läßt, daß aber **dort die aus dem General-Ordenshause der Jesuiten**

1) l. c. S. 264.

kommenden Weisungen oft schwerer wiegen mögen, als die des Vatikans."

In einem Berichte vom 27. Juni theilt der Graf mit, daß ihm Cardinal Antonelli erklärte, er habe seine ersten Aeußerungen über das Centrum fallen lassen, als er noch nicht genügend über die Bestrebungen desselben aufgeklärt gewesen sei. Diese Aufklärungen seien ihm inzwischen theils indirekt „durch den Brief Ew. Durchlaucht an den Grafen Frankenberg", theils direkt auf schriftlichem und mündlichem Wege zu Theil geworden. Es sei ihm insbesondere versichert worden, „daß diese Partei mit der revolutionären in keiner Beziehung stehe, wenn auch diese zuweilen mit ihnen gestimmt habe." Im Uebrigen habe der Cardinal wiederholt, daß „die Curie nicht die Absicht habe, direkten Einfluß auf die politische Haltung der Katholiken in Deutschland auszuüben".

Unterm 30. Juni erläßt dann Fürst Bismarck ein Ultimatum, in welchem er sich nochmals über die „Aggression" des Centrums beklagt, die Stellungnahme Deutschlands zur römischen Frage vom Verhalten Roms zur Centrumsfraktion abhängig macht und dann mit den Worten schließt: „Kann man sich im Vatikan entschließen, mit der regierungsfeindlichen Partei zu brechen und ihre Angriffe auf uns zu verhindern, so wird uns das nur erwünscht sein; kann oder will man das nicht, so lehnen wir die Verantwortung für die Folgen ab."

Auch dieses Ultimatum blieb resultatlos. Graf Tauffkirchen konnte nur noch berichten:

„Ich glaube, daß es mir gelungen ist, den Cardinal zu überzeugen, daß die Porteiumtriebe (des Centrums) nicht den Vorwand, sondern die wahre und wesentliche Ursache der Entschließungen Sr. Majestät in der römischen sowohl als in der innern religiösen Frage sei. Hierauf jedoch beschränkt sich mein Erfolg. Der Cardinal bestritt mit Betheuerungen, die sonst nicht in seiner Gewohnheit liegen, daß irgend durch den Papst auf die Entschlüsse der Partei gewirkt worden sei."

Die zwanzigmal erbetene Desavouirung des Centrums blieb aus, und so konnte der „Culturkampf“ beginnen: der Culturkampf, der bekanntlich erst recht geführt worden wäre, und zwar sowohl in der römischen als in der inneren Frage, wenn das Centrum auf Wunsch des Papstes sich aufgelöst hätte. Denn der Kanzler hatte hier nur den Versuch machen wollen, in dem längst beschlossenen Streite den Papst auf seine Seite zu bekommen, unter gleichzeitiger Schwächung der katholischen Phalanx in Deutschland, wie er während des Concils versucht hatte, die Bischöfe auf seine Seite zu ziehen.

Daß Fürst Bismarck solche abenteuerlichen Pläne zu hegen vermochte, kann bei ihm als Protestanten nicht Wunder nehmen, sein Verhalten wird aber vollends erklärlich, wenn man beachtet, welche „katholischen“ Rathgeber ihm damals zur Seite standen. Es ist dies ein Umstand, der bis jetzt noch nicht des Näheren und im ganzen Zusammenhange öffentlich besprochen worden ist, der aber verdient, einmal eingehender erörtert zu werden, da er zugleich manchen Schritt, den der Kanzler im „Culturkampf“ gethan, erklärt, ja zum Theil entschuldigt.

Bleiben wir zuvörderst bei der Affaire Antonelli-Tauffkirchen stehen, so befremdet sofort, wie der „Katholik“ Tauffkirchen nicht nur die Sage von der „schwarzen und rothen Internationale“ auszuschmücken sich bemüht, wie er gegen die „klerikalen Heißsporne“ in Deutschland loszieht, sondern wie er gar noch dem Kanzler die Entdeckung unterbreiten zu müssen glaubt, daß die deutsche Centrumsfraktion nach „Weisungen“ handele, die ihr aus dem römischen „General-Ordenshause der Jesuiten“ zugehen.

Wenn so etwas dem Protestanten Bismarck von einem „Katholiken“, der obendrein als derzeitiger Vertreter des deutschen Reiches in amtlicher Eigenschaft schreibt, mitgetheilt wird, soll es da nicht geglaubt werden? Und wenn der Kanzler seinen ihm in Berlin zunächst stehenden „katholischen“

Rathgeber, den Grafen Frankenberg, dem durch die Affaire Antonelli-Taufkirchen specielle Vortheile zugewendet werden sollten, befragte, wird dieser etwa die Ansicht des bayerischen Diplomaten gemißbilligt haben?

Graf Frankenberg war während des Krieges von 1870|71 öfters in unmittelbarer Nähe des Fürsten Bismarck gewesen. Er war es gewesen, der den Kanzler zuerst auf die beginnende „Mobilmachung" der Centrumspartei aufmerksam gemacht hatte, wahrscheinlich, weil er fürchtete — was ja auch eingetroffen — später aus seinem alten Wahlkreise entfernt zu werden. Und Graf Frankenberg galt in den Augen des Kanzlers als ein besonders „guter Katholik", der ja zum Vorstande der schlesischen Malteserritter gehörte und in dieser Eigenschaft kurz vorher zu einer Feier nach Rom von den Maltesern deputirt worden war.

Als ein noch besserer Katholik galt der Herzog von Ratibor, welcher der Vorsitzende der schlesischen Malteser war und unter seinen Brüdern einen Cardinal zählte. Ein anderer Bruder von diesem, der Fürst Chlodwig zu Hohenlohe, ging als Laie unter die Theologen, indem er 1869 als bayerischer Ministerpräsident die bekannte Concilsdepesche erließ, in welcher die Befürchtung ausgesprochen wurde, daß die Infallibilität des Papstes auf Betrieb der Jesuiten dogmatisch festgestellt werden könnte. Diese Phrase hatte er sich von Döllinger geliehen, der, obgleich er sich mit seiner Behauptung: „Tausende im Klerus denken wie ich, Hunderttausende unter den Laien!" als kein zuverlässiger Prophet erwiesen, noch geraume Zeit in Berlin als Vertreter der „katholischen Wissenschaft", ja des katholischen Deutschlands, betrachtet wurde.

Vom „katholischen Könige" von Bayern hoffte man, daß seine „antiultramontanen" Gesinnungen seine antipreußischen in Schach halten würden. Auf's Höchste muß aber in der damaligen entscheidenden Zeit dem Fürsten Bismarck von seinem Standpunkte aus die „Katholicität" des Herrn

von Lutz imponirt haben. Dieser, der Vater des ersten „Culturkampfs“-Gesetzes, führte sein Kind, den Kanzelparagraph, am 23. November 1871 mit einer Rede im Reichstage ein, welche verdient, wenigstens theilweise unserer schnell vergessenden Zeit in Erinnerung gebracht zu werden.

Herr von Lutz operirte mit dem schönen Cavour'schen Satze von der „freien Kirche im freien Staate“. Er machte zunächst ganz werthvolle Geständnisse, denen er leider späterhin nicht durchweg treu geblieben ist.

„Die Kirche“, sagte er dann, „ist eine souveräne Macht, ein Staat im Staate, sie ist mehr: sie ist ein Staat, der sich über viele Staaten hinwegzieht. Dazu kommt, daß in mehreren deutschen Staaten der Klerus seit mehreren Decennien förmlich umgestaltet worden ist. Der Klerus, wie ich ihn in meiner Jugend kannte, wie ihn die alten Fürstbischöfe erzogen hatten, ist ausgestorben, an seine Stelle ist ein Klerus getreten, der im Wesentlichen das Ebenbild des Jesuitismus ist . . . Wenn die heutigen Geistlichen die Regierung bekämpfen, so geschieht es mit einer unleugbaren Schmeichelei gegen die Massen. Man stärkt diese in ihrer Abneigung, für höhere Zwecke zu steuern, und die Entlastung der Massen ist dieser Richtung von Rednern die Hauptsache . . . Ein fernerer Grund, von Staatswegen vorzugehen, liegt im Dogma von der Infallibilität des Papstes. Jetzt kann man eine Lehrmeinung über das Verhältniß der Kirche zum Staate nach Bedarf zum Dogma erklären und den Katholiken bleibt nichts übrig als die Wahl zwischen seinem Glauben oder dem Gehorsam gegenüber der Regierung.“

Als gegen eine solche Gottesgelehrtheit aus den Reihen des Centrums dröhnender Widerspruch erhoben wurde, hatte Herr von Lutz den Muth, dieses sein Dogma noch mit den Worten zu paraphrasiren:

„Beides, Glauben und Gehorsam gegen die Regierung, kann man nicht verbinden. Es ist die einfachste Sache von der Welt, ein Kind kann sie begreifen. Man erklärt alle Angelegenheiten, auch die Staatsangelegenheiten vom reinsten Wasser, für Dinge, die dem Gebiete der Sitten anheimfallen und daher dem

Kirchenregiment unterstellt sind; man sagt, daß man das Recht habe, alle diese Sachen nach Bedarf als Glaubenssätze festzustellen, thut dies nach Bedarf, verlangt dann von der Regierung, daß sie einfach den Standpunkt der Unterordnung unter die Gesetze der Religion einnehme, auch wenn sie nicht lediglich die Regierung von Katholiken ist; man denuncirt die Regierung als irreligiös, als der Excommunication verfallen, wenn sie nicht auch in weltlichen Angelegenheiten den katholischen Standpunkt einnimmt, und hofft es dahin zu bringen, daß die Regierung nicht den neuen Glaubenssatz allein, sondern auch im Voraus die künftigen annehme und nöthigenfalls zum Executor an sich selbst würde".[1])

Wenn der Protestant v. Bismarck also einen „katholischen" Minister-Collegen, dazu noch einen Cultusminister also reden hörte, konnte es da Wunder nehmen, wenn er diesem auch in seinem letzten Satze beistimmte, der also lautete: „Ein Universalmittel ist allerdings der vorgeschlagene Gesetzentwurf nicht, er ist nur ein Bollwerk, welchem bei Revision des Kirchenstaatsrechts andere folgen müssen?"

Im Norddeutschen Reichstage, resp. im preußischen Abgeordnetenhause vor 1870 waren dem Bundeskanzler als „staatsfreundliche" Katholiken bereits begegnet: der Dompropst Holzer von Trier, der Domherr Künzer von Breslau, der Präsident von Forckenbeck, Braun-Wiesbaden, Scherer (Aachen), Graf Renard, Graf Oppersdorf, Graf Maximilian von Loe, Graf Nesselrode, Freiherr von Hilgers rc. Von allen diesen Katholiken, so sehr sie auch in ihrer politischen Parteistellung auseinandergingen, erwartete der Kanzler Heeresfolge im Kampfe gegen den „Jesuitismus".

Ja sogar die als correkt bekannten „Ultramontanen" hoffte er — wie den Papst und die Bischöfe — für sich gewinnen zu können; eine Täuschung, die sich allerdings schnell und gründlich rächte. Den Abgeordneten v. Malinckrodt

---

1) Stenographische Berichte des Deutschen Reichstages. I. Legisl. II. Session S. 465 ff.

glaubte er durch wohlwollende Behandlung der römischen Frage „auf die Seite der Regierung" ziehen zu können;[1]) die Gebrüder Reichensperger waren als gute preußische Patrioten besonders bekannt, sie hatten noch während des Verfassungs-Conflikts zwischen Regierung und Volksvertretung zu vermitteln gesucht; Windthorst hatte sich im Norddeutschen Reichstage wie im preußischen Abgeordnetenhause bis 1870 der Bismarck'schen Politik nicht nur durch Reden und Abstimmungen, sondern auch durch Anträge bisweilen entgegenkommend erwiesen.[2])

Die zuletzt erwähnten Abgeordneten hatten allerdings gegen die Norddeutsche Bundesverfassung gestimmt; für dieselbe hatten dagegen votirt von correkt katholischen Abgeordneten u. A. Dr. Krätzig, Professor Gitzler, Professor Kayser, Dauzenberg. Der einzige correkte Katholik, den damals Herr von Bismarck an seiner Seite hatte, war Herr von Savigny; doch diesem mißtraute er zuerst aus sachlichen[3]) und dann aus persönlichen Gründen, wie er sich denn auch zuletzt mit ihm völlig überwarf.

Unter den oberen Hofbeamten endlich begegnete der Kanzler von Katholiken nur dem Ober-Ceremonienmeister Grafen Stillfried-Alcantara, demselben, der später mit dem Herzog von Ratibor, dem Grafen Frankenberg ꝛc. die bekannte Staatskatholiken-Adresse an den Kaiser unterzeichnet hatte. „Katholische" Gesandte in spe waren damals Graf Hatzfeld und Herr von Radowitz, ein seinem großen Vater nicht gleich gearteter Sohn; „katholische" Minister in spe waren die bekannten Herren Lucius und Maybach.

---

1) Busch, Graf Bismarck und seine Leute, I. S. 338.

2) Stenographische Berichte des Norddeutschen Reichstages vom 3. und 22. April 1868, des preußischen Abgeordnetenhauses vom 11. Dezember 1867.

3) Poschinger, Preußen im Bundestag I, S. 320 ff. Busch, Graf Bismarck und seine Leute I, S. 245.

Im Auslande hat Herr von Bismarck nur das Staatskirchenthum Napoleons III. und den russischen Cäsaropapismus kennen gelernt. Darum war auch ein Staatsbischof à la Reinkens sein Ideal.

Resumiren wir uns, so müssen wir sagen: der preußisch-deutsche „Culturkampf" war allerdings vom Fürsten Bismarck aus eigener Initiative von langer Hand geplant und vorbereitet; aber daß der Kanzler dieses sein Projekt schließlich auszuführen gewagt hat und namentlich wie er es durchzuführen — allerdings vergeblich — versucht hat: daran tragen seine „katholischen" Freunde mindestens einen Theil der Schuld — von Tauffkirchen angefangen bis Reinkens.

P. M.

LV.

Muthmaßliche Wendungen in Frankreich.

Bei den Wahlen von 1885 erhielten die Conservativen 3,147,000 Stimmen, die Republikaner 3,565,000, also um 418,000 mehr. Dabei waren die Conservativen sozusagen nur mit halbem Muthe zu den Wahlen gegangen, da mehrere ihrer Blätter, obenan der der Frivolität und dem leichtfertigen Leben allzusehr fröhnende „Figaro", eher entmuthigten als aufmunterten. Die Conservativen waren selbst über ihren Erfolg erstaunt. „Wie ganz anders wäre es erst gewesen, wenn wir mit Zuversicht und Nachdruck in den Wahlkampf eingetreten, eine umfassende und wohlgeleitete Thätigkeit entfaltet hätten; wir würden ganz gewiß gesiegt haben": so sagten sich die Conservativen nach den Wahlen von 1885,

welche den unzweifelhaften Beweis geliefert hatten, daß das Volk unendlich conservativer ist, als den Republikanern lieb sein kann. Nachdem damals gegen 3½ Millionen Wähler der Urne ferne geblieben waren, welche größtentheils conservativ sein mußten, glaubte Jedermann, daß es gar nicht so schwer halten dürfte, eine conservative Mehrheit in die Kammer zu bringen. Die Wahlen waren hauptsächlich unter dem Eindruck vor sich gegangen, welchen die Entchristlichung der Volksschule hervorgebracht hatte. „Wenn die Republikaner in der bisherigen Weise fortfahren, dann siegen wir bei den nächsten Wahlen": so durften die Conservativen mit Recht denken und sprachen es auch aus.

Die Republikaner sind nun seit 1885 auf demselben Wege fortgegangen. Sie haben weitere kirchenfeindliche Gesetze erlassen, dem Lande weitere Lasten aufgebürdet. Die Austreibung der Ordensleute aus den öffentlichen Schulen wurde durch ein eigenes Gesetz beschleunigt, das hiezu eine Frist von wenigen Jahren stellte. Die Entchristlichung der Schule legt den ohnedies überlasteten Gemeinden neue Opfer auf. Es sind zwanzig Millionen weitere Zuschläge auf die Grundsteuer gelegt worden, und das zu einer Zeit anerkannten Rückganges der Landwirthschaft. Schon vor 1870 war eine Entlastung des Ackerbaues von allen Verständigen als unumgänglich nothwendig erkannt worden. Seither hat sich die Lage noch bedeutend verschlechtert, indem die Einfuhr von Getreide und Vieh aus osteuropäischen und überseeischen Ländern sich noch mehr gesteigert hat. Dazu kamen in letzter Zeit mehrere schlechte Wein- und Getreidejahre. Die Grundsteuer ist zwar mit 119 Millionen dieselbe geblieben, aber die Zuschläge zu derselben sind von 95 auf 137 Millionen gestiegen, was mit jenen neuen 20 Millionen einer Mehrbelastung von 62 Millionen gleichkommt. Ueberhaupt haben die Republikaner, trotz aller Warnungen und Versprechungen, ihre Schleuderwirthschaft unentwegt fortgesetzt, nach wie vor jedes Jahr 500 Millionen neue Schulden gemacht,

dazu noch die Schuldenlast und dadurch auch die Steuerlast der Gemeinden in großartigem Maßstabe gesteigert.

Auch in der Bedrückung der Gewissen, der kirchlichen, persönlichen und Gemeindefreiheit ist man fortwährend dieselben Wege gegangen. Die Ehescheidung wurde eingeführt, die Rechte der Kirchengemeinden auf Glocken und Kirchengebäude, Kirchhöfe und Beerdigungen sind durch eigenmächtige Gesetze verletzt, die der Kirche durch das Concordat verbürgten Leistungen sind noch weiter geschmälert worden. Das Ministerium hat sich, ohne Gesetz, das Recht beigelegt, die Pfarrer mittelst Entziehung ihrer Bezüge zu bestrafen, wobei nicht einmal eine Untersuchung statthat. Es braucht nur ein Republikaner Anklagen gegen einen Pfarrer vorzubringen, um den Präfekten zu bestimmen, die Gehaltsentziehung bei dem Justizminister zu beantragen, was dieser gewöhnlich postwendend verhängt. Mit der Austreibung der Ordensleute aus Schulen und wohlthätigen Anstalten ist in umfassendster Weise fortgefahren worden. Ersprießliche Einrichtungen und Gesetze dagegen wurden auf keinem Gebiete eingeführt.

Dafür ist während der letzten vier Jahre eine der schlimmsten Eiterbeulen der Republik aufgebrochen. Durch den Fall Wilson ist nur ein Zipfel des Vorhanges gelüftet worden; aber Jedermann sah gar zu deutlich, wie alle Behörden und Persönlichkeiten nur die Eine Sorge hatten: zu verhüten, daß der Sache auf den Grund gegangen, und alle Machenschaften, Nichtsnutzigkeiten Wilsons sowie seiner zahlreichen Mithelfer und Mitschuldigen enthüllt wurden. Die Schmach war deßhalb nicht kleiner und fiel auf die gesammte republikanische Partei zurück. Grevy, welcher als einer der erprobtesten, ehrenhaftesten Republikaner, als die verkörperte Gewissenhaftigkeit auf den Präsidentenstuhl gehoben worden war, stand nun als einer der traurigsten Streber und Beutemacher vor aller Welt da. Er hatte nichteinmal so viel Ehrgefühl übrig, freiwillig abzutreten; er mußte in ganz ungewöhnlicher

und ungesetzlicher Weise dazu gezwungen werden. Obwohl an seiner Stelle ein Präsident gewählt wurde, dessen Ehrenhaftigkeit auch von den Gegnern anerkannt war, hatte die Republik einen harten Schlag erhalten. Selbst Republikaner gestanden, daß sie denselben nicht so leicht würde verwinden können.

Mit Einem Wort: während der letzten vier Jahre haben die Republikaner so schlecht wie je gewirthschaftet, Fehler auf Fehler gehäuft, an Ansehen und Vertrauen ungemein beim ganzen Volke eingebüßt. Alle Gebrechen einer ungenügenden Staatsform, Bestechung, Gönnerwirthschaft, Willkür der Behörden jeder Art, Bedrückung und Rechtsentziehung gegen Andersdenkende sind in schrofffster Weise geübt und in grellster Weise an's Tageslicht gezogen worden. Und doch siegten die Republikaner bei den diesmaligen Wahlen mit stärkerer Mehrheit als 1885, während die Gegenparteien es kaum auf die damals erreichte Stimmenzahl brachten, trotzdem seither sich die Wählerzahl um einige Hunderttausende vermehrt hat.

Am 22. September 1889 erlangten die Republikaner 4,012,000, die Gegenparteien 3,378,000 Stimmen (wovon 2,340,000 für Conservative, 1,037,000 für Boulangisten). Erstere haben also ein Uebergewicht von 634,000, gegen 418,000 Stimmen im Jahre 1885. Bei den Nachwahlen hat sich die Zahl der Stimmen um 447,000 bei den Republikanern und um 231,000 bei den Gegenparteien vermehrt. Letztere hatten Monate lang vorher und bis zum letzten Augenblick ihren Sieg mit großer Zuversicht verkündigt, und sich bereit erklärt, sofort mit der ganzen Wirthschaft aufzuräumen. Um so größer ist natürlich die Niedergeschlagenheit, Verwirrung und Rathlosigkeit in den Kreisen der Unterlegenen.

Selbstverständlich kam es dabei zu unliebsamen Auseinandersetzungen und nothgedrungenen Eingeständnissen. Naquet, einer der ersten Helfer Boulangers, setzte in der „Presse“ auseinander, die Republikaner seien den Boulangisten Dank schuldig,



da dieselben eine Anzahl Conservative zur Republik bekehrt hätten. Hervé, ein Vertrauter des Grafen von Paris, mußte dieß zugeben, indem er im „Soleil“ eingestand, daß nunmehr die Gegenparteien durch den Boulangismus gespalten seien. Er berechnete, daß von den 1,037,000 auf boulangistische Bewerber gefallenen Stimmen sicher 800,000 von Conservativen herrührten. Mit den obenangeführten 2,340,000 Stimmen würde dieß 3,140,000 conservative Stimmen ausmachen, also gerade soviel als 1885. Die gewaltige boulangistische Bewegung, welche so viel Lärm gemacht und so viele Millionen gekostet, hätte also Alles in Allem nur 237,000 Stimmen aufgebracht.

So ist es in der That. Von den 46 boulangistischen Abgeordneten ist fast die Hälfte in conservativen Wahlkreisen gewählt worden, weßhalb denn auch die Conservativen jetzt 16 Sitze weniger in der Kammer zählen, als in der vorigen. In der 1885 gewählten Kammer besaßen die Conservativen immer noch 180 Sitze, obwohl ihnen die Republikaner durch willkürliche Umstoßung von Wahlen etwa dreißig abgenommen hatten. Wohl ebensoviel werden ihnen auch diesmal durch willkürliche Ungültigkeitserklärung oder Zuzählung von Stimmzetteln bei der Wahlprüfung weggefingert. Conservative und Boulangisten haben jetzt zwar zusammen 210 Sitze; da aber auch diesmal die Mehrheit ihre unterlegenen Candidaten durch jene Manöver rächen wird, dürfte diese Zahl auf 200 oder noch weniger herabgedrückt werden, dieselbe Ziffer wie in der vorigen Kammer, in der 180 Conservative und 20 Boulangisten saßen. Die Niederlage der Conservativen ist also vollständig und ihre Enttäuschung leicht begreiflich.

Nur Ein Umstand könnte als günstig gelten. Die Boulangisten haben von den 35 Wahlkreisen des Seinedepartements 18 inne. Während die Conservativen 1885 dort 130,000 Stimmen aufbrachten, zählten sie diesmal mit den Boulangisten deren 230,000 gegen 245,000 republikanische Stimmen.

Im Vergleich zum 27. Januar, wo Boulanger mit 245,000 Stimmen in Paris gewählt wurde, ist dies immer noch ein Rückgang. Indeß bleibt die Thatsache, daß Boulanger etwa 100,000 Republikaner in der maßgebenden Hauptstadt des Landes an sich zu ziehen vermocht hat. Dieser Erfolg wird freilich dadurch wieder geschmälert, daß es die schlimmsten radikalen und anarchistischen Viertel sind, in denen die boulangistischen Bewerber siegten; zudem haben dieselben diejenigen Pariser Bezirke (3., 6., 7., 8., 9. und 16.) an sich gerissen, in denen die Conservativen des Sieges gewiß waren.

Das Allerschlimmste aber für die Conservativen ist, daß sie durch Betheiligung an dem boulangistischen Abenteuer einen gewaltigen Abbruch an Ansehen und Vertrauen erlitten haben. Boulanger ist dem Volke als gewissenloser, in Personen und Mitteln durchaus nicht wählerischer Streber, als Lüstling, öffentlicher Lügner, mit Einem Worte als Taugenichts bekannt geworden, nachdem er vorher, ohne allen Grund, als Kriegsheld, Retter und Rächer des Vaterlandes ausposaunt worden war. Boulanger hatte seine brave Frau schmählich im Stiche gelassen und mit lüderlichen Frauenzimmern öffentliches Aergerniß gegeben. Den Herzog von Aumale hat er einst angeschmeichelt, um seine Ernennung zum General zu erlangen. Dann aber setzte er sich mit Clemenceau, dem kühnen Intransigenten, in's Einvernehmen, schmiedete Ränke und gebrauchte verdächtige Mittelspersonen, um zum Kriegsminister aufzusteigen. Als solcher verbannte er nicht blos den Herzog von Aumale und die anderen Prinzen, sondern erklärte sie ihrer militärischen Grade verlustig, stieß sie aus dem Offizierstand aus, wozu vor ihm kein Kriegsminister, selbst Thibaudin nicht, sich herbeilassen wollte. Ueber Rochefort, seinen Hauptvertreter in der Presse, ist kaum noch ein Wort zu verlieren. Derselbe war, aus sehr triftigen Gründen, wegen Theilnahme an der Commune, Aufreizung zu Mord und Todtschlag, zum Tode verurtheilt worden. Damals nannte er die französischen Soldaten Banditen, Mörder,



Feiglinge, welche die längst verdienten Schläge von den Deutschen erhalten hätten. Er schreibt keine Zeile ohne Schimpfwort, ohne giftige Anschuldigungen und Verdächtigungen. Hauptsächlich durch ihn ist die Pariser Presse in so unerhörter Weise ausgeartet, in Gemeinheit und Schmutz versunken. Ihm steht als Redner der hochrothe Anwalt Laguerre ebenbürtig zur Seite. Naquet ist der Urheber des Gesetzes, durch welches die Ehescheidung eingeführt wurde. Er hat jahrelang unermüdlich auf dieses Ziel hingearbeitet. Dillon, Laisant und Le Herissé sind unfreiwillig verabschiedete Offiziere, die sich rächen und ihre ehemaligen Vorgesetzten persönlich demüthigen wollen. Laisant und Le Herissé sind Radikale, die sich auf verschiedene Weise an die Oeffentlichkeit gedrängt haben, nicht immer zu ihrem Vortheile. Susini, Elie May, Granger sind Communards. Ueber die Familienverhältnisse und das Leben dieser und anderer weniger bekannter Boulangisten ist Schweigen in den meisten Fällen das Beste.

So besteht der boulangistische Stab größtentheils aus Leuten, in welche das Volk kein Vertrauen haben kann. Wenigstens verdienen die Boulangisten nicht mehr Vertrauen, als die Republikaner. Da war es doch selbstverständlich, daß letztere bei den Wählern den Vorzug behaupteten. Und zwar um so mehr, als viele Wähler ohnedieß die Neigung haben, das Bestehende zu erhalten, der herrschenden Partei ihre Stimme zu geben, blos um einem gefährlichen Umschwung vorzubeugen. Das Volk weiß aus Erfahrung, daß es dabei die Kosten zu tragen hat, die nachfolgende Regierung meist nicht besser ist, als die gestürzte. Deßhalb stimmen die Wähler gerne für das Bestehende, ganz abgesehen davon, ob sie persönliche Vortheile an den zeitigen Gewalthabern zu erlangen hoffen oder nicht. „Die am Ruder befindlichen Parteihäupter gefallen uns nur halb, aber wir wissen doch, wie wir mit ihnen daran sind; Boulanger und Sippe sind jedenfalls um kein Haar besser; warum dieselben wählen, da doch nichts von ihnen zu erhoffen ist?“ so denken und

handeln eine große Zahl Wähler, welche andernfalls leicht für die Conservativen zu haben gewesen wären.

Anstatt anzuziehen hat Boulanger nur abgeschreckt, und den Conservativen großen Schaden zugefügt. Die Conservativen hatten bisher, mit Recht, als die Partei der ehrlichen Leute gegolten, welche alles Anrüchige sorgsam von sich fernhielten. Für sie waren Wahlerfolge immer eine schwierige Sache, weil sie zu ehrlich waren und es verschmähten, gleich den anderen Parteien das Volk mit unerfüllbaren Verheißungen zu ködern. Das Volk schätzte deßhalb die Conservativen sehr hoch, auch wenn es ihnen seine Stimme nicht gab, weil es sich durch die hohlen Schlagworte von Fortschritt und Freiheit ködern ließ. Es hatte dabei stets den Hintergedanken, daß es ja immer noch Zeit sei, zu den Conservativen zurückzukehren, wenn die Fortschrittler bankerott geworden und es dem Lande an den Kragen ging. Deßhalb wurde zur Zeit der höchsten Noth, 1871, eine so conservative Nationalversammlung gewählt, wie sie vorher Niemand für möglich gehalten hätte. Aber wie nun, nachdem die Conservativen sich mit Boulanger eingelassen und dadurch ihre Grundsätze preisgegeben haben?

Alle Welt hat sich lange Zeit hindurch den Kopf zerbrochen über die Frage, woher Boulanger die jedenfalls sehr beträchtlichen Geldmittel hernehme, um seine Wühlerei zu betreiben. Seine erste Wahl im Norddepartement hat 600,000 Fr. verschlungen, die Wahl in Paris am 27. Januar sogar 1,200,000 Fr. Jahrelang wurden in Paris einige Tausend Sendlinge („Anreißer") besoldet, um unaufhörlich in allen Gassen den Namen Boulanger auszurufen, indem sie allerlei Drucksachen, Bilder und dergleichen auf dessen Namen zu verkaufen suchten. Diese bezahlte Truppe war es, welche die Kundgebungen auf den Straßen anstellte, den Wagen Boulangers jubelnd umgab, wenn er zur Kammer fuhr. Bei Wahlen in den Provinzen wurde eine Anzahl dieser Leute hingeschickt, um eine Truppe der Art anzuwerben,

abzurichten und zu leiten. Dazu die vielen Zeitungen, öffentlichen Versammlungen, welche alle viele Ausgaben verursachten.

Ueberhaupt hat noch keine Partei in so umfassender Weise alle Mittel und Kniffe gebraucht, um auf die Oeffentlichkeit zu wirken, wie es die Boulangisten gethan. Kaum dürfte es auch eine Partei geben, der so bedeutende Geldmittel zu Gebote gestanden haben. Jedermann fand diesen Geldüberfluß befremdend. Es wurde hin und her gerathen, woher derselbe stamme, u. A. erzählt, Boulanger habe dem berüchtigten Getreide- und Eisenbahn-Ring in den Vereinigten Staaten die Aufhebung der Getreidezölle zugesagt, wenn er an's Ruder komme; dafür stelle derselbe „Ring“ ihm die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung. Einige vermutheten wohl, daß das Geld von den Conservativen aufgebracht werde, aber alle Vernünftigen wiesen dies zurück: so thöricht könnten die Conservativen nicht sein. Und doch ist es so.

Nachdem die Wahlniederlage der Conservativen und Boulangisten besiegelt war, sagten sich namentlich die monarchischen Blätter sehr entschieden los von Boulanger, für den sie bis dahin eifrig eingetreten waren. Boulanger verließ London, wo er auf großem Fuße lebte, um sich bescheiden nach Jersey zurückzuziehen, während sein treuester Berather, Dillon, sich nach Belgien und Deutschlothringen begab, so daß Rochefort allein noch in London verblieb. Boulanger vermochte zuletzt nicht mehr die Zuschüsse zu zahlen, die er seinen Anhängern für die Wahlen zugesagt hatte. Mindestens 12 bis 15 Millionen sind, nach allgemeiner Schätzung, für den Boulangismus verwendet und verpufft worden. Mit den Millionen, welche auf das „Boulangismus“ genannte Zwitterding verwandt wurden, hätten die Conservativen mindestens 100 bis 120 Sitze erobern und damit die Mehrheit haben können. Geld spielt bei den Wahlen in Frankreich die größte Rolle. Freilich hätten die Conservativen überhaupt

auch eine verständigere, zielbewußte Politik kundgeben müssen, um die Gunst des Volkes, das ihnen 1885 soweit entgegengekommen, in noch ausgedehnterer Weise zu gewinnen. Der Boulangismus, welcher Alles und Alle mit seinem Geschrei nach Verfassungsänderung übertäubte, hat die Conservativen verhindert die zahllosen Fehler und Unthaten der Republikaner auszubeuten. Es wäre doch gewiß wirksamer gewesen, dem Volke diese Gebrechen vor Augen zu führen und deren Beseitigung zu betonen, als ihm dieselben aus dem Gedächtniß zu verwischen, indem Alles nur auf die Verfassungsänderung geschoben wurde.

Die conservativen Blätter schieben nun Boulanger die Schuld an dem Mißlingen des gemeinsamen Unternehmens zu. Durch seine Flucht und die Weigerung, vor den Wahlen zurückzukehren und sich dem Gericht zu stellen, habe er Alles verdorben. Ein Vertrauter Boulangers, Ducret, setzte im „Petit National" auseinander, derselbe habe nicht anders handeln können, als er gethan, da er nur gesetzliche Mittel gebrauchen wollte. „Wir kennen das"; antwortete Paul de Cassagnac in der Autorité; „man handelt gesetzlich, wenn man nicht anders kann und besonders, wenn man nichts wagen will. Die Gesetzlichkeit ist leerer Schall, ein Unsinn, wenn es sich um Rettung des Landes handelt. Ritterlichkeit, zu große Gewissenhaftigkeit in der Politik mögen schöne Dinge sein, aber das Volk findet sie stockdumm, besonders wenn es damit fehlgeht. Wenn man nichts thun wollte, wäre es ehrlich gewesen, es zu sagen, damit Andere sich nicht unnöthig abmühten. Wir haben unsere Pflicht ganz und voll gethan. Boulanger aber ist durch seine Freunde verhindert worden, die seinige zu thun. Sein Platz war in Frankreich, vierzehn Tage vor den Wahlen. Man würde ihn in's Gefängniß gesteckt haben, aber das Volk hätte ihn von dort nach dem Elisée geführt."

Allein was wäre gewonnen gewesen, wenn ein so gewissenloser Streber zum obersten Gewalthaber geworden wäre, der dabei noch als General das Heer in der Hand



gehabt hätte? War es nicht überhaupt unverantwortlich, einem solchen Menschen die Gewalt in die Hände spielen zu wollen? Cassagnac hat das Beispiel Ludwig Bonaparte's vor Augen. Dieser aber ist erst lange Jahre nach seiner Haft zu Ham, und unter ganz anderen Umständen in den Elysée-Palast eingezogen. Boulanger hatte den Nimbus Napoleon's I. nicht hinter sich, sondern nur eine gewisse Vielgenanntheit, die man ihm künstlich, durch Opfer großer Geldmittel, geschaffen hatte. Er ist nichts an sich, aber man hat seinen Namen gebraucht, um ihm Alles anzudichten. Cassagnac täuscht sich, wenn er glaubt, die besoldeten „Anreißer", also Miethlinge, würden sich in die Schanze geschlagen haben, um Boulanger aus dem Gefängniß zu befreien. Boulanger wußte dies sehr wohl, deßhalb hütete er sich, auf diese Karte zu setzen. Er weiß, daß der Gouverneur von Paris, General Saussier, sein persönlicher Gegner ist und jeden Aufstandsversuch im Keime erstickt haben würde. Dazu schwelgte Paris während der Wahlbewegung in den Festen der Weltausstellung, zehrte an deren großartigem Erfolg, welche einem Schlachtensieg gleichkommt, das nationale Bewußtsein hebt, und somit auch die allgemeine Befriedigung mächtig fördert. In solchem Augenblicke hätte die Regierung, welche einen Aufstand niederschlägt, nur allgemeinen Beifall gefunden. Ueberhaupt ist noch keine Regierung deßhalb gefallen, weil sie zur rechten Zeit Unruhen und Aufstände verhütet hat. Ein Fürst kann zögern, mit den Waffen gegen seine Unterthanen einzuschreiten; aber ein Präsident der Republik ist von jeglicher Verantwortung frei, braucht sich um keine Zukunft zu kümmern. Das Höchste, was ihn in solchem Falle treffen kann, ist ein verfrühter Rücktritt. Wir haben daher auch erlebt, daß Thiers unbarmherziger gegen die Communards, besonders nach ihrer Ueberwindung, einschritt, als es wahrscheinlich ein Monarch gethan haben würde. Für diesen sind die Aufständischen irregeleitete Unterthanen, die er zu gewinnen sucht; für Thiers

waren die Communards politische Gegner, welche aus dem Wege geräumt werden mußten. Ebenso hat auch voriges Jahr das radikale Ministerium Floquet viel schärfer gegen die Kundgebungen bei der Beerdigung des Commune-Generals Eudes eingegriffen, als es einst die conservativen Minister Mac-Mahon's bei ähnlichen Anlässen gethan.

„Wir hatten Unrecht, an einen vollständigen Sieg zu glauben, und zu hoffen, sofort die Mehrheit zu erringen. Ich muß gestehen, daß ich und meine Freunde fest daran glaubten, vollständig davon überzeugt waren. Wären wir bescheidener gewesen und hätten, wie andere Parteien, auf allmählige Fortschritte hingezielt, so hätten wir Ursache, zufrieden zu sein, denn die Nationalpartei hat Sitze gewonnen. Aber wir haben um Alles oder Nichts gespielt“ — so äußerte sich Boulanger nach seiner Niederlage, indem er die Hoffnung aussprach, der begangene Fehler könne wieder ausgewetzt werden. Hierin täuscht er sich ebenso, wie vorher über die Wahlaussichten. Eine Partei ohne Programm, die nur auf einem Namen beruht, konnte nur im ersten Anlauf siegen, langsames Fortarbeiten ist für sie der Tod. „Boulanger hat die conservative Sache um zehn Jahre zurückgeschleudert“: sagte ein einsichtiger Monarchist. Wer aber wird in zehn Jahren noch an Boulanger denken, der sich jetzt schon überlebt hat, überhaupt nur eine Seifenblase gewesen ist?

Boulanger gesteht, daß er, und die Conservativen, Alles auf Eine Karte gesetzt hatten, im ersten Sturmlauf die ganze Republik über den Haufen stürzen, Präsident, Senatoren, Minister, Abgeordnete u. s. w. wegfegen wollten. In ihren Aufrufen und Demonstrationen kündigten Boulanger und Genossen diese Wegfegung täglich an. Sie sprachen im Namen des Volkes und der rächenden Gerechtigkeit das Todesurtheil über alle an der Regierung betheiligten Personen, drohten den abhängigen Beamten mit baldiger Rache und schwerer Vergeltung. Sie überhäuften Alle jeden Tag in ihren Blättern mit den ärgsten Schmähungen und Anklagen. „Regierung

der Diebe", „der Spitzbuben": war der stehende Ausdruck. „Schuft", „Schurke", „Betrüger", „Taugenichts", „Mörder": alle nur erdenklichen Schimpfwörter waren ihnen geläufig; kein Name eines Ministers oder sonst hervorragenden Republikaners wurde in einer Zeitung oder Versammlung genannt ohne Begleitung einer solchen Schmähung. Man mußte glauben, dieselben seien der schlimmste Auswurf der Gesellschaft. Gewiß, Schreiber dieses hat nie die geringste Vorliebe für die jetzt Obenstehenden gehabt, kennt deren Vorleben und Charakter, kann daher nur eine sehr beschränkte Achtung für sie hegen. Aber, angesichts des Schmutzes und Greuels, den die Boulangisten auf die Häupter der Constans, Rouvier, Thevenet, Ferry und Genossen häuften, kam Jedermann in Versuchung, Partei für dieselben zu ergreifen. Die Maßlosigkeit der Anklagen und Schmähungen bringt nothwendig entgegengesetzte Wirkung hervor; der Schmutz fällt auf seinen Urheber zurück.

Nichts ist daher auch natürlicher, als daß Minister und Abgeordnete solchen maßlosen Angriffen gegenüber auch alle ihnen zu Gebote stehenden Mittel der Abwehr gebrauchten. Wo ist der Einzelne, wo die Regierung oder Partei, die nicht dasselbe thäte? Indem er sich nacheinander bei allen Ersatzwahlen aufstellen ließ, bekräftigte Boulanger den offen eingestandenen Plan, sich bei den allgemeinen Wahlen in allen oder doch der Mehrzahl der Departements auf die Liste setzen zu lassen. Die Wahlen wären zu einer Volksabstimmung für Boulanger geworden, der also nothwendig an die Spitze des Staates gehoben worden wäre. Gegen einen Mann, der in 40 bis 50 Departements gewählt wird, für den sich ein Drittel oder selbst noch mehr Wähler aussprechen, vermag ein von den Senatoren und Abgeordneten gewählter Präsident sich nicht zu halten.

Die Kammer schaffte daher die Listenwahl ab, nach welcher jedes Departement einen Wahlkreis bildete und die seiner Einwohnerzahl entsprechende Zahl von Abgeordneten

in einmaliger Abstimmung wählte. Der Stimmzettel hatte so viele Namen zu tragen, als Abgeordnete im Wahlkreis zu zählen waren. Nach dem neuen Gesetz bildet jeder Bezirk, Unterabtheilung des Departements, einen Wahlkreis für je einen Abgeordneten. Bezirke, welche über 100,000 Einwohner zählen, wählen für jedes 100,000 oder den Bruchtheil eines solchen einen Abgeordneten und werden in die entsprechende Zahl von Wahlkreisen getheilt. Zugleich darf kein Bewerber sich in mehr als Einem Wahlkreis aufstellen lassen. Die auf ihn gefallenen Stimmen sind nur insoferne giltig, als er, nach Ausschreibung der Wahlen, seine Bewerbung schriftlich bei der Präfektur oder Unterpräfektur angezeigt und ihm dieß von dort bescheinigt worden ist. Wer ohne diese Bescheinigung als Bewerber auftritt, Wahlaufrufe anschlagen, Stimmzettel vertheilen läßt, wird mit 10,000 Fr. bestraft; ebenso auch die Drucker, Austheiler und sonstigen Personen, die ihm dabei Hülfe leisten. Das Gesetz ist streng, ja; aber eine große Ungerechtigkeit kann Niemand darin erblicken. Es wahrt Charakter und Zweck der Wahl: jeder Wahlkreis soll vertreten sein, und daß dieselbe Person mehrere Wahlkreise vertrete, ist in all unseren neueren Verfassungen niemals gestattet worden. Warum sich also in mehreren Kreisen wählen lassen?

Trotzdem lärmten und tobten Conservative und Boulangisten ganz unerhört in und außerhalb der Kammer gegen dieses Gesetz; sie nannten dasselbe eine Vergewaltigung des Volkes und seines Stimmrechtes, ein Verbrechen an Frankreich. Und doch hatte die conservative Nationalversammlung 1877 fast das gleiche Gesetz erlassen, nach welchem dann auch zweimal die Wahlen stattgefunden haben. Die ungeheuerlichen Klagen, welche gegen das neue Wahlgesetz erhoben wurden, mußten daher wirkungslos verhallen.

Schon vorher war der härteste Schlag gegen die Boulangisten geführt worden. Am 14. August wurden Boulanger, Dillon und Rochefort wegen Verschwörung und Anschlag

gegen den Staat, Boulanger überdies wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder (242,000 Fr.) zur Haft in einer überseeischen Festung, sowie zum Verlust ihrer politischen und bürgerlichen Rechte von dem als Hochgericht versammelten Senat verurtheilt. Alle drei waren schon einige Monate vorher, auf das Gerücht von ihrer Verhaftung, nach Belgien entwichen und von da nach London übergesiedelt. Die Anklage des Oberstaatsanwaltes, die Zeugenaussagen und Beweisstücke füllen mehrere Bände. Ein gewöhnlicher Gerichtshof würde trotzdem darin schwerlich den vollgiltigen Beweis für die gedachten Staatsverbrechen gefunden haben. Sicher ist nur, daß Boulanger die jetzige Republik stürzen wollte, da er es selbst oft genug aller Welt verkündet hat. Ebenso sicher ist, daß er sich mit verdächtigen Personen umgab, um auf die Oeffentlichkeit zu wirken, sich Anhänger zu werben suchte, wozu er auch Gelder des Kriegsministeriums verwandt hat. Bei der Präsidentenwahl, Dezember 1886, weilte er, entgegen den Befehlen des Kriegsministers, in Paris, wohnte geheimen Versammlungen der radikalen Abgeordneten bei, in welchen Mittel und Wege berathen wurden, nöthigenfalls mit Gewalt die Wahl und Einsetzung Jules Ferry's als Präsidenten der Republik zu verhindern.

Viel schlimmer jedoch als alles das war für Boulanger die Enthüllung seines Umganges und seiner Lebensführung. Es wurde durch zahlreiche Zeugen und Schriftstücke nachgewiesen, daß Boulanger mit lüderlichen, wegen Diebstahl verurtheilten Frauenzimmern umging, dieselben zu seinen Ränken und Wühlereien gebrauchte, eine derselben im Gefängniß besuchte, wo sie wegen Diebstahl saß. Ebenso hatte er mehrere gerichtlich Bestrafte zu Freunden und Helfern, so namentlich den mehrmals wegen Betrug verurtheilten Buret, mit dem er sich auf den Dutzfuß stellte, bei dem er als Kriegsminister speiste und verkehrte, dessen Frau er mit Aufmerksamkeiten überhäufte. Freilich, Buret ist ein geriebener Bursche, welcher die Presse erfolgreich für Boulanger

bearbeitete. Mit Einem Wort, Boulanger wurde durch den Prozeß als ein Mensch enthüllt, der sich selbst über solche Rücksichten wegsetzt, welche die meisten Republikaner immer noch beobachten.

Boulanger und Genossen veröffentlichten Verwahrungen und Widerlegungen, ersterer rief das Volk, seinen einzigen Richter, gegen den Senat an. Sie bestritten die Zuständigkeit des Hochgerichtes, um ihre Nichtgestellung zu rechtfertigen. Als Antwort auf ihre Verurtheilung erklärten die drei Flüchtlinge: „Den ehrlichen Leuten! Die Hinrichtung von kurzer Hand, welche die Gegner der republikanischen National-partei als Urtheil des Hochgerichtes bezeichnen, ist, wie Jeder weiß, das Ergebniß eines Abkommens zwischen der Mehrheit einer entehrten Kammer und der Mehrheit eines für immer vom Lande verurtheilten Senates. Die Erstere sagte dem Zweiten: entledige uns derjenigen, die unsere Wiederwahl bedrohen, wofür wir dich fortbestehen lassen. Das Volk wird sich ob der Gründe dieses schimpflichen Abkommens nicht täuschen. Das allgemeine Stimmrecht vor dem beschränkten Stimmrecht (Senat) im Staub, die Sicherheit der Bürger und die Ehre des Landes in den Händen der Mitschuldigen Jules Ferry's, dies ist die gegen uns begangene ungeheuerliche Ungerechtigkeit. Die wahren Häupter der Republik sind jetzt der falsche Zeuge Alibert und der Spitzbube Buret. Aber dieses Uebermaß der Willkür, der Verläumdungen und Spitzbübereien wird bald seine Endschaft erreichen. Trotz der neuen, im Dunkeln vorbereiteten Staatsstreiche haben wir volles Vertrauen in die Wähler. Wir berufen uns von der Lüge an die Wahrheit, von der Diktatur des Schmutzes an die ehrliche Republik." Wirklich, nach den unwiderlegten Enthüllungen des Prozesses eine mehr als kecke Sprache!

In seinem Wahlaufruf an die Pariser donnerte Boulanger gegen die „unheilvolle Bande, welche die Republik besudle", und nun verjagt werden müsse. Ebenso hieß es

auch im Wahlaufruf der „Vereinigten Rechten," unter Aufzählung all der Missethaten der Partei, welche seit zwölf Jahren die Gewalt in Händen habe, sie sei verurtheilt, liege in den letzten Zügen. Der Aufruf schloß mit der Versicherung: „die Stunde der Befreiung wird nun schlagen". Deutlicher konnte doch nicht angekündigt werden, daß die Rechten und die Boulangisten der jetzigen Republik den Garaus machen, Carnot, Minister und Abgeordnete wegfegen wollten. Um so tiefer ist nun der Fall, und um so weniger Rücksichten haben die Republikaner auf die Ueberwundenen zu nehmen. Sie werden dieselben um so eifriger verfolgen, und insbesondere die Katholiken werden vielleicht noch mehr zu leiden haben. Denn die Republikaner sind auch jetzt nur einig, wenn es gegen die Kirche geht.

Sie haben überdies einen neuen Vorwand, gegen die Kirche vorzugehen. Die Geistlichkeit ist nämlich diesmal aus ihrer an sträfliche Theilnahmlosigkeit grenzenden Zurückhaltung herausgetreten. Anfang September wurde ein Rundschreiben bekannt, welches der Justizminister Thevenet an die Bischöfe gerichtet hatte: „Die Wahlzeit hat kaum begonnen, und schon werden mir Geistliche angezeigt, welche sich in den Parteikampf mischen. Ich bitte Sie daher, den Priestern jedes Ranges Ihrer Diöcese zu bedeuten, daß es ihnen verboten ist, politisch Partei zu ergreifen und ihre Amtsgewalt dazu zu mißbrauchen. Ich habe die Staatsanwaltschaften entsprechend mit Weisungen versehen. Anderntheils würde die Regierung, kraft ihrer obersten Zuchtgewalt über sämmtliche Geistlichen, nicht zögern, gegen diejenigen vorzugehen, welche die durch das Conkordat (?) festgesetzten Regeln übertreten, und deren Mißachtung, bei Beginn der jetzigen Staatsform, die erste und hauptsächlichste Ursache der zwischen der Regierung und den geistlichen Behörden entstandenen Schwierigkeiten ist. Wühlereien, politische Predigten und überhaupt alle Handlungen, welche Feindseligkeiten verrathen, werden augenblicklich die Streichung aus den Listen des vom

Staate besoldeten Klerus nach sich ziehen. Außerdem könnten Priester, die sich in dieser Weise blos gestellt hätten, niemals zu den Stellen zugelassen werden, deren Verleihung von der Zustimmung der Regierung abhängt. Ich bin übrigens überzeugt, daß die Regierung nicht zu solcher Strenge genöthigt sein wird, um in Ihrer Diöcese die unerläßliche Neutralität zu sichern."

Eine solche Sprache ist man trotz Allem hier so wenig gegen Würdenträger gewohnt, daß selbst republikanische Blätter dieselbe tadelten. Mehrere Bischöfe erhoben sich öffentlich gegen ein solches Auftreten. Msgr. Tregaro, Bischof von Seez, schrieb dem Minister: „Ihr Schreiben kann meine Priester nur in ihrem Theuersten verletzen: in ihrer Würde und ihrer Vaterlandsliebe; denn Sie behandeln dieselben wie Heloten und Parias. Wir sind aber keine Fremden, sondern französische Bürger wie Sie, Herr Minister, und auf Grund desselben Rechtes. Wir behaupten unsere Rechte, die Sie nicht antasten dürfen. Unser Platz ist in den ersten Reihen, der französischen Gesellschaft, und wir wollen ihn behalten. Die Geschichte ist da, um zu beweisen, daß die französische Geistlichkeit niemals ihrer patriotischen Pflicht etwas vergeben hat. Ihre Drohungen passen für Sklaven, aber sie verletzen alle Ehrenmänner."

Die Bischöfe von Sainte-Claude, Beauvais, Arras, Autun, Valence, Bayeux und andere erließen Hirtenbriefe, um den Wählern an's Herz zu legen, daß es eine heilige Gewissenspflicht sei, nur solchen Männern, welche gute Christen sind, seine Stimme zu geben. Der Erzbischof von Avignon antwortete dem Justizminister in derselben Weise wie Msgr. Tregaro, er betonte das unveräußerliche Recht, die Pflicht des Priesters, auch über die politischen Angelegenheiten zu wachen. Der Cardinal Langenieux, Erzbischof von Reims, berief sich in seinem Hirtenschreiben auf die Worte der heiligen Schrift: „Als er seinem Volke Vorgesetzte geben wollte, sagte Gott zu Moses: Wähle aus der Menge einflußreiche, gottes-

fürchtige Männer voller Ehrenhaftigkeit und ohne Habsucht aus, und setze sie dem Volke als Obere vor. Ihr habt jetzt dasselbe zu thun, was Moses auf Gottes Geheiß gethan". Der Erzbischof von Paris, der Cardinal Lavigerie mahnten in derselben Weise. Kurz, ganz Frankreich hat das Wort seiner Hirten vernommen; das Eis ist gebrochen. Der erste Schritt ist geschehen: Bischöfe und Priester sind durch die Drohungen des Justizministers sich ihrer Rechte und Pflichten vollauf bewußt worden.

Auch in anderer Hinsicht erscheinen Anzeigen einer bessern, wenn auch wahrscheinlich noch sehr fernen Zukunft. Der Graf von Paris sagt in seinem Aufruf gelegentlich der Wahlen: „Katholiken, Christen, könnt Ihr zögern? Welche andere Regierung als die Monarchie gibt euch bessere Bürgschaften für die Erziehung Eurer Kinder und die Achtung des Gewissens? Welche Regierung vermöchte die Religion besser zu ehren, ohne sie blos zu stellen, und ihren Dienern die zu ihrer Aufgabe erforderliche Unabhängigkeit zu sichern?" Und zum Schluß: „Habt Vertrauen, Gott gibt das Schicksal des Vaterlandes in Eure Hand."

Die christlichen Gesinnungen des Grafen, sein musterhaftes Familienleben waren wohl bekannt. Aber er hatte bisher in seinen Kundgebungen gar zu sehr vermieden, das religiöse Gebiet zu streifen, so daß man an Gleichgiltigkeit bei ihm glauben konnte. Dies ist nun vorbei, der Graf von Paris hat sich auch in politischer Hinsicht öffentlich auf christlichen Boden gestellt.

Der schmähliche Mißerfolg des mit Boulanger conservativerseits unternommenen Versuches hat überhaupt die kirchliche Lage mehr in den Vordergrund gedrängt. Der schon früher vom Grafen de Mun entworfene Plan der Bildung einer Gruppe, welche einfach gleich dem deutschen Centrum auf kirchlichem Boden steht, ist nun nochmals angeregt worden. Der „Monde", welcher, gleich der „Gazette de France", das Zusammengehen mit den Boulangisten stets

verworfen hat, stellt folgenden Vergleich zwischen Deutschland und Frankreich an:

„Seit mehreren Jahrhunderten ist Frankreich stückweise entchristlicht worden; die Seuche der Gottlosigkeit hat furchtbare Verwüstungen angerichtet; fortwährend breitet sie diese aus, und wir haben eine Nation vor uns, die man nicht ohne augenscheinliche Berechtigung als eine der Religion gegenüber gleichgiltige oder feindliche bezeichnet. In Deutschland ist der Glaube lebendig geblieben; von der höchsten bis zur niedrigsten socialen Stufe ist das Volk bis in's Mark seiner Knochen christlich geblieben" (was angesichts der starken Entwickelung der Socialdemokratie für die protestantischen Gegenden nicht ohne Einschränkung gilt); „es glaubt, betet, thut Gutes, füllt die Kirchen, achtet und liebt seine Priester. Man gehe nach Deutschland und sehe, mit welcher Ehrfurcht ein Pfarrer in seiner Pfarrei umgeben ist."

„Wer wollte behaupten, daß es ebenso in Frankreich sei, abgesehen von der Bretagne und einigen wenigen andern Provinzen? Es würde nichts helfen, wollte man es verheimlichen: die Religion wird hier nur zu oft als etwas Nebensächliches behandelt; sie ist nicht mehr die in tiefster Seele eingewurzelte Empfindung, eine Richtschnur für das Handeln, ein lebendes und belebendes Princip; sie ist für manche Leute nur eine Gewohnheitsache. In vielen Pfarreien kennt man den Priester kaum; man sucht ihn selten auf, man fragt ihn noch seltener um Rath. Was die große Kraft der deutschen Katholiken ausmacht, das ist der ihnen voll und ganz gebliebene Glaube; die Schwäche der französischen Katholiken ist die Gleichgiltigkeit Vieler in Sachen der Religion. Auch beachte man, was in Deutschland vorgeht; alle Jahre treten die Bischöfe in Fulda zusammen und verständigen sich. Die Priester stehen in engster und ständiger Verbindung mit den Gläubigen, welche sie um Rath in öffentlichen und privaten Angelegenheiten angehen. Die katholische Presse kommt überall hin, wird aufrecht erhalten, gelesen, ist mit einer größeren Zahl Anzeigen versehen als unsere Boulevard-Blätter; die Vereine stehen dort in Blüthe. Alle Katholiken nehmen thätigen Antheil an dem Kampfe gegen die Feinde der Kirche, mögen sie kommen, woher sie wollen;

sie sind einig, sie folgen wie ein Mann dem Rufe ihrer Führer; niemals sieht man die Germania im Wortstreit mit der Kölnischen Volkszeitung oder der Deutschen Reichszeitung; keine feindliche That, kein feindliches Wort, das nicht sofort von der ganzen katholischen Presse in vollkommener Einheit aufgegriffen, besprochen und gekennzeichnet würde. Die Katholiken behalten Fühlung, und wer einen von ihnen angreift, hat sie alle gegen sich.

„Haben wir etwas Entsprechendes in Frankreich? Leider nein. Wir wollen Niemand anklagen, wir bekunden die unleugbare Thatsache. Deshalb wird eine katholische Verbindung, die wir gern zu einer katholischen Liga anwachsen sähen, ernste Hindernisse finden. Sind diese Hindernisse unbesiegbar? Wir hoffen es nicht. Ein brutaler Culturkampf würde sie schnell wegräumen. Aber der verstand sich auf seine Sache, der da sagte: ‚Wir werden langsam, aber sicher vorgehen.‘ So lange wir nicht das Messer an der Kehle fühlen, glauben wir nicht an die Gefahr oder wollen sie nicht sehen, lassen die Dinge gehen und erheben zwar feierlichen, aber eitlen Einspruch."

„Sollen wir bei dieser Lage der Dinge den Muth verlieren, die Arme kreuzen und nichts thun? Nein gewiß nicht! Unsere Pflicht ist nicht, zu siegen, aber wohl zu kämpfen. Die Lage ist dazu keineswegs verzweifelt, so drückend sie sein mag. Auf alle Fälle: wenn es den Führern der katholischen Partei gelingt, die so sehr gewünschte Einigung herbeizuführen, so haben sie selbstredend unsern vollsten Beifall. Unsere Leser wissen, daß wir wiederholt, bei Besprechung der Thätigkeit der Katholiken Deutschlands, diese der ärgerlichen Thatenlosigkeit der französischen Katholiken gegenübergestellt haben. Um so besser, wenn all das endlich einmal sich ändert und die Losung Viribus unitis auch die unsere wird."

Hoffen wir, daß die Lehren der letzten Ereignisse nicht verloren gehen. Inmitten des politischen Gezänkes ist die Sache der Kirche vielfach ohne Vertheidigung geblieben und geschädigt worden. Leo XIII. hat den mächtigen Fernblick der Kirche auf's neue bethätigt, als er das Centrum allen Katholiken als Muster hinstellte, die Katholiken dringend

mahnte, ihre Sache in den Parlamenten, in Zeitungen und Versammlungen zu vertheidigen. Der Kampf muß in allen Ländern geführt werden. Wenn in Einem Lande die Katholiken den Vollbesitz ihrer Rechte erkämpft haben, wird es auch in den übrigen Ländern besser für sie werden. Nur durch gemeinsames Einstehen der Katholiken in allen Ländern können die Gefahren abgewandt werden, welche Europa durch die revolutionären Lehren, Socialismus und Anarchismus, Nihilismus und Materialismus, in seinen Grundfesten bedrohen.

LVI.

Schweizer Skizzen.

VIII. Im Thale von Schwyz.

Vom See aus nimmt sich Brunnen mit seinen Hotels und Pensionen wie eine Stadt aus. Die breite gepflasterte Hauptstraße mit ihren behäbigen Häusern macht den Fremden in solcher Meinung keineswegs irre. Brunnen ist aber nicht nur keine Stadt, es ist nicht einmal ein Pfarrort, sondern Filial des mit ihm zusammenhängenden Ingenbohl. Es hat nur eine dem hl. Heinrich geweihte Kapelle, deren Inneres mit gelungenen Bildschnitzereien ausgeschmückt ist. Gar bald hatte ich mein Quartier in der Pension zur Mühle in Ingenbohl erreicht. Von meinem Fenster aus hatte ich die Ufer des Urnersees bis zu den Schneegefilden des Urirothstockes vor mir, anderseits das schöne Thal von Schwyz, welchem die Eidgenossenschaft ihren Namen, ihre Farben und das Wappen verdankt. Dieses schöne Thal wird voraussichtlich gewaltige Veränderungen erleben. Die Gotthardbahn wird Spekulanten herbeiführen, die ganze Gegend mit Villen, Pensionen und möglicherweise mit Fabriken übersäen. Sie wird aber außerdem das uralte und unschätzbare Gut der Glaubenseinheit mehr und mehr beeinträchtigen. Durch die neue Bundesverfassung ist die

Einwanderung von Protestanten nicht fühlbar geworden, wohl aber schon durch die Erstellung der Nordostbahn, die Gotthardbahn aber vollends wird als Trägerin der modernen Cultur sich bewähren. Auch in der freien Schweiz sind die Herren und Lenker aller größern dominirenden Gesellschaften liberale und radikale Seelen, die Herren und Lenker der Eisenbahnen keineswegs und die der Gotthardbahn vielleicht am wenigsten ausgenommen; glaubenstreue Katholiken kann man bei rentabeln Unternehmungen niemals oder höchstens als Ausnahme brauchen. Kaum ist die Gotthardbahn in Betrieb, so plant man den Aufbau einer protestantischen Kirche in Brunnen; ein ständiger Pastor mit einem Jahresgehalt von 4000 Franken ist daselbst schon angestellt und pastorirt von da aus die in Uri eingewanderten Protestanten, hauptsächlich die des Hauptpunktes Erstfelden.

Das Abendroth war schon ziemlich verglommen und ich vertrieb mir die Zeit mit den Tagesblättern, Broschüren und Büchern, welche theils in Schäften aufgestellt waren, theils auf Tischen herumlagen. Ich fand schier ausnahmslos katholische Preßerzeugnisse: die Augsburger Postzeitung, die Volksblätter von Nidwalden und St. Gallen, den Ami du peuple, sogar die Annalen des Werkes vom hl. Paulus. Das freute mich, denn auch in der Schweiz sind sehr viele Hoteliers und Herbergsväter der katholischen Presse keineswegs hold; auch in der Schweiz besitzen Katholiken nicht immer den Muth eine katholische Zeitung zu begehren. Geschieht es je einmal, so wird achselzuckend bemerkt, man könne nicht dienen, derlei Blätter verlangte selten ein Mensch. Unter den Büchern und Broschüren fand ich das Beste, was Aufschluß über die Geschichte und dermaligen Zustände der Urschweiz gewährt. So namentlich den „Geschichtsfreund", das Sammelwerk des historischen Vereines der fünf Orte Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug; ferner „die Geschichte des Freistaates Schwyz" von D. Steinauer; endlich ein Referat des Kanzleidirektors A. Eberle über Stellung und Beruf der Urkantone zur Industrie; Broschüren über die Theilung der Oberallmend, über die Privatschutzwaldungen, eine Geschichte der Bürgergesellschaft Schwyz, Rechenschaftsberichte 2c.

Die Gegend daherum ist eine ewige Sonntagslandschaft, an schönen Sonntagmorgen doppelt herrlich. Das majestätische Geläute von Schwyz sang und zitterte das eindruckvollste Conzert ins Thal herab, gar eindringlich aber erklangen die Glocken der nahen Pfarrkirche. Für Ingenbohl war ja kein gewöhnlicher Sonntag angebrochen, sondern das Fest des Kirchenpatrons, des hl. Justus. Zahlreich strömten die Gläubigen herbei, nicht wenige Mannsleute in bloßen Hemdärmeln. Man sang und betete ungemein schnell, der Süddeutsche kommt nicht leicht nach, der Norddeutsche versteht gewiß wenig Worte. Der Festprediger machte seine Sache gut, er war der Sohn des Landschreibers, ein Neupriester, der bereits eine literarische Lanze für den bestverläumdeten Gury eingelegt. Sofort nach der Predigt wurde von der Kanzel herab eine Reihe obrigkeitlicher Bekanntmachungen verlesen.

Mit wenig Gefährten, worunter eine Candidatin von Ingenbohl, zog ich am Abend zum Axenstein hinauf. Matten mit so feinem und reinem Gras wie hier hatte ich noch niemals gesehen. Man begreift im Augenblick die Behaglichkeit und Sanftmuth der weidenden Kühe, die Lustigkeit ihrer Kälber. Es sind keine großen aber zierliche Thiere, alle von brauner Färbung, Vertreterinnen der Schwyzer Race, neben der Berner Race die einzige in der Schweiz heute vorkommende. Die Matten waren durchwoben von farbigen Kindern des Sommers wie des Herbstes, von allerlei Schmetterlingen so zahlreich umgaukelt, wie man dies vor lauter überflüssigen und rohen Schmetterlingsjägern in der weiten Umgebung einer deutschen Stadt nirgends mehr findet. Im Laubwalde fiel mir wilder Marmor genug auf, namentlich aber eine Menge von Blöcken des schönsten weißen Granits, welche zwischen üppigen Farrenkräutern und Himbeergesträuchen hervorlugten. All diese Blöcke gehören nicht zu diesem Gebirg, es sind die Langschläfer der Alpenwelt, auf dem Rücken der Gotthardgletscher herabgewandert zu einer Zeit, wo in Aegypten noch keine Pyramide ihren Schatten warf und Palmyra noch nicht existirte. Man kennt den Werth dieser steinernen Fremdlinge recht gut, allein man mußte sie wegen Mangel an Abfuhrwegen und Transportmitteln liegen lassen. Der Neubau der Institutskirche von

Ingenbohl und noch weit mehr der Bau der Gotthardbahn hat Tausende dieser Blöcke ihrem uralten Standorte entrissen, allein zu Hunderttausenden liegen sie noch im ganzen Reußthal wie anderwärts. Jetzt dürfte die Speculation nicht mehr lange säumen, die tausendjährigen Schläfer zu wecken, damit sie nah und fern solide Gebäude schmücken als Denkmäler, Grabsteine, Brunnenschalen, oder in anderer Form glänzen. Wir kamen in den Park von Axenstein, schön wie nicht leicht ein anderer und nur zum geringsten Theile eine Schöpfung der Cultur oder Kunst. Man trifft gar manche Stelle, wo man mit Freiligrath singen möchte:

Auf einem Berge sterben,
Wohl mag das köstlich sein!
Wo sich die Wolken färben
Im Morgensonnenschein.
Tief unten der Welt Getümmel,
Forst, Flur und Stromes Lauf,
Und oben thut der Himmel
Die gold'nen Pforten auf.

Himmel, ja freilich, wenn nur auf diesem Erdflecke sich derzeit nicht eine ganze Schaar mehr oder minder unhimmlischer Gestalten bewegen würden! Die Saison ist noch im vollen Gange, das Hotel Axenstein wie sein etwas weiter unten stehender Concurrent Axenfels beherbergen noch viele Kurgäste, europäische und amerikanische. Falls die Fremdenliste nicht übertreibt, so sind die Herren und Damen, welche auf den reinlichen Kieswegen und auf den Ruhebänken des Parkes begegnen, lauter Mitglieder des Adels und der haute-volée. Manch finsterer Blick und manch höhnisch verzogener Mund wurde besonders der Candidatin von Ingenbohl gewidmet. Sie lächelte zwar, ihr Lächeln verrieth aber doch Unmuth und Schmerz; sie war eben doch noch zu jung, um schon vollständig gefeit zu sein wider die Unverschämtheit der „Elite" der Gesellschaft. Gerne erfüllten wir den Wunsch nach Morschach hinabzusteigen, das zwischen riesigen Nußbäumen und Edelkastanien in einem so üppigen Gefilde liegt, daß höchstens einmal im Jahre gedüngt zu werden braucht. Wie an so vielen Orten sieht man auch hier in der schmucken Kapelle Schöpfungen von Paul v. Deschwanden, alle fromm und schön, aber gleich denen der Konstanzerin Ellenrieder auf den ersten Blick erkennbar. Bald steigen wir wiederum aufwärts, aber auf weglosem

Pfad über stille Matten und durch erfrischenden Laubwald. Ein ungeheuerer Dolmen trug die Aufschrift:

Durch höhere Architektur
Aus Felsen, Wald und Flur
Ein Tempel der Natur!

Auf der Rückseite las man: Gründung von Axenstein im Jahre 1868 durch Ambros Eberle. Dieser Eberle war ein tüchtiger Mensch, ein richtiger Self-made-man. Ohne höhere Schulbildung hat er sich aus ärmlichen Verhältnissen zum wohlhabenden und geachteten Manne emporgearbeitet. Viele Jahre war er Kanzleidirektor, Redakteur der früheren Schwyzerzeitung und wurde auch Nationalrath. Unter die Schwierigkeiten, die er zu überwinden hatte, gehörte auch der Umstand, nicht aus einer der sogenannten dynastischen Familien hervorgegangen zu sein. Diese spielen im Lande Schwyz noch heute die einflußreichste Rolle. Voran die uralte der Reding, dann die Abyberg und Hettlingen, unter den bürgerlichen Familien aber die der Reichlin, Aufdermauer, Styger, Benziger, Kommenzind, Diethelm, Gier und wenige Andere. Manche waren dem Emporkömmling nicht gerade hold, man fand ihn auch zu liberal gefärbt, ja man munkelte, er gehöre der Loge an. Trotzdem wäre Eberle noch Landamann geworden, wenn ihn nicht ein rascher Tod hinweggerafft hätte, zumal laut der neuen Verfassung die Landamänner alle zwei Jahre und in Folge davon auch die Regierungsräthe ziemlich wechseln. Zu den Freimaurern zählte Eberle sicherlich so wenig als etwa die Gebrüder Benziger in Einsiedeln. In den Bergen der Urschweiz haben die Dreipunktebrüder bis jetzt so geringe Geschäfte gemacht, daß schwerlich auch nur ein einziger einflußreicher Mann ihnen angehört. Wollten je nach der Loge riechende Tendenzen sich geltend machen, so wurden dieselben mit Hilfe des Volkes stets leicht abgefertigt. Das könnte sich allerdings nach und nach ändern, wenn der Protestantismus bei den Urschweizern Boden fassen sollte, denn wo der Vater sich niederläßt, da nistet sich auch dessen natürliche Tochter früher oder später ein.

Wiederum heimwärts denkend setzten wir uns am Waldessaume auf einen Granitblock und weideten uns am Anblicke des im Abendsonnenschein vor uns ausgebreiteten Thales von Schwyz. Gerade zu uns herauf schaute das umfangreiche Mutter-

haus der Schwestern vom hl. Kreuz. Gründer dieser nunmehr großartigen Congregation war bekanntlich ein Socialist im christlichen Sinne, der der katholischen Schweiz unvergeßliche Kapuziner Theodosius Florentini. Die Congregation theilt sich in Schulschwestern und in barmherzige Schwestern; jene hatten ihr Mutterhaus in Menzingen bei Zug, diese aber in Chur. Je zahlreicher die Schwestern und deren Anstalten, desto nothwendiger ein gemeinsames Mutterhaus. Wo dieses nunmehr steht, da war im Frühling 1856 nichts zu sehen als ein wettergebräunter Bauernhof, eine wahre Ruine, zu welcher allerdings die umliegenden gleichfalls sehr verwahrlosten Matten und Felder gehörten. Dieses verlotterte Anwesen erwarb Pater Theodos, und bald hielten darin einige seiner Kreuzschwestern ihren Einzug. Außer ihrer Arbeitskraft und zwei alten Kühen brachten sie nichts mit sich, gar nichts, um desto glänzender zu beweisen, wozu die Religion das schwache Weib zu machen vermag. Sie mußten jedes Stück Kochgeschirr entlehnen, gedörrtes Obst und Reis auf Credit von Brunnen heraufholen, und ihr Brennholz Tag für Tag zusammenlesen. Nachdem die Schwestern mit unsäglicher Mühe die Barake von Schmutz, Schutt und Mörtel gereinigt hatten, da blieben ihnen schwarze Rauchkammern mit löcherigen Böden, halbschließende Thüren, eingerostete Schlösser, herabhängende Fensterladen und zerbrochene Scheiben. Nachdem eine Betkammer hergerichtet war, welche die Armuth Christi so recht versinnbildete, legten sich die Schwestern frohmüthig auf ihr Stroh mit Leinwand und Decken höchst armselig ausgerüstet. Brauste der Föhn aus Italien herüber, dann kam als unerbetenes Ständchen ein Klappern und Klirren, ein Rasseln und Knarren, ein Heulen und Wüthen als wolle der Sturm die Ruine jeden Augenblick aus dem Dasein blasen. Aber es gab noch Schlimmeres: boshafte nächtliche Ruhestörungen, üble Nachreden, grundlose Verdächtigungen und als Dreingabe die Gefahr der Pfändung rückständiger Zinsen, welche eine wahrscheinlich aufgehetzte steinreiche Frau erbarmungslos eintrieb. Allein die guten Schwestern fuhren unverdrossen fort, mit gleichfalls entlehnten Arbeitsgeräthen den Platz vor dem Hause zu ebnen, Garten und Ackerland von Unkraut zu reinigen und umzugraben, Wege herzustellen und Wiesen zu wässern. Noch hatte der Herbst die Wälder nicht gefärbt, als bereits weitere Schwestern

ein Unterkommen fanden. Es kamen überhaupt bessere Tage. Pater Theodos hatte in Schwyz das Collegium Mariahilf erworben und als Lehranstalt eröffnet. Von seinem Fenster aus sah er den armseligen Anfang des Mutterhauses und konnte ihn nicht ertragen. Seine rastlose Energie setzte auf die Stätte des ruinösen Hofes ganz andere Gebäude, schon 1858 stund das Mutterhaus mit seiner Kirche fix und fertig da. Sofort machte er sich an neue Bauten und Erwerbungen. Unterhalb des Institutes gegen Brunnen hinab zieht sich ein liebliches Thälchen, das sogenannte Paradiesle. Er kaufte eine prächtige Wiese, auf der ein kleines Häuslein stand, hierauf Gebäude, in welchen er 1857 eine Baumwollweberei einrichtete. Zu der Kleinkinderbewahranstalt und der Anstalt für Waisen- und verwahrloste Kinder trat 1859 eine Buchdruckerei und bald auch eine Buchbinderei. Nachdem man ungünstiger Zeitverhältnisse wegen die Baumwollweberei hatte aufgeben müssen, wurden in ihren Räumen eine große Anzahl Kinder untergebracht, welche alle häuslichen Arbeiten und weiblichen Handarbeiten erlernen, gelegentlich aber auch daneben den Knaben in der Druckerei und Buchbinderei aushelfen. Letztere Doppelanstalt wird seit Anbeginn von einem aus Altbayern stammenden Faktor geleitet, der ohne Ordenskleid das Leben eines musterhaften Ordensmannes führt. Vom Mutterhaus aus wird Privatkrankenpflege besorgt; mit ihm sind außer der Waisenanstalt Paradies und ihrer Druckerei unmittelbar verbunden ein Pensionat, ein Seminar für Lehrerinen, die Dorfschule und Armenanstalt Ingenbohl und die Schule von Morschach.

Mit nur fünf Lehrschwestern hat Pater Theodosius im Spätherbst 1845 in Altorf sein Werk begonnen, unter diesen Fünfen befand sich die noch energisch und segensreich wirkende Generaloberin Marie Theresia Scherer aus Meggen im Kanton Luzern.[1]) Im Jahr 1870 betrug die Zahl der Profeßschwestern 377, Ende 1886 aber 1402 und am Schlusse des folgenden 1596. Heute sind Ingenbohler Schwestern nicht nur in der Schweiz thätig, sondern auch in Deutschland und Oesterreich-Ungarn; in Hunderten von Städten und Ortschaften wirken sie als Krankenpflegerinen, zu Hunderten in Schulen

1) Seitdem dies geschrieben ist, auch gestorben (16. Juni 1888).



und geistlichen Anstalten, in Armen- und Waisenhäusern, in Spitälern und Strafanstalten. Im Jahre 1887 haben Profeß abgelegt in den Provinzen Böhmen 17, Oberösterreich 19, Slavonien 4, Steyermark 12, Mähren 4, zu Ingenbohl selbst aber 67. Von diesen 67 gehören nicht weniger als 30 dem Großherzogthum Baden an, wo doch laut dem Auchwitz eines liberalen Ministers ein „Durst nach Klöstern“ gar nicht zu finden sein soll. Auch in Zürich haben die Ingenbohlerinen ein eigenes Haus, das Theodosianum, ebenso in Rom via San Basilio 8, wo siebzehn Schwestern neben der Privatkrankenpflege die Sorge für deutsche Pilger auf sich genommen haben. Die Congregation der Kreuzschwestern ist die bedeutendste Schöpfung des Paters Theodosius Florentini, eines im Auge des Christen wirklich großen Mannes.

Lebendig noch steht dieser Kapuziner vor unsern Augen, eine stattliche Gestalt mit hoher Stirn und klugen Augen, mit einem Gesichtsausdrucke voll Energie und Freundlichkeit zugleich und mit mächtig herabwallendem Barte. Er war ein romanischer Schweizer, geboren 1808 im Münsterthale Graubündens. Nachdem er im benachbarten Tyrol die deutsche Sprache erlernt und seine Studien begonnen, ragte er im Seminarium zu Chur über alle Mitschüler empor. Am Sarge seines plötzlich gestorbenen einzigen Bruders Florian, Novizenmeisters und Professors im Kapuzinerkloster zu Baden im Aargau, faßte 1825 Theodosius Florentini den Entschluß, gleichfalls Kapuziner zu werden. Im November 1830 wurde er Priester und in Baden Nachfolger seines Bruders. Er war Guardian, als ihn der Aargauer Klostersturm vertrieb. In Altorf begann er die Verwirklichung eines Gedankens, der ihn schon längere Zeit beschäftigte: er gründete die Kreuzschwestern, zunächst die Lehrschwestern mit dem Sitz zu Menzingen. Zum Superior seines Ordens und zum Stadtpfarrer von Chur erhoben, hat er hier die Seiden- und Baumwollweberei, das Strohflechten und die Stickerei eingeführt, der Armen, Kranken und Waisen sich unermüdlich angenommen und namentlich das Kreuzspital gestiftet. Solche Schöpfungen verschlangen Geld. Die Zahl der Schwestern wuchs mehr und mehr, der Zulauf in seine Anstalten wurde immer größer. Anfangs der fünfziger Jahre ergriff P. Theodos selbst den Bettelstab und durchzog Italien bis hinab zum Golf

von Neapel. Am reichlichsten war die Ernte in der Hauptstadt der Christenheit; der neunte Pius billigte nicht nur die Statuten der jungen Congregation für Unterricht und Krankenpflege, sondern that auch seine splendide Hand auf, die Offiziere der Schweizergarde aber verschafften dem Landsmann in der Kutte Eintritt in den Palästen der Großen. Die reiche Ernte konnte nicht genügen, weil Theodosius sich durch sein Herz zu immer neuen Schöpfungen fortreißen ließ. Aber seine Schwestern gingen ihm getreulich zur Hand. Mitten im Winter des Jahres 1854 wanderten Zwei derselben in die Welt hinaus und zwar zu Fuß, denn die Post war zu theuer und Eisenbahnen gab es damals schier noch keine, um die Aktien eines unverzinslichen Anlehens im Betrage von 35,000 Franken an Mann zu bringen. Das Unternehmen gelang glänzend, genügte aber noch lange nicht. Nun schickte Theodosius ein Schwesterpaar nach Bayern, um Erlaubniß zu Sammlungen zu erwirken. Weil in München absolut nichts durchzusetzen war, so pilgerten die Schwestern hinab nach Wien. Auf eine fast wunderbare Weise gewannen sie hier das Fürwort der Kaiserin Elisabeth und die warme Unterstützung des Ministers Bach. Im ganzen Gebiete des Kaiserstaates durften sie sammeln und thaten es volle zehn Jahre hindurch, weil kein Termin festgesetzt war: namentlich Triest und Mailand, Ungarn und Siebenbürgen haben als wahre Goldgruben sich erwiesen. Welche Verdienste der rastlose Kapuziner als Missionär, geistlicher Schriftsteller, Kanzelredner und Stadtpfarrer von Chur, in noch höherem Grade als Generalvikar sich erworben, zu welcher Würde er 1859 gelangte, mag man in der Geschichte des Instituts Ingenbohl nachlesen.

Hier nur noch ein Wort über den christlichen Socialisten. Er hat sich im September 1863 zu Frankfurt der Generalversammlung der katholischen Vereine als fabrikbesitzender Bettelmönch vorgestellt. Ein solcher sei er geworden, indem er gedacht, nachdem man so viele ehemalige Klöster zu Fabriken degradirt, so könne man wohl auch einmal den Versuch wagen, Fabriken in Klöster zu verwandeln, nämlich in Anstalten, in welchen Ordenspersonen arbeiten und nach ihrer Regel leben. In Böhmen sei ihm eine Fabrik angeboten worden und er habe dieselbe um hunderttausend Gulden an sich gebracht, ob-

gleich er auch nicht einen Groschen sein eigen genannt. Er habe es gewagt, im Vertrauen auf Gott, denn die Arbeiterfrage sei eine dringende, mit leeren Worten und frommen Wünschen aber keineswegs zu beschwören. Sei ein Bettler wie er im Stande eine Fabrik zu gründen, so müsse solche Gründung wohlhabenden und reichen Christenmenschen um so leichter fallen. Also P Theodosius zu Frankfurt. Die Worte des edlen Mannes sind gewiß wahr gewesen, nicht minder wahr aber die Thatsache, daß er seiner Riesenkraft denn doch zu viel aufgebürdet. In seiner Wolltuchfabrik zu Oberleidensdorf bei Teplitz wurde Alles vom Rohstoff an bis zum fertigen Tuche verarbeitet. Seit 1859 lieferten unter der Aufsicht eines Werkführers Kreuzschwestern mit 20 Webstühlen schöne und verhältnißmäßig billige Tücher. Der fabrikbesitzende Bettler aber hat von dieser Anstalt wenig Besseres gehabt als schlaflose Nächte, schwere Geldverlegenheiten, mühevolle Reisen und bittere Vorwürfe. Ganz ähnlich stund es mit einer zweiten Fabrik, der Maisstrohpapierfabrik in Thal. Allerdings suchte er diese Bürden abzuschütteln, allein mitten in seinen Bemühungen ereilte ihn am 15. Februar 1865 zu Heiden im Appenzellerland der Tod. Die Fabriken mußten aufgegeben werden, edelmüthig übernahm das Institut Ingenbohl die Passiva seines Gründers. Dieser gehört als Stifter der Lehr- und Krankenschwestern vom hl. Kreuz der Geschichte an, auch die protestantische und kirchenfeindliche Schweiz wird die Bestrebungen und Leistungen des Socialisten in der Kutte nicht so bald vergessen. Denn trotz alles wüsten Parteitreibens sind die Schweizer großentheils so wenig wie die Franzosen in jenen Abgrund von Bornirtheit herabgesunken, auf welchem die wirklichen Verdienste eines Mannes schon aus dem einzigen Grunde negirt werden, weil derselbe einem andern politischen oder kirchlichen Lager angehörte. Der radikalste Franzose nimmt keinen Anstand, neben seinem Voltaire und Rousseau auch Bossuet, Fenelon, Chateaubriand und Lacordaire gelten zu lassen und der radikalste Schweizer redet mit Achtung vom seligen Klaus von der Flüe.

Unwillkürlich schaute ich vom Mutterhause Ingenbohl hinüber nach den Mythen und suchte nach St. Joseph, dicht am Fuße derselben oberhalb Schwyz gelegen. Dort hatte ich vor längeren Jahren einmal einen Besuch abstatten müssen. Dort

harrten seit der Aufhebung ihres Klosters die Bernhardinerinen von Rathausen der Heimkehr. Seit ihrer Vertreibung waren 23 Jahre verflossen. Der Umschwung zum Bessern hatte sich im Kanton Luzern gerade vollzogen, von den Nonnen waren noch sechszehn am Leben. Die armen Frauen befragten mich um meine Meinung bezüglich der Rückkehr in ihr altes Heim und schauten mich dabei so trosthungerig an, daß es mir in's Herz schnitt. Natürlich konnte ich ihnen nur Geduld predigen, lange Geduld. Sie begriffen mich. Kürzlich war Augustin Keller in Schwyz gewesen, um das Lehrerseminar zu visitiren, und hatte rundweg erklärt, man werde mit der Vernichtung aller Klöster und klosterähnlichen Institute der Urschweiz, die „Melchkuh Einsiedeln" möglicherweise ausgenommen, nicht mehr lange zaudern. Die Prophezeiung hat sich als eine falsche erwiesen. Die Frauen blieben in St. Joseph, der Klostermetzger Keller aber, zuletzt Häuptling der schweizerischen Altkatholiken, wurde vor das Gericht Gottes gerufen.

Am andern Tage umschlossen die Mauern des Mutterhauses zahlreiche Gäste, denn 10 Candidatinen legten die Gelübde ab, 18 wurden eingekleidet und wohl 50 erneuerten ihr Gelübde. Es war eine tiefergreifende Feier, ein Hymnus auf die Frömmigkeit und Opferwilligkeit des weiblichen Geschlechts.

(Schluß folgt.)

LVII.

Reisebilder aus Island.[1])

Wer die prächtigen „Reisebilder aus Schottland“ gelesen, wird mit Vergnügen auch nach dem neuen Reisebuch des weltkundigen Verfassers greifen und seine Erwartung nicht getäuscht finden. Nachdem P. Baumgartner schon im J. 1884 als literarische Frucht seiner Reise nach Island die „Lilja“ (Lilie), eine an poetischen Schönheiten reiche Dichtung des isländischen Augustinermönchs Eystein Asgrimsson aus dem 14. Jahrhundert in deutscher Bearbeitung veröffentlicht, erhalten wir nun den Bericht seiner Nordlandsfahrt selbst, eine ausführliche Schilderung der manigfachen Reiseeindrücke, vereinigt und verflochten mit den Ergebnissen eindringender Studien über Geschichte und Cultur dieser Ultima Thule, deren Land und Volk ihm durch mehrmonatlichen Aufenthalt und Verkehr immer vertrauter, durch die Denkmäler einer großartigen Vergangenheit immer werther geworden. „Zwischen der Götter- und Heldenwelt der Edda und den vulkanischen Erscheinungen der letzten Zeit eröffnete sich der Blick in eine ihm bis dahin fremde Welt, in ein katholisches Island des Mittelalters, in eine überaus merkwürdige alte Geschichtsliteratur, in eine bisher wenig beachtete christliche Skaldendichtung, in die Glanzperiode wie in den Niedergang einer hochgebildeten, consequent entwickelten, höchst merkwürdigen Volksindividualität, in eine nationale Leidensgeschichte sondergleichen, in eine nicht weniger denkwürdige politische Wiedergeburt, in ein neues, freudiges, vielversprechendes Geistesleben. Nicht arme Bauern und Fischer standen mehr vor ihm, sondern ein hochbegabtes, der größten Theilnahme würdiges Volk, noch eigenartiger und seltsamer als die vulkanische, halbarktische Natur, in deren Mitte seine Geschichte sich abspielte.“

---

1) Nordische Fahrten. Island und die Faröer. Von Alexander Baumgartner S. J. Mit einem Titelbilde in Farbendruck, 36 in den Text gedruckten Abbildungen, 16 Tonbildern und einer Karte. Freiburg, Herder 1889. 462 S.

Im Sommer 1883 hatte Baumgartner den Auftrag erhalten, mit seinem Ordensgenossen P. Geyr von Schweppenburg die vereinzelten und unter protestantischer Bevölkerung völlig vereinsamten Katholiken auf den Faröern und auf Island zu besuchen. Das war der pastorelle Reisezweck. Mit diesem edlen Werk verbanden die Missionäre, denen sich der junge Graf Max Waldburg-Wolfegg als willkommener Genosse anschloß. im Verlaufe ihres Aufenthalts verschiedene Excursionen in das Innere Islands, die mit Mühseligkeiten mancher Art beschwert waren, aber von den Reisenden ebenso gleichmüthig ertragen wie von dem Verfasser mit munterer Laune beschrieben werden. Der frische, durch keine Beschwerde und Enttäuschung zu beeinträchtigende Reisemuth, der die Missionäre von Anbeginn begleitet, theilt sich belebend auch dem Buche mit und verleiht ihm eine gesunde, heiter anregende und zuversichtlich stimmende Grundfärbung.

Ein längerer Aufenthalt in Reykjavik, der heutigen Metropole der Insel, bringt die Reisenden in freundliche Berührung mit den Notabilitäten der Hauptstadt, und gibt ihnen Gelegenheit, nicht nur das häusliche und sociale Leben des Inselvolkes zu beobachten, sondern auch der feierlichen Eröffnung des „Althings“, des isländischen Parlamentes, beizuwohnen und die Hauptvertreter dieser nach langen politischen Kämpfen, nach einer dreihundertjährigen Leidenszeit, der dänischen Oberherrschaft erst ein Jahrzehnt zuvor wieder abgerungenen Volksinstitution kennen zu lernen. Jon Sigurdssohn, der größte Isländer dieses Jahrhunderts, war es, der 1873 seinem Lande die Constitution und damit die Unabhängigkeit vom dänischen Parlament errang. Das Wesentlichste der am 5. Jan. 1874 vereinbarten neuen Verfassung war, daß Island staatsrechtlich aus der Gesammtmonarchie abgelöst, auf eigene Füße gestellt und als selbständiges Land anerkannt wurde, nur durch die Personalunion mit den übrigen Ländern der dänischen Krone verbunden. Die Legislative übt der König gemeinschaftlich mit dem Althing aus, die Executive der König durch einen verantwortlichen Minister, der den Titel Minister für Island führt, die Richtergewalt die durch Gesetz näher zu bestimmenden Richter.

Mit Antheil folgt der Freund der Geschichte den Reisenden an den merkwürdigen Thingwalla-See, nach Thingvellir, der denkwürdigsten historischen Stätte des hohen Nordens, des freien Islands Rütli und Olympia, wo in uralten Tagen Gesetz gesprochen wurde, wo die Väter des Things tagten, wo schon seit dem ersten Jahr der Einwanderung, 874, die freien Männer und Gutsbesitzer zur Volksversammlung zusammenkamen. Hier am Lögberg (dem Gesetzesfelsen) war es, wo auf dem großen Althing vom Jahre 1000 die versammelten freien Männer in



feierlicher Einmüthigkeit beschlossen, das Christenthum anzunehmen, und an dieser geweihten Stätte wurde auch im Jahre 1874, mit der patriotischen Feier des Millenariums, durch den persönlich anwesenden König Christian IX. von Dänemark die neugewährte Verfassung dem Volke feierlich verkündet. Seit 1874 ist in Island auch Religionsfreiheit zugestanden. Zwar wurde durch die Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche als „Nationalkirche“ noch ein spezieller Schutz des Staates garantirt; aber der Paragraph 46 stellt es allen Isländern frei, „Gott nach ihrem Gewissen zu dienen“, und also auch ohne Verwirkung bürgerlicher Rechte zur katholischen Kirche zurückzukehren, unter deren civilisatorischem Einflusse die Republik Island dereinst die Glanzperiode ihrer Staatsentwicklung und ihrer Literatur erlebt hat.

Einer der ersten Ausflüge oder vielmehr Ausritte — denn in Island werden alle Besuche und Reisen zu Pferde gemacht — galt natürlich den Wundern des Eislandes, den heißen Quellen des großen Geysir und dann den vulkanischen Höhen der Hekla. Der Beschreibung dieser viel gepriesenen unterirdisch waltenden Mächte sind eigene Kapitel gewidmet. An diese und andere Ritte ins Binnenland schließt sich später eine Schiffahrt nach den Fjorden und Handelsplätzen der Westküste, die Fahrt im Eismeer um das Cap Horn, nach den Hauptpunkten der Ostküste. Alles höchst anziehende, mit künstlerischem Verstand hingeworfene Zeichnungen voll landschaftlicher Eigenartigkeit. Die nebenhergehende Erzählung der Reiseabenteuer und mitunter komischen Erlebnisse mischt in die fesselnde Darstellung jener gewaltigen Scenerien einen angenehmen Wechsel, der durch den unzerstörlichen Humor des Erzählers nur geeignet ist, den Eindruck der grandiosen Natur zu heben. Dazu der unmittelbare Verkehr mit dem schlichten, ernsten Volke, die Umschau in den Hütten des Bauers, des Fischers, in den gastfreien Heimstätten des Prästr (Pastor), des Arztes in der einsamen Abgeschiedenheit des wenig bevölkerten Binnenlandes — Stoff genug, um dem originell anmuthenden Landschaftsbilde das volle Leben einzuhauchen.

Neben diesen Erscheinungen des modernen culturellen Lebens beschäftigt den Verfasser aber in nicht minder lebhaftem Grade die an großen Erinnerungen reiche Vergangenheit des thatenkühnen Völkleins, die alte religiöse und poetische Literatur, in deren Studium er sich mit aller Liebe versenkt und durch die begeisterte Darlegung auch den Leser mit hineinzuziehen versteht. Die Abschnitte, die diesem Gegenstande gewidmet sind, und die nebenbei die umfassende Quellenkenntniß des Verfassers wahrnehmen lassen, gehören zu den ansprechendsten des Buches. Wir finden hier überaus interessante Bilder und Skizzen sitten-

und rechtsgeschichtlicher Art aus Islands heidnischer Vorzeit an der Hand der eddischen Gedichte, über das Vordringen des Christenthums während der Vikingerzüge, über das kirchliche Leben Islands in der katholischen Zeit, die erst um 1550, mit der Enthauptung des letzten katholischen Bischofs abschließt. Wir vertiefen uns in die bisher nicht hinreichend gewürdigte Poesie des altnordischen Sonnenliedes, dieses ältesten christlichen Literaturdenkmals Skandinaviens, das seiner Merkwürdigkeit wegen in vollständiger Uebersetzung mitgetheilt wird; in die Dichtungen aus der Götter- und Heldensage (das Facsimile aus der ältesten Handschrift der älteren Edda, im Codex Regius der k. Bibliothek zu Kopenhagen, bildet einen schätzbaren Schmuck des Werkes); in die Sagaliteratur des Mittelalters, sowie in die Skaldendichtung, deren Bedeutung Baumgartner höher werthet, als es gemeinhin von den Literarhistorikern geschehen, die ihr Verdienst nicht selten zu gering angeschlagen. „All ihr Ruhm ist nahezu auf die Geschichtschreiber übertragen worden, welche nachmals den guten Gedanken hatten, mit den noch im Volksmund erhaltenen Dichtungen ihre Chroniken auszuzieren. Der poetische Hauch, der diese Geschichtswerke durchweht, rührt aber zu gutem Theil von jenen Barden her, welche die Abenteuer des 9. Jahrhunderts oder der folgenden mit durchlebten, durchaus nicht als feile Hofdiener und Speichellecker der Könige, sondern als kampfgewaltige freie Männer, die dienen konnten, wem sie wollten, und sich dessen bewußt waren. Sie standen nicht als eigene Menschenklasse da, sie traten nur als die geistig Begabteren des kriegerischen Zeitalters hervor.“ Auch noch in späterer Zeit ragten Einzelne leuchtend hervor. Der letzte katholische Bischof, Jon Arason, der für seinen Glauben in den Tod ging (1550), war auch der letzte Skalde.

Zahlreich eingeflochtene Proben in guten Uebertragungen dienen zur Erläuterung und Belebung der Darstellung, deren Anschaulichkeit auch durch die vielen Illustrationen angenehm unterstützt wird.

Vielseitig angeregt, bereichert mit neuen oder richtig gestellten Anschauungen scheiden wir von dem lehrreichen Buche, das uns den Verfasser in der vollen Kraft und Liebenswürdigkeit eines Reiseschriftstellers zeigt: land- und menschenkundig und ein Kenner der Weltliteratur, ein feiner und scharfsichtiger Beobachter, eine geistesfrische gesellige Natur, unbefangen offen allen Eindrücken und versirt in den verschiedensten Gebieten, dazu ein Meister der Sprache, ein Schilderer ohne Gleichen.

LVIII.

Leben und Wirken des Franz X. von Schönwerth.[1])

Wie die Förderung der vaterländischen Geschichte in ihrem ganzen Umfang und in ihrer Bedeutung als Wissenschaft die Aufgabe gelehrter Commissionen, Gesellschaften und Institute bildet, so liegt es den historischen Vereinen ob, die Geschichte größerer oder kleinerer Territorien, Städte, Orte, Familien, geistlicher und weltlicher Corporationen u. s. w. zu pflegen, und das Andenken an das Leben in der vielgestaltigen Vergangenheit frisch zu erhalten. Die historischen Vereine participiren daher an der ebenso schönen wie lohnenden Frucht, welche die Geschichtswissenschaft durch ihre belehrenden und veredelnden Einflüsse in den Kreisen der wahrhaft Gebildeten verbreitet. Was Horaz von den Dichtern sagt: „Aut prodesse volunt aut delectare poëtae“, das läßt sich in ganz besonderem Maße auch auf die Geschichtsforscher anwenden, zumal wenn dieselben den Bewohnern bestimmter Landestheile die verschiedenartigsten Momente

---

1) Am 26. September 1889 wurde eine Gedenktafel, welche der historische Verein von Oberpfalz und Regensburg dem k. bayer. Ministerialrath Franz X. von Schönwerth in Anerkennung „seiner hohen Verdienste um die Sprache, Geschichte und Sage seiner Heimath“ errichtete, feierlich enthüllt und bei dieser Gelegenheit hielt der Vorstand des genannten Vereins, Archivrath Dr. Cornelius Will in Regensburg, in zahlreich besuchter Festversammlung den folgenden Vortrag.

der mit dem heimathlichen Boden verknüpften geschichtlichen Erkenntniß vor Augen führen.

Es begreift sich daher wohl, daß in den meisten Gauen Deutschlands, welche ja alle nicht nur an der großen und mit ruhmreichen Epochen erfüllten Geschichte des Gesammtvaterlandes Antheil haben, sondern auch der Specialforschung ein gewinnverheißendes Feld darbieten, die historischen Vereine mit ihrem bereits über ein halbes Jahrhundert währenden Bestehen in den höheren Schichten der Gesellschaft fast ungetheilte Sympathien gefunden haben und namentlich als ein Hort des conservativen Wesens mit Recht hochgehalten werden.

Wie verdienstvoll die Thätigkeit der historischen Vereine in dieser Beziehung sein kann, das zeigt die neueste Richtung in den Künsten, der Industrie, dem Handwerk. Denn die unläugbaren Fortschritte, welche neuerdings auf diesen Gebieten gemacht wurden, beruhen vorzugsweise auf der Rückkehr zu den „Werken der Väter", die großentheils durch reichhaltige Sammlungen in Museen und Vereinen zur Anerkennung gebracht wurden und deren Ausstellungen zur Läuterung des Geschmackes der Arbeiter und des Publikums wesentlich beitrugen.

Es darf sich nun aber die Thätigkeit der historischen Vereine nicht allein darauf beschränken, die Ereignisse früherer Zeiten der Nachwelt zu überliefern, die Thaten der Vorfahren zu würdigen und die von ihnen überkommenen Werke nach Möglichkeit vor Vernichtung zu schützen, sondern es ist auch Pflicht der Vertreter und Freunde der Geschichtswissenschaft, das Andenken an die Männer, welche auf dem Felde derselben erfolgreich gearbeitet, lebendig zu erhalten und künftigen Generationen zu überliefern. In diesem Bewußtsein hat der historische Verein von Oberpfalz und Regensburg vor 18 Jahren die Erinnerung an den früheren Oberlieutenant Rudolf Schuegraf, welcher durch unermüdliche Thätigkeit und bei der Ungunst der Zeiten im Kampfe mit Noth und Entbehrung für die Geschichte seiner Heimath

durch Rettung historischen Materiales und durch Verwerthung desselben zu geschichtlichen Darstellungen überaus segensvoll wirkte, dadurch aufrecht erhalten, daß er im Jahre 1871 an dem Haus in der oberpfälzischen Stadt Cham, in welchem er das Licht der Welt erblickte, eine Gedenktafel errichtete. Vor vier Jahren ließ unser Verein den hundertjährigen Geburtstag des als Koryphäe auf dem Gebiete der bayerischen Sprachforschung dastehenden Andreas Schmeller nicht vorübergehen, ohne sein Andenken in seiner Geburtsstadt Tirschenreuth auf Anregung des dortigen Magistrats feierlich zu begehen. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Aufstellung einer Büste des berühmten Sohnes der Stadt auf dem geräumigen und schönen Marktplatz daselbst beschlossen, und nachdem der größte Theil der Mittel für dieses Denkmal bereit liegt, dürfte dessen Errichtung wohl in nicht allzu ferner Zeit zu erwarten sein.

Nach diesen Vorgängen würde sich unser Verein einer Pflichtversäumniß schuldig gemacht haben, wenn er es unterlassen hätte, auch einem jüngeren Sohne der Oberpfalz in Anerkennung des aus Liebe zu seiner Heimath entsprungenen Eifers für Studien über die Sprache und Cultur der Bewohner derselben den Tribut des schuldigen Dankes darzubringen. Die Erfüllung dieser Pflicht ist aber gewiß für uns alle, welche wir hier zu guter Stunde vereint sind, ein wahrer Hochgenuß, denn es gilt ja die Erinnerung an einen Mann, auf den wir freudig blicken und welchem wir soeben in gerechter Bewunderung ein bescheidenes Denkmal gesetzt haben. Es war ein glücklicher Genius, welcher den jungen Erdenbürger auf die Stirne geküßt, als derselbe hier in Amberg am 10. Juli 1809 als Sohn des Zeichnungslehrers am königlichen Gymnasium Joseph Schönwerth geboren ward. Der kleine Franz Xaver genoß den Elementar-Unterricht seiner Vaterstadt und auch die humanistischen Studien absolvirte er an dem Gymnasium daselbst. In dieser frühen Jugendzeit schon gelangte bei ihm die Neigung und das Talent für Sprachforschung zum Durchbruch, indem

er durch Privatfleiß die hebräische Sprache erlernte. Obgleich mit schwachen Finanzmitteln ausgestattet, säumte er doch nicht zum Zwecke seiner Ausbildung für einen künftigen Lebensberuf nach München überzusiedeln, wo er zunächst in der Bauschule der Akademie von Peter Cornelius Aufnahme fand. Es war ihm aber nicht möglich, wie seinen übrigen Unterhalt, so die Honorare an dieser Bildungsanstalt durch Ertheilen von Unterricht zu beschaffen, weßhalb er im Jahre 1834 zur Universität übertrat und sich dem Studium der Jurisprudenz widmete. Zu gleicher Zeit verwendete er aber auch viel Fleiß auf das Studium der Geschichte, zu welchem er besonders durch Joseph v. Görres Anregung erhielt. Als es ihm gelungen war, eine Hofmeisterstelle zu finden, gewann er Zeit für seine Fachstudien und im August 1837 bestand er das kameralistische Examen mit der Note: „Ausgezeichnet in vorzüglichem Grade."

Wie ungünstig damals die Constellation für die angehenden Staatsdienstadspiranten war, ist aus dem Umstand ersichtlich, daß Schönwerth trotz seiner ungewöhnlichen Befähigung doch erst drei Jahre nach bestandenem Examen als Praktikant im Rechnungscommissariate zugelassen wurde. Vom 1. Juli 1841 an erhielt er zur Evidenthaltung der Geldanweisungen zu den Staatsbauten und deren Ingrossation jährlich 100 Gulden, ein Gehalt, der freilich um den Werth des Titels eines „Finanz-Rechnungs-Commissariats-Accessist" erhöht ward. Doch die außerordentliche Thätigkeit und der unermüdliche Fleiß des jungen Beamten konnte seinen Vorgesetzten nicht entgehen und so mußte der kgl. Regierungs-Präsident v. Hörmann, als es sich um die Auswahl eines Sekretärs Seiner Königlichen Hoheit des Kronprinzen Maximilian handelte, keine geeignetere Kraft für diese wichtige Stelle als unsern Franz Xaver Schönwerth in Vorschlag zu bringen. Derselbe betrat diese Stufe seiner Laufbahn am 17. Februar 1846 und zwar zuerst in provisorischer Eigenschaft, welche nach einem Jahre in das Definitivum verwandelt wurde. Schönwerth rechtfertigte das in ihn ge-

setzte Vertrauen durch Gewissenhaftigkeit und Sparsamkeit in einem solchen Maße, daß ihm sein hoher Herr am 1. März 1847 die Verwaltung seines mobilen Vermögens und desjenigen der Kronprinzessin Marie übertrug. Dieses Amt war besonders im Sturmjahre 1848 mit großer Verantwortung verknüpft, und bedurfte einer außerordentlichen Vorsicht, deren sich aber der getreue Verwalter so sehr befleißigte, daß er das kronprinzliche Vermögen erheblich vermehrte, ohne hiebei auf seinen eigenen Vortheil bedacht zu sein, wie ihm aus Kreisen der Finanzwelt nahe gelegt wurde. Die Ereignisse des Jahres 1848 mit seinen erschütternden Bewegungen ließen natürlich auch Schönwerths Stellung am königlichen Hofe nicht unberührt und wir brauchen nicht zu zweifeln, daß sein Einfluß auf seinen königlichen Herrn ermuthigend wirkte, wenn er auch für seine Person durch die entfesselte Preßfreiheit vielfach in der Oeffentlichkeit zu leiden hatte. Doch Schönwerth konnte allen Angriffen gegenüber die Stirne bieten und als der junge König Maximilian II. bei der Uebernahme der Regierung das sogenannte Kabinet aufhob, betraute er seinen seitherigen Kabinetssekretär und Stabsrath mit der Fortführung der Verwaltung des Privatvermögens und dem Referat über verschiedene Hofstäbe. Hierdurch war sein häufiger Verkehr mit dem Könige bedingt, welcher mit ihm über alle Verhältnisse, soweit sie nicht die eigentlichen Regierungsgeschäfte betrafen, conversirte und namentlich sein Urtheil über Erscheinungen auf dem Gebiete der Wissenschaft und Kunst gern vernahm. In der Besorgung der umfassenden Privatcorrespondenz des Königs kam Schönwerth die Gewandtheit seines durch Studien und stete Uebung vielseitig gebildeten Geistes sehr zu statten, sonst würde er den aufreibenden Anstrengungen zu jeder Zeit des Tages und oftmals bis spät in die Nacht nicht gewachsen gewesen sein. Eine ganz besonders schwierige Aufgabe des neuen Hofsekretärs muß es gewesen sein, mit den Beamten König Ludwigs I. die Verhandlungen wegen Uebernahme und Vollendung der von diesem begonnenen großen Bauten,

deren Kosten jetzt der Kabinetskasse zufielen, zur Durchführung zu bringen. Doch der Umsicht und dem Geschick Schönwerths gelang dies in einer allgemein befriedigenden und namentlich das Beste der Kunst im Sinne des königlichen Kunstmäcens fördernden Weise. Diese ersprießliche Thätigkeit fand auch in der Oeffentlichkeit um so mehr Beachtung und Anerkennung, als sie eine ruhmvolle Aera kunstsinniger Schöpfungen zum Abschluß brachte und somit auch zu einer neuen Richtung geistigen Schaffens unter dem Protektorate von König Maximilian II. hinüberleitete. Dieser wandte, gewiß nicht ohne Zuthun und Anrathen Schönwerths, sein Augenmerk vorzugsweise den Wissenschaften zu, deren Pflege er durch ansehnliche Mittel zu fördern sich entschloß. Nur im Vorbeigehen sei erwähnt, was männiglich bekannt, daß König Max zur Zeit, als der mit lebhafter Vorliebe für Geschichtsforschung begabte Schönwerth bei ihm als Hof-Sekretär zu jeder Stunde freien Zutritt hatte und sich derselbe seines Rathes oft und vielfach bediente, die historische Commission mit reichlicher Ausstattung ins Leben rief und mit königlicher Freigebigkeit alle wissenschaftlichen Bestrebungen förderte, ja bekanntlich auch die Poesie durch den begabten Dichtern zugewendeten Ehrensold zu unterstützen bemüht war.

Die Menschenfreundlichkeit und der Wohlthätigkeitssinn unseres aus bescheidenen Verhältnissen hervorgegangenen königlichen Kabinetssekretärs Schönwerth fanden stets Befriedigung im Spenden von Wohlthaten, welche er im Auftrage seines hohen Herrn an Dürftige und Nothleidende mit freudigem Herzen austheilte. Die wohlthätige Wirkung, welche die Wittwen- und Waisenkasse für die Hinterbliebenen von Beamten seit nunmehr vielen Decennien in Bayern ausübt, ist zum Theil das Verdienst von Schönwerths Einfluß auf die maßgebenden Kreise der Staatsverwaltung und das Werk seines eigenen Organisationstalents. Welche Ströme von Thränen der Armen und Unbemittelten mögen durch seine Fürsprache bei dem edeln, allzeit freigebigen König Max



getrocknet worden sein! Aber er blieb auch selbst nicht unbelohnt für die guten und treuen Dienste, welche er seinem königlichen Herrn leistete, indem er im Jahre 1851 zum Regierungsrath und schon im folgenden Jahre zum Ministerialrath und Generalsekretär im Finanzministerium befördert ward, und sich auch der Auszeichnung des persönlichen Adels als Beweis der allerhöchsten Huld und Gnade erfreute.

Ebenso hoch wie die Stufe ist, welche Schönwerth auf der Bahn als Verwaltungsbeamter im Dienste des Staates und Seiner Majestät des Königs insbesondere erstiegen, ebenso glänzend und ruhmvoll ist die Höhe, auf welche er sich durch seine literarische Thätigkeit erhob. Als unmittelbarer Ausgangspunkt und gewissermaßen als Leitstern für dieselbe ist die deutsche Mythologie von Jakob Grimm zu betrachten. Hat dieses Werk einen mehr universellen Charakter, so wollte Schönwerth den in demselben waltenden Geist auf eingehende Forschungen über das Volksthümliche und die Sitten seiner Heimath übertragen. Da er dieselbe in langjähriger Beobachtung mit Scharfblick studirt und durch außerordentlich reiche Sammlungen von Material aufs genaueste kennen gelernt hatte, so bedurfte es nur des Sichtens und verständnißinniger Behandlung seiner Schätze an culturgeschichtlichen Stoffen, um ein Werk von der Reichhaltigkeit und Vollendung zu Stande zu bringen, wie wir ein solches in den „Sitten und Sagen aus der Oberpfalz" in drei Bänden (Augsburg bei Rieger, 1857, 1858 und 1859) vor uns sehen. Die Widmung: „Meinem Heimathlande der Oberpfalz" enthält trotz ihrer Kürze und Einfachheit doch einen treuen Ausdruck der lebendigen Vaterlandsliebe, welche die Brust Schönwerths erfüllte und ein wichtiger Faktor bei all seinem geistigen Streben war. Denn ohne seine tiefwurzelnde Anhänglichkeit an Land und Leute der Oberpfalz würde er erstlich niemals so tief in das Verständniß für deren Denkweise und ihr ganzes Sinnen und Trachten eingedrungen sein. Zum andern hätte er aber auch sein mühsam erworbenes Wissen durch seine Schriften nicht vor aller Welt

kundgeben und dadurch zur ferneren Beobachtung und Darlegung der bayerischen und oberpfälzischen Stammeswissenschaft aneifern können, wenn er nicht jene werkthätige Liebe zum heimathlichen Boden besessen hätte, welche in der auf jedem Bande der Monumenta Germaniae historica strahlenden Devise: „Amor patriae dat animum“ Ausdruck findet. Dieser Seite der Verdienste von Schönwerths Culturstudien wurde bei Männern, denen es an rechtem Blick für das deutsche Volksthum nicht gebrach, verdiente Anerkennung zu Theil, und namentlich spendete derselben Jakob Grimm in gelehrten Zeitschriften und in Briefen lautes Lob. Ja, dieser größte Forscher auf dem Gebiete der deutschen Sprache und Sage ersuchte sogar unseren bescheidenen heimathlichen Forscher um Aufschluß über Sagen, aus denen sich erheblicher Nutzen für die deutsche Mythologie ergebe, sprach seine Freude darüber aus, „daß es ihm gelungen, Raum und Muße für Fortführung seiner fruchtbaren Sagenforschung gefunden zu haben“. Einen besonderen Werth der Sammlung oberpfälzischer Sagen dürfen wir in dem unverkennbaren Umstand finden, daß dieselben vielfach mit denjenigen von Altbayern verwandt und nicht selten geradezu identisch sind, wodurch ein schlagender Beweis für die immer mehr zur Anerkennung gelangende gemeinschaftliche Abstammung der Bewohner Ober- und Niederbayerns und der Oberpfalz erbracht wird.

Mit dem gleichen Eifer, welchen Schönwerth in seiner Jugend auf die klassischen Sprachen verwendet hatte, verschaffte er sich in vorgerückterem Alter Kenntniß von den germanischen S p r a c h e n und suchte besonders in die Tiefe der Mundarten einzudringen, da er frühzeitig die wohlbegründete Ueberzeugung gewonnen hatte, daß in diesen ein großer Theil der ungeschriebenen Volksgeschichte enthalten sei und daß ohne sie namentlich ein gründliches Studium der deutschen Mythologie nicht wohl möglich wäre. Sein Streben war deßhalb darauf gerichtet, sich das Verständniß des Gothischen, Althochdeutschen, Angelsächsischen, Friesischen

und Altnordischen anzueignen, und es gelang ihm dies in so ausreichendem Maße, daß er die Kenntniß der besagten Idiome zur Sprachvergleichung mit dem Oberpfälzischen herbeiziehen und zur Ergründung des eigentlichen Wesens seiner heimathlichen Mundart verwenden konnte. Dies war bereits im ersten Band seiner Sammlung der Sitten und Sagen der Oberpfalz der Fall, aber am offenkundigsten trat der Schatz seiner germanistischen Sprachkenntnisse in seinem werthvollen Werkchen: „Dr. Weinholds bayerische Grammatik und die oberpfälzische Mundart" (Regensburg bei J. Manz, 1869) zu Tage. In demselben weist er nach, daß es ein unbegründetes Verfahren sei, wenn man die Laute der heutigen oberdeutschen Sprache lediglich nach dem Althochdeutschen bemessen und namentlich den Unterschied der Schriftsprache und der Volkssprache außer Acht lassen wolle. Nebenher sei stets im Auge zu behalten, daß im Alterthum die gelehrte und vorzugsweise in Alemanien gepflegte althochdeutsche Schriftsprache in einem gleichen Verhältniß zu der Volkssprache gestanden habe, wie heutzutage die neuhochdeutsche Sprache zu derselben. Aus einer Vergleichung des oberpfälzischen Vokalismus mit dem Gothischen gewann unser Forscher das interessante Resultat, daß zwischen beiden Sprachen eine nahe Verwandtschaft bestehe, und daß das Oberpfälzische aus der Sprache von Bischof Ulfila's Bibel im 4. Jahrhundert nach Christus herzuleiten sei, woraus sich mit großer Sicherheit die Abstammung der alten Bewohner der Oberpfalz von den Gothen ergäbe. Wir müssen daher mit Johann Freßl, dem Freund und Biographen [1]) Schönwerths beklagen, „daß Jakob Grimm diese Ausführungen nimmer erlebte, zumal er von der Meinung Schönwerths über die gothische Herkunft der Oberpfälzer bereits durch den ersten Theil der Sitten und Sagen unterrichtet,

---

1) „Franz Xaver v. Schönwerth, k. b. Ministerialrath a. D. von Johannes Freßl" in: Verhandlungen des historischen Vereines von Oberpfalz und Regensburg. 41. Bd. S. 251—267.

aber durch die Knappheit der ins Treffen geführten Beweise selbstverständlich noch nicht überzeugt worden war. Wie hätte er gestaunt, daß Schönwerth im Schlußworte seiner Abhandlung gleichsam im Prophetenblicke das Gothenthum nicht auf seine geliebte Oberpfalz allein beschränken, sondern auf ganz Baiwarien ausdehnen wollte, da er unmöglich annehmen könnte, daß die gewaltigen gothischen Völker ohne eine Spur zu hinterlassen, nach Italien, Frankreich, Spanien und Afrika ausgezogen seien, statt daß, wie es ja allgemein sich wiederhole, das ältere Geschlecht in seinen alten Sitzen verblieben, das jüngere dagegen kampf- und beutelustig in die Fremde gezogen wäre." Herr Freßl, welcher sich — wie männiglich bekannt — seit geraumer Zeit mit der baiwarischen Sprache und Abstammungsfrage auf das eingehendste beschäftigt, gewann im Anschluß an die Forschungen Schönwerths über den oberpfälzischen Vokalismus die Ueberzeugung, daß auch in der Sprache der Altbayern in Grammatik und Lexica eine so auffällige, nur ihr angehörige gothische Spracheigenthümlichkeit wahrzunehmen sei, daß Schönwerths Vermuthung über das Gothenthum unter den gesammten Baiwaren sich vollauf bestätige. —

Die nahe geistige Verwandtschaft, welche gleich derjenigen der Landsmannschaft die beiden verdienstvollen Söhne der Oberpfalz, Schmeller und Schönwerth, aufs engste verband, befähigte den letzteren natürlich in hohem Grade, den Werth des ersteren in seinem ganzen Umfange zu würdigen. Es war deßhalb ein recht glücklicher Gedanke des Herrn Grafen Hugo von Walderdorff, des früheren Vorstands des historischen Vereins für Oberpfalz und Regensburg, Schönwerth zu der Abfassung eines Gedenkblattes an Schmeller einzuladen, und da sich jener hierzu gern bereit erklärte, konnte im 28. Bande der Verhandlungen unseres Vereins eine Besprechung von „Schmellers Bearbeitung der baierischen Mundarten mit Bezugnahme auf das Oberpfälzische" erscheinen, welche ihren Gegenstand mit Meisterschaft behandelt, und so ihrem Verfasser zur Ehre und unserer Zeitschrift zur

besonderen Zierde gereicht. Von der höchsten Anerkennung des Meisters ausgehend, dem er den bezeichnenden Beinamen des „bayerischen Grimm" zu Theil werden ließ, brachte er aus seinen Sammlungen nicht unerhebliche Nachträge zu Schmellers bayerischem Wörterbuch bei, „denn Sammlungen dieser Art darf man — wie der hochverdiente Verfasser des Wörterbuches selbst erinnert — nie als geschlossen erachten, viel ist für sie gewonnen, wenn sie nur einmal angelegt sind, alles Mögliche, wenn sie nie ganz aufgegeben werden." Wie Schönwerth dieses Testament selbst antrat, so empfahl er dasselbe auch anderen zur Ausführung. Besonders eindringlich ermahnte er: „Ein bayerischer Geschichtsverein, der in Erfüllung seines Zweckes allseitig anzuregen und zu wirken beabsichtigt, kann der Mundart sein Ohr nicht verschließen. Er wird sie schon nach dem ausgesprochenen Willen des königlichen Gründers pflegen müssen, sollte er auch nur wenige Blätter des Jahrbuches hiefür opfern." Denn die Sprache sei selbst Geschichte, lebendige, unverfälschte, bis zu den Uranfängen hinaufreichende, von denen keine Urkunde melde. Der Sprachforscher sei von Haus aus Geschichtsforscher, nicht umgekehrt.

Als eine höchst verdienstliche Arbeit empfiehlt Schönwerth die Herstellung einer Sprachenkarte nach dem Vorbild von Schmellers Uebersicht der Mundarten Bayerns, und er gibt für eine solche Andeutungen zu einem Anfang, aus welchen aber auch von vornherein die Schwierigkeit der gestellten Aufgabe erhellt. An die Lösung derselben hat sich daher noch Niemand gewagt und wir gestehen, daß diese Zurückhaltung uns auch wohlbegründet erscheint; denn nur der Grad der Meisterschaft im Verständniß des Dialekts, wie sie ein Schönwerth besaß, könnte zur Lösung einer solchen Aufgabe befähigen. Als förderliche Vorarbeit für eine Sprachenkarte ist die Forschung über die Namen der Orte, Berge, Fluren, Flüsse und Bäche zu empfehlen; und zwar kommt es besonders auf ihre alte Schreibweise, und sofern diese fehlt, auf die Aussprache an. Diese

Arbeit wäre wohl mühsam, aber nicht allzu schwierig und jedenfalls auch lohnend für den Gang der Volksansiedlung und die Bestimmung der Gaue. Recht eindringlich sind die aneifernden Worte, durch welche Schönwerth die Aufmerksamkeit auf den Werth von Personen-, Haus- und Flurnamen, für Sprache und Geschichte lenkte, indem er sagt: „Nicht minder dankenswerth wäre die Anlage einer Sammlung von mundartlichen Thier- und Pflanzennamen, von auffallenden Personen-, Haus- und Flurnamen. Es finden sich in den ersteren kostbare Versteinerungen ältester Sprache, freundliche Anklänge an die alten Götter und Helden, Hinweise auf uns unbekannte Heilkräfte, prächtige Bilder aus des Volkes dichtendem Sinne. Die heimischen Pflanzennamen gehen fast alle verloren vor den barbarischen Kunstausdrücken, welche der Volksmund doch nur in abscheulicher Entstellung wiederzugeben vermag. Sollten sich denn nicht Lehrer der höheren Bildungsanstalten, Aerzte, Apotheker, Geistliche herbeilassen, auf Ersuchen dem Vereine zu Gefallen zu sein und ihre Beiträge einzusenden?"

Ferner weist Schönwerth auf eine überall reichlich fließende Quelle volksthümlicher Sprache hin, nämlich auf die Kindersprache, welche krystallhell das ganze Leben der frühen Jugend wiederspiegelt, aber doch als Element der Volkssprache noch wenig ausgenutzt wurde. In der Sprache der Kinder treffen wir auf seltsame Wörter; zumeist Bezeichnungen für Dinge der nächsten Umgebung und für den engen Kreis kindlicher Thätigkeit, jener Schmeichel- und Kosenamen, womit man das Kind in den ersten Gebrauch der Muttersprache einführt. Es sind räthselhafte Stämme, verwunderliche Formen, die hier an das Ohr klingen, vielleicht mitherüber gebracht aus der Urzeit, welche die Indogermanen noch in der asiatischen Heimath zusammenhielt und darum wohl bei Kelten, Romanen und Slaven noch heute nicht erstarben. Lasse man doch die zahllosen Auszählreime, deren sich die Kinder beim Spiele bedienen, nicht der gänzlichen Vergessenheit anheimfallen!

Als ein für das Studium der Mundart zu bebauendes Feld bezeichnet Schönwerth mit Recht die Sprichwörter, Räthsel und Trutzlieder, in welchen sich der Sinn des Volkes, seine Anschauung, sein Witz in voller Klarheit abspiegelt. Wie ernst er es aber mit seinem Rath gemeint, eine Sammlung hiefür anzulegen und zwar in der Mundart, hat er schon ein Jahr, nachdem er ihn ertheilt, durch die Herausgabe der „Sprichwörter des Volkes der Oberpfalz in der Mundart“ höchst verdienstvoll kundgethan. Diese Sammlung, welche als Juwel im 29. Bande der Verhandlungen unseres historischen Vereins glänzt, bildet eine unerschöpfliche Fundgrube für die Kenntniß des ganzen Wesens des oberpfälzischen Volkes, denn sie umfassen das ganze Gebiet des menschlichen Lebens, des inneren so gut wie des äußeren, nach seiner Licht- und Schattenseite, sie enthalten Wahres und Falsches je nach der Strömung im Volke, aus der sie hervorgegangen. So mag es kommen, daß bald eine Vorschrift der Klugheit, bald eine Ansicht im Sprichworte sich darstellt, welche mit den höheren Sittengesetzen, mit der Weisheit in Widerspruch geräth.

Die Sprichwörter sind somit der Spiegel des sittlichen und rechtlichen Bewußtseins eines Volkes, sowie der Handhabung seiner Sprache. Sie geben Zeugniß, wie ein Volk denkt, spricht, handelt, sie lehren, welcher Seite des geistigen und leiblichen Lebens ein Volk sich zuneigt oder abwendet, was ihm nahe oder ferne liegt. Aus seinen Sprichwörtern sind alle guten oder übeln Anlagen und Richtungen eines Volkes zu erkennen, in ihnen zeichnet das Volk sich selbst.

Besonderer Bemerkung verdient es, daß auch die Sprichwörter der Oberpfalz ihrer großen Mehrzahl nach die nämlichen sind, wie die oberbayerischen, und daß auch „die Weisheit auf der Gasse“, wie Bischof Sailer die Sprichwörter geistvoll genannt hat, ein unumstößliches Zeugniß für die Stammesverbrüderung der Oberpfälzer und Altbayern abgibt. Mit Recht konnte daher Schönwerth, indem er auf das Verhältniß der Aufzeichnungen des unsterblichen Tacitus über Deutsch-

land zu den Sprichwörtern seiner Heimath einging, die Ueberzeugung aussprechen: „Auf diesem Wege allein schon gewann ich einen Beweis für des Volkes ächte Deutschheit und die Abweisung jener Slavenfreunde, welche seinen Boden zu einem Vorlande des tschechischen Böhmens machen wollen."

Ein gar nicht hoch genug zu schätzender Vorzug der Sprichwörtersammlung des Volkes der Oberpfalz durch Schönwerth besteht darin, daß diese in ihrer unveränderten Natur vor uns erscheinen. Wir stimmen daher vollkommen unserem Forscher bei, wenn er sagt: „Den vollen Werth empfangen indessen derlei Sammlungen dadurch, daß sie die Sprichwörter geben wie das Volk sie spricht, in der Mundart; die Uebertragung in das Hochdeutsche leidet an den Mängeln jeder Uebersetzung. Die Mundart setzt Farbe in das Bild, die Uebertragung malt grau in grau. Wer das Volk liebt, wird den Werth solcher Sammlungen gerne würdigen."

Schönwerth's Sprichwörter der Oberpfalz erscheinen, wie er sich ausdrückt, „in der Tracht des Volkes, damit man wisse, nicht bloß wie das oberpfälzische Volk denkt, sondern auch wie es spricht. Ich thue dieses ferner darum — fährt er fort — weil so die oberpfälzische Mundart das erstemal zu einer größeren Darstellung kommt, zur Bereicherung der Kenntniß der deutschen Mundarten, nicht minder weil die künftigen Geschlechter mir Dank wissen werden, daß ich ihnen eine Urkunde über Denkweise und Mundart der Ahnen hinterlassen. Die Derbheit des Ausdruckes darf nicht abstoßen, das Volk in seiner Natürlichkeit umschreibt nichts, nennt das Kind bei seinem Namen. Es denkt dabei nichts Unrechtes, verdeckt nicht Lüsternheit unter der Schminke zarter Worte".

Es fällt mir schwer, in Rücksicht auf die mir knapp zugemessene Zeit von den auf tiefem Verständniß der vielseitigen Regungen in der menschlichen Brust beruhenden Erörterungen Schönwerth's abzusehen, welche er an die mannigfachsten Aeußerungen der Gefühle und Gesinnungen des Volkes durch seine Sprichwörter knüpfte. Wie die von keinem

anderen Volke so hochgehaltene „deutsche Treue" gerühmt und gefeiert wird, wie „Feigheit und Faulheit" durch das Sprichwort gegeißelt werden, wie der „Bauer" sich selbstbewußt seines Standes als Ernährer rühmt und wie der Bürger denselben im Sprichwort beschimpft, welche wichtige Rolle die „Liebe" und besonders die „Ehe" im Sprichwort spielt, wie der Oberpfälzer über „Tod und Teufel" denkt, u. s. w., u. s. w., dies alles findet eine Behandlung durch die Sprichwörter, und da das feine Ohr unseres Forschers diese Stimmen aufzufassen und zum Verständniß zu bringen versteht, so ist es für Freunde der Culturgeschichte in ihrem weitesten Umfang ein wahrer Hochgenuß, den von ihm gegebenen Erläuterungen zu folgen und aus dem reichen Born derselben Belehrung zu schöpfen. Aber auch sogar für die Geschichte des Rechts bringt die Sprichwörtersammlung einen erheblichen Gewinn. Dies wird besonders von Bluntschli erkannt, welcher in seinem deutschen Privatrecht mit Nachdruck hervorhebt, „daß sich im Bauernstande, welcher an Erinnerungen und Gebräuchen zähe festhält, viel mehr deutsches Recht bis auf unsere Tage erhalten habe, als im beweglicheren Bürgerthum, daß es somit Pflicht der Wissenschaft sei, das Versäumte nachholend die noch unter dem Volke lebendigen und in der Sitte sich äußernden Rechtsgewohnheiten und Rechtsgedanken aufzusuchen und darzulegen."

Von den kleineren Arbeiten, durch welche sich Schönwerth Verdienste um das Volksthümliche und um die deutsche Sprache erwarb, sei hier noch seiner Veröffentlichungen im oberbayerischen Archiv: „Ueber die Trauerzeit bei Sterbefällen" und „Mundartliches" erwähnt. Endlich darf seiner Thätigkeit für den historischen Verein von Oberbayern durch Abfassung mehrerer Jahresberichte und der beiden Nekrologe auf Otto Titan v. Hefner und den Münchener rechtskundigen Magistratsrath F. J. Klausner die gebührende Anerkennung nicht vorenthalten werden.

Das in wenigen Zügen entworfene Bild von unserem unermüdlichen Forscher wird hoffentlich auch in diesem Zu-

stande der Unfertigkeit ausreichen, um die erneute Ehrung gerechtfertigt erscheinen zu lassen, welche der historische Verein von Oberpfalz und Regensburg seinem hochgeschätzten Ehrenmitglied zu Theil werden ließ, indem er in der Generalversammlung vom 28. Juni 1888 auf Vorschlag des Vereins-Vorstandes einstimmig beschloß, dem um die Geschichte der Sitten, Gebräuche und der Sprache der Oberpfälzer hochverdienten Franz Xaver von Schönwerth an dem Hause zu Amberg, in welchem seine Wiege gestanden, ein Zeichen der Erinnerung anzubringen. Dieses kleine Denkmal,[1]) welches heute durch die Hand Sr. Excellenz des Herrn Regierungspräsidenten von Ziegler der Stadt Amberg übergeben wurde, gereicht dieser Stadt selbst zu großer Zierde, freilich nicht sowohl durch die Einfachheit seiner äußeren Erscheinung, als vielmehr durch seinen inneren Werth, den ihm die von hoher Werthschätzung ihres Sohnes mit Recht erfüllte Vaterstadt und ein ansehnlicher Kreis dankbarer Verehrer verleiht. Denselben hatte schon gerade heute an diesem Tage vor 31 Jahren — die Hinweisung auf diesen bedeutungsvollen Zufall darf der Erwähnung nicht unwerth erscheinen — der Altmeister deutscher Sprach- und Sagenforschung eröffnet, indem er unter dem Ausdrucke seiner großen Freude über die Sitten- und Sagensammlung aus der Oberpfalz seinen ersten Brief an Schönwerth mit der von ihm gewiß ernstgemeinten Versicherung schloß: „Ich bin mit großer Hochachtung und Dankbarkeit Ihr ergebenster Jakob Grimm.“

---

1) Dasselbe ist in Kelheimer Kalkstein mit geschmackvoller Umrahmung im Renaissancestyl ausgeführt von Bildhauer Preßl in Stadtamhof.

LIX.

Graf Taaffe.

(Aus Oesterreich-Ungarn.)

III. (Schluß.)

Freiherr Alexander von Helfert hat in seiner vortrefflichen, leider unvollendet gebliebenen Geschichte der österreichischen Volksschule[1]) den urkundlichen Nachweis geliefert, daß in Oesterreich, wie in Mitteleuropa überhaupt, die Gründung der allgemeinen Volks- oder Elementarschule „der Sorgfalt des weltlichen Regiments angehöre," also eine Schöpfung der modernen Staatsgewalten sei. Die Kaiserin-Königin hatte den hiebei leitenden Gesichtspunkt in einer allerhöchsten Entschließung vom 28. September 1770 dahin präcisirt, daß sie erklärte: „Das Schulwesen aber ist und bleibet allzeit ein politicum". Nach diesem Grundsatze ging die große Kaiserin bei Gründung und Einrichtung des gesammten Unterrichtswesens, insbesondere aber der Elementar- oder Trivialschulen vor, für welche die allgemeine Schulordnung

1) Davon erschien im Jahre 1860 der erste Band: „Die Gründung der österreichischen Volksschule durch Maria Theresia" (Prag, Tempsky) XXXII und 679 S.; im Jahre 1861 der dritte Band: „System der österreichischen Volksschule." XX und 652 S. Besonders schmerzlich vermißt man den zweiten Band, die Fortsetzung und den Abschluß der Geschichte der österreichischen Volksschule, mindestens bis zur Schaffung des Reichsvolksschul-Gesetzes im Jahre 1869.

für die deutschen Normal-, Haupt- und Trivialschulen in den sämmtlichen k. k. Erbländern" vom 6. Dezember 1774 erlassen wurde. Für die ungarischen Länder folgte unter dem 31. Jänner 1777 die „Ratio Educationis totiusque Rei Literariae per Regnum Hungariae" im gleichen Sinne nach.[1]) Seitdem hatte in Oesterreich die Staatsgewalt dem öffentlichen Schulwesen ihre volle Aufmerksamkeit zugewendet.

Die gesetzlichen und behördlichen Bestimmungen, Verfügungen und Einrichtungen, hinsichtlich des allgemeinen Volksschulwesens hielten aber stets vor Augen, daß eine heilsame Volks- und Jugendbildung nur auf religiös-sittlicher Grundlage beruhen könne. Darum war die Staatsregierung jederzeit bemüht, in Sachen des öffentlichen Unterrichtes Hand in Hand zu gehen mit der Kirche und sich bei der erfolgreichen Jugenderziehung des Beistandes und der Mithülfe der Bischöfe und des Klerus überhaupt zu versichern. Maria Theresia spricht sich hierüber folgendermaßen aus: „Weswegen Wir Uns dann mehrmalen zu dem heiligen Religionseifer der allseitigen Bischöfe und Ordinarien und ihrer Uns bekannten rühmlichen Vorsorge zu Verbreitung einer bessern Erziehung ganz gewiß versehen; sie werden auch ihres Orts zu Ausführung und Handhabung dieses Unseres gnädigen Befehles willigst mitwirken."[2])

An dem Stand- und Gesichtspunkte des freundschaftlichen Zusammenwirkens von Staat und Kirche auf dem Gebiete des Unterrichtswesens, wobei aber auch noch den übrigen Erziehungsfaktoren, namentlich der Familie und den Gemeinden ein Einfluß gewährt worden war, hielt man in Oesterreich bis zum Jahre 1868 fest. Es kamen wohl einzelne Schwankungen vor, welche die Schule bald mehr dem weltlichen, bald mehr dem geistlichen Regimente zulenkten.

1) Helfert, l. c. I p. 118, 323 ff. 436 ff.

2) A. a. O. p. 333.

aber im Großen und Ganzen erkannte man doch dem Staate in erster Reihe das Recht und die Verpflichtung zu, für die Errichtung, Erhaltung und Leitung der allgemeinen Volkslehranstalten Sorge zu tragen.

Ein Bruch mit dieser löblichen Tradition trat, wie gesagt, 1868 ein, als unter der Herrschaft des antikirchlichen Vulgär-Liberalismus die „Trennung" des Staates von der Kirche und die „Emancipation" der Schule von der letzteren als leitendes Schlagwort der Gesetzgebung betrachtet und befolgt wurde. Die „grundsätzlichen Bestimmungen über das Verhältniß der Schule zur Kirche," wie solche das österreichische Gesetz vom 25. Mai 1868 vorschreibt, errichteten zwischen diesen beiden Institutionen eine unnatürliche Scheidewand. Das religiös-sittliche Moment, welches den gesammten Jugendunterricht belebend und erhebend durchleuchten soll, wurde hier zu einem bloßen „Lehrgegenstand" herabgesetzt und überdies ausdrücklich dekretirt (§. 2.), daß der „Unterricht in den übrigen Lehrgegenständen in diesen Schulen von dem Einflusse jeder Kirchen- oder Religionsgenossenschaft unabhängig sein solle". Zugleich verordnete dasselbe Gesetz (§ 3) den interconfessionellen Charakter der vom „Staate, von einem Lande oder von Gemeinden ganz oder theilweise gegründeten oder erhaltenen Schulen und Erziehungsanstalten" und ergänzte diese Vorschrift noch durch die weitere Bestimmung (§ 6), daß „die Lehrämter an diesen Schulen für alle Staatsbürger, welche ihre Befähigung hiezu in gesetzlicher Weise nachgewiesen haben, gleichmäßig zugänglich seien". In demselben kirchenfeindlichen Geiste sind dann auch die übrigen Bestimmungen dieses Gesetzes gehalten, welches allen weiteren Schulgesetzen und Schulverordnungen bis zum Jahre 1883 als Basis und Richtschnur diente. Das sogenannte Reichsvolksschulgesetz vom 14. Mai 1869 zeigt die praktische Ausgestaltung dieser Grundsätze in der deutlichsten Weise.

Diese Schulgesetze riefen bei ihrer Verwirklichung im Leben eine wachsende Reaktion hervor, und zwar nicht blos

in den Kreisen kirchlichgesinnter Bevölkerungsschichten, sondern selbst waschechte Liberale mußten eingestehen, daß man bei dieser antikirchlichen Schulgesetzgebung „zu weit“ gegangen sei. In den Gemeinden machte sich ohne Unterschied ein wachsender Unmuth bemerkbar, einmal wegen der übergroßen materiellen Lasten, welche die meist kostspieligen Schulneubauten und Schulvermehrungen den Steuerträgern aufbürdeten, und dann wegen der namentlich für ärmere Gemeinden in Gebirgsgegenden viel zu langen Dauer der Schulpflicht von acht Jahren und endlich wegen der deutlich wahrnehmbaren Verrohung und Entsittlichung der Jugend, welche von Seite ihrer weltlichen Lehrer nur selten mehr zur Ausübung der religiösen Pflichten angeleitet, noch weniger durch das eigene Beispiel dieser Lehrer hiezu angeeifert wurde. Häufig geschah es, daß der Lehrer gar nicht dem Glaubensbekenntniß seiner Schüler und deren Eltern angehörte; denn der liberale Ortsschulrath hatte den katholischen Schülern einen protestantischen, oft sogar einen jüdischen Lehrer vorgesetzt. Wie konnte da ein nothwendiges inniges Verhältniß zwischen Haus und Schule sich entwickeln?

Der Kirche und dem Klerus gegenüber traten die Lehrer der „Neuschule“ in der Regel mißtrauisch oder entschieden feindselig entgegen, oder sie trugen eine ebenso verletzende Gleichgiltigkeit in religiös-kirchlichen Dingen zur Schau. Kirchenbesuch und Theilnahme am religiösen Leben wurde bei den weltlichen Volksschullehrern mehr und mehr zur Ausnahme, dafür wuchs unter diesen meist nur halbwissenschaftlich gebildeten Leuten die „Starkgeisterei“ des Unglaubens, und der Unterricht in der Schule wie die Einwirkungen dieser Lehrer auf das Volk, namentlich auf die jüngere Generation desselben, trugen nur zu oft den Charakter des Antikirchlichen, ja des Antichristlichen an sich. Die Conflikte zwischen Lehrern und Geistlichkeit wurden immer häufiger. Die Klagen über Zuchtlosigkeit, Irreligiosität, Unsittlichkeit der Jugend und des Volkes lenkten trotz der Abläugnungen einer gleichgesinnten Tagespresse

die Aufmerksamkeit immer mehr auf sich und drängten zur endlichen Abstellung des wachsenden Unheils.

Wir können hier in die detaillirte Darstellung dieses Kampfes gegen die entchristlichte „Neuschule" in Oesterreich nicht weiter eingehen (das verdiente eine ganz besondere Darstellung); sondern beschränken uns auf die Bemerkung, daß Graf Taaffe im Jahre 1879 den conservativen Mitgliedern des Reichsrathes die Zusage gemacht hatte, es werde den beklagten und nachgewiesenen Uebelständen im Volksschulwesen durch eine Gesetzes-Novelle thunlichst Abhilfe geboten werden.

Dieses Versprechen suchte die Novelle zum Reichsvolksschul-Gesetze vom 2. Mai 1883 zu erfüllen. Es kann nicht geläugnet werden, daß diese Novelle die begründeten Klagen und die Uebelstände in Betreff der „Neuschule" nur theilweise abzustellen vermag. Man bezeichnete von kirchlicher Seite dieses Nachtragsgesetz gleich von Beginn an nur als eine „Abschlagszahlung" auf die confessionelle Schule. Aber es darf auch nicht übersehen werden, wie durch die Schulnovelle denn doch so mancher beklagte Uebelstand und mehr als ein Schritt zur Besserung ermöglicht und angebahnt worden ist. Graf Taaffe und sein Ministerium unterliegen den Bestimmungen des bestehenden positiven Verfassungsgesetzes; darnach ist eine grundsätzliche Abänderung des Reichsvolksschul-Gesetzes an die Zweidrittel-Majorität des Reichsrathes gebunden. Was würde es da nützen, wenn z. B. der Unterrichtsminister sich etwa für den Gesetzentwurf des Prinzen Alois Liechtenstein erklärt hätte?

Der Fürst und der seither verstorbene Tyroler Landeshauptmann Freiherr von Rapp reichten bekanntlich im österreichischen Abgeordnetenhause einen Gesetzentwurf ein, durch welchen das bestehende Volksschulgesetz in mehreren wesentlichen Punkten zu Gunsten der confessionellen Schule und der Erweiterung der Landesautonomie in Sachen der Volksschule abgeändert werden sollte. Dieser Gesetzentwurf, welchen

Prinz Liechtenstein in einer Parlamentsrede und auf dem Wiener Katholikentage glänzend vertheidigte, fand gleichwohl nicht einmal auf katholischer Seite vollen Beifall. Beweis dessen ist, daß Hofrath von Lienbacher einen besonderen Gesetzentwurf vorlegte, welcher von dem Liechtenstein'schen namentlich in Betreff des erweiterten Einflusses der Landesgesetzgebung auf das Volksschulwesen abwich; denn Lienbacher bekämpft die sogenannte „Verländerung“ der Volksschule, er vertritt auch hier den Grundsatz der einheitlichen Staats-Gesetzgebung und der staatlichen Unterrichtsleitung. Auf den gegentheiligen Standpunkt, nämlich auf jenen einer möglichst weitgehenden Landesautonomie, stellte sich der dritte Schulgesetzentwurf, der den czechischen Abgeordneten Herold zum Verfasser hatte.

So waren von Seiten der Reichsraths-Rechten nicht weniger als drei verschiedene Schulgesetzentwürfe eingebracht, und sowohl im Parlamente wie in der Presse vertheidigt worden. Für und gegen diese Entwürfe erhob sich dann auch im Publikum eine lebhafte Agitation: den Hunderttausenden von Unterschriften auf den Petitionen zu Gunsten der confessionellen Schule stellten die Liberalen ebenfalls Tausende von Unterschriften zu Gunsten der „Neuschule“ entgegen. Im Schoße der Majorität des Reichsrathes selbst waren die Ansichten sehr getheilt, und Niemand konnte es mit Bestimmtheit sagen, ob bei etwaiger Abstimmung die Mehrzahl der Mitglieder dieser „Rechten“ dem Liechtenstein'schen Entwurfe zugefallen wäre.

Die Regierung beobachtete in dieser Frage Zurückhaltung; sie gab die Nothwendigkeit einer weiteren Reform des Reichsvolksschulgesetzes zu und stellte eine hierauf Bezug nehmende neue Vorlage in Aussicht. Diese erfolgte nun durch die Gesetzesnovelle, welche der Unterrichtsminister dem Herrenhause unter dem 4. Mai l. J. vorlegte. Was dieser Entwurf bietet, bleibt allerdings gleichfalls noch weit hinter den Wünschen und Hoffnungen der katholisch-conservativen Partei

zurück und rief deshalb hier allgemeine Enttäuschung, ja Entrüstung hervor. Auf der anderen Seite fand der Entwurf bei den Liberalen ebenfalls die heftigsten Angriffe.

Seither macht sich in den Reihen der Katholiken eine beachtenswerthe Erscheinung bemerkbar. Von mehreren Punkten aus wird für entschiedenes Auftreten gegen das Kabinet Taaffe das Wort ergriffen; man will dem Ministerium die Freundschaft kündigen, will eine „schärfere Tonart“ anschlagen, lehnt selbst ein weiteres Zusammengehen mit den katholischen Slaven, mit Czechen und Polen ab und betont die Nothwendigkeit der Gründung einer neuen Partei, eines „katholischen Centrums der Deutsch-Conservativen.“ Diese Bewegung, welche insbesondere in Oberösterreich, in Nordböhmen und in einem Theile von Tyrol energisch betrieben wird, verdient jedenfalls ernstliche Beachtung; aber vom Standpunkte einer besonnenen praktischen Politik erweckt deren momentane Zweckdienlichkeit dennoch erhebliche Bedenken.

Die Stellung der katholischen Deutschconservativen hat überdies durch den Rücktritt des Prinzen Alois Liechtenstein von der Obmannschaft des Centrumsclubs im Abgeordnetenhause einen empfindlichen Stoß erlitten. Prinz Liechtenstein zog sich zurück, weil die Wahlerfolge der radikalen Jungczechen ihm keine Aussicht boten, daß er seinen Schul-Gesetzentwurf auch nur bei der Reichsraths-Majorität werde durchsetzen können. Wie wollen nun die sonst so ehrenwerthen katholischen Männer von der „schärfern Tonart“ es bewirken, daß sie im Reichsrathe mehr seien als eine verschwindende Minorität?

Bei der eigenthümlichen Situation der Parteien im österreichischen Abgeordnetenhause käme diese Minderheit allerdings wiederholt in die Lage, in wichtigen Fragen den Ausschlag geben zu können. Gesetzt nun, sie würden durch ein ablehnendes Votum das Ministerium Taaffe zu Fall bringen: was wäre dadurch für die katholische Sache gewonnen? Käme dann etwa ein entschieden conservatives Kabinet zu

Stande? Das wagen diese Männer selber nicht zu hoffen; im besten Falle hätte man ein sogenanntes Beamten-Ministerium zu erwarten, welches aber gemäß den Fingerzeigen der Erfahrung sehr leicht in ein liberalistisches Coalitions-Ministerium sich verwandeln könnte. Eine Neuauflage des Kabinets Auersperg-Lasser stünde bevor, und da muß man doch fragen, ob unter einem solchen Regime den katholischen Interessen besser gedient wäre.

Man hat von katholischer Seite her die Regierung des Grafen Taaffe in Bezug auf den vulgären Liberalismus zutreffend mit einem „Hemmschuh" verglichen; ein solcher bedeutet freilich noch keine Umkehr, aber er ist doch von Vortheil, indem er das weitere Hinabgleiten auf gefährlicher Bahn verhindert und die Vorbereitung zur Umkehr ermöglicht. In der That ist auch der Zustand in Oesterreich heute ein anderer, als er es vor zehn Jahren gewesen. Wer unbefangen die Dinge beurtheilt, der wird bekennen müssen, daß seit 1879 die katholischen Interessen in Oesterreich so manche bedeutsame Förderung erfahren haben. Oesterreich erscheint seitdem wieder als ein christliches Staatswesen, in welchem Regierung und Gesetzgebung wieder der Grundsätze und Lehren des Christenthums eingedenk sind und sich darnach zu halten bemühen.

Daß übrigens die Existenz der confessionellen Schule allein nicht ausreicht, um christliches Leben in Staat und Gesellschaft zu verwirklichen, das lehrt ganz deutlich ein Blick auf die ungarische Reichshälfte der Habsburgischen Monarchie. Hier besitzt die Schule (von der Elementar- bis zur Hochschule) vorwiegend confessionellen Charakter; die Errichtung, Erhaltung, Leitung und Führung dieser Lehranstalten befindet sich ausschließend in Händen der betreffenden Confession, und so besitzt auch die katholische Kirche ihr ausgebreitetes confessionelles Unterrichtswesen. Ist aber darum in Ungarn Christenthum und Kirche im öffentlichen Leben einflußreicher und wirksamer, als im österreichischen Reichstheile? Mit

nichten! Man klagt in Ungarn mit vollem Rechte über den Niedergang des christlichen Charakters aller staatlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen; der Interconfessionalismus und Indifferentismus in religiös-kirchlichen Dingen feiert hier seine schönsten Triumphe.



In Oesterreich gibt es eine katholisch-conservative Partei in der Volksvertretung, im gesetzgebenden Körper und in der Tagespresse; hier hat man katholische Vereine und Versammlungen, hier hält man Katholikentage ab und entfaltet so eine rührige Thätigkeit im Dienste katholischer Ideen. Wie steht es dagegen in dieser Beziehung im sogenannten „Marianischen Reiche", im Königreich Ungarn? Die noch im Jahre 1875 bestandene christlich-conservative Partei unter einem Freiherrn Paul von Sennyey ist schon längst verschwunden, ihre Trümmer befinden sich in der heutigen „gemäßigten Opposition" und unter der Führung des Grafen Albert Apponyi, der neuestens ebenfalls im Liberalismus zu excelliren sucht, oder schlossen sich der Regierungspartei des Herrn v. Tisza an. Der ungarische Katholicismus zählt gegenwärtig auf politischem Gebiete gar nicht, im socialen Leben nur wenig; trotz der Majorität in der Bevölkerung stehen die Katholiken Ungarns an Einfluß und Bedeutung weit hinter den Calvinern zurück, obgleich sie diese letzteren an der Zahl um das Vierfache übertreffen und doch auch in der Geschichte und Cultur des ungarischen Volkes tiefer wurzeln sollten, als die Bekenner der Lehren des Genfer Propheten. Das katholische Vereinsleben ist in Ungarn fast gänzlich unbekannt; trotz der vorherrschenden confessionellen Schule wagt man in der Politik kaum noch von christlichen Grundsätzen zu sprechen, noch weniger katholische Interessen ernstlich zu vertheidigen. Zwischen Geistlichen und Laien besteht hier in kirchlich-politischen Fragen weder ein Verkehr noch ein Einverständniß. Deßhalb mußten es sich die Katholiken Ungarns erst jüngst gefallen lassen, daß der staatliche Unterrichtsminister aus den Mitteln des katholischen

Studienfonds ein Internat für Schüler ohne Unterschied der Confession errichtet und dabei die Erklärung abgibt, daß an diesem angeblich katholischen Institut die Anstellung eines katholischen Geistlichen als Lehrer oder Präfekt für weltliche Lehrgegenstände nicht statthaft sein solle. Würde ein solcher Affront gegen den katholischen Klerus, ja gegen die Kirche in Oesterreich heute möglich sein?

Noch ein anderer Gesichtspunkt, von aktueller Bedeutung in der Frage der confessionellen Schule, verdient in Betracht gezogen zu werden. Wie wir schon oben betont, wird Oesterreichs öffentliches Leben gegenwärtig bei allen seinen Volksstämmen vorwiegend von einem oft extremen Nationalismus beherrscht. An dieser heftigen nationalen Bewegung hat namentlich bei den Slaven und Rumänen der Klerus einen hervorragenden Antheil, ja er ist vielfach Urheber, Träger und Verbreiter dieses Ultra-Nationalismus. Muß ein besonnener Staatsmann nicht ernstlich besorgt sein, einem solchen Klerus, der seine Nationalität höher stellt als Kirche und Staat, die Jugend und den Lehrstand auch in der Schule auszuliefern? Die wichtigsten Staatsinteressen werden durch diesen Nationalismus tangirt, und eben darum erscheint es sehr bedenkenswerth, ob hier das Vorgehen auf dem Wege der schärferen Tonart zum guten Ziele führe. Die besondere Gunst, deren sich die Männer jener Fraktion von Seite der liberalen Stimmführer zu erfreuen haben, beweist schon zur Genüge das Gefährliche der Richtung. Möge man darum wenigstens die Opportunität in Erwägung ziehen!

Das „Regime Taaffe“ ist wahrlich kein tadelloses Muster- und Meisterwerk; dem Ministerpräsidenten erscheint es vermuthlich selbst keineswegs als das Ideal der Regierungskunst. Aber vom Standpunkte einer conservativen Politik hat man doch wohl keine Berechtigung, über dieses Regiment einfach den Stab zu brechen. Gewiß haften demselben erhebliche Mängel und Gebrechen an; gar mancher berechtigte Wunsch der Katholiken blieb bisher unerfüllt; aber „das

Bessere ist auch hier der Feind des Guten.“ Eine gerechte und kluge Politik wird niemals die gewissenhafteste Prüfung und Erwägung der thatsächlichen Umstände und Verhältnisse außer Acht lassen und weder Unmögliches fordern, noch in erzürnter Ungeduld das vorhandene, obgleich geringere Gute preisgeben, weil man das angestrebte, ersehnte Bessere nicht sofort erhalten und besitzen kann.

Das „Regime Taaffe“ hat in den zehn Jahren seines Bestandes neben seinen Anstrebungen auf politisch-nationalem und geistig-culturellem Gebiete sich überdieß durch positives Schaffen und Wirken in anderen Zweigen des praktischen Staatslebens und insbesondere der Socialpolitik und Volkswirthschaft erhebliche Verdienste erworben, auf deren nähere Würdigung wir jedoch an dieser Stelle nicht eingehen können. Wir weisen nur im Allgemeinen darauf hin, daß Oesterreich seit 1879 seine Verkehrsmittel bedeutend vermehrt, die wichtige Institution der Postsparkassen eingeführt und durch Schaffung eines neuen Gewerbegesetzes und verbesserter Fabrikgesetze, durch die Einsetzung von Fabrikinspektoren, die Unfallsversicherung der Arbeiter, durch das Gesetz über die Sonntagsruhe, durch das Höferecht u. s. w., mit dem System des liberalen Manchesterthums gebrochen und die Bahn fruchtbarer national-ökonomischer Reformen in conservativer Richtung betreten hat. Eine besonnene und umsichtige Staatswirthschaft war im Stande, trotz der ungewöhnlichen und sich stets steigernden Ansprüche der Heereserfordernisse, trotz der erheblichen Kosten, welche die Occupation von Bosnien-Herzegowina und der Aufstand daselbst im Jahre 1882 verursachte, und trotz der schweren volkswirthschaftlichen Krisis, in welche insbesondere die landwirthschaftliche Produktion durch die überseeische Concurrenz gerathen war — diese Staatswirthschaft war dennoch im Stande, in dem arg zerrütteten Staatshaushalte das Gleichgewicht herzustellen und zugleich eine Reihe von Verbesserungen und Erleichterungen im Steuerwesen einzuführen. Das chronische Uebel des

österreichischen Staatsbudgets, das Deficit, ist verschwunden und mit ihm auch die leidige Nothwendigkeit, den jährlichen Ausfall durch neue Anlehen oder fortgesetzte Rentenoperationen decken zu müssen. Oesterreich ist während des Decenniums 1879 bis 1889 auch finanziell gekräftigt und in jeder Hinsicht leistungs- und concurrenzfähiger geworden. Der Wohlstand nimmt zu, das Vertrauen der Bevölkerung in die Fürsorge der Regierung wächst; denn man erkennt und fühlt überall die Umsicht und die Pflichttreue in der Verwaltung, das lebendige Interesse der Behörden zur Hebung des öffentlichen Wohles, die strenge Gerechtigkeit in der Rechtspflege, das wachsame Auge zur Sicherung von Leben und Eigenthum.

Nicht gering anzuschlagen ist endlich das Verdienst des Grafen Taaffe, daß er es verstanden hat, innerhalb der zehn Jahre seiner Ministerpräsidentschaft den früher an der Tagesordnung befindlichen Reibereien und Mißverständnissen zwischen den Regierungen in Wien und Pest auszuweichen. Es bekundet diese Fortdauer des Friedenszustandes zwischen den officiellen Kreisen von Cis- und Transleithanien ein hohes Maß von Staatsklugheit und Mäßigung, und es ist das günstige Resultat dieser Haltung umsomehr anzuerkennen, als es ohne irgendwelche rechtpreisgebende Nachgiebigkeit seitens des österreichischen Ministeriums erzielt worden ist. Der gegenseitigen Rechtsachtung gelang auch die ziemlich glatt verlaufene dritte Abschließung des volkswirthschaftlichen Ausgleiches zwischen den beiden Reichshälften, und dem bestehenden guten Einvernehmen der beiderseitigen Regierungen darf man die befriedigende Lösung der heiklichen Wehrgesetzfrage zuschreiben, wodurch die Machtstellung des Reiches neue Kräftigung empfangen hat.

Alle diese Ergebnisse des Regimes sind jedoch keineswegs das Werk bloßen Zufalles und nur des Zusammentreffens günstiger Umstände. Die Mission des Grafen Taaffe, der sich des ungeschwächten Vertrauens seines kaiserlichen Herrn

erfreut, besteht, wie aus dem bisher Gesagten sich ergibt, darin, in Oesterreich „ein Regime der Stetigkeit zu begründen, ein Regime der stabilen Principien mit Reformen auf gesetzlichem Wege, ein Regime, dessen conservativer Charakter sich darin ausspricht, daß auch dem bestehenden Rechte und den lebenskräftigen Errungenschaften unbedingte Achtung entgegengebracht wird“.[1])

„Als österreichischer Staatsmann wird Graf Taaffe stets das Interesse des Staates als sein oberstes Gesetz betrachten. . . . . Die Parole ist dieselbe wie im Jahre 1879: Kräftigung des österreichischen Bewußtseins, Creirung einer österreichischen Partei, Versöhnung Aller auf dem Boden des Staates. Der österreichische Gedanke bildet den Inhalt der Mission des Grafen Taaffe, aus der Geschichte Oesterreichs empfängt sie Macht und Richtung und die Zukunft Oesterreichs ist das Ziel.“ [2])

Indem wir den letzten Satz des Vertheidigers der Taaffe'schen Politik besonders hervorheben, schließen wir uns gleichfalls aus oft bethätigter Ueberzeugung der Ansicht an, daß trotz der noch unerfüllten Mission des Grafen und ungeachtet des leider noch fortdauernden Nationalitätenstreites Oesterreich während des letzten Decenniums dennoch ebenso in staatsrechtlicher und politischer Hinsicht wie mit Bezug auf seine geistige und materielle Cultur namhafte Fortschritte gemacht hat und insbesondere auch durch die stets zunehmende Wiederanerkennung der christlichen Principien in Staat und Gesellschaft einer aussichtsfrohen Zukunft rüstig entgegenschreitet. Der altehrwürdige Kaiserstaat erfreut sich der allgemeinen Achtung und genießt bei den Völkern und Staaten jene Autorität, wie sie seiner erhöhten Machtstellung, seinen Traditionen und seinen auf die Erhaltung des Völkerfriedens, auf die Verbreitung und Festigung der christlichen Cultur und Freiheit und auf den Schutz des legitimen Rechtes gerichteten Bestrebungen gebührt.

---

1) Vgl. „Graf Taaffe,“ a. a. O. p. 39. 2) A. a. O. p. 42, 44.

LX.

Ein Streiflicht auf die Pariser Welt-Ausstellung von 1889.

Es war ein übereiltes Wort gewesen, welches Fürst Bismarck am 13. September 1870 zu Herrn Bürgermeister Werlé in Rheims gesagt hatte: „Quand nous aurons raison du catholicisme, les races latines ne tarderont pas à disparaitre.“ Keines von beiden ist wahr geworden: Weder ist der deutsche Reichskanzler Herr des Katholicismus geworden, noch sind die lateinischen Racen vom europäischen Culturfelde verschwunden. Beweis ad 1: der Ausgang des „Culturkampfes“ in Deutschland; ad 2: die Welt-Ausstellung in Paris.

Es hat an Anstrengungen aller Art seitens des Berliner Kabinets nicht gefehlt, um die Pariser Ausstellung auf das Niveau eines Trödel-Marktes herabzudrücken, ja sie ganz unmöglich zu machen; aber auch hier zeigte sich wieder einmal, daß das Zünglein der europäischen Wage nicht vom Spreewasser umrauscht wird. Daß das Deutsche Reich sich an der Ausstellung nicht betheiligte, daß man in Berlin es ungünstig aufnahm, wenn einige deutsche Künstler in Würdigung des Grundsatzes, daß die Kunst international sein müsse, die Exposition beschickt hatten, ja daß man es deutschen Officieren verübelte, wenn sie dieses Jahr überhaupt nur nach Paris reisten: das Alles waren ja, wenn auch keine erfreulichen, so doch wenigstens erklärliche Symptome.

Aber wie war es zu deuten, als im Herbste vorigen Jahres die Nachricht in die Oeffentlichkeit drang, daß auch die österreichisch-ungarische, ja die italienische Regierung dieselbe Stellung wie die deutsche gegenüber dem Pariser Vorhaben einnahm? Die Tripel-Allianz galt doch immer nur für eine politische und nicht auch — wie der deutsche Zolltarif gegenüber Oesterreich und Italien beweist — für eine commercielle. Und doch lag wieder die Politik dem ganzen Vorgange zu Grunde.

Ohne Zweifel hat man in Berlin der österreichisch-ungarischen und italienischen Regierung zu verstehen gegeben, daß die gemeinschaftlichen Interessen des Dreibundes es erforderten, Frankreich nicht commerciell und social erstarken zu lassen, und sowohl in Wien als im Quirinal war man auf diese Intention eingegangen. Die österreichisch-ungarische Regierung verweigerte, trotz der Interpellation im ungarischen Parlamente, energisch jede Theilnahme an der Ausstellung. Nicht allein jede Subvention wurde verweigert, sondern es wurden auch Privat-Subscriptionen untersagt, welche die österreichisch-ungarischen Handelskammern im Interesse der einheimischen Industrie zu Gunsten der Betheiligung an der Ausstellung glaubten eröffnen zu müssen.

In Folge dessen bildete sich in Paris ein Comité, bestehend zum Theil aus österreichischen, zur Zeit in Frankreich wohnenden Industriellen, welches eine Summe von 175,000 Franken aufbrachte behufs Errichtung von Ausstellungsräumen für österreichische Produkte. Binnen kurzer Zeit meldeten sich 325 Aussteller aus Oesterreich-Ungarn. Weitere Anmeldungen mußten wegen Raummangel unberücksichtigt bleiben. So hatte die österreichische Regierung, obschon sie thatsächlich eine moralische Niederlage erlitten, sich wenigstens noch im eigenen Lande Beachtung ihrer Maßregeln verschaffen können.

Nicht so die italienische. Auch diese versagte jede Betheiligung an der Ausstellung und Herr Crispi gab in der

Kammer seinem Entschlusse lebhaften Ausdruck. Aber eine doppelte Strömung im Lande lehnte sich gegen ihn auf: eine politische und commercielle.

Die Mehrzahl der italienischen Republikaner schwärmt noch immer mehr für den Präsidenten der französischen Republik, als für den deutschen Reichskanzler; mit dieser Strömung vereinigte sich die andere, welche von den noch mächtigeren materiellen, mercantilen Interessen getrieben wurde.

Herr Crispi mußte es dulden, daß unter seinen Augen in Rom ein Comité sich bildete, welches zur Betheiligung an der Pariser Ausstellung öffentlich aufforderte; zugleich constituirte sich in Paris ein Comité unter der Leitung des Italieners Camondo behufs Etablirung der italienischen Abtheilung in der Ausstellung. Signor Sonzogno schickte alsbald aus Mailand dem römischen Comité 50,000 Lire, die römische Handelskammer gab 20,000, die von Neapel 10,000 Lire &c. Herr Crispi mußte dieß Alles geschehen lassen; es blieb ihm nichts Anderes übrig, als nach Friedrichsruhe zu fahren, um dort die gefaltete Stirn des Bundesgenossen wieder glatt zu machen; denn mehr als 700 italienische Firmen beschickten die Ausstellung.

Es hatte nicht an Versuchen gefehlt, auch England zum Fernbleiben von der Ausstellung zu bewegen. Und wäre so der ursprüngliche Plan gelungen, hätten Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Italien und England sich ausgeschlossen: so wäre natürlich eine Welt-Ausstellung unmöglich geworden. Aber England, unter moralischer und materieller Unterstützung seitens seiner Regierung, war mit seinen Colonien nächst Frankreich das meistbetheiligte Land auf der Ausstellung; es zählte 1600 Exponenten.

Erwähnen wir ausdrücklich noch, daß ferner vertreten waren: Belgien, Holland, Luxemburg, Spanien, Portugal, Dänemark, Schweden, Schweiz, Rußland, Rumänien, Serbien, Griechenland, Nordamerika, Brasilien, Mexico, China, Japan, Nord-, Mittel-, Süd-Afrika und Australien.

Allerdings entbehrte das ganze Unternehmen nicht des politischen Charakters. Zuerst ins Leben gerufen im Jahre 1856 unter Napoleon III. sollte die Weltausstellung damals zum Glanze und zur Befestigung des zweiten Kaiserreiches beitragen; das war auch noch der Zweck der zweiten Ausstellung von 1867. Bei der dritten im Jahre 1878 galt es schon die Republik zu feiern, und das sollte erst recht der Fall sein Anno 1889, bei der Centenarfeier der großen französischen Revolution. Zu einer solchen Feier wollte man in Berlin nicht mitwirken.

Freilich hat uns der ehemalige deutsche Botschafter am französischen Hofe, Graf Arnim, s. Z. verrathen, daß man in den leitenden Kreisen Berlins der französischen Republik als solcher durchaus nicht abhold ist, ja daß man dort einmal sogar den „liberalen" Präsidenten Thiers lieber sah, als den conservativen Mac-Mahon, weil dieser letztere als ein Bahnbrecher des Royalismus galt.

Doch lassen wir die Motive, aus denen man der internationalen Ausstellung auf internationalem Wege entgegenarbeitete, bei Seite und constatiren wir, daß die Exposition selbst über die kühnsten Erwartungen hinaus gelungen ist.

„Die Ausstellung," schrieb die „République française" am Tage des Schlusses derselben, 6. November, „ist nicht nur die Freude und der Stolz von Paris gewesen, sie hat auch für das Land den größten praktischen Nutzen gehabt. Die Ausstellung war ein großes politisches Werk. Sie hat im Angesichte Europas die französische Lebensfähigkeit auf dem Gebiete der Künste, der Industrie, des Handels und auch des Geistes erwiesen. Sogar die Völker, die uns lieben, waren betroffen von unserer Initiative und von unserer Macht. Was die anderen betrifft, so haben dieselben wieder einmal jene sympathische Expansionskraft, welche in unserem Genie gelegen und in unserer historischen Bestimmung begründet ist, constatirt und an sich selbst erfahren. Europa, das uns so an der Arbeit gesehen, hat zugleich einen hohen

Begriff von den Wohlthaten des Friedens erhalten und die Ueberzeugung gewonnen, daß wir denselben nicht stören wollen. Die Ausstellung war die glänzendste Antwort für alle diejenigen, die Frankreich anklagen, es sei stets bereit, den Frieden der Welt zu stören."

Ob die politischen Consequenzen, welche das französische Blatt zieht, zutreffend sind, mag dahingestellt bleiben. Vertreter von Handel und Gewerbe sind mit Ausnahme der Armee-Lieferanten niemals für den Krieg, und soweit sie im Rathe Frankreichs sitzen, werden sie immer die Kriegsfurie zu bannen suchen; aber Frankreichs Regierung war und ist politisch unberechenbar.

Nur das wird man unbestritten behaupten können, daß die weit überwiegende Mehrheit des Landes ohne Unterschied der politischen Parteistellung diesmal in dem Gedanken sich vereinigte, durch eine großartige Ausstellung das Prestige zurückzuerobern, welches der „grande nation" seit zwei Jahrzehnten verloren gegangen war. Und selbst der Neid muß es den Franzosen lassen, daß sie sich wieder einmal mit Erfolg an die Spitze der modernen „Civilisation" gestellt hatten.

Mehr als 25 Millionen Menschen haben die Ausstellung besucht, kein civilisirtes Land der Welt fehlte unter dieser Schaar. Obgleich das Ausstellungs-Comité, schon zum Zwecke der Reklame, riesenhafte und verschwenderische Ausgaben gemacht hatte, wurde trotzdem noch ein Einnahme-Ueberschuß von 8 Millionen Franken erzielt! Hunderte von Franzosen sind reich, Tausende wohlhabend geworden — vom Gelde anderer Nationen.

Auch die gesammte internationale Literatur wurde von der Ausstellung noch mehr beherrscht, als selbst von einem Weltkriege. Jede Zeitung, auch in Deutschland, wo man von der verbotenen Frucht um so lieber zu kosten schien, brachte täglich lange Ausstellungsberichte; die illustrirten Organe überboten sich in bildlichen Darstellungen; in den Schaufenstern selbst der Provinzialstädte sah man das Bild des Eiffelthurmes

der riesigen Maschinenhalle, dieser beiden modernen Weltwunder; selbst wissenschaftliche und politische Zeitschriften, wie „Grenzboten", „Gegenwart" 2c. brachten wiederholt Berichte und Betrachtungen von und über die Ausstellung; jeder größere deutsche technische und Gewerbe-Verein schickte ein oder zwei Deputirte nach Paris behufs Berichterstattung; kurz, die alte Hauptstadt an der Seine war wieder einmal der Angelpunkt geworden, um welchen sich das Interesse der ganzen Welt drehte.

Und in der That, wer die Exposition mit eigenen Augen gesehen hat, der wurde schon bald nach dem Eintritt überrascht von dem großartigen Tableau, das sich ihm hier darbot, entzückt von einem Schauspiel, das keineswegs nur den Industriellen und Handelsmann, sondern weit mehr noch den Gelehrten und Künstler, den Historiker und Geographen, den Ethnologen und Anthropologen, den Theologen, Philologen und Mediciner anzuziehen geeignet war.

Man sah hier auf einem Raume von 70 Hectaren die ganze Erde im Kleinen; man hörte in einer Stunde mehr als dreißig Sprachen und sah in demselben Zeitraum eine Geschichte von fast viertausend Jahren sich entwickeln.

Was dieser Weltausstellung vor allen ihren Vorgängerinen einen besonderen Vorzug gab, war der Umstand, daß auf ihr das schwarze und braune Menschen-Element ganz besonders zahlreich vertreten war. Und auch darin lag ein großer Vortheil, daß nicht allein die industriellen Erzeugnisse dieser Menschenklasse ausgestellt waren, sondern sie selbst in ihrem ganzen Leben und Treiben producirten sich.

Da sah man sie in ihren Hütten und Gehöften arbeiten, als wenn sie wie in ihrer Heimath für das tägliche Brod sorgen müßten; man sah die Mütter der Kinder warten, die Männer das Vieh besorgen. Das Vieh hatte freilich nichts zu thun, es lag müßig im halbgedeckten krippenlosen Stalle und fraß langsam das vor ihm auf der Erde liegende Futter. Es rühmte Jeder, der schon einmal in Afrika, Asien u. s. w. ge-

wesen war, wie naturgetreu auf der Ausstellung das ganze Leben der schwarzen und braunen Völker dargestellt war, vom Stalle bis zum Café und Theater. In dieser Beziehung suchten sich sogar auch die europäischen Völker hervorzuthun, insbesondere die Spanier. Nicht nur, daß diese ihre Weine und Landfrüchte (neben den industriellen Erzeugnissen) in National-Tracht bei nationaler Musik verabreichen ließen; sie mußten sich sogar in dem produciren, was nach ihrer Meinung erst den Spanier zum Spanier macht: im Stiergefecht. Sie hatten zu diesem Zweck neben dem Ausstellungsplatze einen Circus errichten lassen, der, wie es schien, genau die Größe der größten spanischen Arena, der zu Valencia, hatte und echte, zum Theil „berühmte" Fechter waren in Paris erschienen, um hier sich zu produciren. Nur die französische Polizei hatte ihnen einen Strich durch die Rechnung gemacht und nur ein solches Programm bei ihren Produktionen zugelassen, welches einen unblutigen Ausgang haben mußte.

Welch schreienden Gegensatz zu dieser spanischen Rohheit bildeten wieder die herrlichen Gemälde der spanischen Künstler Madrazo, Domingo, Aranda, Pradilla, Sala! Welchen Gegensatz zu dieser verthierten „Civilisation" bildeten die bescheidenen Neger, die auf jede Frage, die man an sie richtete, gleichviel ob sie sie verstanden oder nicht, mit einem freundlichen Lächeln antworteten!

Die Zahl der Schwarzen und Braunen, die man sowohl in der Ausstellung als im Innern der Stadt gewahrte, mußte mehrere Tausend betragen haben. Die Meisten von ihnen hatten überaus anständige Manieren und sprachen ein perfektes Französich. Man saß mit ihnen zusammen und unterhielt sich bestens mit ihnen an der Tafel im Hotel, im Café und im Theater. Auch in den Kirchen konnte man sie mehrfach namentlich Abkömmlinge aus den spanischen und portugiesischen Colonien, bemerken.

In Wahrheit hat Paris in diesem Jahre das größte Racen- und Sprachen-Rendezvous gesehen, welches bis jetzt

it Erschaffung der Welt, resp. seit dem babylonischen Thurm-
au stattgefunden hat.

So verschiedenartig auch die Vertreter dieser Racen im
eußern waren, so zeigte es sich doch, daß der innere Mensch,
as Ebenbild Gottes, beim Neger, beim Mulatten und beim
Weißen ein und dasselbe war. Diese Thatsache, sowie der
Umstand, daß die auf der Ausstellung exponirten ägyptischen
Mumien von mehrtausendjährigem Alter im Schädel genau
ieselben Formen zeigten, wie ein fünzig Jahre alter Todten-
opf: das Alles bewies von Neuem, daß das Menschengeschlecht
in einheitliches ist und daß ewig wahr bleiben wird,
vas zu lesen ist im 1. Buch Moses Cap. 1!

P. M.

LXI.

Die Colonialmächte und das Christenthum in Afrika.

Die Nachrichten aus dem bislang „dunkel“ genannten Welttheil Afrika sind eine stehende Rubrik in den öffentlichen Tagesblättern geworden. Die Ereignisse, die sich dort abwickeln, sind von anerkannter Wichtigkeit. Für uns handelt es sich um den Sieg des Christenthums über Islam und Heidenthum. Wissenschaftliche Forschungsreisen und Colonialunternehmungen in Afrika sind an der Tagesordnung; an den afrikanischen Küsten haben sich auch bereits verschiedene Mächte festgesetzt. Die Franzosen in Algier, die Engländer in Aegypten und Natal, die Italiener am Rothen Meere, die Portugiesen in Mozambique und am Zambesi, endlich der Congostaat im Westen und Deutschland in Ost- und Westafrika betreiben Colonialpolitik.

Wie stellen sich nun die Colonialbestrebungen im Allgemeinen zur großen Aufgabe der Christianisirung und Civilisirung des schwarzen Continents?

Das Bestreben, die Produkte der Heimath in fremdländischem Verkehre abzusetzen, dem einheimischen Arbeitsgeiste die ausländischen Rohprodukte zur Verwerthung zu verschaffen, der wachsenden Bevölkerung des Vaterlandes neue Stätten zu erschließen, wohl auch das Streben, die eigene Machtsphäre auszudehnen: das sind gewöhnlich die leitenden Motive der Regierungen in ihrer Colonialpolitik. Christlichen Glauben unter den Eingebornen auszubreiten, ist nicht der Hauptzweck der europäischen Colonialthätigkeit; sie leistet derselben bloß indirekt Vorschub.

Bei Aufstellung der letzteren Behauptung sind wir aber keineswegs blind für die etwaigen Nachtheile, die sich aus der Colonialpolitik für die Ausbreitung des Christenthums ergeben.

Die Interessensucht Einzelner kann der Christianisirung sehr schädlich werden. Die Eingebornen werden häufig durch rücksichtsloses, unkluges und selbstsüchtiges Vorgehen europäischer Beamten, durch Wegnahme ihrer Gebiete oder willkürliche Ausdehnung seitens der Europäer gereizt; sie erheben sich gegen die Fremden. Wenn auch das Gefühl für Vaterland und Unabhängigkeit unter den Eingebornen nicht so fein ausgebildet ist, wie bei uns, so besteht es doch und macht sich im gegebenen Falle geltend. Solche Empörungen der Eingebornen schädigen den Fortgang der Missionen, indem die Missionäre als der Rasse der Fremden angehörig gleich diesen behandelt werden. Zahlreiche Beispiele aus der Geschichte der Colonialpolitik beweisen, daß und warum friedliche Missionen und ihre Mitglieder der aufgeregten Wuth oder dem Fanatismus der Eingebornen schuldlos zum Opfer fielen.

Mit dem europäischen Handel kommen Waffen und geistige Getränke in das Land, beide sind den Negern gefährlich. Die Feuerwaffen dienen den arabischen Sklavenjägern, um ihr Geschäft mit größerer Brutalität zu betreiben, wie sie den Eingebornen selbst Mittel sind, um sich in den landesüblichen Rachekriegen und Blutfehden gegenseitig zu vertilgen. Der Spiritus ist für die Afrikaner in ihrem gegenwärtigen Zustande vielfach

Gift. Die tropische Hitze gestattet den Genuß der geistigen Getränke nicht in dem Umfange wie der Norden, ohne Nachtheil für die Gesundheit. Außer dem Hange zur Trägheit ist der Mangel an Selbstbeherrschung ein Hauptfehler der gegenwärtigen Negerrasse; zahlreiche Neger in Kairo, an den Küsten Arabiens und Afrikas sind darum Trunkenbolde, die elend zu Grunde gehen.

Ein weiterer Nachtheil für die Christianisirung ist das vielfach schlechte Beispiel der Europäer. An vielen Orten leben die Europäer ohne Seelsorge; sie verlieren das bischen Religion, das sie aus der Heimath mitgebracht; mit der Religion sinkt die Sittlichkeit und manche Europäer haben sich in Aegypten oder im Sudan einen kleinen Harem aus Sklavinen beigelegt, während ihre Frauen in Europa zurückblieben. In Chartum, Massauah, Djedda und vielen anderen Städten haben sich die Europäer nicht besser aufgeführt, als die Muselmänner, von einigen rühmlichen Ausnahmen, wie eines Gordon Pascha, abgesehen. Es ist uns vorgekommen, daß Eingeborne mit Fingern auf Europäer deuteten: „Bekehrt zuerst diese Weißen, dann erst kommt zu uns!“ Solchen Europäern sind die Missionen ein Dorn im Auge, da sie ein ständiger Vorwurf gegen ihr Treiben sind.

Die Habsucht und Geldgier reißt den Europäer leicht zu Ungerechtigkeiten gegen die Eingebornen hin. Europäer lassen sich in Afrika nieder, um sich möglichst rasch ein Kapital zu erwerben und dann in die Heimath zurückzukehren; in der Wahl der Mittel, ihren Zweck zu erreichen, sind sie oft nicht sehr wählerisch. Haben doch Europäer und sogar europäische Viceconsuln sich in Chartum nicht gescheut, sich durch Sklavenhandel zu bereichern. Hiebei muß erwähnt werden, daß manche Europäer, die sich in Afrika niederlassen, Leute sind, die in Europa ihr Fortkommen nicht fanden; einfache Handwerksleute und Maschinisten wurden in Afrika Bey's und sogar Pascha's.

Vor Allem müssen hier noch die Griechen erwähnt werden; sie sind das jüdische Element in Afrika. Obwohl den Sitten nach mehr Orientalen als Europäer, werden sie von den Eingebornen doch schlechtweg als Europäer, weil Christen, betrachtet. Sie sind in großer Anzahl in Nordafrika, Aegyp-

ten, am Rothen Meere, in Nubien vertreten, gewöhnlich als Händler und Trinkbudenbesitzer angesiedelt. Da Griechenland und seine Inseln nicht genug Raum für die nachwachsende Bevölkerung bieten, so wandern jährlich viele Hunderte aus und überschwemmen Syrien, Nord- und Ostafrika. Selbst in den kleinsten Ortschaften, wo sonst kein Europäer wohnt, eröffnen die Griechen ihre Buden, und ihr Einfluß auf die Eingebornen ist ein verderblicher.

Nachdem wir die Nachtheile der europäischen Ansiedlung für die Christianisirung angedeutet haben, betrachten wir die Stellung der Colonialstaaten, inwieferne sie dem Werke der Christianisirung Vorschub leisten.

Die Eingebornen, die bisher in kleinere Stämme getheilt waren, werden unter einem gemeinsamen Regime vereinigt und sich als Theile eines Ganzen näher gerückt. Der Geist gesetzlicher Ordnung faßt unter ihnen Wurzel; an Stelle des Faustrechtes und der Blutfehde tritt eine unparteiische Rechtsprechung, die Unterdrückung des Schwachen durch den Starken wird hintangehalten, ein Gesetz, in dem Geiste des Christenthums aufgebaut, gilt für Alle, indem es die Freiheit jedes Einzelnen, die Sicherheit der Person und des Eigenthums fördert. Die Vortheile, die hieraus der Sache der Christianisirung entstehen, sind klar. Dem Staat mit seinen Machtmitteln ist es viel leichter, die Stämme unter eine gemeinsame gesetzliche Ordnung zu bringen, als den einzelnen Missionären. Um aber dieser Aufgabe gerecht zu werden, muß die Colonialregierung mit Klugheit und Bedacht vorgehen, Ueberstürzung würde mehr schaden als nützen.

Unter dem Einflusse der Colonialmacht wird der Handel geregelt; durch den wachsenden Import und Export wird demselben neuer Impuls gegeben; die einzelnen Stämme treten unter sich und mit den Europäern in nähere Beziehungen. Dieß ist besonders da von Vortheil, wo die mohamedanischen Stämme den christlichen Fremden feindselig gegenüber stehen; da ist der Handel fast das einzige Mittel, um ein nachbarliches Verhältniß zwischen Eingebornen und Fremden anzubahnen und die schroffen Gegensätze auszugleichen.

Die Ausdehnung und Regelung des Handels hat die Verbesserung der Verkehrslinien im Gefolge. Die Errichtung regel-

mäßiger Schiffahrtsverbindungen zieht die Küstenpunkte des afrikanischen Continentes in den Bereich des Weltverkehrs. Vor den Umwälzungen der Mahdisten im Sudan waren Chartum, El-Obeid in Kordofan im Reiche des Weltpostverkehres; ein Brief wurde z. B. von München mit gleichem Porto und fast gleicher Regelmäßigkeit nach Chartum wie nach Paris befördert, abgesehen von der Zeit, denn der Brief nach Chartum brauchte regelmäßig seine 34 bis 36 Tage. Die Eröffnung des Suezkanales hat die Ostküste Afrikas in Bezug auf den Verkehr bedeutend näher an Europa heran gerückt. Von Triest, Brindisi, Neapel, Genua, Marseille aus bestehen regelmäßige Schiffahrtslinien der europäischen Schiffahrtsgesellschaften nach dem Norden Afrikas, nach Aegypten, dem Rothen Meere und Zansibar, während andere vom Norden, Westen und Süden Europas den Verkehr mit der afrikanischen Westküste vermitteln. Die fortschreitende Vervollkommnung der technischen Verkehrsmittel, sowie die Conkurrenz der verschiedenen Gesellschaften bewirken eine stete Erhöhung der Fahrgeschwindigkeit und zugleich Fahrsicherheit. Aber nicht nur auf dem Meere, auch auf dem Continente wird die Verkehrsverbindung gefördert. Regierungen und Privatgesellschaften benützen mit Vortheil die natürlichen Verkehrswege der Flüsse; auf dem Nile und Congo findet regelmäßige Schiffahrt statt, soweit dieselbe nicht durch Hindernisse, wie die Katarakten, gehemmt ist. Seinerzeit bestand regelmäßige Verbindung zwischen Chartum und der Aequatorialprovinz, wo Emin Pascha in Lado und Wadelai die Interessen Aegyptens vertrat. Der Transport vermittelst der Träger, Kameele und Rinder wird systematisch geregelt. Die Einführung der Eisenbahnen in Folge der Colonialpolitik rücken das Innere der Küste näher. Welchen Vortheil hätte z. B. eine Eisenbahn von Suakim am Rothen Meere nach Berber und Chartum, wie sie bereits projektirt war, oder eine solche von Algier oder Tunis nach dem westlichen Sudan! Der Vortheil für die Christianisirung und Civilisirung des Innern wäre ein unberechenbarer. Diese Vortheile sind aber nur durch die Colonialmächte möglich. Bisher hatten die Araber den Handel in Händen in einem großen Theile Afrikas. Diese aber sind unfähig, die Kraft des Dampfes sich dienstbar zu machen. So sehen wir, daß Dampfschiffahrt,



Eisenbahnverkehr, ebenso wie Telegraph und Telephon, im Oriente wie in Afrika unter europäischer Leitung betrieben werden. Die frommen Muselmänner hassen dergleichen Dinge nicht umsonst als Erfindungen christlichen Geistes. Bei Erwähnung des Handels ist der Sklavenhandel und seine Folge, der Sklavenraub, nicht zu vergessen. Wir sind weitentfernt zu glauben, daß die politische Macht allein den Sklavenhandel in Afrika abschaffen kann; andererseits aber ist ihr Auftreten in dieser Frage nicht zu unterschätzen. Da wo die wiederholt eingeschärften Verbote des Negerraubes und Sklavenhandels consequent übertreten werden, ist ein energisches Einschreiten der exekutiven Gewalt am Platze; es müssen abschreckende Beispiele gegeben werden; dieß ist nicht Sache der christlichen Missionäre.

Der Colonialstaat tritt vor den Augen der Eingeborenen als großes Ganzes auf mit seinen Macht- und Culturmitteln. Nun sind die Afrikaner in ihrem jetzigen Zustande derart angelegt, daß sie sich leicht durch das, was auf ihre Sinne wirkt und ihr Staunen erregt, anziehen lassen, leichter als durch eindringliche Belehrung und Ueberredung, ohne jedoch für letztere gänzlich unempfänglich zu sein. Die geringsten Dinge, Spielzeug, Bilder, Augengläser, soferne sie ihnen unbekannt sind, erregen ihre Neugierde und ihr Staunen. Der selige Missionsbischof Comboni gewann sich die Achtung des Großhäuptlings der Nuba, südlich von Kordofan, durch das Spiel des Harmoniums. Der Häuptling, entzückt über dieses Instrument und noch mehr über den Spieler, rief aus: „Du bist ein Gott, kein Mensch kann so etwas!" und lud ihn ein, sich mit seiner Mission in das Land Nuba zu begeben. So entstand die Mission von Dschebel-Nuba. Wir könnten zahlreiche Beispiele dieser Art anführen. Wie im Kleinen so im Großen. Der Colonialstaat, der in Afrika mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln auftritt und den Eingeborenen die Culturerfolge des Christenthums in seinen Einrichtungen darstellt, ist hiemit Ursache, daß jene eine hohe Idee von den Weißen und ihrer Macht bekommen, und dieß kommt dem Wirken der Glaubensboten zu Gute.

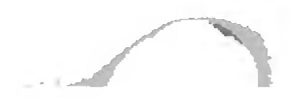
Die Erfahrung zeigt bis jetzt, daß weiße Missionäre mehr Einfluß unter den Negern haben, als schwarze. Während die Neger ersteren mit Ehrfurcht begegnen und in ihnen überlegene

Geschöpfe erblicken, betrachten sie letztere als ihres Gleichen; es ist uns vorgekommen, daß ihnen von den Negern entgegengehalten wurde: „Ihr waret Sklaven wie wir!“ Hieraus zu schließen, daß ein eingeborener Klerus in Afrika unnütz sei, ist indeß unrichtig. Im Gegentheile sind wir der Ueberzeugung, daß man dahin wirken müsse, einen eingeborenen Klerus heranzubilden; aber dieser wird noch lange Zeit unter europäischer Leitung stehen müssen, bevor er sich selbst überlassen werden kann. Sowohl die europäische Mission für die einzig mögliche auf die Dauer zu halten, als vermittelst eines afrikanischen Klerus allein die Bekehrung des schwarzen Continentes anstreben zu wollen, scheint unrichtig. Es muß ein eingeborener Klerus herangebildet werden — was möglich ist — und dieser muß im Laufe von Generationen unter Aufsicht und Leitung europäischer Missionäre dahin ausgebildet werden, daß er eine Garantie für seine Standhaftigkeit und Berufstreue zu geben im Stande ist.

Außer dem der Christianisirung günstigen Einflusse, den der Colonialstaat durch die Ueberlegenheit der Weißen auf die Afrikaner ausübt, ist der äußere Schutz, den derselbe den Missionen gewährt, nicht zu unterschätzen. Wie bereits erwähnt, kommt es allerdings vor, daß die christlichen Missionäre im Falle kriegerischer Verwicklungen zwischen der Colonialmacht und den Eingebornen in ihrem Wirken gestört und oft als Mitschuldige behandelt werden, wie dieß z. B. der jüngste Aufstand in Zansibar und die Empörung des Mahdi im ägyptischen Sudan bewies. Aber dieß sind eben außerordentliche Fälle, im gewöhnlichen Gange der Dinge ist der Schutz, den die Staaten den Missionen angedeihen lassen, von hohem Werthe. Auch der hl. Franz Xaver lehnte es nicht ab, bei besonderen Anlässen mit dem ganzen Apparate der portugiesischen Macht in den Colonien Indiens und Japans aufzutreten, und der Erfolg bestätigte seine Anschauung. Es ist unbedingt falsch, in der Anwesenheit der europäischen Mächte in Afrika, in den europäischen Consulareinrichtungen u. s. w. ein Hinderniß für die Missionen zu erblicken. Man muß eben die Dinge von großen Gesichtspunkten aus betrachten. Es gibt Fälle, in denen die Colonialmacht die Ausbreitung des Christenthums schädigt.

Man ziehe aber hieraus keinen Schluß auf das Ganze; man verwerfe nicht das Eintreten der Colonialmacht wegen einiger für die Christianisirung sich ergebender Nachtheile. Wie kleinlich ist es, den Engländern bei ihrer Politik in Aegypten Vorwürfe über Eigennutz und Interessensucht zu machen, und dabei die enormen Vortheile zu übersehen, die sich aus der Occupation für die Christianisirung und Civilisirung Aegyptens ergeben? Man frage nur alle die in Aegypten wirkenden Orden, Institute und Congregationen, ob sie mit den Engländern unzufrieden sind! Manchen möchten zwar nationale Unternehmungen genehmer sein, aber alle werden gestehen, daß die Thatsache von großem Werthe für die Cultur des Christenthums im Lande der Pharaonen ist. Ebenso verhält es sich mit der Politik der Franzosen in Algier, der Italiener am Rothen Meere, der Deutschen in Ostafrika. Wir könnten diesen Punkt weiter ausführen und durch Beispiele beleuchten, wir unterlassen es aber, eben weil wir die Sache von einem großen Gesichtspunkte aus betrachten und uns nicht in nationale Eifersüchteleien einlassen wollen. Von meinem Standpunkte als afrikanischer Missionär aus beurtheile ich die Vorgänge in Afrika, ohne der Einen Macht einen Vorzug vor der anderen einzuräumen. Alle christlichen Mächte, welche in Afrika Colonialpolitik treiben, dienen der Sache der Christianisirung des schwarzen Continentes mehr oder weniger indirekt. Es handelt sich dort um den Sieg christlicher Cultur über mohamedanische und heidnische Sklaverei und Barbarei. Man möge sich ja nicht durch zeitweilige Mißerfolge abschrecken lassen! Dieß sind die Geburtswehen einer neuen Zeit und großen Zukunft für Afrika. Was sind da alle die Kleinstädtereien in Europa, die in den öffentlichen Tagesblättern berichtet werden, im Vergleich mit den weltbewegenden Ereignissen, die heute auf afrikanischer Erde vor sich gehen?

Alle jene aber, welche die Vorgänge in Afrika von diesem Gesichtspunkte aus beurtheilen, werden obiger Darlegung zustimmen, obwohl man über einzelne Punkte verschiedener Ansicht sein kann. Unser Vaterland bleibt nicht zurück in diesem allgemeinen Wettkampfe für die Christianisirung Afrikas. Reichskanzler Fürst Bismarck sagte in der Reichstagssitzung vom 26. Januar d. Js.: „Es geht ein nationaler Zug durch das



deutsche Reich, Theil zu nehmen an der Christianisirung und Civilisirung dieses großen Welttheiles". Zugegeben, daß das Reich nicht direkt die Christianisirung der Afrikaner beabsichtigt, bleiben wir bei der Ansicht, daß diese Politik in großem Maße der Christianisirung Vorschub leistet. Sie thut es, vielleicht ohne es zu beabsichtigen, in der oben angedeuteten Weise. Wie mit Deutschland, so verhält es sich mit den anderen Colonialmächten.

Im November 1889. P. Franz Xaver Geyer.
apost. Missionär von Central-Afrika.

LXII.

Zeitläufe.

Bemerkungen zu der neuesten Vorlage des Socialisten-Gesetzes beim Reichstag. I.

Am 24. November 1889.

Als vor bald zwei Jahren das Socialistengesetz nach der noch verschärften Vorlage des Herrn von Puttkamer im Reichstag berathen wurde, sagte der Abgeordnete Bamberger in der Sitzung vom 28. Januar: „Alle Nationen glauben, ohne Ausnahmegesetz existiren zu können mit alleiniger Ausnahme der starken und auf ihre Stärke so sehr pochenden deutschen Nation; nur wir glauben, trotz unseres Kraftbewußtseyns ohne Ausnahmegesetz nicht bestehen zu können." Wie ist das so gekommen?

Im Jahre 1878 fanden kurz nacheinander, am 11. Mai und 2. Juni, zwei Attentate auf Kaiser Wilhelm I. statt. Ein Zusammenhang der beiden Mordgesellen mit den Socialdemokraten ist nicht nachgewiesen worden; im Gegentheile

hatte sich der Eine bei den Christlich-Socialen Stöcker's zeitweilig eingefunden, der andere war mit den National-liberalen gegangen. Aber der Verdacht fiel nun einmal auf die Socialdemokratie, und der Reichskanzler soll in der ersten Erregung telegraphisch den Befehl ertheilt haben: „Socialistengesetz her!" Die eilige erste Vorlage wurde am 24. Mai vom Reichstag mit sehr großer Mehrheit gegen die preußisch Conservativen abgelehnt. Als am 2. Juni das zweite Attentat erfolgte, wurde der Reichstag sofort aufgelöst und der neugewählte nahm das Socialistengesetz auf die Frist von zwei Jahren an.

Die Regierungskreise hatten damals angenommen, daß es sich bei der socialdemokratischen Bewegung nur um eine vorübergehende Erscheinung handle, deren Unterdrückung mit den nun gewährten Polizeimitteln bloß eine Frage der Zeit sei. Sie hatten sich gründlich geirrt, und die hitzige Uebereilung im Frühjahr von 1878 mag schon oft bereut worden seyn. Aber auch bei dieser Sackgasse war es leichter, hinein- als wieder herauszukommen. Im Jahre 1879 erstatteten die socialdemokratischen Abgeordneten zum Reichstag im „Züricher Socialdemokrat" einen Rechenschaftsbericht, in welchem sich der charakteristische Satz fand: „die schlimmsten Verfolgungen der Behörden seien nichts, verglichen mit jenem Wirbelsturme des Hasses und des Schreckens, der sich 1878 anläßlich der Attentate aus dem Volke heraus gegen die Partei erhoben habe; deßhalb müsse die Partei durch strengste Gesetzlichkeit das volle Vertrauen des Volkes zu gewinnen suchen, damit dasselbe die Socialdemokraten als Märtyrer ihrer Ueberzeugung betrachte." [1]) Warum hat man es damals nicht lieber den Socialdemokraten überlassen, sich mit dieser Volksstimmung öffentlich auseinanderzusetzen, anstatt sie auf den gefährlichen Weg der Geheimbünde zu zwingen, ihnen die Aufgabe der öffentlichen Vertheidigung

---

1) Bongartz' „Christlich-sociale Blätter". Neuß 1880. S. 600.

polizeilich abzunehmen und sie so wirklich als Märtyrer erscheinen zu lassen?

Zwietracht und persönliche Reibereien unter den socialdemokratischen Führern sind so alt wie die Partei selbst. Man würde seine Wunder erlebt haben, wenn sie in die Lage gekommen wären, in öffentlicher Aussprache die anarchistischen Elemente, wie Most-Hasselmann, von sich auszustoßen. Wer weiß, ob die Mordthaten und Mordanschläge von Frankfurt a. M. und am Niederwald dann überhaupt vorgekommen wären? Jedenfalls ist es doch höchst auffallend, daß alle diese Verbrecher Reichsdeutsche waren, sogar unter den sieben Verschworenen beim Dynamitmord zu Chicago im fernern Nordamerika fünf Deutsche sich befanden, und außer dem Bereich des deutschen Socialistengesetzes nirgends derartige Blutmenschen erwuchsen. Wie eine gespenstische Erscheinung sind diese Gräuelthaten zur Blüthezeit des Socialistengesetzes aufgetaucht und wieder verschwunden. Reichte das gemeine Recht gegen solche Erfahrungen nicht aus, so wäre doch jedenfalls nur ein Specialgesetz wie in Oesterreich vorübergehend angezeigt gewesen.

Der Reichskanzler selbst hat die Socialdemokratie nicht immer im Lichte der Attentate von 1878 und der anarchistischen Verbrechen betrachtet. In der Reichstagssitzung vom 26. November 1884, als es die Partei bis auf zwei Dutzend Abgeordnete gebracht hatte, hielt er eine Rede, nach der man meinen könnte, er müßte nun selber für die Verwerfung des Socialistengesetzes stimmen. „Wenn", sagte er, „die Herren erst mit positiven Plänen herauskommen, werden sie viel zahmer, als sie sind, auch in ihrer Agitation, und die Zahl ihrer Anhänger wird sich ganz außerordentlich lichten. Ich wollte, wir könnten ihnen eine Provinz einräumen und ihnen in Entreprise geben, ich möchte sehen, wie sie wirthschaften. Dann würde die Zahl ihrer Anhänger sich lichten, vielleicht über den Bedarf hinaus; denn die Socialdemokratie ist so, wie sie ist, doch immer ein Mene-Tekel

für die besitzenden Classen dafür, daß nicht Alles so ist, wie es seyn sollte, daß die Hand zum Bessern angelegt werden kann, und insoferne ist ja die Opposition ganz außerordentlich nützlich." Er wünschte sich sogar noch ein weiteres Dutzend Socialdemokraten in den Reichstag, und selbst ihre Agitation durch die Presse machte dem Kanzler keine Angst: „Es sind das eben Gebilde, die von den Verführten nur im Dunkel und unter der Blendlaterne der Verführer gesehen werden; wenn sie hinreichend an die Luft und an die Sonne kommen, so müssen sie in ihrer Unausführbarkeit und verbrecherischen Thorheit erkannt werden."

Der Abgeordnete Dr. P. Reichensperger berief sich auf diese Kanzlerrede, als er gegenüber der Puttkamer'schen Vorlage von 1887 erklärte, warum er zwar dreimal für die Verlängerung des Socialistengesetzes gestimmt habe, jetzt aber dagegen stimmen werde.[1]) Das ganze Centrum, bis auf 6 oder 7 Stimmen, folgte ihm nach. Als erster Redner über die jetzige Vorlage in der Sitzung vom 5. November wiederholte der Herr Abgeordnete dieselbe Erklärung. Gleich im Beginn seiner Rede warnte er vor den Uebertreibungen, auf welche man die Nothwendigkeit des Ausnahmegesetzes zu stützen suche. „Ich bin nämlich der Meinung, daß eine solche übertriebene Darstellung von der Gefährlichkeit der socialdemokratischen Agitationen gegenüber der bestehenden Gesellschaftsordnung bedenklich, ja schädlich ist, weil mit ihr gleichen Schritt hält eine übertriebene Vorstellung von der Macht dieser Partei, wodurch dann hinwiederum das Selbstvertrauen und die Siegeszuversicht der Agitatoren verstärkt und die Anziehungskraft der Partei vermehrt wird."

Worin der Redner die eigentliche Gefährlichkeit der Socialdemokratie erblickt, zeigt eine Aeußerung, die er im Hinblicke auf die Vorgänge seit dem großen Streik in den Bergwerken von Rheinland-Westfalen einfließen ließ: „Wenn

---

1) Berliner „Germania" vom 31. Januar 1888.

olche Vorgänge allgemeiner werden sollten, dann wäre es weit eher nothwendig, ein drakonisches Gesetz gegen das Coalitionsrecht der Arbeit**geber** zu erlassen, als ein Socialistengesetz." Herr Reichensperger gehörte zu der kleinen Minderheit des Centrums, welche für das jüngste Arbeiter-Versicherungsgesetz mit Reichszuschuß gestimmt hat. Er hat es gethan, weil er glaubte und noch glaubt, daß diese Socialreform ein „neubelebtes Vertrauen der Arbeiterkreise" begründen und also eine Assekuranz gegen die sociale Gefahr seyn werde. Die Regierung selbst vertraut ihrem eigenen Werke viel weniger. Sie wagt es auf absehbare Zeit nicht, solch eine Ausschlag gebende Wirkung ihrer Socialreform zu berechnen, und darum verlangt sie die zeitlich unbeschränkte Dauer des Ausnahmegesetzes.

Gegenüber der Vorlage von 1887 hat Herr Reichensperger gesagt: „Gewiß ist es, daß die verbündeten Regierungen heute mehr noch, als vor zehn Jahren, den eigentlichen Charakter des Uebels verkennen; sie sehen nicht, daß es sich hier um eine geistige, eine innere, psychologische Krankheit handelt, die man nicht mit den mechanischen Mitteln der Repression bekämpfen kann. Die Symptome dieser Krankheit zu bekämpfen, nutzt wenig oder nichts; die gegenseitige Spannung der Geister wird damit nicht überwunden." Seit diese Worte gesprochen wurden, ist nun die geistige Krankheit auch körperlich ausgebrochen, und in der großartigen Arbeiterbewegung, von der selbst Herr Kulemann, der beauftragte Referent der Nationalliberalen, gesagt hat, daß sie „eine welthistorische sei und sich mit Elementargewalt vollziehe," stehen sich die Extreme greifbar gegenüber.

Als die Berliner Nachwahlen von 1878 immer noch 56,000 Stimmen für socialdemokratische Candidaten ergaben, wurde aus der verhältnißmäßig geringen Zahl der Abonnenten des Berliner Parteiorgans berechnet, daß höchstens ein Drittel von jener Stimmenzahl wirklichen Socialdemokraten angehörte, während die übrigen zwei Drittel von überhaupt

unzufriedenen Elementen herrührten, die durch die social-demokratische Stimmabgabe nur ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen Ausdruck geben wollten.[1] Es gibt nach Stand und Beruf verschiedene mit den Verhältnissen Unzufriedene, und die Arbeiterwelt stellte damals wohl noch nicht das größte Contingent. Wie steht es aber jetzt? Die Unzufriedenheit der Einen, sozusagen innerlichen, Art wächst von Tag zu Tag mit dem leiblichen und geistigen Elend; von der gewaltigen Bewegung in der Arbeiterwelt aber hat Hr. Bebel in der Reichstagssitzung vom 7. d. Mts. gesagt: „Wir vertreten allerdings nicht alle Arbeiter; wir vertreten nur die Classe der ihrer selbst bewußten Arbeiter; Sie wollen verhüten, daß der Arbeiter aufgeklärt wird, weil er sonst auf jeden Fall sich zur Socialdemokratie bekennt."

In der That ist es so. Die Socialdemokratie hat zur Linken die zu Allem fähige Hülfsmacht der Declassirten, jenes täglich mehr anschwellenden halb- und ganz gebildeten Proletariats; zur Rechten aber organisirt sich gerade jetzt der Classenkampf in der Arbeiterwelt von ganz Europa, und ob auch diese gewaltige Macht der „Aufklärung" durch den Geist der Socialdemokratie anheimfallen wird: das ist die bange Frage.

Gegenüber der Vorlage von 1887 hat das Pastoren-Blatt am Rhein einen Vergleich zwischen der neuen Partei und den früheren revolutionären Parteien angestellt: „Wenn die liberalen Parteien mehr aus dem Rationalismus erwachsen sind, so ist die Socialdemokratie anerkanntermaßen eine Frucht des Naturalismus und seiner Anwendung auf die politischen und socialen Verhältnisse. Nun wird man aber den Naturalismus ebensowenig, wie den Rationalismus mit Staatsgesetzen ausrotten können oder wollen, und zwar umsoweniger, als er von einem großen Theil der Wissenschaft, der Presse und der Unterhaltungsliteratur unter den

---

1) Bongartz a. a. O.

Auspicien des Staats gepflegt und durch zahllose Canäle täglich in das Volksleben eingeführt wird." Das Blatt meint: man möge sich auch nicht einbilden, daß „man die Socialdemokratie durch sociale Reformen aus der Welt schaffen könne, man werde durch die Socialreform vielleicht auch nichts weiter erreichen, als daß die Socialdemokratie ihren revolutionären Charakter und vor Allem ihre Macht über große Arbeiterkreise verliere", ebenso wie die früheren revolutionären Parteien des Liberalismus und der Demokratie durch staatliche Reform ihren revolutionären Charakter verloren hätten.[1])

Darauf käme es nun freilich an; aber der Vergleich hinkt. Die Ziele der genannten früheren Parteien ließen sich, gleichviel ob zum Heil oder zum Unheil, durch staatliche Reform immerhin noch im Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung einfügen; bei der Socialdemokratie ist dieß aber eingestandenermaßen nicht der Fall, und wenn sie ihren revolutionären Charakter verlieren sollte, so wäre sie einfach nicht mehr da. Daß sie aber ihre Macht über die Arbeiterkreise nicht einbüße, dafür sorgt die versteinerte Selbstsucht der capitalistischen Produktion. Jener Amerikaner hat den Nagel auf den Kopf getroffen mit dem Wort: die dämonischen Naturkräfte, und ihre Ausbeutung in allen den neuen Erfindungen, seien den Menschen über den Kopf gewachsen. Und zwar den Arbeitgebern nicht weniger, als den Arbeitern. Das ist der fleischgewordene moderne „Naturalismus". Jene können und wollen nicht zurück, diese müssen vorwärts; und man kann zweifeln, ob der Mißbrauch der bestehenden Gesellschaftsordnung nicht für immer ihren richtigen Gebrauch unmöglich gemacht habe. In diesem Zweifel wurzelt die Gefährlichkeit der Socialdemokratie für die gesammte Arbeiterwelt, und der Zweifel ist offenbar schon sehr weit verbreitet.

---

1) Aus dem „Reichsboten" s. „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung" vom 22. Januar 1888.

Hr. Bebel hat auf eine bezeichnende Stelle in den Motiven der neuen Gesetzvorlage hingewiesen: „Die socialistische Lehre soll vom Gesetze nicht betroffen werden, sondern nur die Agitation dafür": das sei doch ein unbegreiflicher Widerspruch. Gewiß; es bedarf aber auch keiner Lehrpredigt mehr, der Fingerzeig genügt. Der Arbeiter brauchte sich die allseitige Ausgestaltung des naturalistischen Geistes nur mit offenen Augen anzuschauen. „Die Klagen über die Genußsucht und den Luxus der Arbeiter sind ja alt", sagte der Socialist Frohme in der Reichstagssitzung vom 15. November, „aber die besitzenden Classen gehen mit dem schlechten Beispiel voran; fangen Sie doch bei den Gesellschaftsclassen, welche Sie repräsentiren, mit der Besserung an!" Der Redner von der Rechten erklärte sich damit vollkommen einverstanden: „Der Atheismus und Materialismus, der Haß gegen das Christenthum und andere Dinge sind nicht bei den Arbeitern erwachsen, sondern von oben in die Massen gedrungen."

Schulze-Delitzsch, der liberale Apostel der socialen Selbsthülfe, hat einst von der Tribüne herab den Ausbeutern der capitalistischen Produktion warnend zugerufen: „Entfesseln Sie die Bestie nicht!" Seitdem hat sich die Gier der Ausbeutung im Sturmschritt auf's Höchste gesteigert, und ist der nothwendige Lebensbedarf der Mittellosen in demselben Maße unerschwinglicher geworden. Lebte Herr Schulze heute noch, so müßte er sagen: Nun haben Sie in Ihrer Verblendung doch die „Bestie", die ich meinte, entfesselt! Man wird nicht fehl gehen, wenn man in dem großen Streik der Dockarbeiter zu London und der grandiosen Arbeitseinstellung der rheinisch-westfälischen Bergleute mit Allem, was daran hängt, den neuen Zeitabschnitt im Verlauf der Arbeiterfrage erblickt. Seitdem rührt es sich wie in einem vom Orkan umgeworfenen Bienenstande diesseits und jenseits des Canals; ganz England bedeckt sich mit corporativen Vereinigungen aller möglichen Gewerke bis zu

n Londoner Hemdnäherinen herab, und man braucht nur
ne von den paar Berliner Zeitungen, welche der Beweg-
ıg noch offen stehen, zu überblicken, um über die Inserate
ı staunen, welche allwöchentlich Versammlung auf Versamm-
ıng von Fach-, wie allgemeinen Volks- und Wahlvereinen
nkündigen.

Daß in beiden Fällen die Arbeitgeber, wenn sie Kopf
nd Herz noch auf dem rechten Flecke hätten, dem Aergsten
:chtzeitig hätten vorbeugen können, ist gewiß und insbeson-
ere von den Beamten der westfälischen Aktiengesellschaften
ıachgewiesen. Aber man spürte vielmehr darnach, ob nicht
ine Verhetzung Seitens der Socialdemokraten dahinter stecke.
Wenn sich das herausstellte, wurde der Deputation der west-
älischen Bergleute zu Berlin bei Hofe gesagt, „lasse ich Alles
iber den Haufen schießen". Mag aber die Socialdemokratie
daran noch so unschuldig seyn, zu Gute kommt es ihr nun
doch; sie braucht gar nichts dazu zu thun, es vollzieht sich
mit Naturgewalt die Einmündung in ihr Flußbett. Als in
Westfalen der „Rechtsschutzverein der Grubenleute" gebildet
wurde, erschienen, trotz aller Gegenbemühungen aus katholi-
schen Kreisen, an der Spitze jene drei des Socialdemokratismus
verdächtigen Protestanten von der Deputation. Ueber die
Londoner Bewegung aber schrieb der greise Socialist Engels,
außer sich vor Freude, das noch erlebt zu haben, an deren
Leiter: „O, hätte Marx das doch erlebt! Wenn diese armen,
niedergedrückten Menschen, diese Hefe des Proletariats, diese
Abfälle aller Gewerke, die sich jeden Morgen an den Thoren
der Docks um Arbeit prügeln, wenn die sich vereinigen und
durch ihre Entschlossenheit den mächtigen Dockcompagnien
Schrecken einjagen können: dann brauchen wir nicht an irgend
einer Schicht der Arbeiterclasse zu verzweifeln." [1])

Auch noch nach der Beendigung des großen Streiks in
Rheinland-Westfalen haben die Bergbehörden durch ihre Härte

---

1) „Berliner Volkstribüne" vom 26. Okt. d. Js.

und hinterlistigen Maßregelungen einflußreicher Personen unter der Arbeiterschaft dem socialdemokratischen Dogma die trefflichsten Dienste geleistet. Die Erinnerung an die kaiserliche Vermahnung der Arbeitgeber legte die Frage nahe: was das Alles nun genutzt habe? sowie den Schluß, daß der gegenwärtige Staat wirklich gar nicht im Stande sei, den Arbeitern zu ihrem Recht zu verhelfen, weil die Capitalisten-Classe alle Faktoren des Staatslebens, bis zu den höchsten, beherrsche. Das „Berliner Volksblatt“ äußerte sich damals hocherfreut: „Wenn wieder einmal von dem ‚socialen Königthum‘ gesprochen wird, so brauchen sich die Arbeiter nur in's Gedächtniß zu rufen, wie ohnmächtig die persönlichen Wünsche auch der Höchstgestellten sich gegenüber dem heutigen Classenstaat erwiesen haben. Das ‚sociale Königthum‘ ist eine mehr oder weniger ernstgemeinte Utopisterei, der Classenstaat aber eine Wirklichkeit; er wird nie und nimmermehr von oben herab beseitigt werden.“ Ein Berliner Berichterstatter bemerkte dazu: „Mehr kann sich der eingefleischteste Socialdemokrat zur Stärkung seiner Umsturzgedanken nicht wünschen.“ [1]

Noch ehe die Reichstagswahlen von 1887 das erschreckende Wachsthum der Socialdemokratie erwiesen, stand 1886 in der Begründung zur Verlängerung des Socialistengesetzes: es habe die socialdemokratische Bewegung „an Breite“ gewonnen; und in der nächstfolgenden Denkschrift des Bundesraths hieß es: die in und um Berlin unter den Arbeitern überhaupt bestehende Lohnbewegung habe begonnen, ihren rein wirthschaftlichen Charakter zu verlieren, und es sei die Begehung von Gewaltthaten zu befürchten, wenn die streikenden Arbeiter „die Zeit dazu für gekommen hielten.“ Sogar die Arbeiterschaft der öffentlichen Verkehrsanstalten erachtet die Denkschrift für „socialdemokratisch unterwühlt“, und zwar in einem „Umfange und einer Intensität“, welche unübersehbar verhängnißvolle Folgen zu befürchten gebe. [2]) Dennoch

1) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 12. Juli d. Js.

2) Berliner „Germania“ vom 9. Okt. 1887.

glaubten die Nationalliberalen bei den Septennatswahlen gegen die „Umsturzpartei“ nicht heicklich seyn zu sollen. Der Abg. Bebel rief ihnen höhnend in's Gedächtniß, daß sie bei den Wahlen um die Stimmen der Socialdemokraten gebuhlt, daß Herr von Fischer in München um sie in einer feurigen Rede geworben, und daß die „Kölnische Zeitung“ es für eine richtige Taktik erklärte, offen zu bekennen, daß „wir den Socialdemokraten nicht als den schlimmsten Feind behandelt wissen wollen“.[1] Man verstehe: sondern den „Klerikalen“.

Aus dem Reichstag erließen die socialdemokratischen Abgeordneten damals einen Aufruf, in welchem sie sagten: „Die Zeiten sind uns günstig, wie nie zuvor.“ Was werden sie sich erst jetzt von der Gunst der Zeit in Folge der großen Streiks versprechen? Damals rechneten sie auf „mindestens“ eine Million Stimmen bei den nächsten Wahlen. Mehr und mehr offenbart sich nun auch noch ein anderer tiefliegender Grund, welcher der socialdemokratischen Bewegung naturgemäß zu Gute kommt. Er liegt in der jungen Generation, die nun allmählig in's Volksleben eintritt; und an ihr hat der „Schulmeister von Sadowa“ in einer Weise seine Schuldigkeit gethan, über die seinen älteren Bewunderern bereits die Augen übergehen. Ein scharfsichtiger Beobachter berichtet darüber aus dem Brennpunkt der Bewegung, aus Berlin:

„Neulich hörte ich in einer Arbeiterversammlung von einem Redner das ‚finstere‘ Mittelalter loben, weil es da einen Maximal-Arbeitstag und mehr Feiertage, als heute gegeben habe. Damals hätten sich die Menschen nicht so abrackern müssen, als heute, wo die wilde Concurrenzjagd die Menschen Tag und Nacht zur Production zwinge und sie zu keinem ruhigen Leben kommen lasse. Der Mann hatte nicht Unrecht. Es ist überhaupt er-

---

1) S. in der Berliner „Germania“ vom 5. November d. Js. den vierzehnten Artikel „Zur Geschichte des Socialistengesetzes“, welche Reihe von Abhandlungen hoffentlich in eigener Ausgabe erscheinen, und von den Präsidien aller deutschen Parlamente zur Vertheilung an ihre „Häuser“ angekauft werden wird.

staunlich, welcher Verstandesschärfe und Belesenheit man hier bei manchem jungen Arbeiterführer begegnet. In vielen dieser Leute steckt ein hoher Grad von Idealismus und Aufopferungsfähigkeit, so daß man sich nicht wundern darf, wenn hier der Socialismus reißende Fortschritte macht. Ich möchte wünschen, daß manche Corpsstudenten, die später unsere Staatsmaschinerie leiten sollen, mehr von diesem Idealismus an sich hätten und weniger streberhafte Neigungen bekundeten."

„Neuerdings erhalten die Socialdemokraten aus dem Gelehrten-Proletariat Zuzug. Rechtsanwälte ohne Clienten, Mediciner ohne Praxis, Philologen ohne Schulamt drängen sich in die zahlreichen Arbeiter-Vereine, und halten dort gegen billiges Honorar Vorträge über alle möglichen Dinge. Rechtsanwälte und Aerzte empfehlen sich im Inseratentheil der social-demokratischen Blätter. Dieser Zuzug dürfte bei der Ueberfüllung der sogenannten gelehrten Berufe immer größer werden. Zum Lohnkampf im nächsten Frühjahr rüsten sich jetzt bereits die Schneider, Schuhmacher, Tischler, Bildhauer und Zimmerleute. Die Gährung unter der Arbeiterschaft ist allgemein, und immer mehr werden auch die Arbeiterinen in die Bewegung hineingezogen." [1])

Mit einziger Ausnahme der Jahre 1878 und 1881 war die Zahl der socialdemokratischen Stimmen bei den Wahlen fortwährend gewachsen. Damals wirkte einerseits noch der Atten-

---

1) „Kölnische Volkszeitung" vom 11. u. 18. Oktober d. Js. Derselbe Beobachter berichtet über die neueste, von Berlin aus eingeführte Art der socialdemokratischen Kriegführung: das sogenannte Boycottiren. Diese wirthschaftliche Kampfart ist aus Irland und Nordamerika herübergenommen, und besteht aus der Verrufserklärung bürgerlicher Geschäfte, welche sich der Partei irgendwie unliebsam gemacht haben. Sie hat bereits Tabak- und Cigarrenfirmen, Bräuer und Wirthe, schließlich auch einen der bedeutendsten Milchhändler mit der „großen Excommunikation" belegt, und die staunenswerthe Disciplin der Genossen hat ihr den vollständigen Erfolg verschafft. Die Partei wußte früher für ihre Versammlungen kein Lokal mehr zu bekommen, weil die Besitzer die polizeiliche Chikane fürchteten; jetzt hat sie die Auswahl.

tatsschrecken nach, und andrerseits mußte sich die Partei unter dem ersten zermalmenden Druck des Ausnahmegesetzes erst wieder einleben. Damals wurde auch der erste und letzte Versuch gemacht, eine „große nationale Arbeiterpartei" zu schaffen. Ein Herr Tiedemann, der Leibsekretär des Kanzlers, sollte der Werkführer seyn und die Trümmer der alten Lassalle'schen Partei in Hamburg sollten als Unterlage der neuen Gründung dienen. Eine „staatssocialistische, sowohl die Internationalität, als den gewaltsamen Umsturz prinzipiell verläugnende, Arbeiterpartei:" so lautete der Titel der Gründung. Es wurde officiös viel Hoffnungsvolles darüber geschrieben,[1]) und auch später noch vegetirte der Gedanke, daß wenigstens ein Theil der Socialdemokraten „sich in ein zahmes Reichs-Hausthier verwandeln und mit der dünnen Milch der Arbeiterversicherung sich begnügen könnte". Allein der erste Versuch verlief nach wenigen Wochen im Sande, und die kaiserliche Botschaft vom 17. Nov. 1881 ging ohne irgend einen socialdemokratischen Widerhall in's Land hinaus.

Im Jahre 1884 erhöhte sich, zur allgemeinen Bestürzung die Zahl der socialdemokratischen Stimmen um nicht weniger als 238,029 gegen das Jahr 1881 und um mehr als Hunderttausend gegen das Jahr 1878. Die Zahl der Abgeordneten von der Partei verdoppelte sich auf 24, resp. 25. Im Verhältniß zu den abgegebenen Stimmen der anderen Parteien hätten auf die Socialdemokraten 38 und im Jahre 1887 sogar 40 Abgeordnetensitze getroffen. Denn bei diesen letzten Wahlen erhielten sie 763,128 Stimmen, wieder über 200,000 mehr als bei den vorigen, um 653,000 mehr als im Jahre 1871, wo sie auch noch dreifach gespalten waren, und in Berlin allein über 90,000 Stimmen mehr als im letztgenannten Jahre. Trotz-

---

1) Man vgl. die Abhandlung: „Die socialdemokratische Secession" in der Augsburger „Allg. Zeitung vom 8. September 1880 und: „Der Staatssocialismus in Deutschland" in der Wiener „Neuen Freien Presse" vom 8. September 1880.

dem fiel die Zahl ihrer Abgeordneten unter die Hälfte, auf 11, denn die „Zählkandidaten“ gehen hier leer aus. Für die Wahlen von 1887 gibt es auch eine confessionelle Statistik, nach welcher in überwiegend protestantischen Kreisen nahezu 700,000, in überwiegend katholischen nicht ganz 70,000 Stimmen auf Socialdemokraten fielen. Letztere Ziffer ist verhältnißmäßig geringfügig, bedeutete aber doch schon eine merkliche Zunahme gegen früher. Leider!

Gegenüber diesen Ziffern ist außerdem nicht zu übersehen, unter welch' schwerem Druck auf die Arbeiterbevölkerung die Wahlen in dieser ganzen Zeit vor sich gegangen sind. Herr Dr. Reichensperger hat jüngst noch auf eine dieser Verhöhnungen der gesetzlichen Wahlfreiheit hingewiesen. „Wir haben hier bei den Wahlprüfungen auch gesehen, daß die Capitalmacht den Arbeitern sogar das freie Wahlrecht aus den Händen nehmen zu können geglaubt hat — durch die Androhung der Brodentziehung. Wenn man die Arbeiter zu politischen Sklaven machen will, darf man sich nicht wundern, daß sie Socialdemokraten werden; die Natur des Menschen rebellirt dagegen, daß er sein Brod nicht verdienen kann, ohne seine menschliche und politische Ueberzeugung preiszugeben“. Nach den neuesten Erfahrungen werden nun die „Brodherren“ und ihre Beamten, die der Aktiengesellschaften, wie die königlichen, wohl etwas vorsichtiger erwägen, was man den selbstbewußt gewordenen Arbeitern gegenüber künftig noch wagen darf. Sie werden nicht so leicht die Arbeiter reihenweise als Stimmvieh zur Urne führen; und ebenso dürfte sich die Polizei nicht mehr so keck, wie zuvor über die garantirte Freiheit der Wahlbesprechungen hinwegsetzen. Selbst das Socialistengesetz nimmt diese Freiheit in Schutz, während gerade jetzt bei der Budgetdebatte nicht weniger als 179 Fälle willkürlichen Einschreitens der Polizei gegen socialdemokratische Wählerversammlungen zur Sprache kamen, und der Wahlprüfungs-Commission des Reichstages ihre desfallsige Verpflichtung zur künftigen Darnachachtung eingeschärft worden

ist. Auch in Beziehung auf diese beiden Zwischenfragen darf man auf den Ausfall der nächsten Wahlen sehr begierig seyn; die Wirkung wird nicht ausbleiben.

Der Entwurf eines Socialistengesetzes, wie er nun dem Reichstage vorliegt, enthält eine Reihe von „Milderungen". Allerdings sehr mäßige, und nur gegen Bewilligung des Ausnahmegesetzes auf die Dauer unter Wegfall jeder Fristbegrenzung; immerhin aber kommt die Regierung nun, und zwar zum ersten Male, mit Milderungen. Die Thatsache erscheint um so bedeutsamer, wenn man sie mit dem Anfangs Januar v. Js., nach den Wahlen von 1887, vorgelegten und vom Reichstag abgelehnten Entwurfe vergleicht. Der Minister von Puttkamer forderte darin zwar nur eine Erstreckung des Gesetzes auf fünfjährige Dauer, aber dasselbe sollte der Regierung die neue Vollmacht ertheilen, gegen socialistische Agitatoren auf Entziehung der Staatsangehörigkeit zu erkennen und sie sofort aus dem ganzen Reiche auszuweisen. Also Anwendung des berüchtigten Gesetzes aus der Culturkampfzeit zur Expatriirung renitenter Priester auf die Socialdemokraten, die in dieser Beziehung bis jetzt besser standen und bevorzugt waren. Dagegen verlangt der jetzige Minister nur die Concession, daß die aus dem Bereich des kleinen Belagerungszustandes Ausgewiesenen nicht mehr dahin zurückkehren dürften. Im Uebrigen plädirt er für die vorgeschlagenen Milderungen, und zwar so, daß sein Auftreten vor dem Reichstage den Eindruck macht, als ob er eher gegen, als für das Gesetz spreche.

Und doch wird er sich, wie sein Vorfahrer in den Motiven zu dem Entwurf vom Januar 1888, sagen müssen: „Anzeichen dafür, daß sich aus der socialdemokratischen Bewegung eine auf den Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung sich stellende Reformpartei herausbilden werde, sind nirgends bemerkbar geworden."

LXIII.

Schweizer Skizzen.

VIII. Im Thale von Schwyz.

(Schluß)

Unter den Gästen zu Ingenbohl machte ich die Bekanntschaft eines Herrn, der den Mythen zu erklimmen beabsichtigte und mir vorschlug, bis zur Höhe des Hakens sein Begleiter zu sein. Der hohe Mythen, dessen schmalen Gipfel ein mächtiges Kreuz ziert, und von welchem die eidgenössische Fahne herabflattert, wird häufig erklettert, obgleich der Weg nicht ganz gefahrlos ist; die Aussicht dort droben soll imposanter sein, als die von Rigikulm.

Am andern Morgen spazierten wir frühzeitig durch das zerstreute Ibach hinüber nach Schwyz. Diesem Hauptorte verleihen die große Pfarrkirche und das umfangreiche Collegium Mariahilf ein ganz stattliches Aussehen. Das Colleg mit seinen 200 und mehr Schülern, schweizerischen und fremden, ersetzt eine Lateinschule, weßhalb es auch vom Staate einen Jahreszuschuß von freilich nur 400 Franken empfängt. Gerade wie Altorf, Stans und Sarnen wird auch Schwyz immer nur Dorf genannt, allein in Wirklichkeit ist es ein ganz hübsches Städtchen mit breiten Straßen, in denen man nur hinsichtlich der Pflasterung ein Auge zudrücken muß, manchem hübschen Haus und mancher einladender Villa. Während der Saison geht es im Mittelpunkte, dem Platz vor dem weißen Roß, worin das Post- und Telegraphenbureau sich befindet, oft lebhaft genug zu. Die im Renaissancestyl gehaltene Hauptkirche hat ein geräumiges Mittelschiff und recht schmale Seitenschiffe. Unter den Gemälden konnte ich mich an einer Taufe

Jesus durch Johannes kaum satt sehen. Umsoweniger gefiel mir die Kanzel, getragen von einigen plumpen Gestalten und umringt von ungemein fetten blasenden und anderweitigen Engeln.

Bescheiden und schmucklos, wie es sich ziemt, steht am Ausgange der Herrenstraße das Kapuzinerkloster mit seiner Kirche. Man rühmt wohl mit Recht einige Altarblätter, keineswegs aber den braunen hölzernen Arm, der von der Kanzel weg ein Kruzifix weit in das Schiff hinausstreckt. Vor einem Miniaturpark blieb ich so beharrlich stehen, daß mein Gefährte ungeduldig wurde, bis ich ihm den Grund meiner Saumseligkeit auseinandersetzte. Im Parke sah ich eben einen zahmen Rehbock, hier zu Lande wirklich eine Seltenheit. Auf den Bergen der Schweiz springen Gemsen herum und spielen zahlreiche Murmelthiere, welche von Rechtswegen nur vom September bis Ende November gejagt werden dürfen. In Graubünden brummen hie und da noch Bären, Wölfe heulen im Jura und Walliserland, in letzterem lauern auch noch Luchse; dagegen sind in der Schweiz der Hirsch und das Reh so gut wie ausgestorben, sogar Freund Lampe macht immer seltener noch ein Männchen. In Folge der Jagdfreiheit hat man in der Schweiz von strafwürdigen Wilderern niemals gewußt, jetzt wäre aus Mangel an Wild das ruhmwürdige Geschlecht der Sonntagsjäger auf den Aussterbeetat gesetzt, wenn es nicht noch Wasservögel und Zugvögel gäbe.

Als wir hinter Mariahilf unsern Aufstieg begannen, verhieß das herrliche Wetter eine Fülle der prächtigsten Aussichten, aber gar bald wurden wir in einen naßkalten und sehr dichten Nebelmantel eingehüllt. Recht steil geht es aufwärts auf einem Wege, der wohl für wetterharte Pilger nach Einsiedeln taugt, weit weniger jedoch für Touristen ohne Bergschuhe, geschweige für Damenfüße. Auf dem ganzen langen Wege kein Brunnen, keine Wasserquelle, kein Häuschen, keine barmherzige Kuh, nur hie und da zur Seite eine leere Bretterbude. Wir sahen eben vor lauter Nebel nichts als Nebel. „Ahnen Sie wohl, wer solches Wetterpech wahrscheinlich verschuldet? Eher als nicht ich, Ihr Landsmann H. aus der badischen Baar!“ Als ich den Herrn verwundert anschaute,

fuhr derselbe mit schalkhaftem und doch etwas wehmüthigem Lächeln fort: „Sollten Sie wirklich noch nichts Unheimliches an mir wahrgenommen haben? Sollte Ihre werthe Nase noch so wenig in das moderne Culturleben eingetaucht sein, daß Ihnen ein ganz specifischer Geruch entgeht? Vor sich haben Sie nichts mehr und nichts weniger als einen Nebelmann erster Sorte, einen leibhaftigen Jesuiten!“ — Das habe ich schon gestern gewußt und mich ordentlich gewundert, weßhalb die eidgenössische Erde zaudert, Sie zu verschlingen und damit der Majestät des Gesetzes Genüge zu thun. Nehmen Sie sich vor der Alpina in Acht, sonst könnten sich für Ihr „staatsgefährliches Beginnen“ an Ihnen „die Geschicke erfüllen“. Als Mitglied Ihres Ordens haben Sie zweifellos schon Unheil genug angestiftet, aber am jetzigen Nebel mögen Sie doch unschuldig sein. Als Wolfgang Goethe im Jahre 1797 diesen Weg passirte, sah auch er nichts vor lauter Wolken und Nebel und hatte doch keinen Jesuiten zum Begleiter. Zum Beweise meines gänzlichen Mangels an Jesuitenfurcht will ich Ihr Brevier tragen und Ihnen damit eine wirkliche Last abnehmen, denn Ihr Brevier gleicht wahrhaftig eher einem Quartanten als einer niedlichen Taschenausgabe! — Er gab mir wirklich das Buch und gewann bald einen Vorsprung, so daß er im Nebel gänzlich verschwand.

Auf meiner jetzt einsamen Fahrt aber wogten Gedanken auf, die mich abwechselnd mit Wehmuth und Ingrimm erfüllten. Dieser Mann da ist verbannt aus seinem Vaterlande, ein Geächteter auch in der freien Schweiz und warum? Wer hatte auch nur einen Schein von Recht, solch hartes Loos über ihn zu verhängen? Er hat nichts Böses verübt, aber er ist ein Jesuit und diese Thatsache genügt unserem Zeitalter der angeblichen Gleichheit vor dem Gesetz und der Humanität, um ihn zu einem Heimathlosen zu stempeln. Der einzige erklärliche Grund für solche Missethaten liegt in der allerdings unläugbaren Thatsache, daß Christenthum und Neuheidenthum, die katholische Kirche und das tausendköpfige Sektenwesen, der moderne Staat der Logenmänner und die Gesellschaft Jesu in letzter Instanz sich so wenig vertragen wie Feuer und Wasser. Seit Menschenalter malt man selten mehr den Teufel an die

Wand, man ängstigt und schreckt alle Welt nach Kräften mit dem Popanz des Jesuitismus. Ich selbst hätte vor Jahren nicht der gelehrige Schüler so manches Lehrers sein müssen, wären mir die Vorurtheile gegen die Jesuiten nicht eingeimpft gewesen. Ich haßte sie ehrlich und aufrichtig, obwohl oder vielmehr gerade, weil ich noch keinen einzigen gesehen. Das begeisterte Lob manches ehemaligen Schülers machte mich stutzig, aber noch nicht gescheidter. Später ward mir das Glück, ausgezeichnete Jesuiten wie den Pater Roh hören und näher kennen zu lernen. Die Augen begannen mir aufzugehen, wenn ich auch die Voreingenommenheit nicht sofort ganz abzustreifen vermochte. Die Löwen auf der Kanzel und die Lämmer im Beichtstuhl wollten mir nicht recht behagen. Allein die Jesuiten wirkten längere Zeit im Lande, die dem Volke seit Menschenaltern eingeimpften Vorurtheile wider den Orden schmolzen im Lichte der Wahrheit und Wirklichkeit wie Schnee in der Frühlingssonne, selbst in vorherrschend protestantischen Landestheilen. Dieß paßte aber nicht zu den Planen der Feinde Christi. Der Krieg von 1866 und noch weit mehr der deutsch-französische Krieg bot den Ordensleuten reiche Gelegenheit, durch Thaten der Aufopferung zu erhärten, daß sie weder vaterlandslos noch gar volksfeindlich seien, nicht wenige erhielten das eiserne Kreuz und andere Auszeichnungen. Dem Kriege wider die Franzosen folgte der Krieg wider die katholische Kirche, der Krieg des Neuheidenthums wider die christliche Gesittung. Jetzt wurden die Dekorirten von gestern mit Gewalt wirklich zu Vaterlandslosen gemacht, in erster Linie natürlich die Jesuiten. Welch glänzende Genugthuung sich letztere zu erzwingen verstanden, ist bekannt genug; anstatt überfirnißten Barbaren verkündigen sie als unermüdliche und todesmuthige Missionäre naturwüchsigen Barbaren das Evangelium. Viele entfalteten eine bisher nicht erlebte literarische Thätigkeit mit einem Glanz und Erfolg, den man schon kennzeichnet, wenn man nur den Namen des Paters Alexander Baumgartner nennt, den Sohn des wackeren Landamannes von St. Gallen. Der Hauptersolg der Vertreibung der Ordenspersonen und der Jesuiten insbesondere aber bestand darin, daß Tausende und Abertausende aus gleichgültigen Zuschauern, lauen Freunden und mehr oder minder entschiedenen

Gegnern warme Freunde derselben geworden sind. Während man eine Handvoll Jesuiten vertrieb, wuchs die Zahl ihrer Gesinnungsgenossen zu einem Heere heran.

Lebhafte Betrachtungen machten meinen Gang lebhafter. Ringsum tiefe Stille, nur zuweilen das melancholische Aufkrächzen eines Raben, der schrille Schrei eines Raubvogels, das kurze Gezwitscher eines Vögeleins. Plötzlich vom Berge herab helles Jodeln und zeitweiliges Aufjauchzen, näher und immer näher. Da tauchte aus dem Nebel die erste und letzte Menschengestalt heraus, die mir auf dem langen Wege begegnete. Es war ein ärmlich gekleideter Mann mit bereits grauen Haaren, der plötzlich verstummte und vor Verlegenheit blutroth wurde. Dieses Erröthen hat mir im Innersten wehe gethan, es ist ein trauriges Zeichen unserer vermeintlichen Culturhöhe, der eigenen harmlosen Fröhlichkeit sich zu schämen. Jetzt wurde der Nebel heller, glänzend und immer glänzender und auf einmal sah ich die Königin des Tages aus des Himmels reinster Bläue herableuchten. Die Paßhöhe war erreicht, bei dem bescheidenen Wirthshaus auf derselben trafen der leibhaftige Jesuit und der Jesuit sans robe wieder zusammen, aber nur um sich bald zu trennen, vielleicht auf Nimmerwiedersehen. Wir schieden mit dem gegenseitigen Troste, die Fortexistenz der Weltkirche Jesu Christi in manchen sogenannten Culturländern sei ein unaufhörliches Wunder, ein Wunder, welches das ewige Licht demjenigen faßbar macht, der dafür Verständniß besitzt.

Während mein Landsmann dem Hochstuckli zuschritt, einem prächtigen Aussichtspunkte, stieg ich rüstig auf holperigem Pfade hinab in das Alpthal. Hätte man nicht die Berge von Schwyz und die kahlen Felsenhäupter von Glarus im Rücken, so konnte man sich vollständig in die melancholische Stille des Schwarzwaldes versetzt fühlen. Bald winkte der Doppelthurm von Einsiedeln über den dunkeln Tannenwald herüber. Im schweizerischen Loretto war diesmal meines Bleibens nicht, schon deshalb nicht, weil das Fest der Engelweihe nahe war; bei diesem Anlasse strömt eine solche Masse Pilger zusammen, daß man ohne ein besonderes Interesse am füglichsten wegbleibt. Schon am andern Tage wanderte ich deßhalb mit einer lieben Gesellschaft wiederum auf den Höhen des Thales von Schwyz herum.

Während der Fahrt über den Hacken gehörte zu den vielen und schönen Dingen, die ich nicht gesehen, auch die Alpenrose, selbst auf der sonnigen Höhe vermochte ich keinen einzigen Busch derselben zu entdecken. Meine Schweizer Freunde gaben mir Aufschluß. Das herrliche Gewächs begehrt eine Höhe von mindestens zwölf= bis dreizehnhundert Metern, auf dem Rigi hat es Alpenrosen genug, noch weit mehr auf der sonnigen und etwas steinigen Fronalp in Gesellschaft vieler andern Bergblumen. Im Hochsommer sind sie in das herrlichste Karminroth gekleidet; mit dem Vorrücken der Jahreszeit wird das Roth blässer und blässer, bis die Blume mit ihren Schwestern dahinstirbt. Auch weiße Alpenrosen trifft man auf den obersten Alpen; allein sie sind weit seltener und unansehnlicher als die andern. Wo diese weiße Rose vollends verkümmert und aufhört, da beginnt bald die Region des Edelweiß, das in der Urschweiz in höherem Grade als in andern Alpenländern einen nicht zu unterschätz= enden Handelsartikel ausmacht. In den höchsten Höhen aber, wo ewiger Schnee und Eis das Regiment führen und wohin selten ein Mensch kommt, da schwärmen und tummeln und tanzen vielerlei Insekten herum, und unter denselben sogar noch ein Schmetterling, nicht etwa der schönfleckige weiße Apollo, sondern ein Thierlein mit braunen Flügeln. Welcher Naturforscher kennt wohl die kleinen Geschöpfe alle, welche vom Fuße der Alpen bis hinauf zu den höchsten Felsenhörnern, wo jede Spur von Vege= tation längst aufgehört hat, leben und schweben? Wovon mögen sie sich ernähren, wo nur noch Schnee und Eis vorhanden sind? „Und hoch auf euern Bergen mag man auch jenen Frieden und jene Freiheit finden, die man auf euern Bergabhängen und in euern Thälern von jeher vergeblich gesucht hat. Das sage ich troß euerm Johannes von Müller. Dieser war ganz sicher und gewiß kein tendenziöser Geschichtsbaumeister, allein er hat eben nur die bessern Jahrhunderte der Eidgenossenschaft geschildert. Auf diesen ruht ein gewisser Schimmer der Verklärung, der die tiefsten Schattenseiten mildert und zu den spätern Zeiten oft recht herzlich schlecht paßt."

Meine Schweizer stellten dies keineswegs in Abrede. Manche ausgedehnte Landschaft hat schier keine Geschichte, das winzige Schwyz dagegen eine selbständige und charakteristische, durch

welche sich eben auch die Qual des Erdenlebens als ein rother Faden zieht. Denken wir nur an den mehr als zweihundertjährigen Markenstreit mit Einsiedeln, dessen adelige Aebte ihre Ansprüche bis auf die Höhen der Mythen ausdehnten. In Folge dieses Streites kamen die Schwyzer wiederholt in Acht und Bann, wurde von ihnen das Kloster wiederholt schwer bedrängt und gelegentlich auch ausgeraubt. Erst im Jahre 1350 hat der Abt von Disentis als Schiedsrichter den Streit durch eine sehr ausführliche Grenzbestimmung beigelegt. Aber die Reibereien mit den Schwyzern wurden erst dann milder, als nach dem ersten Viertel des sechszehnten Jahrhunderts Abt und Mönche aufhörten, vorherrschend adeligen Standes zu sein. Und Frieden, wenn auch vielfach zu Ungunsten des Gotteshauses, hat doch erst unser stürmisches Jahrhundert gebracht. Seit Jahrzehnten bereits ist die Zucht und Ordnung des Klosters eine musterhafte und sehr kluge, deßhalb auch die Stellung der Mönche zu dem Volke von Schwyz wie zu den Bewohnern der Stadt Einsiedeln sehr gut und befriedigend. Dort drunten (sagte Doctor Aufdermauer) dort drunten bei Ibach wurde Jahrzehnte hindurch die Landsgemeinde abgehalten und erst später nach Rothenthurm verlegt, weil dieses in der Mitte des Ländchens gelegen ist. Die Schwyzer sind gerade keine Athenienser, aber was Laune und Leidenschaft und nebenbei das Geld vermögen, ist dort unten bei Ibach häufig genug, noch im vorigen Jahrhundert, offenbar geworden. Die Reding können davon erzählen.

Das Ende des Jahrhunderts hat auf diesem Erdfleck kriegerische Scenen gesehen, zuerst die Züge der Schwyzer wider die Neufranken, dann den Versuch der Russen aus dem Muottathale hervorzubrechen. Heinrich Zschokke weilte damals in amtlicher Eigenschaft zu Brunnen und schilderte als Augenzeuge mit gewohnter Anschaulichkeit und Lebhaftigkeit das bunte Treiben. Ihm fiel das verschiedene Benehmen der Verwundeten auf; während die Russen erbärmlich stöhnten und aufschrien, lachten und scherzten die Franzosen. Am meisten Bewegung und Hader brachte in unserer Zeit der Streit der Hornmänner und Klauenmänner. Derselbe begann im Jahre 1838 mit dem Verlangen nach einer gerechten und vernünftigen Theilung des Allmendlandes, welches schier den halben Kanton einnimmt und dessen Wälder, Waiden

und Ackerland auf ungefähr acht Millionen Franken geschätzt wurde. Der Streit mußte bitter werden und wurde besonders im Anfang von der „Herrenpartei“ mit keineswegs nobeln Waffen geführt; wer eben an das Herrschen gewohnt ist, läßt sich nur ungern von seinem Posten trennen, zumal wenn dieser einen fetten Untergrund hat. Die bisherigen Nutznießer der Allmend, der großen Mehrzahl nach Bauern, hatten von der langjährigen Mißwirthschaft ihren Profit gehabt und wollten durchaus nichts davon wissen, daß man zum Nutzen und der gemeinen Wohlfahrt die Allmendgüter oder deren Ertrag auf die Gemeinden oder auf die Köpfe vertheile. Sie nannten die Freunde der Vertheilung Klauenmänner, gleichsam als wollten diese ungerechtes Gut an sich reißen. Dafür erhielten sie den Namen Hornpartei und zwar mit Fug und Recht, denn sie traten dermaßen unvernünftig und gewaltthätig auf, daß sie den Gedanken erweckten, die Zustände seien nur durch völlige Aufhebung der Landsgemeinde wiederum erträglicher zu machen. Nach und nach nahm die Allmendfrage einen politischen Parteicharakter an und die Motive wurden minder edel, so daß mancher brave Mann sich von der Sache zurückzog. Heutzutage hört man wenig mehr von Horn- und Klauenmännern reden, doch ganz und gar ausgefochten ist der halbhundertjährige Streit noch keineswegs. Zwar ist seit einigen Jahren die Theilung so ziemlich vollzogen, jedoch mit Ausnahme der Hochalpen, deren billiger Vertheilung besondere Schwierigkeiten entgegenstehen. Seit dem Ende der vierziger Jahre aber haben die Landsgemeinden aufgehört, einerseits weil das Treiben auf denselben doch gar zu sehr ausartete, anderseits weil eine Bevölkerung von 52,000 Köpfen doch schon zu groß ist. Man hat jetzt Bezirksgemeinden, die größte derselben ist der Bezirk Schwyz mit seinen 19,000 Einwohnern. Bei diesen Bezirksgemeinden wird das Rechnungswesen behandelt und wählt das Volk den Bezirksammann, den Säckelmeister, die Rathsherrn und Richter.

Nicht ohne Wehmuth schaute ich zu den Bergen empor, von denen ich mich bald trennen sollte. Eigentliche Gletscherberge, wie den Glärnisch und Urirothstock an der Grenze, hat das Schwyzerländchen nicht, den sogenannten Griffet etwa ausgenommen; wohl aber einige an die Grenze des ewigen Schnees emporragende. Außer dem Rigi ist einer der schönsten die

Fronalp mit ihren zehn bis zwölf Alpenhütten, wo ungefähr 200 Stück Vieh „gesömmert" werden, darunter über die Hälfte Kühe, deren Milch in Käse und Butter verwandelt wird. Von Brunnen wie von Schwyz aus führt jetzt ein neues Sträßchen, das im Sommer von Einspännern befahren wird, zur Fronalp hinauf bis zum Kurhaus Stoß, welches wohl hundert Touristen comfortable Unterkunft darbietet. Weit höher droben, auf dem sogenannten Oberfeld steht seit einigen Jahren ein kleines Hotel für fünfzehn bis zwanzig Personen, und in nicht ferner Zeit dürfte die Fronalp mit ihren Fremdenherbergen, und mit dem Prachthotel Axenstein an ihrem Fuße, dem Rigi fühlbare Concurrenz machen. Von Zeit zu Zeit donnerte es mehr oder minder gewaltig von Uri herüber, die italienischen Bauleute der Gotthardbahn waren in angestrengter Arbeit. —

Meine Augen haben die neue Weltbahn noch nicht gesehen, aber ich weiß doch, daß die Gebäude derselben bis jetzt keinen besonderen Schmuck der herrlichen Gegend ausmachen, womit jedoch eher ein Lob als ein Tadel ausgesprochen sein soll. Jenseits des Gotthard trifft man nicht nur einen soliden Bahnkörper, sondern prachtvolle Brücken und schmucke Bahngebäude, der Bahnhof in Bellenz soll seinesgleichen suchen. Das sind Leistungen des früheren Baudirektors Gerwig, eines anerkannt tüchtigen Ingenieurs, der aber von seiner badischen Heimath her an verschwenderische Bauten gewohnt war und mit dem Gelde geduldiger Steuerzahler niemals zu geizen brauchte. Er verstand das Geldausgeben so meisterlich, daß die Gotthardbahngesellschaft energisch dazwischenfahren und höchste Sparsamkeit nothgedrungen zum Grundsatze machen mußte. In Folge davon sind auf der deutschen Seite die Bahngebäude noch weit bescheidener als die der Nordostbahn. Die Bahnhöfe der Haupt- wie der Nebenstationen sind nur ein wenig herausgeputzte Holzschöpfe; einer Dienstwohnung oder vielmehr Dienststallung erfreuen sich die Bahnangestellten nur an ganz abgelegenen Orten; die Bahnwärterhäuschen aber sind durchgängig so winzig, daß ein stämmiger Insaße darin kaum umzufallen vermag. Das wird Alles freilich anders und besser werden, denn an Sinn für das Schöne fehlt es den Schweizern gewiß nicht, als praktische Leute aber wollen sie vor Allem das nöthige Kleingeld vor sich liegen sehen.

LXIV.

Dr. Schwickers Geschichte der ungarischen Literatur.[1])

Ein aus langjährigen selbständigen Studien hervorgegangenes Werk, das als eine dankenswerthe Leistung begrüßt und empfohlen zu werden verdient. Mit dieser Arbeit ist dem deutschen Literaturfreund ein orientirender Wegweiser in den poetischen Hausschatz des ungarischen Volkes geboten, der in dieser Verlässigkeit und übersichtlichen Form bisher gefehlt hat. Der Verfasser hat seiner Aufgabe bestimmt umschriebene Grenzen gesteckt, innerhalb derselben seinem Zweck aber vollständig Genüge gethan. Ein besonderes Gewicht ist auf die Verbindung der literarischen Produktion mit der Culturgeschichte gelegt, und die den Hauptabschnitten vorangehenden Einleitungen über die jeweiligen allgemeinen Cultur- und Literaturzustände zeigen bei aller gebotenen Kürze den gereiften und verständnißvollen Kenner. In der Entwicklung dieser ungarischen Literatur ist besonders der Nachweis ihrer Abhängigkeit von ausländischen Mustern interessant; man erfährt und sieht, wie dieselbe nacheinander den verschiedensten Einwirkungen anderer Nationen ausgesetzt, vor allem aber von der deutschen Literatur beeinflußt war. In der Behandlung des reichen Stoffes, den der Verfasser augenscheinlich beherrscht, bekundet sich liebevolle Vertiefung in den Gegenstand und bei aller freimüthigen Kritik das Bestreben nach unbefangener, ruhig abwägender Gerechtigkeit in der Beurtheilung. Zahlreiche Proben aus den Werken der Dichter (in deutscher Uebersetzung) dienen als Belege für die Beurtheilung und geben dem Leser einen Maßstab zur eigenen Vergleichung und Kritik an die Hand. Dagegen wurde der bibliographische Apparat als für den deutschen Leser ohne nennenswerthen Nutzen bei Seite gelassen.

Es liegt wohl in der eigenthümlichen, durch die heillose

1) Geschichte der ungarischen Literatur von Dr. Johann Heinrich Schwicker. Leipzig, W. Friedrich. 1889. VIII. 944 S.

Türkenherrschaft verkümmerten Geschichte des ungarischen Volkes, sowie in der lange bevorzugten Pflege der lateinischen Sprache mit begründet, daß der älteren Literatur nur ein mäßiger Raum zugedacht, das Hauptaugenmerk den poetischen Schöpfungen der neueren Zeit zugewendet wurde. Die ganze mittelalterliche Geschichte erfährt eine knappe, mehr nur cursorisch gehaltene Behandlung; die Entwicklung der Literatur bis ins 16. Jahrhundert wird auf den ersten 77 Seiten erledigt. In der strittigen Frage über die Abstammung der Magyaren kommt Prof. Schwicker zu dem Ergebniß, daß die ursprünglich rein turko-tatarischen Magyaren in späterer Zeit mit Ugren, namentlich mit Wogulen sich vermischt haben. Also die Hypothese Feßler's: daß die türkischen Magyaren einen finnisch-ugrischen Volksstamm unterjocht haben und dann mit diesen ihren Knechten verschmolzen sind. Interessant ist, wie die alten Sagen über Attila im Munde des ungarischen Volkes den deutschen Sagenkreis des Nibelungenliedes kreuzend berühren und umbilden, um zu Gunsten des nationalen Ruhmes ausgeschmückt zu werden. Auch Ungarn hatte seine fahrenden Sänger und Spielleute, welche von Ort zu Ort ziehend die Stoffe und Lieblingsgestalten der dichtenden Volksphantasie weiter trugen und die Thaten der Vergangenheit wie die Erlebnisse der Gegenwart der lauschenden Menge vorsangen, die vaterländischen Erinnerungen im Liede lebendig erhielten (S. 45 ff. 88. 98.).

Als eigentlicher Schöpfer des ungarischen Kunstliedes gilt Valentin Balassi (1551—94), ein tapferer, aber durch schwere Schicksale geprüfter Kämpe, der als Lyriker in seiner Heimat gefeiert und bis zu Ende des vorigen Jahrhunderts der hervorragendste Liederdichter geblieben ist, während der Cardinal Pazmany, Primas von Ungarn, durch seine schriftstellerische Thätigkeit in den Tagen der Gegenreformation der schöpferische Begründer der ungarischen Kunstprosa genannt zu werden verdient. In derselben Epoche glänzt als klassischer Vertreter der epischen Dichtung der Schützling des genannten Cardinals, Graf Niklas Zrinyi (1616—1664), der ebenso gefeiert ist durch seine Waffenthaten als Türkenbesieger, wie als Dichter durch sein Epos: „Die Belagerung von Sziget", worin er den (von Theodor Körner dramatisirten) Heldentod seines Urgroßvaters besingt. Die „Zrinyade", wie die in 15 Gesängen aus-

geführte Dichtung heute gewöhnlich genannt wird, ist „das ausgezeichnetste christliche Epos in der ungarischen Literatur". (S. 151.) Gleichfalls im 17. Jahrhundert kam der Volksroman in Versen auf; das Muster schuf Stefan Gyöngyösi (1620—1704), dessen Popularität und Einfluß bis auf unser Jahrhundert reicht (S. 156).

Im 18. Jahrhundert fand die Kunstlyrik einen maßgebenden Vertreter in dem Jesuiten Franz Faludi (1707—1779), dessen Lieder, Eklogen und vermischte Gedichte übrigens erst nach seinem Tode ans Licht traten. Zugleich nimmt derselbe als Prosaist den Rang neben Pazmany ein, dessen veredelndes Werk er fortsetzte; wegen seiner feinen, durchgebildeten Sprache hieß er bei seinen Zeitgenossen der ungarische Cicero (S. 197. 200). — Während die Protestanten des 18. Jahrhunderts mehr das confessionell religiöse Lied pflegten und durch Sammlung von Kirchengesängen ihre Getreuen zusammenzuhalten pflegten, bildeten die katholischen Sänger stets mehr das nationale Lied aus, das namentlich in ihren Liedern auf die ungarischen Heiligen einen patriotisch gefärbten Ausdruck gewann.

Kaiser Josephs II. gewaltthätige und überstürzte centralistische Neuerungen hatten die Wirkung, daß sie überall ins Gegentheil umschlugen, daß sie die Reaktion des ungarischen Nationalgeistes hervorriefen und dadurch, nach einem Jahrhundert des Verfalls, gerade zur Weckung und Stärkung des nationalen Lebens in Sprache, Literatur und Wissenschaft wesentlich beitrugen. Selbst die Nachahmer des französischen Klassicismus in Ungarn entnahmen nicht, wie ihre bewunderten Vorbilder, ihre dramatischen Stoffe dem antik heroischen Zeitalter, sondern wandten sich mit ihrem Führer Georg Bessenyi (1742—1811), diesem „ungarischen Opitz", einheimischen Stoffen zu und suchten ein nationales Drama zu schaffen. Es ist bezeichnend, daß gerade im Todesjahr des Kaisers Joseph II., 1790, in Ofen die erste öffentliche Theatervorstellung in ungarischer Sprache stattfand (S. 236. 318). Eine nachhaltige Wirkung in der romantisch-patriotischen Richtung erzielte A. v. Kisfaludy (1772—1844), der mit seinen „Himfy-Liedern", einem lyrischen Roman voll leidenschaftlicher Wärme, im Sturm die Herzen der Jugend gewann. (S. 299—309). „Diese Verschmelzung des Nationalen mit dem Antik-Klassischen, der Cultus des Schönen in Idee und



Form, die Verfeinerung des ästhetischen Geschmackes an den Meistern der Weltliteraturen älterer und neuerer Zeit hoben die ungarische Literatur auf eine vordem kaum geahnte Höhe, welche in den beiden Dichtern Karl Kisfaludy und Michael Vörösmarty culminirte.“ (S. 344).

Dem Letzterwähnten, Vörösmarty (1800—1855), den man den ungarischen Tasso nennt, ist in unserm Buch ein ausführliches Kapitel (S. 444—88) eingeräumt. Von den Freunden und Anhängern des Erstgenannten, Karl Kisfaludy (1788—1830) wurde die Kisfaludy-Gesellschaft gegründet, welche bahnbrechend für die neue volksthümliche Richtung wirkte. Damit sind wir bereits in den Kreis der neuesten Zeit eingetreten. Was aber der vorbezeichneten Periode einen erfreulichen Charakterzug verleiht, ist das Freisein von nationaler Unduldsamkeit und Verfolgungssucht, eine mit dem nationalem Bewußtsein wohl verträgliche Neidlosigkeit und Anerkennung gegenüber andern Völkerschaften. „Die damaligen ungarischen Schriftsteller und Dichter fanden keinen Anstoß daran, wenn die verschiedenen Völkerschaften Ungarns in ihren besondern Sprachen ebenfalls geistig thätig waren; namentlich bezeugten sie eine entschiedene Sympathie für die deutsche Sprache und Literatur in Ungarn selbst, trotzdem es hier an Interessen- und Personalconflikten im Einzelnen nicht mangelte.“ (S. 389.)

Der Löwenantheil in Schwickers Werk ist der Gegenwart aufgespart, räumlich fast die Hälfte des Buches. Mit dieser Epoche beginnt nun, gehoben und gefördert von den Reformrufen des Grafen Stefan Szechenyi, in der Literatur Ungarns die Vorherrschaft des Nationalismus. Unter den literarischen Stimmführern ragen hervor die Namen: Nikolaus Josika, der eigentliche Begründer der ungarischen Romanliteratur, Ungarns Walter Scott genannt, Sprößling eines alten siebenbürgischen Magnatengeschlechts (1794—1864), der wegen seiner Betheiligung an der Revolution die letzten Lebensjahre im Exil verbringen mußte; Sigmund von Kemeny (1815—1875), ebenfalls Siebenbürger, mehr Publicist als Dichter, und darum der „Fürst der ungarischen Journalistik“ geheißen, aber auch als Erzähler besonders im historischen Roman und mit der vorwiegenden Richtung zum Tragischen bedeutsam; besonders aber Joseph von Eötvös, zu Ofen geboren 1813, gestorben 1871,

ein genialer vielseitiger Kopf, in dem sich der Staatsmann mit dem Dichter und Philosophen vereinte. Alle überragte freilich an dichterischer Kraft Alexander Petöfi (1823—1849). Er ist jedenfalls der originellste und populärste Lyriker seines Landes, der aus dem Quell des eigentlichen Volksthums schöpfte, der das Leben der Puszta mit seinem Hirten- und Betjarenvolke in die Poesie einbürgerte und so einen neuen Ton anschlug, darum trotz der oft mangelhaften Form und Schulung wie über Nacht erklärter Liebling der Nation geworden, dabei leidenschaftlich, regellos, ungebändigt bis zum Paroxismus, in Politik und Moral ein Revolutionär, ein jugendlich schwärmerischer Sänger der Freiheit, der zum Volkstribun, in den Sturmjahren zum Apostel des Umsturzes und Aufruhrs wurde, in dem er unterging.

Neben ihm ist Johann Arany (1817—1882) zu nennen, neben dem Stürmer der klassisch geschulte Mann, in dem die auf volksthümlichen Elementen beruhende nationale Richtung ihre künstlerische Vollendung erlangt. Den meisten Ruhm haben ihm seine poetischen Erzählungen eingetragen. Er ist der Balladendichter und Epiker par excellence. Seine Hauptwerke sind: „Toldi“, das eine sagenhafte Lieblingsgestalt der ungarischen Volkspoesie behandelt, und „König Buda's Tod“, ein der Nibelungensage verwandter Stoff, die magyarische Hunnensage.

Unter den religiösen Dichtern der Gegenwart ist der Domherr Anton Sujanski (geb. 1815) zu nennen. Als ein anderer Herold einer neuen Blüthezeit katholischer Lyrik in Ungarn gilt Gedeon Mindszenty (1829—1880), dessen Pfaden eine Schaar anderer talentvoller religiöser Sänger sich anschließend nachfolgt.

In der letzten Abtheilung schildert Schwicker zunächst die Einwirkung des nach der Niederwerfung des Aufstandes eingeführten, von 1850 bis 1860 herrschenden absolutistisch-bureaukratischen Regierungssystems auf die geistige Cultur und die literarische Produktion im Lande der ungarischen Krone, sodann den in den letzten zwei Jahrzehnten, seit der Wiederherstellung der Verfassung überall mit Macht durchbrechenden Aufschwung, an dem auch die periodische Literatur einen nicht leicht zu unterschätzenden Antheil genommen. Die Mahnung und Warnung, die der Verfasser (S. 734) daran knüpft, ist nur zu sehr berechtigt und verdient in maßgebenden Kreisen beherzigt zu werden. „Die literarische Produktivität zeigt auf allen Gebieten des



künstlerischen Schaffens reges Leben, anerkennenswerthes Vorwärtsstreben. Ja, man ist genöthigt, angesichts dieser literarischen Massenerzeugung an besonnenes Maßhalten und weise Selbstbeschränkung zu mahnen und insbesondere zu erinnern, daß die Geltendmachung des nationalen Gedankens in Staat und Gesellschaft, in Wissenschaft, Kunst und Literatur der klugen Behutsamkeit und Zurückhaltung nicht entrathen sollte. Denn bei diesem Streben wird leider nicht stets die erforderliche Mäßigung und Gerechtigkeit gegenüber den zahlreichen nichtmagyarischen Staatsbürgern beobachtet, bei denen ja die Nationalitätsidee gleichfalls tiefe Wurzel geschlagen hat und nach Entfaltung und Bethätigung ringt. Dadurch entstehen häufig Mißverständnisse, Beunruhigungen, Anklagen, Reibereien und sonstige Conflikte, welche das innere Staats- und Gesellschaftsleben Ungarns merklich beeinflussen und auch in der Literatur zum Ausdruck gelangen . . . Eine vernünftige Pflege des Nationalismus im Leben wie in der Literatur gibt einem Volke Kraft und Halt; aber dieser Nationalismus soll Hand in Hand gehen mit dem humanen Weltbürgerthum, das im Nächsten das gleiche Gefühl und Recht respektirt und durch Aneignung der hohen geistigen Güter der gebildeten Menschheit sich selber und das eigene Volk auf der Bahn menschlicher Veredlung auf- und vorwärts zu bringen strebt."

LXV.

Zur babylonischen Astronomie.[1])

Das jüngst erschienene Werk des Herrn Epping wird nicht verfehlen, die höchste Beachtung bei Assyriologen, Chronologen und Astronomen zu finden. Wir können nicht mehr zweifeln, daß es dem Herrn Verfasser gelungen ist, die astronomischen

1) Astronomisches aus Babylon oder das Wissen der Chaldäer über den gestirnten Himmel. Unter Mitwirkung von P. J. N. Straßmaier S. J., von J. Epping S. J. (Ergänzungshefte zu den „Stimmen aus Maria-Laach". 44). Freiburg, Herder. 1889.

feln der Keilinschriften zu entziffern und zu erklären. Zu-
chst gilt das zwar nur von den 3 Tafeln, deren Deutung
n Gegenstand der Schrift bildet. Aber man hat allen Grund
glauben, daß die hier gemachten Entdeckungen den Schlüssel
allen Keiltexten ähnlicher Art liefern. In der That hat
r Verfasser, wie wir aus der Fußnote S. 182 ersehen, in-
vischen eine neue Tafel aus dem Jahre 523 v. Chr. zu Gesicht
:kommen und mit Leichtigkeit interpretirt. Ein großes Ver-
enst an dem Zustandekommen dieser Schrift und ihres glänz-
nden Resultates gebührt auch dem bekannten Assyriologen
errn Straßmaier. Denn nur ein so vollendeter Kenner der
eilinschriften war im Stande den Keiltext mit so viel Ver-
:ändniß und Genauigkeit zu copiren, daß im Anschlusse daran
it Aussicht auf Erfolg eine astronomische Rechnung versucht
oerden konnte. Ist überhaupt zu einer Copie der Keiltafeln
iel Wissen, Erfahrung, Aufmerksamkeit und Geduld von nöthen,
o war dies in besonderm Maße der Fall bei den Tafeln, auf
velche die neuen Entdeckungen sich stützen. Diese Tafeln sind
nämlich in ganz eigenthümlicher Keilschrift gegeben, welche sich
zu der gewöhnlichen schönen Schriftart der Babylonier verhält,
wie etwa unsere Cursivschrift zum Druck. Außerdem wird die
Lesung erschwert durch viele technische Ausdrücke.

Drei Tafeln sind es, welche erläutert werden. Die erste gibt den Kalender des Jahres 123 v. Chr. (25. März 123 bis 12. April 122), die zweite umfaßt das Jahr 124 v. Chr. (4. April 124 bis 25. März 123), die dritte bezieht sich auf 111 v. Chr. (10. April 111 bis 30. März 110). Die 1. und 3. Tafel finden sich copirt im Anhange. Die 2. Tafel, auf welcher leider 4 Monate (Abu, Ulûlu, Tischritu, Ahra-samna) abgebrochen sind, wurde nicht copirt, weil die Planetenangaben fast alle beschädigt und nur die Monddaten erhalten sind, und weil man die Copie mit dem Original nicht nochmals hätte vergleichen können. Das Original ist nämlich nicht numerirt worden und konnte so in der Sammlung nicht wieder aufgefunden werden. Die Tafeln (namentlich die erste und dritte, um welche es sich am meisten handelt) sind nicht Beobachtungstafeln, sondern Vorausverkündigungen. Dies deutet wohl schon der Titel am Rande an: „Berechnungen" (mesch-hi) für das Jahr .... Ferner enthalten die Tafeln alle wünschenswerthen Angaben für das ganze Jahr von Nisan zu Nisan. Beobachtungstafeln aber sind naturgemäß immer lückenhaft, weil die Aussicht auf den Himmel öfters durch Gewölk gestört wird. Vollständige Sicherheit aber erhalten wir über diesen Punkt, nachdem die Erklärung der Tafeln gelungen ist. Denn wir sehen, daß die babylonischen Astronomen irrthümlicher Weise eine Mondfinsterniß für den 28. Dezember 123 ankündigten. Diese Mondfinsterniß

fand nicht statt; da sie aber in der Periode zu den fraglichen gehört, so ist die Anzeige von Seiten der Babylonier nur aus einem Rechnungsfehler zu erklären. Auch werden Finsternisse angegeben, die zwar stattfanden, jedoch in Babylon nicht gesehen wurden. Endlich erklären sich die Ungenauigkeiten der meisten Angaben am ungezwungensten, wenn wir annehmen, es handle sich um Berechnungen. Namentlich sind einige Fehler bei den Monddaten ohne diese Annahme unerklärlich. (Vgl. S. 85). Außer diesen Kalender- oder Planetentafeln gibt der Verfasser die Erklärung von 3 Rechnungstafeln, welche bis zu einem gewissen Grade den Mechanismus erkennen lassen, dem die Babylonier bei ihren Mondrechnungen folgten. Welches ist nun die Einrichtung eines babylonischen Kalenders?

Das babylonische Jahr richtet sich nach dem Laufe des Mondes. Der erste Tag des Monats beginnt mit dem Neulicht, d. h. mit dem Abend, an welchem nach dem Neumonde die schmale Mondsichel zum erstenmale wieder für das bloße Auge sichtbar wird. Hieraus ergibt sich, daß die babylonischen Monate 29 oder 30 Tage haben, weil von Neulicht zu Neulicht diese Zeit verläuft. Es folgt auch, daß die Zahl der Tage für jeden Monat nicht bestimmt ist, wie bei uns. Wir geben dem April stets 30 Tage; der babylonische Nisan hatte aber in einem Jahre 29 Tage, in einem andern 30. Dasselbe gilt von allen Monaten. Endlich sehen wir ein, daß das babylonische Jahr im Durchschnitte 12 Monate hatte, daß aber von 11 Jahren ungefähr 4 einen Schaltmonat erhalten mußten, sollte der Kalender nicht alle Fühlung mit dem Sonnenlauf und den verschiedenen Jahreszeiten verlieren. So hatte z. B. das Jahr 123 v. Chr. einen Schaltmonat. Aus dem babylonischen Kalender entnimmt man nun zunächst, wie das laufende Jahr eingetheilt ist, wie viel Monate es hat, welcher Monat in einem etwaigen Schaltjahr verdoppelt wird, wie viel Tage auf die einzelnen Monate fallen. Dann wird ein Bild des Mondlaufes entworfen. Es wird angegeben, wie lange der Mond an gewissen Tagen des Monats am Morgen oder Abend sichtbar ist. Für diese Monddaten werden 6 Tage ausgewählt: 2 um die Zeit des Neumondes, 4 um die Zeit des Vollmondes. Der Kalender enthält alle Sonnen- und Mondfinsternisse des Jahres mit Angabe ihrer Größe und der Minute des Eintreffens; es wird auch verzeichnet, ob die Finsterniß in Babylon sichtbar sei. Aufs eingehendste beschreibt der Kalender den Lauf der Planeten Merkur, Venus, Mars, Jupiter und Saturn. Interessant ist, wie die Babylonier den Stand des Planeten am Himmel bezeichnen. Sie geben an, wann der Planet bei gewissen Fixsternen in der Ekliptik stand. Durch einen solchen Normalstern dachten sie sich dann eine gerade Linie gezogen senkrecht zur Ekliptik.

wobei sie sich, um nicht zu fehlen, wahrscheinlich eines zweiten Sternes bedienten, durch welchen dieselbe Senkrechte fiel. Dieser zweite wird in den Tafeln natürlich nicht erwähnt. Denn alles Selbstverständliche wird mit recht astronomischer Präzision weggelassen. Die Babylonier sagen nun, wann der Planet diese Normallinien passirt, und fügen bei, wie weit er beim Durchgange von dem Normalstern entfernt war, und ob diese Entfernung vom Normalstern aus nach dem Zenit oder nach dem Horizont hin aufzutragen sei. Man sieht, so ist der Ort des Planeten vollständig festgelegt. Solche Normalsterne und Normallinien hatten die Babylonier etwa dreißig. Und sie geben stets an, so oft ein Planet eine solche Linie erreicht. Unerklärlich bleibt nur, daß unsere Tafeln keine Constellation der Planeten im Sternbilde des Schützen anmerken, obgleich es dort nicht an Sternen zur Orientirung fehlt. In Folge dessen ist der Lauf des Mars, als er im Januar des Jahres 110 v. Chr. im Schützen stand, gar nicht beschrieben. Der Kalender enthält weiterhin die Daten für die heliakischen Auf- und Untergänge, für die Oppositionen und Kehrpunkte der Planeten. Endlich enthält er die Zeitangaben für die Aequinoktien und Solstitien, für Auf- und Untergang und Opposition des Sirius. Gewiß ein recht reichhaltiger und allumfassender Kalender!

Es gewährt einen eigenen Genuß, die Seiten 150 bis 170 der Broschüre zu durchlesen und den vorchristlichen Kalender in Uebersetzung und Ursprache zu verkosten. Bei der Einfachheit des Inhalts versteht man gar bald den babylonischen Text. Bei einiger Uebung kann es sogar Jedermann leicht dazu bringen, die Copie der Keiltafeln im Anhange zu lesen. Es kehren nämlich immer dieselben paar Zeichen wieder; nur die Zahl der Normalsterne und ihrer Keilzeichen ist eine etwas größere. Es kann also jeder, der wissenschaftlich zu denken gewohnt ist, das Buch mit Frucht lesen. Es ist keineswegs nöthig, daß er Assyriologe oder Astronom sei.

Aber, frägt man vielleicht, ist die Erklärung, welche die Schrift gibt, zuverlässig und genugsam bewiesen? Jeder, welcher die Schrift mit Aufmerksamkeit und Verstand liest, wird diese Frage aufs entschiedenste bejahen. Der Verfasser ist Meister in gründlicher Demonstration. Er bricht keineswegs in siegreiches Frohlocken aus, wenn einmal einige Zahlen der Tafeln mit seiner Hypothese herrlich stimmen. Aengstlich untersucht er, ob diese Uebereinstimmung zufällig sein könne, oder ob sie nur aus der Wahrheit der Hypothese sich ableiten lasse. Man lese nur, mit welcher Vorsicht er Kap. III. §. 2 die Reihe der Finsternisse benutzt, um das Jahr zu bestimmen, auf welches die Kalenderangaben gehen. Die Lektüre dieses Paragraphen wird uns nebenbei überzeugen, daß mit der bloßen

Angabe von nur Einer Sonnen- oder gar Mondsfinsterniß ohne Hinzufügung von markirten Umständen für chronologische Bestimmungen nicht gar viel gedient ist, und daß man Resultate, welche auf einem solchen Fundamente beruhen, mit schuldiger Reserve aufzunehmen hat. Gründliche Beweisführung zeigt auch §. 5 desselben Capitels. Es werden dort in aller Geduld die verschiedensten Annahmen geprüft, um zu zeigen, daß keine andere, als die Hypothese des Verfassers, den Zahlen der Tafeln gerecht wird. Aehnliches findet sich in allen Partien des Buches. Solche Gründlichkeit verdient es, schöne Resultate zu ernten! — Am Ende der Schrift angelangt, muß jeder Leser, und wäre es der größte Skeptiker, den Ausführungen des Verfassers sich gefangen geben.

Die Uebersetzung der Tafeln am Schluß gibt einen Kalender, wie er sein muß. Die Angaben der Babylonier schreiten von Monat zu Monat mit überraschender Einfachheit und Vollständigkeit voran. Derselbe Sinn wird stets durch dieselben Zeichen ausgedrückt, wie in jeder guten Tabelle. Die natürliche Angemessenheit in der Zusammensetzung der übersetzten Tafeln beweist die Richtigkeit der Uebertragung. Wir sehen da, daß Merkur im Jahre drei scheinbare Umläufe vollendet. Bei den inneren Planeten (Merkur und Venus) werden die heliakischen Aufgänge oder Untergänge am Morgen und Abend unterschieden, während dieß bei den äußern Planeten nicht geschieht, weil sie stets als Morgenstern auftauchen und als Abendstern allmählich in die Sonne verschwinden. Bei den äußeren Planeten finden wir eine Opposition angemerkt, und dieselbe liegt zwischen zwei Kehrpunkten. Die inneren Planeten haben keine Opposition. Wohl sind Kehrpunkte vorhanden, aber sie liegen zu sehr in der Nähe der Sonne und sind wenig augenfällig, weßhalb unsere Tafeln sie vernachlässigen. Dazu kommt, daß die Interpretation, welche der Verfasser auf Grund der Rechnung fand, nachher vielfach durch philologische Momente gestützt werden konnte. In dieser Beziehung ist Cap. 4 §. 11 (von P. Straßmaier verfaßt) äußerst lehrreich. Die Entdeckungen über die verschiedenen Aeren, über Eintheilung des Jahres und Tages stimmen gut mit den historischen Ueberlieferungen. (Vgl. Cap. 4 §. 11) Entschieden aber wird die Frage durch die glänzende Uebereinstimmung des Mond- und Planetenlaufes, wie sie der Kalender bis ins Einzelnste beschreibt und die astronomische Rechnung findet. —

Hiemit wollen wir aber nicht sagen, daß in ganz unwesentlichen Punkten die Ansichten des Verfassers nicht eine Modifikation erleiden können. Z. B. wird P. Epping selbst nicht behaupten, daß bei der Bestimmung des einen oder andern Normalsterns, wo die Coincidenzen nur wenige sind

und ein anderer Fixstern dieselben Dienste leisten würde, unmöglich ein Irrthm habe unterlaufen können. Subtilere Fragen über den genauen Verlauf der Normallinien, über die exakte Größe der Ellengrade und Zollmaße u. dergl. werden vielleicht durch eingehendere Berechnungen und Heranziehung neuer Tafeln gelöst werden. Das alles schmälert aber nicht das Verdienst des Verfassers, der für die Entzifferung des babylonischen Kalenders nicht bloß einige wichtige und bahnbrechende Winke gegeben hat, sondern gleich die gesammte Interpretation bis auf das letzte Wort uns vorlegt.

Neben der gründlichen Beweisführung fesselt die geschickte und planvolle Invention. Ein Beispiel. Hier steht musu oder mushu (spr. muschu), dann eine Zahl, dann Dilbat, dann ein unbekanntes Zeichen. Die Zahl bezeichnet den Tag des Monats; das ergibt sich aus der Anordnung der Tafel. Dilbat ist Venus; das steht philologisch fest. Gleich darauf steht wie der mushu mit Datum, darauf An, darauf dasselbe unbekannte Zeichen. Das An entspricht dem Dilbat; es bezeichnet also einen Planeten. Das unbekannte Zeichen sagt mir, daß An dort steht, wo Dilbat oder Venus stand. Wo stand aber Venus um besagte Zeit? (Das Datum kann aus historischen Erwägungen und der Discussion der Finsternisse mit einiger Wahrscheinlichkeit festgestellt werden.) Sie stand bei β tauri. Welcher andere Planet stand zur bezeichneten Zeit bei β tauri? Mars. Also bedeutet An den Mars, und das unbekannte Zeichen ist β tauri. Solche Entdeckungen waren natürlich zunächst noch problematisch. Gewißheit brachte erst die ungemein große Zahl der Uebereinstimmungen und die schließlich vollständig gelungene Lesung der Tafeln. Die glückliche Combinationsgabe zeigt sich auch z. B. Seite 44, wo der Verfasser die Bedeutung der Zahl sucht, welche in den Tafeln neben dem 1. jedes Monats angemerkt wird. „Die Zahl liegt immer zwischen 10 und 22. Welche Größe, die Bezug hat auf das Neulicht, muß naturgemäß auf 10 bis 22 beschränkt sein?“ Diese Erwägung führte zum Ziel. Meisterhaft ist auch die Erläuterung der Rechnungstafeln Cap. II. und Cap. III. §. 6. Ueberhaupt enthält fast jede Seite der Schrift geistreiche Combination. Wir sind deßhalb dem Verfasser zu besonderem Danke verpflichtet, daß er die heuristische Darstellung gewählt hat. So wird die Lektüre höchst fesselnd; fesselnd natürlich nur für den, der ernste Wissenschaft mehr liebt, als glatte Worte.

Die Schrift ist sehr wichtig für die Chronologen. Sie erhalten werthvolle Aufschlüsse über die Ausgangspunkte der verschiedenen Aeren, über die Eintheilung des babylonischen Jahres und des Tages. Der Tag zerfällt auf unsern Tafeln in 6 Stunden, die Stunde in 60 Minuten, diese in 60 Sekunden. Die Rech=

nungstafeln zerlegen die Sekunde wieder in 60 Terzen. Man sieht, die babylonische Minute ist viermal so groß als die unsrige. Aehnliches liest man bei andern alten Völkern. So theilten die Griechen einst ihre Stunde, welche der unsern gleich ist, in 15 Minuten, so daß damals die griechische Minute der babylonischen gleich kam. Gewisse Gnostiker theilten das νυχθήμερον in 12 Stunden und die Stunde in 30 Minuten. Dieß gibt wieder babylonische Minuten. (Vgl. Dr. Bilfinger, Die babylonische Doppelstunde. Stuttgart 1888.) Aber vierfache Stunden waren bisher wohl unbekannt. Es liegt die Vermuthung nahe, daß diese lange Stunde nur bei den Astronomen in Gebrauch war. Für das bürgerliche Leben war sie wenigstens unbequem. Z. B. der Mittag fiel auf 4½ Uhr, die Höhe des Vormittags auf 2¼ Uhr u. dgl. Für den Astronomen hatte natürlich eine consequente Sechzigtheilung ihren Vorzug, welche zugleich die Bogenminute des Weges der Sonne am Himmel mit der Zeitminute in Einklang brachte. Von den Babyloniern stammt nämlich die Eintheilung des Himmelsumkreises in 360 Grade, da die Sonne ungefähr in 360 Tagen diesen Kreis beschreibt. Die Sechzigtheilung mag ihren Grund darin haben, daß der Mond in 30 Tagen und 30 Nächten den Himmel umwandert. Außerdem theilten die Babylonier den Himmelskreis in 12 Theile, welchen die Zeichen des Thierkreises entsprechen. Der Grund liegt darin, daß Sonne und Neumond von Monat zu Monat um einen dieser Theile am Himmel fortschreiten. —

Besonders wichtig sind die neuen Forschungsergebnisse für die Assyriologen. Eine ganze Reihe von technischen Ausdrücken und Zeichen sind erklärt, die Namen aller Planeten gefunden, viele Fixsterne (z. B. Sirius, Aldebaran, Castor, Pollux, Regulus, Antares) identificirt, die Zeichen des Thierkreises bestimmt.

Auch die Culturgeschichte wird anmerken, wie weitgehende Kenntnisse die Babylonier besaßen, so daß wohl auf Babylonien alle Wissenschaft der Alten über den gestirnten Himmel zurückzuführen ist.

Wahrscheinlich wird sogar die moderne Astronomie durch das Studium zahlreicher Tafeln namentlich für den Mondlauf einige Aufschlüsse gewinnen.

LXVI.

Die politische Kleinarbeit der deutsch-liberalen Partei in Oesterreich.

VI. Sänger- und Turner-Vereine.

Der Einfluß, den Sänger-, Turner-, Schützen- und andere angeblich nichtpolitische Vereine auf die Gestaltung der Politik in Deutschland ausgeübt haben, ist nicht wegzuleugnen. In diesen Vereinen [1]) haben die Führer die Ideen des Liberalismus in schillernden Phrasen und in angenehmer Form unter die Massen zu bringen verstanden, und der Erfolg ist, wie sie selbst sich rühmen, nicht ausgeblieben. Man erinnere sich, um zunächst von den Gesangvereinen zu reden, nur, daß das erste allgemeine deutsche Sängerfest 1861 in Nürnberg abgehalten wurde, und daß die Idee, derartige Feste zu feiern, auf einem Sängertage auftauchte, der im Jahre 1860 in Coburg stattfand. Coburg-Gotha war damals der Stammsitz des deutschen „Nationalvereins", der 1859 gegründet wurde, um die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung anzustreben,

---

1) Es versteht sich wohl von selbst, daß die nachfolgenden allgemeinen Bemerkungen auch allgemein aufzufassen sind und nicht auf einzelne Vereine bezogen werden können, in denen es die Verhältnisse mit sich bringen, daß „politische Arbeit" gar nicht oder nur wenig geleistet wird.

und der von sich sagen kann, daß er die Entwicklung der Dinge von 1866 „wacker" mit vorbereitet und gefördert habe. Die Männer des Nationalvereins hielten sich an das Wort des Ministers v. Beust: „Auch das Lied ist eine Macht", und benutzten nicht bloß die Gesangs-, sondern auch alle anderen Vereine für ihre Ziele. Denn in erster Linie wollten die Männer des Nationalvereins die Einigung Deutschlands unter preußischer Führung nicht durch einen Bruderkrieg, sondern „moralisch" erwirken, und deßhalb spöttelte damals die rechte Hand des Hrn. v. Bismarck, der rothe Bucher, über die Versuche, „die deutschen Mittelreiche und Kleinstaaten durch Turner- und Schützenfeste, Tinte, Druckerschwärze und Resolutionen von wohlgesinnten Volksversammlungen unter die preußische Pickelhaubenspitze oder auch nur unter einen Hut zu bringen", oder „Oesterreich aus Deutschland hinauszusingen" (Busch, Graf Bismarck und seine Leute, Volksausgabe, 7. Auflage S. 321). Nichtsdestoweniger bleibt der große Einfluß, den angeblich harmlose Vereine auf die Entwicklung der Dinge im Reiche genommen haben, bestehen und jeder Politiker hat damit für die Zukunft zu rechnen.

Auch in Oesterreich kannte man die „Macht des Liedes" und schon vor 1860 wurde dieselbe politisch verwerthet. Unverdächtige Zeugen sprechen dafür. So schrieb vor Kurzem der liberale „Welser Anzeiger" beim 40. Wiegenfeste des Männergesangvereines in Wels, Ober-Oesterreich, wie folgt:

„Die Revolution [von 1848] wurde niedergeworfen, und das freie Wort flüchtete sich in die Sängerstübchen. ‚Was ist des Deutschen Vaterland' erscholl das Lied. ‚Das ganze Deutschland soll es sein' (lautete die Antwort). Und es ertönte die Wacht am Rhein, und nebenbei wohl auch träumerisch ‚Ich weiß nicht, was soll es bedeuten'. Es kam der Tag von Sadowa, und noch waren die Wunden, die der Bruderkrieg geschlagen, nicht vernarbt, als begeistert das Volk zum Spender der Verfassung aufjubelte, und freudig erklang es, ‚Lied'

Vaterland magst ruhig sein,'. Da schien es als sollten die Liedertafeln ihres politischen Charakters entkleidet und nur zu Stätten der Kunstpflege werden. Thatsächlich haben zumal in den nördlichen Provinzen des Reiches die Turnvereine das politische Erbe der Liedertafeln angetreten. Kaum war ein Decennium verstrichen, so sollte das ‚Deutsche Lied' zum Kampfruf werden, um zu einen die zerstreuten Schaaren vom Elbthal bis an die Gletscherwand."

Dieses aufrichtige Geständniß eines liberalen Blattes kennzeichnet die Art und Weise, wie in den Liedertafeln politisch vorgegangen worden ist. „Politisch Lied — ein garstig Lied" sagt ein altes Sprüchwort, und doch ist der Gesang zu politischen Zwecken mißbraucht worden. Heute sind es in Oesterreich besonders zwei Lieder, welche geradezu als Kriegsruf der verschiedenen Parteien gelten. Der Kriegsruf der Deutsch-Nationalen, welche am liebsten morgen schon die Annexion von Deutsch-Oesterreich durch Preußen vollzogen sähen, ist „Die Wacht am Rhein", der Kriegsruf der Deutsch-Liberalen das „Deutsche Lied". Das Absingen der beiden Lieder wird von Freund und Feind als Demonstration und gewissermaßen als öffentliches Glaubensbekenntniß der Sänger betrachtet.

Wie wenig österreichische Gesinnung in manchem der österreichischen Sängervereine gehegt wird, zeigt wieder das Blatt, das oben angeführt ist, der liberale „Welser Anzeiger," indem er sagt: „Die Mitglieder des Welser Männer-Gesangvereines haben es nie versäumt, durch die Pflege des deutschen Liedes den Sinn und die Liebe zur herrlichen Mutter Germania lebendig zu machen und zu erhalten." Es gibt eben viele Leute in Oesterreich, denen es nicht beifällt, mit deutscher Liebe und deutscher Treue Oesterreich als ihrem Vaterland die pflichtmäßige Anhänglichkeit zu zollen.

Die Zahl der Gesangvereine in Oesterreich ist nicht klein. Im November 1887 umfaßte der nieder-österreichische Sängerbund allein nicht weniger als 104 Vereine mit etwa 3400

Sängern, obwohl mehrere Vereine Niederösterreichs und Wiens und gerade die bedeutendsten, der Wiener Männer-Gesangverein[1]), der Verein „Arion“ und der Academische Gesangverein, diesem Verbande sich nicht angeschlossen haben. Aehnlich sind nach Gauen und Ländern die Gesangvereine der anderen Kronländer organisirt.[2])

Ein sehr bemerkenswerther Zug, der nicht vergessen werden darf, liegt darin, daß jetzt, und zwar nachweislich auf Anregung der liberalen Partei, die Gründung von Bauernliedertafeln in Ober-Oesterreich und in Böhmen versucht wird, um die bäuerliche Bevölkerung, die wirthschaftlich und politisch nicht für den Liberalismus zu haben ist, auf dem sanften Wege der Unterhaltung in dessen Bande zu fesseln. In Oberösterreich bestehen bereits mehrere derartige bäuerliche Liedertafeln, als deren erste jene von St. Georgen an der Gurten gegründet worden ist. Letztere hat bereits das Fest der Fahnenweihe (ohne kirchliche Feier) hinter sich, ein Anlaß, bei welchem ihr Vorstand einerseits auf die Schwierigkeiten hinwies, mit denen eine Bauernliedertafel zu kämpfen hat, zu der die Sänger, nach harter Tagesarbeit, bei schlechtem Wetter, auf schlechten Wegen, in finsterer Nacht zu den Proben eilen müssen, und anderseits den Zweck der bäuerlichen Liedertafeln damit kennzeichnete, daß er phrasenhaft sagte, das deutsche Lied, der deutsche Gesang hebe die nationale Einheit und das moralische Gefühl und

---

1) Seitdem ist dieser Verein mit Rücksicht auf das vierte deutsche Sängerfest, das 1890 in Wien abgehalten werden soll, beigetreten. Dieser Verein trägt grundsätzlich bei jedem Auftreten das „Deutsche Lied“ vor.

2) Neben dem niederösterreichischen Sängerbund ist der steyrische (46 Vereine und 1040 Sänger), der schlesische (20 Vereine), der deutsche Sängerbund in Böhmen (188 Vereine mit c. 5000 Sängern), der Vorarlberger, der oberösterr.-Salzburger, der deutsch-mährische Sängerbund (33 Vereine mit 1079 Sängern) und endlich der Kärnthner Sängerbund hervorzuheben.

bilde den Menschen zum Guten. Es mag wohl sein, daß manche Mitglieder im Vertrauen auf dieses Wort, Sonntag das Beten und unter der Woche, namentlich nach Singabenden unter den obbezeichneten Umständen, auch das Arbeiten bleiben lassen. In Nordböhmen hat die liberale Partei für die Bauern in manchen Gegenden insoferne gewisse Unterhaltungsabende eingeführt, als zuerst ein politischer oder sog. „populärer" Vortrag gehalten wird, und an denselben sich eine musikalische Unterhaltung anschließt. Anderwärts sind derartige Bestrebungen mehr vereinzelt anzutreffen.

Natürlich werden sämmtliche Gesangsvereine der Monarchie erklären, daß sie um keinen Preis politische Zwecke anstreben. Thatsächlich treibt man aber in den meisten Sängervereinen Politik, man will es nur nicht wissen lassen. Um die Beweise dafür in Handen zu haben, braucht man nur die Berichte zu lesen, welche in unverdächtigen hochliberalen Zeitungen über die Sängerbundesfeste erschienen sind; hier soll nur kurz angeführt werden, was die „Deutsche Zeitung" über die Sängerfeste im Sommer 1889 berichten zu können glaubte, ohne diese Versammlungen als politische zu denunciren. Das I. deutsch-mährische Sängerbundesfest in Neutitschein, abgehalten am 9. Juni 1889, wird in der „Deutschen Zeitung" vom 11. Juni mit folgenden Worten begrüßt:

„Unsere nationalen Feste sind Tage wichtiger nationaler Arbeit, und darum sollen sie treu gehegt und gepflegt werden. An dem Festjubel, der das Zusammenströmen gleichgesinnter Genossen, seien sie nun Sänger oder Turner, aus allen oder vielen Gauen unseres Vaterlandes begleitet, entfacht sich die Flamme der Begeisterung für unser deutsches Volksthum zu hellem Brande, der die Führer kräftigt zu neuer Arbeit, die Lässigen mitreißt und alle Volksgenossen anspornt zum Aushalten im Kampfe. In erhöhtem Maße gilt dieß, wenn solche Nationalfeste in von den Feinden des Deutschthums umdräuten Orten veranstaltet werden."

Wie dieß zu verstehen sei, zeigte schon am Vorabend des Festes Direktor Tuschina von der Landesrealschule in Neutitschein, der in einer Weihereihe die Macht des deutschen Liedes pries und an das „Deutsche Lied“ erinnerte, das die (liberalen) Deutschen in Oesterreich zum Kampfe gegen Slavismus und Rückschritt anfeuere (Deutsche Zeitung 11. Juni 1889). Ganz in diesem Geiste nahmen die liberalen Abgeordneten Winterholler, Promber, Habermann und Weeber[1]), sowie verschiedene Gruppen des deutschen Schulvereins, des Bundes der Deutschen Nordmährens, des deutschen Nationalvereines für den Kreis Neutitschein, sowie eine ganze Reihe von Turner-, Radfahrer-, Feuerwehr- und Arbeitervereinen am Feste Theil (Deutsche Ztg. 11. Juni 1889). Mit besonderem Vergnügen bemerkte man auch, daß über Anordnung des Bürgermeisters gegen den Protest des Pfarrers der Stadtpfarrkirchthurm die schwarz-roth-goldene Fahne tragen mußte, deren Hissung in Niederösterreich, Steyermark und Oberösterreich wiederholt behördlich verboten wurde. Nachdem man den ganzen Tag über (Pfingstsonntag) „deutsch“ gewesen war, wurden Abends drei Commerse gehalten. Bei dem ersten sprach der Abgeordnete Dr. Weeber: „Zehn Jahre des Kampfes gegen das Andrängen der slavischen Hochfluth sind an uns vorübergegangen, eines Kampfes, der nicht nur unser Volksthum, sondern auch unsere Cultur bedroht. Da gilt vor Allem der Spruch: Deutsche, haltet den Nacken steif! . . . Gerade in der jetzigen Zeit des Kampfes gegen die Schule (Antrag Liechtenstein auf Einführung der confessionellen Schule!) ist unentwegtes Ausharren doppelt nöthig.“ — Beim dritten Commers sprach Abgeordneter Habermann, indem er die Anwesenden zum Gelöbniß aufforderte, „in der Stunde der Erhebung jeden kleinlichen

1) Die andern liberalen mährischen Abgeordneten des Reichsraths und des Landtags, insbesondere die Führer Dr. Sturm und Chlumezky, hatten ihre Abwesenheit fast sämmtlich entschuldigt.

Zwist beiseite zu lassen." Anlaß zu dieser Aufforderung boten Vorgänge beim zweiten Commers. Dort hatte der Abgeordnete Promber in einer Lobrede auf das deutsche Volk des „höchst wichtigen Kampfes um die Schule" erwähnt, der geführt werden müsse. Ihm folgte der Obmann des (angeblich nichtpolitischen) Bundes der Deutschen Nordmährens, Hermann Braas, und erhob in längerer Rede gegen die deutschliberalen Abgeordneten den Vorwurf, daß sie politisch zu wenig entschieden auftreten. Dagegen verwahrte sich der liberale Abgeordnete Habermann als Vertreter von Neutitschein und meinte, man könne in der Wahl der Mittel verschiedene Wege gehen, müsse aber in den Zielen einig sein, und vor Allem das Erbübel der Deutschen, die Nergel- und Scheelsucht ablegen. Der erste Schritt zur Einigkeit sei durch die Bildung der vereinigten deutschen Linken erfolgt, deren Bestrebungen zu unterstützen seien; doch nicht mit Phrasen und Redensarten lassen sich Erfolge erzielen, sondern nur dadurch, daß sämmtliche Kräfte des deutschen Volkes im Rahmen einer einzigen deutschen Partei, jeder nach seiner Kraft und seiner Art, dem gemeinsamen Ziele nachstreben. Der Redner trank schließlich auf die Einigkeit; die Uneinigkeit wurde aber so groß, daß die Theilnehmer des Commerses flüchteten und der Vorsitzende Professor Tuschina mit den Worten: „Wir wollen Deutsche sein und bleiben!" ihn schließen mußte. Das war, immer nach Berichten der „Deutschen Zeitung", die Pfingstidylle des mährisch-schlesischen Sängerbundes, der sich „um Politik nicht kümmert."

Die Pfingsttage sind natürlich auch von andern Sängervereinen und Sängerbunden zu Ausflügen benützt worden. So z. B. wallfahrtete der Prager Männergesangverein nach Schönlinde, wo er herzlich empfangen wurde; Abgeordneter Karl Hielle kennzeichnete hiebei „in feuriger Rede die Bedeutung der Gesangvereine in nationaler Beziehung und sprach Worte der Anerkennung für die besondere Bethätigung des Prager Männergesangvereins für das „Deutsch-

thum" in Prag (D. Z. Nr. 6270). Die Liedertafel der deutschen Studenten in Prag suchte Teplitz auf und wurde dort vom liberalen Abgeordneten Siegmund aufgefordert, „im Kampfe der Parteien fest und treu zu jener Partei zu stehen, welche für Wahrheit und Fortschritt, für Humanität und deutsches Recht kämpft", in seinem Sinne also zur liberalen Partei.

In Villach in Kärnthen feierte am gleichen Tage der Gesangsverein „Liederkranz Edelweiß" nicht seine Fahnenweihe, sondern seine Fahnenenthüllung, bei welcher ein v. Platzer die Festrede hielt und nach der „Deutschen Ztg." (6270) wörtlich sagte: „Vor wenigen Tagen feierten wir das Gedenkfest des zwanzigjährigen Bestandes der freiheitlichen Schule, einer Errungenschaft, der jetzt harte Stürme drohen. Da sollen es die Fahnen sein, unter welche sich die deutschen Sänger Oesterreichs, die ja längst schon zu einem wichtigen Elemente der Entwicklung in dem Leben unserer Nation geworden, schaaren, sie sollen es sein, die uns mahnen werden, Schulter an Schulter zu stehen gegen jeden Angriff auf deutsches Recht, deutsche Sitte, Cultur und Bildung". Gleichzeitig wurde in St. Veit das dritte kärntnerische Sängerbundesfest abgehalten, bei dem Dr. Prettner, liberaler Landtagsabgeordneter, in der Begrüßungsrede „die trostlose Lage des österreichischen Deutschthums" streifte und „in flammenden Worten die Sänger aufforderte, auch fernerhin, den alten Barden gleich, die nationale Begeisterung in alle Gaue der schönen Heimath hinauszutragen und im Rauschen des edlen deutschen Liedes dem Volke zu sagen, daß wir Einer großen Mutter angehören." (D. Z. Nr. 6269).

Ende Juni feierte der oberösterreichisch-salzburgische Sängerbund sein 7. Bundesfest. Gleich bei Beginn des Festes erörterte der Bundesvorstand Demel, daß „in einer Zeit, wo vielfache Gefahren die nationalen und culturellen Errungenschaften ernstlich bedrohen", die Sängerbundesfeste, „wo immer sie in den letzten 20 Jahren ab-

gehalten worden waren, den Charakter einer nationalen Kundgebung ersten Ranges erlangt haben." Unmittelbar darauf forderte der liberale Bürgermeister Schumacher die Sänger auf, durch Wort, Lied und wenn nöthig durch die That für das „Deutschthum" einzustehen, und sprach die Hoffnung aus, das 7. oberösterreichisch-salzburgische Bundessängerfest würde zu solch' einer nationalen That werden.[1])

Diese Proben „strengster Zurückhaltung" der Sängerverbände von jeglicher politischer Thätigkeit, alle aus Einem Jahre genommen und lediglich nach Berichten liberaler Blätter vorgelegt, mögen genügen. Wer noch nicht voll von dieser „Zurückhaltung" überzeugt ist, der lese den dießjährigen Thätigkeitsbericht der Bundesleitung des deutschen Sängerbundes in österreichisch Schlesien. Derselbe wurde bei der dießjährigen Bundesversammlung in Freiwaldau erstattet, sehr beifällig aufgenommen und erzählt nach der „N. Fr. Presse" (Nr. 8956), „daß das vorjährige in Troppau stattgehabte, bekanntlich glänzend verlaufene deutsche Sängerbundesfest der Bundesleitung Gelegenheit geboten habe, im Interesse des ‚Deutschthums' des Troppauer Landgemeinden-Bezirkes einen regeren Verkehr der deutschen Partei in Troppau mit der Landbevölkerung der Umgebung Troppaus anzubahnen, indem ein mehr als 170 Mann starkes Banderium berittener theils deutscher, theils zwar slavisch sprechender, jedoch deutschfreundlich und fortschrittlich gesinnter Bauern sich an dem Festzuge des vorjährigen Troppauer Sängerbundesfestes betheiligte. Diesen angebahnten Verkehr weiter zu pflegen", hieß es weiter, „konnte nicht Sache des Bundes, sondern der hiezu der Natur der Sache nach berufenen Faktoren in Troppau sein. Diese ließen

---

1) Nach diesen Proben zu schließen, wird bei dem vierten deutschen Sängerfest, welches nächstes Jahr in Wien stattfinden soll, in nationalen (politischen) Phrasen unendlich viel geleistet werden.

indeß bedauerlicherweise den mit der Landbevölkerung angebahnten Verkehr alsbald wieder ins Stocken gerathen, was, wie es sich gelegentlich der Landtags-Ersatzwahl der Troppauer Landgemeinden zeigte, von üblen Folgen für die deutsche Sache in Schlesien war".

Man sieht daran, wie es gemacht wird, und was bezweckt ist. Sängerbundesfest, Anbahnung des Verkehrs mit der Landbevölkerung, liberale Wahlen. In Städten geht es noch leichter und einfacher. Das ist die „nationale Kleinarbeit" der Sänger.

Weitaus mehr als bei den Gesangsvereinen ist die politische Thätigkeit bei den Turnvereinen in den Vordergrund getreten. Merkwürdigerweise fallen die Gründung des „deutschen Nationalvereins", der Wiege der späteren nationalliberalen Partei, wie die Abhaltung des ersten deutschen Sängertages und des ersten „deutschen Turner- und Jugendfestes" in Coburg (16.—19. Juli 1860) zeitlich sehr enge zusammen. Dieß ist naturgemäß, weil sie auch ursächlich zusammengehören. Es war der Herzog Ernst von Coburg-Gotha, der das deutsche Vereinsleben in seinen verschiedenen volksthümlichen Zweigen der nationalen Einheitsidee (dem preußischen Gedanken) dienstbar zu machen suchte und darum die Ausgestaltung des Sänger-, Turner- und Schützenwesens förderte. Unter diesem Einflusse gelobten sich die beim ersten deutschen Turner- und Jugendfeste in Coburg anwesenden Festgäste, für die Ausbreitung der Turnerei und des nationalen Gefühles (sprich: Nationalliberalismus) im deutschen Volke zu wirken. [1])

1) Die Neue freie Presse, ein liberales Hauptblatt, schrieb Nr. 8951 vom 27. Juli 1889: „So wenig sich auch . . . dagegen einwenden läßt, daß die deutsche Einheit so, wie sie jetzt besteht, nicht ersungen, erschossen oder erturnt, sondern auf dem Schlachtfelde und am grünen Tisch erkämpft worden sei, ebenso gewiß ist es auch, daß die großen deutschen Nationalfeste, wie sie von Coburg aus angeregt wurden, viel dazu beigetragen haben, um die

Als nach dem Kriege von 1866 der Nationalliberalismus in reußen zu einer Macht geworden war, gaben sich die Turner 368 in Weimar eine feste Organisation. Ein fünfgliedriger usschuß, dem aus Oesterreich der bekannte Dr. Hanns tingl von Krems angehörte, arbeitete das Grundgesetz für en Verband aller deutschen Turnvereine aus, dessen An- ahme der „Deutschen Turnerschaft", wie der Verband sich iannte, eine weitausgreifende Organisation gab. Das ganze große Gebiet, Deutschland und Deutschösterreich, wurde in 15 Kreise eingetheilt, und jeder Kreis wieder in Gaue ge- gliedert. Die Turnvereine Oesterreichs bildeten den 15. Kreis der deutschen Turnerschaft, und dieser Kreis setzte sich aus 13 Gauen zusammen. Böhmen hat sechs Gaue, Nieder- österreich zwei, und weiter bestehen der Mährisch-Schlesische, der Oberösterreichisch-Salzburgische, der Südösterreichische und der Tyrolische und Vorarlbergische Gau. Der Gesammt- ausschuß dieses großen Verbandes, die Kreisturnräthe, die Gauvertretungen und die einzelnen Vereinsvorstände und Turnräthe können damit alle in Einem Sinne arbeiten — für Turnzwecke wie in andern Dingen.

Zu den Einrichtungen der „Deutschen Turnerschaft" gehört die Abhaltung von allgemeinen deutschen Turnertagen, die alle vier Jahre sich wiederholen. Je tausend Turner und ebenso Vereine mit über 500 Mitglie- dern entsenden zu diesen Turntagen je einen Abgeordneten, um wichtige, die gesammte deutsche Turnerschaft betreffende Fragen zu berathen. Der letzte deutsche Turntag wurde 1887

deutschen Stämme einander näher zu bringen und ein Solidari- täts-Bewußtsein heranzuziehen, welches trotz seiner Unabhängigkeit vom Staatsgedanken doch Vieles zur Erleichterung der politi- schen Wiedergeburt der deutschen Nation beigetragen hat." Das Blatt, das zu den „Wissenden" gehört, insoferne ihm die Ge- heimnisse der Loge und des Nationalliberalismus bekannt sind, bestätigt damit offen die Dienste, welche die Sänger-, Turner- und Schützenfeste der kleindeutschen Idee geleistet haben.

in Coburg abgehalten, wo 27 Jahre vorher das erste deutsche Turner- und Jugendfest stattgefunden hatte. Die „Deutsche Zeitung“ vom 3. August 1887 begrüßte den Turnertag in Coburg mit folgenden Worten:

„Die Deutsche Turnerei ist uns ein wichtiges Mittel zur Hebung und Förderung des Sinnes für deutsche Volkszusammengehörigkeit; die Turnvereine gelten uns als die Stätten, an denen wir die Kraft unserer Jugend stählen und sie erziehen wollen zu warmem nationalen Fühlen. Alle nationalen Deutschen mögen sich hier vereinen und eins sein in der Lösung dieser großen Aufgabe. Mögen sie sonst im Kampfe mit den Wechselfällen des Lebens welcher Parteirichtung immer angehören, uns ist jedwede politische Partei fremd;[1]) wir wollen in unserem Vereine lediglich einen Brennpunkt nationalen Lebens und Strebens schaffen. Auch das feste Zusammenhalten in der gesammten deutschen Turnerschaft gehört mit zu den wichtigsten Mitteln zur Erreichung unseres Zieles.“

Unter den Zeilen geben die Berichte der „Deutschen Zeitung“ über diesen Tag zu verstehen, daß die österreichischen Delegirten es sich angelegen sein ließen, den Turnern aus dem Reiche die Verhältnisse darzustellen, mit denen sie als „Schmerzenskinder“ in Oesterreich zu kämpfen haben, und daß hiebei die Phrasen von den finstern Wolken des slavischen Gewittersturmes u. s. w. eine bedeutende Rolle spielten. Damit schon fanden die stolzen Worte der „Deutschen Zeitung“, daß den Turnvereinen jede politische Parteiung fremd sei, ihre Widerlegung, sie sollten aber noch offener als völlig unwahr sich erweisen, denn gerade auf diesem Tage fand in Coburg der Ausschuß der „Deutschen Turnerschaft“ die Nöthigung gegeben, einen sogenannten Ausschluß-

1) Es wird sich zeigen, daß diese Phrase nicht mit Recht gebraucht wird, umsomehr als die Turnerschaft ihre Verdienste um die Ausgestaltung der kleindeutschen Idee offen rühmt, also in der Vergangenheit wenigstens selbst politisch thätig gewesen sein will.

paragraphen zu beantragen, dessen Wortlaut hier folgt: „Turnvereine, welche ihre Verpflichtungen gegen die ‚Deutsche Turnerschaft' während 3 Jahren nicht erfüllt haben, welche den Frieden stören, dem Grundgesetze sich nicht unterwerfen, oder den guten Ruf der Turnersache in sittlicher und nationaler Beziehung, sowie durch Einmischung von Zwecken, welche der Turnersache fremd sind, schädigen, können vom Ausschuß der deutschen Turnerschaft ausgeschlossen werden." Dieser Antrag, der formell jede Einmischung in Parteiverhältnisse auszuschließen scheint, dieselbe indeß thatsächlich erst recht möglich machte, wurde nicht in dieser Fassung, sondern nur in dem Sinne angenommen, daß den (15) Turnkreisen das Ausschlußrecht über jene Vereine, die grundgesetzwidrig handeln, zustehen solle.

Veranlaßt war dieser Beschluß durch österreichische Verhältnisse. In Oesterreich wurde das Turnwesen gleich anfangs mit Begeisterung aufgenommen und der erste Wiener Turnverein gelangte bald zu großer Ausdehnung. Schon 1863 sah er sich indeß zu dem Beschlusse veranlaßt, das öffentliche Tragen des Turnkleides und auffallender Abzeichen, wie Bänder, Gürtel, Medaillen u. s. w. aus dem Grunde zu verbieten, weil nicht nur Turner, sondern auch Nichtturner in Wien und Umgebung im Turnkleide sich Ausschreitungen hatten zu Schulden kommen lassen, durch welche sowohl das Ansehen des Vereins, als auch die Turnersache in den Augen der Bevölkerung empfindlich geschädigt wurde. Dieser Beschluß gab einer Minderheit im Vereine Anlaß, auszuscheiden und den Wiener Männerturnverein zu gründen (1863), die erste Spaltung in der österreichischen Turnerschaft. Ende 88 beging dieser Verein unter Antheilnahme vieler anderer Turnvereine sein Jubelfest, und hiebei hielt Schriftwart Mayer eine bezeichnende Rede. Nach der „Deutschen Zeitung" vom 2. Januar 1889 sagte er: „Turnerei und Deutschthum sind so innig mit einander verknüpft, daß sie nimmer zu trennen sind. Wir sind bestrebt, Körper und

Geist frei zu machen, das Gefühl nationaler Begeisterung hinauszutragen in die weitesten Schichten des Volkes, auf daß die Liebe zur schwarz-roth-goldenen Fahne[1]) nicht verblasse, sondern immer neu erblühe. Immer mächtiger brausen die Wogen der slavischen Hochfluth um die Mauern unsers deutschen Wien, da ist es Pflicht des deutschen Mannes, auf der Hochwacht für die nationalen Güter zu stehen, Pflicht der deutschen Frau und Mutter, den Kindern nationalen Geist einzuflößen." Wer die Ausdrucksweise des österreichischen Liberalismus kennt, der weiß, daß „Deutsch", „Liberal" und „National" für denselben gleichbedeutende Begriffe sind. Die Abgeordneten Pernerstorfer und Weitlof, der Obmann des deutschen Schulvereins, sowie Dr. Hans Stingl in Krems wußten wohl, warum sie dem Vereine zu diesem Feste ihre Glückwünsche darbrachten.

Die politische Arbeit im Sinne des Liberalismus wurde übrigens nicht bloß in diesem Vereine, sondern in der ganzen Turnerschaft Oesterreichs getrieben, ohne daß der Gesammtausschuß oder der Kreisturnrath an das angebliche Grundgesetz — Fernhaltung politischer Thätigkeit — erinnerten. Im Gegentheile erklärte der Kreisturnrath für Oesterreich in seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1886 selbst: „Das heftig pulsirende Leben in den deutschen Gebieten Oesterreichs, das sich trotz aller Hemmungen immer mächtiger entwickelt, bethätigte sich in hervorragender Weise in der Pflege, Ausbildung und Verbreitung des deutschen Turnerwesens. Die weitere Ausbildung dieses letzteren geht Hand in Hand mit der Kräftigung des deutsch-nationalen Gedankens, und aus der Hebung des Turnerwesens ist der Schluß zu ziehen auf das nationale Bewußtsein der Deutschen in Oesterreich." Durch diese, gewissermaßen amtliche Auslassung

---

1) Zwei Monate vorher war behördlich beim Empfang des deutschen Kaisers in Wien die Hissung schwarz-roth-goldener Fahnen verboten worden.

ist die politische Thätigkeit der österreichischen Turnvereine vollauf bestätigt. Merkwürdigerweise wurde seitens der deutschen Turner gewöhnlich in dem wegwerfendsten Tone über die czechischen und slovenischen Sokol-Vereine gesprochen, welche der Idee nach vollständig den deutschen Turnvereinen entsprechen. Auch diese Sokol-Vereine verfolgen neben der körperlichen Kräftigung die Pflege des nationalen Sinnes, werden aber eben darum von den Deutschnationalen als „czechische" und „slovenische Hetzvereine" bezeichnet, während die ganz gleiche Thätigkeit der deutschen Turnvereine als „rettende That" gerühmt wird. [1])

Inzwischen hatte in einzelnen deutschen Turnvereinen das Judenthum eine solche Ausdehnung gewonnen, daß die turnerischen Phrasen von der „Pflege des nationalen Sinnes" sich wie Hohn und Spott ausnahmen. Einige Ziffern mögen zeigen, wie weit die Dinge in dieser Richtung gediehen sind. Im 2. Bezirke in Wien besteht ein deutsch-österreichischer Turnverein, der Ende 1888 460 Mitglieder hatte. Nach seinem Verwaltungsberichte für dieses Jahr befanden sich unter den 14 Turnräthen 11, unter den 5 Revisoren 4 und unter den 20 Vorturnern 17 Juden; das Mitgliederverzeichniß beginnt mit: „Abeles, Abeles, Abeles, Abraham, Adler, Adler, Allina, Amster, Anninger (recte

1) Neben den deutschen, czechischen und slovenischen Turnvereinen (Sokolvereinen) bestehen in Oesterreich auch italienische Turnvereine, welche ebenfalls politisch nicht thätig zu sein behaupten, sondern wie alle anderen nur die Pflege des nationalen Sinnes im Auge haben wollen. Die österreichische Regierung hat im Sept. 1889 einen dieser Vereine, den italienischen Turnverein in Görz, behördlich aufgelöst, weil derselbe das Fest seiner Fahnenweihe am 15. Sept. zu einer nationalen Demonstration ausbildete. Die Vereinsmitglieder und die Ehrenjungfrauen waren nämlich demonstrativ mit der Lieblingsblume der italienischen Königin geschmückt und die Blumensträuße, die verwendet wurden, zeigten die italienische Tricolore.

Abeles), Arnstein u. s. f." und schließt mit: „Zuckermann, Zwack und Zwicker." Weiterhin prangen die Namen: „Baruch, Charnatz, Deutsch, Nathan, Nathaniel, Ellbogen, Elias, Feitl, Fischl, Hirschl, Hirschler, Hirschsohn, Jerobam, Jonas, Karpeles, Knöpfelmacher, Kocheles, Kohn, Kohnstamm, Cohn, Cohen, Löwi, Löbl, Löffl, Löwenbein, Löwentritt, Löwenfuß, Mandl, Mendl, Milch, Modern, Oreustein, Pollak, Simon, Schoham, Schweinburger, Tambour, Tänzerles u. s. w.", lauter Namen mit echt germanischer Bedeutung! Manche derselben finden sich so oft vor, daß deren Besitzer in Viererreihen geordnet einhermarschiren könnten. Aehnlich schaut es in anderen deutschen Turnvereinen aus, wie ein Schreiben des Turnvereines in Sternberg in Mähren an den „ersten Wiener Turnverein" ausweist. Dasselbe ist enthalten in der „Deutschen Zeitung" vom 12. December 1888 und führt aus, daß der Antisemitismus in Mähren keine Berechtigung besitze und auch nicht durchführbar sei, wenn nicht in vielen Städten das Fortbestehen der Turnvereine ganz in Frage gestellt werden soll. Weiter heißt es wörtlich: „Jede Spaltung in den Reihen der deutschen Wählerschaft, zu welcher hier in Mähren die Juden einen nicht unbedeutenden Theil stellen und seit Jahren treu ausgehalten haben, wäre unter den gegebenen Verhältnissen ein unerhörter Frevel an dem Deutschthum, weil wohl in diesem Falle so manche Stadt, welche in der letzten Zeit nur nach den heißesten und erbittertsten Wahlkämpfen ihren ‚deutschen Charakter' bewahren und erhalten konnte, für das Deutschthum sofort und unwiederbringlich verloren wäre." Dieses Schreiben ist kostbar; denn es kennzeichnet einerseits die politische Arbeit der Turnvereine, anderseits den riesigen Einfluß der Juden auf die „Pflege des nationalen Gefühles" in diesen Vereinen. Wie dieser Einfluß beschaffen sein mag, erkärt sich leicht aus der Thatsache, daß der Jude in Wien urdeutsch, in Pest Ur-Magyare in Krakau Stockpole, in Böhmen je nach Bedürfniß urdeutsch

oder urczechisch und in Triest uritalienisch ist und bei all seinen „nationalen“ Wandlungen lediglich die Interessen seiner Person und seiner Stammesgenossen berücksichtigt.

Es war nur natürlich, wenn der jüdische Einfluß in der Turnerschaft eine Reaktion wachrief, die sich zuerst im Wiener Turnverein geltend und dadurch bemerkbar machte, daß durch eine Statutenänderung der Ausschluß jüdischer Mitglieder ermöglicht wurde. Bald darnach wurde im Krems die 25jährige Gründungsfeier des dortigen Turnvereines, verbunden mit dem 5. österreichischen Kreisturnfeste gefeiert. Wie sehr auch diese Feier auf die Erreichung politischer Zwecke abzielte, zeigte die Anrede, welche der Kreisvorsteher Dr. Riegl hiebei im Namen des Kreisturnrathes, also der gesammten österreichischen Turnerschaft hielt. Er erörterte, daß die deutsche Turnerschaft eine hehre Macht sei, wie sie herrlicher nicht gedacht werden könne, eine Macht, an der die slavischen Bedrücker mit ihren lichtscheuen Bundesgenossen zerschellen würden.[1])

Es kam aber anders, indem gerade auf diesem Feste die Turnerschaft in Oesterreich sich trennte. Die „Neue freie Presse“ berichtet darüber:

„Daß bei einem solchen Feste von dem Deutschthume und seinem Kampfe in Oesterreich viel die Rede war, versteht sich von selbst; das Bekenntniß, auf streng nationalem Boden zu stehen, war sogar das vorherrschende. Aber eben darum, weil auf diesen (Turner-)Festen nur mehr eine Richtung unter den Deutschen vertreten zu sein pflegte, haben sie wesentlich von der politischen Bedeutung eingebüßt, welche sie einmal besaßen,

---

1) Wohin der erste Vorsitzende des österr. Turnkreises mit dem Ausdruck „lichtscheue Bundesgenossen“ zielte, ist wahrlich kein Räthsel. Der Ausdruck enthält eine grobe Beschimpfung aller überzeugungstreuen katholischen Oesterreicher und beleuchtet so recht das angebliche Grundgesetz der deutschen Turnerschaft, daß den Turnvereinen „jede politische Parteiung fremd“ sei.

und das Kremser Turnfest ist z. B. nicht entfernt mit dem seinerzeit abgehaltenen Brünner Kreisturnfest zu vergleichen. Es zeigt sich auch hier: je nationaler die Programme werden, desto weniger geschieht für die politische Arbeit der Nation. Das Bezeichnendste ist, daß die Furcht, in dieser nationalen Richtung von einer noch nationaleren angefeindet und übertrumpft zu werden, selbst auf diesem politischen Feste lastete, denn das unverfälschte, d. h. antisemitische Deutschthum ersehnt auch die Gelegenheit, um für sich Propaganda zu machen. Es gelang auch richtig, das Fest soweit zu stören, daß eine Anzahl von Turnvereinen, um nicht Beleidigungen ausgesetzt zu sein, von der Festkneipe sich fern hielt." . .

Auch die „Neue freie Presse" gibt somit die politischen Tendenzen der Turnfeste und Turnvereine zu und bejammert nur das Auftreten der sehr erklärlichen antisemitischen Reaktion gegen die Ueberwucherung der Turnvereine durch das Judenthum. Durch diese Klagen ließ sich diese Reaktion nicht mehr aufhalten und kam von da ab in verschiedenen Gegenden Oesterreichs zum Durchbruch. So entstand im August 1888 bei dem nordböhmischen Gauturn- und Feuerwehr-Feste in Leipa ein Streit zwischen antisemitischen und philosemitischen Turnern. Der Gausprechwart Strache, der Vorkämpfer des Altkatholicismus in Nordböhmen, hatte bei dem Gauturnfeste gesagt, im entscheidenden Augenblicke habe man keine Zeit, ängstlich den Stammbaum oder die Confession der Vertheidiger der deutschen (liberalen) Sache zu prüfen. Bei der Festkneipe hatte der parlamentarische Vertreter des Altkatholizismus, Professor Bendel, den Grundsatz aufgestellt, daß, wer das Deutschthum liebe, „am allgemeinen deutschen Turnervereine und am deutschen Schulvereine nicht rütteln dürfe". Die Antisemiten machten dagegen geltend, daß man Vater Jahn, der darnach strebte, das deutsche Volk von allem Undeutschen zu säubern, eine Gesinnung unterschiebe, die dem deutschen Volksthume stark zuwiderlaufe und darauf ausgehe, die deutsche Turnerei ihrer grundlegenden Idee zu entfremden. Gleiche Schwierigkeiten ergaben sich 1889 bei verschiedenen

Vereinen, in denen mehr oder weniger Antisemiten und Judenfreunde sich gegenüberstellen.

Inzwischen hatte der Ausschuß der deutschen Turnerschaft sich mit der Frage beschäftigt, und insbesondere der Schriftführer desselben, Dr. Ferdinand Götz, gegen die antisemitische Richtung in den Turnvereinen Stellung genommen. In einem Briefe an den ersten Wiener-Turnverein bezeichnete er den Kampf gegen das Judenthum, wie er in diesem Vereine geführt werde, „für einen unerhörten Frevel am Deutschthum, weil er auf Kosten der Einigkeit der Deutschen Oesterreichs geführt werde, und die Form dieser Kämpfe für durchaus unsittlich und geradezu empörend.“ [1]) Seinem Einflusse gelang es schließlich, den ersten Wiener Turnverein aus der deutschen Turnerschaft auszuschließen. Dieser Verein blieb aber nicht allein, sondern es gesellten sich ihm eine Anzahl anderer bei, so daß zur Zeit der ganze niederösterreichische Turngau, den gegenwärtig 13 Vereine mit 2145 Mitglieder bilden, aus der deutschen Turnerschaft ausgeschlossen ist.

Selbstverständlich entstand darüber innerhalb der österreichischen Turnerschaft eine große Aufregung. Während man auf der einen Seite vermitteln wollte, um den niederösterreichischen Turngau wieder dem Kreise anzuschließen, dachte man auf der anderen Seite bereits an die Herstellung eines **deutschen Turnerbundes** mit ausgesprochen antisemitischer Tendenz. Fast sämmtliche Turnvereine nahmen

---

1) Götz hat über das oben berührte Kreisturnfest in Krems einen Bericht geschrieben, der ihn charakterisirt. Daß in Krems einige jüdische Turner **privat** beleidigende Worte hören mußten, erscheint ihm „ein Verbrechen am Geiste der Eintracht und des Friedens.“ Dagegen berührt es ihn gar nicht, daß **offiziell** durch den Mund des ersten Vorsitzenden des österreichischen Kreises die überzeugungstreuen Katholiken öffentlich als „**lichtscheu**“ beschimpft wurden. Seinen eben angeführten Brief kennzeichnet gleichfalls die Haltlosigkeit der Phrase, daß „den Turnvereinen jede Parteiung fremd sei.“

mehr oder weniger entschieden in dieser Frage Stellung, doch erwies sich der Einfluß des Judenthums in den Turnvereinen immer noch sehr mächtig. Die böhmischen Gaue (6) stellten sich unbedingt auf die Seite desselben; ebenso hat der südösterreichische Turngau schon im Februar dieses Jahres in Graz beschlossen, den Kreisturnrath aufzufordern, nichts zu unternehmen, um den ausgeschlossenen Vereinen des niederösterreichischen Turngaues den Wiedereintritt zu ermöglichen. Die Verhandlungen, welche diesem Beschlusse vorangingen, waren sehr lebhaft, indem von der Minderheit nachdrücklich geltend gemacht wurde, daß jedem Vereine das Selbstbestimmungsrecht zugestanden werden müsse, fremde Völkerelemente, wenn er sie nicht wolle, aus seiner Mitte auszuschließen; indeß wurden diese Vorhalte in Graz nicht berücksichtigt. Anders war dieß beim 6. Gauturntag des Ostmarkturngaues, der entschieden für die Nothwendigkeit eintrat, daß jedem Vereine in der Abhaltung fremder Einflüsse freie Hand gelassen werde, und daß insbesondere in Oesterreich aus nationalen Gründen es als dringend geboten erachtet werden müsse, Alles aufzubieten, um volle Einigkeit wieder zu erzielen. Bei der Versammlung des Turnrathes des (15. österr.) Kreises, welche im Juli in Salzburg statthatte, siegte indeß wieder die semitische Richtung insbesondere durch den Einfluß des altkatholischen Buchdruckers Strache von Warnsdorf.

Unmittelbar auf diese Versammlung in Salzburg folgte das Münchener Turnerfest, an dem ca. 20000 Turner sich betheiligten. Die politische Thätigkeit der Turnvereine, zunächst jener in Oesterreich, trat bei demselben klar und bestimmt in den Vordergrund. Selbst die Begrüßungsrede, welche Prinz Ludwig von Bayern als Ehrenpräsident des Festes am 27. Juli hielt, bot hochpolitische Erwägungen, die sicher reichlich überdacht waren. Er sprach: „Unsere Aufgabe ist, treu festzuhalten an Reich und Kaiser. Ich verstehe darunter das Festhalten an dem von sämmtlichen deutschen Staaten freiwillig eingegangenen und freiwillig ge-

haltenen Bunde, der den Einzelstaaten je nach ihrer Bedeutung und Größe verschiedene Rechte einräumt, unter einer festen Centralgewalt, welche die nothwendige Einheitlichkeit nach innen und außen wahrt, aber dennoch den Einzelstaaten ermöglicht, die ihnen zukommende Culturaufgabe zu erfüllen." In diesen wuchtigen Worten liegt ein ganzes Programm, ein Programm, das zu der wirklichen Thätigkeit vieler Turnvereine, die den Unitarismus in Deutschland anstreben, in mächtigen Gegensatz sich stellt. Warm wurde der Prinz, als er sich an die Oesterreicher wandte. „Den Deutschen in Oesterreich", sagte er, „rufe ich zu: Halten wir fest an der deutschen Sprache und der deutschen Gesinnung, halten wir fest an dem angestammten Herrscherhause, vergessen wir nicht, daß Habsburg-Lothringen oft an der Spitze der deutschen Sache gestanden und mehr und vor allen anderen gegen die Franzosen kämpfte. Bedenken wir, daß es Kaiser Franz Joseph war, welcher im Jahre 1859 mit Stolz die Vorschläge Napoleons abwies, indem er sagte: Ich bin ein deutscher Fürst; vergessen wir nicht, daß er es war, der Deutschland die Hand zum Frieden gereicht hat; vergessen wir nicht, daß, als der jetzige deutsche Kaiser dem Kaiser von Oesterreich einen Besuch machte, Kaiser Franz Joseph auf das Wohl der deutschen Armee trank und dieselbe ‚unsere Kameraden' nannte." Die österreichische liberale Presse hat diese Worte, welche die innigste Sympathie mit dem Kaiserhause in Wien bekundeten, gegen die Regierung des Kaisers, gegen die conservativen Deutschen in Oesterreich und gegen die nichtdeutschen Völker dieses Reiches auszubeuten versucht, wozu sie durchaus kein Recht hatte. Der erlauchte Prinz, den herzliche Bande mit Oesterreich verknüpfen, hat zu allerletzt daran gedacht, die innern Schwierigkeiten in Oesterreich zu vermehren; was er den Deutschen in Oesterreich zurief, kann jeder conservative Oesterreicher und jeder Slave unterzeichnen, und nur eine gewaltsame Auslegung seiner Worte konnte die thatsächliche Ausbeutung derselben durch die deutsch-liberale und deutsch-radikale Presse möglich machen.

Politisch interessant war auch die Rede des Dr. Götz (Lindenau), jenes Mannes, der von den Juden in den Turnvereinen eine Stärkung des nationalen Gefühles erwartet. „Wir haben nicht mehr Ein Vaterland, aber doch sind wir einig, doch dienen wir Einer Sache, wir dienen der Sache, das Deutschthum aufrecht zu halten, soweit die deutsche Zunge klingt, und indem wir das thun, haben wir noch Ein Vaterland“ (Pangermania?). Am aufrichtigsten sprach indeß Professor Kienmann aus Waidhofen an der Ybbs (Niederösterreich) als Obmann des Ostmarkgaues. Er erörterte, daß der deutsche Stamm in Oesterreich mit allen anderen Zweigen des großen deutschen Volkes durch ein starkes gemeinsames Nationalbewußtsein verbunden sei; die Stärkung dieses Bewußtseins gestalte sich für die Deutschen in Oesterreich wie eine Lebenskräftigung. Und nun entwickelte er offen das ganze Programm der „nationalen Kleinarbeit der Deutschliberalen in Oesterreich“, wie folgt:

„Aus der Erkenntniß, daß wir Deutsche in Oesterreich auf uns ganz allein angewiesen seien, haben sich eine Menge von Einrichtungen ergeben, die aus unseren ganz eigenartigen Verhältnissen herausgewachsen sind. Zur Erhaltung des nationalen Besitzstandes, zum Schutze der bedrohten Vorposten des Deutschthums in Oesterreich und zur Verhinderung des Abbröckelungsprocesses, der leider sich früher vollzog, ist der Deutsche Schulverein entstanden; zur wirthschaftlichen Kräftigung einzelner besonders bedrohter Gebiete sind freiwillige Genossenschaften entstanden, der Böhmerwaldbund, der Bund der deutschen Nordmährer und ähnliche Einrichtungen. An dem Streben nach Reinigung unserer Muttersprache von allem überflüssigen fremdländischen Zusatz nehmen auch wir theil. Die herrlichen Schätze, die in unseren Mundarten ruhen, werden gerade in unserer Zeit durch vortreffliche Geister gehoben. Zur Hebung der allgemeinen Volksbildung bilden sich auch bei uns freiwillige Genossenschaften. Wie von selbst empfangen wir aus der großen deutschen Culturgemeinschaft die schönsten Blüthen deutscher Kunst und Wissenschaft, die herrlichsten Schöpfungen Richard Wagner's finden bei

uns den allgemeinsten Beifall, unsere Sängerwelt schöpft aus dieser reichen Quelle ihre Lieder, und aus diesem Boden haben wir als eine der herrlichsten Erscheinungen des deutschen Culturlebens die Turnerei empfangen. Die Pflege des Turnens steht in besonders hohem Ansehen in unseren Landen als eines der besten Mittel zur Stärkung des Volksthums".[1])

Das Hervordrängen der politischen Thätigkeit in den Turnvereinen gestaltete sich bei diesem Turnfeste so stark, daß selbst das Hauptblatt der deutschen Liberalen in Oesterreich unmuthig wurde. Zum erstenmale trat bei dem Feste eine Musterriege deutscher Turnlehrer auf, welche das Schulturnen in seiner strengsten Form zur Anschauung brachte. In der Hoffnung, daß diese Musterriege der Turnlehrerschaft eine regelmäßig wiederkehrende Erscheinung bei allen spätern Turnfesten werde, schrieb die „Neue freie Presse", Nr. 8956 vom 1. August 1889: „Jedenfalls ist die Einführung dieser Riege von weit höherem turnerisch-pädagogischen Werthe, als die Abhaltung von Turnlehrer-Versammlungen, auf welchen man, wie es eben hier in München geschah, vor lauter politischen und unpolitischen Begrüßungsreden gar nicht zur Erörterung turnerischer Fachfragen von allgemeinem Interesse gelangen konnte."[2]) Die Stellung der gesammten deutschen Turnerschaft zur Frage der Aufnahme von Juden in die Turnvereine, die

---

1) Alle diese Vereine werden in ihren Zielen und in ihrer Thätigkeit in Nachfolgendem noch genau geschildert werden.

2) Einige Tage vor dem Feste tagte in Wien der Verein der österreichischen Turnlehrer. Auf demselben wurde Beschwerde darüber geführt, daß die heutige Turnerei bestrebt sei, durch Kraftmeierei, Einzelleistungen und Luftsprünge der Eigenliebe zu fröhnen, wodurch das deutsche, sittliche, volksthümliche Turnen zum Sport und Akrobatenthum herabsinke und bei dem Ueberhandnehmen dieser Eigenheiten immer mehr die praktische gesunde und volksthümliche Entwicklung des Turnens schwände. Leider entstünden aus diesem Wechsel des Systems in der Turnerei Parteiungen und Strömungen, welche die Turnerei als ideale Lehre der Manneserziehung illusorisch

in den niederösterreichischen Vereinen eine so mächtige und bewegende Rolle spielte, kam in München öffentlich nicht weiter zur Erörterung. Schon auf dem Tage des österreichischen Kreises in Salzburg (24.—27. Juli) wußte man, daß der niederösterreichische Turngau, der aus der deutschen Turnerschaft ausgeschlossen worden war, weil er grundsätzlich die Juden als Nichtdeutsche betrachtete und ihnen darum die Aufnahme in deutsche Turnvereine verschließen wollte, an die Gründung eines Sonderbundes, „Deutscher Turnerbund" genannt, schreiten wolle und hiezu auch die behördliche Genehmigung bereits erhalten habe. Die antisemitischen Turner setzten in München geheim einen Fünferausschuß ein, der die Gründung des „Deutschen Turnerbundes" vorbereiten sollte. Am 20. Oktober schritt man in Wien zur Errichtung des vorläufig auf Oesterreich beschränkten Bundes, dem sich der niederösterreichische Turngau, der Turnerbund für Nordböhmen (bedingt) und die Turnerverbindung Jahn in Reichenberg in Böhmen mit zusammen etwas unter 3000 Mitgliedern sich anschloßen. In letzter Stunde kam noch ein „Versöhnungswort" des Turnrathes des österreichischen Kreises, das aber unbeachtet blieb, weil man „einen bedingnißlosen Wiedereintritt in die deutsche Turnerschaft, solange dieselbe verjudet sei, für unmöglich hielt!"

Ergänzend sei hier noch bemerkt, daß auch im ersten Wiener Turnverein, dem führenden Verein im neugegründeten Deutschen Turnerbund, Spaltungen und Gegensätze bestehen, die wohl einmal noch ausgetragen werden. — Das ist der Stand der Dinge von heute. Wie sie auch weiter verlaufen, so viel ist gewiß, daß all der Zwist und die Verbitterung,

---

machen. Auch die Zunahme des Mißbrauchs der Waffen zum Pauken wurde beklagt. Zu diesen vernünftigen Ansichten that der Verein noch etwas Uebriges, indem er als solcher gegen die Einführung der — confessionellen Schule in Oesterreich als solcher protestiren zu müssen glaubte. Ueberall Politik!

welche heute insbesondere die österreichischen Turnvereine durchziehen, nicht dem eigentlichen Zwecke des Turnens, Pflege der körperlichen Kraft, entstammen, sondern lediglich mit der „politischen Arbeit“ in Verbindung stehen, welche die Turnvereine übernommen haben, trotzdem sie anscheinend nicht politische Vereine sind.

LXXII.

Testirrecht der Kleriker einst und jetzt.

Nächst der Liebe Gottes ist unstreitig die Hingabe im Dienste der Gesammtheit eines der höchsten Ideale, denen der Christ, zumal wenn er mit irdischen Gütern reich gesegnet ist, nachstreben soll. Ist doch Lehre des Christenthums, daß der Reiche nur dann in den Himmel eingehen kann, wenn er arm ist im Geiste, wenn er sich als Verwalter Gottes über die irdischen Güter ansieht, davon für sich und die Seinigen nach den Grundsätzen der Genügsamkeit und Sparsamkeit gebraucht, den Ueberfluß aber der Gesammtheit zur Verfügung stellt. In diesem einen christlichen Grundsatze gipfelt alles, worauf das Gesetz der echten Wirthschaftlichkeit sich gründet.[1]) Wer darum die kirchliche Lehre über Eigenthum und Almosenpflicht, über Reichthum und Armuth mißachtet, der versündigt sich zugleich gegen das Moralgesetz der Wirthschaftlichkeit und trägt mehr oder weniger Schuld an der

---

1) S. Schäffle „Kapitalismus und Socialismus“ S. 25.

mißlichen socialen Entwicklung, welche mit erbarmungslosem Luxus hier, mit herzlosem Hasse dort, mit dem Krieg Aller gegen Alle endigt.

Was Wunders, wenn die Kirche stets dahin arbeitete, daß ihre Glieder die rechtmäßig erworbenen zeitlichen Güter dazu gebrauchen, die Ehre Gottes, ihr eigenes, der Ihrigen und Anderer Heil zu fördern? Vorab waren es die Geistlichen, welchen die Kirche von jeher ans Herz legte, ihr Vermögen, das sie als Diener der Kirche sich erwarben, gottgefällig zu verwenden, um nicht durch Mißbrauch desselben der himmlischen Güter verlustig zu gehen. In dieser Richtung sind ganz besonders die zahlreichen Bestimmungen von Päpsten und Concilien zu erwähnen, welche im Laufe der Jahrhunderte bezüglich der Testamente des Klerus erlassen wurden, über welche die Kirche zu allen Zeiten mit besonderer Gewissenhaftigkeit und Strenge gewacht hat.

Die Bischöfe der alten Kirche waren hinsichtlich des letztwilligen Dispositionsrechtes sogar in der Weise eingeschränkt, daß ihr peculium clericale nach Abzug des Privatvermögens ganz der Kirche als Eigenthum zufiel. Was war natürlicher als die Forderung, daß die Kleriker auf der Grenzscheide zwischen Zeit und Ewigkeit in erster Linie ihrer Kirche gedenken, von der sie während ihres Lebens so viel Wohlthaten empfangen, und daß sie ihre Pfründeinkünfte nicht zu irgend welchen profanen Zwecken, sondern selbst wiederum der Kirche vermachten, welche dieselben im Dienste der leidenden Menschheit verwandte?

Mit der Zeit allerdings haben die alten kirchlichen Bestimmungen über die Testamente der Geistlichen verschiedene Wandlungen durchgemacht und sind größtentheils abgethan worden, wiewohl ihre Aufrechterhaltung gerade in einer Zeit wirthschaftlichen Niedergangs und socialer Zerrissenheit, wie die unserige ist, zweifelsohne ihre segensreichen Folgen hätte. Da das Recht der Kirche, wornach sie bei dem Tode eines Geistlichen denjenigen Theil seines Vermögens ererbte, den

derselbe in ihrem Dienste erworben hatte, in den meisten Staaten als erloschen erklärt ist und nach den bestehenden landesherrlichen Gesetzen auch beim peculium clericale die Intestaterbfolge eintritt, so mag heutzutage für den Klerus die Gefahr nur zu nahe liegen, Testamente zu machen, die nicht nur der Kirche zu offenbarem Nachtheil, sondern auch den Gläubigen zu großem Aergerniß gereichen. In Erwägung dessen dürfte eine historisch-kanonistische Abhandlung über die Testamente der Geistlichen, abgesehen von deren theoretischem und praktischem Werthe, ein ganz zeitgemäßes Unternehmen sein.

Es bedarf wohl keiner Erwähnung, daß in den allerersten Zeiten nach Christi Geburt die christliche Kirche als collegium illicitum weder Besitz erwerben, noch für den erworbenen den Schutz der Gesetze anrufen konnte. Die Güter der ersten Christen hatten in allen Verfolgungen das Loos, vom Staate confiscirt und verkauft zu werden. Erst allmählich, als die Kirche feierlich anerkannt wurde, konnten ihre Glieder sich auch Vermögen erwerben, und jetzt erst konnte von Verfügungen der Geistlichen über ihre Güter die Rede sein.[1]) Die ersten und ältesten Bestimmungen über die testamenti factio haben wir aus den canones apostolorum. Kanon 37 sagt: „Omnium rerum ecclesiasticarum curam episcopus gerito et eas dispensato. Non licitum autem ei esto, quidpiam ex iis sibi tamquam proprium assumere aut cognatis suis elargiri, quae Deo dicatae sunt.“ Bezüglich des Privatvermögens des Bischofs verfügt Kanon 39: „Ut privatas quidem res episcopus, cum moritur, quibus vult et quomodo vult, relinquendi facultatem habeat“ und nach Kanon 40 endlich sollten auch die Armen am Kirchenvermögen participiren.

Einen Blick auf diese Bestimmungen, und wir sehen, wie sie der Oekonomie der ersten Kirche sich anschließen und auf

1) Lactantius: De morte persecut. 48; Richter, Kirchenrecht § 286 n. 1 (3. Aufl.)

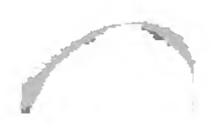
dieser sich aufbauen. Die Bischöfe hatten das Verwaltungs- und Vertheilungsrecht über das Kirchenvermögen, durften sich aber nichts aus demselben als Eigenthum aneignen, also auch nicht testamentarisch über dasselbe verfügen, während ihnen über ihr Privatvermögen frei zu testiren gestattet war.

Auch die apostolischen Kanones stützten sich auf die Verordnungen der nächstfolgenden Concilien. Nichts durfte an Verwandte — Verarmte ausgenommen — verausgabt werden, auf eigene Faust vorgenommene Veräußerungen von Kirchengut galten als null und nichtig. Selbst in seiner Verwaltung war der Bischof an ganz bestimmte Normen gebunden und starb er, so verblieb nach Abzug seines Privatvermögens alles seiner Kirche, „ut nullam omnino neque inter vivos neque mortis causa de iis (bonis ecclesiasticis) disponendi facultatem haberet." [1])

Nach all dem waren die Güter der Kirche sämmtliche dem Bischofe anvertraut. Von ihm erhielten die übrigen Kleriker, was sie zu ihrem Unterhalte nothwendig hatten, im Uebrigen waren sie vorläufig an der Verwaltung von Kirchenvermögen nicht betheiligt. Allmählich jedoch wuchs das Kirchengut durch Spenden von Vornehmen, durch Oblationen von Gläubigen, durch Zehenten und Grundstücke derart, daß die Verwaltungsgeschäfte zuletzt die Bischöfe von ihrem apostolischen Beruf abzuziehen drohten. Lesen wir doch, daß selbst die edelsten Geister den Tag verwünschten, an welchem die Kirche zum ersten Male liegende Güter erwarb, und daß sie nach jener Zeit sich zurücksehnten, in welcher alle Gemeindebedürfnisse durch freiwillige Beiträge gedeckt wurden. [2]) Doch da die Sache nun einmal eine andere ge-

1) Concil v. Antioch. (a. 341) c. 13 C. XII qu. 3; Concil v. Karthago (a. 436) c. 32 (Bruns bibliothec. eccl. tom. II. pag. 46); Concil v. Chalcedon (a. 451) c. 26; Concil v. Antioch. c. 24; v. Braga III (a. 572) c. 15.

2) Chrys. Homil. 85 in Matth.; Vita Aug. c. 23 u. Tract. in Evang. Joannis VI, 26.



worden, so wurde das Kirchenvermögen nach und nach der Aufsicht der einzelnen Kleriker unterstellt, von denen die Verwaltung ohne Zweifel auch in derselben Weise gehandhabt wurde, wie von den Bischöfen. Das Concil von Karthago bindet sie wenigstens ganz an dieselben Statuten, wenn es sagt: Placuit ut episcopi vel quiscunque clerici, qui nihil habentes ordinantur et tempore episcopatus vel clericatus sui agros vel quaecunque praedia nomine suo comparant, tamquam rerum dominicarum invasionis crimine teneantur nisi admoniti ecclesiae eadem ipsa contulerint."[1]) Im Wesentlichen dieselben Bestimmungen treffen das vierte Concil von Karthago (436) und die Synode von Agde vom Jahre 506.[2]) Und wie sehr auch um jene Zeit die Habsucht alle Kreise der menschlichen Gesellschaft beherrschte, so waren doch die Geistlichen in der Regel noch treue Verwalter des Kirchenguts, frei von Eigennutz und Verschwendung. Die Bestimmung, über das, was eigentlich der Kirche gehörte, in keiner Weise verfügen zu können, war allmählich so sehr Ueberzeugung des Klerus geworden, daß weitere hierauf bezügliche Verordnungen seitens der kirchlichen Obern für die nächste Zeit überflüssig waren.

Die derzeitigen Concilien befaßten sich denn auch ausschließlich oder wenigstens ihrer größeren Zahl nach nur damit, zu bestimmen, was nach dem Tode eines Geistlichen als Eigenthum der Kirche und was als Eigenthum des Verstorbenen zu betrachten sei. Die Kirche ging hiebei stets davon aus, ob ein Kleriker schon vor seiner Ordination Eigenthum (Privatvermögen) besessen habe, über das er jederzeit frei testiren konnte. Besaß ein Geistlicher zur Zeit seiner Aufnahme unter den Klerus kein oder nur ein ganz geringes Vermögen, so mußte er alles der Kirche hinterlassen,

1) Concil v. Karthago (a. 385) c. 1 C. XII. qu. 3.
2) Concil v. Karthago (a. 436) IV c. 31 (Br. I, 144). Synode v. Agde c. 32 (Br. II, 156).

gemäß der Anschauung, daß der Kleriker aus seinem Amte nichts als Eigenthum erwerben könne und daß darum Alles, was er seines kirchlichen Amtes wegen bezog, nach Bestreitung seines anständigen Unterhaltes zu seiner ursprünglichen Bestimmung als Gut Jesu Christi, d. h. als Gut der Kirche und der Armen zurückfließen müsse. Die citirte Synode von Agde (c. 84) verfügt: Quidquid de provisione ecclesiae fuerit sive de agris sive de frugibus sive de oblationibus omnia in jure ecclesiae remanere censuimus." Doch ist hiemit den Geistlichen nicht verboten, über die Einkünfte ihres allenfallsigen Privatvermögens frei zu verfügen, wie man schon auf Grund einer Constitution Gregors des Großen behauptet hat. Selbst angenommen, aber nicht zugegeben, die hier in Frage kommende Verordnung des genannten Papstes hätte den Zweck verfolgt, den Geistlichen das Verfügungsrecht über die Einkünfte und Früchte ihres Privatvermögens zu entziehen, so erlangte sie jedenfalls niemals rechtliche Geltung, wie dies unter anderen Synoden wiederum die von Agde bezeugt mit den Worten: „Ut de rebus episcopi propriis vel acquisitis vel quidquid episcopus de suo proprio habet, haeredibus, si voluerit derelinquat." Hiemit wird kein Unterschied gemacht zwischen dem was der Bischof vor der Ordination, und dem was er nach derselben als Privateigenthum erhielt.

Bezüglich dessen freilich, was einem Geistlichen durch Erbschaft oder Schenkung zufiel, hat die Kirche immer unterschieden, ob es ihm von einer persona extranea [1]) und mit Rücksicht auf die Kirche oder ob es ihm von Verwandten, Bekannten und mit Bezug auf seine Person vermacht worden sei? Im ersten Fall kam das Erbe oder Geschenk an die Kirche, andernfalls ging es als bonum patrimoniale [2]) vollständig in das Eigenthum des betreffenden Klerikers über und

1) Alex. III. u. c. 9 H. de testam. et ult. vol. (III, 26).
2) Concil. v. Karthago III. c. 49 (c. 1 H. C. XII. qu. 3).

er konnte über dasselbe ähnlich, wie über alles, was er durch Fleiß und Gelehrsamkeit u. dgl. (bona industrialia)[1]) oder durch eine bescheidene einfache Lebensweise sich erspart hatte (bona parsimonialia), frei verfügen und gültig testiren.

Was die Stellung des weltlichen Rechts zu den kirchlichen Bestimmungen über die Einkünfte, welche die Geistlichen aus ihrem Amt als Diener der Kirche beziehen (bona beneficialia oder ecclesiastica), anlangt, so hat auch dieses nach und nach von denselben Notiz genommen. Justinian zollte ihnen ausdrückliche Anerkennung in Betreff der Bischöfe, ja er schränkte sie sogar noch bedeutend ein. Alles, so lautet im Wesentlichen sein Erlaß, was ein Bischof, nachdem er Bischof geworden, aus Testamenten, Schenkungen oder sonstwie erwirbt, soll der Kirche gehören und von ihm auf keinerlei Weise weder unter den Lebenden noch durch letztwillige Verfügung veräußert werden. Als persönliches Vermögen gilt nur, was er bereits vor Erlangung der Bischofswürde erworben oder was ihm während seiner Amtszeit von den allernächsten Verwandten zufällt. Später milderte Justinian diese Gesetzesstrenge, während die Kirche, wie wir schon angedeutet, derartige Einschränkungen wenigstens in der Praxis niemals aufrecht erhielt. Die Kanones der früheren und späteren Concilien stimmen darin überein, daß die Geistlichen über ihr Privatvermögen volles Eigenthumsrecht und bezüglich des Kirchenvermögens Anspruch haben auf den nothwendigen Unterhalt, daß aber andererseits Veräußerungen kirchlicher Einkünfte strengstens untersagt seien, weßhalb der damalige Klerus weit von der Anschauung entfernt war, über bona beneficialia rechtlich testiren zu können.

Mit der Zeit kamen auch hierin Aenderungen. Die Zahl der Gläubigen war stetig gestiegen, der Bischof konnte nicht mehr Tag für Tag den Armen ihr Almosen und den Geistlichen ihre Stipendien aus dem Kirchenvermögen reichen.

---

1) Concil v. Toledo IX. c. 4 (c. 2 C. XII. qu. 3; Alex. III l. c. [III, 23].)

Es wurden daher sämmtliche Einkünfte des Kirchenguts in vier Theile getheilt, von denen ein Theil dem Bischof, ein zweiter dem Klerus, ein Dritter für die Deckung der Cult- und Baukosten und ein vierter für die Armen bestimmt war.[1]) Diese Theilung schien um so nothwendiger, als mit der Zahl der Gläubigen auch die der Oblationen und Zehenten gewachsen war. So kam es, daß, was bisher nur theilweise der Fall gewesen, die Bischöfe allgemein die Geistlichen der einzelnen Kirchen mit der Verwaltung des Kirchenguts betrauten und zwar vorläufig in der Weise, daß der Klerus die Immobilien unter sich hatte, aber einen bestimmten Theil der Erträgnisse dem Bischof einhändigen mußte. Doch verblieben die Güter und Einkünfte bald ganz bei der Kirche, und der Antheil des Bischofs fiel weg. Ja die Bischöfe räumten außer dem Pfarrzehenten den Geistlichen noch bestimmte Grundstücke ein, deren Verleihung sich unter dem Namen „precariae" derart ausbildete, daß die Inhaber derselben ein vollständiges Nutznießerrecht erhielten und über deren Erträgnisse schließlich ganz nach Belieben verfügen konnten. So begann mit dem veränderten Verwaltungsmodus des Kirchenguts die Stellung der Geistlichen zu den bona ecclesiastica (beneficialia) eine ganz andere zu werden.

Der bereits sich vollziehende Umschwung, durch die Zeitverhältnisse hervorgerufen, erhielt durch diese seinen endgiltigen Abschluß. Die Könige vergaben an Bischöfe und andere Kleriker Beneficien, so daß die Vergebung von Abteien u. dgl. bald nach dem jus beneficiale saeculare geschah und schließlich das kanonische Recht bezüglich der Verfügung über die kirchlichen Beneficien sich nach den Bestimmungen des Privatrechts richtete. Als die kirchlichen Vasallen erhielten die Bischöfe und Aebte ähnlich den weltlichen Vasallen freies

1) Diese Viertheilung bekanntlich von Papst Gelasius (c. 23 C. XII qu. 2) und obwohl sie Regel war, fand sich doch auch z. B. in Spanien die Dreitheilung des Vermögens, indem hier der Armentheil wegfiel.

Veräußerungs- und Verfügungsrecht über ihre kirchlichen Einkünfte.[1]) Da außerdem der Parochialklerus vielfach in Mangel, der Reichthum in den Händen der Klöster und die Armenunterstützung daher Sache der letzteren war, so begreift es sich, warum keine speciellen Gebote, nach denen die Geistlichen ad pias causas testiren sollten, aus jener Zeit vorhanden sind und wie aus den dermaligen Verhältnissen zuletzt für den Klerus ein völliges Verfügungsrecht über die bona ecclesiastica sich entwickelte. Je mehr das Beneficialrecht in Deutschland, Frankreich, Italien sich geltend machte, destomehr verbreitete sich unter der Geistlichkeit die Anschauung, auch das unter einem kirchlichen Titel Erworbene auf andere vererben zu dürfen.

Letztere Thatsache erhellt vorab aus einer Verfügung des Lateranconcils vom Jahre 1179. Dieselbe lautete: „Cum officiis caritatis primo loco illis teneamur obnoxii, a quibus beneficium nos cognoscimus recepisse, econtra quidam clerici, cum ab ecclesiis suis multa beneficia perceperint, bona per easdem acquisita in alios transferre praesumunt, hoc igitur, quia antiquis canonibus cognoscimus inhibitum, nos indemnitati ecclesiae providere volentes, sive intestati decesserint sive aliis conferre voluerint, penes ecclesias eadem bona praecipimus remanere.“ Papst Alexander III., unter welchem das eben erwähnte Concil abgehalten wurde, erklärt ferner, daß die Geistlichen über ihr Privatvermögen, nicht aber über das, was sie „consideratione ecclesiae“ erworben haben, frei testiren dürften. Doch die Praxis, die nun einmal, wie das Zustandekommen der angeführten päpstlichen Verordnungen selbst beweist, eine andere geworden war, suchte sich zu helfen, indem sie die erlassenen Testirverbote nur auf die immobilen Güter bezog, bis endlich Papst Alexander der Macht der Gewohnheit in etwas nachgebend, selbst vom alten strengen Standpunkt abging, indem

---

1) S. Walter „Lehrbuch des Kirchenrechts“ 13. Auflage § 260.

er unter anderem verfügt: „Licet bona mobilia per eccle-
siam acquisita de jure in alios pro morientis arbitrio
transferri non possint: consuetudinis tamen non est im-
probandae, ut de his pauperibus et religiosis locis, et illis
qui viventi servierant . . . aliqua . . . conferantur.“ Wie
man dieses Rescript auch deuten mag, es enthält eine Ab-
weichung vom alten Gesetz. Zwar heißt es in demselben,
daß die Geistlichen „de jure“ über Mobilien nicht testiren
dürfen, aber doch konnte man, nachdem die Gewohnheit, dies
zu thun, von der höchsten kirchlichen Autorität als eine „non
improbanda“ [1]) bezeichnet war, demnächst „de jure“ davon
Gebrauch machen, mit anderen Worten: die Geistlichen
konnten armen und frommen Personen, sowie ihrem Dienst-
personal (ob verwandt oder nicht) aus dem im Dienste der
Kirche erworbenen Vermögen etwas (aliqua) zukommen lassen.
In der Folge dehnte der Klerus dieses Privilegium immer
weiter aus, ohne von den folgenden Synoden besonderen
Widerspruch zu erfahren. So kam es schließlich, daß die
Geistlichen kirchliche Einkünfte, mobile wie immobile ganz nach
Belieben testamentarisch vermachten. [2])

Es wäre zu weit gegangen, wollte man diese zum Theil
widerrechtliche Aenderung der Dinge ausschließlich dem Klerus
zur Last legen. Ganz abgesehen vom Einfluß der Zeitver-
hältnisse war es unter allen Umständen schwer, das kirchliche
und das private Vermögen, das in einer Hand vereinigt
war, beim Tode eines Geistlichen genau zu trennen und so
den alten Kanones durchweg gerecht zu werden, die streng
genommen doch mehr jener Zeit gegeben waren, in welcher
noch der Bischof ausschließlicher Verwalter der Kirchengüter
war. Das hat die Kirche selbst wohl eingesehen und zugestanden.

Greifen wir nach diesen mehr allgemeinen Erörterungen

1) Doppelte Negation!

2) Thomassin: „Vetus et nova disciplina de beneficiis“ Pars II. lib. II cap. 48 § 3, 8.

noch speciell auf die deutschen Verhältnisse zurück, so steht bei deren Beurtheilung eine Verordnung der Synode von Altheim (916) voran, dahinlautend, „daß die Bischöfe und Kleriker zu ihren Lebzeiten an Andere Schenkungen, aber für den Todesfall kein Testament machen dürfen.“ [1]) In denjenigen deutschen Ländern jedoch, in welchen das römische Recht in Kraft war, durften die Kleriker von Anfang über ihr Vermögen letztwillig verfügen und bald war ihnen diese Testirfreiheit auch durch päpstliche Privilegien und königliche Sentenzen eingeräumt. In einer Constitution Friedrichs I. im Jahre 1165 heißt es mit Bezug auf die Geistlichkeit von „Mainz und drei anderen Städten,“ „ut mobilia sua ecclesiis seu personis pro arbitrio suo inter vivos seu in ultima voluntate donandi haberent facultatem.“ [2]) Diese und ähnliche Concessionen erklären sich wiederum aus ihrer Zeit. Wie die Kirche von jeher, sei es durch Hinweis auf den der Barmherzigkeit verheißenen Lohn, sei es durch specielle Erlasse, die Gläubigen zu frommen Legaten aufgefordert hat, so that sie dies besonders auch in jener Zeit, in welcher der Geist der Frömmigkeit größer war, denn je. Ihre Ermahnungen waren in der That nicht fruchtlos. Doch was nützten die frommen Stiftungen, die von Klerikern oder Laien auf dem Todbette gemacht, nachher aber von den Testamentsvollstreckern unterdrückt oder von Verwandten für nichtig erklärt wurden? [3]) Hier mußte die Kirche allen Ernstes einschreiten, und dem damaligen guten Einvernehmen von Kirche und Staat war es großentheils zu danken, daß nicht nur den Klerikern, sondern auch den Laien das Recht zugesprochen wurde, ad pias causas frei und rechtsgiltig zu testiren.

War hiemit im Wesentlichen der Grund des freien Testirrechts in Deutschland gelegt, so bildete sich dasselbe in der

---

1) Pertz leg. II, 560.
2) Pertz l. c. 142.
3) Concil v. Trier (1300) C. 74, 76, 77; Walter: d. R. G. §§ 473, 475.

nächsten Zeit noch viel weiter aus in Folge jenes Mißbrauchs, der unter dem Namen Spolienrecht sich breit machte und auf Grund dessen Fürsten, Vasallen, Ministeriale, kurz wer gerade konnte und wollte, über das Vermögen verstorbener Geistlicher herfielen und es zu irgend welchen profanen Zwecken verwandten. Es sind traurige Züge, in denen die Synode von Eichstätt (1364) uns die Zustände schildert, die das Spolienrecht unter Klerus und Laienwelt angerichtet hatte. Es liegt außerhalb des Rahmens unserer Darstellung, dieses Hauptübel jener Zeit zu charakterisiren, uns genügt die Thatsache, daß es vorhanden war und daß die kirchlichen Obern mit Recht in Gewährung der Testirfreiheit der Kleriker ein Hauptmittel für Beseitigung des Spolienrechts erblickten und anstrebten. Zu derselben Ansicht gelangten auch die weltlichen Fürsten, und Friedrich II. räumte den Geistlichen, auf das Spolienrecht verzichtend, die unumschränkte Vollmacht ein „de bonis mobilibus mortis causa disponere vel testamentum condere prout ipsorum (clericorum) saluti et animae viderint expedire“.[1]) Auch die deutschen Concilien gestatteten, das Spolienrecht als Unfug verdammend, die volle Testirfreiheit und drangen mit Einsetzung aller Kraft darauf, daß der letzte Wille der Geistlichen erfüllt werde.

Hiemit war längst der Anfang gemacht, von den Bestimmungen des kanonischen Rechts abzugehen, und dem römischen Rechte Thüre und Thor geöffnet. Die Neuerung ward besiegelt durch das Beneficiatrecht, nach welchem die Beneficiaten nicht bloße Nutznießer, sondern Vasallen waren, die von weltlichen Fürsten viele Schenkungen erhielten, Steuerfreiheit genossen und selbst Abgaben bezogen.[2]) So wurden die Pfründen der Bischöfe durch weltliche Güter und Rechte vermehrt. Die natürliche Folge war, daß die

1) Pertz: leg. II, 224. 226. 231.
2) Walter l. c.

Totalgüter der Kirche den weltlichen Gerichten unterstellt und die Verfügungen über dieselben nach den Civilgesetzen gehandhabt wurden. Damit war der Testirfreiheit über die bona beneficialia zu ihrer definitiven Vollgeltung verholfen. Das der Grund, weshalb die deutschen Concilien jener Zeit die alten Kanones, welche die licentia testandi verweigern, kaum mehr erwähnen oder ganz verschweigen, vielmehr die Testirfreiheit der Geistlichen ausdrücklich in Schutz nehmen. Ueberzeugen wir uns!

Das concilium Germanicum (1225) klagt, daß die Gewohnheit, über alle Güter zu testiren, von den Geistlichen mißbraucht werde, indem diese die Früchte und Einkünfte ihrer Beneficien sogar an Concubinen vermachen. Dasselbe Concil tritt diesem großen Mißbrauche entgegen mit dem Verbote: „Prohibemus, ne de cetero clerici, gratia testandi abutentes, quum de rebus ecclesiae nullum possint condere testamentum, fructus beneficiorum ecclesiasticorum spuriis vel concubinis dimittant.“[1]) Das Concil will, daß die Geistlichen eigentlich (de jure) kein Testament machen können, daß dieß ihnen aber aus Gnade (gratia) gestattet sei. Wenn das Concil ferner nur Vermächtnisse an Concubinen als schändlichen Mißbrauch verbietet, so setzt es sich wenigstens indirekt in Einklang mit dem kurz vorher abgehaltenen Kölner Concil (1206), das jedem Geistlichen erlaubt „de bonis suis et in vita et in morte testamentum facere et de rebus suis disponere per se vel per alios.“ Zwar verbietet ein späteres Concil von Köln (1300) unter Strafe der Excommunication, Kirchengüter an Söhne, Verwandte oder Enkel zu vermachen,

---

1) Die Ausdrucksweise: „de jure de rebus ecclesiae nullum facere od. condere possunt testamentum“ ist nicht zu premiren, da manche andere Concilien sich so ausdrücken, die dennoch die Testirfreiheit in klaren Worten gestatten und anerkennen, cfr. Conc. v. Köln (1551) und Mainz (1261); Hartzheim VI, 792; III, 607.



doch scheint dieß unter allen Umständen schwer zu erklärende Verbot nie oder jedenfalls nicht lang in Kraft gewesen zu sein, da das nächste (1310) und übernächste (1372) Kölner Concil den Geistlichen die volle Testirfreiheit gewähren. Aehnlich gestattete der Erzbischof Balduin den Geistlichen der Diöcese Trier über ihr mobiles Vermögen frei zu testiren, und auch seine Nachfolger hielten dieses Recht der Geistlichkeit aufrecht. Am unzweideutigsten spricht sich über die Testirfreiheit aus jener Zeit die Synode von Eichstätt (1364) aus, auf welcher der Bischof Berthold bestimmt: „Ut omnes diöcesis clerici disponendi de rebus suis mobilibus et immobilibus et easdem donandi, testandi, legandi, vel coram duobus testibus idoneum suum testamentum condendi seu nominandi executores sui testamenti . . . plena potestate gaudeant.“ [1]) Auch die Kirchen von Würzburg, Meißen und Bautzen erlaubten wiederholt den Klerikern, über ihr ganzes Vermögen frei zu testamentiren.

Aus dem Angeführten läßt sich abnehmen, daß beinahe seit den ersten Anfängen unserer vaterländischen Kirche in Deutschland die Testirfreiheit der Kleriker eine unbeschränkte war, daß sie durch das Spolienrecht bedroht schien, genau genommen aber durch dasselbe erst eigentlich zu ihrem Rechte kam. Wohl sind wir auf manche deutsche Synoden gestoßen, welche das Testirrecht der Kleriker einschränkten, aber derartige Einschränkungen hatten in der Regel nicht so fast den Zweck, die alten Bestimmungen des kanonischen Rechts wieder in Kraft zu bringen, als vielmehr Einnahmequellen zu erschließen für den Fiskus und die Mensalgüter der Bischöfe, welche zuweilen, namentlich in Kriegszeiten, sich genöthigt sahen, Klerikern und Laien auf jedmögliche Weise Steuern aufzulegen. Hierin haben auch jene Bestimmungen ihren Grund, wornach die Geistlichen über ihr Vermögen zwar frei

1) Hartzheim IV, 409.

testiren durften, aber an den Bischof „pro defensione et manutenentia testamentorum“ eine bestimmte Taxe (Ferdo) zu entrichten hatten, eine Sitte, wie sie besonders in den Kirchen Mainz, Worms und Speier sich vorfand Wieder in andern deutschen Diöcesen blieb das Testirrecht der Geistlichen zwar unbetastet, doch mußten ihre Testamente durch den Bischof oder dessen Stellvertreter bestätigt sein, damit der Bischof um den „Ferdo“ nicht betrogen, das gemachte Testament genau vollzogen werde und die Geistlichen in ihren letztwilligen Verfügungen ihre Kirche nicht ganz übergehen.

So wie die Zeitverhältnisse und die Lage des Klerus waren, war es unvermeidlich, daß man von den alten Kanones abging. Darum haben die kirchlichen Obern auch die nothwendigen Concessionen gemacht, gelegentlich wieder ein Argument gegen jene, die dem „finstern“ Mittelalter so gerne eigen- und widersinniges Festhalten am Alten zum Vorwurf machen.

Neuerdings hat man sich vielfach mit der Frage befaßt, ob die Kanones, welche den Geistlichen über ersparte Beneficialeinkünfte zu disponiren verbieten, noch Geltung haben oder nicht? Für alle Fälle ist daran festzuhalten, daß die mittelalterlichen Synoden nicht etwa absichtlich die alten Kanones mißachtet, oder die Pflichten der Geistlichen falsch beurtheilt haben. Sie unterschieden ganz genau zwischen Rechts- und Gewissenspflicht. Pro foro externo konnten die alten Verbote, Testamente zu machen, nicht sein, wie die Entstehung des Beneficiat- und Feudalrechts, die den genannten Verboten direkt entgegen waren, klar beweist. Daher haben auch die Concilien, welche anfänglich an den alten Kanones festhielten, sich nach und nach ganz ans Beneficiatrecht angeschlossen und den Geistlichen Testirfreiheit zugestanden.

Und da dieselben Concilien in foro externo nur diejenigen Testamente für giltig erklären, welche weder die Rechte Dritter verletzen, noch rechtswidrige Personen als

Erben einsetzen, da sie ferner ausdrücklich an das Gewissen der Testatoren appelliren, so bekunden sie damit zur Genüge, daß sie sich der Pflichten der Geistlichen bezüglich ihrer Testamente vollauf bewußt waren. Es wäre ein Irrthum, zu glauben, die Geistlichen haben die concedirte Freiheit mißbraucht. Gab es doch zu jener Zeit wenige Laien, die nicht auf dem Todbett eine fromme Stiftung machten, wie vielmehr ist daher anzunehmen, daß die Geistlichen dieß gethan haben?[1]) Zeugen sind die vielen Kirchen und Klöster, welche in neuerer Zeit annexirt und confiscirt wurden.

So hat der fromme Sinn des Mittelalters die alte Gesetzesstrenge und die Testirfreiheit in würdigster Weise in Einklang zu bringen gewußt.

Doch, so verbreitet und begründet der Usus, frei zu testiren, unter den Geistlichen war, so hört man nachgerade doch den Einwand, das Tridentinum wolle die Testirfreiheit abgeschafft wissen, es sei zur alten Gesetzesstrenge zurückgekehrt und erkläre die Testamente der Kleriker, die mit Anschluß an das Civilrecht gemacht werden, für ungültig. Soviel ist wahr: das Concil ermahnt c. 1 de Reformat. Sess. XXV. die Bischöfe und Kleriker, ihren Gläubigen mit gutem Beispiele voranzugehen, tugendhaft und bescheiden zu leben et — so heißt es an der citirten Stelle weiter — „interdicit episcopis, ne ex redditibus ecclesiae consanguineos familiaresve suos augere studeant, cum et Apostolorum canones prohibeant, ne res ecclesiasticas, quae Dei sunt, consanguineis donent. . . . Quae vero de episcopis dicta sunt, eadem in quibuscunque beneficia ecclesiastica obtinentibus observari . . . decernit.“ Nach Moy[2]) wären hiemit die alten Kanones wieder in Kraft gesetzt, so daß die Geistlichen über das, was sie ihres kirchlichen Amtes wegen

1) Walter: „Deutsches Privatrecht“ §. 422.

2) Archiv für kath. Kirchenrecht. Bd. II. S. 432 ff.

beziehen, bloß mehr Verwalter, und letztwillige Verfügungen derselben über Pfründeinkünfte unerlaubt und ungültig seien.

Doch drehen wir den tridentinischen Kanon wie wirs wollen! Was sagt sein Wortlaut? Gibt er ein Gesetz pro foro externo oder redet er von einer Gewissenspflicht? Offenbar das letztere. Ist doch wohl kaum anzunehmen, daß das Tridentinum ohne die Worte testamentum, testari . . . zu gebrauchen, das Recht der Geistlichen, frei zu testiren, habe aufheben wollen.

Lorenbeck[1]), der die Ansicht Moy's theilt, sie aber wenig plausibel macht, meint, die Begriffe testamentum, testari u. dgl. seien mit dem Worte „donare“ gegeben. Allein wir vermögen nicht einzusehen, wie das Tridentinum dieses vermeintliche Verbot gegenüber einer so weit verbreiteten und so tief eingewurzelten Gewohnheit in so allgemeine und zweifelhafte Worte fassen soll. Nicht minder vorschnell scheint der weitere Schluß Lorenbecks: „Wenn das Concil nach dem Wortlaute auch nur das „ex redditibus ecclesiae augere consanguineos famularesve“ inhibirt, so muß doch jede Verwendung ad causas profanas darunter begriffen werden.“

Kann wirklich jemand im Ernste annehmen, das Tridentinum hätte, falls es seine Absicht gewesen wäre, das freie Testirrecht aufzuheben, nicht beigefügt, was geschehe, wenn die Kleriker annoch fortfahren, letztwillig über ihr Vermögen, welcher Art es auch sein mochte, zu verfügen? Sicherlich hätte es für Verletzung dieses angeblichen Gesetzes eine Strafe angesetzt. Doch das Tridentinum hat etwas ganz anderes im Auge, als unsere Gegner meinen. Dasselbe will, wie es selbst sagt: „ut (clerici) omnem hunc humanum affectum erga propinquos deponant.“

Nehmen wir hinzu, daß die Testirfreiheit der Geistlichen zur Zeit des Tridentinums in Frankreich und Spanien be-

---

1) „Ueber die kanonischen Bestimmungen für die Errichtung der Testamente der Geistlichen.“ Münster 1857.

stand und durch königliche Sentenzen anerkannt war. Ist nun anzunehmen, die königlichen Legaten dieser Länder, die auf dem Trienter Concil anwesend waren, hätten sich ohne Widerrede eine Gesetzeseinschränkung gefallen lassen, wie sie hier in Betracht käme? Gewiß nicht! Und da wirklich von einer Einsprache sich nirgends etwas findet, so bleiben wir der Ansicht: die Väter des Concils gaben nur eine moralische Vorschrift.

Analog sprechen sich jene Synoden aus, die dem Tridentinum zeitlich am nächsten stehen und demnach als seine besten Ausleger gelten müssen. Sie gestatten den Geistlichen volle Testirfreiheit, ermahnen sie aber eindringlich, von diesem Recht gewissenhaften Gebrauch zu machen.

Das Concil von Köln (1662) gestattet den Geistlichen, Testamente zu machen und auch über ihre kirchlichen Einkünfte frei und giltig zu testiren, nur sollten sie dabei mehr auf den Nutzen der Kirche, als auf den ihrer Verwandten sehen. Die Synode von Antwerpen (1567), die auch auf unsere Frage zu sprechen kommt, beginnt ihre bezügliche Verfügung mit: „Monemus omnes clericos, ne . . . nimium tribuant carni et sanguini . . . Lorenbeck sucht diese Stelle für seine Ansicht auszubeuten. Ist denn aber jemals ein Gesetz pro foro externo in Form einer Ermahnung erlassen worden? Beweist nicht vielmehr der Gebrauch des Wortes „monere“, daß auch die Antwerpener Synode den Erlaß des Tridentinums als eine „pia exhortatio“ und nicht mehr und nicht weniger aufgefaßt wissen will?

Es scheint uns überflüssig, die zahlreichen Synodalbeschlüsse und Kapitelsstatuten alle aufzuzählen, die unsere Ansicht bestärken, die selbst den Anverwandten eines ohne Testament verstorbenen Klerikers nicht nur einen Theil, sondern dessen volles Vermögen zusprechen[1]), wieder eklatante Beweise, daß die Pfründeeinkünfte so sehr Eigenthum der

---

1) Mayer: thes. nov. jur. eccl. t. II, 203. 223.

Beneficiaten geworden waren, daß sie rechtlich ganz denselben Gesetzen unterlagen, wie das Patrimonial- und Industrialvermögen. Und wenn, so müssen wir schließen, die Geistlichen über jedwede Art Vermögen in jenen Zeiten Testirfreiheit genoßen, in denen ihre Testamentssachen vor das kirchliche Gericht gehörten, mußte dieß nicht weit mehr da der Fall sein, wo die Testamente der Kleriker gleich denen der Laien den weltlichen Gesetzen unterstellt sind? Letztere gestatten jedem über sein Vermögen frei zu testiren, den sie nicht namentlich ausschließen, und da sie über die Geistlichen nichts Specielles verfügen, so sichern sie denselben volle und unbeschränkte Testirfreiheit zu.[1]) — Dürfen die Geistlichen unserer Zeit davon Gebrauch machen?

Behalten wir wohl im Auge, daß, wie die meisten Gesetze, so auch die Freiheit, Beschränkung oder Aufhebung des Verfügungsrechts von den jeweiligen Landes- und Zeitverhältnissen abhängen. So haben z. B. die Päpste seinerzeit in der Absicht, Rom mehr Volk zuzuführen, über jede Art ihres Vermögens zu testiren gestattet. Wie wir gesehen, waren es auch in Deutschland und anderwärts die Zeitverhältnisse (Spolienrecht u. dgl.), welche die Testirfreiheit der Geistlichen geradezu nothwendig machten. Es ist darum nicht einzusehen, warum Lorenbeck der Gewohnheit, daß die Geistlichen testiren, die legitime Grundlage wegspricht, während sie vom hl. Stuhle doch wiederholt anerkannt wurde. So hat der Papst im bayerischen, württembergischen und badischen Concordate die Testaments- und Erbschaftsangelegenheiten der Geistlichen ausdrücklich den weltlichen Richtern überlassen[2]), und da diese nach den Civilgesetzen, nicht nach dem hl. Kanones, erkennen und die Testamente der Laien und

1) Allg. preuß. Landrecht: Theil I Tit. 12 §. 1; Bad. Landrecht: Art. 102; Oesterr. allg. Gesetzbuch §. 666 ff.

2) Bayer. Concordat (1817) Art. XII; württ. Concordat (1857) Art. V; bad. (1859) Art. V

Geistlichen gleich behandeln, so ergibt sich, daß die letztwilligen Verfügungen der Kleriker, auch wenn sie von den alten Vorschriften abgehen, von der obersten kirchlichen Autorität, wenigstens indirekt, als giltig anerkannt sind.

Was in den drei eben erwähnten, das hat die römische Curie auch in dem österreichischen Concordate vom Jahre 1855 (Art. XIII) concedirt. Die Testirfreiheit des österreichischen Klerus wurde zwar schon wiederholt angezweifelt auf Grund des Art. XXI desselben Concordats. Hier heißt es: „In allen Theilen des Reiches wird es Erzbischöfen, Bischöfen und sämmtlichen Geistlichen freistehen, über das, was sie zur Zeit ihres Todes hinterlassen, nach den hl. Kirchengesetzen zu verfügen, deren Bestimmungen auch von den gesetzlichen Erben genau zu beobachten sind.“ Moy meint, mit dieser Bestimmung sei beabsichtigt, die alten Kanones (sacros canones) bezüglich der Testamente der Geistlichen auch in foro civili wieder zur Geltung zu bringen[1]). Allein, wenn dem so wäre, so bestände zwischen Art. XIII und XXI desselben Concordats geradezu ein sachlicher Widerspruch, was kaum anzunehmen ist. Mit Recht tritt daher Schulte der Ansicht von Moy entgegen und weist nach, daß der fragliche Artikel XXI eine ganz andere Tendenz habe, als die von Moy behauptete; er wolle nichts anderes als den ungarischen Klerikern, die vielfach ohne specielle Erlaubniß kein Testament machen durften, die Testirfreiheit zusichern, wofür auch der Wortlaut des Artikels (in cunctis Imperii partibus) entschieden zu sprechen scheint.[2]) Außerdem ist sicher anzunehmen, daß, wenn der Artikel XXI besagen sollte, die Geistlichen haben das Recht, aber auch die Pflicht, nach den alten Kanones zu testiren, ein derartiges Gebot wiederum präciser und bestimmter gefaßt wäre. Und von all dem abgesehen, steht die Moy'sche Ansicht mit allen neueren öster-

1) Archiv für kath. Kirchenrecht. Bd. II. S. 429.
2) l. c. Bd. III. S. 284.

reichischen Synoden im Widerspruch. Um nur eine anzuführen, sagt die Wiener Synode vom Jahre 1858: „Immemorialis temporis consuetudine inductum est, ut clerici pro foro externo de omnibus, quae relinquerent, bonis etiam ad causas profanas valide testari possent."

So kann denn heutzutage — das ist Endergebniß — in Oesterreich wie in Deutschland und anderwärts jeder Geistliche über alle seine Güter, auch über seine Pfründeeinkünfte zu irgendwelchen profanen Zwecken pro foro externo gültig und erlaubt testiren.

Was im Wesentlichen die Bestimmungen, welche die Kirche von den ersten Anfängen ihres Bestandes bis herab in unsere Zeit über das Testirrecht ihrer Diener erlassen hat, das die verschiedenen Stadien, durch welche dieses Recht hindurchgehen mußte, bis sich der heutige Stand der Sache herausgebildet hatte. Wollte die Kirche, was unvermeidlich ist, fortgehen mit der Menschengeschichte, wollte sie das eine Jahrhundert nicht ansehen wie das andere, so konnten die aufgeführten Aenderungen der Bestimmungen über die Testamente des Klerus nicht ausbleiben. Die Aenderungen kamen, und wie wir gesehen, ist heutzutage der Klerus im großen Ganzen bei seinen Testamenten nur noch dem Gewissen Rechenschaft schuldig. Wollte aber die Kirche es dennoch nicht bei einem bloßen Appell an das Gewissen belassen, wollte sie, was keineswegs unbillig wäre, darauf dringen, daß die Geistlichen wenigstens einen Theil ihres erworbenen Pfründevermögens ad pias causas verwenden, so läge ein radikales Mittel darin, jedem Beneficiaten nach dem Maße seines Einkommens unter staatlicher Anerkennung eine jährliche Abgabe aufzuerlegen, im Uebrigen ihn frei über sein Vermögen testiren zu lassen.

Doch das wäre wohl dem kirchlichen Geiste zuwider! Es wäre zwar mancher Kleriker der Möglichkeit benommen, gegen sein Gewissen zu testiren, aber umgekehrt wäre es auch vielen unmöglich gemacht, über ihre Pflicht hinaus

und aus eigenem Antrieb Gutes zu thun. Moy und Schulte machen darum einen anderen Vorschlag. Es solle, sagen sie, auf den Provinzialconcilien festgestellt werden, wie viel jeder Beneficiat zu bestimmten Zwecken zu legiren habe. In der That wäre auf diese Weise Abhilfe nicht unmöglich! Wenn durch Provinzialstatuten, die selbstverständlich staatliche Sanktion haben müßten, entsprechend dem Ertrage, den Anforderungen an den Beneficiaten, der Zeit, durch welche einer ein Beneficium inne hatte, eine Summe zu bestimmten Zwecken, etwa zur Unterstützung der Armen, der Kirche u. dgl. festgestellt würde, so wäre jedem eines Geistlichen unwürdigen Testament vorgebeugt und für die Kirche ein Weg geschaffen, zu dem zu kommen, was sie von ihren Dienern als deren größte Wohlthäterin mit Fug und Recht verlangen kann und muß. Ueber den Rest ihres Vermögens sollten dann die Geistlichen gewissenhaft, aber ganz nach eigenem Gutdünken testiren.

Das sind einstweilen nur Vorschläge! Rechnen wir mit den Verhältnissen, wie sie thatsächlich liegen, so sind nun einmal die geistlichen Testatoren nur mehr ihrem Gewissen Rechenschaft schuldig. Diese Gewissenspflicht hat der Klerus der Gegenwart um so heiliger zu halten, als wir in der Zeit der „socialen Frage“ leben. Es ist jene Zeit, in der einerseits die Seelen, welche die Armuth als eine Tochter des Himmels begrüßen und wie um eine Braut um sie werben, größtentheils verschwunden, andererseits die Pflichten des Besitzes vielfach verkannt sind. Bischof Ketteler von Mainz schrieb seiner Zeit: „Die sociale Frage kann nur durch das Christenthum gelöst werden“ auf das Banner der christlich-socialen Schule. Wir haben seitdem diese Worte oft wieder vernommen, selbst von solchen, die noch nie einen Finger gerührt, dieselben ihrer Verwirklichung näher zu rücken. Wahrlich, es ist noch wenig gethan, so allgemein in die Welt hinauszupredigen: „Die sociale Frage muß durch das Christenthum gelöst werden“, man wird uns mit Recht fragen:

Wie das? Für eine erschöpfende Antwort ist hier nicht der Ort. Soviel bleibt ausgemacht, daß hier ganz besonders die Testamente der Geistlichen in Rechnung kommen. Von der Pfründe erworbenes Vermögen wird nicht umsonst seit ältester Zeit mit Vorzug „patrimonium paupertatis" genannt. Denken wir überdieß an die furchtbar drohende Haltung des Socialismus und Pauperismus unserer Zeit, so liegt für den Kleriker, der sein Verhältniß zu Gott und dem Nebenmenschen richtig erfaßt, die Pflicht, über sein Vermögen gewissenhaft zu testiren, so sehr auf der Hand, daß für ihn gesetzliche Zwangsvorschriften überflüssig sein sollen.

Und nun: woran hat sich der Geistliche, der den ernsten und festen Willen hat, gewissenhaft zu testiren, zu halten, wie kann er seinen Willen bethätigen? Es lassen sich da, wie in der Natur der Sache liegt, nicht ein= für allemal feststehende Normen aufstellen. Die Kirche empfiehlt hierin, wie anderwärts, die Handlungsweise gewissenhafter und frommer Kleriker sich zum Vorbild zu nehmen, deren sie sich ja jederzeit zu erfreuen hat. Verfasser selbst ist in der Lage, ein wirkliches Muster von einem Testator aus dem Klerus anzuführen, und er freut sich dessen um so mehr, als er seinen eigenen seligen Pfarrherrn im Auge hat. Gleich weit entfernt von üppigem Luxus wie von schnödem Geiz hatte sich der wackere Herr ein ansehnliches Vermögen erworben. Auf seinem Todbette vermachte er einen Theil seinen Verwandten — die dessen bedurften — zwei größere Theile den Armen und seiner Kirche. Gewiß ein Testament, eines Klerikers würdig! Für unsere Gemeinde ist die sociale Frage zu einem gut Theil gelöst, ihrem seligen Pfarrherrn ward hienieden schon manche Thräne dankbaren Gebets nachgeweint. Sein Grabmal ist fürwahr ein lautzeugendes „benefaciendo transivit".

Ulm. F. W.



LXVIII.

Neerlandia Catholica.

Unter den vielen Nationen, die dem hl. Vater in Rom bei Gelegenheit seines fünfzigjährigen Priesterjubiläums reichliche Gaben darbrachten, steht das katholische Holland nicht in der letzten Reihe und besonders durch eine Gabe ganz eigener Art. Es ist dies das Prachtwerk Neerlandia Catholica[1]).

Als das Hauptcomité zur Feier des seltenen Festes, dem die angesehensten Katholiken aus den einzelnen Diöcesen Hollands, von den Bischöfen ausgewählt, angehörten, zusammentrat unter dem Vorsitz des Erzbischofs von Utrecht, wurde beschlossen, dem hl. Vater einen prächtig geschmückten Band zu überreichen, aus dem er sowohl die Liebe der niederländischen Katholiken zu dem päpstlichen Stuhle, als auch den blühenden Zustand der katholischen Kirche in Holland ersehen könnte. Man glaubte aber auch ganz im Sinne des Papstes zu handeln, wenn man das Werk so einrichtete, daß man ihm eine möglichst große Verbreitung gäbe. Deshalb beschloß man, nicht eine ganz ausführliche Geschichte des Katholicismus in den Niederlanden zu geben, sondern beschränkte sich auf die Zeit von der Wieder-

---

1) Neerlandia Catholica, sive Provinciae Ultraiectensis Historia et Conditio. Leoni XIII. Pontifici Maximo Quinquagesimum ab inito Sacerdotio annum explenti anno Domini MDCCCLXXXVII in festo S. Sylvestri Catholici Neerlandi pietatis causa d. d. — Utrecht. P. W. van de Weijer. 1888. In Deutschland zu beziehen durch Herder in Freiburg. (ℳ 45)

herstellung der katholischen kirchlichen Hierarchie durch Papst Pius IX. bis auf unsere Tage.

Für die künstlerische Ausstattung dieses Werkes wurde ein besonderes Comité gewählt, und genügt es, dessen Mitglieder, die Künstler H. Cuypers, J. Margry, L. de Stuers, die Kunstliebhaber Pastor W. van Henkelum und den Sekretär des Comités, Herrn Seminarprofessor G. Jansen zu nennen, um sich zu überzeugen, daß für die künstlerische Ausstattung die berufensten Kräfte beigezogen waren. Das Werk liegt nun vor, epochemachend seinem Inhalte, prächtig seiner Ausstattung nach. Damit es auch in anderen Ländern recht große Verbreitung finden möge, hatte man die Vorsicht gebraucht, es nicht nur in holländischer Sprache — mit altholländischen Buchstaben — herauszugeben, sondern man setzte die lateinische Uebersetzung — in Elzevirbuchstaben — gegenüber. Der Band hat das Format eines Missales; jede Seite, mit rother Randumfassung, enthält die schönsten Miniaturen meist nach Vorbildern des vierzehnten Jahrhunderts. Der Titel sowie die Adresse an den heiligen Vater ist in prächtigem Farbedruck, die Titelzeichnungen vor jedem neuen Abschnitt (jeder Abschnitt behandelt die Geschichte eines anderen Bisthums) meist von Herrn Maler W. Mengelberg in Utrecht in Photolithographie ausgeführt, und hat die Verlagshandlung P. W. van de Weyer den alten Ruf der holländischen Buchdruckerkunst auf das glänzendste bewährt — es liegt ein wahres Meisterwerk vor uns.

Die Ausarbeitung dieses Monumentalwerkes war auch einem besonderen Comité anvertraut gewesen, von dessen Mitgliedern wir nur die auch in deutschen wissenschaftlichen Kreisen rühmlichst bekannten Herrn Dr. Schaepmann in Utrecht und Professor Dr. G. Jansen anführen wollen, die man wohl als die Hauptorganisatoren bei dieser Riesenarbeit betrachten darf.

Bekanntlich haben die stürmischen Tage der Aprilbewegung 1848 einem Drange nach Freiheit Luft gegeben, aus dem auch die Katholiken ihren Nutzen ziehen sollten. Seit zwei Jahrhunderten waren diese im Norden wie im Süden von allem gemeinen Rechte ausgeschlossen gewesen, hatten aber trotz aller Bedrängnisse, und trotzdem jede freie Ausübung des Cultus verboten gewesen, ihren Glauben und ihre Anhänglichkeit an den

römischen Stuhl treu bewahrt. Und diese furchtlose Treue sollte ihren Lohn finden. Bei Entstehung des Königreichs der Niederlande erhielten die Katholiken ihre völlige Freiheit wieder durch Abschaffung des berüchtigten jus placiti, Gewährung des Rechts der freien Lehre und der ungehinderten Errichtung von katholischen Schulen.

Es war im Jahre 1853, als endlich nach langen Verhandlungen Papst Pius IX. durch das Breve „Ex qua die" vom 4. März die bischöfliche Hierarchie in den Niederlanden zur großen Freude der Katholiken wiederherstellte, und von da an begann ein Aufschwung des katholischen Lebens, wie er großartiger nicht gedacht werden kann und dessen Geschichte eben in vorliegendem Werke unübertrefflich geschildert wird. Der erste Erzbischof von Utrecht, Johannes Zwysen, ordnete in den folgenden Jahren den Zustand der Kirche in den einzelnen Diöcesen Hollands, besonders auf dem Plenarconcil vom 25. September bis 4. Oktober 1865, in der Kathedrale von Herzogenbusch abgehalten, mit solcher Umsicht nach den Bedürfnissen des Volkes, nach den Heischungen der Zeit und den Forderungen des kirchlichen Rechtes, daß die Propaganda in besonderem Schreiben vom 19. Juli 1866 „die ausgezeichnete Sorgfalt der Hirten für ihre Heerden loben mußte."

Im Allgemeinen kam der Staat resp. der König mit größter Bereitwilligkeit den Forderungen der Kirche entgegen, so durch das Gesetz vom Jahre 1861: Geistliche und Theologen sind vom Militärdienste befreit; durch das Gesetz von 1869: Freie Errichtung der Kirchhöfe betr.; 1876 wurde endlich dem berüchtigten kaiserlichen Dekrete von 1809 ein Ende gemacht, wodurch dem Staate das Recht gegeben war, sich in kirchliche Angelegenheiten einzumischen.

Einen großen Kampf nur sollten die Katholiken zu bestehen haben in Bezug auf ihre Schulen. Durch das Gesetz von 1857 war bestimmt worden: „Freie Schulen können errichtet werden, wenn gewissen Bedingungen über die Anstellung geeigneter Lehrer nachgekommen wird. Solche Schulen können auch von der Staatskasse unterstützt werden, doch nur wenn sie von Schülern aller Confessionen besucht werden." Das hieß geradezu Simultanschulen einführen, und dagegen mußte ein

scharfer aber ruhiger Kampf der Katholiken beginnen. Wenn auch die Gesetze über den mittleren und höheren Schulunterricht durchaus nicht zu billigen waren, so drehte sich doch der Hauptkampf um das Volksschulwesen, da durch das Bestehen freier katholischer höherer Anstalten auch in dem benachbarten Belgien den Bedürfnissen der Katholiken einigermaßen genügt war.

In der Kammer wurden die Freiheiten und Rechte der Katholiken auf den Unterricht glänzend von Männern wie Joannes und Carolus van Nispen, J. A. Luyben, J. van Son u. A. vertheidigt und nachgewiesen, „daß das Schulgesetz von 1857 ein großes materielles und moralisches Uebel für das Volk sei. Alle die an Christus glaubten, auch gläubige Protestanten, müßten jetzt ihre Schulen unter den größten Opfern erhalten.“ Unter Führung ihrer Bischöfe und begeistert durch deren ausgezeichnetes Wort vom August 1868, das Recht der Kirche auf die Kindererziehung nachweisend, beschlossen die Katholiken die Gründung von Vereinigungen, die die Sache des Unterrichts in die Hand nehmen sollten. Diese waren völlig organisirt und übernahmen auch die Sorge für Beschaffung und Erziehung von geeigneten Lehrern, so daß alle Hindernisse des Staates ihre Macht verloren. In allen Pfarreien suchte man confessionelle Pfarrschulen zu errichten und durch die wahrhaft großartige Opferwilligkeit des katholischen Volkes und die hingebende Thätigkeit der geistlichen Congregationen kam es soweit, daß im Jahre 1887 ungefähr 167,000 Kinder diese Schulen besuchten.

Auch der Erfolg sollte den ausgezeichneten Vertheidigern der kirchlichen Freiheiten und des christlichen Unterrichts nicht fehlen. Am 26. September dieses Jahres nahm die zweite holländische Kammer den Gesetzentwurf betr. die Revision der gesetzlichen Bestimmungen über den Elementarunterricht an. Nach demselben werden die den Communen bisher gezahlten Unterstützungen für die öffentlichen Schulen vermindert und den Privatschulen, sowie den confessionellen Schulen Unterstützungen gewährt. 17 Mitglieder der liberalen Partei stimmten mit der klerikalen Majorität. Die Katholiken haben endlich den Sieg davongetragen.

Hauptsächlich in Folge des Schulkampfes bildete sich in

der zweiten holländischen Kammer eine katholische Volkspartei, die bei ihrer jetzigen Stärke in der Kammer ausschlaggebend ist. Daß dieselbe sich so entwickeln konnte, bewirkte besonders eine ausgezeichnete Tagespresse, die in dem bekannten Convertiten Le Sage Ten Broek ihren Gründer und bedeutendsten Förderer feiert.

Aber auch im wissenschaftlichen Leben begann sich das katholische Bewußtsein zu regen. Namentlich geschah dies durch die Gründung besonderer geschichtlicher Vereine und Zeitschriften, die als besondere Tendenz die Widerlegung der hergebrachten Irrthümmer und Angriffe gegen den katholischen Glauben auf ihre Fahne schrieben. Durch den unvergleichlichen Sang des Cornelius Broere, eines wirklich zweiten Thomas von Aquin, über das allerheiligste Altarssakrament, hat die kirchliche Dichtkunst in Holland den ersten Rang erreicht. Durch die große Opferwilligkeit der holländischen Katholiken wurde in allen Diöcesen der Bau von bischöflichen Archiven und Bibliotheken ermöglicht, auch von Museen für christliche Kunst, wodurch es besonders bewirkt wurde, daß die zahlreich neugebauten Pfarrkirchen alle in alt-kirchlichem Style hergestellt wurden.

Die Bischöfe thaten alles, was in ihrer Macht stand, um die Zustände in den einzelnen Pfarreien zu regeln; auf öfteren Synoden bestimmten sie jährliche Revision derselben, Ordnung des Kirchen- und Stiftungsvermögens. Auf ihre Bemühungen hin wurde in der ganzen Kirchenprovinz das Römische Rituale — unter Beibelassung resp. Revision der speciellen Proprien und Calendarien — und, soweit möglich, der gregorianische Kirchengesang eingeführt. Auch ist es nur ihrer Sorgfalt zu verdanken, daß in ganz Holland keine Simultankirchen mehr zu finden sind, daß jetzt jede Diöcese ihr Knaben- und Priester-Seminar hat, ihre speciellen confessionellen Wohlthätigkeitsanstalten, wie Waisenhäuser, Anstalten für gefallene Frauen, Blinde, Taubstumme, Asyle für verunglückte Fabrikarbeiter und Andere.

Durch die Einführung regelmäßiger Missionen, die durch verschiedene Orden, besonders die Söhne des hl. Alphons von Liguori abgehalten wurden, erwachte so recht bei den Gläubigen die Liebe zum Priester- und Ordensstande, so daß die Zahl der Studierenden in den Seminarien sich seit 1853 von 957 auf 1906 erhöhte und nicht nur kein Priestermangel besteht, sondern sogar

noch Priester für die Missionen abgegeben werden können. Bekannt ist, daß die Söhne vieler der edelsten Familien Hollands auf dem Schlachtfelde als Streiter für den Stellvertreter Christi ihren Tod fanden.[1]) Großartig dokumentirte sich die Liebe und Opferwilligkeit der Katholiken für den heiligen Stuhl durch die reichlichen Gaben für den Peterspfennig, der in manchen Diöcesen jährlich auf 64000, ja auf 100,000 Frcs. angewachsen ist. Hat doch, um ein anderes Beispiel anzuführen, die Genossenschaft der hl. Kindheit seit ihrer Gründung im Jahre 1849 schon über eine Million Gulden verausgabt und ihre jährliche Einnahme von 12,000 auf 80,000 fl. sich vermehrt.

Das kirchliche Leben nahm ferner schnellen Aufschwung durch das ungehinderte Aufblühen der alten und die Gründung vieler neuer Ordenscongregationen. Für die deutschen Katholiken wird es von besonderem Interesse sein, daß die aus dem deutschen Reichslande s. Z. ausgewiesenen Orden der Borromäerinen, der Barmherzigen Brüder und Schwestern schon sechs neue Niederlassungen in dem Nachbarlande errichtet haben.

Unter solchen Umständen ist es nicht zu verwundern, daß in dem kurzen Zeitraum die Zahl der Katholiken der Kirchenprovinz Utrecht, die ganz Holland umfaßt, sich um 300,000 vermehrt hat.

Das Werk enthält diesen genauen statistischen Nachweis nach den Angaben der einzelnen Pfarreien, es enthält ganz genau den Stand der einzelnen Orden mit ihren Niederlassungen, der einzelnen Laien-Bruderschaften und Wohlthätigkeitsanstalten. Es ist das Buch nicht nur eine künstlerische Leistung ersten Ranges, es ist ein historisches Fachwerk, unentbehrlich für jede Bibliothek und zu benützen von jedem Forscher und Kenner der Geschichte Hollands.

---

1) Vgl. Histor.-pol. Bl. Bd. 61 S. 670—90: „Die holländischen Zuaven (1867)." A. d. R.

LXIX.

Zeitläufe.

Bemerkungen zu der neuesten Vorlage des Socialisten-Gesetzes beim Reichstag.

II. Ausnahmegesetzlich oder gemeinrechtlich?

Den 12. Dezember 1889.

Der übliche Handelsmarkt hinter den Coulissen dauert noch an. Während die Commission schweißtriefend den Stein des Sisyphus wälzte, wurden im Hause selbst ellenlange Reden über andere Vorlagen gehalten in die gähnende Leere hinein. Der Reichstag ist beschlußunfähig seit seinem Beginn, so daß man ängstlich jede Stimmenzählung vermeiden muß, um die Schmach nicht von Sitzung zu Sitzung offenkundig werden zu lassen. Das Uebel ist ärger, als je; sogar die allzeit dienstbaren Nationalliberalen schwänzen in Masse. Kaum ein Drittel der Mitglieder erscheinen im Hause, noch viel Wenigere hören die Reden an. Erst am Schlusse der dreitägigen Berathung des Socialistengesetzes „war es der feurigen Beredtsamkeit Bebels gelungen, die müde Versammlung um die Rednerbühne zu schaaren, und zur Aufmerksamkeit zu zwingen.“ [1]) Eine solche Zugkraft war sonst nur dem Reichskanzler eigen, jetzt übt sie auch

1) „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung“ vom 10. November d. Js.

der Socialistenführer, Drechslermeister Bebel, wenn er gerade nicht im Gefängniß, sondern im Parlament sitzt.

Wie müßte sich dieser Reichstag zu Tode schämen, wenn die verachtete Nationalversammlung von Frankfurt sich übereinmal gespenstisch neben ihn stellte! Aber was kann man ihm auch übel nehmen? Aus der Mitte der Unabhängigen im Centrum und links hat man ja ernst und kräftig Stellung genommen gegen die polizeiliche Methode, durch das Ausnahmegesetz Zuständen zu begegnen, die täglich mehr ein Ende mit Schrecken androhen. Aber sie sind die Minderheit, der Byzantinismus ist in der Mehrheit. Das Organ der preußisch Conservativen hat den Nationalliberalen gegenüber von vorneherein erklärt: das Fallenlassen des Socialisten-Gesetzes wäre nichts Anderes, als Waffenstrecken des Kaisers und Reichs vor der Socialdemokratie. Die Nationalliberalen ihrerseits hatten wirklich ihren Entschluß angekündigt, für die Uebersetzung des Ausnahmegesetzes in's gemeine Recht einzutreten. Jetzt aber offenbarten alle ihre Reden nur den Druck, den der langjährige Götzendienst der Partei auch auf deren bessere Geister ausübt, indem er die Kraft gelähmt hat, einer helleren Anschauung zu folgen und einer ehrlichen Ueberzeugung auch gegen den Willen des vergötterten Staatsmannes Geltung zu verschaffen.

Was nun geschehen wird, ist schwer vorauszusehen. Die Partei befindet sich in einer peinlichen Lage zwischen dem Druck von Seite der Regierung und der Furcht vor den Wählern, wie dem eigenen gegebenen Worte vom vorigen Jahre. Der Reichskanzler selber dürfte wohl ein Einsehen haben, um seine politischen Sklaven nicht geradewegs an den Pranger kommen zu lassen. Er müßte ihrer Ruhmrederei, daß sie die diskretionären Vollmachten des Ausnahmegesetzes ferner nicht mehr bewilligen würden, ein Hinterpförtchen öffnen. Sie würden dann dem Kanzler zu lieb die Fristbestimmung beseitigen, zum Schutz vor den Wählern aber die Einrichtung des kleinen Belagerungszustandes mit der

polizeilichen Ausweisungsbefugniß, zwar nicht ganz abschaffen, aber doch letztere Befugniß nur auf Zeit und die unwiderrufliche Ausweisung vielleicht gar nicht bewilligen. Sie würden dann auch sagen können, daß in einzelnen Milderungen des neuen Gesetzes sogar eine Art von Rechtsgarantien für die verfolgte Partei gegeben sei.

In den genannten beiden Beziehungen war das im Uebrigen grausame Gesetz, welches der Minister von Puttkamer im Januar v. Js. vorgelegt und mit aller Entschiedenheit, aber vergebens, vertreten hat, ungleich folgerichtiger, als der jetzige Entwurf. Dasselbe verlangte die diskretionären Vollmachten nicht auf die Dauer, sondern nur auf fünf Jahre. Damit war immerhin gesagt, daß der Staat sich vorbehalte, wenn die Gefahr vorüber seyn würde, zum alten Rechtszustande zurückzukehren. „Das hört mit dem neuen Entwurfe auf. Der Ausnahmezustand wird durch denselben in Permanenz erklärt; nicht bloß vorübergehend, sondern endgültig wird eine ganze Partei, eine ganze Gruppe von Staatsbürgern außerhalb des gemeinen Rechts gestellt. Damit ist auch zugestanden, der Staat habe einsehen gelernt, daß sein Kampf gegen die socialdemokratische Bewegung in absehbarer Zeit nicht beendet seyn werde. Damit ist diese Bewegung als ein bleibendes destruktives Element im Staate anerkannt; damit ist gesagt, die Hoffnung, durch strenge Ausnahmemaßregeln dieser Bewegung Herr zu werden, habe sich als Täuschung erwiesen, und damit ist auch über die ganze bisherige Socialisten-Gesetzgebung der Stab gebrochen, denn mit dieser Hoffnung wurde sie zumeist begründet. Hiemit aber tritt das Socialistengesetz in Widerspruch mit sich selbst. Die Consequenz dieser Ueberzeugung wäre, die socialdemokratischen Verbrechen zu behandeln wie alle anderen Verbrechen, die gleichfalls mit der Wurzel nicht ausgerottet werden können und bei denen der Staat sich begnügt, sie von Fall zu Fall zu strafen." [1])

1) Wiener „Neue Freie Presse" vom 27. Okt. 1889.

Auch bezüglich der polizeilichen Befugniß zur Ausweisung war es nur folgerichtig, wenn der Minister von Puttkamer die „Nothwendigkeit“ behauptete, „auch die Expatriirung unter die Kampfmittel gegen die Socialdemokratie aufzunehmen“. Der Entwurf besagte: „Alle Wahrnehmungen stimmen darin überein, daß die nach Vorschrift des Gesetzes vom 21. Okt. 1878 §. 28 aus einem bestimmten Ort Ausgewiesenen in der Regel die Agitation an dem neuen Aufenthaltsorte oft in verstärktem Maße wieder aufgenommen und dieselbe damit häufig in Gegenden verpflanzt haben, welche bisher von der socialdemokratischen Propaganda wenig oder gar nicht berührt waren, was insbesondere im Hinblick auf die ländlichen Distrikte zu ernsten Besorgnissen Anlaß gebe.“ Auch das neue Gesetz soll den angeblich schon errungenen Erfolg sichern, daß „die socialdemokratische Bewegung über das bereits gewonnene Gebiet hinaus wesentlich gehemmt, und daß insbesondere die ländliche Arbeiterbevölkerung vor dem Hineinziehen in diese Bewegung meist bewahrt geblieben ist.“ Aber während Herr von Puttkamer behauptete, den schwerwiegenden Nachtheilen könne nur dadurch vorgebeugt werden, „daß die Möglichkeit geschaffen werde, socialdemokratische Agitatoren unter bestimmten Voraussetzungen durch Aberkennung der Staatsangehörigkeit von dem Gebiet des Deutschen Reichs überhaupt auszuschließen“: verlangt der jetzige Minister nur, daß der Ausgewiesene auch nach der Aufhebung des kleinen Belagerungszustandes überhaupt an den Ort nicht mehr zurückkehren dürfe. Auch auf national-liberaler Seite ist der Gegensatz und der innere Widerspruch dieser Stellungnahme aufgefallen.

„Der Ausweisungsbefugniß wird hier nur eine prophylaktische Bedeutung beigelegt, insoferne die Propaganda für die socialdemokratischen Lehren nicht mehr mit der Dreistigkeit und Aufdringlichkeit unter Verspottung jeder staatlichen und gesetzlichen Autorität an die Oeffentlichkeit tritt, wie früher. Wesentlich wird diese Wirkung der Abwesenheit der Ausgewiesenen

und dem Fernbleiben der berufsmäßigen Agitatoren zugeschrieben. Hinterher aber wird für die Aufrechthaltung des kleinen Belagerungszustandes geltend gemacht, daß die Ausbreitung socialdemokratischer Lehren und Bestrebungen unter der Arbeiterbevölkerung in diesen Bezirken mit Ausnahme von Stettin, wo eine gewisse Beruhigung eingetreten seyn soll, ‚eher in der Zunahme, als in der Abnahme' begriffen sei. Dagegen wird die Ausweisungsbefugniß außerhalb der vom kleinen Belagerungszustand betroffenen Gebiete, soweit dieselbe bisher den auf Grund des Gesetzes verurtheilten Personen gegenüber bestand, in Zukunft in Wegfall kommen. Es wird also nicht mehr zulässig seyn, daß solchen Personen nach und nach der Aufenthalt in sämmtlichen Orten des Deutschen Reichs unmöglich gemacht werden kann, wie das seinerzeit den Socialdemokraten Christensen und Keßler passirt ist".[1])

Im Vergleich zu dem Auftreten der Regierung im Januar v. Js. darf man sagen, ihre jetzige Stellung mache den Eindruck eines fluchtartigen Rückzugs. Sollte dafür die Entschädigung in der Bewilligung des Gesetzes auf die Dauer gesucht werden wollen, so würde sich doch auch dieser Gewinn nicht ergeben. Der neue Entwurf macht sich von einem „fristlosen" Gesetz rosige Hoffnungen. „Die in kurzen Pausen immer wieder auftauchende Frage der Verlängerung des Gesetzes bot der Socialdemokratie den erwünschten Stoff zur Agitation; unabläßig, nicht nur zur Zeit der Reichstagswahlen, sondern auch für jede Session, in welcher die Verlängerung des Socialistengesetzes in Berathung stand, bildete dieselbe den Angelpunkt, um den sich die Agitation in der Presse und in Versammlungen drehte; ebenso boten die Verhandlungen des Reichstags über die bezüglichen Gesetzesvorlagen den Vertretern der Socialdemokratie immer den geeigneten Anlaß, um ihre revolutionären Anschauungen

---

1) Berliner Correspondenz der Münchener „Allg. Zeitung" vom 30. Oktober d. Js.; vgl. „Allgemeine Zeitung" vom 18. Januar 1888.

und Ziele unter Verdächtigung und Verunglimpfung der Regierungen und ihrer Organe in's Land zu tragen". Aber wie sollte das anders werden?

Den Nationalliberalen waren diese Debatten nicht weniger Gift und Galle, weil sie dabei stets in der vordersten Reihe auf dem Armensünderstuhle saßen. Schon darum erklärten sie vor zwei Jahren, für das Ausnahmegesetz ein anderes Mal nicht mehr stimmen zu wollen. Unter diesem Vorwand erklärten sie auch die Milderungsanträge des Abgeordneten Windthorst, welchen nun der Minister selbst nahegetreten ist, für unannehmbar. Durch die Bewilligung des neuen Gesetzes ohne Fristsetzung, auf die Dauer würden aber sie und die Regierung an der parlamentarischen Folter doch nicht vorbeikommen. Denn die ewige Erneuerung dieser „vergiftenden Debatten" wird immer in der Macht der socialdemokratischen Abgeordneten liegen; sie brauchen nur die Aufhebung des Gesetzes zu beantragen, und dazu wären sie durch eine fristweise Bewilligung der Ausweisungsbefugniß erst recht herausgefordert. Es bleibt dabei, was ein bayerischer Abgeordneter schon im Mai 1878 im Reichstag gesagt hat: folgerichtig müßte das Gesetz die Socialdemokraten von der Wählbarkeit überhaupt ausschließen, und wer sich im Reichstag socialdemokratischer Ideen verdächtig machte, müßte des Mandats verlustig erklärt werden.

Daß in den Kreisen der Regierung die Halbheit der damals getroffenen Maßregel sehr wohl empfunden wurde, zeigen die allerlei Pläne, mit welchen man sich fortan getragen hat: der Versuch mit dem „Maulkorbgesetz", der Gedanke der zweijährigen Budgetperioden, der Erhöhung des wahlberechtigten Alters, des Ersatzes der geheimen Stimmabgabe durch die öffentliche. Durchgesetzt hat der Minister von Puttkamer nur die fünfjährige Wahlperiode, und als er dann mit seinem verschärften Entwurf des Socialistengesetzes herausrückte, da ersahen die Nationalliberalen die Gelegenheit, den Sturz ihres verhaßten „schwarzen Mannes" vor-



zubereiten. „Mit eisiger Kälte erwiderten ihm die national-liberalen Wortführer, sie könnten die Verlängerung des Gesetzes nur noch auf zwei Jahre bewilligen, damit die Regierung während dieser Zeit Maßnahmen treffe, welche das Ausnahmegesetz zu beseitigen vermöchten.“ Ihr bekanntes Preßorgan trat mit aller Kraft dafür ein, daß nach dem Abschluß der socialpolitischen Gesetzgebung — welcher nach Ansicht der Regierung durch das Alters- und Invaliditäts-Versicherungsgesetz nunmehr erfolgt ist — „der Socialdemokratie unter Controle der deutschen Behörden, deren Vollmachten man dazu verstärken möge, die öffentliche Bethätigung gleich anderen Parteien wieder zu gestatten sei; das sei das einzig wirksame Mittel, während jedes weitere Vorgehen auf dem bisherigen Wege nur dazu dienen würde, die Agitation zu vertiefen und zu verstärken“[1]), wie ja auch Herr von Puttkamer selbst zugestand: „die Socialdemokratie sei jetzt schlimmer und gefährlicher wie je.“

Wäre an der Stelle dieses bestgehaßten Mannes Herr von Bennigsen gesessen, so wäre es der Partei sicher nicht eingefallen, mit der Ueberführung des Ausnahmegesetzes in's gemeine Recht zu renommiren. Jetzt sitzt sie in rathloser Verlegenheit. Als ein Führer der Linken schon im Jahre 1880 den Versuch machte, mit einem neuen Artikel des Strafgesetzes die Socialdemokratie zu treffen, widersprachen die Nationalliberalen; jetzt haben sich ihre eigenen Gelehrten mit dem Kunststück vergebens abgemüht, und als die Regierung selbst den Versuch machte, gefiel er nichteinmal dem Bundesrathe. Jede solche Verschärfung des Vereins-, Preß- und Strafgesetzes würde eben auf eine Umwandlung des Ausnahmegesetzes gegen die Socialdemokratie in ein Ausnahme-Gesetz gegen sämmtliche oppositionellen Parteien hinaus-

1) „Berliner Kreuzzeitung“ vom 19. Januar 1888 und 6. März 1889.

laufen. Eine in Berlin erschienene Schrift meinte zwar, der „Umsturz der Gesellschaftsordnung“ werde allerdings nur von den Socialdemokraten betrieben, aber die „bestehende Staatsordnung“ besitze auch außerhalb dieser Gruppen radikale Gegner, welche sie umstürzen wollen, und das monarchische Staatswesen bedürfte allerdings eines verschärften Schutzes auch gegen andere, als socialistische Parteiungen. Schließlich stieß sich der Verfasser aber doch selber an der „Unmöglichkeit einer organischen Einordnung polizeilicher Befugnisse in das Strafrecht, auf die doch nicht verzichtet werden könnte.“[1])

Das ist die Hauptsache. Das Gesetz stellt eben Alles der Polizei anheim, und die Polizei thut gemäß ihrer Natur, was sie der gestellten Aufgabe gegenüber nicht lassen kann. Zur Zeit der Puttkamer'schen Vorlage rühmte das Kanzlerblatt die „erzieherischen Wirkungen“ des Gesetzes, und führte als Beweis an: „heute könne man den Königsmord nicht mehr so offen auf der Straße predigen.“[2]) Das konnte nun freilich auch vorher, ohne Ausnahmegesetz, verhindert werden, und zwar sehr einfach durch den Strafrichter. Aber der Polizei kann das nicht genügen. Sie ist auf geheimes Wirken angewiesen; sie muß Socialdemokraten, Anarchisten und Königsmörder suchen, 'aufspüren, ja zu schaffen trachten. Das ist der ganz natürliche Ursprung des famosen „Lockspitzel-“ Wesens. Selbst das Wort war früher unbekannt.

Als vom 27. Januar d. Js. an diese neue Sorte einer geheimen Polizei in dreitägiger Debatte von den Socialdemokraten im Reichstage enthüllt wurde, da entschuldigte sich der Minister freilich mit Nichtwissen: er würde nie einen Mann als Agent provocateur anstellen; wenn sich solche

---

1) Münchener „Allg. Zeitung“ vom 23. April und Berliner „Germania“ vom 12. April d. Js.

2) Berliner Correspondent der „Augsburger Postzeitung“ vom 12. September 1888.

Agenten irgendwo fänden, so thäten sie das auf eigene Verantwortung, die Behörden hätten daran nicht die geringste Schuld, „denn wir wollen nicht erst Verbrecher züchten, um Verbrecher zu haben.“ Aber der Abgeordnete Windthorst hielt ihm doch mit Recht vor, daß er selbst zugebe, „Leute, die nicht Gentlemen sind und die er noch derber charakterisirt habe,“ gebrauchen zu müssen; und der socialdemokratische Redner erklärte: „Heute kann ich den Nachweis führen, daß der oberste Leiter, sehr hohe Beamte des Berliner Polizeipräsidiums“ (er nannte die Namen) „diejenigen sind, durch deren Thätigkeit anarchistische Verbrechen gefördert werden.“ Was insbesondere die in Tausenden von Exemplaren in Deutschland verbreiteten Londoner anarchistischen Blätter betreffe, so behauptete Herr Bebel unter Verlesung eines Aktenstückes von 1882: „Es ist aktenmäßig erwiesen, daß die Verbreitung im Dienste der preußischen Polizei und mit ihrem Gelde geschieht!“ Das große liberale Wienerblatt berichtete wie folgt über die dreitägige von der Regierung verlorene Schlacht:

„Die Enthüllung, aus welcher unwidersprechlich hervorgeht, daß die deutsche Regierung in der Fremde, in der Schweiz und in Frankreich, Geheimpolizisten besoldet, deren Aufgabe es ist, unter dem Scheine der Parteigenossenschaft mit den socialdemokratischen Agitatoren Beziehungen zu unterhalten, in socialdemokratischen Versammlungen sich an den Debatten zu betheiligen und durch heftige Reden die gemäßigten Elemente aus ihrer Zurückhaltung herauszulocken, socialdemokratische Druck- und Zeitschriften zu verbreiten und im Sinne der ‚Propaganda der That‘ zu inspiriren — diese Enthüllung ist geeignet, das Socialistengesetz auch ohne die ihm zugedachten Verschärfungen als eines der schlimmsten und verwerflichsten Ausnahmegesetze zu compromittiren, welche jemals bestanden haben.“ . . „Und die Enthüllung ist diesmal nicht, wie sonst wohl, ein Produkt socialdemokratischer Uebertreibung; sie ist Punkt für Punkt, mit Namen und Daten, durch staatliche Funktionäre in der Schweiz von Amtswegen beglaubigt. Man darf nicht mehr daran zweifeln,

daß die deutschen Geheimpolizisten Schröder und Haupt dafür besoldet waren, daß sie die Socialdemokraten in der Schweiz nicht blos überwachten, sondern auch sich selbst als Socialdemokraten ausgaben, in Versammlungen zur ‚Propaganda der That‘ aufforderten, mit den gefährlichsten Anarchisten in Europa und Amerika briefliche Beziehungen unterhielten, mit Einem Worte alle Merkmale von Agents provocateurs in ihrem Treiben vereinigten. Dies bescheinigen in amtlichen Dokumenten, nach den Ergebnissen von Zeugenaussagen und Geständnissen, der Polizeihauptmann von Zürich und der Stadtrathspräsident von Schaffhausen, deren Unbefangenheit keiner Anfechtung unterliegt. Was bedeutet solchen unwiderleglichen Thatsachen gegenüber der wüthende Angriff des Ministers von Puttkamer gegen die Schweizer Funktionäre, welche das kostbare Material den beiden socialdemokratischen Abgeordneten Bebel und Singer zur Verfügung stellten, was die Drohung mit diplomatischen Schritten bei der Eidgenossenschaft? Herr von Puttkamer konnte die Wahrheit nicht bestreiten, er konnte nicht widerlegen, daß von ihm besoldete Geheimpolizisten von notorischen Anarchisten Dynamit bezogen, daß sie mit Peukert, Stellmacher, Kammerer und Neve in intimem Verkehr standen und mit dem Gelde der deutschen Regierung das Fortbestehen der ‚Freiheit‘ ermöglichten, nur um dadurch ihre Spionendienste versehen zu können; und wenn er trotzdem in dem Zorn, mit dem ihn die Enthüllung erfüllte, ausrief, er müsse von Jedermann den Glauben verlangen, daß die preußische Regierung keine Agents provocateurs unterhalte, so war dies angesichts der Sachlage eine Zumuthung an Jedermann, die fast eine komische Wirkung haben müßte, wenn der Gegenstand, um den es sich handelt, nicht ein so verzweifelt ernsthafter wäre.“ . . „Allen Strafgesetzen der Welt ist es gemeinsam, daß sie Aufforderung und Anreizung zum Verbrechen ahnden, wie das Verbrechen selbst; hier aber bezahlt die Polizei ihre geheimen Werkzeuge dafür, daß dieselben die Socialdemokratie zu Gewaltthaten aufstacheln, um Opfer für das angefochtene Socialistengesetz zu schaffen, und der oberste Chef dieser Polizei beruft sich, wenn dieses niederschmetternde Geheimniß enthüllt wird, nicht blos auf die rechtliche und

sittliche Ordnung, er greift sogar den Rechtszustand des Landes an, das seine Agents provocateurs durchziehen.“ [1])

Es war vorauszusehen, daß es in der Schweiz, wo die Verpestung dieser Art Geheimpolizei am heftigsten wüthete, früher oder später zum Conflikt kommen werde. Jedermann erinnert sich an den wochenlangen Lärm im vorigen Herbst wegen des Falls Wohlgemuth, sowie der Correspondenz dieses Polizeicommissärs im Elsaß mit seinem Agenten in Basel: „Wühlen Sie nur lustig weiter!“, und: „Wenn sie mich in Mühlhausen besuchen, so kommen Sie bei Nacht und mit einem falschen Bart.“ Als der Herr Commissär zur persönlichen Betreibung seines Geschäftes Schweizer Boden betrat, wurde er verhaftet. Darüber, und nicht über den Tölpel von einem Polizeibeamten, entbrannte nun der bekannte Reichszorn, und wie Indianergeheul lärmte es durch die deutschen Lande. Selbst die „Kreuzzeitung“ drohte mit dem Appell an die Kanonen; das Blatt am Rhein setzte die Schweiz als „wildes Land“ neben Frankreich; die „Hamburger Nachrichten“ verlangten die Theilung der Schweiz unter die Nachbarn: das Kanzlerblatt bemäkelte die Neutralität der Schweiz; und zu Göttingen erklärte ein Professor der Theologie vom Katheder herab: „Die Zeit liegt ja hoffentlich nicht ferne, wo wir die Schweiz annektiren müssen.“ Scharfe Noten flogen nach Bern; der bestehende Niederlassungsvertrag wurde gekündet, da sich die Schweiz auf eine Prüfung der Ansiedler im Punkte der Socialdemokratie nicht einlassen wollte; schroffe Durchsuchungsvorschriften wurden an die Zollämter an der Grenze erlassen. Plötzlich verrauchte der Reichszorn; und als im Reichstag jüngst die Anfrage über den Stand der Dinge gestellt wurde, that Bismarck junior, als wenn gegenüber der Schweiz nie ein Wässerlein getrübt worden wäre.

---

[1]) Wiener „Neue Freie Presse“ vom 29. Januar 1888.

Das Alles war schon unter dem jetzigen Minister. Erst neulich enthüllte sich ein neuer Skandal, indem bei dem großen Elberfelder Socialistenproceß unter den Dutzenden vorgerufener Zeugen ein armer Bandwirker sich als von der Polizei gemietheter „Lockspitzel“ entpuppte. Aber die Socialdemokraten sind selbst so billig, den hülflosen Minister nicht dafür herzunehmen. Herr Bebel hat erst noch in der Sitzung vom 7. November erklärt: „Ich begreife es vollständig, wenn der Minister des Innern von der Handhabung dieses Gesetzes nicht besonders erbaut ist; die Verantwortung ist sehr groß. Das Spitzelwesen ist durch das Gesetz überall in Deutschland hervorgerufen worden. Ich glaube wohl, daß der Minister keine Lockspitzel dulden will; aber sie entstehen von selbst, sobald man einmal geheime Polizei hat, wie der Reichskanzler, als er noch Bundestagsgesandter war, anerkannt hat. Der Minister weiß gar nicht, was die politische Polizei eigentlich treibt; denn das Haupt derselben steht unter dem — Reichskanzler.“ Diese Geheimbunds-Processe haben aber noch eine ganz besondere Bedeutung in der Frage des Socialistengesetzes.

Der genannte Elberfelder Proceß ist eingeleitet wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung auf Grund der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches. Er reicht in seinen Anfängen bis in das Jahr 1881 zurück, und hat seit April 1888 eine geradezu riesige Ausdehnung angenommen. Vor Gericht stehen 91 Angeklagte — ursprünglich waren es gegen 300 — und 468 Zeugen sind aufgerufen. Diese Geheimbunds-Processe datiren seit dem sogenannten Chemnitz-Freiberger Proceß, beziehungsweise dem Urtheil des Reichsgerichts, durch welches das freisprechende Erkenntniß des erstern Gerichtshofs vernichtet und die Anklage an das Landgericht zu Freiberg verwiesen wurden. Das Reichsgericht hatte angenommen, daß im Deutschen Reich allerdings eine Verbindung bestehe, zu deren Zwecken und Beschäftigungen es gehöre, die

Vollziehung des Socialistengesetzes und Maßregeln der Verwaltung durch verbotswidrige Verbreitung des „Socialdemokrat" im Deutschen Reiche zu verhindern und zu entkräften. Daraufhin kam das Landgericht zur Verurtheilung der Angeklagten (am 4. August 1886); das ist das berühmt gewordene „Freiberger Erkenntniß."

Es war vorauszusehen, daß dieser Urtheilsspruch eine unabsehbare Reihenfolge solcher Processe zur Folge haben würde, da die Justiz, namentlich die preußische, nicht versäumen werde, das Freiberger Erkenntniß zu einem Feldzuge gegen Socialdemokraten auszunützen, die als Reichstagsabgeordnete der Parteileitung angehören, oder an den Congressen zu Wyden und Kopenhagen (1883 und 1887) theilgenommen hatten, oder überhaupt als Vertrauensmänner der Partei bekannt sind.[1]) In der That sind denn auch seit dem Freiberger Erkenntniß bis zum Januar l. Js. nicht weniger als 55 Geheimbunds-Processe verhandelt worden, unter Ausschluß der Oeffentlichkeit, und vielleicht deßhalb in weiteren Kreisen fast unbemerkt. Die Processe betrafen verschiedene größere Städte; 10 endeten mit Einstellung des Verfahrens, 8 mit Freisprechung, verurtheilt aber wurden 236 Personen.

Der großartige Erfolg des Verfahrens reizte nun auch noch den Appetit der Officiösen, und da überdieß die socialdemokratische Parteivertretung eine neue Conferenz nach St. Gallen einberufen hatte, so klopften sie bei der Justiz an: „Eo ipso hätten damit in erster Linie sämmtliche Mitglieder der socialdemokratischen Reichstagsfraktion Anklagen zu gewärtigen, und zwar nicht irgend einer bestimmten strafbaren Handlung wegen, sondern einzig und allein wegen ihrer Zugehörigkeit zur Fraktion, in welcher die officielle Partei-

---

1) Siehe Geschichte und Kritik des Freiberger Erkenntnisses im „Wochenblatt der Frankfurter Zeitung" vom 8. August 1886.

leitung vertreten sei. Dringt die Anklagebehörde mit dieser als naheliegende Consequenz der Geheimbunds-Processe sich ergebenden Anschauung durch, so ist damit ein Schlag gegen die Partei geführt, wie er vernichtender nicht geführt werden kann." [1]) Gewiß, fein ausgedacht war der Vorschlag: die Socialdemokraten würden dann nur für das Gefängniß gewählt, und die leidigen Socialistenreden würden auf dem einfachsten Wege durch die Justiz aus dem Reichstage hinausgeschafft werden. Daß es sich dabei nicht etwa um einen Scherz handelte, beweist die Thatsache, daß bei dem Elberfelder Geheimbunds-Proceß die Staatsanwaltschaft Anfangs wirklich beabsichtigte, die gesammte socialdemokratische Reichstags-Fraktion in die Anklage einzubeziehen. Und was nicht ist, das kann noch werden. Man erinnere sich nur, wie das preußisch-conservative Hauptorgan in Berlin die glückliche Wendung seit dem Freiberger Erkenntniß gefeiert hat:

„Während in den ersten Jahren nach Erlaß des Socialisten-Gesetzes den Polizeibehörden fast allein die Bekämpfung der Umstürzler oblag, ist seit dem durch das Reichsgericht herbeigeführten Ausgang des Chemnitz-Freiberger Geheimbunds-Processes eine Rechtsnorm geschaffen, die auf Grund des gemeinen Rechts eine wirksame Abwehr gegen die ungesetzliche Propaganda jener Partei bietet. Es scheint auch den nationalliberalen Politikern nichts bekannt zu sein von den umfangreichen Processen gegen die Arbeiterbezirksvereine, gegen die sogenannten Fachorganisationen und Arbeiterinenvereine, welche ohne jede Anlehnung an das Ausnahmegesetz auf Grund der Bestimmungen des Vereinsgesetzes durchgeführt wurden. Desgleichen ist hervorzuheben, daß Ausweisungen von Agitatoren aus den Gebieten, über welche der kleine Belagerungszustand verhängt ist, besonders aber aus Berlin, seit Jahren zu den Seltenheiten gehören, und daß sich die Polizei in den meisten Fällen darauf

1) Aus dem „Hamburger Correspondent" in der Berliner „Germania" vom 13. April 1889.

beschränkt, das ihrerseits ermittelte Material der richterlichen Anklagebehörde zur Aburtheilung zu überweisen. Solche Processe finden in Berlin fast allwöchentlich statt, es kann deshalb nur als eine absichtliche Entstellung bezeichnet werden, wenn trotzdem das Ministerium des Innern als die einzige Behörde hingestellt wird, welche den Kampf gegen die Socialdemokratie durchzuführen habe. An leitender Stelle wird daher auch der Schwerpunkt auf die Thatsache gelegt, daß eine Norm für ein gemeinschaftliches Vorgehen der richterlichen und polizeilichen Behörden gefunden ist; als nebensächlich aber wird erachtet, ob dabei einige der in Betracht kommenden Bestimmungen dem gemeinen Recht oder einem Ausnahmegesetz angehören." [1])

Wenn nun die Justiz auf Grund der zwei Paragraphen des Strafgesetzes bereits alles Das leistet, muß man sich da nicht fragen, wozu dann noch das mehr als zweifelhafte Ausnahmegesetz und die diskretionäre Bevollmächtigung der Polizei? Etwa wegen der Presse? Gegenüber dem Minister von Puttkamer hat das nationalliberale Hauptorgan in Berlin geradezu behauptet, daß das Gesetz bezüglich der Presse nur Schaden anrichte. Nach amtlicher Angabe sind in den ersten acht Jahren seines Bestehens 792 nichtperiodische Schriften confiscirt worden, (Herr Bebel behauptete: gegen 2000), und die periodischen waren unterdrückt. Das genannte Organ aber ersuchte den Minister, er möchte doch einmal ein Exemplar vom letzten Jahrgang des Züricher „Socialdemokrat" auf den Tisch des Reichstags niederlegen. „Denn die Hauptwirkung des Socialistengesetzes ist seit Jahren nur noch, daß anstatt socialdemokratischer Blätter, welche unter der Controle deutscher Gerichte erscheinen würden, der Züricher ‚Socialdemokrat' die regelmäßige Lektüre der deutschen Arbeiterbevölkerung ist; was das aber bedeutet, davon haben wohl die wenigsten Mitglieder des Reichstags

1) Berliner „Kreuzzeitung" vom 2. Juli 1888.

eine Ahnung. In dem Kampfe mit der geheimen Verbreitung des ‚Socialdemokrat' und anderer Druckschriften des nämlichen Kalibers erschöpft sich die gesammte deutsche Polizei, ohne einen Erfolg zu erreichen." [1])

Die Regierung kommt immer wieder mit der banalen Begründung daher: entweder habe das Socialistengesetz bereits entsprechend gewirkt, dann müsse es fortgesetzt werden, oder es habe noch nicht gehörig gewirkt, und dann müsse es erst recht in Geltung erhalten werden. Es hat aber nicht nur nicht nach Wunsch gewirkt, wie die Wahlen in Stadt, Land und Reich von Periode zu Periode bezeugen, sondern es hat in jeder Beziehung geschadet. Und die vergiftende Wirkung muß um so tiefer eindringen, je mehr das socialdemokratische Element allmählig in die allgemeine Arbeiterbewegung übergeht, und umgekehrt. Es heißt also nicht einmal: Fort mit Schaden! sondern: Fort mit Profit!

LXX.

William George Ward und die Oxfordbewegung. [2])

In einem früheren Artikel, welchen diese Blätter bald nach dem Heimgang des in der Ueberschrift genannten großen Denkers und hingebenden Vertheidigers der scholastischen Philosophie

---

1) Münchener „Allgemeine Zeitung" vom 13. Januar 1889.

2) William George Ward and the Oxford Movement by Wilfrid Ward. London. Macmillan and Co. 1889. XXIX. 462 pag. (14 shill.)

brachten, konnte ich die Vorrede mit den Worten schließen: „Erst der nächsten Generation wird es vergönnt sein, das fruchtbare Wirken des edlen Heimgegangenen allseitig und gründlich zu erfassen.“[1]) Heute befinden wir uns in der angenehmen Lage, ein Werk zur Anzeige zu bringen, welches uns Ward in seiner Oxfordperiode mit einem Fleiße, einer Gelehrsamkeit und einer Pietät schildert, die allerwärts in den höheren Kreisen der englischen Gesellschaft den günstigsten Eindruck hervorgerufen und dem Buche bereits jetzt die Bedeutung eines Standard work verliehen hat. Nicht minder groß ist das Interesse, mit welchem man die Schrift in Nordamerika aufgenommen hat, was die Herstellung einer zweiten Auflage bereits nöthig machte. Und diese Gunst hat sie in vollem Maße verdient. Ihr Verfasser Wilfrid Ward, der Sohn des Helden der Biographie, hat den Geist seines zu früh verblichenen Vaters geerbt und sich dem britischen Publikum bereits als Verfasser bedeutender Beiträge zur philosophisch-apologetischen Literatur vortheilhaft bekannt gemacht.

Nennen wir zuerst das anregende Werk: „The Wish to believe“ (London 1885) und die Schrift: „The Clothes of Religion. A Reply to popular Positivism“ (1886), in welcher er den Beweis erbringt, daß der moderne englische Agnosticismus sich mit christlichen Ideen schmückt, um unter solchem Aushängeschild seinen grundstürzenden Irrthümern Einlaß in christliche Kreise zu erzwingen. Daneben entstanden zahlreiche Aufsätze in der katholischen Dublin Review und den beiden angesehensten Londoner Zeitschriften, der Contemporary Review und dem Nineteenth Century, welche einzelne Aufstellungen Herbert Spencers und Frederick Harrisons in ihrer Haltlosigkeit aufdecken. Endlich verdanken wir Wilfrid Ward die Herausgabe der gesammelten philosophischen Artikel seines Vaters unter dem Titel „Essays on the Philosophy of Theism by the late W. G. Ward (2 vols. London 1884).

Diesen Arbeiten reiht sich nun die Biographie seines Vaters in ebenbürtiger Weise an.

---

1) Histor.-polit. Blätter Bd. 90 S. 267 ff.

Schon die Art der Entstehung der Schrift ist geeignet den Leser in die günstigste Stimmung zu versetzen. Ward wandte sich an die zahlreichen Verehrer und Freunde seines Vaters, Männer, die heute zum Theil die höchsten Aemter in Kirche und Staat bekleiden und durch Schrift und gesellschaftliche Stellung den tiefsten Einfluß auf die Zeitgenossen ausüben, und bat sie um Mittheilungen aus jenen Tagen, in welchen jener den Mittelpunkt des geistigen und geselligen Lebens in Oxford bildete. Unter den zahlreichen Beiträgen nennen wir solche von Cardinal Newman, dem Jesuitenpater Whitty, dem Lordkanzler aus dem Ministerium Gladstone, Lord Selborne, dem anglikanischen Bischof Temple von London, den anglikanischen Domdechanten von St. Paul in London sowie von Rochester, Durham und Norwich, dem Domherrn Liddon. Nicht zu unterschätzende Hülfe hat der verlebte Führer der Conservativen im Unterhause, Sir Stafford Northcote (nachmals Lord Iddesleigh) dem Verfasser geleistet. Ihm und dem als Dantekenner angesehenen Domdechanten Dr. Church von St. Paul verdankt er die Mittheilung der schier zahllosen Broschüren, zu deren Abfassung das kühne Auftreten Wards gegen den Bekenntnißzwang in Oxford Veranlassung bot. Zu den ältesten Freunden Wards gehörte der erste Gerichtsbeamte Englands, Lord Coleridge, der ebenfalls mit reichlichen Notizen vertreten ist. Dazu kommen endlich seltene Mittheilungen des verlebten anglikanischen Primas Tait von Canterbury, welcher allerdings auf Seite der entschiedensten Gegner Wards in Oxford stand, aber dennoch lebenslänglich demselben treue Freundschaft bewahrte und ihn in den Tagen schweren Siechthums durch seinen Besuch wiederholt erfreut hat.

Diesen weitschichtigen gedruckten und ungedruckten Stoff zu einem wahrhaft künstlerischen Bilde geformt zu haben, ist des Verfassers besonderes Verdienst. Allerdings behauptet sein Vater darin verdientermaßen den Mittelpunkt, aber neben ihm lernen wir alle tonangebenden Persönlichkeiten und die bedeutenderen geistigen Strömungen kennen, in welchen das höhere geistige Leben der Nation in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts sich bewegte. Mit Klarheit und Uebersichtlichkeit der An-

ordnung verbindet sich der Adel einer schönen Darstellung, welcher stets das rechte Maß innehaltend, lediglich sachliche Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt, ohne jemals das persönliche Gebiet zu berühren. Der Standpunkt des Verfassers erweckt uneingeschränktes Vertrauen. Es ist der eines tiefgläubigen, mit den Lehren und Einrichtungen der Kirche wohl vertrauten und zugleich auf der Höhe der Wissenschaft stehenden Katholiken. An den geistigen Denkrichtungen Englands, angefangen von der unlogischen Logik Stuart Mills bis herab zu den modernen deterministischen Systemen, übt er seine Kritik als vollendeter Fachmann. Die 15 Kapitel des Buches heißen: 1. Jugendzeit, 2. Leben in Oxford, 3. drei englische Geistesrichtungen, 4. geistige und religiöse Entwickelung, 5. katholische Einflüsse, 6. Freundeskreise, 7. neue Strömungen in der Bewegung, 8. Tractat 90, 9. Wirkungen desselben, 10. Richtung nach Rom, 11. das Ideal der christlichen Kirche, 12. Folgen des Ideals, 13. Verurtheilung Wards durch die Universität, 14. Ende der Bewegung, 15. die Oxfordschule und die modernen religiösen Richtungen.

William George Ward erblickte das Licht der Welt am 21. März 1812 zu London, wo sein Vater das hohe Amt eines Direktors der englischen Bank bekleidete und zugleich die City im Unterhause vertrat. Elfjährig wurde er der berühmten Domschule zu Winchester übergeben, wo er Robert Lowe (nachmals Lord Sherbrooke), Roundel Palmer (nachmals Lord Selborne), Edward Cardwell (nachmals Lord Cardwell), Anthony Trollope und William Monsell, den nachmaligen Generalpostmeister im Ministerium Gladstone, heutigen Lord Emly, zu Mitschülern hatte. „Selten“, meldet Lordkanzler Selborne aus der Erinnerung an jene Tage, „habe ich Jemand kennen gelernt, dessen Charakter, Temperament, einfach-liebenswürdiges Auftreten, Geradheit und Schärfe des Verstandes nach so langer Zeit so wenig Veränderung erfahren hat.“ Zur Abfassung lateinischer Verse mußte Ward statutgemäß zwangsweise angehalten werden. Aber auch dann machte er seinem Widerwillen gegen die Führung des Pegasus in ätzenden Glossen und beißenden Satiren Luft. Dagegen glänzte er als lateinischer Prosaist und gewann auf

diesem Gebiet 1829 die große goldene Medaille gegen die drei Mitbewerber Roundell Palmer, Rob. Lowe und E. Wilmot. Rühmend wird an dem blühenden Jüngling hervorgehoben der ausnehmende Ernst religiöser Gesinnung. Seiner älteren Schwester Emilie, an welcher er mit großer Liebe hing, pflegte er damals zu sagen: Nur ein einziges menschenwürdiges Ziel kenne er, die Förderung der Sache Gottes auf dieser Welt. Aber eben dieses tiefe Gefühl für den letzten und höchsten Endzweck, dem alle Creatur bewußt oder unbewußt, freiwillig oder gezwungen entgegenstrebt, „erfüllte ihn mit Abscheu wider die in Winchester herrschende Unsittlichkeit, die den meisten derjenigen, die mit ihm sich darüber beredeten, wahrhaft erschütternd vorkam. Bis zum Tage seines Abscheidens aus der Welt haben sich die Wirkungen dieser Eindrücke aus der Jugendzeit in ungeschwächter Kraft erhalten.“ (S. 10.)

Im Oktober 1830 erschien Ward in Oxford, zunächst als Student in Christ Church Colleg. Religiöse Interessen lagen damals noch im Keime vergraben, die Fragen der Politik besaßen das Uebergewicht. Irland hatte 1829 die Emancipation der Katholiken durchgesetzt, und jetzt erhob sich ein neuer Sturm wider die privilegirten Inhaber der verrotteten Wahlflecken; die Reform des Parlaments war im Anzuge. Lord Selborne gibt Mittheilungen über Wards Betheiligung an der „Union“, einem akademischen Verein in Oxford, welcher die Erörterung brennender politischer Fragen in platonischer Weise sich zur Aufgabe setzte. Dem Vorgange seines Vaters und Oheims entsprechend, ging Ward mit den Tories, ohne deßhalb einem einseitigen Kastengeiste zu huldigen, im Gegentheil wandte er seine Zuneigung dem Volke zu, mißbilligte aber dennoch die Reformbill von 1832. Als Redner spielte Ward eine hervorragende Rolle. Natürlichen Fluß der Rede verband er mit außerordentlicher Klarheit der Auffassung und seltener Melodie des Organs, derart, daß Domdechant Church von St. Paul kein Bedenken trägt, Ward und Robert Lowe die Palme zuzuerkennen (S. 22). Auch im Rambler, einem wissenschaftlichen Verein hochstrebender Jünglinge, lenkte er durch Talent und Rednergabe aller Augen auf sich. In Erinnerung an die im Balliol Colleg in Oxford mit Ward verlebten Tage

schreibt Dombechant Scott von Rochester: „Auch ich — denn Niemand konnte sich dem entziehen — bewunderte die Männlichkeit und Freundlichkeit seines Charakters, seinen Eifer für die Wahrheit und seine Kühnheit in der Aufsuchung derselben, endlich den wunderbaren Glanz seiner Conversation, namentlich dann, wenn das Gespräch die Form einer philosophisch angehauchten Unterredung annahm". (S. 32.)

Ein äußerst merkwürdiger Zug im geistigen Leben des blühenden geistsprühenden Oxford-Man lag in der Kunst, mit welcher er sich selbst objektivirte und zum Gegenstand der Kritik machte. Von dem Bewußtsein seiner glänzenden Talente erfüllt, verstand er es dennoch „seine eigene Seele genau wie die anderer Menschen in Untersuchung zu nehmen. Reine Vorzüge der Erkenntnißkraft dünkten ihm weit nachzustehen hohen sittlichen Eigenschaften. Ja, daß Jemand mit seiner Vernunft sich spreizte, schien ihm kaum denkbar, und immer beklagte er, wie niedrig sein Maß von Selbstbeherrschung und Frömmigkeit sei." „Die Erkenntnißkraft", bemerkte er Henry Wilberforce, „ist ein verhängnißvolles Geschenk, lieber Henry. Absolut werthlos. Unendlich in gewissem Sinne ist mein Verstand; dennoch schätze ich ihn kein Quentchen" (35). Daß zur Wissenschaft der Philosophie auch die Principien der Musik gehören, hat schon der tiefsinnige Pythagoras erkannt, der das Weltall auf Zahlenverhältnisse zurückführte, Musik und Astronomie als Schwestern bezeichnete und in der Harmonie jener Verhältnisse den Weltaccord vernahm. Auch Ward mit seiner entschieden philosophischen Begabung offenbarte eine vorwiegende Neigung zur Musik. Seine glänzende Stimme begleitete sein Freund Coffin meisterhaft auf dem Klavier. Robert Coffin trat nachmals zur katholischen Kirche über, wurde Mitglied des Ordens der Redemptoristen und am 11. Juli 1882 zum Bischof von Southwark consecrirt, als welcher er 1885 heimgegangen ist.

Als jene philosophischen Systeme, welche Oxford damals in erster Linie beeinflußten, bezeichnet das dritte Kapitel unserer Biographie Jeremias Bentham und John Stuart Mill. Benthams System befaßte sich überwiegend mit Fragen der Moral, die er in gänzlich utilitaristischer Weise behandelte



(vergl. Stöckl II. 403), Stuart Mill suchte der alten Logik den Todesstoß zu versetzen, indem er unter Verwerfung des deductiven Verfahrens lediglich der Induction und Erfahrung zur Gewinnung der Wahrheit ein Recht verstattete.[1]) Auch auf kirchlichem und kirchenpolitischem Gebiete äußerten diese philosophischen Richtungen ihre Wirkungen. Die Reformbill von 1832 und die Abschaffung von zehn Bisthümern der etablirten Staatskirche Irlands schrieb man diesen Männern und ihrem Anhang auf das Kerbholz. In der „Westminster Review" besaßen dieselben ihr Organ und machten mit äußerster Rührigkeit Propaganda für ihre Ideen. Daß Ward in formeller Beziehung den Werken Benthams und Mills vieles zu verdanken hatte, gibt Wilfrid W. bereitwillig zu, betont aber mit demselben Nachdruck die Thatsache, „daß er ihre Ideen nach seinem Uebertritt zu den Traktarianern noch vollständiger verwarf denn zuvor". (S. 61.)

Instinktmäßig ahnte der Anglikanismus die schweren Gefahren, welche ihm von dieser Seite drohten, und Männer von blendenden Geistesgaben erhoben sich zur Wehr. Zu diesen gehören Arnold von Rugby und Richard Whately, von denen jener die sittliche Ausbildung der Jugend besonders betonte, während Whately der Theologie im engeren Sinne oblag, dabei aber ein Christenthum zu Tage förderte, welches in seinem innersten Kern den schaalsten Rationalismus darstellte.[2]) Arnolds Moralsystem war lediglich ein Compromiß, den erst seine Schüler sprengten. „Er gehörte zu einer Reihe von Männern, die gänzlich auf dem Boden der französischen Revolution stan-

1) Eine ausgezeichnete Kritik der Mill'schen Logik lieferte: Manuals of Catholic Philosophy. Logic by Richard F. Clarke, S. J. London 1889 pag. 480—83.

2) Ueber die hervorragende Stellung Whately's in der etablirten Kirche Irlands und die ebenso schweren wie langwierigen Kämpfe, welche der katholische Episkopat, namentlich die Erzbischöfe Mac Hale von Tuam und Cullen von Armagh-Dublin in der Schulfrage mit ihm führten, wird in meiner „irischen Kirchengeschichte" eingehend gehandelt werden.

den, die alles in Frage stellten, die sich zwar auf letzte und höchste Principien beriefen, aber dennoch der Autorität in Sachen des Geistes kein Recht verstatteten." Gewiß glaubte Arnold an die Gottheit Christi, aber dieser Glaube ließ sich mit seiner Theorie über die Erklärung der Schrift nur schwer vereinbaren. Folgerichtig entwickelt wurde Arnolds System erst in den berüchtigten „Essays und Reviews", sowie durch seine Schüler Stiftsdechant Stanley von der Westminsterabtei, Professor Jowett und Matthew Arnold. Höchst belehrend sind die Auszüge aus Wards Schriften über die zerstörenden Tendenzen in Arnolds System; er sagte ihm voraus, es werde vollendeten Unglauben erzeugen. (S. 50 ff.)

Ward bedurfte eines unfehlbaren Führers in Dingen der Religion. Diesem Gefühle hat er damals in kraftvollen Worten Ausdruck geliehen: „Heilige Männer sind die großen Quellen, aus denen sittliche und religiöse Wahrheit der Welt zufließt. Wird eine Offenbarung ertheilt, dann erscheinen sie die berufenen Dolmetscher. Gibt es einen lebendigen, mit Autorität umkleideten Gerichtshof, dann bieten ihre Erfahrungen Material für die Erkenntnisse dieses Gerichts" (73). Nunmehr beugte sich Ward vor John Newman als einer solchen lebendigen Autorität. Das ältere Triumvirat der Traktarianer, bestehend aus Newman, Keble und Pusey, bewegte sich in vollendetem Gegensatz zu Arnold, der namentlich in der Auffassung der Kirche sich kundgab. Als höchst bezeichnend für Wards geistige Verfassung bei seiner Unterwerfung unter Newman erschienen seine Bemerkungen über die Natur des „Gehorsams", welche der Biograph einer ungedruckten Predigt Wards entnimmt, die wahrscheinlich aus dem Jahre 1839 stammt. „Gehorsam behauptet die erste Stelle, daran schließt sich die Erkenntniß. Dadurch, daß wir reinen Herzens sind, schauen wir Gott, nicht umgekehrt . . . Gehorsam ist die Luft, in welcher der religiöse Glaube athmet, ohne Gehorsam verfällt er dem Siechthum und der Auflösung. Wer die Wahrheit erlernt durch Beweisführung oder bloßes Vertrauen auf Menschen, der kann sie auf dem nämlichen Wege wieder verlieren. Wer aber die Wahrheit lernt durch Gehorsam, kann sie nur durch Ungehorsam einbüßen" (77).

Die Thatsache verdient Beachtung, daß dieser Uebergang Wards zu Newman erst das Ergebniß langdauernder Kämpfe war. Zwar stand der letztere damals auf der Höhe seines Ruhmes; wenn er auf der Kanzel der (anglikan.) Marienkirche den Strömen seines Genius ihren Lauf ließ, dann hing die Elite von Oxford an seinen Lippen. Doch Einer weigerte sich, ihn zu hören. Dieser Mann war Ward. Da gelang es eines Tages der List eines Freundes, die Macht des Vorurtheils zu bannen. Er führte Ward beim Spaziergang an der Marienkirche vorbei, als die Glocke zur Predigt Newmans rief, und nöthigte ihn zum Eintreten. In wenigen Minuten hatte der Redner den „great logician“ für sich gewonnen. Von da an (1836) besuchte Ward regelmäßig jene berühmten Vorträge Newmans, aus welchen die Via media hervorging. Uebrigens besaß Newmans Einfluß weit mehr die Bedeutung eines Meilensteins, der Ward auf den Katholicismus hinwies, von allseitiger Uebereinstimmung der beiden Männer war schon damals keine Rede. „Denn Newmans Plan, der englischen Kirche neues Leben einzuhauchen durch Lehre und Disciplin der Väter, war kühn und bezaubernd, aber in Wards Augen schien dieses Verfahren kühner, als dessen Urheber ahnte. Bei ihm herrschte volle Klarheit darüber, daß einzig und allein das aufrichtige Geständniß von der Nothwendigkeit eines Bruches mit den Grundsätzen der Reformation und der Beseitigung ihres Werkes den Forderungen der Logik entsprechen könne. Doch diesen Schritt zu thun, trugen die Führer der Bewegung Bedenken“ (S. 81).

Indeß alle Theorie ist grau. Wie groß die Bewunderung Wards für Newman auch immer sein mochte, weit tiefer wurde er damals ergriffen von der erhabenen Schönheit des katholischen Ritus. Des öfteren wohnte er dem katholischen Gottesdienste bei; die herrlichen Gebetsformen der kirchlichen Tagzeiten lernte er früh bewundern, „die ausgebildete Verfassung der Kirche und die Einfachheit ihrer logischen Stellung zogen seinen Geist mächtig an.“ Lange bevor er sich mit dem Gedanken des Anschlusses an die Traktarianer trug, bekennt Ward in einem Briefe an Pusey, hatte seine Unzufriedenheit mit der anglikanischen Kirche ihn dem alten Glauben nahe gebracht (S. 78).

Bezüglich des Kapitels „Early Friendships" mit den eingehenden Mittheilungen über Wards weitausgedehnte Freundeskreise in Oxford sei auf das Buch selbst verwiesen. Die betreffenden Notizen, welche Wards Freunde aus dem reichen Schatz ihrer Erinnerungen hervorgeholt, gipfeln in dem Satze: Als Fellow des Balliol Colleg bildete Ward den Mittelpunkt der geistigen Bewegung in Oxford. Nur ein einziges Zeugniß sei hier angeführt: „Von 1835 bis 1841", bemerkt der anglikanische Domdechant W. C. Lake von Durham, „also während der ganzen Zeit, in welcher er als Tutor (Professor) im Balliol Colleg wirkte, dürfte kein Lehrer in Oxford einen so mächtigen Einfluß auf seine Schüler ausgeübt haben, wie W. G. Ward. Es war ein Einfluß von ganz besonderer Art, der in erster Linie seiner außerordentlichen geistigen Thätigkeit entsprang. Denn diese war derart durchdringend, daß Freunde oder Schüler, die Bedenken trugen, seine praktischen Folgerungen anzunehmen, dennoch vor der Macht der Logik seiner Grundsätze sich beugten. Mit derart zwingender Macht trug er seine Sätze vor, daß viele von uns zeitlebens ihre Einwirkung verspüren" (100).

Ein besonderer Vorzug der Ward-Biographie dürfte in der genauen Behandlung der verschiedenen Strömungen des Traktarianismus zu finden sein. Dem älteren Triumvirat Newman, Keble und Pusey machte eine Reihe jüngerer Männer, aus denen wir die Namen Oakeley, Dalgairns, Faber, J. A. Froude, Seager und J. B. Morris nennen, den Rang streitig. Während der Drei-Männer-Bund in erster Linie an der Wiederbelebung der Hochkirche arbeitete, steuerten diese Gelehrten direkt nach Rom. Uebrigens stellte Newman damals den Satz auf, Rom habe bewahrt, was England verloren gegangen. Und gerade diese Behauptung bot Ward einen neuen Sporn zu eingehender Beschäftigung mit katholischer Literatur. Verbreitung katholischer Bücher in Freundeskreisen ging (1838 bis 1841) Hand in Hand mit dem Studium der bedeutendsten nachtridentinischen Theologen, insbesondere derjenigen der Gesellschaft Jesu. „Die ascetischen Werke der Katholiken ließen sich noch am ehesten vertheidigen, denn eben auf diesem Gebiete

hatte Rom Erfolge aufzuweisen, England aber nur Lücken. Das hohe Ideal eines innerlichen Lebens, das ihn namentlich zum Newmanismus und Katholicismus hingezogen, fand er in der mittelalterlichen, wie in der neueren ascetischen Literatur vollständig verkörpert. Während nun Andere mehr zu den schönen, aber doch etwas unbestimmt gehaltenen ascetischen Lehren der älteren Väter hinneigten, ließ er der Anwendung derselben auf die Bedürfnisse der Jetztzeit den Vorzug, namentlich in der Form, die wir dem hl. Ignatius und den Jesuiten verdanken. In Ascese und Dogmatik bildeten die Werke der Jesuiten seine Lieblingslektüre" (146).

Darf man dem verstorbenen Primas Tait von Canterbury Glauben schenken, dann ist es Ward gewesen, der Newman zur Abfassung des weltberühmten „Tract 90" gezwungen hat. Die Bedeutung dieser Broschüre, in welcher Newman das Recht beanspruchte, die auf einem Compromiß zwischen der alten Kirche und dem Calvinismus beruhenden 39 Artikel nebst den übrigen gottesdienstlichen Formularen der Hochkirche in katholischem Sinne aufzufassen, ist zu bekannt, als daß es weiterer Worte bedürfte. Ward vertheidigte den Tract 90 in mehreren Broschüren, erfand das geflügelte Wort vom „non-natural sense", in dem man die 39 Artikel erklären dürfe, und ertheilte Pusey auf die Zumuthung er solle ihm versprechen, nie katholisch zu werden, eine ablehnende Antwort. Ward hat auch damals in Verbindung mit Dalgairns jenen berühmten Brief an das „Univers" gerichtet, der die Aufmerksamkeit der festländischen Katholiken kräftig auf die neue Oxford-Bewegung lenkte und in weiten Kreisen tiefen Widerhall weckte.

Hierorts soll auch des äußerst lesenswerthen Excurses über die „Gesammtbeziehungen zwischen Newman" gedacht werden. Zum Verständniß der bekannten Haltung beider Männer nach ihrem Uebertritt zur katholischen Kirche ist hier ein sicherer Schlüssel dargeboten. In Newmans Augen erschien die anglikanische Kirche als ein ehrwürdiges Bauwerk, welches noch eine Wiederherstellung vertrage. „Seine Anhänglichkeit an die Hochschule, seine Liebe zu Pusey und die alte Traktarianerpartei hinderte ihn, eine seinen innersten Gefühlen entgegengesetzte

Richtung einzuschlagen" (205). Ward dagegen war der geborne Logiker; weder die anglikanische Kirche, die ihn niemals angezogen, noch alte Freundschaften kamen bei ihm in Betracht, sondern lediglich die Entwicklung seiner Grundsätze bis zu ihren letzten Folgerungen. Das Endergebuiß seiner Forschungen gipfelte in der Abfassung seines Werkes „The Ideal of a Church", welches ihm Amt und Würde an der Hochschule kostete (1845) und ihn — wenige Monate vor Newman — in den Schooß der katholischen Kirche führte.

In einem Schlußkapitel erörtert der Verfasser die Tragweite der Oxford=Bewegung auf die moderne Controverse zwischen Katholiken und Anglikanern, sowie auf die Angriffe der antichristlichen Wissenschaft wider die Urkunden des Christenthums und die Würde der menschlichen Seele. Die bitteren Kämpfe um den Ursprung der geistlichen Jurisdiktion in der Hochkirche seit den vierziger Jahren treten schon in der Oxford=Bewegung deutlich zu Tage. Und was die großen Gedankenströmungen im modernen England anlangt, nämlich negative Bibelkritik und Agnosticismus, so „ist es kein geringes Verdienst der Oxford=Schule, daß sie dieselben vorausgesehen und die Hauptprincipien hervorgehoben, mit denen die Apologeten heute die Angriffe der Gegner abweisen" (381).

Niemand wird Wards geistvolles Buch ohne vielfache Anregung und reichen Trost aus der Hand legen. Für die Beurtheilung der Oxford=Bewegung bildet es fortan eine Quelle ersten Ranges.

Aachen. Bellesheim.


Stanford University Libraries
3 6105 013 456 905

